



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht und Rechnung 2013



Vorwort des Präsidenten

Damit Leben Freude macht

Das Berichtsjahr in Bildern. Was sehen Sie? Kate und William mit dem «Royal Baby»? Papst Franziskus? Den «Shutdown» der US-Verwaltung? Die Verwüstung auf den Philippinen durch den Taifun «Haiyan»? Syrische Flüchtlinge? Das Attentat am Boston Marathon? Das Berichtsjahr hielt weltweit alles bereit vom grossen (medialen) Glück über die humanitäre Katastrophe bis zum blutigen Wahnsinn. All das erlebten wir hier nur als Bilder – die wenigsten von uns waren von einem dieser Ereignisse unmittelbar betroffen. Auch wenn diese Ereignisse betroffen machen.

Wie aber blicken wir auf das Berichtsjahr hier in Zürich zurück? Mit welchen Erwartungen halten Sie, liebe Leserin, lieber Leser, den Geschäftsbericht des Regierungsrates in den Händen? Welche Leistungen erwarten Sie vom Regierungsrat und den rund 33 000 Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung? Ich sage: Hier leisten viele für viele ganz viel. 1,4 Millionen Menschen leben im Kanton Zürich. Rund 14 000 Lebensmittel- und Trinkwasserproben tragen zu gesunden Lebensbedingungen bei. Ein Korps von 2200 Kantonspolizisten ist für die Sicherheit im Kanton im Einsatz. Über 12 000 Jugendliche können jedes Jahr die obligatorische Schulzeit beenden. Die Zürcherinnen und Zürcher legen auf intakten Strassen, Wegen und Schienen pro Tag durchschnittlich 36 Kilometer zurück. Rund 4000 Angestellte arbeiten für den öffentlichen Verkehr im Kanton Zürich, SBB-Mitarbeitende nicht mitgezählt. Über 400 Bus-, Tram- und Schiffslinien spannen ein dichtes Netz durch unseren Kanton. Und: 99,4 Prozent der Zürcher Bevölkerung erreichen innert 20 Minuten ein Spital mit Notfallstation.

Kurz: Die staatlichen Dienstleistungen funktionieren weitgehend einwandfrei. Sicherheit, Bildung, intakte Natur und Infrastruktur, Gesundheit, Lebensqualität und Freiheit – das sind hier nicht nur schöne Worte. Sie sind unser Alltag. Das aufrechtzuerhalten, erfordert unseren Einsatz – und ist diesen Einsatz wert. Mit welchen Zielen, Schwerpunkten und Mitteln Regierungsrat und Verwaltung arbeiten, erfahren Sie auf diesen Seiten. Ihre persönlichen Erwartungen kenne ich nicht. Aber ich weiss, was ich erwarte. Von mir und meinen Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat. Von den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung. Und von der Zürcher Bevölkerung. Jede und jeder lebt im Kanton Zürich als Individuum, aber jede und jeder ist auch Teil der Gesellschaft. Und ist damit gefordert, etwas beizutragen. Was genau, das steht nicht in diesem Bericht. Es wird auch nicht überwacht oder erfasst. «Big Data + Big Brother = Big Trouble» titelte die «Time. The Year in Review». Darum geht es nicht. Es geht um Eigen- und Mitverantwortung und Engagement. Um ein gutes Gefühl bei dem, was man selber im Kanton Zürich tut, tun kann, auch tun muss. Ich habe ein gutes Gefühl, wenn ich als Regierungspräsident den Geschäftsbericht 2013 präsentiere. Ich blicke auch mit einem guten Gefühl in die Zukunft – mit Ihnen, mit einer gemeinsamen Verantwortung für unseren Kanton. Für den Kanton Zürich, wo Leben Freude macht.

Im März 2014

Dr. Thomas Heiniger
Regierungspräsident



Opernhaus: Die Soldaten (Oper)



Opernhaus: Lucia di Lammermoor (Oper)



Opernhaus: Leonce und Lena (Ballett)

Der Geschäftsbericht des Regierungsrates im Berichtsjahr stellt die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit des Kantons Zürich umfassend dar und gibt Rechenschaft über die wesentlichen Tätigkeiten des Regierungsrates und der Verwaltung. Er enthält zudem die detaillierte Finanzberichterstattung.

Geschäftsbericht 2013

Der vorliegende Geschäftsbericht erscheint in seiner Form und Struktur weitgehend unverändert gegenüber dem Vorjahr. Ergänzend zum umfassenden Geschäftsbericht des Regierungsrates erscheint wiederum eine Kurzfassung, die sich primär an die interessierte Bevölkerung und die Medien richtet. Diese ist auf der Internetseite des Regierungsrates (www.regierungsrat.zh.ch -> «Geschäftsbericht und Rechnung») abrufbar oder kann in Papierform bei der Staatskanzlei bestellt werden.

Zu guter Letzt eine Lesehilfe: Der vorliegende Geschäftsbericht ist ebenfalls auf der Internetseite des Regierungsrates abrufbar. Die PDF-Datei enthält ein interaktives Inhaltsverzeichnis. Wenn Sie nach einem bestimmten Thema suchen, so öffnen Sie am besten das entsprechende Dokument und geben im Suchfenster Ihr Schlagwort ein. So können Sie sich auf einfache Art und Weise durch das umfangreiche Dokument arbeiten.

Legislaturziele des Regierungsrates

Der Regierungsrat hat für die aktuelle Legislatur 2011–2015 seine politischen Schwerpunkte im Rahmen der «Richtlinien der Regierungspolitik» bestimmt. Diese umfassen neben den langfristigen Zielen 18 Legislaturziele sowie 86 Massnahmen. Nachfolgend wird über den aktuellen Umsetzungsstand dieser Massnahmen berichtet.

Legislaturziel	1 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert.
Massnahme	1a Organisatorische und strukturelle Voraussetzungen schaffen, um die Anforderungen aus der Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds abzudecken (24-Stunden-Gesellschaft, Zunahme der Wohnbevölkerung)
Stand	Planmässig
Kommentar	Strukturen und Abläufe in der Kantonspolizei wurden den steigenden Anforderungen angepasst. Mit einer Verstärkung der Nacht- und Wochenendschichten wird der 24-Stunden-Gesellschaft gezielt Rechnung getragen. Als Folge der Intensivierung der Massnahmen zur Erreichung des Soll - bestands konnte die Frontpolizei im Berichtsjahr personell verstärkt werden.
Massnahme	1b Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Der anfänglich als inkonsequent wahrgenommenen Vorgehensweise im Bereich Hooliganismus und 1.-Mai-Demonstrationen konnte mit der Bildung der Krawallgruppe Ende 2012 begegnet werden. Der Betrieb der Krawallgruppe wurde in gefestigte Abläufe übergeführt, die ein routiniertes und schlagkräftiges Zusammenspiel zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft ermöglichen.
Massnahme	1c Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen der Schwerpunktbildung werden laufend Verbesserungen hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Polizeikorps und Strafverfolgung Erwachsene erzielt. Im Bereich Gewaltschutz und -bekämpfung wurde der neue Dienst Gewaltschutz eingeführt. Dort ist neu auch die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt angesiedelt. Das Forensic Assessment in Kooperation mit der Gesundheitsdirektion und der Direktion der Justiz und des Innern läuft planmässig. Das Projekt Aufbau Bedrohungsmanagement ist eingeleitet und auf Kurs.
Massnahme	1d Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Cyber Crime) unter Einbezug von kantonalen und nationalen Partnerorganisationen
Stand	Planmässig
Kommentar	Auf der Grundlage des erarbeiteten Konzepts sind die Umsetzungsarbeiten zum Aufbau des Kompetenzzentrums gestartet worden.

Massnahme	1e Neue Haftplätze im Rahmen des geplanten Polizei- und Justizzentrums (PJZ) oder an Alternativstandorten schaffen
Stand	Verzögert
Kommentar	Es konnte mit den Abbrucharbeiten auf dem Areal des alten Güterbahnhofs, auf dem der Neubau des PJZ zu stehen kommen wird, begonnen werden. Aufgrund der im Rahmen des Kreditfreigabeprozesses sowie der wegen notwendiger Planungsanpassungen entstandenen Verzögerungen wird die Inbetriebnahme später als geplant erfolgen.
Legislaturziel	2 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt.
Massnahme	2 a Die Stellung der Universität Zürich national wie international weiter verbessern und die Position der Zürcher Fachhochschule in der Hochschullandschaft festigen und ausbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Stellungen von Universität und Fachhochschule Zürich sind weiterhin gut. Die anvisierten Verbesserungen bzw. der Ausbau konnten wegen finanzieller Restriktionen weniger ausgeprägt als geplant ausgeführt werden.
Massnahme	2 b Entwicklung einer strategischen Steuerung der universitären Medizin
Stand	Verzögert
Kommentar	Im Rahmen des Projekts «Universitäre Medizin Zürich – Governance und Strategie» sind die Bildungsdirektion und die Gesundheitsdirektion daran, ein Modell zu entwickeln, das eine verbesserte Steuerung der universitären Medizin (Versorgung, Forschung und Lehre) erlaubt. Der Vorentscheid für ein Koordinationsmodell konnte im Berichtsjahr gefällt werden, das Detailkonzept mit den Grundlagen für die Umsetzung ist in Arbeit und soll 2014 vorliegen.
Massnahme	2 c Weitere Umsetzung der Strategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Projekte der ersten Umsetzungsphase sind finanziell gesichert und etabliert. Bei der Planung der weiteren Umsetzung der Gesamtstrategie HSM wird der strategischen Koordination im Bereich der Universitären Medizin Zürich sowie dem Einbezug der ETH besondere Beachtung geschenkt werden.

Legislaturziel	3 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht.
Massnahme	3 a Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Mit Bildungsratsbeschluss Nr. 16/2010 wurden folgende Massnahmen in die Wege geleitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung und Zulassung qualitativ guter Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien – Verbesserung der Weiterbildung der Lehrpersonen der Volksschule und der Mittelschulen <p>Das Weiterbildungsangebot wurde eingeführt und steht seit Herbst des Berichtsjahres den Lehrpersonen der Volksschule bereits zur Verfügung. Es werden Massnahmen zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an den Mittelschulen eingeleitet.</p>
Massnahme	3 b Die duale Berufsbildung stärken und den Weg über die Berufs- und Fachmaturitäten sowie über die Handelsmittelschulen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Reform der Berufsmaturität: planmässig (Revision Berufsmaturitätsreglement, Schullehrplan: in Arbeit). Reform der Handelsmittelschulen aufgrund der Reform der kaufmännischen Lehre und der Reform der Berufsmaturität: planmässig (Aufnahmereglement, Promotionsreglement, Lehrplan angepasst, Abschlussreglement in Arbeit). Revision Informatikmittelschule planmässig (in Arbeit). Einführung einer Fachmaturität in Pädagogik: eingeführt. Fachmaturität Gesundheit und Naturwissenschaften: eingeführt.</p>
Massnahme	3 c Das Angebot an beruflichen Ausbildungen für schulisch schwächere Jugendliche erweitern
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Berufsvorbereitungsjahr: Änderung der Verordnung über Berufsvorbereitungsjahre mit Geltung auf Schuljahr 2014/15. Koordination der Berufsvorbereitungsjahre mit den Motivationssemestern: planmässig (in Arbeit). Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf: planmässig (in Arbeit).</p>
Massnahme	3 d Die Zahl der Abschlüsse Tertiär A und B in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), im Ingenieurwesen, im Gesundheitsbereich sowie im Bereich des Lehrpersonals ausbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Fachmaturität in Pädagogik: eingeführt. Fachmaturität Gesundheit und Naturwissenschaften: eingeführt. Die Zahl der Abschlüsse Tertiär A in den erwähnten Disziplinen konnte gesteigert werden. Spezifische Massnahmen wie z. B. die Quereinstieg-Studiengänge in den Lehrberuf an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) greifen.</p>
Massnahme	3 e Das Stipendienwesen weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Grundsätze und Eckwerte für eine Stipendienreform wurden von der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) erarbeitet. Die Vernehmlassung ist erfolgt und ausgewertet.</p>

Massnahme	3 f Massnahmen zur Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Die Verpflichtung der Listenspitäler zur Aus- und Weiterbildung in den nicht-universitären Gesundheitsberufen (RRB Nr. 1040/2012) ist am 1. Januar in Kraft getreten. Die Nachweise der Listenspitäler über ihre Ausbildungsleistungen werden in den ersten Monaten des Jahres 2014 erwartet und anschliessend ausgewertet.</p> <p>Gestützt auf das Konzept «Finanzielles Fördermodell zur Gewinnung von älteren Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern Pflege HF durch die OdA G ZH» wurde im Berichtsjahr zusammen mit dem Branchenverband OdA G ZH (Organisation der Arbeitswelt Gesundheit Zürich) ein Fonds zur Förderung des Späteintritts in den Pflegeberuf geschaffen. Aus dem Fonds können auf Gesuch hin gezielt Ausbildungsbeiträge an ältere Studierende Pflege HF ausgerichtet werden. Über die Gesuche entscheidet eine Fachkommission der OdA G ZH.</p>
Massnahme	3 g Die Finanzierung der Bildungsleistungen im Gesundheitswesen klären
Stand	Verzögert
Kommentar	<p>2012 hat eine von der Gesundheitsdirektorenkonferenz eingesetzte Arbeitsgruppe verschiedene Modelle zur Abgeltung der Ausbildungsleistungen der Spitäler für die Weiterbildung der Assistenzärztinnen und -ärzte zu Fachärztinnen und -ärzten geprüft. Die Schaffung eines entsprechenden Ausgleichsmodells wurde von der GDK-Plenarversammlung am 22. November 2012 beschlossen. Es sah vor, dass je nach Spitaltyp unterschiedliche Pauschalen pro Assistenzärztin und -arzt in einen interkantonalen Ausgleich ausgerichtet werden sollen.</p> <p>Das für die Umsetzung erforderliche Konkordat steht derzeit in Vorbereitung – der Kanton Zürich ist in der entsprechenden Arbeitsgruppe vertreten. Im Mai des Berichtsjahres hat die GDK-Plenarversammlung einen Konkordatsentwurf bei den Kantonen in die Vernehmlassung gegeben und stimmte im November einer Kompromissvariante zu, die für den interkantonalen Ausgleich pro Assistenzärztin und -arzt eine einheitliche Pauschale von Fr. 15 000 vorsieht. Die endgültige Verabschiedung ist nach einem weiteren Anhörungsverfahren für Mai 2014 geplant. Als mögliches Inkrafttreten ist der 1. Januar 2017 vorgesehen.</p>
Legislaturziel	4 Die Leistungen des Gesundheitswesens sind kundenfreundlich, effektiv, effizient und transparent.
Massnahme	4 a Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Als Gründungsmitglied des Vereins QualiCCare unterstützt der Kanton Zürich die Bestrebungen zur Verbesserung der Behandlung von chronisch kranken Patientinnen und Patienten. In einem Pilotprojekt untersucht die Gesundheitsdirektion, wie bei der chronischen Lungenkrankheit COPD (Chronic Obstructive Pulmonary Disease) die integrierte Versorgung verbessert werden kann. Die Datenerhebung wurde im Berichtsjahr gestartet; erste Erkenntnisse werden 2014 vorliegen.</p>

Massnahme	4 b Eine E-Health-Strategie entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ziel der nationalen eHealth-Strategie ist die schweizweite Einführung eines elektronischen Patientinnen- und Patientendossiers. Als ersten Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel erachtet die kantonale Kerngruppe eHealth (bestehend aus Vertretungen der Leistungserbringerinnen bzw. Leistungserbringer und der Gesundheitsdirektion) die Schaffung einer Plattform (Affinity Domain) für den Austausch von Patientinnen- sowie Patientendaten. Zu diesem Zweck wurde im Berichtsjahr ein Konzept für eine Zürcher Affinity Domain erstellt und die Gründung einer Trägerschaft für deren Umsetzung in die Wege geleitet.
Massnahme	4 c Ein Instrument der Qualitätstransparenz für Patientinnen und Patienten entwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Beitritt des Kantons zum Nationalen Qualitätsvertrag des ANQ 2010 wurden die Grundlagen für schweizweite Qualitätsvergleiche zwischen den Spitälern in allen drei Bereichen der Akutversorgung – Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation – geschaffen. Damit erübrigen sich vorerst weiter gehende Aktivitäten auf kantonaler Ebene. Im Berichtsjahr hat der ANQ die Ergebnisse der Messungen «Prävalenz Sturz und Dekubitus», «Postoperative Wundinfektionen» und «Psychiatrie» veröffentlicht.
Massnahme	4 d Gezielter Mitteleinsatz bei der Prämienverbilligung
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Prämienverbilligungssystem wurde im Berichtsjahr durch externe Fachpersonen evaluiert. Sie kamen zum Schluss, dass das Zürcher System insgesamt zweckmässig ist. Gleichwohl werden verschiedene Möglichkeiten vorgeschlagen, um die Mittel in Zukunft noch zielgerichteter einzusetzen. Die Umsetzung der Empfehlungen macht gesetzliche Anpassungen nötig. Der Regierungsrat hat die Gesundheitsdirektion beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten (RRB Nr. 1219/2013). Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage ist für 2014 geplant.
Legislaturziel	5 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist unter den sich ändernden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen sichergestellt.
Massnahme	5 a Spitalplanung umsetzen und die Spitallisten 2012 nachführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Zürcher Spitalplanung wird fortlaufend aktualisiert und weiterentwickelt. Die Spitalplanungsleistungsgruppen werden jährlich an die neuen Katalogversionen von CHOP und ICD angepasst. Parallel dazu gilt es, die verabschiedeten IVHSM-Entscheide umzusetzen und sonstige sinnvolle Anpassungen (neue Entwicklungen oder Anträge von Spitälern) vorzunehmen. Diese Aktualisierungen erfolgten im Berichtsjahr zeitgerecht und wurden von vielen Kantonen übernommen.

Massnahme	5 b Neue Spitalfinanzierung 2012 einführen und etablieren
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Mit Blick auf die Umsetzung der neuen Spitalplanung und -finanzierung, die seit dem 1. Januar 2012 in Kraft steht, kann am Ende des Berichtsjahres eine durchwegs positive Bilanz gezogen werden: Die Zürcher Gesundheitsversorgung funktioniert unverändert gut und ist qualitativ hochstehend. Die Mehrheit der Spitäler konnte das Jahr 2012 mit einem positiven Ergebnis abschliessen; die finanzielle Belastung des Kantons hält sich im erwarteten Rahmen.</p> <p>Für den Bereich der stationären Akutsomatik hat der Regierungsrat im März des Berichtsjahres definitive Tarife genehmigt und festgesetzt (RRB Nr. 278/2013). Sie orientieren sich an den Kosten des effizienten Spitals beim 40. Perzentil. Dies ermöglicht wirtschaftlich arbeitenden Spitälern Gewinne und zwingt Spitäler mit überdurchschnittlichen Kosten, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen. Zur Gewährleistung versorgungsnotwendiger Leistungen, die den Spitälern nicht über die Tarife gedeckt werden, hat die Gesundheitsdirektion ein leistungsbezogenes Subventionierungssystem eingeführt.</p>
Massnahme	5 c Neue Pflegefinanzierung einführen und etablieren
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Seit der Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung im Jahr 2012 tragen die Gemeinden den gesamten Finanzierungsteil der öffentlichen Hand an der kommunalen ambulanten und stationären Pflegeversorgung. Die Gesundheitsdirektion legt jährlich die Normdefizite fest.
Massnahme	5 d Positionierung der kantonalen psychiatrischen Kliniken prüfen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Gesundheitsdirektion erarbeitet, wie auch von einer Motion (KR-Nr. 201/2010) gefordert, eine Gesetzesrevision, welche die Ausgliederung der kantonalen psychiatrischen Kliniken und deren Überführung in eine rechtlich selbstständige Organisation zum Inhalt hat. Sie hat verschiedene Varianten geprüft und wird dem Regierungsrat 2014 einen Antrag zur Festlegung der Eckwerte für eine Verselbstständigung der kantonalen psychiatrischen Kliniken unterbreiten.

Massnahme	5 e Positionierung Kantonsspital Winterthur und Universitätsspital Zürich prüfen
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Infolge der ab 2012 geltenden neuen Spitalfinanzierung besteht sowohl beim KSW als auch beim USZ Handlungsbedarf hinsichtlich der gesetzlichen Grundlagen. Da sich die beiden Betriebe in Grösse und Struktur, vor allem aber in ihren Aufgaben, stark unterscheiden, werden die Fragen beim KSW und beim USZ getrennt bearbeitet.</p> <p>2012 hat der Regierungsrat der Gesundheitsdirektion den Auftrag erteilt, für das KSW ein Konzept mit Lösungsvarianten zu erarbeiten, das sowohl die Leistungsfähigkeit des Spitals in der Spitalversorgung des Kantons Zürich langfristig sichert, als auch auf lange Sicht die vollständige Trennung des Spitals vom Kanton ermöglicht. Die entsprechenden Arbeiten haben zur Erkenntnis geführt, dass die angestrebten Ziele eine Umwandlung der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt KSW in eine Aktiengesellschaft erfordern. Mit Beschluss Nr. 346/2013 beauftragte der Regierungsrat daher die Gesundheitsdirektion in Zusammenarbeit mit dem KSW, eine entsprechende Gesetzesvorlage zu erarbeiten.</p> <p>Beim USZ wurde zur Analyse des Handlungsbedarfs eine Vorstudie durchgeführt. Sie gelangte zum Ergebnis, dass viele Problembereiche bereits in zwei laufenden Projekten bearbeitet werden («Zukünftiges Immobilienmanagement USZ: Detailkonzept» und «Public Corporate Governance»). Nach Abschluss dieser Projekte wird der Handlungsbedarf daher neu zu beurteilen sein.</p>
Massnahme	5 f Planung des Neubaus Kinderspital
Stand	Verzögert
Kommentar	<p>Das Projekt für den Neubau des Kinderspitals wird von der Kinderspital-Eleonorenstiftung durchgeführt und von der Gesundheitsdirektion begleitet. Nachdem im Vorjahr die Planerauswahl stattgefunden hatte, konnte im Berichtsjahr die nächste Planungsphase – Vorprojekt und Kostenschätzung – in Angriff genommen werden. Zur Deckung der Planungskosten genehmigte der Regierungsrat im September ein Darlehen von höchstens 51 Mio. Franken (RRB Nr. 1078/2013).</p>

Massnahme	5 g Strategische Entwicklungsplanung Universitätsspital Zürich / Universität Zürich und Planung Erneuerung Universitätsspital Zürich durchführen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Vorbereitung der planerisch-baulichen Rahmenbedingungen: Mitte Jahr wurde der Entwurf für den Masterplan Hochschulgebiet Zürich Zentrum zur Vernehmlassung bei den Direktionen des Regierungsrates, bei der Stadt Zürich und bei den drei Institutionen Universitätsspital Zürich, Universität Zürich und Eidgenössische Technische Hochschule Zürich freigegeben. Der Masterplan soll die Grundlagen für die konkreten Bauplanungen auf den verschiedenen Arealen im SEP-Perimeter schaffen. Die Vernehmlassung wurde im Dezember abgeschlossen, die endgültige Verabschiedung des Masterplans soll 2014 erfolgen. Parallel dazu wurde ebenfalls auf Mitte des Berichtsjahres die bisherige Matrixorganisation durch eine spezifische SEP-Projektorganisation abgelöst, die administrativ im Hochbauamt des Kantons Zürich integriert ist.
Massnahme	5 h Entwicklung eines Tarifsystems Psychiatrie im Auftrag von SwissDRG
Stand	Verzögert
Kommentar	Im Auftrag der SwissDRG AG entwickeln die Gesundheitsdirektion und H+ Die Spitäler der Schweiz im Rahmen des Projekts «TARPSY» gemeinsam ein gesamtschweizerisches Tarifsysteem für die stationäre Psychiatrie. Aufgrund der Auswertung der 2012 von 13 Referenzkliniken aus mehreren Kantonen erfassten Daten wurde eine erste Version des Tarifmodells erstellt. Es wird nun auf der Grundlage der Datenerhebung im Berichtsjahr, die neu auch zwei Kliniken der Kinder- und Jugendpsychiatrie umfasst, weiterentwickelt. 2014 wird die Datenerhebung auf weitere Referenzkliniken ausgedehnt, um das Tarifmodell zu validieren und weiter zu verfeinern. Die schweizweite Einführung des Tarifsystems wird im Anschluss an eine Pilotphase auf Anfang 2018 angestrebt.
Legislaturziel	6 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert.
Massnahme	6 a Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem und Evaluation der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme «BUSI»
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Rahmen der Abschreibung des Postulats betreffend SKOS-Richtlinien (KR-Nr. 83/2008) wurde der Regierungsrat beauftragt, im Zusammenhang mit dem überwiesenen Postulat KR-Nr. 227/2012 betreffend Einkommensbefreiung (EFB), Integrationszulage (IZU), mindeste Integrationszulage (MIZ) Lösungsvarianten zur Senkung des Schwelleneffekts zu erarbeiten, die keine Mehrkosten zur Folge haben. Die Verbesserung der beruflichen und sozialen Integration wird im Rahmen des Projekts «BUSI 2» weiterverfolgt.

Massnahme	6 b Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) partizipiert am Projekt Frühförderung Winterthur und ist Praxispartner der Hochschule für Heilpädagogik (HFH) im Projekt Zeppelin. Die Hauptstudie zum Projekt Zeppelin ist im Gang und dauert bis Mitte 2015.
Massnahme	6 c Sprachförderung in allen Bildungsbereichen
Stand	Planmässig
Kommentar	Sprachförderung ist eine Daueraufgabe. Laufende Eröffnung von neuen Spielgruppen mit Sprachförderungssequenzen, die von der Bildungsdirektion finanziell unterstützt werden. Das Konzept «Spielgruppe plus» wird zurzeit überarbeitet. Ausweitung der zweisprachigen Ausbildungsgänge auf der Sekundarstufe II.
Massnahme	6 d Das Integrationspotenzial des Sports nutzen, dabei Angebote im ungebundenen Sport fördern und die Sportvereine in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Massnahmen in den Bereichen lokale Sportförderung, Sportförderung im Vorschulalter, Rahmenbedingungen Fussball, J+S-Ausbildung, Sport im schulischen Umfeld und Informationsvermittlung für Eltern sind im Gange.
Massnahme	6 e Die Weiter- und Nachholbildung unterstützen und stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Finanzierung der Weiterbildung: Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung wurde auf 1. Januar des Berichtsjahres angepasst. Leistungsvereinbarungen mit den Anbietern sind in Arbeit. Ausserschulisch erworbene Kompetenzen stärker berücksichtigen (Validierungsverfahren): Verfahren evaluiert, Aufnahme weiterer Berufe ist in Prüfung.
Massnahme	6 f Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms und begleitender Massnahmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Das kantonale Integrationsprogramm wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen und mit dem Bund eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.
Massnahme	6 g Die Fach-, Selbst- und Sozialkompetenzen von Insassen im Strafvollzug mit schulischen Lücken stärken im Rahmen des Projekts «Bildung im Strafvollzug»
Stand	Planmässig
Kommentar	Das bestehende Basisbildungsangebot in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies, im Gefängnis Affoltern a. A. und im Vollzugszentrum Bachtel hat sich erfolgreich etabliert und soll abhängig vom Bedarf und den betrieblichen Möglichkeiten weiter ausgebaut werden. Neue Angebote sind in den ab 2014 schwerpunktmässig auf Strafvollzug ausgerichteten Gefängnissen Horgen und Flughafengefängnis (bisherige Abteilung Untersuchungshaft) in Vorbereitung.

Legislaturziel	7 Die Verkehrsinfrastruktur kann das Verkehrsaufkommen mit mindestens gleichbleibender Qualität und Zuverlässigkeit bewältigen.
Massnahme	7 a Das Konzept Regionale Verkehrssteuerung (RVS) umsetzen, um in Gebieten mit stark belastetem Strassennetz verlässliche Reisezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden und eine optimale Einhaltung der Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs zu erreichen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Projektaufträge, welche die für das Berichtsjahr prioritären Massnahmen enthalten, wurden an das Tiefbauamt übergeben.
Massnahme	7 b Zur Beobachtung, Steuerung und Kontrolle der Verkehrsentwicklung und deren Wirkungen ein Gesamtverkehrscontrolling einführen und betreiben
Stand	Sistiert
Kommentar	Im Zuge der Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts (siehe Massnahme 9a) werden die Elemente des Gesamtverkehrscontrollings umgesetzt bzw. eingeführt. Nach Abschluss dieser Arbeiten wird das weitere Vorgehen bezüglich des Gesamtverkehrscontrollings festgelegt.
Massnahme	7 c Ein Konzept zur siedlungsverträglichen Gestaltung von Staatsstrassen in Ortszentren erarbeiten und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Sämtliche Ortsdurchfahrten wurden bezüglich ihrer Verträglichkeit Siedlung und Verkehr analysiert und dargestellt. Die Methodik zur Entwicklung entsprechender Massnahmen ist etabliert und in zahlreichen Betriebs- und Gestaltungskonzepten bereits angewandt worden.
Massnahme	7 d Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 25% bis 2016 (Basis 2008) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr abdecken sowie das ÖV-Angebot dort anpassen, wo Kapazitätsengpässe auftreten, wo Handlungsspielraum besteht und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist
Stand	Planmässig
Kommentar	Die durchschnittliche jährliche Nachfragesteigerung im öffentlichen Verkehr beläuft sich in den Jahren 2008–2013 auf rund 2,2%. Aufgrund der zeitweise schwachen Konjunktur ist die tatsächliche Entwicklung gegenüber der geschätzten etwas verzögert. Die Nachfrage konnte mit dem zur Verfügung gestellten Angebot abgedeckt werden. Das Angebot im öffentlichen Verkehr wird pro Fahrplanperiode durch den Verkehrsrat festgesetzt. Die letzten Angebotsverbesserungen im Sinne dieser Massnahme wurden am 15. Dezember des Berichtsjahres umgesetzt.
Legislaturziel	8 Die raumwirksamen Tätigkeiten sind überkommunal abgestimmt.
Massnahme	8 a Aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans eine Richtplanvorlage an den Kantonsrat erstellen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Massnahme	8 b Die überarbeiteten regionalen Richtpläne festlegen
Stand	Verzögert
Kommentar	Abhängig von der Schlussberatung der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans im März 2014. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis Ende 2017 gerechnet werden.

Massnahme	8 c Eine Raumentwicklungsstrategie zur langfristigen Abstimmung der raumwirksamen Tätigkeiten erarbeiten
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Abschluss ist Ende 2014 mit vorheriger Beratung im Regierungsrat im 3. Quartal 2014 geplant. Teilprojekte werden im 1. Quartal 2014 abgeschlossen.
Massnahme	8 d Die Teilrevision «Parkierungsregelungen und stark verkehrserzeugende Nutzungen» des Planungs- und Baurechts verabschieden
Stand	Verzichtet
Kommentar	Die Teilrevision wird gemäss RRB Nr. 1424/2013 aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses nicht weiterverfolgt.
Massnahme	8 e Massnahmenpaket zur langfristigen Sicherung von 44 400 ha Fruchtfolgefleichen umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die verfahrenstechnischen Grundlagen zur Nachführung der Fruchtfolgefleichen wurden erarbeitet. Die Registrierung erfolgt bereits routinemässig.
Massnahme	8 f Die Methode zur Sicherung des Gewässerraums festlegen und die Umsetzung starten sowie drei kantonale Grundwasserschutzareale festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die methodischen Arbeiten zur Festlegung des Gewässerraums im Siedlungsgebiet sind auf Kurs, sodass ab 2015 voraussichtlich mit der systematischen Festlegung der Gewässerräume im Siedlungsgebiet begonnen werden kann. Das Grundwasserschutzareal Weiach wurde festgesetzt. Die hydrogeologischen Untersuchungen für die beiden Areale in Schlieren bzw. Unterengstringen laufen planmässig.
Legislativziel	9 Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot schafft die Voraussetzung für eine dichte Nutzung in der Agglomeration.
Massnahme	9 a Zur langfristigen Weiterentwicklung, Vernetzung und Finanzierung aller Verkehrssysteme das Gesamtverkehrskonzept des Kantons überarbeiten
Stand	Verzögert
Kommentar	Das Gesamtverkehrskonzept soll erst Mitte 2015 vom Regierungsrat verabschiedet werden.
Massnahme	9 b Agglomerationsprogramme umsetzen (1. Generation) bzw. erarbeiten und beim Bund einreichen (2. Generation)
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Agglomerationsprogramm der 1. Generation wird seit 2011 umgesetzt. Der Bund hat die im Juni 2012 eingereichten Agglomerationsprogramme der 2. Generation geprüft und den Entwurf für den Bundesbeschluss über die Mittelfreigabe ab 2015 für die Agglomerationsprogramme in die Vernehmlassung gegeben. Der Abschluss des Prüfprozesses und die Botschaft an das Bundesparlament sind für das Frühjahr 2014 vorgesehen.

Massnahme	9 c Die rechtlichen Grundlagen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung rund um den Flughafen mit dem Bund klären
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Volkswirtschaftsdirektion hat den Bund verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die Vernehmlassung zur Änderung der Lärmschutzverordnung noch vor der Kantonsratsdebatte zur Vorlage 4788 (Richtplan-Kapitel 4.7.1, Flughafen Zürich) erfolgen sollte.
Massnahme	9 d Förderprogramm Wohnqualität und weitere Teile des Massnahmenpakets zum Zürcher Flughafen-Index (ZFI) umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Im August des Berichtsjahres wurde allen Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern in der Flughafenregion ein Flyer zugestellt, mit dem auf das Wohnbauförderprogramm aufmerksam gemacht wurde. Zudem läuft für die Dauer eines Jahres ein entsprechendes Inserat im Publikationsorgan des Hauseigentümergebietes des Kantons Zürich.
Massnahme	9 e Themenführerschaft in ausgewählten, grenzüberschreitenden Verkehrsthemen und -projekten wahrnehmen (z. B. Regionale Leitzentrale als Leuchtturmprojekt in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die regionale Leitzentrale ist etabliert und zeichnet sich durch entsprechende Zusammenarbeit zwischen den Städten, dem Kanton und dem Bund aus. In den Grossprojekten des Bundes zum Hochleistungsstrassennetz können die Interessen des Kantons eingebracht werden.
Legislativziel	10 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt.
Massnahme	10 a Die Revitalisierung der Fliessgewässer planen und vorantreiben
Stand	Planmässig
Kommentar	Ende des Berichtsjahres konnte der Entwurf des Schlussberichts der kantonalen Revitalisierungsplanung dem Bund zur Stellungnahme eingereicht werden. Bis zum 31. Dezember 2014 ist dem Bund die beschlossene Planung vorzulegen.
Massnahme	10 b Zur Vermeidung von Mikroverunreinigungen der Gewässer die nachzurüstenden kommunalen Abwasserreinigungsanlagen bestimmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Entsprechend dem Vorschlag des Bundesrates zur Änderung der Gewässerschutzgesetzgebung werden bis spätestens 2035 33 (von insgesamt 69) kommunale Abwasserreinigungsanlagen mit einer weiter gehenden Reinigungsstufe ausgerüstet werden.
Massnahme	10 c Zur Verminderung der Konzentration an Luftschadstoffen den Massnahmenplan Luftreinhaltung 2014 festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Massnahmenplan liegt im Entwurf vor und ist amtsintern bereinigt. Die Vernehmlassung ist in Vorbereitung.

Massnahme	10 d Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (Verkehrsabgabe) aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen: Anpassung der entsprechenden Verordnung und Bereitstellung der Informatiklösung ab 1. Januar 2014
Stand	Planmässig
Kommentar	Gegen die am 28. November 2011 vom Kantonsrat verabschiedete Gesetzesvorlage wurde das Behördenreferendum ergriffen. Bedingt durch die Volksabstimmung, die Revision der Verkehrsabgaben-Verordnung und die Informatikanpassungen wird die produktive Einführung auf den 1. Januar 2014 erfolgen.
Massnahme	10 e Eine Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Aufträge zur Kartierung der ersten zwei Lose saurer Waldböden konnte vergeben werden. Die Karte bildet die nötige Grundlage zur Lokalisierung und Vorgehensweise.
Massnahme	10 f Eine Auslegeordnung zum Umgang mit Strahlungsrisiken erstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Eine Übersicht über die Strahlungsrisiken liegt vor, die Massnahmenplanung ist in Arbeit.
Legislaturziel	11 Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist unter den sich rasch ändernden Rahmenbedingungen gewährleistet.
Massnahme	11 a Grundsätze der Zürcher Energiepolitik überarbeiten: Strategie Energieversorgung 2025 und Energieplanungsbericht 2012 erstellen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Strategie ist im Energieplanungsbericht 2013 enthalten. Vgl. RRB Nr. 1380/2013.
Massnahme	11 b Zürcher Stromversorgung im liberalisierten Markt klären und Netzgebiete innerhalb des Kantons zuteilen
Stand	Planmässig
Kommentar	Wesentlichen Einfluss auf das Ergebnis werden die Verhandlungen über das Stromabkommen CH-EU sowie der Entscheid über den 2. Schritt der Marktöffnung gemäss eidgenössischem Stromversorgungsnetz haben.
Massnahme	11 c Umfassenden Rahmenkredit zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beantragen und Leistungsaufträge an Stromversorger im Kanton zur Verbesserung der Energieeffizienz erteilen
Stand	Abgeschlossen/Sistiert
Kommentar	Bewilligung des Rahmenkredits: siehe KR-Vorlage 5015. Aufgrund der noch nicht gefestigten Energiestrategie des Bundes wurden lediglich die Netzgebiete zugeteilt (siehe RRB Nr. 168/2013) und die Leistungsaufträge auf unbestimmte Zeit aufgeschoben.

Legislaturziel	12 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet.
Massnahme	12 a Die Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen vorantreiben
Stand	Planmässig
Kommentar	Der vierte clusterübergreifende Dialog mit Schwerpunktthema «ICT» hat im September des Berichtsjahres stattgefunden. Anlässlich des Life-Science-Cluster-Dialogs (ebenfalls im September) wurde das 10-Jahr-Jubiläum des BIO-TECHNOPARKS in Schlieren gefeiert.
Massnahme	12 b Die Führung der Marke Zürich beanspruchen und Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr wurde die Bewerbung des Kantons für die neue Top Level Domain .zuerich von der Internet Corporation for Names and Numbers (ICANN) angenommen. In einem nächsten Schritt wird 2014 der Vertrag mit ICANN unterzeichnet. Das Berichtsjahr stand im Zeichen von verschiedenen Vorbereitungsarbeiten zu bedeutenden Anlässen in den Folgejahren (Leichtathletik EM 2014, Zurich meets NY 2014 sowie Expo Milano 2015). Darüber hinaus wurden kleinere Aktivitäten gemeinsam koordiniert, wie z. B. der Life-Science-Anlass in San Francisco und die Weiterentwicklung des Zürich Film Office.
Massnahme	12 c Grundlagen für eine gezielte Innovationspolitik des Kantons Zürich erarbeiten, insbesondere um einen Innovationspark im Kanton Zürich zu errichten und Anreize für Innovationen an den Zürcher Hochschulen schaffen
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit Beschluss Nr. 1036/2013 hat der Regierungsrat die Projektorganisation und gleichzeitig mit Beschluss Nr. 1043/2013 die Ergänzung des Richtplans zur Schaffung planerischer Voraussetzungen für den Innovationspark genehmigt. Zürich wurde im Juni des Berichtsjahres als einer der beiden Hubstandorte des nationalen Innovationsparks bestimmt. Das AWA hat das Projekt inhaltlich, planerisch und organisatorisch in Zusammenarbeit mit den Wissenschaftsinstitutionen (ETHZ, Universität Zürich und ZHAW) und der Wirtschaft vorangetrieben. Bis Mitte 2015 müssen die Vorgaben, die der Bund mit dem FIG (Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz) stellt, erfüllt werden. Die Projektorganisation ist auf dieses Ziel hin ausgerichtet.
Massnahme	12 d Autonomie und Handlungsfähigkeit des Finanzplatzes zur Wahrung der Position im internationalen Wettbewerb durch aktive Interessenvertretung stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Veröffentlichung der Studie «Finanzplatz Zürich 2012/2013» (BAK Basel) im Januar sowie Organisation des Finance-Cluster-Anlasses mit dem Titel «Der Bankenplatz Zürich im Umbruch» im Mai des Berichtsjahres. Herausgabe des Leporello «Bankenplatz Zürich: Zahlen und Fakten», der in Zusammenarbeit mit dem Zürcher Bankenverband entstand.

Legislaturziel	13 Die Position im internationalen und interkantonalen Steuerwettbewerb ist gestärkt.
Massnahme	13 a Strategie und begleitende Massnahmen zur Erhaltung der Steuerhoheit und der guten Wettbewerbsposition sowie zur Optimierung des Steuersubstrats erarbeiten und umsetzen
Stand	Verzögert
Kommentar	<p>Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) hatte 2012 in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) und der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) das Projekt zur «Reform des Unternehmenssteuersystems im Spannungsfeld von Wettbewerbsfähigkeit, Finanzierung der Staatsausgaben und internationaler Akzeptanz» in Gang gebracht und die Projektorganisation Unternehmenssteuerreform (USR) III eingesetzt. Hauptsächlicher Anlass für dieses Projekt ist die internationale Kritik an den im Steuerharmonisierungsgesetz des Bundes vorgesehenen kantonalen Steuerstatus für Holding-, Domizil- und gemischte Gesellschaften.</p> <p>Inzwischen liegt der Schlussbericht des Steuerungsorgans der Projektorganisation USR III zuhanden des EFD vor. Darin werden als Ersatz für die bisherigen kantonalen Steuerstatus im Wesentlichen eine Lizenzbox und eine zinsbereinigte Gewinnsteuer vorgeschlagen. Weiter steht auch eine allgemeine Senkung der kantonalen Gewinnsteuersätze zur Diskussion. Die konkrete Ausgestaltung einer Lizenzbox oder einer zinsbereinigten Gewinnsteuer ist noch offen. Auch die damit verbundenen Auswirkungen auf den Steuerertrag können noch nicht abgeschätzt werden. Ebenfalls offen bleibt, welche konkreten Ausgleichsmassnahmen vonseiten des Bundes zu erwarten sind.</p> <p>Gemäss den Aussagen des EFD soll die Vernehmlassungsvorlage mit den konkreten Vorschlägen für die USR III im Sommer 2014 verabschiedet werden. Zu diesem Zeitpunkt dürften dann auch die Auswirkungen der USR III auf den Kanton Zürich besser abzuschätzen sein. Erst damit wird es möglich sein, auch die künftige Steuerstrategie des Kantons Zürich für die Unternehmenssteuern festzulegen.</p> <p>Mit dem Ausgleich der kalten Progression auf den Beginn der Steuerperiode 2012 konnte die Position des Kantons im interkantonalen Belastungsvergleich bei den natürlichen Personen teilweise verbessert werden. Weitere Tarifsenkungen sind hier derzeit nicht geplant. Im Übrigen erstellt BAK Basel weiterhin im Auftrag der Finanzdirektion den jährlichen «Zürcher Steuerbelastungsmonitor».</p>

Legislaturziel	14 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut.
Massnahme	14 a Aufbau von Allianzen mit anderen Kantonen und Gebietskörperschaften und aktive Vertretung der Zürcher Interessen in Bundesgremien
Stand	Planmässig, teilweise sistiert
Kommentar	<p>Allgemein: Der Regierungsrat wird das Vorhaben Interessenvertretung in Bern nicht weiterverfolgen. Die weitere Bearbeitung hat deshalb im Rahmen der laufenden Aufgaben und Bereiche sowie mit gezielten Einzelaktionen zu erfolgen.</p> <p>Im Gesundheitswesen: Im Berichtsjahr haben weitere Kantone die Systematik der Zürcher Spitalplanung 2012 übernommen. Dies erleichtert den Austausch der Patientendaten und die Koordination der Leistungsaufträge. Insbesondere mit den Kantonen, die einen vergleichsweise hohen Patientenanteil an Zürcher Spitälern aufweisen, wurden die Beziehungen intensiviert und die Zusammenarbeit auf einheitlichen Grundsätzen beruhend ausgebaut. Als Ergebnis ergeben sich zusätzliche neue Leistungsaufträge für das Universitätsspital Zürich und das Kinderspital Zürich. Auf interkantonaler Ebene wurde in verschiedene ständige wie auch in auf bestimmte Projekte beschränkte Arbeitsgruppen Einsitz genommen und auf die Zürcher Interessen berücksichtigende Lösungen hingearbeitet.</p>
Massnahme	14 b Übernahme der Themenführerschaft in interkantonalen Konferenzen sowie Arbeitsgruppen und Begleitorganisationen auf verschiedenen Ebenen
Stand	Planmässig
Kommentar	Vertretung des Kantons Zürich in wichtigen Arbeitsgruppen: Die Finanz - direktorin wurde Vorsitzende der Arbeitsgruppe Finanz- und Fiskalfragen der KdK.
Massnahme	14 c Interessenwahrung beim Bund durch die innere Reform der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Arbeitsgruppe «Europa-Reformen der Kantone» (EuRefKa) wurde reaktiviert: Sie erhielt den Auftrag, Vorschläge zur Konkretisierung der seitens der Kantonsregierungen geforderten inneren Reformen auszuarbeiten. Im Zusammenspiel mit dem Kanton Bern konnte kurzfristig eine ständige Vertretung in der Kommission für innere Reformen der KdK erwirkt werden.
Massnahme	14 d Politische Abstützung und Governance der Metropolitankonferenz aus Sicht des Kantons Zürich verbessern
Stand	Sistiert
Kommentar	In der laufenden Konsolidierungsphase erscheint es derzeit nicht opportun, strukturelle Veränderungen an der Konferenz vorzunehmen.

Massnahme	14 e Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung zur Ausgestaltung des internationalen Informationsaustauschs in Steuersachen und zu den Auswirkungen auf den innerschweizerischen Informationsaustausch durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Kanton Zürich hat im Berichtsjahr zur Änderung des Steueramtshilfegesetzes (vgl. Beschluss Nr. 977) und zur Revision des Steuerstrafrechts (vgl. Beschluss Nr. 1030) Stellung genommen und so sein Vernehmlassungsrecht wahrgenommen. Der Kanton Zürich war zudem in der mit der Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage zum Steuerstrafrecht betrauten Arbeitsgruppe vertreten und konnte so Einfluss nehmen.
Legislaturziel	15 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug ist sichergestellt.
Massnahme	15 a Neues Gemeindegesetz mit Unterstützung von Gemeindevereinigungen und Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Gesetzesentwurf wird seit April des Berichtsjahres und voraussichtlich noch bis Oktober 2014 durch die Kommission für Staat und Gemeinden vorberaten. Die lange Beratungsdauer verzögert die Arbeiten an der Verordnung. Es wurden drei Gesuche zur Vereinigung von politischen Gemeinden bearbeitet. Ebenso ein Gesuch zur Vereinigung von Schulgemeinden sowie sechs Gesuche zur Bildung von Einheitsgemeinden.
Massnahme	15 b Überprüfung der Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden im Bereich der Steuern und einer Neukonzeption der Prozesse und Informatikmittel
Stand	Planmässig
Kommentar	Das kantonale Steueramt hat sich intensiv mit dem im November des Vorjahres durch das Institut für Finanzwissenschaft und Finanzrecht (IFF) der Universität St. Gallen erstellten Gutachten zur Aufgabenteilung zwischen Kanton Zürich und den Gemeinden im Steuerbereich auseinandergesetzt und die Eckpunkte der künftigen Aufgabenteilung umschrieben. Der Regierungsrat wird sich im Verlaufe des Jahres 2014 mit dem Gutachten und dem Beschluss bezüglich der strategischen Ausrichtung des Programms Aufgabenteilung beschäftigen.

Massnahme	15 c Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government ist gestützt auf RRB Nr.1092/2012 mit einer Vereinbarung geregelt. Bis Ende des Berichtsjahres haben 125 politische Gemeinden die Zusammenarbeitsvereinbarung unterzeichnet. Der Steuerungsausschuss der Zusammenarbeitsorganisation unter dem Vorsitz des Vorstehers der Direktion der Justiz und des Innern hat sich im März konstituiert. Der eingesetzte Fachrat sowie die in der Stabsstelle E-Government angesiedelte Geschäftsstelle sind personell besetzt und haben ihre reguläre Arbeit aufgenommen.
Massnahme	15 d Überprüfung der Vollzugszuständigkeit im Lebensmittelrecht zwischen Kanton und Gemeinden
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Vollzugsbereich des Lebensmittelrechts müssen die Zuständigkeiten des Kantons und der Gemeinden im Sinne von §2 der Einführungsverordnung zum eidgenössischen Lebensmittelgesetz neu geregelt werden. Dabei soll klarer umschrieben werden, wer welche Bereiche der Lebensmittelgesetzgebung vollzieht. Im Berichtsjahr ging ein Verordnungsentwurf mit entsprechenden Erwägungen in Vernehmlassung. 2014 soll der Verordnungsentwurf aufgrund der Vernehmlassungsantworten bereinigt und die revidierte Verordnung in Kraft gesetzt werden.
Massnahme	15 e Die direktionsübergreifenden Verwaltungsprozesse in der Zuständigkeit der Staatskanzlei durchgängig elektronisch abwickeln
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Antrag zu einem Vorprojekt, wie es im Umsetzungsplan der E-Government-Strategie (KP04) vorgesehen ist, wurde Ende des Berichtsjahres genehmigt. Die Staatskanzlei hat zudem im Berichtsjahr eine Machbarkeitsstudie für die Einführung eines neuen elektronischen Geschäftsverwaltungssystems (GEVER SK) durchgeführt.
Massnahme	15 f Umsetzung der kantonalen Informatikstrategie (weitere Umsetzungseinheiten ab UE2 bis UEx)
Stand	Verzögert
Kommentar	Umsetzungseinheiten 1 und 2 leicht verzögert, weitere Umsetzungseinheiten haben noch nicht begonnen.
Massnahme	15 g Neue LEUnet-Strategie, Ablösung/Modernisierung des kantonalen Netzwerks
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Beschluss ist im Entwurf vorhanden. Das Kantonale Informatik-Team (KIT) hat im Berichtsjahr das Konzept und das Verrechnungskonzept für das neue Netz LEUnet2 erarbeitet und verabschiedet. Diese Konzepte bilden die Grundlage für die geplante Submission im Jahr 2014 und enthalten die Grundlage für das neue Netz, das ab etwa Mitte 2015 das bisherige LEUnet ersetzen soll. Das Pflichtenheft für die Ausschreibung des neuen Netzes wird im ersten Quartal 2014 erarbeitet.

Massnahme	15h Überprüfung des Immobilienmanagements des Kantons und Einführung eines Immobilienmanagementsystems
Stand	Verzögert
Kommentar	<p>Überprüfung Immobilienmanagement: Die im Herbst 2012 erteilten Aufträge wurden nicht wie geplant bis Sommer des Berichtsjahres erarbeitet. Die Genehmigung der Ergebnisse durch den Regierungsrat steht noch aus. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis 2014 gerechnet werden.</p> <p>Die Einführung des Immobilienmanagementsystems ist von den Regierungsratsbeschlüssen zur Verselbstständigung von Universitätsspital (USZ) und Universität (UZH) sowie vom Beschluss des Regierungsrates zum Teilprojekt «Verbesserung Prozesse/Zusammenarbeit» abhängig. Die Entscheide werden im 1. Quartal 2014 erwartet. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis 2015 gerechnet werden.</p>
Legislaturziel	16 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet.
Massnahme	16a Erarbeitung und Umsetzung der Personalstrategie 2012–2015
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung der Massnahmen der Personalstrategie 2012–2015 erfolgt wie geplant.
Massnahme	16b Substanzerhalt der kantonalen Immobilien
Stand	Verzögert
Kommentar	Unter der Voraussetzung, dass der Investitionsanteil für werterhaltende Massnahmen 50% der Gesamtinvestitionen beträgt, wie dies in der Immobilienverordnung (§ 33 ImV) festgelegt ist, kann der Zielwert von 0,85 (Zeit-/Neuwert gemäss Zustandsbewertung STRATUS) erst innert etwa sieben Jahren erreicht werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis 2020 gerechnet werden.
Massnahme	16c Umsetzung des Projekts familienergänzende Kinderbetreuung
Stand	Verzögert
Kommentar	Der Entscheid betreffend das weitere Vorgehen erfolgt im Frühjahr 2014 durch den Regierungsrat.

Massnahme	16 d Durch neue Ausbildungsgänge für den Quereinstieg, Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule und geplante Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen und Schulleitende an der Volksschule genügend geeignete Personen – darunter mehr Männer – für den Lehrberuf gewinnen
Stand	Planmässig
Kommentar	Angebot für stufenfremde Lehrpersonen: Die PH Zürich bietet seit Herbst 2012 einen kantonalen Stufenumstieg für Primarlehrpersonen mit alt-rechtlichem Lehrdiplom an, die bereits über längere Unterrichtserfahrung verfügen. Ein EDK-anerkannter Stufenumstieg mit Masterabschluss wird derzeit in Zusammenarbeit mit der PH Graubünden durchgeführt. Für den Erwerb einer Unterrichtsberechtigung von Lehrpersonen der Sekundarstufe II für die Sekundarstufe I führt die PH Zürich ein kantonales Angebot. Schulische Heilpädagogik: Die Zahl der Studienplätze für Schulische Heilpädagogen wurde stark ausgebaut. Fachmaturität in Pädagogik wurde eingeführt.
Massnahme	16 e Aufgabenbezogene Organisation der Kantonspolizei, damit Polizistinnen und Polizisten für die eigentlichen Polizeiaufgaben eingesetzt werden können.
Stand	Planmässig
Kommentar	Bei der Grenzkontrolle am Flughafen konnte die durch den Regierungsrat bewilligte gestaffelte Anstellung von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten mit der letzten Tranche von 40 Personen im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Der Bereich Rückführungen wurde personell verstärkt.
Massnahme	16 f Intensivierung der Massnahmen zur Erreichung des Sollbestands u. a. mit gezielter Rekrutierung von Aspirantinnen und Aspiranten für den Polizeidienst
Stand	Planmässig
Kommentar	Dank intensiver Personalwerbung konnten im Berichtsjahr wiederum über 100 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt werden. Der Sollbestand im Polizeikorps wurde noch nicht ganz erreicht. Die Abweichung konnte aber weiter verringert werden.
Legislaturziel	17 Die Finanzierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK) ist sichergestellt.
Massnahme	17 a Umsetzung der Statutenrevision zur nachhaltigen Finanzierung mit dem Ziel der vollen Deckung innerhalb von sieben Jahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr erfolgte die Überweisung der durch den Kantonsrat beschlossenen Einmaleinlage von 2 Mrd. Franken in mehreren Tranchen.
Legislaturziel	18 Die Kommunikation des Kantons gewährleistet die freie Meinungsbildung der Bevölkerung in einer veränderten Medienwelt.
Massnahme	18 a Social-Media-Angebote erproben, evaluieren und bei positivem Resultat erfolgreich einführen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012

Massnahme	18 b Live-Streaming der Medienkonferenzen des Regierungsrates erproben, evaluieren und bei positivem Resultat einführen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Massnahme	18 c Eine Auswahl der Angebote der Internetinhalte von www.zh.ch in englischer und französischer Übersetzung zugänglich machen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Massnahme	18 d Optimierung der Abstimmungsinformation
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat am 13. März (RRB Nr. 264/2013 zum Controllingbericht) beschlossen, Legislaturziel 18 um folgende Massnahme 18d zu ergänzen: «Optimierung der Abstimmungsinformation». Diese Massnahme wurde in die Planung KEF 2014–2017 aufgenommen, die Arbeiten wurden im Berichtsjahr aufgenommen.

Finanzen im Überblick

Eckwerte	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz zu R 12/13	
	2013 Mio. Fr.	2013 Mio. Fr.	2012 Mio. Fr.	Abs.	%
Erfolgsrechnung					
Betrieblicher Ertrag	13 745	13 895	13 712	33	0.2
Betrieblicher Aufwand	-14 063	-14 063	-13 940	-123	-0.9
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	-318	-167	-228	-91	-39.8
Finanzertrag	444	427	551	-107	-19.4
Finanzaufwand	-164	-155	-218	54	24.8
Finanzergebnis	281	272	333	-53	-15.8
Jahresergebnis	-38	104	106	-143	> 100.0
Investitionsrechnung					
Investitionseinnahmen	294	208	340	-46	-13.6
Investitionsausgaben	-897	-985	-859	-38	-4.4
Nettoinvestitionen	-603	-776	-519	-84	-16.2
Bilanz					
Umlaufvermögen (UV)	5 288		6 444	-1 157	-17.9
Finanzvermögen UV	5 288		6 444	-1 157	-17.9
Anlagevermögen (AV)	15 541		15 481	60	0.4
Finanzvermögen AV	1 303		1 259	44	3.5
Verwaltungsvermögen	14 238		14 222	15	0.1
Total Aktiven	20 829		21 926	-1 097	-5.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-5 145		-6 894	1 749	25.4
Langfristiges Fremdkapital	-7 230		-6 590	-640	-9.7
Eigenkapital	-8 454		-8 442	-12	-0.1
Total Passiven	-20 829		-21 926	1 097	5.0
Geldflussrechnung					
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	-1 668		370	-2 038	> 100.0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-566		-645	79	12.3
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	-2 234		-275	-1 959	> 100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	1 323		936	387	41.3
Zunahme Flüssige Mittel	-911		661	-1 572	> 100.0
Kennzahlen					
Selbstfinanzierungsgrad in %	101.7		137.3		
Verschuldung	5 111		5 075		

Vergleich Rechnung 2013 mit Rechnung 2012

Die Erfolgsrechnung 2013 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 38 Mio. Franken und damit um 143 Mio. Franken schlechter ab als 2012.

Das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ist um 91 Mio. Franken schlechter als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

+215	Transferertrag
+120	Höhere Bundesbeiträge an Universität Zürich (vor allem Verschiebungen von Entgelten wegen Umkontierungen)
+57	Höhere Erträge aus der Ressourcenabschöpfung im kantonalen Finanzausgleich
-115	Sachaufwand
-52	Höherer Aufwand für Dienstleistungen und Honorare (davon 27 Mio. Franken aus höheren Leistungsentgelten des Zürcher Verkehrsverbunds an die Verkehrsunternehmen)
-27	Höherer Material- und Warenaufwand sowie Mehraufwand aus baulichem Unterhalt
-90	Entnahmen aus Fonds
-87	Ausgleichsfonds mit der Reform des kantonalen Finanzausgleich aufgehoben
-82	Entgelte
-103	Tiefere Projektbeiträge und Dienstleistungserträge bei Universität Zürich (vor allem Verschiebungen zu Transferertrag wegen Umkontierungen)
+20	Höhere Verkehrseinnahmen beim Zürcher Verkehrsverbund

Das Finanzergebnis ist um 53 Mio. Franken schlechter als im Vorjahr ausgefallen.

Wichtigste Veränderungen (in Mio. Franken):

+57	Geringerer Aufwand aus Wertberichtigungen auf Liegenschaften im Finanzvermögen
-99	Geringere Erträge aus periodischen Marktwertanpassungen von Liegenschaften im Finanzvermögen

Die Nettoinvestitionen 2013 betragen 603 Mio. Franken. Sie sind damit 84 Mio. Franken höher als im Vorjahr. Während die Investitionsausgaben 38 Mio. Franken höher als im Vorjahr ausgefallen sind, haben die Investitionseinnahmen um 46 Mio. Franken abgenommen.

Vergleich Rechnung 2013 mit Budget 2013

Die Erfolgsrechnung 2013 hat um 142 Mio. Franken schlechter als budgetiert abgeschlossen. Dabei hat sich das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit um 151 Mio. Franken verschlechtert.

Wichtigste Veränderungen im Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit (in Mio. Franken):

+189	Transferaufwand
+89	Geringere Beiträge des Lotteriefonds
+99	Personalaufwand
+131	Teilweise Auflösung der Rückstellung für die BVK-Sanierung
-223	Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand
-250	Zentral budgetierte pauschale Aufwandsverbesserung durch den Kantonsrat
-215	Fiskalertrag
-238	Staatssteuern

Das Finanzergebnis ist 9 Mio. Franken besser als budgetiert ausgefallen.

Die Nettoinvestitionen 2013 liegen um 174 Mio. Franken unter dem Budget. Die Investitionseinnahmen sind um 86 Mio. Franken höher, die Investitionsausgaben um 88 Mio. Franken tiefer als budgetiert ausgefallen. Sowohl die Verbesserungen auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite sind der Entwicklung der Darlehen zuzuschreiben. In der Leistungsgruppe Somatische Akutversorgung mussten keine Darlehen an Spitäler gewährt werden, diese zahlten im Gegenteil bestehende Darlehen zurück. Im Verkehrsfonds war die Durchmesserlinie der Grund dafür, dass weniger Darlehen geleistet werden mussten und Rückzahlungen des Bundes früher als erwartet eingingen.

Geldflussrechnung

Im 2013 haben sich die flüssigen Mittel um 911 Mio. Franken vermindert. Aus betrieblicher Tätigkeit sind aus dem Staatshaushalt 1668 Mio. Franken, aus der Investitionstätigkeit 566 Mio. Franken abgeflossen. Dem stehen Zuflüsse aus Finanzierungstätigkeit von 1323 Mio. Franken gegenüber.

Im Vorjahr erhöhten sich die flüssigen Mittel um 661 Mio. Franken.

Mittelfristiger Haushaltsausgleich 2006–2013

Über die Jahre 2006–2013 ist ein kumulierter Ertragsüberschuss von 2370 Mio. Franken zu verzeichnen. Dabei werden für die Jahre vor 2009 die vom Kantonsrat genehmigten Rechnungsergebnisse gemäss Finanzhaushaltsgesetz verwendet (§ 51 FCV). Aufgrund der mit Vorlage 4851, Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal, beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 bestätigten Regelung wird die Rückstellung für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK im Umfang von 2.6 Mrd. Franken im 2011 nicht (1.6 Mrd. Franken) oder erst mit Verzögerung in den mittelfristigen Ausgleich eingerechnet. Würde man diese Spezialregelung nicht anwenden, wäre der Ausgleich mit einem Plus von 6 Millionen Franken ebenfalls noch erreicht worden, aber nur knapp.

Kennzahlen

Im Berichtsjahr beläuft sich der Selbstfinanzierungsgrad auf 102%. Damit konnten die Nettoinvestitionen vollständig mit Mitteln aus der Erfolgsrechnung finanziert werden. Die Verschuldung hat daher nur marginal zugenommen und liegt weiterhin bei rund 5.1 Mrd. Franken.

Finanzpolitische Beurteilung

Mit dem – wenn auch geringen – Defizit 2013 geht die lange Periode positiver Rechnungsabschlüsse seit 2005 zu Ende. 2011 stellt dabei einen Sonderfall dar, denn ohne die Rückstellung für die BVK-Sanierung von 2.6 Mrd. Franken hätte sich auch in jenem Jahr ein deutlicher Ertragsüberschuss ergeben.

Die rote Null ist für sich betrachtet kein Grund zur Sorge. Kennzahlen wie Eigenkapital oder Verschuldung sind nach wie vor auf einem erfreulichen Niveau und der Haushaltsausgleich über die letzten acht Jahre ist ganz klar erreicht. Die Rating-Agenturen geben dem Kanton Zürich weiterhin Höchstnoten.

Im Hinblick auf die nächsten Jahre steht der Kanton aber vor grossen finanzpolitischen Herausforderungen. Hohe Investitionsausgaben stehen vor allem im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich an. Finanzpolitisch grosse Brocken wie die neue Spitalfinanzierung, die BVK-Sanierung oder der neue innerkantonale Finanzausgleich sind noch kaum verdaut. Und am Horizont droht die Unternehmenssteuerreform III des Bundes mit voraussichtlich gewichtigen Steuerausfällen im Kanton Zürich.

Die Erreichung des gesetzlich geforderten mittelfristigen Haushaltsausgleichs wird jedenfalls in den nächsten Jahren grosse Anstrengungen erfordern; umso mehr, als die hohen Ertragsüberschüsse der Jahre 2010 und 2011 nach und nach aus dem Berechnungshorizont fallen.

Allgemeiner Geschäftsgang

Am 17. April wählte der Regierungsrat Dr. Thomas Heiniger zu seinem Präsidenten und Regine Aepli zu seiner Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2013/2014.

Regierungsratssitzungen

	2013	2012
Sitzungen	48	47
Regierungsratsbeschlüsse	1455	1384
Rekurse	176	204

Geschäfte des Regierungsrates

	2013	2012
Geschäftseingänge	2329	2397

Parlamentarische Vorstösse

	2013	2012
Einreichungen		
Motionen	7	11
davon Leistungsmotionen	2	–
Postulate	34	48
davon dringlich erklärt (dringliche)	8	12
Interpellationen	13	18
Anfragen	211	179
davon dringliche	13	15
Überweisungen des Kantonsrates		
Motionen	11	14
davon Leistungsmotionen	2	–
davon als Postulat	2	5
Postulate	29	30
davon dringliche	4	11
Volksinitiativen	–	–
Einzelinitiativen (vorl. unterstützt)	1	4
Behördeninitiativen (vorl. unterstützt)	–	1
Stellungnahmen des Regierungsrates		
Motionen	11	13
davon Leistungsmotionen	2	–
Postulate	22	29
davon dringliche	5	14
Entgegennahmen (Motionen und Postulate)	3	18

	2013	2012
Beantwortungen des Regierungsrates		
Interpellationen	18	17
Anfragen	210	173
davon dringliche	11	15
Berichte und Anträge des Regierungsrates		
Motionen	7	1
davon Leistungsmotionen	2	–
Postulate	34	33
davon dringliche	10	8
Ergänzungsberichte	–	–
Volksinitiativen	5	4
Einzelinitiativen	4	4
Behördeninitiativen	2	1
Gegenvorschläge (konstruktives Referendum)	–	–
Rückzüge		
Motionen	4	4
Postulate	5	10
Interpellationen	2	3
Anfragen	–	2
Volksinitiativen	1	–
Einzelinitiativen	–	–
Behördeninitiativen	–	–

Rekursstatistik des Regierungsrates 2013

Der Sachbereich weist auf die Herkunft der angefochtenen Verfügung oder auf die antragstellende Direktion hin.

Sachbereich	Pendenzen	Eingänge						Erledigungen	Pendenzen
	1.1.2013	2013	Abweisung/ Nicht- eintreten	Gut- heissung teilweise	Gut- heissung ganz	Rückzug/ gegen- standslos	Wieder- erwägung	Total	31.12.2013
Direktion der Justiz und des Innern	35	12	5	3	1	3	0	12	35
Sicherheitsdirektion (inkl. Statthalterämter)									
Migrationsamt	174	9	52	3	16	30	9	110	73
Übrige	42	5	10	0	1	8	1	20	27
Total	216	14	62	3	17	38	10	130	100
Finanzdirektion	11	4	6	0	0	3	0	9	6
Volkswirtschaftsdirektion	85	25	25	1	3	27	6	62	48
Gesundheitsdirektion	9	4	2	0	1	4	0	7	6
Bildungsdirektion	25	9	6	4	0	6	1	17	17
Baudirektion	114	14	15	2	9	17	5	48	80
Total der Direktionen	495	82	121	13	31	98	22	285	292
Vorjahr	714	128	124	13	42	148	20	347	495

Rechtsetzung

Verabschiedete Erlasse

Die Redaktionskommission des Regierungsrates hat an 22 Sitzungen insgesamt 39 Vorlagen der Direktionen über Anträge zum Erlass von Gesetzen und Verordnungen behandelt.

Der Regierungsrat hat über folgende Gesetze und Verordnungen Beschluss gefasst:

Gesetze

		Antrag Regierungsrat
Steuergesetz, Besteuerung von Lotteriegewinnen	Ä	30. Januar 2013
Steuergesetz, Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes	Ä	27. Februar 2013
Gesetz über die Pädagogische Hochschule, Zulassungsvoraussetzungen	Ä	27. Februar 2013
Gemeindegesezt	N	20. März 2013
Steuergesetz, Besteuerung bei gemeinsamer elterlicher Sorge	Ä	30. April 2013
Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen	N	12. Juni 2013
Planungs- und Baugesetz, Umsetzung der Kulturlandinitiative	Ä	19. Juni 2013
Mittelschulgesetz und Einführungsgesetz über die Berufsbildung, Amtsdauer von Schulkommissionspräsidien	Ä	26. Juni 2013
Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen und den Transport von mobilitätsbehinderten Personen, Klientendokumentation und Warteliste, Datenerhebung und -bearbeitung	Ä	3. Juli 2013
Planungs- und Baugesetz, emissionsarme Mobilfunkzonen	Ä	28. August 2013
Statistikgesetz	N	28. August 2013
Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Zuständigkeit bei Ausgaben aus dem Lotteriefonds	Ä	28. August 2013
Gesetz über die in der Direktion der Justiz und des Innern verwendeten besonderen Personendaten	N	23. Oktober 2013
Volksschulgesetz, Schulgeldzahlungen für Kunst- und Sportschulen	Ä	23. Oktober 2013
Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess, Regelung der Zuständigkeit im Ordnungsbussenverfahren und Änderungen gestützt auf übergeordnetes Recht	Ä	30. Oktober 2013
Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulkonkordat)	N	30. Oktober 2013
Gesetz über die Nachführung des Personalrechts im Hinblick auf die Verselbstständigung der Versicherungskasse für das Staatspersonal	N	11. Dezember 2013
Planungs- und Baugesetz, Erleichterungen für den Bau von Solaranlagen	Ä	18. Dezember 2013

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Verordnungen (Auswahl)

Beschluss Regierungsrat

Verordnung über die Entschädigung für Facharztentscheide betreffend die fürsorgliche Unterbringung freiwillig Eingetretener	N	16. Januar 2013
Vertrag zwischen dem Kanton Zürich und der Stadt Zürich betreffend die Errichtung einer Zentralbibliothek als öffentliche Stiftung	Ä	23. Januar 2013
Statuten der Zentralbibliothek Zürich	N	23. Januar 2013
Verordnung über die Jägerprüfung	Ä	23. Januar 2013
Verordnung über die politischen Rechte	Ä	30. Januar 2013
Verordnung über die Subventionen der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz	Ä	30. Januar 2013
Besondere Bauverordnung I	Ä	27. Februar 2013
Sondergebrauchsverordnung	Ä	27. Februar 2013
Verordnung zum Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz	N	5. März 2013
Verkehrsabgabenverordnung	Ä	13. März 2013
Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/2010 bis 2012/2013	Ä	17. April 2013
Kantonale Opferhilfeverordnung	N	30. April 2013
Übergangsordnung zur Umsetzung von § 48 Volksschulgesetz	N	15. Mai 2013
Besondere Bauverordnung I, Bauverfahrensverordnung, Verordnung über den Gewässerschutz, Abfallverordnung, Verordnung über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei	Ä	29. Mai 2013
Mittelschulverordnung	Ä	29. Mai 2013
Synodalverordnung	Ä	29. Mai 2013
Verordnung zum Vollzug der Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	N	12. Juni 2013
Personalverordnung	Ä	12. Juni 2013
Lehrpersonalverordnung	Ä	26. Juni 2013
Verordnung über die Finanzierung von Leistungen der Berufsbildung	Ä	3. Juli 2013
Verordnung über den Gemeindehaushalt	Ä	10. Juli 2013
Einführungsverordnung zur eidgenössischen Verordnung über die Einschränkung der Zulassung von Leistungserbringern zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	N	10. Juli 2013
Hundeverordnung	Ä	10. Juli 2013
Spitalschulverordnung	N	28. August 2013
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung, Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt	Ä	28. August 2013
Verordnungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Finanzdirektion, Einführung der Bezeichnung Steuerrekursgericht und Rechtsmittelweg bei Sicherstellungen	Ä	28. August 2013
Rechnungslegungsverordnung	Ä	3. September 2013
Zusatzleistungsverordnung	Ä	11. September 2013
Bauverfahrensverordnung	Ä	18. September 2013
Gebührenverordnung für Geodaten	N	25. September 2013
Verordnung über das kantonalrechtliche Ordnungsbussenverfahren	Ä	23. Oktober 2013
Kantonspolizeiverordnung	Ä	23. Oktober 2013
Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung	Ä	23. Oktober 2013
Kantonale Tierseuchenverordnung	N	6. November 2013
Verordnung zum EG KVG	N	6. November 2013
Verordnung über das Messwesen	Ä	13. November 2013

Verordnung über das besondere Aufnahmeverfahren an der Pädagogischen Hochschule Zürich	Ä	20. November 2013
Submissionsverordnung	Ä	20. November 2013
Notariatsgebührenverordnung, Gebührentarif	Ä	20. November 2013
Lehrpersonalverordnung	Ä	27. November 2013
Verordnung über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	N	27. November 2013
Verordnung zum EG BBG	Ä	27. November 2013

N = Neuer Erlass

Ä = Änderung

Erlasse in Bearbeitung und Planung

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Direktion
Statistikgesetz	3	2014	Jl
Abtretungsgesetz	1		Jl
Totalrevision Gemeindegesetz	3	2014	Jl
Gesetz über die in der Jl verwendeten besonderen Personendaten	3	2014	Jl
Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister	2	2014	Jl
Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über private Sicherheitsdienstleistungen (Vorlage 4902)	3		DS
Änderung Polizeiorganisationsgesetz (Rechtsgrundlage für das Forensische Institut)	2	2014	DS
Totalrevision Sozialhilfegesetz	1	2016	DS
Änderung Gesetz über Invalideneinrichtungen für erwachsene Personen und den Transport von mobilitätsbehinderten Personen	3	2014	DS
Notariatsgebührenverordnung (Anpassung des Gebührentarifs, Vorlage 5044)	3	2014	FD
Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (Zuständigkeit bei Ausgaben aus dem Lotteriefonds, Vorlage 5012)	4	2014	FD
Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (Kreditüberschreitungen, Rahmenkredite, Verwendungsbeschluss, Anhang zur Jahresrechnung und Verzicht auf die Offenlegung von Gewährleistungen)	2	2014	FD
Rechnungslegungsverordnung (Genehmigung; Abweichung vom Regelwerk; Vorlage 5014)	3	2014	FD
Änderung Steuergesetz (Besteuerung von Lotteriegewinnen)	6		FD
Änderung Steuergesetz (Steuerbefreiung des Feuerwehresoldes / konzessionierte Verkehrsunternehmen)	6		FD
Änderung Steuergesetz (Nachvollzug des Unternehmenssteuerreformgesetzes II des Bundes; zweiter Antrag)	4	2014	FD
Änderung Steuergesetz (Anpassung an das gemeinsame elterliche Sorgerecht)	4	2014	FD
Änderung Steuergesetz (Verrechnung von Geschäftsverlusten mit Grundstückgewinnen)	1	2014	FD

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Direktion
Änderung Steuergesetz (Aufhebung der Pauschalbesteuerung im Zuzugsjahr [Anpassung an neue Vorgaben des StHG])	1	2014	FD
Änderung Steuergesetz (Abzug von Aus- und Weiterbildungskosten [Anpassung an neue Vorgaben des StHG])	0	2015	FD
Änderung Steuergesetz (Besteuerung im Heiratsjahr [Anpassung an neue Vorgaben des StHG])	0	2015	FD
Änderung Steuergesetz (elektronisches Einheitsregister sowie einheitliche Applikation für Veranlagung und Steuerbezug)	0	2015	FD
Änderung Personalgesetz (Bearbeiten von Personendaten, Case Management)	2	2014	FD
Änderung Personalverordnung (Genehmigung; familienergänzende Kinderbetreuung)	2	2014	FD
Gesetz über die Administrativuntersuchung	2	2014	FD
Gesetz über die Nachführung des Personalrechts im Hinblick auf die Verselbstständigung der Versicherungskasse für das Staatspersonal	3	2014	FD
Änderung Personalverordnung (Genehmigung; individuelle Lohnerhöhung)	5		FD
Revision Strassengesetz	1	2015	VD
Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Aufhebung)	1	2015	VD
Verordnung zum Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz (Genehmigung; Aufhebung)	1	2015	VD
Planungs- und Baugesetz (Baulinien)	1	2015	VD
Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr	1	2015	VD
Krebsregistergesetz	2	2014	GD
Vereinbarung über die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung (WFV)	2	2015	GD
Revision Zusatzhonorargesetz	1	2015	GD
Revision Gesetz über das Universitätsspital Zürich	0	2015	GD
Revision Gesundheitsgesetz (Motion Denzler)	1	2015	GD
Revision EG KVG	0	2015	GD
Gesetz über die Kantonsspital Winterthur AG	1	2015	GD
Revision Gesundheitsgesetz (verschiedene Themen)	0	2015	GD
Gesetz über die Verselbständigung der kantonalen psychiatrischen Spitäler	0	2015	GD
Änderung Volksschulgesetz (Schulgeldzahlungen für Kunst- und Sportschulen)	4	2014	BI
Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)	5		BI
Musikschulgesetz	2	2015	BI
Anpassung der Gesetzgebung im Bereich der BI an das Gesetz über Information und Datenschutz	2	2015	BI
Änderung Mittelschulgesetz (Probezeit Gymnasiallehrer)	1	2014	BI
Gesetz über den Beitritt zum Sonderpädagogik-Konkordat	1	2014	BI
Änderung Universitätsgesetz (Immobilienmanagement)	1	2014	BI
Änderung Gesetz über die Pädagogische Hochschule (Studiengänge Sek I, Quereinsteigerausbildung)	1	2015	BI
Gesetz über den Lehrmittelverlag	1	2015	BI
Totalrevision Jugendheimgesetzgebung	1	2015	BI
Änderung Universitätsgesetz (UMZH)	1	2015	BI

Titel des Erlasses	Stand	Voraussichtliche Beratung im KR	Direktion
Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich	3	2014	BI
Änderung Planungs- und Baugesetz (Verfahren und Rechtsschutz)	6	2014	BD
Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe	2	2014	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Harmonisierung der Baubegriffe)	2	2014	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Parkierungsanlagen)	8		BD
Wasserwirtschaftsgesetz	2	2014	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Umsetzung, Mehrwertausgleich und Bauverpflichtung)	1	2018	BD
Änderung Planungs- und Baugesetz (Umsetzung zur Volksinitiative zum Erhalt der landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Flächen / Kulturlandinitiative)	3	2014	BD
Landwirtschaftsgesetz	5		BD
Gesetz über die Nutzung des Untergrunds	0	2015	BD
Publikationsgesetz	2	2014	SK

Legende betreffend Stand per 31. Dezember

0 = Arbeit noch nicht aufgenommen

1 = in Ausarbeitung

2 = in Vernehmlassung

3 = vom Regierungsrat verabschiedet

4 = von der Kommission des Kantonsrates behandelt

5 = vom Kantonsrat verabschiedet

6 = Referendumsfrist läuft

7 = vor Volksabstimmung

8 = zurückgezogen/abgeschrieben

* = entspricht Rechtsetzungsprogramm der Legislaturperiode

Finanzvorlagen

Ausgabenbeschlüsse 2013

Die nachfolgende Liste enthält alle Beschlüsse zu Ausgaben von mehr als 3 Mio. Franken (einmalig) bzw. mehr als Fr. 300 000 (jährlich wiederkehrend), die der Regierungsrat in eigener Kompetenz fasste. Es handelt sich um gebundene Ausgaben gemäss §37 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) bzw. §§ 2 und 3 Abs. 2 des Staatsbeitragsgesetzes (LS 132.2), die deshalb keiner Ausgabenbewilligung des Kantonsrates bedürfen (Art. 56 Abs. 2 Kantonsverfassung, LS 101).

Datum	RRB Nr.	Gegenstand	Betrag Fr.
10. Januar	8	Musikkollegium/Konservatorium Winterthur, KA	900 000
16. Januar	46	UZH, Botanischer Garten	11 320 000
23. Januar	60	Strassen, Bassersdorf, Zürcherstrasse	6 125 000
30. Januar	93	Strassen, Hinwil/Dürnten, Höhenstrasse	5 800 000
6. Februar	122	PUK, Fenstermassnahmen	8 600 000
27. Februar	184	Strassen, Schallschutzmassnahmen, Schlieren	3 500 000
5. März	233	Kantonsapotheke, bauliche Anpass., Projektkredit	3 400 000
5. März	238	Bildungszentrum Zürichsee, Projektierungskredit	3 700 000
13. März	279	Versorgungsnotwendige Sonderleistungen von Listenspitälern, Subv. 2013	74 300 000
3. April	377	Schulen, Sicherheitsmassnahmen	8 111 930
30. April	498	UZH, Kantonsschulstr. 3, Instandsetzung	3 200 000
29. Mai	580	SEP, Projektauftrag, Umsetzung	8 400 000
12. Juni	669	Strassen, HLS Umfahrung Glattfelden, Projekt.	6 800 000
12. Juni	670	Strassen, Knonau, Zürichstrasse	2 790 000
12. Juni	671	Strassen, Urdorf, Birmensdorferstrasse	4 444 000
19. Juni	703	KJPD, Brüschhalde, Hauptgebäude, Sanierung	7 090 000
26. Juni	749	UZH, Schönbergstrasse 1, Instandsetzung	4 300 000
26. Juni	751	Dokumentmanagementsystem	3 990 557
3. Juli	761	Kapo, Ersatz Desktopcomputer und Notebooks	8 842 000
3. Juli	762	Kapo, IT-Betriebsverträge mit Abraxas bis 2017	51 002 100
10. Juli	826	Strassen, Küsnacht/Erlenbach, Uster-/Winterthur	5 700 000
10. Juli	833	Zusammenschluss Bauma/Sternenberg, Subv.	3 500 000
10. Juli	849	Bildungszentrum und KS Uster	55 143 500
3. September	967	KSW, zusätzliche OP-Säle	9 500 000
3. September	968	ZHAW, Campus Reidbach, bauliche Anpassungen	6 420 000
25. September	1078	Kispi, Projektierung, Darlehen	51 000 000
25. September	1082	Zentralbibliothek, Behindertenzugänglichkeit, KA	4 944 000
2. Oktober	1125	Kunstverein Winterthur, jährliche Subv. 13–16	2 000 000
2. Oktober	1126	Fotomuseum Winterthur, jährliche Subv. 13–16	2 000 000
23. Oktober	1169	Strassen, betrieblicher Unterhalt	16 000 000
27. November	1326	Strassen, Rafz, Bergstrasse	5 450 000
27. November	1327	Strassen, K52, Forchautostrasse, Zumikon	5 000 000
4. Dezember	1379	Berufsbildungsschule Winterthur, Turnhalle	8 204 500
11. Dezember	1427	Unterhaltsreinigung	1 200 000
11. Dezember	1428	EMPA, Forschungs- und Pilotprojektzentrum «NEST», Subv.	11 400 000
18. Dezember	1448	HLS A51, Bülach, A51, Objekt 053-008	9 910 000
18. Dezember	1454	UZH, Rämistrasse 59, Sanierung	9 800 000

Aussenbeziehungen des Kantons

Konferenz der Kantonsregierungen

Die 1993 gegründete Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat zum Zweck, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und die erforderliche Koordination und Information der Kantone bei der Willensbildung im Bund in jenen Bereichen sicherzustellen, die den unmittelbaren Interessen- und Kompetenzbereich der Kantone berühren.

Der Kanton Zürich wurde im Leitenden Ausschuss der KdK bis zum Jahresende durch Regierungsrat Ernst Stocker vertreten. Der Leitende Ausschuss behandelte die laufenden Geschäfte und bereitete die vier ordentlichen Plenarversammlungen, die aus Anlass des 20-Jahre-Jubiläums der KdK dezentral durchgeführt wurden, vor. Schwergewichtig widmete sich die KdK im Berichtsjahr den Leitlinien des Verhandlungsmandats des Bundesrates zu den institutionellen Fragen zwischen der Schweiz und der EU. Eine Vertiefung der Beziehungen zur EU wurde nur unter dem Vorbehalt unterstützt, dass gleichzeitig innerstaatliche Reformen umgesetzt werden, wobei die Forderungen zur Verbesserung der Mitwirkungsrechte der Kantone in einem Positionsbezug konkretisiert wurden. Weitere zentrale Themen bildeten die Positionierung im Rahmen der kommenden Referenden zur Personenfreizügigkeit sowie der Energiestrategie 2050 des Bundesrates. Regierungsrätin Regine Aepli nahm zudem regelmässig am Europadialog zwischen der KdK-Spitze und einer Delegation des Bundesrates teil.

Internationale Bodenseekonferenz

Der Kanton Zürich ist seit November 1998 Mitglied der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK). Diese will die Zusammenarbeit im Bodenseeraum durch grenzübergreifend gemeinsame Politiken fördern und damit auch die regionale Zusammengehörigkeit stärken.

Die Konferenz der Regierungschefs, in welcher der Kanton durch Regierungsrat Ernst Stocker vertreten ist, trifft sich einmal im Jahr zu einer ordentlichen Plenumsitzung, in der die wichtigsten Beschlüsse gefasst sowie allfällige Empfehlungen verabschiedet werden. Im Ständigen Ausschuss, der in mehreren Sitzungen die laufenden Geschäfte der IBK besorgt, nimmt Staatsschreiber Beat Husi Einsitz. Der Ständige Ausschuss begleitet und koordiniert auch die Arbeit der sieben Fachkommissionen, welche die Sachprojekte erarbeiten. In diesen ist der Kanton durch ein Mitglied der jeweils betroffenen Direktion vertreten. Unter dem Vorsitz des Freistaates Bayern nahmen folgende Themen breiten Raum ein: Energiepolitik und Klimaschutz im Bodenseeraum, die Festlegung der thematischen Ziele für das Interreg-V-Programm «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» 2014–2020 sowie, unter gewichtiger Zürcher Beteiligung, der Jugenddialog.

Metropolitankonferenz / Verein Metropolitanraum Zürich

Der Verein Metropolitanraum Zürich, der am 3. Juli 2009 gegründet wurde, bildet eine gemeinsame politische Plattform für Städte, Gemeinden und Kantone im Wirtschafts- und Lebensraum Zürich. Ihm gehören acht Kantone (ZH, SH, TG, SG, SZ, ZG, LU, AG) als ordentliche, zwei als assoziierte (GL, GR) Mitglieder sowie rund 95 Städte und Gemeinden an. Er umfasst die Metropolitankonferenz als Mitgliederversammlung und oberstes Vereinsorgan sowie den Metropolitanrat als ausführendes Gremium. Dessen Geschäfte werden vorbereitet vom operativen Ausschuss; und zu den vier Handlungsfeldern Wirtschaft, Lebensraum, Verkehr und Gesellschaft bestehen Arbeitsgruppen, die auf der Grundlage der Vision des Vereins bzw. des jeweiligen Handlungsfeldes inhaltliche Inputs und konkrete Projektvorschläge erarbeiten.

Der Kanton Zürich ist im Verein Metropolitanraum Zürich durch Regierungsrat Ernst Stocker vertreten. Im Auftrag des Regierungsrates nimmt Dr. Daniel Brühlmeier, bis Oktober Leiter der Fachstelle Aussenbeziehungen, Einsitz im Operativen Ausschuss des Vereins. Gleichzeitig ist er Sekretär der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich, der Kantonskammer des Vereins. Im Berichtsjahr wurde das wesentlich vom Kanton Zürich getragene Projekt Immigration 2030 erfolgreich abgeschlossen. Der Fachbericht zu der bis 2030 vorzusehenden Zuwanderung in den Metropolitanraum untersucht eingehend Szenarien in den Bereichen Wirtschaft/Arbeitsmarkt, Gesellschaft/Integration sowie Raum/Siedlung. Er bildete die Grundlage für den Positionsbezug zur Unterstützung der in der Bilanz positiven Personenfreizügigkeit mit der EU.

Interkantonale Regierungskonferenzen

Nachdem die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK, Kantone: GL, SH, AR, AI, SG, GR, TG) 1998 mit dem Wunsch an den Kanton Zürich gelangt war, über einen Beitritt zu verhandeln, ist der Regierungsrat 2001 der ORK, aber auch weiteren an den Kanton angrenzenden Regierungskonferenzen wie der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK: LU, UR, SZ, OW, NW, ZG) bzw. der Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz (NWRK: BE, SO, BS, BL, AG, JU) in Form einer «assozierten Mitgliedschaft» beigetreten.

Der Regierungsrat hat diese Zusammenarbeit in der bisherigen Form (Beobachterstatus in allen drei Konferenzen) weitergeführt. Dieser Status dient vornehmlich der Beziehungspflege auf Regierungsebene. Der Regierungsrat nimmt an den Plenarkonferenzen jeweils mit einer Delegation teil.

Interreg

Die Interreg-Programme sind ein Entwicklungsinstrument der EU im Rahmen der «Europäischen Territorialen Zusammenarbeit» (ETZ), an denen sich auch Nicht-EU-Staaten beteiligen können. Mit ihnen werden grenzübergreifende Projekte unterstützt, die den Austausch zwischen den Regionen der Europäischen Union (EU) und deren Nachbarländern fördern. Sie sind in drei verschiedene Ausprägungen gegliedert: Interreg A fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Regionen verschiedener Länder, Interreg B die territoriale Zusammenarbeit benachbarter und Interreg C die interregionale Zusammenarbeit nicht benachbarter Regionen. Der Kanton Zürich beteiligt sich am Programm «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» (Ausrichtung A), den Programmen «Alpine Space» und «Nordwesteuropa» (Ausrichtung B) sowie am Interreg-C-Programm.

Im Programm «Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein» (ABH) stieg im Berichtsjahr die Anzahl der mit Schweizer Mitteln geförderten Projekte von 69 auf 75. Davon weisen neu 30 mindestens einen Zürcher Projektpartner auf. Dies lässt auch weiterhin auf ein grosses Interesse an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Schweizer Programmgebiet und insbesondere auch im Kanton Zürich schliessen. Anlässlich der Plenarkonferenz der Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) im März fassten die am Programm beteiligten Kantone den Beschluss, sich auch in der Förderperiode 2014–2020 am Programm zu beteiligen. Im November des Berichtsjahres tagte der internationale Begleitausschuss des Programms in Zürich, wodurch die Sichtbarkeit des Kantons innerhalb des Programms nochmals erhöht werden konnte. In sämtlichen Programmen liefen auch im Berichtsjahr die weiteren Vorbereitungen für die kommende Förderperiode. Die entsprechenden EU-Vorgaben sind im Dezember in Kraft getreten und beinhalten Änderungen im Förderregime, die nun in den jeweiligen Interreg-Programmen umgesetzt werden müssen.



Schweizer Jugend-Sinfonie-Orchester



Sternenkeller Rüti: Galsan Tschinag (Begegnung, Erzählung)



Zürcher Blasmusikverband: Regionalmusiktage

Staatskanzlei

Die Staatskanzlei erbringt als Stabsstelle des Regierungsrates Leistungen, die zum reibungslosen Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde beitragen. Sie berät und unterstützt den Regierungsrat und wirkt für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend.

Neues Corporate Design

Auf Antrag der Staatskanzlei hat sich der Regierungsrat das Ziel gesetzt, für die kantonale Verwaltung ein einheitliches Corporate Design einzuführen. Nachdem das neue Corporate Design in der Mehrheit der Direktionen umgesetzt ist, konnte nun die Staatskanzlei ihren eigenen Auftritt und den Auftritt des Regierungsrates auf Anfang 2014 ins neue Corporate Design überführen. Mit dem Wechsel der Mehrheit der Direktionen auf das neue Corporate Design wurde sodann auch der kantonale Web-Auftritt auf das neue Kantonslogo umgestellt.

Abschluss des Projekts «Immigration und Bevölkerungswachstum»

In den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung im Metropolitanraum Zürich gewachsen und ein weiteres Wachstum ist absehbar. Die Metropolitankonferenz Zürich hat deshalb 2012 das Projekt «Immigration und Bevölkerungswachstum» ins Leben gerufen. Die Projektleitung wurde der Staatskanzlei übertragen. Am 24. Mai hat die Metropolitankonferenz den Schlussbericht verabschiedet. Kern des Berichts sind eine Analyse der Auswirkungen und Herausforderungen der Zuwanderung sowie ein umfassendes Paket möglicher Massnahmen, die nach Projektabschluss an die Mitglieder der Metropolitankonferenz zur Vernehmlassung gegeben wurden. 95% der antwortenden Kantone und Gemeinden stimmten der Analyse, den Herausforderungen und den Massnahmen zu. Die Umsetzung der Massnahmen liegt in der Zuständigkeit der beteiligten Kantone, Städte und Gemeinden. Als Folgearbeit übernahm die Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumentwicklung die Leitung eines Projekts über die Wirkung des demografischen und sozialen Wandels in verschiedenen Politikbereichen des Kantons Zürich. Die Ergebnisse liegen Anfang 2014 vor und fliessen in die Lagebeurteilung zuhanden der Legislaturplanung des Regierungsrates 2015–2019 ein.

E-Government-Zusammenarbeit mit Gemeinden sowie erneuerte E-Government-Strategie

Nachdem der Regierungsrat Ende 2012 die Vereinbarung zur Zusammenarbeit im E-Government genehmigt hatte, haben sich 125 Gemeinden der Vereinbarung angeschlossen. Die Zusammenarbeitsorganisation ist im Frühjahr mit der konstituierenden Sitzung des Steuerungsausschusses unter dem Vorsitz des Vorstehers der Direktion der Justiz und des Innern planmässig gestartet. Unter Einbezug des Fachrats wurde das Projektportfolio fertiggestellt und vom Steuerungsausschuss verabschiedet, es umfasst die gemeinsamen Vorhaben für die nächsten vier Jahre. (Siehe auch Legislaturziele des Regierungsrates, Massnahme 15c.)

Die Staatskanzlei hat unter Einbezug der Direktionen die E-Government-Strategie erneuert und einen Umsetzungsplan mit den strategisch wichtigsten Projekten und Massnahmen erstellt. Der Regierungsrat hat im März die erneuerte E-Government-Strategie 2013–2016 genehmigt. Als Massnahme zur Verstärkung der Koordination innerhalb der Verwaltung wurde die kantonale Fachgruppe E-Government gebildet, die aus den E-Government-Verantwortlichen der Direktionen sowie einer rechtskundigen Fachperson der Staatskanzlei zusammengesetzt ist.

Aktive Kontaktpflege des Regierungsrates

Im Internet-Auftritt des Kantons (www.rr.zh.ch) und auf Facebook/Twitter entwickelte die Staatskanzlei die Berichterstattung zu Anlässen des Regierungsrates weiter. Die breite Palette der Anlässe reichte vom Empfang des Europäischen Jugendparlaments, des finnischen Staatspräsidenten, der «Schulreise» des Bundesrates durch den Kanton Zürich als Heimat des Bundespräsidenten, über den Empfang von Kantonsregierungen oder einer Hundertschaft von (jugendlichen) Wanderern aus dem Zürcher Oberland bis hin zur Verleihung der silbernen Ehrenmedaille an den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, oder zum Life Science Cluster Dialog im Bio-Technopark Schlieren. Diese aktive Kontaktpflege veranschaulicht den Leitgedanken des Regierungsrates, offen und innovativ zu bleiben.

Geschäftsverwaltungssystem

Die Staatskanzlei führte im Berichtsjahr ein Vorprojekt durch, in dem die Grundlagen für den Einsatz eines Geschäftsverwaltungssystems für die elektronische Verwaltung der Geschäfte des Regierungsrates und der Fachbereiche der Staatskanzlei erarbeitet wurden.

Legislaturziele

Die Staatskanzlei ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 14, 15 und 18 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen dargestellt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung umfasst die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Staatskanzlei.

Legislaturziel	1 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit FD und GD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 14a–14d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Kommunikation des Kantons gewährleistet die freie Meinungsbildung der Bevölkerung in einer veränderten Medienwelt (LZ RR 18).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 18a–18d des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die Möglichkeiten des Regierungsrates zur Steuerung von Verwaltung und verselbstständigten Einheiten sowie zur Rechenschaftsablage sind verbessert.
Massnahme	3.1 Die Grundsätze für Rechtsform, Steuerung, Risikomanagement, Rechenschaftsablage und Bewertung der verselbstständigten Einheiten des Kantons klären und festlegen
Stand	Planmässig
Kommentar	Ausgehend von einem Vorprojekt und Expertenbericht hat der Regierungsrat die Staatskanzlei im Berichtsjahr beauftragt, Richtlinien über die Public Corporate Governance des Kantons Zürich zu erarbeiten. Ein Berichtsentwurf (einschliesslich Richtlinienentwurf) wurde erarbeitet und von einem direktionsübergreifenden Projektteam beraten. Nach einem internen Mitberichtsverfahren im Herbst und einer Schlussprüfung durch die externen Experten konnte das Projektteam im November die Vorlage an den Regierungsrat verabschieden.
Massnahme	3.2 Die Aufgaben des Kantons, die erbrachten Leistungen, erzielten Wirkungen und Kosten in Controlling und Rechenschaftsablage besser erfassen und darstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Weiterentwicklung der Aufgaben und Indikatoren in den Leistungsgruppenblättern von KEF und Geschäftsbericht bildete im Berichtsjahr einen Schwerpunkt des Regierungscollings. Insgesamt wurden 21 Leistungsgruppen mit Workshops und Beratungen unterstützt. Zudem wurden Projekte zur Erneuerung von KEF und Geschäftsbericht gestartet.
Legislaturziel	4 Die Übereinstimmung von politisch-administrativen Strukturen mit den funktionalen Räumen wird verbessert (LZ RR 15; gemeinsam mit DS, FD, GD und BD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 15c und 15e des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.1	1.7	2.0	0.3
Aufwand	-18.8	-20.0	-18.7	1.3
Kreditübertragungen aus 2012		-0.3		
Saldo	-17.7	-18.3	-16.7	1.6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		0.0		0.0
Saldo		0.0		0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	57.5	60.2	58.5	-1.7

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0.3 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0.3 Mehrertrag bei der Amtsblatt-Herausgabe

Der Aufwand liegt um 1.3 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0.6 Verzögerung von E-Government-Projekten, wodurch der Sach-, aber auch der Personalaufwand entsprechend tiefer ausfielen.

+0.3 Minderaufwand für die Herausgabe der Abstimmungszeitung, deutlich weniger Vorlagen mit geringerem Umfang.

+0.2 Minderaufwand für die Herausgabe des Amtsblattes

+0.1 Tiefere BVK-Sanierungsbeiträge

+0.1 Reduktion der Rückstellung für Mehrleistungen des Personals, durch Abbau der Zeit- und Ferienguthaben.

Personal

Im Berichtsjahr wurden Stellen verzögert oder noch nicht besetzt, insbesondere bei der Stabsstelle E-Government.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	486 861	25 413	0	461 448	-25 413

Die Verwendung von Rücklagen wurde für Mitarbeiter-Anlässe eingesetzt.

Leistungsgruppen

1000 Staatskanzlei

Hauptereignisse

Siehe Überblick Staatskanzlei

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen (Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Organisation von Anlässen).
A2	Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen optimal unterstützen. Im Berichtsjahr hat die neue Leiterin Aussenbeziehungen ihre Arbeit aufgenommen.
A3	Den Regierungsrat bei der Kommunikation und Information der Öffentlichkeit unterstützen (Medienarbeit und -beobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG).
A4	Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken (Betreuung direktionsübergreifender Gremien, Förderung und Koordination E-Government, Bewirtschaftung der Inhalte im Intranet, Postdienst, Weibeldienst). Die Geschäftsstelle für die Zusammenarbeitsorganisation mit den Gemeinden wurde wie geplant innerhalb der Stabsstelle E-Government personell besetzt, was eine enge Koordination mit den kantonalen E-Government-Vorhaben ermöglicht (vgl. Überblick Staaskanzlei).
A5	Lohnadministration und -überweisung an die Mitglieder des Regierungsrates

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Durchschnittliche Anzahl Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet) (A3)	P	569 658	380 000	315 986	-64 014
W2	Rang des Kantons Zürich im Kantonsvergleich der Studie «Zufriedenheit im E-Government» der Universität Basel (alle 2 Jahre; A3)	min.	-	12	13	-1
Leistungen						
L1	Anzahl vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse (A1)	P	1 384	1 300	1 455	155
L2	Anzahl vorbereitete Rekurse (A1)	min.	328	260	285	25
L3	Anzahl vorbereitete Regierungsratsbeschlüsse zur gesamtpolitischen Planung und Berichterstattung (A1)	max.	13	14	18	4
L4	Anzahl entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat und Petitionen (A1)	P	2 397	2 800	2 329	-471
L5	Anzahl schriftliche Informationen an die Zürcher Kommissionsmitglieder in den Eidg. Räten (A2)	P	100	120	110	-10
L6	Anzahl für den Regierungsrat organisierte Anlässe (A1)	P	231	274	222	-52
L7	Anzahl Medienkonferenzen (A3)	max.	66	70	54	-16
L8	Anzahl Medienmitteilungen (A3)	P	326	340	285	-55
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls im Format A5 (A3)	P	20 084	25 000	20 398	-4 602
L10	Anzahl geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien (A4)	max.	7	8	6	-2
L11	Anzahl koordinierte E-Government-Projekte (A4)	max.	26	18	27	9
L12	Anzahl bearbeitete Postsendungen (intern/extern) (A4)	P	8 193 243	8 000 000	7 926 666	-73 334
Wirtschaftlichkeit						
B1	Ungedeckte Kosten pro erledigter Rekurs (A1)	max.	4 343	4 020	4 826	806
Abweichungsbegründung						
L4	Der Eingang von Rekursen verlagerte sich von der Staatskanzlei zur Sicherheitsdirektion					

Entwicklungsschwerpunkte		Massnahme	
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		LZ RR	bis
E1	Aufbau von Allianzen mit anderen Kantonen und Gebietskörperschaften Planmässig, teilweise sistiert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14a	2014
E2	Übernahme der Themenführerschaft in interkantonalen Konferenzen sowie Arbeitsgruppen und Begleitorganisationen auf verschiedenen Ebenen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14b	2014
E3	Interessenwahrung beim Bund durch die innere Reform der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verbessern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14c	2013
E4	Politische Abstützung und Governance der Metropolitankonferenz aus Sicht des Kantons Zürich verbessern Sistiert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14d	2013
E5	Die Grundsätze für Rechtsform, Steuerung, Risikomanagement, Rechenschaftsablage und Bewertung der verselbständigten Einheiten des Kantons klären und festlegen Planmässig Vgl. Legislaturziel 3.1 der Staatskanzlei		2014
E6	Die Aufgaben des Kantons, die erbrachten Leistungen, erzielten Wirkungen und Kosten in Controlling und Rechenschaftsablage besser erfassen und darstellen Planmässig Vgl. Legislaturziel 3.2 der Staatskanzlei		2014
E7	Die direktionsübergreifenden Verwaltungsprozesse in der Zuständigkeit der Staatskanzlei durchgängig elektronisch abwickeln Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15e	2014
E8	Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im E-Government verstärken und in geeigneter Form regeln Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15c	2013



Theater Kanton Zürich: Was ihr wollt (William Shakespeare)



Musikkollegium Zürcher Oberland



Theater Kanton Zürich: Dracula

Direktion der Justiz und des Innern

Zur Direktion gehören 15 Ämter, Fachstellen und angegliederte Bereiche. Um die Führbarkeit dieses heterogenen Gebildes sicherzustellen und die Dienstleistungsorientierung zu verstärken, gelten als Leitideen die Gewährleistung der selbstständigen Aufgabenerfüllung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der Ziel- und Leistungsvereinbarungen sowie die Orientierung an den Bedürfnissen der betroffenen Personen und der Öffentlichkeit. Die Aufgabenschwerpunkte der Direktion der Justiz und des Innern (JI) liegen bei der Strafverfolgung von Erwachsenen und Jugendlichen, beim Justizvollzug und beim Gemeinwesen.

Bedeutsame Vorhaben

Die Weiterführung der Arbeiten am Polizei- und Justizzentrum (PJZ) sind für die Strafverfolgungsbehörden und den Justizvollzug von wesentlicher Bedeutung und banden viele Ressourcen.

Im Gemeinwesen stand wiederum der Finanzausgleich im Zentrum. Die Abwicklung des Übergangsausgleichs, die zahlreichen politischen Vorstösse im Hinblick auf den Beginn des individuellen Sonderlastenausgleichs sowie das erhebliche Umverteilungsvolumen im neuen Ressourcen- und Sonderlastenausgleich verlangten eine intensive Bearbeitung durch die JI. Gleichzeitig gewann das Thema Gemeindefusionen an Bedeutung.

Besondere Beachtung erforderte nach wie vor der Entwurf zu einem neuen Gemeindegesetz, bei dessen Beratung die zuständige Kommission des Kantonsrates von der JI unterstützt wird.

Die Fertigstellung des Kantonalen Integrationsprogramms, das wesentlicher Bestandteil der mit dem Bund abgeschlossenen Programmvereinbarung ist, beschäftigte die Direktion sodann ebenso wie die parallel dazu verlaufende Vorbereitung der Umsetzungsarbeiten für 2014.

Weitergeführt wurden schliesslich die bereits 2012 begonnenen Arbeiten am neuen Kulturförderungsleitbild.

Mediale Ereignisse

Die mediale Berichterstattung in den Bereichen Verhältnis zwischen Kirchen und Staat sowie Jugendstrafverfolgung («Carlos») erforderte einen erheblichen Arbeitsaufwand in den betroffenen Bereichen und der Direktion.

Legislaturziele

Die Direktion der Justiz und des Innern ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 1, 6 und 15 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit DS und BI).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 6b, 6f und 6e des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit SK, FD und GD).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15a des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert (LZ RR 1; gemeinsam mit DS).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 1 b, 1 c und 1 e des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Objektive und subjektive Sicherheit durch Schwerpunktsetzung, die Verfolgung bereichsübergreifender Zielsetzungen und eine vernetzte Deliktprävention fördern
Massnahme	4.1 Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen für das Rechts- und Informationssystem der Direktion
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Dem Kantonsrat wurde das Gesetz über die in der JI verwendeten Personaldaten beantragt.
Massnahme	4.2 Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Altersstruktur der Pendenzen älter als 2 Jahre konnte reduziert werden. Da die Pendenzen total um 9.3 % gesenkt werden konnten, gelang dies bei den Pendenzen älter als 1 Jahr nicht vollumfänglich.
Massnahme	4.3 Konsolidierung Schweizerische Strafprozessordnung
Stand	Abgeschlossen
Massnahme	4.4 Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität (Jugendgewalt)
Stand	Planmässig
Kommentar	Trotz einer Zunahme der neu eingegangenen Geschäfte konnten die personellen Ressourcen weiterhin auf wirkungsorientierte Interventionen im Rahmen der Strafuntersuchung und des Vollzugs von Strafen und Schutzmassnahmen konzentriert werden.

Massnahme	4.5 Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Vorgabe, alle Strafuntersuchungen innerhalb eines Jahres abzuschliessen, konnte weitgehend erreicht und die durchschnittliche Untersuchungsdauer kurz gehalten werden.
Massnahme	4.6 Umbau und Erweiterung der Geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon fertigstellen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Bauarbeiten schritten planmässig voran. Die vollständige Inbetriebnahme des neuen Massnahmenzentrums Uitikon ist gegen Ende 2014 vorgesehen.
Massnahme	4.7 Die rückfallpräventiven Wirkungen von strafrechtlichen Sanktionen im Rahmen des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» optimieren
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Modellversuch «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) und die dazu gehörende Prozess- und Ergebnisevaluation konnten abgeschlossen und die standardisierten ROS-Arbeitsinstrumente und -prozesse weiter verfeinert werden.
Massnahme	4.8 Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen
Stand	Verzögert
Kommentar	Aufgrund der hohen Komplexität des Projekts zur Einführung von «Electronic Monitoring» (EM) im Kanton Zürich soll 2014 vorerst mit einem Pilotprojekt für Fälle im Massnahmenzentrum Uitikon sowie der Jugendanwaltschaften gestartet werden. Dazu wurden die Detailanforderungen an Technik und Dienstleistungen definiert und das Vorhaben ausgeschrieben.
Massnahme	4.9 Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Bearbeitungsdauer konnte nochmals gesenkt werden.
Massnahme	4.10 Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das 2006 eingeführte leistungsorientierte Finanzierungssystem hat sich bewährt. Die leistungsorientierte Ausrichtung der Staatsbeiträge ermöglicht eine bessere Steuerung des Angebots durch den Kanton als Auftraggeber.
Massnahme	4.11 Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren
Stand	Planmässig
Kommentar	Arbeiten gemäss Verwaltungs- und Rechtspflegegesetz

Legislaturziel	5 Förderung eines breiten und hochstehenden Kulturangebots
Massnahme	5.1 Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Anzahl Betriebsbeiträge konnte erhöht werden.
Massnahme	5.2 Überarbeitung Leitbild Kulturförderung
Stand	Planmässig
Kommentar	Ein Ausschuss der Kulturförderungskommission verabschiedete einen ersten Entwurf.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 042.5	917.6	908.7	-8.9
Aufwand	-1 899.6	-1 941.0	-1 908.0	33.1
Kreditübertragungen aus 2012		-0.3		
Saldo	-857.1	-1 023.4	-999.3	24.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2.9	3.1	0.0	-3.1
Ausgaben	-18.2	-29.7	-17.3	12.4
Kreditübertragungen aus 2012		-1.3		
Saldo	-15.3	-26.6	-17.3	9.3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 581.3	1 629.2	1 600.9	-28.3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 8.9 Mio. Franken oder 1% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 10.2 Tiefere Ressourcenabschöpfungen im Finanzausgleich
- 2.7 Weniger Verkäufe (Dienstleistungen und Kioskverkäufe)
- 2.7 Tiefere interne Verrechnungen (v. a. Strafvollzug, Speisung Investitionsfonds)
- 2.1 Tiefere Kostgelder
- +3.1 Zusätzlich eingesetzte Bundesmittel (saldoneutral)
- +2.8 Beschlagnahme Vermögenswerte
- +1.7 Höhere Bussen und Geldstrafen
- +1.2 Übrige

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 32.8 Mio., inkl. Kreditübertragungen um 33.1 Mio. Franken oder 1.7% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +17.6 Übergangsausgleich, inkl. Rückerstattungen Übergangsausgleich
- +6.5 Kantonaler Finanzausgleich (v. a. tieferer Zentrumslastenausgleich)
- +3.5 Rückstellung BVK für Gemeinden wurde nicht vollständig benötigt
- 5.9 Ressourcenzuschüsse beim Finanzausgleich
- +0.3 Personalaufwand: Höhere Beiträge an die BVK, tiefere Löhne
- +6.6 Interne Verrechnungen (v. a. BVK, Psychiatrische Universitätsklinik, keine Speisung Investitionsfonds)
- +4.0 Jugendstrafrechtliche Massnahmen
- +3.9 Diverses

- +1.6 Kulturaufwendungen (Opernhaus, Interkantonale Kulturlastenvereinbarung, Beiträge)
- +1.8 DL Dritter, Honorare, Planungsgelder
- +1.2 Abschreibungen, Zinsen, Betriebsmaterial
- +0.8 Informatiknutzungsaufwand
- +0.7 Opferhilfeleistungen
- 6.4 Forderungsverluste und Wertberichtigung auf Forderungen (v. a. Untersuchungskosten bei Strafverfolgung Erwachsene)
- 3.1 Zusätzlich eingesetzte Bundesmittel (saldoneutral)

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen wurden um 3.1 Mio. Franken unterschritten.

Wichtigste Ursache:

- 3.1 Verzögerte Bundesbeiträge beim Amt für Justizvollzug (MZU, Pöschwies, VZ Bachtel)
Die Investitionsausgaben (einschliesslich Kreditübertragungen) wurden um 12.4 Mio. Franken unterschritten.

Wichtigste Ursachen:

- +5.1 Verzögerte Bauvorhaben (v. a. Amt für Justizvollzug)
- +4.9 Verzögerte und geringere Informatikinvestitionen
- 0.8 Höhere Investitionen für Maschinen, Mobilien

Personal

Der Beschäftigungsumfang unterschreitet das Budget um 28.3 Stellen oder 1.7%.

Wichtigste Ursache:

- +7.5 Höherer Personalbestand bei Strafverfolgung Erwachsene aufgrund Stellenverschiebung von Jugendstrafrechtspflege und Ersatz für Absenzen
- 5.1 Personalrückgang bei Bezirksräten aufgrund rückläufiger Aufgaben
- 30.7 Nichtbesetzung bzw. verzögerte Besetzung vakanter Stellen (v. a. Jugendstrafrechtspflege, Amt für Justizvollzug, Statistisches Amt, Staatsarchiv und Statthalterämter)

Beim Personal handelt es sich um Angestellte. Behörden, Praktikanten werden bei den Leistungsgruppen nicht ausgewiesen; Lernende nur, falls die ganze Lehrzeit in der Leistungsgruppe absolviert wird.

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2013	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Sanierung und Umbau Massnahmenzentrum Uitikon	8.9	39.1	28.7	10.4

Die Arbeiten im Massnahmenzentrum Uitikon zur Erneuerung und Sanierung sowie zum Umbau und zur Erweiterung der Geschlossenen Abteilung verlaufen seit der Wiederaufnahme der Bauarbeiten im Sommer 2011 planmässig. Alle Werte beinhalten auch die Teuerung.

Leistungsgruppen

2201 Generalsekretariat JI

Hauptereignisse

Die Arbeiten am Gesetz über die in der Direktion der Justiz und des Innern (JI) verwendeten besonderen Personendaten, am Statistikgesetz und am Archivgesetz konnten abgeschlossen werden. Das Projekt Einführung eines zentralen Personenregisters wurde mit den Gesetzgebungsarbeiten zum Melde- und Einwohnerregister verbunden und vorangetrieben. Eng begleitet wurden weiterhin die Arbeiten zum Abschluss der Programmvereinbarung mit dem Bund, deren wesentlicher Inhalt das Kantonale Integrationsprogramm ist. Auch im Generalsekretariat forderte der Fall «Carlos» eine hohe zeitliche Beanspruchung.

Der Gesetzgebungsdienst begleitete 89 (Vorjahr: 43) Rechtsetzungsprojekte. Das Generalsekretariat war in 40 (34) parlamentarischen Geschäften federführend. In etwas weniger Fällen erarbeitete es Stellungnahmen an andere Direktionen. Daneben erledigte es 149 (157) Rekurse (einschliesslich Begnadigungen).

Die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt wurde auf Ende des Berichtsjahres aus dem Generalsekretariat herausgelöst und in die Sicherheitsdirektion integriert.

Der Personaldienst (PD) unterstützte den Direktionsvorsteher, das Generalsekretariat und die Fachstellen im operativen Personalmanagement (insbesondere Rekrutierungen). Direktionsintern wurden unter der Leitung des PD in drei Ämtern der JI das Pilotprojekt Anwesenheitsmanagement umgesetzt. Zudem wurde die elektronische Verarbeitung von Lunch-Checks im PULS-ZH in sieben Verwaltungseinheiten der JI eingeführt. Das bereits bestehende Direktionscontrolling mit den Personalkennzahlen wurde überarbeitet und neu gestaltet. Der PD war an diversen direktionsübergreifenden Personalprojekten beteiligt, so etwa am Projekt Administrativverfahren oder an der Überarbeitung der Austrittsinterviews. Zusätzlich ist der PD in den drei aus der Personalmanagement-Strategie 2012–2015 resultierenden Projekten Betriebliches Gesundheitsmanagement, Personalmarketing und HR-IT-Strategie involviert.

Die Vorarbeiten beim Internen Kontrollsystem (IKS) bewährten sich grundsätzlich. Im Rahmen des IKS-Betriebes wurden Verfeinerungen in die Wege geleitet. In der konzeptionellen Phase befindet sich das Projekt SAP. Hauptziel des Projektes ist die Ablösung der Rechnungswesen-Software «IRIS».

Das Produkt «IncaMail» wird von der JI in der ganzen kantonalen Verwaltung angeboten. Es wird bei den Staatsanwaltschaften, dem Handelsregisteramt und auch beim kantonalen Labor sowie dem Verwaltungsgericht genutzt, um verschlüsselte Mails und Dokumente an externe Geschäftspartner zu versenden. Weitere Amtsstellen sind im Testbetrieb. Bei der Kantonspolizei wurden mehr als 1600 Smartcards durch die neue Smartcard-Generation ersetzt. Die digitale Signatur nach dem Schweizerischen Signaturgesetz (ZertEs) wird in den Staatsanwaltschaften sowie dem Handelsregisteramt des Kantons Zürich eingesetzt.

Auf den zentralen IBM Notes-/Domino-Systemen arbeiten über 5900 Nutzer mit Mail und Kalenderfunktionen. Zudem werden über 1300 IBM Notes-/Domino-Applikationen für verschiedene Direktionen und die Staatskanzlei betrieben. Der Push-Mail-Service für die Synchronisation der Mail- und Kalenderfunktionen mit über 1600 Smartphone-Nutzern wird laufend ausgebaut und läuft mit grosser Zuverlässigkeit.

Die Firma Microsoft forderte eine Überprüfung sämtlicher MS-Softwarelizenzen in der kantonalen Verwaltung. Zusammen mit der Firma SoftwareOne wurde erfolgreich ein Software-Asset durchgeführt. Die umfangreichen Arbeiten zur vollredundanten Netzwerkanbindung beider RZ-Standorte im Bezirksgebäude Zürich und Staatsarchiv Zürich konnten bis jetzt planmässig umgesetzt werden.

Für die «Erweiterung Staatsarchiv, Bau 3» wurde ein Projektwettbewerb im offenen Verfahren durchgeführt. Auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie wurde das Entwicklungspotenzial des Vollzugszentrums Bachtel eruiert. Ende Oktober konnte der Projektwettbewerb im selektiven Verfahren für einen Erweiterungsbau von 50 Plätzen gestartet werden.

Als Pilot wurde für das Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) ein Pflegewerk erstellt. Dieses strategische Arbeitspapier, das alle Unterhaltsmassnahmen, aber auch Investitionsprojekte erfasst, dient als Grundlage für weitere Anlagen. Für das MZU wurde zudem ein Bauprojekt mit bewilligtem Kredit für den Einbau einer Fotovoltaikanlage ausgearbeitet. Die Bauarbeiten an der Geschlossenen Abteilung schreiten planmässig voran.

Die weitere Planung am PJZ ist sehr aufwendig. Das bewilligte Bauprojekt wurde überarbeitet und optimiert. Diese Projektentwicklungsphase wurde mit dem Grundsatzentscheid über den zu integrierenden Raumflächenbedarf im November abgeschlossen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher bei der Führung der Direktion. Neben der Stabsarbeit wie etwa Support bei parlamentarischen Geschäften, Aufsicht und Rechtsprechung, Betreuung der nachgeordneten Verwaltungseinheiten oder Einsitz in direktionsübergreifende Arbeitsgruppen werden auch eigene Projekte bearbeitet.
A2	Das Generalsekretariat führt bei sich einen Gesetzgebungsdienst.
A3	Der Personaldienst ist innerhalb der Direktion verantwortlich für die Umsetzung der Personalinstrumente sowie der kantonalen Personalpolitik. Er unterstützt die Amtsstellen bei der Personaladministration, -entwicklung, -information und -marketing. Er berät den Direktionsvorsteher, das Kader sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ferner ist er für den Stellenplan und das Personalcontrolling zuständig und vertritt die Anliegen der Direktion in direktionsübergreifenden Projekten.
A4	Die Hauptabteilung LFC erbringt zentral die Dienstleistungen innerhalb der Direktion für die Bereiche Logistik (Gebäude, Raumplanung, Sicherheit, Abrechnungen), Informatik (Beschaffung/Evaluation, Betrieb/Betreuung aller PC-Arbeitsplätze, Hard- und Softwareprodukte, Rechenzentrumsdienste usw.), Finanzen (Buchhaltungsdienste für Fachstellen/Fachämter) und (Direktions-)Controlling.
A5	Zusätzliche Dienstleistungen: Betrieb ServiceCenter Lotus Notes Kanton Zürich (Mailbetrieb Lotus Notes und Push Mail PDA für die kantonale Verwaltung), ServiceCenter PKI (Public-Key Infrastruktur BIT und Swisscom) für die kantonale Verwaltung sowie Betrieb PKI/Security-Lösung Kantonspolizei Zürich, Hosting/Housing Dienstleistungen für Applikationen PJZ-Datenbank und E-Voting Kanton Zürich.
A6	Das Generalsekretariat führt die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit Direktionsvorsteher (A1)	min.	> gut	gut	> gut	-
W2	Zufriedenheit Supportfunktion für Ämter (Rückmeldungen) (A1)	min.	> gut	gut	> gut	-
W3	Gutgeheissene Verwaltungsgerichtsbeschwerden in % (A1)	max.	< 10	10	< 10	-
W4	Zufriedenheit der Mitarbeitenden (Messinstrument: Resultate der Personalumfrage alle 3 Jahre)		gut	-	-	-
W5	- generell (ganze Direktion) (A1)	min.	gut	-	-	-
W6	- Personaldienst (A3)	min.	gut	-	-	-
W7	- ReWe/Controlling, Logistik (A4)	min.	gut	-	-	-
W8	- IT (A4)	min.	gut	-	-	-
W9	- Support Führung und Recht (A1)	min.	gut	-	-	-
W10	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren in % (A3)	max.	< 10	10	< 10	-

Leistungen

L1	Rekuserledigungen (inkl. Begnadigungen) (A1)	min.	172	175	158	-17
L2	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse (Anfragen, Interpellationen, Postulate, Motionen) in % aller eingegangenen Geschäfte (A1, A2)	min.	100	100	100	0
L3	Personalreporting durchführen, Anzahl (A3)	min.	1	1	1	0
L4	Betreuung PC-Arbeitsplätze (A4)	P	1 800	1 750	1 850	100
L5	Finanzreporting und Führung Rechnungswesen (A4)	P	30	30	30	0
L6	Weiterbildungen und Publikationen (A6)	min.	0	6	5	-1

Wirtschaftlichkeit

B1	Durchschnittliche Erledigungszeit spruchreifer Rekurse (in Monaten) (A1)	< 1	1	< 1	-
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz JI (A4)	1 372	1 400	1 500	100
B3	Gesamt-Kosten PC-Arbeitsplatz JI (A4)	7 300	8 000	7 329	-671

Abweichungsbegründung

L1 Es sind im Berichtsjahr weniger Rekurse eingegangen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes Abgeschlossen Dem Kantonsrat wurde ein neues Statistikgesetz beantragt.	-	2014
E2	Abtretung kirchliche Liegenschaften Verzögert Wegen eines Rechtsmittelverfahrens konnten die zwei letzten Liegenschaften noch nicht abgetreten werden.	-	2014
E3	Entwicklung und Umsetzung von Direktionsstandards in der Personalarbeit (A3) Planmässig Für das Anwesenheitsmanagement wurde ein Pilotprojekt gestartet.	-	2016
E4	Überarbeitung der rechtlichen Grundlagen für das Rechts- und Informationssystem der Direktion Abgeschlossen Dem Kantonsrat wurde das Gesetz über die in der JI verwendeten besonderen Personendaten beantragt.	-	2013
E5	Integration Statthalterämter Abgeschlossen	-	2014
E6	Errichtung Tätigkeitsprogramme mit anerkannten Religionsgemeinschaften Abgeschlossen Der Rahmenkredit für die Beitragsperiode 2014–2019 wurde vom Kantonsrat Ende 2012 verabschiedet.	-	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	16.8	16.3	18.3	1.9
Aufwand	-22.5	-23.2	-22.5	0.7
Kreditübertragungen aus 2012		-0.2		
Saldo	-5.7	-6.8	-4.3	2.6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2.6	-6.5	-2.0	4.5
Saldo	-2.6	-6.5	-2.0	4.5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	58.2	62.4	60.8	-1.6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 1.9 Mio. Franken oder 11.7% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- +0.7 Rückerstattung der im Vorjahr geleisteten Ausfinanzierung der verselbstständigten Organisationseinheit Berufliche Vorsorge und Stiftungen (BVS)
- +0.4 Höhere Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen sowie höhere Benützungsgebühren
- +0.6 Höherer interner Ertrag
- +0.2 Höherer übriger Ertrag

Aufwand:

Der Aufwand fällt um knapp 0.7 Mio. Franken oder 3% tiefer aus als budgetiert.

Wichtigste Ursachen:

- 0.3 Höherer Personalaufwand (Rückstellungen für Mehrleistungen des Personals, höhere BVK-Sanierungsbeiträge, Überbrückungsrenten)
- +0.3 Tieferer Aufwand für Gutachter, Honorare, Beratungsdienstleistungen
- +0.4 Tieferer IT-Sachaufwand
- +0.3 Tieferer übriger Aufwand (wovon 0.2 aus Kreditübertragung)

Investitionsrechnung

Die Investitionsausgaben lagen um 4.5 Mio. tiefer als budgetiert, da verschiedene Investitionsvorhaben nicht umgesetzt wurden.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Auflösung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	382 784	-32 742	+42 200	392 241	+9 458

Die Rechnung schliesst mit einer erfreulichen Saldoverbesserung ab. Mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen wurde haushälterisch umgegangen.

Die Abteilung Informatik erbrachte höhere Leistungen (z. B. grössere Anzahl betreute PC-Arbeitsplätze), welche zu höheren Erträgen führten. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 42 200 beantragt.

2204 Strafverfolgung Erwachsene

Hauptereignisse

Prägend war die Nachfolgeplanung des Leitenden Oberstaatsanwaltes Dr. Andreas Brunner, der massgeblich an der Erarbeitung und Umsetzung der heutigen, modernen Organisationsstruktur des Bereichs Strafverfolgung Erwachsene beteiligt war. Die Stabsübergabe an den designierten Leitenden Oberstaatsanwalt, Beat Oppliger, erfolgt im März 2014.

Die Bekämpfung der Internetkriminalität ist einer der aktuellen Schwerpunkte des Bereichs Strafverfolgung Erwachsene. Kernstück ist das in der alten Kaserne Zürich im Aufbau begriffene Kompetenzzentrum Cybercrime. Es beruht auf einer örtlich und organisatorisch sehr engen Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Kantons- und Stadtpolizei Zürich und soll zum virtuellen Stützpunkt der Strafverfolgungsbehörden in der digitalen Welt werden. Ende Jahr erreichte das Kompetenzzentrum personell den für die erste Phase vorgesehenen Sollbestand. Es wird seine Aktivität nun sukzessive aufnehmen bzw. ausbauen.

Im Bereich Personalentwicklung verfolgt das interne Kadernachwuchsprogramm die frühzeitige Identifizierung zukünftiger Kaderkräfte, auf die bei Kader-Vakanzen zurückgegriffen werden kann. Mit der Durchführung der ersten Entwicklungsassessments erfolgte die Umsetzung eines weiteren Bausteins der Personalentwicklungspolitik.

Bei den Falleingängen hielt der ansteigende Trend an. Nach wie vor ist eine leicht steigende Tendenz im Bereich Erledigungen zu verzeichnen, was auf die rasche Abarbeitung via Strafbefehl zurückzuführen ist. Die ausgewiesene Belastungssituation konnte durch eine direktionsinterne Verschiebung von drei Stellen vom Bereich Jugendstrafrechtspflege in den Bereich Strafverfolgung Erwachsene im letzten Quartal teilweise entschärft werden.

Mit der Wiederaufnahme der Planungsarbeiten zum PJZ (Polizei- und Justizzentrum) und der weiteren Optimierung von RIS2 (Rechtsinformationssystem) wurden zwei wichtige Projekte vorangetrieben, mit denen die bestehenden Abläufe optimiert werden können. Die Einführung für RIS2 wurde auf Mitte 2014 verschoben, die letzten Meilensteine Testing, Schulung, GoLive können termingerecht umgesetzt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- | | |
|----|---|
| A1 | Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsorganisationsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Einstellungen oder Strafbefehle erledigt. |
| A2 | Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung. |

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen in % (A1)	max.	33.6	35	33.2	-1.8
W2	Anteil erstmaliger Strafbefehle in % (A1)	min.	78.7	75	78.0	3.0
W3	Zugelassene Anklagen in % (A1)	min.	97.4	95	98.8	3.8
Leistungen						
L1	Anklagen (A1) P	P	1 459	1 500	1 491	-9
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen) (A1)	P	10 002	9 000	10 209	1 209
L3	Strafbefehle (A1)	P	15 320	13 000	15 685	2 685
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3) (A1)	P	26 781	23 500	27 385	3 885
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide (A1)	P	26	25	56	31
L6	Pendenzen total (A2)	max.	9 175	9 000	8 545	-455
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr in % (A2)	max.	11.7	11.5	12.7	1.2
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre in % (A2)	max.	4.0	3.0	3.8	0.8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, Fr. (A2)	P	2 367	2 664	2 466	-198
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, Fr. (A2)	P	20 859	23 469	21 728	-1 741
Abweichungsbegründungen						
Der deutliche Anstieg der Falleingänge pendelt sich mit 30 241 Nettoeingängen (gegenüber 39 993 Bruttoeingängen) annähernd auf dem hohen Vorjahresniveau (2011: + 3.5%; 2012: +12.4%; 2013: -1.6% Wachstum zum Vorjahr) ein. Die Erledigungen konnten um 3885 resp. 17% gegenüber dem Budget sowie um 604 resp. 2% zum Vorjahr gesteigert werden.						
W1/W2/W3	Der Anteil Einstellungen liegt mit 33.2% ganz leicht unter dem Vorjahr. Hingegen konnte die Anzahl zugelassener Anklagen mit 98.8% über das sehr gute Vorjahresergebnis annähernd auf 100% gesteigert werden. Der Anteil erstmaliger Strafbefehle von 78.0% übertrifft die budgetierte Quote.					
L1/L2/L3/L4	Der Erledigungsanteil Anklage ist mit 5.4% unverändert auf Vorjahresniveau. Der Anteil Strafbefehle konnte zulasten der Einstellungen/Sistierungen um 0.1%-Punkt gesteigert werden (57.3% Strafbefehle, 37.3% Einstellungen/Sistierungen). Mit 27 385 Erledigungen beläuft sich der Zuwachs auf 3885 Erledigungen (+17% zum Budget) und 604 Erledigungen (+2.3% zum Vorjahr). Weiterhin gilt die Annahme, dass die eingehenden Fälle zügig via Strafbefehl abgearbeitet werden können (Verschiebung von Erledigungsart Anklage zu Strafbefehl).					
L6/L7/L8	Das Pendententotal bewegt sich mit 8545 Pendenzen deutlich unter Budget (-455/-5%) und Vorjahr (-630/-7%). Sowohl der prozentuale Anteil der über 1-jährigen als auch der über 2-jährigen Pendenzen am gesunkenen Pendententotal bewegen sich mit 12.7% (Budget: 11.5%) bzw. 3.8% (Budget: 3.0%) über Budget.					
B1/B2	Der Aufwand pro Erledigung bewegt sich aufgrund der Kostenstruktur leicht über Vorjahresniveau und dank der hohen Erledigungszahlen unter Budget.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (Indikatoren: Pendenzen älter als 1 Jahr; Pendenzen älter als 2 Jahre) Planmässig Die Altersstruktur der Pendenzen älter als 2 Jahre konnte reduziert werden. Da die Pendenzen total um 9.3 % gesenkt werden konnten, gelang dies bei den Pendenzen älter als 1 Jahr nicht vollumfänglich.		2016
E2 Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	1b	2015
E3 Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	1c	2015
E4 Konsolidierung Schweizerische Strafprozessordnung Abgeschlossen		2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	26.5	26.8	31.2	4.4
Aufwand	-93.1	-91.9	-99.2	-7.2
Saldo	-66.6	-65.1	-68.0	-2.9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0.2	-0.1	0.1
Saldo		-0.2	-0.1	0.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	329.9	335.2	342.7	7.5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt mit 4.4 Mio. Franken oder 16.3% über Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 2.7 Höhere beschlagnahmte Vermögenswerte
- 1.6 Höhere Entgelte (+2.1 höhere Bussen/Geldstrafen, -0.5 Gebühren)

Die per 1. Januar 2011 eingeführte neue Strafprozessordnung äussert sich in der Verschiebung von Erledigungsart Anklage zu Erledigungsart Strafbefehl, was sich in dem starken Zuwachs im Bereich Bussen/Geldstrafen niederschlägt.

Aufwand:

Der Aufwand liegt mit 7.2 Mio. Franken oder 7.9% über Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0.9 Höherer Personalaufwand (v. a. BVK-Sanierung)
- +0.4 Tiefere Dienstleistungen Dritter
(+0.5 Dolmetscher, +0.5 Übrige, -0.7 Zusatzkosten RIS2)
- 0.6 Höhere Wertberichtigungen auf Forderungen bei Untersuchungskosten aufgrund des erhöhten Debitorenbestandes
- 6.4 Höhere Forderungsverluste bei Untersuchungskosten aufgrund der hohen Erledigungszahlen insbesondere bei den Strafbefehlen
- +0.2 Tieferer übriger Sachaufwand

Saldo:

Der Saldo liegt mit 2.9 Mio. Franken um 4.4% über Budget respektive mit 1.4 Mio. Franken rund 2.0% über Vorjahr. Hauptgründe für die Budgetüberschreitung sind nach wie vor die fallbezogenen Kostenpositionen aufgrund der sehr hohen Eingangs- und Erledigungszahlen.

Investitionsrechnung

Vor dem Hintergrund des Projektes PJZ wird nach wie vor eine restriktive Investitionspolitik praktiziert. Im Rahmen des Schwerpunkts Cybercrime wurden gemeinschaftlich von Kantonspolizei und Strafverfolgung Erwachsene Umbauarbeiten für die Räumlichkeiten in der Kaserne vorgenommen, die sich mit einer Aktivierung von 0.1 Mio. Franken in der Investitionsrechnung niederschlagen.

Personal

Der Beschäftigungsumfang wurde um 7.5 Stellen überzogen.

Wichtigste Ursachen:

Die Belastungssituation hat sich durch Absenzen verschärft, dank Rückerstattungen von Sozialversicherungen von 0.44 Mio. Franken konnte das Lohnaufwandbudget eingehalten werden.

Die anhaltend hohen Fallzahlen und die daraus resultierende Belastungssituation machten Entlastungsmassnahmen notwendig. Mit Direktionsverfügung wurden drei Stellen von der Jugendstrafrechtspflege zur Strafverfolgung Erwachsene verschoben, was sich in der Abweichung der Personalstellen niederschlägt, da diese im Budget 2013 noch nicht berücksichtigt sind. Zusätzlich dient eine befristete 60%-Stelle in der Staatsanwaltschaft III (Wirtschaftskriminalität) zur Entlastung. Die Stelle des Vermögenskoordinators wird über den Bereich Strafverfolgung Erwachsene finanziert und mit 50% vom Obergericht mitfinanziert.

Der Bereich Strafverfolgung Erwachsene musste aufgrund der Belastungssituation die Rückstellung für Mehrleistung des Personals um 0.19 Mio. Franken erhöhen.

Im Sinne des Beschleunigungsgebotes und dank der Entlastungsmassnahmen konnte trotz der hohen Fallbelastung die Produktivität gesteigert werden, d. h., die Pendenzenzahlen konnten dank der hohen Erledigungszahlen gesenkt werden, auch liegt der Bruttoaufwand pro erledigten Fall unter Budget.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Auflösung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 814 770	0	0	1 814 770	0

Bildung von Rücklagen 2013

Die Strafverfolgung Erwachsene beantragt keine Rücklagen.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Hauptereignisse

Die zweite Hälfte des Jahres war geprägt durch den Fall «Carlos». Ausgelöst durch eine am 25. August im Schweizer Fernsehen ausgestrahlte Sendung «Reporter», beschäftigte dieser Fall die Öffentlichkeit, die politischen Instanzen und die Jugendstrafrechtspflege bis Ende Jahr und darüber hinaus.

Nach dem Rückgang in den Jahren 2010 bis 2012 musste im Berichtsjahr wieder eine Zunahme der zu bearbeitenden Straffälle verzeichnet werden. Die Geschäftseingänge bei den Jugendanwaltschaften stiegen gegenüber dem Vorjahr um 7,0% (8701; Vorjahr 8129).

Die Jugendanwaltschaften erliessen 3762 (3381) Erziehungs- und Strafverfügungen; in 45 (36) Fällen wurde Anklage bei den Jugendgerichten erhoben. Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 130 (190) Schutzmassnahmen und 3755 (3390) Strafen ausgesprochen. Am 31. Dezember befanden sich 60 (88) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 326 (395) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme. Als Strafen wurden ausgesprochen: 2073 (1736) Verweise, 993 (903) Persönliche Leistungen, 540 (531) Bussen, 125 (201) Freiheitsentzüge. In 18 (16) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 15 (16) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 24 (19) Erwachsenenstrafen an.

Die sinkenden Fallzahlen in den vergangenen Jahren führten zu einem Rückgang der Interventionen sowohl im Rahmen des Vollzugs von Strafen und Schutzmassnahmen als auch während der Strafuntersuchungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
A2	Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen) in %; (A2)	min.	72	70	71	1
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel inkl. Rechtsbehelfe) in %; (A1)	max.	3.1	5	2.7	2.3
Leistungen						
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (Anzahl mit Erziehungs- und Strafverfügung verurteilte Jugendliche); (A1)	P	3 381	4 000	3 762	-238
L2	Anklagen an das Jugendgericht; (A1)	P	36	70	45	-25
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen); (A1)	P	1 486	2 000	1 538	-462
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen); (A2)	P	138	140	107	-33
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen); (A2)	P	589	600	520	-80
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	137	160	129	-31
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Anzahl Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens); (A1)	P	97	120	98	-22
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche; (A1)	P	903	1 200	993	-207
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen in Tagen; (A2)	P	3 181	3 600	3 354	-246
L10	Haftfälle (Anzahl Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge); (A1/A2)	P	122	180	102	-78
L11	Schutzaufsichten (Anzahl Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen); (A1)	P	870	900	765	-135
L12	Pendenzen pro Jugendanwalt/-anwältin; (A1)	max.	52	60	52	-8
L13	Durchschnittliches Pendenzentalter in Tagen; (A1)	max.	125	110	131	21
L14	Anteil der Pendenzen > 365 Tage in %; (A1)	max.	5.2	5	4.4	-0.6
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer (in Tagen); (A1)	max.	83	100	82	-18
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen in %; (A1)	min.	86	80	85	5

Abweichungsbegründungen

L1-L3	Die geringeren Geschäftseingänge in den Jahren 2010 bis 2012 wirkten sich, trotz der Zunahme im Berichtsjahr, auf die Anzahl Verurteilungen, Anklagen und Einstellungen aus.
L4-L7	Der Rückgang der Geschäfte in den vergangenen drei Jahren ist nun auch beim Vollzug der durch die Gerichte und Jugendanwaltschaften angeordneten Schutzmassnahmen sowie bei den während des Untersuchungsverfahrens angeordneten Schutzmassnahmen deutlich sichtbar.
L8-L10	Die geringeren Geschäftseingänge in den Jahren 2010 bis 2012 wirkten sich, trotz der Zunahme im Berichtsjahr, auch auf die Anzahl Sanktionen und Untersuchungshaft aus.
L13-L14	Aufgrund einiger umfangreicher noch ausstehender Strafuntersuchungen erhöhte sich das durchschnittliche Alter der Pendenzen und beeinflusste damit deren Anteil an der Gesamtzahl der noch offenen Strafuntersuchungen.
B1-B2	Die durchschnittliche Untersuchungsdauer konnte auf dem tiefen Niveau des Vorjahres gehalten werden und der Anteil der innert sechs Monaten erledigten Strafuntersuchungen liegt nur unwesentlich unter dem Wert des Vorjahres.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität (Jugendgewalt) Planmässig Trotz einer Zunahme der neu eingegangenen Geschäfte konnten die personellen Ressourcen weiterhin auf wirkungsorientierte Interventionen im Rahmen der Strafuntersuchung und des Vollzugs von Strafen und Schutzmassnahmen konzentriert werden.		2015
E2	Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren Planmässig Die Vorgabe, alle Strafuntersuchungen innerhalb eines Jahres abzuschliessen, konnte weitgehend erreicht und die durchschnittliche Untersuchungsdauer kurz gehalten werden.		2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		1.4	2.2	1.5	-0.8
Aufwand		-43.8	-46.6	-40.6	6.0
Saldo		-42.3	-44.3	-39.1	5.2
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben		-0.1			
Saldo		-0.1			
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		79.8	84.6	77.0	-7.6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0.8 Mio. Franken oder 34.0% unter dem Budget.

Wichtigste Positionen:

- 0.7 Entgelte; Leistungen von Sorgeberechtigten und Jugendlichen an Schutzmassnahmen, geringere Anzahl Schutzmassnahmen
- 0.1 Beiträge; Beiträge von Schulgemeinden an Schutzmassnahmen; geringere Anzahl beitragsberechtigter Schutzmassnahmen

Der Aufwand liegt 6.0 Mio. Franken oder 12.9% unter dem Budget.

Wichtigste Positionen:

- +0.8 Personal; zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen
- +4.3 Sachaufwand; geringere Kosten für Dienstleistungen Dritter, insbesondere für jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen durch Dritte
- +0.9 Interne Verrechnungen; geringere Kosten für den Straf- und Massnahmevollzug durch interne Dienstleistungserbringer

Im Saldo weist die Jugendstrafrechtspflege eine Verbesserung von 5.2 Mio Franken (+11.8%) gegenüber dem Budget aus.

Personal

Der tiefere durchschnittliche Personalbestand in der Rechnung 2013 ist – aufgrund der geringeren Geschäftseingänge in den Jahren 2010 bis 2012 – auf eine zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen. Zudem wurden 3.3 Stellen aus dem Stellenplan der Jugendstrafrechtspflege in den Stellenplan der Strafverfolgung Erwachsene verschoben.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	94 531	0	0	94 531	0

Bildung von Rücklagen 2013

Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen.

2206 Amt für Justizvollzug

Hauptereignisse

Anstelle der grössten Hauptabteilung «Gefängnisse Kanton Zürich» (GKZ), die elf Institutionen unter einem organisatorischen Dach vereint, sollen im Frühjahr 2014 zwei neue Hauptabteilungen geschaffen werden. Die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung dieses mit tiefgreifenden organisatorischen Veränderungen verbundenen Vorhabens haben das letzte Quartal wesentlich geprägt. Mit der neuen Hauptabteilung «Untersuchungsgefängnisse Zürich» (UGZ) mit dem Schwerpunkt Untersuchungs- und Sicherheitshaft und der Hauptabteilung «Vollzugseinrichtungen Zürich» (VEZ) mit dem Schwerpunkt Strafvollzug und Ausschaffungshaft kann den besonderen Anforderungen der unterschiedlichen Haft- und Vollzugsformen gezielt und unterstützt durch eine leistungsfähige Führungs- und Organisationsstruktur begegnet werden. Ab 2014 werden die UGZ die Gefängnisse Dielsdorf, Limmattal, Meilen, Pfäffikon, Winterthur und Zürich umfassen. Das Gefängnis Affoltern a. A., das Vollzugszentrum Bachtel, das Gefängnis Horgen, das Flughafengefängnis und die Halbgefangenschaft Winterthur werden den VEZ angehören. Mit der Neuorganisation trat auch der bisherige Direktor der GKZ, Victor Gähwiler, der mehr als 25 Jahre in leitenden Funktionen im Zürcher Justizvollzug tätig war und die GKZ ab 1999 mit grossem Engagement aufgebaut und geführt hatte, auf Ende des Berichtsjahres von seinem Amt zurück.

In den anderen Hauptabteilungen des JuV konnten in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies (JVA) und im Psychiatrisch-Psychologischen Dienst (PPD) die Führungs- und Organisationsstrukturen ebenfalls weiterentwickelt und im Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) die Bauarbeiten in der geschlossenen Abteilung planmässig vorangetrieben werden. In den Bewährungs- und Vollzugsdiensten (BVD) wurden das vom Bundesamt für Justiz als Modellversuch unterstützte Projekt «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) und die Prozess- und Ergebnisevaluation dazu abgeschlossen. Die standardisierten ROS-Arbeitsinstrumente und -prozesse werden unter der Führung der BVD im Kanton Zürich und in weiteren beteiligten Kantonen eingesetzt.

Im Rahmen der Projektarbeiten zur Einführung von «Electronic Monitoring» (EM) erfolgten die Definition der Detailanforderungen an Technik und Dienstleistungen und die Ausschreibung des Vorhabens. Zudem wurde das Detailkonzept für einen Pilotbetrieb 2014 für Fälle im Massnahmenzentrum Uitikon sowie der Jugendanwaltschaften ausgearbeitet.

In den Institutionen des Zürcher Justizvollzugs wurden rund 462 000 Aufenthaltstage gezählt. Dies entspricht einem Rückgang von rund 3% gegenüber dem Vorjahr und ergibt eine Gesamtauslastung über alle Institutionen hinweg von 91%. Weniger Aufenthaltstage wurden insbesondere bei der Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie der ausländerrechtlichen Haft verzeichnet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen
A2	Vollzug von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie Durchführung von ausländerrechtlicher Haft
A3	Betreuung der inhaftierten Personen, Bewährungshilfe durchführen, Weisungen kontrollieren
A4	Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen
A5	Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen sowie Vernetzung und Zusammenarbeit mit Justiz-, Sozial-, Gesundheitswesen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl Urlaube aus geschlossenem Regime (A1)	P	267	350	261	-89
W2	- davon korrekt zurückgekehrt in % (A3)	min.	99.3	95	96.6	1.6
W3	Anzahl Ausbrüche aus gesicherten Anstalten und Gefängnissen (A3)	max.	0	0	0	0
W4	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit in % (A1)	P	77.8	80	82.6	2.6
W5	Anzahl bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug (A1)	P	501	420	565	145
W6	Anzahl Suizide (A4)	max.	5	2	0	-2
W7	Anzahl Übergriffe auf Personal (A4)	max.	10	8	9	1
Leistungen						
L1	Anzahl Aufenthaltstage (A1/A2)	P	478 643	485 000	462 106	-22 894
L2	- davon Untersuchungs- und Sicherheitshaft (A2)	P	148 212	165 000	139 386	-25 614
L3	Anzahl psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen (A4)	P	13 629	13 000	12 996	-4
L4	Anzahl Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende) / (A1/A5)	P				
L5	- Freiheitsstrafen (A1)	P	2 569	2 500	2 629	129
L6	- Stationäre Massnahmen (A3)	P	430	400	413	13
L7	- Ambulante Massnahmen (A3)	P	455	480	440	-40
L8	- Gemeinnützige Arbeit (A1)	P	547	425	627	202
Wirtschaftlichkeit						
B1	Belegung aller Anstalten und Gefängnisse in % (A5)	P	94.3	96	91.0	-5.0
B2	Kosten (Staatsbeitrag) pro Aufenthaltstag in Franken (A5)					
B3	- Justizvollzugsanstalt Pöschwies (A5)	P	266	270	267	-3.0
B4	- Gefängnisse Kanton Zürich (A5)	P	186	165	206	41.0
B5	- Massnahmenzentrum Uitikon (A5)	P	795	800	837	37
B6	Geleistete Stunden Gemeinnützige Arbeit (A5)	P	75 777	80 000	67 598	-12 402

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Die Zahl der Urlaube aus Institutionen mit geschlossenem Vollzugsregime verharrt mit 261 Urlauben rund einen Drittel unter dem budgetierten Wert. Gegenüber dem Vorjahr wird eine beinahe identische Zahl der Urlaube erreicht. Unter dem Vorjahreswert – aber immer noch über Budget – kommt die Quote der korrekt absolvierten Urlaube aus geschlossenem Regime zu liegen.
W3	Es wurden keine Ausbrüche aus gesicherten Anstalten oder Gefängnissen verzeichnet.
W4	Die erfolgreichen Abschlüsse bei der Gemeinnützigen Arbeit übertreffen den budgetierten Wert knapp. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Steigerung um rund sechs Prozent zu verzeichnen.
W5	Die Zahl der bedingten Entlassungen ist in den letzten Jahren konstant angestiegen und weist einen gegenüber dem Budget rund einen Drittel höheren Wert auf.
W6/W7	Erstmals seit 2007 mussten keine Suizide verzeichnet werden. Bei der Zahl der Übergriffe auf das Personal wurde mit neun Vorfällen der budgetierte Planwert (8) knapp nicht erreicht.
L1/L2	Die budgetierte Zahl der Aufenthaltstage über alle JuV-Institutionen wird im Berichtsjahr um rund fünf Prozentpunkte verfehlt. Während bei den Aufenthaltstagen im Bereich des Straf- und Massnahmenvollzugs konstante Werte verzeichnet werden, wurden bei der Untersuchungs- und Sicherheitshaft (sowie der ausländerrechtlichen Haft) bedeutend weniger Aufenthaltstage gezählt.
L3	Bei den psychiatrisch-psychologischen Konsultationen und Behandlungen stimmt der Planwert mit der tatsächlich verzeichneten Anzahl beinahe exakt überein.
L5-L8	Für die Vollzugsfälle der Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende) werden bei den Ambulanten Massnahmen tiefere Werte als budgetiert ausgewiesen. Bei den Freiheitsstrafen, Stationären Massnahmen und der Gemeinnützigen Arbeit wurden dagegen mehr Fälle als in der Planung gezählt, wobei insbesondere bei letzterer Kategorie sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch dem Budget zum Jahresende bedeutend mehr Fälle im Bestand aufgeführt werden.
B1	Die Kapazitäten an Justizvollzugsplätzen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Aufgrund der gesunkenen Anzahl Aufenthaltstage kommt die Belegung im Berichtsjahr mit 91 Prozent fünf Prozentpunkte unter den Budgetwert zu liegen. Eine tiefere Auslastung verzeichneten insbesondere die Untersuchungsgefängnisse.
B3	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag ungefähr gleich geblieben. Auch ist der Wert noch knapp unter dem Budget.
B4	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag gestiegen. Dies ist auf eine geringere Auslastung in den einzelnen Gefängnissen, insbesondere in der Ausschaffungshaft, zurückzuführen.
B5	Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag gestiegen.
B6	Trotz höherer Abschlüsse und Bestandeszahlen (vgl. Indikator W4 und L8) wurden bei der Gemeinnützigen Arbeit bedeutend weniger geleistete Stunden gezählt, was in erster Linie darauf zurückgeführt werden kann, dass pro Fall tendenziell kürzer dauernde Arbeitseinsätze geleistet werden mussten.

Entwicklungsschwerpunkte		Massnahme	
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		LZ RR	bis
E1	<p>Neue Haftplätze im Rahmen des geplanten Polizei- und Justizzentrums (PJZ) oder an Alternativstandorten schaffen</p> <p>Verzögert</p> <p>Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates</p>	1e	2015
E2	<p>Die Integration des Polizeigefängnisses von der Kantonspolizei in die Leistungsgruppe des Amtes für Justizvollzug sicherstellen</p> <p>Verzögert</p> <p>Die bestehenden Grundlagen wurden an die aktuellen Erfordernisse und Rahmenbedingungen angepasst und die Planungsarbeiten in Abhängigkeit von der verzögerten PJZ-Inbetriebnahme weiter vorangetrieben.</p>		2015
E3	<p>Umbau und Erweiterung der Geschlossenen Abteilung des Massnahmenzentrums Uitikon fertigstellen</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Bauarbeiten schritten planmässig voran. Die vollständige Inbetriebnahme des neuen Massnahmenzentrums Uitikon ist gegen Ende des Jahres 2014 vorgesehen.</p>		2015
E4	<p>Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen</p> <p>Verzögert</p> <p>Der Projektwettbewerb im selektiven Verfahren für den Neubau einer neuen geschlossenen Strafanstalt am Standort Realta, in der wesentlich auch Zürcher Vollzugsfälle aufgenommen werden sollen, wurde vom Kanton Graubünden lanciert. Die Planungsarbeiten für zusätzliche Betten im Zentrum für Stationäre Forensische Psychiatrie in Rheinau konnten im Rahmen der kantonalen Gremien unterstützt werden.</p>		2015
E5	<p>Die rückfallpräventiven Wirkungen von strafrechtlichen Sanktionen im Rahmen des Projekts «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» optimieren</p> <p>Planmässig</p> <p>Der Modellversuch «Risikoorientierter Sanktionenvollzug» (ROS) und die dazu gehörende Prozess- und Ergebnisevaluation konnten abgeschlossen und die standardisierten ROS-Arbeitsinstrumente und -prozesse weiter verfeinert werden.</p>		2015
E6	<p>Die organisatorischen und betrieblichen Voraussetzungen für den Einsatz von «Electronic Monitoring» schaffen</p> <p>Verzögert</p> <p>Aufgrund der hohen Komplexität des Projekts zur Einführung von «Electronic Monitoring» (EM) im Kanton Zürich soll im Jahr 2014 vorerst mit einem Pilotprojekt für Fälle im Massnahmenzentrum Uitikon sowie der Jugendanwaltschaften gestartet werden. Dazu wurden im Berichtsjahr die Detailanforderungen an Technik und Dienstleistungen definiert und das Vorhaben ausgeschrieben.</p>		2013
E7	<p>Die Fach-, Selbst- und Sozialkompetenzen von Insassen mit schulischen Lücken stärken im Rahmen des Projekts «Bildung im Strafvollzug»</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates</p>	6g	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	46.8	52.2	44.9	-7.3
Aufwand	-217.3	-229.6	-221.2	8.4
Saldo	-170.5	-177.4	-176.3	1.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	2.9	3.1	0.0	-3.1
Ausgaben	-13.6	-20.2	-14.1	6.2
Kreditübertragungen aus 2012		-1.0		
Saldo	-10.7	-17.1	-14.1	3.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	802.6	817.9	809.6	-8.3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 7.3 Mio. Franken oder 13.9% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 4.1 Weniger Ertrag bei den Entgelten: Minderertrag bei den Kostgeldern (-2.0) und Verkäufen (-2.1)
- 0.1 Tieferer Transferertrag: leicht kleinere Subventionsbeiträge des Bundes an die Investitionen
- 3.1 Kleinere Verdienste bei den internen Verrechnungen: schlechte Auslastung bei der Ausschaffung (-2.3) und bei der Jugendabteilung des GFLimmat (-0.5), Übriges (-0.3)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 8.4 Mio. Franken oder 3.7% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0.7 Personalaufwand: Leichte Überschreitung bei den Löhnen (Rückstellungen bzw. Mehrzeit, krankheitsbedingte Aushilfen usw.)
- 0.3 Sachaufwand: Kostensteigerung bei den Strafvollzugskosten ausserkantonomer Anstalten
- +0.5 Abschreibungen: Einsparungen infolge geplanter, aber nicht realisierter Investitionen
- 0.2 Transferkosten: höhere Beiträge an das SAZ und die BiSt
- +9.1 Interne Verrechnungen: Tiefere Kosten bei der Psychiatrische Universitätsklinik und bei den kalkulatorischen Mietkosten (v. a. PJZ).

Der Rechnungssaldo der Erfolgsrechnung unterschreitet das Budget insgesamt um 1.1 Mio. Franken. Beim JuV-internen Betriebsaufwand und bei den externen Strafvollzugskosten konnten tiefere Kosten realisiert werden. Einerseits wurden die Sparbemühungen in den JuV-Institutionen gesteigert und andererseits flachte die externe Platzierung von Zürcher Insassen in ausserkantonomalen Vollzugsinstitutionen im zweiten Halbjahr ab.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen fielen um 3.05 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Verschiedene Projekte konnten nicht zeitgerecht realisiert werden. Insbesondere betrifft dies Investitionsvorhaben im Bereich der technischen Sicherheit und bei den Mobilien. Dies führte auch zu verzögerten Einnahmen bei Bundesbeiträgen.

Personal

Insgesamt unterschreitet der Beschäftigungsumfang die Personalstellen um 8.3 Stellen. Verzögerte Stellenbesetzungen führten zu dieser Differenz.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	3 208 090	0	+200 000	3 408 090	+200 000

Der Saldo des Berichtsjahres schliesst mit einer Budgetunterschreitung von 1.084 Mio. Franken ab.

Die verzögerte Stellenbesetzung reduzierte den Personalaufwand, der sparsame Einsatz beim Betriebsmaterial und bei den Betriebsmitteln führten ebenfalls zu einer Aufwandreduktion.

Einen Beitrag zur Kostenminderung leistete auch die intensivere psychiatrische-psychologische Pflege und Betreuung der Insassen in den JuV-Institutionen, was zu kürzeren Klinikaufhalten führte.

Ferner wirkten auch nicht beeinflussbare Faktoren auf das Ergebnis der Jahresrechnung. Die Verzeichnung von weniger ausserkantonalen Insassen und die nicht optimale Auslastung der Ausschaffungshaft reduzierten die Erträge. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 200 000 beantragt.

2207 Gemeindeamt

Hauptereignisse

Der Regierungsrat genehmigte 6 Neufassungen und 31 Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen, 10 Neufassungen und 4 Änderungen von Zweckverbandsstatuten. Ausserdem nahm er von der Vereinigung von 2 politischen Gemeinden und von 2 Vereinigungen einer Schulgemeinde mit ihrer politischen Gemeinde Kenntnis. Weiter erfolgten Vorprüfungen von 52 Entwürfen von Gemeindeordnungen und 10 Entwürfen für interkommunale Verträge.

Zur Fortbildung von Behördenmitgliedern und Verwaltungsmitarbeitenden im Bereich der Haushalts- und Rechnungsführung organisierte das Gemeindeamt 13 Kurse mit rund 245 Teilnehmenden. Schwerpunkte waren die Grundlagen der Haushaltsführung in der Gemeinde und im Schulbereich sowie die Prüfung der öffentlichen Haushalte. Mehrfach hielten Mitarbeitende Schulungen bei Gemeinden ab oder traten als Referenten bei verschiedenen Veranstaltungen anderer Organisationen auf. Bei der Aufsichtstätigkeit ist in Koordination mit dem Bezirksrat ein besonderes Augenmerk auf die Anstalten und Stiftungen gelegt worden. Ausserdem wurden einzelne Jahresrechnungen einer vertieften Prüfung unterzogen. Der Finanzausgleich konnte ohne grössere administrative Probleme abgewickelt werden.

Das neue Zeugenschutzgesetz auf den 1. Januar sowie die Gesetzesänderungen zur Verhinderung von Zwangs- und Minderjährigenehen auf den 1. Juli mussten den Urkundspersonen vermittelt werden. An 7 Weiterbildungskursen nahmen insgesamt 102 Zivilstandsbeamtinnen und -beamte teil. Es wurden 4 der 24 Zivilstandsämter vor Ort inspiziert und 3 Amtsübergaben vorgenommen. Kontrollen der übrigen 20 Ämter fanden elektronisch mit Schwerpunkt zum neuen Namensrecht statt. Es wurden 741 (1017) Namensänderungsgesuche behandelt. Die Namensänderungen gemäss Art. 30 Abs. 2 ZGB (Bewilligung zur Führung des Familiennamens der Frau als gemeinsamer Name) sind auf den 1. Januar weggefallen. Im Vorjahr wurde 378 Paaren eine solche Namensänderung bewilligt. Ebenso wurden rund 10 500 (10 500) aufsichtsrechtliche Entscheide gefällt (wie z. B. die Anerkennung von ausländischen Urkunden, Berichtigungen und Löschungen, Aktenprüfungen, Bewilligungen zur Ahnenforschung usw.). Im Berichtsjahr stiegen die Anerkennungen von ausländischen Urkunden um 6% auf 5477 (5175) am deutlichsten an.

Bei den ordentlichen Einbürgerungen stieg die Zahl der neu eingegangenen Gesuche deutlich auf 4623 (+8,3%) an. Demgegenüber veränderte sich die Zahl der eingebürgerten Personen mit 6351 (-1.2%) kaum. Der zusammen mit Sprachfachleuten entwickelte Kantonale Deutschtest im Einbürgerungsverfahren (KDE) wurde im Mai in die praktische Anwendung übergeführt. Bis zum Jahresende konnte bereits neun Schulungsinstituten die Berechtigung zur Durchführung des KDE erteilt werden.

Als beauftragtes Prüfungsorgan kontrollierte die Abteilung Revisionsdienste die Haushaltführung von 102 politischen Gemeinden, 48 Schulgemeinden und 78 Zweckverbänden. Ebenfalls revidierte sie die Rechnungen von diversen Organisationen wie öffentlich-rechtlichen Anstalten, Stiftungen sowie reformierten und katholischen Kirchgemeinden. Neben den Prüfgegenständen gemäss der Verordnung über den Gemeindehaushalt führte sie Spezialrevisionen im Bereich des Krankenversicherungsgesetzes durch. Dazu kamen auch Prüfungen anlässlich von Amtsübergaben in der Finanzverwaltung oder im Steueramt.

Das Gemeindeamt präsentierte den Antrag des Regierungsrates zum neuen Gemeindegesetz den Fraktionen, bezirksweise den Verwaltungsfachleuten der Gemeinden und der Kommission für Staat und Gemeinden. Es verbesserte seine Praxis zur Unterstützung von Gemeindefusionen bei der Bearbeitung von Gesuchen politischer Gemeinden und Schulgemeinden. Es erstellte gemeinsam mit Amtsstellen anderer Direktionen den Gemeindebericht des Regierungsrates (§ 14a Gemeindegesetz) und präsentierte ihn am Gemeindeforum. Dieses wurde von rund 350 Personen besucht. Schliesslich wirkte das Gemeindeamt am Entwurf des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister (MERG) mit, das Ende des Berichtsjahres in Vernehmlassung ging.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Gemeindeamt trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung in den Bereichen Gemeinderecht und Gemeindefinanzen zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung in den Gemeinden bei.
A2	Das Gemeindeamt vollzieht den kantonalen Finanzausgleich.
A3	Das Gemeindeamt erbringt im Auftragsverhältnis Revisionsdienstleistungen für Gemeinden und gemeinderechtliche Organisationen.
A4	Das Gemeindeamt erfüllt die kantonalen Zivilstandsaufgaben. Es trägt durch Beratung, Aufsicht und Rechtsentwicklung zur rechtskonformen und zeitgemässen Aufgabenerfüllung durch die regionalen Zivilstandsämter bei.
A5	Das Gemeindeamt nimmt die kantonalen Einbürgerungen vor. Es sorgt durch Beratung und Rechtsentwicklung für ein rechtskonformes und zeitgemässes Einbürgerungsverfahren.
A6	Das Gemeindeamt erfüllt die Aufgaben der kantonalen Aufsichtsbehörde 2. Instanz im Vormundschaftswesen.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmer mindestens gut in % (A1, A6)	min.	90	85	99	14
W2	Durchschn. Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen; Anzahl Monate (A5)	max.	17.1	18	16	-2
W3	Durchschn. Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen; Anzahl Monate (A5)	max.	4.3	4.5	4.3	-0.2
W4	Durchschn. Verfahrensdauer bei Namensänderungen; Anzahl Monate (A4)	max.	1.5	2.0	1.6	-0.4
Leistungen						
L1	Anzahl Behördenschulungstage (A1, A6)	min.	28.5	12	16.5	4.5
L2	Anzahl Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister (A4)	P	2 280	2 600	2 292	-308
L3	Anzahl erledigte Namensänderungen (A4)	P	1 023	1 300	760	-540
L4	Anteil Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden in % (A1)	min.	95	85	96	11
L5	Anzahl erledigte ordentliche Einbürgerungen (A5)	P	4 620	4 500	4 606	106
L6	Anzahl erledigte erleichterte Einbürgerungen (A5)	P	1 960	2 500	2 388	-112
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschn. Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung (A5)	max.	2.6	3.0	2.9	-0.1
B2	Kostendeckungsgrad Revisionsdienste in % (A3)	min.	104	100	101	1

Abweichungsbegründungen

W1	Die erfreuliche Kundenzufriedenheit bestätigt die erfolgreiche Schulungstätigkeit und wird von den Abteilungen Gemeinde-recht und -finanzen erhoben.
W2	Die Verfahrensdauer hat sich wegen schnelleren Rückläufen von den Gemeinden und Erledigung einiger seit Jahren hängiger Gesuche gegenüber der im Vorjahr erreichten Dauer nochmals reduziert (-6.4%).
W3	Gegenüber dem Vorjahr hat sich keine Veränderung ergeben. Im zweiten Halbjahr ergab sich ein markanter Anstieg von Geschäftsüberweisungen durch das Bundesamt für Migration (BFM, +24.1%).
L2	Im Rahmen der vom Bund vorgeschriebenen Abschlusskontrolle der rückerfassten Personen werden noch Fehler festgestellt, ebenso werden Doppelerfassungen festgestellt, weil ausländische Personen Zivilstandsdokumente mit unterschiedlichen Schreibweisen vorlegen. Diese müssen bereinigt werden. Später gemeldete Zivilstandsereignisse aus dem Ausland führen zu Löschungen und Nachbeurkundungen, weil Infostar nur die chronologische Beurkundung der Zivilstandsfälle zulässt.
L3	Mit der Gesetzesänderung per 1. Januar 2013 können die Brautleute künftig gegenüber dem Zivilstandsamt erklären, den Ledignamen der Braut oder des Bräutigams als gemeinsamen Namen zu führen. Die Namensänderungsbewilligungen gemäss Art. 30 Abs. 2 ZGB sind deshalb weggefallen (2012: 378).
L4	2013 wurden telefonisch rund 100 Anfragen weniger gestellt als 2012. Der hohe Effizienzgrad entspricht dem Wert von 2012.
L5	Die Zahl der erledigten Geschäfte hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert (-0.3%). Diese konstante Entwicklung ist auf die wieder angestiegenen Gesuchseingänge und die guten Rückläufe von den Gemeinden zurückzuführen.
L6	Gesuche um erleichterte Einbürgerung werden vom BFM zur Bearbeitung überwiesen. Da sie schwergewichtig und mit deutlich höherem Volumen erst im 2. Halbjahr erfolgten, konnte erst ein geringer Teil erledigt an das BFM zurückgesandt werden. Trotz Nichterreichen der Budgetvorgabe liegt der Rechnungswert deutlich über dem Vorjahreswert (+21.8%).
B2	Wie bereits im Vorjahr erkennbar, reduzierte sich das stark volatile Auftragsvolumen um rund Fr. 253 000 oder 9%. Die Erlöse für Revisionsdienstleistungen lagen im Jahr 2013 gegenüber dem Budget um 16% unter den Erwartungen. Auf der Kostenseite resultierten jedoch dank Organisations- und Effizienzsteigerungsmassnahmen auch um 17% tiefere Kosten als budgetiert. Die Herausforderung im Geschäftsjahr lag insbesondere darin, neben dem Bezug neuer Büroräumlichkeiten Personalkapazitäten entsprechend der kurzfristig stark schwankenden Auftragslage zu schaffen. Das Ziel, einen Kostendeckungsgrad von mindestens 100% zu erreichen, konnte um 1% übertroffen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Revision neues Gemeindegesetz Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates.	15a	2014
E2	Reorganisation des Kindes- und Erwachsenenschutzes Abgeschlossen Die Aufsicht des Kantons über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden wurde organisiert.		2013
E3	Haushaltführungs- und Rechnungslegungshandbuch erarbeiten und implementieren Planmässig Ist abhängig vom Gesetzesentwurf neues Gemeindegesetz. Die lange Beratungsdauer verzögert die Arbeiten am Handbuch. Dieses wurde erstellt, soweit dies der Stand der Gesetzgebung erlaubte.		2014

E4	<p>Erlass einer Verordnung zum neuen Finanzausgleichsgesetz und praktische Umsetzung der Neuregelung</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Gesuche um Übergangsausgleich wurden planmässig abgewickelt. Es wurde ein Konzept zur Handhabung von Gesuchen um individuellen Sonderlastenausgleich im Jahr 2015 entworfen.</p>	2015
E5	<p>Massnahmen zur Unterstützung von Gemeindevereinigungen und zur Förderung von neuen Zusammenarbeitsformen unter den Gemeinden treffen</p> <p>Planmässig</p> <p>Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates.</p>	15a 2015
E6	<p>Verbessern der Datenlagen über die Aufgabenerfüllung und deren Wirkung in den Gemeinden (Gemeindeporträt)</p> <p>Planmässig</p> <p>Mit dem Statistischen Amt wurde das Konzept für ein Gemeindefinanzporträt erstellt und dessen Realisierung im kommenden Jahr vereinbart.</p>	2015
E7	<p>Entwicklung eines Verfahrens zur Beurteilung der Sprachkompetenz für die Gemeinden</p> <p>Abgeschlossen</p> <p>Der Sprachkompetenztest wurde von einer Sprachschule in der Praxis erprobt, geringfügig überarbeitet und allen interessierten Sprachschulen zugänglich gemacht. Es wurden zwei eintägige Einführungskurse mit insgesamt rund vierzig Sprachfachleuten durchgeführt.</p>	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6.6	6.9	6.9	0.0
Aufwand	-11.0	-12.5	-12.3	0.2
Saldo	-4.3	-5.6	-5.3	0.3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0.2	-0.2
Saldo			-0.2	-0.2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	60.2	60.2	58.2	-2.0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0.04 Mio. Franken oder 0.6% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 0.6 Tiefere Revisionserlöse
- 0.1 Tiefere Einbürgerungsgebühren
- +0.2 Nachaktivierungen in Zusammenhang mit dem Bürorumzug
- +0.4 Höhere interne Verrechnungen (saldoneutral)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um Fr. 0.24 Mio. oder 1.9% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0.5 Tieferer Personalaufwand
- +0.1 Tieferer Sachaufwand
- 0.4 Höhere interne Verrechnungen (saldoneutral)

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung beinhaltet Anschaffungen, welche im Zusammenhang mit dem Bürorumzug getätigt wurden.

Personal

Der Lohnaufwand fiel tiefer aus als budgetiert. Grund dafür waren insbesondere Rotationsgewinne und Vakanzen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	0		+100 000	100 000	+100 000

Der Globalkredit von Fr. 5 635 900 wurde unterschrieben. Beim Aufwand konnten u. a. beim Personal Einsparungen (Rotationsgewinne, Unterbestand) erzielt werden. Das grosse Engagement der Belegschaft ermöglichte, nebst Vorbereitung des neuen Gemeindegesetzes, ein Erreichen eines Grossteils der Budgetindikatoren. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 100 000 beantragt.

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Hauptereignisse

Bei 19 Gemeinden reichte die Festlegung des Höchststeuerfusses im Sinne des Übergangsausgleichs nicht aus, um ein ausgeglichenes Budget erstellen zu können. Gesamthaft wurden deshalb nach Prüfung der Budgets Beiträge im Umfang von 44,1 Mio. Franken für 2014 zugesichert. Bei der endgültigen Festsetzung der Beiträge für 2012 aufgrund der Jahresrechnungen wurden 22,7 Mio. Franken zurückgefordert. Die Abgeltung der Zentrumslasten für Zürich und Winterthur beliefen sich auf 409,0 Mio. Franken bzw. 85,3 Mio. Franken.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleiches mit den folgenden fünf Instrumenten:
- Der Ressourcenausgleich vermindert die grossen Steuerkraftunterschiede, welche die Hauptursache für die unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden sind. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt.
 - Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren.
 - Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und schwieriger Topografie aus.
 - Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen.
 - Der Zentrumslastenausgleich gilt den Städten Zürich und Winterthur die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten ab.
-

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Ressourcendisparität vor Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	P	13 090	47 000	46 848	-152
W2	Ressourcendisparität nach Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	P	3 716	14 400	14 204	-196
W3	Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	P	50	70	67	-3
W4	Ausgleichsvolumen in Mio. Fr.	P	1 188.9	1 298.5	1 275.8	-22.7
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Ressourcendisparität drückt sich in der Differenz der Steuerkraft pro Einwohner zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde aus. Ausserordentlich hohe Steuereinnahmen in einer Gemeinde im Jahr 2011 führten im historischen Vergleich zu einer überdurchschnittlich hohen Ressourcendisparität, welche in der Planung bereits berücksichtigt wurde.					
W2	Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde verringert werden. Die Verringerung der Disparität von Fr. 46 848 (vor Finanzausgleich) auf Fr. 14 204 (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs auf. Die Disparität konnte stärker als angenommen verringert werden.					
W3	Der Wert zeigt die Differenz der notwendigen Steuerfüsse zur Deckung eines Normaufwandes (Fr. 3 000 indexiert; aktuell bei Fr. 2 976.96) zwischen der steuergünstigsten und am stärksten steuerbelasteten Gemeinde nach Angleichung der Ressourcen im Finanzausgleich. Die ressourcenschwachen Gemeinden erhalten eine Mindestangleichung der Ressourcen und somit einen garantierten ressourcenbedingten Steuerfuss. Die Differenz zwischen der ressourcenschwächsten und ressourcenstärksten Gemeinde liegt nur leicht tiefer als erwartet.					
W4	Die geringe prozentuale Abweichung zum Budgetwert resultiert einerseits aus etwas höher als erwarteten Ressourcenzuschüssen und andererseits aus tieferen Beiträgen an die Zentrumslasten. Ausserdem haben zur Abweichung die höher als erwarteten Rückerstattungen aus dem Übergangsausgleich beigetragen.					
Finanzielle Entwicklung						
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)		R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013	
Erfolgsrechnung						
	Ertrag	768.1	747.6	737.5	-10.2	
	Aufwand	-1 189.0	-1 298.7	75.8	22.8	
	Saldo	-420.8	-551.0	-538.4	12.7	
Investitionsrechnung						
	Einnahmen					
	Ausgaben					
	Saldo					
Personal						
	Beschäftigungsumfang Angestellte	0.0	0.0	0.0		

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 10.2 Mio. Franken oder 1.4% unter Budget.

Wichtigste Ursache:

- 10.2 Ressourcenabschöpfung: Die ausserordentlich hohe Steuerkraft einer Gemeinde führte zu geringeren Abschöpfungen der übrigen finanzstarken Gemeinden.

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 22.8 Mio. Franken oder 1.8% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 5.9 Ressourcenzuschuss: Das hohe kantonale Mittel der Steuerkraft bewirkte höhere Beiträge.
- +13.2 Rückerstattungen Übergangsausgleich: Die Kürzung des Übergangsausgleichs musste erstmals zeitlich abgegrenzt werden. Dafür wurden 11.5 Mio. Franken bilanziert. Dieses war im Budget nicht berücksichtigt.
- +4.4 Übergangsausgleich: Die vergleichsweise hohe Ressourcenausstattung führte zu einem geringeren Bedarf an Übergangsausgleich.
- +6.3 Zentrumslastenausgleich: Die Entlastung ist durch die negative Teuerung begründet
- +3.5 Die Rückstellung für die BVK-Verpflichtung konnte vollständig aufgelöst werden. Die Rückstellung war 3.5 Mio. Franken zu hoch.
- +1.0 Übertrag Fonds: Der Investitionsfonds – Buchungskreis-Nummer 2291 – wurde 2013 aufgelöst, deshalb wurde auf eine Speisung verzichtet.
- +0.3 Übriges

2221 Handelsregisteramt

Hauptereignisse

Die E-Government-Zustellplattform www.services.zh.ch für den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem Handelsregisteramt wurde in Betrieb genommen. Angesichts der noch wenig verbreiteten digitalen Unterschrift (wie SuisseID) ist deren Nutzung allerdings bescheiden.

Anfang Mai wurde der voll digitalisierte Workflow für den Kernprozess «Eintragung ins Handelsregister» eingeführt. Alle eingehenden Dokumente (wie E-Mail, physische Urkunden usw.) werden seither eingescannt, mit einer digitalen Unterschrift versehen und im archivtauglichen Langzeitformat PDF/A gespeichert. Die physischen Dokumente werden anschliessend nach sechs Monaten vernichtet. Die Einführungsphase mit der Rückerfassung der pendenten Geschäfte wie auch die Umstellung auf eine stark veränderte Arbeitsweise führten zu einer erheblichen Belastung der Mitarbeitenden. Während einer Übergangsphase mussten deshalb auch Verzögerungen bei den Eintragungen in Kauf genommen werden. Bereits ab Juli konnte indessen wieder die übliche Eintragungsdauer verzeichnet werden.

In fachlicher Hinsicht prägten die rechtlichen Umsetzungsarbeiten aus der Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Gesellschaften (VegüV) den Herbst. Der Umfang der Prüfungsbefugnis des Handelsregisteramtes generell und bei Statutenbestimmungen im Besonderen musste im Hinblick auf 2014 anstehende Generalversammlungen geklärt werden.

Im Handelsregisteramt Kanton Zürich eingetragene Unternehmen 2013

Bezeichnung	Bestand per 31.12.2012	Bestand per 31.12.2013
Einzelunternehmen	26 164	26 696
Kollektivgesellschaften	2 206	2 217
Kommanditgesellschaften	537	508
Aktiengesellschaften	31 530	32 001
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	26 154	27 729
Genossenschaften	1 177	1 164
Vereine	1 596	1 641
Stiftungen	3 271	3 196
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz Schweiz	1 333	1 379
Zweigniederlassungen mit Hauptsitz im Ausland	729	711
Andere Rechtsformen	42	41
Total	94 739	97 283

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.
----	--

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen in %	min.	100	80	100	20
W2	Periodische Kundenumfrage bezügl. Zufriedenheit, 3-jährlich Gesamtwertung	min.	-	-	-	-
W3	Revisionsbericht EHRA	min.	sehr gut	-	-	-
W4	Kundenbefragung: Jur. Korrektheit, Beratungsqualität	min.	-	-	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl zu bewirtschaftende Gesellschaften	P	303 795	308 000	311 779	3 779
L2	Anzahl Rechtsauskünfte	P	24 130	23 000	21 786	-1 214
L3	Anzahl Eintragungen ins Tagesregister	P	44 305	45 000	41 610	-3 390
L4	Anzahl Registerauskünfte	P	63 942	67 000	52 738	-14 262
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt in %	P	117	118	110	-8
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Überprüfung des Registers konnte vollumfänglich durchgeführt werden.					
L1	Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.					
L2	Das breite Informationsangebot auf der Internetseite des HRA und auf gruenden.ch führt zu weniger Rechtsauskünften.					
L3	Die tiefere Anzahl Eintragungen ins Tagesregister ist teilweise auf weniger Mutationen (Möglichkeit des Verzichtes auf eine Revisionsstelle) zurückzuführen.					
L4	Das breite Internetangebot führt zu weniger Registerauskünften.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Aktuell nachgeführtes und wahres Register Planmässig Neben den systematisch durchgeführten Bereinigungen der im Handelsregister eingetragenen Tatsachen wurden auch kontinuierlich Verfahren von Amtes wegen eingeleitet.				-	2016
E2	Umstellung von Firmennummer auf Unternehmensidentifikationsnummer (Art. 24 Verordnung über die Unternehmens-Identifikationsnummer) Abgeschlossen Die Umstellung der Firmennummer auf die Unternehmensidentifikationsnummer konnte in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik und dem Eidgenössischen Handelsregisteramt fristgerecht per Ende Jahr abgeschlossen werden. Eine Liste der aktiven Rechtseinheiten des Kantons Zürich, sortiert nach Name mit Angabe der Firmennummer und der UID, findet sich auf www.shab.ch/DOWNLOADPART/N7224842/N2013.07225794.pdf . 2013					-
E3	Neu: Digitalisierung (Umstellung von physischen auf elektronische Eintragungsdossiers) Abgeschlossen Erfolgreiche Einführung des voll digitalisierten Workflows für den Kernprozess «Eintragung ins Handelsregister» im Mai					2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	12.5	13.2	12.1	-1.1
Aufwand	-10.6	-11.1	-11.0	0.1
Saldo	1.8	2.1	1.1	-1.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	55.8	57.0	57.2	0.2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1.1 Mio. Franken oder 8.3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 1.1 Die in den Vorjahren aus der Gesetzesrevision des Bundes resultierten Mehrerträge sind 2013 weggefallen. Der Ausbau des Internetangebotes (E-Government mit elektronischer Anmeldung, Akten auf Internet, Merkblätter und Formulare usw.) hat zudem zu sinkenden Erträgen geführt.

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0.1 Mio. Franken oder 0.9 % unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- +0.1 Diverser Minderaufwand (geringere Abgaben an den Bund aufgrund tieferer Erträge und anderes)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	323 737	0	0	323 737	0

Bildung von Rücklagen 2013

Das Handelsregisteramt beantragt keine Rücklagen.

2223 Statistisches Amt

Hauptereignisse

Die Amtsleitung wurde auf den 1. Januar neu besetzt. In diesem Zusammenhang überprüfte das Amt seine Strategie. Für den Bereich Wahlen und Abstimmungen wurde organisatorisch eine selbstständige Gruppe gebildet, um der zentralen politischen Bedeutung dieses Geschäftsbereiches Rechnung zu tragen.

An vier Wochenenden wurden Volksabstimmungen über insgesamt elf eidgenössische und sieben kantonale Vorlagen durchgeführt. Erste Zwischenergebnisse und Hochrechnungen konnten wie gewohnt kurz nach Mittag im Internet veröffentlicht werden und stiessen auf grosses Echo. Zusätzlich wurden im Auftrag der Evangelisch-reformierten Landeskirche drei Ersatzwahlen in die Kirchensynode an der Urne durchgeführt.

Für fünf Volksinitiativen und ein Volksreferendum wurde geprüft, ob die erforderliche Anzahl gültiger Unterschriften erreicht wurde.

Die historischen Gemeinderesultate kantonaler und eidgenössischer Urnengänge wurden digitalisiert und in Form einer Webapplikation auf der Website zur Verfügung gestellt.

Mit Regierungsratsbeschluss vom 29. Mai nahm der Kanton Zürich die E-Voting-Versuche wieder auf, die 2011 sistiert wurden. Im Rahmen des «Consortiums Vote électronique» wird ein E-Voting-System der zweiten Generation gemäss Bundesvorgaben entwickelt.

Der Entwurf des neuen Statistikgesetzes wurde vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.

Bevölkerung und Unternehmen finden die Antworten auf einfachere Fragestellungen immer häufiger direkt im umfangreichen Internetauftritt des Statistischen Amtes. Die Zahl der Anfragen an den Auskunftsdienst nimmt deshalb ab, sie werden aber komplexer. Das STAT nimmt zudem weiterhin seine Aufgabe als Eurostat Auskunftsstelle für die Schweiz wahr.

Das Statistische Amt nimmt am Pilotprojekt des Bundes «Open Government Data» teil und hat 28 Datensätze auf dem Onlineportal zur Verfügung gestellt.

Neben der Sammelpublikation «Kanton Zürich in Zahlen» veröffentlichte das Statistische Amt zahlreiche Analysen zu verschiedenen Themen (Politik, Demografie, Gemeindefinanzen, Immobilienmarkt, Mobilität, Einkommensentwicklung).

Insgesamt wurden 16 Befragungsprojekte für kantonale Stellen, Gemeinden, Institutionen des Gesundheitswesens und Behindertenheime durchgeführt, 8 als Benchmarkingprojekte mit 5 bis mehr als 20 teilnehmenden Partnern, 8 als Befragungen für einzelne Kunden.

Neben der Datenerhebung für die Sozialhilfestatistik im Auftrag des Bundesamtes für Statistik arbeitete das STAT am Sozialbericht des Kantons Zürichs mit.

Dank einer Prozessautomatisierung erhalten die Gemeinden unmittelbar nach der Datenlieferung die für die Berechnung des Finanzausgleiches massgebliche Einwohnerzahl.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich in angemessener guter Qualität
A2	Anbieten von ergänzenden Statistikdienstleistungen für kantonale und kommunale Verwaltungsstellen, die Wirtschaft und für Private
A3	Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen sowie Prüfung von Initiativen und Referenden

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Berichte in der Presse über statistische Analysen (A1)	min.	128	60	75	15
W2	Bedürfnisorientierte Veröffentlichungen: Anzahl Besuche auf Homepage (A1)	min.	548 277	350 000	472 711	122 711
W3	Positive Beurteilung der Publikationen durch Nutzer (Anteil zufriedener Kunden) in % (A1)	min.	-	75	-	-
W4	Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern (A1)	max.	-	3	1	-2
W5	Zufriedenheitsgrad bei Wahlen und Abstimmungen der beteiligten Instanzen in % (A3)	min.	-	80	95	15
Leistungen						
L1	Anzahl geführte Statistiken (A1)	P	27	27	27	0
L2	Anzahl Statistikanfragen an Data Shop (A1)	min.	1 662	2 000	1 393	-607
L3	Anzahl Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (A1)	min.	18	18	18	0
L4	Anzahl Verkäufe statistisches Jahrbuch	min.	316	350	330	-20
L5	Anzahl kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 500 je Fall (A2)	min.	167	80	193	113
L6	Anzahl durchgeführte Wahlen und Abstimmungswochenende (A3)	P	4	4	4	0
L7	Rasche Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene (in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeindeergebnisses) (A3)	max.	5	10	2.5	-7.5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten) (A2) in %	P	134	100	128	28
Abweichungsbegründungen						
W2	Seit dem Umstieg auf das kantonale Content-Management-System wird nicht mehr die Anzahl Anwendungen auf der Homepage gezählt, sondern die Anzahl Besuche.					
W3	Es wurde keine entsprechende Befragung durchgeführt.					
L2	Das Angebot statistischer Informationen auf der Website wird kontinuierlich erweitert und benutzerfreundlich vermittelt. Der Data Shop ist dadurch zwar mit weniger, dafür mit komplexeren Anfragen konfrontiert. Zudem wird die Hotline für die Befragungen nicht mehr durch den Data Shop bedient, sondern durch die Abteilung «Data Management».					
L4	Seitdem das Jahrbuch im PDF-Format veröffentlicht wird und alle Jahrbuchtabellen elektronisch auf aktuellstem Stand abrufbar sind, verliert die gedruckte Ausgabe an Bedeutung.					
L5	Die steigende Zahl komplexer Anfragen an den Data Shop führt zu mehr und höheren Verrechnungen. Die Abteilung «Befragungen und Sozialhilfestatistik» verzeichnete mehr teilnehmende Institutionen. Zudem wurde ein neues Projekt durchgeführt.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen u. a. für die Volkszählung Planmässig Nach Abschluss der Registerharmonisierung werden die Ergebnisse der neuen Volkszählung für den Kanton Zürich genutzt.		2014
E2	Ausbau des Statistikangebots auf Internet Planmässig Die Performance der Berichterstattung über Wahlen und Abstimmungen wurde optimiert und in etlichen Details Kundenwünschen angepasst. Das Abstimmungsarchiv mit historischen Daten wurde als neue Applikation auf dem Internet aufgeschaltet. Allgemein wurde der Internetauftritt so optimiert, dass die Suchmaschinen die Publikationen bzw. Daten des Statistischen Amtes unter den ersten Treffern anzeigen.		2014

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		0.8	0.8	0.8	0.1
Aufwand		-5.5	-6.7	-5.7	1.0
Saldo		-4.7	-6.0	-4.9	1.1
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		24.8	31.0	25.0	-6.0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um rund 0.1 Mio. Franken oder 10.5% über dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- +0.1 Die Abteilung «Data Shop» ist zunehmend mit weniger, dafür komplexeren Anfragen konfrontiert, was zu mehr und höheren Verrechnungen führt. Die Abteilung «Befragungen und Sozialhilfestatistik» verzeichnete mehr teilnehmende Institutionen und führte ein neues Projekt durch.

Aufwand:

Der Aufwand liegt um rund 1.0 Mio. Franken oder 14.8% unter dem Budget.

Wichtigste Positionen:

- +0.8 Personalaufwand
- +0.2 Reduzierte Ausgaben in den Bereichen Informatik sowie Wahlen & Abstimmungen
- 0.1 Höherer Aufwand für Dienstleistungsaufträge

Saldo:

Die Rechnung schliesst um rund 1.1 Mio. Franken oder 17.9% unter dem Budget ab.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	148 091	0	0	148 091	0

Bildung von Rücklagen 2013

Das Statistische Amt beantragt keine Rücklagen.

2224 Staatsarchiv

Hauptereignisse

Die Revision des Archivgesetzes sowie des Patientinnen- und Patientengesetzes wurde abgeschlossen. In Kraft gesetzt werden die revidierten Erlasse auf 15. Januar 2014. Der Projektwettbewerb «Staatsarchiv des Kantons Zürich, Bau 3» wurde erfolgreich durchgeführt. Für das Pilotprojekt «Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden» konnten mit zehn Gemeinden Verträge abgeschlossen werden; die Fachleute für die Betreuung der Pilotgemeinden wurden rekrutiert und ausgebildet.

Neben der Weiterführung verschiedener Records-Management- und eArchiving-Projekte gelang die Akquisition weiterer bedeutender Privatarchive. Die Vorarbeiten für das Projekt «Archive der Zürcher Seidenindustrie» in Zusammenarbeit mit dem Nationalmuseum und der Zürcher Seidenindustrie-Gesellschaft (ZSIG) konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Mit der Fertigstellung und der Publikation des Erschliessungshandbuchs wurde ein wichtiger Meilenstein zur Qualitätssicherung der Erschliessungsarbeit erreicht. Ferner konnten die Aufbauarbeiten für das Kompetenzzentrum Audiovisuelle Medien beendet werden; ein geeigneter professioneller Gerätepark steht nun zur Nutzung bereit. Gut 60% der handschriftlichen Regierungsratsbeschlüsse des 19. Jahrhunderts sind inzwischen im Rahmen des Projekts TKR transkribiert; zwei Drittel davon stehen bereits online zur Verfügung. Das Webportal der Rechtsquellen-Edition Zürich wurde zu einer extern verfügbaren Pilotversion weiterentwickelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Überlieferungsbildung: Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten
A2	Aktenerschliessung: Erschliessung der unbearbeiteten Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
A3	Individuelle Kundendienste, Editionsprojekte: Gewährleistung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
A4	Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl erreichte potenzielle Leser: 1 000 000	min.	3.3 Mio.	1 Mio.	2.9 Mio.	1.9 Mio.
W2	Überlieferungsbildung: Gesamtzufriedenheit der anbietepflichtigen Stellen (Umfrage alle 3 Jahre) in %	min.	-	-	-	-
W3	Aktenschliessung: Gesamtzufriedenheit der internen und externen Kunden mit den Findmitteln (Umfrage alle 2 Jahre) in %	min.	-	90	90	0
W4	Individuelle Kundendienste: Gesamtzufriedenheit der externen Kunden mit den allgemeinen Dienstleistungen in %	min.	-	90	90	0
W5	Individuelle Kundendienste: Gesamtzufriedenheit der externen Kunden mit dem Onlineangebot in %	min.	-	90	90	0
W6	Anzahl Recherchen auf Onlinedatenbank: 50 000	min.	209 934	50 000	242 362	192 362
W7	Bestandserhaltung: Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen in %	min.	98	100	98	-2
Leistungen						
L1	Anzahl Rahmenvereinbarungen (A1)	min.	1	6	1	-5
L2	Anzahl Ablieferungen (A1)	min.	105	60	124	64
L3	Abgelieferte Akten in Laufmetern (A1)	min.	734	800	838	38
L4	Erschlossene im Vorjahr abgelieferte Unterlagen + 400 Lfm. Restanzen in % (A2)	P	102	100	101	1
L5	Anzahl Besucher/innen und schriftliche Anfragen (A3)	min.	1 980	2 000	2 171	171
L6	Schriftliche Anfragen sind innert 1 Woche beantwortet in % (A3)	min.	99	90	99,5	9,5
L7	Neuzugänge Bibliothek sind innert 3 Monaten katalogisiert in % (A3)	min.	63	90	84	-6
L8	Konservierte/restaurierte Bestände in Laufmetern (A4)	min.	155	150	229	79
L9	Konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände in Laufmetern (A4)	min.	3	15	0,5	-14,5
L10	Anzahl online publizierte Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse	min.	14 797	40 000	30 873	-9 127
L11	Online edierte Rechtsquellen	min.	0	200	100	-100
L12	Anzahl Visitationen von kommunalen Archiven	min.	1	20	5	-15
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Indikator «Anzahl erreichte potenzielle Leser» war mit 2.9 Mio. deutlich höher als geplant.					
W6	Die Tendenz, dass die Kundschaft mehr direkt die Onlinerecherche benutzt, setzt sich weiter fort. Anstelle der 50 000 budgetierten Recherchen erfolgten 242 362.					
W7	Der Zielwert von 100% beim Indikator «Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen» wurde mit 98% knapp verfehlt, entsprechende Massnahmen zur Zielerreichung sind in Planung.					
L1	Anstelle der 6 geplanten Rahmenvereinbarungen wurde nur 1 Vereinbarung abgeschlossen, die Kriterien für die Auswahl der infrage kommenden Amtsstellen wurden verschärft.					
L2	Die Anzahl Ablieferungen war aufgrund von Kleinstablieferungen mit 124 höher als geplant, die Gesamtzahl hat sich gegenüber Vorjahren jedoch deutlich reduziert. Staatsnahe und private Ablieferungen können praktisch nicht beeinflusst werden; bei den kantonalen Ablieferungen muss noch vermehrt auf längere Ablieferungsrhythmen und entsprechend grössere Ablieferungen gepocht werden.					

- L3 Der Zielwert von 800 Laufmetern abgelieferte Akten wurde mit 838 Laufmetern erreicht; die Abweichung bewegt sich im Rahmen der üblichen Schwankungen.
- L4 Sehr erfreulich ist die Zielerreichung von 101% im Bereich der Aktenschliessung. Zum zweiten Mal wurde der Zielwert von 100% erreicht.
- L5 Mit 2171 Besucher/innen und schriftlichen Anfragen ist die Zielgrösse von 2000 leicht übertroffen.
- L6 Von den schriftlichen Anfragen wurden 99.5%, anstelle der geplanten 90%, innerhalb einer Woche beantwortet.
- L7 Die Neuzugänge in der Bibliothek konnten zu 84% innert 3 Monaten katalogisiert werden; gegenüber 2012 mit 63% eine klare Verbesserung.
- L8 Im Bereich der Beständeerhaltung wurde der Zielwert von 150 konservierten Laufmetern mit 229 Laufmetern klar übertroffen; der Schwerpunkt der Restaurierung und Konservierung lag 2013 bei Bandprojekten und nicht bei Einzelblattbehandlungen.
- L9 Die geplante Konservierung von 15 Laufmetern audiovisueller Bestände konnte mit 0,5 Laufmetern infolge Projektverschiebungen nicht erfüllt werden.
- L10 Im Bereich der Editionsprojekte wurde der Zielwert von 40 000 online publizierten Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüssen mit 30 873 noch nicht erreicht; gegenüber 2012 erfolgte jedoch eine markante Steigerung.
- L11 Die Anzahl edierter Rechtsquellen lag 2013 bei 100, infolge zeitlicher Verzögerung der Plattformentwicklung für die Onlinepublikation wurde der Zielwert von 200 noch nicht erfüllt.
- L12 Anstelle der geplanten 20 Visitationen von kommunalen Archiven wurden nur 5 Visitationen vorgenommen, der gesetzliche Auftrag wurde hauptsächlich in Form von Beratungen und Erarbeitung von Musteraktenplänen wahrgenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Projektierung Bau 3 Planmässig Durchführung Wettbewerb und Zuschlag, Freigabe Planungskredit, Beginn Detailplanung; Eröffnung 2019		2019
E2 Schaffung von Lehrstellen in den Bereichen Handbuchbinderei, Information und Dokumentation Planmässig Anstellung Lernende 1. August Bereich Handbuchbinderei, Anstellung Lernender 1. August 2014 Bereich Information und Dokumentation		2014
E3 Förderung Integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen (A1) Planmässig. Publikation von Musteraktenplänen für Schulgemeinden und Kirchgemeinden		2016
E4 Archivierung elektronischer Unterlagen (A1) Planmässig. Durch- bzw. Weiterführung verschiedener Records-Management- und eArchiving-Projekte		2016
E5 Neuausrichtung Aufsicht Gemeindearchive (A1) Planmässig Abschluss von Verträgen mit zehn Gemeinden für die Durchführung des Pilotprojekts Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden (Nov. 2013 bis Ende 2018)		2016
E6 Aktenschliessung Akten 20./21. Jh. (A2) Planmässig Fortsetzung der Aufbereitung bestehender Findmittel für Onlinepublikation, Abschluss und Publikation Erschliessungshandbuch		2016

E7	Abbau Restanzen Zwischenarchiv (A2) Planmässig Fortsetzung des Abbaus Restanzen Zwischenarchiv (Vorgaben zum zweiten Mal in Folge erfüllt)	2016
E8	Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für die korrespondierende Kundschaft (A3) Planmässig Fortsetzung der Betreuung der Kundschaft auf hohem Niveau mit neuen Werkzeugen	2016
E9	Betrieb Onlineplattform (Portal, Query, Bestellschalter) (A3) Planmässig Einführung elektronische Benutzerführung und Bestellwesen, Fortsetzung der Arbeiten an einer nachhaltigen Benutzungsportal-Landschaft (mit Partnerarchiven und Museen)	2016
E10	Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellserien (A3) Planmässig Projekt «Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803»: forcierte Fortsetzung der Publikation transkribierter Beschlüsse, Projekt «Elektronische Rechtsquellen-Edition Zürich»: Editionsarbeit und Entwicklung eines Webportals (externe Pilotversion), Projekt «Elektronische Edition der Zürcher Stillstandsprotokolle des 17. Jh.»: weitere Publikationstranchen	2016
E11	Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen (A4) Planmässig Fortsetzung des Projekts Aufbereitung Sammlung PLAN und der konservatorischen Aufbereitung der Bestände A und E I, Durchführung der ersten Mikrofilmprojekte nach inhaltlichen Prioritäten	2016
E12	Betrieb Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien (A4) Planmässig Abschluss Aufbau Kompetenzzentrum Audiovisuelle Medien (Gerätepark)	2016

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.3	1.2	1.2	-0.0
Aufwand	-8.8	-9.6	-9.2	0.5
Saldo	-7.6	-8.4	-7.9	0.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			-0.1	-0.1
Saldo			-0.1	-0.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	46.6	54.3	50.6	-3.7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag ist budgetkonform.

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0.5 Mio. Franken oder 5.4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

+0.5 Nicht benötigte Mittel für Bau 3 (Machbarkeitsstudie, Wettbewerb)

Saldo:

Die Rechnung schliesst im Vergleich zum Budget mit einer positiven Abweichung von 0.4 Mio. Franken oder 6.3%.

Investitionsrechnung

Für Umbauarbeiten des Kassationsraumes fielen Kosten in der Höhe von 0.1 Mio. Franken an.

Personal

Die Abweichung von 3.7 Stellen ist hauptsächlich auf den nicht ausgelasteten Stellenplan beim Projekt TKR (Transkription und Digitalisierung Kantonsratsprotokolle und Regierungsratsbeschlüsse seit 1803) und Praktikumsstellen zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	156 982	0	0	156 982	0

Bildung von Rücklagen 2013

Das Staatsarchiv beantragt keine Rücklagen.

2232 Fachstelle Opferhilfe

Hauptereignisse

Im Vordergrund stand die Totalrevision der kantonalen Opferhilfeverordnung. Diese trat am 1. Juli in Kraft. In der Verordnung werden die Grundzüge der 2006 eingeführten leistungsorientierten Ausrichtung der Kostenanteile an die anerkannten Opferberatungsstellen geregelt. Weiter werden neu die Aufgaben der kantonalen Opferhilfestelle aufgezählt. Sodann wurde die Terminologie der 1999 erfolgten Neuorganisation der Direktion der Justiz und des Innern angepasst. Schliesslich wurde die Soforthilfekompetenz der Beratungsstellen erhöht.

Leistungen an Opfer

An Opfer und Angehörige wurden insgesamt finanzielle Leistungen in der Höhe von Fr. 4 431 218 (Vorjahr: Fr. 3 695 636) erbracht. Mittels Regress auf Täter konnten Rückforderungen in der Höhe von Fr. 222 830 (Fr. 179 862) erhältlich gemacht werden.

Finanzierung und Beaufsichtigung der anerkannten Opferberatungsstellen

Mit den neun anerkannten Opferberatungsstellen wurden für die Jahre 2014/2015 Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Neu in das Angebot der Opferberatungsstellen aufgenommen wurde eine zeitnahe Ansprache für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche. Im April wurde die Opferberatung Zürich als Anlaufstelle für Betroffene von fürsorglichen Zwangsmassnahmen bezeichnet. Die Leistungsvereinbarungen wurden entsprechend erweitert. Als Abgeltung für ihre Leistungen erhielten die Opferberatungsstellen Staatsbeiträge in der Höhe von Fr. 5 109 864 (Fr. 5 005 150).

Die wesentlichen Bereiche der Struktur- und der Prozessqualität der Leistungen der Opferberatungsstellen wurden von der kantonalen Opferhilfestelle überprüft.

Der Kanton Zürich hat für die Beratung von Opfern mit ausserkantonalem Wohnsitz Einnahmen in der Höhe von netto Fr. 221 925 (Fr. 255 750) erzielt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beurteilung von Gesuchen von Opfern um finanzielle Hilfe
A2	Administrative Aufsicht über Beratungsstellen, Finanzierung der Beratungsstellen

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung) (A1) in Monaten, ab 2011 als Wirkungsindikator	max.	2.2	2.5	2.0	-0.5
W2	Durchschnittliche Anzahl Beratungsfälle pro Berater/in à 100 Stellenprozent (A2), ab 2011	P	229	250	237	-13
Leistungen						
L1	Anzahl neu eröffnete Opferhilfverfahren (A1), ab 2012	P	548	600	619	19
L2	Anzahl beurteilte Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe (A1)	min.	556	580	604	24
L3	Anzahl neu eröffnete Beschwerdeverfahren (A1), ab 2011	P	10	10	13	3
L4	Anzahl neu eröffnete Regressverfahren (A1), ab 2011	P	50	60	48	-12
L5	Anzahl abgeschlossene Leistungsverträge mit Beratungsstellen (alle 2 Jahre) (A2), ab 2011	P	9	9	9	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad der 50%-Regressstelle in % (A1)	min.	100	100	334	234
B2	Kosten je Opferhilfverfahren im Durchschnitt in Fr. (inkl. Leistungen an Opfer) (A1)	P	5 048	7 000	5 483	-1 517
Abweichungsbegründungen						
L2	Nach guter Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen konnte die Effizienz gesteigert werden.					
B1	Der Indikator wurde erstmalig berechnet als Rückzahlungen von Tätern in Relation zum Aufwand für die 50%-Regressstelle (Personal- und Sachaufwand).					
B2	Aufgrund der Zunahme der Anzahl beurteilter Gesuche und tieferer Leistungen sind die durchschnittlichen Kosten pro Opfer - hilfverfahren deutlich unter Budget.					
Entwicklungsschwerpunkte						
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR				bis
E1	Senkung der durchschnittlichen Dauer von Opferhilfverfahren (A1) Planmässig Die Bearbeitungsdauer konnte nochmals gesenkt werden.					2016
E2	Transparente und leistungsorientierte Finanzierung der Beratungsstellen unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gleichbehandlung (A2) Abgeschlossen Das 2006 eingeführte leistungsorientierte Finanzierungssystem hat sich bewährt. Die leistungsorientierte Ausrichtung der Staatsbeiträge ermöglicht eine bessere Steuerung des Angebots durch den Kanton als Auftraggeber.					2016

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.8	0.6	1.4	0.8
Aufwand	-10.3	-11.7	-11.4	0.4
Saldo	-9.4	-11.2	-10.0	1.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	6.1	5.9	5.9	0.0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um rund 0.8 Mio. Franken oder 148% über dem Budget

Wichtigste Ursachen:

- +0.6 Regresserträge (aufgrund höherer Forderungen ergeben sich sowohl höhere Erträge als auch höhere Wertberichtigungen)
- +0.2 Interkantonale Leistungsabgeltungen

Aufwand:

Der Aufwand liegt um knapp 0.4 Mio. Franken oder 3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0.1 Tieferer Personalaufwand wegen Mutations-/Rotationsgewinnen
- 0.5 Höhere Wertberichtigungen (siehe auch Regresserträge)
- +0.1 Tieferer Sachaufwand
- +0.7 Tiefere, nicht beeinflussbare direkte Leistungen an Opfer

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	32 863	-4 452	+4 000	32 411	-452

Bildung von Rücklagen 2013

Die Rechnung schliesst gegenüber dem Budget mit einer erfreulichen Saldoverbesserung ab. Nebst den nach wie vor konsequenten Regress-Bemühungen führte auch eine verantwortungsvolle Ausgabenpolitik (Personal-, Sachaufwand) zu diesem positiven Ergebnis. Es werden deshalb Rücklagen im Umfang von Fr. 4000 beantragt.

2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann (FFG) konzentrierte ihre Arbeit auf die vier Themenfelder Veranstaltungen, Engagement in der Privatwirtschaft, Vernetzung in der Verwaltung und Informationen zur Gleichstellung.

In Zusammenarbeit mit Terre des Femmes Schweiz wurde eine Veranstaltungsserie mit der afghanischen Graffitikünstlerin Shamsia organisiert. Ziel der Veranstaltungen war es, eine breitere Bevölkerungsgruppe mit dem Gleichstellungsthema zu erreichen und zu vermitteln, welche Energie und Leidenschaft diese Thematik freisetzen kann.

Im Rahmen eines filmischen Workshops diskutierten 22 Schulklassen ihre Berufswünsche und hinterfragten herkömmliche Rollenbilder. Das Projekt wurde von der FFG, Memoria, der Berufsberatung, Schule und Kultur und dem Netzwerk Schulische Bubenarbeit getragen und vom Eidgenössischen Büro für Gleichstellung mitfinanziert. Die Fachstelle führte sodann mit 19 verschiedenen Primar- und Sekundarklassen ihren interaktiven Workshop zu den vielfältigen Möglichkeiten in der Berufswahl durch.

Am 23. September organisierte die Fachstelle in Zusammenarbeit mit dem Magazin «LadiesDrive» unter dem Titel «Girls hang in, Boys hang out» eine Gesprächsrunde für angehende und aktive Studierende, die ihre Arbeiten zu verschiedenen Gleichstellungsthemen präsentierten.

Zum Thema Diversity in Unternehmen wurden zwei sehr erfolgreiche Kurse angeboten (38 Teilnehmende von kleineren, mittleren sowie auch einigen globalen Unternehmen). Weil in Unternehmen für die Umsetzung eines solchen Angebots häufig die Ressourcen fehlen, bietet die Fachstelle den Kurs «Qualifizierung von Diversity-ExpertInnen für KMUs» spezifisch für die Führungsverantwortlichen an.

Zur Stärkung der verwaltungsinternen Vernetzung lud die Fachstelle unter dem Titel «Frauen Netzwerk der Kantonalen Verwaltung» zu zwei gut besuchten Abendveranstaltungen ein (zu den Themen «Professioneller Smalltalk» und «Der Weg nach oben»).

Die Fachstelle präsentierte in Zusammenarbeit mit dem Nationalfondsprojekt 60 (NFP60) auch eine Infoveranstaltung zu den Projekten «Lohnungleichheit» und «Berufswahl». Im Anschluss wurden Massnahmen zur Verbesserung des Status quo diskutiert.

Veröffentlicht wurden auch zwei Factsheets. Das Papier «Berufswahl von Mädchen und Jungen» zeigt, wo Handlungsbedarf besteht und wie Jugendliche unterstützt werden können, ihren Berufswahlhorizont zu erweitern. Das Papier «Wie viel verdienen Frauen, wie viel Männer?» thematisiert die weiterhin bestehenden grossen Unterschiede zwischen den Löhnen und Boni von Männern und Frauen und zeigt auf, was Unternehmen dagegen tun können.

Um Lösungen für Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bekannt zu machen, hat die Fachstelle drei Videoporträts produzieren lassen, die aufzeigen, wie Arbeitgebende mit flexiblen Arbeitszeitmodellen ihre Mitarbeitenden unterstützen und wie kreativ die Familien diese verschiedenen Herausforderungen meistern.

Die FFG hat schliesslich auch an 11 Stellungnahmen mitgearbeitet und 95 Frauen und 35 Männer beraten (hauptsächlich zu den Themen Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, sexuelle Belästigung, Anstellung und Kündigung). Die Website www.gleichstellung.zh.ch wurde rund 260 000 Mal besucht, die Website www.vereinbarkeit.zh.ch rund 223 000 Mal.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
A2	Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
A3	Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Aktiver Einbezug der Chancengleichheit in Sachgeschäften der Direktionen, der Ämter und Abteilungen (A1/A2)	P	9	1	3	2
W2	Aktiver Einbezug in Umsetzung von Chancengleichheitsprojekten bei Arbeitgebenden (A1/A3)	min.	-	-	12	12
W3	Öffentlichkeitsarbeit Information: Besuche auf Websites (Durchschnitt/Mt.) (A1/A3)	min.	91 832	8 500	40 250	31 750
Leistungen						
L1	Gleichstellungsprojekte: Anzahl pro Jahr (A1)	min.	12	10	18	8
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (A2)	min.	18	25	11	-14
L3	Auskünfte und Beratungen, Anz. Auskunfts- u. Beratungsstunden (Durchschnitt/Mt.) (A1/A3)	min.	30	45	8	-37
Abweichungsbegründungen						
W1	Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich weniger Sachgeschäfte zu Gleichstellungsthemen (siehe auch L1).					
W2	Arbeitgebende nahmen die Dienstleistungen der Fachstelle vermehrt in Anspruch.					
W3	Die Anzahl Besuche auf der Homepage liegt nach wie vor auf einem hohen Stand.					
L1	Erfreulicherweise konnte eine höhere Anzahl Projekte initiiert oder durchgeführt werden.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

Massnahme LZ RR bis

E1	Chancengleichheit für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen bezüglich ihrer Gestaltungschancen in allen Bereichen des Erwerbs- und Privatlebens Planmässig Projektbezogene Umsetzung (vgl. Hauptereignisse).	2016
----	--	------

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.1	0.1	0.1	–0.0
Aufwand	–0.9	–0.9	–0.9	–0.0
Saldo	–0.8	–0.8	–0.8	–0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3.0	3.0	3.0	–0.0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0.02 Mio. Franken oder 19% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

–0.04 Tiefere Bundesbeiträge (geringere Teilnahme an nationalen Projekten)

+0.02 Höhere Einnahmen für Referate

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 0.02 Mio. Franken oder 1% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

–0.05 Höherer Personalaufwand

+0.05 Weniger Aufwand für externe Beratungsdienstleistungen

+0.02 Übriger Sachaufwand

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	20 920	–15 000	0	5 920	–15 000

Auflösung von Rücklagen 2013

Es werden Fr. 15 000 Rücklagen aufgelöst.

2234 Fachstelle Kultur

Hauptereignisse

Nach einem personellen Wechsel in der Geschäftsleitung wurden die Aufgaben und die entsprechenden organisatorischen Massnahmen innerhalb der Fachstelle überprüft und neu strukturiert. Dabei nimmt die Entwicklung eines neuen Kulturförderungsleitbildes in Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Kulturförderungskommission sowie mit externen Fachleuten grossen Raum ein. Das neue Leitbild soll 2015 das bisherige von 2002 ablösen.

Im Rahmen der Vereinbarung über den interkantonalen Kulturlastenausgleich begann die zweite Abrechnungsperiode 2013–2015. Gemäss neuer Berechnung beträgt die finanzielle Entlastung des Kantons Zürich rund 8,5 Mio. Franken.

Die mit Abstand grösste Kulturinstitution im Verantwortungsbereich der Fachstelle Kultur ist die Opernhaus Zürich AG. Im Wesentlichen prüfte die Fachstelle Kultur den Leistungs- und Finanzplan für die Jahre 2014–2017, die Rechnung 2012/13, das Gesuch um Ausrichtung des Kostenanteils (Unterhalt der Liegenschaft und der technischen Infrastruktur) und die Einhaltung der in der Leistungsvereinbarung geregelten Vorgaben und bereitete die entsprechenden Verfügungen der Direktion der Justiz und des Innern vor.

Das Hauptaufgabengebiet bleiben aber nach wie vor die Leistung von Unterstützungsbeiträgen an kulturelle Institutionen und Kulturschaffende, die Vergabe von Ateliers und Kunststipendien, die Organisation von Jurierungen und von Preisverleihungen sowie die Zusammenarbeit mit andern Kantonen und Ländern der Internationalen Bodensee-Konferenz. An 75 weitere Kulturinstitutionen – einschliesslich der Genossenschaft Theater Kanton Zürich und der Zürcher Filmstiftung – wurden Subventionen ausgerichtet. Dabei konnten die Beiträge an den Kunstverein Winterthur und an das Fotomuseum Winterthur ab 2013 erhöht werden. Neu als staatsbeitragsberechtig anerkannt wurde die Kunsthalle Winterthur.

Mit subsidiären Beiträgen an Kulturprogramme wurden rund 1200 Veranstaltungen in den Gemeinden unterstützt.

Die Mitglieder der kantonalen Kulturförderungskommission prüften über 500 Gesuche und gaben in gegen 300 Fällen eine positive Empfehlung ab für die Ausrichtung entsprechender Beiträge an Musik-, Theater- und Tanzproduktionen. Im Bereich Literatur wurden neben Werk- und Anerkennungsbeiträgen erstmals Druckkostenbeiträge an literarische Publikationen von Zürcher Autorinnen und Autoren ausgerichtet.

Im Bereich Bildende Kunst wurden an im Kanton wohnhafte Kunstschaffende Werkbeiträge sowie Projektbeiträge für Publikationen und Ausstellungen vergeben. Zudem hat die Fachstelle Kultur auf Empfehlung der zuständigen Fachgruppe der Kulturförderungskommission 160 Werke für die kantonale Kunstsammlung angekauft.

Seit Anfang des Berichtsjahres unterstützt die Fachstelle Kultur ausserdem selbstorganisierte, nicht kommerziell ausgerichtete Kunsträume – sogenannte Offspaces – im Kanton Zürich.

Neben den Beiträgen in den verschiedenen Bereichen wurden wiederum spartenübergreifende Projekte und Jubiläumsproduktionen unterstützt. Die Details dazu finden sich im Tätigkeitsbericht der Fachstelle Kultur, der im Mai 2014 erscheinen wird.

Der Kanton Zürich beteiligt sich im Bereich Tanz an zwei grenzüberschreitenden, kooperativen Fördermodellen. Zusammen mit der Stadt Zürich und der Kulturstiftung Pro Helvetia bestehen mit zwei Zürcher Tanzkompanien kooperative Fördervereinbarungen. Ausserdem beteiligt sich der Kanton Zürich am Ostschweizer Tanzförderungsprojekt «TanzPlan Ost».

Je vier Künstlerinnen bzw. Künstler haben einen Aufenthalt im Atelier des Kantons in Paris oder Berlin verbracht. Seit Frühjahr des Berichtsjahres vergibt die Fachstelle Kultur auch sogenannte Kulturstipendien an Kulturschaffende aller Bereiche sowie an Personen aus den Arbeitsbereichen Kulturorganisation, Produktionsleitung und Technik. Ziel und Zweck ist die gezielte künstlerische und/oder professionelle Weiterentwicklung.

Auf Antrag der Kulturförderungskommission verlieh der Regierungsrat den Kulturpreis 2013 an den visuellen Gestalter Hans Knuchel sowie den Förderpreis im Bereich Musik, Tanz, Theater an das Galatea Quartett (Yuka Tsuboi, Sarah Kilchenmann, David Schneebeil und Julien Kilchenmann). Mit der Goldenen Ehrenmedaille des Regierungsrates wurde der Sänger, Musiker und Musikpädagoge Fritz Näf für seine Verdienste für das professionelle Chorschaffen in der Schweiz gewürdigt.

Die Feiern für die drei Preisverleihungen, die von der Fachstelle Kultur organisiert wurden, sind als verbindende und vermittelnde kulturelle Veranstaltungen von den Geehrten wie vom Publikum sehr gut aufgenommen worden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Erhaltung des Kulturschaffens und Unterstützung der damit verbundenen Aufgaben der historischen Pflege, Aufbewahrung, Erforschung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes zur Wahrnehmung der kulturellen Kontinuität
A2	Förderung zeitgenössischer künstlerischer Produktion: Ermöglichen von kürzeren und längeren Arbeitsprozessen, von Veranstaltungen und Projekten
A3	Förderung der Kunstvermittlung: Unterstützung der Bestrebungen, künstlerische Produktionen einem breiten Publikum näherzubringen
A4	Umsetzung des Kulturförderungsleitbildes, insbesondere die finanzielle Sicherung der traditionsreichen grossen Kulturinstitute sowie die Förderung des kulturellen Lebens in den Landgemeinden und von überregionalen Kulturprojekten
A5	Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen trotz wachsender Zahl der Gesuche

Indikatoren						
	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Publikumserfolg am Opernhaus, Auslastung in % (A1, A2, A4)	min.	76.7	74	85.6	11.6
W2	Theater für den Kanton Zürich: Anzahl Vorstellungen (A2, A3, A4)	P	134	120	143	23
W3	Theater für den Kanton Zürich: Zufriedenheit der Gemeinden, Umfrage mit Ergebnis mindestens «gut»	min.	gut	-	-	-
W4	Freie Kredite: Anzahl geförderte Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge (A2)	P	26	30	37	7
Leistungen						
L1	Anzahl mit regelmässigen Staatsbeiträgen unterstützte Institutionen (A1)	P	60	65	70	5
L2	Anzahl Geschäfte Fachstelle Kultur (A5)	P	1 850	2 100	1 960	-140
L3	Anzahl mit Betriebsbeiträgen unterstützte Jahres- und Saisonprogramme in den Zürcher Gemeinden (A5)	P	41	40	42	2
L4	Anzahl Wiedererwägungsgesuche (A5)	max.	0	30	0	-30
Wirtschaftlichkeit						
B1	Eigenwirtschaftlichkeit des Opernhauses in %	min.	40.5	30	36.4	6.4
B2	Anteil Kosten in Fr./J./Einw. des Kantons Zürich am Saldo Kulturförderung	P	61.29	64.19	62.23	-1.96
B3	Anteil Personalkosten der Fachstelle Kultur im Vergleich zum Saldo der Laufenden Rechnung in %	P	1.39	1.55	1.45	-0.1
Abweichungsbegründung						
W1	Auf Spielzeit 2012/13 neuer Berechnungsmodus (Wert R 2012 umgerechnet: 80.0); bei der Berechnung der Auslastung werden neu auch Frei- und Steuerkarten für Mitwirkende, Agenturen, Presse und andere Gruppen berücksichtigt. Mit dieser Umstellung passt sich das Opernhaus sowohl den anderen grossen Kulturinstitutionen in Zürich als auch den führenden internationalen Opernhäusern an.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar			Massnahme LZ RR	bis	
E1	Erweiterung des Kreises der regelmässig durch Staatsbeiträge unterstützten Institutionen Planmässig Die Anzahl Betriebsbeiträge konnte erhöht werden.				2016	
E2	Überarbeitung Leitbild Kulturförderung Planmässig Ein Ausschuss der Kulturförderungskommission verabschiedete einen ersten Entwurf.				2015	

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17.2	17.2	17.1	-0.1
Aufwand	-102.4	-106.4	-104.6	1.8
Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich	-80.8	-80.9	-80.9	-0.0
Kostenbeitrag Bauvorhaben Opernhaus Zürich		-0.9	-0.4	0.5
Kostenanteil Opernhaus Zürich	-3.6	-3.8	-3.6	0.2
Saldo	-85.2	-89.2	-87.5	1.7
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	6.6	7.4	7.1	-0.4

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 0.1 Mio. Franken oder 0.5% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 0.1 Mindereinnahmen aus ILV-Beiträgen (Erhebung Besucherzahlen und Neufestsetzung der Beiträge im Berichtsjahr)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 1.8 Mio. Franken oder 1.7% unter dem budgetierten Wert.

Wichtigste Ursachen:

- +0.2 Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten (einschliesslich interne Verrechnungen)
- +0.6 Minderaufwendungen bei ILV-Beiträgen (Erhebung Besucherzahlen und Neufestsetzung Beiträge im Berichtsjahr)
- +0.7 Minderaufwendungen beim Opernhaus Zürich (Kostenbeitrag Bauvorhaben und Kostenanteil werterhaltender Unterhalt)
- +0.3 Minderaufwendungen bei den Staatsbeiträgen

Saldo:

Die Rechnung der Fachstelle Kultur schliesst mit einem Saldo von 87.5 Mio. Franken um 1.7 Mio. Franken unter Budget.

Investitionsrechnung

Seit Inkrafttreten des neuen Opernhausgesetzes auf 2012 werden Beiträge für Bauvorhaben an das Opernhaus Zürich nicht mehr zulasten der Investitionsrechnung getätigt, sondern zulasten der Erfolgsrechnung (Kostenbeitrag Bauvorhaben; Wegfall Verzinsungs- und Abschreibungskosten).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Auflösung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	38 774	0	+14 000	52 774	14 000

Bildung von Rücklagen 2013

Die Rechnung der Fachstelle Kultur unterschreitet den budgetierten Aufwandüberschuss um 1736 Mio. Franken Dank grossem Arbeitseinsatz und der gestaffelten Besetzung von Vakanzen konnten die Personalkosten um rund Fr. 106 000 tiefer als budgetiert gehalten werden. Zurückhaltung bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte und ein hohes Kostenbewusstsein bei der Beschaffung und beim Einsatz von Sachmitteln führten zu Minderausgaben bei den Sachkosten. Es werden Rücklagen von Fr. 14 000 beantragt.

2241 Fachstelle für Integrationsfragen

Hauptereignisse

Die Vorbereitung des kantonalen Integrationsprogramms (KIP) beanspruchte einen Grossteil der Ressourcen der Fachstelle. Mit dem KIP sollen ab 2014 die gesamten Angebote der spezifischen Integrationsförderung unter einem Dach organisiert und umgesetzt werden. Wichtigster Umsetzungspartner sind die Gemeinden; mit vielen von ihnen hat die Fachstelle Anfang des Berichtsjahres Kontakt aufgenommen, die zukünftige kommunale Integrationsförderung diskutiert und die Umsetzung von Massnahmen vorbereitet.

Wie bisher konnten diverse Gemeinden im Rahmen der Dienstleistung «KOMPAKT» bei der Weiterentwicklung ihrer kommunalen Integrationsförderung unterstützt und beraten werden. Für das KIP geht die Kooperation aber wesentlich weiter, weshalb neu umfassende Leistungsvereinbarungen mit den Gemeinden abgeschlossen werden. Es wurden 37 Vereinbarungen unterzeichnet.

Zusätzlich wurden mit Projektanbietern, mit Arbeitgebern und mit Gemeinden Pilotprojekte initiiert und durchgeführt, vor allem in den Bereichen Erstinformation und Beratung.

Mit RRB Nr. 631/2013 wurde der Fachstelle die Verantwortung für die Integration von vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen vom Kantonalen Sozialamt übertragen. Das bedingte intensive Vorbereitungsaufgaben, die einen reibungslosen Übergang gewährleisten sollen.

Wegen der anhaltend hohen Nachfrage wurde das Angebot an Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Deutsche verdoppelt. Weiter fanden Plattformtreffen für anglophone Migrantinnen und Migranten statt. In Zusammenarbeit mit dem türkischen Konsulat haben Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen stattgefunden und für Schlüsselpersonen der eritreischen Diaspora wurden Weiterbildungen angeboten.

Um einen noch besseren Überblick über die Situation der Hochqualifizierten zu generieren, wurde einerseits eine Studie über die neue Migration im Kanton Zürich in Auftrag gegeben, andererseits eine fachstelleninterne Strategie zum Umgang mit dieser Gruppe verfasst.

Die Plattformen für muslimische Organisationen und Imame im Kanton Zürich wurden weitergeführt und erste Produkte, wie ein Informationsflyer zu islamkonformen Bestattungsmöglichkeiten im Kanton sowie Empfehlungen an Arbeitgebende und Arbeitnehmende zur muslimischen Praxis im Arbeitsalltag, entwickelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration von Migrantinnen und Migranten mit Information, Bildung und gezielter Projektförderung im Sinne von Fördern und Fordern – verbindlich ab dem ersten Tag – zur Herstellung von Chancengleichheit
A2	Aktive Koordination und Zusammenarbeit zum Thema Integration mit Gemeinden und privaten Organisationen
A3	Sensibilisierung der Bevölkerung und Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Integration
A4	Zusammenarbeit mit Partnerkantonen und den Bundesbehörden, insbesondere mit dem Bundesamt für Migration (BFM)
A5	Interdirektionale Koordination und Vernetzung der Integrationsaufgaben (vgl. Funktionsbereich Integration)
A6	Unterstützung der Integrationsförderung in den Gemeinden

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Leistungsbezüger (Umfrage alle 2 Jahre) (A1/A2/A6)	min.	gut	-	-	-
Leistungen						
L1	Prüfung von Beitragsgesuchen/Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (A1)	P	91	120	110	-10
L2	Information- und Öffentlichkeitsarbeit (Zeitung, Plakatkampagne u. a.) (A3)	min.	3	2	2	0
L3	Begrüssungs- und Informationsveranstaltungen für Fremdsprachige/Neuzuziehende (A1)	min.	8	8	6	-2
L4	Unterstützung des Auf-/Ausbaus von beispielhaften Frühförderprojekten (A1)	P	19	15	19	4
L5	Mitarbeit in interkantonalen Gremien und in Gremien des Bundes (A4)	P	5	5	5	0
L6	Kooperationen in der kantonalen Verwaltung, mit Gemeinden und mit privaten Organisationen (A2, A5, A6)	min.	59	40	69	29
Wirtschaftlichkeit						
B1	Unterstützung von Integrationsprojekten in den Gemeinden (Mio Fr., ohne Asyl- und Flüchtlingsbereich) (A1/A6)	P	4.9	3.0	6.2	3.2
B2	Anteil Leistungen der Fachstelle / Kompetenzzentrum Integration am Gesamtaufwand (ohne Projektunterstützung) in %	P	76	80	68	-12
Abweichungsbegründungen						
L1/L4	Die Prüfung von Beitragsgesuchen blieb leicht unter dem prognostizierten Wert von 120, dafür konnten mehr Frühförderprojekte unterstützt werden.					
L3	Nebst vier Veranstaltungen für Deutschsprachige konnten neu zwei Informationsveranstaltungen mit dem türkischen Konsulat organisiert werden, das Interesse der Zielgruppe Anglophone war gering.					
L6	Es wurden intensive Verhandlungen mit vielen Gemeinden geführt. Deutlich mehr Gemeinden als geplant konnten für eine Kooperation im Rahmen des KIP gewonnen werden. Für ein Projekt mit Arbeitgebern konnten mehrere Kooperationen initiiert werden.					
B1	Es konnten viele Projekte für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge weitergeführt oder neue Projekte initiiert werden. Dafür konnten aus den Flüchtlingspauschalen 3.1 Mio. Franken eingesetzt werden. Zudem konnten 0.1 Mio. Franken mehr als geplant für Integrationsprojekte in Gemeinden vergeben werden.					
B2	Ein Grossteil der Ressourcen der Fachstelle wurden für die KIP-Vorbereitungen eingesetzt. Die Aufgaben als Kompetenzzentrum Integration konnten daher nur in leicht reduziertem Umfang wahrgenommen werden.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Zielgruppenspezifischer und bedarfsgerechter Ausbau der Förderangebote in den Regionen. (Beitrag zu Massnahme LZ RR 6f) Planmässig Als Vorbereitung für das kantonale Integrationsprogramm wurden in Kooperation mit den Gemeinden Leistungsvereinbarungen über kommunale Integrationsförderangebote abgeschlossen.		2015
E2	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	6b, gemeinsam mit BI	2013
E3	Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen (Beitrag zu Massnahme LZ RR 6f). Planmässig Die Kampagne wurde mit Plakaten sowie Bus- und Tramwerbung weitergeführt. Zudem wurden Kampagnensujets auf weiteren Kanälen bekannt gemacht.		2015
E4	Weiterführung der Unterstützung des interdirektionalen «Runden Tisches» zur Verwendung der Integrationspauschale. Planmässig Vgl. Funktionsbereich Integration		2016
E5	Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms und begleitende Massnahmen (vgl. Funktionsbereich Integration). Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	6f	2014

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		4.7	2.9	6.0	3.1
Beiträge vom Bund, Integrationsförderung		4.6	2.4	2.4	0.0
Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich			0.5	3.6	3.1
Aufwand		-6.6	-5.1	-8.0	-2.9
Beiträge an Gemeinden		-1.0	-1.3	-1.0	0.3
Beiträge an andere Direktionen					
Beiträge an Dritte		-3.9	-2.0	-5.2	-3.2
Saldo		-1.9	-2.2	-2.0	0.2
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		6.9	7.6	6.5	-1.2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 3.1 Mio. Franken oder 107% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +2.9 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus dem Rahmenkredit für Integrationsprojekte aus dem einmaligen Beitrag des Bundes für die Integration von vorläufig aufgenommenen Personen und anerkannten Flüchtlingen (vgl. Querschnittbereich Integration und RRB Nr. 1714/2008, saldoneutral)
- +0.2 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes (saldoneutral)

Aufwand:

Der Aufwand liegt um 2.9 Mio. Franken oder 57% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 2.9 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus dem Rahmenkredit für Integrationsprojekte (saldoneutral)
- 0.2 Zusätzlich eingesetzte Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes (saldoneutral)
- +0.2 Einsparungen durch vorläufigen Verzicht auf die Besetzung vakanter Stellen und Verzögerung bei der Implementierung von Qualitätssicherungsmaßnahmen für das kantonale Integrationsprogramm

Personal

Weil zu Beginn des Jahres noch unklar war, ob das kantonale Integrationsprogramm wie geplant realisiert werden kann, wurde auf die Besetzung vakanter Stellen vorläufig verzichtet.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	30 444	-4230	+10 000	36 213	+5770

Auflösung von Rücklagen 2013

Die Fachstelle für Integrationsfragen löste Rücklagen im Betrag von Fr. 4230 auf.

Bildung von Rücklagen 2013

Die Vorbereitungsarbeiten für das Kantonale Integrationsprogramm konnten ressourcensparend umgesetzt werden. Es wurde vorläufig darauf verzichtet, vakante Stellen neu zu besetzen. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 10 000 beantragt.

2251 Bezirksräte

Hauptereignisse

Die Erneuerungswahlen der zwölf Bezirksräte für eine neue vierjährige Amtsperiode haben in der ersten Jahreshälfte stattgefunden. In den meisten Bezirken gab es auf den 1. Juli Wechsel bei den Präsidien, den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern. In der Folge wählte die Statthalterkonferenz einen neuen Präsidenten und das Kollegium der Bezirksratsschreiberinnen und -schreiber einen neuen Vorsitzenden. Im zweiten Halbjahr erfolgten die Vorarbeiten für die 2014 stattfindenden Erneuerungswahlen der zwölf Bezirksamte.

Das Bundesgericht hat den Entscheid des kantonalen Gesetzgebers, die Bezirksräte als gerichtliche Beschwerdeinstanz im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht einzusetzen, überprüft und bestätigt. Die Bezirksräte hatten bereits zahlreiche Gelegenheiten, erstmals über Fragen formeller und materieller Natur, die sich aus der Anwendung des neuen Rechts ergaben, zu entscheiden. In diesem Bereich fand unter den Bezirksräten und ihren Kanzleien ein reger Erfahrungsaustausch statt, welcher auch die ersten begleitenden Entscheide des Obergerichts mitumfasste.

Ein weiterer Schwerpunkt waren erste Vorbereitungsarbeiten zur Neugestaltung der Aufsicht über die Gemeinden. Hierzu setzte die Direktion der Justiz und des Innern eine Arbeitsgruppe ein, die als ersten Schritt eine Analyse der derzeitigen Aufteilung der Aufsichtsaufgaben zwischen zentraler Verwaltung und dezentraler Verwaltungsbehörde vornahm. Es ist zu erwarten, dass die Arbeitsgruppe 2014 erste Vorschläge für eine Neuregelung der Aufsichtstätigkeit unterbreitet.

Die Sanierung der kantonalen Beamtenversicherungskasse (BVK) wirkte sich auch auf die Tätigkeit der Bezirksräte aus. Als Aufsichtsinstanz über die Gemeindefinanzen wurden sie dazu verpflichtet, die Vornahme von Rückstellungen zur Sanierung der BVK durch die der Kasse angeschlossenen Gemeinden und Zweckverbände zu überwachen.

Erledigt wurden 1326 Beschwerden und Rekurse, wovon 70,6% innert 60 Tagen nach Erlangen der Spruchreife. Die Anzahl erledigter Rechtsmittel ist nur wenig niedriger als diejenige des Vorjahres (1362). Die erstinstanzlichen Entscheide und Bewilligungen beliefen sich auf 475. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr (1043) einer Abnahme von -54,5%, die vorwiegend auf den Wegfall der Zuständigkeit der Bezirksräte als erste vormundschaftliche Aufsichtsbehörde zurückzuführen ist.

Im Bereich Aufsicht und Genehmigungen belief sich die Zahl Jahresrechnungen, Visitationen und Revisionsberichte auf 2077, was gegenüber dem Vorjahr (1879) einer Zunahme von 10,5% entspricht. Einen etwas geringeren Anstieg (6,6%) gab es bei der Anzahl beaufsichtigter Heime, Stiftungen, Spitexorganisationen und Sozialbehörden von insgesamt 919 (Vorjahr: 862). Infolge des Wegfalls der bezirksrätlichen Aufsichtszuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutz gab es keine Berichte und Inventare im Vormundschaftswesen mehr zu genehmigen (Vorjahr: 13 169).

Insgesamt konnten die Bezirksräte die per Jahresende pendenten Geschäfte von 931 im Vorjahr auf 734 senken, hiervon waren 308 (Vorjahr: 358) Geschäfte spruchreif.

Ebenfalls auf den Wegfall der Aufsichtszuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutz zurückzuführen ist der Rückgang erteilter Rechtsauskünfte um rund einen Drittel von 10 450 (Vorjahr) auf 6912. Insgesamt waren Ende des Berichtsjahres in den Bezirksratskanzleien total 34,25 Personalstellen besetzt; Ende Vorjahr waren es deren 37,95.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Rechtspflegefunktion
A2	Aufsicht und Genehmigungen gegenüber Gemeinden
A3	Erstinstanzliche Entscheide und Bewilligungsverfahren
A4	Auskunfts-, Beratungs- und Schulungstätigkeit

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide (in %) (A1)	P	11.05	14.25	9.75	-4.50
Leistungen						
L1	Erledigte Rechtsmittel (A1)	P	1 362	1 330	1 326	-4
L2	Rechtsauskünfte (A4)	P	10 450	8 270	6 912	-1 358
L3	Entscheide und Bewilligungen (A3)	P	1 043	755	475	-280
L4	Jahresrechnungen, Visitationen u. Revisionsbericht (A2)	P	1 879	1 847	2 077	230
L5	Heime, Stiftungen, Spitex und Sozialbehörden (A2)	P	862	911	919	8
L6	Berichte und Inventare Vormundschaftswesen (A2)	P	13 169	0	0	0
L7	Pendente Geschäfte spruchreif (A1)	P	358	273	308	35
L8	Pendente Geschäfte total (A1, A3)	P	931	728	734	6
Wirtschaftlichkeit						
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittel in % (§ 27c VRG) (A1)	P	68.17	69.17	70.75	1.58
Abweichungsbegründungen						
W1	Ist von der Anzahl erledigter Entscheide und Bewilligungen sowie deren Akzeptanz abhängig (zu Rechnung 2012 -1.30, zu Budget 2013 -4.50)					
L1	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2012 -36, zu Budget 2013 -4)					
L2	Wegfall der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (zu Rechnung 2012 -3538, zu Budget 2013 -1358)					
L3	Wegfall der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (zu Rechnung 2012 -568, zu Budget 2013 -280)					
L4	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2012 +198, zu Budget 2013 +230)					
L5	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2012 +57, zu Budget 2013 +8)					
L6	Wegfall der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (zu Rechnung 2012 -13 169, zu Budget 2013 +0)					
L7	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2012 -50, zu Budget 2013 +35)					
L8	Wegfall der Zuständigkeit im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Aufgabenverschiebung (zu Rechnung 2012 -197, zu Budget 2013 +6)					
B1	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2012 +2.58, zu Budget 2013 +1.58)					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG) Planmässig Vgl. Legislaturziel 4.11 der Direktion		2016
E2	Konsolidieren der einheitlichen Praxis VSG (Volksschulgesetz) Planmässig Verfahrensabläufe wurden optimiert		2016

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		2.2	1.7	0.9	-0.7
Aufwand		-9.1	-9.5	-8.7	0.7
Saldo		-7.0	-7.8	-7.8	-0.0
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		38.4	38.3	33.2	-5.1

Erfolgsrechnung

Der Ertrag ist um 0.7 Mio. Franken oder 43.4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

-0.7 Tieferer Ertrag durch Wegfall der Berichte u. Inventare Vormundschaftswesen

Der Aufwand ist um 0.7 Mio. Franken oder 6.9% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

+0.4 Tieferer Personalaufwand

+0.3 Tieferer Sachaufwand

Personal

Aufgrund der veränderten Aufgaben wurde der Stellenplan auf den 1. Januar 2013 reduziert (Beschäftigungsumfang neu: 34.25), die Stellenreduktion ist erfolgt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	294 483	-65 424	0	229 059	-65 424

2261 Statthalterämter

Hauptereignisse

Die gesellschaftlichen Entwicklungen, insbesondere aber auch die Urbanisierung der Zürcher Agglomeration, schlagen sich nicht nur bei den Neueingängen in der Übertretungsstrafverfolgung bei den zwölf Statthalterämtern des Kantons Zürich nieder. Auch die steigende Tendenz bei den Rekursen im Übertretungsstrafrecht und im Bereich der Polizeigesetzgebung und im Strassenwesen widerspiegeln die Erwartungs- und Anspruchshaltung einer modernen Gesellschaft. Das führt, neben der stetigen Formalisierung, zusätzlich zu einer Komplexitätssteigerung und Erhöhung des Aufwands im Vollzug des Übertretungsstrafrechts und der Aufsichtstätigkeit mit ihrem Beschwerde- und Rekursrecht.

Nach einem Rückgang der Geschäftslast in der Übertretungsstrafverfolgung von 2005 bis 2008 übertrifft dieses Jahr mit 63 675 Fällen das bisherige Rekordjahr 2004 (62 015 Fälle). Insgesamt wurden 58 964 Straffälle (9% Steigerung gegenüber Vorjahr) erledigt. Damit ist die Arbeitslast unabhängig von einer Übernahme der Übertretungsstrafverfolgung der Gemeinden weiter am Steigen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
A2	Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrwesen und bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden in diesen Bereichen. Aufsicht über die Feuerpolizei, Inspektionen der Feuerwehren
A3	Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
A4	Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
A5	Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen (A1)	P	2 724	2 250	2 766	516
W2	– in % der erledigten Fälle (A1)	P	5.02	4.50	4.69	0.19
W3	Anzahl pendente Straffälle Ende Jahr (A1)	P	5 887	4 500	4 711	211
W4	– in % aller Fälle (A1)	P	9.80	9.00	7.40	-1.60
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als 6 Monate (A1)	P	1 730	1 350	1 328	-22
W6	– in % der erledigten Fälle (A1)	P	3.19	2.70	2.25	-0.45
Leistungen						
L1	Anzahl erledigte Straffälle (A1)	P	54 212	50 000	58 964	8 964
L2	Anzahl Rechtsmittelverfahren (A1)	P	85	70	74	4
L3	Anzahl ausgestellte Bewilligungen/Ausweise (A3, A5)	P	5 322	4 000	4 083	83
L4	Anzahl übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen (A2, A4)	P	3 346	3 000	2 311	-689
L5	Anzahl Bussenbezugsmassnahmen (A1)	P	84 031	70 000	84 904	14 904
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht (in %; A1)	P	112.80	90	144.50	54.50

Abweichungsbegründungen

W1	Zunahme von Rechtsmittelbeanspruchung (zu Rechnung 2012 +42, zu Budget 2013 +516)
W3	Pendenzsenkung zu Vorjahr dank Ressourcenerhöhung bei Fallbearbeitung (zu Rechnung 2012 -1176, zu Budget 2013 +211)
W5	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2012 -402, zu Budget 2013 -22)
L1	Mehr Falleingänge durch Übernahme des Übertretungsstrafrechts von den Gemeinden (zu Rechnung 2012 +4752, zu Budget 2013 +8964)
L2	Im Schwankungsbereich (zu Rechnung 2012 -11, zu Budget 2013 +4)
L3	Beeinflusst durch Ausgaberrhythmus der Invalidenkarten (zu Rechnung 2012-1239, zu Budget 2013 +83)
L4	Weniger Brand- und Elementarschäden an Gebäuden (zu Rechnung 2012 -1035, zu Budget 2013 -689)
L5	Steigerung dank Ressourcenerhöhung bei Fallbearbeitung (zu Rechnung 2012 +873, zu Budget 2013 +14 904)
B1	Der Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht wurde durch Gebührenerhöhungen und stark sinkenden Aufwand beeinflusst (zu Rechnung 2012 +31.7% zu Budget 2013 +54.5%).

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
	LZ RR	bis
E1 Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) im Dienst der Verkehrssicherheit Planmässig Umsetzung neuer Rechtsentscheide		2016

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	25.7	25.6	27.6	1.9
Aufwand	-17.6	-18.5	-18.0	0.5
Saldo	8.1	7.1	9.6	2.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		0.0		0.0
Saldo		0.0		0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	62.6	64.4	64.2	-0.2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 1.9 Mio. Franken oder 7.6% über Budget.

Wichtigste Ursache:

+1.9 Mehrertrag dank konsequenter Anwendung der neuen Gebührenrichtlinien und stetigen Bewirtschaftens offener Forderungen

Der Aufwand liegt um 0.5 Mio. Franken oder 2.8% unter Budget.

Wichtigste Ursachen:

0.1 Tieferer Personalaufwand

0.4 Tieferer Sachaufwand.

Investitionsrechnung

keine Investitionen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	216 843	-49 856	+75 000	241 987	+25 144

Bildung von Rücklagen 2013

Das Ergebnis wurde durch Aufwandunterschreitung und Ertragsüberschreitung erzielt. Die Aufwandunterschreitung wurde durch effizienten Ressourceneinsatz erzielt. Durch konsequente Anwendung der neuen Gebührenrichtlinien und stetige Bewirtschaftung offener Forderungen konnten Mehreinnahmen generiert werden. Es werden Rücklagen im Umfang von Fr. 75 000 beantragt.

2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften

Hauptereignisse

Die nach §§ 19 ff. KiG mit Globalbudget festgesetzten Kostenbeiträge (für die erste Beitragsperiode nach § 29 Abs. 1 KiG 50 Mio. Franken) wurden im entsprechenden Umfang an die anerkannten Religionsgemeinschaften ausgerichtet. Gleichzeitig wurde die vierte und letzte Tranche des Betrags festgelegt, der nach § 30 KiG innert einer Übergangsfrist von vier Jahren von der Evangelisch-reformierten Landeskirche auf die Römisch-katholische Körperschaft umzuverteilen war.

Der vom Kantonsrat Ende 2012 gesprochene Rahmenkredit für die Beitragsperiode 2014–2019 wurde gleichmässig auf sechs Jahre verteilt.

Bei der umfangreichen Innensanierung der Klosterkirche Rheinau (2012–2015) konnte die zweite Etappe termingerecht und innerhalb der Kosten abgeschlossen werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Begleitung Erstellung Tätigkeitsprogramme und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. Kirchengesetz
A2	Unterhalt der drei nach § 26 Kirchengesetz im Kantonsseigentum verbleibenden kirchlichen Liegenschaften

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-54.7	-51.4	-51.1	0.3
Kreditübertragungen aus 2012		-0.1		
Saldo	-54.7	-51.4	-51.1	0.3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.7	-1.8	-0.1	1.7
Kreditübertragungen aus 2012		-0.3		
Saldo	-0.7	-1.8	-0.1	1.7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Die Rechnung schliesst mit einer Saldoverbesserung von rund 0.3 Mio. Franken.

Wichtigste Ursachen:

- +0.5 Auflösung von Rückstellungen, welche im Vorjahr für allfällige Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Abtretung von kirchlichen Liegenschaften gebildet wurden
- 0.2 Höhere Abschreibungen aus Investitionen in die Deckensanierung der Klosterkirche Rheinau und weitere bauliche Massnahmen an kirchlichen Liegenschaften (Embrach, Grossmünster)

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung schliesst rund 1.7 Mio. Franken unter dem Budget ab.

Wichtigste Ursachen:

- +1.2 Kosten der Deckensanierung Klosterkirche Rheinau durch Immobilienamt bezahlt
- +0.6 Verschiebung der Sanierungsarbeiten am Grossmünster (inkl. Kreditübertragung aus Vorjahr)
- 0.1 Höhere bauliche Massnahmen an kirchlichen Liegenschaften (Embrach, Grossmünster)

2291 Investitionsfonds

Hauptereignisse

Mit Einführung des neuen Finanzausgleichsgesetzes werden keine neuen Investitionsbeiträge mehr gesprochen. Die Investitionsbeiträge betreffen somit ausschliesslich Gesuche, die bis 31. Dezember 2011 bewilligt wurden. Es wurden Investitionsbeiträge aufgrund früher zugesicherter Beiträge im Umfang von 0,8 Mio. Franken geleistet. Die noch offenen Zusicherungen betragen 1,7 Mio. Franken.

Der Investitionsfonds wird auf den 31. Dezember aufgelöst. Das darin bilanzierte Verwaltungsvermögen wird in einer neuen Leistungsgruppe «Abwicklung Investitionsfonds / Nr. 2217» mit Beginn 1. Januar 2014 geführt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Dient der Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates. Mit den Einlagen in den Fonds soll die Finanzierung der Abschreibungen der ausbezahlten Investitionsbeiträge sichergestellt werden. Übertrag von Mitteln aus Laufender Rechnung der Leistungsgruppe Kantonaler Finanzausgleich, Nr. 2216.
----	---

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Erhalten der finanziellen Selbstständigkeit der gesuchstellenden Gemeinden gemäss Leistungsindikator Nr. L1	P	0	5	0	-5
Leistungen						
L1	Bearbeitung der Gesuche	P	0	0	0	0
Abweichungsbegründungen						
W1	Für das Rechnungsjahr 2013 sind keine Gesuche eingegangen bzw. Zusicherungen erfolgt. In der Berichtsperiode wurden Zahlungen im Umfang von 0.8 Mio. Franken geleistet.					
L1	In der Berichtsperiode wurden keine Investitionsbeiträge mehr bewilligt. Die Gesuche werden (entsprechend den Investitionsfortschritten in den Gemeinden) ausbezahlt.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	23.7	2.3	1.3	-1.0
Übertrag aus Erfolgsrechnung	22.5	1.0		-1.0
Aufwand	-9.0	-7.8	-7.9	-0.1
Abschreibungen	-7.7	-6.8	-6.9	-0.1
Saldo	14.6	-5.5	-6.6	-1.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1.3	-1.0	-0.8	0.2
Saldo	-1.3	-1.0	-0.8	0.2
Fondsbestand				
Fondsbestand	53.4	47.9		-47.9

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag liegt um 1.0 Mio Franken oder 43% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 1.0 Verzicht auf Speisung wegen Fondsauflösung, saldoneutral, da der Aufwand beim Kantonalen Finanzausgleich, Buchungskreis 2216 entsprechend sank.

Aufwand:

Der Aufwand liegt 0.1 Mio Franken oder 1.5% über dem Budget.

- 0.1 Höhere Abschreibungen wegen höherer Investitionsbeiträge; Auszahlungen an Gemeinden erfolgten früher als geplant.
Mit Einführung des neuen Finanzausgleichsgesetzes wurden keine neuen Investitionsbeiträge mehr gesprochen. Die Investitionsbeiträge betreffen somit ausschliesslich Gesuche, die bis 31. Dezember 2011 bewilligt wurden.

Investitionsrechnung

Es wurden Investitionsbeiträge aufgrund früher zugesicherter Beiträge im Umfang von 0.8 Mio. Franken geleistet. Die noch offenen Zusicherungen betragen 1.7 Mio. Franken.

2292 Ausgleichsfonds

Hauptereignisse

Der Ausgleichsfonds wurde im Zusammenhang mit der Reform des Finanzausgleichsgesetzes 2012 aufgehoben.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Instrument des horizontalen Finanzausgleichs. Ziel: Annäherung der Leistungsfähigkeit der Gemeinden untereinander. Mit dem Fondsbestand werden vorübergehende Schwankungen zwischen Abschöpfungen und Zuschüssen abgefangen.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	87.3			
Beiträge finanzstarker Gemeinden / Steuerkraftausgleich				
Entnahme aus Bestandeskonto	87.3			
Aufwand	–87.3			
Beiträge an finanzschwache Gemeinden / Steuerkraftausgleich				
Einlagen in Bestandeskonto				
Saldo	0.0			
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	0.0			



Opernhaus: Die Soldaten (Oper)



Opernhaus: Perspektive aus dem Foyer



Internationale Kurzfilmtage Winterthur: Wir sind Fussball (Spezialprogramm)

Sicherheitsdirektion

Zu den Aufgaben der Sicherheitsdirektion zählen:

- Öffentliche Sicherheit
- Soziale Sicherheit
- Verkehrssicherheit
- Bewältigung von ausserordentlichen Lagen
- Ausländerrecht
- Ausserschulischer Sport
- Vollzug von Bundesrecht und kantonalem Recht

Mit der Erfüllung dieser Aufgaben trägt die Sicherheitsdirektion wesentlich dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Zürich – ein sicherer Kanton

- In der Volksabstimmung vom 9. Juni des Berichtsjahres fand die Änderung zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen eine deutliche Zustimmung. Die Änderung konnte für den Kanton Zürich auf den 1. August des Berichtsjahres in Kraft gesetzt werden. Sie verfolgt das Ziel, gewalttätige Personen, welche die Sicherheit der friedlichen Zuschauerinnen und Zuschauer und unbeteiligter Dritter gefährden, von Sportveranstaltungen fernzuhalten.
- Die Kantonspolizei konnte die vom Regierungsrat im Jahre 2011 bewilligte, auf drei Jahre etappierte Anstellung von 100 Sicherheitsassistentinnen und -assistenten für den Einsatz am Flughafen abschliessen. Intensive Rekrutierungsanstrengungen für Polizeiaspirantinnen und -aspiranten erlaubten es, den Bestand des Polizeikorps weiter an den Sollbestand anzunähern. Damit dies den Bürgerinnen und Bürgern direkt zugutekommt, wurden u.a. Polizeiposten, insbesondere jener im Hauptbahnhof Zürich, personell verstärkt.

Zürich – ein sozialer Kanton

- Zu wiederholten Diskussionen Anlass gaben die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS-Richtlinien) und die darin verankerten Ansätze für die Bemessung der Sozialhilfe. Mit einer Ergänzung des Sozialhilfe-Behördenhandbuchs wurden die Grundsätze zu Besitz und Gebrauch von Motorfahrzeugen durch Sozialhilfebeziehende präzisiert. Ein in Auftrag gegebener externer Bericht soll zudem Vorschläge für die Verminderung von Schwelleneffekten im Zusammenspiel von Sozialhilfe und anderen Leistungen liefern.
- Trotz eines weiteren Anstiegs der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton Zürich konnten die Verfahrensdauern im Migrationsamt weiter gesenkt werden.
- An einer nationalen Asylkonferenz vom 21. Januar des Berichtsjahres wurde eine Erklärung zur Neustrukturierung des Asylbereichs verabschiedet. Ziel der Neustrukturierung sind insbesondere rasche und rechtsstaatlich faire Verfahren. Kantone, die besondere Aufgaben erfüllen, sollen eine Kompensation erhalten. Zu diesen Kantonen zählt Zürich, namentlich wegen des Flughafens, über den rund drei Viertel aller Ausschaffungen aus der Schweiz auf dem Luftweg abgewickelt werden. Die Kompensationsregelung brachte Zürich bereits im Berichtsjahr eine Entlastung. Zum konsequenten Vollzug des Ausländerrechts gehörte die vermehrte Anordnung von Ein- und Ausgrenzungen.

Zürich – ein sportlicher Kanton

Seit dem 1. Januar des Berichtsjahres ist der ausserschulische Sport Aufgabe des aus der ehemaligen Fachstelle Sport im Generalsekretariat hervorgegangenen kantonalen Sportamts.

- Auf Beginn des Schuljahrs 2013/14 hat das Sportamt ein Förderprogramm für mehr freiwilligen Schulsport eingeführt.
- Das dritte «Forum Sport Kanton Zürich» mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinden, Schulen und Sportvereinen stand ebenfalls im Zeichen der Verbindung von Sportangeboten zwischen Schulen und Vereinen.
- Wiederum bildete das Sportamt Schnittstelle zwischen privaten Veranstaltern sportlicher Grossanlässe und dem Kanton. Planmässig schreiten die Vorarbeiten für die Leichtathletik-Europameisterschaften im Jahre 2014 voran.

Legislaturziele

Die Sicherheitsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 1, 6, 10 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Auf neue Herausforderungen der öffentlichen Sicherheit wird wirksam reagiert (LZ RR 1; gemeinsam mit JI).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 1a, 1c und 1d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit FD, BI und BD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 16e und 16f des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt (LZ RR 10; gemeinsam mit BD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 10d des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Optimierung der Verkehrssicherheit
Massnahme	Umsetzung der «Via Sicura»-Gesetzesänderungen ab 2014
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Bestimmungen zu «Via sicura» werden ab 1. Januar des Berichtsjahres bis 2015 paketweise in Kraft gesetzt. Die Gesetzesänderungen werden höhere Ressourcen des Strassenverkehrsamts erfordern (grösserer Abklärungs- und Kontrollaufwand sowie mehr Geschäftsfälle).
Legislaturziel	5 Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes
Massnahme	5.1 Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011» wurde mit der Einführung zahlreicher Verbesserungen abgeschlossen.
Massnahme	5.2 Einführung/Umsetzung neues amtsinternes Controlling
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Umsetzung eines Prozessunterstützungs- und Monitoring-Systems verläuft planmässig.
Massnahme	5.3 Aktive Beteiligung an den Fachkonferenzen der Kantone sowie in den Fachgremien und Arbeitsgruppen des Bundes
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Chef Migrationsamt vertritt den Kanton Zürich als Vorstandsmitglied in der VKM (Vereinigung kantonaler Migrationsämter). Mehrere Mitarbeitende sind in gemeinsamen Projekt- oder Arbeitsgruppen tätig.

Legislaturziel	6 Optimierung von Ausrüstung und Ausbildung des Zivilschutzes
Massnahme	6.1 Neues Übungsdorf im Ausbildungszentrum Andelfingen (Ersatz der bestehenden Anlage)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Eröffnung ist für Herbst 2014 vorgesehen.
Massnahme	6.2 Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Studiengruppen (bestehend aus Vertretungen des Bundes und der Kantone) haben im Berichtsjahr ihre Arbeit aufgenommen.
Massnahme	6.3 Beschaffung neues Zivilschutz-Einsatz-Material
Stand	Planmässig
Kommentar	Weitere Tranchen wurden beschafft.
Legislaturziel	7 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit JI und BI).
	7.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 6a und 6d des Regierungsrates
Massnahme	7.2 Umsetzung der Revision des Sozialhilfegesetzes (Vorlage 4610)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Umsetzungsarbeiten wurden bereits 2012 abgeschlossen.
Legislaturziel	8 Erhöhung des Anteils von Kindern (insbesondere von Mädchen), die sportlich aktiv sind, und des Anteils Erwachsener, die sich regelmässig bewegen.
Massnahme	8.1 Regelmässige Sport- und Bewegungsangebote im schulischen Umfeld fördern (freiwilliger Schulsport) und Anzahl Angebote J+S Kids steigern
Stand	Planmässig
Kommentar	Das kantonale Förderprogramm schulsport.zh wurde mit Beginn des Schuljahrs 2013/14 gestartet.
Massnahme	8.2 Aus- und Weiterbildungsangebot im Erwachsenensport ergänzend zu den bestehenden Verbandsangeboten aufbauen
Stand	Planmässig
Kommentar	Dank der bestehenden Vernetzung mit Partnerorganisationen (u. a. «Netzwerkarbeit im Sport») kann auf neue Bedürfnisse rasch reagiert werden.

Legislaturziel	9 Wirtschaftliche und zeitgerechte Ausstellung des biometrischen Schweizer Passes
Massnahme	Nachfragebedingte Prüfung/Vorbereitung zusätzlicher Kapazitäten im Erfassungszentrum in Zürich
Stand	Planmässig
Kommentar	Im Berichtsjahr ist die erwartete starke Zunahme der Ausweisgeschäfte eingetreten, die noch über den Planzahlen lag (Ablauf der zehnjährigen Gültigkeitsdauer des alten Passes 2003). Bis 2016 ist mit einer zusätzlichen Zunahme der Ausweisgeschäfte zu rechnen. Sie soll mit entsprechenden Anpassungen weiter am Standort in Zürich bewältigt werden. Abzuwarten bleibt die Entwicklung auf Bundesebene im Ausweiswesen.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 030.6	1 025.8	1 041.1	15.3
Aufwand	-1 979.5	-2 042.8	-2 045.3	-2.5
Saldo	-948.9	-1 017.0	-1 004.2	12.8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	6.0	5.1	5.8	0.6
Ausgaben	-46.4	-63.5	-61.5	1.9
Kreditübertragungen aus 2012		-6.8		
Saldo	-40.3	-58.4	-55.8	2.6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4 189.7	4 373.8	4 301.7	-72.2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt im Vergleich zum Budget 2013 um 15.5 Mio. Franken oder 1.5%.

Wichtigste Ursachen:

- +6.6 Mehrertrag beim Amt für Militär und Zivilschutz v. a. aus Zivilschutzmaterialverkäufen an andere Kantone (5 Mio. Franken, saldoneutral), Zivilschutzkurse etc. im Ausbildungszentrum Andelfingen (0.9 Mio. Franken) und Waffenplatz-Finanzvertrag mit dem Bund (0.5 Mio. Franken)
- +3.6 Mehrertrag beim Sozialamt v. a. aus Rückerstattungen für Asylausgaben (8.7 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch tiefere Rückerstattungen für Zusatzleistungen zur AHV/IV (-3.6 Mio. Franken) und geringere Rückerstattungen für wirtschaftliche Hilfe (-2.7 Mio. Franken)
- +3.9 Mehrertrag beim Schutzraumfonds aus Ersatzbeiträgen der Gemeinden
- +3.1 Mehrertrag beim Strassenverkehrsamt aus Verkehrsabgaben infolge höheren Fahrzeugbestands (6.2 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch tiefere Gebühreneinnahmen infolge verzögerter Inbetriebnahme der Prüfstelle Bülach
- 2.0 Minderertrag bei der Kantonspolizei beim Bussenertrag u. a. infolge Anpassung der Verbuchungsmethode

Der Aufwand steigt im Vergleich zum Budget 2013 um 2.5 Mio. Franken oder 0.1%.

Wichtigste Ursachen:

- 3.7 Mehraufwand beim Schutzraumfonds infolge höherer Einlage in das Bestandeskonto
- 3.5 Mehraufwand beim Amt für Militär und Zivilschutz für Zivilschutzmaterialeinkäufe für andere Kantone (4.5 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch geringeren Personal-, Sach- und Abschreibungsaufwand
- 2.4 Mehraufwand beim Strassenverkehrsamt infolge höherer Einlage in den Strassenfonds (höherer Fahrzeugbestand, 6.1 Mio. Franken), teilweise kompensiert durch tieferen Personal- und Sachaufwand u. a. infolge verzögerter Inbetriebnahme der Prüfstelle Bülach
- +2.5 Geringere Strafvollzugskosten sowie weniger Personal- und Sachaufwand beim Migrationsamt

- +2.4 Minderaufwand bei der Kantonspolizei v. a. beim Personalaufwand und den internen Verrechnungen
- +1.4 Minderaufwand beim Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung v. a. beim Personal- und Sachaufwand im Passbüro
- +1.0 Minderaufwand beim Sportfonds v. a. infolge weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen steigen im Vergleich zum Budget 2013 um 0.6 Mio. Franken bzw. 11.8%.

Wichtigste Ursachen:

- +0.6 Bundesbeitrag beim Amt für Militär und Zivilschutz an eine Brückensanierung auf dem Waffenplatz Reppischtal

Die Investitionsausgaben fallen im Vergleich zum Budget 2013 um 1.9 Mio. Franken bzw. 3.0% besser aus.

Wichtigste Ursachen:

- +2.4 Projektverzögerungen beim Amt für Militär und Zivilschutz u. a. bei den Projekten Neu-/Umbau des Übungsdorfs Andelfingen, Sanierung des Trinkwassernetzes auf dem Waffenplatz Reppischtal und Flachdachsanieierung in der Kaserne Reppischtal

Personal

Der Beschäftigungsumfang fällt im Vergleich zum Budget 2013 um 72.2 Stellen bzw. 1.7% tiefer aus als geplant.

Wichtigste Ursachen:

- 69.3 Bei der Kantonspolizei konnte der geplante Beschäftigungsumfang nicht erreicht werden u. a. -36 von der Flughafen Zürich AG finanzierte Sicherheitsbeauftragte.
- 7.5 Zurückhaltende Personalrekrutierung v. a. im Passbüro in der Leistungsgruppe Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung
- +5.6 Finanzneutrale Kompensation von vorgeholter Arbeitszeit sowie Aushilfen infolge von Langzeitabsenzen (Krankheit oder Unfall) beim Strassenverkehrsamt

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2013	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum Andelfingen	-2.3*	-8.8*	-4.2*	-4.6*
Übrige Investitionen	-61.2			
Investition	-63.5			

* ohne GVZ-Anteil

Leistungsgruppen

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung

Hauptereignisse

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, in die Zentralen Vollzugsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie in die Rekursabteilung.

Für das Generalsekretariat standen auch im Berichtsjahr die Führungsunterstützung für den Direktionsvorsteher im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Amtsstellen unter Federführung des Generalsekretariats. Im Vordergrund stand dabei die Gesetzgebung im Polizei- und Sozialwesen. Das Generalsekretariat vertrat zudem die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten, namentlich in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Das Passbüro bearbeitete im Berichtsjahr eine gegenüber dem Vorjahr stark erhöhte Zahl von Ausweisgeschäften. Der hauptsächliche Grund für diese Nachfragesteigerung besteht im Ablauf der zehnjährigen Gültigkeitsdauer des alten Passes 2003. Im Jahr 2014 ist mit einer erneuten Zunahme der Ausweisgeschäfte zu rechnen. Im Berichtsjahr startete unter Beteiligung des Passbüros das Bundesprojekt «Neues Antragsverfahren für Identitätskarten bei den Gemeinden (NAVIG)». Mit diesem Projekt wird das heutige Verfahren zur Beantragung von Identitätskarten bei den Gemeinden durch eine elektronische Lösung ersetzt.

Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen. Im Vordergrund stehen Verfügungen im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Im Berichtsjahr konnte die Rekursabteilung den Pendenzenüberhang aus der Phase ihres schrittweisen Aufbaus (Wechsel von der Staatskanzlei in die Sicherheitsdirektion) teilweise abbauen und die Bearbeitungsdauer weiter verkürzen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»).
A2	Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
A3	Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
A4	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligung von Lotterien, Unterschriften-Beglaubigungen, Messwesen
A5	Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
A6	Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Gesetzeskonformer Aufgabenvollzug (A1-6)					
W2	Zufriedenheit mit der Leistungserstellung (direktionsintern und -extern) (A1-6)					
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen (in %) (A1-3)	P	100	100	100	0
Leistungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB (A1-3)	P	101	130	108	-22
L2	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien (A4)	P	915	1 200	918	-282
L3	Anzahl Beglaubigungen (A4)	P	33 440	30 000	32 482	2 482
L4	Anzahl geeichte/geprüfte Messmittel (A4)	P	15 338	15 000	14 186	-814
L5	Anzahl statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose (A4)	min.	1 877	1 800	1 082	-718
L6	Anzahl Ausweisgeschäfte (A5)	P	223 584	270 000	288 945	18 945
L7	Anzahl erledigte Rekurse (A6)	P	839	900	848	-52
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonal- bestand der Direktion in % (Beschäftigungsumfang)	P	0.5	0.5	0.5	0.0
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion (in %)	P	0.4	0.3	0.7	0.4
Abweichungsbegründungen						
L1	Anzahl durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu hoch)					
L2	Anzahl gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu hoch)					
L3	Aufgrund zunehmender internationaler Beziehungen mehr Beglaubigungen als erwartet					
L4	Leicht vorübergehender Rückgang bei der Anzahl geeichter/geprüfter Messmittel infolge Nichtwiederbesetzung einer durch Pensionierung frei gewordenen Eichmeisterstelle und der damit verbundenen neuen Aufgabenverteilungen innerhalb der Eichämter					
L5	Die Änderung des Bundes über die Zuständigkeiten im Messwesen (ZMessV) ab 1.1.2013 hat einen Rückgang der zu prüfenden Fertigverpackungslose zur Folge					
L6	Über den Erwartungen liegende Zunahme bei den Ausweisgeschäften, insbesondere bei den biometrischen Pässen					
L7	Anzahl erledigte Rekurse auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu hoch)					
B2	Höhere projektbedingte Aufwendungen (u. a. Informatik, Kommunikation)					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Optimierung Führungsunterstützung, Dienstleistungen gegenüber Ämtern (namentlich gegenüber dem neu geschaffenen Sportamt), Koordination bei amts- und direktionsübergreifenden Aufgaben Planmässig Das Sportamt ist seit dem 1. Januar operativ (LG 3700).		2013
E2	Nachfragebedingte Prüfung/Vorbereitung zusätzlicher Kapazitäten im Erfassungszentrum in Zürich Planmässig Im Berichtsjahr ist die erwartete starke Zunahme der Ausweisgeschäfte eingetreten, welche noch über den Planzahlen lag (Ablauf der zehnjährigen Gültigkeitsdauer des alten Passes 2003). Bis 2016 ist mit einer zusätzlichen Zunahme der Ausweisgeschäfte zu rechnen. Sie soll mit entsprechenden Anpassungen weiter am Standort in Zürich bewältigt werden. Abzuwarten bleibt die Entwicklung auf Bundesebene im Ausweiswesen.		2013

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		10.3	10.6	11.7	1.2
Aufwand		-17.4	-16.0	-14.6	1.4
Saldo		-7.1	-5.4	-2.9	2.5
Investitionsrechnung					
Einnahmen				0.0	0.0
Ausgaben		-1.0	-1.7	-1.6	0.1
Saldo		-1.0	-1.7	-1.6	0.2
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		84.3	81.9	74.4	-7.5

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

- +2.5 Deutlich mehr Ausweisgeschäfte sowie geringerer Personal- und Sachaufwand im Passbüro

Hinweis: Die Rechnung 2012 beinhaltet Werte der Fachstelle Sport (seit 1. Januar 2013 in der Leistungsgruppe 3700 Sportamt separat dargestellt)

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

- +0.2 Aufschub der Passbüro-Kapazitätserweiterung

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

- 7.5 Zurückhaltende Personalrekrutierung, v. a. im Passbüro

Hinweis: Die Rechnung 2012 beinhaltet Werte der Fachstelle Sport (seit 1. Januar 2013 in der Leistungsgruppe 3700 Sportamt separat dargestellt)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	22 201.80	-17 969.50	+50 000.00	54 232.30	+32 030.50

Die höhere Nachfrage nach Ausweisen im Passbüro konnte trotz zurückhaltender Personalrekrutierung dank Mehrleistungen des Personals erfolgreich bewältigt werden.

3100 Kantonspolizei

Hauptereignisse

Am 1. März des Berichtsjahres traten die neuen Bestimmungen des Polizeigesetzes in Kraft. Die mit der Gesetzesänderung beschlossenen Massnahmen vervollständigen die gesetzliche Grundlage für das polizeiliche Vorgehen zur Verhinderung und Erkennung von Straftaten und verbessern damit die dringend erforderlichen polizeilichen Handlungsmöglichkeiten. Am 1. August sind die geänderten Bestimmungen des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen im Kanton Zürich in Kraft getreten.

Im korpsübergreifenden Projekt Rapportierung+ wurden im Berichtsjahr neben verschiedenen Optimierungen und Vereinfachungen in der Rapporterstattung auch über 800 Mitarbeitende der Kantonspolizei Zürich mit iPad ausgerüstet. Die Fronteinsatzkräfte können damit neu bei den häufigsten Ausrückfällen die notwendigen Daten elektronisch vor Ort erfassen und direkt ins polizeiliche Rapportierungssystem POLIS übertragen.

Im Rahmen von Übungen wurde auch im Berichtsjahr die polizeiliche Führungsorganisation unter Einbezug von weiteren Partnern überprüft. Die Gliederung der Führungsorganisation nach Führungsgrundgebieten (FGG) hat sich dabei bewährt. Erkenntnisse aus den Übungen wurden ausgewertet und werden im Rahmen von Ausbildungsveranstaltungen 2014 thematisiert.

Dank intensiver Personalwerbung konnten im Berichtsjahr wiederum 100 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt werden. Der Sollbestand im Korps konnte zwar noch nicht ganz erreicht werden. Die Abweichung wurde aber wiederum weiter verringert.

Der in den letzten Jahren zunehmenden Problematik der Laserblendungen wurde aktiv entgegen gewirkt, indem seit dem Berichtsjahr anlässlich von Grossanlässen festgestellte Laser konsequent durch die Polizei eingezogen werden. Zudem wird eine Laserschutzbrille für die Polizistinnen und Polizisten evaluiert, die 2014 beschafft werden soll.

Die Fahrzeugflotte der Kantonspolizei muss periodisch im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung erneuert werden. Im Berichtsjahr erfolgte diese Ausschreibung zum ersten Mal zusammen mit anderen Polizeikorps, namentlich der Kantonspolizei Bern und den Stadtpolizeien von Zürich und Winterthur.

Am 1. Oktober wurde mit dem Aufbau einer neuen Präventionsabteilung begonnen, die ab Anfang 2014 operativ sein wird. Mit der Schaffung der neuen Abteilung soll die Prävention noch klarer positioniert werden. Zudem wird der eigenständige, zentrale Auftrag der vorbeugenden Polizeiarbeit noch stärker strategisch betont. In die neue Abteilung werden unter anderem der Jugenddienst, die Verkehrsinstruktion und die Interventionsstelle für häusliche Gewalt (IST), die vormals bei der Direktion der Justiz und des Innern angesiedelt war, integriert.

Die polizeiliche Präsenz an Brennpunkten wurde gezielt verstärkt. Insbesondere wurden die Postenöffnungszeiten im Hauptbahnhof Zürich ausgedehnt, ein neuer und kundenfreundlicher Schalter in Betrieb genommen und die Mannschaft um zehn Mitarbeitende verstärkt. Ebenso werden am Bahnhof Winterthur mehr Polizistinnen und Polizisten zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und zur Verhinderung von Straftaten eingesetzt.

Im Rahmen eines Unterstützungsbegehrens der Stadt Winterthur war die Kantonspolizei Zürich anlässlich der Demonstration «Tanz dich frei» in Winterthur im Einsatz. Trotz massiver Angriffe seitens eines Teils der Demonstranten wurde der Einsatz erfolgreich bewältigt. Sachschäden konnten weitgehend verhindert werden. Im Zuge der Ermittlungen wurden zahlreiche Straftäterinnen und Straftäter identifiziert und zur Anzeige gebracht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Durchsetzen der Rechtsordnung
A2	Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
A3	Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
A4	Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
A5	Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
A6	Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Positive Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befragung [in %]	min.	96	85	93	8
W2	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen [in Min.; A1]	max.	18	20	17	-3
W3	Anteil Interventionszeit über 30 Min. (in %; A1)	max.	12	15	11	-4
W4	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG [in %]; A4)	min.	37	40	39	-1
W5	Aufklärungsquote (Verbrechen gg. Leib u. Leben [in %]; A4)	min.	80	81	79	-2
Leistungen						
L1	Anzahl Spezialkontrollen (z. B. Schwerverkehrs- u. Schwerpunktcontr.; A1)	P	157	70	133	63
L2	Anzahl Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen; A2)	P	7 775	7 600	7 889	289
L3	Anzahl Notrufe (A5)	P	184 187	180 000	196 445	16 445
L4	Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen (A1)	P	89 601	80 000	91 406	11 406
L5	Anzahl Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur; A3)	P	8 409	8 600	8 362	-238
L6	Anzahl Ordnungsdienst-Stunden (A3)	P	32 594	35 000	31 349	-3 651
L7	Anzahl Geschwindigkeitskontrollen (A1)	P	2 197	2 500	2 133	-367
L8	Anzahl erfasste Straftaten StGB/BetmG (A4)	P	138 365	130 000	127 091	-2 909
L9	Anzahl erfasste Straftatenverdächtige StGB/BetmG (A4)	P	25 401	25 500	25 185	-315
L10	Anzahl Ordnungsbussen (A1)	P	52 582	70 000	48 001	-21 999
L11	Anzahl Arrestanteneingänge (A4)	P	13 173	11 500	12 596	1 096
L12	Anzahl Arrestantentransporte (A4)	P	44 888	41 000	42 715	1 715
L13	Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei (A2)	P	233 043	220 000	246 266	26 266
L14	Anzahl sicherheitskontrollierte Passagiere, Mio. (A3)	P	12.4	12.5	12.4	-0.1
L15	Anzahl sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck (A3)	P	54 372	50 000	64 651	14 651
L16	Anzahl Ausschaffungen auf dem Luftweg (A1)	P	7 623	7 750	6 759	-991
Wirtschaftlichkeit						
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung [in %]	P	-0.2	0	0.4	0.4
B2	Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger (A1)	P	58	50	58	8

Abweichungsbegründungen

W1	Bezüglich positiver Zufriedenheit der Bürger/innen mit Kapo-Kontakt wurden Beteiligte an Verkehrsunfällen befragt
W2/W3	Aufgrund der Optimierung der Einsatzzentralenprozesse und der Verstärkung der Patrouillentätigkeiten konnte die durchschnittliche Interventionszeit (W2) und der Anteil Interventionszeit über 30 Min. (W3) gesenkt werden
L1	Mehr Spezialkontrolltätigkeiten (gezielte Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit) als geplant; Budgetwert zu tief
L2	Mehr Aktivitäten Verkehrsinstruktion (Unterricht, Aktionen) gemäss den aktuellen Vereinbarungen mit den Vertragsgemeinden
L3	Bevölkerungswachstum und Entwicklung zur «24-Stunden-Gesellschaft» bewirkten eine weitere Zunahme von 9.1% bei den Notrufen
L4	Zunahme der Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen aufgrund der gestiegenen Anzahl von Notrufen
L6	Weniger Anlässe mit Ordnungsdienstaufgeboten führen zu weniger Ordnungsdienst-Stunden
L7	Die Anzahl Geschwindigkeitskontrollen liegt auf Vorjahresniveau; Budgetwert zu hoch
L10	Der sinkende Trend der Vorjahre bei der Anzahl Ordnungsbussen bestätigt sich. Die intensivere Tätigkeit der Kommunalpolizeien im Bereich Ordnungsbussen zeigt ihre Wirkung
L11	Die Intensivierung der Kontroll- und Fahndungstätigkeiten führte zu mehr Arrestanteneingängen als erwartet
L12	Mehr Arrestanten bedingen mehr Arrestantentransporte
L13	Budgetwert für Anzahl Patrouillenstunden der Flughafenpolizei zu tief
L15	Mehr sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck infolge Anpassung der Vorschriften (insbesondere bei Feuerzeugen und Batterien)
L16	Abnahme der Ausschaffungen auf dem Luftweg um 11.3% im Vergleich zum Vorjahr. Dieser Leistungsindikator kann von der Kantonspolizei nur geringfügig beeinflusst werden. Für die Ausschaffungsverfügungen sind das Bundesamt für Migration (Asylgesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländergesetz) zuständig
B2	Anzahl Interventionen pro Korpsangehöriger auf Vorjahresniveau

Entwicklungsschwerpunkte		Massnahme	bis
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	LZ RR	
E1	Schaffung einer Organisationseinheit «Polizeiwissenschaften» (Projekt Nr. 3100.004) Verzögert Die organisatorische Zusammenführung der kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei Zürich mit dem wissenschaftlichen Dienst der Stadtpolizei Zürich sowie die Anpassung der Prozesse ist erfolgt. In Erarbeitung ist die Rechtsgrundlage für die definitive Rechtsform.		2013
E2	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen Planmässig Im Rahmen der Schwerpunktbildung werden laufend Verbesserungen hinsichtlich der Zusammenarbeit zwischen Polizeikorps und Strafverfolgung Erwachsene erzielt. Im Bereich Gewaltschutz und -bekämpfung wurde der neue Dienst Gewaltschutz eingeführt. Das Forensic Assessment in Kooperation mit der GD und der JI hat sich bewährt und läuft planmässig. Das Projekt Aufbau Bedrohungsmanagement ist lanciert und auf Kurs.	1c mit JI	2015
E3	Aufbau eines Kompetenzzentrums zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Cybercrime) unter Einbezug von kantonalen und nationalen Partnerorganisationen Planmässig Auf der Grundlage des erarbeiteten Konzepts sind die Umsetzungsarbeiten zum Aufbau des Kompetenzzentrums gestartet worden.	1d Projekt Nr. 3100.006	2015
E4	Organisatorische und strukturelle Voraussetzungen schaffen, um die Anforderungen aus der Veränderung des gesellschaftlichen Umfelds abzudecken (24-Stunden Gesellschaft, Zunahme der Wohnbevölkerung) Planmässig Strukturen und Abläufe in der Kantonspolizei werden den steigenden Anforderungen angepasst. Mit einer Verstärkung der Nacht- und Wochenendschichten wird der 24-Stunden-Gesellschaft gezielt Rechnung getragen. Als Folge der Intensivierung der Massnahmen zur Erreichung des Sollbestands konnte die Frontpolizei im Berichtsjahr personell verstärkt werden.	1a	2015
E5	Aufgabenbezogene Organisation der Kantonspolizei, damit Polizistinnen und Polizisten für die eigentlichen Polizeiaufgaben eingesetzt werden können Planmässig Bei der Grenzkontrolle am Flughafen konnte die durch den Regierungsrat bewilligte gestaffelte Anstellung von Sicherheitsassistentinnen und -assistenten mit der letzten Tranche von 40 Personen im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Der Bereich Rückführungen wurde personell verstärkt.	16e	2015
E6	Intensivierung der Massnahmen zur Erreichung des Sollbestandes u. a. mit gezielter Rekrutierung von Aspirantinnen und Aspiranten für den Polizeidienst Planmässig Dank intensiver Personalwerbung konnten im Berichtsjahr wiederum über 100 Aspirantinnen und Aspiranten angestellt werden. Der Sollbestand im Polizeikorps wurde noch nicht ganz erreicht. Die Abweichung konnte aber weiter verringert werden.	16f	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	171.4	173.5	171.5	-2.0
Aufwand	-531.6	-562.5	-560.1	2.4
Saldo	-360.2	-389.0	-388.6	0.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0.1	0.1	0.0	-0.1
Ausgaben	-16.6	-25.4	-24.8	0.6
Kreditübertragungen aus 2012		-2.3		
Saldo	-16.5	-25.3	-24.8	0.5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	3 285.2	3 447.7	3 378.4	-69.3

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013:

+0.4 Minderaufwand beim Personalaufwand sowie tiefere interne Verrechnungen

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013:

+0.5 Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen (u.a. Bau- und Informatikvorhaben)

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013:

-69.3 Der geplante Beschäftigungsumfang konnte nicht erreicht werden u. a.
-36 von der Flughafen Zürich AG finanzierte Sicherheitsbeauftragte.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 047 000	0	0	2 047 000	0

3200 Strassenverkehrsamt

Hauptereignisse

Das Strassenverkehrsamt blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Die meisten Kennzahlen bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres und widerspiegeln die allgemeine gute Wirtschaftslage. Ein Meilenstein bildete die Eröffnung einer neuen Prüfstation in Bülach im April. Die nahe am Autobahnanschluss liegende Filiale liegt verkehrstechnisch günstig, ermöglicht kurze Anfahrtswege und bringt die notwendige Erhöhung der Prüfkapazitäten.

Als weiteres, bedeutendes Ereignis ist die Einführung der neuen Verkehrsabgaben auf 1. Januar 2014 zu erwähnen. Nachdem das Zürcher Stimmvolk der Änderung des Verkehrsabgabengesetzes am 17. Juni 2012 zugestimmt hatte, legte der Regierungsrat am 13. März des Berichtsjahres zusätzliche Einzelheiten in der Verkehrsabgabenverordnung fest. Gestützt auf diese rechtlichen Vorgaben mussten die computerunterstützten Steuerberechnungsprogramme in weiten Teilen neu geschrieben und mit umfangreichen Testarbeiten auf deren Richtigkeit überprüft werden. Um die bisherigen und die zukünftigen Verkehrsabgaben strikt zu trennen, wurde der übliche Versand der Jahresrechnungen vom November in das neue Jahr verschoben.

Im Bereich der technischen Verkehrssicherheit wurden die mengenmässigen Vorjahreswerte knapp verfehlt. Die Anstellung und gründliche Ausbildung neuer Verkehrsexpertinnen und -experten benötigen relativ viel Zeit, weshalb die zusätzlichen personellen Kapazitäten für die neue Prüfstation in Bülach noch nicht vollständig bereitgestellt werden konnten. Erschwerend kommen die langfristigen Ausfälle bei einigen Expertinnen und Experten durch Unfall und Krankheit hinzu.

Die Anzahl der Führerprüfungen nahm gegenüber dem Vorjahr leicht ab. Aufgrund der hohen Zahl von dritten negativen Führerprüfungen wurde im Rahmen eines Pilotversuches ein modifiziertes Verfahren (einstweilen nur für die Kategorie B) getestet, wonach vor jeder dritten Führerprüfung zwingend ein Gespräch zwischen Fahrlehrerin bzw. Fahrlehrer und Kaderexpertin bzw. Kaderexperten des Strassenverkehrsamtes stattfinden musste mit dem Ziel, bisherige fehlende oder ungenügende Ausbildungsteile zusammen mit einer Fachperson zu besprechen, um so die Vorbereitung für die dritte Führerprüfung zu optimieren. Der Erfolg dieses Projektes, nämlich besser ausgebildete Neulenkenden und -lenker und dadurch weniger negative Führerprüfungen, liess nicht lange auf sich warten. Die Zahl aller negativen Führerprüfungen ist unter dem neuen Regime deutlich gesunken, was das Strassenverkehrsamt dazu bewogen hat, dieses neue Verfahren auf 1. Januar 2014 auf alle Prüfungskategorien auszudehnen. Der Regierungsrat hat diese Qualitätsverbesserung im Rahmen der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage unterstützt.

Im Bereich der administrativen Verkehrssicherheit ist ein Zuwachs des Fahrzeugbestandes um 1,3% von 919 137 auf 931 426 Einheiten zu verzeichnen. Entsprechend nahm die Anzahl der ausgestellten Fahrzeugausweise zu. Bei den Erstinverkehrsetzungen konnte der letztjährige Spitzenwert erwartungsgemäss nicht ganz erreicht werden, da der Neuwagenabsatz verglichen mit dem Vorjahr leicht rückläufig ist. Bis anhin mussten die Leasingfirmen ein unterschriebenes Formular im Original einreichen, wenn sie den Code 178 «Halterwechsel verboten» im Fahrzeugausweis eintragen bzw. löschen lassen wollten. Nach langen Vorarbeiten mit den betroffenen Stellen (insbesondere Leasingverband) konnte im November das bisherige manuelle, papiergebundene Verfahren in ein gesamtschweizerisches elektronisches System (eCode 178) analog dem elektronischen Versicherungsnachweis übergeführt werden. Die missbräuchliche Veräusserung eines geleasten Fahrzeuges wird dadurch weiter erschwert.

Die Anzahl der ausgestellten Lernfahrausweise erreichte das letztjährige Ergebnis nicht ganz; diejenige der Führerausweise verharrte auf dem Vorjahresniveau.

Im Bereich der Administrativmassnahmen mussten gegenüber dem Vorjahr weniger Polizeirapporte in Empfang genommen und verarbeitet werden. Entsprechend verkleinerte sich die Anzahl verfügbarer Verwarnungen, Führerausweisentzüge und weiterer Anordnungen. Die Verschärfung des Massnahmerechts, das der Bund unter dem Stichwort «Via sicura» beschlossen hatte, musste in die Praxis übergeführt werden, was zu zusätzlichen Prozessbeschrieben und Schreibvorlagen führte. Der Anteil der über siebzigjährigen Führerausweisinhaberinnen und -inhaber steigt aus demografischen Gründen weiter an. Dadurch nahmen auch die verkehrsmedizinischen Kontrollen zu.

Ende November beschloss der Bundesrat, das zweite Paket des Verkehrssicherheitsprogrammes «Via sicura» umzusetzen. Nicht zuletzt dadurch, dass das Strassenverkehrsamt Zürich im Vorstand der Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) mitarbeitet, konnten die entsprechenden Umsetzungsarbeiten zeitgerecht anhand genommen werden. Die neuen Massnahmen des Projekts «Via sicura» sind zum Teil sehr arbeitsintensiv und können nur durch zusätzliches Personal umgesetzt werden. Der personelle Mehraufwand kann mit entsprechenden Gebühreneinnahmen kompensiert werden, sodass «Via sicura» im Bereich des Strassenverkehrsamtes voraussichtlich saldoneutral umgesetzt werden kann.

Die zahlreichen Veränderungen im Strassenverkehr in rechtlicher, technischer und nicht zuletzt mengenmässiger Hinsicht werden auch in Zukunft herausfordernd sein. Das Strassenverkehrsamt stellt sich dieser Aufgabe durch flexible Organisationsstrukturen mit gut ausgebildetem und motiviertem Personal. Die Gewährleistung der Verkehrssicherheit bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe, die auf allen Stufen viel fordert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
A2	Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
A3	Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
A4	Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
A5	Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungsstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3–5 Jahre)	min.	–	–	–	
Leistungen						
L1	Theoretische Führerprüfungen (Strassen- u. Wasser-Fz.) (A1)	P	29 022	28 900	28 437	–463
L2	Praktische Führerprüfungen (Strassen- u. Wasser-Fz.) (A1)	P	30 289	30 100	30 535	435
L3	Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- u. Wasser-Fz.) (A2)	P	263 081	315 000	261 233	–53 767
L4	Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer) (A2)	P	384	500	405	–95

L5	Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle) (A3)	P	783 132	760 000	797 788	37 788
L6	Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führer-Zulassung) (A3)	P	512 982	500 000	457 253	-42 747
L7	Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte (A4)	P	50 348	52 000	48 681	-3 319
L8	Administrativrechtliche Anordnungen inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle) (A4)	P	99 112	100 000	106 351	6 351
L9	Erstellte Rechnungen (in Mio.) (A5)	P	1.699	1.600	0.905	-0.695
L10	Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge) (A5)	P	233 644	256 000	249 325	-6 675
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen) (A5)	P	77 248	70 000	77 261	7 261
L12	Chauffeurfahrten	P	1 663	1 700	1 483	-217
L13	Selbstfahrten durch Verwaltungs-Mitarbeiter/innen	P	6 334	6 400	5 954	-446

Wirtschaftlichkeit

B1	Theoretische + praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz) (A1)	P	483	460	475	15
B2	Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte (Strassen- u. Wasser-Fz.) (A2)	P	2 144	2 400	2 107	-293
B3	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle) (A3)	P	7 581	7 400	7 498	98
B4	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führer-Zulassung) (A3)	P	4 966	5 000	4 297	-703
B5	Administrativrechtliche Anordnungen inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle) pro Mitarbeiter/in (A4)	P	1 891	1 900	1 980	80
B6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen) (A5)	P	8 047	7 000	8 048	1 048

Abweichungsbegründungen

L3	Weniger technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fz.) infolge verzögerter Inbetriebnahme der neuen Prüfstelle Bülach; Wert auf Vorjahresniveau
L4	Durchgeführte Überwachungsaufgaben (Garagen, Fahrlehrer/in) auf Vorjahresniveau; Budgetwert zu hoch
L5	Mehr Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle) u. a. bedingt durch den höheren Fahrzeugbestand
L6	Die ins 2014 verschobene Rechnungsstellung (neues Verkehrsabgabengesetz) führte im Geschäftsjahr auch zu weniger Anfragen im Bereich Fahrzeug- und Führer-Zulassungen
L7	Die Menge der eingegangenen/verarbeiteten Polizeirapporte ist u. a. abhängig von der polizeilichen Schwerpunktbildung
L8	Mehr verkehrsmedizinische Geschäftsfälle infolge demografischer Entwicklung (Senioren/innen, die länger aktiv Fahrzeuge führen) sowie Auswirkungen des ersten Massnahmenpakets des Verkehrssicherheitsprogramms «Via sicura», das zu mehr Führerausweisentzügen und Verwarnungen führt
L9	Weniger erstellte Rechnungen infolge verschobener Fakturierung der Verkehrsabgaben 2014 (Änderung Verkehrsabgabengesetz)
L11	Mehr beantwortete Anfragen im Rechnungswesen betreffend das per 1. Januar 2014 neu in Kraft getretene Verkehrsabgabengesetz
B2	Weniger technisch geprüfte Fahrzeuge pro Verkehrsexperte/in (Strassen- und Wasser-Fz.) aufgrund von Langzeitabsenzen bei den Verkehrsexperten/innen sowie erhöhter Ausbildungsaufwand im Zusammenhang mit der neuen Prüfstelle in Bülach; Wert auf Vorjahresniveau
B3	Mehr Fahrzeugzulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle) u. a. infolge Zunahme des Fahrzeugbestandes
B4	Die ins 2014 verschobene Rechnungsstellung (neues Verkehrsabgabengesetz) führte auch zu weniger Anfragen pro Mitarbeiter/in im Bereich Fahrzeug- und Führerzulassung
B6	Mehr beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in im Rechnungswesen betreffend das per 1. Januar 2014 neu in Kraft getretene Verkehrsabgabengesetz

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
	LZ RR	bis
E1 Erweiterung Prüfkapazität, welche die Einhaltung der periodischen Fahrzeugprüfungen und die Verkehrssicherheit gewährleistet Abgeschlossen Die Prüfstelle in Bülach konnte am 1. April eröffnet werden. Im Bereich Technik konnte der Sollbestand an Verkehrsexperten noch nicht erreicht werden.		2013
E2 Verursachergerechtere Besteuerung von Motorfahrzeugen (Verkehrsabgabe) aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen: Anpassung der entsprechenden Verordnung und Bereitstellung der Informatiklösung für 1. Januar 2014 Planmässig Gegen die am 28. November 2011 vom Kantonsrat verabschiedete Gesetzesvorlage wurde das Behördenreferendum ergriffen. Bedingt durch die Volksabstimmung am 17. Juni 2012, die Revision der Verkehrsabgaben-Verordnung und die Informatikanpassungen erfolgte die produktive Einführung per 1. Januar 2014.	10d	2014
E3 Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen Planmässig Die Bestimmungen zu «Via Sicura» werden ab 1. Januar 2013 bis 2015 paketweise in Kraft gesetzt. Die Gesetzesänderungen werden höhere Ressourcen des Strassenverkehrsamts erfordern (grösserer Abklärungs- und Kontrollaufwand sowie mehr Geschäftsfälle).		2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	386.3	391.4	394.5	3.1
Verkehrsabgaben	302.8	305.0	311.2	6.2
Aufwand	-367.1	-374.4	-376.8	-2.4
Übertrag an Strassenfonds	-301.8	-303.9	-310.0	-6.1
Saldo	19.2	17.1	17.7	0.6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.8	-2.9	-2.1	0.8
Saldo	-0.8	-2.9	-2.1	0.8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	346.8	355.0	360.6	5.6

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013

- +0.6 Tieferer Personal- und Sachaufwand u. a. infolge verzögerter Inbetriebnahme der Prüfstelle Bülach

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013

- +0.8 Minderausgaben beim Mieterausbau der neuen Prüfstelle in Bülach, sowie tiefere Kosten für die Sanierung der Fahrzeugprüfstrecke in Zürich

Personal

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013

- +5.6 Finanzneutrale Kompensation von vorgeholter Arbeitszeit nebst Aushilfen infolge von Langzeitabsenzen (Krankheit oder Unfall)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	445 401	-416 226	+300 000	329 175	-116 226

Bildung von Rücklagen 2013

Das neue Verkehrsabgabengesetz (VAG) wurde neben den täglichen Aufgaben unter grossem Einsatz aller Beteiligten umgesetzt und planmässig im Jahr 2014 eingeführt.

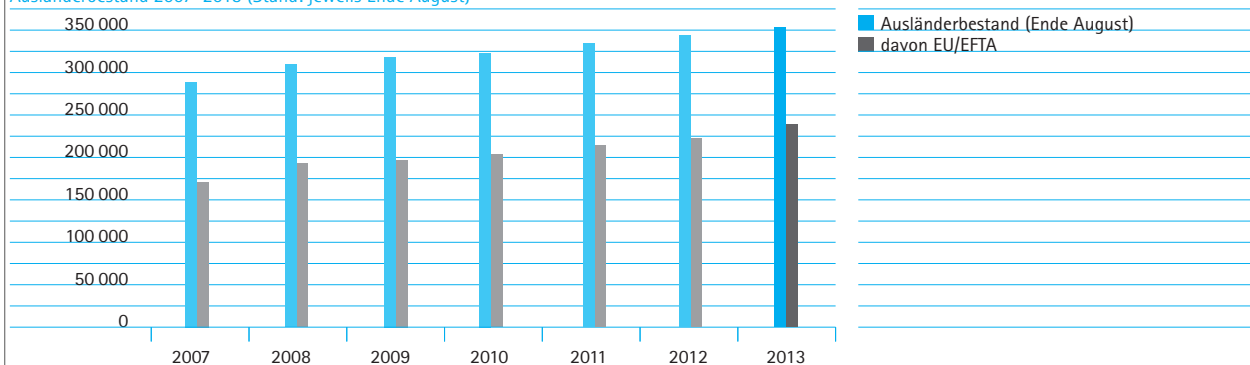
3300 Migrationsamt

Hauptereignisse

Anstieg des Bestandes der ausländischen Wohnbevölkerung

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung des Kantons Zürich nahm im Berichtsjahr um 2,6% auf 356 443 zu. Durch die höhere Anzahl Bewilligungsgeschäfte waren vor allem die beiden Bewilligungsabteilungen sowie die Abteilung Dienste (Schalter, Telefonische Auskunftsstelle, Rückwärtiger Dienst) einer stärkeren Belastung ausgesetzt. Die Anzahl Pendenzen konnte dennoch auf einem tiefen Niveau gehalten und die Verfahrensdauern konnten erneut leicht gesenkt werden.

Ausländerbestand 2007–2013 (Stand: jeweils Ende August)



Abnahme der Asylgesuche

Im Berichtsjahr sank die Zahl der Asylgesuche und damit der dem Kanton Zürich zugewiesenen Asylsuchenden. Nachdem im Vorjahr 4705 Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugewiesen wurden, waren es im Berichtsjahr noch 2273.

Wegweisungsvollzug

Entsprechend den neuen Weisungen des Bundesamtes für Migration wurden ausreisepflichtige Asylsuchende vermehrt in Haft genommen, um die Rückführung in den für die Prüfung des Asylgesuchs zuständigen Dublin-Staat sicherzustellen. Insgesamt konnte durch den optimierten Dublinvollzug die Zahl der kontrollierten Ausreisen erhöht und die durchschnittliche Haftdauer gesenkt werden.

Rayonverbote

Vor allem um der Kleinkriminalität entgegenzuwirken, wurden 2012 vermehrt ausländerrechtliche Rayonverbote (Ein-/Ausgrenzungen) erlassen. Im Berichtsjahr wurde dies konsequent weitergeführt. Das Migrationsamt verfügte 66 Eingrenzungen und 776 Ausgrenzungen. Diese Massnahmen haben dazu beigetragen, die vorab in Zürich und Winterthur liegenden Brennpunkte zu entschärfen.

Prozessunterstützungs- und Monitoringsystem

Im Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011», das 2012 abgeschlossen werden konnte, wurden im Teilprojekt Controlling die Grundlagen für ein Prozessunterstützungs- und Monitoringsystem gelegt. Im Berichtsjahr wurde dieses als eigenständiges Projekt vorangetrieben. Die Einführung des Prozessunterstützungs- und Monitoringsystems (PuM) ist auf 2014 geplant. PuM wird eine bessere Auswertung und Steuerung der Geschäftsverfahren ermöglichen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Migrationsamts in ihrer Arbeitserledigung unterstützen.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das Migrationsamt entschied sich für die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements. Als erste Massnahmen wurden die Arbeitsplätze ergonomisch verbessert und die Grundlagen für ein Anwesenheitsmanagement geschaffen. Letzteres wird im Laufe des Jahres 2014 eingeführt.

Laufende Aufgaben*Aufgabe / Stand und Kommentar*

A1	Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter bestmöglicher Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u. a.)
A2	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes
A3	Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegale Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen öffentliche Sicherheit und Ordnung

Indikatoren

		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Anteil der gutgeheissenen Rekurse (in %)	max.	12	10	13	3
Leistungen						
L1	Anzahl bewilligte Einreisegesuche (A1)	P	14 196	12 000	18 544	6 544
L2	Anzahl Visageschäfte / Schaltervorsprachen (A1)	P	50 031	50 000	48 378	-1 622
L3	Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung (A1)	P	123 678	190 000	153 652	-36 348
L4	Anzahl Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit (A1)	P	13 397	10 000	13 914	3 914
L5	Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen (A3)	P	5 983	6 000	7 306	1 306
L6	Anzahl Hafttage abgewiesener Asylsuchender (A2)	P	23 825	28 000	15 055	-12 945
L7	Anzahl beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag) (A1)	P	612	600	614	14
L8	Anzahl Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige (A1)	P	53 622	84 000	72 087	-11 913

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirtschaftlichkeit					
B1	Saldo pro Bewilligung (in Fr.; A1)	P	-19	0	-2
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall (in Tagen) (A1)	max.	6	4	3
Abweichungsbegründungen					
W1	Wert auf Vorjahresniveau				
L1	Mehr bewilligte Einreisegesuche aus dem EU-/EFTA-Raum als budgetiert				
L3	Die Zunahme der Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung ist nicht im budgetierten Umfang eingetroffen (Budgetwert 2013 zu hoch)				
L4	Wert auf Vorjahresniveau				
L5	Zunahme der Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen aufgrund von mehr Ausgrenzungen und Einreiseverboten				
L6	Mehr kurzfristige Hafttage zu Sicherstellung des Vollzugs einer Wegweisung eines Asylsuchenden in den zuständigen Dublin-Staat («Dublin-Haft»). Dies bringt grössere Rotation im Gefängnis, wodurch die Auslastung schlechter planbar ist				
L8	Die ausgestellten Ausländerausweise für Drittstaatenangehörige wurden zu hoch budgetiert				
Entwicklungsschwerpunkte					
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar			Massnahme LZ RR	bis
E1	Massnahmen zur Verfahrensbeschleunigung Abgeschlossen Das Organisationsprojekt «Migrationsamt 2011» wurde mit der Einführung zahlreicher Verbesserungen abgeschlossen.				2014
E2	Einführung/Umsetzung neues amtsinternes Controlling Planmässig Die Realisierung eines Prozessunterstützungs- und Monitoring-Systems verläuft planmässig.				2014
E3	Umsetzung Änderungen aufgrund Schengen-Acquis und Revision Bundesrecht Planmässig Die Umsetzung der Dublin III VO ist pendent. Die Botschaft des Bundesrates zur Revision des AuG (Integration) liegt vor.				2015
E4	Aktive Beteiligung an Fachkonferenzen (Vereinigung Kantonalen Migrationsämter, Vereinigung Ostschweizer Migrationsämter der Kantone sowie in den Fachgremien und Arbeitsgruppen des Bundes (u. a. Fachausschuss Asylverfahren und Unterbringung bzw. Rückkehr und Wegweisungsvollzug) Planmässig Der Chef Migrationsamt vertritt den Kanton Zürich als Vorstandsmitglied in der VKM (Vereinigung kantonaler Migrationsämter). Mehrere Mitarbeitende sind in gemeinsamen Projekt- oder Arbeitsgruppen tätig.				2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17.3	18.6	17.9	-0.7
Aufwand	-28.0	-30.8	-28.4	2.5
Saldo	-10.7	-12.3	-10.5	1.8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.2	-0.5	-0.5	-0.0
Saldo	-0.2	-0.5	-0.5	-0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	159.7	160.0	162.9	2.9

Erfolgsrechnung

+1.8 Geringere Strafvollzugskosten sowie geringerer Personal- und Sachaufwand

Personal

+2.9 Aushilfen zur Bewältigung von Engpässen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	96 452.55	-65 819.50	+60 000.00	90 633.05	-5 819.50

Das Migrationsamt konnte die Verfahrensdauern trotz des zum Vorjahr gestiegenen Geschäftsvolumens weiter senken.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Hauptereignisse

Die Militärverwaltung informierte an 106 (108) Orientierungstagen 5919 (5912) Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen. Es gingen 5224 (5581) Dienstverschiebungsgesuche ein; von 3124 (3635) Gesuchen im Zuständigkeitsbereich des Kantons wurden 866 (1122) abgelehnt. Es wurden insgesamt 3360 (3782) Angehörige der Armee (311 [352] Offiziere) aus der Militärdienstpflicht entlassen. Für die Soldaten, Unteroffiziere und höheren Unteroffiziere fanden hierzu acht Entlassungsfeiern auf dem Waffenplatz Zürich-Reppischtal statt. An diesen Veranstaltungen wurde erstmals eine Umfrage bei den Teilnehmenden durchgeführt. 94% der Befragten gaben in der Gesamtbeurteilung dem Anlass die Note gut bis sehr gut. Die Offiziere wurden an einer würdigen Feier im Albisgütli durch den Sicherheitsdirektor verabschiedet. In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft wurden 57 (55) neu brevetierte Leutnants an einem besonderen Anlass begrüsst.

Der Umsatz des Armee-Shops im Kantonalen Zeughaus (Retablierungsstelle Logistikbasis der Armee) betrug Fr. 535 522 (Fr. 592 652); davon brachte der Verkauf über das Internet (www.a-shop.ch) Fr. 195 109 (Fr. 201 114) ein. Es wurden rund 2000 (2000) Sturmgewehre 90 (Stgw 90) instand gestellt und wieder der Rekrutenausrüstung zugeführt und an rund 1500 (1500) Stgw 90 wurde eine grosse Revision durchgeführt. Das Zeughaus nahm insgesamt 860 (721) private Waffen zur Entsorgung entgegen. Darin eingeschlossen sind die Waffen, die anlässlich zweier Aktionstage der Kantonspolizei zur Entgegennahme von privaten Waffen zurückgenommen wurden.

Der Waffenplatz Zürich-Reppischtal war mit den Inf Bat 141, 142 und 143 der Infanterie Durchdienerschule 14 sowie der Militärakademie an der ETH Zürich sehr gut belegt. Auch die Ausbildungs- und Schiessplätze waren sehr gut ausgelastet; namentlich wurde die höchstens zulässige Anzahl von 180 Schiessstagen ausgenützt. Mehrere grössere und kleinere Bauprojekte konnten planmässig abgeschlossen und vorangetrieben werden.

Der Zivilschutz führte für 1531 (1580) Angehörige Grund- und Weiterbildungskurse durch. Die insgesamt 17 040 (13 285) Kursteilnehmenden im Ausbildungszentrum Andelfingen aus Zivilschutz (33%), Feuerwehr (35%), Polizei (12%), Militär (4%) und Dritten (16%) erbrachten 31 603 (26 600) Teilnehmertage. Der Werterhalt von Schutzräumen, Anlagen und Material erforderte 6791 (7154) Personentage. Der Zivilschutz unterstützte verschiedene Organisationen im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und betreute zahlreiche Menschen in Spitälern, Kranken- und Altersheimen mit insgesamt 14 908 (10 610) Personentagen.

Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagte 48 279 (47 066) Ersatzpflichtige, was zu einer Vereinnahmung von rund 31,5 (33,8) Mio. Franken führte. 20% fallen dem Kanton als Bezugsprovision zu, d. h. rund 6,3 (6,8) Mio. Franken.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Militärverwaltung informiert alle 16-Jährigen über die Dienstleistungspflicht, führt die Orientierungstage durch und bietet die Stellungspflichtigen zur Rekrutierung auf. Zudem obliegt der Militärverwaltung das Dienstverschiebungs- und Kontrollwesen, die Überprüfung der obligatorischen Schiesspflicht, die Bestrafung von Schiesspflichtversäumern sowie die Entlassung der Armeeingehörigern aus der Militärdienstpflicht.
A2	Der Zivilschutz bildet in einer zweiwöchigen Grundausbildung Stabassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
A3	Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
A4	Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
A5	Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt jährlich rund 40 000 Ersatzpflichtige, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Stellungspflichtige, welche den Orientierungstag mindestens als genügend beurteilen (in %) (A1)	min.	92	92	98	6
W2	Nichtzustellbare Vororientierungsschreiben wegen schlechter Datenqualität (in %) (A1)	max.	0.4	2.0	0.5	-1.5
W3	Kundenzufriedenheit bezüglich Dienstleistungen des A-Shops (in %; Bewertung min. gut) (A4)	min.	89	90	92	2
W4	Einsparung der Betriebskosten durch Betriebsankündigung (in %) (A5)	min.	43	35	42	7
Leistungen						
L1	Erledigung der Verschiebungsgesuche der Angehörigen der Armee (AdA) innert 2 Wochen (in %) (A1)	min.	97	95	99	4
L2	Verfügte Disziplinarbussen im ausserdienstlichen Schiesswesen bis Ende Juli (in %) (A1)	min.	98	90	99	9
L3	Zustellung der Aufgebote bis mindestens 6 Wochen vor der Rekrutierung (in %) (A1)	min.	100	95	100	5
L4	Anzahl Teilnehmertage in Grundkursen (in Tagen) (A2)	P	8418	8 000	9 595	1 595
L5	Anzahl Teilnehmertage in Zusatz-, Kader- und Weiterbildungskursen (in Tagen) (A2)	P	2313	2 200	2 378	178
L6	Umsatz des A-Shops (in Mio Fr.) (A4)	P	0.59	0.45	0.54	0.09
L7	Leistungserbringung zu Gunsten Kantone (ZS) (in Mio Fr.) (A4)	P	2.82	3.54	8.38	4.84
L8	Versand aller Rechnungen bis Ende Jahr (in %) (A5)	min.	96	95	96	1
L9	Erledigung der Rückerstattungen innert 10 Tagen (in %) (A5)	min.	91	90	96	6

Wirtschaftlichkeit

B1	Kosten pro Teilnehmer am Orientierungstag (in Fr.) (A1)	max.	29	29	29	0
B2	Kosten pro Teilnehmer an der Entlassung aus der Militärdienstpflicht (in Fr.) (A1)	max.	55	45	45	0
B3	Nutzung Übungsgelände Ausbildungszentrum Andelfingen (in %) (A2)	min.	78	70	78	8
B4	Vergütung des Betriebsaufwandes durch die Logistikbasis der Armee (in %) (A3)	min.	96	95	99	4

Abweichungsbegründungen

L2	Wert auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu hoch)
L4	Weniger Dienstverschiebungen von Teilnehmern in Grundkursen als geplant (Budgetwert zu tief)
L5	Höherer Bedarf an Kader und Spezialisten in den Zivilschutzorganisationen führte zu einer Zunahme der Anzahl Teilnehmertage in Zusatz-, Kader- und Weiterbildungskursen
L6	Wert auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu tief)
L7	Unerwartet hohe Nachfrage nach Zivilschutzmaterial anderer Kantone führte zu einem höheren Umsatz
B3	Nutzung des Übungsgeländes im Ausbildungszentrum Andelfingen, trotz grossräumigen Bauarbeiten auf Vorjahresniveau

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Einbezug der Entwicklungsschritte der Armee Verzögert Die Vernehmlassung des Bundes ist abgeschlossen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2016 gerechnet werden.		2013
E2	Umsetzung neues Entschädigungsmodell Verzögert Die Entscheide der armasuisse Immobilien sind ausstehend. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2014 gerechnet werden.		2013
E3	Neues Übungsdorf im Ausbildungszentrum Andelfingen (Ersatz der bestehenden Anlage; Projekt Nr. 3400.001) Planmässig Die Eröffnung ist für Herbst 2014 vorgesehen.		2014
E4	Einbezug der Entwicklungsschritte des Bevölkerungsschutzes Planmässig Die Studiengruppen (bestehend aus Vertretern des Bundes und der Kantone) haben 2013 ihre Arbeit aufgenommen.		2014
E5	Beschaffung neues Zivilschutz-Einsatz-Material Planmässig Weitere Tranchen wurden beschafft.		2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	25.8	24.4	31.0	6.6
Aufwand	-38.0	-37.9	-41.5	-3.5
Saldo	-12.2	-13.6	-10.5	3.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	5.9	5.0	5.7	0.7
Ausgaben	-8.0	-14.9	-13.2	1.7
Kreditübertragungen aus 2012		-3.9		0.0
Saldo	-2.0	-9.8	-7.4	2.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	132.9	136.2	133.2	-3.0

Erfolgsrechnung

- +3.1 Mehrertrag aus Zivilschutzkursen, Waffenplatz-Finanzvertrag mit dem Bund und geringerem Personal-, Sach- und Abschreibungsaufwand

Investitionsrechnung

- + 2.4 Projektverzögerungen u. a. bei den Projekten Neu/Umbau des Übungsdorfs Andelfingen, Sanierung des Trinkwassernetzes auf dem Waffenplatz Reppischtal und Flachdachsanierung in der Kaserne Reppischtal

Personal

- 3.0 Nichtbesetzung vakanter Stellen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	40 111.85	-39 638.85	0.00	473.00	-39 638.85

3500 Sozialamt

Hauptereignisse

Das internetgestützte Sozialhilfe-Behördenhandbuch wurde im Berichtsjahr rund 50 000 Mal angeklickt. Es wird laufend aktualisiert. Ausserdem wurden wöchentlich über 100 telefonische und schriftliche Fachanfragen zur Sozialhilfe der Gemeinden beantwortet.

Mit dem Ziel, die Zuweisung in die Programme der beruflichen und sozialen Integration zu professionalisieren, wurde ein Konzept für ein Pilotprojekt «Fachliche Unterstützung der Sozialdienste einer Pilotregion bei der sozialen und beruflichen Integration» erarbeitet. Ausserdem wurde das Konzept «iiz-Netzwerk 2010» zur interinstitutionellen Zusammenarbeit im Kanton Zürich zusammen mit den Partnern des IIZ-Netzwerks überprüft.

Die Zahl der Asylsuchenden ging im Berichtsjahr zurück. Das Aufnahmekontingent wurde von den Gemeinden erfüllt. Auf Anfang 2014 wurde die Verantwortung für die Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramme von der Sicherheitsdirektion an die Direktion der Justiz und des Innern übertragen.

Das geänderte Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung verlangt die Einführung der Direktauszahlung des Pauschalbetrages für die obligatorische Krankenpflegeversicherung an die Krankenversicherer. Am 14. Januar erfolgte die Verabschiedung der kantonalen Umsetzungsregelung im Gesetz über die Zusatzleistungen und im Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz durch den Kantonsrat. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist hat der Regierungsrat die Gesetzesänderung am 11. September zusammen mit den Verordnungsbestimmungen auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt.

Die Umsetzung der Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Unterstellung der Selbstständigerwerbenden) verlief planmässig.

Die Umsetzung des neuen Finanzierungsmodells mit pauschalierten Leistungsabgeltungen wurde fortgesetzt und weiter differenziert. Im Bereich «Tagesstätten» wurden gestützt auf den individuellen Betreuungsbedarf (IBB) abgestufte Betriebsbeiträge eingeführt. Im Bereich «Wohnen» wurden die Beiträge erstmals mittels Benchmarking angepasst. Zudem wurden die IBB-Einstufungen in allen Institutionen überprüft.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vollzug der kantonalen Aufgaben im Sozialwesen (Beratung, Unterstützung, Beaufsichtigung und Koordination der Gemeinden) und des Bundesgesetzes über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger
A2	Koordination der Asylfürsorge
A3	Ausrichtung von Beiträgen an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV (Ergänzungsleistungen, Beihilfen und Zuschüsse)
A4	Vollzug des Bundesgesetzes über die Familienzulagen
A5	Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von sozialen Einrichtungen für Erwachsene

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an Soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen (in Mio. Fr.; A1, 2, 3, 4, 5)	P	929.1	937.5	954.1	16.6
Leistungen						
L1	Anzahl Unterstützungsanzeigen im Bereich Öffentliche Sozialhilfe (A1)	P	6 750	6 200	4 782	-1 418
L2	Vom Bund zugewiesene Asylbewerber (A2)	P	4 930	4 250	2 978	-1 272
L3	Anzahl der fürsorgeabhängigen Asylsuchenden im Kanton Zürich (A2)	P	3 700	3 300	3 250	-50
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarung (A5)	P	9 199	9 400	9 459	59
L5	Anzahl Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	46 604	49 100	47 581	-1 519
L6	Anzahl Leistungserbringer im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV (A3)	P	97	97	96	-1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte (in %; A2)	P	90	90	63	-27
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarungen (in %; A5)	P	96	95	95	0
Abweichungsbegründungen						
W1	Höherer Kostenersatz für Leistungen im Asylbereich (14.3 Mio. Franken) und für wirtschaftliche Hilfe (9.7 Mio. Franken) sowie Minderaufwand für Zusatzleistungen zur AHV/IV (3.8 Mio. Franken), Familienzulagen (3.3 Mio. Franken) und Soziale Einrichtungen (0.5 Mio. Franken); Hinweis: Der Budgetwert 2013 von 943.5 Mio. Franken wurde durch die vom Kantonsrat beschlossene Kürzung von 6 Mio. Franken auf 937.5 Mio. Franken reduziert.					
L1	Weniger Unterstützungsanzeigen von Gemeinden im Bereich Öffentliche Sozialhilfe sowie fehlende Erfahrungswerte bei Fallzahlen vorläufig aufgenommener Personen (Gesetzesänderung im Jahr 2012)					
L2	Gesamtschweizerischer Rückgang der Asylgesuche führte zu weniger vom Bund zugewiesenen Asylbewerbern					
L5	Der wegen der Einführung der Pflegefinanzierung verursachte Anstieg im Bereich der Zusatzleistungen zur AHV/IV fiel weniger stark als angenommen aus					
B1	Bei den Asylunterkünften hat sich der Auslastungsgrad wegen der geringeren Zuweisungen reduziert (vergleiche auch L2)					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR bis
E1	<p>Beseitigung von Fehlanreizen im Steuer- und Sozialsystem</p> <p>Planmässig</p> <p>Im Rahmen der Abschreibung des Postulats betreffend SKOS-Richtlinien (KR-Nr. 83/2008) wurde der Regierungsrat beauftragt, im Zusammenhang mit dem überwiesenen Postulat KR-Nr. 227/2012 betreffend Einkommensbefreiung (EFB), Integrationszulage (IZU), minimale Integrationszulage (MIZ) Lösungsvarianten zur Senkung des Schwelleneffekts zu erarbeiten, die keine Mehrkosten zur Folge haben.</p>	6a 2013
E2	<p>Einführung der Direktauszahlung der Individuellen Prämienverbilligungen für Bezügerinnen und Bezüger von Zusatzleistungen zur AHV/IV an die Krankenversicherer</p> <p>Planmässig</p> <p>Am 14. Januar erfolgte die Verabschiedung der kantonalen Umsetzungsregelung im Gesetz über die Zusatzleistungen und im Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz durch den Kantonsrat. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist hat der Regierungsrat die Gesetzesänderung am 11. September zusammen mit den Verordnungsbestimmungen auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt.</p>	2013
E3	<p>Umsetzung der Revision des Sozialhilfegesetzes (Vorlage 4628)</p> <p>Abgeschlossen</p>	2014
E4	<p>Evaluation der Bildungs- und Beschäftigungsprogramme «BUSI»</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Empfehlungen aus dem Bereich «Bestandesaufnahme der Angebote zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration im Bereich Sozialhilfe des Kantons Zürich» wurden im Rahmen des Projekts «BUSI 2» weiterverfolgt. Die «BUSI-Datenbank» wurde per 1. Januar in die Online-Plattform der Zürcher Infostelle für das Sozialwesen überführt.</p>	6a 2014
E5	<p>Entwicklung eines leistungsabhängigen Finanzierungssystems für Invalideneinrichtungen</p> <p>Planmässig</p> <p>Im Berichtsjahr wurde der Betreuungsaufwand im Bereich «Tagesstätten» pauschal, abgestuft nach dem individuellen Betreuungsbedarf (IBB), abgegolten. Für den Bereich «Wohnen» wurden die Betriebsbeiträge erstmals mittels Benchmarking angepasst. Die nächste Benchmarking-Anpassung ist in beiden genannten Bereichen für das Jahr 2015 vorgesehen.</p>	2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	394.9	377.0	380.7	3.6
Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	85.4	78.9	76.2	-2.7
Rückerstattungen an Asylaufgaben	84.3	67.6	76.3	8.7
Rückerstattungen an Zusatzleist. und Familienzulagen	210.8	217.3	213.7	-3.6
Aufwand	-972.7	-988.3	-987.8	0.5
Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-164.3	-163.5	-173.2	-9.7
Beiträge an Asylaufgaben	-90.4	-67.7	-82.0	-14.2
Beiträge an Zusatzleist. und Familienzulagen	-362.4	-380.5	-373.5	7.1
Beiträge an Soziale Einrichtungen	-312.0	-325.8	-325.3	0.5
Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-2.1	-2.2	-1.9	0.3
Saldo	-577.9	-611.3	-607.2	4.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-17.0	-17.4	-19.2	-1.7
Kreditübertragungen aus 2012		-0.6		
Saldo	-17.0	-17.4	-19.2	-1.7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	180.8	180.0	179.1	-0.9

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

+4.1 Saldoverbesserung v. a. bei den Familienzulagen und den Zusatzleistungen zur AHV/IV

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

-1.7 Mehr Investitionsbeiträge aufgrund IPSAS-bedingter Berücksichtigung des Baufortschritts bei Sozialen Einrichtungen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	268 799.80	-19 598.85	+50 000.00	299 200.95	+30 401.15

Dank Mehrleistungen des Personals fiel der Personalaufwand tiefer aus. Unter anderem konnten personelle Vakanz und Abgänge zeitverschieben ersetzt werden.

3700 Sportamt

Hauptereignisse

Seit dem 1. Januar im Berichtsjahr liegt die Verantwortung für die Umsetzung der Sportpolitik des Kantons Zürich beim kantonalen Sportamt. Das aus der ehemaligen Fachstelle Sport im Generalsekretariat der Sicherheitsdirektion hervorgegangene Amt übernimmt deren vollen Aufgabenbereich und setzt sich zum Ziel, die Sportpolitik des Kantons Zürich noch wirksamer zu vertreten.

Schwerpunktmässig stand für das Sportamt einerseits die Umsetzung des seit dem 1. Oktober 2012 in Kraft getretenen neuen nationalen Sportförderungsgesetzes im Vordergrund. Es brachte insbesondere im Bereich Jugend+Sport einige Änderungen mit sich. Entsprechend war das Sportamt in der Beratung der Angebote von Vereinen und Schulen sowie mit zusätzlichen Ausbildungskursen im Kindersport gefordert.

Andererseits bildete das Thema «Netzwerkarbeit im Sport», ein Leistungsangebot für Gemeinden und Vereine im Kanton Zürich, einen weiteren Schwerpunkt. Das Sportamt unterstützt Gemeinden beim Aufbau von lokalen Sportnetzen mit dem Ziel, die lokale Sportförderung zu stärken.

Die Vorbereitungen auf die bevorstehenden Leichtathletik Europameisterschaften 2014 in Zürich laufen planmässig. 38% der verfügbaren Tickets wurden bereits verkauft und die elementar wichtigen 2000 Volunteers konnten rekrutiert werden. Das Sportamt vertritt den Kanton in der Trägerorganisation und koordiniert die Leistungen des Kantons.

Auf Beginn des Schuljahres 2013/14 hat das Sportamt schulsport.zh – ein Förderprogramm für mehr freiwilligen Schulsport – eingeführt. Damit sollen im ganzen Kanton mehr freiwillige Schulsportangebote entstehen und der freiwillige Schulsport als idealer Einstieg in den Sport gestärkt werden. Im ersten Semester sind bereits über 550 Kurse bei schulsport.zh angemeldet worden. Beim dritten «Forum Sportkanton Zürich» vom 3. Dezember mit rund 150 Vertreterinnen und Vertretern aus Gemeinden und Schulen sowie aus Sportvereinen und -verbänden stand denn auch die Brückenfunktion von freiwilligen Schulsportangeboten zwischen Schule und Verein im Zentrum.

Seit Mitte August beschäftigt das Sportamt einen «cool and clean»-Botschafter. Damit soll die Wirkung des Präventionsprogramms «cool and clean», das sich für sauberen und fairen Sport einsetzt, im Zürcher Jugendsport verstärkt werden. Die Stelle wird aus dem Tabakpräventionsfonds finanziert.

Am 27./28. September führte das Sportamt das erste Nachwuchsförderungs-Symposium mit rund 50 Teilnehmenden zum Thema «Drop-Out-Problematik» durch. Beim 72. Zürcher OL am 29. September in Egg nahmen über 1700 Läuferinnen und Läufer teil und bei den Jugendsportcamps konnte mit 1221 Teilnehmenden ein neuer Teilnehmerrekord erreicht werden.

Ausserdem beteiligte sich das Sportamt an der Studie Sport Schweiz 2013 und hat wie 2003 und 2008 eine Vertiefungsstudie «Sport Kanton Zürich 2013» in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse über das Sportverhalten der Bevölkerung werden 2014 vorliegen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Wahrnehmung und Koordination der kantonalen Aufgaben im Bereich des ausserschulischen Sports
A2	Vollzug von Jugend+Sport, eingeschlossen die Durchführung von Leiteraus- und Weiterbildungskursen
A3	Durchführung von kantonalen Jugendsportlagern und Sportanlässen

Indikatoren					
	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1	Erhöhung der regelmässigen Sportaktivität der Bevölkerung (Anteil mehrmals wöchentlich sportlich Aktive, Erhebung alle 5 Jahre)	min.		46%	
Leistungen					
L1	Anzahl Teilnehmende Jugendsportcamps (A3)	P	1 132	1 000	1 221 221
L2	Anzahl Teilnehmende Jugend + Sport-Kaderbildungskurse (Coachaus- und -fortbildung sowie Leiteraus- und -fortbildung) (A2)	P	2 874	2 500	3 227 727
L3	Anzahl abgerechnete Jugend + Sport-Kurse (A2)	P	7 841	7 500	11 355 3 855
Abweichungsbegründungen					
W1	Die Resultate der durchgeführten Bevölkerungsbefragung zur regelmässigen Sportaktivität waren zum Zeitpunkt der Abgabe des Geschäftsberichts noch nicht bekannt				
L1	Mehr Teilnehmende an Jugendsportcamps aufgrund erhöhtem Platzangebot sowie besserer Auslastung				
L2	Mehr Anzahl Teilnehmende an J+S-Kaderbildungskursen aufgrund erhöhten Bedarfs sowie hoher Auslastung im Kindersport (angepasste Anforderungen durch das neue Sportförderungsgesetz)				
L3	Höhere Anzahl abgerechnete J+S-Kurse aufgrund der Umstellung des Abrechnungssystems (Folge des neuen Sportförderungsgesetzes)				
Entwicklungsschwerpunkte					
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar			Massnahme LZ RR	bis
E1	Die Rahmenbedingungen bei der Förderung des Nachwuchssports verbessern Planmässig Die Ausrichtung von Förderbeiträgen an anerkannte Leistungszentren und die Kriterien für ausserkantonale Schulgeldübernahmen sowie für die Aufnahme an Kunst- und Sportschulen sind etabliert.				2014
E2	Sport-Grossveranstaltungen fördern und deren positive Wirkung für die Sportförderung nutzen Planmässig Auf Basis des Konzepts Sport-Grossveranstaltungen werden Sport-Grossveranstaltungen mit Beiträgen aus dem Sportfonds unterstützt und die Unterstützung an die Förderung des Jugend- und Breitensports geknüpft.				2014
E3	Das Integrationspotential des Sports nutzen, dabei Angebote im ungebundenen Sport fördern und die Sportvereine in ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten unterstützen Planmässig Massnahmen in den Bereichen lokale Sportförderung, Sportförderung im Vorschulalter, Rahmenbedingungen Fussball, J+S-Ausbildung, Sport im schulischen Umfeld und Informationsvermittlung für Eltern sind im Gange.			6d	2015
E4	Regelmässige Sport- und Bewegungsangebote im schulischen Umfeld fördern (freiwilliger Schulsport) und Anzahl Angebote im J+S Kindersport steigern Planmässig Das kantonale Förderprogramm schulsport.zh wurde mit Beginn des Schuljahrs 2013/2014 gestartet.				2015

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E5	Aus- und Weiterbildungsangebot im Erwachsenensport ergänzend zu den bestehenden Verbandsangeboten aufbauen Planmässig Dank der bestehenden Vernetzung mit Partnerorganisationen (u.a. «Netzwerkarbeit im Sport») kann auf neue Bedürfnisse rasch reagiert werden.		2015
E6	Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und deren Sportverantwortlichen intensivieren Planmässig Die Unterstützungspraxis für den Aufbau lokaler Sportnetze ist definiert und die Gemeinden wurden über die Unterstützungsmöglichkeiten informiert.		2016

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag			1.2	1.5	0.3
Aufwand			-3.8	-3.8	-0.1
Saldo			-2.6	-2.3	0.2
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben			-0.1		0.1
Saldo			-0.1		0.1
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte			13.0	13.0	0.0

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

+0.2 Mehrerträge wegen höherer Bundesbeiträge und Teilnahmegebühren aufgrund zusätzlicher J+S-Aus- und -Weiterbildungskurse

Investitionsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

+ 0.1 Keine Informatikinvestitionen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	0	0	0	0	0

3910 Sportfonds

Hauptereignisse

Der Beitrag der interkantonalen Landeslotterie (Swisslos) betrug Fr. 16 216 000. Insgesamt wurden Fr. 14 225 000 zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt.

Dem Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) und den ihm angeschlossenen Sportverbänden und -vereinen wurden Beiträge von insgesamt Fr. 5 950 000 bewilligt (einschliesslich Betriebsbeitrag für kantonales Sportzentrum und Entschädigung an ZKS aus Leistungsvereinbarung). Zudem wurden an 13 Bauvorhaben von Sportanlagen, die im Katalog des kantonalen Sportanlagenkonzepts aufgeführt sind, Beiträge von Fr. 6 754 000 gesprochen. Für weitere 30 Bauvorhaben von Gemeinden und Dritten wurden Beiträge von Fr. 2 256 000 genehmigt. Deren Auszahlung erfolgt in den kommenden Jahren.

Im Berichtsjahr wurden folgende Beiträge ausbezahlt: Fr. 6 809 000 an 34 Sportanlagen von Gemeinden und nicht dem ZKS angehörenden Institutionen, Fr. 750 000 für die Nachwuchsförderung (einschliesslich Fr. 600 000 an 51 Trainingsstützpunkte des Nachwuchssports), Fr. 298 000 an 61 Sportveranstaltungen und Fr. 84 000 an 6 Sportprojekte sowie Fr. 5 598 000 an den ZKS für die Förderung des Verbands- und Vereinssports. Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit Fr. 837 000 unterstützt.

Das Hochbauamt hat in Zusammenarbeit mit einem Architekturbüro eine Machbarkeitsstudie mit Zustandsanalyse für das Sportzentrum Kerenzerberg erarbeitet. Dabei wird die Umsetzung der strategischen Entwicklungspositionen «Spielsporthalle», «Unterkunftstrakt», «Regenerationsbereich» und «Wassersportzentrum» geprüft.

Die Kosten für den Bau und Unterhalt des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg belasteten den Fonds (Aufwand Erfolgsrechnung einschliesslich Zinsen und Abschreibungen) mit Fr. 2 786 000. Das Sportzentrum und das dazugehörige Hotel beherbergten 3866 Anlässe und Kurse mit 29 805 Übernachtungen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursportes (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg)
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	19.1	19.6	18.7	-1.0
Toto/Lotto	16.3	16.0	16.2	0.2
Zinsen	2.8	2.2	2.3	0.1
Entnahme Bestandeskonto		1.4		-1.4
Aufwand	-19.1	-19.6	-18.7	1.0
Betriebsbeiträge	-13.7	-15.8	-14.2	1.6
Einlagen in Bestandeskonto	-2.1		-1.1	-1.1
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2.8	-0.1	-0.1	-0.0
Saldo	-2.8	-0.1	-0.1	-0.0
Fondsbestand				
Fondsbestand	93.9	92.5	95.0	2.5

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013:

- +0.2 Der Ertrag der Swisslos war im Berichtsjahr höher als budgetiert
(höherer Reingewinn der Swisslos u. a. aus dem Lotto- und Losgeschäft)
- +0.1 Höherer Zinsertrag wegen höheren Fondsbestands, entgegen ursprünglicher Planung
im 2012 keine Fondsentnahme
- +1.6 Weniger Auszahlungsgesuche für zugesicherte Beiträge an Sportanlagen
- +0.3 Minderbedarf für Planung und baulichen Unterhalt am Sportzentrum Kerenzerberg

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013:

- +2.5 Erhöhung des Fondsbestandes aufgrund der Einlage von 1.1 Mio. Franken
(die budgetierte Entnahme von 1.4 Mio. Franken war aufgrund der Minderauf-
wendungen und Mehrerträge nicht erforderlich)

Fondsbestand am 31. Dezember 2013: 95 Mio. Franken, in diesem Betrag enthalten sind rund 30 Mio. Franken Immobilienbestand (Sportzentrum Kerenzerberg) sowie rund 19 Mio. Franken offene Verpflichtungen zu bewilligten, von Gemeinden und Dritten noch nicht abgerechneten Baubeiträgen

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Hauptereignisse

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Wirkungen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen erneut an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen). Die Leistungsabgeltung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung der Universität Zürich. Seit 2010 werden zusätzliche Mittel des Kantonsanteils, die bisher zur Fondsöffnung in den Alkoholfonds gelegt wurden, zugunsten der bestehenden Institutionen eingesetzt. Der Anteil der Sicherheitsdirektion kommt dabei vollumfänglich den Alkoholberatungsstellen zugute. Der Fondsbestand wird durch eine zusätzliche jährliche Ausschüttung von Fr. 300 000 an die Alkoholberatungsstellen über einen Zeitraum von sechs bis acht Jahren ab Berichtsjahr schrittweise auf die Hälfte des heutigen Bestandes gesenkt werden (vgl. Vorlage 4945 vom 21. November 2012).

Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 26. Juni der Weiterführung des Zentrums für Spielsucht bis 31. März 2016 gemäss dem mit RRB Nr. 36/2011 genehmigten Konzept zur Prävention und Behandlung von Glückspielsucht, insbesondere Lotteriespielsucht, im Kanton Zürich vom 10. Juni 2010 zugestimmt (RRB Nr. 731/2013). Das Zentrum wird vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich fachlich begleitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention).
A2	Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept (in Prozent; A1)	P	100	100	100	0
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht (in Prozent; A2)	P	100	100	100	0
Leistungen						
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkohol- beratungsstellen (Vorjahreswert in Franken; A1)	P	32.97	30.0	39.7	9.7
Wirtschaftlichkeit						
B1	Bestand Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben (A1)	P	100	101	89	-12
Abweichungsbegründungen						
L1	Durch höhere Ausschüttungen an die Beratungsstellen hat sich der durchschnittliche Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen erhöht					
B1	Infolge höherer Ausschüttungen hat sich der Bestand des Alkoholfonds gegenüber dem Vorjahr reduziert					

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5.5	5.3	5.7	0.4
Alkoholfonds:				0.0
Anteil am Eid. Alkoholmonopol	4.7	4.5	4.7	0.2
Zinsen aus Bestandeskonto	0.1	0.1	0.1	0.0
Entnahme aus Bestandeskonto			0.2	0.2
Lotteriespielsuchtfonds:				0.0
Anteil aus Bruttospielerträgen d. Lotterieunternehmen	0.6	0.6	0.6	0.0
Zinsen aus Bestandeskonto	0.1	0.1	0.1	0.0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-5.5	-5.3	-5.7	-0.4
Alkoholfonds:				0.0
Betriebsbeiträge	-2.6	-2.6	-2.9	-0.3
Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2.0	-2.0	-2.2	-0.2
Einlagen in Bestandeskonto	-0.2	0.0		0.0
Lotteriespielsuchtfonds:				0.0
Betriebsbeiträge	-0.5	-0.6	-0.5	0.1
Einlagen in Bestandeskonto	-0.2	-0.1		0.1
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		0.0		0.0
Saldo		0.0		0.0
Fondsbestand				
Fondsbestand	7.1	7.1	6.9	-0.3

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013:

Alkoholfonds:

- +0.2 Mehrertrag wegen höheren Anteils am eidgenössischen Alkoholmonopol
- 0.5 Mehraufwand durch mehr Betriebsbeiträge an Beratungsstellen sowie höherer Übertrag an Gesundheitsdirektion für Präventionsmassnahmen

Lotteriespielsuchtfonds:

- +0.1 Weniger Betriebsbeiträge als geplant

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

- 0.2 Reduktion Fondsbestand wegen Mehraufwand im Alkoholfonds (-0.3 Mio.) und Minderaufwand im Lotteriespielsuchtfonds (0.1 Mio.)

Total Fondsbestand per 31. Dezember 2013: 6.9 Mio. Franken, davon Alkoholfonds 4.6 Mio. Franken und Lotteriespielsuchtfonds 2.3 Mio. Franken

3930 Schutzraumfonds

Hauptereignisse

Für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 BZG flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge in der Höhe von 6,0 Mio. Franken (1,8 Mio. Franken) in den kantonalen Schutzraumfonds. Der diesbezügliche § 22a ZSG trat am 1. Dezember des Berichtsjahres in Kraft.

Das Amt entschädigte die Gemeinden für das Inkasso der Ersatzbeiträge 2012 im Umfang von Fr. 107 600 (Fr. 0) (§ 27 Abs. 2 KZV). Weitere Ausschüttungen wurden nicht vorgenommen, da die Gemeinden zurzeit noch über genügend Mittel aus früheren Ersatzbeiträgen für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume, die Erneuerung von privaten Schutzräumen sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen verfügen (vgl. KZV, Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 18. Januar 2012, Abs. 3).

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeisen wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 47 BZG, Art. 22 Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag		4.1	7.9	3.7
Ersatzbeiträge der Gemeinden		4.0	7.9	3.9
Zinsen		0.1		-0.1
Entnahme Bestandeskonto				
Aufwand		-4.1	-7.9	-3.7
Kostenbeiträge/Entschädigungen an Gemeinden			-0.1	-0.1
Abschreibungen und Zinsen				
Einlagen in Bestandeskonto		-4.1	-7.7	-3.6
Saldo		0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0.5		0.5
Saldo		-0.5		0.5
Personal				
Fondsbestand		4.1	7.7	3.6

Erfolgsrechnung

Wichtigste Abweichungsbegründungen Budget 2013 / Rechnung 2013:

+3.9 Höhere Ersatzbeiträge der Gemeinden

Investitionsrechnung

+0.5 Keine Ausgaben, da die Gemeinden erst die eigenen Fondsbestände (nach altem Recht) aufbrauchen

Fondsbestand

Wichtigste Abweichungsbegründung Budget 2013 / Rechnung 2013:

+3.6 Erhöhung Fondsbestand aufgrund von Ersatzbeiträgen der Gemeinden

Fondsbestand am 31. Dezember 2013: 7.7 Mio. Franken



Opernhaus: Don Giovanni (Oper)



Opernhaus: Madame Butterfly (Oper)



Opernhaus: Drei Schwestern (Oper)

Finanzdirektion

Der grösste Teil der Aufgaben in der Finanzdirektion lässt sich unter dem Begriff Querschnittsaufgaben zusammenfassen. Die meisten dieser Dienstleistungen kommen der Bevölkerung nicht direkt, sondern höchstens indirekt zugute, indem die übrige Verwaltung bei ihrer Aufgabenerfüllung unterstützt wird. Die Querschnittsaufgaben lassen sich in Planung und Steuerung einerseits sowie interne Dienstleistungen andererseits unterteilen. Aufgaben mit Aussenbeziehungen – das heisst ein direkter Kontakt mit natürlichen und juristischen Personen – bestehen ausgeprägt nur beim Steueramt.

Kommunikation der Anliegen der NFA-Geberkantone

Der Kanton Zürich ist unter den ressourcenstarken Kantonen der grösste Beitragszahler in den nationalen Finanzausgleich (NFA). Gemäss Art. 5 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FilaG) legt die Bundesversammlung alle vier Jahre den Grundbeitrag der ressourcenstarken Kantone und des Bundes an den Ressourcenausgleich fest. Dazu erarbeitet der Bund einen Wirksamkeitsbericht, welcher die Funktionsweise und die Erreichung der Ziele in der vergangenen Periode analysiert und Massnahmen zur Verbesserung vorschlägt. Der Bund wird den zweiten Wirksamkeitsbericht 2014 publizieren. Das Parlament wird die Grundbeiträge für die Finanzierungsperiode 2016–2019 im Jahr 2015 festlegen.

Die Konferenz der NFA-Geberkantone, die 2005 gegründet wurde und seit 2011 vom Kanton Zürich präsiert wird, hat ihre Arbeiten im Hinblick auf die Neudotierung der Ausgleichsgefässe intensiviert. Im September 2013 hat die Finanzdirektorin des Kantons Zürich zusammen mit Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren aus anderen NFA-Geberkantonen die Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentarier der Geberkantone in Bern über die gemeinsamen Ziele und die Forderungen informiert. Dazu wurde auch ein neuer Webauftritt unter www.fairer-nfa.ch lanciert.

Nach sechs Jahren Erfahrung mit dem NFA zeigt sich, dass gewisse Korrekturen am Ausgleichssystem notwendig sind, um Systemfehler zu mildern und die Wirksamkeit des nationalen Finanzausgleichs zu verbessern. Für die Geberkantone bildet der NFA weiterhin einen zentralen Pfeiler des Schweizer Föderalismus und der Solidarität zwischen den Kantonen. Der Finanz- und Lastenausgleich soll jedoch

fair und transparent sein. Insbesondere muss das Ressourcenpotenzial der einzelnen Kantone korrekt ermittelt werden, sodass die Beiträge der ressourcenstarken Kantone bzw. die Auszahlungen an die ressourcenschwachen Kantone dem effektiv erzielbaren Steuerpotenzial entsprechen. Die «Wachstumslokomotiven» sollen nicht gebremst und die Mittel wirksam zugunsten der ressourcenschwächsten Kantone eingesetzt werden.

Optimierung der IT-Applikationen im Steuerbereich

Mit der ersten Etappe der Realisierungseinheiten RE04 (Applikation «Direkte Bundessteuer») und RE07 (Applikation «Quellensteuer») des Vorhabens «ZüriPrimo» setzt das Kantonale Steueramt das Legislaturziel 7 «Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo» der Finanzdirektion für die Legislaturperiode 2011–2015 weiter um. Im Berichtsjahr konnten die Konzeption und die in dieser Phase üblichen Vergabeverfahren weitgehend abgeschlossen werden. So wurden im Berichtsjahr das Portal und das Veranlagungssystem für die Quellensteuer sowie die neue IT-Applikation für den Steuerbezug evaluiert. Ein neues gemeinsames Register für alle steuerpflichtigen juristischen Personen befindet sich zum Ende der Berichtsperiode im öffentlichen Ausschreibungsverfahren.

Online-Steuererklärungen stossen auf grosses Interesse

Nach dem Pilotprojekt im Jahr 2012 konnte im Berichtsjahr erstmals die gesamte Bevölkerung des Kantons Zürich die Steuererklärung online ausfüllen und einreichen. Auch die neu lancierte Light-Variante für steuerlich einfache Fälle entspricht offensichtlich einem Bedürfnis vieler Steuerpflichtiger. Nennenswerte Probleme hat es bei beiden Online-Varianten nicht gegeben. Dadurch wurden ein wichtiger Umsetzungsschritt der kantonalen E-Government-Strategie und ein Legislaturziel des Regierungsrates erreicht.

Personalstrategie 2012–2015

Im Berichtsjahr wurde unter der Leitung des Personalamtes in Zusammenarbeit mit den Direktionen und der Staatskanzlei mit der Umsetzung der Personalstrategie 2012–2015 bzw. deren Massnahmen begonnen. Nachfolgend werden beispielhaft verschiedene Projekte aufgezeigt, die aus den Massnahmen resultierten.

Mit einer umfassenden Analyse der heutigen Positionierung des Arbeitgebers Kanton Zürich startete das Projekt «Personalmarketing». Die Ergebnisse der Analyse wurden durch die Projektgruppe konsolidiert, und es wurde ein Konzeptvorschlag erarbeitet. Dieser beschreibt die zukünftige Personalmarketingstrategie des Kantons Zürich und gibt Handlungsempfehlungen zu deren Umsetzung.

Im Programm «Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung (dKNF)» konnte nach umfangreichen Konzeptarbeiten das erste Kadertraining mit zehn Teilnehmenden durchgeführt werden. Ebenso wurde ein Konzept zur «Schulung der Vorgesetzten über die wichtigsten Führungsinstrumente» erarbeitet und bereits umgesetzt.

Das Projekt «Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM)» begann im Berichtsjahr mit einer Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse, aus der sich die zwei Handlungsschwerpunkte «Führungsentwicklung und -sensibilisierung» und «Implementierung von direktionsübergreifenden und -spezifischen BGM-Strukturen» herauskristallisierten. Die Projektgruppe BGM wird daraus 2014 konkrete Massnahmen ableiten.

Ebenfalls in einer direktionsübergreifenden Projektgruppe wurde die «Personal-Informatik-Strategie» erarbeitet. Das Vorgehen gestaltete sich mehrstufig und umfasste sowohl die Situationsanalyse, die Definition von Zielen, Grundsätzen und des Geltungsbereichs bis hin zur Planung von konkreten strategischen Projekten. Die Ergebnisse mündeten in einen Antragsentwurf «Personal-Informatik-Strategie 2014–2017», der den Direktionen und der Staatskanzlei zur Vernehmlassung zugestellt wurde. Im Folgejahr wird dem Regierungsrat ein Antrag zur Personal-Informatik-Strategie zum Entscheid vorgelegt.

Mit der Umsetzung der weiteren Massnahmen der Personalstrategie 2012–2015 wurde ebenfalls im Berichtsjahr begonnen.

Arbeiten zur Optimierung des kantonalen Netzwerks

Das Kantonale Informatik-Team (KIT) hat im Berichtsjahr das Konzept und das Verrechnungskonzept für das neue Netz LEUnet2 erarbeitet und verabschiedet. Diese Konzepte bilden die Grundlage für die geplante Submission im Jahr 2014 und enthalten die Grundlage für das neue Netz, das ab etwa Mitte 2015 das bisherige LEUnet ersetzen soll.

Arbeiten zur Verselbstständigung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Die neu gegründete Stiftung BVK wurde am 11. September 2013 ins Handelsregister eingetragen. Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 950/2013 die Finanzdirektion ermächtigt, mit dem Stiftungsrat einen Vertrag über das Interimsregime abzuschliessen. In dieser Vereinbarung vom 10./12. September 2013 wurde der Stiftung BVK die Geschäftsführung der Versicherungskasse übertragen. In diesem Zusammenhang hat das gesamte Personal der BVK das Arbeitsverhältnis freiwillig in die Stiftung BVK übergeführt.

Der Stiftungsrat hat im Dezember des Berichtsjahres alle einschlägigen Reglemente der Stiftung BVK bei der BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS) eingereicht und hat dieselben Reglemente der Finanzdirektion zugestellt. Einzig das Teilliquidationsreglement setzt eine konstitutive Genehmigungsvorlage der BVS voraus.

Legislaturziele

Die Finanzdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 13–17 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit SK und GD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 14a des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Position im internationalen und interkantonalen Steuerwettbewerb ist gestärkt (LZ RR 13).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 13a des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit JI, SK, GD und BD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 15 b, 15 f und 15 g des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit BD, BI und DS).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 16 a und 16 c des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Die Finanzierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK) ist sichergestellt (LZ RR 17).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 17a des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Revision des Staatsbeitragsgesetzes
Massnahme	Revision des Staatsbeitragsgesetzes (Projekt 4100/05)
Stand	Verzicht
Kommentar	Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr beschlossen, das Projekt zur Revision des Staatsbeitragsgesetzes nicht weiterzuverfolgen.

Legislaturziel	7 Ausbau des Informatikprogramms ZüriPrimo
Massnahme	7.1 Umsetzung des Informatikprojekts ZüriPrimo (Projekt 4400/01)
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Programm ZüriPrimo verläuft weiter nach Plan. Mit Beschluss Nr. 785/2013 wurde die Realisierungseinheit «RE08 Wertschriftenbewertung» und mit Beschluss Nr. 1240/2013 «RE05 Juristische Bibliothek» zur Umsetzung genehmigt. Die Realisierungseinheit «RE03 Workflow» und der erste Teil der Realisierungseinheit 05 «RE05 E-Government» konnten abgeschlossen werden. Erhöhte Aufmerksamkeit gilt weiterhin den Gesamtkosten aufgrund der grossen Bandbreite bei der Kostenprognose in den Vorhaben «RE04 Ersatzbeschaffung Direkte Bundessteuer» und «RE07 Ersatzbeschaffung Quellensteuer».
Massnahme	7.2 E-Government: elektronische Einreichung von Steuererklärungen übers Internet (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 05)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Nach dem erfolgreichen Pilotbetrieb 2012 mit sieben Pilotgemeinden für die elektronische Steuererklärung im Projekt «RE05 E-Government» wurde die Ausbreitung auf den ganzen Kanton ebenfalls erfolgreich abgeschlossen. Zusätzlich wurde im Januar des Berichtsjahres die Light-Variante für steuerlich einfache Fälle eingeführt, die offensichtlich einem Bedürfnis vieler Steuerpflichtiger entspricht. In den sieben Pilotgemeinden haben sich bis zum ordentlichen Einreichungstermin Ende März des Berichtsjahres gegenüber dem gleichen Vorjahresdatum dreimal so viele Steuerpflichtige entschieden, ihre Deklaration online einzureichen. In den neu hinzugekommenen 164 Gemeinden, die 60% der Kantonsbevölkerung umfassen, war der Anteil der Online-Einreichenden bis dahin ebenfalls höher als vor einem Jahr in den sieben Pilotgemeinden.
Massnahme	7.3 Ablösung der Applikation «Direkte Bundessteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 04)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Konzeptarbeiten sind im Berichtsjahr weit fortgeschritten, und in den Vergabeverfahren wurde das neue Bezugssystem evaluiert. Das Verfahren zur Beschaffung des neuen Personenregisters ist bei Ende der Berichtsperiode noch im Gange. Die Ablösung ist bis 2016 vorgesehen. Erhöhte Aufmerksamkeit gilt weiterhin den Gesamtkosten aufgrund der grossen Bandbreite bei der Kostenprognose.

Massnahme	7.4 Ablösung der Applikation «Quellensteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 07)
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Konzeptarbeiten sind im Berichtsjahr weit fortgeschritten, und in den Vergabeverfahren wurden das neue Portal zur Quellensteuerabrechnung sowie die Veranlagungslösung evaluiert. Das Verfahren zur Beschaffung des neuen Personenregisters ist Ende der Berichtsperiode noch im Gange. Die Ablösung ist bis 2015 vorgesehen. Erhöhte Aufmerksamkeit gilt weiterhin den Gesamtkosten aufgrund der grossen Bandbreite bei der Kostenprognose.
Legislaturziel	8 Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandplanung
Massnahme	Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandplanung
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Massnahme ist Bestandteil der Personal-Informatik-Strategie, die dem Regierungsrat 2014 zum Beschluss vorgelegt wird.
Legislaturziel	9 Zeitgemässe, zweckmässige und wirtschaftliche Verwaltungsinfrastruktur
Massnahme	SAP-Strategie festlegen und umsetzen
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Abstimmung von Sach- und Wirtschaftlichkeitskriterien erfordert mehr Aufwand als erwartet. Das Anliegen wird in veränderter Form angestrebt. Anstatt einer Strategie für SAP soll eine funktionale Einsatzstrategie für SAP-Produkte erarbeitet werden.
Legislaturziel	10 Verselbstständigung der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
Massnahme	Verselbstständigung der BVK (von Bundesrechts wegen bis 31. Dezember im Berichtsjahr): Gründung der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich», Erlass der Verordnung für die Wahl des Stiftungsrats und allenfalls Revision der Stiftungsurkunde, Fusion der BVK als unselbstständiger Anstalt mit der Stiftung «BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich»
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Arbeiten zur Verselbstständigung der BVK erfolgen gemäss Projektplan. Der Stiftungsratspräsident hat den Regierungsrat am 4. Dezember im Berichtsjahr über den Stand der Arbeiten informiert.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	7 718.0	8 080.8	7 648.9	–431.9
Aufwand	–1 207.6	–949.1	–965.7	–16.6
Kreditübertragungen aus 2012		–0.1		
Saldo	6 510.4	7 131.7	6 683.1	–448.5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1.2	0.0	0.7	0.7
Ausgaben	–7.6	214.2	–9.3	–223.4
Kreditübertragungen aus 2012		–0.6		
Saldo	–6.4	214.2	–8.6	–222.7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	896.0	892.2	871.6	–20.6

Erfolgsrechnung

- 250.0 Die vom Kantonsrat im Budget 2013 zentral eingestellte Verbesserung von 250 Mio. Franken wird in anderen Leistungsgruppen umgesetzt.
- 191.0 Nachträge an direkten Steuern für frühere Steuerperioden: Die Schätzung der Nachträge der Steuerperiode 2013 erhöhte sich aufgrund des höheren Durchschnitts der Nachträge in den Jahren n–7 bis n (§ 19 Abs. 2 lit. b RLV). Für die abzurechnende Steuerperiode 2009 (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV) waren die Nachträge jedoch tiefer. Gemäss § 19 Abs. 3 RLV kann die Schätzung der Nachträge schon vor dem Rechnungsjahr n+4 korrigiert werden. Während aufgrund der bereits vereinnahmten hohen Nachträge 2010 die entsprechende Schätzung leicht nach oben korrigiert werden konnte, musste infolge nicht erwartetem Einbruch der Nachträge 2011 die Schätzung 2011 massiv nach unten korrigiert werden (Hinweis: Im Anhang ist die Verbuchung der Staatssteuererträge detailliert beschrieben).
- 92.7 Bei der Budgetierung im Lotteriefonds wurde angenommen, dass im Berichtsjahr grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Rheinau, Villa Flora, Kunsthaus, Stiftung Raumentwicklung). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich allerdings verzögert. Folglich ergab sich anstelle der budgetierten Entnahme von 80.6 Mio. Franken eine Einlage in den Fondsbestand von 12.1 Mio. Franken.
- 73.9 Die Staatssteuererträge der laufenden Periode liegen um 1,6% unter dem budgetierten Steuersoll.
- 71.9 Der Anteil des Kantons Zürich am Ertrag der Direkten Bundessteuer beruht auf den tatsächlich eingegangenen Zahlungen (Ist-Methode) und ist damit vom Zahlungsverhalten abhängig. Die Budgetierung im Berichtsjahr fiel, insbesondere mit Blick auf die Nachträge für Vorperioden, zu hoch aus.
- 51.8 Der Sanierungsbeitrag an die BVK betrug 2.5% (anstelle der budgetierten 3.75%). Deshalb sind die Erträge aus der Verrechnung an die anderen Leistungsgruppen tiefer.

- 27.3 Der Saldo aus kalkulatorischem Zinsertrag und Zinsaufwand ist schlechter als budgetiert, hauptsächlich wegen geringerer Investitionen in den anderen Leistungsgruppen.
- 13.0 Tiefere Nachsteuern aufgrund verminderter Anzahl erledigter Selbstanzeigen und tieferer Verzugszinsen als budgetiert
- 7.8 Die im Budget 2013 zentral eingestellten Aufwandminderungen für planmässige Abschreibungen aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionsbudgets fallen in den anderen Leistungsgruppen an.
- 5.4 Niedrigerer Ertrag aus Festgeldanlagen infolge tieferer Zinsen
- 3.4 Niedrigerer Ertrag aus Neukonversionen des ZKB-Dotationskapital infolge tieferer Zinsen
- 2.0 Geringere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (-0.6) und tiefere Dividende der Axpo Holding AG (-1.4)
- +131.3 (Teil-)Auflösung der BVK-Sanierungsrückstellungen (vgl. RRB Nr. 176/2014)
- +88.7 Die Beitragszahlungen des Lotteriefonds fielen im Berichtsjahr geringer aus als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen nicht zum Entscheid oder zur Auszahlung gelangten (z. B. Rheinau, Villa Flora, Kunsthaus, Stiftung Raumentwicklung).
- +39.6 Quellensteuer: Die Auswirkungen von San10 (Massnahme 4400-102) führten weiterhin zu einem Anstieg der Quellensteuererträge.
- +14.2 Die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwanken aufgrund von Nachlässen mit hohem Steuerertrag.
- +14.2 Aufwand Staatssteuern: Geringere Wertberichtigungen auf Staatssteuerforderungen von 18 Mio. Franken. Andererseits führte der Mehrertrag an Quellensteuern zu höheren Bezugsprovisionen an die Arbeitgeber und ebenso zu höheren Entschädigungen an die Gemeinden (-3.8 Mio. Franken).
- +12.9 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals aufgrund tieferer Zinsen bei höheren Kapitalaufnahmen
- +12.5 Höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge Mehrertrags des Bundes
- +7.8 Wegfall von budgetierten Konsolidierungskorrekturen in der Leistungsgruppe Nr. 4950 «Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen»
- +4.9 Der zusätzliche Rückstellungsbedarf aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren, der Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, der Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie der Richterinnen und Richter fiel aufgrund der sinkenden Zahl Anspruchsberechtigter sowie des tieferen versicherungsmathematischen Zinssatzes geringer aus als budgetiert.
- +4.1 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+2.0), der Schweizerischen Rheinsalinen AG (+1.1) sowie der Abraxas Informatik AG (+1.0)
- +3.4 Die Staatskanzlei und die Kantonale Denkmalpflege haben die ihr zustehenden Lotteriefonds-Beiträge nicht ausgeschöpft.
- +3.0 Der Ertrag von Swisslos im Lotteriefonds ist abhängig von deren Leistung (insbesondere von der Anzahl guter Jackpot-Wochenenden). Die Einnahmen von Swisslos waren tiefer budgetiert.
- +2.2 Tieferer Personalaufwand im Steueramt als budgetiert infolge tieferem Beschäftigungsumfang
- +2.9 Übrige Verbesserungen

Investitionsrechnung

- 247.9 Die im Budget der Leistungsgruppe Nr. 4950 «Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen» zentral eingestellte Korrektur des Investitionsvolumens (gestützt auf die Annahme, dass die Investitionsbudgets lediglich zu 80% ausgeschöpft werden können) fällt in den anderen Leistungsgruppen an.
- 7.2 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK)
- +20.0 Die MCH Group AG hat auf die Auszahlung eines zinsvergünstigten, rückzahlbaren Darlehens verzichtet.
- +9.5 Minderinvestitionen gemäss dem Fortschritt im Projekt ZüriPrimo des Steueramtes
- +1.2 Die finanziellen Mittel zur Optimierung IT-gestützter Beschaffungsprozesse in der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) wurden nicht beansprucht.
- +0.8 Aufgrund fehlender personeller Ressourcen konnten im Kompetenzzentrum SAP der Finanzverwaltung Weiterentwicklungen und Optimierungen der Systemperformance nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden.
- +0.7 Teilrückzahlung eines Darlehens durch die Zurich International School Wädenswil
- +0.1 Geplantes IT-Tool zur Administration der Staatsbeiträge entfällt nach Verzicht auf die Revision des Staatsbeitragsgesetzes.
- +0.1 Die für 2013 geplanten Büromobiliar-Investitionen der Finanzverwaltung sind bereits im Vorjahr erfolgt. Zudem fielen die Investitionen ins IKS-Tool geringfügig tiefer aus geplant.

Personal

- 16.2 Der Beschäftigungsumfang des Steueramtes hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Budget 2013 um 16.2 Stellen vermindert, gegenüber dem Rechnungsjahr 2012 um 28.8 Stellen. Der zu hohe Beschäftigungsumfang 2012 wurde mit einem anfänglichen Einstellungsstopp kompensiert. Die budgetierten 715 Stellen für das Berichtsjahr konnten infolge Rekrutierungsschwierigkeiten jedoch nicht mehr erreicht werden (vgl. als Folge davon die tieferen Erträge von Staats- und Gemeindesteuern in der Leistungsgruppe Nr. 4910 «Steuererträge» sowie der tiefere Personalaufwand und die tiefere Zahl der Steuereinschätzungen [Indikatoren L4 und L5] in der Leistungsgruppe Nr. 4400 «Steuern Betriebsteil»).
- 4.2 Der Beschäftigungsumfang der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) liegt aufgrund von Vakanzen und des Verzichts zur Besetzung von Stellen tiefer als budgetiert.
- 1.0 Im Budget war in der KITT-Geschäftsstelle die Besetzung der Stelle einer/eines IT-Sicherheitsverantwortlichen geplant. Diese Stelle wurde noch nicht besetzt.
- 0.2 Der Stellenplan des Generalsekretariats FD wurde nicht ausgeschöpft.
- +0.9 Der Stellenplan des Personalamtes wurde per 1. Januar 2013 auf 43.35 Stellen angepasst. Zudem erfolgte eine temporäre Überschreitung des Stellenplans zur Kompensation einer Langzeitabsenz.
- +0.2 Finanzverwaltung: Zusätzliche Aushilfen im Buchungszentrum (+1.9) sowie Vakanzen im Kompetenzzentrum SAP und im Controllerdienst (-1.7)

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2013	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
ZüriPrimo	-0.5	-68.7	-37.5	-31.2

Das Programm ZüriPrimo ist die einzige grössere Investition innerhalb der betrieblichen Leistungsgruppen der Finanzdirektion. Mit ZüriPrimo wird ein Informatiksystem verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Programm ist in zwölf Realisierungseinheiten (RE) unterteilt und wird zwischen 2004 und 2018 ausgeführt.

Die in der tabellarischen Übersicht ausgewiesenen Werte umfassen den voraussichtlichen Anteil der Investitionsrechnung über die gesamten zwölf Realisierungseinheiten des Programms ZüriPrimo. Der finanzielle Gesamtrahmen des Programms von 126.7 Mio. Franken ergibt sich aus dem Konzept-RRB Nr. 307/2004 abzüglich der Sparmassnahmen MH06 und beinhaltet unter IPSAS sowohl Ausgaben in der Erfolgsrechnung wie auch in der Investitionsrechnung.

Bemerkung zu den «Total bewilligten Ausgaben» im Projekt ZüriPrimo: Per Ende des Berichtsjahres wurde von den notwendigen Ausgabenbewilligungen für die einzelnen Realisierungseinheiten erst ein Teil durch einen Regierungsratsbeschluss genehmigt.

In der finanziellen Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, werden Darlehen an öffentliche und private Unternehmungen geführt.

Im Budget der finanziellen Leistungsgruppe Nr. 4950, Verrechnete Zinsen und übrige Sammelpositionen, werden zentral Korrekturen des Investitionsvolumens vorgenommen, da das Investitionsbudget des Kantons jeweils nur zu rund 80% ausgeschöpft wird. Die in der Rechnung tieferen Investitionsausgaben fallen jedoch in den anderen Leistungsgruppen an.

Leistungsgruppen

4000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Neben den üblichen Unterstützungsleistungen zugunsten der Direktionsvorsteherin bzw. der Ämter beschäftigte sich das Generalsekretariat insbesondere mit den folgenden Schwerpunkten:

- Der Bereich Versicherungsdienste betreute im Berichtsjahr knapp 80 Versicherungspolizen. Bei fünf Policen wurde die Abklärung für deren weitere Notwendigkeit eingeleitet. Die Überprüfung war am Ende des Berichtsjahres noch im Gang. In den Richtlinien zum KEF 2014–2017 (Beschluss Nr. 271/2013) und in der Weisung der Finanzverwaltung zum KEF 2014–2017 vom 18. März 2013 wurden die Voraussetzungen für die Abwicklung eines Haftpflicht- oder Eigenschadens einer Leistungsgruppe des Kantons über die Leistungsgruppe 4921 (Schadenausgleich) präzisiert.
- Im Berichtsjahr wurden überdies 47 nicht versicherte Staatshaftungsfälle bearbeitet (Vorjahr: 111). Die Verminderung der Anzahl eröffneter und erledigter, nicht versicherter Staatshaftungsbegehren im Vergleich zum Vorjahr hängt mit einer Vereinbarung zwischen der Finanzdirektion und der Oberstaatsanwaltschaft vom 27. August 2012 zusammen. Aufgrund dieser Vereinbarung erledigt die Oberstaatsanwaltschaft seit 1. September 2012 gegen sie gerichtete, unbestrittene Staatshaftungsbegehren mit einer Schadenssumme von bis zu Fr. 1000 selbstständig, d. h. ohne Einbezug der Finanzdirektion. Dabei handelt es sich in der Regel um Staatshaftungsbegehren im Zusammenhang mit strafprozessualen Untersuchungshandlungen (zwangsweises Öffnen einer Wohnungstür bei einer Haus- oder Wohnungsdurchsuchung). Pro Jahr fallen bei den Versicherungsdiensten damit rund 50 Routinegeschäfte weg.
- Im Berichtsjahr wurden 11 Notariatsgebührenrekurse erledigt. Nachdem die Zahl der Rekurse im Zusammenhang mit den bis Ende 2011 erfolgten Eigentumsübertragungen als Reaktion auf die Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer 2012 auf 36 gestiegen war, sank sie im Berichtsjahr wieder.
- Im Bereich Erbschaften und Vermächtnisse inklusive Nachlasskonkurse konnten 49 Fälle abgeschlossen werden. Aus dem Vermächtnis des bekannten Zürcher Künstlers Max Hunziker kamen der Kantonalen Kunstsammlung einige repräsentative Werke bzw. insgesamt 17 ausgewählte Bilder zu.
- Im Rahmen der Umsetzung der direktionsinternen IT-Strategie trat der Informatikverantwortliche der Finanzdirektion im Mai seine Stelle im Generalsekretariat an.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stabsdienste: Unterstützung der Direktionsvorsteherin, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten
A2	Verschiedene eigenständige Leistungen: Bearbeitung von Erbschaften und Vermächtnissen, Notariatsgebührenrekurse, Abordnungen in Institutionen und Kommissionen
A3	Versicherungsdienste: Abschluss und Verwaltung der Policen, Begleitung der versicherten Schadenfälle des Personals und des Staates sowie Bearbeitung der Staatshaftungsfälle
A4	Lotteriefonds: Verwaltung des Fonds, siehe Leistungsgruppe Nr. 4980
A5	Kommunikation: Kontinuierliche Information der Öffentlichkeit, Bearbeiten von Medienanfragen und Pflege des Internetauftritts

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Durch Gericht korrigierte Notariatsgebührenrekursentscheide in % (vgl. A2)	max.	0	10	0	-10
W2	Durch Gericht korrigierte Haftpflichtentscheide in % (vgl. A3)	max.	0	1	0	-1
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Unterstützung der Direktionsvorsteherin (vgl. A1, A5)	P	6 402	7 700	5 939	-1 761
L2	Anzahl überprüfter und z. T. mitgestalteter RR-Anträge der FD (vgl. A1)	P	143	150	163	13
L3	Anzahl überprüfter RR-Anträge der anderen Direktionen (vgl. A1)	P	1 241	1 600	1 292	-308
L4	Anzahl erledigter Notariatsgebührenreurse (vgl. A2)	P	36	15	11	-4
L5	Anzahl erledigter Erbschafts- und Vermächtnisfälle (vgl. A2)	P	12	10	31	21
L6	Anzahl Abordnungen in Institutionen und Kommissionen (vgl. A2)	P	20	22	18	-4
L7	Anzahl erledigter nicht versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	111	100	47	-53
L8	Anzahl erledigter versicherter Haftpflichtfälle (vgl. A3)	P	182	150	166	16
L9	Anzahl Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen (vgl. A3)	P	27	30	28	-2
L10	Anzahl eingegangener Gesuche Lotteriefonds (vgl. A4)	P	450	440	450	10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	17	15	39	24
B2	Durchschnittliche Anzahl Stunden pro versicherten Haftpflichtfall (vgl. A3)	P	4	9	6	-3
B3	Aufwand für Versicherungen in % der Jahresprämien (vgl. A3)	max.	0.17	0.5	0.27	-0.23
Abweichungsbegründungen						
L1	Der Budgetwert wurde zu hoch veranschlagt.					
L2, L3	Diese Indikatoren sind durch Generalsekretariat nicht beeinflussbar.					
L5	Es konnten mehr Erbfälle und Vermächtnisse mit Mittelzugang (d. h. ohne Nachlasskonkurse) erledigt werden.					
L7, L8	Ist jeweils Schwankungen unterworfen und hängt somit von der Anzahl eingehender Fälle als auch von deren Komplexität und organisatorischer Abwicklung ab, was sich auch auf B1 und B2 auswirkt (siehe dazu auch Hauptereignisse Absatz 3 betreffend der Vereinbarung mit der Oberstaatsanwaltschaft).					
B3	Im Berichtsjahr konnten nur die wichtigsten Policen bearbeitet werden.					
Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt						

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.8	1.1	2.2	1.1
Übertrag aus Lotteriefonds	0.4	0.4	0.4	0.0
Regalien	0.4	0.3	0.4	0.1
Ertrag aus Erbanfällen	0.9	0.3	1.3	1.0
Aufwand	-3.0	-3.4	-3.7	-0.2
Saldo	-1.2	-2.4	-1.5	0.9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	10.7	12.5	12.3	-0.2

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +1.1 Es konnten mehr Erträge aus abgeschlossenen Erbfällen als geplant eingenommen werden (+1.0 Mio. Franken) und die Gebührenrückerstattung aus dem Salzregal (+0.1 Mio. Franken) fiel leicht höher aus.

Personal:

- 0.2 Der Stellenplan wurde nicht ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	78 858	-7 780	+5 000	76 078	-2 780

Bildung von Rücklagen 2013

Es wurden rund 460 Arbeitsstunden geleistet, die Ende des Berichtsjahrs verfallen sind. Sie wurden im Zusammenhang mit der Überbrückung von krankheitsbedingten Abwesenheiten geleistet.

4100 Finanzverwaltung

Hauptereignisse

Neben der Kommunikation der Anliegen der NFA-Geberkantone (siehe Überblick Finanzdirektion) haben im Berichtsjahr folgende Schwerpunktthemen die Arbeit der Finanzverwaltung geprägt:

Internes Kontrollsystem (IKS)

Auf Anfang des Berichtsjahres wurde in der Finanzverwaltung eine IKS-Fachstelle eingerichtet. Diese berät die Organisationseinheiten und leitet die regelmässig tagende Fachgruppe der IKS-Delegierten der Direktionen. In der Fachgruppe der IKS-Delegierten informieren sich die IKS-Fachstelle und die IKS-Delegierten gegenseitig über allfällige Probleme und die Weiterentwicklung des IKS.

Die IKS-Fachstelle ist unter anderem zuständig für die Leitung von Projekten zum Aufbau und zur Weiterentwicklung des IKS im Kanton sowie die Information und Schulung insbesondere der IKS-Delegierten und der IKS-Beauftragten. Im Berichtsjahr begleitete die IKS-Fachstelle zudem verschiedene Projekte zur Implementierung eines IKS-IT-Tools in den Amtsstellen der FD, den Generalsekretariaten der Volkswirtschafts- und der Gesundheitsdirektion sowie der Finanzkontrolle.

Revision der Rechnungslegungsverordnung

Seit 2009 richtet sich die Rechnungslegung des Kantons Zürich nach IPSAS. Die Grundzüge der Rechnungslegung sind im CRG, die Ausführungsbestimmungen in der Rechnungslegungsverordnung (RLV) geregelt. Die vollständige Liste der im Kanton Zürich angewendeten IPSAS-Standards wird im Anhang zur RLV geführt. Weiterentwicklungen der IPSAS, die sich für die Übernahme im Kanton nicht eignen, werden als Abweichungen ausgewiesen.

Seit der letzten Revision der RLV im Jahr 2011 haben sich die IPSAS in einzelnen Bereichen weiterentwickelt. Neben redaktionellen Änderungen, die in drei sogenannten Sammelstandards zusammengefasst wurden, sind vier neue IPSAS erschienen und es ist ein IPSAS ausser Kraft gesetzt worden. Betroffen sind insbesondere Finanzinstrumente und Dienstleistungskonzessionen.

Der Regierungsrat hat am 3. September 2013 die Nachführung der Rechnungslegung des Kantons beschlossen. Die Genehmigung einer wesentlichen Abweichung zu IPSAS 29 (Vorlage 5014) durch den Kantonsrat steht noch aus. Diese Regelungen wären erstmals für das Geschäftsjahr 2015 anzuwenden. Damit würde die Bewertung der Beteiligungen im Verwaltungsvermögen weiterhin zu Anschaffungskosten erfolgen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzcontrollerdienste zur Vorbereitung politischer Entscheide
A2	Führung eines leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens
A3	Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
A4	Führung der SAP-Applikationen

Leistungsgruppen

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Mittelfristiger Ausgleich der Erfolgsrechnung gemäss Planung (Kumulierter Saldo der jeweils letzten 8 Jahre in Mio. Franken, vgl. A1)	P	3 985	2 150	2 370	220
W2	Verschuldung (Fremdkapital ./ Finanzvermögen in Mrd. Franken, vgl. A1)	P	5.1	6.1	5.1	-1.0
W3	Angemessene Selbstfinanzierung in % gemäss Planung (durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad der jeweils letzten 8 Jahre vgl. A1)	P	116	77	94	17
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Planung des Regierungsrates (KEF / Budget / Nachtragskredite, Haushalts- und Finanzpolitik, vgl. A1)	max.	3 300	2 800	2 880	80
L2	Arbeitsstunden für Berichtswesen für den Regierungsrat (Rechnung / Zwischenberichte, vgl. A1)	max.	1 800	1 400	1 870	470
L3	Anzahl bearbeitete KR-Überweisungen: komplexe über Fr. 50 000 / einfache unter Fr. 50 000 (vgl. A1)	P	0/2	0/10	0/3	0/-7
L4	Anzahl schriftliche Stellungnahmen (vgl. A1)	max.	855	1 025	853	-172
L5	Anzahl Grossprojekte (über Fr. 500 000, vgl. A1)	P	2	1	2	1
L6	Anzahl Projekte (zwischen Fr. 100 000 und Fr. 500 000, vgl. A1)	P	2	4	3	-1
L7	Arbeitsstunden für den zentralen buchhalterischen Jahresabschluss (vgl. A2)	max.	1 500	1 140	1 550	410
L8	Arbeitsstunden für konzeptionelle Leistungen des Finanz- und Rechnungswesens (vgl. A2)	max.	3 100	3 400	3 000	-400
L9	Anzahl bearbeitete Kreditorenbelege (vgl. A3)	P	280 000	260 000	308 872	48 872
L10	Anzahl SAP-Benutzer, die durch das CC SAP betreut werden (vgl. A4)	P	8 600	8 200	9 155	955
L11	Anzahl Support-Tickets CC SAP (vgl. A4)	P	3 900	4 100	4 181	81

Abweichungsbegründungen

W1	Im Zeitpunkt der Budgetierung war lediglich die Rechnung 2011 bekannt. Die Verbesserung gegenüber dem Budget ist auf die Rechnungsergebnisse 2012 und 2013 sowie die geringere Belastung durch die BVK-Sanierung im Jahr 2013 zurückzuführen.
W2	Im Zeitpunkt der Budgetierung war lediglich die Rechnung 2011 bekannt. Die Verschuldung ist um 1 Mrd. Franken besser als budgetiert, weil sich der Kanton sowohl 2012 als auch 2013 weniger verschulden musste als budgetiert.
W3	Im Zeitpunkt der Budgetierung war lediglich die Rechnung 2011 bekannt. Der kumulierte Selbstfinanzierungsgrad ist höher als budgetiert, weil der Selbstfinanzierungsgrad 2012 und 2013 deutlich höher ausfiel als erwartet.
L2	Die Arbeitsstunden liegen auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Budget sind Mehrstunden für die Finanzstatistik von Bund und Gemeinden geleistet worden.
L3	Im Berichtsjahr wurden von der Finanzverwaltung drei Kantonsratsvorlagen beantwortet. Die Zahl der zu bearbeitenden KR-Überweisungen ist von der Finanzverwaltung nicht beeinflussbar.
L4	Die erwartete Steigerung der Anzahl Stellungnahmen ist nicht eingetreten. Der Rechnungswert bewegt sich auf dem Vorjahresniveau.
L5	Das Projekt zur Revision des Staatsbeitragsgesetzes sowie die Arbeiten zur Optimierung der SAP-Berechtigungen wurden im Berichtsjahr als Grossprojekte geführt.
L6	Im Berichtsjahr wurden drei Projekte abgeschlossen: die Einführung des SAP-Moduls Disclosure Management zur effizienteren Erstellung des Finanzberichts, die Einführung des IKS-Tools sowie das Organisationsentwicklungsprojekt im Kompetenzzentrum SAP.
L7	Die Arbeitsstunden von L7 sind in den Arbeitsstunden von L2 enthalten. Die Abweichungsbegründung ist dieselbe.
L8	Konzeptionelle Leistungen wurden weniger als zentrale Dienstleistung, sondern in Projekten erbracht.
L9	Höhere Anzahl Kreditorenbelege, einerseits wegen neuer Kunden wie etwa die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz), die Wehrpflichtverwaltung, das Migrations- und das Sozialamt, andererseits wegen höherer Belegzahlen bestehender Kunden wie den Fachhochschulen, der Bau- und der Gesundheitsdirektion.
L10	Höhere Benutzerzahlen infolge weiterer Einführungen des IKS-Tools sowie zusätzlicher Schulgemeinden, die im Personaladministrationsbereich SAP-Zugriff benötigen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Sanierungsprogramm San10, Effizienzsteigerungsmassnahmen der Finanzverwaltung (Projekt 4100/06) Abgeschlossen Mit Ausnahme einzelner Massnahmen der Direktionen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit und Effizienz in der Zusammenarbeit zwischen den Institutionen	-	2014
E2	Revision des Staatsbeitragsgesetzes (Projekt 4100/05) Verzicht Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr beschlossen, das Projekt zur Revision des Staatsbeitragsgesetzes nicht weiterzuverfolgen.	-	2016

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6.7	6.3	7.5	1.2
Interne Verrechnungen Dienstleistungen	6.6	6.2	7.4	1.2
Aufwand	–14.8	–15.2	–15.7	–0.4
Personalaufwand	–8.3	–8.7	–8.6	0.1
Abschreibungen und Zinsen	–0.5	–0.5	–0.3	0.2
Kreditübertragungen aus 2012		–0.1		
Saldo	–8.1	–8.9	–8.2	0.8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–0.3	–1.1	–0.1	1.0
Kreditübertragungen aus 2012		–0.6		
Saldo	–0.3	–1.1	–0.1	1.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	57.6	57.2	57.4	0.2

Erfolgsrechnung

Die Abweichung des Erfolgsrechnungssaldos von +0.8 Mio. Franken erklärt sich wie folgt:

- +0.4 Geringere Honoraraufwendungen: Revision Staatsbeitragsgesetz nicht weiterverfolgt, Revision CRG mit internen Ressourcen umgesetzt und SAP-Systemoptimierung mangels Ressourcen nicht im geplanten Umfang umgesetzt.
- +0.3 Zusätzlicher interner Nettoertrag aus nicht budgetierten Leistungen des Buchungszentrums (vor allem höhere Anzahl Kreditoren-Belege; vgl. L9).
- +0.1 Geringere Aufwände infolge von Projektverschiebungen mangels Ressourcen im Kompetenzzentrum SAP

Investitionsrechnung

Die Abweichung der Nettoinvestitionen von rund 1 Mio. Franken erklärt sich wie folgt:

- +0.8 Aufgrund fehlender personeller Ressourcen konnten im Kompetenzzentrum SAP Weiterentwicklungen und Optimierungen der Systemperformance nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden.
- +0.1 Geplantes IT-Tool zur Administration der Staatsbeiträge entfällt nach Verzicht auf die Revision des Staatsbeitragsgesetzes.
- +0.1 Die für 2013 geplanten Büromobiliar-Investitionen sind bereits im Vorjahr erfolgt. Zudem fielen die Investitionen ins IKS-Tool geringfügig tiefer aus geplant.

Personal

- +0.2 Zusätzliche Aushilfen im Buchungszentrum (+1.9) sowie Vakanzen im Kompetenzzentrum SAP und im Controllerdienst (-1.7)

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	237 871	-13 931	14 000	237 940	+69

Bildung von Rücklagen 2013

Es wurden rund 290 Stunden geleistet, die beim Jahreswechsel nicht als Mehrzeit übertragen werden konnten:

- Zur Erarbeitung der Rahmen- und Leistungsvereinbarungen des Kompetenzzentrums SAP mit seinen Kunden waren nicht geplante Mehrleistungen erforderlich (rund 230 Arbeitsstunden).
- Zur Sicherstellung des mittelfristigen Ausgleichs hat die Finanzverwaltung im Berichtsjahr ein direktionsübergreifendes Projekt geleitet. Die entsprechenden Mehrleistungen waren nicht geplant (rund 60 Arbeitsstunden).

Für den Antrag zur Bildung von Rücklagen wurden diese Stunden mit Fr. 50 bewertet.

4300 Amt für Tresorerie

Hauptereignisse

Geld- und Kapitalmarktaktivitäten

Das Amt für Tresorerie sorgt für die stete Zahlungsbereitschaft des Staates. Dazu wurden 207 Geldmarktgeschäfte mit einem Volumen von rund 12,57 Mrd. Franken getätigt. Dabei wurde grosser Wert auf die Auswahl der Gegenparteien und die Überwachung der Risiken gelegt. Zur Finanzierung der hohen Kapitalabflüsse (Fremdkapitalfälligkeiten in Höhe von 700 Mio. Franken und Einmaleinlage BVK in Höhe von 2 Mrd. Franken) wurde im Juli (1,01 Mrd. Franken) und im Dezember (440 Mio. Franken) zusätzliches Fremdkapital von insgesamt 1,45 Mrd. Franken am Kapitalmarkt aufgenommen.

Administration von Darlehen und Beteiligungen

Die fälligen Grundkapitaltranchen der Zürcher Kantonalbank wurden wie üblich zu den jeweiligen Refinanzierungskosten des Kantons erneuert.

Ausweis der finanziellen Auswirkungen

Die finanziellen Auswirkungen der Ereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4930, Kapital- und Zinsendienst Staat, ausgewiesen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Tresorerie (staatliche Mittelaufnahmen, -bewirtschaftung und Cash Management)
A2	Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen sowie der Lärmrechnung
A3	Administrative Führung von Beteiligungen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens
A4	Beratung des Kantonsrates und des Regierungsrates in Kapitalmarktfragen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl Überbrückungskredite (A1)	max.	0	0	0	
W2	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's (A1)	P	AAA	AAA	AAA	
Leistungen						
L1	Arbeitsstunden für Tresorerie (A1)	max.	3 452	4 000	3 327	-673
L2	Arbeitsstunden für Anlagebewirtschaftung der Legate und Stiftungen (A2)	max.	1 280	500	1 346	846
L3	Arbeitsstunden für Beteiligungen des Verwaltungs- und Finanzvermögens (A3)	max.	728	1 200	651	-549
L4	Arbeitsstunden für Anfragen / Beratung KR / RR (A4)	max.	390	400	207	-193

Wirtschaftlichkeit

B1	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in % (A1)	P	2.22	2.45	1.78
B2	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen im Verhältnis zum Vermögen, in % (A2)	P	0.16	0.10	0.15

Abweichungsbegründungen

L1	Die geringere Anzahl an Geldmarktgeschäften führte zu einem geringeren Arbeitsstundeneinsatz.
L2	Die im Jahre 2012 begonnene Neustrukturierung des Rechnungswesens für die Legate und Stiftungen führte auch im Berichtsjahr zu einem höheren Arbeitsstundeneinsatz.
L3	Geringerer Arbeitsstundeneinsatz, weil weniger Projekte als geplant anfielen.
L4	Tieferer Arbeitsstundeneinsatz, da weniger Anfragen zu bearbeiten waren.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.0		0.0	0.0
Aufwand	-0.8	-0.9	-0.9	-0.0
Saldo	-0.8	-0.9	-0.9	-0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.1			
Saldo	-0.1			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4.0	4.0	4.0	0.0

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	11 257	0	0	11 257	0

4400 Steuern Betriebsteil

Hauptereignisse

Wechsel in Leitungsfunktionen des Steueramtes

Am 1. September 2013 ging die Führung des Steueramtes an die neue Amtschefin über. Die Leitung war neu zu besetzen, da der vormalige Amtschef als Direktor zur Eidgenössischen Steuerverwaltung in Bern wechselte. Weil auf den gleichen Zeitpunkt der bisherige Chef-Stellvertreter pensioniert wurde, waren weitere Funktionen in der Geschäftsleitung neu zu bestimmen, so die Stellvertretung der Amtschefin sowie die Leitung der Bereiche Finanzen, Recht und des Stabs. Diese Neubesetzungen führten zu einer Verjüngung der Leitung. Dazu haben in der Geschäftsleitung neu zwei Frauen Einsitz. Der Anteil Frauen konnte auch auf Divisionsstufe erhöht werden, wo nun zwei der insgesamt sieben Divisionen des Bereichs Produktion von Frauen geführt werden.

Inbetriebnahme eines Workflow-Managementsystems für Einschätzungen

Das Workflow-Managementsystem ermöglicht die elektronische Steuerung des gesamten Veranlagungsprozesses und stellt damit einen zentralen Schritt hin zu einer umfassenden elektronischen Prozesssteuerung dar. Dadurch können auch der Bearbeitungsstand, die einzelnen Bearbeitungsschritte und die Erledigungsdauer der einzelnen Dossiers ohne physische Verschiebung von Papier jederzeit transparent gemacht werden. Neu werden Dossiers von natürlichen Personen, die einen normalen Umfang nicht übersteigen, nach dem Scannen ausschliesslich elektronisch bearbeitet. Die Einführung des Workflow-Managementsystems bedingte eine sorgfältige Schulung der Mitarbeitenden, die mit dem Workflow arbeiten. Die vollständige elektronische Bearbeitung von Dossiers stellt verschiedene neue Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Besonderes Augenmerk war ergonomischen Aspekten zu schenken. Dies führte zu Anpassungen bei der Gestaltung und Ausstattung der Arbeitsplätze sowie beim Licht und machte gar einen Umzug von Organisationseinheiten innerhalb des Amtsgebäudes notwendig. Erste Erfahrungen mit dem Workflow sind positiv. Es konnte eine stabile und zuverlässige elektronische Arbeitsumgebung geschaffen werden. Der Anteil der mit Papier verarbeiteten Dossiers kann damit auf ein sehr tiefes Niveau gesenkt werden.

Stabile Aufgabenerfüllung

Leistungsfreudige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllten trotz zahlreicher Projekte sowie Veränderungen hinsichtlich Führung, Rechtsgrundlagen und Umfeld zuverlässig ihre Aufgaben und stellten den reibungslosen Betrieb des Steueramtes sicher. Dabei wurden sie von stabilen Systemen und eingespielten Prozessen unterstützt. Auch die zürcherischen Gemeinden trugen im Bereich der Einschätzung der natürlichen Personen als verlässliche Partner zur Aufgabenerfüllung bei. In den Bereichen Quellensteuer sowie Nachsteuern und Bussen führen anhaltend hohe bzw. weiter zunehmende Fallzahlen dazu, dass der Einsatz der Ressourcen im kommenden Jahr überprüft werden muss.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
A2	Bezug Bundessteuern
A3	Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
A4	Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen korrigierte Veranlagungsentscheide des kantonalen Steueramtes in %	max.	6	5	8	3
W2	Projekt ZüriPrimo: Anzahl Steuerpflichtige am zentralen Register (vgl. E1) in %	P	99	99	100	1
Leistungen						
L1	Bestand offene Steuererklärungen Anfang Jahr (vgl. A1)	P	221 006	200 000	194 086	-5 914
L2	Neuzugänge von Steuererklärungen (vgl. A1)	P	866 602	935 000	936 273	1 273
L3	Anzahl einzuschätzende Steuererklärungen (vgl. A1)	P	1 087 608	1 135 000	1 130 359	-4 641
L4	Total erledigte Steuererklärungen (vgl. A1)	P	893 522	935 000	920 856	-14 144
L5	- davon eingeschätzt durch Kanton	min.	421 055	415 000	396 727	-18 273
L6	- davon eingeschätzt durch Gemeinden	P	472 467	520 000	524 129	4 129
L7	- Quote Einschätzungen durch Gemeinden in % des Totals erledigt	P	53.0	55.6	56.9	1.3
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr (vgl. A1)	max.	194 086	200 000	209 503	9 503
L9	Fristgerechte Veranlagungen (vgl. A1): - 1 Jahr nach Steuerperiode in %	min.	58	62	59	-3
L10	- 2 Jahre nach Steuerperiode in %	min.	98	97	97	0
L11	- 3 Jahre nach Steuerperiode in %	min.	99	99	99	0
L12	Anzahl Rechnungen Bundessteuer (vgl. A2)	P	1 427 135	1 487 000	1 422 037	-64 963
L13	Erbschaftssteuer-Veranlagungen mit Steuerbezug (vgl. A3)	P	1 410	1 250	1 329	79
L14	Schenkungssteuer-Veranlagungen mit Steuerbezug (vgl. A3)	P	483	400	474	74
L15	Quellensteuerverfahren (vgl. A4)					
L16	Anzahl abzurechnende Arbeitgeber (vgl. A4)	P	21 164	19 700	20 631	931
L17	Anzahl zu erfassende Arbeitnehmer (vgl. A4)	P	159 300	150 000	159 334	9 334
L18	Anzahl Quellensteuer-Rechnungen (vgl. A4)	P	77 933	82 000	92 346	10 346
Wirtschaftlichkeit						
B1	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für natürliche Personen (vgl. A1)	P	239	240	261	21
B2	Staatssteuer: Kosten pro Veranlagung für juristische Personen (vgl. A1)	P	266	265	272	7

Abweichungsbegründungen

W1	Der Wert liegt innerhalb der Bandbreite von 5% bis 8%.
L5	Es wurden 18 273 Steuererklärungen weniger eingeschätzt als geplant (vgl. auch Beschäftigungsumfang).
L9	Abnahme der fristgerechten Veranlagungen aufgrund tieferer Einschätzungsquote Kanton (vgl. L5)
L12	Die Anzahl der Pflichtigen, welche eine direkte Bundessteuerrechnung zu bezahlen haben, hat nicht wie erwartet zugenommen.
L16, L17	Geringfügiger Anstieg im Vergleich zum Budget, jedoch Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (vgl. L16) bzw. Gleichstand (vgl. L17)
L18	Hohe Zunahme der Anzahl Quellensteuer-Rechnungen infolge Massnahmen aus San10 (vgl. Ertrag Quellensteuer in der LG 4910)

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Umsetzung des Informatikprojekts «ZüriPrimo» (vgl. Projekt 4400/01) Planmässig	–	2018
E2	E-Government: elektronische Einreichung von Steuererklärungen übers Internet (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 05) Abgeschlossen	–	2013
E3	Ablösung der Applikation «Direkte Bundessteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 04) Planmässig	–	2015
E4	Ablösung der Applikation «Quellensteuer» (ZüriPrimo, Realisierungseinheit 07) Planmässig	–	2014
E5	Strategie und begleitende Massnahmen zur Erhaltung der Steuerhoheit und der guten Wettbewerbsposition sowie zur Optimierung des Steuersubstrats erarbeiten und umsetzen. Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	13a	2015
E6	Überprüfung der Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden im Bereich der Steuern und einer Neukonzeption der Prozesse und Informatikmittel Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15b	2015
E7	Einflussnahme auf die Bundesgesetzgebung zur Ausgestaltung des internationalen Informationsaustauschs in Steuersachen und die Auswirkungen auf den innerschweizerischen Informationsaustausch durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14e	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	5.4	5.7	5.7	0.0
Aufwand	-160.3	-167.1	-161.1	6.0
Personalaufwand	-100.5	-99.6	-97.4	2.2
Abschreibungen und Zinsen	-6.9	-6.4	-6.5	-0.1
Betrieb Informatik	-11.3	-12.2	-11.5	0.7
Hard- und Softwareaufwand	-22.5	-27.1	-25.4	1.6
Mieten und Sachaufwand	-19.2	-21.9	-20.3	1.5
Saldo	-154.9	-161.4	-155.4	6.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0.1		0.0	0.0
Ausgaben	-1.6	-11.5	-2.0	9.5
Saldo	-1.5	-11.5	-2.0	9.5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	727.6	715.0	698.8	-16.2

Erfolgsrechnung

- +2.2 Tieferer Personalaufwand als budgetiert infolge tieferem Beschäftigungsumfang
- +0.7 Betrieb Informatik: Aufgrund von Projektverzögerungen entfielen die entsprechenden betrieblichen Folgekosten.
- +1.6 Gemäss Projektfortschritt tieferer Hard- und Softwareaufwand
- +1.5 Miet- und Sachaufwand: Tiefere Sanierungsbeiträge Pensionskasse infolge Anstieg des Deckungsgrades der BVK über 90% (+0.9 Mio. Franken), geringerer Formular- und Drucksachenverbrauch (+0.5 Mio. Franken) sowie kleinere Einsparungen in verschiedenen Konten (+0.1 Mio. Franken)

Investitionsrechnung

- +9.5 Minderinvestitionen gemäss Projektfortschritt

Personal

- 16.2 Der Beschäftigungsumfang hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Budget 2013 um 16.2 Stellen vermindert, gegenüber dem Rechnungsjahr 2012 um 28.8 Stellen. Der zu hohe Beschäftigungsumfang 2012 wurde mit einem anfänglichen Einstellungsstopp kompensiert. Die budgetierten 715 Stellen für das Berichtsjahr konnten infolge Rekrutierungsschwierigkeiten jedoch nicht mehr erreicht werden (vgl. als Folge davon tiefere Erträge Staats- und Gemeindesteuern in LG 4910, tieferer Personalaufwand sowie tiefere Zahl Steuereinschätzungen als budgetiert, L4 und L5 in LG 4400).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 873 262	0	0	1 873 262	0

4500 Personalamt

Hauptereignisse

Für direktionsübergreifende Projekte wird auf den Funktions- und Querschnittsbereich Personal verwiesen. Für das Personalamt waren folgende Projekte und Ereignisse von Bedeutung:

Personalstrategie 2012–2015

Die sich aus der Personalstrategie 2012–2015 ergebenden Massnahmen wie z. B. «Verbesserung Personalmarketing und Kommunikation», «Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung» und «Personal-Informatik-Strategie» konnten wie geplant begonnen bzw. umgesetzt werden.

Rechtsdienst

Im Zusammenhang mit der Überführung der kantonalen Versicherungskasse BVK in eine privatrechtliche Stiftung ist das bisher in den Statuten der BVK enthaltene Personalrecht ins kantonale Personalrecht überzuführen. Dazu wurde im Rahmen des Projektes «Verselbstständigung BVK» ein Teilprojekt «Personalrecht» unter der Leitung des Personalamts ausgeschieden. Der Entwurf für die Nachführung des Personalgesetzes wurde Anfang des Berichtsjahres in die Vernehmlassung geschickt und im Anschluss, gestützt auf die Vernehmlassungsergebnisse, angepasst. Der Regierungsrat hat die Vorlage im Dezember zuhänden des Kantonsrates verabschiedet.

Personalentwicklung

Die Aus- und Weiterbildung der kantonalen Verwaltung bietet den Mitarbeitenden und Führungskräften vielfältige Bildungsangebote, die auf die Anforderungen der Verwaltungsarbeit ausgerichtet sind. Hierbei gewinnen Methoden und Medien für die Vermittlung von Lerninhalten und den Wissenstransfer ins Arbeitsumfeld wie beispielsweise filmische Lernsequenzen, Online-Themensammlungen, Blogs oder Foren zunehmend an Bedeutung. Sie ermöglichen es, Lernprozesse zu individualisieren und den Wissensaustausch unter den Lernenden zu fördern. Die Aus- und Weiterbildung möchte dieses Potenzial der elektronischen Medien verstärkt nutzen und erarbeitete im Berichtsjahr ein entsprechendes Grundlagenkonzept. Ziel ist es, den Lernprozess vermehrt über die Präsenzveranstaltungen hinweg zu gestalten und somit die Nachhaltigkeit des Lernerfolges zu erhöhen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Gewinnung und Erhaltung von Mitarbeitenden erfolgt bedürfnisorientiert und nach wirtschaftlichen Kriterien.
A2	Umsetzen der regierungsrätlichen Personalpolitik und der Personalstrategie 2012–2015. Steuerung und Planung mittels Personalcontrolling
A3	Förderung der Personal- und Kaderentwicklung. Fachliche Betreuung der kaufmännischen und Informatik-Lehrlingsausbildung
A4	Beratung in Fragen des Personalrechts, Begleitung von Rechtsmittelverfahren, Entwicklung des Personalrechts, Koordination von Case Management
A5	Sicherstellen und Veranlassen der Lohnauszahlung für die gesamte Verwaltung, Entwicklung und Pflege des kantonalen Lohnsystems
A6	Umsetzung der Personalpolitik innerhalb der Finanzdirektion

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Kursbeurteilung Programme zur Führungsentwicklung, mind. «gut», in % (A3)	min.	93	85	93	8
W2	Kursbeurteilung Personalschulung, mind. «gut», in % (A3)	min.	93	90	94	4
W3	Selbstbeurteilung Lehrlingsausbildung, mind. «gut», in % (A3)	min.	92	90	90	0
Leistungen						
L1	Anzahl Teilnehmende an Programmen zur Führungsentwicklung (A3)	P	113	90	182	92
L2	Anzahl durchgeführte Teilnehmende-Schulungstage einschliesslich Führungsweiterbildung (A3)	P	6 094	6 000	6 194	194
L3	Anzahl betreute Lernende (A3)	P	194	185	204	19
L4	Anzahl juristische Beratungen (A4)	P	2 200	2 300	2 000	-300
L5	Anzahl Lohnauszahlungen pro Monat (A5)	P	53 957	53 000	55 528	2 528
L6	Anzahl mit PULS-ZH bewirtschafteter Personaldossiers (Zahlstelle 1; A5)	P	15 700	15 500	15 800	300
L7	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Finanzdirektion pro HR-Stelle (A6)	P	208	195	169	-26
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Teiln. an Programmen Führungsentwicklung (A3)	P	3 288	3 500	3 688	188
B2	Kosten pro Teiln. an Kursen der internen Weiterbildung (A3)	P	549	600	575	-25
B3	Kosten pro Lernende, ohne Arbeitsplatzkosten (A3)	P	21 454	22 000	21 415	-585
B4	Kosten pro juristische Beratung (A4)	P	73	60	68	8
B5	Betriebskosten pro Lohnauszahlung und Jahr (A5)	P	113	82	103	21

Abweichungsbegründungen

L1	Aufgrund eines zusätzlichen Bedarfs der Direktionen und der Staatskanzlei wurden neue Weiterbildungsprogramme für Führungskräfte entwickelt und angeboten.
L3	Es bestehen unterjährige Schwankungen bei der Anzahl Lernenden und es wurden zusätzliche Lehrstellen im Bereich Informatik geschaffen.
L4	Die Anzahl von Rechtsberatungen unterliegt Schwankungen. Im Berichtsjahr gingen weniger Anfragen ein.
L5	Die Steigerung steht im Zusammenhang mit der erhöhten Anzahl Anstellungen (vgl. Funktionsbereich Personal).
L7	Die Abnahme des Indikators resultiert durch eine zusätzlich genehmigte saldoneutrale Stelle im HR der Finanzdirektion.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Umsetzung der Personalstrategie 2012–2015 (vgl. A2) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	16a	2015
E2	Einführung einer direktionsübergreifenden Kadernachwuchsförderung (Massnahme LZ FD; vgl. A3) Abgeschlossen Das Programm «dKNF» startete wie geplant im Berichtsjahr.	–	2013
E3	Aufbau einer systemintegrierten Lohn- und Personalaufwandsplanung (Massnahme LZ FD; vgl. A2) Planmässig Die Massnahme wurde in die Personal-Informatik-Strategie 2014–2017 integriert. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2015 gerechnet werden.	–	2014
E4	Konzeption und Einführung von einer «e-learning»-Plattform für die kantonale Aus- und Weiterbildung (vgl. A3) Planmässig Das Detailkonzept «e-learning» wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Die Einführung ist für 2014 geplant. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2014 gerechnet werden.	–	2013
E5	Umsetzung der Massnahmen aus der in der Finanzdirektion durchgeführten Mitarbeiterbefragung (vgl. A1, A2) Abgeschlossen	–	2013
E6	Umsetzung eines An- und Abwesenheitsmanagements in der Finanzdirektion (vgl. A6) Planmässig Die Einführung und Umsetzung des An- und Abwesenheitsmanagements in allen Ämtern der Finanzdirektion ist noch nicht abgeschlossen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2014 gerechnet werden.	–	2013
E7	Umsetzung der Personalmassnahmen aus MH06 und San10 (vgl. Leistungsgruppe Nr. 4970) Planmässig	–	2015
E8	Umsetzung des Projekts familienergänzende Kinderbetreuung Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	16c	2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3.4	3.6	3.8	0.2
Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.6	1.7	1.6	-0.1
Aufwand	-19.5	-21.4	-20.4	1.0
Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-9.0	-10.0	-9.9	0.1
Case Management	-1.2	-1.5	-1.2	0.3
Saldo	-16.2	-17.8	-16.6	1.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.0			
Saldo	-0.0			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	39.6	42.7	43.5	0.9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0.2 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0.3 Mehreinnahmen für Dienstleistungen im Bereich der Lohnverarbeitung und -administration und ein höherer Beitrag für Überbetriebliche Kurse im Bereich der Lernenden-Ausbildung als budgetiert
- 0.1 Etwas geringere Erträge für interne Aus- und Weiterbildungen

Der Aufwand liegt um 1.0 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +0.1 Geringerer Lohnaufwand von +0.2 Mio. Franken für das Programm «Überbrückungsstellen für Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger» und höherer Lohnaufwand von -0.1 Mio. Franken aufgrund einer höheren Anzahl Informatik-Lernender
- +0.3 Geringere Aufwendungen für Case Management als budgetiert
- +0.3 Geringere Aufwendungen bei den Dienstleistungen Dritter der Personalentwicklung, insbesondere im Bereich der Informatikausbildung
- +0.3 Geringere Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Betrieb und der Weiterentwicklung von PULS

Personal

- +0.9 Anpassung des Stellenplans per 1. Januar 2013 auf 43.35 Stellen sowie temporäre Überschreitung des Stellenplans zur Kompensation einer Langzeitausenz

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	286 682	0	0	286 682	0

4600 Direktionsübergreifende Informatik

Hauptereignisse

Informatikstrategie

In Folge der Ergebnisse der Umsetzungseinheit 1 wurden Instrumente für eine verbesserte Informatiksteuerung eingeführt. So wurden ein direktionsübergreifendes IT-Projektportfoliomanagement sowie ein Risikomanagement (einschliesslich Gegenüberstellung der potenziellen Chancen) im KITT etabliert.

In der Umsetzungseinheit 2 wurde der RRB-Antrag «Informatiksicherheitsverordnung (ISV), Totalrevision, Konzept» durch die Generalsekretärenkonferenz behandelt. Parallel dazu wurde ein Entwurf «Informatiksicherheitsverordnung» innerhalb des KITT entwickelt. Weiter wurde im Bereich Informatik - sicherheitsmanagementsystem (ISMS) ein erster Entwurf erarbeitet. Die Organisation für die IT-Sicherheit ist definiert. Sobald der Entscheid der Angliederung des Kompetenzzentrums IT-Sicherheit gefällt ist, kann die Organisation umgesetzt werden.

Datennetzwerk LEUnet

Nach dem grossen Ausfall des LEUnet 2012 wurden im Berichtsjahr ausführliche Analysen betreffend Verbesserungen und Vereinfachungen durchgeführt. Die meisten dieser Lösungsansätze zu den Analyseergebnissen wurden im Laufe des Jahres eingeführt. Besonders zu erwähnen ist das neue Verfahren betreffend Kundenalarmierung (eAlarm). Bei grösseren Störungen werden die wichtigsten Kunden des LEUnet per SMS alarmiert und informiert.

Weiter wurden diverse wichtige Core-Netzverbindungen im LEUnet neu gestaltet und vereinfacht. Diese Arbeiten führten zur Nutzung von mehreren Wartungsfenstern, welche alle zeitgerecht und ohne Einfluss auf die Verfügbarkeiten durchgeführt werden konnten. Die Arbeiten betr. das neue Netz für die Submission von LEUnet2 erfolgten termingerecht. Die ersten Konzepte wurden erstellt und genehmigt.

DNS Netzwerksegmentierung

Das Leistungserneuerungsprojekt «Betrieb ZHidentity/ZHdirectory», mit Start 2012, konnte im ersten Halbjahr mit der abschliessenden technischen Hardware-Migration erfolgreich abgeschlossen werden. Die notwendige betriebliche Erneuerung konnte somit erfolgen, eine Erhöhung der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit wurde erzielt und der neue 5-Jahres-Betriebsvertrag mit Abraxas in GU-Funktion wurde eingeführt und etabliert. Der Entwicklungsmeilenstein «ZHidentity Provisioning (Lotus Notes)», mit Start 2012, konnte im 1. Quartal 2013 erfolgreich eingeführt werden (automatische Übernahme der PULS-Identitäten zum Einrichten von Lotus-Notes-E-Mail-Konten). Die Benutzererfassung über das Service Center Lotus Notes wird durch den Provisionierungsprozess zukünftig stark vereinfacht.

ZHidentity/ZHdirectory

Nach über sechs Jahren Betrieb wurde ein Projekt zur technischen und vertraglichen Erneuerung gestartet, und der Betriebsvertrag mit Abraxas wurde verlängert. Ein Meilenstein ist die Entwicklung des «ZHidentity Provisioning (Lotus Notes)» zur automatischen Übernahme der Identitäten aus dem Personaladministrationssystem PULS-ZH zur Einrichtung von E-Mail-Konten.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kantonale Informatikstrategie entwickeln, pflegen und umsetzen
A2	Definition, Implementation und Betrieb von direktionsübergreifenden Informatikdienstleistungen (Kompetenzzentren und Servicezentren)
A3	Definition und Durchsetzung von Informatikstandards in der kantonalen Verwaltung

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet in %	min.	99.87	99.4	99.97
Leistungen					
L1	Für Informatikstrategie eingesetzte Stunden (vgl. A1)	P	1 384	1 200	1 269 69
L2	Für zentrale Dienstleistungen eingesetzte Stunden (vgl. A2)	P	4 376	4 000	4 190 190
L3	Für Informatikstrategie und Standards gefasste Beschlüsse (vgl. A1, A3)	P	7	10	12 2
L4	Anzahl betreute Anschlüsse des Datennetzwerks LEUnet (vgl. A2)	P	14 219	13 000	15 283 2 283
L5	Anzahl Anschlussänderungen LEUnet (vgl. A2)	P	2 577	2 500	2 821 321

Abweichungsbegründung

L4/L5 Aus- und Umbauten sowie Umzug von Amtsstellen. Zahl ist durch die Leistungsgruppe nicht beeinflussbar.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

Massnahme LZ RR bis

E1	Umsetzung der kantonalen Informatikstrategie (weitere Umsetzungseinheiten ab UE3 bis UEx; vgl. A1) Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates			15f	2015
E2	Als Teil der Informatikstrategie-Umsetzung: grundlegende Verbesserung der Informatiksicherheit (vgl. A1) Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates			15f	2013
E3	Neue LEUnet-Strategie sowie Ablösung/Modernisierung des kantonalen Netzwerks (Massnahme LZ RR 15g) Planmässig Der RRB ist im Entwurf vorhanden. Das Kantonale Informatik-Team (KIT) hat im Berichtsjahr das Konzept und das Verrechnungskonzept für das neue Netz LEUnet2 erarbeitet und verabschiedet. Diese Konzepte bilden die Grundlage für die geplante Submission im 2014 und enthalten die Basis für das neue Netz, das ab ca. Mitte 2015 das bisherige LEUnet ersetzen soll. Das Pflichtenheft für die Ausschreibung des neuen Netzes wird im ersten Quartal 2014 erarbeitet.			15g	2015
E4	SAP-Strategie festlegen und umsetzen Verzögert Die Abstimmung von Sach- und Wirtschaftlichkeitskriterien erfordert mehr Aufwand als erwartet. Das Anliegen wird in veränderter Form angestrebt. Anstatt einer Strategie für SAP soll eine funktionale Einsatzstrategie für SAP-Produkte erarbeitet werden.			-	2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.0		0.0	0.0
Aufwand	-5.6	-6.9	-5.6	1.3
Saldo	-5.6	-6.9	-5.5	1.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.1			
Saldo	-0.1			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	7.6	8.6	7.6	-1.0

Erfolgsrechnung

- +0.8 Projekte konnten aus Kapazitätsgründen noch nicht oder erst in frühen Phasen bearbeitet werden (insbesondere Ausbau Lichtwellenleiter-Infrastruktur, Schnittstellenbereinigung Netz Kanton/Abraxas, Firewall-Ablösungen, Umsetzung Informatikstrategie Umsetzungseinheit 3)
- +0.3 Tiefere Betriebskosten (insbesondere Beiträge an Netzwerkkosten der Gemeinden, Infrastrukturmanagement Lichtwellenleiter und IP Adressverwaltung/Betriebskoordination DNS)
- +0.2 Stelle noch nicht bewilligt (vgl. Bemerkung unter «Personal»)
- +0.1 Übrige Verbesserungen, u. a. Erträge für den Betrieb der Maildrehscheibe und tiefere BVK-Sanierungsbeiträge

Personal

- 1.0 Im Budget 2013 war die Besetzung der Stelle einer/eines IT-Sicherheitsverantwortlichen geplant. Diese Stelle wurde noch nicht besetzt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	7 297	0	0	7 297	0

4700 Drucksachen und Material

Hauptereignisse

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) hat im Auftrag ihrer Kundinnen und Kunden zahlreiche Beschaffungen durchgeführt und organisatorische Entwicklungen vorangetrieben. Folgende Hauptereignisse sind zu erwähnen:

Abwicklung eines grossen Beschaffungsvolumens

Wie in den Vorjahren war eine grosse Nachfrage nach den verschiedenen Beschaffungsgütern (u. a. Büromaterial, Reinigungsmittel, Drucksachen, Publikationen, Informatikmittel, Outputsysteme) zu verzeichnen. Dabei zeigte sich ein tendenziell leichter Rückgang bei den Drucksachen und Publikationen.

Verankerung von direktionsübergreifenden Beschaffungsgremien

Die Führung des Gremiums «Beschaffungskoordination» und der Fachgruppe «Beschaffungsoptimierung» (gemäss RRB Nr. 890/2012, Organisation des kantonalen Beschaffungswesens) wird durch die kdmz wahrgenommen. Im Berichtsjahr sind diese Gremien verankert und entsprechende Arbeiten ausgelöst worden.

Anpassung der Organisation kdmz

Die kdmz hat im Hinblick auf die erweiterten Aufgaben mit Bezug zum kantonalen Beschaffungswesen ihre Organisation angepasst. Dabei wurden insbesondere ähnliche Funktionen verstärkt zu Funktionsgruppen gebündelt und eine schlankere Führungsstruktur geschaffen.

Konzentration auf einen Standort

Aufgrund sich verändernder Kundenbedürfnisse und technologischer Entwicklungen hat die kdmz alle Aufgaben am Standort Räflestrasse konzentriert. Der Copyshop am Walcheplatz wurde aufgehoben und die dort wahrgenommenen Aufgaben (Produktion Drucksachen, Erstellung Beschriftungen) werden am Standort Räflestrasse weitergeführt.

Ablösung der Rechnungswesen-Software

Die kdmz hat die Finanzprozesse vereinfacht und in diesem Zusammenhang ihre bisherige Rechnungswesen-Software auf den 1. Januar 2013 durch das kantonale System abgelöst.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Kostengünstige, effiziente, ökologisch vertretbare und zentrale Beschaffung aller für eine Verwaltung im administrativen Bereich notwendigen Produkte und Erbringung der damit zusammenhängenden Dienstleistungen
----	---

Leistungsgruppen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl Kunden, die E-Business verwenden	P	7 600	7 600	7 780	180
Leistungen						
L1	Anzahl Bestellungen	P	83 300	88 000	82 500	-5 500
L2	Anteil Bestellungen über E-Shop an Anzahl Bestellungen (in %)	P	52	51	53.5	2.5
Abweichungsbegründungen						
W1	Die Anzahl Kundinnen und Kunden, die E-Business verwenden und im E-Shop der kdmz registriert sind, hat sich im Berichtsjahr weiter erhöht.					
L1	Die Anzahl abgewickelter Bestellung bewegt sich im Berichtsjahr auf Vorjahresniveau.					
L2	Der Anteil an Bestellungen, die über den E-Shop abgewickelt werden, ist im Berichtsjahr zunehmend.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Weitere Förderung IT-gestützter Beschaffungsprozesse Planmässig. Es ist eine weiterhin zunehmende Nutzung der elektronischen Bestellabwicklung zu verzeichnen.	-	2016

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
	Ertrag	38.1	37.3	37.7	0.5
	Aufwand	-37.3	-37.0	-37.5	-0.5
	Saldo	0.8	0.3	0.2	-0.0
Investitionsrechnung					
	Einnahmen				
	Ausgaben	-0.1	-1.2		1.2
	Saldo	-0.1	-1.2		1.2
Personal					
	Beschäftigungsumfang Angestellte	49.0	52.2	48.0	-4.2

Erfolgsrechnung

Ertrag, Aufwand und Saldo bewegen sich im Rahmen des Budgets.

Investitionsrechnung

+1.2 Die finanziellen Mittel zur Optimierung IT-gestützter Beschaffungsprozesse wurden nicht beansprucht.

Personal

-4.2 Der im Vergleich zum Budget tiefere Beschäftigungsumfang ist auf Vakanzen und auf den Verzicht zur Besetzung von Stellen zurückzuführen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	410 613	0	0	410 613	0

4910 Steuererträge

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	6 722.7	6 941.6	6 658.2	–283.4
Staatssteuern	5 821.4	5 997.7	5 759.5	–238.2
– davon Laufende Periode NP	3 502.3	3 651.2	3 595.5	–55.7
– davon Laufende Periode JP	912.0	950.0	931.8	–18.2
– davon Nachträge NP	863.3	813.8	710.8	–103.0
– davon Nachträge JP	217.8	253.4	165.4	–88.0
– davon Quellensteuer	249.7	243.1	282.7	39.6
– davon übrige Erträge	76.2	86.2	73.2	–13.0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	204.4	210.2	224.4	14.2
Direkte Bundessteuer	619.9	650.0	578.1	–71.9
Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	77.0	83.7	96.2	12.5
Aufwand	–145.5	–149.2	–134.3	14.9
Staatssteuern	–144.2	–148.2	–134.0	14.2
Erbschafts- und Schenkungssteuer	–1.3	–1.0	–0.3	0.7
Saldo	6 577.2	6 792.3	6 523.8	–268.5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 73.9 Laufende Periode: Die Staatssteuererträge der laufenden Periode liegen um 1.6% unter dem budgetierten Steuersoll.
- 191.0 Nachträge an direkten Steuern für frühere Steuerperioden: Die Schätzung der Nachträge der Steuerperiode 2013 erhöhte sich aufgrund des höheren Durchschnitts der Nachträge in den Jahren n–7 bis n (§ 19 Abs. 2 lit. b RLV). Für die abzurechnende Steuerperiode 2009 (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV) waren die Nachträge jedoch tiefer. Gemäss § 19 Abs. 3 RLV kann die Schätzung der Nachträge schon vor dem Rechnungsjahr n+4 korrigiert werden. Während aufgrund der bereits vereinnahmten hohen Nachträge 2010 die entsprechende Schätzung leicht nach oben korrigiert werden konnte, musste infolge nicht erwartetem Einbruch der Nachträge 2011 die Schätzung 2011 massiv nach unten korrigiert werden (Hinweis: Im Anhang ist die Verbuchung der Staatssteuererträge detailliert beschrieben).

- +39.6 Quellensteuer: Die Auswirkungen von San10 (Massnahme 4400–102) führten weiterhin zu einem Anstieg der Quellensteuererträge.
- 13.0 Übrige Erträge: Tiefere Nachsteuern aufgrund verminderter Anzahl erledigter Selbstanzeigen und tieferer Verzugszinsen als budgetiert
- +14.2 Erbschafts- und Schenkungssteuer: Die Einnahmen der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwanken aufgrund von Nachlässen mit hohem Steuerertrag.
- 71.9 Direkte Bundessteuer: Der Anteil des Kantons Zürich am Bundessteuerertrag beruht auf den tatsächlich eingegangenen Zahlungen (Ist-Methode) und ist damit vom Zahlungsverhalten abhängig. Die Budgetierung im Berichtsjahr fiel, insbesondere mit Blick auf die Nachträge für Vorperioden, zu hoch aus.
- +12.5 Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung: höherer Kantonsanteil an Verrechnungssteuern infolge Mehrertrags des Bundes

Aufwand:

- +14.2 Aufwand Staatssteuern: Geringere Wertberichtigungen auf Staatssteuerforderungen von 18 Mio. Franken. Andererseits führte der Mehrertrag an Quellensteuern zu höheren Bezugsprovisionen an die Arbeitgeber und ebenso zu höheren Entschädigungen an die Gemeinden (-3.8 Mio. Franken).

Indikatoren

		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Steuerfuss in % der einfachen Staatssteuer	P	100	100	100	0

4921 Schadenausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-2.7	-2.2	-3.7	-1.5
Versicherungsprämien	-1.2	-1.3	-1.3	0.0
Schadenausgleich	-1.4	-0.9	-2.4	-1.5
Saldo	-2.7	-2.2	-3.7	-1.5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand:

- 1.5 Rückstellungen für zwei neue Staatshaftungsfälle und Erhöhung (neue Erkenntnisse) in einem bestehenden Fall. Davon konnten 0.8 Mio. Franken kompensiert werden, da daneben nur geringe Schadenausgleichszahlungen fällig waren. Die Budgetüberschreitungen wurden mittels Kreditüberschreitungsbeschlüssen durch die Finanzdirektion bewilligt.

4930 Kapital- und Zinsdienst Staat

Hauptereignisse

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4300, Amt für Tresorerie, dargestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die prognostizierten Passivzinsen und Vermögenserträge aufgeführt. Diese sind nur indirekt steuerbar.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	427.0	421.2	414.2	-7.0
Finanzertrag	89.6	85.8	77.2	-8.6
Gewinnanteil ZKB	220.0	218.0	220.0	2.0
Gewinnanteil Nationalbank	117.1	117.1	116.5	-0.6
Aufwand	-96.2	-105.2	-92.7	12.4
Finanzaufwand	-95.8	-105.0	-92.4	12.6
Saldo	330.8	316.0	321.4	5.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1.1		0.7	0.7
Ausgaben	-5.4	-20.0	-7.2	12.8
Saldo	-4.3	-20.0	-6.5	13.5
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte		0.0		0.0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +4.1 Höhere Gewinnausschüttung der ZKB (+2.0 Mio. Franken), der Schweizerischen Rhein-salinen AG (+1.1 Mio. Franken) sowie der Abraxas Informatik AG (+1.0 Mio. Franken)
- 2.0 Geringere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (-0.6 Mio. Franken) sowie tiefere Dividende der Axpo Holding AG (-1.4 Mio. Franken)
- 3.4 Niedrigerer Ertrag aus Neukonversionen des ZKB-Dotationskapital infolge tieferer Zinsen
- 5.4 Niedrigerer Ertrag aus Festgeldanlagen infolge tieferer Zinsen

Aufwand:

- +12.9 Tieferer Aufwand für die Verzinsung des Fremdkapitals aufgrund tieferer Zinsen bei höheren Kapitalaufnahmen
- 0.6 Niedrigerer Zinsertrag auf Darlehen infolge Darlehensverzicht durch die MCH-Group AG

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- +0.7 Teilrückzahlung eines Darlehens durch die Zurich International School Wädenswil

Ausgaben:

- +20.0 Die MCH Group AG hat auf die Auszahlung eines zinsvergünstigten, rückzahlbaren Darlehens verzichtet.
- 7.2 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse (ZLK)

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Die kalkulatorischen Zinsen auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen werden den Amtsstellen durch interne Verrechnungen belastet. Die entsprechenden Erträge werden auf dieser Leistungsgruppe gutgeschrieben.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	340.7	441.2	375.9	-65.3
Kalkulatorischer Zinsertrag	338.6	307.6	281.2	-26.4
Interne Weiterverrechnung von BVK-Sanierungsbeiträgen		123.5	71.7	-51.8
Aufwand	-117.1	159.9	31.4	-128.5
Kalkulatorischer Zinsaufwand	-72.3	-64.4	-65.3	-0.9
Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	-44.5	-17.5	-12.6	4.9
Teilauflösung BVK-Sanierung			131.3	131.3
Zentrale Korrektur Abschreibungen	0.0	7.8		-7.8
Zentrale Korrektur Budget 2013		250.0		-250.0
Saldo	223.6	601.0	407.3	-193.8
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		247.9		-247.9
Zentrale Korrektur Budget 2013		247.9		-247.9
Saldo		247.9		-247.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen

Der Saldo der Erfolgsrechnung ist um 193.8 Mio. Franken schlechter als budgetiert.

Wichtigste Ursachen:

- 250.0 Die vom Kantonsrat im Budget 2013 zentral eingestellte Verbesserung von 250 Mio. Franken wird in anderen Leistungsgruppen umgesetzt.
- 51.8 Der Sanierungsbeitrag an die BVK betrug 2.5% (anstelle der budgetierten 3.75%). Deshalb sind die Erträge aus der Verrechnung an die anderen Leistungsgruppen tiefer.
- 27.3 Der Saldo aus kalkulatorischem Zinsertrag und Zinsaufwand ist schlechter als budgetiert, hauptsächlich wegen geringerer Investitionen in den anderen Leistungsgruppen.
- 7.8 Die im Budget 2013 zentral eingestellten Aufwandminderungen für planmässige Abschreibungen aufgrund nicht ausgeschöpfter Investitionsbudgets fallen in den anderen Leistungsgruppen an.
- +131.3 (Teil-)Auflösung der BVK-Sanierungsrückstellungen (vgl. RRB Nr. 176/2014).
- +4.9 Der zusätzliche Rückstellungsbedarf aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren, der Mittelschullehrerinnen und Mittelschullehrer, der Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie der Richterinnen und Richter fiel aufgrund der sinkenden Zahl Anspruchsberechtigter sowie des tieferen versicherungsmathematischen Zinssatzes geringer aus als budgetiert.
- +6.9 Übrige Abweichungen

Hinweis zu den Rückstellungen aus den BVK-Sanierungsbeiträgen:

Vom Anfangsbestand 2013 der BVK-Sanierungsrückstellungen von 2.617 Mrd. Franken wurden im Berichtsjahr 2 Mrd. als Einmaleinlage an die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich überwiesen. Zudem wurden weitere 71.7 Mio. Franken Rückstellungen für die BVK-Sanierung verwendet. Mit RRB Nr. 176/2014 hat der Regierungsrat aufgrund des aktuellen Sanierungsstands beschlossen, von den verbleibenden BVK-Sanierungsrückstellungen 131.3 Mio. Franken aufzulösen. Ende des Berichtsjahres beträgt der Bestand der BVK-Sanierungsrückstellungen damit noch 414 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

- 247.9 Die im Budget zentral eingestellte Korrektur des Investitionsvolumens (gestützt auf die Annahme, dass die Investitionsbudgets lediglich zu 80% ausgeschöpft werden können) fällt in den anderen Leistungsgruppen an.

4960 Interkantonaler Finanzausgleich

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (FiLa) erfasst, soweit sie nicht einer spezifischen Leistungsgruppe zugeordnet werden können.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	78.8	75.4	74.9	-0.5
Soziodemografischer Lastenausgleich	78.8	75.4	74.9	-0.5
Aufwand	-511.4	-452.9	-452.9	0.0
Ressourcenausgleich	-490.8	-432.7	-432.6	0.0
Härteausgleich	-20.6	-20.3	-20.3	0.0
Saldo	-432.6	-377.5	-377.9	-0.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen

Hauptereignisse

Sanierungsmassnahmen

Das Sanierungsprogramm «San04» ist abgeschlossen. Im Rahmen des Programms «MH06» sind noch vereinzelte Arbeiten bezüglich des Sozialplans «Reinigung und Hausdienst» der Baudirektion im Gange. In Bezug auf das Sanierungsprogramm 2010 (San10) wurden in personeller Hinsicht im Berichtsjahr keine Massnahmen umgesetzt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Verantwortungsbewusster Umgang mit Mitarbeitenden, deren Stellen abgebaut werden müssen
A2	Erarbeitung von Sozialplänen und weiteren Massnahmen für das betroffene Personal nach einheitlichen Grundsätzen
A3	Unterstützung von Personen, deren Entlassung im Rahmen von Sanierungsprogrammen unvermeidlich ist
A4	Einhaltung von Verpflichtungen, die sich aus Bestimmungen des Personalrechts und der Richtlinien des Sozialplanes ergeben.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Entwicklung und Bereitstellung von Begleitmassnahmen und Unterstützungsangeboten		2016
E2	Koordinierte und personalrechtskonforme Ausrichtung von Abgangentschädigungen		2016
E3	Zentrale Ausrichtung von Leistungen gemäss Statuten der Versicherungskasse für das Staatspersonal (BVK)		2016
E4	Erarbeitung von Regelungen für Härtefälle gemäss dem Grundsatz der Gleichbehandlung		2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	0.0		-0.0	-0.0
Saldo	0.0		-0.0	-0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Hauptereignisse

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage

- Nr. 4953 einen Beitrag von 1 Mio. Franken an den Anlass «Stadtrechtsjubiläum 750 Jahre Winterthur» der Stadt Winterthur, und mit Vorlage
- Nr. 4954a einen Beitrag von 5 Mio. Franken für das Vorhaben «Umbau und Sanierung der Villa Flora, Winterthur» der Stadt Winterthur sowie mit derselben Vorlage einen Baurechtszins von Fr. 1 949 909 zugunsten des Natur- und Heimatschutzfonds der Baudirektion.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke – vorwiegend im Bildungs-, Sozial- und Kulturbereich – verwendet.
----	---

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Leistungen						
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder in %:					
L2	- Denkmalpflege	P	11	7	12	5
L3	- Ausland- und Inlandhilfe	P	23	7	23	16
L4	- Kultur	P	19	38	39	1
L5	- Zoo (Betrieb und Investitionen)	P	5	3	7	4
L6	- Bildung	P	38	13	3	-10
L7	- Soziales/Gesundheit	P	1	1	8	7
L8	- Übriges	P	3	31	8	-23
L9	Anzahl Gesuche	P	450	440	450	10
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten pro Gesuch (in Fr.)	P	933	955	933	-22

Abweichungsbegründungen

Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den grossen Gesuchen), die eingereicht werden bzw. über welche abschliessend entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.

- L2 Die gesamte 2013 bewilligte Beitragssumme war geringer als budgetiert, u. a. weil die Denkmalpflege den ihr zustehenden Rahmenkredit nicht vollständig ausschöpfte.
- L3 Der zur Verfügung stehende Beitrag wurde vollständig ausgeschöpft und entspricht demzufolge einem insgesamt grösseren Anteil an den gesamten Beitragsleistungen.
- L5 Die für 2013 budgetierte Erhöhung des Betriebsbeitrages erfolgte nicht.
- L6 Die Gesuche aus dem Bereich Bildung im Rahmen der Allgemeinen Mittel waren wesentlich geringer als budgetiert.
- L7 Der Anteil der Gesuche aus dem Bereich Soziales und Gesundheit war 2013 etwas höher als für die Budgetierung angenommen.
- L8 Die 2013 berücksichtigten Gesuche konnten stärker den Leistungsgruppen 2–7 zugeordnet werden als bei der Budgetierung angenommen.
- L9 Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	93.3	147.6	68.7	-78.9
Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	61.4	58.0	61.0	3.0
Entnahme aus Bestandeskonto	22.0	80.6		-80.6
Kalkulatorischer Zinsertrag	9.9	9.0	7.7	-1.3
Aufwand	-93.3	-147.6	-68.7	78.9
Zahlungen an Private und Dritte	-60.5	-128.6	-39.9	88.7
Einlagen in Bestandeskonto		0.0	-12.1	-12.1
Übertrag an Leistungsgruppen	-32.4	-19.0	-15.6	3.4
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0.0		0.0
Ausgaben		0.0		0.0
Saldo		0.0		0.0
Fondsbestand				
Fondsbestand	308.5	227.9	320.5	92.6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +3.0 Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung (insbesondere von der Anzahl guter Jackpot-Wochenenden). Die Einnahmen von Swisslos waren tiefer budgetiert.
- 80.6 Bei der Budgetierung bestand die Annahme, dass 2013 grosse Beiträge zur Auszahlung kommen würden (Rheinau, Villa Flora, Kunsthaus, Stiftung Raumentwicklung). Die entsprechenden Gesuchseingaben bzw. die abschliessenden Beitragsentscheide haben sich verzögert. Folglich war die Entnahme aus dem Bestandeskonto geringer als budgetiert.
- 1.3 Im Frühjahr 2012 war im Rahmen der Budgetierung von einem höheren Lotteriefondsbestand per Ende 2012 ausgegangen worden. Da der Fondsbestand Ende 2012 aber unter diesem Wert lag, fielen die kalkulatorischen Zinserträge nun tiefer aus als budgetiert.

Aufwand:

- +88.7 Die Beitragszahlungen 2013 fielen geringer aus als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen nicht zum Entscheid oder zur Auszahlung gelangten (z. B. Rheinau, Villa Flora, Kunsthaus, Stiftung Raumentwicklung).
- 12.1 Die Ausgaben des Lotteriefonds waren geringer als die gesamten Einnahmen (einschliesslich Zins). Folglich erfolgte eine Einlage in das Bestandeskonto.
- +3.4 Die Staatskanzlei und die Kantonale Denkmalpflege haben die ihr zustehenden Beträge nicht ausgeschöpft.

Fondsbestand

Der Fondsbestand liegt mit 320.5 Mio. Franken aufgrund der geringeren Auszahlungen höher als budgetiert.



Opernhaus: Leonce und Lena (Ballett)



Opernhaus: Drei Schwestern (Oper)



Kulturkarussell Rössli, Stäfa: Konzert (Anna Kaenzig)

Volkswirtschaftsdirektion

Die Volkswirtschaftsdirektion fördert und entwickelt den Kanton Zürich als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum. Ihre Mitarbeitenden engagieren sich für einen starken Standort mit guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende. Für die Menschen im Kanton Zürich plant und organisiert die Volkswirtschaftsdirektion das Verkehrsangebot auf Schiene und Strasse, in der Luft und auf dem Wasser. Sie leistet mit ihren Aktivitäten einen Beitrag an die hervorragende Lebensqualität und die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Zürich.

Wirtschaft und Arbeit

Unter Federführung der kantonalen Standortförderung wurde in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wissenschaft ein Konzept für einen Innovationspark im Kanton Zürich erarbeitet.

Im Zuge der Intensivierung der Aussenbeziehungen wurde die Bande mit der chinesischen Millionenmetropole Chongqing weiter gestärkt. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr im Rahmen des integrierten Standort- und Destinationsmarketings (ISDM) mit den Partnern Stadt Zürich und Zürich Tourismus verschiedene Aktivitäten vorbereitet, mitunter mit Blick auf die Leichtathletik-Europameisterschaften im August 2014, den Auftritt Zurich meets New York im Mai 2014 sowie die Weltausstellung 2015 in Mailand. Die Bewerbung für die neue Top Level Domain .zuerich wurde im August des Berichtsjahres von der Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) angenommen. Voraussichtlich Ende 2014 dürften die ersten Internetadressen mit der Endung .zuerich online gehen.

Der Vollzug der flankierenden Massnahmen bildete im Berichtsjahr einen thematischen Schwerpunkt des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Im Vordergrund standen Fragen zu Lohnunterbietungen, Scheinselbstständigkeit und Gesamtarbeitsverträgen. Die Arbeitslosenquote ist im Verlauf des Berichtsjahrs von 3,3% auf 3,5% leicht angestiegen. Die Zunahmen waren teils durch anhaltende Struktur Anpassungen auf dem Bankenplatz während des Jahres begründet.

Öffentlicher Verkehr

Die Nachfrage im öffentlichen Verkehr ist im Berichtsjahr weiter angestiegen. An der Zürcher Stadtgrenze wurden an Werktagen im Tagesdurchschnitt 417 000 Fahrgäste gezählt (Vorjahr 409 000). Die Zahl der ZV-Abonnentinnen und -Abonnenten (einschliesslich Z-Pass) stieg um rund 7 000 oder 1,9% auf 382 000. Die Inbetriebnahme der neuen Billettautomaten und Chauffeurverkaufsgeräte konnte auf Ende 2013 abgeschlossen werden. Insgesamt wurden rund 1 700 neue Geräte in Betrieb genommen. Die Modernisierung des Rollmaterials schreitet voran. Neben den zusätzlichen Fahrzeugen der dritten S-Bahn-Generation verkehren immer mehr Züge der ersten Generation mit einem Niederflurzwischenwagen. Die ausgereihten Wagen sind während der Hauptverkehrszeiten in besonderen Kompositionen unterwegs. Auch auf den Buslinien wurden zahlreiche Fahrzeuge ersetzt. Aus Kapazitätsgründen kommen dabei immer mehr Gelenk- und Doppelgelenkfahrzeuge zum Einsatz.

Beim Bahnhof Oerlikon konnte im August 2013 das neue Gleis 8 termingerecht in Betrieb genommen werden. Auch die übrigen Abschnitte des Projekts «Durchmesserlinie» befinden sich termin- und kostenmässig auf Kurs. Der nächste grosse Meilenstein des Projekts ist die Inbetriebnahme des unterirdischen Durchgangsbahnhofs Löwenstrasse im Juni 2014. Weiterhin im Gang sind die Bauarbeiten zur 4. Teilergänzung der Zürcher S-Bahn (1. und 2. Etappe). Zudem konnten die Vorprojektarbeiten für die 3. Etappe abgeschlossen werden.

Bei der Limmattalbahn standen im Berichtsjahr zwei Ereignisse im Zentrum: Einerseits hat der Bundesrat der Limmattalbahn AG die Infrastrukturkonzession für die Neubaustrecke zwischen Zürich-Altstetten und Killwangen-Spreitenbach erteilt, andererseits konnte die Baubewilligung beantragt werden. Damit liegt das Projekt im Zeitplan. Für 2017 ist der Baustart geplant, sodass Ende 2019 der Betrieb aufgenommen werden kann.

Flughafen

Der Bundesrat hat angesichts der ausstehenden Ratifizierung des Staatsvertrags und der durch das Bundesamt für Zivilluftfahrt angeordneten Sicherheitsüberprüfung eine Etappierung des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL), Objektblatt Flughafen Zürich, beschlossen. Das entsprechende SIL-Objektblatt wurde vom Bundesrat am 26. Juni 2013 festgesetzt und umfasst Festlegungen, die weitgehend dem heutigen Betrieb entsprechen. In einer zweiten Etappe will der Bundesrat die Anpassungen, die sich aus der betrieblichen Umsetzung des Staatsvertrages und der Festlegung weiterer Sicherheitsmassnahmen ergeben, verabschieden.

Bericht zum Zürcher Fluglärmindex 2012

Der vom Regierungsrat festgelegte Richtwert von 47 000 Personen wurde 2012 (gegenwärtige verfügbare Daten) mit 58 800 Personen erneut überschritten. Dies ist vor allem auf die Zunahme der Anzahl Flüge zwischen 22.00 und 23.00 Uhr sowie auf die veränderte Routenführung zurückzuführen. Wichtigste Massnahme zur Senkung des Zürcher Fluglärm-Index (ZFI) ist die bereits beschlossene Erneuerung der Kurz- und Langstreckenflotte der Swiss mit lärmgünstigeren Maschinen. Einen weiteren Beitrag zum Schutz der Bevölkerung soll das am 1. Juni 2012 eingeleitete Förderprogramm «Wohnqualität Flughafenregion» leisten. Dieses unterstützt unter anderem jene Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, deren Liegenschaften übermässigem Fluglärm ausgesetzt sind, mit Beiträgen an Beratungsdienstleistungen und hochwertigem Schallschutz.

Flughafen Zürich AG – Strategie-Controlling

Der Regierungsrat hat den fünften Strategiecontrolling-Bericht über die Beteiligung des Kantons Zürich an der Flughafen Zürich AG (FZAG) genehmigt. Grundlage des Berichts ist die Eigentümerstrategie des Kantons, die die Erwartungen des Kantons an die Flughafenhalterin in den vier Bereichen «verkehrs- und volkswirtschaftliche Bedeutung des Flughafens Zürich», «Umweltschutz», «Unternehmensführung» und «Beziehungspflege» formuliert. Die vorgegebenen Ziele wurden fast vollständig erreicht.

Gesamtverkehr – Agglomerationsprogramme

Im Sommer des Berichtsjahres hat der Bund die im Juni 2012 eingereichten Agglomerationsprogramme für die vier Regionen Stadt Zürich und Glattal, Winterthur und Umgebung, Limmattal und Zürcher Oberland weitgehend gut beurteilt. Insgesamt werden Beiträge von über 320 Mio. Franken in Aussicht gestellt. Dies entspricht über 20% der gesamtschweizerischen Mittel. Weiter hat der Bundesrat die Botschaft zur Mitfinanzierung der Agglomerationsprogramme in die Vernehmlassung gegeben. Mit einer Überweisung ans Bundesparlament ist im Frühjahr 2014 zu rechnen.

Veloförderprogramm

Im Berichtsjahr wurde das Pilotprojekt «Velonetzplan Region Winterthur und Umgebung» gestartet. Weiter wurden der aktive Wissenstransfer zu den Gemeindevertretern intensiviert und neu erarbeitete Merkblätter zum Thema Veloparkierung veröffentlicht. Mit einer Erhebung bei Schulleitungen und Verkehrsinstruktoren der Kantonspolizei konnten wichtige Erkenntnisse zur Velonutzung auf dem Schulweg gewonnen werden.

Berichterstattung zu Grossanlässen gemäss Beschluss Nr. 489/2012

Gemäss Beschluss Nr. 489/2012 berichtet die Volkswirtschaftsdirektion im Geschäftsbericht des Regierungsrates über vom Kanton Zürich unterstützte Grossanlässe. Insgesamt wurden im Berichtsjahr für 19 Grossanlässe Unterstützungen gesprochen, wovon 4 erst 2014 bzw. 2015 stattfinden werden. Tatsächlich ausbezahlt wurden rund 2,1 Mio. Franken, gesprochen waren 3 Mio. Franken. Ein Teil der Beiträge floss aus dem Lotteriefonds. Die höchsten Beträge gingen nach Winterthur für das 750-jährige Stadtrecht, das Züri-Fäscht sowie die Berufsmesse.

Legislaturziele

Die Volkswirtschaftsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 7, 9 und 12 des Regierungsrates. Im Regierungsratsratteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung führt diese Ziele in verkürzter Form auf. Zusätzliche Legislaturziele hat die Volkswirtschaftsdirektion nicht.

Legislaturziel	1 Die Verkehrsinfrastruktur kann das Verkehrsaufkommen mit mindestens gleichbleibender Qualität und Zuverlässigkeit bewältigen (LZ RR 7).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 7a–7d des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Ein leistungsfähiges Verkehrsangebot schafft die Voraussetzung für eine dichte Nutzung in den Agglomerationen (LZ RR 9).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 9a–9e des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet (LZ RR 12; gemeinsam mit BI).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 12a, 12b und 12d des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	749.9	745.3	736.8	–8.5
Aufwand	–986.5	–977.5	–938.1	39.5
Kreditübertragungen aus 2012		–0.3		
Saldo	–236.6	–232.2	–201.2	31.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	114.1	71.1	103.4	32.3
Ausgaben	–165.8	–226.4	–151.3	75.1
Saldo	–51.7	–155.3	–47.9	107.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	676.0	752.3	685.2	–67.1

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 8.5 Mio. Franken oder 1.1% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 12.6 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Tiefere Rückvergütung des SECO aufgrund des geringeren Aufwands für den Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)
- 4.0 Amt für Verkehr: Geringere interne Überträge aus Strassenfonds und Flughafenfonds
- +4.4 Strassenfonds: Gewinne aus Aufwertung und Veräusserung von Grundstücken
- +2.9 Strassenfonds: Mehrertrag aus Verkehrsabgaben des Kantons und des Bundes
- +0.8 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt um 39.5 Mio. Franken oder 4.0% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +12.6 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Der für den Vollzug AVIG budgetierte Aufwand musste nicht ausgeschöpft werden (saldoneutral)
- +11.5 Strassenfonds: Geringere interne Überträge an das Tiefbauamt (+7.7, vgl. Leistungsgruppe Nr. 8400) und an das Amt für Verkehr (+3.7)
- +10.1 Finanzierung ÖV: Tieferer Übertrag an den ZV aufgrund positiver Entwicklung der Verkehrserträge
- +3.1 Flughafenfonds: Weniger Subventionen für das Förderprogramm Wohnqualität, tiefere Einlage in die Lärmrechnung
- +3.8 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Geringerer Transferaufwand (vor allem EG AVIG-Kredit), Projektverzögerungen
- +2.3 Amt für Verkehr: tiefere Beiträge an den Strassenunterhalt der Städte
- +2.1 Amt für Verkehr: weniger Drittaufträge, weniger baulicher Unterhalt für Liegenschaften im Finanzvermögen, geringere Personalkosten
- 7.0 Strassenfonds: Inventarbereinigungen und tiefere Steuern bei Grundstücken
- +1.0 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen liegen um 107.4 Mio. Franken oder 69% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +77.3 Verkehrsfonds: Keine zusätzlichen Vorfinanzierungsmittel für das Projekt Durchmesserlinie, geringere ordentliche Beiträge
- +25.2 Amt für Verkehr: Weniger Investitionsbeiträge an Strassenbauten der Städte Zürich und Winterthur
- +7.7 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Verzögerung geplanter Auszahlungen von Wohnbaudarlehen
- 2.8 Übrige Abweichungen

Personal

- 64.2 Amt für Wirtschaft und Arbeit: Im Vollzug AVIG wurde der Personalbestand laufend der Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden angepasst. Diese verlief günstiger als prognostiziert.
- 2.8 Amt für Verkehr: Reduktionen und Vakanzen
- 0.1 Generalsekretariat

Investitionen

Die Höhe der Vorfinanzierung für den Durchgangsbahnhof Löwenstrasse (Projekt Durchmesserlinie) hat 2013 weiter abgenommen. Dank zusätzlicher Mittel des Bundes aus der Leistungsvereinbarung konnten Vorfinanzierungsmittel des Kantons Zürich im Umfang von 79,8 Mio. Franken in ordentliche Beiträge umgewandelt werden. Im Juni 2014 wird der neue unterirdische Bahnhof dem Betrieb übergeben. Im Rahmen der Abschlussarbeiten des Projekts Tram Zürich-West wurden im Berichtsjahr noch Investitionsbeiträge von 3,3 Mio. Franken geleistet. Da sich die Projekte Stadtbahn Glattal und Tram Zürich-West bereits in Betrieb befinden, ist künftig nur noch mit geringen Beitragszahlungen zu rechnen. Für die Bauausführung der 1. und 2. Etappe der 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn sowie für Planungsarbeiten der 3. Etappe wurden im Rechnungsjahr gesamthaft 15,3 Mio. Franken an die Schweizerische Bundesbahnen überwiesen. Weitere Beiträge wurden für die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes und für die Projektierungs- und Planungsarbeiten der Limmattalbahn geleistet. Die Investitionen für Staatsstrassen und die Netzfertigstellung der Nationalstrassen werden im Tiefbauamt ausgewiesen.

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2013	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Durchgangsbahnhof Löwenstrasse *	-79.8	-731.7	-628.3	-103.4
Stadtbahn Glattal	-	-653.2	-326.0	-327.2
Tram Zürich-West	-3.3	-52.0	-38.6	-13.3
4. Teilergänzung Zürcher S-Bahn	-15.3	-363.0	-30.5	-332.4
Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz	-6.2	-35.3	-9.7	-25.6
Limmattalbahn	-4.5	-19.4	-9.5	-9.9
Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden für Strassenbauten	-33.4			
Wohnbaudarlehen **	-2.8			
Übrige Investitionen	-6.0			
Total	-151.3			

* ohne Vorfinanzierung

** Gemäss § 7 des Gesetzes über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung beträgt der Rahmenkredit für ausstehende Darlehen 180 Mio. Franken. Per Ende des Berichtsjahres sind rund 101 Mio. Franken Darlehen an verschiedene Empfänger ausstehend, weitere rund 25 Mio. Franken wurden für Wohnbaudarlehen zugesichert. Die Höhe der noch zulässigen Ausgaben verändert sich laufend aufgrund der gewährten Darlehen sowie den Amortisationen, (freiwilligen) Rückzahlungen und den neuen Zusicherungen.

Leistungsgruppen

5000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Die Unterstützung des Direktionsvorstehers bei der Planung, Steuerung, Organisation und Koordination der vielfältigen Tätigkeiten der Volkswirtschaftsdirektion gehörte auch im Berichtsjahr zu den Kernaufgaben des Generalsekretariates.

In enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit, der Baudirektion und weiteren Partnern startete das Generalsekretariat die Kommunikationsaktivitäten für den Innovationspark Zürich.

Erfolgreich konnten mehrere IT-Projekte für die Sparte Arbeitsmarkt sowie für die Arbeitslosenkasse verwirklicht werden. Die Arbeitslosenkasse verwaltet nun die Versichertendossiers vollständig elektronisch, womit Medienbrüche vermieden werden können.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützen und Beraten des Direktionsvorstehers
A2	Planen, Bearbeiten und Überwachen der Direktionsgeschäfte
A3	Sicherstellen einer effizienten Arbeitsumgebung sowie effizienter Dienstleistungen für die Ämter
A4	Unterstützen und Beraten des Direktionsvorstehers bei den Verhandlungen zum An- und Abflugregime des Flughafens Zürich
A5	Sicherstellen der Zusammenarbeit mit dem Europainstitut der Universität Zürich mittels Leistungsvereinbarung

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Gesamtzufriedenheit mit der VD-Informatik (höchste Note 6) (A3)	min.	5.2	-	-	-
Leistungen						
L1	Anzahl von der VD erledigte Rekurse (A2)	P	104	30	81	51
L2	Anteil Rekurse, die innerhalb fünf Monaten erledigt sind, in % (A2)	min.	62	60	86	26
L3	Anzahl zu betreuende PC-Arbeitsplätze (A3)	P	995	1 077	1 025	-52
L4	Anzahl öffentliche Veranstaltungen (A5)	min.	5	5	5	-
L5	Arbeitsstunden Führungsunterstützung Direktionsvorsteher (A1)	P	14 689	16 500	14 465	-2 035
L6	Arbeitsstunden für Flughafen (A4)	P		1 500	1 202	-298
Wirtschaftlichkeit						
B1	Basisarbeitsplatzkosten (Informatik) (A3)	P	1 713	1 720	1 717	-3
Abweichungsbegründungen						
L1, L2	Im Rahmen von Entsenderechtsfällen werden die ausländischen Parteien aufgefordert, einen Kostenvorschuss zu leisten, bevor ihr Rekurs an die Hand genommen wird. Der Kostenvorschuss wird sehr häufig nicht geleistet, sodass die Rekurse schon in einem frühen Verfahrensstadium erledigt werden können. Dadurch ergeben sich die hohen Erledigungszahlen.					
L5	Seit dem Zeitpunkt der Budgetierung im März 2012 gab es Abgänge, die nicht ersetzt wurden.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Aktive Vertretung im Metropolitanrat sicherstellen. Planmässig Die Hauptverantwortung wurde im Berichtsjahr der Staatskanzlei übertragen.					2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3.9	4.5	4.0	–0.5
Interne Informatik-Dienstleistungen	3.5	4.2	3.7	–0.5
Aufwand	–7.1	–8.1	–7.4	0.7
Saldo	–3.2	–3.6	–3.4	0.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		0.0		0.0
Saldo		0.0		0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	26.4	26.2	26.1	–0.1

Erfolgsrechnung

+0.2 Verschiedene Abweichungen (weniger Kosten für Dienstleistungen Dritter und Weiterbildungen, Mehreinnahmen aus Verwaltungsratsmandaten des Direktionsvorstehers).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	65 442	–18 695	+30 000	76 748	+11 305

Verwendung Rücklagen 2013: Fr. 18 695

Bildung von Rücklagen 2013: Fr. 30 000

– Dank organisatorischer Optimierungen und effizienter Leistungserbringung konnte das Generalsekretariat der VD das Rechnungsjahr 2013 besser abschliessen als budgetiert.

5205 Amt für Verkehr

Hauptereignisse

Gesamtverkehr

Die Ausführung der Infrastrukturprojekte im Rahmen der 1. Generation der Agglomerationsprogramme verläuft planmässig. Die Prüfung der Programme der 2. Generation durch den Bund ist weitgehend abgeschlossen. Dem Kanton Zürich wurden vom Bund über 320 Mio. Franken in Aussicht gestellt, was mehr als 20% der gesamtschweizerischen Mittel entspricht. Die Umsetzung des kantonalen Veloförderprogramms verläuft nach Plan.

Strassenverkehr

Die Arbeiten der Strategie Strasse stehen kurz vor Abschluss. Die Massnahmenplanung in den wichtigsten Teilräumen Furttal, Flughafen und mittleres Glattal wurde bis Ende des Berichtsjahres weitgehend erledigt. Parallel zur Erarbeitung des Vorprojekts der Limmattalbahn wurden im Amt für Verkehr mehr als 40 Massnahmen im Bereich der Staatstrassen geplant. Unter engem Einbezug der betroffenen Gemeinden konnten im ganzen Kanton mehrere Betriebs- und Gestaltungsstudien für siedlungsverträgliche Ortsdurchfahrten abgeschlossen werden. Das kantonale Tiefbauamt erhielt rund 100 Strassenprojekte und Projekte der Regionalen Verkehrssteuerung zur Umsetzung. Mehr als 30 davon betreffen Vorhaben zur Schliessung von Radweglücken und weitere Verbesserungen im Radwegnetz.

Unter der gemeinsamen Federführung des Amtes für Verkehr und des Tiefbauamts der Stadt Zürich wurde die Gesamtstudie Rosengartentram und Rosengartentunnel erarbeitet und am 1. Oktober der Öffentlichkeit vorgestellt. Für den Lückenschluss der Oberlandautobahn läuft die Erarbeitung mindestens einer bewilligungsfähigen Variante zeitgerecht. Die Planungen zur Portalverlängerung in Weiningen wurden entsprechend der Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Strassen, der Gemeinde Weiningen und der Volkswirtschaftsdirektion weiter vorangetrieben. Die Testplanung wurde im Sommer des Berichtsjahres gestartet und soll im Frühjahr 2014 abgeschlossen werden.

Luftverkehr

Die siebenstündige Nachtsperreordnung hatte zur Folge, dass 2012 (neueste verfügbare Daten) die Zahl der Flugbewegungen zwischen 23.30 und 00.30 Uhr gegenüber 2009, dem Jahr vor der Einführung der verlängerten Sperrzeiten, um rund die Hälfte abgenommen hat. Alle erteilten Ausnahmebewilligungen wurden durch das Amt für Verkehr überprüft. Dabei zeigte sich, dass die Flughafen Zürich AG zurückhaltend Ausnahmen bewilligt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Umsetzung und Weiterentwicklung des kantonalen und regionaler Gesamtverkehrskonzepte/Agglomerationsprogramme
A2	Bereitstellen der Verkehrsgrundlagen und Betrieb eines Gesamtverkehrscontrollings
A3	Umsetzung Veloförderprogramm
A4	Berichterstattung zur Entwicklung des Zürcher Fluglärmindex (ZFI), einschliesslich betriebliche Massnahmen; Überwachung der kantonalen Beteiligung an der Flughafen Zürich AG; Umsetzung Massnahmen gemäss ZFI-Verordnung
A5	Aufsicht über die Einhaltung der An- und Abflugrouten und der Nachtflugordnung des Flughafens Zürich
A6	Infrastrukturplanungen für Strassen, Radwege und strategische ÖV-Projekte
A7	Strategisches Verkehrsmanagement
A8	Strassenhoheit: Raumsicherung und Baubewilligungen an Staatsstrassen; Beurteilung und Finanzierung von Projekten auf Strassen mit überkommunaler Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	ÖV-Anteil am bimodalen Modalsplit (in %, Basis Anzahl Fahrten, prov. Werte) (A1, A2)	P	32.4	32.8	32.8	0
W2	NO _x -Emissionen im Strassenverkehr (in t) (A1)	P	4 735	4 552	4 514	-38
W3	PM10-Emissionen im Strassenverkehr (in t); (A1)	P	640	635	625	-10
W4	CO ₂ -Emissionen im Strassenverkehr (in kt); (A1)	P	1 799	1 784	1 762	-22
Leistungen						
L1	Anzahl überprüfte Flugwegabweichungen und Ausnahmegewilligungen Nachtflugsperr (A5)	min.	5 630	5 600	5 330	-270
L2	Anzahl behandelte Geschäfte für Infrastrukturanlagen und Änderungen des Betriebsreglements (A5)	P	714	400	610	210
L3	Anzahl behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung (Baugesuche, UVP) (A8)	P	813	800	901	101
L4	Anzahl an das Tiefbauamt übergebene Strassenprojekte (A6)	P	110	100	110	10
L5	Anzahl verabschiedete Verkehrsmanagementpläne (A7)	P	9	10	8	-2
Abweichungsbegründung						
L2	Anzahl der im Jahre 2013 zu behandelnden Bauvorhaben des Flughafens wurde unterschätzt.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Das Konzept Regionale Verkehrssteuerung (RVS) umsetzen, um in Gebieten mit stark belastetem Strassennetz verlässliche Reisezeiten für alle Verkehrsteilnehmenden und eine optimale Einhaltung der Fahrpläne des öffentlichen Verkehrs zu erreichen. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				7a	2015
E2	Zur Beobachtung, Steuerung und Kontrolle der Verkehrsentwicklung und deren Wirkungen ein Gesamtverkehrscontrolling einführen und betreiben. Sistiert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				7b	2013
E3	Ein Konzept zur siedlungsverträglichen Gestaltung von Staatsstrassen in Ortszentren erarbeiten und umsetzen. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				7c	2015
E4	Zur langfristigen Weiterentwicklung, Vernetzung und Finanzierung aller Verkehrssysteme das Gesamtverkehrskonzept des Kantons überarbeiten. Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				9a	2014
E5	Agglomerationsprogramme umsetzen (1. Generation) bzw. erarbeiten und beim Bund einreichen (2. Generation). Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				9b	2015

E6	Förderprogramm Wohnqualität und weitere Teile des Massnahmenpakets zum Zürcher Flughafen-Index (ZFI) umsetzen. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	9d	2013
E7	Die rechtlichen Grundlagen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung rund um den Flughafen mit dem Bund klären. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	9c	2014
E8	Themenführerschaft in ausgewählten, grenzüberschreitenden Verkehrsthemen und -projekten wahrnehmen (z.B. Regionale Leitzentrale als Leuchtturmprojekt in der Zusammenarbeit mit dem Kanton Bern). Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	9e	2013
E9	Die Koordinationsstelle Veloverkehr aufbauen und das Veloförderprogramm umsetzen Planmässig Im Berichtsjahr wurde das Pilotprojekt Velonetzplan Region Winterthur und Umgebung gestartet. Zudem erfolgte ein weiterer Ausbau des aktiven Wissenstransfers zu den Gemeindevertretern und es wurden neue Merkblätter zum Thema Veloparkierung veröffentlicht. Mit einer Erhebung bei Schulleitungen und Verkehrsinstruktoren der Kantonspolizei konnten wichtige Erkenntnisse betreffend die Velonutzung auf dem Schulweg gewonnen werden.	-	2015
E10	Die Interessen des Kantons in Schlüsselprojekten des Bundes wahren Planmässig Laufender Prozess	-	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	107.9	94.3	91.6	-2.6
Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	103.5	91.4	87.4	-4.0
Aufwand	-112.1	-99.2	-95.4	3.8
Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-61.0	-47.1	-44.7	2.3
Abschreibungen	-19.5	-20.4	-21.4	-1.0
Saldo	-4.2	-4.9	-3.8	1.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	5.3	5.5	4.2	-1.3
Ausgaben	-44.7	-60.4	-35.2	25.2
Investitionsbeiträge an Nationalstrassen	-4.1	-0.9	-0.7	0.1
Saldo	-39.4	-54.9	-31.0	23.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	48.5	52.5	49.7	-2.8

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 2.6 Mio. Franken oder 2.8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +1.3 Höhere Erträge aus Kiesabbau und Auffüllungen, aus Mietzinsen sowie aus Forderungen Altlasten Dübendorf
- 3.9 Geringere Überträge aus Strassenfonds und Flughafenfonds

Der Aufwand liegt um 3.8 Mio. Franken oder 3.8% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +2.3 Weniger Pauschalbeiträge an den Strassenunterhalt der Städte Zürich und Winterthur, da die den Berechnungen zu Grunde liegenden Ausgaben des Kantons für Strassenunterhalt im Vorjahr geringer ausfielen als geplant.
- +0.9 Weniger Drittaufträge
- +0.8 Vorübergehende Stellenvakanzen, Reduktionen Beschäftigungsgrad, nicht besetzte vakante Stelle
- +0.5 Weniger baulicher Unterhalt für Liegenschaften im Finanzvermögen
- 1.0 Projektstudie zur Einhausung Schwamendingen wird deaktiviert
- +0.3 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen liegen um 1.3 Mio. Franken oder 23.6% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- Weniger Bundesbeiträge für Lärmschutzmassnahmen, da die Ziele im Jahr 2012 nur teilweise erreicht werden konnten.

Die Investitionsausgaben liegen um 25.2 Mio. Franken oder 41.7% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- Weniger Investitionsbeiträge an Strassenbauten der Städte Zürich und Winterthur, da die Fehldeckung von der Stadt Zürich abgebaut werden konnte und damit keine Ausgleichszahlung fällig wurde. Zudem fielen die den Berechnungen zu Grunde liegenden Ausgaben des Kantons für Strassenbauten im Vorjahr geringer aus als geplant.

Personal

Verschiedene Reduktionen des Beschäftigungsgrades. Vakante Stelle wurde noch nicht besetzt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	195 668	-20 662	0	175 007	-20 662

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Hauptereignisse

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) und der Einlage in den Verkehrsfonds.

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind bei der Leistungsgruppe 5920 (Verkehrsfonds) beschrieben, diejenigen des ZVV in dessen Geschäftsbericht.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
A2	Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr: Dieser hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).

Indikatoren

Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Leistungen

L1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Wirtschaftlichkeit

B1 Siehe Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt /
Stand und Kommentar

Massnahme
LZ RR bis

E1	Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 25% bis 2016 (Basis 2008) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr abdecken. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	7d	2016
E2	Das ÖV-Angebot dort anpassen, wo Kapazitätsengpässe auftreten, wo Handlungsspielraum besteht und wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	7d	2016
E3	Siehe auch Leistungsgruppen Nr. 5920 «Verkehrsfonds» und Nr. 9300 «ZVV»		

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag			0.0	0.0
Aufwand	-260.8	-265.4	-255.3	10.1
Beitrag an den ZVW (LG 9300)	-182.5	-185.8	-175.7	10.1
Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-83.5	-84.8	-84.8	0.0
Saldo	-260.8	-265.4	-255.3	10.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Über diese Leistungsgruppe wird die Finanzierung des ZVW und des Verkehrsfonds abgewickelt. Die materiellen Begründungen für die finanziellen Entwicklungen sind in den jeweiligen Leistungsgruppen ersichtlich.

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Hauptereignisse

Der Vollzug der flankierenden Massnahmen bildete im Berichtsjahr einen thematischen Schwerpunkt des Amtes für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Vorrangig ging es um Fragen zu Lohnunterbietungen, Scheinselbstständigkeit und Gesamtarbeitsverträgen. In diesem Zusammenhang wurden vom AWA 3825 Arbeitnehmende hinsichtlich Einhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen kontrolliert. Dabei wurde in rund 7,7% der Fälle eine Unterbietung der üblichen Arbeits- und Lohnbedingungen festgestellt. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die überwiegende Mehrheit im Kanton Zürich tätiger in- und ausländischer Arbeitgeber die Lohnstandards einhält. In diesem Zusammenhang wurde dem AWA vom Zürcher Regierungsrat ein tadelloser Vollzug der flankierenden Massnahmen attestiert. Die 1611 ebenfalls durchgeführten Kontrollen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit konzentrierten sich auf die von der Tripartiten Kommission (TPK) vorgegebenen Risikobranchen, in denen die Gefahr von Missbräuchen besonders gross erscheint. Das Lohnbuch mit allen orts-, branchen- und berufsüblichen Löhnen stiess auch im Berichtsjahr auf eine rege Nachfrage. Für die Zukunft plant das AWA als Weiterentwicklung eine elektronische Form der beliebten Publikation.

Die Arbeitslosigkeit hat im gesamten Jahresverlauf um 1545 Personen zugenommen und die Arbeitslosenquote ist von 3,3% auf 3,5% leicht angestiegen. Die Zunahmen waren teils durch anhaltende Strukturanpassungen auf dem Bankenplatz während des Berichtsjahres begründet. Diese Entwicklung beeinflusste auch den Bereich Informatik und Kommunikation sowie freiberufliche technische und wissenschaftliche Dienstleistungen. Ein Hauptaugenmerk richtete sich auf Stellensuchende über 50. Das Alter über 50 kann bei der Stellensuche eine zusätzliche Problemstellung darstellen, muss es aber nicht zwingend. Für diese Stellensuchenden wurden spezifische Unterstützungsmöglichkeiten der Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) definiert sowie ein Argumentarium für das Selbstmarketing auf dem Arbeitsmarkt entwickelt. Zusätzlich wurde ein Zukunftsworkshop mit Fachspezialisten und Arbeitgebern durchgeführt. Ein weiterer Zukunftsworkshop beschäftigte sich Anfang des Berichtsjahres mit dem Arbeitsmarkt und der Zusammenarbeit zwischen RAV und Arbeitgebern im Gesundheitswesen. Ebenfalls fanden letztes Jahr verschiedene Arbeitgeberanlässe RAV mit interessanten Gästen zu spannenden Themen statt. Das AWA fördert nicht nur Innovation, sondern lebt sie selbst vor. So wurde das erste Job-Video (RAV-Personalberater) ebenso online geschaltet wie die neuen elektronischen Informationsmodule für Stellensuchende.

Die kantonale Standortförderung hat mit ihren zahlreichen Cluster-Aktivitäten auch im Berichtsjahr einiges bewegt. Hervorzuheben sind der clusterübergreifende Dialog zum Thema Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Finance-Cluster-Dialog, welcher sich eingehend mit der Frage beschäftigte, ob sich der Finanzplatz und mit ihm die hiesigen Banken neu erfinden müssen, weil der politische und regulatorische Druck auf nationaler sowie internationaler Ebene stetig zugenommen hat. Mit der Eröffnung der New Huadu Business School entschied sich ein weiteres international renommiertes Bildungsinstitut für Zürich als Standort. Diese Ansiedlung war ein starkes Signal nach aussen, weil damit nebst dem erfolgreichen Wirtschaftsstandort auch die Reputation des Bildungsstandortes weiter gestärkt wurde.

Als fester Bestandteil seiner Personalpolitik führte das AWA sein Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM) auch letztes Jahr erfolgreich fort. Für 2012 wurde erstmals ein BGM-Bericht veröffentlicht, den Mitarbeitenden ein Sehtest angeboten und die Kampagne Bewegung und Ernährung durchgeführt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Stärkung des Wirtschaftsstandorts Kanton Zürich bzw. des Wirtschaftsraumes Zürich
A2	Arbeitnehmerschutz (Vollzug Arbeitsgesetz und Unfallversicherungsgesetz)
A3	Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG)
A4	Förderung des Wohnungsbaus für Personen mit geringem Einkommen
A5	Fairer Wettbewerb (Vollzug Entsendegesetz und Schwarzarbeitsgesetz)
A6	Geringe administrative Belastung für Unternehmen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl Beschäftigte (Vollzeitäquivalente) in den betreuten Clustern (A1)	min.	241 300	241 300	241 300	0
W2	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2010–13 mit dem SECO (A3)	min.	103	100	103	
Leistungen						
L1	Anzahl Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen (A1)	P	12 535	14 000	12 052	-1 948
L2	Anzahl Meldeverfahren von EU/EFTA-Bürger/innen (A1)	P	88 431	110 000	99 082	-10 918
L3	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG) (A2)	min.	1 444	1 200	1 399	199
L4	Anzahl eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel) (A3)	P	29 045	35 000	31 053	-3 947
L5	Anzahl neu unterstützte Mietwohnungen (Zusicherungen) (A4)	P	165	200	84	-116
L6	Anzahl Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM) (A5)	min.	1 916	2 200	1 934	-266
L7	Anzahl Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA) (A5)	min.	1 584	1 500	1 611	111
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenbeitrag durch den Bund in % der Gesamtkosten des AVIG Vollzugs (Ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7bis sowie Art. 59d AVIG) (A3)	min.	99.1	99.8	99.8	
Abweichungsbegründungen						
W1	Angaben gemäss jeweils aktuellem Clusterbericht der Standortförderung des Kantons Zürich, die Herausgabe des nächsten Clusterberichts ist für das 1. Halbjahr 2014 geplant.					
W2	100 = Schweizer Durchschnitt, die neuste und endgültige Berechnung bezieht sich auf den Zeitraum Januar bis Dezember 2012.					
L1	Die Wirtschaft hat weniger Arbeitsbewilligungen als im Vorjahr nachgefragt, die Kontingente wurden nicht ausgeschöpft.					
L2	Weitere Zunahme des Meldeverfahrens gegenüber Vorjahr: Aufgrund der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Situation in vielen Ländern der EU ist die Schweiz mit ihrer nach wie vor robusten Wirtschaft (insbesondere Baugewerbe) für ausländische Dienstleistungserbringer und ausländische Arbeitskräfte sehr attraktiv. Die genaue Zahl der Zunahme ist jedoch schwierig abzuschätzen.					
L4	Diese Angaben stützen sich auf die zum Planungszeitpunkt gegenwärtigen Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute und eigener Einschätzung.					
L5	Das AWA hat keinen direkten Einfluss auf die Anzahl der subventionierten Wohnungen. Diese hängt von den durch die gemeinnützigen Bauträger bei den Gemeinden eingereichten Gesuche ab. Ende des Berichtsjahres befanden sich beim AWA keine Gesuche in Bearbeitung, bei der Stadt Zürich sind 9 Gesuche für 289 Wohnungen ausstehend.					
L6	Entgegen der Planung im KEF 2013–2016 wurden in der Leistungsvereinbarung mit dem SECO 2013–2014 wie bisher mindestens 1850 Kontrollen jährlich vereinbart.					

Entwicklungsschwerpunkte			
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) stärken und ausweiten Planmässig Die Evaluation des iiz-Konzepts 2010 ergab, dass die beteiligten Institutionen und die Geschäftsstelle verbindlich zusammenarbeiten und gute Erfolge bei der Arbeitsintegration erzielen. Im erarbeiteten iiz-Konzept 2014 wurden administrative Aufwendungen reduziert und die direkte Zusammenarbeit von Institutionen und Geschäftsstelle nochmals gestärkt.	-	2016
E2	Arbeitsmarktaufsicht festigen (Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und Bekämpfung der Schwarzarbeit) Planmässig Die mit dem SECO vereinbarte Anzahl Kontrollen werden erreicht.	-	2016
E3	Die Clusterentwicklung in wichtigen und zukunftssträchtigen Branchen vorantreiben Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	12a	2015
E4	Die Führung der Marke Zürich beanspruchen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	12b	2015
E5	Autonomie und Handlungsfähigkeit des Finanzplatzes zur Wahrung der Position im internationalen Wettbewerb durch aktive Interessenvertretung stärken Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	12d	2015
E6	Standortqualitäten in der öffentlichen Wahrnehmung verankern und fördern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	12b	2015
E7	Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton Zürich begleiten. Planmässig Leichte Erholung bei den Firmenansiedlungen im Berichtsjahr. Anzahl angesiedelte Unternehmen ähnlich zum Vorjahr, jedoch weiterhin schwieriges wirtschaftliches Umfeld.	-	2016
E8	Grundlagen für eine gezielte Innovationspolitik des Kantons Zürich erarbeiten, insbesondere um einen Innovationspark im Kanton Zürich zu errichten Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	12c	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	90.6	104.2	91.9	-12.3
Vollzug AVIG	78.1	92.4	79.9	-12.6
Aufwand	-132.7	-150.2	-132.9	17.3
Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-78.8	-92.6	-80.1	12.6
Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-26.2	-27.1	-26.5	0.6
Kreditübertragungen aus 2012		-0.3		
Saldo	-42.1	-46.0	-40.9	5.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	10.5	9.9	9.0	-0.9
Ausgaben	-7.0	-10.9	-2.9	8.0
Saldo	3.6	-1.0	6.1	7.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	601.2	673.6	609.4	-64.2

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 12.3 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- 12.6 Tiefere Rückvergütung des Seco aufgrund des geringeren Aufwandes im Vollzug AVIG (Personal-, Sach- und übriger Aufwand, saldoneutral)
- +0.8 Entgelte (vgl. Begründung Rücklagen)
- 0.5 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt um 17.3 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +12.6 Der budgetierte Stellenplan im Vollzug AVIG wurde im Jahresdurchschnitt um rund 65 Vollzeitstellen nicht ausgeschöpft (siehe Abweichung Personal), gleichermassen wurden u. a. Sachkosten im Vollzug AVIG nicht voll benötigt (beides saldoneutral).
- +2.2 Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte. Das AWA kann die Auslastung nicht beeinflussen, die Gemeinden weisen die ausgesteuerten Personen zu.
- +1.0 Tiefere Kosten bei der Standortförderung infolge Projektverzögerungen (vgl. Kreditübertragungen)
- +1.5 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 0.6 Freiwillige Amortisationen von Wohnbaudarlehen (nicht planbar)

Ausgaben:

- +7.7 Geplante Auszahlungen von Wohnbaudarlehen verzögern sich weiterhin, weil die Bauabrechnungen nicht vorliegen.

Personal

-64.2 Im Vollzug AVIG (saldoneutral) wurde der Personalbestand umsichtig an die tatsächliche Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden angepasst. Diese verlief günstiger als prognostiziert (vgl. L4).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 783 669	-71 193	+100 000	1 812 476	+28 807

Verwendung Rücklagen 2013: Fr. 71 193

Bildung von Rücklagen 2013: Fr. 100 000

Mit der gleichen Anzahl Mitarbeitenden wurden bedeutend mehr kostenpflichtige Geschäfte erledigt (Sanktionen Meldeverfahren, Verwaltungsbussen, Lohnunterbietungen Paritätische Kommissionen, Verkäufe Lohnbuch usw.).

5920 Verkehrsfonds

Hauptereignisse

Ende des Berichtsjahres schlossen die SBB den Einbau der bahntechnischen Anlagen im Bahnhof Löwenstrasse und im Weinbergtunnel ab, sodass nun die Bauabnahmen und die Testfahrten stattfinden können. Die Bauarbeiten des Grossprojekts «Durchmesserlinie (DML)» befinden sich auf Kurs. Der neue Durchgangsbahnhof wird im Juni 2014 dem Betrieb übergeben. Im vierten Abschnitt konnte beim Bahnhof Oerlikon das erste von zwei neuen Gleisen in Betrieb genommen werden. Im Berichtsjahr konnte der Bund seinen Rückstand bei der Projektfinanzierung weiter vermindern. Die Vorfinanzierung des Kantons Zürich durch vorzeitige Zahlungen beläuft sich auf Ende des Berichtsjahres noch auf 54,6 Mio. Franken (2012: 134,4 Mio. Franken).

Die im letzten Jahr aufgenommenen Bauarbeiten für die 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn schreiten planmässig voran. Die erste Etappe des Ausbauprojekts wird Mitte 2014 – zusammen mit dem Durchgangsbahnhof Löwenstrasse – fertiggestellt sein. Die beiden anderen Etappen werden gestaffelt 2015 und 2018 in Betrieb gehen.

Mit der durch den Bundesrat erteilten Infrastrukturkonzession für die Neubaustrecke zwischen Zürich-Altstetten und Killwangen-Spreitenbach an die Limmattalbahn AG hat das Stadtbahnprojekt einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Verwirklichung gemacht. Auf Grundlage des Ende Juni abgeschlossenen Bauprojekts konnte zudem das Plangenehmigungsgesuch beim Bund eingereicht werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe öffentlicher Verkehr (5210)
----	--

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Die Investitionsbeiträge dienen dem Ausbau und der Verbesserung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs im Kanton Zürich.					
Leistungen						
L1	Beiträge an Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	P	-2.9	-71.8	0.0	71.8
L2	Beiträge an die Umsetzung Behindertengesetz	P	-0.7	-6.5	-6.2	0.3
L3	Beiträge an Stadtbahn Glattal	P	3.0	0.0	0.0	0.0
L4	Beiträge an Privatbahnen und Busunternehmen	P	-1.5	-2.5	-2.0	0.5
L5	Beiträge an Tram Zürich-West	P	0.0	-1.2	-2.9	-1.7
L6	Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	P	-0.2	-0.3	-1.7	-1.4
L7	Beiträge an 4. Teilergänzungen SBB	P	-12.5	-21.6	-15.3	6.3
L8	Beiträge an die Limmatbahn	P	-5.0	-5.2	-4.5	0.7
L9	Rückzahlungen Rollmaterialdarlehen	P	0.7	0.7	0.7	0.0
L10	Sihltalbahn Haltestelle Friesenberg	P	0.0	0.0	-0.2	-0.2
L11	Tram Hardbrücke (inkl. Anpassung Bhf Hardbrücke)	P	0.0	0.0	-0.1	-0.1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Investitionsprojekte wird jeweils im Rahmen der Verpflichtungskreditvorlagen geprüft.					
Abweichungsbegründungen						
L1	Die ordentlichen Beiträge an das Projekt DML wurden vollständig durch die Umwandlung von Vorfinanzierungsmittel geleistet. In der Nettobetrachtung führt dies zu einem Null-Ergebnis.					
L5	Im Rahmen der Abschlussarbeiten des Projekts Tram Zürich-West mussten leicht höhere Beiträge ausgerichtet werden als budgetiert.					
L6	Einerseits hat sich die Auszahlung des Staatsbeitrags für die Verlängerung der Trolleybuslinie 3 in Winterthur ins Berichtsjahr verschoben, andererseits fielen erste Planungskosten für die Tramnetzergänzung Altstetterstrasse an.					
L7	Entsprechend dem Bau- und Planungsfortschritt der 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn (Bau: Etappen 1+2, Planung: Etappe 3) wurden tiefere Investitionsbeiträge an die SBB ausgerichtet.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	112.6	107.6	108.1	0.5
Zinserträge	25.7	22.8	22.0	-0.8
Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	83.5	84.8	84.8	0.0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-112.6	-107.6	-108.1	-0.5
Zinsaufwände	-37.9	-33.2	-31.0	2.2
Abschreibungen	-47.3	-42.3	-41.8	0.5
Einlagen in Bestandeskonto	-27.5	-32.2	-35.4	-3.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	95.1	45.7	81.0	35.3
Ausgaben	-114.1	-155.1	-113.1	42.0
Saldo	-19.0	-109.4	-32.2	77.3
Fondsbestand				
Fondsbestand	881.8	914.0	917.2	3.2

Erfolgsrechnung

- +2.2 Der Zinsaufwand fällt geringer aus, da die Buchwerte der Investitionsbeiträge und der Darlehensbestand tiefer sind als in der Planung angenommen.
- +1.0 Zusätzliche Erträge, leicht tiefere Abschreibungen
- 3.2 Die Einlage in das Bestandeskonto des Verkehrsfonds erhöht sich im Umfang der tieferen Passivzinsen (2.2 Mio. Franken), der zusätzlichen Erträge (0.5 Mio. Franken) sowie der leicht tieferen Abschreibungen (0.5 Mio. Franken).

Investitionsrechnung

- +42.0 Der Bund konnte dem Projekt DML gegen Ende des Jahres 2012 aus der Leistungsvereinbarung zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Ein eingeplantes Darlehen des Kantons Zürich an die SBB von 27 Mio. Franken wurde damit überflüssig. Entsprechend dem Baufortschritt wurden zudem um rund 10 Mio. Franken tiefere ordentliche Beiträge geleistet. Weitere Minderausgaben resultierten bei den 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn.
- +35.3 Aufgrund der höheren Bundesmittel für die DML konnten gegenüber der Planung zusätzlich 35 Mio. Franken an Vorfinanzierungsmittel zurückbezahlt bzw. in ordentliche Beiträge umgewandelt werden.

Fondsbestand

- +3.2 Der Fondsbestand nimmt durch die erhöhte Fondseinlage stärker zu als geplant.

5921 Flughafenfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr wurden Entschädigungszahlungen wegen übermässigen Fluglärms von 9,1 Mio. Franken ausgerichtet. Der Lärmrechnung des Kantons sind insgesamt 17 Mio. Franken an Lärmgebühren des Airport Zurich Noise Fund (AZNF) und 1,5 Mio. Franken an Vermögenserträgen aus der Lärmrechnung zugeflossen. Damit erhöhte sich der Bestand der Lärmrechnung auf 227,9 Mio. Franken. Trotz der Sistierung des Lärmfüfliers dürfte der Fondsbestand ausreichen, um sämtliche Lärmentschädigungen zu begleichen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.
----	---

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	14.8	12.6	11.7	–0.8
Zinsertrag	12.0	10.2	10.2	0.0
Aufwand	–5.2	–7.6	–4.2	3.5
Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	–2.2	–2.8	–2.4	0.3
Saldo	9.5	5.0	7.6	2.6
Investitionsrechnung				
Einnahmen	3.2	10.0	9.1	–0.9
Ausgaben				
Saldo	3.2	10.0	9.1	–0.9
Fondsbestand				
Fondsbestand	409.8	414.7	417.4	2.6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 0.8 Mio. Franken oder 6.3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursache:

- Geringere Erträge auf Finanzanlagen der Lärmrechnung

Der Aufwand liegt um 3.5 Mio. Franken oder 46% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +2.3 Weniger Subventionen für das Förderprogramm Wohnqualität sowie für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden
- +1.4 Geringere Einlage in Bestand der Lärmrechnung
- +0.3 Geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr
- 0.5 Marktwertanpassungen und realisierte Verluste bei Wertschriften der Lärmrechnung

Investitionsrechnung

Die Investitionseinnahmen liegen um 0.9 Mio. Franken oder 9.4% unter dem Budget.

Ursache:

- Weniger Auszahlungen an Lärmentschädigungen

Fondsbestand

Dank Minderausgaben erhöht sich der Fondsbestand gegenüber dem Budget um 2.6 Mio. Franken

5925 Strassenfonds

Hauptereignisse

Strassenfinanzierung 2013: Beträge in Mio. Franken
(in Klammern Vorjahreswerte)



* Differenz zu Tabelle Finanzielle Entwicklung wegen Nettobetrachtung

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

- A1 Ausweis über die Verwendung der jährlich verfügbaren eidgenössischen und kantonalen Verkehrsabgaben sowie Buchgewinne aus der Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens (Liegenschaften Strassenfonds). Finanzierung der Nettoaufwendungen von Tiefbauamt (TBA, LG 8400) sowie strassenbezogenem Teil des Amtes für Verkehr (AFV, LG 5205), allfälliger Zinsen für Vorschüsse aus der Staatskasse und möglicher Buchverluste.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	420.1	422.1	429.4	7.3
Buchgewinne (Liegenschaften)	3.0	3.0	7.4	4.4
Ertrag Mineralölsteuer, Vignette	38.2	38.0	37.8	-0.2
Ertrag LSVA	58.7	60.3	57.4	-3.0
Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	301.8	303.9	310.0	6.1
Aufwand	-355.9	-339.4	-334.8	4.6
Vergütung an Strassenverkehrsamt	-6.4	-6.4	-6.5	-0.2
Übertrag an Tiefbauamt	-216.1	-221.6	-213.9	7.7
Übertrag an Amt für Verkehr	-101.2	-88.6	-85.0	3.7
Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-11.6	-11.8	-11.8	-0.0
Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	-3.7	0.0
Saldo	64.2	82.7	94.5	11.9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	675.6	758.2	770.1	11.9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 7.3 Mio. Franken oder 1.7% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +6.0 Mehrertrag Verkehrsabgaben
- +4.4 Aufwertung eines teilweise abgetretenen Grundstücks in Pfäffikon
(siehe entsprechende Verbuchung des Abgangs beim Aufwand) und realisierte Gewinne
bei Liegenschaften im Finanzvermögen
- 3.0 Minderertrag bei der LSVA
- 0.1 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt um 4.6 Mio. Franken oder 1.4% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +7.7 Geringerer Übertrag an das Tiefbauamt
- +3.7 Geringerer Übertrag an das Amt für Verkehr
- +0.7 Weniger Grundstückgewinnsteuern
- +0.2 Weniger realisierte Verluste auf Liegenschaften im Finanzvermögen
- 7.9 Teilabgang des doppelt aktivierten Grundstücks in Pfäffikon
(siehe entsprechende Aufwertung beim Ertrag)
- +0.2 Übrige Abweichungen

Fondsbestand

Dank höherem Saldoüberschuss erhöht sich der Fondsbestand gegenüber dem Budget um zusätzliche 11.9 Mio. Franken



Opernhaus: Junior Ballett (Iris)



Sternenkeller Rütli: Famiglia Rossi (Spaghetti-Western-Blues)



Zürcher Theater Spektakel: Seebühne

Gesundheitsdirektion

Erweiterung und Sanierung der Kinderstation Brüschalde

Psychische Störungen gehören im Kindes- und Jugendalter zu den häufigsten Erkrankungen; sie treten bei rund 20% der Kinder und Jugendlichen auf. Eine professionelle Versorgung dieser jungen Patientinnen und Patienten ist notwendig.

Da die Behandlung von Kindern und Jugendlichen nicht in den Behandlungsstrukturen für erwachsene Patientinnen und Patienten erfolgen kann, braucht es eine besonders auf sie ausgerichtete Betreuung, Begleitung und Behandlung sowie ein angepasstes Therapieangebot. Im Kanton Zürich wird die auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene psychiatrische Versorgung in erster Linie vom Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD) gewährleistet. Beim KJPD handelt es sich um eine Universitätsklinik, die direkt der Gesundheitsdirektion angegliedert ist. Der Leistungsauftrag umfasst die Behandlung von Kindern zwischen 5 und 13 Jahren und von Jugendlichen zwischen 13 und 18 Jahren. Mit knapp 400 Mitarbeitenden ist der KJPD die grösste Institution dieser Art in der Schweiz. Er bietet sowohl ambulante, teilstationäre als auch stationäre psychiatrische Behandlungen und Dienstleistungen an.

Die in Männedorf auf der Brüschalde gelegene stationäre Kinderpsychiatrie steht derzeit vor zwei besonderen Herausforderungen: Einerseits entspricht die Infrastruktur nicht mehr den medizinischen Bedürfnissen und betrieblichen Anforderungen an eine moderne Kinderpsychiatrie. Andererseits herrscht in der Brüschalde Platznot: Die 21 Betten reichen nicht aus, um den Bedarf an stationären Behandlungsplätzen für Kinder und Jugendliche mit psychischen Problemen und Störungen zu decken. Obwohl die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im vergangenen Jahrzehnt von einem Jahr auf rund drei Monate abgenommen hat, können nicht sämtliche Kinder und Jugendlichen innerkantonal behandelt und betreut werden.

Aus diesem Grund muss die Kinderstation Brüschalde erweitert und modernisiert werden. Der Regierungsrat hat dazu im Juni des Berichtsjahres dem Kantonsrat einen Objektkredit von 22,83 Mio. Franken für einen Neubau beantragt und 7 Mio. Franken für die Sanierung des Hauptgebäudes bewilligt (RRB Nrn. 702/2013 und 703/2013). Neubau und Sanierung sind aufeinander abgestimmt und ermöglichen die Umsetzung eines zukunftsgerichteten Betriebskonzepts: Die Kinderstation wird von 21 auf 28 Betten vergrössert und zusätzlich um eine Kinder-Tagesklinik mit acht Plätzen erweitert. So können die Kinder aus dem Kanton wohnortnah und altersgerecht versorgt werden.

Neupositionierung des Kantonsspitals Winterthur

Seit dem 1. Januar 2012 werden die Spitäler nicht mehr mit Staatsbeiträgen direkt subventioniert, sondern sie finanzieren sich über diagnosebezogene Fallpauschalen (DRG-System). Die neue Finanzierungsart führt zu einem vom Gesetzgeber gewollten, verstärkten Wettbewerb unter den Spitälern. Eine zweckmässige Infrastruktur, die Attraktivität als Arbeitgeber, die Verlässlichkeit als Kooperationspartner sowie die Möglichkeit, rasch und sachgerecht auf Veränderungen des Umfeldes zu reagieren, gewinnen an Bedeutung. Daneben verschärfen sich die Rollenkonflikte des Kantons, der sowohl Spitaleigentümer als auch Aufsichts-, Regulierungs-, Planungs- sowie Tarifgenehmigungs- und -festsetzungsinstanz ist. Aus diesen Gründen hat der Regierungsrat das Ziel, die Positionierung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) im neuen Spitalumfeld zu überprüfen.

Das KSW wurde auf den 1. Januar 2007 zur selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt. Damit konnten der Autonomiegrad des KSW aber nur teilweise erhöht und die Rollenkonflikte des Kantons nicht bereinigt werden. Das KSW ist nach wie vor in die Immobilien- und Investitionsprozesse des Kantons eingebunden. Es hat das kantonale Personalrecht anzuwenden – wodurch es in einem wesentlichen betriebswirtschaftlichen Handlungsbereich fremdbestimmt ist – und es ist bei der Nutzung von Zusammenarbeitsoptionen im Vergleich zu autonomen Spitälern benachteiligt. Der Regierungsrat hat die Gesundheitsdirektion beauftragt, zusammen mit dem KSW ein Konzept mit Lösungsvarianten zu erarbeiten (RRB Nr. 416/2012). Im Rahmen dieses Projekts kristallisierte sich heraus, dass die Ziele der Neupositionierung (langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit des KSW / Rollenentflechtung und Risikokontrolle des Kantons) am besten mit einer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erreicht werden könnten. Bei der neuen Aktiengesellschaft soll es sich um ein Unternehmen ohne Beteiligungsverpflichtung des Kantons handeln. Ihr soll das Baurecht an den für den Betrieb notwendigen Grundstücken eingeräumt werden und sie soll Gebäude, Einrichtungen und Mobilien als Sacheinlagen einbringen. Die künftigen Arbeitsverhältnisse sollen privatrechtlich ausgestaltet sein, wobei der Kanton für einen korrekten Übergang der öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnisse zu privatrechtlichen Anstellungen verantwortlich sein wird. Gestützt auf diese Abklärungen wurde die Gesundheitsdirektion im März des Berichtsjahres vom Regierungsrat damit beauftragt, einen Entwurf für eine Gesetzesvorlage für die Umwandlung des KSW in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft auszuarbeiten (RRB Nr. 346/2013). Gleichzeitig sollen auch der Statutenentwurf und eine Eigner- bzw. Beteiligungsstrategie erarbeitet werden. Informationen zum Projekt und zu den laufenden Arbeiten finden sich unter www.gd.zh.ch/ksw

eHealth-Strategie

Die Einführung eines elektronischen Patientendossiers steht im Zentrum der von Bund und Kantonen erarbeiteten und im Juni 2007 vom Bundesrat verabschiedeten «Strategie eHealth Schweiz». Die Umsetzung obliegt den Kantonen, da sie für die Gesundheitsversorgung verantwortlich sind. Über das elektronische Patientendossier sollen Patientinnen und Patienten sowie Gesundheitsfachpersonen unabhängig von Ort und Zeit einfach, rasch und sicher auf behandlungsrelevante medizinische Daten (z. B. Röntgenbilder, Spitalaustrittsberichte, Labordaten, Medikationslisten, Pflegedokumentation) zugreifen können. Ziel des elektronischen Patientendossiers ist es, die Behandlungsqualität und Medikationssicherheit zu verbessern sowie Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für solche Dossiers sollen in einem Bundesgesetz geregelt werden; der entsprechende Gesetzesentwurf ist im Mai an die eidgenössischen Räte überwiesen worden. Er sieht vor, dass Patientinnen und Patienten die Eröffnung eines elektronischen Patientendossiers veranlassen können; die Beteiligung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte

ist freiwillig. Hingegen soll das elektronische Patientendossier für Organisationen der stationären Versorgung obligatorisch werden, sofern sie über die obligatorische Krankenversicherung abrechnen wollen. Die Patientinnen und Patienten sollen aber in jedem Fall bestimmen können, wem Einsicht in ihre Gesundheitsdaten gewährt wird.

Die Gesundheitsdirektion unterstützt die Einführung des elektronischen Patientendossiers, indem sie die auf kantonaler Ebene notwendigen Rahmenbedingungen und rechtlichen Grundlagen schafft und die Leistungserbringer bei der Koordination ihrer Aktivitäten unterstützt. 2012 wurden dazu eine Kontaktstelle eHealth bei der Gesundheitsdirektion und eine Kerngruppe eHealth mit Vertretern der Gesundheitsdirektion und der Leistungserbringer geschaffen. Auf Veranlassung der Kerngruppe wurde im Berichtsjahr ein Konzept für eine zentrale Informatik-Plattform erarbeitet, die aus Sicht der Leistungserbringer die wichtigste Voraussetzung für die Einführung und Verbreitung des elektronischen Patientendossiers darstellt. Auf dieser Plattform können die Leistungserbringer ihre Daten zur Einsichtnahme für Patientinnen und Patienten und Nachbehandelnde bereitstellen. Auch wenn die Umsetzung noch technische, organisatorische und finanzielle Herausforderungen bietet, ist der Nutzen dieser Vernetzung für die Leistungserbringer unbestritten.

Legislaturziele

Die Gesundheitsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 2, 3, 4, 5, 14 und 15 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung führt diese Ziele in verkürzter Form auf. Zusätzliche Legislaturziele hat die Gesundheitsdirektion nicht.

Legislaturziel	1 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt (LZ RR 2; gemeinsam mit BI).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 2b und 2c des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht (LZ RR 3; gemeinsam mit BI).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 3f und 3g des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Die Leistungen des Gesundheitswesens sind kundenfreundlich, effektiv, effizient und transparent (LZ RR 4).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 4a–4d des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist unter den sich ändernden bundesrechtlichen Rahmenbedingungen sichergestellt (LZ RR 5).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 5a–5h des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Allianzen und Themenführerschaft sind in wichtigen Politikbereichen auf interkantonaler und Bundesebene ausgebaut (LZ RR 14; gemeinsam mit SK und FD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 14a des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug ist sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit JI, FD, SK und BD).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15d des Regierungsrates

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	862.9	858.8	867.6	8.9
Aufwand	–2 546.6	–2 671.7	–2 582.4	89.3
Saldo	–1 683.7	–1 812.9	–1 714.7	98.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	89.6	42.6	112.8	70.2
Ausgaben	–128.5	–211.1	–123.4	87.7
Saldo	–38.9	–168.5	–10.6	157.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	2 207.3	2 309.2	2 221.3	–87.9

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 8.9 Mio. Franken oder 1.0% über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +11.0 Aufwertung Anlagevermögen infolge Umwandlung der altrechtlichen Investitionsbeiträge an Spitäler in Darlehen
- 2.1 Übrige Abweichungen

Der Aufwand liegt um 89.3 Mio. Franken oder 3.3% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +31.3 Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale bei den Listenspitälern
- +21.3 Geringere BVK-Sanierungsbeiträge an kantonale und staatsbeitragsberechtigte Spitäler
- +12.4 Effizienzverbesserungen der kantonalen psychiatrischen Kliniken (u. a. Umsetzung neue Behandlungskonzepte, Prozessoptimierungen)
- +5.7 Geringerer Aufwand im Bereich Prämienverbilligung
- +5.2 Geringere Subventionen gemäss § 11 SPFG an die Listenspitäler
- +3.0 Keine zusätzlichen Privatspitäler auf der Spitalliste Psychiatrie 2012
- +10.4 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Einnahmen liegen um 70.2 Mio. Franken über dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +67.2 Einnahmen aus der vorgezogenen Rückzahlung von Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge ergaben
- +3.0 Übrige Abweichungen

Die Ausgaben liegen um 87.7 Mio. Franken unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +45.0 Minderbedarf bei der Gewährung von Darlehen an Spitäler und psychiatrische Kliniken
- +38.5 Projektverzögerungen USZ (Modulbau), KSW (Ersatzneubau und diverse kleinere Vorhaben), KAZ (Umbau und Anpassung an gesetzliche Auflagen) und KJPD (Ersatzneubau Kinderstation Brüschhalde)
- +4.2 Übrige Abweichungen

Personal

Der Beschäftigungsumfang liegt unter dem Planwert aufgrund verzögert besetzter Stellen bei ipw und PUK und da die Integration der Lehrerstellen in den KJPD erst per 1. Januar 2014 erfolgt.

Investitionen

Es wurden folgende Investitionen getätigt (in Mio. Franken):

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2013	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
USZ, Sanierung OST I-III	16.8	130.4	99.6	30.7
USZ, Erweiterung Notstromanlage	3.7	22.1	7.0	15.1
USZ, Nordtrakt 2C, OP-Sanierung	0.6	14.2	14.1	0.1
USZ, Nordtrakt 1, Lüftungsanlagen	1.6	15.0	9.5	5.5
USZ, Pathologietrakt, Zwischensanierung	4.2	21.0	13.5	7.5
USZ, Nordtrakt 1, Umbau Neonatologie	1.7	13.8	8.3	5.5
USZ, Haldenbachtrakt, Sanierung U, A, B, C	8.3	23.3	12.8	10.5
USZ, Gebäudeautomation	1.4	16.6	2.6	14.0
USZ, Nordtrakt 1, Geschoss C, Einbau von 3 MRT	0.7	12.2	7.5	4.7
USZ, Modulbau und Technikzentrale Park, Projektierung	2.8	12.0	4.6	7.4
USZ, Ersatz Kältemaschinen	1.6	19.8	1.6	18.2
KSW, Ersatzneubau Hochhaus, Projektierung	5.0	18.7	8.5	10.2
PUK, Sanierung Trakt WT	13.4	25.6	22.1	3.5
PUK, Rheinau, Sanierung Gebäude 80-82	7.2	20.6	19.2	1.4
Übrige Investitionen	54.4			
Total Investitionen	123.4			

Leistungsgruppen

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Hauptereignisse

Gestützt auf das am 1. Januar 2012 in Kraft getretene Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) waren die bisherigen Staatsbeiträge an die Spitäler auf 1. Januar 2012 in verzinsliche und amortisierungs-pflichtige Darlehen umzuwandeln. Im Berichtsjahr konnten diese Umwandlungen praktisch vollständig abgeschlossen werden.

Im März des Berichtsjahres hat der Regierungsrat (RRB Nr. 278/2013) für den stationären Bereich der Akutsomatik einerseits die zwischen den Tarifpartnern vereinbarten Tarife genehmigt und andererseits dort, wo sich die Tarifpartner nicht einigen konnten, hoheitlich Fallpauschalen rückwirkend ab 1. Januar 2012 festgesetzt. Damit wurden die am 7. Dezember 2011 provisorisch festgesetzten Fallpauschalen abgelöst. Gegen die Festsetzungen haben sowohl Versicherer als auch Leistungserbringer insgesamt neun Beschwerden erhoben, die derzeit vor Bundesverwaltungsgericht hängig sind.

Im Bereich der hochspezialisierten Medizin hat das Bundesgericht im November des Berichtsjahres in einem Beschwerdeverfahren aus dem Jahr 2011 einen wichtigen Leitentscheid gefällt. Darin wird die bisherige Praxis des Beschlussorgans, die jeweils die Definition von Bereichen hochspezialisierter Medizin direkt mit den Zuteilungen verknüpfte, für unzulässig erklärt. Die Definition der hochspezialisierten Medizin muss getrennt von und vor der Zuteilung an einzelne Leistungserbringer erfolgen.

Der Kanton und die Stadt Zürich haben im Dezember 2012 eine gemeinsame Erklärung zur Förderung und Stärkung der universitären Medizin am Hochschulstandort Zürich verabschiedet. Im Berichtsjahr haben Kanton und Stadt sowie die direkt betroffenen Institutionen (Universitätsspital Zürich, Universität Zürich, Stadtspital Triemli) Gespräche über die Vor- und Nachteile der Zusammenlegung einzelner medizinischer Bereiche geführt, die schliesslich in erste Diskussionen zwischen Kanton und Stadt zur Frage einer Zusammenführung der drei grossen öffentlichen Spitäler in der Stadt Zürich (Universitätsspital Zürich sowie Stadtspitäler Triemli und Waid) übergeführt wurden. Diese Gespräche sollen 2014 weitergeführt werden.

Der Regierungsrat hat 2011 – in Übereinstimmung mit der Stadt Zürich – beschlossen, dass das Universitätsspital und die medizinbezogenen Bereiche der Universität am Standort Hochschulgebiet Zürich Zentrum weiterentwickelt werden sollen. In einem ersten Schritt war geplant, einen provisorischen Modulbau auf dem Areal des Universitätsspitals Zürich zu errichten, der während der Bauzeit unter anderem als Rochadefläche dienen sollte. Im Oktober verweigerte die Bausektion des Zürcher Stadtrates diese Bewilligung, weshalb die Weiterentwicklung am heutigen Standort im Hochschulgebiet Zürich Zentrum gefährdet ist. Der Kanton Zürich und das Universitätsspital Zürich haben gegen den Entscheid Rekurs erhoben.

Das Berichtsjahr war für die Kantonale Ethikkommission (KEK) geprägt durch Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf das Inkrafttreten des Humanforschungsgesetzes am 1. Januar 2014. Die neue Gesetzgebung bringt zahlreiche neue Aufgaben im wissenschaftlichen Bereich mit sich, weshalb bei der KEK zusätzliche Stellen geschaffen werden mussten. Im Mai bezog die KEK zudem neue Räumlichkeiten an der Stampfenbachstrasse. Der Umzug war aufgrund der beengenden Platzverhältnisse und der veralteten Infrastruktur am alten Standort in unmittelbarer Nähe des Universitätsspitals notwendig geworden.

Die Gesundheitsdirektion ist im Juni in neue Büroräumlichkeiten umgezogen. Das neue Verwaltungsgebäude an der Stampfenbachstrasse ist das erste kantonale Gebäude im Minergie-P-Eco-Standard.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Steuerung aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion
A2	Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung des Direktionsvorstehers
A3	Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
A4	Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
A5	Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Generelle Zufriedenheit der BürgerInnen mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8.1	7.5	7.9	0.4
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8.7	8	8.5	0.5
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1–10) (A1, A4)	min.	8.4	7.5	8.3	0.8
Leistungen						
L1	Anzahl gesteuerte Leistungsgruppen (A4, A5)	P	6	6	6	0
L2	Anzahl akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste (A4)	P	48	49	46	-3
L3	Anzahl psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste (A4)	P	16	16	16	0
L4	Anzahl gesteuerte Aufsichts- und Bewilligungsämter (A3)	P	3	3	3	0
L5	Anzahl neu gewährte Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler (A1, A4)	P	0	5	1	-4
L6	Anzahl erteilte Bewilligungen zur selbständ./unselbständig. Berufsausübung (A3)	P	2 250	1 750	2 695	945
L7	Anzahl Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm) (A2)	P	3	2	4	2
L8	Anzahl erledigte Rekurse (A2)	P	40	50	77	27
L9	Anzahl parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung) (A2)	P	40	35	46	11
Wirtschaftlichkeit						
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich (in %, A1, A4)	P	4.1	2	2.1	0.1
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz (in %, A1, A4)	P	2.2	2	1.5	-0.5
B3	Kant. Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	14.03	18.21	15.14	-3.07
Abweichungsbegründungen						
W1–W3	Erweitertes Stichprobendesign, inkl. Personen ohne Eintrag im Telefonbuch					
L2	Im Vergleich zu 2012 ohne Geburtshaus Weinland und Privat-Klinik im Park Schinznach-Bad					
L6	Im Vergleich zu 2012 zusätzliche Bewilligungen bei Ärzten aufgrund eines drohenden Zulassungsstopps und mehr Bewilligungserneuerungen bei Zahnärzten					

Entwicklungsschwerpunkte		Massnahme	
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		LZ RR	bis
E1	Gezielter Mitteleinsatz bei der Prämienverbilligung Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4d	2015
E2	Entwicklung einer strategischen Steuerung der universitären Medizin Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2b	2015
E3	Entwicklung eines Tarifsystems Psychiatrie im Auftrag von Swiss DRG Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5h	2015
E4	Massnahmen zur Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen entwickeln und umsetzen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3f	2015
E5	Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4a	2015
E6	Positionierung der kantonalen psychiatrischen Kliniken prüfen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5d	2015
E7	Eine E-Health-Strategie entwickeln und umsetzen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4b	2015
E8	Positionierung Kantonsspital Winterthur und Universitätsspital Zürich prüfen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5e	2015
E9	Aufbau von Allianzen mit anderen Kantonen und Gebietskörperschaften und aktive Vertretung der Zürcher Interessen in Bundesgremien Planmässig, teilweise sistiert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	14a	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	2.5	2.1	2.9	0.8
Aufwand	-22.2	-27.3	-24.7	2.6
Saldo	-19.7	-25.2	-21.8	3.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0.0		0.0
Ausgaben	-0.5	-2.6	-1.5	1.0
Saldo	-0.5	-2.6	-1.5	1.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	84.7	88.5	89.6	1.1

Erfolgsrechnung

- +0.8 Geringerer Personalaufwand
- +0.7 Mehrerträge bei den Gebühren infolge Zunahme der Bewilligungen für
Ärztzulassungen
- +0.6 Minderaufwand bei der Umsetzung der Legislaturziele
- +0.3 Minderaufwand für BVK-Sanierung
- +0.3 Verzicht auf die Erhöhung des Wartegeldes für Bezirksärzte
- +0.2 Geringere Abschreibungen
- +0.5 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +0.5 Geringere Anschaffungen bei der Möblierung des neuen Standorts
- +0.3 Geringere Anschaffungen im IT-Bereich
- +0.2 Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	588 733	-171 963	+100 000	516 770	-71 963

Bildung von Rücklagen 2013

Es konnten Einsparungen bei der Umsetzung der Legislaturziele und bei den Personalkosten erreicht werden.

Zusätzlich wurden Mehrerträge bei den Gebühren erzielt.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Kantonales Labor

Gleich zu Beginn des Berichtsjahres sorgte unzulässig beigefügtes Pferdefleisch in Lasagne europaweit für Aufsehen. Innerhalb einer Woche gelang es den kantonalen Laboratorien dank ihrer gut funktionierenden Zusammenarbeit, eine gesamtschweizerische Prüfung von Fleischerzeugnissen zu organisieren, durchzuführen und die Ergebnisse zu kommunizieren. Das Parlament reagierte auf das Ereignis im Rahmen der parlamentarischen Beratung des neuen Lebensmittelgesetzes mit der Forderung, auf vorverpackten Lebensmitteln das Produktionsland der Rohstoffe vollständig zu deklarieren.

Bei der Untersuchung von Rispen Tomaten stellte das Kantonale Labor bei einem Teil der Proben aus schweizerischer Produktion Mängel fest (Überschreitung der Höchstwerte eines Reifungsbeschleunigers). Vertiefte Abklärungen müssen zeigen, was der Grund für die hohe Beanstandungsquote war.

Die Lebensmittelkontrolle – als Hauptaufgabe des Kantonalen Labors – konnte im Berichtsjahr planmässig vollzogen werden. Die Anzahl Analysen und Inspektionen entsprach den Erwartungen.

Kantonale Heilmittelkontrolle

Die Kantonale Heilmittelkontrolle führte im Berichtsjahr routinemässig Inspektionen in Herstellungs- und Grosshandelsbetrieben, in Betrieben, die Blut lagern, sowie in Detailhandelsbetrieben durch. Im Rahmen eines Pilotprojektes überprüfte sie zudem in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Sozialamt den Umgang mit Arzneimitteln in Invalideneinrichtungen. Die Ergebnisse werden zusammen mit dem Sozialamt evaluiert. Ein Schwerpunkt der Marktüberwachung durch die Kantonale Heilmittelkontrolle lag bei den periodischen Betriebskontrollen der neu bewilligten Privatapotheken von Ärztinnen und Ärzten bzw. Institutionen in den Städten Zürich und Winterthur. Die Gesuche zur Führung ärztlicher Privatapotheken sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr merklich zurückgegangen.

Mit Einführung des neuen Meldesystem MESA der Swissmedic auf den 1. Januar wurden zusätzliche Stoffe und Arzneimittel meldepflichtig, weshalb die Prüfung des Verkehrs mit kontrollierten Substanzen effizienter und zielgerichteter durchgeführt werden kann. Gestützt auf diese Kontrollen kam es bereits zu einer ersten Verzeigung wegen eines groben Verstosses gegen die Betäubungsmittelgesetzgebung.

Nach Ablauf der Übergangsfrist des am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Gesundheitsgesetzes verfügen nun sämtliche im Kanton Zürich in einem Detailhandels- oder kantonalen Herstellungsbetrieb verantwortlichen oder tätigen Apothekerinnen und Apotheker über eine selbstständige bzw. unselbstständige Berufsausübungsbewilligung. Bei den Drogistinnen und Drogisten verfügen alle Betriebsleiterinnen und -leiter über eine Berufsausübungsbewilligung.

Veterinäramt

Die Schwerpunkte im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung lagen im Berichtsjahr bei den Massnahmen zur Bekämpfung der Bruterkrankungen der Bienenvölker, bei der Optimierung des Bienenständeregisters, bei den Dienstleistungen für Importe und Exporte von Tieren und Tierprodukten sowie bei der Sicherstellung der Seuchenfreiheit. In diesem Zusammenhang mussten Zürcher Rindviehbestände intensiv kontrolliert werden, nachdem bei einer Kuh aus der Ostschweiz Tuberkulose festgestellt worden war.

Im Zentrum der Überwachung der Lebensmittelsicherheit standen die täglichen Fleischkontrollen, die Überprüfung der rund 50 Klein- und Grossschlachtbetriebe und die Kontrollen der landwirtschaftlichen Produktion bezüglich Hygiene, Tiergesundheit, Rückverfolgbarkeit und des Einsatzes von Tierarzneimitteln. Die erneut hohen Mängelraten – vor allem betreffend Tierarzneimittel – zeigen weiteren Handlungsbedarf auf.

Die aufgrund des neuen eidgenössischen Medizinalberufegesetzes nötigen Ablösungen der altrechtlichen Berufsausübungsbewilligungen für Tierärztinnen und Tierärzte wurden abgeschlossen und die Kontrollen der tierärztlichen Privatapotheken mit Schwerpunkt Abgabe und Verschreibung von Tierarzneimitteln an Nutztiere im vorgeschriebenen Umfang durchgeführt.

Die Bewilligungen nach Tierschutzrecht stiegen weiter an, da die Zahl der Tierversuchsgesuche erneut zugenommen hat.

Während im Nutztierbereich zusammen mit der Tierschutzkommission die Erteilung von Ausnahmebewilligungen für Stallanpassungen auf Herbst des Berichtsjahres abgeschlossen wurde, waren im Heimtierbereich zahlreiche Fälle von illegal importierten Hunden zu bearbeiten. Im Berichtsjahr galt es auch wiederum, eine hohe Anzahl Tierschutzfälle zu bewältigen. Im vierten Jahr nach Inkrafttreten der neuen kantonalen Hundegesetzgebung hielten sich sodann die Aufgaben und Massnahmen im Vollzugsbereich «öffentliche Sicherheit vor Hunden» betreffend die Arbeitsbereiche, Auskunftsbegehren, Fallzahlen und Massnahmen im Rahmen des Vorjahres. Bei der Förderung von Präventionskursen für Kinder auf Stufe Kindergarten wurden neue Unterrichtsmaterialien erarbeitet.

Die aufgrund des Inkrafttretens des neuen kantonalen Tierseuchengesetzes auf Anfang 2014 notwendige neue kantonale Tierseuchenverordnung wurde erarbeitet und erlassen.

Im Dezember bezog das Veterinäramt die neuen Räumlichkeiten an der Zollstrasse in Zürich.

Meldungen und Bewilligungen über Tierversuche

Anzahl der im Kalenderjahr 2012 in Versuchen eingesetzten Tiere

Bewilligungspflichtige Tierversuche (775 gültige Bewilligungen, davon 527 mit Einschränkungen)

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	Toxiko- logische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	Anderer Zusammen- hang	Total	Davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	83 975	1 918	780	923	1 014	515	89 125	24 527
Ratten	6 587	531	0	50	1 245	173	8 586	4 477
Meerschweinchen	24	0	0	0	11	0	35	0
Hamster	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Nager	76	0	0	35	0	0	111	0
Kaninchen	206	6	0	0	22	0	234	14
Hunde	404	107	0	0	60	50	621	550
Katzen	196	16	0	57	17	17	303	112
Primaten	72	0	0	0	0	0	72	72
Rindvieh	247	300	2	73	995	25	1 642	893
Schafe, Ziegen	204	156	18	0	35	2	415	79
Schweine (einschliesslich Minipigs)	236	44	57	9	53	363	762	589
Pferde, Esel	56	20	0	39	123	20	258	200
Vögel (einschliesslich Geflügel)	1 854	76	0	0	79	0	2 009	457
Amphibien, Reptilien	167	0	0	0	34	1 611	1 812	1 728
Fische	1 194	0	512	0	166	1 720	3 592	3 161
Verschiedene Säuger	115	0	0	0	3	0	118	27
Wirbellose	765	0	0	0	0	0	765	0
Total	96 378	3 174	1 369	1 186	3 857	4 496	110 460	36 886
in %	87.3	2.9	1.2	1.1	3.5	4.1	100	33.4

235 Bewilligungen wurden 2012 neu erteilt. Zusätzlich wurden 309 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt.

5 Gesuche wurden auf Empfehlung zurückgezogen. Kein Gesuch wurde abgelehnt.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle bewilligungspflichtigen Gesuche, besprach an zwölf Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen

27 neue und 51 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad (Schweregrad 3) und kontrollierte alle Versuchstierhaltungen zweimal.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
A2	Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
A3	Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien (Betriebs- und Marktkontrollen)
A4	Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen
A5	Tierschutz durchsetzen
A6	Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Sichere Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln: Anteil der kontrollierten Betriebe ohne kritische Mängel (in %, A1)	min.	77	80	80	0
W2	Guter Hygienestand in den Lebensmittelbetrieben: Anteil der kontrollierten Betriebe mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit (in %, A2)	min.	98	85	97	12
W3	Nachhaltige Verbesserung der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln: Anteil der Lebensmittelbetriebe mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten (in %, A2)	min.	83	75	85	10
W4	Wenig Tierseuchenfälle: Anzahl Tierseuchenfälle (A4)	max.	147	150	129	-21
W5	Rasche Behebung schwerer Tierschutzfälle: Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind (in %, A5)	min.	100	90	100	10
W6	Wenig schwere Bissvorfälle von Hunden: Anzahl gemeldete schwere Bissvorfälle von Hunden mit Menschen (A5)	max.	78	200	73	-127
Leistungen						
L1	Anzahl bewirtschaftete Kundendossiers (Heilmittelkontrolle, A1)	P	11 506	10 800	12 726	1 926
L2	Anzahl Inspektionen von Heilmittelbetrieben (Heilmittelkontrolle, A1)	min.	511	535	505	-30
L3	Anzahl Bewilligungen (Heilmittelkontrolle, A1)	P	4 269	4 000	4 584	584
L4	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht z. B. für Viehhandelspatente (Veterinäramt, A4)	P	318	320	324	4
L5	Anzahl erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht z. B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (Veterinäramt, A5)	P	1 512	1 400	1 618	218
L6	Anzahl Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (Veterinäramt, A5)	P	2 072	2 100	2 106	6
L7	Anzahl untersuchte Proben (Kantonales Labor, A2, A3)	min.	19 446	19 500	18 929	-571
L8	Mikrobiologische Prüfungen (Proben, Kantonales Labor, A2)	min.	12 340	11 500	12 085	585
L9	Gehaltsanalysen (Proben, Kantonales Labor, A2)	min.	6 540	6 000	6 189	189
L10	Anzahl bearbeitete Fälle Findeltiere (Veterinäramt, A5)	P	1 426	1 300	1 250	-50
L11	Anzahl Fleischkontrollen (Veterinäramt, A6)	min.	160 299	180 000	155 700	-24 300
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	11.06	11.94	11.22	-0.72

Abweichungsbegründungen

L1, L3	Die höhere Anzahl der Kundendossiers (L1) und der Bewilligungen (L3) ist auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen (Selbstdispensation von Ärztinnen und Ärzten in den Städten Zürich und Winterthur und Berufsausübungsbewilligungen für Apothekerinnen und Apotheker sowie Drogistinnen und Drogisten) zurückzuführen.
L5	Durch Zunahme der biomedizinischen Forschung an den Hochschulen waren erneut mehr Tierversuchsbewilligungen zu erteilen. Wiederum verlangten mehr Personen Bewilligungen für das Durchführen von anerkannten Hundekursen.
L7	Die Probenzahl konnte nicht ganz erreicht werden. Die intensiven Bautätigkeiten im Rahmen des Projektes «Sanierung Laborräume» führten zu Kapazitätsausfällen.
L11	Durch ein geringeres Auftragsvolumen im Grossschlachtbetrieb waren weniger Fleischkontrollen vorzunehmen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Überprüfung der Vollzugszuständigkeit im Lebensmittelrecht zwischen Kanton und Gemeinden Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15d	2015
E2	Professionalisierung des Veterinärdienstes Planmässig		2014
E3	Konsolidierung der Anpassungen des Vollzuges an die neuen lebensmittelrechtlichen Vorgaben Verzögert Parlamentarische Beratung des neuen Lebensmittelgesetzes ist noch nicht abgeschlossen.		2016
E4	Umsetzung der Medizinprodukteverordnung im Bereich Wiederaufbereitung und Instandhaltung von Medizinprodukten Planmässig		2013
E5	Umsetzung der kantonalen Hundegesetzgebung Verzögert Aufgrund knapper personeller Ressourcen ergaben sich Verzögerungen bei der Überwachung der bewilligten Ausbilderinnen und Ausbilder und beim Aufbau weiterer Präventionskurse für Kinder.		2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	8.7	8.6	8.2	-0.4
Aufwand	-24.2	-25.4	-24.2	1.2
Saldo	-15.5	-16.8	-16.0	0.8
Investitionsrechnung				
Einnahmen		0.0		0.0
Ausgaben	-3.0	-2.2	-1.8	0.4
Saldo	-3.0	-2.2	-1.8	0.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	124.2	133.6	126.7	-6.9

Erfolgsrechnung

Kantonale Heilmittelkontrolle (+0.1):

- +0.3 Geringere Personalkosten
- 0.2 Tieferer Ertrag u. a. aufgrund temporär nicht besetzter Inspektorenstelle

Kantonales Labor (+0.6)

- +0.4 Geringere Lohnkosten unter anderem wegen temporär nicht besetzter Stellen und Gewährung unbesoldeten Urlaubs
- +0.2 Geringerer Aufwand für Zinsen und Abschreibungen

Veterinäramt (+0.1):

- +0.2 Tieferer Aufwand aufgrund verzögert besetzter Stellen
- 0.1 Tieferer Ertrag in der Fleischkontrolle

Investitionsrechnung

- +0.3 Verzögerung beim Projekt «Sanierung Laborräume» beim Kantonalen Labor
- +0.1 Verzögerung bei der Gerätebeschaffung bei der Kantonalen Heilmittelkontrolle

Personal

- 4.0 Tieferer Beschäftigungsumfang ist auf verzögerte Stellenbesetzung und Pensenänderungen zurückzuführen.
- 2.9 Die Tierheim Einrichtung wurde in der Aufbauphase mit weniger Tierpflegepersonal betrieben (-1.9). Bei der Budgetkürzung im Bereich Hundevollzug wurde der Stellenumfang im Budget nicht angepasst (-1.0).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	673 622	-35 954	35 000	672 668	-954

Bildung von Rücklagen 2013

Kantonale Heilmittelkontrolle: Fr. 16 000

Insgesamt entsprechen die Leistungen dem Budget, wurden jedoch mit tieferem Aufwand erbracht.

Veterinäramt: Fr. 19 000

Höhere Leistungen im Tierschutz- und Hundebereich bei tieferem Personalaufwand

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Hauptereignisse

Der Zürcher Präventionstag stand im Berichtsjahr unter dem Motto «Gesundheitsligen und Prävention – zwischen öffentlicher Gesundheit und privater Betroffenheit». Aufgrund der demografischen Entwicklungen stellt die Vorbeugung von chronischen Krankheiten grosse Herausforderungen an das öffentliche Gesundheitswesen. Gesundheitsligen verfügen in diesem Bereich über viel Fachwissen und einen breiten Erfahrungsschatz. Standen in der Vergangenheit die Senkung der Sterblichkeit und die Bekämpfung von weitverbreiteten Krankheiten im Vordergrund, gilt es künftig neben der Elimination von Risikofaktoren, vor allem auch die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu erhöhen. Dabei sind die demografischen Veränderungen nicht die einzigen Herausforderungen. Im Berichtsjahr wurde eine Forumsveranstaltung zum Thema «Klimawandel und Gesundheit im Grossraum Zürich» durchgeführt. Eine weitere Forumsveranstaltung widmete sich der Frage, wie Kontaktlehrpersonen für Gesundheitsförderung das Wissen über eine gesunde Lebensweise wirkungsvoll in den Schulalltag hineinbringen können.

Psychische Störungen sind in der Bevölkerung weitverbreitet. Rund 10% der Menschen begehen im Laufe ihres Lebens einen Suizidversuch. Das Forum für Suizidprävention und Suizidforschung hat zur Verbesserung der Situation ein breit angelegtes Schwerpunktprogramm im Rahmen des allgemeinen Konzepts für Prävention und Gesundheitsförderung empfohlen. Im Nachgang zum Postulatsbericht des Regierungsrates zur Suizidprävention (KR-Nr. 20/2008) erarbeitet zurzeit eine direktionsübergreifende Kommission unter der Leitung des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich einen Massnahmenkatalog.

Auch im Berichtsjahr ist es in der Schweiz wieder zu einer Masernepidemie gekommen. Da Masern potenziell schwerwiegende Krankheitsfolgen nach sich ziehen können und immer wieder – von der Schweiz ausgehend – Ausbrüche in anderen Ländern auftreten, will der Bundesrat zusammen mit den übrigen europäischen Staaten die Masern eliminieren. Er hat dazu eine nationale Strategie verabschiedet. Gemäss Eidgenössischem Epidemien-gesetz ist die Umsetzung der Massnahmen vor Ort Sache der Kantone.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung der Prävention und Gesundheitsförderung (inklusive Suchtprävention), welche der Gesundheitsdirektion direkt zugewiesen sind
A2	Direktionsübergreifende Koordination der übrigen, dem Staat obliegenden Prävention und Gesundheitsförderung
A3	Aufrechterhaltung einer wirksamen epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten
A4	Ermöglichung und Unterstützung von Impfungen für die Bevölkerung sowie Planung von Massnahmen zur Bewältigung aussergewöhnlicher Bedrohungen durch übertragbare Krankheiten

Indikatoren

		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Anteil der Bevölkerung, der die Medienkampagne «Der Alltag prägt Ihre Gesundheit. Leichter leben» kennt (A1, A2) in %	min.	89	50	89**	39
W2	Anteil der 15-jährigen Männer mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum (A1, A2) in %	max.	22.7	19	22.7*	3.7
W3	Anteil der 15-jährigen Frauen mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum (A1, A2) in %	max.	23.8	19	23.8*	4.8
W4	Anzahl Tb-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	117	110	107	-3
W5	Anzahl Aids-Neuerkrankungen (A1, A3, A4)	max.	26	50	21***	-29
W6	Anzahl Selbsttötungen (A1)	max.	178	270	181	-89
W7	Anzahl Todesfälle mit Ursache Krebs (A1)	max.	2 647	2 600	2 682	82
W8	Anzahl Todesfälle mit Ursache Herz- und Gefässkrankheiten (A1, A2)	max.	3 530	4 000	3 446	-554
W9	Masern-Impfung: Anteil Säuglinge mit zwei Impfungen (A4) in %	min.	86	90	86**	-4
W10	Masern-Impfung: Anteil 16-Jährige mit einer Impfung (A4) in %	min.	95	90	95**	5
W11	Anzahl Besuche auf der Homepage zur Gesundheitsförderung und Suchtprävention des ISPMZ (A1, A2, A3)	min.	38 613	30 000	48 799	18 799
Leistungen						
L1	Bericht über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung (A1, A2, A3)	min.	0	0	0	0
L2	Anzahl Bulletins «Prävention Et Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» (A1, A2, A3)	min.	2	2	2	0
L3	Anzahl Magazine für Suchtprävention «laut Et leise» (A1, A2, A3)	min.	3	3	3	0
L4	Anzahl öffentliche Präventionsveranstaltungen (A1, A2, A3)	min.	3	3	3	0
L5	Anzahl geleisteter Impfungen HPV (A4)	min.	14 360	11 500	12 420	920
Wirtschaftlichkeit						
B1	Im Rahmen des Gesundheitsberichtes auch Prüfung der Wirtschaftlichkeit (A1, A2, A3)	P	0	0	1	1
B2	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	3.57	5.00	3.46	-1.54

* für das Berichtsjahr Werte von 2010 verfügbar

** für das Berichtsjahr Werte von 2011 verfügbar

*** für das Berichtsjahr Werte von 2012 verfügbar

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Schwerpunktprogramm im Bereich der psychischen Gesundheit Planmässig		2016
E2	Anteil der Bevölkerung mit Adipositas (BMI > 30) durch Massnahmen in den Bereichen Sport, Alltagsbewegung, Ernährung, Bildung und kindergerechte Verkehrswegplanung stabilisieren Abgeschlossen		2013
E3	Prüfung eines Mammographie-Screenings Verzicht Falls neue Erkenntnisse veröffentlicht werden, muss der Entscheid allenfalls überdacht werden.		2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		4.1	3.8	3.5	-0.3
Aufwand		-9.1	-10.2	-8.4	1.8
Saldo		-5.0	-6.4	-4.9	1.5
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte					

Erfolgsrechnung

- +0.8 Geringerer Aufwand beim Schwerpunktprogramm im Bereich der psychischen Gesundheit
- +0.4 Geringerer Aufwand für die Bekämpfung von Infektionskrankheiten
- +0.3 Übrige Abweichungen

6300 Somatische Gesundheitsversorgung und Rehabilitation

Hauptereignisse

Mit Blick auf die Umsetzung der neuen Spitalplanung und -finanzierung, die seit dem 1. Januar 2012 in Kraft ist, kann am Ende des Berichtsjahres eine durchwegs positive Bilanz gezogen werden: Die Zürcher Gesundheitsversorgung funktioniert unverändert gut und ist qualitativ hochstehend. Die Mehrheit der Spitäler konnte das Jahr 2012 mit einem positiven Ergebnis abschliessen, die finanzielle Belastung des Kantons hält sich im erwarteten Rahmen.

Die Abrechnung von stationären Untersuchungen, Behandlungen und Aufenthalten in den Spitälern erfolgt seit 2012 über leistungsbezogene Fallpauschalen. Für den Bereich der stationären Akutsomatik hat der Regierungsrat im März des Berichtsjahres (RRB Nr. 278/2013) Tarife genehmigt und festgesetzt. Sie orientieren sich an den Kosten des effizienten Spitals beim 40. Perzentil. Neben der Entschädigung über leistungsbezogene Fallpauschalen besteht ein leistungsbezogenes Subventionierungssystem. Dieses gewährleistet versorgungsnotwendige Leistungen durch die Spitäler, auch wenn sie nicht durch die Tarife gedeckt sind. Die ausgerichteten Subventionen betragen rund 3% der Gesamtausgaben für die Akutsomatik und Rehabilitation.

Das Mitte 2012 gestartete Projekt «Controlling Qualität in Listenspitälern» besteht aus zwei Teilprojekten: Qualitäts-Controlling und Qualitäts-Entwicklung. Im Teilprojekt Qualitäts-Controlling (Überprüfung und Weiterentwicklung von Qualitätsanforderungen, die mit der Vergabe der Leistungsaufträge der Zürcher Spitalliste 2012 verbunden sind) wird die Einhaltung verschiedener Qualitätsanforderungen in den Listenspitälern kontrolliert. Die Auswertungen über die im Berichtsjahr durchgeführten Audits werden im Frühjahr 2014 publiziert. Das Teilprojekt Qualitäts-Entwicklung (Verbesserung Qualitätskultur; Entwicklung Qualitätsstrategie) wird in Zusammenarbeit mit dem VZK durchgeführt und soll 2014 starten.

Für die Projektierung des Neubaus des Kinderspitals hat der Regierungsrat (RRB Nr. 1078/2013) dem Kinderspital im September ein Darlehen von höchstens 51 Mio. Franken zugesichert (vgl. auch Massnahme LZ RR 5f).

Kantonsapotheke

Schwerpunkt der Aufgaben der Kantonsapotheke (KAZ) bildet die umfassende pharmazeutische Versorgung insbesondere des Universitätsspitals Zürich (USZ) und des Kantonsspitals Winterthur (KSW), die von der weltweiten Beschaffung von Arzneimitteln bis zur Fachberatung reicht. Die Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln für die Spitäler gestaltete sich im Berichtsjahr wegen zahlreicher Lieferengpässe wiederum deutlich schwieriger und aufwendiger als in früheren Jahren. Erneut haben die Leistungen der KAZ zugenommen: Die Anzahl Bestellpositionen ist um 4470 Positionen (+0,7%) angestiegen und auch der Gesamtumsatz hat sich trotz Preissenkungen und Konzentration auf die Kernkompetenz Arzneimittel vergrössert (+1,07%).

Im USZ wurde ein Pilotbetrieb mit einem Stationsapotheker gestartet. Die Präsenz einer Apothekerin oder eines Apothekers auf den Stationen zeigt einen messbaren positiven Einfluss auf die Qualität, die Sicherheit und die Wirtschaftlichkeit des Arzneimitteleinsatzes. Ebenfalls erfolgreich gestartet wurden die beiden ersten Weiterbildungen von Apothekerinnen und Apothekern zu Fachapothekern FPH Spitalpharmazie. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Nachwuchsförderung, da der Bedarf an Spitalapothekerinnen und -apothekern in den nächsten Jahren zunehmen wird und sich Stellenbesetzungen aufgrund des ausgetrockneten Stellenmarktes bereits heute schwierig gestalten.

Im März des Berichtsjahres hat der Regierungsrat den Planungskredit für den zur Erfüllung der gesetzlichen Auflagen notwendigen Umbau der Räumlichkeiten gesprochen (RRB Nr. 233/2013). Das Vorprojekt mit Kostenvoranschlag wurde im Verlauf des Berichtsjahres ausgearbeitet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Somatik: Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Es werden Staatsbeiträge an die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in den selbstständigen Anstalten Universitätsspital Zürich (USZ) und Kantonsspital Winterthur (KSW) sowie in weiteren inner- und ausserkantonalen Listenspitälern geleistet.
A2	Rehabilitation: Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Es werden Staatsbeiträge an die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern geleistet.
A3	Kantonsapotheke (KAZ): Sicherstellen der pharmazeutischen Betreuung und Versorgung des USZ, des KSW und weiterer kantonalen Betriebe

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Anteil zufriedener und sehr zufriedener Patienten (A1, A2)	min.	83	80	83	3
W2	Ungeplante Rehospitalisationen (A1)	max.	n. a.	5	n. a.	-
W3	Anteil Zürcher Reha-Patienten, die im Kanton Zürich stationär behandelt werden (in %, A2)	min.	29	30	30*	0
Leistungen						
L1	Somatik: Stationäre Patientenaustritte KVG ZH (A1)	P	171 873	180 000	179 100**	-900
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH (A1)	max.	6.2	6.4	6.1**	-0.3
L3	Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich (A1)	min.	28 498	30 000	30 200**	200
L4	Reha: Stationäre Pfl egetage KVG ZH (A2)	P	247 071	242 000	249 500**	7 500
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH (A2)	max.	23.2	23.5	23.2**	-0.3
L6	KAZ: Verkäufe an USZ und KSW (in Mio. Fr., A3)	min.	97	93	99	6
Wirtschaftlichkeit						
B1	Somatik: Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung (Fr., A1)	max.	36	50	47	-3

Abweichungsbegründung

W2 Die Erhebung wurde im Berichtsjahr nicht durchgeführt.

* Prognose; Daten des Berichtsjahres liegen erst Anfang 2015 vor.

** Hochrechnung

Entwicklungsschwerpunkte		Massnahme	
Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		LZ RR	bis
E1	Weitere Umsetzung der Strategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2c	2015
E2	Die Finanzierung der Bildungsleistungen im Gesundheitswesen klären Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3g	2015
E3	Ein Instrument der Qualitätstransparenz für Patientinnen und Patienten entwickeln Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4c	2015
E4	Spitalplanung umsetzen und die Spitallisten 2012 nachführen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5a	2015
E5	Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4a	2015
E6	Planung des Neubaus Kinderspital Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5f	2015
E7	Neue Spitalfinanzierung 2012 einführen und etablieren Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5b	2015
E8	Strategische Entwicklungsplanung Universitätsspital Zürich / Universität Zürich und Planung Erneuerung Universitätsspital Zürich durchführen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5g	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	261.1	258.9	262.5	3.6
Aufwand	-1 390.2	-1 458.2	-1 406.6	51.6
Subventionen gemäss § 11 SPFG	-24.9	-45.1	-39.9	5.2
Eigentümerbeitrag an kantonale Anstalten	-25.0	-25.2	-25.2	0.0
Saldo	-1 129.1	-1 199.3	-1 144.1	55.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	37.2	41.6	110.6	69.0
Ausgaben	-88.4	-155.6	-76.4	79.2
Saldo	-51.2	-114.0	34.2	148.2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	93.0	101.1	99.6	-1.5

Erfolgsrechnung

- +18.6 Geringere BVK-Sanierungsbeiträge an kantonale und staatsbeitragsberechtigte Spitäler
- +18.3 Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale (konstante Tarife der innerkantonalen Listenspitäler)
- +11.0 Aufwertung Anlagevermögen infolge Umwandlung der altrechtlichen Investitionsbeiträge in Darlehen
- +5.2 Geringere Subventionen gemäss § 11 SPFG (vgl. RRB Nr. 279/2013)
- +2.1 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +67.2 Einnahmen aus der vorgezogenen Rückzahlung von Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge ergaben
- +43.0 Minderbedarf bei der Gewährung von Darlehen
- +21.0 Projektverzögerung USZ (Modulbau)
- +8.5 Projektverzögerung KSW (Ersatzneubau und diverse kleinere Vorhaben)
- +7.0 Projektverzögerung KAZ (Umbau und Anpassung an gesetzliche Auflagen)
- +1.5 Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	169 124	-22 923	0	146 201	-22 923

6400 Psychiatrische Versorgung

Hauptereignisse

Eine Analyse im Rahmen der Psychiatrieplanung 2012 hat ergeben, dass die Versorgung im Bereich der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie, der Kinder- und Jugendforensik und der forensischen Psychiatrie für Erwachsene nicht ausreichend ist. Mit einem Erweiterungs- und Ergänzungsbau der Kinderstation Brüschnhalde in Männedorf soll dieser Mangel im Bereich Kinderpsychiatrie behoben werden. Die Vorarbeiten dazu wurden im Berichtsjahr abgeschlossen; das Bauvorhaben liegt dem Kantonsrat zur Bewilligung vor. Im Bereich Jugendpsychiatrie wurden im Berichtsjahr strategische Leitlinien für die jugendpsychiatrische Versorgung entwickelt sowie kurz- und mittelfristige Massnahmen zur Verbesserung der Versorgung erarbeitet. Im Bereich Jugendforensik ist geplant, Mitte 2014 eine gemischte Station für Jugendliche und junge Erwachsene am Standort Rheinau zu eröffnen. Für die Erwachsenenforensik werden im Zusammenhang mit der Arealentwicklung Rheinau verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten analysiert.

Auf den 1. Januar wurden in sämtlichen Spitälern und Kliniken der Kostenrechnungsstandard REKOLE® und das Reportingtool KOREK eingeführt. Damit wird die nationale Vergleichbarkeit der Kostendaten verbessert und das Reporting zuhanden der Gesundheitsdirektion effizienter ausgestaltet. Zudem wurden im Berichtsjahr die gemeinwirtschaftlichen Leistungen in den subventionierten Ambulatorien und Tageskliniken bereits zum dritten Mal flächendeckend erhoben. Das Erfassungssystem, das als Grundlage für die Subventionierung der spitalgebundenen ambulanten Pflichtleistungen dient, erweist sich als robust und valide.

Im Rahmen des Projekts Psyfit (anreizorientierte Steuerung der drei kantonalen psychiatrischen Kliniken) wurde im Berichtsjahr weiter daran gearbeitet, die Betriebe im Hinblick auf die bevorstehende Verselbstständigung mit geeigneten Massnahmen wettbewerbsfähig zu machen.

Das Projekt TARPSY hat im Auftrag der SwissDRGAG die Entwicklung eines gesamtschweizerisch gültigen Tarifsystems für die stationäre Psychiatrie zum Ziel. Die 2012 kantonsübergreifend bei 13 Kliniken erhobenen Daten wurden im Berichtsjahr von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur (ZHAW) ausgewertet. Gestützt auf diese Auswertungen konnte eine erste Version des Tarifsystems entwickelt werden. Ab 2014 beteiligen sich weitere Referenzkliniken am Projekt, um die Entwicklung des Tarifsystems breiter abzustützen und einen möglichst grossen und qualitativ hochwertigen Datenpool für vertiefte und zusätzliche Auswertungen zur Verfügung zu haben.

Die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK) hat auf 1. Februar die Kliniken PUK Ost und PUK West zur Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik (KPPP) zusammengeführt. Das Zentrum für Psychiatrische Rehabilitation (ZPR) am Standort Rheinau trägt seit dem 1. Oktober neu die Bezeichnung Zentrum für Integrative Psychiatrie (ZIP). Mit Blick auf die beiden Standorte Klinik Schlosstal in Winterthur Wülflingen und Zentrum Hard in Embrach der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) stellt sich die Frage, ob eine Zusammenlegung in Winterthur Wülflingen sinnvoll ist. Zur Prüfung dieser Frage wurden im Berichtsjahr Grundlagen erarbeitet. Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst des Kantons Zürich (KJPD) hat Ende Mai in Winterthur eine neue Tagesklinik für Kinder und Jugendliche eröffnet und zugleich die neuen Räumlichkeiten der Regionalstelle Winterthur bezogen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Es werden Staatsbeiträge an die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in den kantonalen Betrieben Psychiatrische Universitätsklinik (PUK), Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw) und Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD) sowie in weiteren inner- und ausserkantonalen Listenspitälern geleistet.
A2	Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anteil Zürcher Patienten, die im Kanton Zürich stationär behandelt werden (in %, A1)	min.	93	90	93*	3
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte KVG ZH (A1)	P	12 821	13 100	13 950**	850
L2	Stationäre Pfl egetage KVG ZH (A1)	P	415 801	433 000	418 050**	-14 950
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH (A1)	max.	32.4	33.2	29.9**	-3.3
L4	Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken (Mio. Taxpunkte, A2)	P	37.0	35.9	38.0**	2.1
L5	Betreuung in Tageskliniken (Tage, A2)	P	71 115	66 000	69 800**	3 800
Wirtschaftlichkeit						
B1	Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung (Fr., A1, A2)	max.	34	38	27	-11

* Prognose; Daten des Berichtsjahres liegen erst Anfang 2015 vor.

** Hochrechnung

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Weitere Umsetzung der Strategie zur hochspezialisierten Medizin (HSM) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	2c	2015
E2	Die Finanzierung der Bildungsleistungen im Gesundheitswesen klären Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3g	2015
E3	Entwicklung eines Tarifsystems Psychiatrie im Auftrag von SwissDRG Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5h	2015
E4	Spitalplanung umsetzen und die Spitallisten 2012 nachführen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5a	2015
E5	Die Entwicklung neuer Versorgungsmodelle im Gesundheitswesen unterstützen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4a	2015
E6	Positionierung der kantonalen psychiatrischen Kliniken prüfen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5d	2015
E7	Neue Spitalfinanzierung 2012 einführen und etablieren Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5b	2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		202.1	197.0	204.2	7.2
Aufwand		-400.5	-429.5	-404.3	25.2
Subventionen gemäss § 11 SPFG		-31.0	-34.6	-34.4	0.2
Eigentümerbeitrag an kantonale Kliniken		-6.5	-18.8	-3.8	15.1
Saldo		-198.5	-232.5	-200.1	32.4
Investitionsrechnung					
Einnahmen		52.4	1.0	2.1	1.1
Ausgaben		-25.2	-40.3	-35.9	4.4
Saldo		27.2	-39.3	-33.7	5.5
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		1 905.4	1 986.0	1 905.3	-80.7

Erfolgsrechnung

- +13.0 Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Leistungspauschale (u. a. tiefere Tarife KVG ZH, weniger Pflgetage infolge sinkender Aufenthaltsdauer)
- +12.4 Effizienzverbesserungen der kantonalen Betriebe (u. a. Umsetzung neue Behandlungskonzepte, Prozessoptimierungen, Anstrengungen zur Ertragsoptimierung)
- +3.0 Keine zusätzlichen Privatspitäler auf der Spitalliste Psychiatrie 2012
- +2.7 Geringere BVK-Sanierungsbeiträge an kantonale und staatsbeitragsberechtigte Spitäler
- +1.3 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

- +2.0 Minderbedarf bei der Gewährung von Darlehen
- +2.0 Projektverzögerung KJPD (Ersatzneubau Kinderstation Brüschalde)
- +1.9 Einnahmen durch Übertragung Liegenschaften des KJPD vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen
- 0.4 Übrige Abweichungen

Personal

- 57 Unbesetzte oder verzögert besetzte Stellen bei ipw und PUK
- 24 Integration der Lehrerstellen in den KJPD erfolgt erst per 1. Januar 2014

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	3 880 330	-204 990	3 830 000	7 505 340	3 625 010

Verwendung Rücklagen 2013

- Fr. 204 990 Personalanlässe PUK

Bildung von Rücklagen 2013

- ipw Fr. 2 730 000: vor allem Produktivitätssteigerungen im stationären Bereich sowie verstärkte Anstrengungen zur Ertragsoptimierung in der Tagesklinik
- PUK Fr. 1 000 000: vor allem verstärkte Anstrengungen zur Ertragsoptimierung am Standort Rheinau
- KJPD Fr. 100 000: vor allem Produktivitätssteigerungen im stationären Bereich

6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen

Hauptereignisse

Seit 2011 stellen die Gemeinden die Pflegeversorgung für ihre Einwohnerinnen und Einwohner sicher. Welche Leistungen und Angebote die einzelnen Gemeinden anbieten, erfahren die Einwohnerinnen und Einwohner über kommunale Auskunftsstellen und Pflegeversorgungskonzepte.

Die Gesundheitsdirektion hat im Berichtsjahr eine ergänzte Neuauflage der bewährten Informationsbroschüre «Die neue Pflegefinanzierung – Informationen für Patientinnen und Patienten, Angehörige, Institutionen und Gemeinden» herausgegeben. Die Broschüre liegt bei zahlreichen Gemeinden sowie Leistungserbringern auf; zusätzlich findet sie sich auf der Homepage der Gesundheitsdirektion (http://www.gd.zh.ch/internet/gesundheitsdirektion/de/unsere_direktion/veroeffentlichungen.html).

Gestützt auf das Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) übernehmen die Gemeinden seit 2012 vollumfänglich die zulasten der öffentlichen Hand anfallenden Kosten im Bereich der Langzeitversorgung. Die Normdefizite werden von der Gesundheitsdirektion gestützt auf Kostendaten der Leistungserbringer berechnet. Damit die Qualität der Daten noch optimiert werden kann, wird mit den Verbänden eine engere Zusammenarbeit gesucht, um für die kommenden Jahre eine Verbesserung zu erreichen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Unterstützung der Gemeinden bei der Sicherstellung der ambulanten Langzeitversorgung mittels Spitex-Institutionen und freiberuflichen Pflegefachpersonen
A2	Unterstützung der Gemeinden bei der Sicherstellung der stationären Langzeitversorgung mittels Pflegeheimen

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Grundsatz «ambulant vor stationär»: Anteil der ambulanten im Verhältnis zu den stationären Pflegeleistungsstunden (in %, A1, A2)	min.	13.0	18.9	n. a.*	-
Leistungen						
L1	Anzahl Pflegeleistungsstunden der Spitex-Institutionen (in 1000 Std., A1)	P	1 812	1 576	n. a.*	-
L2	Anzahl staatsbeitragsberechtigte nichtpflegerische Leistungsstunden der Spitex-Institutionen (in 1000 Std., A1)	P	n. a.	656	n. a.*	-
L3	Anzahl Spitex-Klientinnen/-Klienten mit Pflegeanspruch pro 10 000 Einw. (A1)	P	240	241	n. a.*	-
L4	Anzahl durchschnittliche Pflegestunden pro Spitex-Klientin/-Klient (A1)	P	54	50	n. a.*	-
L5	Anzahl Pflegeleistungsstunden in Pflegeheimen (in 1000 Std., A2)	P	12 126	8 350	n. a.*	-
L6	Anzahl Pflegeheimbewohnerinnen/-bewohner mit Pflegeanspruch pro 10 000 Einw. (A2)	P	116	101	n. a.*	-
L7	Anzahl durchschnittliche Pflegestunden pro Pflegeheimbewohnerin/ -bewohner (A2)	P	743	642	n. a.*	-
Wirtschaftlichkeit						
B1	Normkosten je Leistungsstunde von kommunalen Spitex-Institutionen für «Abklärung und Beratung» (in Fr., A1)	P	126.83	112.00	n. a.*	-
B2	Normkosten je Leistungsstunde von kommunalen Spitex-Institutionen für «Untersuchung und Behandlung» (in Fr., A1)	P	115.13	110.00	n. a.*	-
B3	Normkosten je Leistungsstunde von kommunalen Spitex-Institutionen für «Grundpflege» (in Fr., A1)	P	102.63	98.00	n. a.*	-
B4	Normkosten je Pflegeminute im Pflegeheim (in Fr., A2)	P	1.23	1.28	n. a.*	-

* Die Daten des Berichtsjahres liegen erst gegen Ende 2014 vor.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Neue Pflegefinanzierung einführen und etablieren Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	5c	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3.4	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-3.6	-12.3	-11.3	1.1
Saldo	-0.2	-12.3	-11.3	1.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-11.4	-10.5	-7.7	2.8
Saldo	-11.4	-10.5	-7.7	2.8
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Mit Inkrafttreten des Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG) auf den 1. Januar 2012 wurde der Beitrag der öffentlichen Hand an die Pflegefinanzierung vollständig den Gemeinden übertragen. Die Gesundheitsdirektion leistet keine Beiträge an die Finanzierung der Langzeitpflege mehr; deshalb wurde die Aufhebung der LG 6500 auf das Rechnungsjahr 2014 beschlossen.

+1.1 Geringere Abschreibungen und Zinsen

Investitionsrechnung

+2.8 Minderbedarf für Zahlungen an Bauvorhaben bei kommunalen Alters- und Pflegeheimen aufgrund verzögerten Baufortschritts

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Hauptereignisse

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr rund 413 000 Personen oder rund 30% der Versicherten Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 348 000 Personen wurden individuelle Beiträge gewährt (IPV).

Gestützt auf § 17 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) soll der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung mindestens 80% des mutmasslichen Bundesbeitrages betragen. Entsprechend hat der Regierungsrat den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung im Berichtsjahr auf 320 Mio. Franken festgesetzt (RRB Nr. 1001/2012).

Die Berechtigungsgrenzen zum Bezug von Prämienverbilligung blieben gegenüber dem Vorjahr sowohl für das Einkommen als auch für das Vermögen unverändert (RRB Nr. 1534/2011).

Im Januar hat der Kantonsrat eine Teilrevision des EG KVG verabschiedet (Vorlage 4859). Die Vorlage umfasst Anpassungen an die revidierten Art. 64a und 65 KVG (Verlustscheinübernahme bei unbezahlten Prämien und Kostenbeteiligungen sowie Standardisierung des Verfahrens bei der Ausrichtung der Prämienverbilligung und Ausrichtung übernommener Prämien direkt an die Krankenversicherer). Im Anschluss daran hat der Regierungsrat die totalrevidierte Verordnung zum EG KVG (VEG KVG) erlassen und diese zusammen mit dem teilrevidierten Gesetz auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt (RRB Nr. 1247/2013).

Im Berichtsjahr hat die Gesundheitsdirektion das Prämienverbilligungssystem durch externe Fachleute evaluieren lassen. Diese erachten das Zürcher System als insgesamt zweckmässig. Sie präsentieren aber gleichwohl Vorschläge, um die Mittel in Zukunft noch zielgerichteter einzusetzen. Die Umsetzung der Vorschläge erfordert gesetzliche Anpassungen. Die Gesundheitsdirektion arbeitet eine entsprechende Vorlage aus (RRB Nr. 1219/2013). Die Vernehmlassung zu dieser Vorlage ist für die zweite Hälfte 2014 geplant.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Kanton richtet individuelle Prämienverbilligungen an die obligatorische Krankenversicherung an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt dabei familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1 ^{bis} KVG.
A2	Bei den Sozialhilfe- und Zusatzleistungsbeziehenden (Ergänzungsleistungen und Beihilfe) übernimmt der Kanton die Prämien. Er finanziert zudem die Prämienausstände aufgrund von Verlustscheinen.

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Erhöhung der verfügbaren Einkommen von Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen in Mio. Fr. (A1)	P	689	701	696	-5
Leistungen						
L1	Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung (in %, A1)	min.	30	32	30	-2
L2	Anteil der Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung (in %, A2)	min.	36	40	36	-4
L3	Kantonsbeitrag in Mio. Fr. (inkl. SVA-Entschädigung für den Vollzugaufwand) (A1)	P	315.3	319.9	316.3	-3.6
L4	Kantonsbeitrag in Prozent des Bundesbeitrages (A1)	min.	83.8	83.5	83.1	-0.4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten in Fr. bei der individuellen Prämienverbilligung	P	16	15	16	1

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Gezielter Mitteleinsatz bei der Prämienverbilligung Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	4d	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	379.6	387.3	385.2	-2.1
Bundesbeitrag	376.5	383.1	380.5	-2.7
Aufwand	-694.9	-707.2	-701.5	5.7
Entschädigung SVA	-5.7	-5.9	-5.8	0.1
Individuelle Prämienverbilligung	-375.6	-394.9	-369.5	25.4
Prämienübernahmen	-313.6	-306.4	-326.2	-19.8
Saldo	-315.3	-319.9	-316.3	3.6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

- +14.4 Geringere Aufwendungen im Bereich der individuellen Prämienverbilligung (IPV) aufgrund einer tieferen Anzahl IPV-Bezügerinnen und -Bezüger als im Budget angenommen
- +11.0 Tieferer Aufwand als angenommen für die Nachmeldungen der IPV in Bezug auf frühere Jahre (2012 oder früher)
- 19.8 Der höhere Aufwand bei den Prämienübernahmen ist vorwiegend auf die ausgerichteten Prämienverbilligungen an Zusatzleistungsbezügerinnen und -bezüger zurückzuführen.
- 2.7 Der vom Bund ausgerichtete Pauschalbeitrag ist an die Prämienentwicklung gekoppelt. Da die Prämien weniger stark zunahm, als bei der Planung angenommen wurde, lag der effektive Bundesbeitrag unter dem Budget.
- +0.7 Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Hauptereignisse

Nach Abschluss des Ausrottungsprogramms der Bovinen Virus Diarrhoe (BVD) wurde im Berichtsjahr die Seuchenfreiheit erstmals durch eine serologische Stichprobenüberwachung der Rinderbestände durchgeführt. Die tiefe Fallzahl von 2 BVD-positiven Tieren (2012: 6 BVD-positive Tiere) entspricht den Erwartungen.

Die Bruterkrankungen der Bienen waren weiter leicht rückläufig: 69 mit Sauerbrut und 3 mit Faulbrut verseuchte Bienenstände waren zu sanieren. Der Rückgang dürfte auf die angepassten Bekämpfungsmassnahmen sowie die vermehrte Beratung und Information zurückzuführen sein. Es ist zu hoffen, dass sich diese Tendenz fortsetzt.

Im Rahmen einer Fleischkontrolle wurde im Herbst im Grossschlachtbetrieb Hinwil bei einer Kuh Tuberkulose festgestellt. Die umfassenden epidemiologischen Abklärungen in verschiedenen Ostschweizer Kantonen zeigten, dass die Ansteckung der Kuh durch Wildtierkontakt während der Alpsommerung 2011 im Vorarlberg erfolgt sein musste. Gleichzeitig konnte durch die Erregertypisierung ein Zusammenhang mit den Tuberkulosefällen vom Frühjahr in Rindviehbeständen verschiedener Kantone der Westschweiz ausgeschlossen werden. Die im Anschluss notwendigen Tieruntersuchungen fielen in den zwei Kontaktbetrieben im Kanton Zürich negativ aus. Die Kontaktbetriebe werden jedoch 2014 weiter überwacht. Zudem hat der Bund ein Programm gestartet, um im Rahmen der Fleischkontrolle die Überwachung der Tuberkulose zu intensivieren.

Die Überwachung des 2012 erstmals in den Rinder-, Schaf- und Ziegenbeständen der ganzen Schweiz aufgetretenen Schmallenbergvirus wurde fortgeführt. Das Virus ist weitverbreitet; entgegen ersten Einschätzungen war die festgestellte Missbildungsrate bei neugeborenen Tieren jedoch nicht höher als in früheren Jahren.

Die Abschlussuntersuchungen zum 2012 erstmals in zwei Schweinezuchtbetrieben der Schweiz aufgetretenen Virus des Porcinen reproduktiven und respiratorischen Syndroms (PRRS) belegten, dass die getroffenen Bekämpfungsmassnahmen Erfolg hatten und die Ausbreitung des Virus gestoppt wurde.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fonds zur Finanzierung von Leistungen des Staates an die Bekämpfung von Tierseuchen und anderen übertragbaren Tierkrankheiten.
----	--

Indikatoren						
		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Leistungen						
L1	Anzahl aufgetretene und bekämpfte Tierseuchenfälle (A1)	P	147	150	129	-21
L2	Anzahl Laboruntersuchungen zur Überwachung von Tierseuchen (A1)	P	53 891	30 000	16 414	-13 586
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kantonaler Beitrag pro Kopf der Bevölkerung (in Fr.)	P	0.36	0.21	0.21	0
B2	Kantonaler Beitrag pro Grossvieheinheit (in Fr.)	max.	6.98	4.12	4.12	0
Abweichungsbegründung						
L2	Geringere Anzahl Untersuchungen zur BVD-Überwachung infolge kurzfristig angepasster Bundesvorgaben.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Überprüfen der Finanzierungsstruktur des Tierseuchenfonds. Abgeschlossen Das revidierte kantonale Tierseuchengesetz vom 24. September 2012 und die ausführende kantonale Tierseuchenverordnung sind seit 1. Januar 2014 in Kraft.		2014

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.5	1.1	1.2	0.0
Patente, Entgelte, Beiträge	0.3	0.3	0.3	-0.0
Tiermehlfabrik Bazenheid	0.4	0.3	0.4	0.0
Interne Verrechnungen	0.7	0.4	0.5	0.0
Aufwand	-1.9	-1.6	-1.5	0.0
Sachaufwand	-1.1	-0.7	-0.7	0.0
Tiermehlfabrik Bazenheid	-0.5	-0.4	-0.4	-0.0
Bereitstellungskosten Tiermehlfabrik Bazenheid	-0.1	-0.1	-0.1	0.0
Eigene Beiträge	-0.1	-0.2	-0.1	0.1
Interne Verrechnungen	-0.1	-0.1	-0.2	-0.0
Saldo	-0.4	-0.5	-0.4	0.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	3.7	3.2	3.3	0.1

Fondsbestand

Der Fondsbestand nahm gegenüber 2012 um 0.4 Mio. Franken ab und beträgt Ende des Berichtsjahres 3.3 Mio. Franken.

6999 Lohnnachzahlungen; Berufe im Gesundheitswesen

Hauptereignisse

2001 stellte das Verwaltungsgericht für verschiedene Gesundheitsberufe eine diskriminierende Festlegung der massgebenden Lohnklassen im Rahmen der Strukturellen Besoldungsrevision fest. Für die gestützt darauf vorzunehmenden Neueinreihungen der betroffenen Berufsangehörigen gewährte der Kantonsrat seinerzeit einen Nachtragskredit von 280 Mio. Franken. Nach vollständiger Abwicklung eines weiteren Verfahrens ist noch eine kleinere Anzahl von Fällen hängig, weshalb auch 2014 mit Lohnnachzahlungen gerechnet werden muss.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1	Eingang Gesuche Pflegepersonal	0	-	0	-
W2	- kantonale Betriebe	0	-	0	-
W3	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	0	-	0	-
W4	- nicht berechnigte Personen	0	-	0	-
W5	Eingang Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	0	-	0	-
W6	- kantonale Betriebe	0	-	0	-
W7	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	0	-	0	-
W8	- nicht berechnigte Personen	0	-	0	-
Leistungen					
L1	Bearbeitete Gesuche Pflegepersonal	0	-	0	-
L2	- kantonale Betriebe	0	-	0	-
L3	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	0	-	0	-
L4	- Rückweisungen	0	-	0	-
L5	Bearbeitete Gesuche Pflegekader/TOA usw. ab 2004	0	-	0	-
L6	- kantonale Betriebe	0	-	0	-
L7	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe	0	-	0	-
L8	- Rückweisungen	0	-	0	-
Wirtschaftlichkeit					
B1	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegepersonal	0	-	0	-
B2	- kantonale Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge <20 000)	0	-	0	-
B3	- kantonale Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge <40 000)	0	-	0	-
B4	- kantonale Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge >40 000)	0	-	0	-
B5	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge <20 000)	0	-	0	-
B6	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge <40 000)	0	-	0	-
B7	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge >40 000)	0	-	0	-
B8	Ausbezahlte durchschnittliche Lohnnachzahlungen in Fr. für Pflegekader/TOA	0	-	44 887	-
B9	- kantonale Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge <20 000)	0	-	0	-
B10	- kantonale Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge >20 000)	0	-	1	-
B11	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge <20 000)	0	-	0	-
B12	- staatsbeitragsberechtigzte Betriebe (Anzahl ausbezahlte Beträge >20 000)	0	-	0	-

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	0.1		0.1	0.1
Lohnnachzahlungen				
Entnahme aus Rückstellungen			0.0	0.0
Auflösung nicht benötigte Rückstellungen	0.1		0.1	0.1
Saldo	0.1		0.1	0.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Im Berichtsjahr wurden Lohnnachzahlungen im Umfang von Fr. 44 887 geleistet. Die Aufwendungen für Lohnnachzahlungen werden durch die Entnahme aus Rückstellungen gedeckt. Die Höhe der Rückstellung wurde überprüft. Aufgrund der Schätzungen zu den Lohnnachzahlungen, mit denen inskünftig noch gerechnet werden muss, wurde die Rückstellung um den Betrag von Fr. 105 113 auf Fr. 1 200 000 verringert.



Opernhaus: Leonce und Lena (Ballett)



Opernhaus: Don Giovanni (Oper)



Opernhaus: Die Entführung aus dem Serail (Oper)

Bildungsdirektion

Mittel- und langfristige Strategien

Der Kanton Zürich verfügt mit 19 staatlichen Mittelschulen und 18 staatlichen Berufsfachschulen sowie sechs Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft auf der Sekundarstufe II über eine gut ausgebaute Schulinfrastruktur. Für die strategische Immobilienplanung liess die Bildungsdirektion in Absprache mit der Baudirektion die bestehenden Bauten vor dem Hintergrund wachsender Schülerzahlen analysieren. Laut Prognosen wird die Zahl der Lernenden ab 2020 an den Berufsfach- und Mittelschulen stark ansteigen. Während die Situation an den Berufsfachschulen an den bestehenden Schulstandorten durch effizientere Raumausnutzung gelöst werden kann, wird der Schulraum an den Mittelschulen ab 2020 nicht mehr ausreichen. Langfristig werden deshalb der Ausbau bestehender Bauten sowie der Bau neuer Mittelschulen in verschiedenen Regionen notwendig. Im Rahmen der Gesamtüberprüfung des Richtplans sind in den drei Regionen Pfannenstiel, Zimmerberg und Knonaueramt Standortevaluationen für neue Mittelschulen vorgesehen. Die entsprechende Gesamtstrategie für die Sekundarstufe II bis 2040 hat der Regierungsrat am 3. April des Berichtsjahres genehmigt.

Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) führt seit 2011 Studiengänge für Quereinsteigende. Diese wurden als eine von mehreren Massnahmen gegen den Lehrkräftemangel eingerichtet. Die Studiengänge stützten sich auf die bis 31. Dezember des Berichtsjahres befristete Verordnung über das besondere Aufnahmeverfahren an die PHZH vom 17. November 2010. Nachdem die PHZH nach Auswertung der ersten Erfahrungen mit Quereinsteigenden eine positive Bilanz ziehen konnte und nach wie vor ein Lehrkräftemangel besteht, hat der Regierungsrat am 20. November die Geltungsdauer der Verordnung verlängert damit die Studiengänge weitergeführt werden können.

Schülerinnen und Schüler der Fachmittelschule mit dem Profil «Pädagogik» können künftig einen Abschluss mit Fachmaturität machen. Den Ausbildungsgang dazu können interessierte Jugendliche erstmals im Sommer 2014 im Anschluss an den Erwerb des Fachmittelschulabschlusses beginnen. Die Fachmaturität Pädagogik wird an den Kantonsschulen Rychenberg in Winterthur und Zürich Nord angeboten. Der Ausbildungsgang beinhaltet die obligatorischen allgemeinbildenden Fächer Deutsch, Französisch, Englisch, Mathematik, Biologie, Chemie, Physik, Geschichte und Geografie. Zum Abschluss der Ausbildung gehört auch eine Fachmaturitätsarbeit. Mit Beschluss vom 9. Dezember hat der Bildungsrat die entsprechenden Änderungen im Lehrplan und im Prüfungsreglement der beiden Fachmittelschulen bewilligt. Mit dieser Neuerung wird eine Lücke geschlossen; sie ermöglicht den prüfungsfreien Zugang zum Studium an den Pädagogischen Hochschulen und gewährleistet ein attraktives Angebot für den notwendigen Nachwuchs von Lehrpersonen.

Der Regierungsrat hat am 19. Dezember 2012 beschlossen, an der Volksschule ab Beginn des Schuljahres 2013/14 den Schulversuch «Fokus Starke Lernbeziehungen» durchzuführen. Darin wird erprobt, wie die Zahl der Lehrpersonen pro Klasse reduziert werden kann. Dieser Schulversuch wird in drei Etappen durchgeführt. Die erste Staffel startete im Sommer.

Legislaturziele

Die Bildungsdirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 2, 3, 6, 12 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratssteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Lehre und Forschung sind im nationalen und internationalen Vergleich gestärkt (LZ RR 2; gemeinsam mit GD).
	1.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 2a des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Die Anzahl Ausbildungsplätze und Bildungsabschlüsse ist erhöht (LZ RR 3; gemeinsam mit GD).
	2.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 3a–3e des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Personen und Gruppen, bei denen die Tendenz besteht, dass sie ausgegrenzt werden oder sich abgrenzen, sind besser erreicht und integriert (LZ RR 6; gemeinsam mit DS und JI).
	3.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 6b, 6c und 6e des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Der Wirtschaftsstandort Zürich ist auf ein qualitatives und diversifiziertes Wachstum ausgerichtet (LZ RR 12; gemeinsam mit VD).
	4.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 12c des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit FD und DS).
	5.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 16d des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Allen Chancen eröffnen
Massnahme	6.1 Die frühe Förderung von Kindern mit freiwilligen Angeboten stärken und die Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch die Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern
Stand	Planmässig
Kommentar	Entsprechende Massnahmen im Kindergarten werden unter anderem auch durch das Programm QUIMS unterstützt (siehe 6.4). Die Umsetzung der Versorgungsstrategie der kantonalen Elternbildung ist im Gang.
Massnahme	6.2 Verfahren und Instrumente entwickeln, um einen guten Start in die Schulzeit und einen fairen Übertritt in die Sekundarstufe I zu unterstützen.
Stand	Planmässig
Kommentar	Instrumente zur Unterstützung des Schuleingangs sind entwickelt und erprobt, Beispiele guter Praxis dazu werden gesammelt.

Massnahme	6.3 Lernschwache Schülerinnen und Schüler mit mehr Unterricht in den Kernfächern unterstützen
Stand	In Planung
Kommentar	Die Erarbeitung von Massnahmenvorschlägen zur wirksamen Unterstützung von leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern an der Sekundarstufe I ist abgeschlossen: Gestützt darauf laufen Vorarbeiten für die Planung und Umsetzung eines Pilotprojekts, in dem das Zusammenspiel von lernwirksamen Massnahmen und Verfahren erprobt und evaluiert werden soll. Das Projekt knüpft an den bereits umgesetzten Massnahmen im Projekt Neugestaltung 3. Sek an und verstärkt zusätzlich die individuelle Lernförderung in Mathematik und Deutsch, auch in Abstimmung mit ausserschulischen Unterstützungsmassnahmen.
Massnahme	6.4 Das Programm «Qualität in multikulturellen Schulen» (QUIMS) verstärkt auf Lernerfolge ausrichten
Stand	Planmässig
Kommentar	In den Schulen mit hohen Migrantenanteilen (QUIMS-Schulen) wird neu ein Schwerpunkt auf die «Schreibförderung auf allen Stufen» sowie auf «Sprache und Elterneinbezug im Kindergarten» gelegt (Bildungsratsbeschluss vom 9. September des Berichtsjahres).
Massnahme	6.5 Die Qualität der ausserschulischen Betreuung (Horte, Tagesschulen) fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Rahmenbedingungen für schulergänzende Betreuung werden geprüft und bedarfsgerecht angepasst und Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt oder empfohlen. Der quantitative und qualitative Ausbau über das verpflichtende Minimum hinaus beruht auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative der Gemeinden.
Massnahme	6.6 In der Volksschule Vorbereitungskurse für die gymnasiale Aufnahmeprüfung anbieten
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Neben der Vorbereitung auf gymnasiale Aufnahmeprüfungen im Rahmen des obligatorischen Unterrichts bieten viele Schulen zusätzliche Angebote in Form von Kursen und/oder Prüfungsvorbereitung im Rahmen des Wahlfachunterrichts auf der Sekundarstufe an. Der Bildungsrat hat sich 2011 aus Gründen der Chancengerechtigkeit für eine möglichst einheitliche Lösung ausgesprochen. Die Bildungsdirektion hat daraufhin eine Vernehmlassung durchgeführt. Eine Mehrheit der Schulgemeinden befürwortete eine einheitliche, kantonale geregelte Lösung. Umstritten war, wie diese aussehen sollte. Anschliessend hat die Bildungsdirektion am 28. Februar 2012 Empfehlungen erlassen (Umfang und Dauer: 2 Wochenlektionen im ersten Semester für interessierte Schülerinnen und Schüler der 6. Primar- und der 2. Sekundar- klassen / Bedarfsabklärung, Kosten und Organisation: Sache der Schulgemeinden). In einem zweiten Schritt sollte eine Angebotspflicht im Volksschulgesetz verankert werden. Vorgesehen war, dass der Bildungsrat

	<p>qualitative Vorgaben für die Vorbereitungskurse festlegt. Der Kantonsrat ist jedoch am 25. Februar des Berichtsjahres auf eine entsprechende Vorlage (4910) nicht eingetreten. Es gelten demnach weiterhin die Empfehlungen der Bildungsdirektion.</p>
Legislaturziel	7 Guten Unterricht unterstützen
Massnahme	7.1 Mit dem Deutschschweizer Lehrplan 21 festlegen, was Schülerinnen und Schüler der Volksschule wissen und können müssen
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>Die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) hat den Lehrplan 21 am 20. Juni des Berichtsjahres zur Konsultation freigegeben. Im Kanton Zürich wurde die Konsultation breit abgestützt durchgeführt. Neben allen an der Volksschule beteiligten Verbänden und Institutionen waren auch die politischen Parteien, Elternorganisationen, die Organisationen der Arbeitswelt, Gymnasien und die Berufsfachschulen zu einer Stellungnahme eingeladen. Die von Juli bis Oktober dauernde Konsultation ergab, dass Struktur und Kompetenzorientierung des neuen Lehrplans befürwortet werden. Vorbehalte gab es vor allem zum Umfang der Kompetenzbeschreibungen und zu den Mindestansprüchen. Der Bildungsrat des Kantons Zürich hat in seiner Stellungnahme vom 9. Dezember des Berichtsjahres an die D-EDK festgehalten, der Lehrplan sei geeignet als Vorlage zur Einführung im Kanton. Gleichwohl wurden Verbesserungen angeregt. Im Kanton Zürich soll der neue Lehrplan frühestens ab Schuljahr 2017/18 eingeführt werden.</p>
Massnahme	7.2 Instrumente bereitstellen, mit denen Lernfortschritte von Schülerinnen und Schülern eingeschätzt werden können, z.B. als Grundlage für die individuelle Förderung
Stand	Planmässig
Kommentar	<p>In Zusammenarbeit mit Vertretungen des Schulfelds wurden Instrumente ergänzend zu Fachlehrmitteln und insbesondere für den Schulanfang geschaffen. Ein weiteres Instrument für die 3.–6. Klasse ist in Planung.</p> <p>Mit den im Rahmen des Projekts Neugestaltung 3. Sek flächendeckend eingeführten Lern- und Testsystemen Stellwerk und Lernpass können Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler den individuellen Lernstand und die Lernfortschritte besser einschätzen und überprüfen. Der Ausbau ab 1. Sek ist in Planung.</p> <p>Zur Förderung der Schülerinnen und Schüler auf der Mittelstufe entwickelt der Lehrmittelverlag Zürich in Kooperation mit dem Lehrmittelverlag St. Gallen (Federführung) die Lern- und Testsysteme «LernLUPE» für die Fachbereiche Mathematik und Deutsch. Die Instrumente für den sogenannten 2. Zyklus werden frühestens ab Schuljahr 2017/18 im Schulfeld eingesetzt (BRB 25/2013).</p>

Massnahme	7.3 Gute Lehrmittel zur Verfügung stellen
Stand	Planmässig
Kommentar	In den obligatorischen Fächern Deutsch, Religion und Kultur, Mathematik und Englisch wurden neue, praxistaugliche Lehrmittel veröffentlicht, die den aktuellen Bedürfnissen im Schulfeld und den Ansprüchen seitens Lehrmittelpolitik entsprechen. Zudem sind Lehrmittelprojekte in den Fächern Französisch, Deutsch und Deutsch als Zweitsprache in Erarbeitung bzw. in der Konzeptphase. Vgl. Hauptereignisse in LG Nr. 7100.
Massnahme	7.4 Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und mit einem neuen Musikgesetz den Musikunterricht stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	In Naturwissenschaft und Technik wurden folgende Schritte eingeleitet: <ul style="list-style-type: none"> – Entwicklung und Zulassung qualitativ guter Lehrmittel und Unterrichtsmaterialien, – Verbesserung der Weiterbildung der Lehrpersonen der Volksschule: Ein Weiterbildungsangebot wurde gestartet und steht seit Herbst des Berichtsjahres den Lehrpersonen der Volksschule zur Verfügung.
Massnahme	7.5 Die Einführung von Schulassistenten prüfen, damit Lehrpersonen mehr Zeit zum Unterrichten haben
Stand	Planmässig
Kommentar	Es ist vorgesehen, für interessierte Schulgemeinden eine Empfehlung bereitzustellen.
Massnahme	7.6 Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen und bei Problemen mit Gewalt unterstützen
Stand	Planmässig
Kommentar	Es wurden Instrumente erarbeitet und eine Tagung zur Stärkung der Regelschule im Umgang mit Verhaltensauffälligkeiten organisiert.
Legislativziel	8 Lehrerinnen und Lehrer stärken
Massnahme	8.1 Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitende mit guten Arbeitsbedingungen im Berufsalltag unterstützen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Die ausserordentlichen Lohnmassnahmen im Rahmen der Teilrevision Lohnsystem Lehrpersonen wurden im Berichtsjahr fortgesetzt und werden 2014 abgeschlossen. Der neu definierte Berufsauftrag wird voraussichtlich auf Schuljahr 2016/17 umgesetzt.

Massnahme	8.2 Genügend geeignete Menschen für den Lehrberuf gewinnen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Gemäss Legislaturziel 16 des Regierungsrates stellt die Rekrutierung zusätzlicher Lehrpersonen eine wesentliche Voraussetzung für das Halten des Standortvorteils dar. Im Rahmen der Personalstrategie 2012–2015 wird derzeit in einer direktionsübergreifenden Projektgruppe ein Konzept zur Stärkung der Arbeitgeberposition des Kantons am Arbeitsmarkt erarbeitet. Allerdings ist dieses vor allem auf die Mitarbeitenden der Zentralverwaltung ausgerichtet und berücksichtigt die Monopolberufe in den Bereichen Pflege, Bildung und Sicherheit (Polizei) nur am Rande. Soll dem Lehrermangel künftig wirksam begegnet werden, sind weitere Massnahmen zur Personalgewinnung durch die Bildungsdirektion – allenfalls in Zusammenarbeit mit den Gemeinden – notwendig.
Massnahme	8.3 Die neu entwickelten Ausbildungsgänge für den Quereinstieg und den Stufenumstieg an der Pädagogischen Hochschule fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Es ist vorgesehen, die Ausbildungsgänge für den Quereinstieg im PH-Gesetz zu verankern.
Massnahme	8.4 Eine gute Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern an Volks-, Mittel- und Berufsfachschulen gewährleisten
Stand	Planmässig
Kommentar	Diese Aufgabe wird im Schulfeld und durch die PH Zürich erfolgreich umgesetzt.
Massnahme	8.5 Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Berufseinführungsphase unterstützen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Diese Aufgabe wird im Schulfeld und durch die PH Zürich erfolgreich umgesetzt.
Massnahme	8.6 Stärkung Schulleitung
Stand	In Planung
Legislaturziel	9 Passende Abschlüsse ermöglichen
Massnahme	9.1 Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Regierungsrat hat eine neue Verordnung über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung erlassen, die am 1. März 2014 in Kraft getreten ist. Konsolidierungsphase des Projekts Case Management Berufsbildung (Netz2) ist im Gange.
Massnahme	9.2 Leistungsschwächere Jugendliche beim Übergang in die Arbeitswelt unterstützen und die Schaffung von geeigneten beruflichen Ausbildungen fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Es wurden neue Berufsbildungsprofile für die entsprechende Zielgruppe erarbeitet. Umsetzung neuer Bildungsverordnungen mit Eidgenössischem Berufsattest.

Massnahme	9.3 Gemeinsam mit den Spitälern Fachkräfte in den Gesundheitsberufen ausbilden
Stand	Planmässig
Kommentar	Fachmaturität Gesundheit und Naturwissenschaften ist eingeführt; berufsbegleitender Studiengang Pflege HF gestartet; Nachwuchswerbung in den Gesundheitsberufen der OdA G ZH übertragen; Spitalfinanzierungs- und -planungsgesetz (SPFG) verpflichtet Listenspitäler und Kliniken ab 2012 zu einer Aus- und Weiterbildung einer im Verhältnis zum gesamtkantonalen Bedarf angemessenen Zahl von Angehörigen der Berufe des Gesundheitswesens.
Massnahme	9.4 Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den Hochschulzugang sicherstellen
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Zentrale Aufnahmeprüfung und Selbstorganisiertes Lernen im Regelbetrieb. Dialog an der Schnittstelle Hochschule–Gymnasium etabliert.
Massnahme	9.5 Uns für die Stärkung der Höheren Berufsbildung einsetzen
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Finanzierung der höheren Berufsbildung: Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung auf 1. Januar des Berichtsjahres angepasst. Leistungsvereinbarung mit den Anbietern: Planmässig (in Arbeit), Beitritt des Kantons Zürich Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) vom Kantonsrat beschlossen.
Massnahme	9.6 Die berufliche und allgemeine Weiterbildung und die Nachholbildung fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Finanzierung der Weiterbildung: Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung auf 1. Januar des Berichtsjahres angepasst. Leistungsvereinbarung mit den Anbietern: in Arbeit. Ausserschulisch erworbene Kompetenzen stärker berücksichtigen (Validierung): Verfahren evaluiert, Aufnahme weiterer Berufe in Prüfung.
Legislativziel	10 In die Hochschulen investieren
Massnahme	10.1 An der Universität Zürich die Betreuungsverhältnisse verbessern und Anpassungen an der Bologna-Reform vornehmen
Stand	Planmässig
Kommentar	Zur Verbesserung der Betreuungssituation wurden vorab in den Rechts-, Wirtschafts-, Geistes- und Sozialwissenschaften neue Stellen geschaffen; diesbezügliche Erfolge werden allerdings durch steigende Studierendenzahlen relativiert. Die Anpassungen an der Bologna-Reform wurden weitergeführt, was teilweise Änderungen in den Rahmenverordnungen der Fakultäten zur Folge hatte.

Massnahme	10.2 Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe weiterentwickeln und akademische Nachwuchskräfte fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Universität Zürich hat den Ausbau der Doktoratsstufe weitergeführt. Mit dem Aufbau des 2012 eröffneten Graduate Campus werden die Nachwuchsforschenden untereinander stärker vernetzt, und sie erhalten Zugang zu weiteren Förderinstrumenten.
Massnahme	10.3 In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschule investieren
Stand	Daueraufgabe
Kommentar	Die Bauarbeiten am künftigen Hochschulstandort Toni-Areal in Zürich West sind in die Ausbauphase übergegangen. Ab Sommer 2014 erfolgt der Bezug durch die ZHdK und Teile der ZHAW. In Winterthur gingen die Bauarbeiten für die neue zentrale Hochschulbibliothek der ZHAW an der Turbinenstrasse wie geplant voran. Der Kantonsrat hat im Berichtsjahr dem Objektkredit für die 5. Bauetappe der UZH Irchel zugestimmt. Die neuen Gebäude schaffen Raum für die vollständige Verlegung der universitären Chemie.
Massnahme	10.4 Die Universitäre Medizin Zürich im Verbund mit der Gesundheitsdirektion stärken
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit dem Projekt UMZH sollen die Schnittstellen zwischen Klinik, Forschung und Lehre geklärt und ein Modell zur koordinierten Steuerung der universitären Medizin im Kanton Zürich entwickelt werden. Es ist geplant, das Projekt bis Mitte 2014 abzuschliessen. Anschliessend sollen die nötigen Gesetzes- und Verordnungsänderungen ausgearbeitet werden. Eine Umsetzung der neuen Governance im Bereich UMZH kann deshalb frühestens gegen Ende 2015 erfolgen.
Massnahme	10.5 Dem Mangel an qualifizierten Fachkräften in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sowie im Gesundheitsbereich entgegenwirken
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Zahl der Abschlüsse Tertiär A in den erwähnten Disziplinen konnte gesteigert werden.
Massnahme	10.6 Das Stipendienwesen weiterentwickeln
Stand	Planmässig
Kommentar	Gesamtschweizerische Entwicklungstendenzen im Stipendienwesen sind zu berücksichtigen. Beitritt Stipendienkordat in Planung.

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtszerung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	914.8	907.0	979.6	72.6
Aufwand	-3 246.8	-3 394.8	-3 364.0	30.8
Kreditübertragungen aus 2012		-11.0		
Saldo	-2 332.0	-2 487.9	-2 384.4	103.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	33.8	20.1	22.3	2.2
Ausgaben	-162.8	-264.2	-102.1	162.1
Kreditübertragungen aus 2012		-24.8		
Saldo	-129.0	-244.1	-79.8	164.3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	13 534.0	13 477.8	13 750.8	273.1

Erfolgsrechnung

Ertrag (+72.6):

- +27.9 Berufsbildungsfonds: Im Berichtsjahr erfolgt eine Umstellung auf einen periodengerechten Ausweis der Erträge. Es werden die Zahlungen der beitragspflichtigen Betriebe, welche 2013 auf Basis der Lohndaten des Vorjahres erfolgt sind, sowie die voraussichtlichen Zahlungen auf Basis der Lohndaten des Jahres 2013 ausgewiesen. Dadurch werden im Berichtsjahr einmalig die Erträge aus zwei Beitragsjahren gezeigt.
- +17.0 Auflösung von Rückstellungen für BVK-Sanierungsbeiträge in der Volksschule (saldo-neutral)
- +16.7 Saldoneutrale interne Verrechnung an den Berufsbildungsfonds
- +14.4 Höhere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die der Universität Zürich zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften
- +6.5 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten der Kinder- und Jugendhilfe führten zu entsprechenden internen Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen
- +3.8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich (vgl. Aufwand)
- +3.6 Höhere Kantonsbeiträge aufgrund höherer Anzahl ausserkantonaler Lernender sowie höhere Bundesbeiträge
- +2.4 Mehrertrag in der Kinder- und Familienhilfe durch den Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte
- +1.1 Höhere Erträge aus internen Verrechnungen in den Mittelschulen, insbesondere Personalleistungen
- +1.0 Einmalige, nicht budgetierte externe Unterstützungsbeiträge für Projekte von Schule & Kultur
- +0.7 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich

- +0.5 Verrechnung Mehrkosten Toni-Areal infolge Bezugsverschiebung an den Generalunternehmer
- +0.5 Höhere Einnahmen ergaben sich aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungendarlehen.
- +0.2 Höhere übrige Erträge in den Mittelschulen
- 0.6 Die Gemeindebeiträge reduzierten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen Betriebskosten der Berufsinformationszentren (biz) der Berufsberatung.
- 0.7 Die internen Verrechnungen der regionenübergreifenden Tätigkeiten, die sich saldonneutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen, fielen tiefer als erwartet aus.
- 0.8 Tiefere übrige Erträge in der Berufsbildung
- 1.8 Als Folge der tiefer als geplant ausgefallenen Kosten der Kinder- und Jugendhilfestellen resultierten geringere Gemeindebeiträge.
- 2.0 Tiefere Erträge aus internen Verrechnungen in der Berufsbildung
- 2.6 Durch den Transfer der Schulinformatik der Sekundarstufe II vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt in die Leistungsgruppe Berufsbildung fallen die Verrechnungen in der Bildungsverwaltung aus (Fr. -2.2 Mio.) und die Bundesbeiträge werden neu in den Leistungsgruppen 7301 und 7306 ausgewiesen (Fr. -0.8 Mio.). Weiterbelastung von Dienstleistungen an den Berufsbildungsfonds und die Leistungsgruppe Berufsbildung (Fr. 0.4 Mio.)
- 15.2 Tiefere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die den Hochschulen der Zürcher Fachhochschule (ZFH) zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften, bedingt durch Aufschub des Umzugs der Hochschule der Künste ins Toni-Areal (2014 statt 2013) sowie durch buchhalterische Verschiebung der Anlagewerte der innerhalb von Hochbauprojekten angeschafften Mobilien von der Leistungsgruppe (LG) 7406 ZFH in die LG der Hochschulen (Aktivierung bei den Hochschulen, Abschreibungen und Zinsen auf diesen Beständen folglich ab dem Berichtsjahr nicht mehr in der LG 7406, sondern in den LG der Hochschulen verbucht; diese Umgliederung war im Budget 2013 noch nicht berücksichtigt).

Aufwand (+31.5):

- +27.0 Auflösung einer Rückstellung aus einem Rechtsfall, neu als Eventualverpflichtung in der Volksschule geführt
- +15.6 Tiefere Abschreibungen und Zinsen auf Hochbauten und Mobilien
- +14.2 Tieferer Kostenbeitrag an die ZHdK infolge tieferer Infrastrukturkosten aufgrund Aufschub Umzug Toni-Areal
- +9.7 Bei den Staatsbeiträgen resultierten Budgetunterschreitungen im Heimbereich der Jugend- und Familienhilfe infolge der Anrechnung von Schwankungsfondsgeldern bzw. im Rahmen der Finanzierungsänderung (+7.5) sowie beim Stipendienaufwand (+1.1) und den übrigen Beiträgen (+1.1).
- +7.8 Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW infolge Minderaufwand aufgrund im Berichtsjahr nicht ausgeführter Projekte an der ZHAW. Diese noch nicht beanspruchten Mittel sollen grösstenteils (7.6 von 7.8 Mio.) ins Folgejahr übertragen werden (Antrag Kreditübertragungen aus 2013 in der LG 7406).
- +6.0 Minderaufwand für Zinskosten, Planung und Unterhalt in den Mittelschulen, insbesondere wegen Verschiebungen von Bauprojekten

- +5.7 Tieferer Aufwand für Zinskosten, Planung und Unterhalt, insbesondere wegen Verschiebungen von Bauprojekten
- +5.5 Tiefere Personalkosten für Unterrichts-, Verwaltungs- und Betriebspersonal in den Mittelschulen
- +5.0 Die bewilligte Stellenaufstockung bei den Kinder- und Jugendhilfestellen verzögerte sich. Die entsprechenden Kosten fallen erst im Jahr 2014 an.
- +4.8 Höhere Versicherungsleistungen, insbesondere aus Mutterschaftsversicherung und Taggeldern in der Volksschule
- +4.4 Höhere Erstattungen von Gemeinden aufgrund kommunaler Anstellungen
- +4.3 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software in den Mittelschulen
- +4.0 Tiefere Beiträge zur nachhaltigen Finanzierung der BVK infolge der deckungsgradbedingten Senkung des Beitragssatzes ab 1. Januar 2013 in der ZFH
- +3.5 Tiefere Beiträge zur nachhaltigen Finanzierung der BVK infolge der deckungsgradbedingten Senkung des Beitragssatzes ab 1. Januar 2013 in der Universität
- +3.3 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software in der Berufsbildung
- +2.6 Tieferer Sachaufwand, tiefere Abschreibungen und interne Verrechnungen in der Bildungsverwaltung infolge Transfer der Schulinformatik der Sekundarstufe II sowie Verschiebung von Projektierungskosten in die Leistungsgruppe Berufsbildung
- +1.8 Tiefere Personalkosten in der Bildungsverwaltung infolge Transfer der Schulinformatik der Sekundarstufe II in die Leistungsgruppe Berufsbildung (1.1 Mio.) sowie verzögerte Wiederbesetzung von offenen Stellen (0.7 Mio.)
- +1.6 Die Sachaufwendungen (Drucksachen, Miete, Anschaffungen/Unterhalt) fielen insbesondere bei den Kinder- und Jugendhilfestellen (kjz) tiefer als geplant aus.
- +1.4 Tieferer Kostenbeitrag an die PHZH infolge tieferer Nutzungskosten
- +1.3 Minderaufwand Staatsbeiträge für Höhere Berufsbildung und Weiterbildung
- +1.2 Tiefere Weiterbildungskosten im Volksschulamt
- +1.2 Zunahme der Vorräte Eigenfabrikate auf Grund von Neupublikationen im Lehrmittelverlag
- +1.1 Vershobene Unterhaltsarbeiten sowie geringerer Informatik-Sachaufwand im AJB
- 21.5 Höherer Aufwand im Berufsbildungsfonds als geplant, da zum Zeitpunkt der Ausgabenbeschlüsse die Höhe der Einnahmen noch nicht bekannt war
- 17.1 Personalleistungen für BVK-Sanierungsbeiträge und höhere durchlaufende Bundesbeiträgen der Volksschule
- 16.7 Beiträge im Auftrag des Berufsbildungsfonds
- 14.3 Höhere Abschreibungen und Zinsen auf Hochbauten und Mobilien einschliesslich ausserordentlichen Abschreibungen aufgrund von Ersatzbeschaffungen von zum Ersatzzeitpunkt noch nicht vollständig abgeschriebenen Anlagen
- 9.4 Höhere Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für Zürcher Studierende im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV
- 6.5 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden internen Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen.
- 6.4 Höhere Fondseinlage im Berufsbildungsfonds aufgrund der höheren Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben (-1.7) Höhere Beiträge für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV

- 6.0 Verschobene Rückforderungen gegenüber Schulheimen in der Volksschule
- 3.9 Höherer Kostenbeitrag an die Universität Zürich
- 3.8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich
- 2.3 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte in der Kinder- und Jugendhilfe
- 1.9 Bei den sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter ergaben sich Mehrkosten als Folge steigender Fallzahlen.
- +10.0 Übrige kleine Abweichungen gemäss detaillierter Ausführung in den Leistungsgruppen

Investitionsrechnung

Einnahmen (+2.2):

- +6.6 Übertrag von Grundstücken der Kantonsschule Rämibühl Zürich und der Hauswirtschaftskurse Affoltern am Albis vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen führte zu Investitionseinnahmen
- +2.7 Mehreinnahmen Subventionen Bund Spezialausbau Toniareal
- +1.0 Übertragung von Sachanlagen (UZH, Heinrichstrasse 2)
- +0.2 Mehreinnahmen Subventionen ZHAW Brandschutz
- 0.2 Die Ausbildungsdarlehens-Rückerstattungen erreichten nicht den budgetierten Wert (Kinder- und Jugendhilfe).
- 0.4 Mindereinnahmen bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen in der UZH (Mobilien)
- 0.8 Mindereinnahmen Subventionen Toniareal (Mobilien)
- 7.0 Mindereinnahmen vom Bund aus verschiedenen Projekten der UZH z. B. Pelikanstr. 40 Völkerkundemuseum, Y63 Umbau Lernzentrum, Tierspital Energetische Nachrüstung Bürocontainer, Irchel Strickhof Neubau Laborgebäude
- +0.1 Rundungsdifferenz

Ausgaben (+162.1):

- +50.7 Minderausgaben mehrheitlich wegen Verschiebungen von Bauprojekten: Neubau der Kantonsschule Uster und Sanierung Altbau (+32.5), Fassadensanierung und behindertengerechte Umbauten Kantonsschule Freudenberg/Enge Zürich (+8.2), Sanierungsvorhaben an der Kantonsschule Zürich Nord (+2.2), Sanierung Kantonsschule im Lee Winterthur (+2.0), Sanierung Aula/Bühnentechnik Kantonsschule Hottingen Zürich (+1.7), Ersatz- und Ergänzungsbau Kantonsschule Büelrain Winterthur (+1.6), Sanierung Sportplatz Kantonsschule Stadelhofen Zürich (+1.4), Neubau Aula mit Turnhallen Kantonsschule Limmattal Urdorf (+1.1)
- +30.8 Minderausgaben Toniareal Investitionen Mobilien
- +14.8 Minderausgaben mehrheitlich wegen Verschiebungen von Bauprojekten in der Berufsbildung: Gesamtsanierung Altbau und Erweiterung Berufsbildungszentrum Zürichsee Horgen (+4.2), Sanierung für Folgenutzung Berufsfachschulen Bildungsmeile Zürich (+2.2), Aufstockung Turnhallen Rennweg der Berufsbildungsschule Winterthur (+1.5), Mieterausbau Berufsschule für Detailhandel Zürich (+1.2), Anpassungsmassnahmen Umgebung und Liftanlagen der Berufsmaturitätsschule Zürich (+1.1), Gesamtsanierung und Ablösung Miete Gewerbliche Berufsschule Wetzikon (+1.0), Bauliche Massnahmen Amok an Berufsschulen (+1.0), übrige Projekte (+2.6)
- +12.3 Minderausgaben Toniareal Spezialausbau
- +10.6 Minderausgaben bei verschiedenen Kleinprojekten der ZFH

- +4.9 Minderausgaben Universität Zürich Irchel (UZI) Etappe 5.1
- +4.2 Minderausgaben bei den übrigen Projekten der Universität
- +4.0 Minderausgaben Ersatz Telefonanlagen Universität, diverse Gebäude
- +3.6 Tiefere Investitionsbeiträge an Schulhausbauten und Sonderschulen.
- +3.3 Übrige Minderausgaben in den Mittelschulen
- +3.1 Minderausgaben Anpassungen Gebäudeübernahme Rämistrasse 59
- +3.0 Minderausgaben Umsetzung Entwicklung ZHAW DEP. N
- +2.0 Minderausgaben Umsetzung Entwicklung ZHAW Standort Winterthur
- +1.6 Minderausgaben ZHAW Reidbach Umnutzung Einsiedlerstrasse 31
- +1.5 Minderausgaben ZHAW Grüntal Energetische Massnahmen
- +1.1 Minderausgaben Instandsetzung Mensaküche Irchel
- +1.0 Minderausgaben UZI 5.2 Neubau Tierhaltung/-zucht mit Laborgeschossen
- +1.0 Minderausgaben Schönberggasse 15, Instandsetzung
- +1.0 Minderausgaben Künstlergasse 15a, Instandsetzung
- +1.0 Minderausgaben Halle 52 Sulzerareal
- +6.6 Minderausgaben bei den übrigen kleinen Bauprojekten und sonstigen Projekten (Mobilien, Hardware usw.) der Leistungsgruppen

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2013	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Grossinvestitionen				
Proj. Nr. 33049 Calatrava Hofeinbau + Aufstockung	0	65.4	65.1	0.3
Proj. Nr. 27463 Toni-Areal Ausstattung	22.2	89.5	43.2	46.3
Proj. Nr. 33467 Universität Zürich Irchel 5. Ausbautappe	1.1	195.0	2.4	192.6
Übrige Investitionen	56.5			
Total Investitionen	79.8			

Leistungsgruppen

7000 Bildungsverwaltung

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

	Total	Total	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2012 ¹	2013	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorschulstufe	28 295	29 089	13 801	47.4	7 696	26.5	27 363	94.1
Regelkindergarten ²	27 424	28 295	13 485	47.7	7 272	25.7	27 053	95.6
Sonderkindergarten	378	310	94	30.3	113	36.5	310	100.0
Alternativer Kindergarten ³	493	484	222	45.9	311	64.3	–	–
Primarstufe	81 775	82 329	40 233	48.9	21 635	26.3	77 917	94.6
Primarschule ²	77 092	77 734	38 392	49.4	19 112	24.6	75 503	97.1
Besondere Klassen	609	621	231	37.2	387	62.3	477	76.8
Sonderschulen	2 080	1 948	616	31.6	750	38.5	1 937	99.4
Alternativer Lehrplan ³	1 994	2 026	994	49.1	1 386	68.4	–	–
Sekundarstufe I	41 558	41 619	20 121	48.3	9 276	22.3	37 866	91.0
Sekundarschule	31 754	31 826	15 122	47.5	7 030	22.1	29 665	93.2
Besondere Klassen	307	323	119	36.8	221	68.4	200	61.9
Sonderschulen	1 130	1 132	409	36.1	375	33.1	1 108	97.9
Gymnasien	7 087	7 037	3 839	54.6	901	12.8	6 716	95.4
Übrige Mittelschulen ⁴	150	177	101	57.1	18	10.2	177	100.0
Alternativer Lehrplan ³	1 130	1 124	531	47.2	731	65.0	–	–
Sekundarstufe II	60 843	61 178	29 298	47.9	4 960	8.1	53 777	87.9
Brückenangebote	2 262	2 389	1 274	53.3	894	37.4	2 073	86.8
Gymnasien	9 027	9 168	5 158	56.3	1 055	11.5	8 048	87.8
Übrige Mittelschulen ⁵	1 185	1 293	780	60.3	131	10.1	1 080	83.5
Berufslehren ⁶ (einschliesslich BMS I)	44 872	44 724	20 369	45.5	1 916	4.3	40 439	90.4
Anlehren	373	337	83	24.6	90	26.7	319	94.7
BMS II (nach Lehrabschluss)	1 927	2 002	1 026	51.2	94	4.7	1 596	79.7
Sonderschulen	192	222	95	42.8	70	31.5	222	100.0
Alternativer Lehrplan ³	1 005	1 043	513	49.2	710	68.1	–	–
Tertiärstufe	64 064	66 420	35 480	53.4	10 062	15.1	55 442	83.5
Vorbereitung Berufsprüfung	6 434	7 016	2 958	42.2	1 226	17.5	3 872	55.2
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	1 544	1 487	387	26.0	193	13.0	801	53.9
Höhere Fachschule HF	5 885	6 494	3 019	46.5	678	10.4	3 761	57.9
Übrige Fachausbildung	3 917	4 277	2 911	68.1	618	14.4	1 594	37.3
Fachhochschulen ⁷	19 904	20 759	11 242	54.2	2 531	12.2	19 027	91.7
Universität ⁸	26 380	26 387	14 963	56.7	4 816	18.3	26 387	100.0
Total	276 535	280 635	138 933	49.5	53 629	19.1	252 365	89.9

¹ Die Angaben für 2012 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

² Einschliesslich Projekt Grundstufe

³ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z.B. ausländische Schulprogramme, Rudolf-Steiner-Schulen)

⁴ Handelsmittelschule

⁵ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁶ Berufliche Grundbildung Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössisches Berufsattest (EBA)

⁷ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule und der Fernfachhochschule Schweiz)

⁸ Uni Zürich einschliesslich MAS

Bildungsstatistik

Im Schuljahr 2013/14 besuchen im Kanton Zürich rund 280 600 Lernende eine öffentliche oder private Bildungsinstitution vom Kindergarten bis in die Tertiärstufe. Damit ist die Anzahl Lernender gegenüber dem Vorjahr erneut um 1,5% gestiegen. Kennzeichnend sind die aus demografischen Gründen relativ hohen Wachstumsraten auf der Kindergartenstufe, die sich bis auf die Sekundarstufe II deutlich abschwächen. Dies führt dazu, dass sich in den kommenden Jahren der Zuwachs in den weiterführenden Stufen verstärkt. Ferner fällt die Zunahme in der Tertiärstufe auf, in der erneut die Fachhochschule und die berufliche Weiterbildung stark wachsen. Von den Lernenden besuchen 90% eine öffentliche Bildungseinrichtung.

Die Schülerzahl auf der Kindergartenstufe hat um rund 800 auf 29 100 zugenommen, was einer im Vergleich mit dem Vorjahr leicht abgeschwächten Rate von 2,8% entspricht. Dies ist kongruent mit dem prognostizierten Anstieg auf Grundlage der demografischen Entwicklung. Die Schülerzahlen auf der Primarstufe haben nach einer Stagnation im Vorjahr mit einem moderaten Wachstum von 0,7% bereits auf die Dynamik auf der Kindergartenstufe reagiert, während die Sekundarstufe I sich praktisch nicht verändert hat. Bemerkenswert ist der Rückgang um 3% in den Sonderschulen (Primar-, Sek I- und Sek II-Stufe), was als Hinweis auf die vermehrte Integration über die Regelschulen zu werten ist.

Bei den Lernenden auf der Sekundarstufe II ist eine geringe Zunahme um rund 300 (+0,6%) zu verzeichnen, was auf die Angebote der Gymnasien, übrige Mittelschulen (Handels-, Informatik- und Fachmittelschulen) und Brückenangebote zurückzuführen ist.

Die Tertiärstufe weist einen Zuwachs von rund 2400 Studentinnen und Studenten auf. Sie umfasst gegenwärtig rund 66 400 Studierende (+3,7%). Der höchste Zuwachs von 10% erfolgte in der beruflichen Weiterbildung in der Höheren Fachschule. Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen und an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH) hat gesamthaft um 4,3% zugenommen. Der Anstieg ist insbesondere auf eine wachsende Nachfrage bei den Studiengängen der Pädagogischen Hochschule Zürich, einschliesslich der Ausbildungsgänge für Quereinsteigende, und bei Studiengängen der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften – in erster Linie in den Fachbereichen Wirtschaft und Dienstleistungen sowie Technik und Informationstechnologie – zurückzuführen. Die Studierendenzahlen der Zürcher Hochschule der Künste und der privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich, die der Zürcher Fachhochschule angegliedert ist, verändern sich nur wenig.

Die Ergebnisse der bildungsstatistischen Erhebungen werden unter www.bista.zh.ch zugänglich gemacht.

Hauptereignisse

Bildungsmonitoring

Das Bildungsmonitoring erhebt Daten zu fachlichen und überfachlichen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern, zu deren Ausbildungsverläufen, ihrer Zufriedenheit mit den Ausbildungsinstitutionen und zu Fragen der Chancengerechtigkeit.

Während neun Schuljahren begleitete die Zürcher Längsschnittstudie eine repräsentative Stichprobe von Schülerinnen und Schülern, die 2003 im Kanton Zürich in die 1. Primarschulklasse eingetreten sind. Nach einer ersten Befragung bei Schuleintritt folgten weitere Befragungen nach drei (2006) und nach sechs Jahren (2009). Die letzte erfolgte im Sommer 2012 nach neun Schuljahren. Der Bericht wird Anfang 2014 vorliegen und die Entwicklung der schulischen Leistungen von Schülerinnen und Schülern während der obligatorischen Schulzeit zeigen.

Im Sommer des Berichtsjahres lagen die Ergebnisse der Befragung ehemaliger Mittelschülerinnen und Mittelschüler zwei Jahre nach ihrem Maturitätsabschluss vor. Die im Rahmen des NWEDK-Projektes «Benchmarking Sekundarstufe II» durchgeführte Erhebung zeigt, dass 93% der Befragten rückblickend mit ihrer Mittelschule zufrieden sind. Bei der Einschätzung des Ausbildungsstandes zeigt sich, dass dieser davon abhängt, welchen Unterrichtsumfang das Fach hat und welche Präferenzen bzw. Wahlmöglichkeiten die Schülerinnen und Schüler haben. Entsprechend erhalten obligatorische Fächer mit geringem Unterrichtsumfang verhältnismässig tiefe Bewertungen. Den Ausbildungsstand in den Schwerpunktfächern schätzen die ehemaligen Mittelschülerinnen und Mittelschüler über alle Fächer hinweg im Durchschnitt leicht unterhalb der Bewertung «hoch» ein. Zudem beurteilen die Befragten die Wichtigkeit überfachlicher Kompetenzen als «wichtig» bis «sehr wichtig». Ihren entsprechenden Kompetenzstand am Ende des Gymnasiums schätzen sie zwischen «eher gut» und «gut» ein.

Im Berichtsjahr wurden – ebenfalls im Rahmen des Projektes «Benchmarking Sekundarstufe II» – die Schülerinnen und Schüler der Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen am Ende ihrer Ausbildungszeit befragt. Der Kantonsbericht wird im Sommer 2014 vorliegen.

Im Lauf des Berichtsjahres erfolgten die Auswertungen der Erhebung zur «Studierfähigkeit von Zürcher Maturandinnen und Maturanden». Es handelt sich dabei um eine längsschnittlich angelegte Folgerhebung zur «EVAMAR II»-Studie von 2008. Der Bericht wird 2014 vorliegen und Aussagen zu Studienverlauf und Studienerfolg der ehemaligen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten mit Maturitätsabschluss 2007 machen.

Massnahmen gegen Gewalt im schulischen Umfeld

Im Bereich «Sicherheit und Krisenmanagement an Schulen» wurden ein Konzept zur kantonalen Organisation der psychologischen Nothilfe bei ausserordentlichen Krisenereignissen an Schulen sowie ein Konzept für die Entwicklung einer «Notfall-App» für das kantonale Bildungswesen erstellt. Zudem wurde ein interdisziplinäres Austauschtreffen zum Thema «Umgang mit diffusen Drohungen» durchgeführt und an den Arbeiten zum Aufbau eines kantonalen Bedrohungsmanagement mitgewirkt. Zur Förderung der kompetenten Nutzung der Social Media durch Jugendliche fanden zwei Tagungen für Schulleitungen, Schulbehörden und Elternmitwirkungsorganisationen statt. Eine Mitwirkung ergab sich überdies bei der Vorbereitung der Stadtzürcher Ausstellung «Zivilcourage – Wenn nicht ich, wer dann?» und des diesbezüglichen Begleitprogramms.

Förderung von Naturwissenschaft und Technik in der Allgemeinbildung

Die Förderung von Naturwissenschaft und Technik (NaTech) in der Allgemeinbildung ist ein Legislaturziel des Regierungsrates und der Bildungsdirektion der Legislaturperiode 2011–2015. Um bei Halbzeit die Öffentlichkeit über die Umsetzung der vom Bildungsrat im April 2010 beschlossenen Massnahmen zu informieren, hat die Bildungsdirektion am 27. September des Berichtsjahres eine Medienkonferenz durchgeführt. Da die Lehrpersonen eine zentrale Rolle bei der stärkeren Gewichtung von NaTech im Unterricht spielen, liegt ein besonderes Schwergewicht der Massnahmen bei deren Aus- und Weiterbildung. Die Überarbeitung bestehender bzw. die Entwicklung neuer Lehrmittel für die Volksschule bilden einen weiteren Schwerpunkt. Die Massnahmen der Bildungsdirektion werden unterstützt durch Projekte und Massnahmen an der Pädagogischen Hochschule und der Universität Zürich.

Frühe Förderung

Es ist ein Legislaturziel des Regierungsrates und der Bildungsdirektion, die Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch die Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern zu verbessern. In diesem

Zusammenhang wurden mit Drittmitteln 40 Kurzfilme über frühkindliches Lernen im Alltag hergestellt. Filme und Webseite werden ab Frühjahr 2014 in 13 Sprachen frei verfügbar sein. Die Kurzfilme wollen besonders die Arbeit von Fachpersonen der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung – in der aufsuchenden Elternarbeit, der Mütter- und Väterberatung, der Elternbildung – unterstützen.

Fachstelle für Schulbeurteilung

Das Verfahren der Schulbeurteilung wurde aufgrund einer parlamentarischen Initiative auf das Schuljahr 2012/13 hin vereinfacht und bietet den Schulen mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Der Aufwand der Schulen konnte damit verringert werden und die verschiedenen Wahlmöglichkeiten der Schule förderten den kooperativen Charakter des Evaluationsverfahrens. Im Sommer des Berichtsjahres wurde der Evaluationsrhythmus von vier auf fünf Jahre verlängert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Bildungsverwaltung steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
A2	Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zu Handen von Regierungs- und Kantonsrat.
A3	Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
A4	Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
A5	Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen, sowie weitere beitragsberechtigte Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und führt die Kinder- und Jugendhilfe- sowie Berufsinformationszentren.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden (Primar- und Sekundarstufe I) in %	P	6.8	7.3	6.8	-0.5
Leistungen						
L1	Monitoring/Controlling; Anzahl Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten A1, A3	P	5	5	5	0
L2	Monitoring/Controlling; Anzahl Wirkungserhebungen A1, A3	P	3	3	3	0
L3	Anzahl Leistungsgruppen (inkl. 9690/9600/9710/9720/9740) A1	P	17	17	17	0
L4	Anzahl strategische Projekte A1, A3	P	4	8	8	0
L5	Beschäftigungsumfang administrierte MitarbeiterInnen (BU) A5	P	13 534	13 478	13 751	273
L6	Anzahl Erlasse in Bearbeitung A1, A2, A5	P	7	8	10	2
L7	Anzahl eingegangene Rekurse A5	P	247	230	226	-4
L8	Anzahl erledigte Rekurse A5	P	251	240	195	-45
L9	Anzahl eingegangene parlamentarische Vorstösse A2	P	27	44	30	-14
L10	Anzahl erledigte parlamentarische Vorstösse A2	P	21	45	41	-4
L11	Anzahl interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung A4	P	75	76	37	-39

Wirtschaftlichkeit

B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildung in %	P	2.09	2.08	2.02	0.06
----	--	---	------	------	------	------

Abweichungsbegründungen

- L5 Der höhere Beschäftigungsumfang wurde hauptsächlich durch den Schülerinnen- und Schüler-Anstieg in der Volksschule verursacht sowie die Umsetzung der integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule und der Handarbeitsinitiative in der Primarstufe.
- L8 Die Rekurerledigungen waren unter Budget, weil Vakanzen beim Personal und Kapazitätsengpässe bestanden.
- L11 Die Bildungsdirektion ist in Übereinstimmung mit den Legislaturzielen 2011–2015 des Regierungsrates in verschiedenen Gremien vertreten. Seit Anfang 2013 werden für den Indikator L11 nur noch diejenigen Gremien erfasst, die der Zusammenarbeit, Beratung und Entscheidungsvorbereitung auf politischer Ebene dienen. Nicht mehr enthalten sind Gremien für fachlichen Austausch und Koordination.
- B1 Durch gezielten und sparsamen Umgang mit Ressourcen konnten die Personalkosten der Bildungsverwaltung im Verhältnis zum Nettoaufwand für Bildung gegenüber Vorjahr und Budget leicht verbessert werden.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar		Massnahme LZ RR	bis
E1	Gewaltprävention koordinieren und im schulischen Umfeld verstärken			2015
E2	Entwicklung von Schul- und Unterrichtsqualität			2015
E3	Grundlagen für eine gezielte Innovationspolitik des Kantons erarbeiten und Anreize für Innovationen an den Zürcher Hochschulen schaffen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		12c	2015
E4	Durch neue Ausbildungsgänge für den Quereinstieg, Stufenumstieg und geplante Entlastungsmassnahmen für Lehrpersonen und Schulleitende genügend geeignete Personen für den Lehrberuf gewinnen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		16d	2015
E5	Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und verbessern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		3a	2015
E6	Die Anzahl der Abschlüsse Tertiär A und B in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, im Ingenieurwesen, im Gesundheitsbereich sowie im Bereich des Lehrpersonals ausbauen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		3d	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtszerung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	15.2	17.0	15.1	-1.9
Aufwand	-78.6	-88.8	-78.9	9.9
Kreditübertragungen aus 2012		-0.7		
Saldo	-63.4	-71.8	-63.8	8.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-1.5	-5.0	-2.4	2.7
Kreditübertragungen aus 2012		-0.2		
Saldo	-1.5	-5.0	-2.4	2.7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	326.4	289.6	280.7	-8.9

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1.9):

- 2.6 Durch den Transfer der Schulinformatik der Sekundarstufe II in die Leistungsgruppe Berufsbildung fallen die Verrechnungen weg (Fr. -2.2 Mio.), Bundesbeiträge werden neu in den Leistungsgruppen 7301 und 7306 ausgewiesen (Fr. -0.8 Mio.). Weiterbelastung von Dienstleistungen an den Berufsbildungsfonds und die Leistungsgruppe Berufsbildung (Fr. 0.4 Mio.)
- 0.5 Geringerer Informatik-Sachaufwand führte zu tieferen Verrechnungserträgen im Amt für Jugend und Berufsberatung AJB
- +1.0 Höhere von externen Geldgebern wie Stiftungen geleistete Unterstützungsbeiträge für Anlässe des Sektors Schule & Kultur im Volksschulamt, insbesondere das Projekt «Blickfelder»
- +0.1 Nicht budgetierte Rückerstattungen und Rückvergütungen im Hochschulamt HSA
- +0.1 Mehrertrag aus Drittmitteln und übrige geringfügige Abweichungen im Generalsekretariat GS

Aufwand (+9.9):

- +2.6 Tieferer Sachaufwand, tiefere Abschreibungen und interne Verrechnungen infolge Transfer der Schulinformatik der Sekundarstufe II sowie Verschiebung von Projektierungskosten in die Leistungsgruppe Berufsbildung
- +1.8 Tiefere Personalkosten infolge Transfer der Schulinformatik der Sekundarstufe II in die Leistungsgruppe Berufsbildung (1.1 Mio.) sowie verzögerte Wiederbesetzung von offenen Stellen (0.7 Mio.)
- +1.2 Tiefere Kosten im Volksschulamt für Weiterbildung zugunsten von Volksschullehrpersonen

- +1.1 Verschobene Unterhaltsarbeiten sowie geringerer Informatik-Sachaufwand im AJB
- +0.7 Tiefere Dienstleistungen Dritter und interne Verrechnungen im GS
- +0.5 Tiefere Lohnkosten durch Nichtbesetzung von bewilligten Stellen
- +0.5 Personalminderaufwand im AJB aufgrund verzögerter Stellenbesetzung (Personalmutationen sowie Umsetzung Kinder- und Jugendhilfegesetz)
- +0.4 Stellenabbau bei der Fachstelle für Schulbeurteilung sowie Verzögerung bei der Besetzung von Vakanzen im GS
- +0.4 Geringerer Abschreibungsaufwand aufgrund tieferer Informatikinvestitionen im AJB
- +0.3 Geringerer Bedarf an Beratungs- und Dienstleistungen von Dritten im HSA
- +0.4 Übrige geringfügige Budgetabweichungen

Investitionsrechnung

Ausgaben (+2.7):

- +1.5 Geringere Beschaffung von Sachanlagen sowie Hard- und Software infolge von Projektverzögerungen im GS
- +0.4 Transfer der Schulinformatik der Sekundarstufe II in die Leistungsgruppe Berufsbildung
- +0.7 Geplante Software-Investitionen und -Anpassungen verzögerten sich sowie tiefere Hardware-Beschaffungen im Amt für Jugend und Berufsberatung
- +0.1 Übrige geringfügige Budgetabweichungen

Personal

- 8.9 Geringerer Beschäftigungsumfang infolge von Projektverschiebungen und Verzögerung bei der Wiederbesetzung vakanter Stellen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	883 000	0	0	883 000	0

7100 Lehrmittelverlag

Hauptereignisse

Die folgenden Projekte wurden im Berichtsjahr bearbeitet:

Mathematik für die Primar- und die Sekundarstufe I

Die Lehrwerkteile zu Mathematik 3 Sekundarstufe I wurden zum Schuljahr 2013/14 ausgeliefert; somit liegt das neue Mathematiklehrmittel für die Sekundarstufe I vollständig vor. Auch das Mathematik-lehrmittel für die Mittelstufe wird ersetzt. Der Band Mathematik 4 Primarstufe erscheint zum Schuljahr 2014/15. Die Jahrgangsbände für die 5. und 6. Klasse erscheinen auf Beginn der nachfolgenden beiden Schuljahre.

Religion und Kultur für die Primar- und Sekundarstufe – Blickpunkt 1–3

Nach Blickpunkt 1 für die Unterstufe (2012) erschienen im Mai des Berichtsjahres Blickpunkt 2 (Mittelstufe) und Blickpunkt 3 (Sekundarstufe I). Damit ist die Lehrwerkreihe für das Fach Religion und Kultur abgeschlossen. Die Lehrwerkreihe wurde in der Praxis erprobt und durch eine interreligiös zusammengesetzte Begleitkommission begutachtet.

Englisch Primar- und Sekundarstufe

Für die Sekundarstufe I wurde zur Lehrmittelreihe Voices eine an die grundlegenden Anforderungsstufen angepasste Version, Voices basic, entwickelt. Die Jahrgangsbände für das 7. und 8. Schuljahr sind im Berichtsjahr erschienen.

dis donc! – Neues Französischlehrmittel für die 5. bis 9. Klasse

Die Arbeiten an dis donc!, dem neuen Französischlehrmittel für die 5. bis 9. Klasse, wurden termingerecht vorangetrieben. Die Materialien der 5. Klasse für den Start der interkantonalen Erprobung in 24 Klassen ab Schuljahr 2014/15 liegen vor. Seit Herbst des Berichtsjahres ist das Autorenteam für die Sekundarstufe gebildet.

Lernpass/LernLUPE

Lernpass und LernLUPE sind diagnose- und förderorientierte Hilfsmittel für das eigenständige Lernen. Beides sind Kooperationsprojekte mit dem Lehrmittelverlag St. Gallen. Nach Lernpass für die Sekundarstufe mit Lernmodulen für die Fächer Deutsch, Mathematik, Französisch, Englisch wird mit LernLUPE ein Lern- und Testsystem für die Mittelstufe entwickelt.

Auszeichnungen

Die Mathematik-Lernsoftware Mathematen für das 3. bis 6. Schuljahr erhielt die internationale Auszeichnung Comenius EduMedia Siegel 2013, die beispielhaften digitalen Bildungsmedien verliehen wird.

Zwei Musik-CDs mit Kinderliedern von Andrew Bond, «Brännli Mandle, Magebroot» und «Maieriisli lüüted liisli», erhielten im Berichtsjahr eine Platin-CD für je 20 000 verkaufte Exemplare.

Die Sachbuchreihe Comprendre des Verlags Editions Loisirs et Pédagogie (LEP) wurde mit dem Albert-Oeri-Preis der Neuen Helvetischen Gesellschaft ausgezeichnet. Der Lehrmittelverlag zeichnet für die deutschsprachigen Lizenzausgaben verantwortlich.

Rechtsformwandel

Der Regierungsrat hat die Bildungsdirektion beauftragt, einen Entwurf für eine Gesetzesvorlage zur Umwandlung des Lehrmittelverlags in eine Aktiengesellschaft im öffentlichen Besitz auszuarbeiten und zuhanden des Regierungsrates eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

Personelles

Auf 1. August des Berichtsjahres übernahm Beat Schaller die Leitung des Lehrmittelverlags Zürich. Für digitale Lehr- und Lernmedien wurde im Lehrmittelverlag eine neue Abteilung eingerichtet.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	<p>Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, welche einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung) sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung) mit dem Ziel der finanziellen Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.</p> <p>Entwicklung des Sortiments: 44 (Vorjahr: 48) neue Artikel stammten aus dem Eigenverlag. 156 (140) waren nachgeführte Auflagen, 91 (61) Übernahmen aus Fremdverlagen. Aus der Kernleistung (Produktion für die Zürcher Volksschulen) entstanden im Berichtsjahr 55% des Umsatzes (Vorjahr: 58%), aus der Mehrleistung (Umsatz mit den übrigen Kantonen, Sekundarstufe II, Buchhandel) 45% (42%).</p>
A2	Lehrmittelproduktion für kleine Bildungsgruppen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit der Qualität der Lehrmittel: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A2) in %	P	95	n. q.	n. q.	n. q.
W2	Zufriedenheit der Lehrkräfte mit den Dienstleistungen des Lehrmittelverlages: Anteil positiver Rückmeldungen aus Kundschaftsbefragung (A1, A2) in %	P	95	n. q.	n. q.	n. q.
W3	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (A1) in %	P	77	76	76	0
W4	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen am Gesamtumsatz mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (A1) in %	P	n. q.	89	90	1
W5	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung (A1) in %	P	73	66	74	8
Leistungen						
L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung) (A1, A2) in Fr. Mio.	P	14.0	13.2	13.6	0.4
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung) (A1) in Fr. Mio.	P	10.0	11.2	10.9	-0.3
Wirtschaftlichkeit						
B1	Ertrag pro Mitarbeitenden in Fr.	P	873 734	862 000	912 525	50 525
B2	Saldo pro Mitarbeitenden in Fr.	P	204 162	87 000	168 391	81 391

Abweichungsbegründungen

W1/W2	Die Kundschaftsbefragung zur Erhebung der Zufriedenheit mit der Qualität der Lehrmittel und mit den Dienstleistungen wird im Vier-Jahres-Turnus durchgeführt. Die nächste Befragung ist im Jahr 2016 geplant.
W3	Der budgetierte Umsatzanteil mit Lehrmitteln der Interkantonalen Lehrmittelzentrale ilz wurde dank der Publikation neuer Lehrwerke in den Fachbereichen Mathematik und Religion und Kultur zielgenau erreicht. Damit leistet der Kanton Zürich als Mitgliedkanton der ilz wiederum einen Beitrag zur sprachregionalen Lehrmittelkoordination.
W4	Der Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen am Gesamtumsatz mit ilz-Lehrmitteln liegt leicht über Budget. Der hohe Anteil konnte dank Neupublikationen und stabilen Absatzzahlen etablierter Produkte gehalten werden.
W5	Gegenüber Budget erhöhte sich der Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen im Bereich Mehrleistung um 8 Prozentpunkte. Diese Steigerung begründet sich in höheren Umsätzen mit Neupublikationen vor allem in den Fachbereichen Mathematik und Religion und Kultur ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich.
L1/L2	Die Umsatzanteile der Kern- und Mehrleistung am Gesamtumsatz haben sich gegenüber Budget leicht zur Kernleistung hin verschoben. Dies begründet sich in der Einführung neuer Lehrwerke in den Fachbereichen Mathematik und Religion und Kultur in der Zürcher Volksschule.
B1	Gegenüber Budget fiel der Ertrag um 0.1 Mio. Franken höher, der Beschäftigungsumfang um 1,5 Stellen niedriger aus. Dadurch ergibt sich ein um rund Fr. 50 000 höherer Ertrag pro Mitarbeitenden.
B2	Der Saldo fiel 2.0 Mio. Franken höher als budgetiert aus, entsprechend wurde ein um Fr. 81 000 höherer Saldo pro Mitarbeitenden erzielt.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Lehrmittelentwicklung und Produktion «Religion und Kultur» für die Primarstufe Abgeschlossen	-	2013
E2	Lehrmittelentwicklung und Produktion «Religion und Kultur» für die Sekundarstufe Abgeschlossen	-	2013
E3	Lehrmittelentwicklung und Produktion «Mathematik» für die Sekundarstufe Abgeschlossen	-	2013
E4	Lehrmittelentwicklung und Produktion «Mathematik» für die Primarstufe Verzögert Erscheinungstermin für 4.-6. Klasse neu auf 2014-2016 festgelegt	-	2015
E5	Lehrmittelentwicklung und Produktion «Deutsch» für die Kindergarten-/Unterstufe Planmässig	-	2016
E6	Lehrmittelentwicklung und Produktion «Französisch» für die Primarstufe Planmässig	-	2018
E7	Lehrmittelentwicklung und Produktion «Französisch» für die Sekundarstufe Planmässig	-	2021

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtsierung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	24.0	24.4	24.5	0.1
Aufwand	–18.4	–21.9	–19.9	2.0
Saldo	5.6	2.5	4.5	2.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0.2	–0.3	–0.1
Saldo		–0.2	–0.3	–0.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	27.5	28.3	26.8	–1.5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0.1):

- +0.1 Der gegenüber Budget leicht höhere Ertrag liegt in der Bandbreite der Budgetgenauigkeit.

Aufwand (+2.0):

- +0.8 Tiefere Kosten für die Entwicklung und Produktion von Eigenfabrikaten.
- +1.2 Zunahme der Vorräte Eigenfabrikate auf Grund von Neupublikationen.

Saldo (+2.0):

- +2.0 Der Saldo liegt um Fr. 2.0 Mio. über Budget. Dies entspricht einem Deckungsgrad von 123%.

Investitionsrechnung

Aufwand (–0.1):

- 0.1 Der Aufbau der Abteilung Digitale Produkte und Prozesse bedingte die Schaffung neuer Büroräume und Arbeitsplätze und damit Mehrkosten von 0.1 Mio Franken.

Personal

Geplante Stellen konnten nicht im Geschäftsjahr besetzt werden.

7200 Volksschulen

Hauptereignisse

Schulversuch «Fokus Starke Lernbeziehungen» (FSL)

Der Schulversuch hat zum Ziel, die Anzahl der Lehrpersonen an einer Klasse zu verringern. Klassenlehrpersonen mit einem grösseren Pensum übernehmen Aufgaben, die bisher von Spezialdiensten erfüllt wurden. Dafür werden pro Klasse mehr Vollzeiteinheiten eingesetzt. Mit dieser Stärkung der Regellehrpersonen sollen die Absprachen, Sitzungen und gemeinsamen Planungen für die Lehrpersonen gesenkt, die Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern gestärkt werden.

Lehrplan 21

Ende Juni hat die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) den Kantonen den Lehrplan zur Konsultation vorgelegt. Die im Kanton Zürich von Juli bis Oktober dauernde Konsultation ergab, dass Struktur und Kompetenzorientierung des neuen Lehrplans befürwortet werden. Vorbehalte gibt es vor allem zum Umfang der Kompetenzbeschreibungen und zu den Mindestansprüchen. Im Dezember hat der Bildungsrat in seiner Stellungnahme an die D-EDK festgehalten, der Lehrplan sei geeignet als Vorlage zur Einführung im Kanton. Gleichwohl werden Verbesserungen angeregt. Mit der Einführung des neuen Lehrplans im Kanton Zürich ist frühestens ab Schuljahr 2017/18 zu rechnen.

Anpassung des Zeugnisreglements

Der Bildungsrat hat auf das Schuljahr 2013/14 eine Änderung des Zeugnisreglements beschlossen. Neu werden die Teilbereiche Hörverstehen, Leseverstehen, Sprechen und Schreiben in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch nur noch im Zeugnis am Ende des Schuljahres abgebildet. Die angepassten Zeugnisformulare stehen den Schulen seit Herbst des Berichtsjahres zur Verfügung.

Kantonalisierung der Lehrpersonen mit Kleinstpensen

Die Stimmberechtigten haben am 3. März der Änderung des Lehrpersonalgesetzes zugestimmt. Damit werden die bisher kommunal angestellten Lehrpersonen mit Kleinstpensen (weniger als 10 Wochenlektionen) in ein kantonales Anstellungsverhältnis übergeführt. Diese Änderung löst bei der Abteilung des Volksschulamtes, die für die Lohn- und Personaladministration der kantonal angestellten Lehrpersonen zuständig ist, einen erheblichen zusätzlichen Aufwand aus. Die entsprechenden Bestimmungen können daher erst auf Beginn des Schuljahres 2015/16 (1. August 2015) in Kraft gesetzt werden.

Quereinsteigerausbildung

Dank der Quereinsteigerausbildung durch die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) hat sich die Situation bei der Besetzung der Lehrerstellen entschärft. Auf diese Ausbildung kann in den nächsten Jahren nicht verzichtet werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten für Schülerinnen und Schüler zum Erkennen von Zusammenhängen
A2	Förderung der Achtung vor Mitmenschen und Umwelt und der ganzheitlichen Entwicklung der Kinder zu selbstständigen, verantwortungsbewussten und gemeinschaftsfähigen Menschen
A3	Förderung des Urteilsvermögens
A4	Chancengleiche Ausbildung unter Berücksichtigung der individuellen Lernfähigkeit und Förderung des lebenslangen Lernens

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	PISA, 9. Klassen, Lesen (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt) [A1, A4]	P	-	-	-	
W2	PISA, 9. Klassen, Mathematik (Abweichung in Punkten vom CH-Durchschnitt) [A1, A4]	P	-	-	-	
W3	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Deutsch in % (Lehrplanziele erreicht) [A1, A4]	P	-	-	-	
W4	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Mathematik in % (Lehrplanziele erreicht) [A1, A4]	P	-	-	-	
W5	Lernstandserhebung 6. Klassen Primar Schulzufriedenheit (Werte 1-4, 4 = bester Wert) [A1, A2, A3, A4]	P	-	-	-	
W6	Regelverlaufsquote Primarschule in % [A1, A4]	P	89.5	88.5	90.1	1.6
W7	Keine Anschlusslösung nach Volksschule inklusive 12. Schuljahr in % [A1, A4]	P	5.9	6.2	5.2	-1.0
Leistungen						
L1	am Schulversuch mit der Grundstufe beteiligte Anzahl Klassen (A4)	P	87	88	52	-36
L2	durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe (A4)	P	19.4	18.8	19.4	0.6
L3	durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe (A4)	P	20.7	20.7	20.7	0
L4	durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe (A4)	P	18.8	18.4	18.8	0.4
L5	Anzahl Volksschüler/innen (A4)	P	130 692	131 519	131 980	461
Wirtschaftlichkeit						
B1	Personalaufwand pro Volksschüler (exkl. Sonderschüler/in) (A4)	P	9 739	9 848	10 107	259
B2	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. Sonderschüler/in) in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden) (A4)	P	2 993	3 338	2 763	-575

Abweichungsbegründungen

Die kantonalen Pisa-Studien und Lernstandserhebungen werden ab 2015 durch das Bildungsmonitoring von Bund und Kantonen ersetzt. Die (kantonalen) Daten aus dem Bildungsmonitoring werden dann als Grundlage für analoge Indikatoren herangezogen.

W1/W2 Der Kanton Zürich nahm an PISA 2012 aus Kostengründen sowie zur Entlastung des Schulfelds nicht mehr mit einer eigenen Stichprobe teil. Ab PISA 2015 gibt es nur noch eine gesamtschweizerische Stichprobe.

W3–W5 Hier stammten die Werte aus den bisherigen Zürcher Lernstandserhebungen (3. Klasse, 6. Klasse), die je auf zwei Stichproben abgestützt waren: (1.) Stichprobe für eine Längsschnittstudie (ca. 2000 Schülerinnen und Schüler) und (2.) Stichprobe für die Klassenstufe (jeweils 2000 Schülerinnen und Schüler). 2009 wurden in der Lernstandserhebung der 9. Klassen aus Kostengründen sowie zur Entlastung des Schulfelds nur der Längsschnitt getestet. Die Werte des Längsschnitts sind nicht für die Klassenstufe repräsentativ und können nicht verwendet werden.

B1 Die Erhöhung des Personalaufwands ist bedingt durch die Zunahme an Vollzeiteneinheiten VZE (siehe Erläuterungen zu Personal).

B2 Der KEF 2013–2016 musste im Rahmen der zu leistenden BVK-Sanierungsbeiträge überarbeitet werden. Gemäss Vorgabe wurden die gesamten zu leistenden Beiträge aufgeführt, später jedoch korrigiert auf die Nettobeiträge (20% Anteil Kanton). Die Kennzahl des Budgets 2013 konnte nicht mehr angepasst werden und basiert auf dem ursprünglichen höheren Saldowert. Der tiefe Wert von 2763 der Rechnung 2013 gründet insbesondere auf dem tieferen Saldo infolge der aufgelösten Rückstellung (siehe Kommentar zum Aufwand).

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt /
Stand und Kommentar

Massnahme
LZ RR bis

E1	<p>Durchführung von Schulversuchen mit der Grundstufe Beendigung</p> <p>An der Volksabstimmung vom 25. November 2012 wurde sowohl die flächendeckende als auch die freiwillige Einführung der Grundstufe abgelehnt. In der Folge endet der Schulversuch im Sommer 2014. Ein Drittel der Versuchsklassen ist bereits 2013 in den Regelbetrieb zurückgekehrt. Lehrpersonen und Schulleitung werden durch die Projektberatung Grundstufe bei Bedarf bis Ende Schuljahr 2013/2014 unterstützt. Den Grundstufenlehrpersonen wird ein einjähriges berufs- begleitendes Studium an der PH Zürich zur Erlangung des Erweiterungsdiploms Kindergartenstufe bzw. Primarunterstufe angeboten.</p>	2014
E2	<p>Inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung des 9. Schuljahres auf der Grundlage einer Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler Planmässig</p> <p>Nach der positiven Zwischenbilanz läuft die letzte Einföhrungsetappe in den Schulen planmässig, die Massnahmen sind im Schulprogramm verankert und umgesetzt. Dank den eingeföhrten Lern- und Testsystemen können Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler den individuellen Lernstand und die Lernfortschritte besser einschätzen und überprüfen. Die verstärkten Bemühungen um eine verbesserte Anschlussfähigkeit der Jugendlichen zeigen positive Wirkung. Die gezielte Förderung der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler benötigt allerdings noch zusätzliche Anstrengungen und weitere Unterstützungsmassnahmen.</p>	2014

E3	Gezielte Nachqualifikation jener Lehrpersonen, die nicht über das für die Stufe notwendige Diplom verfügen Planmässig Angebot für stufenfremde Lehrpersonen: Die PHZH bietet seit Herbst 2012 einen kantonalen Stufenumstieg für Primarlehrpersonen mit altrechtlichem Lehrdiplom an, die bereits über längere Unterrichtserfahrung verfügen. Ein EDK-anerkannter Stufenumstieg mit Master-Abschluss wird derzeit in Zusammenarbeit mit der PH Graubünden durchgeführt. Für den Erwerb einer Unterrichtsberechtigung von Lehrpersonen der Sekundarstufe II für die Sekundarstufe I führt die PHZH ein kantonales Angebot. Schulische Heilpädagogik: Die Zahl der Studienplätze für Schulische Heilpädagogen wurde ausgebaut.			2014
E4	Den Unterricht in Naturwissenschaft und Technik auf allen allgemeinbildenden Schulstufen fördern und verbessern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		3a	2015
E5	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		6b gemeinsam mit Justizdirektion	2015
E6	Sprachförderung in allen Bildungsbereichen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates		6c	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtsierung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3.6	3.6	20.9	17.3
Aufwand	-406.1	-407.5	-395.5	12.0
Personalaufwand	-259.4	-263.5	-254.3	9.2
Saldo	-402.5	-403.9	-374.6	29.3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-10.5	-14.0	-10.4	3.6
Saldo	-10.5	-14.0	-10.4	3.6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	9 279.6	9 231.0	9 481.2	250.2

Erfolgsrechnung

Ertrag (+17.3):

- +17.0 Auflösung von Rückstellungen für BVK-Sanierungsbeiträge (saldoneutral)
- +0.2 Höhere Rückerstattungen Dritter
- +0.1 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge (saldoneutral)

Aufwand (+12.0):

- +4.8 Nicht budgetierte Versicherungsleistungen für Mutterschaft und Taggelder
- +4.4 Höhere Erstattungen von Gemeinden aufgrund kommunaler VZE-Erweiterungen, 100% zulasten Gemeinde
- 1.1 Verminderter kantonaler Kostenanteil aufgrund von Platzzahlverschiebungen bei Sonderschulen zu integrierter Sonderschulung in der Verantwortung von Gemeinden
- 6.0 Verschobene Rückforderungen von Geldern des ehemaligen Schwankungsfonds der Schulheime
- 17.1 Aufwand für Personalleistungen (BVK-Sanierungsbeiträge) und höhere durchlaufende Bundesbeiträge (siehe Ertrag)
- +27.0 Aufgrund des Verwaltungsgerichtsurteils zu einer Beschwerde im Zusammenhang mit Staatsbeiträgen aus dem Jahr 2007 konnten Rückstellungen aufgelöst werden. Da der Rechtsfall noch nicht endgültig abgeschlossen ist, wird der Betrag noch als Eventualverpflichtung geführt (s. Anhang Geschäftsbereich).

Investitionsrechnung

- +3.6 Tiefere Investitionsbeiträge an Schulhausbauten und Sonderschulen.
Das Volksschulamt hat keinen Einfluss auf den Zeitpunkt und die Höhe der eingehenden Bauabrechnungen.

Personal

Die Abweichung (2.71%) begründet sich wie folgt:

- Bereits höhere Ausgangslage infolge Stellenanstieg 2012, vorwiegend begründet durch Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (ISR, 49 VZE)
- Höherer Schülerinnen-/Schüleranstieg als erwartet (70 VZE)
- Mehrstellen (kommunale Erweiterungen), 100% zulasten Gemeinde (80 VZE)
- Wieder geschaffene Stellen aufgrund der Handarbeitsinitiative auf Primarstufe (48 VZE)
- Zu tief budgetierte VZE (42) für Vikariatseinsätze, resultierend aus dem tiefen Rechnungsergebnis für 2011 (Basiseffekt)

7301 Mittelschulen

Hauptereignisse

Stärkung von Naturwissenschaft und Technik

Im Berichtsjahr beschloss der Bildungsrat die Stärkung von Naturwissenschaft und Technik (NaTech) an den Zürcher Mittelschulen. Im Schuljahr 2013/14 müssen alle Kantonsschulen je ein schulspezifisches Massnahmenkonzept zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik entwickeln und einreichen.

Einführung der Fachmaturität Pädagogik

Die Sicherstellung eines attraktiven Angebots für den notwendigen Nachwuchs von Lehrpersonen ist das Ziel der Fachmaturität Pädagogik. Im Berichtsjahr bewilligte der Bildungsrat die Anpassungen im Lehrplan und Prüfungsreglement der staatlichen Zürcher Fachmittelschulen. Der einsemestrige Lehrgang im 4. Ausbildungsjahr an den Kantonsschulen Zürich Nord und Rychenberg führt 2015 erstmals zur Fachmaturität Pädagogik und eröffnet den direkten Weg an die Pädagogische Hochschule Zürich für die Studiengänge Kindergarten-Unterstufe und Primarstufe.

Optimierung des Aufnahmeverfahrens

Mit dem Postulat KR-Nr. 335/2008 wurde eine Optimierung des Aufnahmeverfahrens für die Kantonsschulen verlangt. Der Regierungsrat setzte die entsprechenden Forderungen in zeitlich gestaffelten Schritten um. Im Langgymnasium wurde im Berichtsjahr der Deutsch-Prüfungsteil «Textverständnis und Sprachbetrachtung» gegenüber «Verfassen eines Textes» aufgewertet. Ebenfalls im Berichtsjahr wurde die mündliche Aufnahmeprüfung ans Langgymnasium abgeschafft. Auf das Schuljahr 2012/13 wurde die Probezeit für Lang- und Kurzgymnasium auf ein Semester verlängert.

Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen

Das Mittelschulgesetz regelt, dass im Lehrplan eine hauswirtschaftliche Grundausbildung in Form eines dreiwöchigen Internatskurses vorzusehen ist. Dieser Kurs soll neu in der 1. oder 2. Klasse des Langgymnasiums durchgeführt werden. In der Abstimmung vom 3. März des Berichtsjahres hat das Zürcher Stimmvolk einer Änderung des Mittelschulgesetzes mit 69% Ja-Anteil zugestimmt. Die Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung wurden gestartet.

Befragung der ehemaligen Mittelschülerinnen und Mittelschüler

Der Bildungsrat nahm im Berichtsjahr die Ergebnisse der 2012 durchgeführten Befragung ehemaliger Zürcher Mittelschülerinnen und Mittelschüler (Benchmarking) zur Kenntnis. Insgesamt beurteilten die Ehemaligen die Vorbereitung an ihren Schulen positiv. Eher kritisch beurteilten sie die Unterstützung bezüglich Studienwahl. Der Bildungsrat erteilte den Auftrag, die Praxis der Zürcher Mittelschulen bezüglich Unterstützung bei der Studienwahl zu überprüfen und die Möglichkeiten einer zielführenden Studien- und Laufbahnberatung zu klären.

Schulraumstrategie

Die Gesamtstrategie für die Sekundarstufe II bis 2040 liegt vor. Bei den Mittelschulen soll die Planung von neuen Mittelschulen in die Wege geleitet werden. Der Regierungsrat hat die Bildungsdirektion beauftragt, zusammen mit der Baudirektion sechs Regionalstrategien auszuarbeiten. Daneben sollen eine Sportstättenstrategie entwickelt und Rochadeflächen für Schulhaussanierungen bereitgestellt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
A2	Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
A3	Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und Berufsmaturität an Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
A4	Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
A5	Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Genereller Zufriedenheitsgrad zwei Jahre nach Schulabschluss. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher zufrieden» in %. (A1)	min.	n.q.	85	93	8
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Zufriedenheitsgrad betreffend fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule. Prozentualer Anteil Antworten mit mindestens «eher gut» in %. (A1)	min.	n.q.	75	78	3
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr in % (A1)	P	22.1	21.2	22.3	1.1
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung in % (A1)	P	n.q.	19.3	n.q.	-
Leistungen						
L1	Einhaltung des Maturitätsreglementes: Lektionenfaktor (A1)	P	1.95	1.95	1.95	0.0
L2	Anzahl Schülerinnen oder Schüler, welche in den Leistungsaufträgen finanziert werden (A1, A2, A3)	P	15 630	15 930	15 905	-25
L3	Anzahl Lernende an Gymnasien und Fachmittelschulen (A1, A2)	P	15 076	15 330	15 305	-25
L4	Anzahl Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Matur (A1)	P	281	330	318	-12
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro finanzierte Schülerin oder Schüler in Fr. (A1, A2, A3)	P	22 290	23 460	22 430	-1 030
Abweichungsbegründungen						
W1/W2	Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in dreijährigem Rhythmus durchgeführt wird. Erstmals erfolgte die Befragung im Rahmen des Projektes Benchmarking Schulen Sekundarstufe II der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK). Die nächste Erhebung erfolgt 2016.					
W3	Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.					
W4	Die Abschlussquoten der Sekundarstufe II Allgemeinbildung geben die Anzahl der Abschlüsse pro 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an, die eine Mittelschule abgeschlossen haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben. Er konnte für das Berichtsjahr 2013 vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.					

L1	Lektionenfaktor 1.95 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin/Schüler und Schuljahr 1.95 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich z. B. Projektwochen oder Maturitätsarbeit.
L2/L3	Der Indikator L3 enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler ausgenommen der Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, diese erlangen ein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität und werden deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet. Da die Lehrgänge an Mittelschulen durchgeführt werden, werden Handels- und Informatikmittelschulen über den Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen finanziert und sind im Indikator L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 12.9 Mio. Franken.
L2	Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für 2013: Gymnasium 14 763, Fachmittelschulen 566, Handels-/Informatikmittelschulen 576.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Den Weg über die Fachmaturitäten sowie über die Handelsmittelschulen fördern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3b	2015
E2 Revision Übertrittsverfahren von der Volksschule zur Mittelschule Abgeschlossen		2013
E3 Die effiziente und praxistaugliche Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen an Mittelschulen stärken Planmässig		2015
E4 Reform der Handelsmittelschulen nach eidgenössischem Berufsbildungsgesetz Planmässig		2014

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	51.5	51.7	53.0	1.3
Aufwand	-399.9	-426.4	-409.7	16.7
Personalaufwand	-304.7	-316.2	-310.6	5.5
Hauswirtschaftskurse	-5.0	-5.6	-5.4	0.2
Kreditübertragungen aus 2012		-1.0		
Saldo	-348.3	-374.7	-356.7	18.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	-0.1		6.6	6.6
Ausgaben	-16.3	-67.3	-13.3	54.0
Kreditübertragungen aus 2012		-19.7		
Saldo	-16.4	-67.3	-6.7	60.7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 821.3	1 868.0	1 853.8	-14.2

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1.3):

- +1.1 Höhere Erträge aus internen Verrechnungen, insbesondere Personalleistungen (Fachdidaktiker und Personalausleihe an andere Kantonsschulen)
- +0.2 Übrige Erträge

Aufwand (+16.7):

- +6.0 Minderaufwand für Zinskosten aufgrund von geändertem Zinssatz, weniger Abschreibungen und Vorabklärungen Dritter, insbesondere wegen Verschiebungen von Bauprojekten (vgl. Investitionsrechnung)
- +5.5 Tiefere Personalkosten, insbesondere aufgrund tieferer Schülerzahlen und Projektverschiebungen
- +4.3 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software
- +0.9 Übriger Minderaufwand

Investitionsrechnung

Einnahmen (+6.6):

- +6.6 Übertrag von Grundstücken der Kantonsschule Rämibühl Zürich und der Hauswirtschaftskurse Affoltern am Albis vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen führte zu Investitionseinnahmen

Ausgaben (+54.0):

- +54.0 Minderausgaben mehrheitlich wegen Verschiebungen von Bauprojekten, diese sind insbesondere: Neubau der Kantonsschule Uster und Sanierung Altbau (+32.5), Fassadensanierung und behindertengerechte Umbauten Kantonsschule Freudenberg/Enge Zürich (+8.2); weitere Projekte: Sanierungsvorhaben an der Kantonsschule Zürich Nord (+2.2), Sanierung Kantonsschule im Lee Winterthur (+2.0), Sanierung Aula/Bühnentechnik Kantonsschule Hottingen Zürich (+1.7), Ersatz- und Ergänzungsbau Kantonsschule Büelrain Winterthur (+1.6), Sanierung Sportplatz Kantonsschule Stadelhofen Zürich (+1.4), Neubau Aula mit Turnhallen Kantonsschule Limmattal Urdorf (+1.1)
- +3.3 Übrige Minderausgaben

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	6 988 556	0	0	6 988 556	0

7306 Berufsbildung

Hauptereignisse

Leistungsvereinbarungen Weiterbildung und Höhere Berufsbildung

Die Änderungen der Verordnung über die Finanzierung von Leistungen in der Berufsbildung (VFin BGG) sind am 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft getreten. Für die Ausrichtung von Staatsbeiträgen ist eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Bildungsanbieter und dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt notwendig. Mit 25 Anbietern, die in den Vorjahren schon Staatsbeiträge erhalten haben, konnte eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden.

Im Berichtsjahr konnte mit sechs neuen Anbietenden eine Leistungsvereinbarung unterzeichnet werden. Durch Beschluss des Kantonsrates vom 4. November ist der Kanton Zürich der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (HFSV) beigetreten. Damit wird das Prinzip der interkantonalen Freizügigkeit umgesetzt.

Berufszuteilung Zürcher Oberland

Der Bildungsrat hat im Berichtsjahr die Ergebnisse der standort- und schulübergreifenden Optimierung der kantonalen und nicht kantonalen Berufsfachschulen im Raum Uster-Wetzikon zur Kenntnis genommen. Er beschloss die Zuweisung der kaufmännischen Grundbildung der Wirtschaftsschule KV Uster an die Gewerblich-Industrielle Berufsschule Uster (neu: Berufsfachschule Uster) auf Beginn Schuljahr 2014/15. Die Umsetzung wird im Rahmen eines Organisationsentwicklungsprojekts angegangen. Zudem soll die Wirtschaftsschule KV Wetzikon aus dem Areal der Gewerblichen Berufsschule Wetzikon (GBW) ausgelagert werden.

Neues Berufsmaturitätsreglement

Das neue Berufsmaturitätsreglement wird die Zulassung zum Berufsmaturitätsunterricht sowie Einzelheiten zum Unterricht und den Abschlussprüfungen regeln, soweit diese nicht durch das Bundesrecht vorgegeben sind. Im Berichtsjahr führte die Bildungsdirektion eine Vernehmlassung durch. Auf den 1. Januar 2015 ist die Inkraftsetzung geplant.

Führung und Organisation

Das bei den Zürcher Mittelschulen in den letzten Jahren etablierte Verfahren, die Führung und Organisation einer Schule zu überprüfen und den gegenwärtigen Herausforderungen entsprechend zu gestalten, haben im Berichtsjahr das Zentrum für Ausbildungen im Gesundheitswesen Winterthur (ZAG), die Berufsfachschule Winterthur und die Technische Berufsschule Zürich erfolgreich durchgeführt.

Weiterentwicklung der Informatik in der Berufsbildung – Projekt Lehrbetriebsportal Kanton Zürich

Seit 1992 werden mit dem Informatik-System «Kompass» Daten wie Lehrverhältnisse, Bildungsbewilligungen für Lehrbetriebe und Zulassungen für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner verwaltet. Mit dem RRB Nr. 676/2013 wurden die Weiterentwicklung der Informatik in der Berufsbildung und die Einführung eines Lehrbetriebsportals bewilligt.

Schulraumstrategie

Die Gesamtstrategie für die Sekundarstufe II bis 2040 liegt vor: Der Regierungsrat hat die Bildungsdirektion beauftragt, zusammen mit der Baudirektion sechs Regionalstrategien auszuarbeiten. Daneben sollen eine Sportstättenstrategie entwickelt und Rochadeflächen für Schulhaussanierungen bereitgestellt werden.

Lehraufsicht – Anzahl neuer Lehrverträge weiterhin konstant über 12 000

17 775 Lehrbetriebe verfügen über eine aktive Bildungsbewilligung. Bei rund 4000 Lehrbetrieben besteht derzeit kein aktiver Lehrvertrag. Die Bewilligung zur Ausbildung von Lernenden konnte 868 (Vorjahr: 941)

Betrieben erteilt werden. Dazu wurden 745 (800) Betriebsbesuche durchgeführt, 12 263 (12 193) neue Lehrverträge genehmigt, 1419 (1430) Beratungsgespräche in den Lehrbetrieben und 1180 (1219) auf dem Amt durchgeführt und in 191 (172) Berufsbildnerinnen- und Berufsbildner-Kursen über die rechtlichen Grundlagen der Berufsbildung unterrichtet.

Es wurden geeigneten Lehrbetrieben in bestimmten Branchen Bewilligungen zur Ausbildung von 132 (131) zusätzlichen Lernenden erteilt. 1430 (1238) Lernenden wurde aus individuellen Gründen die Lehrzeit verkürzt oder verlängert. Mit 323 (412) Kandidatinnen und Kandidaten wurden im Beisein des verantwortlichen Berufsbildners oder der Eltern die Ursachen des Nichtbestehens der Abschlussprüfung besprochen und nach Lösungen gesucht. 3546 (3277) Lehrverhältnisse, 33 (37) Anlehren, 71 (79) Praktika wurden durch die Parteien aufgelöst; davon erfolgten 166 Auflösungen vor Antritt der Lehre und 111 aus administrativen Gründen. Über die Hälfte der betroffenen Lernenden konnten ihre Lehre, vielfach dank Vermittlung der Berufsinspektorinnen und -inspektoren, in einem anderen Beruf oder in einem anderen Lehrbetrieb im Kanton Zürich fortsetzen.

Abschlussprüfungen fanden in 375 verschiedenen Berufen (Fachrichtungen und Branchen) statt

Neben den Abschlussprüfungen wurden für 1300 (1223) Kandidatinnen und Kandidaten Teilprüfungen durchgeführt. Zusätzlich nahmen 2354 (2305) Lernende mit Lehrort in einem anderen Kanton an den Abschlussprüfungen und 138 (115) an den Teilprüfungen teil. 765 (740) Kandidatinnen und Kandidaten nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 15 der Verordnung über die Berufsbildung (BBV) teil; 691 (667) erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (90%), 74 (73) bestanden diese Prüfung nicht. 296 (307) Kandidatinnen und Kandidaten nahmen an den Abschlussprüfungen nach Art. 32 BBV teil; 221 (231) erhielten das eidgenössische Fähigkeitszeugnis (75%), 75 (76) bestanden diese Prüfung nicht.

428 (354) Kandidatinnen und Kandidaten haben nach Art. 31 BBV ihre Dossiers zur Validierung von Bildungsleistungen dem Amt eingereicht. Auf der Internetanmeldung für die Validierung haben sich 540 (638) Personen im Berichtsjahr neu eingetragen. 224 (172) Kandidatinnen und Kandidaten haben das Verfahren im Kanton Zürich abgeschlossen und das eidgenössische Fähigkeitszeugnis erhalten, davon haben 156 (123) Wohnsitz im Kanton Zürich. 118 (93) dieser Abschlüsse betreffen den Beruf Fachangestellte Gesundheit, 37 (23) den Beruf Fachfrau/Fachmann Betreuung EFZ und 1 (7) den Beruf Informatiker EFZ. Zusätzlich wurde im Beruf Printmedienverarbeiter/in 1 EFZ für einen Kandidaten ausgestellt, der das Validierungsverfahren in Kanton Bern absolviert hat.

Bei den Prüfungskommissionen wurden 168 (140) Einsprachen gegen die Durchführung der Abschlussprüfungen oder die Beurteilung der Prüfungsleistungen eingereicht. Davon wurden 27 (26) gutgeheissen, 14 (19) teilweise gutgeheissen, 81 (56) abgewiesen, 32 (29) zurückgezogen. 0 (0) Entschiede sind noch offen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse
A2	Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, Höhere Fachprüfungen und Diplomlehrgänge an Höheren Fachschulen
A3	Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung
A4	Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z. B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft)

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität) in %	P	n. q.	52.0	n. q.	-
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität in %	P	n. q.	15.6	n. q.	-
W3	Total der gesamten Abschlussquote (inkl. Allgemeinbildung) in %	P	n. q.	87.0	n. q.	-
Leistungen						
L1	Anzahl Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren (A1)	P	1 956	1 920	2 011	91
L2	Anzahl Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen (A1)	P	42 926	42 710	43 030	320
L3	- davon Fachmann/Fachfrau Gesundheit (EFZ)	P	1 979	1 520	1 597	77
L4	- davon Assistent/in Gesundheit und Soziales (Attestausbildung)	P	111	140	239	99
L5	- davon Lernende in Handels- und Informatikmittelschulen	P	545	560	576	16
L6	Anzahl Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen (A1)	P	5 797	5 600	5 960	360
L7	Anzahl durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren (A3)	P	14 691	15 370	15 055	-315
L8	Anzahl Diplomprüfungen Berufsmaturität (A3)	P	2 384	2 360	2 358	-2
L9	Anzahl Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen (A2)	P	199	158	193	35
L10	Anzahl Studierende/Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen (A2)	P	7 417	7 660	8 078	418
L11	- davon Höhere Fachschulen alle Bereiche	P	3 570	3 700	3 883	183
L12	- davon Höhere Fachschulen im Gesundheitsbereich	P	1 172	1 130	1 334	204
L13	- davon Vorbereitungskurse auf Höhere Fachprüfungen	P	833	940	810	-130
L14	- davon Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen	P	3 014	3 020	3 385	365
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/r in der schulischen Grundbildung in Fr.	P	8 218	8 920	8 616	-304
B2	Lektionenpauschale berechnet aus Lohnaufwand Lehrpersonen für Grundbildung in den Bereichen gewerblich-industrielle, kaufmännische und gesundheitliche Berufsfachschulen in Fr.	P	184	188	185	-3
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidat/in Schlussprüfung in Fr.	P	1 542	1 567	1 609	42
B4	Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung in Fr.	P	n. q.	n. q.	n. q.	-
Abweichungsbegründungen						
W1–W3	Die Abschlussquoten der Sekundarstufe II geben die Anzahl der Abschlüsse pro 100 Personen der Bevölkerung im theoretischen Abschlussalter an. Diese Indikatoren konnten für das Berichtsjahr vom Bundesamt für Statistik nicht in genügender Qualität geliefert werden.					
L1	Anstieg der Anzahl Lernenden in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren trotz höherer Anzahl Lehrstellen.					
L3	Ab dem Jahr 2013 werden die Teilnehmenden der ergänzenden Bildung nicht mehr in diesem Indikator mitberücksichtigt.					
L6	Anstieg gegenüber Vorjahr insbesondere infolge starker Zunahme der Lernenden der berufsbegleitenden Berufsmatura (BM2) (+176).					
L7	Die 15 055 Abschlussprüfungen umfassen 12 633 von Lernenden im Kanton Zürich, 2354 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 68 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton Zürich.					
B1	Der Anstieg gegenüber Vorjahr ist insbesondere auf die Sanierungsbeiträge an die Personalvorsorge des Kantons (BVK) zurückzuführen.					
B4	Die statistische Grundlage für die Erfassung des Nettoaufwands für die Weiterbildung ist in Erarbeitung. Für das Berichtsjahr liegen noch keine verwertbaren Angaben vor.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Die duale Berufsbildung stärken und den Weg über die Berufsmaturitäten fördern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3b	2015
E2	Das Angebot an beruflichen Ausbildungen für schulisch schwächere Jugendliche erweitern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3c	2015
E3	Die Weiter- und Nachholbildung unterstützen und stärken Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	6e	2015
E4	Die effiziente und praxistaugliche Aus- und Weiterbildung von Lehrpersonen an Berufsfachschulen stärken Planmässig		2015
E5	Neues Einführungsgesetz zum eidgenössischen Berufsbildungsgesetz umsetzen Planmässig		2014
E6	Weiterentwicklung der Finanzierung der Höheren Berufsbildung und der Weiterbildung in Übereinstimmung mit der nationalen Entwicklung, dem kantonalen Weiterbildungskonzept und der Verordnung über die Finanzierung in der Berufsbildung Planmässig		2014

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtszerung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		212.8	209.9	227.4	17.5
Aufwand		-561.1	-587.6	-593.2	-5.5
Eigene Beiträge		-171.9	-180.3	-195.9	-15.6
Kreditübertragungen aus 2012			-1.7		
Saldo		-348.3	-377.8	-365.8	12.0
Investitionsrechnung					
Einnahmen				0.0	0.0
Ausgaben		-2.2	-22.1	-7.3	14.8
Kreditübertragungen aus 2012			-4.9		
Saldo		-2.2	-22.1	-7.3	14.8
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		1 546.3	1 510.0	1 560.1	50.1

Erfolgsrechnung

Ertrag (+17.5):

- +16.7 Saldoneutrale interne Verrechnung an den Berufsbildungsfonds (vgl. Aufwand)
- +3.6 Höhere Kantonsbeiträge aufgrund höherer Anzahl ausserkantonaler Lernender sowie höhere Bundesbeiträge
- 2.0 Tiefere Erträge aus internen Verrechnungen von Mietkosten innerhalb der Leistungsgruppe vor allem wegen Minderaufwand bei Abschreibungen und Zinsen
- 0.8 Tiefere übrige Erträge

Aufwand (-5.5):

- +5.7 Tieferer Aufwand für Zinskosten aufgrund von geändertem Zinssatz, weniger Abschreibungen und Vorabklärungen Dritter, insbesondere wegen Verschiebungen von Bauprojekten (vgl. Investitionsrechnung), weniger Gebäudeunterhalt wegen anstehender Sanierungen
- +3.3 Minderaufwand bei Lehrmitteln, Hard- und Software
- +1.3 Minderaufwand Staatsbeiträge für Höhere Berufsbildung und Weiterbildung
- +0.9 Übriger Minderaufwand
- 16.7 Saldoneutrale Beiträge im Auftrag des Berufsbildungsfonds (vgl. Ertrag)

Investitionsrechnung

Aufwand (+14.8):

- +14.8 Minderausgaben mehrheitlich wegen Verschiebungen von Bauprojekten; insbesondere von folgenden Vorhaben: Gesamt-sanierung Altbau und Erweiterung Berufsbildungszentrum Zürichsee Horgen (+4.2), Sanierung für Folgenutzung Berufsfachschulen Bildungsmeile Zürich (+2.2), Aufstockung Turnhallen Rennweg der Berufsbildungsschule Winterthur (+1.5), Mieterausbau Berufsschule für Detailhandel Zürich (+1.2), Anpassungsmassnahmen Umgebung und Liftanlagen der Berufsmaturitätsschule Zürich (+1.1), Gesamt-sanierung und Ablösung Miete Gewerbliche Berufsschule Wetzikon (+1.0), bauliche Massnahmen Amok an Berufsschulen (+1.0), verschiedene Projekte (+2.6)

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst die Verwaltungsstellen wie auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 000 000	0	0	1 000 000	0

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Der Universitätsrat wählte am 24. Juni des Berichtsjahres Prof. Dr. Michael Hengartner, Ordinarius für Molekularbiologie und Dekan der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, zum neuen Rektor für die Amtsperiode vom 1. August 2014 bis zum 31. Juli 2018. Der Wahl ging ein Findungsverfahren voraus, das vom Vizepräsidenten des Universitätsrates geleitet und mit einer Nominationsliste zuhanden des Senats mit zwei für das Amt geeigneten Persönlichkeiten abgeschlossen wurde. Prof. Hengartner tritt die Nachfolge von Rektor Andras Fischer an, der im November im Zuge der Geschehnisse rund um das Medizinhistorische Institut von seinem Amt zurückgetreten ist. Der Universitätsrat nahm den Rücktritt von Andreas Fischer mit Bedauern zur Kenntnis und zollt ihm für seine Entscheidung grossen Respekt. Als Rektor ad interim wurde Otfried Jarren, Prorektor Geistes- und Sozialwissenschaften, eingesetzt. Michael Hengartner trat sein Amt am 1. Februar 2014 vorzeitig an.

Die Life-Sciences-Fächer der UZH leiden unter erheblichen Raumengpässen bei Laborflächen und Flächen für Tierzucht und -haltung. Zur Behebung dieser Engpässe wird ein auf 10 bis 15 Jahre befristeter Life-Sciences-Standort im bestehenden Bio-Technopark in Schlieren aufgebaut. Der Universitätsrat genehmigte die betreffenden Mietverträge und Kredite. Im Endausbau werden am neuen Life-Sciences-Standort über 200 Mitarbeitende der UZH, des Universitätsspitals und der Psychiatrischen Universitätsklinik forschen und arbeiten.

Die Evaluation der Universitätsleitung wurde gestartet. Der Universitätsrat definierte hierfür verschiedene thematische Schwerpunkte. Die Universitätsleitung hat insbesondere den Auftrag, entlang der Strategischen Ziele 2020 konkrete Entwicklungsszenarien für künftige Struktur- und Organisationsformen zu erarbeiten. Eine Expertengruppe wird dabei die Rolle eines «Sounding Board» einnehmen. Der Gesamtprozess wird durch eine Steuerungsgruppe geleitet, in die Vertretungen des Universitätsrats sowie der Evaluationsstelle Einsitz nehmen. Das Evaluationsverfahren wird mit dem Evaluationsbericht bis Mitte 2014 abgeschlossen.

Im Berichtsjahr traten 17 Professorinnen und 48 Professoren ihr Amt an der UZH an. Davon stammen 27 Personen aus der Schweiz, 26 aus Deutschland und 12 aus dem übrigen Ausland. Weitere Geschäfte des Universitätsrates betrafen Evaluationen, Rahmen- und Weiterbildungsverordnungen oder die Annahme von Zuwendungen, ferner die strategischen Ziele für die Weiterbildung sowie die Zusammenlegung von kleineren Instituten zu grösseren Organisationseinheiten. Besonders zu erwähnen sind die Verabschiedung des Finanzhandbuchs sowie die Erneuerung des Vertrags mit der Jacobs Foundation betreffend Weiterentwicklung und Finanzierung des Jacobs Center for Productive Youth Development. Mit dem Vertrag wird die interdisziplinäre Forschung zur Jugendentwicklung unter sozialen, psychologischen und ökonomischen Aspekten weiter gefördert und gleichzeitig deren Finanzierung langfristig sichergestellt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Leistungsgruppe beinhaltet in der Erfolgsrechnung die Finanzierung der Universität Zürich durch den Bund (durchlaufende Beträge, saldoneutral) und die Bildungsdirektion des Kantons Zürich (Staatsbeitrag).
A2	Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Investitionsbeiträge des Bundes für Ausstattungen, welche vom Kanton an die Universität weitergeleitet werden.

Indikatoren

Art R 2012 B 2013 GB 2013 Abweichung von B 2013

Wirkungen

W1	Die Wirkungsindikatoren für die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrags der Universität Zürich sind in der Leistungsgruppe 9600 abgebildet.
----	--

Leistungen

L1	Anzahl Studierende (inkl. Doktorierende) (A1)	P	25 732	26 477	25 715	-762
L2	Die übrigen Leistungsindikatoren für die Umsetzung des Lehr- und Forschungsauftrags der Universität Zürich sind in der Leistungsgruppe 9600 abgebildet.					

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.) (A1)	P	22 719	22 416	23 232	816
B2	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität in % (A1)		10.3	10.4	10.7	0.3

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

Massnahme LZ RR bis

E1	Die Stellung der Universität Zürich national wie international weiter verbessern Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				2a	2015
E2	Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren Planmässig Kompetenzzentren sind wissenschaftliche Netzwerke, in denen Institute oder Teile von Instituten der UZH ihre Arbeit unter strategischen Zielsetzungen koordinieren. Kompetenzzentren werden durch die Universitätsleitung befristet anerkannt und finanzieren sich selbst. Derzeit gibt es 20 Kompetenzzentren.					2016

E3	<p>Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte UFSP</p> <p>Planmässig</p> <p>Die UZH war im Geschäftsjahr 2013 bei sechs Nationalen Forschungsschwerpunkten – NFS (von insgesamt 28) Leading House. Im Berichtsjahr wurden drei Nationale Forschungsschwerpunkte planmässig abgeschlossen. Im Auswahlverfahren für die neuen NFS konnte die UZH keine neuen Nationale Forschungsschwerpunkte dazugewinnen, wird aber die bestehenden planmässig weiterführen. Bei verschiedenen anderen NFS ist die UZH als Projektpartner beteiligt. Derzeit gibt es zwölf Universitäre Forschungsschwerpunkte – UFSP an der UZH. Vier stammen aus der ersten Serie seit 2005/2006 und acht weitere wurden im Berichtsjahr gestartet.</p>	2016
E4	<p>Weitere Erhöhung der Drittmittel</p> <p>Planmässig</p> <p>Das Volumen der Drittmittel konnte auch im Berichtsjahr ausgebaut werden.</p>	2016
E5	<p>Entwicklung spezialisierter Masterprogramme und Förderung der Doktoratsstufe, Nachwuchsförderung</p> <p>Planmässig</p> <p>Die UZH hat ihr bestehendes Angebot an spezialisierten Masterstudiengängen konsolidiert und in für die Fakultäten strategisch bedeutsamen Bereichen zielgerichtet ausgebaut. Spezialisierte Masterstudiengänge erweisen sich insbesondere für nationale und internationale Kooperationen in der Lehre als zunehmend bedeutsam. Ein Grossteil der Forschung an der UZH wird von Doktorierenden geleistet. Im Herbstsemester des Berichtsjahres waren über 4500 Doktorierende an der UZH eingeschrieben.</p> <p>Folgende Verbesserungen zugunsten der Doktorierenden wurden verwirklicht:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Die Betreuung der Doktorierenden wurde mit der Doktoratsreform (2008–2010) intensiviert. Heute werden Doktorierende in der Regel von mehreren Dozierenden betreut. In einer Doktoratsvereinbarung zwischen den Betreuungspersonen und der Doktorandin oder dem Doktoranden werden das Ziel, der Zeitplan, die Art der Betreuung und die curriculären Anteile des Doktorats festgehalten. – Die UZH unterstützt bereits seit einigen Jahren den Aufbau von Doktoratsprogrammen. – Mit der Eröffnung des Graduate Campus der UZH am 29. Februar 2012 schuf die UZH ein innovatives Forschungsumfeld für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Er bietet eine Plattform für den Austausch, die Vernetzung und die Zusammenarbeit über Disziplinen, Fakultätsgrenzen und Generationen hinweg. Die Entwicklung des Graduate Campus erfolgt im Geschäftsjahr 2013 planmässig. 	2016
E6	<p>Zusammenarbeit mit der ETH Zürich: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.</p> <p>Planmässig</p> <p>Die Zusammenarbeit mit der ETH im Bereich der Hochschulmedizin läuft planmässig.</p>	2016
E7	<p>Umsetzung Regierungsratsbeschluss Hochspezialisierte Medizin</p> <p>Planmässig</p> <p>Nachdem die erste Umsetzungsphase finanziell gesichert ist und die Verwirklichung der entsprechenden Projekte eingeleitet wurde, entwickelt sich die Gesamtstrategie Hochspezialisierte Medizin planmässig.</p>	2014

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtszerung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	236.1	221.7	239.9	18.2
Aufwand	-822.5	-827.7	-845.7	-18.0
Kostenbeitrag an Universität	-584.6	-593.5	-597.4	-3.9
Saldo	-586.4	-606.0	-605.8	0.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen	8.7	10.2	3.8	-6.4
Ausgaben	-43.5	-55.7	-35.5	20.3
Saldo	-34.8	-45.5	-31.6	13.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+18.2):

- +14.4 Höhere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die der Universität Zürich zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften. Die in der ersten Aufwandposition aufgeführten Abschreibungen und Zinsen werden durch diese Erträge und der nachstehenden, ertragsmindernden geringeren Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen des Bundes ausgeglichen.
- +3.8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich (vgl. Aufwand)
- +0.1 Nicht budgetierter Beitrag Stadt ZH an Gebietsplanung Universität Zürich-Irchel
- 0.1 Tiefere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen des Bundes.

Aufwand (-18.0):

- 14.3 Höhere Abschreibungen und Zinsen auf Hochbauten und Mobilien einschliesslich ausserordentlichen Abschreibungen aufgrund von Ersatzbeschaffungen von zum Ersatzzeitpunkt noch nicht vollständig abgeschrieben Anlagen
- 3.9 Höherer Kostenbeitrag an die Universität Zürich
- 3.8 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge für die Universität Zürich
- +3.5 Tiefere Beiträge zur nachhaltigen Finanzierung der BVK infolge der deckungsgradbedingten Senkung des Beitragssatzes ab 1.1.2013
- +0.5 Tiefere interne Vergütung an Baudirektion für Projekt Strategische Entwicklungsplanung Universitäre Medizin (SEP)

Investitionsrechnung

Einnahmen (-6.4):

- +1.0 Übertragung von Sachanlagen (Heinrichstrasse 2)
- 7.0 Mindereinnahmen vom Bund aus verschiedenen Projekten z. B. Pelikanstr. 40
Völkerkundemuseum, Y 63 Umbau Lernzentrum, Tierspital Energetische Nachrüstung
Bürocontainer, Irchel Strickhof Neubau Laborgebäude
- 0.4 Mindereinnahmen bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen (Mobilien)

Ausgaben (+20.3):

- +3.7 Minderausgaben bei verschiedenen Kleinprojekten

Weitere Minderausgaben infolge von Projektverzögerungen:

- +4.9 Universität Zürich Irchel (UZI) Etappe 5.1
- +4.0 Ersatz Telefonanlagen Universität div. Gebäude
- +3.1 Anpassungen Gebäudeübernahme Rämistrasse 59
- +1.1 Instandsetzung Mensaküche Irchel
- +1.0 UZI Neubau Tierhaltung/-zucht mit Laborgeschossen
- +1.0 Schönberggasse 15, Instandsetzung
- +1.0 Künstlergasse 15a, Instandsetzung
- +0.8 Irchel Strickhof Neubau Laborgebäude YLB
- +0.4 Minderausgaben bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen (Mobilien)
- 0.7 Mehrausgaben Investitionen Mobilien

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV). Diese umfasst einerseits Beiträge von anderen Kantonen an die Universität Zürich für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich (saldoneutrales Durchgangskonto) und andererseits als Aufwandsposition eigene Beiträge des Kantons Zürich an andere Schweizer Universitäten für Zürcher Studierende in anderen Kantonen.
A2	Vertraglich festgesetzte jährliche Beiträge des Kantons an die Zentralbibliothek und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet.
A3	Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek

Indikatoren

Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
-----	--------	--------	---------	-----------------------

Wirkungen

W1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerungskompetenz des Kantons Zürich handelt.

Leistungen

L1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerungskompetenz des Kantons Zürich handelt.

Wirtschaftlichkeit

B1 Die Indikatoren für die Zentralbibliothek sind in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet. Für die übrigen Aufgaben dieser Leistungsgruppe werden keine Indikatoren aufgeführt, da es sich um Finanztransaktionen ausserhalb der Steuerungskompetenz des Kantons Zürich handelt.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtszerung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	139.3	139.4	140.1	0.7
Aufwand	-195.7	-193.8	-196.3	-2.5
Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-25.2	-23.0	-24.7	-1.7
Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-28.7	-28.6	-28.7	-0.1
Saldo	-56.4	-54.4	-56.2	-1.8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0.1			
Ausgaben	-1.6	-1.9	-1.8	0.1
Saldo	-1.5	-1.9	-1.8	0.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (+0.7):

- +0.7 Höhere Beiträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung IUV für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich

Aufwand (-2.5):

- 1.7 Höhere IUV-Beiträge für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
- 0.7 Höhere an die Universität Zürich weitergeleitete IUV-Beiträge für ausserkantonale Studierende (vgl. Ertrag)
- 0.1 Höherer Kostenbeitrag an die Zentralbibliothek

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Hauptereignisse

Die Zürcher Fachhochschule (ZFH) verzeichnete gegenüber dem Vorjahr gesamthaft eine Zunahme der Studierendenzahl. Der Anstieg ist insbesondere auf eine wachsende Nachfrage bei den Studiengängen der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH), einschliesslich der Ausbildungsgänge für Quereinsteigende, und bei Studiengängen der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) – in erster Linie in den Fachbereichen Wirtschaft und Dienstleistungen sowie Technik und Informationstechnologie – zurückzuführen. Die Studierendenzahlen der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich, die der ZFH angegliedert ist, veränderten sich nur wenig.

Im Berichtsjahr konnten mehrere seit längerem laufende Bewilligungsverfahren für Studiengänge der ZFH abgeschlossen werden. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) erteilte der ZFH die Bewilligung für zwei Masterstudiengänge der ZHAW: den Masterstudiengang Management and Law sowie den Masterstudiengang Ergotherapie, der in Kooperation mit Hochschulen in vier europäischen Ländern angeboten wird. Zudem bewilligte das WBF einen neuen Bachelorstudiengang in Contemporary Dance, den die ZHdK ab Herbst 2014 in Kooperation mit der Haute Ecole Spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) führen wird.

Der Regierungsrat legte Zulassungsbeschränkungen für Studiengänge der ZHAW und der ZHdK in den Studienjahren bis 2016/17 fest, wobei die Studienplatzzahlen für neu eintretende Studierende gegenüber den Vorjahren geringfügig erhöht wurden. Die PHZH, die in Anbetracht des Lehrermangels an der Volksschule weiterhin besondere Ausbildungsgänge für Quereinsteigende führt, ist von den Zulassungsbeschränkungen nicht betroffen.

Das oberste Organ der ZFH ist der Fachhochschulrat. Er legte im strategischen Bereich einen Schwerpunkt auf Fragen der Forschung und befasste sich ausserdem mit den Strategien einzelner Hochschulen. Aufgrund seiner personellen Zuständigkeiten wählte er den bisherigen Rektor der ZHdK, Prof. Dr. Thomas D. Meier, für eine zweite Amtsdauer von vier Jahren. Für die infolge Rücktritts des Prorektors Ausbildung der PHZH, Prof. Dr. Hans-Jürg Keller, und der Departementsleiterin Design der ZHdK, Prof. Dr. Jacqueline Otten, frei werdenden Stellen setzte er Findungskommissionen zur Vorbereitung der Neubesetzung ein. Ferner verlieh er Dozierenden auf Antrag der Hochschulleitungen den Professorinnen- bzw. Professorentitel ZFH. Des Weiteren genehmigte der Fachhochschulrat mehrere neue Weiterbildungsangebote (Master of Advanced Studies) und befasste sich mit Studienordnungen für einzelne Studiengänge, die von den Hochschulleitungen erlassen oder geändert worden waren.

Im Rahmen des Projekts zur Revision der Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule (PVF) vom 16. Juli 2008 wurden verschiedene Themen weiterbearbeitet. Die Funktion des Projekt-Lenkungsausschusses hat die Rektorenkonferenz der ZFH inne, die sich überdies – entsprechend dem Auftrag gemäss kantonalem Fachhochschulgesetz – mit der Koordination hochschulübergreifender Angelegenheiten befasste.

Die Bauarbeiten am künftigen Hochschulstandort Toni-Areal in Zürich West sind in die Ausbauphase übergegangen. Ab Sommer 2014 erfolgt der gestaffelte Bezug des Toni-Areals durch die ZHdK und Teile der ZHAW. In Winterthur gingen die Bauarbeiten für die neue zentrale Hochschulbibliothek der ZHAW in der heutigen City Halle an der Turbinenstrasse wie geplant voran. Für den Standort Wädenswil besteht die Absicht, künftig grosse Teile des Departements Life Sciences im Campus Reidbach zu zentralisieren. Am bisherigen Standort Grüental sollen weiterhin Teile der Flächen des Instituts für Umwelt und Natürliche Ressourcen untergebracht werden. Für beide Vorhaben wurden im Berichtsjahr Machbarkeitsstudien durchgeführt, in denen die Umsetzbarkeit nachgewiesen wurde.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Die Erfolgsrechnung zeigt die Finanzierung der Zürcher Fachhochschule ZFH durch Bund (durchlaufend) und Kanton Zürich.
A2	Die Investitionsrechnung beinhaltet die Investitionen im Liegenschaftsbereich und die Erstaussstattungen der Hochschulen der Zürcher Fachhochschule ZFH.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Total FH-Diplomabschlüsse an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH (A1)	P	3 655	4 100	4 039	-61
W2	- davon Bachelor-Diplomabschlüsse	P	3 027	3 385	3 393	8
W3	- davon Master-Diplomabschlüsse	P	628	715	646	-69
Leistungen						
L1	Total Studierende an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH (A1)	P	15 372	16 395	16 445	50
L2	- davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	13 594	14 500	14 555	55
L3	- davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	1 778	1 895	1 890	-5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen in % (A1)		9.4	11.0	9.6	-1.4

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar

Massnahme LZ RR bis

E1	Die Position der Zürcher Fachhochschule in der Hochschullandschaft festigen und ausbauen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				2a	2015
E2	Fortsetzung Aufbau und Festigung der Masterstudiengänge Planmässig Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung hat im Berichtsjahr zwei neue, noch zu akkreditierende Masterstudiengänge bewilligt. Aktuell verfügt die Zürcher Fachhochschule damit über 21 akkreditierte und vier noch zu akkreditierende Masterstudiengänge.					2014
E3	Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards Planmässig Die Entwicklung der Hochschulen der ZFH bezieht weiterhin die internationale Entwicklung im jeweiligen Hochschul Umfeld ein und folgt den Akkreditierungsstandards.					2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtszerung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	127.7	145.6	130.9	–14.7
Aufwand	–459.0	–538.4	–495.2	43.1
Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	–324.0	–366.2	–350.4	15.8
Kreditübertragungen aus 2012		–7.5		
Saldo	–331.3	–392.7	–364.3	28.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	24.1	8.9	11.0	2.1
Ausgaben	–84.1	–90.9	–28.1	62.8
Saldo	–60.0	–82.0	–17.1	64.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag (–14.7):

- 15.2 Tiefere kalkulatorische Nutzungskostenverrechnung für die den Hochschulen der Zürcher Fachhochschule zur Verfügung gestellten staatlichen Liegenschaften, bedingt durch Aufschub des Umzugs der ZHdK ins Toni-Areal (2014 statt 2013) sowie durch buchhalterische Verschiebung der Anlagewerte der innerhalb von Hochbauprojekten angeschafften Mobilien von der LG 7406 ZFH in die LG der Hochschulen (Aktivierung bei den Hochschulen, Abschreibungen und Zinsen auf diesen Beständen folglich ab dem Berichtsjahr nicht mehr in der LG 7406, sondern in den LG der Hochschulen verbucht; diese Umgliederung war im Budget 2013 noch nicht berücksichtigt).
- 0.4 Tiefere Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen des Bundes. Die unten in der ersten Aufwandposition aufgeführten Abschreibungen und Zinsen auf Hochbauten und Mobilien werden durch die Erträge aus der Nutzungskostenverrechnung (s. obere Position) und der Auflösung von passivierten Investitionsbeiträgen des Bundes ausgeglichen.
- +0.5 Einnahmen aus Weiterverrechnung Mehrkosten Toni-Areal an den Generalunternehmer infolge Bezugsverschiebung
- +0.4 Höhere durchlaufende Bundesbeiträge

Aufwand (+43.1):

- +15.6 Tiefere Abschreibungen und Zinsen auf Hochbauten und Mobilien
- +14.2 Tieferer Kostenbeitrag an die ZHdK infolge tieferer Infrastrukturkosten aufgrund Aufschub Umzug Toni-Areal
- +7.8 Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW infolge Minderaufwand aufgrund im Berichtsjahr nicht ausgeführter Projekte an der ZHAW. Diese noch nicht beanspruchten Mittel sollen grösstenteils (7.6 von 7.8 Mio.) ins Folgejahr übertragen werden (Antrag Kreditübertragungen aus 2013 in der LG 7406).
- +1.4 Tieferer Kostenbeitrag an die PHZH infolge tieferer Nutzungskosten
- 6.4 Die Differenz R 2013 zu B 2013 von insgesamt +15.8 Mio. Franken in den Kostenbeiträgen an die staatlichen Teilschulen ergibt sich aus folgenden Positionen (in Mio. Franken):
 - 366.2 Kostenbeiträge B 2013
 - 7.5 Kreditübertragungen aus 2012 zu Gunsten ZHAW
 - +14.2 Kürzung Kostenbeitrag ZHdK
 - +7.8 Kürzung Kostenbeitrag ZHAW
 - +1.4 Kürzung Kostenbeitrag PHZH
= -350.3 Kostenbeiträge R 2013 (-0.1 Rundungsdifferenz).
- +4.0 Tiefere Beiträge zur nachhaltigen Finanzierung der BVK infolge der deckungsgradbedingten Senkung des Beitragssatzes ab 1. Januar 2013
- +0.1 Gesamtsumme verschiedener kleinerer Aufwandserhöhungen und -minderungen gegenüber Budget (durchlaufende Bundesbeiträge, Dienstleistungen Dritter, Abschreibungen und Zinsen auf Investitionsbeiträgen des Kantons Zürich)

Investitionsrechnung

Einnahmen (+2.1):

- 0.8 Mindereinnahmen Subventionen Toni-Areal (Mobilien)
- +0.2 Mehreinnahmen Subventionen ZHAW Brandschutz
- +2.7 Mehreinnahmen Subventionen Bund Spezialausbau Toni-Areal

Ausgaben (+62.8):

Minderausgaben infolge von Verzögerungen in folgenden Projekten:

- +30.8 Toni-Areal Investitionen Mobilien
- +12.3 Toni-Areal Spezialausbau
- +3.0 Umsetzung Entwicklung ZHAW Departement Life Sciences, Standort Wädenswil
- +1.6 Umnutzung Einsiedlerstrasse 31 ZHAW Standort Wädenswil Reidbach
- +1.5 Energetische Massnahmen ZHAW Standort Wädenswil Grüntal
- +2.0 Umsetzung Entwicklung ZHAW Standort Winterthur
- +1.0 Halle 52 Sulzerareal ZHAW Standort Winterthur
- +10.6 Minderausgaben in verschiedenen Kleinprojekten

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	4 000 000	0	0	4 000 000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört.
A2	Ausrichtung von Beiträgen an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtsierung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag				
Aufwand	-51.5	-46.8	-55.9	-9.1
Saldo	-51.5	-46.8	-55.9	-9.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Aufwand (-9.1):

- 9.4 Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
- +0.3 Tieferer Trägerbeitrag des Kantons Zürich an die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik

7501 Kinder- und Jugendhilfe

Hauptereignisse

Kinder- und Jugendhilfestellen

Die 19 Kinder- und Jugendhilfezentren (kjj) boten dieses Jahr insgesamt 6313 Familien mit 9205 Kindern (2012: 6800 Familien mit 10 171 Kindern). Im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) wurden gesetzliche Mandate für 6215 Kinder aus 4121 Familien (2012: 6427 Kinder / 4276 Familien) geführt, davon solche für 712 Kinder aus 581 Familien durch die Juristinnen und Juristen der Regionalen Rechtsdienste. Im Auftrag der KESB oder Gerichte wurden Abklärungen und Gutachten über 629 Familien mit 1020 Kindern (2012: 769 Familien mit 1293 Kindern) erstellt.

Neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden KESB

Mit Inkrafttreten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (EG-KESR) wurden Anfang Jahr die bisherigen Vormundschaftsbehörden durch 13 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) abgelöst. Die Zusammenarbeit zwischen den KESB und den kjj ist erfolgreich gestartet. Gemeinsam wurde ein umfangreiches Grundlagenpapier bezüglich Abläufe und Standards im Kinderschutz erarbeitet und Ende Jahr verabschiedet.

Neue Zuständigkeiten bei Krippen und Horten

Infolge des neuen KESR sind seit Anfang des Berichtsjahres die Gemeinden für die Bewilligung und Aufsicht von Kinderkrippen und privaten Kinderhorten sowie die Aufsicht über die Tagesfamilien zuständig. Sie können diese Aufgaben gegen kostendeckende Beiträge dem Amt für Jugend und Berufsberatung übertragen. Davon haben 70 Gemeinden mit insgesamt 206 Kindertagesstätten Gebrauch gemacht.

Sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich

Das Projekt zur Entwicklung des Abklärungsverfahrens für den Vor- und Nachschulbereich ist abgeschlossen und das neue Verfahren im Vorschulbereich eingeführt. Seit dem 1. Juni des Berichtsjahres erfolgt die Bestimmung des sonderpädagogischen Bedarfs durch zwei Abklärungsstellen: das Kantonsspital Winterthur und das Kinderspital Zürich. Sie führen zu diesem Zweck je eine interdisziplinäre Fachstelle, deren Aufgaben und Abgeltung in einer Leistungsvereinbarung geregelt wurden. Damit sind die Umsetzungsarbeiten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und der Verordnung über sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV) im Bereich der Sonderpädagogik abgeschlossen.

Kinder- und Jugendheime

Die Übergangsbestimmungen der Verordnung über die Vermittlung von Pflegeplätzen und die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten ist Ende März abgelaufen. Damit sind nun sämtliche Organisationen und Einzelpersonen, die im Kanton Zürich Pflegeplätze vermitteln, bewilligungspflichtig. Im Berichtsjahr hat das AJB den Verein Espoir sowie das Projekt Perspektive GmbH als Vermittlungsorganisation bewilligt. Weitere Organisationen und Einzelpersonen befinden sich im Verfahren.

35 neue Stellen für die Kinder- und Jugendhilfe

Im Mai bewilligte der Regierungsrat 35 zusätzliche Stellen für die Kinder- und Jugendhilfe. Der Mehrbedarf an Stellen war aufgrund von Fallzunahmen, höherer Fallkomplexität sowie aufgrund des Bevölkerungswachstums entstanden. Im Rahmen der Verteilung der Stellen wurde die Zuteilung der Mittel allgemein überprüft und mittels einheitlicher Faktoren auf die einzelnen Standorte verteilt. Als Berechnungsgrundlage dienten die Bevölkerungszahlen der wesentlichen Altersgruppen, gewichtet mit dem Sozialindex der Bildungsdirektion (dessen Grundlage bilden Ausländerquote, Sozialhilfequote und Einkommensquote).

Laufende Aufgaben
Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der ambulanten und stationären Kinder- und Jugendhilfe
A2	Führung von Kinder- und Jugendhilfezentren (kjz) im Kanton Zürich
A3	Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Jugendlichen in ausserkantonalen Jugendheimen
A4	Amtsvormundschaft für minderjährige, allein stehende Asylsuchende (Zentralstelle Mineurs non accompagnés)
A5	Koordination, Administration und Mitfinanzierung der sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter
A6	Gewährung von Stipendien und Darlehen an in Ausbildung stehende Jugendliche und Erwachsene
A7	Mitfinanzierung kommunaler Jugendhilfestellen sowie allgemeiner Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl zivilrechtlicher Kinderschutzmassnahmen bezogen auf die Gesamtzahl der geführten Fälle (Kantonale Kinder- und Jugendhilfezentren / A2) in %	P	39	36	40	4
W2	Austritte aus stationären Einrichtungen gemäss individuellen Planungen (A1 / A3) in %	P	84	80	87	7
Leistungen						
L1	Anzahl Fälle Jugend- und Familienberatung (Kantonale Kinder- und Jugendhilfezentren / A2)	P	16 598	17 500	15 420	2 080
L2	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche: Anteil der Gesuche, die zwei Monate nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen entschieden sind (A6) in %	P	79	80	76	-4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Jugend- und Familienberatung (Kantonale Kinder- und Jugendhilfezentren / A2)	P	1 120	1 168	1 248	80
B2	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit sozialpäd. Angebot (A1 / A3)	P	357	358	358	0
B3	Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Einrichtungen mit Berufs- bildungsangebot (A1 / A3)	P	459	520	520	0

Abweichungsbegründungen

W1	Der Anteil gesetzlicher Mandate an der Gesamtzahl der geführten Fälle hat sowohl gegenüber Vorjahr wie Budget zugenommen, da die Anzahl der gesetzlichen Mandate im Jahr 2013 weniger stark gesunken ist als jene der übrigen Fälle. Der Wert kann in Anbetracht verschiedener Einflussfaktoren noch nicht abschliessend beurteilt werden (siehe auch Indikator L1).
L1	Die Anzahl Fälle kam unter Prognose- und Vorjahreswert zu liegen. Der Wert kann in Anbetracht verschiedener Einflussfaktoren (Neuaufbau Kinder- und Erwachsenenschutzbehörden / KESB, allgemeine Neuorganisation der Kinder- und Jugendhilfezentren (kjj) / Mandatszentren, steigende Fallkomplexität usw.) zurzeit nicht abschliessend beurteilt werden.
L2	Personalmutationen und Pensionierungen führten zu entsprechenden Einführungsphasen neuer Mitarbeitenden in das komplexe Arbeitsgebiet und in der Folge zu längeren Bearbeitungszeiten.
B1	Die tieferen Fallzahlen (Laufjahr 15 420 / Vorjahr 16 598) führten zusammen mit leicht höheren Gesamtkosten (u. a. infolge BVK-Sanierung) zu einem Anstieg der Durchschnittskosten je Beratung.
B2/B3	Mit den rückwirkend per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzten Verordnungsänderungen werden die Staatsbeiträge auf Basis der effektiven Restdefizite und nicht mehr mittels Pauschalen abgerechnet. Im Rahmen der Übergangsphase ergeben sich dadurch zeitliche Verschiebungen für die Schlussabrechnungen. Bei den eingesetzten Zahlen handelt es sich deshalb um provisorische Werte für das Berichtsjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Kinder- und Jugendhilfezentren (kjj) auf systematische Zusammenarbeit mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ausrichten. Planmässig Gemeinsam erarbeitetes Grundlagenpapier bezüglich Abläufe und Standards im Kinderschutz wurde verabschiedet. Umsetzung wurde gestartet und Evaluation geplant.		2015
E2	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühintervention, Frühförderung, Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern verbessern und den Zugang zur Familienhilfe erleichtern. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	6b gemeinsam mit JJ	2014
E3	Das Stipendienwesen weiterentwickeln. Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	3e	2015
E4	Erarbeitung von Grundlagen und Instrumenten zur Versorgungssteuerung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe. Planmässig Als Grundlage soll die Totalrevision des Jugendheimgesetzes dienen (Auftrag RRB 706/2013). Ein neuer Gesetzesentwurf wurde erarbeitet.		2015

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtsierung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	68.9	70.4	78.3	7.9
Durchlaufende Beiträge	10.2	10.0	10.1	0.1
Leistungsaufträge Gemeinden/Dritte	6.7	6.8	9.2	2.4
Aufwand	-201.9	-213.8	-206.8	7.0
Eigene Beiträge	-88.7	-89.2	-79.5	9.7
Durchlaufende Beiträge	-10.2	-10.0	-10.1	-0.1
Leistungsaufträge Gemeinden/Dritte	-6.7	-6.8	-9.1	-2.3
Saldo	-133.0	-143.4	-128.5	14.9
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1.0	1.0	0.8	-0.2
Ausgaben	-3.1	-6.7	-3.1	3.5
Saldo	-2.1	-5.7	-2.3	3.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	421.5	430.4	437.6	7.2

Erfolgsrechnung

Ertrag (+7.9):

- +6.5 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden internen Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- +2.4 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte, insbesondere durch die Übernahme von Aufgaben im Bezirk Andelfingen (Erwachsenenschutz, Suchtprävention und Jugendarbeit Zentrum Breitenstein), führte zu entsprechendem Mehrertrag (siehe auch unter Aufwand und Personal).
- +0.5 Höhere Einnahmen ergaben sich aus der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
- +0.2 Der Anteil der Stadt Zürich an den sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter fiel leicht höher aus als erwartet.
- +0.1 Die Beiträge des Bundesamtes für Justiz (BJ) an die Kinder- und Jugendheime (Durchlaufposten) fielen mit 10.2 Mio. Franken etwas höher aus als budgetiert.
- 1.8 Als Folge der tiefer als geplant ausgefallenen Kosten der Kinder- und Jugendhilfe – stellen resultierten geringere Gemeindebeiträge.
- 0.1 Die anteilmässige Verrechnung der Overheadkosten der regionalen Geschäftsstellen an die Berufsberatung fiel leicht tiefer als geplant aus.
- +0.1 Bei den übrigen Erträgen (Beiträge, Gebühren, Rückerstattungen) ergaben sich etwas höhere Werte als budgetiert.

Aufwand (+7.0):

- 6.5 Vermehrte regionenübergreifende Tätigkeiten führten zu entsprechenden internen Verrechnungen, die sich saldoneutral im Aufwand und Ertrag niederschlugen.
- 2.3 Der Zuwachs an Leistungsaufträgen mit Vollkostenverrechnung an Gemeinden/Dritte führte zu entsprechenden Mehrkosten (siehe auch unter Ertrag und Personal).
- 1.9 Bei den sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulalter ergaben sich Mehrkosten als Folge steigender Fallzahlen.
- 0.1 Die Beiträge des Bundesamtes für Justiz (BJ) an die Kinder- und Jugendheime (Durchlaufposten) fielen mit 10.2 Mio. Franken etwas höher als budgetiert aus
- +9.7 Bei den Staatsbeiträgen resultierten Budgetunterschreitungen im Heimbereich infolge der Anrechnung von Schwankungsfondsgeldern bzw. im Rahmen der Finanzierungsänderung (+7.5) sowie beim Stipendienaufwand (+1.1) und den übrigen Beiträgen (+1.1).
- +5.0 Die bewilligte Stellenaufstockung bei den Kinder- und Jugendhilfestellen verzögerte sich. Die entsprechenden Kosten fallen erst 2014 an.
- +1.6 Die Sachaufwendungen (Drucksachen, Miete, Anschaffungen/Unterhalt) fielen insbesondere bei den Kinder- und Jugendhilfestellen (kjz) tiefer als geplant aus.
- +0.9 Geringere Vorjahresinvestitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand und kalkulatorische Zinsen
- +0.6 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu entsprechendem Minderaufwand.

Investitionsrechnung

Einnahmen (-0.2):

- 0.2 Die Ausbildungsdarlehens-Rückerstattungen erreichten nicht den budgetierten Wert.

Ausgaben (+3.5):

- +1.3 Mobiliarersatzbeschaffungen und bauliche Massnahmen bei den Kinder- und Jugendhilfestellen fielen nicht im erwarteten Rahmen an bzw. verschieben sich ins Jahr 2014.
- +0.7 Geplante Softwareanpassungen konnten infolge zeitlicher Verzögerungen noch nicht umgesetzt werden.
- +0.3 Weniger Ausbildungsdarlehen-Auszahlungen als erwartet.
- +1.2 Der Minderaufwand bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime ist auf Bauverzögerungen zurückzuführen.

Personal

Der Anstieg der Beschäftigten resultierte aus der Zunahme der Leistungsaufträge mit vollumfänglicher Kostenverrechnung an Gemeinden (Zentrum Breitenstein Andelfingen).

7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Hauptereignisse

Berufsberatungsstellen und Berufsinformationszentren

In den sieben biz wurden im Berichtsjahr 13 634 Einzelberatungen durchgeführt (2012: 13 684), davon entfielen 11 007 (2012: 10 832) auf die allgemeine Berufsberatung und 2627 (2012: 2852) auf die spezialisierte Beratung (Studienberatung, Gesundheitsberufe, Sportberatung, Kompetenzenbilanz). 8230 bzw. 60% (2012: 8025 bzw. 59%) der beratenden Personen waren unter 20 Jahre alt. 55 607 Personen (2012: 53 806) informierten sich in den Infotheken über die verschiedenen Ausbildungs- und Laufbahnwege. In den 104 Oberstufenschulgemeinden und an den Mittelschulen wurden insgesamt 2065 Schulaussprechstunden (2012: 1882) und 364 Elternveranstaltungen (2012: 379) durchgeführt.

Speziell für Eltern und Jugendliche aus fremden Kulturkreisen wurde die Informationsveranstaltung «Integras» angeboten. Insgesamt fanden 25 Veranstaltungen (2012: 28) mit 490 Teilnehmenden (2012: 654) statt.

Im Schuljahr 2012/13 unterstützten 187 ehrenamtlich tätige Mentorinnen und Mentoren (2012/13: 167) im Programm Mentoring «Ithaka» 153 Jugendliche (Schuljahr 2011/12: 105) bei der Lehrstellensuche. 61% dieser Jugendlichen schafften den Einstieg in die berufliche Grundbildung, die anderen starteten mit einer Zwischenlösung.

Validierungsverfahren

Im Sommer des Berichtsjahres ist neu das Validierungsverfahren zur Logistikerin und zum Logistiker EFZ gestartet. Von den 22 Teilnehmenden am obligatorischen Informationsanlass sind neun ins Verfahren eingestiegen. Nach wie vor besteht hohes Interesse an der Erlangung eines eidgenössischen Fähigkeitszeugnisses (EFZ) durch das Validierungsverfahren im Sinne einer Nachholbildung. So wurden insgesamt 38 Informationsveranstaltungen (2012: 30) durchgeführt. Diese für die Phase 1 des Validierungsverfahrens obligatorische Veranstaltung besuchten 928 Teilnehmende (2012: 892). Während der darauffolgenden Bilanzierungsphase wurden 100 Teilnehmende (2012: 144) bei der Erstellung ihres persönlichen Dossiers in 14 Seminaren (2012: 14) bzw. 127 Teilnehmende in 162 Einzelcoachings unterstützt. Als neues Begleitangebot wurde eine monatlich stattfindende Validierungswerkstatt angeboten, die den Teilnehmenden eine gewisse Kontinuität verschafft sowie ermöglicht, sich untereinander auszutauschen. Es wurden zwölf Werkstätten durchgeführt, an denen 59 Personen teilnahmen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung, Koordination und Aufsicht der allgemeinen Berufsberatung
A2	Führung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (inkl. Kompetenzenbilanz)
A3	Führung von allgemeinen Berufsberatungsstellen / Berufsinformationszentren (biz) im Kanton Zürich
A4	Mitfinanzierung kommunaler BerufsInformationszentren sowie allgemeiner Bereiche der Berufsberatung

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anteil Berufsberater mit Integration in die Bildungs- und Arbeitswelt (Allgemeine Berufsberatung / Kantonale biz; A1 / A3) in %	P	98	98	97	-1
Leistungen						
L1	Anzahl Berufsberatungen (Allgemeine Berufsberatung / Kantonale biz; A3)	P	10 832	11 500	11 007	-493
Wirtschaftlichkeit						
B1	Nettoaufwand pro Berufsberatung (Allgemeine Berufsberatung / Kantonale biz; A3)	P	1 144	1 124	1 131	7
Abweichungsbegründungen						
W1	Obwohl die Beratungskonzepte im Bereich der Unterstützung von Jugendlichen in den Oberstufenschulen unverändert weitergeführt wurden, unterliegt der Wirkungsindikator leichten Schwankungen. Die Aktivitäten der Berufsberatungspersonen an den Oberstufenschulen tragen dazu bei, dass der Wert auf hohem Niveau gehalten werden kann.					
L1	Die Einzelberatungen haben von 10 832 im Jahr 2012 um 175 (1.6%) zugenommen. Die Fallzahl für das Rechnungsjahr 2013 beträgt 11 007. Die Zunahme der Beratungsfälle entspricht nicht ganz dem erwarteten Wert. Es ist davon auszugehen, dass sich die Fallentwicklung in Zukunft in etwa bei 11 000 Beratungsfällen einpendeln wird.					
B1	Die Beratungszahlen fielen tiefer als prognostiziert, aber höher als im Vorjahr aus (Laufjahr 11 007 / Budget 11 500 / Vorjahr 10 832). Bei stabilen Gesamtkosten resultierten daraus leicht höhere Durchschnittskosten als geplant bzw. etwas tiefere als im Vorjahr.					

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt /
Stand und Kommentar

Massnahme
LZ RR bis

E1	Unterstützung der Jugendlichen im Übergang in die Berufsbildung und ins Berufsleben; Verbesserung der Berufseinstiegschancen von Jugendlichen (Case Management Berufsbildung mit Unterstützung Bund). Planmässig Das Projekt «Netz 2» (Case Management Berufsbildung) wird Ende 2014 mit einem Antrag auf Überführung in den Service public abgeschlossen.				2015
E2	Bezirksübergreifende, interdisziplinäre und interinstitutionelle Erbringung von Berufsberatungsleistungen fördern (Zusammenarbeit Kinder- und Jugendhilfe, Schulen, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit). Abgeschlossen Das Rahmenkonzept «Zusammenarbeit Berufsberatung – Sekundarschule» wurde in den Produktkatalog der Berufsberatung integriert.				2013

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtsierung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	18.6	16.2	14.7	-1.6
Aufwand	-35.1	-35.1	-32.1	3.0
Eigene Beiträge	-3.2	-3.4	-3.2	0.2
Saldo	-16.5	-18.9	-17.4	1.5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0.4		0.4
Saldo		-0.4		0.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	111.5	120.5	110.7	-9.8

Erfolgsrechnung

Ertrag (-1.6):

- 0.7 Die internen Verrechnungen der regionenübergreifenden Tätigkeiten, die sich saldo-neutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen, fielen tiefer als erwartet aus.
- 0.6 Die Gemeindebeiträge reduzierten sich als Folge der tiefer als budgetiert ausgefallenen biz-Betriebskosten.
- 0.3 Geringere Bundesbeiträge Case Management Berufsbildung (Netz2) aufgrund tieferer Projektkosten.

Aufwand (+3.0):

- +0.7 Die internen Verrechnungen der regionenübergreifenden Tätigkeiten, die sich saldo-neutral im Aufwand und Ertrag niederschlagen, fielen tiefer als erwartet aus.
- +0.5 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einem geringeren Aufwand
- +0.5 Der Personalaufwand für das Projekt Case Management Berufsbildung fiel tiefer als geplant aus.
- +0.9 Die Sachaufwendungen für die biz (Berufkundliches Material, Drucksachen, Unterhalt, Mieten) fielen tiefer als erwartet aus.
- +0.2 Der Staatsbeitrag an die Stadt Zürich reduzierte sich auf Basis aktualisierter Berechnungsgrundlagen (+0.1); Beiträge an weitere Institutionen entfielen (+0.1).
- +0.1 Wegfallende Investitionen führten zu geringerem Abschreibungs- und Zinsaufwand.
- +0.1 Die anteilmässige Verrechnung der Overheadkosten der regionalen Geschäftsstellen an die Berufsberatung fiel tiefer als budgetiert aus.

Investitionsrechnung

Ausgaben (+0.4):

- +0.4 Geplante Softwareerweiterungen (Fallführungsapplikation) und Mobiliarersatzbeschaffungen fielen nicht an.

Personal

Die Abweichung ist auf Personalmutationen sowie auf einen auf das Projektende verschobenen Antrag auf Ausbau des Case Management Berufsbildung zurückzuführen.

7930 Berufsbildungsfonds

Hauptereignisse

Die von den Familienausgleichskassen bei den beitragspflichtigen Betrieben erhobenen Beiträge lagen im Berichtsjahr über dem budgetierten Betrag. Es waren zwar weniger Betriebe als budgetiert beitragspflichtig, diese wiesen aber eine höhere Lohnsumme als angenommen aus. Aufgrund der höheren Einnahmen entschied die Berufsbildungskommission einerseits, die Beiträge an die überbetrieblichen Kurse zu erhöhen, und andererseits, allen Lehrbetrieben mit aktiven Lehrverhältnissen im Berichtsjahr (Stichtag 1. Januar des Berichtsjahres) einen einmaligen Beitrag an die betrieblichen Ausbildungskosten zu gewähren. Weiter wurden Leistungen ausgerichtet an die Qualifikationsverfahren, die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie an branchenspezifische Marketingaktivitäten und Pilotprojekte.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2	Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechtszerung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	17.1	7.0	34.9	27.9
Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	17.1	7.0	34.6	27.6
Entnahme aus Bestandeskonto				
Kalkulatorischer Zinsertrag		0.0	0.3	0.3
Aufwand	-17.1	-7.0	-34.9	-27.9
Zahlungen an Lehrbetriebe	-2.6	-6.0	-27.5	-21.5
Einlagen in Bestandeskonto	-12.8	-0.5	-6.9	-6.4
Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-1.7	-0.5	-0.5	-0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	12.7	13.2	19.6	6.4

Erfolgsrechnung

Ertrag (+27.9):

- +27.9 Im Berichtsjahr erfolgt eine Umstellung auf einen periodengerechten Ausweis der Erträge. Es werden die Zahlungen der beitragspflichtigen Betriebe, welche im Jahr 2013 auf Basis der Lohndaten des Vorjahres erfolgt sind, sowie die voraussichtlichen Zahlungen auf Basis der Lohndaten des Jahres 2013 ausgewiesen. Dadurch werden im Berichtsjahr einmalig die Erträge aus zwei Beitragsjahren gezeigt.

Aufwand (-27.9):

- 21.5 Höhere Ausgaben als geplant, da zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 2013 die Höhe der Einnahmen noch nicht bekannt war
- 6.4 Höhere Fondseinlage aufgrund der höheren Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben



Internationale Kurzfilmtage Winterthur: Architekturhalle



Opernhaus: Der geduldige Sokrates (Oper)



Zürcher Theater Spektakel: Julia, Christiane Jatahy

Baudirektion

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton Zürich ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe (archäologische Funde, Baudenkmäler und historische Ortsbilder). Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und bedrohte Tier- und Pflanzenarten, für saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

Kulturlandinitiative: Der Regierungsrat hat im Juni des Berichtsjahres die Umsetzungsvorlage zur Kulturlandinitiative fristgerecht an den Kantonsrat überwiesen. Er empfiehlt die Umsetzungsvorlage zur Ablehnung, weil die Anliegen der Kulturlandinitiative mit der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans grundsätzlich erfüllt werden können.

Kantonaler Richtplan: Die Beratungen zu den beiden Richtplanvorlagen Gesamtüberprüfung und Flughafen Zürich konnten im November des Berichtsjahres von den zuständigen kantonsrätlichen Kommissionen abgeschlossen werden.

Strategische Entwicklungsplanung für das Universitätsspital und die medizinbezogenen Bereiche der Universität (SEP): Nach dem Entscheid im November 2011, die universitäre Medizin am heutigen Standort des Universitätsspitals im Zentrum von Zürich weiterzuentwickeln, wurde die SEP im Berichtsjahr fortgesetzt. In der Vorstudienphase wurde der Entwurf für einen Masterplan erarbeitet, der als Grundlage für die Teilrevision des kantonalen Richtplans und die kantonalen Gestaltungspläne dienen soll. Zudem wurde die Projektorganisation genehmigt und beauftragt, nicht nur die planungs- und baurechtlichen Arbeiten aufzunehmen, sondern auch eine tragbare Investitionsfinanzierung zu sichern.

Polizei- und Justizzentrum (PJZ): Die Erstellung des PJZ hat begonnen. Auf dem Areal des alten Güterbahnhofs in Zürich sind Baumaschinen aufgefahren. Ab dem 2. Mai wurden die historischen SBB-Gebäude rückgebaut bis auf zwei Hallen, in denen die zukünftigen Baubüros installiert werden und vorübergehend eine private Kunstsammlung untergebracht ist.

Energieplanungsbericht 2013: Die gegenwärtige Fassung ersetzt den Bericht von 2010, der in der Folge der vom Bundesrat 2011 neu festgelegten Energiestrategie zurückgezogen wurde. Er zeigt energiepolitische Erfolge des Kantons Zürich auf, z. B. den seit 20 Jahren stabilen Energieverbrauch im Kanton, den steigenden Anteil erneuerbarer Energien insbesondere bei der Wärmeversorgung von Gebäuden und die hohe Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Trotz zunehmender Wohnfläche pro Kopf und steigenden Komfortansprüchen beim Heizen wird der Kanton Zürich seinen Wärmebedarf dank effizienteren Bauten bis 2050 weitgehend selbst decken können. Damit das CO₂-Ziel von 2,2 Tonnen pro Kopf und Jahr bis 2050 erreicht wird, müssen fossile Energien wie Erdöl und Erdgas im Gebäude- und Mobilitätsbereich weiter verringert werden. Dieser Minderverbrauch wird teilweise durch vermehrte Stromwendungen kompensiert werden, weshalb im Strombereich keine Verbrauchsreduktion zu erwarten ist. Der benötigte Strom soll auch künftig nicht aus fossilen Energien erzeugt werden.

Agrovet Strickhof: Nach der Durchführung des Projektwettbewerbs im Vorjahr wurde der Antrag für einen Objektkredit von 29 Mio. Franken für die Neu- und Ersatzbauten am Strickhof Lindau im Berichtsjahr an den Kantonsrat überwiesen. Agrovet Strickhof ist ein gemeinsames Projekt des Amts für Landschaft und Natur, der ETH Zürich und der Universität Zürich. Mit der Partnerschaft werden im Bereich Nutztierwissenschaften ökonomische und fachliche Synergien zwischen Vertretern der landwirtschaftlichen Praxis, Bildungsfachleuten, Agrarwissenschaftlern und Veterinären ermöglicht.

Jagdschiessanlagen: Der Kantonsrat hat einem Richtplaneintrag für eine Jagdschiessanlage in Widstud bei Bülach zugestimmt. Der Bund begrüsst die erfolgte Standortevaluation und ist mit der Festsetzung des Standorts Widstud und der Zentralisierung der Anlagen im Kanton einverstanden. Dies ermöglicht die kurz- bis mittelfristige Aufhebung und Sanierung der drei bestehenden Standorte (Embrach, Meilen, Pfäffikon).

Tiefbau: Das Tiefbauamt hat im Berichtsjahr sämtliche 2226 Fussgängerstreifen auf Staatsstrassen im Kanton Zürich zusammen mit der Kantonspolizei auf ihre Sicherheit überprüft und für die Sanierung priorisiert. Erste Sofortmassnahmen sind abgeschlossen. Ferner konnte am 5. Oktober des Berichtsjahres in Affoltern a. A. der 200. Betonkreisel der Schweiz bzw. der 78. im Kanton Zürich dem Verkehr übergeben werden.

Schutz und Erhaltung

Villa Patumbah: Die umfangreichen Restaurierungsarbeiten wurden im Berichtsjahr frist- und budgetgerecht abgeschlossen. Der Schweizer Heimatschutz hat im Haupthaus seinen Geschäftssitz eingerichtet. Kurz darauf hat dort auch das Heimatschutzzentrum seinen Betrieb aufgenommen.

Inventar überkommunaler Schutzobjekte: Die Revision des Inventars konnte im Berichtsjahr gestartet werden. Die Aktualisierung sowie die Ergänzung um Bauten des 20. Jahrhunderts stellen für die Eigentümerschaften Planungs- und Rechtssicherheit her. Den Gemeinden wird Hilfestellung bei ihren kommunalen Inventararbeiten geboten.

Archäologie: Am geplanten Installationsplatz für die dritte Tunnelröhre am Gubrist fand die dritte grosse Grabungskampagne statt. Im Auftrag des ASTRA konnte die Kantonsarchäologie Infrastruktur-, Siedlungs- und Grabstrukturen von der Jungsteinzeit bis ins Mittelalter freilegen.

Rechtsetzung

Teilrevision des Landwirtschaftsgesetzes: Der Kantonsrat hat der Gesetzesvorlage zu einer Teilrevision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes zugestimmt. Erschwerte landwirtschaftliche Bewirtschaftung im Berggebiet und in der Hügelizeone soll auch weiterhin mit kantonalen Hang- und Sömmerungsbeiträgen unterstützt werden. Die kantonalen Beiträge sollen indes nicht mehr automatisch die Bundesbeiträge verdoppeln. Diese Entkoppelung ermöglicht eine bedarfsgerechtere Ausschüttung der Beiträge und erhöht den Budgetspielraum des Kantons. Auch an der Subventionierung landwirtschaftlicher Hochbauten und Anlagen (z. B. Ställe) hält der Kantonsrat fest. Die Subventionstatbestände werden jedoch angepasst und auf die Bedürfnisse einer modernen nachhaltigen Landwirtschaft ausgerichtet. Veraltete Subventionstatbestände wurden aufgehoben und die einzelbetriebliche Förderung vermehrt auf öffentliche Interessen ausgerichtet (Lufthygiene, Boden-, Gewässer-, Landschaftsschutz).

ÖREB-Kataster: Landbesitzer in der Schweiz haben eine Vielzahl von Gesetzen, Verordnungen und behördlichen Einschränkungen – die sogenannten öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) – zu beachten. Mit dem Kataster der ÖREB steht künftig ein Werkzeug zur Verfügung, das im Internet die wichtigsten Eigentumsbeschränkungen eines Grundstücks ausweist. Für 15 Pilotgemeinden im Kanton Zürich wurde im Berichtsjahr das ÖREB-Kataster-System bereitgestellt und die notwendigen Daten in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und deren Planern und Geometern aufbereitet.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Immobilienmanagement: Mit dem Beschluss Nr. 1088/2012 hat der Regierungsrat vier Teilprojekte definiert, die er vier verschiedenen Direktionen zur unabhängigen Bearbeitung zuteilte. Mit den Teilprojekten 1a und 1b wurden die Gesundheitsdirektion und die Bildungsdirektion beauftragt, unter Einbezug der selbstständigen Anstalten, der Baudirektion und der Finanzdirektion je ein Konzept betreffend einer allfälligen Entlassung des Universitätsspitals Zürich bzw. der Universität Zürich aus dem kantonalen Immobilienmanagement zu erarbeiten. Die Finanzdirektion wurde beauftragt, die Optimierung der finanziellen Steuerung mit dem Teilprojekt 2 abzuklären, und die Baudirektion, die Verbesserung der Prozesse und der Zusammenarbeit mit dem Teilprojekt 3 dem Regierungsrat vorzulegen. Alle Teilprojekte hätten bis Mitte des Berichtsjahres vorgelegt werden sollen. Lediglich das Teilprojekt 2 wurde bisher vom Regierungsrat verabschiedet. Aus verschiedenen Gründen hat sich die Arbeit bzw. die Entscheidung bei den andern Teilprojekten verzögert. Der Regierungsrat behandelt diese voraussichtlich im Februar 2014.

Neuer Kantonsbaumeister: Im Hochbauamt hat Dr. Matthias Haag die Amtsleitung am 1. September des Berichtsjahres vom bisherigen Amtschef a. i., Hans-Rudolf Blöchliger, übernommen. Die Gesamtprojektleitung des Polizei- und Justizzentrums bleibt bei Hans-Rudolf Blöchliger.

Legislaturziele

Die Baudirektion ist in der Legislaturperiode 2011–2015 zuständig für die Umsetzung von Massnahmen zu den Legislaturzielen 8, 10, 11, 15 und 16 des Regierungsrates. Im Regierungsratsteil werden diese Ziele und Massnahmen aufgeführt, einschliesslich des Stands der Umsetzung und eines Kommentars. Unten stehende Darstellung enthält zusätzlich die Berichterstattung über die weiteren Ziele der Direktion.

Legislaturziel	1 Die raumwirksamen Tätigkeiten sind überkommunal abgestimmt (LZ RR 8).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 8a–8f des Regierungsrates
Legislaturziel	2 Dem wachsenden Druck auf die natürlichen Ressourcen Wasser, Luft und Boden wird entgegengewirkt (LZ RR 10; gemeinsam mit DS).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 10a–10c sowie 10e–10f des Regierungsrates
Legislaturziel	3 Eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist unter den sich rasch ändernden Rahmenbedingungen gewährleistet (LZ RR 11).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziele 11a–11c des Regierungsrates
Legislaturziel	4 Die politischen Strukturen und die Verwaltung sind stärker auf die funktionalen Räume ausgerichtet und ein ergebnisorientierter, ressourcenschonender Gesetzesvollzug sichergestellt (LZ RR 15; gemeinsam mit SK, JI, FD und GD).
	4.1 Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 15h des Regierungsrates
Legislaturziel	5 Der Kanton ist ein attraktiver Arbeitgeber und dem Personalmangel in den Bereichen Gesundheit, Volksschule und Polizei ist begegnet (LZ RR 16; gemeinsam mit DS, FD und BI).
	Massnahmen mit Stand und Kommentar: Vgl. Legislaturziel 16c des Regierungsrates
Legislaturziel	6 Immobilienmanagement Kanton Zürich optimieren
Massnahme	6.1 Verbesserung der Kunden- und Resultatorientierung unter Intensivierung der Kommunikation und Zusammenarbeit in sämtlichen Phasen der Planungs- und Bauprozesse
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das Kommunikationskonzept ist erarbeitet und in Kraft.
Massnahme	6.2 Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement (Grundstrategie und Teilstrategien) entwickeln und umsetzen
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Umsetzung der Grundstrategie verzögert sich um zwei Jahre, da das Projekt Überprüfung des Immobilienmanagements noch nicht abgeschlossen ist. Die Teilportfoliostrategien werden laufend entwickelt und umgesetzt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2015 gerechnet werden.

Massnahme	6.3 Periodische Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Legislaturziel	7 (Hoch-, Tief-, Wasser-)Bauten nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit erstellen und betreiben
Massnahme	7.1 Höherwertigen Minergie-Standards für Neubauten zum Durchbruch verhelfen (Minergie P-Eco und Minergie A-Eco)
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Massnahmen 7.1, 7.2 und 7.8 wurden im KEF 2014–2017 im neuen Entwicklungsschwerpunkt «Direktionsübergreifende Strategie und Standards für nachhaltiges Bauen festlegen» zusammengeführt.
Massnahme	7.2 Minergie-Standard für Umbauten und Sanierungen als Regelfall etablieren
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Massnahmen 7.1, 7.2 und 7.8 wurden im KEF 2014–2017 im neuen Entwicklungsschwerpunkt «Direktionsübergreifende Strategie und Standards für nachhaltiges Bauen festlegen» zusammengeführt.
Massnahme	7.3 Umsetzen der Grossverbraucher-Vereinbarungen bezüglich Energieeffizienz
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Massnahme	7.4 Steigern des Anteils von Recycling-Baustoffen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Massnahme	7.5 Aktualisierung und Fortschreibung der Denkmalpflegeinventare
Stand	Verzögert
Kommentar	Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis Ende 2017 gerechnet werden.
Massnahme	7.6 Alle Brückenbauwerke auf Erdbebensicherheit überprüft
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Massnahme	7.7 Normenerarbeitung für nachhaltiges Bauen von Infrastrukturbauten im Tiefbau. Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet.
Stand	Planmässig
Kommentar	Ziel- und Indikatorensystem sowie Normenentwurf liegen vor. Vernehmlassung und Finalisierung werden bis Mitte 2014 erfolgen. Die Einführung und Umsetzung der Normen ist auf Ende 2014 geplant.
Massnahme	7.8 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Die Massnahmen 7.1, 7.2 und 7.8 wurden im KEF 2014–2017 im neuen Entwicklungsschwerpunkt «Direktionsübergreifende Strategie und Standards für nachhaltiges Bauen festlegen» zusammengeführt.

Massnahme	7.9 Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Das Projekt Musikinsel ist abgeschlossen und die Anlage wird am 24. Mai 2014 eröffnet. Der Kredit für das Projekt Hauswirtschaft, Gastro und Mühlesaal wird im Verlaufe des Jahres 2014 dem Kantonsrat vorgelegt. Die bauliche Umsetzung wird voraussichtlich bis Ende 2016 abgeschlossen sein.
Massnahme	7.10 Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie
Stand	Verzicht
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Legislaturziel	8 Umgang mit Hochwassergefahren und die Konzentration der Massnahmen auf Räume mit hohem Schadenpotenzial
Massnahme	8.1 Hochwassermanagement Zürichsee-Sihl-Limmat: Planungen abgeschlossen / Schwemmholzrechen im Bau
Stand	Verzögert
Kommentar	Die Planungsarbeiten verzögerten sich beim Schwemmholzrechen um ein halbes Jahr. Grund waren vertiefte Abklärungen beim Grundwasser und Vorbehalte wegen Vorgaben der NHK zur Standortwahl, die in der Zwischenzeit geklärt sind. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2015 gerechnet werden (Aufnahme der Bauarbeiten).
Massnahme	8.2 Die Naturgefahrenkarten sind zu 90% erstellt.
Stand	Planmässig
Kommentar	Es sind 88% der Naturgefahrenkarten erstellt.
Legislaturziel	9 Verbesserung der Produktionsbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft zur Sicherung eines attraktiven Grünraumes und der Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln und Holz
Massnahme	9.1 Umsetzen und weiterentwickeln der Ergebnisse aus dem Projekt «Kompetenzzentrum Strickhof»
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012
Massnahme	9.2 Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an Ausbildungsbedürfnisse und Tierschutzvorgaben
Stand	Planmässig
Kommentar	Das Projekt Agrovet-Strickhof kommt planmässig voran. Im Berichtsjahr genehmigten die beteiligten Institutionen das Betriebs- und Nutzungskonzept. Das Vorprojekt liegt vor und der Objektkreditantrag konnte dem Kantonsrat eingereicht werden. Damit wird die tierschutzgerechte Haltung am Strickhof sichergestellt.

Massnahme	9.3 Die Umsetzung der Bundesagrarpolitik 2014–2017 ist vorbereitet und der Vollzug auf eine produzierende nachhaltige Landwirtschaft ausgerichtet.
Stand	Planmässig
Kommentar	Die nötigen EDV-Umstellungen sind erfolgt und die neuen Projekte zur Förderung Landschaftsqualität sind zeitgerecht umsetzungsreif.
Massnahme	9.4 Umsetzen des Waldentwicklungsplans für den Kanton Zürich
Stand	Planmässig
Kommentar	Der Waldentwicklungsplan ist erlassen und in Umsetzung. Das Konzept für die Kontrolle der nachhaltigen Waldentwicklung liegt vor.
Legislaturziel	10 Die Führungsentwicklung fördern und die Prozesse der Baudirektion optimieren
Massnahme	10.1 (Bau-)Projektcontrolling ist in der ganzen Baudirektion umgesetzt.
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Im Berichtsjahr hat das Tiefbauamt – als letztes Amt der Baudirektion und unterstützt durch das Generalsekretariat – sein Bauprojektcontrolling nach den Vorgaben der Baudirektion umgesetzt.
Massnahme	10.2 Einführung Dokumentenmanagementsystem Baudirektion
Stand	Planmässig
Kommentar	Die Ausschreibung ist erfolgt und die Verträge sind abgeschlossen.
Massnahme	10.3 Führungsentwicklung in der Baudirektion fördern
Stand	Planmässig
Kommentar	Mit den Schulungen der Führungsinstrumente und der Durchführung der Veranstaltungen «Führungsimpulse» konnte die Führungsentwicklung weiter ausgebaut werden. Dies kam bei der Mitarbeiterbefragung 2013 in Form von positiven Beurteilungen der Führungskompetenzen zum Tragen.
Legislaturziel	11 Konzept «Schulungsinitiative BD» erarbeiten
Massnahme	Schulungsangebot der Baudirektion ist vollständig erfasst und transparent gemacht.
Stand	Abgeschlossen
Kommentar	Vgl. Geschäftsbericht 2012

Finanzielle Entwicklung

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	790.9	695.8	680.7	-15.1
Aufwand	-1 009.7	-975.6	-954.5	21.1
Kreditübertragungen aus 2012		-2.8		
Saldo	-218.7	-279.8	-273.8	6.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	76.7	62.9	46.2	-16.7
Ausgaben	-198.9	-399.8	-310.8	88.9
Kreditübertragungen aus 2012		-101.3		
Saldo	-122.1	-336.9	-264.7	72.2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 395.5	1 416.7	1 396.1	-20.6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag liegt um 15.1 Mio. Franken oder 2.2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 8.2 Tiefbauamt (8400): Der Übertrag aus dem Strassenfonds ist um 7.7 Mio. Franken geringer als budgetiert, v.a. infolge geringeren Aufwands.
- 6.0 Amt für Landschaft und Natur (8800): Hauptursachen sind geringere durchlaufende Beiträge (-4.0 Mio.) sowie geringere Entgelte aus Verkäufen und Dienstleistungen
- 3.6 Denkmalpflegefonds (8940): Hauptursache ist ein geringerer Übertrag aus dem Lotteriefonds infolge geringerer Sofortabschreibungen von Investitionsbeiträgen (-3.1 Mio.)

Der Aufwand liegt um 21.1 Mio. Franken oder 2.2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +10.1 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursachen sind verschiedenste Projektverzögerungen in den Bereichen Gewässerschutz, Wasserbau und Energie sowie geringere durchlaufende Beiträge
- +8.2 Tiefbauamt (8400): Nebst höherem betrieblichen Staats- und Nationalstrassenunterhalt (-4.9 Mio.) sind geringerer baulicher Staats- und Nationalstrassenunterhalt (+6.6 Mio.), geringerer Aufwand für Studien im Bereich Umweltschutz (+3.1 Mio.) sowie geringere Kapitalfolgekosten (+3.7 Mio.) die Hauptursachen für die Verbesserung
- +8.2 Amt für Landschaft und Natur (8800): Geringere durchlaufende Beiträge (+4.0 Mio.) sowie geringere Staatsbeiträge, geringere Sachaufwände (Bildung, Landwirtschaft und Bodenschutz), geringere Personalkosten sowie geringere Kapitalfolgekosten
- +3.6 Denkmalpflegefonds (8940): Hauptursache sind weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer ausgerichteter Investitionsbeiträge
- 11.5 Liegenschaftenerfolg (8710): Buchverlust aus Verkauf Fluglärmliedenschaft (-7.4 Mio.), höherer baulicher Unterhalt sowie höherer kalkulatorischer Zinsaufwand

Investitionsrechnung

Die Einnahmen liegen um 16.7 Mio. Franken oder 26.6% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- 10.5 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursachen sind geringere Investitionsbeiträge für Wasserbauinvestitionen (-5.5 Mio.) sowie geringere durchlaufende Investitionsbeiträge (-4.9 Mio.)
- 6.8 Tiefbauamt (8400): Hauptursache sind weniger Rückerstattungen und Beiträge von Dritten für Staats- und Nationalstrassen

Die Ausgaben liegen um 88.9 Mio. Franken oder 22.2% unter dem Budget.

Wichtigste Ursachen:

- +35.9 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (8500): Hauptursachen sind geringere Wasserbauinvestitionen (+15.6 Mio.), geringere ausgerichtete Investitionsbeiträge (+13.9 Mio.) sowie geringere durchlaufende Investitionsbeiträge (+4.9 Mio.)
- +20.2 Tiefbauamt (8400): Hauptursache sind geringere Investitionen im Strassenbau und im Hochbau (Werkhöfe) infolge Projekt- und Bauverzögerungen
- +19.4 Immobilienamt (8700): Hauptursachen sind Verzögerungen beim Projekt Polizei- und Justizzentrum (+13.6 Mio.) sowie beim Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau (Umsetzung Hauswirtschaftskurse) (+7.2 Mio.)
- +5.9 Amt für Landschaft und Natur (8800): Hauptursachen sind geringere Investitionen für Hochbauten (+2.5 Mio.) sowie geringere Investitionsbeiträge an Meliorationen und an landwirtschaftliche Hochbauten (+2.4 Mio.)
- +3.9 Denkmalpflegefonds (8940): Geringere Investitionsbeiträge an Private

Personal

- 20.3 Verzögerungen bei der Wiederbesetzung von vakanten Stellen infolge Stellenwechsel oder bei der Besetzung von neu bewilligten Stellen
- 1.6 Tiefere Lehrerbeschäftigung infolge geringerer Lektionenzahl am Strickhof
- +1.3 Verlängerung von Kleinstpensen von Reinigungspersonal bis März 2013

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Ausgaben für folgende bedeutende Investitionsprojekte getätigt:

Investitionen

Übersicht Investitionen in Mio. Franken	Ausgaben R 2013	Total bewilligte Ausgaben	Bisher getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Neunutzung Klosterinsel Rheinau	-16.9	-28.5	-21.5	-7.0
Sanierung Hauptgebäude Rechberg, Zürich	-9.2	-19.6	-13.3	-6.3
Neubau Polizei- und Justizzentrum, Zürich (Projektierungskredit und Landerwerb)	-106.2	-157.8	-150.3	-7.6
Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30, Zürich	-5.3	-11.9	-12.7	0
Thurmündung / Rhein, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Ausführung	-0.9	-42.5	-16.3	-26.2
Bau Hochwasserrückhaltebecken an der Eulach in Winterthur, Hegmatten	-1.1	-32.9	-2.9	-30.0
Beitrag des Kantons Zürich an die Sanierung des Linthkanals	0	-7.5	-7.5	0
Neubau Westumfahrung der Stadt Zürich (N4.1.4 / N4.1.5 / N20.1.4)	-5.1	-3 131.4	-2 813.8	-317.7
Neubau N4 Knonauer Amt (N4.1.6 / N4.1.7)	-3.7	-1 257.0	-1 036.5	-220.5
Entschädigungen des Bundes für Nationalstrassen 2013 für Westumfahrung, Knonauer Amt und Pfingstweidstrasse	+5.5			
Umbau Pfingstweidstrasse / Tram Zürich-West	+2.5	-149.2	-108.4	-40.8
Summe der übrigen Nettoinvestitionen	-124.3			

Leistungsgruppen

8000 Generalsekretariat

Hauptereignisse

Dokumentenmanagementsystem (DMS)

Mit der Umsetzung des Projektes «Dokumenten-Management-System/Enterprise-Content-Management» (DMS/ECM) will die Baudirektion bei der Verwaltung von Dokumenten Klarheit schaffen. Das Ziel ist die direktionsweite elektronische Verwaltung, Ablage und ordnungsgemässe Aufbewahrung von geschäftsrelevanten Dokumenten. Dabei arbeiten alle Mitarbeitenden weiterhin in ihren gewohnten Programmen, sei dies eine LotusNotes-Datenbank, Microsoft Word oder Excel oder eine Fachapplikation wie das Bauadministrationssystem Provis. Im Berichtsjahr wurden planmässig das Pflichtenheft erstellt und die Submission nach GATT/WTO durchgeführt. Im Herbst konnten die Verträge mit dem Lieferanten abgeschlossen und die Arbeiten zur Detailspezifikation begonnen werden.

Übernahme des kantonalen Corporate Designs (CD)

Auf 1. Januar 2014 übernimmt auch die Baudirektion das Corporate Design (CD) des Kantons Zürich. Davon ausgenommen ist der Strickhof. Das Projekt wurde im Frühling des Berichtsjahres gestartet. Die Einführung erfolgt stufenweise und verläuft bisher planmässig. Das Ziel des neuen CD ist nicht einfach nur die visuelle Modernisierung, sondern vor allem ein direktionsübergreifender, einheitlicher Auftritt des Kantons und der Baudirektion. Zugleich wird die Umstellung auf das CD dazu genutzt, mehr Ordnung in die Flut von Word- und Excel-Vorlagen zu bringen. Deshalb werden auch ein neues Vorlagenmanagement-System eingeführt, das die baudirektions-interne Einheitlichkeit gewährleistet, die Anzahl Vorlagen verringert und die individuelle Adaption für die Ämter vereinfacht.

Reorganisation Human Resources (HR)

Die bisherige Organisation im Human Resources (HR) der Baudirektion mit vier separaten Führungsteams im Bereich Beratung und Führungsunterstützung sowie in der Administration genügte den wachsenden Anforderungen und der Fülle der Aufgaben nicht mehr, um die Anliegen der Linie professionell aufzunehmen und effizient umzusetzen. Deshalb wurden im 2011 eine Organisationsanalyse durchgeführt und in folgenden Bereichen Optimierungspotenzial definiert:

- Infrastruktur (Drucker, Pausenraum, Arbeitsplätze)
- Organisation und Zusammenarbeit (einschliesslich Backoffice, Telefondienst)
- Prozesse und Rollen (Linie-HR)
- Kommunikation, Public Relations und Branding

Aus diesen Themenbereichen wurden Massnahmen abgeleitet, die im Projekt «Gemeinsam in die Zukunft (GiZ)» anhand der vier Teilprojekte Organisation, Prozesse, Kommunikation und IT adressiert wurden. Nach der Konzeptionierung der Massnahmen in den Teilprojekten und deren Umsetzung im Rahmen von Arbeitspaketen wurde am 2. April des Berichtsjahres die neue Organisationsstruktur des HR eingeführt und nach der Konsolidierung (100 Tage) die neue Organisationsstruktur evaluiert. Die gesetzten Ziele wurden mit dem Projekt GiZ erreicht. Mit der Neuorganisation ist das HR zeitgemäss aufgestellt und hat die Weichen gestellt, um seinen Leistungsauftrag als Dienstleister professionell und effizient umzusetzen und kommende Entwicklungen und Projekte bestmöglich aufzufangen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht; Rekurs- und Aufsichtsbeschwerdeverfahren
A2	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Finanzen und Controlling
A3	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Organisationsentwicklung
A4	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich interne und externe Kommunikation
A5	Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
A6	Informatikunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen
A7	Leitung Baubewilligungsverfahren, formelle/materielle Koordination kantonaler Baubewilligungen, Beratung von Gemeinden und Bauherren bezüglich Bauverfahren.
A8	Erbringung von Querschnittsleistungen im Bereich Umwelt, Mitberichtsverfahren UVP, Umweltberichterstattung, vollzugsunterstützende Information, Ökologische Beschaffung, Beratung und Dokumentation
A9	Leitung und Koordination des Natur- und Heimatschutzfonds sowie des Denkmalpflegefonds

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Kundenzufriedenheit aller Dienstleistungen (Kundenbefragung alle 3 Jahre) [in %] (A1–A9)	min.	–	–	–	
W2	Arbeitnehmerzufriedenheit ganze Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre) [in %] (A5)	min.	–	75	75	0
W3	Standard Service und Helpdesk erfüllt (Vereinbarung mit den Ämtern) [in %] (A6)	min.	90	80	88	8
Leistungen						
L1	Einhaltung der internen kantonalen Fristen für Baugesuche [in %] (A7)	min.	80	80	80	0
L2	Einhaltung der gesetzlichen Fristen für Umweltverträglichkeitsprüfungen [in %] (A8)	min.	89	90	87	–3
L3	Anzahl bearbeitete Baugesuche (A7)	P	3 194	2 900	3 220	320
L4	Anzahl begleitete Umweltverträglichkeitsprüfungen (A8)	P	29	30	31	1
L5	Anzahl Medienkonferenzen der Baudirektion (A4)	min.	18	10	15	5
Wirtschaftlichkeit						
B1	Anzahl betreute Mitarbeitende in der Baudirektion pro HR-Stelle (HR-Administration) (A5)	min.	143	130	130	0
B2	Anzahl betreuter Informatik-Arbeitsplätze pro Supporter-Stelle (Helpdesk, First- und Second-Level-Support; Benchmark: gut > 150) (A6)	min.	239	233	246	13
B3	Verhältnis der Ausbildungskosten zu den Bruttolohnkosten für die gesamte Baudirektion (Benchmark: 1–3%) [in %] (A5)	min.	1.1	1.5	1.4	–0.1

Abweichungsbegründungen

W1	Die letzte Kundenbefragung wurde 2011 durchgeführt, die nächste ist für 2014 geplant.
L3	Die Anzahl der bearbeiteten Baugesuche war infolge anhaltend starker Bauwirtschaft höher als geplant.
L5	Die Anzahl Medienkonferenzen der Baudirektion erfüllte im Berichtsjahr das Mindestziel vollumfänglich.
B2	Leichte Zunahme der Arbeitsplätze in der Baudirektion

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme		
		LZ	RR	bis
E1	(Bau-)Projektcontrolling ist in der ganzen Baudirektion umgesetzt. Abgeschlossen Im Berichtsjahr hat das Tiefbauamt – als letztes Amt der Baudirektion und unterstützt durch das Generalsekretariat – sein Bauprojektcontrolling nach den Vorgaben der Baudirektion umgesetzt.			2013
E2	Schulungsangebot der Baudirektion ist vollständig erfasst und transparent gemacht. Abgeschlossen Siehe Geschäftsbericht 2012			2013
E3	Einführung Dokumentenmanagementsystem Baudirektion Planmässig Die Ausschreibung ist erfolgt und die Verträge sind abgeschlossen.			2015
E4	Führungsentwicklung in der Baudirektion fördern Planmässig Mit den Schulungen der Führungsinstrumente und der Durchführung der Veranstaltungen «Führungsimpulse» konnte die Führungsentwicklung weiter ausgebaut werden. Dies kam bei der Mitarbeiterbefragung 2013 in Form von positiven Beurteilungen der Führungskompetenzen zum Tragen.			2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		15.3	17.2	16.1	-1.1
Aufwand		-43.9	-47.8	-45.0	2.8
Übertrag in den NHS-Fonds (8910)		-18.0	-18.0	-18.0	0.0
Saldo		-28.5	-30.6	-28.9	1.7
Investitionsrechnung					
Einnahmen		0.5	0.6	0.2	-0.4
Ausgaben		-1.1	-3.9	-1.4	2.5
Kreditübertragungen aus 2012			-0.8		
Saldo		-0.6	-3.3	-1.2	2.1
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		81.2	82.4	81.3	-1.1

Erfolgsrechnung

Die zentrale Informatik der Baudirektion verrechnet ihre Leistungen den Nutzern zu 100% und beeinflusst somit den Saldo der Erfolgsrechnung nicht. Es ergeben sich aber saldoneutrale Bewegungen in

Aufwand und Ertrag:

- +1.0 Weniger Informatikaufwand v. a. infolge Projektverzögerungen bzw. -verschiebungen
- 1.0 Weniger Erträge aus Verrechnungen von Informatikleistungen an die Ämter der Baudirektion infolge geringeren Informatikaufwands

Die saldorelevanten Abweichungen:

- +0.8 Weniger Dienstleistungen Dritter und Honorare für externe Gutachter/Berater
- +0.7 Weniger Personalaufwand
- +0.2 Diverse geringe Abweichungen in Aufwand und Ertrag

Investitionsrechnung

- +2.5 Geringere Informatikausgaben infolge diverser Projektverzögerungen bzw. -verschiebungen
- 0.4 Geringere Einnahmen infolge Projektverzögerung

Personal

- 1.1 Geringerer Beschäftigungsumfang, v. a. aufgrund vorübergehender Vakanzen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	415 073	-14 768	0	400 305	-14 768

Verwendung Rücklagen 2013

- davon Fr. 14 768 für Früchte und übrigen Personalaufwand

8100 Hochbauamt

Hauptereignisse

Planung und Bau

Das Investitionsvolumen hat in den letzten Jahren laufend zugenommen. Waren gemäss Rechnung 2009 noch 244 Mio. Franken zu verbauen, stieg die Summe im Berichtsjahr auf 290 Mio. Franken. Für die Planung und Verwirklichung des Polizei- und Justizzentrums PJZ wurde der Stellenplan um vier Stellen aufgestockt. Weitere zusätzliche Stellen sind vorgesehen für die Strategische Entwicklungsplanung der Universitären Medizin im Gebiet des Universitätsspitals.

Im Kanton Zürich stehen sehr grosse Bauvorhaben an. Das Hochbauamt trieb im Berichtsjahr neben der Projektentwicklung auf dem USZ-Areal auch Grossprojekte wie das Polizei- und Justizzentrum, die Erweiterung des Kantonsspitals Winterthur oder den Laborbau UZI5 an der Universität Zürich Irchel voran. Andere Grossprojekte sind in der Investitionsrechnung des Kantons Zürich nur zu einem kleinen Teil enthalten. So wird z. B. das Toni-Areal von der Firma Allreal AG geplant und verwirklicht. Der Kanton Zürich ist nur Mieter, trotzdem wird aber das Gesamtvolumen von etwa 500 Mio. Franken durch das Hochbauamt koordiniert. Zusätzlich verantwortet das Hochbauamt den Ausstattungskredit im Umfang von 89,5 Mio. Franken, der über die Investitionsrechnung des Kantons Zürich finanziert wird. Der Bezug des Toni-Areals durch die beiden Fachhochschulen ZHdK und ZHAW musste von Mitte des Berichtsjahres um ein Jahr auf Mitte 2014 verschoben werden.

Damit die kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre tägliche Arbeit in gut funktionierenden Liegenschaften leisten können, muss das gesamte Portfolio unterhalten, saniert oder durch Neubauten erweitert werden. Mit besonderem Stolz durften wir das neue Verwaltungsgebäude an der Stampfenbachstrasse 30 in Betrieb nehmen. Es handelt sich um das erste Gebäude, das der Kanton Zürich im Standard Minergie-P-Eco verwirklicht hat. Es konnte im Mai durch die Mitarbeitenden der Gesundheitsdirektion bezogen werden. Doch das Hochbauamt baut nicht nur Gebäude für die Menschen; im Projekt Agrovet Strickhof werden dereinst neben Forschern und Schülern auch Kühe einziehen. Es handelt sich um einen Gebäudekomplex im Strickhof in Eschikon/Lindau, der in Zusammenarbeit zwischen Baudirektion, Universität und ETH geplant wird. Neben Menschen und Tieren werden auch Pflanzen in besonderen Bauten untergebracht. Drei Perlen – die drei Kuppelschauhäuser im botanischen Garten – wurden vollständig saniert. Sie dienen nicht nur der universitären Forschung, sondern sind auch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Besonders erwähnenswert ist die Erstellung von mehreren Gebäuden in Andelfingen, in die nie jemand einziehen wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz baut ein Übungsdorf, das dem Zivilschutz, den Feuerwehren, der Polizei, Sanität und Armee für Einsatzübungen zur Verfügung stehen wird. Eher unspektakulär verlaufen viele kleinere und mittlere Vorhaben, wie z. B. die Instandsetzung der historischen Mauern im Schloss Laufen am Rheinfall, der Umbau eines Lehrzimmers in der Kantonsschule Wiedikon, der Neubau eines Unterstellplatzes für die Zentralwerkstatt des Tiefbauamtes im Werkhof Dietlikon, die Strangsanierung der Toiletten im Bezirksgericht Uster oder die Sanierung eines Personalwohnhauses für das USZ an der Vogelsangstrasse 10. Dabei handelt es sich nur um eine kleine Auswahl aus über 600 laufenden Projekten.

Bei mehreren Projekten wurden mittels Wettbewerb oder Planerwahlverfahren die bestgeeigneten Planungsteams bestimmt, so z. B. für den anspruchsvollen Neubau eines multifunktionalen Laborgebäudes in der Universität Irchel, für die Erweiterung des Staatsarchivs oder für den Umbau der Allgemeinen Berufsschule am Sihlquai 87.

Am 1. September des Berichtsjahres hat der neue Kantonsbaumeister, Dr. Matthias Haag, seine Arbeit aufgenommen. Er hat sich in den ersten vier Monaten intensiv in die vielen laufenden Projekte eingearbeitet und sich in sehr vielen Gesprächen mit den Kundinnen und Kunden sowie Partnern des Hochbauamtes ein umfassendes Bild der Leistungen und Anforderungen an das Hochbauamt machen können.

Beiträge und Beratung

Die Anzahl der im Berichtsjahr eingegangenen Gesuche um Zusicherung bzw. Ausrichtung von Staats- und Fondsbeiträgen hat sich gegenüber dem vorangegangenen Jahr nochmals leicht vermindert. Von den gesamthaft 253 erledigten Geschäften betrafen 144 Projektbeurteilungen und Beitragszusicherungen für Investitionsprojekte mit einem Investitionsvolumen von gesamthaft rund 147 Mio. Franken. Die Projekte wurden bezüglich Raumprogramm und Materialisierung sowie geplanter Investitionskosten beurteilt.

Kunstsammlung Kanton Zürich

Neben grossen Gestaltungsprojekten mit je über 200 Werken wie die Gestaltungen im Amt für Jugend und Berufsberatung, der Pädagogischen Hochschule oder dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt wurden unterschiedlichste kleinere Gestaltungsaufträge – davon über 20 Projekte allein im Universitätsspital Zürich – verwirklicht. Ergänzend zu den Gestaltungen wurden für die verschiedenen Ämter verschiedene Führungen und Informationsveranstaltungen zur Kunst und Kunstsammlung durchgeführt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem Onlineprojekt: Mehr als 2200 Objekte sind heute erfasst und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht unter <http://www.zh.ch/internet/de/ktzh/kunstsammlung.html>. Der zunehmende Bekanntheitsgrad und die Qualität der Sammlung führten vermehrt zu Anfragen von in- und neu auch von ausländischen Instituten für die Ausleihe von Kunstwerken für ihre Ausstellungen, so u. a. im Haus zum Waldsee in Berlin.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe
A2	Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
A3	Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Leistungsgruppen

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Gesamtausgaben zulasten Baukredite (BKP 1–9) sowie im Berichtsjahr bearbeitetes Planungs- und Bauvolumen in Mio. Fr. (A1)	P	450	450	450	0
W2	Gesamtumfang neu abgeschlossener Verträge in Mio. Fr. (A1)	P	218	300	164	-136
W3	Umweltmanagement: relative Energiekennzahl Minergie, Zielwerte in % (A1)	max.	85	92	80	-12
W4	Einhaltung Baukosten vs. Kreditsumme über die durchschnittliche Projektlaufzeit, Mehrkosten in % der Zahlungen Total (A1)	max.	-	2	1.5	-0.5
Leistungen						
L1	Anzahl neu abgeschlossener Verträge Stk. (A1)	P	4 695	3 000	3 348	348
L2	Anzahl bearbeiteter Rechnungen Stk. (A1)	P	18 647	17 000	18 433	1 433
L3	Anzahl Wettbewerbe Planer Stk. (A1)	P	6	6	8	2
L4	Beiträge und Beratung: Staatsbeitragsgesuche Stufe Projekt Stk. (A2)	P	118	250	144	-106
L5	Beiträge und Beratung: Staatsbeitragsgesuche Stufe Abrechnung Stk. (A2)	P	169	150	109	-41
L6	Kunstsammlung: Anzahl realisierter Kunstgestaltungsprojekte Stk. (A3)	P	100	60	78	18
L7	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 0.1–1.0 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	371	320	338	18
L8	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 1.0–3.0 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	70	70	75	5
L9	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 3.0–20 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	92	72	75	3
L10	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten 20–100 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	37	25	37	12
L11	Projektmanagement Anzahl Projekte mit Anlagekosten >100 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	10	10	11	1
L12	Planerleistungen Anzahl Projekte mit Anlagekosten 0.1–1.0 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	87	80	84	4
L13	Planerleistungen Anzahl Projekte mit Anlagekosten 1.0–3.0 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	5	20	6	-14
L14	Planerleistungen Anzahl Projekte mit Anlagekosten 3.0–20 Mio. Fr. Stk. (A1)	P	1	0	1	1
L15	Anzahl Instandhaltungsaufträge Stk. (A1)	P	83	70	86	16

Wirtschaftlichkeit

B1	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Projektmanagement in % (A1)	P	3.9	5.0	4.9	-0.1
B2	Planung und Bau: Verhältnis Aufwand HBA zu Ausgaben z. L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Planerleistungen in % (A1)	P	9.5	15.0	3.7	-11.3
B3	Aufwand HBA zu Ausgaben z.L. Baukrediten, Mittelwert pro Jahr: Instandhaltung in % (A1)	P	12	15	13	-2
B4	Anteile Gesamtausgaben für Projektmanagement in % (A1)	P	93	97	87	-10
B5	Anteile Gesamtausgaben für Planerleistungen in % (A1)	P	2	2	8	6
B6	Anteile Gesamtausgaben für Instandhaltung in % (A1)	P	5	1	5	4

Abweichungsbegründungen

W2/L1/L7/L12/L15	Trotz anzahlmässigem Anstieg abgeschlossener Verträge sank der Gesamtumfang (Volumen) infolge Zunahme an Kleinprojekten und Instandhaltungsaufträgen.					
W3	Die neuen Projekte orientieren sich am Minergie-P Standard und sind damit klar besser (tiefere Energiekennzahl) als die laufenden Projekte, die sich mehrheitlich noch am Minergie-Standard ausrichten. Da laufende Projekte abgeschlossen wurden und durch neue Projekte ersetzt wurden, konnte eine deutliche Verbesserung dieses Indikators erreicht werden.					
L4-L5	Die Anzahl der eingegangenen und in der Folge auch abgeschlossenen Geschäfte bei den Staats- und Fondsbeitragsgesuchen liegt unter Budget und Vorjahr. Der Rückgang liegt in der Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichsgesetzes begründet. So werden neue Bauvorhaben gemeindeeigener Schulhausanlagen ab dem 1. Januar 2012 nicht mehr vom HBA begutachtet.					
B1-B3	Die Wirtschaftlichkeit (Verhältnis «Aufwand HBA»-Stundenleistung zu KBOB-Tarifen gemessen an den getätigten Ausgaben) liegt nach wie vor unter den Benchmarks für Projektmanagement, Planerleistungen und Leistungen für Unterhalt und Instandhaltung.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Verbesserung der Kunden- und Resultatorientierung unter Intensivierung der Kommunikation und Zusammenarbeit in sämtlichen Phasen der Planungs- und Bauprozesse Abgeschlossen Das Kommunikationskonzept ist erarbeitet und in Kraft.		2015
E2	Höherwertigen Minergie-Standards für Neubauten zum Durchbruch verhelfen. (Minergie P-Eco oder Minergie A-Eco) Abgeschlossen Die Entwicklungsschwerpunkte E2 und E3 wurden im KEF 2014–2017 im neuen Entwicklungsschwerpunkt E2 «Direktionsübergreifende Strategie und Standards für nachhaltiges Bauen festlegen» zusammengeführt.		2015
E3	Minergie-Standard für Umbauten und Sanierungen als Regelfall etablieren Abgeschlossen Siehe Kommentar zu E2.		2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		1.1	0.0	0.9	0.9
Aufwand		-20.3	-22.2	-22.4	-0.2
Saldo		-19.2	-22.2	-21.5	0.7
Investitionsrechnung					
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		102.8	117.4	110.8	-6.7

Erfolgsrechnung

- +0.9 Höhere Erträge v. a. infolge Verrechnung von Leistungen für das Projekt «Strategische Entwicklungsplanung universitäre Medizin» (SEP) sowie von Eigenleistungen an Bauprojekten
- +0.9 Geringerer Personalaufwand v. a. aufgrund verzögerter Stellenbesetzungen
- +0.2 Geringerer Aufwand für Umweltschutzstudien sowie für Planungen Dritter
- 1.1 Höherer Aufwand für Dienstleistungen Dritter, v. a. für externe Auftragnehmer zur Überbrückung von Personalvakanz
- 0.2 Höherer interner Aufwand v. a. infolge mehr Informatikleistungen sowie höheren Mietaufwands wegen gestiegener Mietflächen

Personal

- 6.7 Verzögerung bei der Besetzung bewilligter Stellen sowie bei der Wiederbesetzung vakanter Stellen

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	368 821	-168 372	0	200 449	-168 372

Verwendung von Rücklagen 2013

- Fr. 168 372 für die Einrichtung und den Ausbau des «HBA-Treffpunkts»

8300 Amt für Raumentwicklung

Hauptereignisse

Archäologie und Denkmalpflege

Am Hauptsitz in Stettbach wurde eine Kühlzelle eingebaut, um künftig heikle archäologische Funde fachgerecht zwischenlagern zu können. Es wurden verschiedene Grabungen durchgeführt, u. a. in Wettswil (römischer Gutshof) und in Robenhausen bei Wetzikon (mittelsteinzeitlicher Lagerplatz). Die Ruine Mörsburg wurde saniert.

Die neue archäologische Verwaltungs-Software zur digitalen Sicherung von Grabungsbefunden und Fundobjekten – ein Gemeinschaftsprojekt mit den Kantonen Thurgau und Graubünden sowie dem Fürstentum Liechtenstein – ist erfolgreich in Betrieb genommen worden. Stellvertretend für die Ausleihe vieler Zürcher Fundobjekte steht die Sonderausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte von Sachsen-Anhalt in Halle «3300 BC – Mysteriöse Steinzeittote und ihre Welt», wo das älteste Rad Europas von Zürich-Riesbach gezeigt wird. Mit 233 Reservationen ist ein neuer Ausleih-Rekord in der unterdessen 9-jährigen Laufzeit der Archäologie-Koffer zu verzeichnen.

Zahlreiche Gebäude wurden restauratorisch begleitet, u. a. der Palais Rechberg in Zürich (repräsentativer Ort für Anlässe und Empfänge der Regierung), die Klosteranlagen auf der Insel Rheinau (Musikinsel) und das Girsbergerhaus in Unterstammheim.

Raumplanung

Von Oktober bis Dezember im Berichtsjahr wurden die öffentliche Auflage sowie die Anhörung der nach- und nebeneordneten Planungsträger zur Richtplananpassung der Kapitel 4.3 (Linienführung Erweiterung Glattalbahnhof) sowie 6 (Öffentliche Bauten und Anlagen) durchgeführt. Damit sollen die behördenverbindlichen Rahmenbedingungen zur Verwirklichung eines Hubs des nationalen Innovationsparks auf dem Flugplatzareal Dübendorf geschaffen werden. Das Gebietsmanagement für das Flugplatzareal wurde in die neue kantonale Projektorganisation Innovationspark unter Federführung der Volkswirtschaftsdirektion überführt. Abgestimmt auf den Fortgang der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans wurde die gesamthafte Überarbeitung der regionalen Richtpläne unterstützt.

In den Schlüsselräumen für die Raumentwicklung wurden weitere Planungen abgeschlossen (Masterplan Uster-Volketswil, Hochschulstandort Wädenswil), fortgeführt (Hochschulgebiet Zürich Zentrum, Zukunft Kasernenareal Zürich, Gebietsplanung Airport-Region, Landschaftsentwicklung Glatttraum, Schutzverordnungen Bachtel-Allmen und Uetliberg-Albiskette, Gesamtkonzept Windlacherfeld) bzw. ausgelöst (Hochschulstandort Irchel, Planen und Bauen am Zürichseeufer). Im Rahmen der langfristigen Raumentwicklungsstrategie für den Kanton Zürich wurden zudem zahlreiche Teilprojekte zu raumbedeutsamen Fragen vorangetrieben und teilweise bereits abgeschlossen. Schliesslich wurden die Inhalte des Raumplanungsberichts 2013 erarbeitet.

Im Bereich Bauen ausserhalb Bauzonen wurde eine anhaltend hohe Anzahl Baugesuche bearbeitet. Neben Solaranlagen und Vorhaben für die Pferdehaltung verzeichneten auch Baugesuche für die Energieversorgung, für altrechtliche Wohnbauten und für Terrainveränderungen eine deutliche Zunahme. Letztere im Zusammenhang mit der Kompensation von Fruchtfolgeflächen und anderen Bodenverbesserungsmassnahmen.

Um Regionen, Gemeinden und Private in ihren Aufgaben zu unterstützen, wurden Materialien zu Weilerkernzonen und zu Solaranlagen bereitgestellt.

Geoinformation (Fachstellen Vermessung, GIS und Datenlogistik ZH)

Nach der Inkraftsetzung des kantonalen Geoinformationsgesetzes (KGeolG) im November 2012 wurde im Berichtsjahr die Gebührenverordnung für Geodaten (GebV, GeoD) erarbeitet, vom Regierungsrat verabschiedet und auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Zur einheitlichen Handhabung der neuen Verordnung wurde eine Anwendungsrichtlinie erarbeitet. Das Kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR-ZH) beruhte in der Vergangenheit auf Regierungsratsbeschlüssen und Verträgen mit dem Bundesamt für Statistik. Mit der neuen Verordnung über das Gebäude- und Wohnungsregister und die Datenlogistik konnte eine heutige rechtliche Grundlage ausgearbeitet werden. Die Inkraftsetzung ist auf Mai 2014 geplant. Mit der Submission der Luftbildbefliegung und dem Laserscanning über das gesamte Kantonsgebiet wurde eine weitere Massnahme aus der neuen Geoinformationsgesetzgebung, die Kantonalen Kartenwerke, angepackt. Die Ausführung erfolgt 2014. Ende September des Berichtsjahres ist der Abteilungsleiter Othmar Hiestand nach beinahe 40 Jahren im Dienste des Kantons Zürich in den Ruhestand getreten. Sein Nachfolger Christian Kaul hat am 1. Oktober des Berichtsjahres die Leitung der Abteilung übernommen.

Die Fachstelle Vermessung hat die Ausführung der AV93 intensiv vorangetrieben. Diese numerische Erfassung der amtlichen Vermessung hat auf Ende Jahr einen guten Flächendeckungsgrad von 96% (Baugebiet 99,6%) des Kantons Zürich erreicht. Ebenfalls konnte die Verifikation der laufenden Nachführung wieder aufgenommen werden und ein Nachführungsgeometerbüro umfassend überprüft werden.

Ein Staatsvertrag von 1893 hält fest, dass die zuständigen Behörden die Landesgrenze alle sechs Jahre einer Revision zu unterziehen haben. Die Fachstelle Vermessung führte die Begehung im April des Berichtsjahres durch und konnte die festgestellten Mängel gemeinsam mit den deutschen Kollegen im Berichtsjahr beheben. Die Begehung wurde auch von den lokalen Medien in die Berichterstattung aufgenommen.

Die Funktionalitäten des von der Fachstelle GIS-Zentrum entwickelten GIS-Browsers wurden weiter ausgebaut und weitere neue Themen konnten in den GIS-Browser integriert und aufgenommen werden. Der GIS-Browser ist eines der meist genutzten Tools für die Verwaltung im Intranet und für die Öffentlichkeit im Internet.

Im Weiteren hat die Fachstelle GIS-Zentrum die Ämter und Fachstellen innerhalb der kantonalen Verwaltung als Koordinationsstelle für das GIS-ZH in den vielen und komplexen Projekten und Aufgaben im Umfeld der Geoinformation tatkräftig unterstützt.

Die Fachstelle Datenlogistik ZH hat zur Erweiterung ihres funktionalen Angebotes im Bereich Datenaustausch die Dienstleistung «WebShare ZH» entwickelt und für den Gebrauch in der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung gestellt. Für die Gesundheitsdirektion hat sie eine Zwischenlösung für die Wohnsitzprüfung von Spital-Patientinnen und -Patienten geplant und umgesetzt. Im Auftrag der Baudirektion wurde eine Machbarkeitsstudie für eine «elektronische Plattform für Baugesuche» erstellt. Das Auskunftssystem Grundbuch (AKS GB) wurde im Auftrag des Notariatsinspektorates funktional erweitert und für die Verwendung in der öffentlichen Verwaltung freigegeben. In derselben Zeitspanne konnten die letzten Programme aus der ersten Generation der Datenlogistik ZH aus den 90er-Jahren erfolgreich durch neue Programme und Funktionen ersetzt werden. Die Datenlogistik ZH hat zusätzlich zu den ISO-Zertifikaten im Qualitäts- und Informationssicherheitsmanagement die Prüfungen im Datenschutz nach VDSZ bestanden und ist somit auch datenschutz zertifiziert.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Raumplanung (Raumplanung, Bauen ausserhalb Bauzonen): Sach-, Richt- und Nutzungsplanung, Ortsbild- und Landschaftsschutz; Raumbeobachtung und -controlling, Bewilligungen von Bauten und Anlagen ausserhalb Siedlungsgebiet
A2	Geoinformation (Vermessung, GIS-Zentrum und Datenlogistik ZH): Amtliche Vermessung, Lage- und Höhenfixpunkt-netz, Übersichts- und Spezialpläne, Geografisches Informationssystem, Datentransportsystem, Geodaten, Datenlogistik
A3	Kulturgüter (Archäologie und Denkmalpflege): Schutzmassnahmen an Objekten, Schutzabklärungen, Beratungen, Begutachtungen. Inventarisierung und Dokumentation des Kulturgüterbestandes, Sicherstellungsmassnahmen vor Ort oder in Studiensammlung/Bauteillager. Übermittlung und Öffentlichkeitsarbeit.

Indikatoren

		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Bauzonenbeanspruchung [in m ²] (A1)	max.	116.8	116	115.4	-0.6
W2	Bauzonenmanagement [in ha] (A1)	max.	17.8	10	8.1	-1.9
W3	Bauzonenverbrauch [in ha] (A1)	max.	103.3	130	95.6	-34.4
W4	Anzahl Abfragen im Intranet bezüglich GIS-Daten (A2)	P	2 113 143	2 200 000	-	-
W5	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk abgeschlossen ohne kantonale Mehranforderungen § 5 KVAV (A2)	min.	162	169	169	0
W6	Anzahl Gemeinden Vermessungswerk in Arbeit ohne kantonale Mehranforderungen § 5 KVAV (A2)	max.	9	2	2	0
W7	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei geplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten [in %] (A3)	P	65	60	60	0
W8	Geschützter oder untersuchter Flächenanteil bei ungeplanten Rettungsgrabungen an archäologischen Objekten [in %] (A3)	P	15	15	20	5
W9	Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A2)	min.	83	-	-	-
W10	Kundenzufriedenheit Denkmalpflege: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A3)	min.	88.4	80	92.7	12.7
W11	Kundenzufriedenheit Archäologie: Anteil Bewertung «gut oder sehr gut» [in %] (A3)	min.	100	80	100	20
W12	Fruchtfolgeflechte gemäss Sachplan des Bundes [in ha] (A1)	min.	44 350	44 400	44 350	-50

Leistungen

L1	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche in Bauzonen [in %] (A2)	min.	99	99	99	0
L2	Vollnumerisch vermessene Kantonsfläche gesamthaft [in %] (A2)	min.	94	97	96	-1
L3	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche [in %]; Lagefixpunktnetz (A2)	min.	100	100	100	0
L4	Stand Erneuerung Fixpunktnetz: aufgearbeitete Fläche [in %]; Höhenfixpunktnetz (A2)	min.	80	85	85	0
L5	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe gross (A3)	P	50	60	53	-7
L6	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe mittel (A3)	P	67	50	47	-3
L7	Anzahl laufende Archäologie-Projekte: Aufwandgruppe klein (A3)	P	70	50	78	28
L8	Kundenbeziehungen Datenmanagement (A2)	P	282	85	307	222
L9	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Anschlüsse (A2)	P	243	175	246	71
L10	Dienstleistungen Datentransport: Anzahl Datentransfers (A2)	P	953 800	700 000	1 385 774	685 774
L11	Dienstleistungen Datentransport: Transfervolumen in Gigabytes (A2)	P	1 377	900	364	-536

Wirtschaftlichkeit

B1	Kostendeckungsgrad GIS-Zentrum [in %] (A2)	min.	75.95	75	76.8	1.8
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH [in %] (A2)	min.	70	70	72.2	2.2

Abweichungsbegründungen

W3	Der Umgang mit noch unüberbauten Bauzonen auch vor dem Hintergrund des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes, der kantonalen Kulturlandinitiative sowie des laufenden Verfahrens zur Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans ist spürbar haushälterischer geworden. Erstmals seit der Ersterfassung im Jahre 1985 ist dieser Wert unter 100 ha gefallen.
W4	Auf der neuen WEB-Infrastruktur des GIS-Zentrums kann dieser Wert nicht mehr auf die gleiche Weise erhoben werden. Im KEF 2014–2017 wurde der Indikator angepasst. Die erste Erhebung nach neuer Methode erfolgt für das Jahr 2014.
W9	Die Umfrage «Kundenzufriedenheit GIS-Zentrum» findet alle zwei Jahre statt. Im Berichtsjahr 2013 wurde keine Umfrage durchgeführt.
L7	Bedingt durch eine rege Bautätigkeit sowie dem Trend zur Verdichtung nach innen ergab sich ein Zuwachs von kleineren Projekten.
L8-L10	Der Anstieg in diesen Indikatoren ist auf im Berichtsjahr durchgeführte, aber zum Zeitpunkt der KEF-Erstellung noch nicht bekannte Projekte wie z. B. Hotelkontrolle der Kantonspolizei oder Abrechnungsdaten Spitäler Kanton Zürich zurückzuführen.
L11	Die Daten werden neu vor dem Transfer je nach File-Typ mit einem Faktor 1:1 bis 10:1 komprimiert. Somit wurden nicht weniger Daten übermittelt, sondern die Übermittlung erfolgte effizienter.

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme	
		LZ RR	bis
E1	Aufgrund der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans eine Richtplanvorlage an den Kantonsrat erstellen Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	8a	2013
E2	Die überarbeiteten regionalen Richtpläne festlegen Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	8b	2014
E3	Eine Raumentwicklungsstrategie zur langfristigen Abstimmung der raumwirksamen Tätigkeiten erarbeiten Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	8c	2014
E4	Vollzug des kantonalen Geoinformationsgesetzes KGeolG Planmässig Die Gebührenverordnung ist abgeschlossen. Mit der Umsetzung Leitungskataster und kantonale Kartenwerke wurde begonnen.		2015
E5	Einführung Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen ÖREB Planmässig Der Aufbau der Pilotphase ist abgeschlossen, der Pilotbetrieb läuft ab Januar 2014.		2015
E6	Aktualisierung und Fortschreibung der Denkmalpflege-Inventare Verzögert Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis Ende 2017 gerechnet werden.		2015

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
Ertrag		4.9	5.5	5.8	0.3
Aufwand		-25.6	-30.9	-28.4	2.5
Abschreibungen und Zinsen		-1.5	-1.7	-1.5	0.1
Staatsbeiträge		-0.1	-0.1	-0.1	0.0
Kreditübertragungen aus 2012			-0.4		0.0
Saldo		-20.7	-25.4	-22.5	2.9
Investitionsrechnung					
Einnahmen		1.1	0.5	1.0	0.5
Ausgaben		-2.2	-1.9	-2.0	-0.1
Saldo		-1.1	-1.4	-1.0	0.4
Personal					
Beschäftigungsumfang Angestellte		109.3	119.7	117.2	-2.5

Erfolgsrechnung

- +2.1 Geringerer Sachaufwand insbesondere durch Projektverzögerungen bei der Umsetzung des kantonalen Geoinformationsgesetzes KGeolG, bei den periodischen Nachführungen der amtlichen Vermessung sowie bei der Anschaffung und dem Unterhalt von immateriellen Anlagen
- +0.4 Geringerer Personalaufwand insbesondere durch verzögerte Stellenbesetzungen in der Abteilung Raumplanung
- +0.3 Höherer Ertrag insbesondere durch Kostenbeteiligungen von Gemeinden für Gebietsplanungen wie zum Beispiel «Zukunft Kasernenareal Zürich» und «Airport-Region»
- +0.1 Tiefere Abschreibungen und Zinsen

Investitionsrechnung

- +0.5 Höhere Investitionseinnahmen aufgrund durchlaufender Beiträge des Bundes an die amtliche Vermessung (saldoneutral)
- 0.5 Höhere Investitionsausgaben aufgrund durchlaufender Beiträge des Bundes an die amtliche Vermessung (saldoneutral)
- +0.4 Geringere Investitionsausgaben insbesondere für die Anschaffung immaterieller Anlagen der Fachstelle Datenlogistik

Personal

- 2.5 Geringerer Beschäftigungsumfang infolge von Verzögerungen bei Stellenbesetzungen in der Abteilung Raumplanung

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	359 600	0	0	359 600	0

8400 Tiefbauamt

Hauptereignisse

Bau und bauliche Anpassung der Strasseninfrastruktur

Bei den Staatsstrassen lagen die Schwerpunkte bei Anpassungen des Strassennetzes zur Verbesserung der Verkehrssicherheit (z. B. Sanierung von Unfallschwerpunkten) sowie bei der Vervollständigung des Velowegnetzes (Schliessung der Lücken gemäss den regionalen Verkehrsrichtplänen) zur Erhöhung der Sicherheit auf den Rad-, Wander-, Schul- und Arbeitswegen. Im Nationalstrassenbereich erfolgten weitere Fertigstellungs- und Garantearbeiten im Knonaueramt.

Bewirtschaftung des National- und Staatsstrassennetzes

Der Betrieb und Unterhalt der Staatsstrassen, verbunden mit dem entsprechenden Leistungsauftrag des ASTRA für die Autobahnen im Wirkungssperimeter der zürcherischen Gebietseinheit VII, war die Hauptaufgabe im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Das stetig wachsende Verkehrsaufkommen erforderte überregionale Koordination der Unterhaltsarbeiten mit kantonalen und kommunalen Baustellen.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Bau: Projektierung und Bauausführung von National-, Haupt- und Staatsstrassenneu- und -ausbauten, einschliesslich Brücken
A2	Unterhalt und Betrieb: National- und Staatsstrassen, einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
A3	Querschnittsaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Zustand Kunstbauten, max. Anteil in schlechtem Zustand (Ziel: 1.5%) (A2)	max.	1.3	1.5	1.4	-0.1
W2	Entwässerungsleitungen, max. Anteil in mangelhaftem oder schlechtem Zustand (Ziel: 1.5%) (A2)	max.	1.4	1.4	1.8	0.4
W3	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, max. Anteil in schlechtem oder kritischem Zustand (Ziel: 4.0%, Erhebung alle 3 Jahre) (A2)	max.	-	-	-	-
W4	Anzahl Gemeinden mit eingeleiteten Lärmsanierungsprojekten (Ziel: 100% [169 Gemeinden], Einleitung mit RRB bis 2015) (A3, E2)	min.	65	75	84	9
W5	Anzahl Gemeinden mit abgeschlossenen Lärmsanierungsprojekten (Ziel: 100% [169 Gemeinden], bis 2020) (A3, E2)	min.	10	20	18	-2
Leistungen						
L1	Minimales Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Fr. pro Jahr, inkl. Land) (A1)	min.	15.3	15.1	15.6	0.5
L2	Mittleinsatz für baulichen Unterhalt und Erneuerungen (zur Bauwerks-Erhaltung) (in Mio. Fr. pro Jahr) (A1, A2)	P	76.9	78.8	71.2	-7.6
Abweichungsbegründungen						
W2	Die Datenmigration in die Software Dataver-Abwasser hatte zur Folge, dass der Rohrzustand neu berechnet wurde.					
W3	Die letzte Erhebung fand 2011 statt, die nächste ist für 2014 geplant.					
W4	Aufgrund der regionenweisen Einleitung der Lärmsanierungsprojekte konnten mehr Gemeinden gestartet werden als ursprünglich angenommen.					
L2	Projektbezogene Verzögerungen aufgrund von Einsprachen sowie Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken führten dazu, dass das Budgetziel nicht ganz erreicht werden konnte.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Normenerarbeitung für nachhaltiges Bauen von Infrastrukturbauten im Tiefbau. Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet. Planmässig					2014
E2	Die Aufträge für Lärmsanierungen und Schallschutzmassnahmen an Staatsstrassen sind erteilt und die Hälfte aller Projekte ausgeführt. Planmässig					2016
	Die Lärmsanierung ist in allen 19 Regionen eingeleitet. Die Ausführung der Mehrheit aller Lärmschutzwandprojekte wurde gestartet.					2016

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	298.7	298.9	290.8	–8.2
Entschädigungen und Beiträge vom Bund	37.3	34.5	39.9	5.4
Übertrag aus Strassenfonds	216.1	221.6	213.9	–7.7
Übrige Erträge	45.3	42.8	37.0	–5.8
Aufwand	–298.7	–298.9	–290.8	8.2
Abschreibungen und Zinsen	–90.8	–84.2	–80.5	3.7
Betriebsaufwand	–207.8	–214.8	–210.3	4.5
Saldo	0.0	0.0	–0.0	–0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	35.7	22.0	15.2	–6.8
Ausgaben	–107.5	–118.0	–97.8	20.2
Saldo	–71.8	–96.0	–82.6	13.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	442.4	442.9	443.3	0.4

Erfolgsrechnung

Der Saldo der Erfolgsrechnung ist immer null, da die Aufwendungen des Tiefbauamtes zu 100% durch den Strassenfonds (Volkswirtschaftsdirektion) finanziert werden. Der Budgetkredit betrug 221.6 Mio. Franken. Der Übertrag aus dem Strassenfonds betrug 213.9 Mio. Franken, was zu einer Unterschreitung des Budgetkredites von 7.7 Mio. Franken geführt hat.

Die Unterschreitung ergibt sich vor allem aus folgenden Aufwandpositionen:

- +6.6 Minderaufwand für den baulichen Staats- und Nationalstrassenunterhalt infolge Projektverzögerungen
- +3.7 Geringere Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen
- +3.1 Geringerer Aufwand für Studien im Bereich Umweltschutz (UVP etc.)
- +0.6 Geringerer Personalaufwand
- 4.9 Mehraufwand für betrieblichen Staats- und Nationalstrassenunterhalt (Winterdienst) sowie für Treibstoffverbrauch
- 1.4 Mehraufwand für übrige Dienstleistungen innerhalb Kanton Zürich

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 6.8 Weniger Rückzahlungen und Beiträge von Bund, Kantonen und Gemeinden für Staats- und Nationalstrassen

Ausgaben:

- +21.7 Geringere Investitionen im Strassenbau sowie für den Bau von Staatsstrassen-Werkhöfen infolge von Projekt- und Bauverzögerungen. Dies vor allem aufgrund von Einsprachen und Rekursen sowie Verzögerungen bei Dritten wie Gemeinden oder Werken.
- 1.5 Höhere Investitionen in Fahrzeuge und Mobilien für den Unterhalt von Staats- und Nationalstrassen

Personal

Überschneidende Anstellungen bei Pensionierungen führten zu einer marginalen Budgetüberschreitung von 0.4 Stellen.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	1 220 827	-232 440	0	988 387	-232 440

Verwendung Rücklagen 2013

– davon Fr. 232 440 für verschiedene Ausgaben für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Hauptereignisse

Sichere Trinkwasserversorgung, auch in Notlagen

Das AWEL hat für eine sichere Wasserversorgung im Kanton Zürich eine umfangreiche Überprüfung des Kantonalen Trinkwasserverbundes durchgeführt und Strategien sowie Massnahmen definiert. Das Verbundnetz ermöglicht zusammen mit der neuen Richtlinie «Trinkwasserversorgung in Notlagen» einen bedarfsgerechten Ausbau der Infrastrukturanlagen. Gleichzeitig können ausserordentliche Lagen bewältigt werden.

Modellversuche VAW Schwemmholzurückhalt: Sihl, Langnau a. A.

Der Schwemmholzurückhalt Sihl wurde an der Versuchsanstalt für Wasserbau, Hydrologie und Glaziologie der ETH (VAW) mit hydraulischen Modellversuchen erfolgreich verbessert. Der Schwemmholzurückhalt konnte für alle getesteten Hochwasserszenarien einschliesslich des Überlastfalls von 60% auf 95% gesteigert werden. Bei einem Extremhochwasser können 12 000 m³ Schwemmholz (Lockervolumen) auf der linken Flussseite aufgenommen und zurückgehalten werden, währenddem der Abflussquerschnitt des rechtsseitigen neuen Sihl-Gerinnes für den Hochwasserabfluss frei bleibt.

Gewässerraumfestlegung mit vier Pilotgemeinden durchgeführt

Die möglichen Verfahren der bundesrechtlich vorgeschriebenen Festlegung der Gewässerräume wurden bei vier Pilotgemeinden getestet. Es wurden unter Mitwirkung der betroffenen Kreise Lösungsansätze entwickelt, wie im Kanton die Festlegung innerhalb des Siedlungsgebiets durchgeführt werden soll.

Neues Wassergesetz in Vorbereitung

Das im Frühling des Berichtsjahres durchgeführte Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf des Wassergesetzes hat gezeigt, dass der Gesetzesentwurf überwiegend als tauglich und sachgerecht erachtet wird. Die anschliessende rechtsetzungstechnische Überarbeitung erforderte mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen. Der Gesetzesentwurf soll im ersten Quartal 2014 dem Kantonsrat überwiesen werden.

Neues Merkblatt Lichtemissionen

Künstliche Beleuchtung macht die Nacht zum Tag und wirkt sich negativ auf Menschen, Tiere und Pflanzen aus. Mit einer zweckmässigen Beleuchtung lassen sich unnötige Lichtemissionen vermeiden und zudem Strom und Kosten sparen. Ein neues Merkblatt macht aufmerksam auf die fünf Grundsätze, die bei der Planung und dem Betrieb von Beleuchtungen im Aussenraum zu beachten sind. Es zeigt den Gemeinden auf, wie sie zur Vermeidung von Lichtverschmutzung handeln können.

Klärschlamm Entsorgung mit Rückgewinnung von Phosphor aus der Klärschlammmasche bei der ARA Werdhölzli ab 2015

Am 31. August 2011 hat der Regierungsrat den neuen Klärschlamm-Entsorgungsplan festgesetzt. Mit diesem Beschluss werden die sich abzeichnenden Entsorgungseingässe ab Mitte 2015 verhindert und der Verlust, der für Mensch und Tier notwendigen und knappen Nährstoffressource Phosphor mit dem heutigen Entsorgungssystem gestoppt.

Die Stadt Zürich wurde eingeladen, bis Mitte 2015 am Standort der bestehenden ARA Werdhölzli eine neue zentrale Klärschlammverwertungsanlage (KSV) für den gesamten Zürcher Klärschlamm zu bauen. Der Spatenstich der KSV war im Oktober des Berichtsjahres, der Bau läuft planmässig.

Eine Projektgruppe unter Leitung des AWEL hat den Auftrag, abzuklären, wann und wie Phosphor aus der Asche der KSV direkt zurückgewonnen werden kann. Die technische Machbarkeit des favorisierten Verfahrens konnte Mitte des Berichtsjahres demonstriert werden.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Hochwasserschutz verbessern
A2	Die Risiken für Bevölkerung und Umwelt durch chemische und biologische Störfälle minimieren
A3	Die Bevölkerung wird durch Luftverschmutzung und Elektrosmog nicht übermässig belastet.
A4	Sanierung von Altlasten vorantreiben
A5	Anteil der verwertbaren und endlagerfähigen Abfälle erhöhen, Einsatz von Recyclingmaterialien fördern
A6	Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien
A7	Verbrauch fossiler Brenn- und Treibstoffe senken
A8	Kostengünstige, sichere, ausreichende und benutzeroptimierte Energieversorgung
A9	Qualitative und quantitative Anforderungen an ober- und unterirdische Gewässer werden erfüllt.
A10	Renaturierung von Gewässern fördern
A11	Kostengünstige, sichere, ausreichende und benutzeroptimierte Wasserversorgung und Abwasserentsorgung
A12	Schonung von Bodenressourcen durch Flächenrecycling
A13	Kompetente Beurteilung von Gesuchen und Anfragen, kundenorientierte Abwicklung

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anteil Wasserproben aus Fließgewässern, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen (Ziel 2020 = 90%) [in %]. (A9)	min.	77	78	79	1
W2	Anteil Grundwasserproben, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen (Ziel 2020 = 90%) [in %]. (A9)	min.	76	86	74	-12
W3	Anteil der Bevölkerung mit aktuellem (< 15 Jahre) generellen Entwässerungsplan (GEP) (Ziel 2020 = 95%) [in %]. (A11)	min.	93	95	95	0
W4	Anteil der Bevölkerung mit aktuellem (< 15 Jahre) generellen Wasserversorgungsprojekt (GWP) (Ziel 2020 = 95%) [in %]. (A11)	min.	85	95	87	-8
W5	Anteil Trinkwasser (ohne Seewasser) aus Grund- u. Quellwasserfassung mit rechtskräftigen Schutzzonen (Ziel 2020 = 100%) [in %]. (A11)	min.	98	98	98	0
W6	Revitalisierung nicht natürl. Fluss-, Bachabschnitte u. Seeufer [km/J]. (A10)	min.	9.2	5	4.5	-0.5
W7	Anteil der Bevölkerung mit Gefahrenkartierung [in %] (Ziel: 100%) (A1, E2)	min.	80	93	88	-5
W8	Jährlicher Zuwachs an Minergieflächen [in m²]. (A7)	min.	1 233 344	1 000 000	1 228 014	228 014
W9	Anteil der Bevölkerung mit aktueller (< 20 Jahre) Energieplanung (EP) [in %] (Ziel: 70%). (A8)	min.	68	67	73	6
W10	Erfüllungsgrad der Anforderungen an luftschadstoffemitt. Anlagen (Ziel 2020 = 90%) [in %]. (A3)	min.	85	86	78	-8
W11	Erfüllungsgrad der Anforderungen an Strahlung emittierende Funkanlagen (Ziel 2020 = 98%) [in %]. (A3)	min.	100	98	99	1
W12	Anteil übermässig belasteter Bevölk. bezüglich NO ₂ (Ziel 2016 = 2%) [in %]. (A3)	max.	13	5	12	7

W13 Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich PM10 (Ziel 2016 = 5%) [in %] (A3)						
		max.	2	7	8	1
W14 Erhöhung Nutzung erneuerbarer Energie u. Abwärme gegenüber 2000 [in %] (Zielwert 2020 = 20%) (A6)						
		P	-	14.0	13.9	-0.1
Leistungen						
L1	Anzahl genehmigte GEP (A11)	P	0	3	3	0
L2	Anzahl genehmigte GWP (A11)	P	7	7	9	2
L3	Anzahl genehmigte Grundwasser-Schutzzonen (A11)	P	21	15	15	0
L4	Gewässerunterhalt: Produktive Personenstunden pro Hektare Unterhaltsgebiet (Std./ha) (A1)	min.	-	60	50	-10
L5	Realisierte Hochwasserschutzprojekte [Anzahl pro Jahr] (A1)	min.	1	2	2	0
L6	Anzahl neue Minergie-Labels jährlich (A7)	P	814	700	866	166
L7	Anzahl genehmigte EP (Ziel: 3 pro Jahr) (A8)	P	4	3	20	17
L8	Anz. Einsätze des AWEL-Piketts bei B-Schadenfällen (Erfahrungswert: 10) (A2)	P	6	10	3	-7
L9	Anz. Einsätze des AWEL-Piketts bei C-Schadenfällen (Erfahrungswert: 180) (A2)	P	207	180	204	24
L10	BVV-Verfahren: Einhaltung der Behandlungsfristen [in %] (Ziel: mind. 95%) (A1 bis A13)	min.	91	95	92	-3
Wirtschaftlichkeit						
B1	Energetische Wirkung pro Fr. Subventionen aus dem Förderprogramm Energie [kWh/Fr.] (A6)	min.	108	200	87.2	-112.8
B2	Förderprogramm Energie: eingesetzte Fr. pro EinwohnerIn (EW) (Ziel Rahmenkredit = 5.80 Fr./EW, Durchschnitt der Kantone 2010 = 11.60 Fr./EW) (A6)	min.	6.29	4.90	5.08	0.18
B3	Kostenentwicklung Luftschadstoffüberwachung («OSTLUFT») in Fr./Einw. und Jahr; Basis 2000 = Fr. 1.40 (A3)	max.	0.85	1.00	0.81	-0.19
Abweichungsbegründungen						
W2	In landwirtschaftlich intensiver genutzten Gebieten wird die Anforderung der Gewässerschutzverordnung bezüglich Nitrat im Grundwasser häufig nicht eingehalten.					
W4	Die generellen Wasserversorgungsprojekte (GWP) von einigen grösseren Gemeinden sind älter als 15 Jahre und nicht mehr aktuell. Die Überarbeitung dieser GWP sind in Arbeit.					
W7	Die Differenz beruht auf einer geringen zeitlichen Verzögerung der Kartierungen.					
W10	Die LRV-Grenze wurde für Feuerungsanlagen verschärft. Deshalb entspricht eine erhöhte Anzahl von Anlagen nicht mehr den Anforderungen und muss deshalb saniert werden.					
W12	Die budgetierten Werte basieren auf Modellrechnungen, die rückblickend generell zu tiefe Werte lieferten.					
L4	Senkung der Personalstunden durch vermehrten Einsatz von Maschinen beim Gewässerunterhalt.					
L7	Es wurden sehr viele Energieplanungen im Knonaeramt genehmigt.					
B1	Innerhalb der Förderung hat sich die Inanspruchnahme der einzelnen Fördertatbestände verschoben. Es wurden mehr Projekte gefördert, die eine mit anderen Fördertatbeständen verglichene kleinere energetische Wirkung haben. Daraus erklärt sich der geringere Wirkungsfaktor zum Vorjahr.					

Entwicklungsschwerpunkte

	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Hochwassermanagement Zürichsee–Sihl–Limmat: Planungen abgeschlossen / Schwemmholzrechen im Bau Verzögert Die Planungsarbeiten verzögerten sich beim Schwemmholzrechen um ein halbes Jahr. Grund waren vertiefte Abklärungen beim Grundwasser und Vorbehalte wegen Vorgaben der NHK zur Standortwahl, welche in der Zwischenzeit geklärt sind. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2015 gerechnet werden (Aufnahme der Bauarbeiten).		2014
E2	Die Naturgefahrenkarten sind zu 90% erstellt Planmässig Es sind 88% der Naturgefahrenkarten erstellt.		2015
E3	Eine Auslegeordnung zum Umgang mit Strahlungsrisiken erstellen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	10f	2014
E4	Die Revitalisierung der Fliessgewässer planen und vorantreiben Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	10a	2015
E5	Die wesentlichen Elemente des kantonalen Trinkwasserverbundes festlegen Abgeschlossen Die Untersuchungen des AWEL haben gezeigt, dass die Versorgung der Zürcher Bevölkerung mit Trinkwasser langfristig auch bei hohem Bevölkerungswachstum und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Klimawandels einwandfrei gewährleistet werden kann.		2013
E6	Zur Vermeidung von Mikroverunreinigungen der Gewässer die nachzurüstenden kommunalen Abwasserreinigungsanlagen bestimmen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	10b	2015
E7	Klärschlamm Entsorgung Kanton Zürich: Zentrale Anlage mit Sicherung des Phosphors für die zukünftige Verwertung Planmässig Die Klärschlammverwertungsanlage Werdhölzli ist im Bau (Inbetriebnahme Mitte 2015). Abklärungen zur direkten Phosphorrückgewinnung laufen. Entsorgung+Recycling Zürich (ERZ) ist beauftragt, die Asche für eine kurze Übergangszeit in einer Monodeponie abzulagern.		2015
E8	Die Voruntersuchungen im Altlastenprogramm sind zu 80% abgeschlossen (Abschluss 2023). Planmässig Die Voruntersuchungen für prioritär untersuchungsbedürftige belastete Standorte sind zu 60% abgeschlossen. Untersuchungsbedürftige belastete Standorte mit geringerer Priorität wurden zu weniger als 10% untersucht.		2015
E9	Zur Verminderung der Konzentration an Luftschadstoffen den Massnahmenplan Luftreinhaltung 2014 festlegen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	10c	2014

E10	Neuordnung des Kantonalen Wasserrechts Verzögert Die Überarbeitung des Gesetzesentwurfs durch den Gesetzgebungsdienst der Direktion der Justiz und des Innern (JI) erforderte mehr Zeit als angenommen; die Gesetzesvorlage soll im Frühling 2014 dem Kantonsrat überwiesen werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2014 gerechnet werden.		2013
E11	Die Methode zur Sicherung des Gewässerraumes festlegen und die Umsetzung starten (Abschluss 2018) Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	8f	2015
E12	Drei kantonale Grundwasserschutzareale festlegen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	8f	2015
E13	Sichere Lagerung radioaktiver Abfälle ist eingeleitet (voraussichtliches Ende des Projektes: 2050) Planmässig Die Standortsuche befindet sich in Etappe 2 des Sachplans «Geologische Tiefenlager». Im Kanton Zürich bestehen zwei mögliche Standortregionen («Nördliche Lägern» und «Zürich Nordost»)		2016
E14	Zürcher Stromversorgung im liberalisierten Markt klären Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	11b	2015
E15	Umfassender Rahmenkredit für die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien beantragen Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	11c	2013
E16	Leistungsaufträge an Stromversorger im Kanton zur Verbesserung der Energieeffizienz erteilen Sistiert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	11c	2013
E17	Energieplanungsbericht 2012 erstellen Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	11a	2013
E18	Strategie Energieversorgung 2025 erstellen Abgeschlossen Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	11a	2013

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	24.7	25.2	24.9	–0.4
Aufwand	–121.9	–127.9	–117.8	10.1
Abschreibungen und Zinsen	–61.0	–54.2	–54.7	–0.5
Kreditübertragungen aus 2012		–1.0		
Saldo	–97.2	–102.7	–92.9	9.7
Investitionsrechnung				
Einnahmen	37.5	36.8	26.3	–10.5
Ausgaben	–49.4	–78.2	–42.3	35.9
Saldo	–11.9	–41.4	–16.0	25.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	230.9	232.8	229.1	–3.7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 1.4 Geringere durchlaufende Beiträge vom Bund an Dritte v.a. bei Revitalisierungsprojekten der Gemeinden. Die Ausführung der Arbeiten erfolgt in der Zuständigkeit der Gemeinden, weshalb die Beitragsausrichtungen grossen Schwankungen unterliegen.
- +1.0 Höherer Ertrag bei den Entgelten (Gebühren, Konzessionen, Dienstleistungen und Rückerstattungen). So wurden u.a. Mehreinnahmen bei den Konzessionen erzielt, die in Abhängigkeit der Einnahmen von der Stromproduktion der Wasserkraftwerke sowie der Anzahl zu erteilenden Konzessionen stehen.

Aufwand:

- +6.8 Geringerer Sachaufwand v.a. aufgrund von Projektänderungen und –verzögerungen, die verschiedenste Ursachen haben. So konnte z. B. die Revision der Gefahrenkarte Winterthur nicht wie geplant gestartet werden, da diese in Abhängigkeit mit dem verzögerten Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Hegmatten steht. Projekte zur Eigentümerstrategie Strom mussten zurückgestellt werden, da Bundesentscheide zur Strommarktöffnung fehlen. Verzögerungen gibt es auch z. B. bei der Umsetzung des neuen Gewässerschutzgesetzes sowie diversen Revitalisierungsprojekten aus unterschiedlichen Gründen.
- +1.4 Geringere durchlaufende Beiträge vom Bund an Dritte v.a. bei Revitalisierungsprojekten der Gemeinden. Die Ausführung der Arbeiten erfolgt in der Zuständigkeit der Gemeinden, weshalb die Beitragsausrichtungen grossen Schwankungen unterliegen.
- +1.2 Geringerer interner Aufwand (ohne internen Zins)
- +0.7 Geringerer Personalaufwand aufgrund verzögerten Wiederbesetzungen
- 0.5 Höhere Abschreibungen und Zinsen
- +0.5 Geringere Beiträge und Entschädigungen an Dritte

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 4.9 Geringere durchlaufende Beiträge vom Bund an Dritte in den Bereichen Energie und Wasserbau aufgrund der eingehenden Gesuche zur Beitragsausrichtung
- 5.5 Geringere Beiträge vom Bund und Dritten infolge geringerer Wasserbauinvestitionen
- 0.1 Diverse geringfügige Abweichungen

Ausgaben:

- +17.0 Minderausgaben bei den Sachanlagen, v.a. für Wasserbauinvestitionen. Die Verzögerung bei Grossprojekten wie dem Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten Winterthur, Hochwasserschutz Wüeribach Birmensdorf, Platzspitzwehr Zürich, Aabach in Uster, Sanierung Kanal Hegi in Winterthur und Thurauen sind die Ursache für die Budgetunterschreitung.
- +13.9 Minderausgaben bei den Investitionsbeiträgen. So verzögerte sich der Bau des Forschungs- und Pilotprojektzentrums «NEST» der EMPA wegen eines Baurekurses, weshalb die im Jahr 2013 budgetierten 11.4 Mio. Franken an Subventionen nicht ausgerichtet werden konnten. Zudem gingen weniger Gesuche für Förderbeiträge im Bereich Energie ein.
- +4.9 Geringere durchlaufende Beiträge vom Bund an Dritte in den Bereichen Energie und Wasserbau aufgrund der eingehenden Gesuche zur Beitragsausrichtung
- +0.1 Diverse geringfügige Abweichungen

Personal

- 3.7 Die Budget-Ist-Abweichung drückt aus, in welchem Umfang der budgetierte Beschäftigungsumfang gedeckt werden konnte. Eine negative Abweichung resultiert aus einer verzögerten Wiederbesetzung von Stellen, die durch die Mitarbeitenden gedeckt werden musste. Dies zeigt sich auch in der Höhe der ins Jahr 2014 übertragenen Ferien- und Gleitzeitsaldos bzw. an der Höhe des beim Übertrag ins Jahr 2014 gekürzten und damit somit nicht ausbezahlten Gleitzeitsaldos (rund 1600 Stunden), da das Übertragungssoll überschritten war.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	697 124	-56 317	0	640 808	-56 317

Verwendung Rücklagen 2013

- Fr. 56 317 für Anlässe und Gesundheitsvorsorge

8510 Altlasten

Hauptereignisse

Altlastenprogramm des Kantons Zürich

Realleistungen, Ersatzvornahmen und Übernahme von Ausfallkosten im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich gemäss gesetzlichen Grundlagen.

Sondermülldeponie Kölliken

Seit März 2011 laufen die Arbeiten im Rahmen der Rückbautetappe 2. Der Abschluss dieser Arbeiten ist 2016 vorgesehen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung der Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Altlasten
----	---

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt /
Stand und Kommentar

Massnahme
LZ RR bis

E1	Sondermülldeponie Kölliken: Abschluss der Sanierung Planmässig	2016
----	---	------

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
– Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

R 2012

B 2013

R 2013

Abweichung
von B 2013

Erfolgsrechnung

Ertrag	5.4	0.3	1.8	1.6
Aufwand	-6.3	-1.9	-1.3	0.6
Saldo	-0.9	-1.6	0.5	2.1

Investitionsrechnung

Einnahmen				
Ausgaben			0.0	0.0
Saldo			0.0	0.0

Personal

Beschäftigungsumfang Angestellte

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- +1.7 Höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds an Gemeinden und Private für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten. Diese sind abhängig von den im Rechnungsjahr gestellten und bewilligten Gesuchen.
- 0.2 Geringere VASA-Abgeltungen an Ausfallkosten des Kantons (siehe auch Aufwand)
- +0.1 Diverse kleinere Abweichungen

Aufwand:

- 1.7 Höhere durchlaufende Beiträge aus dem vom Bund geschaffenen VASA Altlasten-Fonds an Gemeinden und Private für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten. Diese sind abhängig von den im Rechnungsjahr gestellten und bewilligten Gesuchen.
- +0.7 Korrektur einer im 2012 fälschlicherweise gebuchten Rückstellung
- +1.6 Geringere Kosten im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von Altlasten

8700 Immobilienamt

Hauptereignisse

Teilportfoliostrategie Zentral- und Bezirksverwaltung

Für die Liegenschaften der Zentral- und Bezirksverwaltung (Eigentum und Miete) werden zwei getrennte Teilportfoliostrategien erarbeitet. Dabei geht es vor allem um die künftige Entwicklung der Standorte, deren Flächen und Investitionen. Bei bestehenden Standorten wurden die Belegung und Flächen erfasst und aufgrund von Marktdaten Vergleiche bezüglich Bewirtschaftung, Gebäudekosten und Mietzinse gemacht. Es wurden mögliche Einsparpotenziale aufgezeigt sowie Grundlagen zu baulichen und wo möglich betrieblichen Verbesserung mit einer Übersicht einzelner Sanierungsschritte erstellt. Die Entwicklungsplanungen der Nutzer wurden analysiert und Objektstrategien für die einzelnen Gebäude (Flächennutzung, Baumassnahmen, Erweiterung, Aufgabe, Konzentration usw.) erarbeitet. Die Strategien werden im Sommer 2014 verabschiedet.

Nach Abschluss dieser Untersuchungen können nun die Standorte einzeln beurteilt werden. Es werden Veränderungen und Auswirkungen offengelegt und ein Umsetzungsplan erarbeitet. Die Ergebnisse der Strategien können räumliche Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie beeinflussen die Standort- und Investitionsplanung der kommenden Jahre und sind mit der Strategie Hochbauinvestitionen und Finanzierungsmöglichkeiten bis 2030 sowie der Flächen- und Baulandstrategie des Kantons koordiniert.

Beschaffungskoordination für Leistungen des Facility Management

Mit Beschluss Nr. 890/2012 hat der Regierungsrat die Organisation des Beschaffungswesens neu festgelegt. Dabei wurde das Immobilienamt mit der Beschaffungskoordination von Leistungen für das Facility Management beauftragt. In enger Zusammenarbeit mit weiteren kantonalen Bewirtschaftern hat das Immobilienamt einen Katalog von koordiniert zu beschaffenden Leistungen definiert. Im Berichtsjahr wurden bereits sämtliche Transport- und Umzugsleistungen ausgeschrieben und ein entsprechender Rahmenvertrag abgeschlossen. Auch für die Energieversorgung wurden die Volumen gebündelt und mit Erdgas Zürich und den EWZ neue Konditionen festgelegt. Der Koordinationsaufwand war aufwendig, insgesamt aber lohnenswert. Durch die zentral geführte Ausschreibung wurde der interne Aufwand der weiteren Bewirtschafter gesenkt und es ergaben sich durch die Volumenbündelung attraktive Konditionen.

Abteilung Landerwerb: Käufe/Verkäufe

Der Kanton hat im Berichtsjahr sieben Liegenschaften für über 0,5 Mio. Franken veräussert (6 Verkäufe, 1 Tausch) und eine Liegenschaft erworben (Tausch). Der Verkehrswert der veräusserten Liegenschaften betrug rund 26 Mio. Franken. Zwei Liegenschaften gingen an Standortgemeinden, die übrigen Liegenschaften an Private.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Strategieentwicklung, Steuerung und Führungsunterstützung: Als Eigentümervertretung steuert das Immobilienamt im Auftrag des Regierungsrates die Immobilieninvestitionen und Fremdmieten. Es erarbeitet Strategien, Standards und Controllinggrundlagen und betreibt zusammen mit Fachdirektionen den Standardprozess für Immobilieninvestitionen.
A2	Die Abteilung Bewirtschaftung erbringt nachhaltige Dienstleistungen als Bewirtschafter: Betriebsführung und Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, kaufmännisches Gebäudemanagement und infrastrukturelle Dienstleistungen.
A3	Die Abteilung Landerwerb erwirbt und veräussert Grundstücke entsprechend den kantonalen Bedürfnissen. Sie bildet ein Kompetenzzentrum für Enteignungsrecht und unterstützt die Amtsstellen in juristischen Fragen.
A4	Das Controlling unterstützt die Abteilungen beim Benchmarking, koordiniert das Reporting mit den Fachdirektionen und erstattet dem Regierungsrat Bericht.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung [in %] (A2)	min.	–	85	87	2
W2	Baulicher Zustandswert (das Verhältnis zwischen Zustandswert zu Neuwert gibt den baulichen Zustand des Immobilienportfolios [Verwaltungsbauten] wieder.) (A1, A3)	P	0.77	0.77	0.78	0.01
Leistungen						
L1	Anzahl betreuter Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften (A1)	P	687	625	629	4
Wirtschaftlichkeit						
B1	Werterhaltungsindex [in %] (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau: Gesamtinvestitionen Hochbau) (A1)	min.	72.0	56.0	68.5	12.5
B2	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung [in m ²] (A2)	P	17.9	17.0	18.5	1.5
B3	Durchschnittlicher Flächenbedarf pro Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung [in m ²] (A2)	P	17.2	14.5	17.7	3.2
B4	Abweichung Betriebskosten pro m ² Geschossfläche zum Markt [in %] (A2)	max.	39.5	30.0	31.6	1.6
B5	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert [in %] (A1)	P	–	2.36	2.06	–0.30

Abweichungsbegründungen

B1	Verschiedene Neubauprojekte (z. B. PJZ, UZI V, ZHAW Winterthur und Wädenswil Reidbach), deren Realisierung ursprünglich ab 2013 vorgesehen war, haben sich verzögert. Als Folge davon hat der Werterhaltungsindex weniger schnell abgenommen als im Vorjahr prognostiziert.
B2	Die noch ungenügenden Flächenstandards in der engeren Zentralverwaltung rühren hauptsächlich von der Belegung im Kaspar-Escher-Haus her. Dort sind z. Zt. Verbesserungen nur dann möglich, wenn ein zunehmender Personalbestand ohne Flächenzuwachs erfolgt.
B3	In den Liegenschaften ausserhalb der engeren Zentralverwaltung ist eine Reduktion der Flächen meist erst umsetzbar, wenn ganze Teilmieten aufgegeben oder Neumieten als Realersatz unter Anwendung der Flächenstandards abgeschlossen werden können.
B5	Im Berichtsjahr fiel das Investitionsvolumen Hochbau deutlich tiefer aus als budgetiert. Auch im Bereich der Werterhaltung wurden infolge Projektverzögerungen, die vielfach auf Auflagen (Energie, Brandschutz, Denkmalpflege) von der Bewilligungsbehörde zurückzuführen sind, weniger Investitionen getätigt.

Entwicklungsschwerpunkte

Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1 Minergie-Standards bei Neubauten und wo wirtschaftlich vertretbar bei Umbauten und Erneuerungsvorhaben des Kantons konsequent durchsetzen Abgeschlossen Der Entwicklungsschwerpunkt wurde im KEF 2014–2017 im neuen Entwicklungsschwerpunkt E4 «Direktionsübergreifende Strategie und Standards für nachhaltiges Bauen festlegen» fortgeführt.		2014
E2 Strategie für ein zielgerichtetes Immobilienmanagement (Grundstrategie und Teilstrategien) entwickeln und umsetzen Verzögert Die Umsetzung der Grundstrategie verzögert sich um zwei Jahre, da das Projekt Überprüfung des Immobilienmanagements noch nicht abgeschlossen ist. Die Teilportfoliostrategien werden laufend entwickelt und umgesetzt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung bis im Jahr 2015 gerechnet werden.		2013
E3 Überprüfung des Immobilienmanagements des Kantons Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15h	2013
E4 Projekt Neunutzung Klosterinsel Rheinau Abgeschlossen Das Projekt Musikinsel ist abgeschlossen und die Anlage wird am 24. Mai 2014 eröffnet. Der Kredit für das Projekt Hauswirtschaft, Gastro und Mühlesaal wird im Verlaufe des Jahres 2014 dem Kantonsrat vorgelegt. Die bauliche Umsetzung wird voraussichtlich bis Ende 2016 abgeschlossen sein.		2013
E5 Einführung eines Immobilienmanagementsystems Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	15h	2014
E6 Substanzerhalt der kantonalen Immobilien Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	16b	2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	57.7	64.6	62.2	-2.4
Kalkulatorische Mieten und Nebenkosten	38.1	45.6	43.5	-2.1
Aufwand	-81.7	-88.5	-91.4	-2.9
Abschreibungen und Zinsen	-35.2	-34.5	-43.7	-9.2
Kreditübertragungen aus 2012		-1.4		
Saldo	-24.0	-23.9	-29.2	-5.3
Investitionsrechnung				
Einnahmen			0.8	0.8
Ausgaben	-19.4	-166.8	-147.4	19.4
Kreditübertragungen aus 2012		-100.4		
Saldo	-19.4	-166.8	-146.7	20.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	112.2	95.6	92.9	-2.7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 2.1 Weniger verrechnete kalkulatorische Zinsen an die Nutzerdirektionen des Polizei- und Justizzentrums (PJZ) infolge zeitlicher Verschiebung des Landkaufs
- 1.5 Weniger Ertrag aus verrechneten Dienstleistungen für das Projekt «Strategische Entwicklungsplanung universitäre Medizin» (SEP) infolge Projektübergabe an das Hochbauamt während des Berichtsjahrs
- +0.9 Mehrertrag aus Mobilienverkauf
- +0.2 Übrige Mehrerträge

Aufwand:

- +3.3 Weniger Planungsgelder und Vorprojektkosten v. a. infolge Verzögerung des Projekts «Überprüfung Immobilienmanagement» sowie für das Projekt SEP infolge Projektübergabe an das Hochbauamt während des Berichtsjahrs
- +1.2 Weniger Personalaufwand
- +1.2 Weniger Reinigungskosten infolge günstigerer Vergaben der Unterhaltsreinigungen (+0.6 Mio.) sowie infolge weniger Umzügen und geringerem Bedarf an Spezialreinigungen (+0.6 Mio.)
- +0.7 Weniger Dienstleistungen Dritter für Submissionen in der Bewirtschaftung und für das Projekt PJZ durch zeitliche Verschiebung in die Folgejahre
- +0.7 Weniger Unterhalts- und Versorgungskosten
- +0.2 Geringere Kapitalfolgekosten
- 9.4 Wertberichtigung des Grundstücks PJZ
- 0.9 Mehraufwand für Mobiliareinkauf

Investitionsrechnung

- +13.6 Projekt PJZ: Abbruchbeginn erst im Sommer 2013
- +7.2 Projekt Klosterinsel Rheinau: Verzögerte Umsetzung des Teilprojekts Haus - wirtschaftskurse (HWK)
- +0.5 Telematik: Diverse verzögerte Projekte
- 1.4 Bezirksverwaltungen: Diverse Notmassnahmen, z. B. Wärmeversorgungen
- +0.8 Kostenbeteiligungen für die Projekte «Neubau Stampfenbachstrasse 28/30» und PJZ

Personal

- 2.0 Verzicht auf Stellenbesetzungen zur Überbrückung von Langzeitabsenzen
- 1.1 Verschiedene vorübergehende Vakanzen in allen Abteilungen
- 0.9 Verzögerte befristete Anstellung infolge Verzögerung des Projekts «Immobilienregister»
- +1.3 Reinigungspersonal: Verlängerung von Kleinstpensen bis März 2013

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	276 387	-39 408	0	236 979	-39 408

Verwendung von Rücklagen 2013

- davon Fr. 39 408 für Personalanlässe und Früchte

8710 Liegenschaftenerfolg

Hauptereignisse

In der Leistungsgruppe Nr. 8710, Liegenschaftenerfolg, werden die Liegenschaften im allgemeinen Finanzvermögen und die Fluglärmliegenschaften verwaltet.

Teilportfoliostrategie Liegenschaften im Allgemeinen Finanzvermögen

Im Verlaufe des Jahres 2012 wurden sämtliche Liegenschaften des allgemeinen Finanzvermögens vor Ort besichtigt und entsprechende Objektdatenblätter erstellt. Darauf gründend wurden die Liegenschaften im Berichtsjahr unter Berücksichtigung des Gebäudezustandes und der finanziellen Bewertung 2012 einem Rating unterzogen. Dies stellt die Grundlage der erarbeiteten und nun vorliegenden Teilportfoliostrategie des allgemeinen Finanzvermögens dar. Sie legt die Rahmenbedingungen für die Bereitstellung, Bewirtschaftung und Verwertung sämtlicher Liegenschaften, Grundstücke und Baurechte fest. Diese Strategie wird im Verlaufe des ersten Halbjahres 2014 der Geschäftsleitung der Baudirektion vorgelegt.

Projektentwicklungen

Grundstücke des allgemeinen Finanzvermögens werden als strategische Landreserve gehalten und werden oft in eigentümerübergreifende Entwicklungsvorhaben eingebunden. Im Berichtsjahr wurden insbesondere die Grundlagen für den provisorischen Gestaltungsplan des nördlich des Bahnhofes Regensdorf gelegenen Perimeters in Abstimmung mit der Interessengemeinschaft Grundeigentümer Industrie Regensdorf (IGIR) erarbeitet sowie erste Abklärungen für die Entwicklung der Baufelder am Max-Frisch-Platz in Zürich Oerlikon in Zusammenarbeit mit der ABB Immobilien, der AXA Real Estate und der Stadt Zürich getroffen.

Weitere Themen werden im Funktionsbereich Immobilien behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Sicherstellung des staatlichen Liegenschaftenverkehrs
A2	Operative Liegenschaftsbewirtschaftung
A3	Strategisches Portfoliomanagement der Liegenschaften im Finanzvermögen

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV [in %] (A3)	P	2.0	2.0	2.2	0.2
W2	Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV (A3)	P	-	2.6	3.1	0.5
Leistungen						
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV [in Mio. Fr.] (A1, A2, A3)	P	706	605	714.8	109.8
Wirtschaftlichkeit						
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%) (A1)	P	2.9	2.9	2.9	0
Abweichungsbegründungen						
W1 / W2	Der Abschluss von marktkonformen Mietverträgen sowie eine tiefe Leerstandsquote haben zu einer besseren Rendite geführt.					
L1	Nach der Neubewertung des Portfolios im Vorjahr führte die Akquisition einer grösseren Liegenschaft sowie weitere Käufe und Übertragungen ins allg. Finanzvermögen zu einem höheren Bilanzwert.					
Entwicklungsschwerpunkte						
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar				Massnahme LZ RR	bis
E1	Periodische Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen Abgeschlossen					2013
E2	Einführung eines Immobilienmanagementsystems Verzögert Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates				15h	2014

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	124.3	24.2	26.6	2.4
Mietzinsertrag	22.6	23.1	24.2	1.1
Aufwand	–87.2	–28.8	–40.3	–11.5
Kalkulatorischer Zinsaufwand	–20.6	–18.1	–19.9	–1.9
Saldo	37.1	–4.6	–13.7	–9.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	0.0		0.0	0.0
Saldo	0.0		0.0	0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Erfolgsrechnung

Ertrag

- +1.8 Buchgewinne aus Liegenschaftenverkäufen
- +1.3 Höhere Mietzinserträge inkl. Nebenkosten aufgrund einer höheren Anzahl von Liegenschaften im Portfolio
- 0.7 Kein Baurechtszins ertrag infolge Verzögerung des Projekts Erweiterung Kunsthaus

Aufwand

- 7.4 Buchverlust aus Verkauf einer Fluglärmliegenschaft
- 1.9 Höhere kalkulatorische Zinsen infolge höherem Bilanzwert des Liegenschaftenportfolios
- 1.5 Höherer baulicher Unterhalt (Altlastensanierung Uetlibergstrasse 111, Feuerpolizeiliche Sofortmassnahmen Ober Halden Egg, Sanierung Schlossmauern Schloss Laufen)
- 0.8 Kostenanteil für Instandsetzung Infrastrukturanlagen Wasserversorgung Rheinau infolge Abtretung an die Gemeinde Rheinau

8800 Amt für Landschaft und Natur

Hauptereignisse

Umsetzung der Landschaftsqualitätsbeiträge gemäss Bundesagrarpolitik AP 2014–2017 steht fest

Im Rahmen der AP 2014–2017 werden vom Bund neu Landschaftsqualitätsbeiträge, beruhend auf entsprechenden regionalen Projekten, entrichtet. Für den Kanton Zürich stehen dazu jährlich 8,4 Mio. Franken Bundesbeiträge bereit, wobei eine Kofinanzierung des Kantons von 10% verlangt wird. Die Projekte müssen von regionalen Trägerschaften erarbeitet und von Kanton und Bund betreffend Wirksamkeit für die Landschaft im Kanton Zürich beurteilt werden. Die für Zürcher Projekte erforderlichen Grundlagen wurden durch das ALN in Zusammenarbeit mit dem ARE sowie Interessensvertretern aus Natur-/Landschaftsschutz und Landwirtschaft erarbeitet und auf dem Internet zugänglich gemacht.

Meilensteine für die nachhaltige Waldentwicklung gesetzt

Die Abteilung Wald erarbeitete ein Konzept, um die nachhaltige Nutzung und Entwicklung des Waldes überprüfen zu können. Dieses wird ab 2014 umgesetzt. Auch eine Studie zum nachhaltig nutzbaren Holzpotenzial im Kanton Zürich wurde fertiggestellt. Die Kenntnis der langfristig verfügbaren Holzmenge ist z. B. im Hinblick auf weitere grössere Holzfeuerungen als alternative Energiequelle zentral. Im neuen Leistungsauftrag für den Staatswald, der vom Baudirektor im Juni des Berichtsjahres genehmigt wurde, steht die Nachhaltigkeit im Fokus. Weitere wichtige Themen darin sind die naturnahe Waldbewirtschaftung, die Erholungsnutzung, die Arbeitssicherheit und die Ausbildung forstlicher Fachkräfte.

Kartierung saurer Waldböden ist gestartet

Als Grundlage für die zu erarbeitende Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald (KEF-Entwicklungsschwerpunkt E4) wurde ein Kredit für die Kartierung versauerter Waldstandorte erwirkt (RRB Nr. 622/2013). Im Berichtsjahr konnte die Fachstelle Bodenschutz die Kartierung der ersten zwei von insgesamt 20 Losen zu je rund 300 Hektaren Waldböden vergeben. Beruhend auf diesen Grundlagen, können die Versauerungsproblematik und der Handlungsbedarf genauer lokalisiert werden.

Machbarkeitsprüfung für ein «Weinbauzentrum Wädenswil» ist erfolgt

Für das geplante «Weinbauzentrum Wädenswil» wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt und ein Projekt für die künftige Organisationsform und die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen eingeleitet. Mit der Umsetzung weiterer Projekte und der Stärkung der Höheren Berufsbildung (Start mit einer Höheren Fachschule für Lebensmitteltechnologie, Reorganisation der Berufs- und Meisterprüfung Landwirtschaft) sowie der ausgebauten Zusammenarbeit mit kantonalen und nationalen Berufsorganisationen und Bildungsorganisationen konnte der Strickhof seine Position als Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Bildung und Dienstleistungen in der Land- und Ernährungswirtschaft weiter stärken.

Neue Verwaltungs-Software für die Fischerei- und Jagdverwaltung ist in der Testphase

Im Rahmen eines interkantonalen Projekts unter der Führung des Kantons Zürich wurde von der Fischerei- und Jagdverwaltung gemeinsam mit den Kantonen Solothurn, St. Gallen und Thurgau eine neue, internetberuhende Verwaltungs-Software erarbeitet. Nach Abschluss der Testphase soll die neue Betriebs-Software im März 2014 in Betrieb genommen werden. Bereits haben verschiedene zusätzliche Kantone ihr Interesse angemeldet.

Revision der Schutzverordnung Sihlwald wurde gestartet

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen in der Umsetzung sowie von Initiativen aus der Bevölkerung und der lokalen Politik wurde die Revision der Schutzverordnung Sihlwald gestartet. Die Schutzverordnungen Uetliberg und Bachtel wurden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Raumentwicklung weiterbearbeitet. Der Schutz der überkommunalen Naturschutzobjekte konnte im Rahmen der Erarbeitung von Vernetzungsprojekten in verschiedenen Gemeinden sichergestellt werden. Die Gemeinde Thalwil hat ihr Landschaftsentwicklungskonzept erneuert und wurde dabei durch Beratung und mit einem finanziellen Beitrag unterstützt.

Weitere Themen werden im Überblick der Baudirektion behandelt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
A2	Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
A3	Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
A4	Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof [in %] (A1)	min.	-	-	-	-
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen [in %] (A1)	min.	-	85	77	-8
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (Vgl. z. Zuwachs) [in %] (A2)	min.	89	100	84	-16
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (Vgl. z. Zuwachs) [in %] (A2)	min.	103	100	105	5
W5	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten (A3)	min.	1.56	1	1.14	0.14
W6	Bodenschutz: Bodenbeeinträchtigender Flächenanteil bei Bodenrekultivierungen mit weniger als 5000 m ² Fl. [in %] (A4)	max.	12	10	14	4
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände; Anzahl Rehwild (A3)	P	10 300	10 500	10 900	400
Leistungen						
L1	Strickhof: Anzahl Schülertage (Grundausbildung) (A1)	P	115 903	100 000	125 820	25 820
L2	Strickhof: Anzahl Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung) (A1)	P	59 650	50 000	59 141	9 141
L3	Naturschutz: Anteil durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume [in %] (A3)	P	83	83	83	0
L4	Naturschutz: Anzahl Bewirtschafter Naturschutzflächen (A3)	P	1 695	1 650	1 686	36
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial [in %] (A4)	min.	77	80	75	-5
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen (A3)	P	10 456	10 000	10 837	837
L7	Wald: Anteil gepflegte Schutzwaldfläche [in %] (A2)	min.	13	17	16	-1
Wirtschaftlichkeit						
B1	Landwirtschaft: Mittlere Arbeitsstunden (Median) pro landwirtschaftliches Hochbauprojekt (A1)	P	27	35	32	-3
B2	Wald: Kostendeckungsgrad im Staatswald [in %] (A2)	min.	51	45	46	1
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad [in %] (A3)	min.	37	62	70	8
Abweichungsbegründungen						
W1	Der Indikator wird alle 4 Jahre erhoben (2015, 2019, 2023 usw.).					
W2	Die durchgeführten Kontrollen zeigten, dass bei verschiedenen Meliorationen die Unterhaltsarbeiten vernachlässigt wurden.					
W3	Die Holznutzung im Privatwald blieb aufgrund der tiefen Holzpreise unter den Erwartungen.					
W6	Die Zunahme von unsachgemäss ausgeführten Rekultivierungen im Anlagebereich von Bauten führte zu einem Anstieg des Wertes.					
L1	Höhere Anzahl Schülertage infolge zusätzlicher Angebote im Bereich der Überbetrieblichen Kurse (ÜK).					
L7	Aufgrund der schlechten Wetterlage Anfang 2013 konnten lediglich auf 30 ha Pflegemassnahmen durchgeführt werden. Per Ende 2013 sind kumuliert 206 ha Schutzwaldfläche gepflegt, was einem Anteil von 16% der gesamten zu pflegenden Fläche entspricht.					
B3	Die tieferen Kosten sowie die weiter ansteigende Anzahl von Patenten (Regaleinnahmen) verbesserten den Kostendeckungsgrad.					

Entwicklungsschwerpunkte			
	Entwicklungsschwerpunkt / Stand und Kommentar	Massnahme LZ RR	bis
E1	Anpassung der Infrastrukturen am Strickhof an Ausbildungsbedürfnisse und Tierschutzvorgaben Planmässig Das Projekt Agrovet-Strickhof kommt planmässig voran. Im Berichtsjahr genehmigten die beteiligten Institutionen das Betriebs- und Nutzungskonzept. Das Vorprojekt liegt vor und der Objektkreditantrag konnte dem Kantonsrat eingereicht werden. Damit wird die tierschutzgerechte Haltung am Strickhof sichergestellt.		2014
E2	Massnahmenpaket zur langfristigen Sicherung von 44 400 ha Fruchtfolgeflächen umsetzen Planmässig Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	8e	2015
E3	Die Umsetzung der Bundesagrarpolitik 2014–2017 ist vorbereitet und der Vollzug auf eine produzierende nachhaltige Landwirtschaft ausgerichtet Planmässig Die nötigen EDV-Umstellungen sind erfolgt und die neuen Projekte zur Förderung der Landschaftsqualität sind zeitgerecht umsetzungsreif.		2014
E4	Eine Strategie zur Abwehr der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen Planmässig. Vgl. Legislaturziele des Regierungsrates	10e	2015
E5	Umsetzen des Waldentwicklungsplanes für den Kanton Zürich Planmässig Der Waldentwicklungsplan ist erlassen und in Umsetzung. Das Konzept für die Kontrolle der nachhaltigen Waldentwicklung liegt vor.		2015
E6	Umsetzung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept (NSGK) gemäss Umsetzungsplan 2009–2015 (RRB Nr.195/2010) sowie aktualisiertem Vorgehenskonzept von 2011 Verzögert Die Umsetzung läuft, ist indes immer noch teilweise verzögert aufgrund der knappen Personalressourcen. Aktuell sind im Feld rund 80% der Schutzgebiete geschützt. In Bezug zu nationalen und kantonalen Vorgaben bestehen nach wie vor grosse Pendenzen, die wertvollsten Lebensräume PBG-konform zu sichern. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Geschäftsberichts kann mit einer Erfüllung der Massnahmen aus dem Naturschutzgesamtkonzept bis im Jahr 2025 gerechnet werden.		2015

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	212.6	216.9	210.8	–6.0
Durchlaufende Beiträge	167.7	171.0	167.0	–4.0
Aufwand	–275.5	–280.1	–272.0	8.2
Durchlaufende Beiträge	–167.7	–171.0	–167.0	4.0
Saldo	–62.9	–63.2	–61.1	2.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1.5	2.6	2.1	–0.5
Durchlaufende Beiträge	1.4	2.3	1.2	–1.1
Ausgaben	–9.9	–18.2	–12.3	5.9
Durchlaufende Beiträge	–1.4	–2.3	–1.2	1.1
Kreditübertragungen aus 2012		–0.1		
Saldo	–8.4	–15.6	–10.2	5.4
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	316.7	325.8	321.5	–4.3

Erfolgsrechnung

Ertrag:

–1.2 Geringere Entgelte (Verkäufe und Dienstleistungen)

Aufwand:

+0.8 Geringerer Sachaufwand (v. a. Bereiche Bildung, Landwirtschaft und Bodenschutz)

+0.8 Geringere Staatsbeiträge
(v. a. Landwirtschaft, Naturschutz- und Walderhaltungsmassnahmen)

+0.8 Geringerer Personalaufwand
(v. a. infolge vakanter Stellen im Bereich der landwirtschaftlichen Bildungen sowie
Rückerstattungen)

+0.7 Geringerer Kapitalaufwand (Abschreibungen und Zinsen)

Investitionsrechnung

+2.6 Geringere Investitionen für Sachanlagen (v. a. Hochbauten)

+2.4 Geringere Investitionsbeiträge für Meliorationen und landwirtschaftliche Hochbauten

+0.6 Höhere Einnahmen Rückerstattung von Investitionsbeiträgen

–0.2 Höhere Ausgaben Darlehen Neue Regionalpolitik

Personal

–4.3 Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen (–2.7) und eine tiefere Anzahl von
Lektionen am Strickhof (–1.6) führten zu einem geringeren Beschäftigungsumfang.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	614 402	-86 236	0	528 166	-86 236

Verwendung von Rücklagen 2013

- davon Fr. 53 508 für die Teamentwicklung
- davon Fr. 32 728 für die übrigen Personalkosten (Personalanlässe und Infrastruktur)

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Hauptereignisse

Im Naturschutz wurde mit den Mitteln des Fonds die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzeptes weiter vorangetrieben. Es wurden verschiedene Aufwertungsprojekte in den Bereichen Arten- und Biotopschutz umgesetzt wie die Förderung von lichten Wäldern oder die Aufwertung von Kiesgrubenbiotopen. Im Gebiet Witteri in Henggart wurde durch die Regeneration des ursprünglich vorhandenen Flachmoors eine sehr hochwertige ökologische Ausgleichsfläche geschaffen und die beanspruchten Fruchtfolgefleichen kompensiert. Im Artenschutz wurden verschiedene besonders gefährdete Vögel, Tagfalter, Amphibien, Heuschrecken, Wildbienen und Pflanzen mit besonderen Projekten gefördert. Weiter richtete der Fonds für die Pflege von Naturschutzgebieten von überkommunaler Bedeutung und von Obstgärten Bewirtschaftungsbeiträge aus und es wurden zahlreiche Unterhalts- und Pflegemassnahmen zur Erhaltung und Förderung der Biodiversität durchgeführt. Die drei Naturschutzzentren Neeracherriet, Silberweide und Sihlwald wurden mit namhaften Beiträgen unterstützt. In den grossen Schutzgebieten haben vom Fonds finanzierte Rangerdienste die Information und Aufsicht sichergestellt.

Die intensive Bautätigkeit führte zu zahlreichen Sondierungen, Rettungsgrabungen und Baubegleitungen im ganzen Kanton, zu erwähnen sind eine grössere Ausgrabung in Wettswil (römischer Gutshof) und Sondierungen in Elgg (mittelalterliche Siedlung), die aufgrund eines grossen Bauvorhabens 2014 zu einer Grossgrabung führen werden. Verschiedene Auswertungen von Grabungsprojekten, darunter Zürich Parkhaus Opéra, wurden weitergeführt. Im Leistungsauftrag an die archäologische Tauchequipe der Stadt Zürich standen Dokumentationen und Schutzmassnahmen namentlich der UNESCO-Welterbe Fundstelle Wädenswil Vorder Au im Vordergrund.

In Unterstammheim wurden die Umbau- und Renovationsarbeiten des Girsbergerhauses, dem ältesten Fachwerkbau des Kantons, fortgesetzt. Das Haus wird auf 1421 datiert. Für etwa 100 überkommunal eingestufte Objekte wurden verschiedene Analysen, Bestandesaufnahmen und Fotodokumentationen für die kantonale Denkmalpflege gemacht.

Das ehemalige Baumwollmagazin auf dem Gelände des Webmaschinenmuseums Neuthal in Bäretswil konnte so umgebaut werden, dass die Handstickmaschinensammlung als weitere Attraktion des Industriehrpades Zürcher Oberland der Öffentlichkeit zugänglich wird.

Der Ortsbild- und Landschaftsschutz wurde mit Fondsbeiträgen an Mehrleistungen der Gemeinden für Pflege und Gestaltung von Schutzobjekten (z. B. in Andelfingen und Kyburg), an Aufwendungen im Zusammenhang mit Erholungsgebieten (Freienstein-Teufen) und an die Signalisation der Fuss- und Wanderwege im Kanton unterstützt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen
A2	Erwerb von Grundstücken (z. B. Wiesen, Moore, Erholungsgebiete mit Infrastruktur) zu Schutzzwecken
A3	Ausrichtung von Entschädigungen für Eigentumsbeschränkungen infolge von Schutzmassnahmen

Leistungsgruppen

Indikatoren						
	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Leistungen						
L1	Anzahl Beitragsempfänger Naturschutz (A1)	P	1 695	1 650	1 686	36
L2	Anzahl Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte (A1)	P	2	5	0	-5
L3	Anzahl archäologische Projekte (A1)	P	187	160	178	18
L4	Anzahl Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte (A1)	P	6	5	2	-3
Abweichungsbegründungen						
L1 / L2 / L4 Die Anzahl eingehender Beitragsgesuche ist exogen beeinflusst.						
L3	Bedingt durch die rege Bautätigkeit sowie dem Trend zur Verdichtung nach innen ergab sich ein Zuwachs an kleineren Projekten, Sondierungen und Beobachtungen.					
Finanzielle Entwicklung						
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)		R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013	
Erfolgsrechnung						
	Ertrag	30.7	29.7	32.5	2.8	
	Übertrag vom GS (8000)	18.0	18.0	18.0	0.0	
	Aufwand	-33.6	-35.6	-36.8	-1.2	
	Abschreibungen und Zinsen	-3.6	-5.1	-3.8	1.2	
	Saldo	-3.0	-5.9	-4.2	1.6	
Investitionsrechnung						
	Einnahmen	0.3	0.4	0.0	-0.4	
	Ausgaben	-2.3	-3.7	-2.3	1.4	
	Saldo	-2.0	-3.3	-2.3	1.0	
Fondsbestand						
	Fondsbestand	9.0	3.1	4.7	1.6	

Erfolgsrechnung

- +1.2 Geringerer Nettoaufwand im Bereich Archäologie, v. a. infolge höherer Entschädigungen und Beiträgen vom Bund
- +0.8 Geringerer Nettoaufwand im Bereich Denkmalpflege für denkmalpflegerische Massnahmen
- +0.6 Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz, v.a. infolge weniger Sofortabschreibungen von Investitionsbeiträgen
- 0.9 Höherer Nettoaufwand im Bereich Naturschutz für die Umsetzung des Naturschutzgesamtkonzepts
- +1.5 Aufwertungserfolg infolge Aktivierung eines betrieblich genutzten Grundstücks (Richtigstellung)
- 1.3 Wertberichtigung einer denkmalgeschützten, sanierten Liegenschaft im Finanzvermögen auf den aktuellen Verkehrswert
- 0.2 Zahlungen und Rückstellung für Altlastenuntersuchungen auf möglicherweise belasteten Grundstücken

Investitionsrechnung

- +0.7 Weniger Investitionsbeiträge im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz
- +0.6 Weniger Erwerb von Grundstücken im Bereich Naturschutz
- 0.4 Keine Investitionseinnahmen

Fondsbestand

- +1.6 Durch den geringeren Aufwandüberschuss reduziert sich das Fondskapital lediglich um 4.2 Mio. Franken anstatt wie geplant um 5.9 Mio. Franken.

8940 Denkmalpflegefonds

Hauptereignisse

Aus dem Denkmalpflegefonds wurden Finanzmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümer verwendet. Hervorzuheben sind die Beiträge an die Sanierung der Park- und Gartenanlagen Mariahalde in Erlenbach und an die Teilrekonstruktion und Instandstellung der Gartenanlage Haus Wäckerling in Uetikon a. S. Für die Gesamtsanierung des vom Kanton Zürich an private Eigentümer verkauften Ensemble Wellenberg in Hombrechtikon (bäuerliches Ensemble des 18. Jahrhunderts) konnte ein namhafter Betrag zugesichert werden. Für das Wohnhaus Corti in Winterthur, das den Denkmalpreis der Konferenz der Schweizerischen Denkmalpfleger erhalten hat, sowie für die Blacktenbrücke in Bauma konnten die Schlusszahlungen geleistet werden.

Neu wurden dem Betreiber der Sternwarte Urania in Zürich, zudem für eine weitere Periode dem Verein Schloss Kyburg und der Ritterhausgesellschaft Bubikon wiederkehrende Beiträge als Betreiber von historischen Objekten zugesichert.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen
A2	Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zu Gunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Leistungen						
L1	Anzahl Zusicherungen von Beiträgen (A1)	P	34	50	21	-29

Abweichungsbegründung

L1 Die Anzahl eingehender Beitragsgesuche ist grundsätzlich exogen beeinflusst.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	8.4	9.7	6.1	-3.6
Übertrag vom Lotteriefonds	7.5	8.5	5.4	-3.1
Entnahme aus Bestandeskonto		0.6		-0.6
Aufwand	-8.4	-9.7	-6.1	3.6
Staatsbeiträge	-0.5	-0.5	-0.6	-0.1
Abschreibungen und Zinsen	-7.1	-9.2	-4.8	4.4
Einlage in Bestandeskonto	-0.8		-0.7	-0.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen	0.1		0.5	0.5
Ausgaben	-7.1	-9.2	-5.3	3.9
Saldo	-7.0	-9.2	-4.8	4.4
Fondsbestand				
Fondsbestand	28.0	27.5	28.7	1.3

Erfolgsrechnung

- +4.4 Weniger Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge (siehe Investitionsrechnung)
- 3.1 Geringerer Übertrag aus dem Lotteriefonds
- 0.7 Einlage in das Fondskapital
- 0.6 Keine Entnahme aus dem Fondskapital aufgrund der Kostenüberdeckung

Investitionsrechnung

- +4.4 Weniger Investitionsbeiträge

Fondsbestand

- +1.3 Im Geschäftsjahr wurden 0.7 Mio. Franken in den Fondsbestand eingelegt, anstatt wie geplant 0.6 Mio. Franken entnommen.

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Hauptereignisse

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton Zürich über ein solides und eingespieltes Sammelsystem, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heute praktizierten Form gut akzeptiert ist. Mit der regionalen Ankündigung der Sammeltermine konnte das Angebot in den letzten Jahren noch vermehrt genutzt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Zur Finanzierung seiner Aufwendungen für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen führt der Staat einen Fonds, der durch eine jährliche Abgabe der Gemeinden je Einwohnerin und Einwohner gespeist wird. Dabei handelt es sich um die Aufwendungen für den Betrieb der kantonalen Sonderabfallsammelstelle in Zürich, in welche die aus Haushaltungen und Kleingewerbe anfallenden Kleinmengen von Sonderabfällen gesammelt, triagiert und zur Entsorgung weitergeleitet werden, sowie um die Aufwendungen für mobile Sammlungen in den Gemeinden.
----	--

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Gesammelte Menge Sonderabfall [in t] (A1)	P	346	300	346	46
W2	Abgeber bei Sonderabfallsammlungen (A1):	P	32 253	28 500	33 360	4 860
W3	– davon bei der stationären Sammelstelle Hagenholz	P	5 184	4 500	5 546	1 046
W4	– davon bei mobilen Sammlungen in den Städten Zürich und Winterthur	P	4 851	4 000	4 769	769
W5	– davon bei mobilen Sammlungen im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur)	P	22 218	20 000	23 045	3 045
Leistungen						
L1	Anzahl mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich (A1):	min.	278	270	284	14
L2	– davon in den Städten Zürich und Winterthur (A1)	min.	39	40	39	-1
L3	– davon im restlichen Kantonsgebiet (d.h. ohne die Städte Zürich und Winterthur) (A1)	min.	239	230	245	15
Wirtschaftlichkeit						
B1	Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin [Fr.] (A1)	P	1.20	1.20	0.60	-0.60

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.7	1.8	0.9	–0.8
Abgaben von Gemeinden	1.7	1.7	0.8	–0.8
Aufwand	–1.2	–1.4	–1.2	0.3
Beiträge an Betriebe	–0.7	–0.7	–0.7	0.0
Saldo	0.5	0.3	–0.3	–0.6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	3.3	3.6	3.0	–0.6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 0.8 Um die Reserven im Sonderabfallfonds (Fondsvermögen) abzubauen, wurde die Sonderabfallabgabe pro Einwohner im Jahr 2013 verringert. Budgetiert war der Ertrag jedoch auf der Grundlage der höheren Abgabe (siehe Indikator B1).

Aufwand:

- +0.3 Geringerer Sach- und interner Aufwand

8960 Deponiefonds

Hauptereignisse

Der Deponiefonds erreicht Ende des Berichtsjahres einen Bestand von 22 Mio. Franken. Zurzeit sind 13 Deponien am Fonds angeschlossen. Bei zwei altrechtlich bewilligten Reaktordeponien wurden bauliche Massnahmen zur Verminderung von Sanierungsrisiken abgeschlossen. Bei einer Deponie, die im Sommer 2014 gesamthaft vom Fonds übernommen wird, wurden Sanierungsarbeiten begonnen, um den ordentlichen Betriebszustand zu erhalten. Von einer Deponie wurden die ältesten drei Kompartimente vom Fonds in die Nachsorge übernommen.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1	Der Staat übernimmt gemäss Abfallgesetz nach dem Abschluss der aktuell betriebenen Deponien einen Teil der Nachsorgekosten und der Kosten der allfälligen Sanierung. Dazu äufnen die Deponiebetreiber den Deponiefonds mit einer jeweiligen deponierisikoabhängigen Abgabe auf das abgelagerte Material.
----	--

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	4.8	1.3	0.6	-0.6
Beiträge von Deponiebetreibern	4.2	0.7	0.1	-0.7
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.6	0.5	0.6	0.1
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-4.8	-1.3	-0.6	0.6
Einlagen in Bestandeskonto	-4.7	-1.2	-0.6	0.6
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	23.7	24.9	24.3	-0.6

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- 0.7 Geringere Beiträge von Deponiebetreibern (u. a. aufgrund der im Vorjahr getätigten Einmaleinkäufe)
- +0.1 Höhere Zinsvergütung auf dem Fondsbestand basierend auf dem Fondsvermögen per 31.12.2012

Aufwand:

- +0.6 Einlage in den Fondsbestand.

8970 Kantonaler Waldfonds

Hauptereignisse

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0
Zinsvergütung auf dem Fondsbestand	0.0	0.0	0.0	0.0
Entnahme aus Bestandeskonto				
Aufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0
Einlage in Bestandeskonto	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	0.9	0.9	0.9	0.0

8980 Wildschadenfonds

Hauptereignisse

Der Wildschweinebestand des Kantons Zürich konnte im Berichtsjahr durch den grossen und erfolgreichen Einsatz der Jägerschaften erheblich gesenkt werden.

Laufende Aufgaben

Aufgabe / Stand und Kommentar

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 Vergütung von Wildschäden an Waldbäumen, Feldern und Wiesen sowie Obstbäumen und Reben [in Fr.] (A1)	P	254 812	250 000	229 465	-20 535
Leistungen					
L1 Anzahl vergütete Wildschadensfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine) (A1)	P	481	350	420	70
L2 Anzahl bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen (A1)	P	25	35	16	-19
L3 Anzahl bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume (A1)	P	32	50	25	-25
Wirtschaftlichkeit					
B1 Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen im Verhältnis zu den Erträgen aus Jagdpachtzinsen und Jagdpässen [in %] (A1)	P	46	46	40	-6

Abweichungsbegründungen

- L1 Die Anzahl der vergüteten Wildschadensfällen hat sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als 10% reduziert.
- B1 Die höheren Erträge aus den Jagdpachtzinsen und die geringeren Auszahlungen aus dem Wildschadenfonds verbesserten die Wirtschaftlichkeit.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.5	0.5	0.4	–0.0
Erträge aus Regalien	0.1	0.1	0.1	0.0
Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0.1	0.1	0.1	–0.0
Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0.3	0.3	0.3	0.0
Aufwand	–0.5	–0.5	–0.5	0.1
Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	–0.3	–0.4	–0.3	0.1
Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	–0.2	–0.1	–0.2	–0.0
Saldo	–0.0	–0.0	–0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Fondsbestand				
Fondsbestand	2.1	2.0	2.1	0.0



Theater Winterthur: Orchestergraben

Funktions- und Querschnittbereiche

E-Government

Hauptereignisse

Der Regierungsrat hat Ende März 2013 die erneuerte E-Government-Strategie 2013–2016 festgesetzt (RRB Nr. 333/2013). Gemäss dem Handlungsbedarf und der Bedeutung für den weiteren Ausbau von E-Government im Kanton wurden folgenden Ziele neu als vorrangig bezeichnet:

1. «Voraussetzungen schaffen»
2. «Verwaltungsinterner elektronischer Geschäftsverkehr»
3. «Amtsverkehr zwischen Behörden»

Die Strategie gilt für die Direktionen und die Staatskanzlei als Planungs- und Entscheidungsgrundlage, um E-Government in den nächsten vier Jahren koordiniert und zielgerichtet weiterzuentwickeln. Zur Strategie liegt erstmals ein Umsetzungsplan vor, der die wichtigsten Kernprojekte zur Erreichung der strategischen Ziele enthält. Für die Umsetzung der Strategie sind weiterhin die Direktionen und die Staatskanzlei zuständig. Für eine bessere Koordination und Verankerung von E-Government haben die Direktionen neu E-Government-Verantwortliche ernannt.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die Arbeitsaufnahme der Zusammenarbeitsorganisation mit den Gemeinden im Bereich E-Government, egovpartner.zh.ch (RRB Nr. 1092/2012, s. Berichterstattung zu Legislaturzielen).

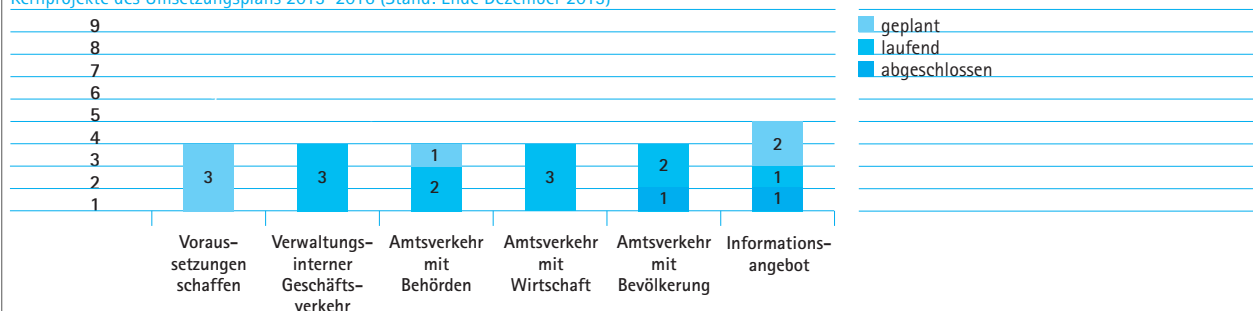
E-Government-Projekte 2013–2016

Die Stabsstelle E-Government verfolgt im Rahmen des Strategiecontrollings die Entwicklung der Strategie-Umsetzung. Sie hat hierzu am Ende des Berichtsjahres die Stuserhebung der E-Government-Projekte bei allen Direktionen durchgeführt.

Entwicklung der Kernprojekte des Umsetzungsplans

Die Aufteilung der Kernprojekte nach strategischen Zielen ist wie folgt:

Kernprojekte des Umsetzungsplans 2013–2016 (Stand: Ende Dezember 2013)



Die detaillierte Liste der Kernprojekte (KP) ist im KEF 2014 und auf den Web-Seiten unter www.e-gov.zh.ch zu finden.

Zwei Kernprojekte wurden bereits im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen: Im Rahmen des Projekts KP15 – Virtueller Polizeischalter wurde das Internet-Angebot «Suisse ePolice» als nationales Gemeinschaftsprojekt in den Kantonen Zürich, Bern, Zug, Freiburg, Schaffhausen und St.Gallen eingeführt. Mit der Erstellung des Social-Media-Konzepts konnte das Projekt KP19 – Social Media abgeschlossen und das bisherige Pilotangebot in den ordentlichen Betrieb übergeführt werden.

Die laufenden Kernprojekte sind abgesehen von leichten Verzögerungen in einzelnen Projekten auf gutem Weg. Das Kernprojekt KP09 – Vernehmlassungen wurde vorerst zurückgestellt, weil auf Bundesebene das priorisierte Vorhaben A1.22 E-Vernehmlassungen in die Umsetzungsplanung von E-Government Schweiz aufgenommen wurde. 6 der 19 Kernprojekte konnten teilweise aufgrund fehlender Ressourcen noch nicht gestartet werden.

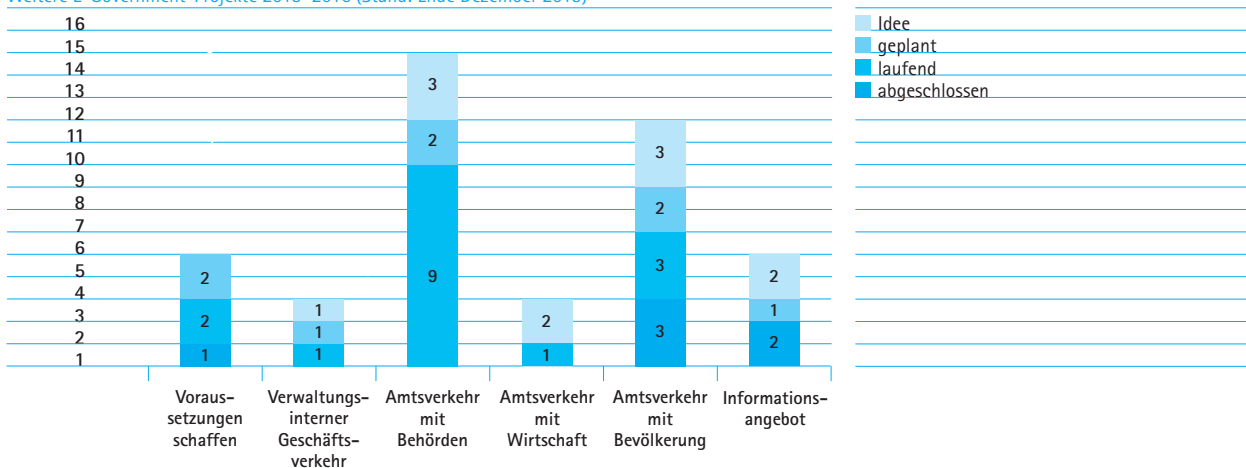
Im Rahmen des Kernprojektes KP17 – Open Government Data wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv ein Pilotversuch mit «offenen Behördendaten» des Statistischen Amtes und des kantonalen GIS-Zentrums begonnen. Für das Gemeinschaftsvorhaben des Bundes, an dem sich der Kanton Zürich als erster Kanton beteiligt hat, wurde der Schweiz am 4. Dezember 2013 in Paris der internationale Preis «International Public Administration Award» verliehen.

Entwicklung der weiteren Projekte 2013–2016

Neben den 19 Kernprojekten des Umsetzungsplans haben die Direktionen und die Staatskanzlei 41 weitere E-Government-Projekte gemeldet. Die Zuteilung zu den strategischen Zielen und der Stand sind in der Grafik unten ersichtlich.

Die im Berichtsjahr angefallenen externen Kosten für die weiteren E-Government-Projekte belaufen sich auf 2,5 Mio. Franken, wovon 341 000 Franken die abgeschlossenen Projekte betreffen. Ein - schliesslich der Kernprojekte wurden im Berichtsjahr insgesamt Ausgaben von 5,6 Mio. Franken getätigt.

Weitere E-Government-Projekte 2013–2016 (Stand: Ende Dezember 2013)



Projekte aus der Zusammenarbeitsorganisation Kanton–Gemeinden

Das gemeinsame Projektportfolio enthält 19 Projekte und Projektideen, die Kanton und Gemeinden in den nächsten vier Jahren gemeinsam umsetzen wollen. Darunter gehören auch die Kernprojekte KP07 – Kantonales Einwohnerregister, KP11 – Baubewilligungen, KP13 – E-Umzug und KP14 – E-Voting. Das Projektportfolio enthält weitere Projekte wie z. B. das elektronische Drittmeldeverfahren, die eEinbürgerungen sowie das Online Fundbüro (s. auch www.egovpartner.zh.ch). Diese Vorhaben betreffen zum Teil Angebote, die auch auf nationaler Ebene ausgebreitet werden sollen.

Entwicklungsschwerpunkte

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr neben der Festsetzung der E-Government-Strategie 2013–2016 noch weitere wichtige Beschlüsse gefasst, die wesentlich für die Erreichung des Strategieziels 1 «Voraussetzungen schaffen» sind. Dazu zählt der Beschluss bezüglich Abschluss einer Vereinbarung mit der Stadt Zürich über die Führung des Zentralen Stimmregisters der stimmberechtigten Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer (RRB Nr. 1128/2013). Weitere Beschlüsse betrafen den Beitritt zum Consortium Vote électronique (RRB Nr. 582/2013) und den Auftrag zur Durchführung der Vernehmlassung zum Entwurf für ein Gesetz über das Meldewesen und die Einwohnerregister (RRB Nr. 1414/2013). Trotz dieser Grundlagen ist die Umsetzung von Ziel 1 noch nicht auf Kurs, weil die dazugehörigen Kernprojekte des strategischen Umsetzungsplanes noch nicht in Angriff genommen werden konnten.

Handlungsbedarf besteht auch bei der Umsetzung des Ziels 2 «verwaltungsinterner Geschäftsverkehr». Hierzu gibt es erst wenige Projekte. Aus dem laufenden Vorprojekt zu KP04 – Direktionsübergreifende Prozesse werden konkrete Massnahmen erwartet. Weitere Projekte sind zu evaluieren.

Das Ziel 3 «Amtsverkehr zwischen Behörden» entwickelt sich mit insgesamt 17 Projekten sehr erfreulich. Einen wichtigen Beitrag zur Zielerreichung leisten die Kernprojekte KP07 – Kantonales Einwohnerregister und KP08 – Ersatzbeschaffung Direkte Bundessteuer.

Für das Ziel 4 «Amtsverkehr für die Wirtschaft» sind die drei Kernprojekte KP10 – Elektronische Bewilligungen, KP11 – Baubewilligungen und KP12 – Quellensteuer in Arbeit. Daneben sind wenige weitere Projekte geplant. Aus dem Projekt KP10 – Elektronische Bewilligungen können sich weitere konkrete Projekte ergeben.

Die Entwicklung von Ziel 5 «Amtsverkehr für die Bevölkerung» und Ziel 6 «Informationsangebot» verläuft erfreulich bzw. nach Plan. Die dazugehörigen Kernprojekte KP13 – E-Umzug, KP14 – E-Voting sowie KP17 – Open Government Data (OGD) und KP18 – ZHweb Mobile sind auf Kurs.

Der Grossteil der E-Government-Projekte, die Online-Angebote für die Öffentlichkeit schaffen, hat ein Transaktionsangebot zum Ziel, was der strategischen Stossrichtung entspricht. Die Entwicklung von E-Government geht strategiekonform voran. Die Geschwindigkeit der Umsetzung ist hingegen abhängig von den nach wie vor zu schaffenden Voraussetzungen und nicht zuletzt auch von den verfügbaren Ressourcen.

Immobilien

Hauptereignisse

Gebäudezustand des Immobilienbestands im Verwaltungs- und Finanzvermögen

Der kurz- und langfristige Bedarf an Gebäudeunterhalt wird informatikgestützt analysiert und in die Mehrjahresplanung Hochbau integriert. Die so gewonnenen Erkenntnisse erlauben einen gezielten Mitteleinsatz, sodass Schäden als Folge von unterlassenem Unterhalt und damit verbundene Mehrkosten vermieden werden können.

Für die Analyse des Gebäudezustands werden alle Liegenschaften mit einem Gebäudeversicherungswert von mindestens 1 Mio. Franken herangezogen. Als Beurteilungskriterium wird das Verhältnis von Zustands- zu Neuwert (Z/N-Wert) ermittelt. Der Neuwert der Gebäude stellt jenen Wert dar, welcher eingesetzt werden müsste, um alle Gebäude im ursprünglichen Zustand heute neu zu bauen. Der Zustandswert bildet hingegen den heutigen baulichen Zeitwert der Liegenschaft ab.

Ende des Berichtsjahres wurden insgesamt 632 (Vorjahr 714) Objekte im Verwaltungs- und Finanzvermögen analysiert. Die Differenz von rund 80 Objekten gegenüber dem Vorjahr ist auf eine neue Zuordnung der Grundstücke und Liegenschaften (ImmoReg) zurückzuführen. Weiter werden seit 1. Januar die Objekte der Rechtspflege aus der Analyse ausgeschlossen.

Aktuell beträgt der Gebäudeversicherungswert (GVW) der analysierten Liegenschaften 10,4 Mrd. Franken und umfasst damit 97% des GVW sämtlicher Liegenschaften im Besitz des Kantons Zürich. Der aktuelle Z/N-Wert der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen beträgt 0,78 (Vorjahr 0,77). Jener im Finanzvermögen ist mit 0,72 etwas tiefer, hat jedoch in der Gesamtbetrachtung nur marginalen Einfluss, da der GVW der Liegenschaften im Finanzvermögen lediglich einen Anteil von 1,5% am Immobilienbestand hat.

Anteilmässig lässt sich die Anzahl der Liegenschaften in vier Kategorien aufgliedern. 24% sind in einem guten Zustand (Z/N-Wert 0,85-1,0), 56% sind leicht schadhaft (Z/N-Wert 0,7-0,85), 17% weisen einen schlechten (Z/N-Wert 0,5-0,7) und lediglich 3% (Z/N-Wert unter 0,5) weisen einen sehr schlechten Zustand auf.

Liegenschaften im Verwaltungsvermögen

Drittmieten

Die Auswirkungen der sich stets wandelnden Rahmenbedingungen für Verwaltung und Bildungssektor haben im Berichtsjahr zum Abschluss von 17 neuen Mietverträgen mit einer Fläche von total 20 051m² und einem Nettajahresmietzins von insgesamt rund 6,1 Mio. Franken geführt. Die flächen- und frankenmässig grösste Zumiete wurde für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Neubau Adeline-Favre-Haus auf dem Sulzer-Areal in Winterthur getätigt. Für das Department Gesundheit der ZHAW in Winterthur wurde ein Mietvertrag über einen Schulhaus-Neubau mit einer Mietfläche von 19 200m² und einer Nettajahresmiete von rund 3,5 Mio. Franken abgeschlossen.

Aufgrund von baulichen Verzögerungen und des dadurch um ein Jahr verschobenen Bezugs des Mietobjektes Toni-Areal in Zürich durch die Zürcher Hochschule der Künste und die ZHAW mussten im Berichtsjahr unter hohem Zeitdruck rund 30 bereits gekündigte Mietverträge neu abgeschlossen bzw. um ein Jahr verlängert werden (siehe Tabelle 1).

Bei einer Verzinsung der Nettomietträge von 148,09 Mio. Franken mit dem im Berichtsjahr zur Anwendung kommenden internen Satz von 2,5% würde sich ein Anlagewert von rund 5,9 Mrd. Franken ergeben.

Tabelle 1: Mietverträge mit Dritten

Direktion Nutzer	Total Mietfläche	Büro	Unterricht/ Schule	Archiv/ Lager	Diverses*	Nettomiete in Franken
Direktion der Justiz und des Innern	28 858	24 634	0	4 158	66	8 283 894
Sicherheitsdirektion	65 031	43 103	0	6 691	15 237	17 381 846
Finanzdirektion	23 300	22 536	0	764	0	7 683 020
Volkswirtschaftsdirektion	22 973	21 225	0	1 748	0	6 165 776
Gesundheitsdirektion	7 267	6 560	0	707	0	1 689 848
Bildungsdirektion	356 751	44 987	280 158	21 320	10 286	97 987 044
Baudirektion	25 175				25 175	4 219 037
Direktionen, ohne Staatskanzlei	529 355	163 045	280 158	35 388	50 764	143 410 465
Baurekursgericht	1 262	1 199	0	63	0	671 664
Steuerrekursgericht	869	762	0	107	0	207 748
Notariate	16 403	13 901	0	2 502	0	3 592 570
Finanzkontrolle	653	563	0	90	0	208 912
Total Mietverträge	548 542	179 470	280 158	38 150	50 764	148 091 359

* Parkplätze, Aussenanlagen, Hallen usw.

Mietflächen für Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW)

Für den geplanten Neubau des Department Gesundheit (G) anstelle der heutigen Halle 52 in Winterthur wurde im April 2013 zwischen der Grundstückseigentümerin Implenia und Vertretern des Kantons Zürich ein Mietvertrag für einen Neubau (Adeline-Favre-Haus) vorbereitet. Im anschliessenden Architekturwettbewerb ging das Projekt «Samba» von Pool Architekten als Sieger hervor. Das Vorprojekt befindet sich in der Überarbeitung und wird im Rahmen von Arbeitsgruppen an die Bedürfnisse der Hochschule angepasst.

In Wädenswil sollen Teile des Departementes Life Sciences und Facility Management LSFM (N) vom heutigen Standort Grüental neu am Standort Reidbach zentralisiert werden. Um die zusätzlichen Flächen aufzunehmen, werden Neubauten gebaut, für welche Mietverträge vorbereitet werden.

Im Herbst 2012 wurde das kantonale Immobilienamt beauftragt, für den örtlichen und räumlichen Zusammenzug, den Ersatz und den mittelfristigen Flächenbedarf des Departementes für Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen (A) auf dem Lagerplatzareal in Winterthur rund 4600 m² Hauptnutzfläche anzumieten und die Projekte bis und mit Abschluss des Mietvertrages zu begleiten. Die Mietflächen sollen sich auf die Gebäude bzw. Hallen 180, 189, 191 und den zu realisierenden Neubau 141 konzentrieren. Anhand der erarbeiteten Raumprogramme und -anforderungen konnte im Herbst 2013 ein Studienauftrag für den geplanten Neubau 141 abgeschlossen werden, in dem für das Departement A die Flächen im Erdgeschoss für die notwendigen Schulungsräume und Werkstätten vorgesehen sind. Anhand der beurteilten Belegungsvarianten wurde für die Hallen 180, 189 und 191 eine bauliche Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

Aufgrund der räumlichen Entwicklung des Departementes A mussten eine Zwischenlösung und Ersatzflächen für die nächsten 10 bis 15 Jahre für das der School of Engineering (SoE) unterstellte Zentrum für Produkt- und Prozessentwicklung (ZPP) gefunden werden, welches bis jetzt in der Halle 191 eingemietet ist. Der Flächenbedarf von rund 1800 m² Mietfläche kann in den Hallen 118 und 181, in der unmittelbaren Nähe zum Departement A, ebenfalls auf dem Lagerplatzareal gedeckt werden. Die Bauprojektierung ist mittlerweile abgeschlossen, die Baubewilligung eingereicht und die Mietverträge werden im Februar 2014 unterzeichnet.

Evaluation neuer Mittelschulstandort am rechten Zürichseeufer

Auf der Grundlage der aktuellen Bevölkerungsprognosen nimmt die Anzahl der Lernenden an den Mittelschulen, zwischen 2011 und 2020, um rund 500 bzw. 3% zu. Damit reicht der Schulraum auf der Sekundarstufe II nur noch bis 2020 aus. Die Spitze soll im Jahr 2027 mit 3000 Schülerinnen und Schülern zusätzlich (plus 20%) erreicht werden. Die Stadt Zürich mit ihrer hohen Mittelschuldichte könnte entlastet werden, wenn im heutigen Einzugsgebiet dezentral mit drei neuen Mittelschulen Schulraum geschaffen werden könnte.

Auf der Basis dieser Prognosen führte das kantonale Immobilienamt im Auftrag des Mittelschul- und Berufsbildungsamts eine Evaluation von Grundstücken für eine mögliche neue Mittelschule vorerst am rechten Zürichseeufer durch. Insgesamt wurden in der Region Pfannenstiel elf Standorte von Kanton, Gemeinden und privaten Eigentümern geprüft. Vier Grundstücke in den Gemeinden Meilen, Uetikon am See und Stäfa erfüllen die Eignungskriterien und werden nun einer vertieften Due Diligence, einer Machbarkeitsstudie, unterzogen. Die Ergebnisse sollen voraussichtlich Mitte 2014 vorliegen.

Entwicklung Chorb-Areal und Abschluss Mietvertrag mit der Stiftung Schweizer Musikinsel in Rheinau
Historisch bedingt, ist der Kanton Zürich in Rheinau Eigentümer von vielen Grundstücken. Darunter befindet sich auch das Chorb-Areal auf der Festlandseite gegenüber der Klosterinsel, wo ein Verdichtungs- und Umnutzungspotenzial möglich ist. Die Stiftung Fintan plant auf dem Gelände u. a. einen Schulhausneubau für biologisch dynamische Landwirtschaft. Demgegenüber hat der Kanton die Aufgabe, die geforderten Parkierungsmöglichkeiten für die Nutzungen auf der Klosterinsel auf dem Chorb-Gebiet sicherzustellen. In der Folge wurden zuerst ein Nutzungsprofil erstellt und ein Studienauftrag zur Erarbeitung eines baulichen Entwicklungsleitbildes erteilt. Das erarbeitete Leitbild bildet die Grundlage für den zu erarbeitenden Gestaltungsplan.

Mit der Stiftung Schweizer Musikinsel wurde ein langfristiger Mietvertrag für die Nutzung der umgebauten Räumlichkeiten in der ehemaligen Klosteranlage abgeschlossen. Die Umsetzung der zweiten Etappe mit Hauswirtschaftskursen, Gastronomie und Festsaal wird dem Kantonsrat voraussichtlich im ersten Halbjahr 2014 vorgelegt.

Gerichtsplatz in Uster

Zusammen mit der Stadt Uster und zwei privaten Grundeigentümern nimmt das Immobilienamt an der Gebietsentwicklung Gerichtsplatz teil. Es geht dabei darum, diesen zentralen und für die Stadt Uster wichtigen Raum so zu entwickeln, dass eine qualitativ hochstehende Überbauung mit möglichst hoher Ausnützung entsteht. Dabei soll eine Mischung aus öffentlichen Bereichen, Detailhandel, Gewerbe/Büro sowie Wohnungen entstehen.

Seerestaurant Bürkliplatz in Zürich

Die Entwicklungsplanung «Leitbild Seebecken Stadt Zürich» wurde durch eine Behördendelegation «Umsetzungsorganisation Leitbild Seebecken», bestehend aus Vertretern von Stadt und Kanton in Auftrag gegeben. Im Bereich des Bürkliplatzes soll die Möglichkeit eines Gastronomieangebots evaluiert werden. Kanton und Stadt Zürich haben dazu 2012 die Machbarkeit eines Restaurants auf dem See geprüft. Als federführendes Amt innerhalb der Baudirektion hat das Immobilienamt im Berichtsjahr ein Vorgehenskonzept zur Entwicklung eines marktfähigen Seerestaurants ausgearbeitet. Aktuell werden verschiedene planungs- und umweltrechtliche Fragestellungen geklärt, um anschliessend einen Investorenwettbewerb zu lancieren.

Einhaltung der Büroflächenstandards in der Zentralverwaltung

Die für das Berichtsjahr bekannten Flächenwerte sind mehrheitlich auf dem Stand der letzten Überprüfung von Ende 2012. Eine nächste generelle Überprüfung ist Ende 2014 geplant.

Die vorgegebenen Flächenstandards, die je nach Belegungsstandort unter 14,5 bzw. 17m² pro Arbeitsplatz betragen, werden weiterhin nur teilweise erreicht. In den Liegenschaften ausserhalb der engeren Zentralverwaltung ist eine Reduktion der Flächen meist erst umsetzbar, wenn ganze Teilmieten aufgegeben oder zusammengelegt werden können. Dort, wo dringend Handlungsbedarf bestanden hat und Mietveränderungen möglich waren, wurden in den letzten Jahren alle grösseren Organisationseinheiten verdichtet.

Die vielfach noch ungenügende Einhaltung der Flächenstandards in der engeren Zentralverwaltung rührt hauptsächlich von der Belegung im Kaspar-Escher-Haus her. Dort sind Verbesserungen nur dann möglich, wenn ein zunehmender Personalbestand ohne Flächenzuwachs erfolgt oder wenn bestehende Organisationseinheiten in die engere Zentralverwaltung übergeführt werden. Letzteres wird jedoch immer schwieriger, da in den letzten Jahren bereits 30 Mietobjekte aufgelöst und in die engere Zentralverwaltung übergeführt wurden. Zudem gestaltet sich die Belegungsoptimierung in einem Haus mit fünf verschiedenen Direktionen schwierig.

Tabelle 2: Flächenbelegungswerte in der Zentralverwaltung pro Direktion

Nutzer Flächenstandardvorgaben	Objekte mit Flächenstandardvorgabe 14,5 m ² /Arbeitsplatz (AP)				Objekte mit Flächenstandardvorgabe 17 m ² /Arbeitsplatz (AP)			
	2005 m ² /AP	2008 m ² /AP	2012 m ² /AP	Differenz 2008–2012 m ² /AP	2005 m ² /AP	2008 m ² /AP	2012 m ² /AP	Differenz 2008–2012 m ² /AP
Staatskanzlei	–	–	–	–	21.6	18.5	18.5	0
Justiz und Inneres	19.6	17.4	17.7	+0.3	22.3	19.6	19.1	–0.5
Sicherheit	19.4	20.2	21.2	+1.0	26.7	21.7	21.7	–1.5
Finanzen	27.6	24.9	–	–	21.0	17.4	16.8	–0.6
Volkswirtschaft		15.8	15.2	17.3	24.8	19.3	17.1	–2.2
Gesundheit	20.8	19.1	15.0	–4.1	21.2	18.0	18.0	0
Bildung	14.7	16.8	16.2	–0.6	21.8	18.5	17.5	–1.0
Bauten	21.1	17.2	18.1	+0.9	20.3	19.5	19.1	–0.4

Liegenschaften im Allgemeinen Finanzvermögen

Im Berichtsjahr konnten diverse bauliche Massnahmen innerhalb des Portfolios abgeschlossen werden. Namentlich zu erwähnen sind die Innengestaltung des Gastronomiebetriebs «Schiffände» in Maur, die Gesamtanierung der Karl-Stauffer-Strasse 26 in Zürich, die Erfüllung der brandtechnischen Auflagen für das Asylzugangszentrum in der Gemeinde Egg und die Fassadensanierung an der Flurstrasse 24. Die Renovationen der Riegelhausfassade an der Ochsenegasse 9 in Rheinau und der Gebäudehülle Hirschengraben 30 in Zürich konnten termingerecht und unter denkmalpflegerischen Vorgaben umgesetzt werden. Zudem konnte die erste Etappe der Instandsetzung der historischen Natursteinmauern beim Schloss Laufen abgeschlossen werden.

Die Werterhaltung des Portfolios – immer unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung – hat einen grossen Stellenwert. Verschiedene Vorstudien und Projektierungen sind deshalb im Berichtsjahr angestossen worden, sodass eine Umsetzung in den Folgejahren möglich wird.

Per 31. Dezember 2013 erfolgte die Abtretung der umfangreichen Infrastrukturanlagen des Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsnetzes an die Gemeinde Rheinau. Nach intensiven Verhandlungen, verbunden mit baulichen Instandsetzungen, konnte diese Pendenz im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Des Weiteren konnten erneut mehrere auslaufende Mietverhältnisse zu verbesserten Konditionen verlängert bzw. neu vermietet werden.

Mieterträge und Rendite im Allgemeinen Finanzvermögen

Im Berichtsjahr belaufen sich die Soll-Nettomieten der bebauten Liegenschaften auf 16.81 Mio. Franken. Davon entfallen 4.82 Mio. Franken auf reine Wohnnutzungen, 2.6 Mio. Franken auf gemischte Wohn-/Geschäftsnutzungen, 7.7 Mio. Franken auf rein gewerbliche Nutzungen sowie rund 1.7 Mio. Franken auf Spezialliegenschaften.

Tabelle 3: Segmentierung/Liegenschaftstypen (Nutzung)

	Anzahl	Anteil	Marktwert	Marktwert
	%		in CHF	in %
Wohnen	64	47	111 869 900	28
Wohnen/Geschäft	26	19	56 991 600	15
Geschäft	28	21	181 190 778	46
Spezialliegenschaften	16	12	36 355 761	9
Tausch- bzw. Veräusserungsobjekte*	1	1	7 538 038	2
Total	135	100	393 946 077	100

* Bei der Kategorie «Tauschobjekte» handelt es um Objekte, die in abgeschlossene Tauschverträge (fixierter Tauschwert) involviert sind. Bei dem aktuellen Objekt, handelt es sich um ein Objekt für die Neuerstellung des Kinderspitals Zürich (RRB 100/2009) in Zürich.

Am 31. Dezember 2013 beträgt die aktuelle Bruttorendite 4.27%. Sie zeigt das Verhältnis der Sollnettomiete zum Anlagevermögen der bebauten Liegenschaften. Am 31. Dezember 2013 beträgt die aktuelle Nettorendite 3.11%. Sie zeigt das Verhältnis der Nettoerträge zum Anlagevermögen der bebauten Liegenschaften.

Abschluss Baurechtsvertrag Uetlibergstrasse 111 in Zürich

Die besetzte Liegenschaft wurde Anfang Juni freiwillig geräumt und der Abbruch der Gebäude konnte planmässig vorgenommen werden. Die notwendige Altlastensanierung wird vor Beginn der baulichen Massnahmen durch die Stiftung Abendrot erfolgen. Diese hat im Rahmen eines Wettbewerbs ein Siegerprojekt erkoren. Mit dem Bau wird voraussichtlich im Frühling 2015 begonnen. Ab 2017 werden den Mitarbeitern des Universitätsspitals Zürich Personalwohnungen zur Verfügung stehen.

Entwicklung Baufelder am Max-Frisch-Platz in Zürich-Oerlikon

Der Kanton ist Eigentümer von Teilflächen des Baufeldes unmittelbar neben dem durch die Stadt Zürich geplanten Max-Frisch-Platz beim Bahnhof Oerlikon. Zusammen mit der Stadt Zürich und weiteren Grundeigentümern wird die Projektentwicklung vorangetrieben. Nächster Meilenstein ist die gemeinsame Durchführung einer Testplanung als Grundlage für eine Sondernutzungsplanung.

Projektplan Immobilienmanagement Kanton Zürich

Der Aufbau der erforderlichen Grundlagen für das kantonale Immobilienmanagement erfolgt in einzelnen, planbaren Handlungsfeldern bzw. Teilschritten, gemäss «Roadmap» (Fahrplan) Steuerung und Portfoliomanagement.

Nr.	Thema/Projekt	Ziel/Nutzen	Stand
1	Zustandsbewertung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens	Durchführung und Nachführung: Hochbauamt	Nachführung laufend
2	Neubewertung der Liegenschaften des Finanzvermögens; erste Nachbewertung	Vier Jahre nach der Erstbewertung steht die erste Nachbewertung der Liegenschaften im Allg. Finanzvermögen an.	Abgeschlossen
3	Immobilienhandbuch	Schriftliche Regelung aller relevanten Rollen, Prozesse und Pflichtenhefte in einem Dokument festgehalten. Transparentes und klärendes Nachschlageinstrument und Hilfsmittel für sämtliche für die Immobilien zuständigen Stellen Einheitliche Terminologie und Verständnis bei allen Beteiligten	Nach Abschluss der Überprüfung Immobilienmanagement voraussichtlich ab 2015
4	Grundstrategie Immobilien Kanton Zürich sowie der verschiedenen Teilstrategien	Der Kanton Zürich verfügt für seine Liegenschaften (Verwaltungs-, Finanzvermögen, Fonds) über spezifische Immobilienstrategien. Die Strategie unterstützt den Kanton bei der langfristigen Erfüllung seiner Aufgaben, der Effizienz der Verwaltung und der Sicherung einer nachhaltigen Rentabilität. (Vorbereitung für die Einführung des Mietermodelles).	Grundstrategie liegt vor und ist nach der Überprüfung Immobilienmanagement zu genehmigen; weitere Teilportfoliostrategien folgen.
5	Controlling	Das Immobilienamt verfügt über die geeigneten immobilienwirtschaftlichen Steuerungsinstrumente als Grundlage für die Verifikation von Immobilienleistungen und für zukünftige Immobilienentscheide.	Einführung nach Abschluss der Überprüfung Immobilienmanagement, voraussichtlich ab 2015
6	Immobilienmanagementsystem	Gesamtkonzept für die Daten und IT im Bereich Immobilien zur Sicherstellung von Schnittstellen und Datenaustausch Auf das Gesamtkonzept abgestimmt Softwarelösung für das Portfoliomanagement im IMA (Spezialsoftware für die Steuerung des grossen Portfolios)	Einführung nach Abschluss der Überprüfung Immobilienmanagement, voraussichtlich ab 2015
7	Liegenschaftsrechnung, Raumkostenrechnung	Liegenschaftsrechnung auf Stufe Liegenschaft/Objekt (Objektrechnung) Gliederung der Liegenschaftsrechnung nach Kostenträgern (Eigentümer, Nutzer, Betreiber), Kostenstellen, Profitcenter mit entsprechenden internen Verrechnungen Gliederung der Kosten nach immobilienwirtschaftlichen Konten und Kontengruppen. Datenbasis für Benchmarking mit Dritten (Kantone und Wirtschaft)	Für die Liegenschaften der Baudirektion (FV und teilweise VV) abgeschlossen; Restliche Liegenschaften im VV erst nach Abschluss der Überprüfung Immobilienmanagement, voraussichtlich ab 2015

Informatik

Das Kantonale IT-Team KITT und die KITT-Geschäftsstelle erbringen Leistungen für die direktionsübergreifende Informatik. Die Informatikstellen der Direktionen erbringen in erster Linie Leistungen für die direktionsinternen Bedürfnisse, teilweise aber auch direktionsübergreifende Leistungen durch Erneuerungen wie auch im betrieblichen Bereich. Das KITT ist seit 2005 für die strategische Führung der direktionsübergreifenden Informatik verantwortlich. Es besteht aus Vertretern der Direktionen und der Staatskanzlei sowie dem Leiter der KITT-Geschäftsstelle.

Hauptereignisse

Das KITT hat im Berichtsjahr die folgenden Geschäfte erfolgreich abgeschlossen:

- Im Rahmen der umfassenden Informatiksicherheit in der kantonalen Verwaltung ist ein Konzept für die Revision der Informatik-Sicherheitsverordnung (Teil der Umsetzungseinheit 2 der Informatikstrategie) erarbeitet worden.
- Im Hinblick auf die Neuausschreibung des Betriebs des kantonalen Datennetzwerks LEUnet hat das KITT die Netzwerk-Strategie und ein Verrechnungskonzept erarbeitet. Diese werden dem Regierungsrat zum Beschluss vorgelegt.

Über die Arbeit der KITT-Geschäftsstelle und der ihr angegliederten Kompetenzzentren informiert der Abschnitt der Leistungsgruppe Nr. 4600, Direktionsübergreifende Informatik.

Kostenentwicklung

Mit einer KEF-Erklärung aus dem Jahr 2007 hat der Kantonsrat den Regierungsrat um Informationen zur Entwicklung der Informatikkosten pro Arbeitsplatz gebeten. Über diesen Sachverhalt wird nun jeweils im Querschnittsbereich Informatik des Geschäftsberichts berichtet.

Informatikgesamtaufwand pro Arbeitsplatz

Mit dieser Kennzahl werden die jährlichen Kosten pro Arbeitsplatz und Direktion ausgewiesen. Sie wird jährlich im Rahmen der Erhebung der Informatikkennzahlen errechnet. Die Anzahl Arbeitsplätze wird in einer Umfrage bei den Direktionen ermittelt.

	Informatikgesamtaufwand pro Arbeitsplatz in Fr. Direktion	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	22 840	18 527	17 010
2	Direktion der Justiz und des Innern	6 610	7 247	6 445
3	Sicherheitsdirektion	12 659	12 569	12 354
4	Finanzdirektion	37 951	40 373	40 668
5	Volkswirtschaftsdirektion	4 262	4 189	4 127
6	Gesundheitsdirektion	4 894	4 892	4 829
7	Bildungsdirektion	6 380	5 936	6 559
8	Baudirektion	11 027	11 248	11 838
4600	Direktionsübergreifende Informatik	312	303	291
	Gesamtdurchschnitt	11 180	11 436	11 479

Im Informatikgesamtaufwand sind die Beschaffungs-, Nutzungs- und Projektkosten einschliesslich Personalkosten und Abgeltungen der Leistungsgruppen an die Informatikabteilungen sowie die Abschreibungen enthalten.

Die Kostenunterschiede zwischen den Direktionen sind auf den unterschiedlich grossen Einsatz der Informatik für die Aufgabenerfüllung zurückzuführen, während der zeitliche Vergleich das Ausmass der Informatikinvestitionen (wie z. B. Beschaffungen und Erneuerungen) widerspiegelt.

In den Zahlen einzelner Direktionen sind auch Informatikleistungen für die gesamte Verwaltung enthalten, z. B. jene der Finanzdirektion für das Personalamt.

Basisarbeitsplatzkosten pro Arbeitsplatz

Die Kennzahl «Basisarbeitsplatzkosten» beinhaltet die Kosten für den Helpdesk und den Support, die Servicedesk-Infrastruktur, die Arbeitsplatzausrüstung (Personalcomputer, Drucker, Software, Nutzung Lotus Notes, Virenschutz), die Serverinfrastruktur (File-, Print-, Terminal-, Storage-Server) und das Netzwerk.

Basisarbeitsplatzkosten pro Arbeitsplatz in Fr. Direktion		Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	2 091	2 063	2 058
2	Direktion der Justiz und des Innern	1 376	1 430	1 500
3	Sicherheitsdirektion	1 954	2 091	2 297
4	Finanzdirektion	2 500	2 169	2 189
5	Volkswirtschaftsdirektion	1 701	1 713	1 717
6	Gesundheitsdirektion	1 618	1 605	1 618
7	Bildungsdirektion	2 063	2 025	1 656
8	Baudirektion	2 091	2 063	2 058
Gesamtdurchschnitt		1 854	1 820	1 906

Die Basisarbeitsplatzkosten sind weitgehend konstant mit leicht steigender Tendenz.

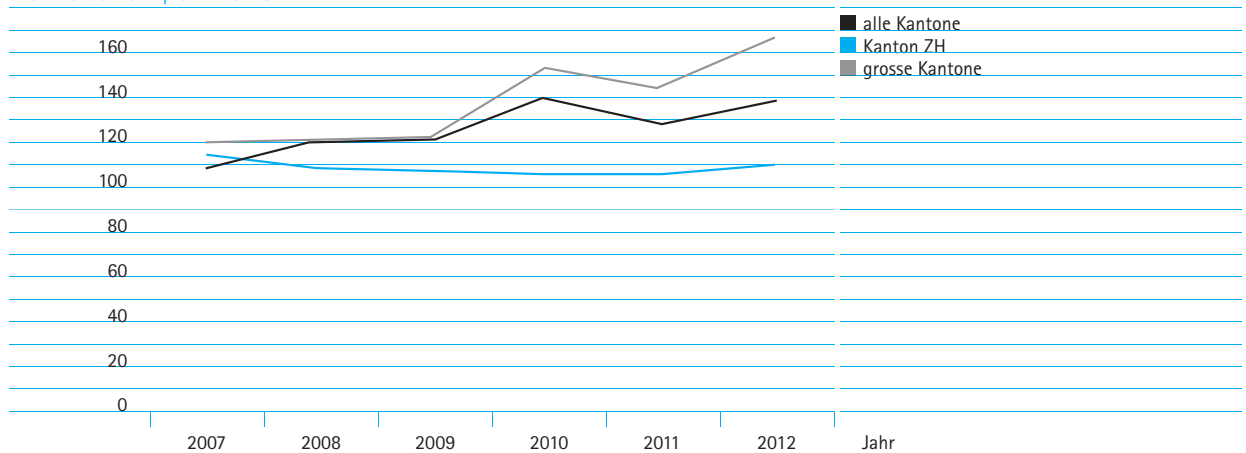
Nicht in die Berechnung einbezogen sind in der Gesundheitsdirektion der Veterinärdienst und 78 Uni-Arbeitsplätze beim KJPD sowie in der Bildungsdirektion die Mittel- und Berufsschulen. Erstmals wurden die Arbeitsplätze der Kantonspolizei einbezogen.

Kostenvergleich mit anderen Kantonen (bis 2012)

Vergleich Informatikgesamtaufwand pro Einwohner

Im Vergleich zu 2011 ist der Informatikaufwand pro Einwohner im Kanton Zürich wie auch in allen anderen Kantonen 2012 gewachsen. Im Vergleich zu den 22 teilnehmenden Kantonen und insbesondere auch zu den «grossen» Kantonen (AG, BE, GE, SG, VD, ZH) ist der Aufwand des Kantons Zürich jedoch wie in den letzten Jahren signifikant tiefer.

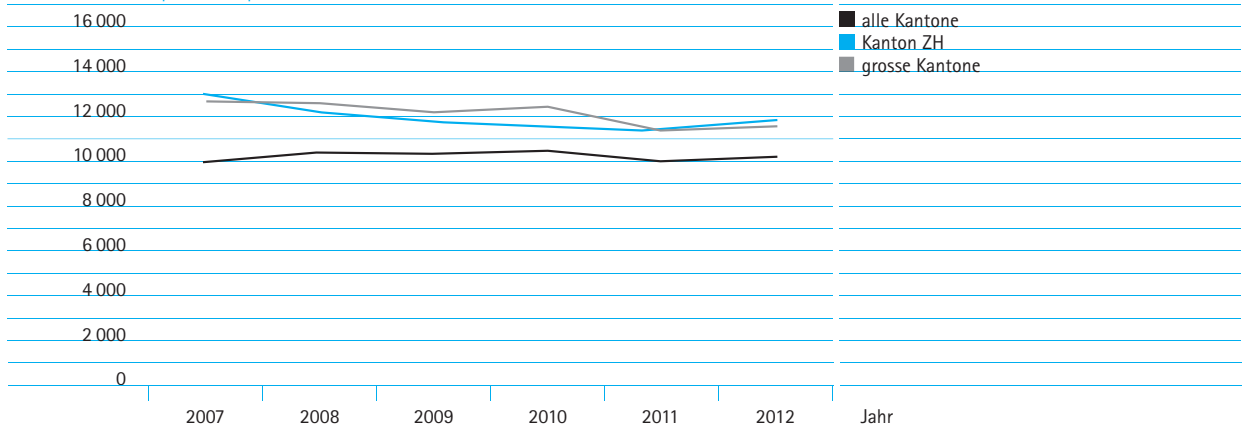
Informatikaufwand pro Einwohner



Vergleich Informatikaufwand pro PC-Arbeitsplatz

Auch die Kostenentwicklung des Informatikaufwands pro Arbeitsplatz hat sich 2012 in allen Kantonen erhöht. Die Ursache liegt hauptsächlich im zunehmenden Einsatz von komplexen fachbezogenen Anwendungssystemen.

Informatikaufwand pro Arbeitsplatz



Personal

Hauptereignisse

- Personalstrategie 2012–2015: Die Umsetzung der aus der Personalstrategie resultierenden Massnahmen konnte im Berichtsjahr wie geplant begonnen bzw. weitergeführt werden.
- Personal-Informatik-Strategie: In einer direktionsübergreifenden Projektgruppe wurde die «Personal-Informatik-Strategie» erarbeitet. Das Vorgehen gestaltete sich mehrstufig und umfasste sowohl die Situationsanalyse, die Definition von Zielen, Grundsätzen und dem Geltungsbereich bis hin zur Planung von konkreten Projekten. Die Ergebnisse mündeten in einem RR-Antragsentwurf, der den Direktionen und der Staatskanzlei zur Vernehmlassung zugesandt wurde.
- Projekt «Personalmarketing»: Das direktionsübergreifende Projekt verfolgt das Ziel, die Arbeitgeberpositionierung durch einen koordinierten Personalauftritt und eine entsprechende Kommunikation zu stärken sowie die Attraktivität als Arbeitgeber zu erhöhen. Das Projekt begann im Februar 2013 mit einer umfassenden Analyse der aktuellen Positionierung des Arbeitgebers Kanton Zürich. Aufbauend auf den konsolidierten Ergebnissen der Analyse, wurde ein Konzeptvorschlag erarbeitet, der die zukünftige Personalmarketingstrategie des Kantons beschreibt und Handlungsempfehlungen zu deren Umsetzung enthält. Kern der Strategie bildet das sogenannte Arbeitgeberversprechen. Dieses formuliert das gemeinsame Verständnis davon, was den Arbeitgeber Kanton Zürich ausmacht und wie er sich von anderen Arbeitgebern differenziert.
- Projekt «Administrativuntersuchung»: Für die heute nach allgemeinen rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführten Administrativuntersuchungen soll neu eine ausdrückliche Rechtsgrundlage geschaffen werden. Eine direktionsübergreifende Projektgruppe hat im Berichtsjahr einen Entwurf für ein Gesetz über die Administrativuntersuchung ausgearbeitet. Die Vernehmlassung zum neuen Gesetz startete im November 2013.
- Programm «Direktionsübergreifende Kadernachwuchsförderung (dKNF)»: Das Programm «dKNF» ist eine Massnahme der Personalstrategie 2012–2015, mit dem die kantonale Verwaltung den Kadernachwuchs verstärkt fördern und nach Möglichkeit Führungspositionen aus dem Kreis der internen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger besetzen möchte. Ihnen sollen vermehrt verwaltungsinterne Entwicklungsperspektiven und attraktive Laufbahnen eröffnet werden. Das Programm «dKNF» richtet sich an Mitarbeitende des unteren und mittleren Kaders der Direktionen und Staatskanzlei und bereitet diese auf eine Funktion im oberen Kader vor. Als Teil des Programms absolvieren die nominierten Kadernachwuchskräfte ein spezifisches Kadertraining, bestehend aus Workshops und Projektarbeit. Im Herbst des Berichtsjahres startete die erste Durchführung des Kadertrainings «dKNF» mit zehn Teilnehmenden.

- Projekt «Betriebliches Gesundheitsmanagement» (BGM): Eine Projektgruppe, bestehend aus Vertretern aller Direktionen, erarbeitete ein auf die Arbeitsorganisation, Führung und das individuelle Gesundheitsverhalten ausgerichtete Konzept. Die im Berichtsjahr durchgeführte Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse haben zwei Handlungsschwerpunkte ergeben: «Führungsentwicklung und -sensibilisierung» sowie «Implementierung von direktionsübergreifenden und -spezifischen BGM-Strukturen». 2014 wird die Projektgruppe daraus konkrete Massnahmen ableiten und dem Regierungsrat zur Genehmigung vorlegen.
- Berufliche Grundausbildung «Umsetzung der neuen Berufsbildungsverordnungen»: Im kaufmännischen Bereich ist die vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) erlassene Berufsbildungsverordnung (BiVo) seit 2012 in Kraft und wurde im Rahmen der kaufmännischen Berufsbildung beim Kanton sukzessive implementiert. So absolvieren bereits zwei Drittel aller KV-Lernenden ihre Ausbildung gemäss der neuen BiVo und auch die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner wurden entsprechend geschult. Wesentliche Änderungen des neuen Gesetzes sind die Überarbeitung des Leistungszielkataloges, eine neue Promotionsordnung sowie Änderungen im Ausbildungskurriculum. Als weitere Folge verstärkte die kaufmännische Berufsbildung Kanton Zürich ihr Engagement bei den überbetrieblichen Kursen, die sie für die Branche der öffentlichen Verwaltung durchführt. Im Bereich der Berufsbildung Informatik tritt die BiVo im Januar 2014 in Kraft. Sie bewirkt, dass die Fachrichtung Support mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis («Support EFZ») durch das anspruchsvollere Berufsbild «Betriebsinformatik EFZ» ersetzt wird. Für den Lehrbetriebsverbund der Informatikausbildung Kanton Zürich bedeutet dies, dass ab 2014 keine Supporter mehr ausgebildet werden können.

Für den Funktionsbereich Personal ist das Personalamt, Leistungsgruppe Nr. 4500, zuständig.

Personalaufwand ¹

	2013	2012	Differenz
	Fr.	Fr.	%
Löhne ²			
300 Behörden, Kommissionen und Richter			
3000 Löhne Behörden, Richter und Richterinnen	3 559 567	3 554 150	0.2%
3001 Vergütungen an Behörden, Kommissionen, Richter/innen	2 702 934	2 714 460	-0.4%
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	1 333 197 407	1 320 875 445	0.9%
302 Löhne der Lehrkräfte			
3020 Löhne der Lehrkräfte	636 948 061	634 254 861	0.4%
Total Löhne	1 976 407 969	1 961 398 916	0.8%
303 Temporäre Arbeitskräfte	5 812 804	6 588 659	-11.8%
304 Zulagen			
3040 Kinderzulagen	140	4 285	-96.7%
3041 Familienzulagen	0	0	0.0%
3042 Verpflegungszulagen	15 294 695	23 728 044	-35.5%
3043 Wohnungszulagen	0	600	-100.0%
3049 Übrige Zulagen	44 722	53 922	-17.1%
Total Zulagen	15 339 557	23 786 851	-35.5%
305 Arbeitgeberbeiträge			
3050 AG-Beiträge AHV, IV, EO, ALV, Verwaltungskosten	125 110 703	123 496 804	1.3%
3051 AG-Beiträge an eigene Pensionskassen	215 864 791	187 770 425	15.0%
3052 AG-Beiträge an andere Pensionskassen	2 068 040	2 052 069	0.8%
3053 AG-Beiträge an Unfallversicherungen	10 764 713	11 488 054	-6.3%
3054 AG-Beiträge an Familienzulagekassen	24 098 382	23 750 058	1.5%
3059 Übrige AG-Beiträge ³	-125 097 531	1 141 924	-11 055.0%
Total Arbeitgeberbeiträge	252 809 098	349 699 334	-27.7%
306 Arbeitgeberleistungen			
3060 Ruhegehälter	12 584 547	44 458 593	-71.7%
3061 Renten oder Rentenanteile	22 113	45 852	-51.8%
3062 Teuerungszulagen auf Renten und Rentenanteilen	375 484	20 300	1 749.7%
3063 Unfallrenten und Rentenablösungen	40 001	40 561	-1.4%
3064 Überbrückungsrenten	6 197 981	8 645 537	-28.3%
3069 Übrige Arbeitgeberleistungen	-6 909	15 707	-144.0%
Total Arbeitgeberleistungen	19 213 216	53 226 550	-63.9%

		2013	2012	Differenz
		Fr.	Fr.	%
309	Übriger Personalaufwand			
3090	Aus- und Weiterbildung des Personals	14 953 251	13 674 464	9.4%
3091	Personalwerbung	3 722 636	3 693 537	0.8%
3099	Übriger Personalaufwand	4 348 925	4 114 600	5.7%
	Total übriger Personalaufwand	23 024 813	21 482 602	7.2%
Total Personalaufwand Direktionen und Staatskanzlei¹		2 292 607 456	2 416 182 911	-5.1%

UBS-Lohnumfrage 2010 bis 2013 und Lohnrunde Kanton Zürich

Jahr	UBS-Lohnumfrage Prognose Wert Lohnrunde %	UBS-Lohnumfrage Tatsächlicher Wert Lohnrunde %	Lohnrunde Kanton Zürich %
2010	0.82	1.10	0.6
2011	1.58	1.49	1.5
2012	1.12	1.00	0.9
2013	0.79	0.94	0.4

¹ Die Personal- und Lohnstatistik beschränkt sich auf die dem Regierungsrat unterstellten Direktionen und der Staatskanzlei, d. h. die Behörden, die Rechtspflege, die selbstständigen und unselbstständigen Anstalten sind nicht Bestandteil der Statistik.

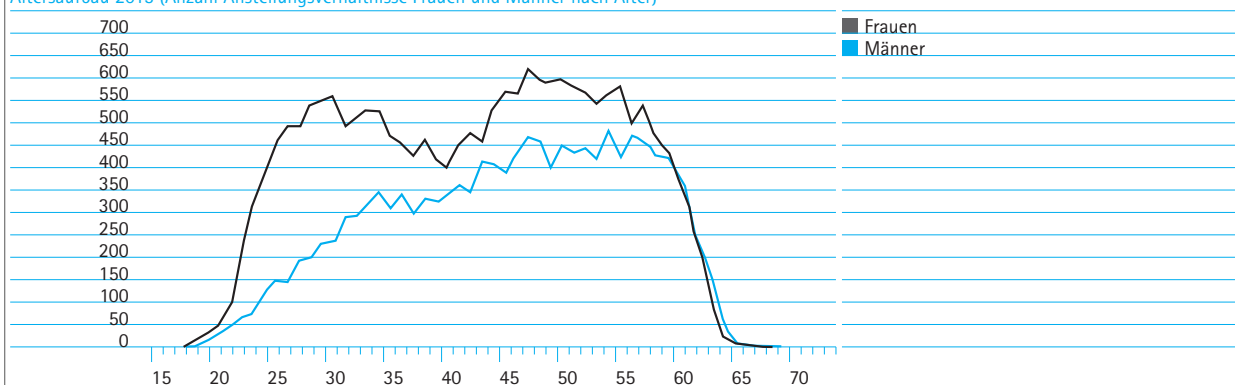
² Die Festlegungen zur Lohnentwicklung berücksichtigen die Lohnentwicklung bei Arbeitgebern mit Bedeutung für den Wirtschaftsraum Zürich (UBS-Lohnumfragen), den kantonalen Finanzhaushalt und die Vorjahres-Lohnrunden der deutschsprachigen kantonalen Verwaltungen. In der nachfolgenden Tabelle sind die Werte der UBS-Lohnumfrage der letzten vier Jahre im Vergleich zu den Lohnrunden des Kantons (mit Teuerung, ohne Einmalzulagen) aufgeführt.

³ Von der in der Rechnung 2011 gebildeten Rückstellung für die während der Sanierungsdauer vom Kanton zu leistenden Sanierungsbeiträge an die BVK wurden rund 131 Mio. Franken in der Rechnung 2013 aufgelöst und die Verwendung der Rückstellungen um 3 Mio. Franken angepasst.

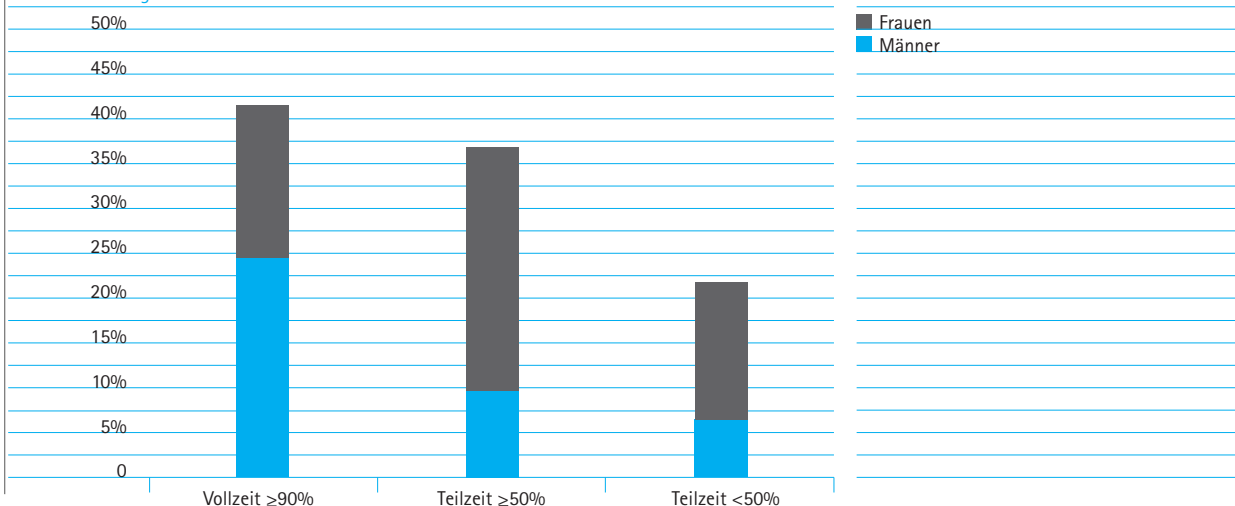
Lohnaufwand, Beschäftigungsumfang, Beschäftigte

Amts-Nr. / Bereich	Lohnaufwand	
	2013	2012
Total Direktionen und Staatskanzlei	1 975 252 548	1 960 788 098
1 Regierungsrat und Staatskanzlei	9 586 142	9 538 749
2 Direktion der Justiz und des Innern (ohne Kirchen)	184 187 767	181 189 549
3 Sicherheitsdirektion	440 382 859	432 006 860
4 Finanzdirektion	103 171 393	105 523 454
5 Volkswirtschaftsdirektion	70 832 849	70 158 105
6 Gesundheitsdirektion	227 505 187	227 330 152
7 Bildungsdirektion	785 582 494	781 385 151
8 Baudirektion	154 003 857	153 656 079

Altersaufbau 2013 (Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Alter)

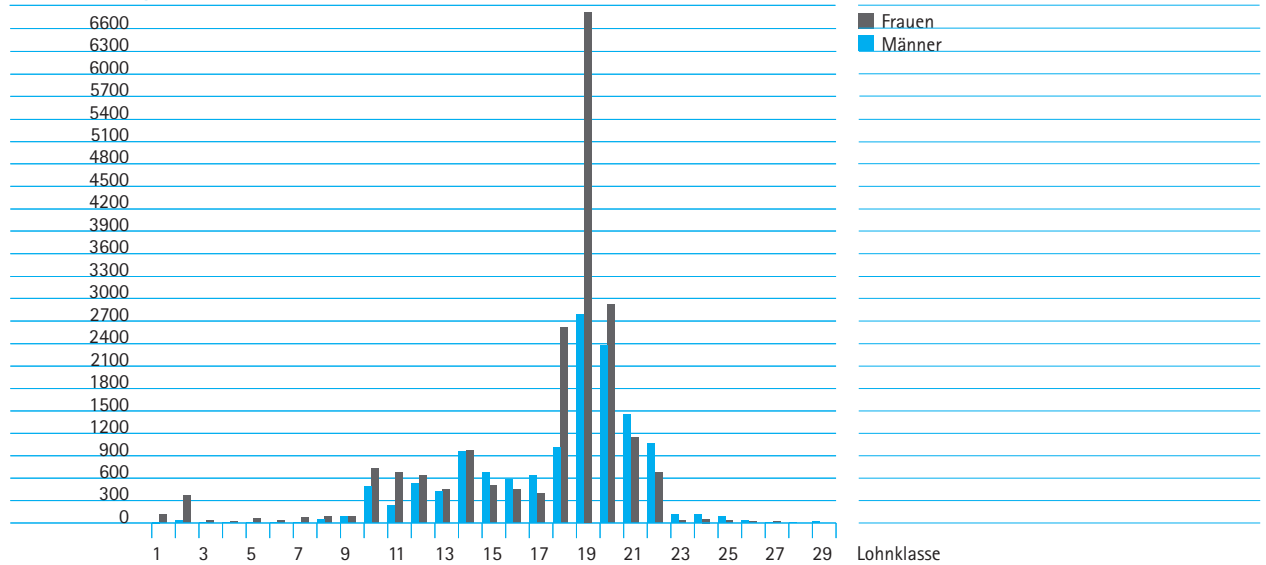


Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Voll- und Teilzeit in Prozenten 2013



	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2013				
	Total	Angestellte	Übrige	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
	25 635.6	24 886.0	749.6	34 338	20 240	14 098	14 233	20 105
	65.6	58.5	7.1	71	25	46	44	27
	1 625.3	1 600.9	24.4	1 855	889	966	1 205	650
	4 329.8	4 301.7	28.2	4 797	1 703	3 094	3 703	1 094
	1 072.3	871.6	200.7	952	442	510	735	217
	687.8	685.2	2.7	760	427	333	579	181
	2 481.1	2 221.3	259.8	2 955	1 839	1 116	1 312	1 643
	13 915.1	13 750.8	164.3	21 291	14 438	6 853	5 548	15 743
	1 458.6	1 396.1	62.5	1 657	477	1 180	1 107	550

Anzahl Anstellungsverhältnisse Frauen und Männer nach Lohnklassen 2013



Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2013	2012
Total Direktionen und Staatskanzlei		1 975 252 548	1 960 788 098
1	Regierungsrat und Staatskanzlei	9 586 142	9 538 749
	1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	9 586 142	9 538 749
2	Direktion der Justiz und des Innern (ohne Kirchen)	184 187 767	181 189 549
	2201 Generalsekretariat: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	8 086 556	7 661 578
	2204 Strafverfolgung Erwachsene	44 640 384	43 570 449
	2205 Jugendstrafrechtspflege	9 739 938	9 878 506
	2206 Amt für Justizvollzug	84 555 021	83 401 539
	2207 Gemeindeamt	7 233 045	7 346 560
	2221 Handelsregisteramt	5 839 740	5 504 556
	2223 Statistisches Amt	2 993 629	2 971 993
	2224 Staatsarchiv	4 888 787	4 537 454
	2232 Fachstelle Opferhilfe	663 044	678 723
	2233 Fachstelle für Gleichstellung	438 550	416 530
	2234 Fachstelle Kultur	1 061 185	999 398
	2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	780 636	815 634
	2251 Bezirksräte (mit Personal)	5 484 369	5 907 194
	2261 Statthalterämter	7 782 882	7 499 434
3	Sicherheitsdirektion	440 382 859	432 006 860
	3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugs- aufgaben / Rekursabteilung ⁵	8 473 995	9 492 043
	3100 Kantonspolizei	351 292 565	343 962 399
	3200 Strassenverkehrsamt	33 132 990	32 123 329
	3300 Migrationsamt	14 295 398	13 923 704
	3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13 198 163	13 648 341
	3500 Kantonales Sozialamt	18 603 033	18 857 043
	3700 Sportamt ⁵	1 386 714	

¹ Angestellte in Volleinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Auf 1.1.2013 wurde die Fachstelle Sport aus der Leistungsgruppe Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung (LG 3000) herausgelöst und eine eigene Leistungsgruppe Sportamt (LG 3700) gebildet.

Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2013				
Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
25 635.6	24 866.0	749.6	34 338	20 240	14 098	14 233	20 105
65.6	58.5	7.1	71	25	46	44	27
65.6	58.5	7.1	71	25	46	44	27
1 625.3	1 600.9	24.4	1 855	889	966	1 205	650
60.8	60.8	0.0	72	30	42	43	29
345.0	342.7	2.3	384	237	147	280	104
78.9	77.0	1.9	92	64	28	41	51
821.3	809.6	11.6	898	314	584	662	236
58.2	58.2	0.0	68	32	36	40	28
57.2	57.2	0.0	70	49	21	41	29
25.7	25.0	0.7	29	9	20	15	14
51.8	50.6	1.2	73	44	29	18	55
5.9	5.9	0.0	8	8	0	3	5
3.7	3.0	0.7	4	3	1	1	3
7.1	7.1	0.0	10	7	3	3	7
6.5	6.5	0.0	8	4	4	4	4
39.2	33.2	6.0	52	38	14	15	37
64.2	64.2	0.0	87	50	37	39	48
4 329.8	4 301.7	28.2	4 797	1 703	3 094	3 703	1 094
74.4	74.4	0.0	93	61	32	58	35
3 379.9	3 378.4	1.5	3 758	1 200	2 558	2 951	807
360.6	360.6	0.0	374	141	233	345	29
162.9	162.9	0.0	178	118	60	149	29
134.9	133.2	1.7	146	41	105	116	30
204.1	179.1	25.1	230	132	98	76	154
13.0	13.0	0.0	18	10	8	8	10

⁶ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁷ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁸ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

⁹ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 80% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2012 rund 1083.4 Mio. Fr. und im Berichtsjahr rund 1105.5 Mio. Fr.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2013	2012
4	Finanzdirektion	103 171 393	105 523 454
	4000 Generalsekretariat	1 851 880	1 643 552
	4100 Finanzverwaltung	6 966 490	6 901 763
	4300 Amt für Tresorerie	621 498	603 231
	4400 Steueramt	80 011 456	83 285 271
	4500 Personalamt ⁶	8 233 776	7 509 113
	4600 Direktionsübergreifende Informatik	1 100 581	1 114 252
	4700 Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale	4 385 712	4 466 273
5	Volkswirtschaftsdirektion	70 832 849	70 158 105
	5000 Generalsekretariat	3 461 107	3 435 223
	5205 Amt für Verkehr	6 685 373	6 566 710
	5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit ⁷	60 686 370	60 156 172
6	Gesundheitsdirektion⁸	227 505 187	227 330 152
	6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	12 404 038	11 855 842
	6100 Aufsicht und Bewilligungen	14 097 893	14 141 150
	6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	9 410 238	8 963 143
	6400 Psychiatrische Versorgung	191 730 404	192 414 016
	6999 Lohnnachzahlungen Gesundheitswesen	-137 386	-44 000

¹ Angestellte in Vollzeiteinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Auf 1.1.2013 wurde die Fachstelle Sport aus der Leistungsgruppe Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung (LG 3000) herausgelöst und eine eigene Leistungsgruppe Sportamt (LG 3700) gebildet.

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2013				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	1 072.3	871.6	200.7	952	442	510	735	217
	12.3	12.3	0.0	16	9	7	12	4
	57.8	57.4	0.5	66	35	31	46	20
	4.0	4.0	0.0	4	1	3	4	0
	699.8	698.8	1.0	751	349	402	590	161
	242.8	43.5	199.3	54	34	20	33	21
	7.6	7.6	0.0	10	3	7	6	4
	48.0	48.0	0.0	51	11	40	44	7
	687.8	685.2	2.7	760	427	333	579	181
	26.1	26.1	0.0	29	14	15	22	7
	49.7	49.7	0.0	56	21	35	39	17
	612.0	609.4	2.7	675	392	283	518	157
	2 481.1	2 221.3	259.8	2 955	1 839	1 116	1 312	1 643
	90.5	89.6	0.8	112	63	49	65	47
	135.5	126.7	8.8	154	81	73	94	60
	100.8	99.6	1.2	115	80	35	81	34
	2 154.3	1 905.3	249.0	2 574	1 615	959	1 072	1 502

⁶ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁷ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁸ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

⁹ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 80% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2012 rund 1083.4 Mio. Fr. und im Berichtsjahr rund 1105.5 Mio. Fr.

Personal- und Lohnstatistik		Lohnaufwand	Lohnaufwand
Bereich (Nr., Amt)		2013	2012
7	Bildungsdirektion	785 582 494	781 385 151
	7000 Bildungsverwaltung	39 575 678	39 982 025
	7100 Lehrmittelverlag	2 963 655	2 850 238
	7200 Volksschule, einschliesslich Vikare ⁹	209 028 301	209 535 743
	7301 Mittelschulen	258 311 829	256 227 117
	7306 Berufsbildung	213 836 402	212 822 992
	7501 Jugend- und Familienhilfe	48 449 085	46 390 436
	7502 Berufs- und Studienberatung	13 417 545	13 576 600
8	Baudirektion	154 003 857	153 656 079
	8000 Generalsekretariat	9 944 466	10 123 019
	8100 Hochbauamt	13 684 974	12 531 401
	8300 Amt für Raumentwicklung	14 324 090	13 412 105
	8400 Tiefbauamt	42 875 917	43 199 291
	8500 AWEL	26 915 294	27 025 922
	8700 Immobilienamt	9 724 113	10 878 104
	8800 Amt für Landschaft und Natur	36 535 003	36 486 236

¹ Angestellte in Volleinheiten: Anstellungen gemäss PVO und Lehrpersonen (unbefristet und befristet)

² Übriges Personal: Mitglieder von Behörden, Lernende, Praktikanten

³ Vollzeit = Beschäftigungsgrad \geq 90%

⁴ Teilzeit = Beschäftigungsgrad $<$ 90%

⁵ Auf 1.1.2013 wurde die Fachstelle Sport aus der Leistungsgruppe Generalsekretariat/Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung (LG 3000) herausgelöst und eine eigene Leistungsgruppe Sportamt (LG 3700) gebildet.

	Beschäftigungsumfang			Anzahl Anstellungsverhältnisse per 31. Dezember 2013				
	Total	Angestellte ¹	Übrige ²	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit ³	Teilzeit ⁴
	13 915.1	13 750.8	164.3	21 291	14 438	6 853	5 548	15 743
	319.8	280.7	39.2	411	261	150	182	229
	27.8	26.8	1.0	32	15	17	21	11
	9 481.2	9 481.2	0.0	13 560	10 357	3 203	3 912	9 648
	1 861.4	1 853.8	7.6	3 074	1 583	1 491	743	2 331
	1 666.9	1 560.1	106.8	3 228	1 395	1 833	560	2 668
	445.6	437.6	8.0	819	700	119	107	712
	112.5	110.7	1.7	167	127	40	23	144
	1 458.6	1 396.1	62.5	1 657	477	1 180	1 107	550
	81.7	81.3	0.3	89	36	53	69	20
	111.3	110.8	0.5	124	40	84	95	29
	117.9	117.2	0.7	147	50	97	78	69
	453.5	443.3	10.2	464	42	422	418	46
	238.2	229.1	9.1	259	70	189	181	78
	94.8	92.9	1.9	96	20	76	83	13
	361.3	321.5	39.8	478	219	259	183	295

⁶ Mit unterstellten Auszubildenden (KV- und Informatik-Lernende)

⁷ Werte ohne Arbeitslosenkasse

⁸ In der Gesundheitsdirektion wird der Lohnaufwand nach Leistungsgruppen und nicht nach einzelnen Betrieben ausgewiesen.

⁹ Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu rund 80% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand 2012 rund 1083.4 Mio. Fr. und im Berichtsjahr rund 1105.5 Mio. Fr.

Umwelt

Hauptereignisse

Die kantonale Verwaltung hat eine Vorbildrolle im eigenen Umweltverhalten. Die Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) im Generalsekretariat der Baudirektion (Leistungsgruppe Nr. 8000) nimmt in der Betriebsökologie direktionsübergreifend eine breit gefächerte Beratungstätigkeit wahr, hat verschiedene Hilfsmittel und Fachveranstaltungen initiiert und bei deren Realisierung mitgearbeitet. Für die Bauökologie wird diese Rolle von der Fachstelle Bauökologie im Stab des Hochbauamtes wahrgenommen. Die folgenden Hauptereignisse sind eine Auswahl der im vergangenen Jahr erfolgten Tätigkeiten.

Beleuchtung: Energie sparen mit LED

Gemäss einer Untersuchung des Bundesamtes für Energie aus dem Jahr 2010 macht der Beleuchtungsanteil am Gesamtstromverbrauch in Bürogebäuden im Mittel 25% aus. Deshalb wird in der kantonalen Verwaltung dem Thema Beleuchtung bereits seit Jahren grosse Beachtung geschenkt. Bereits im Jahr 2005 wurden in der kantonalen Verwaltung Kurse für Hausdienstpersonal zum Einsatz von Energiesparlampen angeboten. Im Berichtsjahr haben die KofU, die kdmz, das HBA und das USZ, mit Unterstützung von energo, Beleuchtungskurse für Fachkräfte durchgeführt, bei denen die neueste LED-Technologie präsentiert wurde.

Derzeit laufen Tests mit LED-Lampen an ausgewählten Standorten in den Gebäuden der Zentralverwaltung. Diese Tests sollen zeigen, wo es in den kantonalen Bürogebäuden ökologisch und ökonomisch Sinn macht, die LED-Technologie einzusetzen.

Fahrzeugflotte: Beschaffung nach ökologischen Kriterien und emissionsarmer Betrieb

Bei der Beschaffung von Fahrzeugen für das Tiefbauamt und für die Kantonspolizei werden seit Jahren neben wirtschaftlichen auch ökologische Gesichtspunkte berücksichtigt. Ausgehend vom Massnahmenplan Luftreinhaltung 2008, hat der Regierungsrat eine Weisung verabschiedet, welche alle kantonalen Stellen dazu verpflichtet, ihre Fahrzeuge bezüglich Energie- und Umwelteffizienz vorbildlich zu beschaffen und zu betreiben. Die neue Weisung gilt auch bei externen Aufträgen, bei denen massgeblich Transporte anfallen. Bei der Beschaffung unterstützen die beiden grossen Fahrzeugdienste des Tiefbauamtes und der Kantonspolizei (sogenannte «Lead Buyers») andere kantonale Stellen bei der Wahl eines für sie geeigneten Fahrzeuges unter Berücksichtigung der definierten Energie- und Umweltkriterien. Ein jährliches Monitoring gibt einen Überblick über die beschafften Fahrzeuge und ermittelt den CO₂-Ausstoss der kantonalen Fahrzeugflotte. Dieser wird zukünftig im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan und im Geschäftsbericht des Regierungsrates unter dem Funktionsbereich Umwelt aufgeführt werden.

Gesundheitsdirektion: Energie- und ressourceneffizientes Gebäude mit angenehmem Innenraumklima

Mit dem neuen Bürogebäude der Gesundheitsdirektion an der Stampfenbachstrasse 30 hat der Kanton Zürich seine erste eigene Baute im Standard Minergie-P-eco erstellt. Sie ist nicht nur besonders energieeffizient, sondern bei der Erstellung wurde auch besonderer Wert auf die Schliessung der Ressourcenkreisläufe sowie auf ein angenehmes Innenraumklima gelegt. Das neue Gebäude ist auch aus wirtschaftlicher Sicht sehr attraktiv.

Umweltkennzahlen

Für eine zielgerichtete Betriebsökologie der kantonalen Verwaltung besteht ein Satz von betrieblichen Umweltkennzahlen. Diese sind ein Mass für das ökologische Wirtschaften der kantonalen Verwaltung oder von Teilen davon und dienen intern dem kontinuierlichen Verbesserungsprozess sowie der Erkennung von Schwachstellen. Sie werden jährlich erfasst.

		2012	Ziele 2013	2013	Ziele 2014
Anteil Recyclingfasern					
Gesamtverwaltung	[% des Kopierpapierverbrauches]	58%	> 50% ¹	73%	> 50% ¹
	[% der Druckaufträge]	66%	> 50% ¹	66%	> 50% ¹
	[% der Couvertbestellungen]	92%	> 80% ¹	93%	> 80% ¹
Kopierpapierverbrauch					
(Ziele einschliesslich Fremdbezug)	[Blatt A4 pro Vollzeitstelle]	8600	7600	7600	7500
Wärmeverbrauch ²	[kWh/m ²]	99 ²	102	³	100
Elektrizitätsverbrauch ²	[kWh/m ²]	75 ²	76,2	³	75.8
Wasserverbrauch	[l/m ²]	427 ²	422	³	418
Treibhausgas-Ausstoss ²	[kg/m ²]	15.9 ^{2,4}	14.8	³	14.5
Umweltrelevante Kennzahlen ohne Zielvorgaben					
Abfall ⁵	[t]	1009.5	–	976.8	–
Wiederverwertbarer Anteil	[%]	69%	–	69%	–

¹ Der Zielwert für Recyclingpapier im Berichtsjahr entspricht dem im RRB Nr. 1244/2009 festgehaltenen Zielwert, welcher von jeder Direktion erreicht werden muss.

² Spezifischer Energie- und Wasserbedarf der kantoneigenen Gebäude im Verwaltungsvermögen (Universität keine Daten vorhanden).

³ Da die Datenauswertung für das Berichtsjahr erst im Verlauf des Frühlings abgeschlossen ist, kann noch nicht über die Zielerreichung berichtet werden.

⁴ Der angegebene Treibhausgas-Ausstoss wurde aus dem Wärme- und Stromverbrauch ermittelt.

⁵ Zentral- und Bezirksverwaltung

Kommentar

Anteil Recyclingfasern beim Papier

Die Vorgaben des Regierungsrates konnten im Berichtsjahr bei der Recyclingrate gesamthaft für die drei Kategorien Kopierpapier, Drucksachen und Couverts erfüllt werden. Sechs Direktionen und die Staatskanzlei haben die vorgegebenen Kriterien in allen Kategorien erfüllt. Bei einer Direktion wurden beim Kopierpapier und den Drucksachen die Kriterien nicht ganz erfüllt. Hier ist allerdings anzumerken, dass von dieser Direktion die Verbrauchsdaten bis Redaktionsschluss noch nicht komplett gemeldet waren.

Abfall und wiederverwertbarer Anteil

Der wiederverwertbare Anteil konnte auf hohem Niveau gehalten werden, während die gesamte Entsorgungsmenge um rund 3% oder rund 34 Tonnen zurückging.

Gleichstellung von Frau und Mann

Hauptereignisse

Zukunftstag

Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann (FFG) organisierte dieses Jahr den zweiten Zukunftstag für die Kinder der Verwaltungsmitarbeitenden in Zusammenarbeit mit der Finanzdirektion und dem externen Partner «sportaktiv». Insgesamt nahmen dieses Jahr 89 Kinder teil. Mit dem Zukunftstag sollen die Kinder die Vielfalt von Berufen kennenlernen und ermuntert werden, ihren Beruf nicht wegen Vorurteilen, was man als Junge oder Mädchen werden sollte, sondern aufgrund ihrer eigenen Interessen und Talente zu wählen.

Lunchveranstaltungen an der ZHdK, ZHAW & PHZH

In Kooperation mit den drei verschiedenen Fachhochschulen lud die FFG zu Lunchveranstaltungen ein, an denen jeweils fachspezifische mit gleichstellungsrelevanten Inputs diskutiert wurden. Ziel war, die Studierenden auf die Erfolgsfaktoren beim Erwerbseinstieg aufmerksam zu machen. Ihnen sollte dadurch aufgezeigt werden, wie sie ihr eigenes Netzwerk aufbauen und die Vielfalt an Chancen im Berufsumfeld wahrnehmen können.

Gleichstellungskommission

Matthias Mölloney (Präsident ZGP), Alma Redzic (Junge Grüne) und Prof. Dr. Caflisch (Uni Zürich) konnten in die Gleichstellungskommission (GleiKo) aufgenommen werden. Unter Leitung der neuen Präsidentin Gabriela Winkler (FDP) verabschiedete die GleiKo eine neue Strategie, um möglichst effizient bestimmte Gleichstellungsaspekte im Kanton Zürich umzusetzen. Ein erster Schritt besteht in der Durchführung der 1. Kantonalen Tagung zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Spitälern am Universitätsspital Zürich.

Öffentlichkeitsprinzip

Hauptereignisse

Das Öffentlichkeitsprinzip besteht seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) am 1. Oktober 2008, also seit fünf Jahren. Es darf festgestellt werden, dass sich das «Transparenzprinzip» und der Umgang mit ihm aus der Sicht der Verwaltung etabliert haben. In der breiten Öffentlichkeit, die das Gesetz anspricht, ist dies nach wie vor weniger der Fall. Die Anzahl der formellen Informationszugangsgesuche gemäss §§ 20 Abs. 1 und 24 ff. IDG, d. h. die Gesuche, die ein schriftliches Verfahren erfordern, bewegte sich auch im Berichtsjahr weiterhin in verhältnismässig bescheidenem Rahmen, wenn auch eine stetige Steigerung zu verzeichnen ist.

Die erneut deutlichste Veränderung weist die Direktion der Justiz und des Innern auf. Sie ist wiederum auf eine Zunahme der Gesuche um Einsicht in Strafakten abgeschlossener Verfahren bei der Oberstaatsanwaltschaft zurückzuführen, was diese Amtsstelle nicht unerheblich belastet. Die Bearbeitung der schriftlichen Zugangsgesuche verursachte vereinzelt namhaften Aufwand, entweder, wenn ihnen nicht oder nur teilweise entsprochen werden konnte, oder – in einem Einzelfall – sonst die Verwaltung belastete, was sich entsprechend im Gebührenertrag niederschlug.

Seit dem 1. Oktober 2008 können bei der Staatskanzlei mittels Internetformular Beschlüsse des Regierungsrates bestellt werden, die vor diesem Datum ergangen und deshalb nicht im Internet zugänglich sind. Von den bis zum 31. Dezember insgesamt erfassten 884 Bestellungen entfielen 196 auf das Berichtsjahr (Vorjahr 196). Davon wurden 115 (106) innert eines Tages, 43 (43) innert 2–5 Tagen und 37 (47) innert 6–30 Tagen beantwortet. Bei 1 Bestellung (0) beanspruchte die Bearbeitung mehr als die gesetzliche Frist von 30 Tagen (§ 28 IDG). Im Berichtsjahr musste 1 (4) Bestellung auf den schriftlichen Weg gemäss § 24 Abs. 1 IDG verwiesen werden. In 135 (109) Fällen oder 69% betrafen diese Internetbestellungen Informationen, über deren Öffentlichkeit bereits früher entschieden worden ist, die anderweitig öffentlich zugänglich sind und deshalb auch mit geringem Aufwand behandelt werden konnten, beispielsweise durch Angabe der betreffenden Quelle (§ 25 Abs. 1 IDG), oder zur Behandlung in die Zuständigkeit des Staatsarchivs fielen (RRB Nr. 1347/2010).

Ebenfalls seit der Einführung des Öffentlichkeitsprinzips am 1. Oktober 2008 werden die Beschlüsse des Regierungsrates im Internet veröffentlicht (www.rrb.zh.ch), soweit dem keine rechtlichen Gründe entgegenstehen (insbesondere der Schutz von Persönlichkeitsrechten Privater). Die steigende Quote der öffentlich zugänglichen Beschlüsse hängt mit der erneuten Abnahme der (grundsätzlich nicht öffentlichen) Rechtsmittelentscheide des Regierungsrates zusammen. Dies führte ebenfalls zu einem Rückgang der protokollierten Beschlüsse überhaupt (vgl. zum «Allgemeinen Geschäftsgang», S. 31).

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013
Beschlüsse insgesamt	2146	1902	1588	1384	1455
davon öffentlich	1198	1072	1005	920	1013
Anteil	55,8%	56,4%	63,3%	66,5%	69,6%

Schriftlich eingereichte Gesuche um Informationszugang gemäss §§ 20 und 24 IDG

Von der nachstehenden Statistik nicht erfasst werden die informellen, d. h. telefonisch oder per E-Mail gestellten, Informationszugangsgesuche und Anfragen, die in ihrer Gesamtheit einen nicht unbedeutenden Aufwand für die verschiedenen Amtsstellen zur Folge hatten.

2013	hängig am 1.1.2013	Anzahl schriftl. Gesuche 2013			Zugangsentscheide				hängig am 31.12.2013	Gebührenerhebung erledigter Gesuche		
		davon durch Medien	uneinge- schränkt gewährt	eingeschränkt gewährt (formelle Verfügung § 27 IDG) teilweise	ganz (Zugang abgelehnt)	davon ange- fochten	ander- weitige Erledigung (Rückzug/ Gegen- stands- losigkeit)	kosten- loser Zugang		mit Kosten- folgen	Gesamt- betrag (Fr.)	
Jl	30	802	8	683	9	3	1	119	17	814	1	1000
davon OSTA	29	750	6	638	5	1		119	16	763		-
DS		12		4				8		12		-
FD		14	1	14	0					13	1	4500
VD		3		2	1					3		-
GD	1	45		8	6	24			8	38		-
Bl	6	25	2	10	7	2	3	8	4	25	2	1200
BD	1	9	5	7	1	1			1	9		-
SK												-
Total	38	910	16	728	24	38	4	127	30	914	4	6700

Bemerkungen

zu Jl (OSTA): Die grosse Mehrheit betrifft strafprozessuale Akteneinsichtsgesuche in abgeschlossene Strafuntersuchungen.

zu DS: Ohne 12 397 Akteneinsichtsgesuche bei der Kantonspolizei Zürich nach §§ 11 und 12 POLIS-VO

zu Bl: Nicht erfasst sind 41 Einsichtsgesuche in vormundschaftliche Mandatsakten (Datenherrschaft bei KESB).

Integration der ausländischen Bevölkerung

Hauptereignisse

Kantonales Integrationsprogramm

Der Regierungsrat nahm das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) am 12. Juni zur Kenntnis. Es ist Bestandteil der Programmvereinbarung, die der Kanton mit dem Bund am 4. Oktober abschloss.

Parallel dazu wurde bereits mit der Vorbereitung der Umsetzungsarbeiten insbesondere der Erarbeitung von Leistungsvereinbarungen begonnen. Bis Ende Jahr wurden bereits rund 30 Vereinbarungen unterzeichnet. Damit wurde der Wechsel von der direkten Finanzierung von Leistungen Dritter hin zur Finanzierung der Gemeinden vorangetrieben.

Die bisher für die Erarbeitung des KIP zuständige Steuergruppe wurde aufgelöst. Für die Programmdauer 2014–2017 ist ein Konsultativgremium geplant, das die Umsetzung der Programmvereinbarung kritisch begleiten soll.

Öffentlichkeitsarbeit

Nach fünf Jahren erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit wurde die Ausschreibung einer neuen Kampagne 2014 vorbereitet.

Jährlich wiederkehrende Integrationspauschale und Interdirektionaler runder Tisch Integration

Mit RRB Nr. 631/2013 wurde die Zuständigkeit zur Verteilung der jährlich wiederkehrenden Integrationspauschale des Bundes für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen von der Sicherheitsdirektion (Sozialamt) auf die Direktion der Justiz und des Innern (Fachstelle für Integrationsfragen) übertragen.

Von der einmalig 2008 vom Bund ausbezahlten Integrationspauschale von rund 13 Mio. Franken können noch Leistungen bis Ende 2015 finanziert werden. Nach Vergabe der letzten Leistungsvereinbarungen hat der dafür zuständige «Interdirektionale Runde Tisch» seine Aufgabe erfüllt.



Theater Winterthur: Tosca (Oper in drei Akten, Giacomo Puccini)

Behörden und andere Organisationen

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Der Kantonsrat verfügt über keinen eigenen Geschäftsbericht.

Indikatoren		Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen						
W1	K: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Geschäftsvorbereitung durch die Kommissionen	min.	4.5	4.5	4.5	0
W2	PD: Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.2	5.5	5.2	-0.3
W3	PD: Zufriedenheit der Kommissionspräsidien mit der Arbeit der Parlamentsdienste	min.	5.6	5.5	5.6	-0.1
Leistungen						
L1	KR: Zahl behandelter Vorlagen	P	133	120	97	-23
L2	KR: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	P	0.8	0.75	0.68	-0.07
L3	KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	P	156	160	160	0
L4	K: Zahl behandelter Vorlagen	P	109	110	108	-2
L5	K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer in Tagen	P	178	150	184	34
L6	K: Durchschnittliche Beratungsdauer in Stunden	P	2.9	3.5	4.2	0.7
L7	K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	P	98	100	90	-10
L8	PD: Zahl der Protokolle	P	462	350	450	100
Wirtschaftlichkeit						
B1	PD: Durchschn. Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	max.	2 685	2 824	2 833	9
B2	PD: Durchschn. Kosten je Kommissionsprotokoll inkl. Sitzung	max.	858	882	933	51
Abweichungsbegründungen						
W1-W3	Die Zahlen für den Geschäftsbericht 2013 beruhen auf der Erhebung der Zufriedenheit im Januar 2010. Die nächste Umfrage findet Mitte 2014 statt.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.0	0.0	0.0	–0.0
Aufwand	–9.5	–9.6	–9.2	0.4
Saldo	–9.5	–9.6	–9.2	0.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben			–0.0	–0.0
Saldo			–0.0	–0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	14.0	14.5	14.5	0.0

Erfolgsrechnung

Der Minderaufwand ist mehrheitlich auf ein im Berichtsjahr noch nicht gestartetes Software-Projekt zurückzuführen. Für dieses Software-Projekt wird eine Kreditübertragung für das Jahr 2014 beantragt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	22 719	0	0	22 719	0

9020 Finanzkontrolle

Gemäss §22 des Finanzkontrollgesetzes erstellt die Finanzkontrolle jährlich einen Tätigkeitsbericht zuhanden des Kantonsrats und des Regierungsrats. Der Bericht wird veröffentlicht. Die Publikation des Tätigkeitsberichts 2013 der Finanzkontrolle erfolgt Ende Mai 2014.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anteil der akzeptierten Empfehlungen in % (aufgrund Stellungnahmen)	min.	92	90	92	2
Leistungen						
L1	Anteil der Feststellungen/Empfehlungen in % aufgrund Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit	min.	32	30	30	0
L2	Anzahl Revisionen pro Jahr	P	186	180	193	13
Wirtschaftlichkeit						
B1	Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG in % zur verfügbaren Präsenzzeit	min.	81	80	81	1

Finanzielle Entwicklung

	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
<i>(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)</i>				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.2	1.2	1.1	-0.1
Aufwand	-5.3	-5.6	-5.3	0.3
Saldo	-4.1	-4.4	-4.2	0.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	24.5	25.5	25.0	-0.5

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	84 200	0	0	84 200	0

9070 Ombudsmann

Ein separater jährlicher Bericht gibt Aufschluss über die Tätigkeit des Ombudsmannes.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	-					
Leistungen						
L1	Zahl der eingegangenen Geschäfte	P	721	700	769	69
L2	Zahl der erledigten Geschäfte	P	727	700	790	90
Wirtschaftlichkeit						
B1	-					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung,
- Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)

	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.1	0.1	0.1	-0.0
Aufwand	-1.3	-1.2	-1.2	0.0
Saldo	-1.2	-1.1	-1.1	-0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4.4	4.1	4.2	0.1

Personal

Der Beschäftigungsumfang umfasst den Ombudsmann sowie 3.2 Angestellte.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	13 039	0	0	13 039	0

9071 Datenschutzbeauftragter

Tätigkeitsbericht 2013

Herausgeber: Datenschutzbeauftragter des Kantons Zürich. Erscheinungszeitpunkt: Juni 2014

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1	Anteil umgesetzter Hinweise bei Datenschutz-Reviews (%) (A3)	min.	–	60	48
W2	Anzahl Besuche auf Webseiten (A4)	min.	–	80 000	190 800
Leistungen					
L1	Anzahl Beratungen von Privatpersonen (A4)	max.	–	500	525
L2	Anzahl Vernehmlassungen und Mitberichte (A2)	P	–	18	21
L3	Anzahl Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe (A2)	min.	–	15	30
L4	Anzahl Kontrollen (A3)	min.	–	30	31

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.0	0.1	0.0	–0.1
Aufwand	–2.1	–2.3	–2.0	0.3
Saldo	–2.1	–2.2	–2.0	0.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		–0.1		0.1
Saldo		–0.1		0.1
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	8.8	9.2	8.0	–1.2

Erfolgsrechnung

Der Minderaufwand ist insbesondere auf die Verzögerung von Projekten zurückzuführen.

Investitionsrechnung

Das geplante Projekt (Ablösung Informationssystem und Geschäftskontrolle) wird 2014 umgesetzt.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	42 912	3 509	13 000	52 403	9 491

Bildung von Rücklagen 2013

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserung aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden. Beanspruchung von ca. 10% für die Bildung von Rücklagen 2013.

Verwendung von Rücklagen 2013

Fr. 3509 für Weiterbildungsanlass Team

9030 Obergericht und Handelsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Jahr 2013 zu entnehmen, welcher voraussichtlich im April 2014 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	73.7	>70	79.9	9.9
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	87.5	>60	89.4	29.4
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	2 006 538	2 000 000	2 054 759	54 759
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	901 886	1 300 000	591 500	-708 500
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	857 679	725 000	874 550	149 550
Leistungen						
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren (A1)	P	1 199	300	699	399
L2	Erledigung von Berufungen (A1)	P	1 281	1 800	1 121	-679
L3	Erledigung von Rekursen und Beschwerden (A1)	P	1 882	1 200	1 985	785
L4	Erledigung von anderen Verfahren (A1)	P	1 393	1 400	1 520	120
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung) (A1)	P	9 274	8 200	8 092	-108
L6	Anzahl Eingänge	P	8 196	8 200	8 005	-195
L7	Anzahl hängige Verfahren Ende Jahr	P	2 500	</=3 632	2 420	-1 212
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1 : 1	min.	1.13 : 1	1 : 1	1.01 : 1	0.01
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	3 437	5 501	5 268	-233
Abweichungsbegründungen						
W4	Der Aufwand für unentgeltliche Rechtsvertretungen ist seit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung deutlich gesunken. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Aufwendungen unentgeltlicher Rechtsvertretungen seit 2011 auch im Rechtsmittelverfahren jede Instanz zulasten ihrer Rechnung entschädigt. Im Vergleich zum Vorjahr sank der Aufwand im Berichtsjahr um 34%.					
W5	Für Entschädigungen an Parteien mussten höhere Zahlungen ausgerichtet werden als budgetiert. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Entschädigungen nur marginal zu.					
L1	Im Berichtsjahr haben die Eingänge und entsprechend die Erledigungen von Einzelrichtergeschäften am Handelsgericht gegenüber dem Vorjahr abgenommen.					
L2	Rückläufig waren auch die Eingänge/Erledigungen von Berufungen (-13%). Das Budget basierte auf der aussergewöhnlich hohen Erledigungszahl aus dem Jahr 2011. Die Erledigungen gingen zurück auf das Niveau der Jahre 2010 und 2012, nachdem auch die Eingangszahlen zurückgingen.					

- L3-L4 Bei den Beschwerden und bei anderen Verfahren wurden mehr Geschäfte erledigt, weil die Eingänge zugenommen hatten.
- B1 Der Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft ist wegen der Saldoverbesserung gegenüber dem Budget – trotz leicht tieferer Erledigungszahl als prognostiziert – um durchschnittlich Fr. 233.- tiefer ausgefallen.
Der sehr tiefe durchschnittliche Nettoaufwand in der Rechnung 2012 beruht einerseits auf ausserordentlich hohen Gebührenerträgen und andererseits auf massiv höheren Erledigungszahlen. Die höheren Erledigungszahlen im 2012 sind auf den Anstieg der Eingänge bei den Einzelgerichtsgeschäften am Handelsgericht und auf den Pendenzenabbau bei den Rechtshilfeschäften zurückzuführen.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	25.6	18.6	23.2	4.6
Aufwand	-57.5	-62.9	-65.8	-2.9
Saldo	-31.9	-44.3	-42.6	1.6
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2.2	-4.7	-4.0	0.7
Saldo	-2.2	-4.7	-4.0	0.7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	233.5	227.6	237.1	9.5

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Im Berichtsjahr konnten hohe Gebührenerträge vereinnahmt werden, die zu einer Budgetverbesserung von 2.2 Mio. führten. Aus 14 Geschäften resultierten 4.8 Mio. oder 31% des gesamten Gebührenertrags. Aufgrund der Intensivierung des Nachinkassos konnten Mehrerträge von insgesamt 1.8 Mio. erwirtschaftet werden. Schliesslich führten hohe Ersatzforderungen (unrechtmässige Vermögensvorteile), die im Berichtsjahr erhältlich gemacht werden konnten, zu Mehrertrag von 0.5 Mio.

Aufwand:

Zu einer Entlastung des Aufwands führten tiefere Vergütungen für kalkulatorische Zinsen (0.6 Mio.). Andererseits resultierte aus dem Wertberichtigungsbedarf auf den Forderungsbeständen Mehraufwand im Umfang von 3.4 Mio.

Investitionsrechnung

Ausgaben:

Die Investitionsausgaben im Baubereich waren geprägt von Rechnungen bezüglich Um- und Erweiterungsbau des Obergerichts.

Im IT-Bereich wurden Server und Bildschirme ersetzt (Hardware) und die Erneuerung der Rechnungswesenapplikation vorangetrieben (Software).

Personal

Die Mehrstellen gegenüber dem Budget sind auf den Umstand zurückzuführen, dass im Jahr 2012 nach Erstellung des Budgets zusätzliche Stellen bewilligt werden mussten.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	626 371	254 314	250 000	622 057	-4 314

Inanspruchnahme:

Das Obergericht verwendete Rücklagen zur Finanzierung der Personalförderungsmaßnahmen und des Mehraufwands bei der Anschaffung von Mobiliar.

Bildung:

Die Bildung von Rücklagen wird im Wesentlichen durch die erfolgreichen Bemühungen im Zusammenhang mit dem Nachinkasso begründet, woraus bedeutende Mehrerträge resultierten.

9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Jahr 2013 zu entnehmen, welcher voraussichtlich im April 2014 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität in % gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte	P	79.3	>/=80	79.9	-0.1
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen in CHF	P	12 346 140	13 500 000	13 871 141	371 141
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände in CHF	P	10 812 943	11 442 000	10 677 603	-764 397
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien in CHF	P	1 073 220	1 138 000	1 687 498	549 498
Leistungen						
L1	Summarische Verfahren (A1)	P	34 301	32 300	34 152	1 852
L2	Zivilprozesse (A1)	P	7 726	8 300	7 573	-727
L3	Strafprozesse (A1)	P	2 513	2 300	2 381	81
L4	Haftrichtersachen (A1)	P	3 252	3 400	3 134	-266
L5	Mietschlichtungen (A1)	P	5 338	4 600	4 651	51
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung) (A1)	P	54 445	54 000	53 022	-978
L7	Anzahl Eingänge	P	54 454	54 000	53 582	-418
L8	Anzahl hängiger Verfahren Ende Jahr	P	9 846	</=10 663	10 317	-346
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge	min.	1 : 1	1 : 1	0.99 : 1	-0.01
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (A2)	min.	0.8	0.8	0.8	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	1 963	2 123	1 986	-137
Abweichungsbegründungen						
W2	Die Zahlungen für amtliche Verteidigungen haben gegenüber dem Vorjahr um 12% zugenommen, was auf aufwändigere Verfahren im Berichtsjahr zurückzuführen ist.					
W4	Für die deutliche Zunahme bei den Entschädigungen an Parteien (+57%) sind einzelne hohe Entschädigungszahlungen verantwortlich.					
L1-L8	Die Prognose der Erledigungszahlen basiert auf den Erfahrungswerten aus den beiden Vorjahren. Sowohl die Eingangszahlen (-1.6%) als auch die Erledigungszahlen waren rückläufig (-2.6%). Es zeigt sich, dass das einzelne Verfahren unter der Geltung der schweizerischen Prozessordnung in der Regel aufwändiger geführt werden muss und damit mehr Zeit in Anspruch nimmt.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	40.6	38.4	43.8	5.4
Aufwand	-147.5	-153.0	-149.0	4.0
Saldo	-106.9	-114.7	-105.2	9.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-5.7	-0.7	0.0	0.7
Saldo	-5.7	-0.7	0.0	0.7
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	699.5	708.5	700.4	-8.1

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Gebührenertrag fiel um 5.2 Mio. höher aus als budgetiert, wofür wenige Verfahren mit hohen Gerichtsgebühren verantwortlich sind (aus 17 Geschäften mit Gebühren >100000 resultierten Erträge von 6.1 Mio. oder 15% des gesamten Gebührenertrags).

Aufwand:

Beim Personalaufwand konnten gegenüber dem Budget Einsparungen im Umfang von rund 2.0 Mio. erzielt werden. Zudem waren die Ausgaben für unentgeltliche Rechtsvertretungen im Berichtsjahr deutlich tiefer ausgefallen als budgetiert (0.8 Mio.). Die Rechnung wurde durch tiefere Vergütungen an die Finanzdirektion für Beiträge zur nachhaltigen Finanzierung der BVK um 0.7 Mio. entlastet. Und schliesslich erzielten die Bezirksgerichte Einsparungen bei den Frankaturkosten und den Entschädigungen für Dolmetscher in Strafsachen in der Höhe von 0.5 Mio.

Investitionsrechnung

Ausgaben:

Die Minderausgaben gegenüber dem Budget sind auf die Verschiebung von Bauvorhaben zurückzuführen.

Personal

Die budgetierten Personalressourcen mussten nicht vollumfänglich beansprucht werden. Die durchschnittliche Auslastung entsprach in etwa dem Vorjahr.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	2 010 021	416 739	1 193 952	2 787 234	777 213

Inanspruchnahme:

Die Bezirksgerichte verwendeten Rücklagen für befristete Personaleinsätze, die Finanzierung von Personal – förderungsmassnahmen und die Anschaffung von Fachliteratur.

Bildung:

Die Bildung von Rücklagen wird mit Einsparungen im Personalbereich, mit der Zurückhaltung beim Bezug von Büromaterial und den Einsparungen bei den Frankaturkosten begründet.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichtes des Kantons Zürich über das Jahr 2013 zu entnehmen, welcher voraussichtlich im April 2014 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit in %	min.	90	90	90	0
W2 Realisierung des Vermögens des Schuldners und Befriedigung der Forderungen der Gläubiger im Konkursverfahren (Erledigungsquote innert eines Jahres) in %	P	74.5	>75	72.7	-2.3
Leistungen					
L1 Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt in %	min.	90	90	90	0
L2 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mte. in %	min.	66.7	90	76.8	-13.2
L3 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mte. in %	min.	76.3	95	88.9	-6.1
L4 Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossener Verfahren	min.	2	4	4	0
L5 Anzahl Beurkundungen	P	55 237	55 000	56 430	1 430
L6 Anzahl Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	P	77 286	75 000	77 522	2 522
L7 Anzahl Konkurserledigungen	P	1 901	1 800	2 091	291
Wirtschaftlichkeit					
B1 Deckungsgrad in % (Aufwand/Ertrag)	P	149	127	140	13
Abweichungsbegründungen					
W1 Die Kundenzufriedenheit wurde im Mai 2013 mittels einer Kundenumfrage im Gesellschaftsrecht gemessen.					
L1 Langjährige Überprüfung anlässlich der Inspektionen.					
L2 Gegenüber dem Vorjahr wurden die Rückstände in der Grundbuchnachführung um 10.1 Punkte auf 76.8 verbessert; das Ziel von 90 aber nicht erreicht (zu optimistische Prognose).					
L3 Gegenüber dem Vorjahr wurden die Rückstände in der Grundbuchnachführung um 12.6 Punkte auf 88.9 verbessert; das Ziel von 95 aber nicht erreicht (zu optimistische Prognose).					
L5 Der Anstieg der Rechtsgeschäfte im Beurkundungsbereich ist vorab auf das Familien- und Erbrecht zurückzuführen (+930 Beurkundungen zum Vorjahr).					
L6 Der Anstieg der Rechtsgeschäfte im Grundbuchbereich ist vorab auf die höhere Anzahl von Handänderungen zurückzuführen (+995 Handänderungen zum Vorjahr).					
L7 Die höhere Anzahl von Konkurserledigungen ist auf die gestiegene Anzahl von Konkurseinstellungen mangels Aktiven zurückzuführen (die für das BU2013 massgebende Prognose wird aufgrund des Indikatorenwerts aus dem GB2011 erstellt 2011 = 1801).					
B1 Der Deckungsbeitrag fiel besser aus als erwartet, da leicht höhere Gebührenerträge, eine ausserordentliche Rückerstattung sowie die Unterschreitung des Personalaufwands zu einer Saldoverbesserung führten.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	103.9	97.1	100.9	3.8
Aufwand	-69.8	-76.7	-72.0	4.7
Saldo	34.1	20.4	28.9	8.5
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-2.7	-5.9	-2.0	3.9
Saldo	-2.7	-5.9	-2.0	3.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	427.6	441.0	438.1	-2.9

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag erreicht mit 100.9 Mio. eine Verbesserung gegenüber dem Budget von 3.8 Mio. oder 4%.

Der Mehrertrag ist im Wesentlichen auf die Rückerstattung im Zusammenhang mit dem IT-Projekt ISOV zurückzuführen (gezogene Bankgarantie, Anteil Kanton Zürich 1.9 Mio.).

Aufwand:

Der Personalaufwand fiel aufgrund von Rotationsgewinnen und den erst teilweise besetzten Stellen für die Datenerfassung des elektronischen Grundbuchs tiefer aus als budgetiert. Einsparungen konnten zudem bei den Dienstleistungen Dritter, beim IT Nutzungsaufwand, beim Bezug von Büromaterial und Normmobiliar erzielt werden. Die Verschiebung von IT-Investitionen führt zudem zu tieferen Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen.

Investitionsrechnung

Ausgaben:

Die Budgetunterschreitung im Umfang von 3.9 Mio. ist hauptsächlich auf die Verschiebung der Einführung des elektronischen Grundbuchs zurückzuführen, da die Arbeiten nicht wie geplant vorangetrieben werden konnten.

Personal

Die durchschnittlich über das ganze Jahr verfügbaren Ressourcen in den verschiedenen Funktionen sind im Vergleich zum Vorjahr um 10.5 Vollzeiteinheiten gestiegen, liegen jedoch mit 2.9 knapp unter dem bewilligten SOLL-Stellenplan von 441 Vollzeiteinheiten gemäss Budget. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr liegt in der Teilbesetzung von 15 IT-projektbezogenen Fachfunktionen (Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des elektronischen Grundbuchs).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	826 548	0	50 000	876 548	50 000

Inanspruchnahme:

Die Notariate haben im Berichtsjahr auf die Verwendung von Rücklagen verzichtet.

Bildung:

Die Bildung von Rücklagen wird mit dem positiven Rechnungsabschluss begründet, welcher auf den haushälterischen Umgang mit den budgetierten Mitteln zurückzuführen ist. Die Rücklagen werden für die Ausbildung des Personals verwendet, um die hohe Dienstleistungsqualität gewährleisten zu können.

9063 Verwaltungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichtes des Kantons Zürich über das Jahr 2013 zu entnehmen, welcher ca. im April 2014 publiziert wird.

Gleichzeitig wird der Rechenschaftsbericht 2013 auf der Website des Verwaltungsgerichts abrufbar sein (www.vgrzh.ch).

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (je absolut / in % von L1)	P	912 / 84.5	840 / 80	837 / 76.7	-3 / 0.3
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 6 bis 12 Monate (je absolut / in % von L1)	P	141 / 13.1	158 / 15	222 / 20.3	64 / 5.8
W3 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 12 bis 24 Monate (je absolut / in % von L1)	P	23 / 2.2	42 / 4	28 / 2.6	-14 / 1.3
W4 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate (je absolut / in % von L1)	P	2 / 0.2	10 / 1	4 / 0.4	-6 / 0.5
W5 Weiterzüge an das Bundesgericht (je absolut / in % von L1)	P	309 / 28.6	315 / 25	297 / 27.2	-18 / 1.6
W6 vom Bundesgericht korrigierte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	15 / 1.5	<24 / 2	10 / 0.9	-14 / 1.3
W7 vom Bundesgericht bestätigte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	162 / 15	>200 / 20	146 / 13.4	-54 / 4.9
W8 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände		115 940	120 000	91 701	-28 299
Leistungen					
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	1079	1 100	1 091	-9
L2 Nettoverfahrensdauer in Monaten	P	4.2	4	4.9	0.9
L3 Anzahl Eingänge	P	1 100	1 100	1 066	-34
L4 Anzahl Pendenzen	P	404	325	380	55
Wirtschaftlichkeit					
B1 durchschnittl. Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	5 405	6 750	6 587	-163
Abweichungsbegründungen					
W1-W4	Das Ziel, 80% aller Prozesse innert 6 Monaten zu erledigen, wurde nicht ganz erreicht (vgl. Bemerkungen zu L2). Dafür wurden mit einer Dauer zwischen 7 und 12 Monaten mehr Geschäfte erledigt. Insgesamt wurden 97% der Prozesse innert 12 Monaten abgeschlossen.				
W8	Es mussten weniger Zahlungen als budgetiert (und im Vergleich zum Vorjahr) an unentgeltliche Rechtsbeistände ausgerichtet werden.				
L1	Die prognostizierten Prozesserledigungen wurden fast erreicht.				
L2	Die höhere Nettoverfahrensdauer ist auf vermehrte 2. Schriftenwechsel, komplexere Fälle und aufwendigere Verfahren zurückzuführen.				
L3	Die erwarteten Eingänge wurden nicht ganz erreicht.				
B1	Aufgrund des niedrigeren Kostenaufwands als erwartet wurde auch der budgetierte durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtem Prozess unterschritten.				

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	3.1	2.7	2.4	-0.3
Aufwand	-8.9	-10.1	-9.6	0.6
Saldo	-5.8	-7.4	-7.2	0.3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.3	-0.1	-0.0	0.0
Saldo	-0.3	-0.1	-0.0	0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	34.0	36.0	34.7	-1.3

Erfolgsrechnung**Ertrag:**

Die Abweichung zum Budget ist auf niedrigere Gebührenerträge zurückzuführen (weniger hohe Streitwerte als erwartet).

Aufwand:

Die Abweichung zum Budget ist insbesondere auf niedrigere Lohnkosten (Fr. -350 000.-), niedrigere Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände (-Fr. 28 000.-) und das nicht ausgeschöpfte Budget für Gutachten (-Fr. 130 000.-) sowie auf den Minderaufwand betreffend die «Nachhaltige Finanzierung der BVK» (-Fr. 65 000.-) zurückzuführen.

Personal

Der budgetierte Beschäftigungsumfang wurde nicht ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	174 623	29 753	112 954	257 824	83 201

Rücklagenauflösung

Im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung wurden Rücklagen in Höhe von Fr. 29 753.- aufgelöst.

Antrag auf Bildung von Rücklagen

Dank unbesoldeter Urlaube (vor allem für die Vorbereitung der schriftlichen und mündlichen Anwaltsprüfung) ohne Kompensation im juristischen Sekretariat, verzögerter Stellenbesetzungen und weniger Einsätzen der Ersatzmitglieder wurde das Personalbudget um rund Fr. 350 000.- entlastet. Gestützt auf diese endogenen Faktoren, welche zur Verbesserung der Rechnung 2013 beitrugen, beantragt das Verwaltungsgericht die Bildung von Rücklagen in Höhe von Fr. 112 954.- (2% des Lohnaufwandes).

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichtes des Kantons Zürich über das Jahr 2013 zu entnehmen, welcher ungefähr im April 2014 publiziert wird.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen innert 6 Monaten	P	28.2	28	28.8	0.8
W2	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zw. 6 und 12 Monaten	P	13.7	15	12.5	-2.8
W3	Gesamtverfahrensdauer (in %): Anteil Erledigungen zw. 12 und 24 Monaten	P	56.1	56	57.5	1.5
W4	Gesamtverfahrensdauer (in %) Anteil Erledigungen über 24 Monate	P	2.0	1	1.4	0.4
W5	Zahlungen an unentgeltliche Rechtsbeistände	P	410 662	430 000	409 528	-20 472
W6	Zahlungen des Staates an Parteien	P	4 150	4 000	9 900	5 900
Leistungen						
L1	Anzahl Erledigungen	P	2 532	2 900	2 556	-344
L2	Anzahl Eingänge	P	2 497	2 720	2 333	-387
L3	Anzahl Pendenzen	P	2 508	2 064	2 285	221
L4	Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	min.	1.01	1.07	1.10	0.03
Wirtschaftlichkeit						
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Geschäft in CHF	P	4 980	4 707	5 215	508

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, - Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	0.9	0.9	0.9	-0.1
Aufwand	-13.5	-14.6	-14.2	0.4
Saldo	-12.6	-13.7	-13.3	0.3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben		-0.2		0.2
Saldo		-0.2		0.2
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	65.8	67.8	66.0	-1.8

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Die Gerichtsgebühren waren geringer als budgetiert (-103 000). Bei den Rückerstattungen Dritter resultierte eine Verbesserung (+46 000).

Aufwand:

Der Stellenplan konnte wegen Austritten/Neubesetzungen nicht zu 100% ausgelastet werden. Daher ergab sich eine Verbesserung bei den Richterlöhnen (+89 000) sowie bei den Löhnen des juristischen Sekretariates (+190 000). Weiter entstand ein Minderaufwand bei den Software-Anschaffungen (+65 000), bei den Dienstleistungen Dritter (+38 000) und beim Unterhalt der Informatik-Hardware (+49 000). Wegen des neuen Mietvertrags entstand beim Konto Miete und Pacht von Liegenschaften ein Mehraufwand (-90 000), ebenso beim Konto übrige nicht aktivierbare Anlagen (-84 000). Da der Informatik-Investitionskredit nicht beansprucht werden musste, ergab sich bei den planmässigen Abschreibungen eine Verbesserung (+28 000).

Investitionsrechnung

Einnahmen: -

Ausgaben: Im Rechnungsjahr war keine grössere IT-Investition nötig, weshalb der entsprechende Investitionskredit nicht beansprucht werden musste (+200 000).

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	269 587	0	0	269 587	0

9065 Baurekursgericht

Die ausführliche Berichterstattung des Baurekursgerichtes ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichtes des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird im April 2014 publiziert. Gleichzeitig wird der das Baurekursgericht betreffende Teil auf der Homepage des Baurekursgerichtes www.baurekursgericht-zh.ch aufgeschaltet sein.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (je absolut / in % von L1)	P	710/90	> 800/80	693/90	-107/10
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 6 bis 12 Monate (je absolut / in % von L1)	P	74/9	< 150/15	75/10	-
W3 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 12 bis 24 Monate (je absolut / in % von L1)	P	8/1	< 50/5	3/0	-
W4 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate (je absolut / in % von L1)	P	0/0	0/0	0/0	-
W5 Weiterzüge an das Verwaltungsgericht (je absolut / in % von L1)	P	120/15	< 150/15	98/13	-
W6 vom Verwaltungsgericht korrigierte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	33/4	< 50/5	39/5	-
W7 vom Verwaltungsgericht bestätigte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	93/12	> 100/10	69/9	-31/-1
Leistungen					
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	792	1000	771	-229
L2 Anzahl Eingänge	P	769	1000	707	-293
L3 Anzahl Pendenzen	P	538	< 700	474	-
L4 Nettoverfahrensdauer (Durchschnitt in Monaten)	P	3.7	< 5	3.6	-
Wirtschaftlichkeit					
B1 durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtem Prozess	P	4 850	4 300	5 100	800
Abweichungsbegründungen					
W1+W7	Folge der tieferen Anzahl von Rekurseingängen				
L1+L2	Folge der tieferen Anzahl von Rekurseingängen				
B1	Folge der tieferen Anzahl von Rekurseingängen. Auf jeden Fall konnte der Saldo des vorangegangenen Berichtsjahrs – trotz der tieferen Einnahmen – annähernd gehalten werden. Ohne die im Berichtsjahr erstmals angefallenen Mehrkosten im Zusammenhang mit der BVK-Statutenrevision 2013 fiel der Saldo im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht geringer aus.				

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.9	2.1	1.8	-0.3
Aufwand	-5.8	-6.4	-5.7	0.6
Saldo	-3.8	-4.3	-3.9	0.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	27.1	29.4	26.5	-2.9

Erfolgsrechnung

Ertrag:

-0.25 Die budgetierten Gebühreneinnahmen konnten im Berichtsjahr nicht vollständig erreicht werden. Sie fielen um rund 12% tiefer aus – dies als Folge der tieferen Anzahl von Rekurseingängen.

Aufwand:

+0.62 Die personalbezogenen Ausgaben verringerten sich hauptsächlich aufgrund der nicht vollständigen Ausschöpfung der bewilligten Stellen, der geringer angefallenen Entschädigungszahlungen an die Richter, der Gewährung unbezahlter Urlaube und der verbuchten Lohnrückerstattungen (Mutterschaftsentschädigung und NBU-Taggelder). Aus dem sparsamen Umgang beim Sachaufwand folgten weitere Minderausgaben.

Saldo:

+ 0.37 Dank der Anpassung der Ausgaben an die momentan tiefere Geschäftslast (Austritte im Jahre 2013 wurden nicht ersetzt) resultiert die ausgewiesene positive Budgetabweichung.

Personal

Die Abweichung von 2.9 Stellen gegenüber dem Budget ist die Folge von Vakanzen und unbezahlten Urlauben.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	196 710	-15 113	0	181 597	-15 113

Auflösung von Rücklagen 2013

Rücklagenauflösung für Personal- und Abteilungsanlässe

Antrag auf Bildung von Rücklagen 2013

Das Baurekursgericht stellt keinen diesbezüglichen Antrag.

9066 Steuerrekursgericht

Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird voraussichtlich im April 2014 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Homepage des Steuerrekursgerichts (www.strgzh.ch) abrufbar sein.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 Anzahl abgeschlossener Prozesse innert 6 Monaten (je absolut / in % von L1)	P	633/79	576/80	510/77	-66/-3
W2 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 6 bis 12 Monate (je absolut / in % von L1)	P	138/17	108/15	92/14	-16/-1
W3 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 12 bis 24 Monate (je absolut / in % von L1)	P	30/4	36/5	50/8	14/3
W4 Anzahl abgeschlossener Prozesse über 24 Monate (je absolut / in % von L1)	P	0/0	0/0	8/1	8/1
W5 Weiterzüge an das Verwaltungsgericht (je absolut / in % von L1)	P	172/21.5	144/20	136/20.6	-8/0.6
W6 vom Verwaltungsgericht korrigierte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	55/6.9	36/5	30/4.5	-6/-0.5
W7 vom Verwaltungsgericht bestätigte Entscheide (je absolut / in % von L1)	P	173/21.6	108/15	98/14.8	-10/-0.2
Leistungen					
L1 Anzahl der erledigten Prozesse	P	801	720	660	-60
L2 Anzahl Eingänge	P	765	720	612	-108
L3 Anzahl Pendenzen	P	272	245	198	-47
L4 Nettoverfahrensdauer in Monaten	P	4.1	5	4.7	-0.3
Wirtschaftlichkeit					
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	P	2 426	3 293	3 440	147
Abweichungsbegründungen					
W1-W4	Absolut konnten im Berichtsjahr insgesamt wesentlich weniger Prozesse als im Vorjahr bzw. als in der Budgetierung vorgesehen erledigt werden (siehe hierzu Begründung L1-L3). Prozentual wurden im Berichtsjahr sowohl im Vergleich zu den Vorjahreswerten als auch zur Planung etwas weniger Geschäfte innert sechs Monaten bzw. insgesamt innert zwölf Monaten erledigt. Der Rückgang ist teilweise durch eine ausgiebigere Inanspruchnahme des durch die bundesgerichtliche Rechtsprechung begründeten Replikrechts der Parteien begründet. Die erhöhte Anzahl der länger als zwölf bzw. sogar länger als 24 Monate dauernden Prozesse ist insbesondere durch lang andauernde Beweisverfahren (Gutachten/ Stellungnahmen Parteien/Ergänzungsgutachten) bedingt.				
W5	Absolut sind im Berichtsjahr aufgrund der verminderten Anzahl an Erledigungen weniger Entscheide angefochten worden. Prozentual entspricht die Anfechtungsquote weitestgehend den Erwartungen.				
W6+W7	Das Verwaltungsgericht beurteilte im Berichtsjahr nominal erheblich weniger Entscheide des Steuerrekursgerichts als im Vorjahr bzw. leicht weniger als eingeplant. Die prozentuale Korrektur- bzw. Bestätigungsquote entspricht indes weitgehend den Erwartungen.				

- L1-L3 Im Vergleich zum Vorjahr bzw. zur Planung sind im Berichtsjahr in allen drei Bereichen deutlich niedrigere Werte festzustellen. Der Rückgang der Werte ist in erheblichem Umfang auf eine vom Verwaltungsgericht als Aufsichtsinstanz nach dem Planungsprozess für das Berichtsjahr initiierte Reform der Geschäftsnummernvergabe (Rechsmittel betreffend mehrere Steuerperioden erhalten neu nur noch insgesamt eine Geschäftsnummer anstatt eine Geschäftsnummer pro Steuerperiode) zurückzuführen. Bei Anwendung des im Planungsprozess noch geltenden Modus der Geschäftsnummernvergabe wären im Berichtsjahr 723 Geschäfte erledigt worden bei 689 Eingängen. Diese Werte lägen immer noch deutlich unter den ausserordentlich hohen Werten des Vorjahrs. Indes würden die Planungswerte damit erreicht bzw. nur leicht unterschritten. Als Folge der Anpassung der Geschäftsnummernvergabe wurden überdies per Ende Vorjahr zusätzlich 26 überzählige Geschäfte ohne Berücksichtigung bei der Anzahl Geschäftserledigungen eliminiert, was per 1. Januar des Berichtsjahrs zu einem korrigierten Pendenzenstand von 246 Geschäften führte.
- L4 Die durchschnittliche Nettoverfahrensdauer erhöhte sich insbesondere durch Entscheide mit lang andauernden Beweisverfahren (Gutachten/Stellungnahmen Parteien/Ergänzungsgutachten).
- B1 Aufgrund der im Berichtsjahr – nicht zuletzt auch als Folge der neuen Geschäftsnummernvergabe – niedrigeren Anzahl an Geschäftserledigungen gepaart mit einem etwas höheren Gebührenertrag als eingeplant lag der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess leicht über dem Planungs-, indes deutlich über dem ausserordentlich tiefen Vorjahreswert. Bei Anwendung der im Zeitpunkt der Budgetierung geltenden Geschäftsnummernvergabe würden die Nettokosten pro erledigten Fall bei 723 Erledigungen mit Fr. 3140.- leicht unter dem Planungswert liegen.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1.2	0.9	1.0	0.1
Aufwand	-3.1	-3.3	-3.2	0.0
Saldo	-1.9	-2.4	-2.3	0.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	14.4	14.6	14.6	0.0

Erfolgsrechnung

Ertrag:

- + 0.065 Die budgetierten Gebühreneinnahmen wurden trotz verminderter Erledigungszahl im Berichtsjahr um rund 6% übertroffen, während die Rückerstattungen der Streitparteien für Gutachterkosten nur rund 2% über dem prognostizierten Wert lagen. Die Bewirtschaftung von Verlustscheinforderungen ergab einen ausserordentlichen Ertrag von rund Fr. 6000.-.

Aufwand:

- + 0.035 Aufwandseitig führten im Bereich der Personalkosten – trotz erhöhter BVG-Arbeitgeberbeiträge – Rückerstattungen der Sozialversicherungen (UVG, EO), ein Rotationsgewinn bei den GerichtsschreiberInnen, der Nichteinsatz von Ersatzrichtern, ein geringerer Weiterbildungsaufwand sowie der Abbau von Gleitzeit- und Ferienthabeten zur Entlastung der Erfolgsrechnung. Beim Sachaufwand hingegen mussten erheblich mehr tatsächliche Forderungsverluste hingenommen werden als vorgesehen, wobei dieser Mehraufwand als Folge der Verringerung des Delkredere teilweise wieder kompensiert werden konnte. Da mehr Geschäfte als geplant eines Gutachtens bedurften, wurden die hierfür prognostizierten Kosten deutlich überschritten. Bei den internen Verrechnungen ergaben sich Einsparungen aufgrund der Reduktion des Sanierungsbeitrags BVK.

Saldo:

- +0.1 Die moderat höheren Mehreinnahmen sowie die geringfügigen Minderausgaben führten zu einer leicht positiven Budgetabweichung.

Personal

Der im Budget aufgeführte Beschäftigungsumfang für das Berichtsjahr wurde vollständig ausgeschöpft. Zurückzuführen ist dies auf eine dreimonatige Überschneidung zweier Anstellungen im Zusammenhang mit dem Ersatz einer per Ende Vorjahr ausgetretenen Mitarbeitenden mit Teilpensum und der terminlich anfänglich unklaren invaliditätsbedingten Pensumsreduktion einer weiteren beim Steuerrekursgericht beschäftigten Person.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	103 060	32 852	34 000	104 208	1 148

Im Berichtsjahr wurden Rücklagen für Gesundheitsförderung, Betriebsanlässe, Mobiliar und Dokumentation (Tablet für Gesetze, Entscheide und Literatur) aufgelöst.

Rückerstattungen von UVG-Taggeldern, ein grösserer Rotationsgewinn sowie die Nichtvergabe von Fällen an die Ersatzrichterschaft führten bei den Personalkosten zu erheblichen Einsparungen. Die Mehrkosten beim Sachaufwand sind in erster Linie auf einen trotz intensiven Inkassobemühungen erhöhten Abschreibungsbedarf bei Gerichtsgebühren sowie auf einen erhöhten Bedarf nach Gutachten (weitgehend exogene Faktoren) zurückzuführen. Trotz unfallbedingter Abwesenheiten wurde – bei Anwendung der dem Budget noch zugrunde liegenden alten Praxis der Geschäftsnummernvergabe – die prognostizierte Anzahl an Geschäften erledigt. Die Erreichung dieses Erledigungsziels im Zusammenspiel mit der Rechtskraft einer vermehrten Anzahl Geschäfte mit hohen Streitwerten sowie der Anwendung der neuen Gebührenverordnung führten zu mehr Gebühren als budgetiert.

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Zum materiellen Teil wird auf den Geschäftsbericht des ZVV verwiesen.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Personenkilometer (in Mio.) (A1)	P	3 084	3 254	n.n.b.	
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren, Indexpunkte) (A1)	min.	77	76	77	1
Leistungen						
L1	Zugskilometer S-Bahn (in Mio.) (A1)	P	22.1	21.9	22.1	0.2
L2	Zugskilometer Tram (in Mio.) (A1)	P	12.4	12.1	12.4	0.3
L3	Wagenkilometer Bus (in Mio.) (A1)	P	45.4	46.3	45.7	-0.6
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen (in Mio.) (A1)	P	0.5	0.5	0.5	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.) (A1)		4.54	4.60	4.35	-0.25
B2	Kostenunterdeckung Verbund (in Mio. Fr.) (A1)		365.1	371.6	351.4	-20.2
B3	Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer (in Fr.) (A1)	P	11.86	11.89	11.93	0.04
Abweichungsbegründungen						
W1	Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.					
W2	Die Kundenzufriedenheit wird nur alle zwei Jahre gemessen. Sie konnte 2012 um 1 Punkt gesteigert werden.					
L1-L4	Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan berechnen. Das Budget wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.					
B1-B2	Die Kostenunterdeckung liegt sowohl absolut als auch leistungsbezogen tiefer als erwartet.					
B3	Da die Gesamtkosten höher als budgetiert ausfielen, liegen auch die Gesamtkosten pro Kilometer leicht über den Erwartungen.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	953.1	960.9	963.1	2.2
Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	182.5	185.8	175.7	-10.1
Aufwand	-953.1	-960.9	-963.1	-2.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	-0.1			
Saldo	-0.1			
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	30.9	33.0	32.5	-0.6

Erfolgsrechnung

Die Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen sind höher als erwartet ausgefallen. Diese Mehrausgaben konnten durch höhere Verkehrseinnahmen, Nebenerträge und Beiträge Dritter überkompensiert werden. Insgesamt liegt die durch Kanton und Gemeinden je zur Hälfte zu tragende Kostenunterdeckung um 20 Mio. Franken tiefer als budgetiert.

Personal

Aufgrund von Restanteilen diverser Teilzeitanstellungen wurde der Stellenplan nicht ganz ausgeschöpft.

Rücklagen

	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand
Rücklagen	267 707	0	0	267 707	0

Bilanz

Zürcher Verkehrsverbund

Mio. Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2012	Differenz 12/13	
			Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	278.5	274.2	4.3	1.6
Finanzvermögen 1)	278.5	274.2	4.3	1.6
Flüssige Mittel	0.0	0.0	- 0.0	- 44.6
Forderungen	148.5	144.2	4.3	3.0
Kurzfristige Finanzanlagen	130.0	130.0		
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	0.1	0.1	- 0.0	- 9.9
Finanzvermögen 1)				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	0.1	0.1	- 0.0	- 9.9
Sachanlagen	0.1	0.1	- 0.0	- 9.9
Immaterielle Anlagen				
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
TOTAL AKTIVEN	278.6	274.3	4.3	1.6
FREMDKAPITAL (FK)	- 278.4	- 274.1	- 4.3	- 1.6
Kurzfristiges Fremdkapital	- 235.3	- 243.2	7.9	3.2
Laufende Verbindlichkeiten	- 29.4	- 34.4	5.0	14.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 24.3	- 33.6	9.3	27.6
Passive Rechnungsabgrenzung	- 181.2	- 174.9	- 6.3	- 3.6
Kurzfristige Rückstellungen	- 0.3	- 0.3	- 0.0	- 8.6
Langfristiges Fremdkapital	- 43.1	- 30.9	- 12.2	- 39.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 10.1	- 14.2	4.1	29.0
Langfristige Rückstellungen	- 33.0	- 16.7	- 16.3	- 97.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
EIGENKAPITAL (EK)	- 0.3	- 0.3		
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	- 0.3	- 0.3		
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 278.6	- 274.3	- 4.3	- 1.6
1) Total Finanzvermögen	278.5	274.2	4.3	1.6

9510 Universitätsspital Zürich

Es besteht ein eigener Geschäftsbericht des Universitätsspitals. Publikation voraussichtlich Anfang Mai 2014.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Leistungen						
L1	Stationäre Patientenaustritte total (inkl. Säuglinge)	P	36 484	38 286	36 941	-1 345
L2	- davon Grundversicherte (GV)	P	28 975	30 573	29 411	-1 162
L3	- davon Zusatzversicherte (ZV)	P	7 509	7 713	7 530	-183
L4	Ambulante Taxpunkte in Mio.	P	199.437	198.105	215.976	17.871
Wirtschaftlichkeit						
B1	Kosten je SwissDRG Normalfall in CHF, Fallschwere bereinigt (nur somatische Akutversorgung).		min.			

Abweichungsbegründungen

L1-L3 Mit der Umstellung auf DRG traten auch neue Regeln der Fallzusammenführungen in Kraft. Deren Auswirkungen konnten im Budget 2013 noch nicht abgeschätzt werden. Daher wurden die Anzahl der stationären Austritte im Budget 2013 zu hoch geschätzt.

Finanzielle Entwicklung

	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 139.4	1 112.7	1 171.5	58.8
Staatsbeiträge	264.2	262.4	259.1	-3.2
Aufwand	-1 138.2	-1 112.7	-1 149.9	-37.3
Saldo	1.2	0.1	21.6	21.5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	3.0	0.0	0.6	0.6
Ausgaben	-43.2	-55.5	-49.8	5.7
Kreditübertragungen aus 2012		-8.9		
Saldo	3	-55.5	-49.2	6.3
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	5 177.9	5 155.0	5 492.0	337.0

Erfolgsrechnung

Der Ertrag konnte gegenüber dem Budget um 58.8 Mio. Franken bzw. um 5.3% gesteigert werden.

Die wichtigsten Faktoren waren:

- +34.2 Zunahme des stationären Casemix-Volumens und Zunahme bei den Honorarerträgen für zusatzversicherte Patienten; höherer Ertrag bei Pauschalleistungen wie z. B. Transplantationen
- +14.8 Starke Zunahme beim ambulanten Ertrag aufgrund von höherer Nachfrage und Verschiebung vom stationären in den ambulanten Bereich
- +4.8 Anstieg des nicht medizinischen Ertrags, u. a. durch die Weiterverrechnung von Dienstleistungen, wie z. B. von Patiententransporten
- +3.0 Anstieg der externen medizinischen Aufträge
- +2.0 Anstieg des Finanzertrags aufgrund von Zinsertrag aus temporären Liquiditätsüberschüssen auf dem kantonalen Kontokorrentkonto
- 3.2 Rückgang beim Staatsbeitrag aufgrund Nichtausschöpfung bei den Gemeinwirtschaftlichen Leistungen und leichten Rückgangs beim Beitrag für OKP-Leistungen
- +3.2 Übrige Abweichungen

Beim Aufwand ergab sich eine Zunahme gegenüber dem Budget um 37.3 Mio. Franken oder 3.3% insbesondere aufgrund folgender Faktoren:

- 23.3 Höhere Kosten bei medizinischem Material und Medikamenten aufgrund stärkerer Nachfrage ambulant; hoher Nachholbedarf bei Bau- und IT-Infrastruktur sowie Unterhalt und Reparaturen; höhere Preise bei Sachkosten; Anstieg bei Dienstleistungsbezügen u. a. aus Patiententransporten, die jedoch teilweise weiterverrechnet werden und damit über die sonstigen Erträge wieder ausgeglichen werden können.
- 14.4 Anstieg des Personalaufwandes aufgrund a) neuer Stellen im Zusammenhang mit Kapazitätserweiterungen und Bautätigkeiten bzw. Inbetriebnahmen nach Sanierungen; b) Erhöhung der Arbeitgeber-Sparbeiträge der Pensionskasse; c) struktureller Lohnanpassungen infolge neuer Bestimmungen (z. B. Praktikantenlöhne)
- 7.1 Anstieg der Wertberichtigungen auf Forderungen, da durch die DRG-Einführung bis zur Bezahlung der Rechnungen durch die Kostenträger ein längerer Zeitraum verstreicht, währenddessen strittige Fakturierungspunkte geklärt werden.
- +7.6 Rückgang Kapitalkosten für Abschreibungen und Zinsen. Zum einen konnte das USZ am privaten Kapitalmarkt Fremdkapital zu günstigeren Zinskosten aufnehmen, zum anderen sanken die Immobiliennutzungskosten aufgrund einer leichten Reduktion des inhärenten Zinsanteils (0.5%).

Investitionsrechnung

Das Investitionsbudget für Mobilien wurde aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung von Projekten und Beschaffungsvorhaben nicht ausgeschöpft. Dies insbesondere im Bereich der Medizintechnik und des Baus. 2012 wurden zudem nicht ausgeschöpfte Budgetmittel in das Budgetjahr übertragen. Damit blieb die Rechnung 2013 insgesamt mit 6.3 Mio. Franken unter dem Budget. Der Restbetrag aus den Ausgaben wird auf 2014 übertragen.

Ergebnisverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor.

Nachfolgend die Betrachtung der Entwicklung gegenüber dem Vorjahr (Vergleich R 2013 zu R 2012)

Leistungen und Ertrag

Die Zahl der erbrachten Leistungen nahm gegenüber dem Jahr 2012 weiter zu, jedoch weniger stark als erwartet. Die stationären Austritte haben mit 36 941 (Vorjahr 36 484) gegenüber dem Vorjahr um 1.3% zugenommen.

Entscheidend für das finanzielle Ergebnis ist jedoch das Volumen der Casemix-Punkte. Diese entsprechen der Summe der Schweregrade (Case Mix Indices CMI) aller Fälle. Das Casemix-Volumen betrug 2013 57 021 (Vorjahr 57 269). Der durchschnittliche CMI sank um 0.022 auf 1.551. Dieser rückläufige CMI konnte durch die Zunahme der Anzahl Fälle finanziell wettgemacht werden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ging um 0.06 Tage leicht zurück und blieb damit fast stabil auf 6.8 Tagen.

Der Rückgang des durchschnittlichen Schweregrades hat mehrere Gründe: Die Umstellung von SwissDRG 1.0 im Jahr 2012 auf 2.0 im Jahr 2013 brachte leider keine Verbesserung der Abbildung komplexer Fälle.

Dies ist zurückzuführen auf kleine Fallzahlen in der Schweiz bei komplexen Behandlungen, lange Entwicklungszyklen des DRG-Systems sowie teilweise unzureichende Kostendaten aus den Referenzspitälern.

Der eher moderaten Entwicklung im stationären Bereich steht eine weiterhin stark steigende Nachfrage nach ambulanten Behandlungen gegenüber. 2013 waren 530 388 Besuche (+3.8%) zu verzeichnen. Die ambulanten Taxpunkte nahmen mit 8.3% bzw. 16.5 Mio. Taxpunkten stärker zu als von 2011 auf 2012. Zu beachten ist dabei, dass einzelne Leistungen im Vorjahr über Pauschalen abgerechnet, ab 2013 aber in Taxpunkten fakturiert wurden.

Der Ertrag erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 32.1 Mio. Franken (+2.8%) auf 1 171.5 Mio. Franken. Der stationäre Ertrag stieg nicht zuletzt aufgrund der positiven Entwicklung bei den zusatzversicherten Patienten auf 727.4 Mio. Franken (+1.6%) an. Der Kanton Zürich bezahlt je Zürcher OKP-Patient den fixen Anteil von 51% der Kosten. Dieser Anteil beläuft sich auf 214.4 Mio. Franken. Beim ambulanten Ertrag ist aufgrund der Zunahme bei den Tarmed-Taxpunkten und übrigen ambulanten Leistungen ein starkes Ertragswachstum von 13.3 Mio. Franken (+5.4%) zu verzeichnen. Mit 257.2 Mio. Franken hält der ambulante Bereich einen Anteil von 22% am gesamten Ertrag.

Von grosser Bedeutung sind für das USZ auch die Einkünfte aus Forschungs- und Lehrleistungen, aus medizinischen Drittleistungen (Bsp. Laboruntersuchungen), aus Leistungen an Mitarbeitende und Besucher (Bsp. Restauration) und aus gemeinwirtschaftlichen Leistungen (Bsp. Transplantationskoordination). Diese Einnahmen belaufen sich auf insgesamt 175.4 Mio. Franken, was einen Anteil von 15% am Gesamtertrag ausmacht.

Aufwand

Der Aufwand übersteigt mit 1 149.9 Mio. Franken das Vorjahr um 11.7 Mio. Franken (+1.0%). Dabei steigt der Personalaufwand 1.2 Mio. Franken (+0.2%). Im Zeitpunkt der Budgetierung waren verschiedene Faktoren unterschätzt worden oder noch nicht bekannt. Dazu gehörten neben der Leistungszunahme der Umfang der Bautätigkeiten mit Auswirkungen auf den Personalbestand sowie die Erhöhung der Arbeitgeber-Sparbeiträge der Pensionskasse. Zu beachten ist, dass in der Vorperiode beim Personalaufwand eine Abgrenzung von 16 Mio. Franken für die Überstundenansprüche der Oberärzte gemäss Entscheid des Bundesgerichts enthalten ist.

Beim medizinischen Aufwand (Medikamente und Materialien) ist eine leichte Kostenabnahme zu verzeichnen. Die kontinuierlichen Anstrengungen bei der Verhandlung tieferer Einkaufspreise und die Sortimentsbereinigungen zeigen Wirkung. Auch die anhaltende Reduktion stationärer Eingriffe zugunsten ambulanter Behandlungen führt zu einem Rückgang beim medizinischen Aufwand in der Erfolgsrechnung. Der nicht-medizinische Aufwand ist immer noch stark geprägt durch hohen Nachholbedarf bei der Bau- und IT-Infrastruktur. Zudem ist auch hier die Abhängigkeit von externen Preisentwicklungen (Bsp. Strom, Lebensmittel) sehr hoch. Ebenfalls bedeutsam sind die Aufwendungen für Patiententransporte, welche aber teilweise weiterverrechnet und damit über die Erträge wieder ausgeglichen werden können.

Die Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) für die Nutzung der Immobilien und der Mobilien sind gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen. Der Hauptgrund dafür sind die tieferen Zinskosten. Das USZ hat 2013 am privaten Kapitalmarkt 90 Mio. Franken Fremdkapital zu günstigen Konditionen aufgenommen. Auch der Geldeingang bei offenen Rechnungen und die Fristen bei der Rechnungsstellung konnten verbessert werden.

Die Entwicklung von Aufwand und Ertrag wurde einem engen Controlling unterzogen. Basierend auf der Hochrechnung Mitte 2013 beschloss die Spitaldirektion eine Reihe von teilweise einschneidenden Massnahmen. Für einzelne Leistungszentren wurde ein Stopp von Stellenwiederbesetzungen verordnet.

Investitionen und Bilanz

Das Investitionsvolumen bei den Mobilien beläuft sich auf 49.8 Mio. Franken. Einige grössere Anschaffungen konnten bis Ende 2013 nicht mehr ausgelöst werden. Entsprechend findet ein Übertrag auf das Jahr 2014 statt. Noch immer besteht ein grosser Nachholbedarf insbesondere in den Bereichen der IT, der Kommunikationstechnik und der Logistik. Die Bilanzsumme hat 2013 um 84.1 Mio. Franken abgenommen. Der Bestand an offenen Rechnungen konnte deutlich reduziert werden. Entsprechend hat sich die Situation beim Cash Flow verbessert.

Gewinnverwendung

Der Jahresgewinn von 21.6 Mio. Franken soll dem Eigenkapital gutgeschrieben werden. Dieses beläuft sich nach Gewinnverwendung auf 60.3 Mio. Franken. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 11.1%.

Bilanz

Universitätsspital Zürich

Mio. Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2012	Differenz 12/13	
			Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	386.1	420.9	- 34.8	- 8.3
Finanzvermögen 1)	386.1	420.9	- 34.8	- 8.3
Flüssige Mittel	8.2	7.9	0.3	3.8
Forderungen	201.8	120.4	81.4	67.7
Kurzfristige Finanzanlagen	0.1	0.3	- 0.2	- 64.2
Aktive Rechnungsabgrenzung	172.2	288.3	- 116.1	- 40.3
Vorräte und angefangene Arbeiten	3.8	4.1	- 0.3	- 7.7
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	156.4	141.5	14.9	10.5
Finanzvermögen 1)	3.4	3.4		
Finanzanlagen	3.4	3.4		
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	153.0	138.1	14.9	10.8
Sachanlagen	136.9	124.1	12.9	10.4
Immaterielle Anlagen	16.0	14.0	2.0	14.2
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
TOTAL AKTIVEN	542.5	562.4	- 20.0	- 3.5
FREMDKAPITAL (FK)	- 482.2	- 523.9	41.7	8.0
Kurzfristiges Fremdkapital	- 288.0	- 352.2	64.1	18.2
Laufende Verbindlichkeiten	- 201.4	- 262.4	61.0	23.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 0.0		- 0.0	
Passive Rechnungsabgrenzung	- 39.7	- 42.4	2.7	6.3
Kurzfristige Rückstellungen	- 46.9	- 47.4	0.5	1.0
Langfristiges Fremdkapital	- 194.1	- 171.7	- 22.4	- 13.1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 135.1	- 133.0	- 2.2	- 1.6
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 5.0	- 5.2	0.1	2.6
Langfristige Rückstellungen	- 45.9	- 32.1	- 13.8	- 42.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	- 8.0	- 1.4	- 6.6	> 100.0
EIGENKAPITAL (EK)	- 60.3	- 38.5	- 21.8	- 56.4
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	- 30.1	- 29.0	- 1.2	- 4.1
Reserven aus Absicherungsgeschäften	- 0.2		- 0.2	
Dotationskapital	- 8.4	- 8.4		
Jahresergebnis	- 21.6	- 1.2	- 20.4	> 100.0
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 542.5	- 562.4	20.0	3.5
1) Total Finanzvermögen	389.5	424.3	- 34.8	- 8.2

9520 Kantonsspital Winterthur

Detaillierte Informationen und Kennzahlen zum Geschäftsgang des Kantonsspitals Winterthur werden in einem eigenen Jahresbericht ab 9. April 2014 veröffentlicht. Dieser kann auf der Website unter www.ksw.ch als PDF-Dokument heruntergeladen oder per Mail an «publikationen@ksw.ch» in gedruckter Form bestellt werden.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013		
Wirkungen							
W1	Würden Sie für dieselbe Behandlung wieder in dieses Spital kommen?	min.	9.27	–	9.11	–	
W2	Wie beurteilen Sie die Qualität der Behandlung, die Sie erhalten haben?	min.	9.07	–	8.86	–	
W3	Wenn Sie Fragen an einen Arzt oder eine Ärztin stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?	min.	9.14	–	8.99	–	
W4	Wenn Sie Fragen an das Pflegepersonal stellten, bekamen Sie verständliche Antworten?	min.	9.03	–	8.91	–	
W5	Wurden Sie während Ihres Spitalaufenthaltes mit Respekt und Würde behandelt?	min.	9.39	–	9.29	–	
W6	Ungeplante Rehospitalisationen in % nach SwissDRG	max.	–	2	*	–	
Leistungen							
L1	Stationäre Patientenaustritte Total (A1)	P	24 517	24 987	24 783	– 204	
L2	Stationäre Patientenaustritte, davon Grundversicherte (A1)	P	19 613	20 220	19 641	– 579	
L3	Stationäre Patientenaustritte, davon Zusatzversicherte (A1)	P	4 904	4 767	5 142	375	
Wirtschaftlichkeit							
B1	Rang im Benchmark der bereinigten Fallkosten Kanton Zürich (A1)			Referenzspital der Zürcher Spitäler = im 40. Percentil aller Austritte	6.	offen	–

Abweichungsbegründungen

W1–W5 GB 2013: Werte für Patienten «Akut Erwachsene», Skala 1–10, 10: höchste Patientenzufriedenheit

* Keine Erhebung der Daten. Für das Berichtsjahr 2013 wurden rund 620 Fallzusammenführungen im Rahmen der SwissDRG-konformen Berichterstattung vorgenommen, was ca. 2.5% der Patientenaustritte 2013 entspricht.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	396.6	385.7	421.0	35.3
Staatsbeiträge	102.6	108.5	108.6	0.0
Aufwand	-374.4	-372.7	-391.5	-18.8
Saldo	22.2	13.0	29.5	16.5
Investitionsrechnung				
Einnahmen	3.1	0.5	0.2	-0.2
Ausgaben	-19.5	-26.0	-11.9	14.2
Kreditübertragungen aus 2012		-2.7		
Saldo	-16.4	-25.6	-11.6	13.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 887.9	1 842.0	2 002.6	160.6

Erfolgsrechnung

Der Ertrag steigt bei praktisch gleichbleibenden Beiträgen der Gesundheitsdirektion um 35.3 Mio. Franken oder 9.2%.

Wichtigste Ursachen:

- +33.8 Mehrerträge durch höhere Fallzahlen im ambulanten Bereich, eine Zunahme bei den zusatzversicherten Patienten sowie aufgrund eines Anstiegs des Case Mix Index (CMI)
- +1.3 Ausserordentliche Auflösung passivierter Investitionsbeiträge (Rettungsdienst)

Der Aufwand steigt um 18.8 Mio. Franken oder 5.0%.

Wichtigste Ursachen:

- 16.9 Mehraufwand für Mehrstellen infolge Mehrleistungen sowie höhere Sparbeiträge BVK
- 6.7 Höherer medizinischer Bedarf (Medikamente, Implantate, medizinisches Material) aufgrund Mehrleistungen v.a. im ambulanten Bereich und bei den zusatzversicherten Patienten
- 3.0 Höhere Arzthonorare bedingt durch mehr zusatzversicherte und ambulante Patienten (inkl. selbständig erwerbende Belegärzte)
- +6.4 Tiefere Abschreibungen und Zinsen bedingt durch ein tieferes Investitionsvolumen sowie aufgrund des Effekts aus der Änderung der Nutzungsdauer einzelner Anlage - klassen und tieferer Zinssätze
- +1.6 Übrige Abweichungen

Investitionsrechnung

Einnahmen:

- 0.2 Tiefere Investitionsbeiträge aufgrund Neuregelung Rettungsdienst ab 2013

Ausgaben:

- +14.2 Unterschreitung des Budgets aufgrund von Projektverzögerungen

Personal

Zunahme beim Personal (Stellen) um 8.7% gegenüber dem Budget 2013 und um 6.1% gegenüber der Rechnung 2012 aufgrund von Mehrleistungen im ambulanten Bereich und bei den zusatzversicherten Patienten sowie der CMI-Steigerung

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor.

Gemäss den geltenden Regeln der Staatsbeitragsvereinbarung 2013 schliesst die Jahresrechnung 2013 des Kantonsspitals Winterthur mit einem Gewinn von Fr. 29 482 528.72.

Wie schon im Vorjahr ist zu beachten, dass der weitaus grösste Teil des Gewinnes von den zusatzversicherten Patienten stammt. Im Vergleich zu umliegenden Spitälern konnte das KSW überproportional mehr zusatzversicherte Patienten gegenüber dem Vorjahr gewinnen. Dies trug wesentlich zum verbesserten Ergebnis bei.

Die bereits hohe Produktivität konnte gegenüber dem Vorjahr gehalten werden. Es zeichnet sich für das Jahr 2014 jedoch ab, dass deutlich mehr Ressourcen für zahlreiche Projekte und die Umsetzung neuer Vorgaben eingesetzt werden müssen.

Die Stärkung der Eigenkapitalbasis ist – insbesondere aufgrund der seit 1. Januar 2012 neuen Spitalfinanzierung – ein Gebot der Stunde. Derzeit hat das KSW bei einem Umsatz von 421.0 Mio. Franken pro Jahr und einer Bilanzsumme von 408.8 Mio. Franken (inkl. Immobilien) ein Eigenkapital aus Globalbudgetunterschreitungen der letzten Jahre von 49.0 Mio. Franken inkl. Dotationskapital (12.0% der Bilanzsumme) und neu 78.9 Mio. Franken (inkl. Dotationskapital und Gewinn 2013), was 19.2% der Bilanzsumme entspricht. Der Spitalrat erachtet eine Eigenkapitaldecke von 19.2% nach wie vor als ungenügend.

Die heutige Eigenkapitaldecke ist eindeutig zu gering, um kapitalmarktfähig zu werden und um mögliche Ergebnisschwankungen und Risiken der kommenden Jahre zu tragen, besonders im Hinblick auf den Ersatzneubau Bettenhochhaus KSW. Aufgrund der suboptimalen baulichen Situation in den kommenden Jahren sind zusätzliche Personalressourcen nötig, was auch die Produktivität vorübergehend negativ beeinflussen wird. Eine gesunde Eigenkapitaldecke ist zwingend, um den Ersatzneubau Bettenhochhaus, mögliche Ergebnisschwankungen und Risiken aus eigener Kraft tragen zu können. Auch alle extern angefragten Experten im Gesundheitswesen gehen von einer Eigenkapitalquote zwischen 30% und 50% aus, für Zentrumsversorgungsspitäler eher von einem notwendigen Eigenkapital in der oberen Hälfte dieser Spannweite. Der Spitalrat teilt zum heutigen Zeitpunkt diese Ansicht.

Der Spitalrat beantragt, den Gewinn von Fr. 29 482 528.72 zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zu verwenden.

Bilanz

Kantonsspital Winterthur

Mio. Franken	per		Differenz 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	124.4	93.2	31.3	33.5
Finanzvermögen 1)	124.4	93.2	31.3	33.5
Flüssige Mittel	2.5	3.8	- 1.4	- 35.5
Forderungen	57.9	45.0	13.0	28.8
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	61.5	41.9	19.6	46.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	2.5	2.5	0.1	3.1
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	58.7	57.8	0.9	1.6
Finanzvermögen 1)	3.5	1.7	1.8	> 100.0
Finanzanlagen	3.5	1.7	1.8	> 100.0
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	55.2	56.1	- 0.8	- 1.5
Sachanlagen	47.4	48.6	- 1.1	- 2.3
Immaterielle Anlagen	7.8	7.5	0.3	3.4
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
TOTAL AKTIVEN	183.1	150.9	32.2	21.3
FREMDKAPITAL (FK)	- 104.2	- 101.9	- 2.3	- 2.3
Kurzfristiges Fremdkapital	- 40.2	- 37.6	- 2.5	- 6.8
Laufende Verbindlichkeiten	- 21.2	- 21.3	0.0	0.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 0.1	- 0.1	0.0	- 4.1
Passive Rechnungsabgrenzung	- 3.7	- 3.7	0.0	- 0.3
Kurzfristige Rückstellungen	- 15.2	- 12.6	- 2.6	- 20.5
Langfristiges Fremdkapital	- 64.0	- 64.3	0.2	0.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 52.2	- 51.6	- 0.6	- 1.2
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 3.4	- 4.7	1.3	28.1
Langfristige Rückstellungen	- 6.4	- 5.9	- 0.5	- 9.3
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	- 2.0	- 2.1	0.1	2.6
EIGENKAPITAL (EK)	- 78.9	- 49.0	- 29.9	- 60.9
Fonds im Eigenkapital		- 0.3	0.3	100.0
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	- 45.3	- 22.9	- 22.5	- 98.1
Reserven aus Absicherungsgeschäften	- 0.4		- 0.4	
Dotationskapital	- 3.7	- 3.7		
Jahresergebnis	- 29.5	- 22.2	- 7.3	- 32.9
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 183.1	- 150.9	- 32.2	- 21.3
1) Total Finanzvermögen	127.9	94.9	33.0	34.8

9600 Universität Zürich

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2013 der Universität Zürich zu entnehmen.

Herausgeberin: Universitätsleitung der Universität Zürich

Voraussichtliches Publikationsdatum: 26. April 2014

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 Anzahl laufende Evaluationen	P	40	34	36	2
W2 Anzahl laufende SNF-Projekte (A2)	P	520	540	543	3
W3 Anzahl laufende EU-Projekte (A2, A4)	P	124	115	163	48
W4 Anzahl Erstabschlüsse (A1)	P	3 661	3 500	3 783	283
W5 Anzahl Doktorate Medizin/Veterinärmedizin (A1)	P	312	360	352	-8
W6 Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss in %	P	96.0	-	-	-
W7 Durch Drittmittel finanzierte Stellen in Vollzeiteinheiten (VZE, per 31.12.) (A2, A3)	P	1 528	1 419	1 516	97
Leistungen					
L1 Anzahl Doktorate (ohne Medizin/Veterinärmedizin) (A3)	P	390	460	419	-41
L2 Anzahl Habilitationen (A1, A2)	P	72	75	80	5
L3 Anzahl Studierende (inkl. Doktorierende) (A1)	P	25 732	26 477	25 715	-762
Wirtschaftlichkeit					
B1 Kostenbeitrag der Bildungsdirektion für Forschung, Lehre und Dienstleistung pro Student/in (Fr.) (A1, A2)	P	22 719	22 416	23 232	816
B2 Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende) (A1)		80.2	86.4	77.2	-9.2
B3 Hauptfachstudierende pro Professur Wirtschaftswissenschaften (inkl. Doktorierende) (A1)		55.0	52.8	51.7	-1.1
B4 Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende) (A1)		82.8	74.7	76.4	1.7
Abweichungsbegründungen					
W2 Alle im Berichtsjahr laufenden Projekte gemäss Projektdatenbank P3 des Schweizerischen Nationalfonds (SNF)					
W3 Alle im Berichtsjahr laufenden Projekte gemäss Angaben EU GrantsAccess					
W6 Die Studie des Bundesamtes für Statistik wird nur im Zweijahresrhythmus durchgeführt.					

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	1 276.5	1 271.8	1 320.6	48.8
Beiträge Bund	124.5	125.8	128.6	2.8
Beiträge anderer Kantone	138.9	141.1	139.7	-1.3
Kostenbeitrag des Kantons Zürich	588.3	597.1	601.1	4.0
Aufwand	-1 280.0	-1 271.8	-1 329.0	-57.2
Saldo	-3.5	0.0	-8.4	-8.4
Investitionsrechnung				
Einnahmen	12.2	2.5	2.2	-0.3
Ausgaben	-43.9	-40.1	-38.9	1.2
Saldo	-31.7	-37.6	-36.7	0.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	4 278.4	4 367.0	4 406.5	39.5

Erfolgsrechnung

Ertrag (+48.8):

- +32.9 Höhere Drittmittel-Projektbeiträge (u. a. SNF, Bund, Kantone und Gemeinden sowie Privatwirtschaft)
- +13.1 Entnahme aus Fonds: Abgrenzung noch nicht vereinnahmter Drittmittel erträge (SNF-, EU-Projekte und Projekte der Nationalen Forschungsschwerpunkte NFS)
- +4.0 Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich (+3.9 Mio. Franken von der Bildungsdirektion als Kompensation für die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur nachhaltigen Sicherung der BVK und +0.1 Mio. Franken von der Gesundheitsdirektion für den Betrieb der Klinik für Alters- und Behindertenzahnmedizin)
- +2.8 Höhere Beiträge Bund (Grundbeiträge gemäss Universitätsförderungsgesetz UFG)
- +2.5 Höhere Erträge aus Übertragungen Fonds: Ertragszugang aus den Legaten und Stiftungen der UZH
- +1.4 Höhere Schul- und Kursgelder, Erträge aus Material- und Warenbezügen sowie Vergütungen für Pacht und Miete
- 3.8 Tiefere Erträge aus u. a. Spital- und Heimtaxen sowie Kostgelder, Rückverteilung der CO₂-Abgabe
- 2.2 Tiefere Erlöse aus Verkäufen
- 1.3 Tiefere Beiträge anderer Kantone (Beiträge gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung IUV)
- 0.6 Tieferer Finanzertrag

Aufwand (–57.2):

- 16.8 Höhere Arbeitgeberbeiträge (in Mio. Franken), bedingt durch:
 - 6.7 Bildung einer Rückstellung zur Abdeckung von rechtlichen Sozialleistungsverpflichtungen
 - 5.3 Mehraufwand Arbeitgeberbeiträge an die BVK, davon –3.9 aufgrund der Erhöhung der Sparraten für die nachhaltige Sicherung der BVK (vgl. oben Kostenbeitrag Kanton Zürich)
 - 1.4 Höhere Arbeitgeberbeiträge (AHV, IV, EO, MSE)
 - 3.4 Andere Effekte (insbesondere: Rückerstattungen gemäss EO und Unfall wurden im Budget den Arbeitgeberbeiträgen zugeordnet; in der Rechnung erfolgte die Zuordnung verursachungsgerecht auch auf den Lohnkategorien (Verwaltungs- und Betriebspersonal, Lehrkräfte)
- 14.5 Höhere Vergütungen für Pacht und Miete, davon 14.4 höhere Nutzungskosten für die der UZH zur Verfügung gestellten kantonseigenen Gebäude (hauptsächlich aufgrund Sonderabschreibungen)
- 10.4 Einlage in Fonds: Abgrenzung von bereits vereinnahmten aber noch nicht verausgabten Drittmitteln (Forschung & Lehre)
- 9.5 Höhere Vergütungen, Dienst- und Honorarleistungsaufwand und andere Mehraufwände
- 4.7 Höhere Miete, Leasing, Pacht- und Benutzungskosten
- 4.0 Höhere Spesenentschädigungen (Reisekosten und Spesen sowie Kosten für Exkursionen)
- 2.2 Höherer Aufwand für Ver- und Entsorgung (insbesondere Kosten für Strom/Heizung)
- 1.7 Höhere Arbeitgeberleistungen, Zulagen und sonstiger Personalaufwand
- 1.2 Höhere Löhne (Verwaltungs- und Betriebspersonal, Lehrkräfte) einschliesslich temporäre Arbeitskräfte
- 0.9 Höherer Aufwand für nicht aktivierbare Anlagen
- +4.1 Tiefere Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagen sowie tieferer Saldo aus baulichem Unterhalt und Unterhalt von Anlagen
- +4.6 Geringerer Material- und Warenaufwand

Sonstiges:

In der Vergangenheit konnten nicht alle Drittmittel konform mit dem Controlling- und Rechnungsgesetz (CRG) dargestellt werden. Infolge von technischen und prozessualen Umstellungen per 1. Januar 2013 können nun alle Drittmittel CRG-konform abgebildet werden. Im Rahmen der Überprüfung der bestehenden Drittmittel wurden Dienstleistungen und Weiterbildungsangebote eruiert, deren Veränderungen ergebniswirksam darzustellen sind. Der die Vorjahre betreffende Saldo von Fr. 14 893 168.28 wurde per 1. Januar 2013 vom Fremdkapital ins Eigenkapital umgegliedert. Die das laufende Berichtsjahr betreffenden Veränderungen sind in der Erfolgsrechnung 2013 enthalten und werden im Rahmen der Beantragung der Ergebnisverwendung mitberücksichtigt.

Investitionsrechnung

Einnahmen (-0.3):

-0.3 Geringere Beiträge vom Bund

Ausgaben (+1.2):

-3.7 Investitionsvolumen im Drittmittelbereich, wird nicht budgetiert

+4.9 Minderausgaben infolge gegenüber der Planung für das Berichtsjahr eingetretenen Verzögerungen bei einigen grösseren Investitionsprojekten (u. a. Web Content Management, Erneuerung der Telefonanlage Automatisierung Bakteriologie)

Personal

Die Rechnung 2013 ist stichtagsbezogen (31.12.) und beinhaltet somit auch kurzfristige, temporär besetzte Stellen. Der Zuwachs an Stellen auf dieser Stichtagsbasis von 2012 auf 2013 liegt im Rahmen der langfristigen Entwicklung.

Antrag Verlustdeckung

Gemäss Art. 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2013 der Universität Zürich schliesst mit einem Verlust von Fr. 8 412 933.83 (Vorjahr: Verlust von Fr. 3 549 659.94). Dies ist hauptsächlich eine Folge von ausserplanmässigen Abschreibungen auf kantonalen Hochbauten sowie der Einstellung von Rückstellungen zur Abdeckung von rechtlichen Sozialleistungsverpflichtungen.

Der Universitätsrat beantragt, den Verlust von Fr. 8 412 933.83 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss Art. 50 Abs. 3 FCV) zu entnehmen:

Einlage zweckbestimmte Reserve Fr. 310 904.62

Einlage Reserve Separate Rechnung Fr. 2 715 113.26

Entnahme Reserve Separate Rechnung Fr. 1 432 164.72

Entnahme Freie Reserve Fr. 10 006 786.99

Bilanz**Universität Zürich**

Mio. Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2012	Differenz 12/13	
			Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	386.0	402.2	- 16.2	- 4.0
Finanzvermögen 1)	386.0	402.2	- 16.2	- 4.0
Flüssige Mittel	7.2	29.8	- 22.7	- 76.0
Forderungen	362.0	337.1	24.9	7.4
Kurzfristige Finanzanlagen	0.6	0.7	- 0.1	- 18.6
Aktive Rechnungsabgrenzung	15.6	31.9	- 16.4	- 51.2
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.6	2.6	- 1.9	- 74.8
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	138.5	139.8	- 1.3	- 0.9
Finanzvermögen 1)				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	138.5	139.8	- 1.3	- 0.9
Sachanlagen	133.9	135.2	- 1.3	- 0.9
Immaterielle Anlagen	3.5	3.9	- 0.4	- 10.8
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.2	0.3	- 0.0	- 15.2
Investitionsbeiträge	0.8	0.3	0.5	> 100.0
TOTAL AKTIVEN	524.5	541.9	- 17.4	- 3.2
FREMDKAPITAL (FK)	- 446.8	- 470.7	23.9	5.1
Kurzfristiges Fremdkapital	- 143.0	- 398.9	256.0	64.2
Laufende Verbindlichkeiten	- 44.9	- 52.9	8.0	15.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	- 62.6	- 317.7	255.1	80.3
Kurzfristige Rückstellungen	- 35.5	- 28.3	- 7.1	- 25.2
Langfristiges Fremdkapital	- 303.8	- 71.8	- 232.1	> 100.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 13.2	- 40.9	27.7	67.6
Langfristige Rückstellungen	- 31.5	- 30.9	- 0.6	- 2.1
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	- 259.1		- 259.1	
EIGENKAPITAL (EK)	- 77.7	- 71.2	- 6.5	- 9.1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	- 86.1	- 74.8	- 11.3	- 15.2
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	8.4	3.5	4.9	> 100.0
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 524.5	- 541.9	17.4	3.2
1) Total Finanzvermögen	386.0	402.2	- 16.2	- 4.0

9690 Zentralbibliothek

Detaillierte Informationen sind dem Jahresbericht 2013 der Zentralbibliothek Zürich zu entnehmen.
Dieser wird nach dessen Genehmigung durch den Stiftungsrat im Juni 2014 publiziert.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 ZB-Webseitenzugriffe (A1)	P	1 189 000	1 150 000	1 469 735	319 735
Leistungen					
L1 Anzahl Ausleihen (A1)	P	958 830	870 000	926 348	56 348
L2 Gesamtzuwachs Medien (A2)	P	84 587	80 000	145 094	65 094
L3 Führungs- und Schulungsteilnehmende (A3)	P	10 087	11 000	9 190	-1 810
Wirtschaftlichkeit					
B1 Anzahl Ausleihen pro Vollzeitstelle (A1, A2, A3)	P	5 900	5 200	5 433	233
Abweichungsbegründungen					
W1	Prognosewert zu tief angesetzt				
L1	Prognosewert zu tief angesetzt				
L2	Ausserordentlicher Zuwachs aufgrund eines grossen Sonderkonvolut (Kartenmaterial)				
L3	Geringere Nachfrage nach Führungs- und Schulungskursen				
B1	Prognosewert zu tief angesetzt				

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	39.2	39.0	40.5	1.5
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	27.7	27.6	27.6	0.1
Aufwand	-38.9	-39.0	-39.7	-0.7
Saldo	0.3	0.0	0.8	0.8
Investitionsrechnung				
Einnahmen	1.9	2.4	2.3	-0.1
Ausgaben	-2.4	-2.4	-3.8	-1.4
Saldo	-0.5	0.0	-1.6	-1.6
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	162.5	166.9	170.5	3.6

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1.5):

- +1.4 Beitrag des Lotteriefonds für das Projekt DigiTUR
- +0.1 Verschiedene Mehrerträge aus Dienstleistungen und Schenkungen

Aufwand (-0.7):

- 0.7 Verschiedene Mehraufwände u. a. wegen höherer Personalkosten im Zusammenhang mit dem Projekt DigiTUR

Investitionsrechnung

Einnahmen (-0.1):

- 0.1 Tiefere Einnahmen (Rundungsdifferenz)

Ausgaben (-1.4):

- 1.4 Höhere Ausgaben für Mobiliar- und IT-Anschaffungen

Personal

- 3.6 Zusätzliche Stellen im Zusammenhang mit dem Projekt DigiTUR

9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2013 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Voraussichtliches Publikationsdatum: Mai 2014

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Wirkungen					
W1 Anzahl FH-Diplomabschlüsse (A1)	P	0	0	0	0
W2 Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse (A1)	P	2 009	2 222	2 302	80
W3 Anzahl Master- Diplomabschlüsse (A1)	P	199	262	233	-29
Leistungen					
L1 Total Studierende (A1)	P	9 912	10 524	10 455	-69
L2 – davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	9 283	9 762	9 714	-48
L3 – davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	629	762	741	-21
L4 Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in % (A2)	P	39.4	38.4	39.6	1.2
L5 – davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	P	9.0	8.8	9.1	0.3
L6 – davon Anteil anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in %	P	23.4	23.6	24.7	1.1
L7 – davon Anteil Dienstleistungen in %	P	7.0	6.0	5.8	-0.2
Wirtschaftlichkeit					
B1 Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur) in % (A1, A2)	P	32.4	31.1	31.1	0
B2 Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in % (A1, A2)	P	79.4	80.0	77.1	-2.9

Datenquelle für die Indikatoren ist das SBFI-Reporting 2013 der ZHAW (Kostenrechnung für Fachhochschulen zuhanden Bund).

Abweichungsbegründungen

W1–W3	Die Gesamtzahl der Bachelor- und Masterabschlüsse liegt um 14.8% über dem Vorjahreswert und um 2.1% über dem Budgetwert.
L1–L3	Die Entwicklung der Studierendenzahlen in der Grundständigen Lehre (Bachelor- und Masterstudiengänge) verläuft knapp tiefer als geplant. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt das Studierendenwachstum jedoch rund 5.5%.
L4–L7	Der Umsatz (Kostenvolumen) im erweiterten Leistungsauftrag konnte insgesamt weiter ausgebaut werden. Die Kostenanteile der Bereiche Weiterbildung und Forschung und Entwicklung (F+E) liegen über den Vorjahreswerten, wobei das Wachstum grösstenteils im Bereich F+E erfolgt ist (Kostenvolumenzunahme 15.3% gegenüber dem Vorjahr). Im Leistungsbereich Dienstleistungen ist das Kostenvolumen gegenüber dem Vorjahr um 9% gesunken und weist nun einen Anteil von 5.8% an den Gesamtkosten aus. Insgesamt beträgt das Kostenvolumenwachstum im erweiterten Leistungsbereich 13.4 Mio. Franken.
B1/B2	Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Grundständigen Lehre hat sich gemäss Planung entwickelt. Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen hat sich infolge des höheren Forschungsanteils gegenüber dem Vorjahr verringert und liegt mit 2.9% unter dem budgetierten Kostendeckungsgrad von 80%.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	387.0	408.7	417.7	9.1
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	140.7	157.4	157.1	–0.3
Aufwand	–385.9	–416.2	–418.0	–1.8
Kreditübertragungen aus 2012		–7.5		
Saldo	1.1	–7.5	–0.3	7.2
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–10.3	–14.6	–10.6	4.0
Kreditübertragungen aus 2012		–1.4		
Saldo	–10.3	–14.6	–10.6	4.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	1 850.5	1 880.0	2 020.9	140.9

Erfolgsrechnung

Ertrag (+9.1):

- +12.3 Höhere Kurs- und Schulgelder (+4.1) sowie Entgelte, verschiedene Erträge und Finanzerträge (+8.2), insbesondere in den Leistungsbereichen Weiterbildung und F+E
- +1.7 Höhere Entgelte für Leistungserbringungen der ZHAW für andere kantonale Stellen (kantonsinterne Verrechnungen)
- +1.0 Höhere Beiträge vom Bund
- 5.6 Tiefere Beiträge von Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung FHV (weniger ausserkantonale Studierende)
- 0.3 Tieferer Kostenbeitrag des Kantons Zürich im Rahmen der jährlichen Leistungsvereinbarung bedingt durch Kreditübertragungen (Details siehe LG 7406)

Aufwand (–1.8):

- 9.5 Höherer Personalaufwand aufgrund des höheren als budgetierten Personalwachstums
- +7.7 Tieferer Sachaufwand, v. a. wegen Projektverzögerungen

Investitionsrechnung

Ausgaben (+4.0):

- +4.0 Tiefere Ausgaben aufgrund von verschiedenen Projektverzögerungen bei geplanten Investitionsprojekten

Personal

Der Beschäftigungsumfang wurde in der KEF-Planung 2013–2016 zu tief geplant. Bedingt durch steigende Studierendenzahlen und ein weiteres Wachstum im erweiterten Leistungsbereich beträgt das Personalwachstum gegenüber dem Budget 7.5% oder 140.9 Vollzeiteinheiten (VZE). Gegenüber dem Vorjahr liegt das Personalwachstum mit 9.2% in VZE geringfügig über dem gesamten Kostenwachstum von 8.3%.

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2013 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Verlust von Fr. 280 946.98 (Gewinn Vorjahr Fr. 1 111 352.51) ab. Bezogen auf den im Jahr 2013 erzielten Gesamtumsatz von Fr. 418 Mio. entspricht dieses Ergebnis dem Ziel eines annähernd ausgeglichenen Ergebnisses (Abweichungsquote von -0.1%).

Der Rektor beantragt, den Verlust von Fr. 280 946.98 aus dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 FCV) zu entnehmen.

Entnahme aus Forschungsreserve 280 946.98 Franken

Bilanz**Zürcher Hochschule für Angewandte
Wissenschaften**

Mio. Franken	per		Differenz 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	94.5	99.7	- 5.2	- 5.2
Finanzvermögen 1)	94.5	99.7	- 5.2	- 5.2
Flüssige Mittel	1.0	1.0	0.0	0.3
Forderungen	86.2	94.4	- 8.2	- 8.7
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.8	3.8	3.0	79.8
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.5	0.5	- 0.1	- 10.8
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	32.7	28.5	4.3	15.0
Finanzvermögen 1)				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	32.7	28.5	4.3	15.0
Sachanlagen	31.3	27.1	4.2	15.6
Immaterielle Anlagen	1.4	1.3	0.0	2.7
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen	0.0	0.0		
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
TOTAL AKTIVEN	127.2	128.1	- 0.9	- 0.7
FREMDKAPITAL (FK)	- 100.1	- 100.8	0.7	0.7
Kurzfristiges Fremdkapital	- 99.2	- 97.0	- 2.2	- 2.3
Laufende Verbindlichkeiten	- 25.1	- 24.9	- 0.2	- 0.7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 0.0		- 0.0	
Passive Rechnungsabgrenzung	- 54.7	- 55.2	0.5	0.9
Kurzfristige Rückstellungen	- 19.4	- 16.9	- 2.5	- 14.9
Langfristiges Fremdkapital	- 0.9	- 3.8	2.9	75.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 0.7	- 1.8	1.1	60.7
Langfristige Rückstellungen	- 0.2	- 2.1	1.8	88.1
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
EIGENKAPITAL (EK)	- 27.1	- 27.3	0.3	1.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	- 27.3	- 26.2	- 1.1	- 4.2
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0.3	- 1.1	1.4	> 100.0
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 127.2	- 128.1	0.9	0.7
1) Total Finanzvermögen	94.5	99.7	- 5.2	- 5.2

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2013 der Zürcher Hochschule der Künste zu entnehmen.

Herausgeberin: Zürcher Hochschule der Künste

Voraussichtliches Publikationsdatum: Ende April 2014

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl FH-Diplomabschlüsse (A1)	P	1	0	0	
W2	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse	P	319	347	364	17
W3	Anzahl Master- Diplomabschlüsse	P	345	337	327	-10
Leistungen						
L1	Total Studierende (A1)	P	1 933	1 891	1 931	40
L2	- davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	1 107	1 098	1 111	13
L3	- davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	826	793	820	27
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in % (A2)	P	18.8	14.4	19.4	5.0
L5	- davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	P	4.2	3.9	3.6	-0.3
L6	- davon Anteil anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in %	P	14.5	10.4	15.7	5.3
L7	- davon Anteil Dienstleistungen in %	P	0.1	0.1	0.1	0
Wirtschaftlichkeit						
B1	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur) in % (A1)	P	24.9	24.5	25.2	0.7
B2	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in % (A1, A2)	P	68.3	50.7	67.4	16.7

Datenquelle für die Indikatoren ist das SBFI-Reporting 2013 der ZHdK (Kostenrechnung für Fachhochschulen zuhanden Bund).

Abweichungsbegründungen

W1-W3	Die Anzahl der Bachelorabschlüsse ist gegenüber der Planung leicht gestiegen, während die Anzahl Masterabschlüsse leicht gesunken ist.
L1-L3	Aufgrund der immer noch hohen Nachfrage sind die Studierendenzahlen vor allem im Bereich der Masterstudiengänge gegenüber dem Budget angestiegen (unter Einhaltung der vom Regierungsrat erlassenen Zulassungsbeschränkungen).
L4-L7	Durch das gesteigerte Projektvolumen im Bereich Forschung und Entwicklung (F+E) konnte der Anteil dieses Bereichs am erweiterten Leistungsauftrag um 5.3% erhöht werden.
B2	Der starke Anstieg von 16.7% gegenüber dem Budget ist darauf zurückzuführen, dass bei den ausländischen Studierenden in der Rechnung ein FHV-Beitrag Kanton Zürich verbucht wurde, während diese Beträge im Budget noch unter den nicht leistungsbezogenen Erträgen eingestellt waren.

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	142.8	147.5	141.0	–6.5
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	80.6	91.6	77.9	–13.6
Aufwand	–137.9	–147.5	–142.1	5.4
Saldo	4.8	0.0	–1.1	–1.1
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–2.0	–2.4	–2.4	–0.0
Saldo	–2.0	–2.4	–2.4	–0.0
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	655.0	650.0	663.0	13.0

Erfolgsrechnung

Ertrag (–6.5):

- 13.6 Durch die Verschiebung des Umzugstermins ins Toni-Areal auf das Jahr 2014 reduzierten sich die ursprünglich geplanten Infrastrukturaufwendungen/Nutzungskosten und der Kostenbeitrag des Hochschulamts wurde entsprechend um 14.2 Mio. Franken verringert (vgl. Leistungsgruppe 7406). Erhöhung des Kostenbeitrags des Mittelschul- und Berufsbildungsamts um 0.6 Mio. Franken für die Berufsausbildung Tanz an der ZHdK.
- +3.1 Höhere Bundesbeiträge durch grösseres Projektvolumen im Bereich F+E und Mehreinnahmen Studierendenbeiträge infolge höherer Studierendenzahlen
- +1.5 Höhere Beiträge von anderen Kantonen (FHV-Studiengelder) infolge höherer Studierendenzahlen aus anderen Kantonen
- +2.5 Tiefere Kurs- und Schulgelder (–0.9), jedoch höhere Entgelte aus Dienstleistungen, Verkäufen und Rückerstattungen (+3.4), betrifft hauptsächlich den Bereich F+E und das Museum für Gestaltung

Aufwand (+5.4):

- +7.6 Die Gebäudenutzungskosten (kantonsinterne Verrechnung) sind tiefer ausgefallen, da der Bezug des Toni-Areals auf das Jahr 2014 verschoben wurde.
- 1.1 Höhere weitere Verrechnungen für kantonsinterne Leistungsbezüge der ZHdK
- +8.7 Tieferer Sach- und übriger Betriebsaufwand sowie weitere tiefere Aufwandpositionen; infolge Nichtbezugs des Toni-Areals im Berichtsjahr sind budgetierte Sachkosten teilweise nicht angefallen
- 9.8 Der Personalaufwand ist gestiegen durch Vorbereitungsarbeiten für den Umzug ins Toni-Areal, höheres Projektvolumen im Bereich F+E, Mehraufwand im Projekt Barcodes Sammlungen und höhere Arbeitgeberbeiträge BVK infolge deckungsgradbedingter Satzerhöhung ab 1.1.2013.

Personal

Der Zuwachs ist auf die Umzugsvorbereitungen für den Bezug des Toni-Areals, das Archivierungsprojekt Barcodes Sammlungen und das gesteigerte Projektvolumen im Bereich Forschung und Entwicklung zurückzuführen.

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2013 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Verlust von Fr. 1 101 853.16 (Vorjahr Gewinn von Fr. 4 841 706.28) ab. Dies ist hauptsächlich eine Folge von erfolgswirksamen Projektaufwendungen (insbesondere Projekte Umzugsvorbereitungen Bezug Toni-Areal und Barcodes Sammlungen), welche durch Entnahme aus der allgemeinen Reserve gedeckt werden sollen.

Der Rektor beantragt, den Verlust von Fr. 1 101 853.16 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zu entnehmen:

Entnahme allgemeine Reserve Fr. 1 101 853.16.

Bilanz

Zürcher Hochschule der Künste

Mio. Franken	per		Differenz 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	28.6	29.7	- 1.1	- 3.6
Finanzvermögen 1)	28.6	29.7	- 1.1	- 3.6
Flüssige Mittel	0.3	0.9	- 0.6	- 62.5
Forderungen	20.7	22.2	- 1.5	- 6.7
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.5	6.5	1.0	15.1
Vorräte und angefangene Arbeiten				
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	9.3	9.7	- 0.4	- 3.8
Finanzvermögen 1)				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	9.3	9.7	- 0.4	- 3.8
Sachanlagen	8.9	9.2	- 0.3	- 3.4
Immaterielle Anlagen	0.5	0.5	- 0.1	- 10.0
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
TOTAL AKTIVEN	37.9	39.4	- 1.4	- 3.7
FREMDKAPITAL (FK)	- 20.9	- 21.3	0.3	1.6
Kurzfristiges Fremdkapital	- 19.0	- 18.2	- 0.8	- 4.4
Laufende Verbindlichkeiten	- 6.9	- 6.8	- 0.1	- 1.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	- 8.1	- 7.4	- 0.7	- 9.9
Kurzfristige Rückstellungen	- 4.0	- 4.1	0.0	0.8
Langfristiges Fremdkapital	- 1.9	- 3.1	1.1	37.1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 1.8	- 2.8	1.1	37.4
Langfristige Rückstellungen	- 0.1	- 0.2	0.1	33.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
EIGENKAPITAL (EK)	- 17.0	- 18.1	1.1	6.1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	- 18.1	- 13.3	- 4.8	- 36.5
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	1.1	- 4.8	5.9	> 100.0
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 37.9	- 39.4	1.4	3.7
1) Total Finanzvermögen	28.6	29.7	- 1.1	- 3.6

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die detaillierten Informationen sind dem Jahresbericht 2013 der Pädagogischen Hochschule Zürich zu entnehmen.

Herausgeberin: Pädagogische Hochschule Zürich

Voraussichtliches Publikationsdatum: Ende April 2014

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Wirkungen						
W1	Anzahl Bachelor-Diplomabschlüsse (A1)	P	371	420	362	-58
W2	Anzahl Master-Diplomabschlüsse (A1)	P	68	100	68	-32
W3	Anzahl Diplomabschlüsse Sekundarstufe II (neu; A1)	P	38	70	56	-14
W4	Anzahl Zürcher Lehrdiplomabschlüsse (QUEST; A1)	P	40	70	38	-32
Leistungen						
L1	Total Studierende (A1)	P	2 367	2 850	2 842	-8
L2	- davon Studierende in den Bachelorstudiengängen	P	1 628	1 360	1 780	420
L3	- davon Studierende in den Masterstudiengängen	P	278	300	280	-20
L4	- davon Studierende in der Sekundarstufe II	P	106	240	242	2
L5	- davon Studierende in den ZH-Studiengängen (QUEST)	P	355	950	540	-410
L6	Anteil erweiterter Leistungsauftrag an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur) in % (A2)	P	31.2	28.8	29.8	1.0
L7	- davon Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) in %	P	7.1	14.1	5.7	-8.4
L8	- davon Anteil anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung in %	P	9.6	8.3	6.9	-1.4
L9	- davon Anteil Dienstleistungen in %	P	14.5	6.4	17.2	10.8
L10	- davon Anteil Kantonalen Leistungsauftrag in %	P	0.0	0.0	0.0	0.0
Wirtschaftlichkeit						
B1	- Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten in % (A1, A2)	P	42.7	38.6	43.2	4.6
Abweichungsbegründungen						
L2	Die Nachfrage für Lehrerausbildungen ist gestiegen gegenüber dem Stand bei der Budgetierung.					
L5	Der Budgetwert für die als Massnahme gegen den Lehrermangel neu geschaffenen Ausbildungen für Quereinsteigende (QUEST) stammt aus dem Frühjahr 2011. In der Folge ergaben sich gegenüber diesem Planungsstand einige Änderungen bei der Einführung dieser Studiengänge. Der Budgetwert bezieht sich zudem auf das Herbstsemester 2013/14, während der Wert GB 2013 den Durchschnittswert über die drei ganz oder anteilig im Kalenderjahr 2013 liegenden Semester darstellt (Herbstsemester 2012/13, Frühjahrssemester 2013, Herbstsemester 2013/14). Bei einem Aufbau (bis 2013) ist der Durchschnittswert tiefer als der letzte Einzelwert in diesem Zeitraum.					
B1	Höhere Kostendeckung durch leistungsbezogene Beiträge aufgrund Mehreinnahmen für ausserkantonale Studierende im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV)					

Finanzielle Entwicklung				
(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	134.5	146.7	148.1	1.4
Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	105.9	118.3	117.0	–1.4
Aufwand	–133.8	–146.7	–145.8	0.8
Saldo	0.8	0.0	2.3	2.3
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben	–2.6	–1.0	–0.1	0.9
Saldo	–2.6	–1.0	–0.1	0.9
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte	528.5	547.0	553.2	6.2

Erfolgsrechnung

Ertrag (+1.4):

- +3.2 Mehrertrag von anderen Kantonen für ausserkantonale Studierende im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV)
- +1.4 Mehrerträge vom Bund und öffentlichen Unternehmen
- 2.0 Tiefere Schul- und Kursgeldeinnahmen
- 1.4 Tieferer Kostenbeitrag des Kantons Zürich im Rahmen der jährlichen Leistungsvereinbarung bedingt durch tiefer ausgefallene Nutzungskosten
- +0.2 Summe über verschiedene Mehr- und Mindererträge

Aufwand (+0.8):

- +5.8 Tiefere Nutzungskosten (tiefere kantonsinterne Verrechnung mit LG 7406), davon +4.4 Mio. Franken bedingt durch buchhalterische Verschiebung der Anlagewerte der innerhalb von Hochbauprojekten angeschafften Mobilien von der LG 7406 ZFH in die LG der PHZH: Aktivierung bei den Hochschulen, Abschreibungen und Zinsen auf diesen Beständen folglich ab dem Berichtsjahr nicht mehr in der LG 7406, sondern in den LG der Hochschulen verbucht; diese Umgliederung war im Budget 2013 noch nicht berücksichtigt. Der Kostenbeitrag des Kantons Zürich wurde um die Differenz von 1.4 Mio. Franken (5.8–4.4) gekürzt (vgl. oben Ertrag).
- 2.0 Höherer Sachaufwand für Unterhalt Campus
- 1.1 Höhere Abschreibungen
- 0.9 Höherer Personalaufwand
- 0.8 Höhere weitere kantonsinterne Verrechnungen und höherer Transferaufwand
- 0.2 Verschiedene kleinere Aufwanderhöhungen und -minderungen

Investitionsrechnung

Einnahmen (+0.9):

- +0.9 Es mussten weniger Anschaffungen getätigt werden.

Personal

In der Planung wurde der Beschäftigungsumfang im Vergleich zum Studierendenwachstum um 6.2 Vollzeiteinheiten zu tief budgetiert.

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2013 der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 2 282 053.37 (Vorjahr Gewinn Fr. 758 715.34). Dies ist hauptsächlich eine Folge von erhöhten Studierendenzahlen und damit verbunden höheren Beiträgen von anderen Kantonen für ausserkantonale Studierende (FVH-Beiträge) sowie einem damit verbundenen besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis.

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 2 282 053.37 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) gutzuschreiben.

Der Rektor beabsichtigt, den einbehaltenen Gewinn den folgenden Eigenkapitalanteilen zuzuteilen:

Einlage Forschungsreserve Fr. 1 000 000.00

Einlage strategische Reserve Fr. 500 000.00

Einlage allgemeine Reserve Fr. 782 053.37

Bilanz**Pädagogische Hochschule Zürich**

Mio. Franken	per		Differenz 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	21.5	15.7	5.8	36.9
Finanzvermögen 1)	21.5	15.7	5.8	36.9
Flüssige Mittel	0.1	0.1	- 0.0	- 5.4
Forderungen	20.7	14.8	5.9	39.8
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.6	0.7	- 0.1	- 17.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.1	0.1	0.0	56.8
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	10.4	13.1	- 2.7	- 20.5
Finanzvermögen 1)				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	10.4	13.1	- 2.7	- 20.5
Sachanlagen	10.3	13.0	- 2.7	- 20.5
Immaterielle Anlagen	0.1	0.1	- 0.0	- 33.3
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
TOTAL AKTIVEN	31.9	28.8	3.1	10.8
FREMDKAPITAL (FK)	- 21.0	- 20.1	- 0.8	- 4.1
Kurzfristiges Fremdkapital	- 20.8	- 19.9	- 0.9	- 4.3
Laufende Verbindlichkeiten	- 5.7	- 6.8	1.1	15.6
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	- 6.3	- 4.9	- 1.4	- 29.4
Kurzfristige Rückstellungen	- 8.7	- 8.2	- 0.5	- 5.8
Langfristiges Fremdkapital	- 0.2	- 0.2	0.0	20.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten		- 0.0	0.0	100.0
Langfristige Rückstellungen	- 0.2	- 0.2	0.0	7.4
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
EIGENKAPITAL (EK)	- 10.9	- 8.6	- 2.3	- 26.5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV	- 8.6	- 7.9	- 0.8	- 9.6
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	- 2.3	- 0.8	- 1.5	> 100.0
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 31.9	- 28.8	- 3.1	- 10.8
1) Total Finanzvermögen	21.5	15.7	5.8	36.9

9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind Vermächtnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel von den Donatoren vorgegeben, die bedachten Institutionen können nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen. Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant.

Weiter reichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

Finanzielle Entwicklung

(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung				
Ertrag	21.3		7.9	-13.4
Aufwand	-20.8		-9.3	11.5
Saldo	0.5		-1.4	-1.9
Investitionsrechnung				
Einnahmen				
Ausgaben				
Saldo				
Personal				
Beschäftigungsumfang Angestellte				

Bilanz**Legate und Stiftungen ohne eigene
Rechtspersönlichkeit**

Mio. Franken	per		Differenz 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN (UV)	39.2	40.2	- 1.0	- 2.4
Finanzvermögen 1)	39.2	40.2	- 1.0	- 2.4
Flüssige Mittel	1.5	1.6	- 0.1	- 5.3
Forderungen	23.0	24.1	- 1.0	- 4.3
Kurzfristige Finanzanlagen	14.0	13.8	0.3	2.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.7	0.8	- 0.1	- 14.8
Vorräte und angefangene Arbeiten				
ANLAGEVERMÖGEN (AV)	71.3	68.6	2.8	4.0
Finanzvermögen 1)	71.2	68.4	2.8	4.1
Finanzanlagen	68.4	67.5	0.9	1.3
Sachanlagen	2.8	0.8	1.9	> 100.0
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	0.1	0.2	- 0.1	- 33.3
Sachanlagen	0.1	0.2	- 0.1	- 33.3
Immaterielle Anlagen				
kurzfristige Darlehen				
langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
TOTAL AKTIVEN	110.5	108.7	1.8	1.7
FREMDKAPITAL (FK)	- 72.9	- 69.7	- 3.2	- 4.5
Kurzfristiges Fremdkapital	- 0.2	- 0.1	- 0.1	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten	- 0.2	- 0.1	- 0.1	- 79.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	- 0.0	- 0.0	- 0.0	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	- 72.7	- 69.6	- 3.1	- 4.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 0.1		- 0.1	
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	- 72.6	- 69.6	- 3.0	- 4.3
EIGENKAPITAL (EK)	- 37.7	- 39.0	1.4	3.5
Fonds im Eigenkapital	- 37.7	- 39.0	1.4	3.5
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gem. § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
TOTAL PASSIVEN	- 110.5	- 108.7	- 1.8	- 1.7
1) Total Finanzvermögen	110.4	108.5	1.9	1.7

9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

Der Geschäftsbericht 2013 der BVK liefert detaillierte Informationen über das Geschäftsjahr 2013. Er ist auf der Internetseite www.bvk.ch erhältlich. Ein gedrucktes Exemplar kann unter der Mail-Adresse bvk@bvk.zh.ch oder telefonisch unter 043 259 42 00 bestellt werden.

	RE 2012	B 2013	RE 2013
A	Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen		
Beiträge Arbeitnehmer	411 847 165	456 000 000	460 870 304
Beiträge Arbeitgeber	615 000 011	686 000 000	693 613 551
Einmaleinlagen und Einkaufssummen	122 592 881	65 000 000	72 936 222
Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	1 149 440 057	1 207 000 000	1 227 420 077
Sanierungsbeiträge und Einlagen			
Sanierungsbeiträge Arbeitnehmer	0	72 000 000	0
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber	0	180 000 000	120 747 549
Einmaleinlage Kanton Zürich	0	0	2 000 000 000
Einlagen für Ausgleich Unterdeckung	0	33 000 000	0
Total Sanierungsbeiträge und Einlagen	0	285 000 000	2 120 747 549
Einlagen in Arbeitgeberbeitragsreserven			
Einlagen in Arbeitgeberbeitragsreserven	0	10 000 000	1 192 375
Total Einlagen in Arbeitgeberbeitragsreserven	0	10 000 000	1 192 375
Zuschüsse Sicherheitsfonds			
Zuschüsse Sicherheitsfonds	52 188	0	10 441
Total Zuschüsse Sicherheitsfonds	52 188	0	10 441
Total ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	1 149 492 245	1 502 000 000	3 349 370 442
B	Eintrittsleistungen		
Freizügigkeitseinlagen	478 333 468	450 000 000	460 798 427
Einzahlung WEF-Vorbezüge/Scheidung	11 252 973	10 000 000	14 932 585
Total Eintrittsleistungen	489 586 441	460 000 000	475 731 012
C	(A+B) Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		
	1 639 078 686	1 962 000 000	3 825 101 454
D	Reglementarische Leistungen		
Altersrenten	-804 203 657	-844 600 000	-832 885 556
Hinterlassenenrenten	-100 240 400	-94 000 000	-103 021 215
Invalidenrenten	-59 636 183	-70 100 000	-60 433 361
Übrige reglementarische Leistungen	-55 038 197	-4 500 000	4 634 817
Kapitalleistungen bei Pensionierung	-65 011 495	-120 000 000	-66 220 673
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität	-1 355 090	-2 200 000	-1 862 036
Total Reglementarische Leistungen	-1 085 485 022	-1 135 400 000	-1 059 788 024
E	Austrittsleistungen		
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt	-760 489 515	-550 000 000	-559 426 513
Vorbezüge WEF / Scheidung	-73 666 915	-85 000 000	-52 920 067
Total Austrittsleistungen	-834 156 430	-635 000 000	-612 346 580
F	(D+E) Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		
	-1 919 641 452	-1 770 400 000	-1 672 134 604

	RE 2012	B 2013	RE 2013
G Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen und Beitragsreserven			
Auflösung und Bildung Vorsorgekapital Aktive	211 577 398	-852 000 000	-292 942 996
Auflösung und Bildung von Vorsorgekapital Renten	-678 869 000	-533 000 000	-1 174 123 000
Auflösung und Bildung technischer Rückstellungen	275 958 207	724 000 000	-253 958 207
Verzinsung des Vorsorgekapitals Aktive	-184 230 022	-120 000 000	-120 497 477
Auflösung/Bildung Arbeitgeberbeitragsreserven	0	0	-1 192 375
Total Auflösung/Bildung Vorsorgekapitalien, techn. Rückstellungen und Beitragsreserven	-375 563 417	-781 000 000	-1 842 714 055
H Versicherungsaufwand			
Beiträge an Sicherheitsfonds	-1 331 076	-6 000 000	-3 237 268
Total Versicherungsaufwand	-1 331 076	-6 000 000	-3 237 268
I (C+F+G+H) Nettoergebnis aus dem Versicherungsteil	-657 457 259	-595 400 000	307 015 527
J Nettoergebnis aus Vermögensanlagen			
Ergebnis aus Finanzanlagen			
Erfolg aus Wertschriften	1 340 809 271	736 300 000	1 543 378 835
Hypotheken	-981 261	23 700 000	17 107 438
Immobilien Schweiz	269 081 354	186 000 000	286 659 430
Immobilien Ausland	54 232 163	46 100 000	24 765 815
Total Ergebnis aus Finanzanlagen	1 663 141 527	992 100 000	1 871 911 518
K Ergebnis sonstige Aktiven			
Zinsen auf Arbeitgeberbeitragsreserven	0	0	-3 805
Übriges Vermögen	1 329 034	0	1 018 455
Total Ergebnis sonstige Aktiven	1 329 034	0	1 014 650
L Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung			
Aufwand Asset Management	-18 368 608	-16 800 000	-40 551 017
Aufwand Real Estate Management	-9 134 085	-5 500 000	-10 020 252
Total Aufwand aus Kapitalbewirtschaftung	-27 502 693	-22 300 000	-50 571 269
M (J+K+L) Total Nettoergebnis aus Vermögensanlagen	1 636 967 868	969 800 000	1 822 354 899
N Sonstiger Ertrag			
Ertrag aus erbrachten Dienstleistungen	806 437	700 000	853 018
Übriger Ertrag	256 315	0	0
Total Sonstiger Ertrag	1 062 752	700 000	853 018
O Total Sonstiger Aufwand	0	0	0
P Total Aufwand Versichertenverwaltung	-13 745 475	-14 700 000	-15 230 061
Q (I+M+N+O+P) Aufwand-/Ertragsüberschuss vor Auflösung/Bildung Wertschwankungsreserven	966 827 886	360 400 000	2 114 993 383
R Auflösung/Bildung Wertschwankungsreserve	0	0	0
Z (Q+R) Aufwandüberschuss/Ertragsüberschuss	966 827 886	360 400 000	2 114 993 383

Bilanz 9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich

31. Dezember 2012		31. Dezember 2013	Veränderung
Fr.		Aktiven Fr.	Passiven Fr.
			Fr.
22 552 251 537	A K T I V E N	26 356 925 859	3 804 674 322
22 552 012 449	Vermögensanlagen	26 356 405 357	3 804 392 908
22 434 045 995	Finanzanlagen	26 216 390 101	3 782 344 106
2 900 954 747	Geld und Geldmarktanlagen	2 618 350 377	-282 604 370
2 806 550 897	Obligationen in CHF	3 319 793 106	513 242 209
2 266 457 179	Fremdwährungsobligationen	4 303 576 714	2 037 119 535
0	Obligationen Emerging Markets	300 018 558	300 018 558
726 276 658	Wandelanleihen	0	-726 276 658
922 061 885	Hypotheken	871 045 091	-51 016 794
3 007 708 795	Aktien Schweiz	2 391 771 723	-615 937 072
3 847 464 652	Aktien Ausland	4 133 509 245	286 044 593
0	Aktien Emerging Markets	1 493 055 362	1 493 055 362
675 860 753	Commodities	1 293 530 846	617 670 093
17 607 342	Hedge Funds	0	-17 607 342
484 977 140	Private Equity	523 754 645	38 777 505
4 202 378 551	Immobilien Schweiz	4 450 647 167	248 268 616
575 747 396	Immobilien Ausland	517 337 267	-58 410 129
117 966 454	Sonstige Aktiven	140 015 256	22 048 802
90 257 324	Anlagen beim Arbeitgeber	106 664 697	16 407 373
27 709 130	Übriges Vermögen	33 350 559	5 641 429
239 088	Aktive Rechnungsabgrenzung	520 502	281 414
-22 552 251 537	P A S S I V E N	-26 356 935 859	-3 804 684 322
-348 661 593	Verbindlichkeiten	-196 832 375	151 829 218
-307 133 166	Freizügigkeitsleistungen und Renten	-130 192 122	176 941 044
-41 528 427	Andere Verbindlichkeiten	-65 456 449	-23 928 022
0	Arbeitgeberbeitragsreserven	-1 183 804	-1 183 804
-25 382 350 429	Vorsorgekapital und technische Rückstellungen	-27 223 860 586	-1 841 510 157
-12 609 881 636	Vorsorgekapital Aktive	-13 023 310 586	-413 428 950
-11 592 427 000	Vorsorgekapital Renten	-12 766 550 000	-1 174 123 000
-1 180 041 793	Technische Rückstellungen	-1 434 000 000	-253 958 207
0	Wertschwankungsreserve	0	0
3 178 760 485	Unterdeckung	1 063 767 102	-2 114 993 383
4 145 588 371	Stand 1. Januar	3 178 760 485	966 827 886
-966 827 886	Aufwandüberschuss/Ertragsüberschuss	-2 114 993 383	-3 081 821 269

9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Das Geschäftsvolumen nahm in diesem Jahr entsprechend der Arbeitslosigkeit zu. Die Anzahl Abrechnungen für Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzenschädigung stieg um 56.4%. Die ausbezahlte Summe aller Entschädigungen nahm ebenfalls auf 407.9 (2012: 361.3) Mio. Franken zu.

Indikatoren

	Art	R 2012	B 2013	GB 2013	Abweichung von B 2013	
Leistungen						
L1	Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung	P	130 199	110 000–130 000	203 602	73 602
Wirtschaftlichkeit						
B1	Verhältnis Verwaltungskosten/ausbezahlte Leistungen in %	max.	2.1	2.1	2.1	0

Abweichungsbegründung

Mit der Arbeitslosigkeit ist auch das Abrechnungsvolumen gestiegen, zudem konnten Marktanteile erhöht werden.

Finanzielle Entwicklung

	(in Mio. Franken, + Ertrag/Einnahmen/Verbesserung, – Aufwand/Ausgaben/Verschlechterung)	R 2012	B 2013	R 2013	Abweichung von B 2013
Erfolgsrechnung					
	Ertrag	400.7	394.0	452.5	+58.5
	Aufwand	–397.3	–394.0	–454.1	–60.1
	Saldo	3.4	0	–1.6	–1.6
Investitionsrechnung					
	Einnahmen				
	Ausgaben				
	Saldo				
Personal					
	Beschäftigungsumfang Angestellte	61.0	70.0	69.3	–0.7

Erfolgsrechnung

Ertrag:

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes, die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Aufwand:

Der Aufwand entspricht den Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung inkl. Sozialleistungen sowie den Verwaltungskosten für den Vollzug und wird vollumfänglich vom Bund finanziert.

Saldo:

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich etwas verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo. Dieser wird laufend ausgeglichen.

Bilanz 9200 Arbeitslosenkasse

31. Dezember 2012	Konto		31. Dezember 2013	Veränderung
Fr.			Aktiven Fr.	zum Vorjahr Fr.
			Passiven Fr.	
Bilanz				
17 265 930.68		Aktiven	15 732 672.81	-1 533 258
-17 265 930.68		Passiven	-15 732 672.81	+1 533 258
0.00		Saldo	0.00	
AKTIVEN				
953.67	1000 0 00000	Kasse	3 150.22	+2 197
110 239.09	1001 0 00000	Postkonto	116 984.77	+6 746
11 629 626.74	1002 0 00000	Bankkonto	10 087 424.55	-1 542 202
14 813 646.95	1010 0 00000	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	15 431 998.89	+618 352
1 915.40	1010 2 00000	Forderungen, Verrechnungs- steueranspruch	1 011.75	-904
-10 462 647.45	1010 9 00000	Wertberichtigung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-10 658 851.95	-196 205
975 865.13	1011 0 00000	Kontokorrent Staat	677 795.58	-298 070
88 666.15	1041 6 00000	Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	0.00	-88 666
1 951.00	1045 0 00000	Übriger betrieblicher Aufwand	0.00	-1 951
250.00	1045 1 00000	Übriger betrieblicher Ertrag	0.00	-250
105 464.00	1409 0 00000	Übrige Sachanlagen	73 159.00	-32 305
PASSIVEN				
-27 716.30	2000 0 00000	Kreditoren	-70 906.60	-43 190
-15 988 001.13	2001 0 09200	Kontokorrent Arbeitslosenfonds	-14 383 148.41	+1 604 853
-1 119 737.80	2009 0 00000	Übrige laufende Verpflichtungen	-1 161 909.45	-42 172
-37 367.60	2045 0 00000	Passive Rechnungsabgrenzung übriger betrieblicher Aufwand	-37 117.10	+251
-780.00	2045 1 00000	Passive Rechnungsabgrenzung übriger betrieblicher Ertrag	-320.00	+460
-92 327.85	2089 0 00000	Übrige langfristige Rückstellungen der Erfolgsrechnung	-79 271.25	+13 057



Kulturkarussell Rössli, Stäfa: Konzert (Patent Ochsner)

Parlamentarische Vorstösse und Initiativen

Staatskanzlei

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

- 313/2010** [Periodische Publikationspflicht aller Informationen über externe Aufträge](#)
 30. September 2013 (Motion Barbara Steinemann, Regensdorf, Robert Brunner, Steinmaur, und Brigitta Leiser, Regensdorf). Der Regierungsrat hat die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, wonach in Zukunft sämtliche Zahlen und Daten über die Vergabe von Aufträgen in der Höhe von mindestens 10 000 Franken an externe Berater, insbesondere auch Gutachten, periodisch im Geschäftsbericht des Regierungsrates zu veröffentlichen sind. Dies gilt nicht für die ausgelagerten öffentlich-rechtlichen Anstalten. Transparent zu machen sind insbesondere die folgenden Informationen:
- Welche Mandate werden an welche Auftragnehmer erteilt und welches Ziel verfolgt die Verwaltung damit?
 - Aus welchem Grund kann die Verwaltung dem Auftrag nicht selber nachkommen?
 - Wie hoch ist das Honorar?
- Die externen Mandate für strafrechtliche Verfahren, insbesondere forensische Gutachten, sind als Gesamtsumme auszuweisen.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung**
- 338/2012** [Offenlegung der Interessenbindungen der Regierungsräte](#)
 30. September 2013 (Postulat Rahel Walti, Horgen, Jörg Mäder, Opfikon, und Christoph Ziegler, Elgg). Der Regierungsrat wird aufgefordert, seine Interessenbindungen und Mandate transparent und übersichtlich in einem öffentlichen Register offenzulegen.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung**

Direktion der Justiz und des Innern

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 36/2009 **Änderung Verordnung über den Gemeindehaushalt («Professionalisierung» der Rechnungsprüfungskommission)**
6. April 2009 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Hans Heinrich Raths, Pfäffikon, und Ernst Stocker, Wädenswil, sowie Mitunterzeichnende). Der Regierungsrat wird eingeladen, die neue Verordnung über den Gemeindehaushalt bzw. das Kreisschreiben über den Gemeindehaushalt vom 1. Januar 2009 nicht umzusetzen.
Ebenso möchten wir darauf hinweisen, dass bereits in 12 Monaten Erneuerungswahlen durchzuführen sind und die Fristen für einen geordneten Systemwechsel zu kurz sind.
Wir beantragen, die Verordnung im Sinne der Ergebnisse zur Vernehmlassung der Kantonsverfassung und der Diskussionen im Verfassungsrat, zurückzuziehen.
Die Verordnung ist gemeinsam mit dem zu revidierenden Gemeindegesetz zu überarbeiten. Im Vordergrund steht die zwingende Forderung, dass die RPK's in den Gemeinden in der heutigen Form beibehalten werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4671).
- 141/2009 **Lockerung übertriebener Feuerpolizeivorschriften**
28. September 2009 (Postulat Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, Vorschläge zu unterbreiten, wie bei der Feuerpolizei der Grundsatz der Verhältnismässigkeit durchgesetzt werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, wie übertriebene Vorschriften gelockert, die politischen Einflussmöglichkeiten vergrössert und bei Zielkonflikten die Güterabwägungen verbessert werden können. Aus diesem Grund soll sogar geprüft werden, ob die kantonale Feuerpolizei statt von der Gebäudeversicherung von der Baudirektion ausgeübt werden soll.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4786).
- 4951a **«Weniger Steuern fürs Gewerbe (Kirchensteuerinitiative)»**
16. März 2012 (Volksinitiative). ABI 2012, 882
Die Verfassung des Kantons Zürich wird wie folgt geändert:
Art. 130 Abs. 5 (neu)
Juristische Personen sind von der Kirchensteuer befreit.
Der bisherige Art. 130 Abs. 5 wird neu zu Art. 130 Abs. 6.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 12. Dezember 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4951).

- 348/2011 **Leere Wahlzettel mit Beiblatt**
7. Mai 2012 (Einzelinitiative Jakob Walczak, Zürich).
Antrag:
Das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) wird wie folgt geändert:
§ 61. Bei Wahlen mit leeren Wahlzetteln legt die wahlleitende Behörde den Wahl- und Abstimmungsunterlagen ein Beiblatt bei, auf dem die Personen aufgeführt sind, die öffentlich zu Wahl vorgeschlagen worden sind.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. Oktober 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5036).
- 229/2011 **Straffung von Rekurs- und Beschwerdeverfahren: Gleiche Fristen für Verfahrensführer und Verfahrensgegner im öffentlichen Recht**
25. Juni 2012 (Postulat Hans-Peter Amrein, Küsnacht, und Max F. Clerici, Horgen). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Vernehmlassungsfristen für Rekurs- und Beschwerdeantworten sowie die Antwortfristen im weiteren Schriftenwechsel in Verfahren des öffentlichen Rechts gesetzlich auf 30 Tage zu beschränken.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. November 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5039).
- 5022 **Ja zu fairen Gebühren im Kanton**
23. Januar 2013 (Volksinitiative). ABI 2013-04-05
Die Verfassung des Kantons Zürich (KV) vom 27. Februar 2005 wird wie folgt geändert:
Art. 32 Obligatorisches Referendum
Absatz 1 lit. g. neu.
Gesetze und ihre Änderung, die neue Gebühren, deren Gesamtertrag über den Aufwendungen des Gemeinwesens angesetzt wird (Art. 126 Abs. 4 neu), einführen oder für die Einzelnen höhere Gebührenbelastungen zur Folge haben.
Art. 38 Rechtsetzung
Absatz 1 lit. d. geändert.
Voraussetzungen und Bemessungsgrundlagen von Steuern und anderen Abgaben;
Art. 56 Finanzbefugnisse
Absatz 1 lit. e. neu.
die Genehmigung des Gebührenkatalogs.
Absatz 2 lit. e. neu.
die Genehmigung von Gebühren, deren Gesamtertrag die Aufwendungen des Gemeinwesens übersteigt.
Art. 126 Weitere Abgaben
Absatz 3 neu.
Der durch Gebühren erzielte Gesamtertrag darf die Aufwendungen des Gemeinwesens nicht übersteigen und die im Einzelfall erhobene Abgabe darf nicht in ein offensichtliches Missverhältnis zum objektiven Wert der Leistung treten.
Absatz 4 neu.
Für Gebühren, deren Gesamtertrag über den Aufwendungen des Gemeinwesens angesetzt wird, kommen sinngemäss die Grundsätze, die für die Ausgestaltung von Steuern gelten, zur Anwendung.
Absatz 5 neu.

Alle Gebühren sind in einem Gebührenkatalog zu erfassen, der jeweils zu Beginn einer Legislatur dem Kantonsrat zur Überprüfung und Genehmigung vorzulegen ist. Die Höhe von Gebühren, deren Gesamtertrag über den Aufwendungen des Gemeinwesens angesetzt wird, werden je einzeln überprüft und genehmigt. Es werden nur genehmigte Gebühren erhoben.

Übergangsbestimmung neu.

Art. 32 Abs. 1 lit. g, Art. 38 Abs. 1 lit. d, Art. 56 Abs. 1 lit. e und Abs. 2 lit. e und Art. 126 Abs. 3, 4 und 5 sind innert 4 Jahren nach deren Inkrafttreten umzusetzen.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. September 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5022).

5023

Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden

23. Januar 2013 (Volksinitiative). ABI 2013-04-05

Mit der Volksinitiative in der Form des ausgearbeiteten Entwurfs wird folgendes Begehren gestellt:

«Das Gemeindegesetz des Kantons Zürich (GG) vom 6. Juni 1926 wird wie folgt geändert:

§ 41 B. Befugnisse [der Gemeindeversammlung]

Absatz 3 Ziff. 8 neu:

Genehmigung des Gebührenkatalogs sowie Genehmigung der Gebühren, deren Gesamtertrag die Aufwendungen des Gemeinwesens übersteigt.

§ 93 3. Ausschluss des Referendums, a. Kraft Gesetzes

Ziff. 9 neu:

die Genehmigung des Gebührenkatalogs sowie die Genehmigung der Gebühren, deren Gesamtertrag die Aufwendungen des Gemeinwesens übersteigt.

§ 108 III. Beschlüsse [des Grossen Gemeinderats]

Ziff. 7 neu:

Genehmigung des Gebührenkatalogs sowie Genehmigung der Gebühren, deren Gesamtertrag die Aufwendungen des Gemeinwesens übersteigt.

neu:

§ 122 a E^{bis}. Gebühren

¹ Alle von der Gemeinde und ihren Anstalten erhobenen Gebühren sind unabhängig von ihrer Rechtsgrundlage in einem Gebührenkatalog zu erfassen, der jeweils zu Beginn einer Legislatur zur Genehmigung vorzulegen ist.

² Gebühren, deren Gesamtertrag über den Aufwendungen des Gemeinwesens angesetzt wird, werden je einzeln genehmigt.

³ Es dürfen nur genehmigte Gebühren erhoben werden.

neu:

§ 122 b E^{ter}. Gebühren der Zweckverbände und der gemeinsamen Anstalten

¹ Alle von einem Zweckverband erhobenen Gebühren sind unabhängig von ihrer Rechtsgrundlage in einem Gebührenkatalog zu erfassen. Die Verbandsordnung regelt die Genehmigung des Gebührenkatalogs.

² Alle von einer gemeinsamen Anstalt erhobenen Gebühren sind unabhängig von ihrer Rechtsgrundlage in einem Gebührenkatalog zu erfassen. Der Gründungsvertrag regelt die Genehmigung des Gebührenkatalogs.

³ Die Zweckverbände und gemeinsamen Anstalten dürfen nur genehmigte Gebühren erheben.

⁴ Die Zweckverbände und gemeinsamen Anstalten dürfen keine Gebühren erheben, deren Gesamtertrag ihre Aufwendungen im betreffenden Bereich übersteigt.

neu:

§ 140 A. Rechnungsprüfungskommission

¹ Die Rechnungsprüfungskommission prüft alle Anträge von finanzieller Tragweite an die Gemeindeversammlung oder den Grossen Gemeinderat, insbesondere Voranschlag, Jahresrechnung, Gebührenkatalog und Spezialbeschlüsse. Sie klärt die finanzrechtliche Zulässigkeit, die finanzielle Angemessenheit und die rechnerische Richtigkeit ab. Sie erstattet dazu Bericht und Antrag.

² Die Rechnungsprüfungskommission kontrolliert das Kassen- und Rechnungswesen der Gemeinde.

³ Die Rechnungsprüfungskommission prüft die Gebührenkataloge der Zweckverbände und der gemeinsamen Anstalten der Gemeinde. Sie kann sich dabei mit den Rechnungsprüfungskommissionen der anderen verbundenen Gemeinden koordinieren. Sie erstattet dazu einen Bericht, der öffentlich aufgelegt wird.

Übergangsbestimmung neu.

§ 41 Abs. 3 Ziff. 8, § 93 Ziff. 9, § 108 Ziff. 7, § 122 a, § 122 b und § 140 Abs. 1 und Abs. 3 sind innert 4 Jahren nach deren Inkrafttreten umzusetzen.»

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. September 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5023).

333/2012 *Amtszwang im Kanton Zürich*

25. Februar 2013 (Postulat Katharina Kull-Benz, Zollikon, Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, und Kurt Weber, Ottenbach). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, ob im Kanton Zürich nach wie vor das Bedürfnis besteht, einen Amtszwang gesetzlich zu verankern.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 20. März 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4974).

347/2012 *Schaffung eines kantonalen Betreibungsregisters*

25. März 2013 (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Martin Arnold, Oberrieden, und Marcel Lenggenhager, Gossau). Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, wie eine Harmonisierung der Betreibungsregister im Kanton Zürich effizient und kostengünstig umgesetzt werden kann.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. Oktober 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5031).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

366/2007 *Kostenverrechnung bei Todesfällen, die durch Sterbehilfeorganisationen verursacht worden sind*

15. Februar 2010 (Motion Bruno Walliser, Volketswil, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil). Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass den Sterbehilfeorganisationen die anfallenden Kosten für Untersuchungen und Bearbeitung der Fälle von aus dem Ausland stammenden Personen durch die Polizei, Amtsarzt, Staatsanwaltschaft, Gerichtsmedizin, Zivilstandesamt, Bestattungsamt etc. weiterverrechnet werden können.

Federführung liegt zwischenzeitlich beim Kantonsrat bzw. der Kommission für Justiz und Sicherheit. Diese arbeitet Gesetzesnorm aus. JI wurde zur Stellungnahme aufgefordert und hat Antrag an Regierungsrat gestellt (Ablehnung einer solchen Norm).

Wird durch die Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit bearbeitet.

- 69/2011 **Einführung eines kantonalen Jugendparlaments**
6. Februar 2012 (Motion Andreas Wolf, Dietikon, Claudia Gambacciani, Zürich, und Regula Kaeser-Stöckli, Kloten). Die Geschäftsleitung des Kantonsrates wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zur Schaffung eines kantonalen Jugendparlaments auszuarbeiten. Dieses soll zur Einreichung von parlamentarischen Vorstössen und zu mündlichen Stellungnahmen zuhanden des Kantonsrates ermächtigt sein.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 180/2012 **Kostenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden**
24. September 2012 (Postulat Jörg Kündig, Gossau, Heinz Kyburz, Männedorf, und Margreth Rinderknecht, Wallisellen). Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen einer allgemeinen Kostenentflechtung zu klären, welche Aufgaben eindeutig vom Kanton bzw. von den Gemeinden zu erledigen sind. Er soll eine Zahlungspflicht für das Erledigen der Aufgaben an entsprechende Entscheidungskompetenzen knüpfen – getreu dem Motto: «Wer zahlt, befiehlt».
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 15/2012 **Auflösung der Abteilung «Gemeinderevisionen» im Gemeindeamt**
22. April 2013 (Motion Martin Farner, Oberstammheim, Martin Zuber, Waltalingen, und Stefan Hunger, Mönchaltorf). Der Regierungsrat hat die Grundlagen zu erarbeiten, um die Abteilung «Gemeinderevisionen» im Gemeindeamt aufzulösen. Damit sollen einerseits die Ressourcen auf die gesetzlichen Aufgaben (Aufsicht über die Gemeindefinanzen) konzentriert werden und andererseits die nötige Neutralität und Unabhängigkeit bei den Revisionen gewährleistet werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Sicherheitsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

381/2009 **Datenschutz für Schweizer Hotelgäste**

18. Januar 2010 (dringliches Postulat Ruedi Lais, Wallisellen, und Yves de Mestral, Zürich). Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, wie die Verwendung von Daten über Hotelgäste schweizerischer Nationalität gesetzlich geregelt und gleichzeitig ein angemessener Datenschutz gewährleistet werden kann.

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 22. Dezember 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4759).

84/2008 **Autos und Sozialhilfe**

20. Juni 2011 (Postulat Peter Preisig, Hinwil, Hansruedi Bär, Zürich, und Beat Stiefel, Egg). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie das Sozialhilfegesetz dahingehend abgeändert werden kann, dass Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger während der Zeit ihrer Fürsorgeabhängigkeit keine Fahrzeuge mieten, besitzen oder zu Eigentum erwerben dürfen. Zudem darf ein Fahrzeug keiner Drittperson zum Gebrauch überlassen werden. Bei Zuwiderhandlung erfolgt eine Leistungskürzung um die Summe der errechneten Kosten des Autos.

Ausnahmen können bewilligt werden, wenn das Auto zur Generierung eines eigenen Erwerbseinkommens und damit zur Senkung der Sozialhilfeunterstützung führt. Auch für Fahrten, welche gesundheitlich notwendig sind und nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln vollzogen werden können, können Ausnahmen bewilligt werden

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. April 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4981).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

34/2011 **Verbesserung der Sichtbarkeit von Zebrastreifen durch den Einbau von Reflektoren**

11. Juni 2012 (Postulat Renate Büchi-Wild, Richterswil, Marcel Burlet, Regensdorf, und Sabine Sieber Hirschi, Sternenbergr). Der Regierungsrat wird ersucht, die Wirksamkeit und den Einbau von Reflektoren in Zebrastreifen zu prüfen, die Kosten, die beim Einbau von Reflektoren anfallen, zu beziffern und zu begründen

Bericht und Antrag in Vorbereitung

341/2011 **Erhöhung der Sicherheit am Fussgängerstreifen**

11. Juni 2012 (Postulat Franco Albanese, Winterthur, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Davide Loss, Adliswil). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie die gesetzlichen Grundlagen und allenfalls die dazugehörigen Verordnungen ausgeschöpft werden können, damit Fussgängerstreifenmarkierungen zur Verbesserung der Fussgängerstreifensichtbarkeit nach den neusten Erkenntnissen (Stand der Technik) gestaltet oder saniert werden können. Dabei soll der Kanton als Eigentümer von Strassen, nebst Sanierungen, auch technisch verbesserte Neuerungen an Fussgängerstreifen prioritär und fortlaufend umsetzen.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 340/2011 **Verbesserung der Sicherheit und Reduktion der Umweltbelastung auf dem Kantonsstrassennetz**
 5. November 2012 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Philipp Kutter, Wädenswil, und Andreas Hasler, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird beauftragt, gestützt auf Art 108 SSV, dem Kantonsrat einen Bericht zu unterbreiten, in dem er diejenigen Strassenabschnitte auf dem Kantonsstrassennetz bezeichnet, für welche eine tiefere Geschwindigkeitslimite als Tempo 50 sinnvoll ist. Dabei sind namentlich folgende Aspekte zu berücksichtigen:
- Temporeduktion zur Vermeidung oder Verminderung besonderer Gefahren
 - Temporeduktion zur Reduktion einer übermässigen Umweltbelastung
 - Temporeduktion zur Verbesserung des Verkehrsablaufs
 - Temporeduktion aus ortsbaulicher Sicht
- Bericht und Antrag in Vorbereitung**
- 43/2012 **Ausgliederung der kantonalen IV-Betriebe aus der Verwaltung**
 5. November 2012 (Postulat Regine Sauter, Zürich, Willy Haderer, Unterengstringen, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, aufzuzeigen, wie die IV-Betriebe Hardoskop, Hard- undgut und Tilia, welche dem kantonalen Sozialamt übertragen wurden, aus der kantonalen Verwaltung ausgegliedert und entweder rechtlich verselbstständigt oder einer bereits bestehenden privaten IV-Einrichtung übertragen werden können. Die Abteilung «kantonale IV-Betriebe» ist aufzulösen.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung**
- 275/2012 **Kantonale Strategie zum Thema Behinderung – Alter – Pflege: Lebensqualität im Alter von Menschen mit Behinderung**
 28. Januar 2013 (Postulat Corinne Thomet-Bürki, Kloten, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Markus Schaaf, Zell). Der Regierungsrat wird eingeladen, in einem Bericht aufzuzeigen:
- wie viele Menschen mit Behinderung im Kanton Zürich in den nächsten fünf Jahren ins AHV-Alter kommen, welche davon voraussichtlich altersbedingte Pflege benötigen und wie ihre Bedürfnislage aussieht.
 - wie die kantonale Strategie zum Thema Behinderung – Alter – Pflege formuliert ist.
 - welche Angebote an Betreuung und Pflege für diese Menschen zur Verfügung stehen, inwiefern diese ausreichend und zukunftsgerichtet sind und inwiefern sie den vielfältigen Lebensumständen und besonderen gerontagogischen Bedürfnissen dieser Menschen entsprechen.
- Zudem soll darauf eingegangen werden:
- welche Schnittstellen es in Bezug auf die vorliegende Problematik zwischen dem Sozialbereich und dem Gesundheitsbereich gibt und wie diese geklärt werden.
 - wie die Personalplanung – auch bezüglich der Qualifizierung – für die Betreuung und Pflege dieser Menschen aussieht.
 - wie die Fachverbände (zum Beispiel INSOS Zürich, Curaviva Zürich, insieme Kanton Zürich, Behindertenkonferenz Zürich) in die Thematik und Konzeptionierung einbezogen werden.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung**

227/2012 [Einkommensfreibetrag \(EFB\), Integrationszulage \(IZU\), minimale Integrationszulage \(MIZ\)](#)
11. März 2013 (Postulat Claudio Schmid, Bülach, Linda Camenisch, Wallisellen, und Hans Egli, Steinmaur).
Der Regierungsrat wird beauftragt, die SKOS-Richtlinien bezüglich Einkommensfreibetrag (EFB, Integrationszulage (IZU) und minimale Integrationszulage (MIZ) betragsmässig zu reduzieren.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

[Keine Härtefallkommission für abgewiesene Asylsuchende und Personen mit ungeregeltem Aufenthaltsstatus](#)

16. Juli 2013 (Volksinitiative). ABI 2013-09-27

Das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR) vom 6. Juni 2005 wird wie folgt geändert:

§ 28 a. Beratende Kommissionen

Abs. 1 unverändert.

Abs. 2 (neu): 2 Im Kanton Zürich existieren keine Kommissionen betreffend Härtefälle im Sinne der eidgenössischen Asyl- und Ausländergesetzgebung.

Bericht und Antrag in Vorbereitung

Finanzdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 333/2010 **Anpassung des Steuergesetzes an das gemeinsame elterliche Sorgerecht**
28. Februar 2011 (Motion Kaspar Bütikofer, Zürich, Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon, und Ralf Margreiter, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 (StG, LS 631.1) an die Möglichkeit des gemeinsamen elterlichen Sorgerechts nach einer tatsächlichen oder rechtlichen Trennung anzupassen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. April 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4982).
- 101/2011 **Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen zur Verwendung von Geldern des Lotteriefonds**
26. September 2011 (Motion Finanzkommission). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für die Vergabe von Lotteriefondsgeldern so zu ändern, dass der Kantonsrat abschliessend darüber befinden kann.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 28. August 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5012).
- 303/2012 **Meldungsverpflichtung von interkommunalen Steuerausscheidungen an die Sitzgemeinde des/der Steuerpflichtigen**
28. Januar 2013 (Postulat Stefan Hunger, Mönchaltorf, Markus Schaaf, Zell, und Martin Farner, Oberstammheim). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie das Steuergesetz angepasst werden muss, damit Gemeinden Steuerausscheidungen ab einem Steuerwert von 2000 Franken (einfache Staatssteuer) ohne Aufforderung der Empfängergemeinde melden müssen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 13. November 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5041).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

- 152/2010 **Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen – Massnahmen zur Festlegung der Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand auf maximal 30 Tage**
7. März 2011 (Motion Josef Wiederkehr, Dietikon, Martin Arnold, Oberrieden, und Antoine Berger, Kilchberg, sowie Mitunterzeichner). Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Entwurf für einen Beschluss zur Schaffung der Rahmenbedingungen vorzulegen, welcher die Zahlungsfristen für die öffentliche Hand als Debitor generell auf maximal 30 Tage festlegt. Analog soll sich der Kanton gegenüber den Gemeinden in Bezug auf die Begleichung/Abwicklung von Rechnungen und Auszahlungen verhalten.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 289/2012 **Bewilligung von Nebenbeschäftigungen**
26. November 2012 (Postulat Parlamentarische Untersuchungskommission BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, eine Änderung der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz (insbesondere § 144) dahingehend zu prüfen, dass die Regelungen betreffend Nebenbeschäftigungen gemäss Vollzugsverordnung zum Personalgesetz innerhalb der kantonalen Verwaltung einheitlich angewendet werden. Zudem soll das kantonale Personalamt bei Bewilligungsverfahren zwingend angehört werden und Bewilligungen des oberen Kaderns sollen generell vom Gesamtregierungsrat erteilt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 148/2012 **Keine Eigenmietwert- und Steuerwert-Erhöhung als Folge angeordneter Lärmschutz-Massnahmen**
4. Februar 2013 (Postulat Ursula Moor-Schwarz, Höri, Jörg Mäder, Opfikon, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird aufgefordert, darzulegen, wie künftig vermieden werden soll, dass Liegenschaften, welche von hohen Lärmbelastungen betroffen sind, aufgrund der in diesem Zusammenhang vorgenommenen Lärmschutzmassnahmen von den zuständigen Steuerbehörden höher eingeschätzt werden. Es ist falsch, wenn ein Verursacher überhöhter Lärmbelastungen wie z. B. der Betreiberin des Flughafens Zürich die Verpflichtung auferlegt wird, die von diesen übermässigen Lärmbelastungen betroffenen Liegenschaften mit speziell schalldichten Fenstern auszurüsten, und die dafür erforderliche Investition dann als Begründung dient, den Eigenmietwert und schliesslich den Steuerwert der betroffenen Liegenschaft zu erhöhen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 86/2013 **Reduktion geleisteter Mehrarbeitszeit, Überstunden, Ferienguthaben, Dienstaltersgeschenke und Abbau der damit verbundenen Rückstellungen**
24. Juni 2013 (Postulat Lorenz Habicher, Zürich, Hans-Peter Amrein, Küsnacht, und Jürg Sulser, Otelfingen). Der Regierungsrat wird ersucht darzulegen, wie die bestehende Mehrarbeitszeit, Überstunden, Ferienguthaben und Dienstaltersgeschenke, inklusive der dafür vorhandenen Rückstellungen, je Leistungsgruppe bis Ende der laufenden KEF-Periode 2013–16 um mindestens ein Drittel reduziert werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 270/2012 **Mehr Mittel für den Sportfonds**
28. Oktober 2013 (Motion Patrick Hächler, Gossau, Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird beauftragt, die erforderlichen Gesetzesänderungen vorzulegen, sodass die Finanzmittel, die vom Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie/ Swisslos dem Sportfonds zugeführt werden, von 21% auf 30% aufgestockt werden. Ausserdem sind die Grundsätze, nach denen der Zürcher Kantonalverband für Sport (ZKS) diese Gelder weiterleiten soll, entsprechend abzuändern. Insbesondere sind die Sportverbände stärker zu fördern.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 277/2012 **Förderung des «Working-at-home»**
28. Oktober 2013 (Postulat Patrick Hächler, Gossau, Christoph Holenstein, Zürich, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, in einem Bericht darzulegen, wie das Modell des «Working-at-home» gefördert werden kann. Ferner soll aufgezeigt werden, auf welchem Weg dieses Modell in der kantonalen Verwaltung realisiert und mit welchen Anreizen es in der Privatwirtschaft unterstützt werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Volkswirtschaftsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 277/2008 **Verdoppelung des «Lärmfünflibers»**
26. September 2011 (Postulat Marcel Burlet, Regensdorf, Priska Seiler Graf, Kloten, und Thomas Hardegger, Rümlang). Der Regierungsrat wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass die Abfluggebühr pro Passagierin und Passagier am Flughafen Kloten, der sogenannte «Lärmfünfliber» verdoppelt wird, also jeweils 10 Franken erhoben werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 10. April 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4978).
- 204/2011 **Keine Kleinfliegerei auf dem Flugplatz Dübendorf**
24. Oktober 2011 (Postulat Thomas Hardegger, Rümlang, Thomas Maier, Dübendorf, und Markus Schaaf, Zell). Der Regierungsrat wird ersucht aufzuzeigen, wie der Kanton Zürich dafür sorgen kann, dass die Flughafen Zürich AG keine Auslagerung von Flügen nach Dübendorf vornimmt.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 11. Dezember 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4926a).
- 226/2011 **Erleichterungen für den Detailhandel im Kanton Zürich**
28. November 2011 (Postulat Hans-Heinrich Heusser, Seegräben, Martin Arnold, Oberrieden, und Hans Frei, Regensdorf). Der Regierungsrat wird gebeten, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das Einkaufen im Kanton Zürich zu erleichtern. Vor allem sollen die Vorschriften, die eine Parkplatzbewirtschaftung (Gebührenerhebung für Parkplätze) vorschreiben, möglichst sofort sistiert werden. Es soll den betroffenen Geschäften überlassen werden, ob sie ihre Parkplätze gebührenpflichtig betreiben wollen oder nicht.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 13. November 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5042).
- 312/2008 **Anreiz für Familien zum Umsteigen auf den ÖV**
16. Januar 2012 (Postulat Andreas Erdin, Dürnten, Christoph Holenstein, Zürich, und Thomas Ziegler, Elgg). Der Regierungsrat wird aufgefordert, beim ZVV auf Tarifiermassigungen für Familien hinzuwirken. Insbesondere wird er ersucht, die Einführung eines Familien-Generalabonnements für das Gebiet des ZVV (alle Zonen) zu erwirken, analog dem Familien-GA der SBB für die ganze Schweiz.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 11. Dezember 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5050).
- 278/2011 **Aufhebung des Tanz-, Kultur- und Sportverbots an sogenannten hohen Feiertagen**
5. März 2012 (Einzelinitiative Andreas Kyriacou, Zürich).
Antrag:
Das Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz (RLG) wird wie folgt geändert:
§ 1b Der Satz «Hohe Feiertage sind: Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Eidgenössischer Betttag und Weihnachtstag.» wird gestrichen.
§ 3 wird gestrichen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. Februar 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4959).

- 179/2012** **Haltestelle Schloss Laufen: das Kind nicht mit dem Bade ausschütten**
10. September 2012 (dringliches Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Martin Farner, Oberstammheim, und Martin Zuber, Waltalingen). Der Regierungsrat wird gebeten, auf die mit Regierungsratsbeschluss (RRB) 537 angekündigte Aufhebung der Haltestelle Rheinfall (Schloss Laufen), die Streichung aus dem Richtplan und die entsprechende Kürzung des Rahmenkredits für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB-Anlagen zu verzichten. Er wird beauftragt, Alternativen zur Aufhebung zu prüfen und dem Kantonsrat Bericht und Antrag zu stellen. Insbesondere sind dabei folgende Varianten fundiert zu analysieren:
1. Sanierung der bestehenden Haltestelle direkt unterhalb des Schlosses, Verlängerung der Perronanlagen auf 200 m, Verzicht auf die aus technischen Gründen (zu enger Kurvenradius) nicht realisierbare Erhöhung der Perronkante auf 50 cm = Variante «Bahn romantisch».
 2. Verlegung der Haltestelle um rund 100 m nach Süden in Richtung Dachsen, behindertengerechter Ausbau auf der Kurven-Innenseite mit Perronhöhe 50 cm, direkter rollstuhlgängiger Zugang zum Empfangsgebäude Schloss Laufen. = Variante «Bahn für alle».
 3. Erschliessung der Tourismusanlagen auf der Zürcher Seite des Rheinfalls mit ganzjährigen Busverbindungen an allen Wochentagen, insbesondere aber mit verdichtetem Fahrplan am Wochenende. Variante «Bus, aber durchgehend».
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 21. August 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5010).
- 272/2012** **Staatsvertrag ohne Pistenverlängerung**
26. November 2012 (dringliches Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Jörg Mäder, Opfikon). Der Regierungsrat wird aufgefordert aufzuzeigen, wie der am 2. Juli 2012 paraphierte Staatsvertrag mit Deutschland betreffend An- und Abflugverfahren am Flughafen Zürich ohne eine Pistenverlängerung umgesetzt werden kann.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 6. November 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5040).
- 4972** **Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig**
26. November 2012 (Volksinitiative). ABI 2013-02-08
Die Volksinitiative hat folgenden Wortlaut:
Die unterzeichnenden, im Kanton Zürich wohnhaften Stimmberechtigten stellen gestützt auf Art. 23 ff. der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 sowie das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) und die dazugehörige Verordnung (VPR) in der Form der allgemeinen Anregung folgendes Begehren:
- I. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Kredit schaffende Vorlage zur baulichen Erweiterung der Gleisanlagen des Bahnhofs Stadelhofen und der Strecke Stadelhofen–Tiefenbrunnen auszuarbeiten und dem Kantonsrat vorzulegen.
 - II. Die Vorlage umfasst modularartig folgende Elemente:
 - Entflechtung der niveaugleichen Kreuzung der Strecken Stadelhofen–Stettbach (Zürichbergtunnel) und Stadelhofen–Tiefenbrunnen im Ostkopf des Bahnhofs Stadelhofen.
 - Zusätzlicher, zweiter einspuriger Riesbachtunnel Stadelhofen–Tiefenbrunnen.
 - Zusätzliches viertes Gleis mit Perronkante im Bahnhof Stadelhofen.
 - III. Die Kreditvorlage ist spätestens 18 Monate nach Annahme der Initiative dem Kantonsrat zu unterbreiten.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 13. März 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4972).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

- 399/2008 **Einführung eines «ZVV-Abo-light»**
18. Juni 2012 (Postulat Monika Spring, Zürich, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Peter Reinhard, Kloten). Der Regierungsrat wird gebeten, den ZVV zu beauftragen, mit tariflichen Massnahmen dafür zu sorgen, dass eine bessere Auslastung des Öffentlichen Verkehrs im Tages-Verlauf erzielt werden kann. Insbesondere wäre zu prüfen, ob ein neues, vergünstigtes «ZVV-Abo-light» mit Sperrzeiten während der Morgen- und Abendspitzenzeiten geschaffen werden könnte, welches versuchsweise per Anfang Mai, auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Westumfahrung, eingeführt werden könnte.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 55/2009 **Realisierung Umfahrung Eglisau**
20. August 2012 (Postulat Werner Scherrer, Bülach, Matthias Hauser, Hüntwangen, und Corinne Thomet, Kloten). Der Regierungsrat wird beauftragt, auf der Grundlage des vom Kantonsrat am 26. März 2007 verabschiedeten Verkehrsrichtplans ein Ausführungsprojekt für die Umfahrung Eglisau (Objekt 52: Umfahrung Eglisau, Zeithorizont kurz- bis mittelfristig) vorzulegen. Die dazugehörigen Projektgenehmigungs- und Einwendungsverfahren sowie die weiteren notwendigen Vorarbeiten sind sofort aufzunehmen, dem Kantonsrat ist raschmöglichst ein abstimmungsreifes Projekt für die Umfahrung Eglisau zuhanden der Volksabstimmung vorzulegen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 56/2009 **Projektierungs- und Vorbereitungsarbeiten für den Autobahnzusammenschluss Bülach – Glattfelden**
20. August 2012 (Postulat Othmar Kern, Bülach, Werner Scherrer, Bülach, und Josef Wiederkehr, Dietikon). Der Regierungsrat wird beauftragt, auf der Grundlage des vom Kantonsrat am 26. März 2007 verabschiedeten Verkehrsrichtplans ein Ausführungsprojekt für den Autobahnzusammenschluss Bülach – Glattfelden (Objekt 51: A50/A51, Zeithorizont kurz- bis mittelfristig) vorzulegen. Die dazugehörigen Projektgenehmigungs- und Einwendungsverfahren sowie die weiteren notwendigen Vorarbeiten sind sofort aufzunehmen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 150/2009 **Waidhaldetunnel**
20. August 2012 (Motion Kommission für Planung und Bau). Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Bundes und der Stadt Zürich eine Kreditvorlage für den Bau des Waidhaldetunnels vor.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 231/2009 **Gleitanflugverfahren auf dem Flughafen Zürich-Kloten (CDA-System)**
10. September 2012 (Postulat Marcel Burlet, Regensdorf, und Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird beauftragt, sich bei Unique im Rahmen seiner Aufsichtsfunktion dafür einzusetzen, dass auf dem Flughafen Zürich-Kloten das Gleitanflugverfahren nach dem CDA-System ermöglicht wird. Dieses Anflugverfahren soll mittelfristig Standard werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Bezahlbar wohnen im Kanton Zürich

2. Oktober 2012 (Volksinitiative). ABI 2012-12-07

Die Volksinitiative hat folgenden Wortlaut:

«Das Gesetz über die Wohnbau- und Wohneigentumsförderung vom 7. Juni 2004 wird wie folgt geändert:
Zweck § 1. ¹ Der Staat und die Gemeinden fördern den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Abs. 1 und 2 werden zu Abs. 2 und 3.

II a. Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus

Land und Bauten

§ 3 b. ¹ Für den Kauf von Land und Liegenschaften gewährt der Staat nachrangige, zinsgünstige und ab 20 Jahren rückzahlbare Darlehen.

² Für den Kauf von Land und Liegenschaften können anstelle von Darlehen einmalige Abschreibungsbeiträge gewährt werden, um die Anforderungen an die höchstzulässigen Investitionskosten zu erfüllen.

Wohnraumfonds

§ 3 c. ¹ Die Darlehen und Abschreibungsbeiträge werden durch einen Fonds finanziert. Der Kantonsrat weist dem Fonds mit dem Budget jährliche Einlagen zu.

² Die jährlichen Einlagen betragen während 10 Jahren wenigstens 0,1 Promille der bei der Gebäudeversicherung versicherten Versicherungswerte.

³ Darlehensrückzahlungen und Zinsen fliessen in den Fonds zurück.

⁴ Darlehen und Abschreibungsbeiträge werden gewährt, soweit Mittel des Fonds zur Verfügung stehen.

⁵ Der Regierungsrat erstattet jährlich mit dem Budget Bericht über den Stand des Fonds.

⁶ Der Regierungsrat kann Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus mit der Fondsverwaltung beauftragen.

Kommunale Fonds

§ 3 d. Die Gemeinden können ebenfalls einen Wohnraumfonds einrichten.

Landverkauf

§ 3 e. Zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus veräussert der Staat geeignetes Land und geeignete Liegenschaften oder gewährt Baurechte daran zu tragbaren Bedingungen. Der Staat räumt den Gemeinden zu diesem Zweck ein Vorkaufsrecht ein.

Titel vor § 4:

II b. Förderung von preisgünstigen Mietwohnungen für Personen mit geringem Einkommen und Vermögen

Eigentumsbeschränkungen

§ 5 wird zu § 12 a.

Gründungsdarlehen für gemeinnützige Wohnbauträger

§ 6 wird zu § 3 a.

Ausführungsbestimmungen

§ 13. Abs. 1 unverändert.

² Für preisgünstige Wohnungen für Personen mit geringem Einkommen und Vermögen erlässt der Regierungsrat Vorschriften über die höchstzulässigen und anrechenbaren Investitionskosten und die Anforderungen an die Wohnbauten.

³ Der Regierungsrat legt die Voraussetzungen fest, welche die Mieterinnen und Mieter von preisgünstigen Wohnungen für Personen mit geringem Einkommen und Vermögen sowie Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer in personeller und finanzieller Hinsicht zu erfüllen haben, und regelt, wie die Einhaltung dieser Voraussetzungen überprüft wird.

Abs. 4 und 5 unverändert.»

Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 270/2009 **Tote Bahnhöfe im Rafzerfeld – Gerechtigkeit im ZVV**
 21. Januar 2013 (Postulat Matthias Hauser, Hüntwangen, Peter Reinhard, Kloten, und Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden). Der Regierungsrat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass zwischen Bülach und Schaffhausen mindestens eine Bahnstation auf Zürcher Boden bedient bleibt.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 74/2013 **NEAT ab Zürich ohne Spitzkehre**
 15. April 2013 (Postulat Ruedi Lais, Wallisellen, Andreas Wolf, Dietikon, und Andreas Hasler, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird ersucht aufzuzeigen, wie der Kanton Zürich dafür sorgen kann, dass auf der Strecke Zürich–Gotthard–Tessin–Mailand auch während des Ausbaus der Strecke Zug–Arth–Goldau auf eine Spitzkehre in Rotkreuz verzichtet werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 302/2010 **Kreditvorlage für die Verlegung der Strassen aus dem Neeracherried**
 13. Mai 2013 (Postulat Kommission für Planung und Bau). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Kreditvorlage für die Verlegung der Strassen aus dem Neeracherried vorzulegen. Die Kreditvorlage soll auch die Kosten für Rückbau und Renaturierung der aufgehobenen Strassenabschnitte umfassen. Die Projektierung für die Umfahrungsstrassen und die Renaturierung der aufgehobenen Strassenabschnitte soll in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und den Naturschutzverbänden erfolgen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 348/2010 **Verlängerung Glattalbahn von Dübendorf über Volketswil nach Uster**
 13. Mai 2013 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert zu prüfen, dass die Raum- und Trasseesicherung für eine Verlängerung der Glattalbahn von Dübendorf über Volketswil nach Uster in den kantonalen Verkehrsrichtplan aufzunehmen ist.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 370/2010 **Wahlfreiheit beim Sonntagsverkauf**
 13. Mai 2013 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, Regine Sauter, Zürich, und Thomas Vogel, Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Festlegung der Daten der 4 jährlichen Sonntagsverkäufe den Vereinigungen des Detailhandels zu übertragen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 316/2010 **Verknüpfung der Stadtbahn Limmattal mit dem Stadtzürcher Tramnetz**
 10. Juni 2013 (Postulat Christoph Holenstein, Zürich, und Josef Wiederkehr, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, bei den weiteren Planungsschritten die Stadtbahn Limmattal mit dem Stadtzürcher Tramnetz zu verknüpfen. Damit soll sichergestellt werden, dass die Stadtbahn Limmattal für die Nutzer möglichst attraktiv ist, aber auch das VBZ-Netz soll zusätzlich an Attraktivität gewinnen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 72/2011 **Arbeitslosigkeit und Krankheit: Bessere Vermittlungsfähigkeit dank Zusammenspiel der Institutionen**
 10. Juni 2013 (Postulat Kaspar Bütikofer, Zürich, und Ornella Ferro, Uster). Der Regierungsrat wird gebeten, einen Massnahmenkatalog zur verbesserten Vermittlungsfähigkeit von (Langzeit-)Arbeitslosen und Ausgesteuerten mit gesundheitlichen Problemen auszuarbeiten.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 206/2011 **Tunnelstrategie**
26. August 2013 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Hans-Peter Portmann, Thalwil, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird eingeladen, zusammen mit den Städten Zürich und Winterthur und dem Bund darzulegen, mit welcher Strategie er angesichts der immer enger werden Platzverhältnisse die steigenden Mobilitätsbedürfnisse befriedigen will, so dass oberirdisches Aufwertungspotential entsteht. Neben Einzelüberlegungen und Netzbetrachtungen für Tram/Schiene und Auto sind auch wirtschaftliche Überlegungen anzustrengen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 273/2012 **Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Zürich**
21. Oktober 2013 (Postulat Hans-Peter Portmann, Thalwil, Arnold Suter, Kilchberg, und Silvia Steiner, Zürich). Mit dem Ziel, optimale Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der heutigen Geschäftstätigkeiten auf dem Finanzplatz Zürich und für die Ansiedelung neuer Geschäftsfelder der Finanzbranche zu schaffen, wird der Regierungsrat eingeladen, dem Kantonsrat Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Zürich und dazu allfällig notwendige Gesetzesänderungen zu unterbreiten. Konkret könnten dies unter anderem folgende Massnahmen sein:
1. Es ist eine konkurrenzfähige Besteuerung von Anlagegesellschaften und Anlagekonstrukten am Standort Zürich einzuführen.
 2. Die Bedürfnisse für eine Weiterentwicklung des Finanzplatzes im Grossraum Zürich sind in die Raumplanung und Verkehrsplanung mit einzubeziehen.
 3. Über die Finanz- und Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz sowie mit anderen kantonalen Initiativmitteln ist auf Bundesebene der Abbau von Wettbewerbshürden für die schweizerische Finanzbranche, wie zum Beispiel die Abschaffung der eidgenössischen Stempelabgabe, zu fordern.
 4. Über die Finanz- und Volkswirtschaftsdirektoren-Konferenz sowie mit anderen kantonalen Initiativmitteln sind auf Bundesebene ebenfalls Entwicklungsmassnahmen für den Ausbau des Finanzplatzes Schweiz, wie zum Beispiel die Einführung einer schweizerischen Trustgesetzgebung oder eine vereinfachte Zulassung von modernen Anlageinstrumenten, anzustreben.
- Bericht und Antrag in Vorbereitung**
- 318/2013 **Ausarbeitung einer Kreditvorlage zuhanden des Kantonsrates für einen Staatsbeitrag an die SBB für den Ausbau der S-Bahn-Strecke Uster–Aathal auf Doppelspur.**
25. November 2013 (Ezelnitiative Martin Wunderli, Wetzikon). Auf Grund von Art. 139 des «Gesetzes über die politischen Rechte» vom 1. September 2003 reiche ich folgende Ezelnitiative ein:
Der Regierungsrat wird beauftragt, zuhanden des Kantonsrates eine Kreditvorlage für den Ausbau der S-Bahn-Strecke Uster–Aathal auf Doppelspur auszuarbeiten.
In der Kreditvorlage ist das «Leitbild Aabach–Aathal, Amt für Abfall, Wasser, Energie und Umwelt, Sept. 2010» (biologische Vernetzung der beiden Talflanken als Grüngürtel, d. h. teilweise Tunnellösungen) zu berücksichtigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Gesundheitsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 174/2011 **Weniger Bürokratie für Apothekerinnen und Apotheker**
26. September 2011 (Postulat Lorenz Schmid, Männedorf, Willy Haderer, Unterengstringen, und Esther Guyer, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen die gesetzlichen Auflagen, die Bewilligungsverfahren, die periodischen Kontrollen in den öffentlichen Apotheken reduziert und vereinfacht werden können.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. September 2013 Bericht und Antrag gestellt (Vorlage 5019).
- 250/2011 **Kein Anspruch auf IPV für Personen, die nach Ermessen eingeschätzt werden**
9. Januar 2012 (Einzelinitiative Susanne Jenni, Winterthur).
Antrag:
Die in der Gemeinde Winterthur wohnhafte unterzeichnende Stimmberechtigte stellt gestützt auf Art. 24 der Kantonsverfassung des Kantons Zürich in der Form der allgemeinen Anregung folgendes Begehren:
Jede Person, die keine Steuererklärung ausfüllt und dementsprechend nach Ermessen eingeschätzt wird, soll zukünftig keinen Anspruch mehr auf eine Prämienverbilligung durch den Kanton Zürich haben.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 19. Juni 2013 Bericht und Antrag gestellt (Vorlage 4996).
- 98/2012 **Der vertragslose Zustand bei physiotherapeutischen Leistungen muss behoben werden**
2. April 2012 (dringliches Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Lorenz Schmid, Männedorf, und Erika Ziltener, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Tariffestsetzungsverfahren betreffend kantonalem Taxpunktwert für physiotherapeutische Leistungen im Kanton Zürich gemäss Artikel 47 KVG sofort an die Hand zu nehmen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 15. Mai 2013 Bericht und Antrag gestellt (Vorlage 4988).
- 4994 **Keine Alkoholwerbung an Sportveranstaltungen**
14. Februar 2013 (Volksinitiative). ABI 2013-04-19
Titel und Text der Volksinitiative lauten:
Kantonale Volksinitiative «Keine Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich».
Die unterzeichnenden, im Kanton Zürich wohnhaften Stimmberechtigten stellen, gestützt auf Art. 23 ff. der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 sowie das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) und die dazugehörige Verordnung (VPR), in der Form der allgemeinen Anregung folgendes Begehren:
Der Kanton Zürich revidiert seine Gesetzgebung, insbesondere das Gesundheitsgesetz so, dass die Werbung für alkoholische Getränke auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen im Kanton Zürich verboten wird.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 5. Juni 2013 Bericht und Antrag gestellt (Vorlage 4994).

 B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

- 346/2010 **Änderung Gesundheitsgesetz, Rechtsform für Arztpraxen**
 28. März 2011 (Motion Oskar Denzler, Winterthur, Theres Weber, Uetikon a.S., und Jean-Luc Cornaz, Winkel). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das kantonale Gesundheitsgesetz dergestalt anzupassen, dass Arztpraxen künftig auch in der Form einer eigenständigen juristischen Person geführt werden können.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 201/2010 **Verselbstständigung der Psychiatrie**
 27. Juni 2011 (Motion Regine Sauter, Zürich, Willy Haderer, Unterengstringen, und Eva Gutmann, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesrevision zu unterbreiten, welche die Ausgliederung der kantonalen psychiatrischen Kliniken und deren Überführung in eine rechtlich selbstständige Organisation zum Inhalt hat.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 288/2010 **Anreize zur Förderung von pflegenden Angehörigen zu Hause**
 23. Januar 2012 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, Anreize zur Förderung und Unterstützung der pflegenden Angehörigen zu Hause gesetzlich zu verankern. Insbesondere sind nebst steuerlichen Abzugsmöglichkeiten, Unterstützungsangebote, Beratung durch Fachpersonen etc. zu prüfen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 68/2011 **Gewaltentrennung im Veterinärbereich**
 25. Juni 2012 (Motion Hansjörg Schmid, Dinhard, und Michael Welz, Oberembrach).
 1. Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gesetze dahingehend anzupassen, dass im Vollzug des Tierschutz- und Tierseuchengesetzes eine klare Aufgabenteilung entsteht. Die Bereiche wie a) Anordnungen von Massnahmen, b) Kontrollen und c) Verfügungen von Sanktionen sind in unabhängigen Organen zu organisieren.
 2. Der Tierschutzkommission ist beim Vollzug des Tierschutz- und Tierseuchengesetzes ein Mitwirkungsrecht einzuräumen. Sie dient auch als Anlaufstelle für Tierhalter.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 85/2011 **Änderung der heutigen Tierschutzkommission in eine vom Parlament gewählte, unabhängige Verwaltungskommission zwecks allein verantwortlichen Vollzugs des Tierschutzgesetzes**
 25. Juni 2012 (Motion Urs Hans, Turbenthal, und Regula Kaeser-Stöckli, Kloten). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Antrag auf Gesetzesänderung zu unterbreiten damit in Zukunft,
 a) der Vollzug des Tierschutzgesetzes von der künftig vom Kantonsrat gewählten Tierschutzkommission überwacht wird,
 b) die Tierschutzkommission die Grundsätze für den Vollzug des Tierschutzgesetzes festlegt (analog zum Bildungsrat im Schulwesen),
 c) die Tierschutzkommission erste Beschwerdeinstanz gegen Entscheide des Veterinäramtes ist,
 d) die Aufgaben des Veterinäramtes entsprechend der Kompetenzänderung in a) redimensioniert werden, damit diese Neuorganisation kostenneutral erfolgt,
 e) Nutztierhalter in Relation zu Veterinären in der Tierschutzkommission paritätisch vertreten sind.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 111/2011 [Nachfolgestudie zum Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen](#)
14. Januar 2013 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, Peter Schulthess, Stäfa, und Rolf A. Siegenthaler, Zürich). Der Regierungsrat wird aufgefordert, die von der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) vorgeschlagene Nachfolgestudie zum Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen, wie sie im Bericht «Interventionen bei psychischen Störungen von Kindern und Jugendlichen», Mai 2010, vorgeschlagen wird, unverzüglich in Auftrag zu geben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 25/2013 [Kompensation der Zürcher Bevölkerung für die seit 1996 systematisch überhöhten Krankenkassenprämien](#)
11. März 2013 (dringliches Postulat Jürg Trachsel, Richterswil, Raphael Golta, Zürich, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Mitunterzeichnende). Seit 1996 wurden unter anderem im Kanton Zürich systematisch zu hohe Krankenkassenprämien erhoben. Die Bevölkerung in den betroffenen Ständen zahlte demnach nicht nur die eigenen Gesundheitskosten, sondern subventionierte zwangsweise andere Kantone.
Unter Berufung auf technische Schwierigkeiten verweigert eine Kantonsmehrheit im Ständerat die Kompensation der dadurch finanziell in Mitleidenschaft gezogenen Kantone. Dies stellt nicht nur eine Verletzung freundeidgenössischer Gepflogenheiten dar, sondern widerspricht auch der Verpflichtung zur horizontalen Kooperation unter den Kantonen.
Der Regierungsrat wird in diesem Zusammenhang ersucht, aufzuzeigen, wie die Zürcher Bevölkerung, die über Jahre hinweg zu hohe Krankenkassenprämien bezahlt hat, schadlos gehalten werden kann. Insbesondere hat er in seinem Bericht aufzuzeigen, wie eine Verrechnung mit Zahlungen an die Eidgenossenschaft, etwa im Rahmen des Finanzausgleichs, oder eine Sistierung realisiert werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 148/2013 [Umsetzung Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare](#)
8. Juli 2013 (dringliches Postulat Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit). Mit Kommissionsbeschluss vom 2. Mai 2013 ersucht die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit den Regierungsrat darzulegen, wie das Bundesgerichtsurteil betreffend Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare umgesetzt und die dadurch entstandene Ungleichbehandlung beseitigt werden soll. Der Regierungsrat wird gebeten aufzuzeigen, ob eine Änderung des Gesetzes über die ärztlichen Zusatzhonorare nötig ist und wenn ja, wie diese aussehen würde.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 55/2013 [Babyfenster auch im Kanton Zürich wichtig und notwendig](#)
23. September 2013 (Postulat Erich Vontobel, Bubikon, Heinz Kyburz, Männedorf, und Hans Peter Häring, Wettswil a. A.). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten, in dem auf dem Kantonsgebiet mindestens ein Babyfenster eingerichtet wird.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Bildungsdirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 388/2009** **Mehr Aus- und Weiterbildungen unterstützen (Stipendienreform III)**
14. Dezember 2009 (Postulat Lorenz Schmid, Männedorf, Susanna Rusca Speck, Zürich, Johannes Zolinger, Wädenswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen für die Ausrichtung von Stipendien an Personen, die eine Ausbildung absolvieren, die auf einen kantonal oder eidgenössisch anerkannten Abschluss vorbereitet.
Der Regierungsrat hat am 21. März 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4877).
- 390/2009** **Änderung der Stipendienverordnung**
1. März 2010 (dringliches Postulat Susanna Rusca Speck, Zürich, Kurt Leuch, Oberengstringen, und Susanne Rihs-Lanz, Glattfelden). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Bemessungsansätze im Anhang der Stipendienverordnung dahingehend anzupassen, dass die Anzahl der Bezügerinnen und Bezüger von Stipendien auf den schweizerischen Durchschnitt angehoben werden kann.
Der Regierungsrat hat am 23. März 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4783).
- 389/2009** **Aus- und Weiterbildungsoffensive (Stipendienreform IV)**
29. März 2010 (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, Josef Wiederkehr, Dietikon, und Lorenz Schmid, Männedorf). Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Bildungsgesetz vom 1. Juli 2002 (OS 410.1) und die Stipendienverordnung vom 15. September 2004 (OS 416.1) dahingehend zu ändern, dass zukünftig die Ausrichtung von Beiträgen ohne Rückzahlungsverpflichtung (Stipendien) und von Beiträgen mit Rückzahlungsverpflichtung (Darlehen) vermehrt und mit einer grösseren Flexibilität ausgerichtet werden.
Insbesondere sollen:
a) der Anteil von Darlehen gegenüber Stipendien generell gesteigert werden;
b) Darlehen für die Ausbildung und Weiterbildung auf der Tertiärstufe ausgerichtet werden können;
c) Darlehen für die Weiterbildung auf der Sekundarstufe II ausgerichtet werden können;
d) Darlehen für die weiterführende Berufsbildung ausgerichtet werden können;
e) Darlehen in Ergänzung zu Stipendien ausgerichtet werden können;
f) die Bemessungsgrundlagen für Stipendien und Darlehen angepasst, d. h. abgestuft werden.
Dabei ist die Ausrichtung und Bewirtschaftung der Darlehen durch die Zürcher Kantonalbank zu prüfen.
Der Regierungsrat hat am 21. März 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4877).
- 395/2009** **Neue Beitragsfinanzierungsmodelle für die Hochschulen – Neuordnung der Studienfinanzierung mit einer stärkeren Beteiligung der Studierenden**
29. März 2010 (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Philipp Kutter, Wädenswil, und Thomas Maier, Dübendorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, verschiedene Modelle der finanziellen Beteiligung der Studierenden an ihrer eigenen tertiären Ausbildung («Investition in sich selbst») zu prüfen, die jeweiligen Konsequenzen aufzuzeigen und dem Kantonsrat hierüber Bericht zu erstatten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf ein neues Darlehenssystem sowie die Verbesserung des Stipendienwesens zu richten.
Der Regierungsrat hat am 21. März 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4878).

- 335/2008 **Optimierung des Aufnahmeverfahrens für die Kantonsschulen**
 14. März 2011 (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten). Der Regierungsrat wird gebeten, das Aufnahmeverfahren an die Kantonsschulen zu überprüfen und zu optimieren. Dabei sollten insbesondere erwogen werden:
- die Einführung eines Potentialtests ein Jahr vor der Prüfung für alle Schülerinnen und Schüler der entsprechenden Volksschulstufe
 - die gezielte Vorbereitung auf die Prüfung durch die Volksschule
 - die Funktion und der Stellenwert der Vornoten
 - der Inhalt und Stellenwert der einzelnen Prüfungsteile unter angemessener Berücksichtigung schriftlicher und mündlicher Elemente
 - die Abschaffung der mündlichen Prüfung für Grenzfälle in der heutigen Form
- Der Regierungsrat hat am 27. Februar 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4967).
- 375/2009 **Schulgeldzahlungen für Kunst- und Sportschulen**
 29. August 2011 (Motion Bernhard Egg, Elgg, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen:
- für eine einheitliche Regelung des Schulgeldes, das Wohngemeinden für Schülerinnen und Schüler zu entrichten haben, die eine Kunst- und Sportschule besuchen,
 - für die Verpflichtung zur Entrichtung des betreffenden Schulgeldes, wenn die Schülerin oder der Schüler die Aufnahmebedingungen erfüllt und die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Plätze, festgelegt durch die Koordinationsgruppe Sport der Direktionen Sicherheit und Bildung, nicht überschritten wird.
- Der Regierungsrat hat am 23. Oktober 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5034)
- 81/2012 **Sofortige Streichung des Subventionsbeitrags an die Fachstelle mira und Berichterstattung über die Ergebnisse bezüglich der vom Kanton Zürich in Auftrag gegebenen Untersuchung der Fachstelle mira**
 30. April 2012 (dringliches Postulat Corinne Thomet-Bürki, Kloten, und Matthias Hauser, Hüntwangen, Stefan Hunger, Mönchaltorf). Der Regierungsrat wird eingeladen, den Subventionsbeitrag von 95 000 Franken an die Fachstelle mira umgehend zu stoppen.
- Weiter bitten wir den Regierungsrat, die Ergebnisse der von Seite AJB in Auftrag gegebenen Untersuchung sowie die daraus folgenden Massnahmen in einem Bericht darzulegen.
- Der Regierungsrat hat am 5. März 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4970).
- 33/2012 **Amts-dauer von Präsidentinnen und Präsidenten von Schulkommissionen kantonalzürcherischer Mittelschulen**
 11. Juni 2012 (Einzelinitiative Dr. Peter Ritzmann, Thalwil).
- Antrag:
 Das Mittelschulgesetz vom 13. Juni 1999 wird wie folgt ergänzt:
 § 5 Abs. 3 (neu) Die Amtsdauer der Präsidentin oder des Präsidenten der Schulkommission beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist zweimal möglich. In Ausnahmefällen kann die Amtszeit verlängert werden.
 Absatz 3 (alt) wird neu Absatz 4.
- Der Regierungsrat hat am 26. Juni 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5002).

4992

«Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen (Klassengrösseninitiative)»

21. September 2012 (Volksinitiative). ABI 2012-12-07

Die Volksinitiative hat folgenden Wortlaut:

Das Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 wird wie folgt geändert:

Klassen

§ 26. ¹Die Schülerinnen und Schüler werden einer Klasse zugeteilt. Die maximale Klassengrösse beträgt auf allen Stufen 20 Schülerinnen und Schüler. Die Verordnung regelt Abweichungen von der Klassengrösse bei mehrklassigen Klassen und für die verschiedenen Abteilungen und Anforderungsstufen der Sekundarstufe. Für jede Klasse ist eine Lehrperson oder sind zwei Lehrpersonen gemeinsam verantwortlich.

Abs. 2 und 3 unverändert.

Der Regierungsrat hat am 29. Mai 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4992).

237/2012

Ausübung und Mittelverteilung für Forschung und Lehre in der Medizin

29. Oktober 2012 (dringliches Postulat Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit). Mit Kommissionsbeschluss vom 30. August 2012 ersucht die Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit (ABG) den Regierungsrat mittels dringlichem Postulat nach § 49 e des Kantonsratsgesetzes folgende Gesetzesüberprüfungen vorzunehmen und allfällige Gesetzesänderungen dem Kantonsrat vorzuschlagen:

Universitätsgesetz UniG § 6, § 12 § 28, § 39 und § 40 sind mit folgender Zielsetzung zu überprüfen und allenfalls anzupassen:

Ziel ist es, dass die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend eindeutig verfasst sind, dass bei Forschungstätigkeiten und Lehre im medizinischen Bereich, wo sowohl die UZH als auch das USZ gemeinsam beteiligt sind, betreffend Kompetenzen über Mittelverteilung, operative Zuständigkeiten und Anspruch an Erfindungen sowie urheberrechtlich geschützten Werken kein Interpretationsspielraum besteht. Insbesondere im Hinblick auf die anstehende Neuregelung innerhalb des Zentrums für klinische Forschung ZKF müssen die gesetzlichen Grundlagen präzise und ausreichend sein. In diesem Sinne ist auch die Vertretung des USZ in der Universitätsleitung (Prorektorat Medizin) durch entsprechende Fachkompetenz zu stärken.

Gesetz über das Universitätsspital Zürich USZG § 3, § 6, § 17 und § 18 sind mit folgender Zielsetzung zu überprüfen und allenfalls anzupassen:

Ziel ist es, dass die gesetzlichen Bestimmungen dahingehend eindeutig verfasst sind, dass bei Forschungstätigkeiten und Lehre im medizinischen Bereich, wo sowohl die UZH als auch das USZ gemeinsam beteiligt sind, betreffend Kompetenzen über Mittelverteilung, operative Zuständigkeiten und Anspruch an Erfindungen sowie urheberrechtlich geschützten Werken kein Interpretationsspielraum besteht. Insbesondere im Hinblick auf die anstehende Neuregelung innerhalb des Zentrums für klinische Forschung ZKF müssen die gesetzlichen Grundlagen präzise und ausreichend sein. In diesem Sinne ist auch die Vertretung des USZ in der Universitätsleitung (Prorektorat Medizin) durch entsprechende Fachkompetenz zu stärken.

Der Regierungsrat hat am 2. Oktober 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5030).

B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse

- 84/2011** **Finanzierung der stationären Jugendhilfe**
29. August 2011 (Motion Gabriela Winkler, Oberglatt, Urs Lauffer, Zürich, und Regine Sauter, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, unverzüglich die gesetzlichen Grundlagen für eine zeitgemässe Finanzierung der stationären Jugendhilfe zu erlassen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 42/2012** **Wieder breiteres Fächerprofil für Primarlehrkräfte**
30. April 2012 (Postulat Stefan Dollenmeier, Rüti, Rochus Burtscher, Dietikon, und Ruth Kleiber, Winterthur). Der Regierungsrat wird gebeten, sich dafür zu verwenden, dass zukünftigen Primarlehrkräften an den pädagogischen Hochschulen wieder ein breiteres Fächerprofil beigebracht wird, dass sie also nach Abschluss der Ausbildung über ein breiteres Spektrum an Unterrichtsbefähigungen verfügen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 261/2010** **Verlängerung befristeter Arbeitsverhältnisse für Mittelschullehrpersonen**
8. April 2013 (Motion Brigitta Johner-Gähwiler, Urdorf, Samuel Ramseyer, Dielsdorf, und Nicole Barandun-Gross, Zürich). Der Regierungsrat wird ersucht, § 13, Abs. 2 des Personalgesetzes dahingehend zu ändern, dass befristete Arbeitsverhältnisse für Mittelschullehrpersonen bis längstens 2 Jahre (bisher 1 Jahr) zulässig sind. Danach gelten sie als unbefristet.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 255/2013** **Bewilligungsvoraussetzungen für Kinderbetreuungseinrichtungen**
28. Oktober 2013 (dringliches Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, Carmen Walker Späh, Zürich, und Jürg Trachsel, Richterswil). Der Regierungsrat wird eingeladen, im Rahmen der laufenden Revision des Gesetzes über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Bewilligungsvoraussetzungen für Kinderbetreuungseinrichtungen (§ 9 der VO über die Vermittlung von Pflegeplätzen und die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten) wie folgt geändert werden:
Bewilligungspflichtig sind Betreuungseinrichtungen, die kumulativ folgende Bedingungen erfüllen:
Es werden mehr als 7 Betreuungsplätze für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr angeboten. Kinder unter 18 Monaten benötigen 1.5 Betreuungsplätze; Kinder über 4 Jahre 0.5 Betreuungsplätze; die Einrichtung ist während mindestens 25 Stunden pro Woche und 14 Wochen pro Jahr geöffnet; es wird eine Mittagsverpflegung angeboten.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 146/2011** **Bericht «Koordinationsgruppe Jugendgewalt»**
4. November 2013 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Andreas Geistlich, Schlieren, und Leila Feit-Serrat, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen, einen Bericht über die bei der Bildungsdirektion angesiedelte «Koordinationsgruppe Jugendgewalt» zu verfassen. Dabei sind sowohl die Projektorganisation wie die konkreten Projekte inkl. Sitzungsintensität und ihre Erfolge/Interventionen bei der Bekämpfung von Jugendgewalt aufzuzeigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 207/2011 [Halb-Tagesschulen](#)
4. November 2013 (Postulat Leila Feit, Zürich, Sabine Wettstein, Uster, und Carmen Walker Späh, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt aufzuzeigen, welche Anpassungen auf gesetzlicher Ebene und Verordnungsstufe notwendig sind sowie welche Kosten zu erwarten sind, wenn der Schulbetrieb einer Gemeinde flächendeckend von morgens bis nachmittags durchgehend stattfindet.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 240/2011 [Mathematisch-naturwissenschaftliches Profil schon im Langzeitgymnasium](#)
4. November 2013 (Postulat Stefan Dollenmeier, Rüti, Rochus Burtscher, Dietikon, und Markus Späth-Walter, Feuerthalen). Der Regierungsrat wird aufgefordert, an den Langzeitgymnasien neu auch ein mathematisch-naturwissenschaftliches Profil einzuführen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Baudirektion

A2. Abschreibungsantrag: eigene Vorlage, Gesetzesentwurf

- 324/2008 **Emissionsarme Mobilfunkzonen**
2. März 2009 (Behördeninitiative Gemeinderat der Stadt Zürich).
Antrag:
Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen mit welcher dieser beauftragt wird, mit den Mobilfunkbetreibern für die Gemeinden ein Kooperations- und Dialogmodell als planerische Massnahme zu vereinbaren mit dem Ziel, die Strahlenbelastung im Siedlungsgebiet möglichst weitgehend zu senken und den Aufbau von Parallelinfrastrukturen zu vermeiden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. August 2010 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4720).
- 90/2007 **Raumplanung/Bauvorschriften in Flughafengemeinden**
31. August 2009 (Postulat Gabriela Winkler, Oberglatt, Werner Scherrer, Bülach, und Martin Mossdorf, Bülach). Der Regierungsrat wird gebeten, beim Schweizerischen Bundesrat dahingehend vorstellig zu werden, dass die Artikel 29–31 der Lärmschutz-Verordnung (LSV, SR 814.41) über «Anforderungen an Bauzonen und Baubewilligungen in lärmbelasteten Gebieten» einer Revision unterzogen werden. Ziel der Revision soll es sein, dass den besonderen raumplanerischen Bedürfnissen von Gemeinden innerhalb der umhüllenden Lärmkurven des Flughafens Zürich Rechnung getragen werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 31. August 2011 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4832).
- 339/2007 **Erleichterungen für den Bau von Solaranlagen**
31. Januar 2011 (Motion Urs Hans, Turbenthal, Robert Brunner, Steinmaur, und Michael Welz, Oberembrach). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Planungs- und Baugesetz so zu ändern, dass der Bau von Solaranlagen (Photovoltaik und Kollektoren) auf Dächern nur auf Gebäuden eingeschränkt wird, die als wichtige Zeugen einer politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder baukünstlerischen Epoche erhaltenswürdig sind. Einschränkungen aus anderen Gründen wie Landschaftsschutz etc. sind nicht zulässig.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 18. Dezember 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5051).
- 4833b **Kulturlandinitiative**
16. Mai 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 2014
Die unterzeichnenden, im Kanton Zürich wohnhaften Stimmberechtigten stellen gestützt auf Art. 23 ff. der Kantonsverfassung vom 27. Februar 2005 sowie das Gesetz über die politischen Rechte (GPR) und die zugehörige Verordnung (VPR) in der Form der allgemeinen Anregung folgendes Begehren:
Eine regionale landwirtschaftliche Produktion, welche die Ernährungssouveränität mit möglichst hoher Selbstversorgung anstrebt, setzt genügend Kulturland voraus. Der Kanton sorgt deshalb dafür, dass die wertvollen Landwirtschaftsflächen und Flächen von besonderer ökologischer Bedeutung wirksam geschützt werden und in ihrem Bestand und ihrer Qualität erhalten bleiben. Als wertvolle Landwirtschaftsflächen gelten die Flächen der Bodeneignungsklassen 1 bis 6, mit Ausnahme der zum Zeitpunkt der Annahme der Initiative rechtskräftig der Bauzone zugewiesenen Flächen.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 19. Juni 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4833b).

- 23/2011 **Grenzabstand zu Bauzonengrenzen**
 27. Juni 2011 (Postulat Max Clerici, Horgen, Hans Egloff, Aesch, und Andreas Federer, Thalwil). Der Regierungsrat wird beauftragt, Bericht und Antrag vorzulegen über die Revision des kantonalen Planungs- und Baugesetzes (PBG) in der Weise, dass unter Titel IV, Abschnitt 1/C/III (Abstände) ausdrücklich festgehalten wird, dass gegenüber Bauzonengrenzen, sofern diese nicht mit anderen abstandspflichtigen Begrenzungslinien (beispielsweise Parzellengrenzen) übereinstimmen, keine Grenzabstände einzuhalten sind.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 19. Juni 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4833b).
- 46/2011 **5% neue erneuerbare Energie bis 2030 aus dem Kanton Zürich**
 27. Juni 2011 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, und Michael Welz, Oberembrach). Der Regierungsrat wird eingeladen, mit einer Verordnung den Leistungsauftrag gemäss § 8b EnG so zu formulieren, dass Netzbetreiber bis 2030 mindestens 5% neue erneuerbare Energie aus dem Kanton Zürich bereitstellen.
 Als neue erneuerbare Energie gelten Photovoltaik, Windenergie, Biogas und Geothermie.
 Der Regierungsrat sowie die massgebenden Bewilligungsbehörden wie z. B. das AWEL müssen verpflichtet werden, diesen Auftrag kooperativ mitzutragen. Allenfalls sind Gesetze und Verordnungen anzupassen.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 26. Juni 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5003).
- 105/2011 **Energiegewinnung aus Gewässern**
 27. Juni 2011 (Postulat Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen). Der Regierungsrat wird eingeladen, das Bewilligungsverfahren für die Nutzung von Wasser zur Wärmegewinnung mittels Wärmepumpen im Lichte der Förderung neuer erneuerbarer Energie zu überprüfen.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 19. Juni 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4998).
- 4901 **Strom für morn**
 22. August 2011 (Volksinitiative). ABI 2011, 3241
 Das Energiegesetz (EnerG) vom 19. Juni 1983 wird wie folgt geändert:
 § 2 Energieversorgung durch Kanton und Gemeinden
 Absatz 1 unverändert.
 Absatz 2 neu.
 Der Kanton, die EKZ und die Netzbetreiber der Gemeinden erwerben keine neuen Beteiligungen an Grosskraftwerken, welche für die Erzeugung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien angelegt sind. Sie sorgen innerhalb ihrer Beteiligungen und im Rahmen der geltenden Gesetze dafür, dass keine neuen Beteiligungen an Grosskraftwerken erworben werden, welche für die Erzeugung von Elektrizität aus nicht erneuerbaren Energien angelegt sind. Dies gilt auch für neue langfristige Bezugsverträge.
 Absatz 2 alt wird zu Absatz 3.
 Übergangsbestimmung:
 Beteiligungen gemäss § 2 Abs. 2 an Grosskraftwerken mit nichterneuerbaren Energien sind sukzessive durch Beteiligungen an Kraftwerken mit erneuerbaren Energien zu ersetzen. Bestehende Beteiligungen sind spätestens bis 2035 zu beenden.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 2. Mai 2012 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4901).

- 180/2011 **Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken**
 31. Oktober 2011 (Behördeninitiative Gemeinderat der Stadt Zürich). Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen, mit welcher dieser beauftragt wird, eine Energiestrategie auszuarbeiten, welche auf nukleare Risiken verzichtet.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. April 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4986).
- 199/2011 **Strategie innere Verdichtung**
 31. Oktober 2011 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Jörg Kündig, Gossau, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten, welche die gezielte Innenentwicklung durch eine Revision des Gesetzes über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht des Kantons Zürich vom 7. September 1975 (PBG) inkl. dazugehörenden Verordnungen ermöglicht.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 25. September 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5027).
- 329/2007 **Renaturierung der Töss**
 7. November 2011 (Postulat Hedi Strahm, Winterthur, Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, und Willy Germann, Winterthur). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine weitere Revitalisierungsetappe der Töss im Linsental zu realisieren.
 Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 23. Oktober 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 5035).
- 38/2012 **Unbefriedigendes Immobilien-Management beim Kanton Zürich**
 19. März 2012 (dringliches Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Martin Geilinger, Winterthur, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat über die Resultate der Überprüfung des Immobilienmanagements und die Grundstrategie «Immobilien» Bericht zu erstatten und seine zukünftige Immobilienstrategie und den Zeitplan für deren Realisierung umfassend darzulegen. Dabei sind insbesondere für folgende Problembereiche Lösungen aufzuzeigen:
- die Vereinfachung, Beschleunigung und massive Verschlankeung der bisher unnötig komplizierten Verfahren und eine klarere Zuständigkeitsordnung und Verantwortlichkeit bei der Projektentwicklung, der Projektrealisierung und der Bewirtschaftung der Liegenschaften,
 - die Eliminierung der ineffizienten Doppelspurigkeiten zwischen Direktionen, Nutzerämtern, Immobilienamt und Hochbauamt,
 - die längst überfällige Erstellung einer Datenbank aller im Besitz des Kantons befindlichen Betriebsliegenschaften,
 - die Optimierung der Investitionsplanung bzw. des KEF, so dass die im Budget bewilligten Mittel auch tatsächlich eingesetzt werden können,
 - die Festlegung eines mehrjährigen Bauprogramms über alle Direktionen mit klaren Prioritäten für eine KEF-Periode,
 - die Bestimmung des Bedarfs an Mitteln für Unterhalt und Erneuerung der bestehenden Gebäudesubstanz.
- Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 13. März 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4973).

- 40/2012 **Mietermodell statt Eigentümermodell**
26. März 2012 (dringliches Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Max Clerici, Horgen, und Thomas Vogel, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, vom Eigentümermodell zum Mietermodell in sogenannt reiner Form oder in einer Mischform zu wechseln.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 13. März 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4973).
- 92/2012 **Keine Gewässerräume werden enteignet**
26. März 2012 (dringliches Postulat Hans Egli, Steinmaur, Hans Frei, Regensdorf, und Martin Farner, Oberstammheim). Der Regierungsrat wird ersucht, im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gewässerschutzgesetzes (GSchG) und der Definition aller Gewässerräume seinen gesetzlichen Spielraum aufzuzeigen. Dabei soll nur der minimale Raumbedarf zur Anwendung kommen. Bei eingedolten Bächen ist auf die Ausscheidung von Gewässerräumen zu verzichten. Gewässerräume dürfen nicht enteignet werden.
Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat am 30. April 2013 Bericht und Antrag erstattet (Vorlage 4985).
-
- B. Bericht über den Vollzug unerledigter Vorstösse**
- 95/2008 **Raumschonende Einkaufszentren**
27. Februar 2012 (Postulat Willy Germann, Winterthur, Thomas Maier, Dübendorf, und Thomas Ziegler, Elgg). Der Regierungsrat wird beauftragt, das Planungs- und Baugesetz dahingehend zu ändern, dass grössere Bauten, insbesondere Einkaufszentren, mindestens zwei Vollgeschosse aufweisen müssen. Zudem müssen die Parkplätze unter den Geschossnutzflächen angelegt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 12/2009 **Wasserqualität der Glatt**
27. Februar 2012 (Postulat Lilith Claudia Hübscher, Winterthur). Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen zur Verbesserung der Wasserqualität der Glatt und zur Gesundheit der Glatt-Fische.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 87/2009 **Umweltfreundlichere Holzfeuerungsanlagen**
27. Februar 2012 (Postulat Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon, Peter Reinhard, Kloten, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird gebeten, ein finanzielles Anreizsystem zu schaffen, damit veraltete Holzfeuerungsanlagen schneller mit Partikelabscheidern nachgerüstet oder durch moderne Anlagen ersetzt werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 184/2009 [Intelligente Stromzähler](#)
27. Februar 2012 (Postulat Heidi Bucher-Steinegger, Zürich, und Claudia Gambacciani, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, das Energiegesetz so anzupassen, dass in Neubauten oder bei Ersatz nur noch Digitalzähler (Smart-Meter) für die Erfassung des Stromverbrauchs eingebaut werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 367/2009 [Wasserqualität im Kanton Zürich](#)
27. Februar 2012 (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, und Françoise Okopnik, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, umfassend aufzuzeigen, welche Massnahmen getroffen werden könnten, um die Qualität von Oberflächen- und unterirdischen Gewässern zu verbessern, welche Massnahmen in Angriff genommen wurden und welche geplant sind. Speziell sind Mikroverunreinigungen und Rückstände moderner Pestizide (die bereits in kleinsten Dosierungen Wirkung zeigen) als neues Umweltproblem in Zürcher Gewässern zu berücksichtigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 190/2009 [Studie über die Potenziale für Trinkwasserkraftwerke](#)
26. März 2012 (Postulat Andreas Wolf, Dietikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, eine Studie über die Potenziale für Trinkwasserkraftwerke im Kanton Zürich an die entsprechenden Fachleute in Auftrag zu geben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 202/2009 [Gebührenbefreiung für Energieeffizienzsteigerung bei Bauten und Anlagen: Änderung Art. 42 Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz](#)
26. März 2012 (Motion Benno Scherrer Moser, Uster, Carmen Walker Späh, Zürich, und Robert Brunner, Steinmaur). Der Regierungsrat wird eingeladen, Art. 42 des EG zum Gewässerschutzgesetz so zu ändern, dass energetische Sanierungsmassnahmen an Altbauten keine Anschlussgebühren gemäss Art. 42 EG zum Gewässerschutzgesetz zur Folge haben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 204/2009 [Gebührenbefreiung für Energieeffizienzsteigerung bei Bauten und Anlagen: Änderung Art. 29 Wasserwirtschaftsgesetz](#)
26. März 2012 (Motion Robert Brunner, Steinmaur, Benno Scherrer Moser, Uster, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird eingeladen, Art. 29 des Wasserwirtschaftsgesetzes so zu ändern, dass energetische Sanierungsmassnahmen an Altbauten keine Anschlussgebühren gemäss Art. 29 Wasserwirtschaftsgesetz mehr zur Folge haben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 339/2011 [Neue MuKEN: Energieeffizienz auch bei den Haushaltgeräten](#)
26. März 2012 (Postulat Martin Geilinger, Winterthur, und Marcel Lenggenhager, Gossau). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat die Gesetzesänderungen zu beantragen, welche im Gebäudebereich dazu beitragen, dass eine bessere Energieeffizienz und erneuerbare Energien den Atomstrom in den nächsten 2 Jahrzehnten überflüssig machen. Grundlage dafür soll eine Weiterentwicklung der MuKEN sein, die insbesondere auch den Stromverbrauch der Haushaltgeräte einbezieht.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 44/2012 [Wettbewerbliche Ausschreibung für Stromeffizienz](#)
30. April 2012 (Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Roland Munz, Zürich, und Patrick Hächler, Gossau). Der Regierungsrat wird beauftragt, die Netzbetreiber mittels Leistungsauftrag (gemäss EnerG Paragraf 8b Lit. c.) zu verpflichten, ein Programm zur wettbewerblichen Ausschreibung von Stromeffizienzmassnahmen zu betreiben mit dem Ziel jährlich rund 1% des kantonalen Stromverbrauchs einzusparen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 25/2012 [Zusammenführung der Ressorts «Kantonale Denkmalpflege» und «Ortsbild und Städtebau» zu einer Abteilung im Amt für Raumentwicklung der kantonalen Baudirektion](#)
25. Juni 2012 (Postulat Martin Farner, Oberstammheim, Jörg Kündig, Gossau, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, die beiden Ressorts, namentlich die «kantonale Denkmalpflege» der Abteilung «Denkmalpflege» und den «überkommunalen Ortsbildschutz» der Abteilung «Raumplanung», so zu organisieren, dass die Gemeinden und weitere Ansprechpartner wie Eigentümer und Bauherren nur noch einen Ansprechpartner haben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 82/2012 [Aufhebung Solarpotenzialkarte Strom und Wärme für den Kanton Zürich](#)
27. August 2012 (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, Monika Spring, Zürich, und Carmen Walker Späh, Zürich). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie die Solarpotenzialkarte für die Strom- und Warmwassererzeugung im Geografischen Informationssystem des Kantons Zürich (GISZH) erstellt werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 226/2009 [Rahmenkredit Erneuerung der kantonalen Gebäude](#)
29. Oktober 2012 (Motion Martin Geilinger, Winterthur, und Max Clerici, Horgen). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage mit folgendem Inhalt zu unterbreiten:
Der Kantonsrat genehmigt auf Antrag des Regierungsrat einen Rahmenkredit für die Erneuerung der Liegenschaften des Staates. Ein auf jeweils 4 Jahre ausgelegtes Bauprogramm umfasst eine jahres- und direktionsübergreifende Priorisierung der Erneuerungen des kantonalen Liegenschaftenbestandes. Die Priorisierung soll alle relevanten Kriterien und insbesondere Erhöhung der Energieeffizienz Richtung Minergie P / 2000-Watt-Gesellschaft berücksichtigen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 364/2009 [Sonderbauvorschriften für die Flughafenregion, Neuordnung der Siedlungsstruktur](#)
29. Oktober 2012 (Postulat Bruno Grossmann, Wallisellen, und Martin Mossdorf, Bülach). Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Planungs- und Baugesetzgebung dahingehend anzupassen, dass die bauliche Entwicklung in den Gemeinden der Flughafenregion in Zukunft gewährleistet und verbessert wird. Dazu sind Sonderbauvorschriften zu erlassen, welche mehr Flexibilität in der Siedlungs- und Nutzungsstruktur und Entwicklung in den Flughafengemeinden ermöglichen. Für unerschlossene und teilerschlossene unüberbaute Bauzonengebiete sowie für neue Bauzonengebiete, sind im Rahmen der Revision des kantonalen Richtplans in Koordination mit dem SIL und den An- und Abflugverfahren wieder rechtmässige Verhältnisse zu schaffen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 210/2012 [Abschaffung der Bewilligungspflicht für Kleinstbauten](#)
19. November 2012 (Behördeninitiative Gemeinderat Stadt Winterthur).
Antrag:
Der Kantonsrat soll den Regierungsrat beauftragen, ihm eine Revision des Planungs- und Baugesetzes zu unterbreiten, dass die gängigen Velounterstände, Spielhäuser, Geräteschöpfe u. ä. nicht mehr der Bewilligungspflicht unterstehen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 260/2010 [Seerestaurant im Bereich des Bürkliplatzes](#)
28. Januar 2013 (Motion Lorenz Schmid, Männedorf, Marco V. Camin, Zürich, und Martin Arnold, Oberrieden). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Richtplanbeschluss vorzulegen, welcher den Bau eines Seerestaurants im Bereich des Bürkliplatzes ermöglicht.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 288/2012 [Photovoltaik in Landschaftsschutzzonen](#)
28. Januar 2013 (Postulat Hans Egli, Steinmaur, Robert Brunner, Steinmaur, und Urs Lauffer, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen zu treffen, damit nicht reflektierende Photovoltaikkollektoren mit Absorber in Landschaftsschutzgebieten auf Gebäuden ermöglicht werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 304/2010 [Nachtzielgeräte für die Schwarzwildjagd](#)
25. März 2013 (Postulat Michael Welz, Oberembrach, und Martin Farner, Oberstammheim). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Bestimmungen für die Waffenbenutzung für die Jägerschaft dahingehend zu ändern, dass in Zukunft auf Gesuch hin die Jägerschaft für die Schwarzwildjagd Nachtzielgeräte benutzen darf.
Ebenso wird der Regierungsrat aufgefordert, in der laufenden Revision der Eidg. Jagdverordnung dahingehend hinzuwirken, dass Art. 2 der Jagdverordnung dementsprechend angepasst wird.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 312/2010 [Lehrlingsausbildung als obligatorisches Zuschlagskriterium bei kantonalen Submissionen](#)
25. März 2013 (Motion Josef Wiederkehr, Dietikon, Andreas Federer, Thalwil, und Nicole Barandun-Gross, Zürich). Der Regierungsrat wird beauftragt, das kantonale Submissionsgesetz dahingehend zu ändern, dass das Zuschlagskriterium Lehrlingsausbildung zwischen 5% und 10% in die Gesamtgewichtung aller Kriterien in die kantonale Submissionsverordnung eingeht. Ausgenommen sind Auftragsvergaben im Staatsvertragsbereich, an denen ausländische Unternehmen teilgenommen haben.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 55/2011 [Zugangsnormen ohne Baulandverschleiss](#)
3. Juni 2013 (Postulat Carmen Walker Späh, Zürich, Max Clerici, Horgen, und Antoine Berger, Horgen). Der Regierungsrat wird eingeladen, die Normen über die Anforderungen an Zugänge (Zugangsnormen vom 9. Dezember 1987) so zu ändern, dass sie dem Prinzip der inneren Verdichtung durch einen schonenderen Baulandverbrauch gerecht werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 56/2011 [Dezentralisierung von Arbeitsplätzen in der kantonalen Verwaltung](#)
3. Juni 2013 (Postulat Hans Läubli, Affoltern a. A., Lilith Claudia Hübscher, Winterthur, und Ornella Ferro, Uster). Der Regierungsrat wird eingeladen, ein Konzept für eine Dezentralisierung von Arbeitsplätzen in der kantonalen Verwaltung vorzulegen, namentlich durch die Einrichtung von Arbeitsplätzen bzw. Computerminals in flexibel nutzbaren Büroräumlichkeiten regionaler Zentren (Bezirkshauptorten und grösseren Gemeinden im Kantonsgebiet) sowie über das Angebot von Heimarbeitsplätze an kantonale Angestellte.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 267/2011 [Erweiterung der Interpretation «Ausrüstungspflicht» bei Versorgung mit Biogas – Zulassung zur Erfüllung des erneuerbaren Anteils gemäss § 10a des kantonalen Energiegesetzes](#)
18. November 2013 (Motion Gabriela Winkler, Oberglatt, und Esther Hildebrand, Illnau-Effretikon). Der Regierungsrat wird eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, dass aufbereitetes und über das Erdgasnetz geliefertes Biogas als erneuerbare Energie im Sinne von § 10a des kantonalen Energiegesetzes gilt.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 103/2012 [Nutzung des tiefen Untergrundes \(Geothermie\)](#)
18. November 2013 (Motion Carmen Walker Späh, Zürich, Cornelia Keller, Gossau, und Robert Brunner, Steinmaur). Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, welche die Nutzung des tiefen Untergrundes (Geothermie) regelt und damit Rechtssicherheit sowie Investitionssicherheit herstellt.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

- 104/2012 **Nutzungskonflikt im Untergrund – Raumplanung hat eine dritte Dimension**
18. November 2013 (Postulat Sabine Ziegler, Zürich, und Gabriela Winkler, Oberglatt). Der Regierungsrat wird eingeladen, ein Konzept zur Sicherung des Raums in der dritten Dimension, welches die wichtigsten Infrastrukturen umfasst, auszuarbeiten. Zudem sollen verbindliche Abläufe für die verwaltungsinterne Verantwortung gegenüber der Planung im Untergrund definiert werden.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 168/2012 **Stadtpark auf dem Kasernenareal**
18. November 2013 (Postulat Peter Ritschard, Zürich, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Peter Reinhard, Kloten). Der Regierungsrat wird eingeladen zu prüfen, wie in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich auf dem Kasernenareal, nach dem Abbruch des Kasernengebäudes, ein Stadtpark realisiert werden kann.
Bericht und Antrag in Vorbereitung
- 181/2012 **Gentech-Raps-Kontrollen entlang von Transitwegen**
18. November 2013 (Postulat Judith Bellaiche, Kilchberg, und Denise Wahlen, Zürich). Der Regierungsrat wird aufgefordert, regelmässige Untersuchungen nach Gentech-Raps entlang von Transitwegen im Kanton Zürich durchzuführen. Diese umfassen den Transitverkehr sowohl auf Schienen als auch auf Strassen.
Bericht und Antrag in Vorbereitung

Eidgenössische und kantonale Volksabstimmungen

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäft 2013	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
3. März	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik (BBI 2012, 5923)	215 322	186 638	46.6	1 283 951	1 078 531
	Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «gegen die Abzockerei» (BBI 2008, 2577)	285 647	121 241	47.0	1 616 184	761 975
	Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG, BBI 2012, 5987)	284 689	114 796	46.5	1 476 942	871 514
	Kantonale Volksabstimmungen					
	A. Beschluss des Kantonsrates Gesetz über die Anpassung des Personalrechts bei Lehrpersonen an der Volksschule (vom 6. Februar 2012) (ABI 2012, 266)	229 361	108 342	42.1		
	B. Gegenvorschlag von Stimmberechtigten (ABI 2012, 1170)	134 350	183 409	41.6		
	C: Stichfrage	185 812	127 419	41.4		
	Steuergesetz (Änderung vom 2. April 2012; Steuersätze der Grundstückgewinnsteuer) (ABI 2012, 1172)	160 271	203 320	44.4		
	Mittelschulgesetz (Änderung vom 27. August 2012; Hauswirtschaftskurse an Mittelschulen) (ABI 2012-08-31)	252 484	112 032	44.3		
	Beschluss des Kantonsrates über die Behandlung der Einmaleinlage und der Arbeitgeber-Beiträge zur Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal beim mittelfristigen Ausgleich (vom 2. April 2012) (ABI 2012, 725)	229 419	122 389	44.0		
9. Juni	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 7. Juli 2011 «Volkswahl des Bundesrates»	91 556	270 776	41.4	480 291	1 550 080
	Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG) (Dringliche Änderungen des Asylgesetzes)	284 616	72 593	41.2	1 573 007	432 174

Abstimmungs- datum	Abstimmungsgeschäft 2013	Kantonales Ergebnis		Stimm- beteiligung %	Eidgenössisches Ergebnis	
		Ja	Nein		Ja	Nein
9. Juni	Kantonale Volksabstimmungen					
	Gesetz über den Beitritt zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	297 610	50 682	41.1		
	Kantonale Volksinitiative «Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton Zürich (Bonzensteuer)	133 632	214 149	41.1		
22. September	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» (BBI 2013, 2471)	123 822	309 054	49.6	644 985	1 762 811
	Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz, EpG; BBI 2012 8157)	256 865	167 793	49.3	1 395 607	968 078
	Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG; BBI 2012, 9655)	266 326	158 915	49.2	1 345 662	1 025 817
	Kantonale Volksabstimmung					
	Kantonale Volksinitiative «für mehr Demokratie» (fakultatives Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene)	105 405	316 611	49.4		
24. November	Eidgenössische Volksabstimmungen					
	Volksinitiative vom 21. März 2011 «1:12 – für gerechte Löhne» (BBI 2013, 2473)	157 535	322 024	54.9	954 787	1 796 930
	Volksinitiative vom 12. Juli 2011 «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» (BBI 2013, 4717)	186 528	291 187	54.8	1 139 670	1 604 491
	Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG) (BBI 2013, 2527)	210 849	265 049	54.7	1 087 368	1 662 748
	Kantonale Volksabstimmungen					
	keine kantonale Volksabstimmungen					



Opernhaus: Don Giovanni (Oper)

Finanzberichterstattung

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung	542
Bilanz	543
Geldflussrechnung	544
Eigenkapitalnachweis	545
Anhang	547
Grundlagen und Grundsätze	547
Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	555
Risikocontrolling / Finanzielles Risikomanagement	565
Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung	569
Weitere Erläuterungen	624

Tabellenverzeichnis

1.	Fiskalertrag	569
2.	Staatssteuern	570
3.	Regalien und Konzessionen	571
4.	Entgelte	571
5.	Verschiedene Erträge	572
6.	Entnahmen aus Fonds	572
7.	Transferertrag	573
8.	Durchlaufende Beiträge	575
9.	Personalaufwand	575
10.	Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	577
11.	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	577
12.	Einlagen in Fonds	578
13.	Transferaufwand	579
14.	Finanzertrag (Finanzvermögen)	580
15.	Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)	581
16.	Zinsaufwand	581
17.	Anderer Finanzaufwand	582
18.	Flüssige Mittel	582
19.	Forderungen	583
20.	Aktive Rechnungsabgrenzungen	584
21.	Vorräte und angefangene Arbeiten	585
22.	Finanzanlagen (Finanzvermögen)	586
23.	Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)	587
24.	Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)	588
25.	Beteiligungsliste (Finanzvermögen)	589
26.	Sachanlagen (Finanzvermögen)	590
27.	Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)	592
28.	Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)	598
29.	Darlehen (Verwaltungsvermögen)	600
30.	Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)	601
31.	Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)	602
32.	Beteiligungsliste (Verwaltungsvermögen)	603
33.	Namhafte Beteiligungen	605
34.	Ausgerichtete Investitionsbeiträge	608
35.	Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen im Berichtsjahr	611
36.	Laufende Verbindlichkeiten	611
37.	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	612
38.	Passive Rechnungsabgrenzungen	613
39.	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	614
40.	Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	615

41. Übrige langfristige Verbindlichkeiten	616
42. Rückstellungen	617
43. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)	621
44. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)	622
45. Verbindlichkeiten gegenüber Legaten und Stiftungen sowie zweckgebundenen Fremdmitteln	623
46. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16	624
47. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25	626
48. Absicherungsgeschäfte	629
49. Eventualforderungen	629
50. Eventualverbindlichkeiten	630
51. Verpflichtungskredite und Ausgabenbewilligungen	631
52. Zahlungsverpflichtungen	635
53. Gewährleistungen	636
54. Segmentberichterstattung	637
55. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen	638
56. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	638

Konsolidierte Rechnung

Erfolgsrechnung

Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R12/13		Anhang
	2013	2013	2012	Abs.	%	Ziffer
Fiskalertrag	6 247	6 462	6 281	- 33	- 0.5	1
Regalien und Konzessionen	200	197	201	- 1	- 0.5	3
Entgelte	2 642	2 717	2 724	- 82	- 3.0	4
Verschiedene Erträge	330	271	310	20	6.4	5
Entnahmen aus Fonds	20	83	110	- 90	- 81.8	6
Transferertrag	3 648	3 520	3 433	215	6.3	7
Durchlaufende Beiträge	658	645	654	4	0.7	8
Betrieblicher Ertrag	13 745	13 895	13 712	33	0.2	
Personalaufwand	- 4 728	- 4 827	- 4 782	54	1.1	9
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 857	- 2 634	- 2 742	- 115	- 4.2	10
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	- 483	- 483	- 482	- 1	- 0.2	11
Einlagen in Fonds	- 91	- 38	- 66	- 25	- 38.2	12
Transferaufwand	- 5 246	- 5 436	- 5 214	- 32	- 0.6	13
Durchlaufende Beiträge	- 658	- 645	- 654	- 4	- 0.7	8
Betrieblicher Aufwand	- 14 063	- 14 063	- 13 940	- 123	- 0.9	
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 318	- 167	- 228	- 90	- 39.7	
Finanzertrag Finanzvermögen	85	81	188	- 103	- 54.9	14
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	359	345	363	- 4	- 1.0	15
Finanzertrag	444	427	551	- 107	- 19.4	
Zinsaufwand	- 135	- 145	- 138	3	2.5	16
Anderer Finanzaufwand	- 29	- 10	- 80	51	63.6	17
Finanzaufwand	- 164	- 155	- 218	54	24.8	
FINANZERGEBNIS	281	272	333	- 53	- 15.8	
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	- 133	-	20	- 153	> 100.0	
Jahresergebnis Fonds/ Legate im Eigenkapital	96	-	86	10	11.5	
JAHRESERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG	- 38	104	106	- 143	> 100.0	
Total Ertrag	14 189	14 322	14 263	- 74	- 0.5	
Total Aufwand	- 14 227	- 14 217	- 14 158	- 69	- 0.5	

Bilanz

Mio. Franken	per		Differenz R 12/13		Anhang Ziffer
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%	
UMLAUFVERMÖGEN	5 288	6 444	- 1 157	-17.9	
Finanzvermögen¹⁾	5 288	6 444	- 1 157	- 17.9	
Flüssige Mittel	1 426	2 337	- 911	- 39.0	18
Forderungen	3 049	3 158	- 109	- 3.5	19
Kurzfristige Finanzanlagen	180	228	- 48	- 21.1	22
Aktive Rechnungsabgrenzungen	571	655	- 84	- 12.8	20
Vorräte und angefangene Arbeiten	61	65	- 4	- 6.5	21
ANLAGEVERMÖGEN	15 541	15 481	60	0.4	
Finanzvermögen¹⁾	1 303	1 259	44	3.5	
Finanzanlagen	284	227	57	25.0	22/23/24/25
Sachanlagen	1 019	1 032	- 13	- 1.2	26
Langfristige Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital	-	-	-	n.a.	
Verwaltungsvermögen	14 238	14 222	15	0.1	
Sachanlagen	7 716	7 563	153	2.0	27
Immaterielle Anlagen	76	77	- 0	- 0.2	28
Kurzfristige Darlehen	73	67	6	9.2	29/30
Langfristige Darlehen	1 219	1 410	- 191	- 13.5	29/30
Beteiligungen	2 523	2 523	- 0	- 0.0	31/32/33
Investitionsbeiträge	2 630	2 583	47	1.8	34/35
TOTAL AKTIVEN	20 829	21 926	- 1 097	- 5.0	
FREMDKAPITAL	- 12 375	- 13 484	1 109	8.2	
Kurzfristiges Fremdkapital	- 5 145	- 6 894	1 749	25.4	
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 684	- 1 722	38	2.2	36
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 440	- 711	- 729	> 100.0	37/40
Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 589	- 1 999	410	20.5	38
Kurzfristige Rückstellungen	- 432	- 2 462	2 030	82.4	42
Langfristiges Fremdkapital	- 7 230	- 6 590	- 640	- 9.7	
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 388	- 3 812	- 576	- 15.1	39/40
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 683	- 720	38	5.2	41
Langfristige Rückstellungen	- 1 311	- 1 507	196	13.0	42
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	- 848	- 550	- 297	- 54.0	43/45
EIGENKAPITAL	- 8 454	- 8 442	- 12	- 0.1	
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	133	- 20	153	> 100.0	
Fonds/Legate im Eigenkapital	- 2 155	- 2 078	- 77	- 3.7	44
Übriges Eigenkapital	- 6 432	- 6 344	- 88	- 1.4	
TOTAL PASSIVEN	- 20 829	- 21 926	1 097	5.0	
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	6 591	7 703	- 1 112	- 14.4	

Geldflussrechnung

Mio. Franken	Rechnung 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13	
			Abs.	%
Jahresergebnis	- 38	106	- 143	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	128	- 487	615	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	59	- 167	225	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte + angefang. Arbeiten	4	- 4	8	> 100.0
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsbeiträge	591	656	- 65	- 9.9
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	0	0	- 0	- 38.1
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisiert)	2	68	- 65	- 96.6
+/- Verlust/Gewinn aus Verkehrswertanp. FV (nicht realisiert)	- 8	- 101	93	92.2
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	- 39	163	- 202	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	- 206	140	- 346	> 100.0
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	- 2 225	47	- 2 272	> 100.0
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds im Fremdkapital und Eigenkapital	71	- 45	115	> 100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen	- 8	- 6	- 1	- 21.7
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	- 1 668	370	- 2 038	> 100.0
- Ausgaben Sachanlagen	- 619	- 553	- 66	- 12.0
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	- 0	- 1	1	76.0
- Ausgaben immaterielle Anlagen	- 26	- 22	- 4	- 16.5
- Ausgaben Darlehen	- 12	- 14	2	14.3
- Ausgaben Beteiligungen	-	-	-	-
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	- 208	- 226	18	8.1
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	- 31	- 43	11	26.3
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	11	70	- 59	- 84.0
+ Einnahmen Rückerstattungen	0	19	- 19	- 99.3
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	0	0	- 0	- 62.4
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	39	56	- 17	- 30.5
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	211	139	73	52.3
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	-	0	- 0	- 100.0
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	1	13	- 12	- 93.5
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	31	43	- 11	- 26.3
Saldo Investitionsrechnung	- 603	- 519	- 84	- 16.2
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	- 11	- 70	59	84.0
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen	0	2	- 1	- 94.0
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing	2	42	- 39	- 94.3
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen der Investitionsrechnung	25	- 45	70	> 100.0
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	- 587	- 590	4	0.6
+/- Abnahme / Zunahme Finanzanlagen FV	- 3	19	- 22	> 100.0
+/- Abnahme / Zunahme Sachanlagen FV	24	- 74	98	> 100.0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 566	- 645	79	12.3
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	- 2 234	- 275	- 1 959	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	729	657	73	11.1
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	54	- 100	154	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	453	494	- 42	- 8.4
+/- Zunahme/Abnahme langfr. Finanzverbindlich.	86	- 115	202	> 100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	1 323	936	387	41.3
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	2 337	1 676	661	39.4
+/- Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	- 911	661	- 1 572	> 100.0
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	1 426	2 337	- 911	- 39.0

Eigenkapitalnachweis

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital ¹⁾	Legate und Stiftungen im Eigenkapital	Rücklagen	Reserven aus Absicherungsgeschäften ²⁾	Gewinnanteile gemäss § 50 FCV	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigenkapital
Stand 1. Januar 2012	1 927.30	38.51	37.08	–	142.38	– 1 827.46	7 990.78	8 308.59
Verteilung Jahresergebnis	–	–	–	–	–	1 827.46	– 1 827.46	–
Veränderung Fonds/ Legate	26.49	–	–	–	0.96	–	–	27.45
Veränderung Rücklagen/ Gewinnanteile	–	–	– 1.10	–	30.61	–	– 29.52	–
Sonstige Transaktionen	–	–	–	–	–	–	0.09	0.09
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	26.49	–	– 1.10	–	31.58	1 827.46	– 1 856.89	27.54
Jahresergebnis	85.48	0.50	–	–	–	19.64	–	105.63
Total Veränderungen im Eigenkapital	111.97	0.50	– 1.10	–	31.58	1 847.10	– 1 856.89	133.17
Stand 31. Dezember 2012	2 039.27	39.01	35.98	–	173.96	19.64	6 133.89	8 441.75
Verteilung Jahresergebnis	–	–	–	–	–	– 19.64	19.64	–
Veränderung Fonds/ Legate	34.68	–	–	–	–	–	0.69	35.37
Veränderung Rücklagen/ Gewinnanteile	–	–	3.24	–	41.70	–	– 44.94	–
Sonstige Transaktionen ³⁾	– 53.43	–	–	0.54	–	–	67.30	14.42
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	– 18.75	–	3.24	0.54	41.70	– 19.64	42.69	49.79
Jahresergebnis	97.22	– 1.36	–	–	–	– 133.46	–	– 37.59
Total Veränderungen im Eigenkapital	78.48	– 1.36	3.24	0.54	41.70	– 153.10	42.69	12.20
Stand 31. Dezember 2013	2 117.75	37.65	39.22	0.54	215.66	– 133.46	6 176.58	8 453.95

¹⁾ Der Übertrag des Investitionsfonds (53.4 Mio. Franken) in das übrige Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) erfolgte in 2013 (§ 39 Abs. 1 FAG).

²⁾ Der Bestand entspricht dem auf den Stichtag 31. Dezember des Berichtsjahres ermittelten Barwert der laufenden Absicherungsgeschäfte (Ziffer 48).

³⁾ Im Rahmen der Überprüfung der zweckgebundenen Fremdmittel bei der Universität Zürich wurden Dienstleistungen und Weiterbildungsangebote eruiert, deren Veränderung erfolgswirksam darzustellen sind. Es wurde eine erfolgsneutrale Umgliederung zwischen übrigem Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) und Passiver Rechnungsabgrenzung in Höhe von 14.9 Mio. Franken per 1. Januar 2013 vorgenommen. Des Weiteren erfolgte die Zuweisung einer fälschlicherweise der Bildungsdirektion zugeordneten Liegenschaft aus dem übrigen Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) in das Legat "Bertha Meierhofer Fonds" (Legate und Stiftungen im Fremdkapital) per 1. Januar 2013 (1.0 Mio. Franken).

Erläuterungen zum Eigenkapitalnachweis

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, wie sich das Eigenkapital im Berichtsjahr verändert hat. Ersichtlich sind die Auswirkungen der erfassten Finanzvorfälle auf die einzelnen Rubriken des Eigenkapitals. Zudem werden die einzelnen Reserveposten und ihre Veränderung transparent dargestellt.

Gesetzliche Fonds im Eigenkapital +78.5 Mio. Franken

+94.5 Jahresergebnis des Strassenfonds.

+35.4 Veränderung (Zunahme) des Bestandes im Verkehrsfonds.

+7.6 Jahresergebnis des Fonds für den Flughafen.

-53.4 Übertragung des Bestandes des Investitionsfonds in das übrige Eigenkapital, weil der Investitionsfonds aufgehoben wurde.

-4.2 Jahresergebnis des Natur- und Heimatschutzfonds.

-0.7 Abnahme durch Umbuchung falsch zugeordneter Posten in die Spalte „kumulierte Ergebnisse der Vorjahre“.

-0.4 Jahresergebnis des Tierseuchenfonds.

-0.3 Jahresergebnis des Sonderabfallfonds.

-0.0 Jahresergebnis des Wildschadenfonds.

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit im Eigenkapital -1.4 Mio. Franken

-1.4 Jahresergebnis der 24 Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Rücklagen +3.2 Mio. Franken

Im Eigenkapitalnachweis wird die Bildung und Verwendung der Rücklagen saldiert dargestellt. Die detaillierte Aufstellung pro Leistungsgruppe wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

+3.2 Zunahme der Rücklagen. Es wurden um diesen Betrag mehr Rücklagen gebildet als aufgelöst.

Reserven aus Absicherungsgeschäften +0.5 Mio. Franken

+0.5 Reserven aus Absicherungsgeschäften des Universitätsspitals Zürich und des Kantonsspitals Winterthur (Ziffer 48).

Gewinnanteile gemäss § 50 FCV +41.7 Mio. Franken

Die Bildung und Verwendung der Gewinnanteile der selbständigen Anstalten wird im Eigenkapitalnachweis saldiert dargestellt. Eine detaillierte Aufstellung pro Anstalt wird im Geschäftsbericht unter dem Kapitel „Rücklagen und Gewinnverwendung“ gezeigt.

+41.7 Zunahme der einbehaltenen Gewinnanteile der selbständigen Anstalten. Dieser Zuwachs resultiert aus der Summe der vom Kantonsrat aus der Rechnung 2012 bewilligten neuen Gewinnanteile abzüglich der von den Anstalten verwendeten Gewinnanteile.

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel -153.1 Mio. Franken

-133.5 Zusammen mit dem Ergebnis der gesetzlichen Fonds und der Legate und Stiftungen im Eigenkapital ergibt sich ein Gesamtergebnis von -37.6 Mio. Franken.

-19.6 Das Vorjahresergebnis wird auf die Rubrik „Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre“ umgebucht.

Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre +42.7 Mio. Franken

+53.4 Zunahme durch die Umbuchung des Bestandes des Investitionsfonds aus der Spalte "Gesetzliche Fonds im Eigenkapital" wegen der Auflösung des Investitionsfonds.

+14.9 Umbuchung aus den passiven Rechnungsabgrenzungen als Ergebnis der Überprüfung der Verbuchung von innerhalb der zweckgebundenen Fremdmitteln geführten Dienstleistungen und Weiterbildungsangebote der Universität Zürich.

+19.6 Zunahme durch die Umbuchung des Vorjahresergebnisses.

+0.7 Zunahme durch die Umbuchung von falsch zugeordneten Posten aus der Spalte "Gesetzliche Fonds im Eigenkapital".

-44.9 Abnahme durch Umbuchung der vom Kantonsrat bewilligten Rücklagen und Gewinnanteile aus der Rechnung 2012 abzüglich der aufgelösten bzw. beanspruchten Rücklagen und Gewinnanteile (Nettodarstellung).

-1.0 Zuweisung einer fälschlicherweise der Bildungsdirektion zugeordneten Liegenschaft aus dem übrigen Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) in das Legat "Bertha Meierhofer Fonds" (Legate und Stiftungen im Fremdkapital) per 1. Januar 2013.

Total Eigenkapital +12.2 Mio. Franken

-37.6 Abnahme durch das Jahresergebnis 2013.

+35.4 Anstieg durch Zunahme der Fondsbestände im Eigenkapital.

+14.4 Anstieg durch sonstige Transaktionen.

Anhang

Grundlagen und Grundsätze

Rechtliche Grundlagen

Der vorliegende Finanzbericht (konsolidierte Rechnung) basiert auf dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611), welches am 9. Januar 2006 durch den Kantonsrat verabschiedet worden ist.

Die Ausführungsbestimmungen zum CRG sind in der Finanzcontrollingverordnung (FCV, LS 611.2), der Rechnungslegungsverordnung (RLV, LS 611.1) und in der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR, LS 172.11) geregelt. Die Rechnungslegungsverordnung führt die Bestimmungen des Teils D „Rechnungslegung“ des CRG aus. Darin sind die wichtigsten Grundsätze der Rechnungslegung gemäss IPSAS enthalten und die Abweichungen festgelegt. Das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) setzt die Vorschriften über die Rechnungslegung im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG) sowie in der Rechnungslegungsverordnung (RLV) für den Vollzug um. Für die Jahresrechnung 2013 hat das HBR 2013/2014 vom 14. Dezember 2012 Gültigkeit.

Grundlagen der Rechnungslegung

Die auf den 1. Januar 2009 in Kraft gesetzte neue Rechnungslegung löste das obligationenrechtlich geprägte Vorsichtsprinzip durch den in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsächengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ab (true and fair view). Sie verfolgt den periodengerechten Ausweis (Accrual Accounting) aller Aufwände und Erträge und bewirkt zusammen mit der Umsetzung weiterer Prinzipien in Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) eine wesentlich verbesserte Aussagekraft und Transparenz in der finanziellen Berichterstattung.

Accrual Accounting

Die Buchführung und Rechnungslegung erfolgen nach kaufmännischen Grundsätzen, dem so genannten Accrual Accounting. Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind.

Trennung Verwaltungs- und Finanzvermögen

Die Vermögenswerte werden in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert. Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.

Abweichungen zu IPSAS

Das gewählte Regelwerk gemäss § 3 der Rechnungslegungsverordnung (RLV) sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese bilden die Grundlage für die Rechnungslegungsverordnung sowie für das Handbuch für Rechnungslegung (HBR). Im Anhang 1 der Rechnungslegungsverordnung wird die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS präzisiert, indem jeder anzuwendende Standard einzeln mit dem relevanten Erscheinungsdatum sowie allfälligen Abweichungen dazu aufgeführt ist. Die Finanzdirektion verfolgt gemäss § 5 RLV die Entwicklung der IPSAS und beantragt dem Regierungsrat die nötigen Massnahmen, insbesondere die Anpassung der Rechnungslegungsverordnung infolge Änderungen der IPSAS. Die letzte Aktualisierung der Rechnungslegungsverordnung erfolgte am 16. Februar 2011 und wurde auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.

Die vorliegende konsolidierte Jahresrechnung enthält folgende Abweichungen zu den IPSAS:

- IPSAS 1 – Darstellung der Jahresrechnung: Einlagen in und Entnahmen aus Fonds zur Vorfinanzierung von Investitionen verletzen den Grundsatz der Periodengerechtigkeit (§ 4 Abs. 1 lit. b RLV). Anschaffungen aus Rücklagen mit investivem Charakter werden über die Erfolgsrechnung gebucht und nicht bilanziert (§ 16 Abs. 3 RLV/ § 17 Abs. 3 FCV).
- IPSAS 6 – Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Die zu konsolidierenden Einheiten werden nicht nach dem Kontrollprinzip gemäss IPSAS, sondern gemäss den Kriterien in § 54 CRG und § 28 RLV festgelegt. Weiter enthält der Anhang nur eine Auswahl der verlangten Offenlegungen.
- IPSAS 7 – Rechnungslegung von Anteilen an assoziierten Organisationen: Die assoziierten Einheiten werden nicht nach der Equity-Methode einbezogen, sondern zu Anschaffungs- oder Marktwerten bewertet (§ 29 und § 31 Abs. 2 RLV).
- IPSAS 19 – Rückstellungen: Langfristige Rückstellungen werden nicht diskontiert (HBR 2013/ 2014, Kapitel 3.2.16.1.2), ausgenommen davon sind Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen aus der Ruhegehaltsordnung für Professorinnen und Professoren der Universität Zürich sowie die Rentenleistungen des Staates für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter.
- IPSAS 20 – Nahe stehende Personen und Einheiten: Die Offenlegung der Gehälter der Führungskräfte wird nicht vorgenommen. Es wird auf die gesetzlichen Grundlagen verwiesen.
- IPSAS 22 – Darstellung von finanzstatistischen Informationen des Sektors Staat: Dieser IPSAS-Standard wird nicht angewendet.
- IPSAS 25 – Leistungen an Arbeitnehmer: Die Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach Swiss GAAP FER 16 und es wird auf den gemäss IPSAS 25 geforderten Ausweis von anderen langfristig fälligen Leistungen an Arbeitnehmer mit anwartschaftlichen Charakter verzichtet. Zusätzlich erfolgt die Offenlegung einer allfälligen Verpflichtung nach IPSAS 25 im Anhang zur Jahresrechnung (§ 3 Abs. 2 lit. a RLV und Anhang zur RLV).

Zukünftige Änderungen der Grundlagen und Grundsätze

Noch nicht angewendete, aber vom Standardsetter bereits erlassene Standards und Änderungen von Standards
 Bis zum Datum der Genehmigung der konsolidierten Jahresrechnung wurden nachfolgende IPSAS veröffentlicht. Diese treten im Kanton Zürich jedoch erst später in Kraft und wurden in der vorliegenden konsolidierten Jahresrechnung nicht oder nicht frühzeitig angewendet. Ihre Auswirkungen auf die konsolidierte Jahresrechnung des Kantons Zürich wurden noch nicht systematisch analysiert, sodass die erwarteten Effekte, wie sie am Ende der Tabelle offengelegt werden, lediglich eine erste Einschätzung darstellen:

	Veröffentlicht durch das IPSAS Board (IPSASB)	Auswirkungen	Geplante Inkraftsetzung durch Kanton Zürich ¹⁾	IPSASB: Zeitpunkt des Inkrafttretens
Standards				
IPSAS 28 Financial Instruments: Presentation (Finanzinstrumente: Darstellung)	Januar 2010	*	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013
IPSAS 29 Financial Instruments: Recognition and Measurement (Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung)	Januar 2010	*	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013

	Veröffentlicht durch das IPSAS Board (IPSASB)	Auswirkungen	Geplante Inkraftset- zung durch Kanton Zürich ¹⁾	IPSASB: Zeit- punkt des In- krafttretens
IPSAS 30 Financial Instruments: Disclosures (Finanzinstrumente: An- gaben)	Januar 2010	*	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013
IPSAS 32 Service Concession Ar- rangements: Grantor (Dienstleis- tungskonzessionsvereinbarungen: Konzessionsgeber)	Oktober 2011	***	Geschäftsjahr 2015	1.1.2014

Verbesserungen und andere Änderungen

Das IPSASB hat verschiedentlich Sammelstandards zur Überarbeitung der IPSAS veröffentlicht. Darin werden - analog zu den jährlichen Überarbeitungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) – kleinere Änderungen der bestehenden IPSAS vorgenommen, ohne diese jedoch substantiell zu ändern.

Hierzu gehören:

- Improvements to IPSASs (Verbesserungen der IPSAS)	Januar 2010	**	Geschäftsjahr 2015	1.1.2011
- Improvements to IPSASs 2010 (Verbesserungen der IPSAS 2010)	November 2010	**	Geschäftsjahr 2015	1.1.2012
- Improvements to IPSASs 2011 (Verbesserungen der IPSAS 2011)	Oktober 2011	**	Geschäftsjahr 2015	1.1.2013

¹⁾ Die erwähnten Standards und Änderungen bestehender Standards sind vom Regierungsrat zur Anwendung und Übernahme in die RLV (RRB Nr. 975/2013) unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Kantonsrat verabschiedet (Vorlage 5014). Die voraussichtliche Inkraftsetzung erfolgt zum 1. Januar 2015. Folgende Abweichung zu IPSAS 29 § 48 wurde beschlossen: Die Bewertung von Beteiligungen des Verwaltungsvermögens erfolgt zum Anschaffungswert oder dem tieferen Verkehrswert.

* IPSAS 28, 29 und IPSAS 30 lösen IPSAS 15 ab. Es werden vor allem zusätzliche Offenlegungen und Änderungen in der Darstellung der konsolidierten Jahresrechnung des Kantons Zürich erwartet.

** Es werden keine oder keine nennenswerten Auswirkungen auf die konsolidierte Jahresrechnung des Kantons Zürich erwartet.

*** Die Auswirkungen auf die konsolidierte Jahresrechnung sind noch nicht mit ausreichender Sicherheit bestimmbar.

Neuerungen in der Berichterstattung 2013

Änderungen von Rechnungslegungsgrundsätzen:

Zweckgebundene Fremdmittel

Mit dem Handbuch für Rechnungslegung 2013/ 2014 wurden die Regelungen zur Bilanzierung und Buchführung der zweckgebundenen Fremdmittel angepasst. Zweckgebundene Fremdmittel umfassen dabei finanzielle Mittel von Dritten zur Unterstützung der Aktivitäten der Leistungsempfänger, insbesondere projektbezogene Forschungsbeiträge, zweckgebundene Schenkungen und Spenden. Da zweckgebundene Fremdmittel vergleichbar mit Fonds sowie Legaten und Stiftungen zweckgebundene Sondervermögen darstellen, werden mit diesen vergleichbare Rechnungslegungsgrundsätze angewandt. Der Ausweis der noch nicht beanspruchten zweckgebundenen Fremdmittel erfolgt in der Bilanz unter Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel und nicht mehr unter den passiven Rechnungsabgrenzungen. Übersteigen die Aufwendungen für zweckgebundene Fremdmittel kurzfristig die Verbindlichkeiten, wird dieser Posten auf der Aktivseite unter den Forderungen ausgewiesen und nicht mehr unter den aktiven Rechnungsabgrenzungen. Aufwand und Ertrag der zweckgebundenen Fremdmittel werden brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Projektbeiträge zweckgebundener Fremdmittel

werden neu als Transferertrag erfasst, wenn es sich um Projektbeiträge von öffentlichen Gemeinwesen handelt, welche die Forschungsergebnisse wirtschaftlich nicht allein nutzen, da diese veröffentlicht werden (Projektbeiträge mit Transfercharakter). Bisher erfolgte ein Ausweis unter den Entgelten. Lediglich bei der Universität Zürich ergeben sich aus der Änderung der Rechnungslegungsgrundsätze grössere Auswirkungen in der Darstellung der Rechnung, die im nachfolgenden Abschnitt beschrieben werden.

Zweckgebundene Fremdmittel und sonstige Umgliederungen bei der Universität Zürich

Bis zum 31. Dezember 2012 wurden nicht alle zweckgebundenen Fremdmittel bei der Universität Zürich CRG-konform geführt. Auf diesen Mangel wurde jeweils in den Bilanzanpassungsberichten per 31. Dezember 2007 (Vorlage 4545) und per 31. Dezember 2008 (Vorlage 4625) hingewiesen. Im Rahmen der Überprüfung der zweckgebundenen Fremdmittel durch die Universität Zürich auf CRG-konforme Darstellung wurden Dienstleistungen und Weiterbildungsangebote eruiert, deren Veränderung in der Vergangenheit erfolgswirksam darzustellen gewesen wäre. Da die falsche Darstellung im Wesentlichen bereits in der Eröffnungsbilanz nach CRG in 2009 bestand, wurde eine erfolgsneutrale Umgliederung zwischen Eigenkapital und Passiver Rechnungsabgrenzung in Höhe von 14.9 Mio. Franken per 1. Januar 2013 vorgenommen. Zum 1. Januar 2013 führte die Universität Zürich technische und prozessuale Umstellungen ein, die es seitdem ermöglichen alle neuen sowie die bestehenden zweckgebundenen Fremdmittel CRG-konform abzuwickeln.

Im Rahmen der per 1. Januar 2013 vorgenommenen Überprüfung und technischen Anpassungen wurde auch der Ausweis in der Erfolgsrechnung und der Bilanz gemäss CRG-Kontenplan bei der Universität Zürich überprüft. Es wurden entsprechende Umgliederungen vorgenommen.

Gesamthaft resultieren hieraus die nachfolgenden Verschiebungen in der Bilanz:

R 2013 Mio. Franken	Veränderung gegenüber 31. Dezember 2012 (+ Zunahme/ -Abnahme)
UMLAUFVERMÖGEN	- 3.4
Finanzvermögen	- 3.4
Forderungen	+ 15.1
Aktive Rechnungsabgrenzungen	- 18.5
TOTAL AKTIVEN	- 3.4
FREMDKAPITAL	- 18.3
Kurzfristiges Fremdkapital	- 251.7
Laufende Verbindlichkeiten	+ 0.2
Passive Rechnungsabgrenzungen ¹⁾	- 252.0
Langfristiges Fremdkapital	+ 233.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 24.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	+ 257.7
EIGENKAPITAL	+ 14.9
Übriges Eigenkapital ¹⁾	+ 14.9
TOTAL PASSIVEN	- 3.4

¹⁾ Im Rahmen der Überprüfung der bestehenden zweckgebundenen Fremdmittel wurden Dienstleistungen und Weiterbildungsangebote eruiert, deren Veränderung in der Vergangenheit erfolgswirksam darzustellen gewesen wäre. Der die Vorjahre betreffende Saldo in Höhe von 14.9 Mio. Franken wurde per 1. Januar 2013 erfolgsneutral vom Fremd- ins Eigenkapital umgegliedert.

Der geänderte Ausweis der Projektbeiträge mit Transfercharakter hätte für 2012 in der Erfolgsrechnung eine Verminderung der Entgelte um 157.0 Mio. Franken bei gleichzeitiger Erhöhung des Transferertrages in gleicher Höhe bedeutet.

Auf eine Anpassung der Vorjahresangaben in der konsolidierten Rechnung wurde verzichtet.

Nachfolgende Sachverhalte wurden im Wesentlichen im Rahmen der Offenlegung in 2013 überarbeitet:

Verbindlichkeiten gegenüber Legaten und Stiftungen sowie zweckgebundenen Fremdmitteln

Im Berichtsjahr wird erstmals eine Übersicht zu den Verbindlichkeiten gegenüber Legaten und Stiftungen sowie zweckgebundenen Fremdmitteln ausgewiesen (Ziffer 45). Seit 2013 werden alle zweckgebundenen Fremdmittel unter dieser Bilanzposition geführt.

Gewährleistungen

Der Ausweis der Gewährleistungen (Ziffer 53) wurde für die Berichterstattung 2013 überarbeitet. Mit der geplanten Überarbeitung des CRG in 2017 bzw. 2018 ist beabsichtigt die Offenlegungsanforderungen von Gewährleistungen zu streichen. In Kenntnis dieser künftigen Anpassung wurde im vorliegenden Finanzbericht bereits auf eine Offenlegung verzichtet.

Verpflichtungskredite und Ausgabenbewilligungen

Der Ausweis der noch zulässigen Ausgaben in den Tabellen der Verpflichtungskredite und Ausgabenbewilligungen (Ziffer 51) wurden überarbeitet. Falls die getätigten Ausgaben grösser als das Total der bewilligten Ausgaben sind, wird als noch zulässige Ausgabe Null ausgewiesen und nicht wie in den Vorjahren die Differenz beider Werte.

Verhältnis zur Jahresrechnung (Stammhaus)

Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst neben der Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung auch die Einheiten der Rechtspflege, der übrigen kantonalen Behörden sowie Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann (§ 54 CRG).

Die Jahresrechnung des Stammhauses beinhaltet im Gegensatz zur konsolidierten Jahresrechnung nur die Rechnung des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (§ 47 ff. CRG). Buchführung und Rechnungslegung sind für beide Abschlüsse identisch (§ 27 RLV).

Verhältnis zum konsolidierten Budget

Das konsolidierte Budget wurde auf der gleichen Rechnungslegungsbasis wie die konsolidierte Jahresrechnung erstellt.

Konsolidierungskreis

Die konsolidierte Rechnung umfasst folgende Einheiten (§ 54 Abs. 1 CRG):

- Regierungsrat und Verwaltung
- Rechtspflege sowie die kantonalen Behörden, die von der Jahresrechnung nicht erfasst sind,
- Anstalten und weitere Organisationen, denen der Kanton wesentliche Betriebsbeiträge leistet und die er gleichzeitig wesentlich beeinflussen kann.

Betriebsbeiträge werden als wesentlich erachtet, wenn sie jährlich mindestens 20 Mio. Franken betragen (§ 28 Abs. 1 RLV). Der Begriff des Betriebsbeitrages ist dabei wirtschaftlich zu verstehen und ist nicht aus dem Staatsbeitragsgesetz abzuleiten.

Nicht konsolidiert werden Einheiten, die durch den Kanton gemäss § 3 des Staatsbeitragsgesetzes Subventionen erhalten (§ 28 Abs. 3 RLV).

Der Regierungsrat beschliesst jährlich den Kreis der zu konsolidierenden Einheiten. Mit RRB Nr. 253/2012 wurden für die konsolidierte Rechnung 2013 die folgenden Einheiten festgelegt:

- Regierungsrat
- Direktionen und die Staatskanzlei mit allen unterstellten Verwaltungseinheiten
- Kantonsrat
- Finanzkontrolle
- Gerichte und Notariate
- Ombudsstelle/ Datenschutzstelle
- Universität Zürich
- Zürcher Fachhochschulen, bestehend aus:
 - Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
 - Zürcher Hochschule der Künste
 - Pädagogische Hochschule Zürich
- Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation)
- Zentralbibliothek Zürich
- Universitätsspital Zürich
- Kantonsspital Winterthur
- Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Nicht konsolidiert werden die nachfolgend aufgeführten Einheiten:

- Abraxas Informatik AG
- Arbeitslosenkasse
- Axpo Holding AG
- BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich
- BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich (BVS)
- EKZ Elektrizitätswerke
- Flughafen Zürich AG
- GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich
- Kantag Liegenschaften AG
- Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse
- Legate und Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit

- Limmattalbahnhof AG
- Zentralwäscherei AG
- Zentrum für Gehör und Sprache Zürich (ZGSZ)
- ZKB Zürcher Kantonalbank

Konsolidierungsgrundsätze

Bei der Konsolidierung gelten die nachfolgend aufgeführten Konsolidierungsgrundsätze:

Vollkonsolidierung: Die konsolidierte Rechnung wird nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung erstellt (§ 29 RLV). Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Investitions- und der Erfolgsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen.

Einheitliche Abschlusstermine: Der Abschlusstermin für alle in die konsolidierte Rechnung einbezogenen Organisationen ist der 31. Dezember.

Einheitliche Rechnungslegungsgrundsätze: Alle zu konsolidierenden Einzelabschlüsse müssen aufgrund der im Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, der dazugehörigen Verordnung, dem Handbuch für Rechnungslegung oder Fachweisungen erlassenen Rechnungslegungs- und Bewertungsrichtlinien erstellt werden.

Einheitliche Kontenpläne und Kontierungsrichtlinien: Damit der konsolidierte Abschluss des Kantons ordnungsgemäss erstellt werden kann, werden alle Einzelabschlüsse der einbezogenen Organisationen nach einheitlichen Kontenplänen und Kontierungsrichtlinien erstellt. Einzelabschlüsse, die aufgrund von nationalen oder lokalen Vorschriften unterschiedlich ausgestaltet sind, müssen durch Umgliederung, Umkontierung und Umbewertungen auf die für den Kanton geltenden Richtlinien umgeschlüsselt werden. Die konsolidierten Einheiten konsolidieren ihrerseits weitere Organisationen, wenn die Voraussetzungen dazu erfüllt sind (§ 30 Abs. 1 RLV).

Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen

Die Erstellung der konsolidierten Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den Rechnungslegungsprinzipien bedingt die Anwendung von Schätzungen und Annahmen, welche die ausgewiesenen Aktiven, Verbindlichkeiten, Erträge, Aufwendungen sowie Eventualforderungen und –verbindlichkeiten zum Zeitpunkt der Bilanzierung beeinflussen. Die konsolidierten Einheiten treffen dabei Schätzungen und Annahmen bezüglich der Zukunft, wobei die effektive Entwicklung definitionsgemäss von den buchhalterischen Schätzwerten abweichen kann. Schätzungen und Annahmen werden laufend neu getroffen und basieren auf Erfahrungswerten der Vergangenheit sowie anderen Faktoren, die angemessen und begründet sind, wie Erwartungen bezüglich des Eintreffens zukünftiger Ereignisse. Zusätzlich sind bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze Entscheide zu treffen, die bedeutende Auswirkungen auf die in der konsolidierten Jahresrechnung ausgewiesenen Beträge haben können. Entscheide sind insbesondere bei der Beurteilung des Inhalts von Geschäftsvorfällen gefordert, die eine komplexe Struktur oder Rechtsform aufweisen. Dies gilt insbesondere für folgende Sachverhalte:

Fiskalertrag

Die Einkommens-, Vermögens-, Reingewinn- und Eigenkapitalsteuern werden gemäss den Bestimmungen von § 19 RLV ermittelt. Wenn es erforderlich ist, von den Rechenregeln des § 19 RLV abzuweichen, um ein den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons gemäss § 44 CRG zu erhalten, so werden diese Abweichungen wie auch die dazu notwendigen Schätzungen und Annahmen begründet und dokumentiert.

Forderungen

Die Wertberichtigung in der Erfüllung unsicherer Forderungen umfasst in erheblichem Mass Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf der Kreditwürdigkeit des einzelnen Kunden, das allgemeine Kreditrisiko und der Analyse historischer Forderungsausfälle beruhen.

Immobilien im Finanzvermögen

Gemäss § 56 Abs. 1 CRG sind Liegenschaften des Finanzvermögens zum Verkehrswert zu bilanzieren. Eine erfolgswirksame Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre oder wenn die Marktpreise wesentlich von den bilanzierten Werten abweichen. Die Immobilien wurden gemäss dem "Sachwertverfahren" bewertet. Dieses Verfahren stützt sich auf verschiedene Schätzungen, so zur Nutzungsdauer, zu den Bodenpreisen und den Lageklassen. Die letztmalige flächendeckende Neubewertung erfolgte in 2012.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Bei der Bewertung von Beteiligungen im Finanzvermögen, welche nicht börsenkotiert sind und für die auch keine konkreten Kaufangebote bestehen, kann auf ertragswertbasierte Bewertungsmodelle wie z.B. Discounted Cash Flow DCF abgestellt werden. Die Schätzung des Marktwertes hängt dann von Annahmen über die zukünftigen Geldflüsse und über den Diskontierungssatz ab.

Wertminderungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen

Die Sach- und immateriellen Anlagen werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Dabei sind für Anlagen des Verwaltungsvermögens der Wert der zukünftigen Nutzen und zukünftiger Geldflüsse bei einer allfälligen Veräusserung zu beurteilen. Frühere Beurteilungen können sich als falsch erweisen und zu einer Wertminderung gemäss § 57 Abs. 3 CRG führen, wenn beispielsweise die Nutzungsdauer von Anlagen verkürzt wurden, Gebäude anders genutzt werden, Anlagen anders als prognostiziert technisch veralten oder frühere Ertragsprognosen für Produkte und Lizenzen sich als falsch erweisen.

Leasing

Die Behandlung von Leasingtransaktionen in der konsolidierten Jahresrechnung hängt hauptsächlich davon ab, ob eine Leasingbeziehung als „operating lease“ oder „finance lease“ klassifiziert wird. Bei der Beurteilung der Verträge wird sowohl deren wirtschaftlichen Gehalt als auch die rechtliche Form der Leasingbeziehungen untersucht und ein Entscheid darüber getroffen, ob alle massgeblichen Risiken und Nutzen des geleasten Objektes auf den Leasingnehmer übergehen. Verträge, welche nicht die rechtliche Form einer Leasingbeziehung haben, aber das Recht zur Nutzung eines Vermögensgegenstandes beinhalten, sind ebenfalls Gegenstand solcher Beurteilungen.

Rückstellungen

Die konsolidierten Einheiten sind im Rahmen ihrer Tätigkeit in der Vergangenheit verschiedenen Risiken ausgesetzt, welche zu zukünftigen Geldabflüssen führen können. Die sicheren oder wahrscheinlichen Geldabflüsse sind zur Bildung von Rückstellungen zu schätzen (§ 55 Abs. 2 CRG). Weitere Erläuterungen zu Unsicherheiten bezüglich Höhe und Eintretenszeitpunkt sind unter Ziffer 42 Rückstellungen ersichtlich.

Offengelegte Pensionsverpflichtungen

Im Rahmen der Berechnungen der Vorsorgeverpflichtungen sowie der Über- bzw. Unterdeckung nach IPSAS 25 werden verschiedene versicherungsmathematische Annahmen gemeinsam mit den Aktuaren festgelegt, wie zum Beispiel die jährlich erwarteten Lohnerhöhungen und Rentenanpassungen, Austritts- und Sterbewahrscheinlichkeiten. Ändern sich die Parameter aufgrund geänderter Wirtschaftslage oder neuer Marktbedingungen, können die tatsächlichen Ergebnisse massgeblich von den versicherungsmathematischen Gutachten und Berechnungen abweichen.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Fiskalertrag

Steuerträge werden grundsätzlich in jenem Rechnungsjahr verbucht, für das sie geschuldet sind. Die Staatssteuererträge werden gemäss § 19 RLV berechnet. Quellensteuererträge werden verbucht, wenn sie vereinnahmt werden (§ 19 Abs. 1 RLV), die Erträge der Erbschafts- und Schenkungssteuer, wenn sie definitiv veranlagt, die Nachsteuern und Bussen der Staatssteuern, wenn sie in Rechnung gestellt sind.

Die Schätzung der Staatssteuererträge, die in den ersten vier Jahren nach der Steuerperiode für diese Steuerperiode eingehen (Nach- und Rückträge), erfolgt gemäss folgenden methodischen Ansätzen:

- Der Ertrag wird für natürliche und juristische Personen getrennt berechnet.
- Die erwarteten Nach- und Rückträge werden als prozentualer Zuschlag zu den im Rechnungsjahr (= Steuerperiode) provisorisch in Rechnung gestellten Steuern berechnet. Der Zuschlag wird für die vier Jahre berechnet, die auf die Steuerperiode folgen.
- Der prozentuale Zuschlag entspricht den durchschnittlichen Nachträgen der vergangenen acht Jahre. Davon kann abgewichen werden, wenn der Durchschnitt der Nachträge für das Rechnungsjahr als nicht repräsentativ erachtet wird. Solche Korrekturen müssen begründet und überprüfbar sein. Die Begründungen für Korrekturen werden im Anhang der Jahresrechnung offen gelegt.

Der Ertrag der Staatssteuern wird im vierten Jahr nach der Steuerperiode abgerechnet, weil dessen Höhe dann im Wesentlichen bekannt ist. Mehr- oder Mindererträge im Vergleich zum verbuchten Steuerertrag werden erfolgswirksam verbucht. Spätere Nach- und Rückträge werden im Rechnungsjahr, in dem sie anfallen, erfolgswirksam verbucht.

Besondere Entwicklungen und Beurteilungen können eine Korrektur der geschätzten Steuererträge nötig machen, noch bevor sie vier Jahre später ordentlich abgerechnet und erfolgswirksam korrigiert werden. Dies wird notwendig, wenn die Entwicklung der Nach- und Rückträge frühzeitig eine grosse Differenz zwischen den tatsächlichen und den verbuchten Nach- und Rückträgen erwarten lässt.

Die Forderungen aus Fiskalerträgen sind nach den gleichen Grundsätzen zu bewerten wie die übrigen Forderungen.

Erfassung von Entgelten, Regalien, Konzessionen und verschiedenen Erträgen

Entgelte stellen Erträge aus betrieblichen Leistungen dar. Bedeutende Entgelte sind beispielweise Gebühren für Amtshandlungen, Spital- und Heimtaxen, Schul- und Kurstaxen sowie Erträge aus Dienstleistungen, Verkäufen und Bussen.

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Nutzung hoheitlicher Güter durch Dritte wie das Salzregal, Jagd- und Fischereiregal oder aus der Verleihung von Konzessionen wie für Spielbanken und Spielautomaten, Lotterie und Sport-Toto. Eine besondere Stellung nimmt dabei der Gewinnanteil an der Schweizerischen Nationalbank ein.

Der Ertrag bei Entgelten wird generell im Zeitpunkt der Lieferung oder zum Zeitpunkt der Leistungserbringung durch den Kanton verbucht. Der Ertrag aus Gebühren wird im Zeitpunkt der Eröffnung des Entscheides (Verfügung, Bewilligung) verbucht. Dieser Grundsatz gilt auch für die Ertragsverbuchung von Bussen. Wird ein Rechtsmittel gegen eine Verfügung oder Busse ergriffen, erfolgt eine Verlängerung der Zahlungsfrist.

Verschiedene Erträge umfassen verschiedene betriebliche Erträge, aktivierte Eigenleistungen, Bestandesveränderungen und übrige, nicht zuordenbare Erträge. Die Erträge werden zum Zeitpunkt der Lieferung oder der Leistung durch den Kanton verbucht.

Transfererträge

Anteile des Kantons an Einnahmen anderer Gemeinwesen und Beiträgen ohne Zweckbindung werden als Transferertrag verbucht. Der Kanton Zürich partizipiert auf Grund gesetzlicher Grundlagen an den Einnahmen anderer Gemeinwesen, hauptsächlich aber an denen des Bundes. Diese Einnahmen umfassen unter anderem Anteile an der direkten Bundessteuer, Anteile am Wehrpflichtersatz, Anteile am Ertrag der eidgenössischen Alkoholverwaltung oder Beiträge im Rahmen des Finanzausgleichs. Anteile und Beiträge ohne Verwendungszweck werden grundsätzlich in dem Jahr verbucht, in dem der Kanton einen Rechtsanspruch auf seinen Anteil hat.

Entschädigungen sind Überweisungen von einem Gemeinwesen an den Kanton, sofern dieser ganz oder teilweise eine Aufgabe erfüllt, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Entschädigung an den Kanton wird auf Grund der Kosten der Aufgabe beim Kanton bemessen. Die Entschädigungen werden in der gleichen Periode erfolgswirksam verbucht, wie der Aufwand des Kantons für die Erbringung der öffentlichen Aufgabe verbucht wurde.

Beiträge von anderen Institutionen sind eingehende Beiträge, die für den Kanton selbst bestimmt sind und deren Verwendung zweckgebunden ist. Sie werden vom zahlenden Gemeinwesen auf Grund eines Erlasses gewährt. Beiträge von anderen Institutionen werden in dem Jahr als Ertrag verbucht, in welchem der Kanton die Leistung erbringt.

Durchlaufende Beiträge

Durchlaufende Beiträge sind Beiträge, die der Kanton Zürich von anderen Gemeinwesen zugunsten von anderen Gemeinwesen oder Dritten erhält. Die Beiträge sind nicht für den Kanton bestimmt, sondern werden an andere Begünstigte weitergeleitet. Die durchlaufenden Beiträge unterteilen sich in Betriebs- und Investitionsbeiträge, welche vorschüssig, periodengerecht oder nachschüssig geleistet werden können.

Durchlaufende Betriebsbeiträge werden aus Gründen der Transparenz brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Da die Geldeingänge und -abgänge nicht automatisch in der gleichen Rechnungsperiode erfolgen müssen, sind entsprechende periodengerechte Abgrenzungen vorzunehmen. Abgrenzungen werden so gebildet, dass die durchlaufenden Beiträge in dem Jahr in der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden, in dem der Endberechtigte die beitragsberechtigende Leistung erbringt.

Transferaufwände

Anteile anderer Gemeinwesen an Einnahmen und Beiträgen ohne Zweckbindung des Kantons werden als Transferaufwand ausgewiesen. Die Aufwände werden in der gleichen Rechnungsperiode wie die entsprechende Ertragsbuchung erfasst. Die Verbuchung erfolgt in der Regel brutto.

Entschädigungen an Gemeinwesen sind Abgeltungen für Dienstleistungen von Gemeinwesen, die für den Staat ganz oder teilweise Aufgaben erfüllen, die öffentlichen Zwecken dienen und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Staates sind. Die Entschädigungen an Gemeinwesen werden in der Rechnungsperiode als Transferaufwand erfasst, in welcher die Leistungen von den anderen Gemeinwesen erbracht werden.

Beiträge sind gemäss Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990 „zweckgebundene geldwerte Leistungen für die Erfüllung von Aufgaben im öffentlichen Interesse“. Auch diese stellen Transferaufwand dar. Sie werden ausgerichtet in der Form von Kostenanteilen, Kostenbeiträgen oder Subventionen. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen

hat der Empfänger einen rechtlich begründeten Anspruch, bei Subventionen nicht. Kostenbeiträge unterscheiden sich von Kostenanteilen dahingehend, als dass die Höhe des Beitrages nicht gesetzlich definiert ist, sondern vom Kantonsrat mit dem Budget festgelegt wird.

Beiträge unterscheiden sich von den Investitionsbeiträgen dadurch, dass beim Empfänger keine dauerhaften Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Beiträge sind zweckgebunden und können mit zusätzlich einzuhaltenden Bedingungen beim Empfänger versehen sein.

Für die periodengerechte Erfassung der Beiträge wird jeder Einzelfall gesondert beurteilt. Bei Kostenanteilen und Kostenbeiträgen erfolgt die Verbuchung im Jahr der Leistungserbringung des Empfängers. Bei Subventionen ist für die Verbuchung ein rechtsgültiger Entscheid notwendig. Die Verbuchung ist gleich geregelt wie diejenige bei Kostenanteilen.

Flüssige Mittel (Finanzvermögen)

Diese umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken, Zahlungen unterwegs, kurzfristige Geldmarktanlagen mit originären Laufzeiten von weniger als 90 Tagen oder Geldmarktanlagen, die jederzeit oder in sehr kurzer Frist in Bargeld umgewandelt werden können. Flüssige Mittel werden zum Nennwert und Geldmarktanlagen zum Marktwert bewertet.

Forderungen (Finanzvermögen)

Forderungen werden verbucht, wenn die entsprechende Lieferung oder Leistung erbracht ist und der Nutzen an den Käufer beziehungsweise Leistungsbezüger übergegangen ist. Forderungen werden zu Nominalwerten ausgewiesen, sofern deren Rückzahlung innerhalb eines Jahres vorgesehen ist. Andernfalls werden diese als langfristige Finanzanlage behandelt. Für zweifelhafte Forderungen, das allgemeine Kreditrisiko und zu erwartende Ertragsminderungen (Skonti) werden Wertberichtigungen vorgenommen. Die Forderungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung wertberichtigt. Pauschale Wertberichtigungen sind nur zulässig, wenn solide Erfahrungswerte vorliegen. Die Höhe der Wertberichtigungen richtet sich nach den konkreten Verhältnissen.

Vorräte und angefangene Arbeiten (Finanzvermögen)

Warenvorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellkosten und dem realisierbaren Nettoverkaufswert bilanziert. Die Anschaffungs- und Herstellkosten werden nach der gewichteten Durchschnittsmethode ermittelt. Ist der Aufwand zur Anwendung der Durchschnittsmethode unverhältnismässig gross, kann auf Antrag eine andere Bewertungsmethode angewendet werden.

In der Bilanz werden alle Auftragskosten, die wertvermehrend für den zu erstellenden Vermögenswert sind, unter der Position angefangene Arbeiten aktiviert. Die Bilanzierung von Bau- und Fertigungsaufträgen erfolgt für Projekte grösser Fr. 500 000 nach der Percentage of Completion-Methode. Der Fortschrittsgrad wird individuell für jedes Projekt ermittelt, indem die bereits aufgelaufenen Kosten ins Verhältnis zu den erwarteten Gesamtkosten gesetzt werden. Die aufgelaufenen Kosten und die gemäss Fortschrittsgrad realisierten Gewinne/ Verluste werden laufend in der Erfolgsrechnung ausgewiesen. Kleinere Projekte werden in einer Sammelposition nach der Cost of Completion-Methode bewertet und bilanziert. Kann der Fortschrittsgrad eines Projektes nicht verlässlich bestimmt werden, sind die Auftragskosten in der anfallenden Periode als Aufwand zu erfassen. Vorauszahlungen für angefangene Arbeiten werden periodengerecht abgegrenzt. Vorauszahlungen werden von den angefangenen Arbeiten gesondert ausgewiesen, es erfolgt ein Bruttodarstellung der Positionen.

Finanzanlagen im Finanzvermögen

Zu den Finanzanlagen im Finanzvermögen gehören Festgelder und alle Finanzanlagen, die nicht der Kontogruppe der Aktivdarlehen und der Beteiligungen zugeordnet werden können, sowie positive Wiederbeschaffungswerte aus Marktwertbewertungen von derivativen Finanzinstrumenten.

Festgelder sind verzinsliche Anlagen mit einer Restlaufzeit zwischen 90 und 360 Tagen, die der Kanton Zürich zur Anlage im Moment nicht benötigter Mittel hält. Die Bewertung der Festgelder erfolgt zum Nennwert. Positionen, deren Verzinsung von den üblichen Marktkonditionen abweicht, werden diskontiert. Festgeldanlagen mit einer Laufzeit über 360 Tage werden unter den übrigen langfristigen Finanzanlagen ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Der Kanton Zürich setzt derivative Finanzinstrumente als Sicherungsgeschäfte von Grundgeschäften im Bereich der Zinsen und Fremdwährungen ein. In der Bilanz werden diese Sicherungsgeschäfte zu Marktwerten bilanziert. Die Sicherungsinstrumente (Zinssatzswap oder Fremdwährungsswap) werden nach Hedge Accounting verbucht, wenn das Sicherungsinstrument und das Grundgeschäft identifizierbar sind und das Sicherungsgeschäft effektiv und wirksam ist. Wertveränderungen werden beim Hedge Accounting direkt im Eigenkapital erfasst und von dort zum Zeitpunkt der erfolgsmässigen Erfassung des Grundgeschäftes wieder ausgebucht. Sollte sich das Finanzinstrument nicht als Sicherungsinstrument für das Hedge Accounting qualifizieren, werden die Marktwertveränderungen am Bilanzstichtag in der Erfolgsrechnung verbucht.

Aktivdarlehen im Verwaltungsvermögen

Darlehen im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälligen Wertberichtigungen, beziehungsweise nach dem Anschaffungswertprinzip bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Eine Ausnahme stellen die Ausbildungsdarlehen dar, die pauschal bewertet werden, da das einzelne Darlehen in der Regel unter Fr. 50 000 liegt.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung gestellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Aktivdarlehen im Finanzvermögen

Darlehen im Finanzvermögen werden aktiviert, wenn ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Sie werden zum Nominalwert, abzüglich allfälliger Wertberichtigungen, beziehungsweise dem tieferen Verkehrswert bewertet. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Wertberichtigungen von Darlehen werden vorgenommen, wenn der gewährte Zins tiefer ist als der Marktzins, die Bonität des Schuldners fraglich ist, ein Rangrücktritt besteht oder wenn die Werthaltigkeit der zur Verfügung gestellten Sicherheiten fraglich ist. Die Höhe der Wertberichtigung richtet sich nach den konkreten Umständen und wird jährlich neu beurteilt.

Investitionsbeiträge

Die vom Kanton Zürich gewährten Investitionsbeiträge werden aktiviert, wenn der Wert der Investitionsbeiträge verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen über den Empfänger des Investitionsbeitrags für die Öffentlichkeit hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung einer überjährigen öffentlichen

Aufgabe vorgesehen ist. Damit eine Aktivierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Die Rückforderbarkeit muss zudem wahrscheinlich sein. Es besteht keine Aktivierungsuntergrenze.

Aktivierte Investitionsbeiträge werden über die Nutzungsdauer des mit den Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsgutes oder aber die kürzere Frist für den Wegfall der mit den Investitionsbeiträgen einhergehenden Auflagen und Bedingungen abgeschrieben. Grossprojekte mit langjähriger Bauphase werden auf dem Konto „Anlagen im Bau“ aktiviert. Die Umgliederung erfolgt bei Bauabschluss beziehungsweise bei Phasenabschluss bei gestaffelter Inbetriebnahme.

Vom Kanton Zürich empfangene Investitionsbeiträge werden unter den übrigen langfristigen Verbindlichkeiten bilanziert, wenn der Mittelzufluss zur Finanzierung von Mobilien oder Immobilien resp. eines Investitionsguts verwendet wird, welches für den Kanton oder die Öffentlichkeit einen überjährigen wirtschaftlichen Nutzen erbringt. Der Schuldbetrag entspricht dabei dem gewährten Geldbetrag. Eine Verrechnung der empfangenen Beiträge und des Investitionsguts darf nicht vorgenommen werden. Die langfristigen Verbindlichkeiten werden über die Nutzungsdauer des mit den empfangenen Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsguts über die Erfolgsrechnung im Transferertrag linear aufgelöst.

Beteiligungen

Beteiligungen werden aktiviert, wenn ihr Wert mittels anerkannter Bewertungsmethode verlässlich ermittelt werden kann und sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist. Für Beteiligungen im Finanzvermögen und im Verwaltungsvermögen gilt der Grundsatz der Einzelbewertung.

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen

Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden zum Anschaffungswert abzüglich notwendiger Wertberichtigungen bewertet. Der maximal bilanzierbare Wert entspricht dem Anschaffungswert oder dem tieferen effektiven Wert. Die Beteiligungen werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft.

Beteiligungen im Finanzvermögen

Beteiligungen im Finanzvermögen werden zum Verkehrswert bewertet. Für börsennotierte Gesellschaften entspricht der Verkehrswert dem Börsenwert. Für nicht kotierte Gesellschaften werden beispielsweise Kaufangebote oder ertragswertbasierte Modelle zur Bewertung beigezogen. Die Bewertung der verschiedenen Unternehmensbeteiligungen erfolgt gleichartig. Marktwertbewertungen werden periodisch aufdatiert und an neue Gegebenheiten angepasst.

Mobilien

Mobilien werden im Finanz- wie auch im Verwaltungsvermögen aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Mobilien beträgt Fr. 50 000. Gemäss § 7 Abs. 2 der Rechnungslegungsverordnung kann eine tiefere Aktivierungsgrenze festgelegt werden. Folgende Organisationseinheiten wenden eine Aktivierungsgrenze von Fr. 10 000 an: Kliniken und Betriebe, für die H+ Regelungen gelten, die Universität Zürich, die drei IV-Betriebe Hardundgut, Hardoskop und das Wohnheim Tilia sowie das Tiefbauamt. Die Aktivierungsgrenze gilt für Neuerwerbungen wie auch für nachträgliche, wertvermehrnde Investitionen. Wertvermehrnd ist eine Investition dann, wenn dadurch zusätzliche künftige wirtschaftliche Nutzen geschaffen oder die Nutzung gesteigert wird.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Mobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Es wird jährlich überprüft, ob Anzeichen für dauernde Wertminderungen bestehen. Wird eine dauernde Wertminderung festgestellt, erfolgt eine ausserplanmässige Abschreibung.

Für Mobilien im Finanzvermögen gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Wertebussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen.

Immobilien im Verwaltungsvermögen

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt Fr. 50 000. Es werden jedoch alle Immobilien aktiviert. Gebäude mit einem Wert von weniger als Fr. 50 000 werden noch im Anschaffungsjahr vollständig abgeschrieben.

Immobilien im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und auf Grund der geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Ausgenommen sind Grundstücke und Waldungen, welche nicht abgeschrieben werden. Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden jährlich auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Liegt der Nutzwert dauerhaft unterhalb des Buchwertes, wird eine ausserplanmässige Abschreibung vorgenommen.

Wertvermehrende Investitionen über Fr. 50 000, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder den wirtschaftlichen Nutzen einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Bestandteile werden separat aktiviert, wenn sie unterschiedliche Nutzungsdauern aufweisen oder ihre Nutzung in einer unterschiedlichen Abschreibungsmethode berücksichtigt werden muss.

Aktivierte Mieterausbauten und Installationen in gemieteten Räumlichkeiten werden über die geschätzte Nutzungsdauer oder die kürzere Mietvertragsdauer abgeschrieben. Bei Ende des Mietverhältnisses sind sie vollständig abzuschreiben, es sei denn, sie können bei einem Rückbau weiter verwendet werden.

Immobilien im Finanzvermögen

Immobilien im Finanzvermögen werden aktiviert, sofern ihr Wert verlässlich ermittelbar ist und sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen. Immobilien werden vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übertragen, wenn sie nicht weiter für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben vorgesehen sind. Der Übertrag vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen erfolgt zum Buchwert im Verwaltungsvermögen. Die Aktivierungsgrenze für Immobilien beträgt Fr. 50 000.

Immobilien werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Für die Folgebewertung von Immobilien des Finanzvermögens gilt das Verkehrswertprinzip. Die Vermögenswerte werden jährlich bezüglich ihrer Werthaltigkeit überprüft. Liegen Indikatoren für Wertebussen vor, werden die Sachanlagen neu bewertet und gegebenenfalls ausserordentliche Abschreibungen vorgenommen. Eine Neubewertung erfolgt mindestens alle vier Jahre. Die letztmalige flächendeckende Neubewertung erfolgte in 2012. Gleichartige Sachanlagen werden gleichzeitig neu bewertet.

Wertvermehrende Investitionen über Fr. 50 000, welche zusätzlichen künftigen wirtschaftlichen Nutzen schaffen oder die wirtschaftliche Nutzungsdauer einer Sachanlage verlängern, werden aktiviert. Reine Reparatur- und Instandhaltungsaufwendungen werden als Aufwand erfasst.

Immaterielle Anlagen

Als immaterielle Anlagen qualifizieren sich insbesondere Software, Copyrights, eigene Rezepte, Lizenzen, Goodwill, kommerziell nutzbare Forschungsergebnisse, einzigartiges Know-how für polizeiliche Untersuchungen, Baupläne oder im Grundbuch eingetragene Rechte.

Damit eine Aktivierung der immateriellen Anlage erfolgt, muss diese identifizierbar sein, die Verfügungsmacht beim Kanton liegen, ein künftiger wirtschaftlicher Nutzen bestehen und die Anschaffungs- und Herstellkosten nachweisbar sein. Die Aktivierungsuntergrenze beträgt Fr. 200 000. Gemäss § 7 Abs. 2 der Rechnungslegungsverordnung kann eine tiefere Aktivierungsgrenze festgelegt werden. Folgende Organisationseinheiten wenden eine Aktivierungsgrenze von Fr. 10 000 an: Kliniken und Betriebe, für die H+ Regelungen gelten, die Universität Zürich, die drei IV-Betriebe Hardundgut, Hardoskop und das Wohnheim Tilia. Die Zürcher Fachhochschulen, bestehend aus der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste und Pädagogischen Hochschule Zürich, wenden eine Aktivierungsgrenze von Fr. 50 000 an. Erworbene und selbst hergestellte immaterielle Anlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellkosten bewertet. Die geschätzte Nutzungsdauer, über welche die Anlagen linear abgeschrieben werden, liegt bei Software zwischen 3 und 5 Jahren. Patente, Lizenzen und Nutzungsrechte werden nicht abgeschrieben.

Die Werthaltigkeit von immateriellen Anlagen wird immer dann überprüft, wenn auf Grund veränderter Umstände oder Ereignisse eine Überbewertung der Buchwerte möglich scheint.

Leasing

Anlagen, die aufgrund von Leasingverträgen genutzt werden und bei denen die Chancen und Risiken aus Eigentum auf den Leasingnehmer übergehen, sind unter derjenigen Position zu aktivieren, wie wenn sie gekauft worden wären. Dabei erfolgt die erstmalige Bilanzierung zum Barwert der minimalen Leasingzahlungen. Als Abzinsungsfaktor wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende Zinssatz angewendet. Gleichzeitig wird die zugehörige Verpflichtung als Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasing erfasst. Die Leasingraten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil aufzuteilen. Die Abschreibung des Leasinggutes erfolgt über die im Vertrag vereinbarte Nutzungsdauer oder falls in Bezug auf die Nutzungsdauer keine Regelung vorliegt über die wirtschaftliche Nutzungsdauer. Leasingzahlungen bei operativem Leasing sind als Aufwand in der Erfolgsrechnung linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses zu erfassen.

Alle Leasingverträge mit einem Vertragswert von weniger als Fr. 50 000 pro Sachverhalt werden als operatives Leasing gleich wie Miete behandelt und nicht aktiviert.

Dauernde Wertminderungen (Impairments)

Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden regelmässig auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftigen aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt.

Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in der Höhe der Differenz als ausserplanmässige Abschreibung verbucht.

Laufende Verbindlichkeiten

Laufende Verbindlichkeiten werden bilanziert, wenn ihr Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt und der Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu begleichen. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

Finanzverbindlichkeiten

Finanzverbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten des Kantons entstehen, sowie negative Wiederbeschaffungswerte aus Marktwertbewertungen von derivativen Finanzinstrumenten. Unter kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, welche innerhalb von 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden, fallen Verbindlichkeiten gegenüber Geldinstituten und sonstigen Parteien. Zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehören Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine, Staatsanleihen, Darlehen und langfristige Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing.

Die Bewertung der kurzfristigen und langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert. Kassascheine und Staatsanleihen werden nach der Effektivzinsmethode bewertet. Die Effektivzinsmethode verteilt die Differenz zwischen Anschaffungs- und Rückzahlungswert (Agio/ Disagio/ Transaktionskosten) über die gesamte Laufzeit der Anlage. Daraus resultiert eine konstante Verzinsung bis zum Endverfall.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn aus einem Ereignis in der Vergangenheit eine Verpflichtung entsteht, der Abfluss von Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung wahrscheinlich ist und eine zuverlässige Schätzung der Höhe der Verpflichtung vorgenommen werden kann. Ist der Abfluss von Ressourcen nicht wahrscheinlich, das heisst kleiner als 50 % oder kann er nicht zuverlässig geschätzt werden, wird der Sachverhalt als Eventualverbindlichkeit im Anhang ausgewiesen.

Rückstellungen werden gebildet, wenn das fragliche Ereignis eine mögliche Verpflichtung grösser Fr. 500 000 für den Kanton zur Folge hat. Rückstellungen für personalrechtliche Ansprüche werden ungeachtet von deren Höhe gebildet.

Restrukturierungsrückstellungen werden erst nach Vorlage eines Entscheides des zuständigen Organs, nach Vorlage eines detaillierten Restrukturierungsplans inklusive des Zeitpunkts der Reorganisation und wenn deren Höhe mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann, gebildet.

Die Bewertung muss nach dem Grundsatz der bestmöglichen Schätzung erfolgen. Die gebildete Rückstellung muss unter Verwendung aller mit verhältnismässigem Aufwand erhältlichen Informationen nachvollziehbar begründet werden können.

Vorsorgeverpflichtungen

In der Rechnung 2013 werden die Vorsorgeverpflichtungen gemäss § 4 Absatz 1 lit. c RLV ausgewiesen, dass entspricht im Wesentlichen der in den Vorjahren getroffenen Festlegungen laut RRB 1001 vom 4. Juli 2007. Die Bilanzierung der Vorsorgeverpflichtung erfolgt nach dem Grundsatz von Swiss GAAP FER 16. Die Bewertung wird jährlich aktualisiert. Die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 wird als Eventualverpflichtung im Anhang der konsolidierten Rechnung ausgewiesen. Die Bewertung der Verpflichtung nach IPSAS 25 erfolgt zu Beginn jeder Legislaturperiode neu. Bei ausserordentlichen Entwicklungen erfolgen zusätzliche Bewertungen während der Legislaturperiode.

Nachfolgend sind die Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze nach Swiss GAAP FER 16 und IPSAS 25 aufgeführt.

Bilanzierung und Bewertung nach Swiss GAAP FER 16

Es erfolgt eine jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Kantons per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung. Die Höhe des wirtschaftlichen Nutzens entspricht dem vorgesehenen Umfang, in dem der Kanton mindestens von vorhandenen freien Mitteln der Pensionskasse profitieren kann, z.B. über eine Senkung der Arbeitgeberbeiträge. Die Höhe der wirtschaftlichen Verpflichtung entspricht dem Mittelumfang, den der Kanton für die Behebung einer bestehenden Unterdeckung in der Pensionskasse aufwenden muss oder will, z.B. über Sanierungsbeiträge. Die Veränderung des wirtschaftlichen Nutzens oder der wirtschaftlichen Verpflichtung gegenüber dem entsprechenden Wert der Vorperiode wird über die Erfolgsrechnung erfasst.

Bilanzierung und Bewertung nach IPSAS 25

Ziel der Rechnungslegung nach IPSAS 25 ist in erster Linie der periodengerechte Ausweis des Aufwandes für Leistungen an Arbeitnehmende. Dies bedeutet im Wesentlichen eine neue Berechnung der Verpflichtungen und des sich daraus ergebenden Aufwandes sowie die Erfassung dieses Aufwandes, der in der Regel vom reglementarisch bezahlten Arbeitgeberbeitrag abweicht.

Das technisch notwendige Deckungskapital wird im Unterschied zu den Bestimmungen im Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) dynamisch und unter Verwendung eines anderen Diskontierungssatzes berechnet. Dynamisch bedeutet, dass künftige Entwicklungen der versicherungstechnischen Annahmen, welche für die Höhe der künftigen Vorsorgeleistungen relevant sind, in die Berechnung des Deckungskapitals einbezogen werden müssen. Die versicherungstechnischen Annahmen widerspiegeln die demographische Entwicklung der Anspruchsberechtigten wie die Sterblichkeit, die Invalidität oder die Austritts- und Pensionierungswahrscheinlichkeit. Weiter werden der technische Zinssatz, die künftige Lohnentwicklung, die künftige Rentenanpassungen und der voraussichtliche Vermögensertrag bei der Berechnung des Deckungskapitals berücksichtigt.

Den neu berechneten Vorsorgeverpflichtungen werden die Aktiven abzüglich übrigen Verpflichtungen zu reinen Marktwerten, das heisst ohne Schwankungsreserve, gegenübergestellt.

Fonds, Legate und Stiftungen

Alle Fonds werden zu Nominalwerten bewertet. Sie werden nach ihrem Charakter und wirtschaftlichen Gehalt dem Fremd- oder Eigenkapital zugeordnet. Im Fremdkapital werden Fonds ausgewiesen, die ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken. Die übrigen Fonds werden im Eigenkapital ausgewiesen. Aufwand und Ertrag der Fonds im Fremdkapital sowie von Fonds zur Vorfinanzierung von Investitionen werden brutto über die Erfolgsrechnung verbucht. Die Über- oder Unterdeckungen der Fonds im Eigenkapital werden als Teil des Jahresergebnisses ausgewiesen und im Eigenkapitalnachweis dargestellt.

Legate und Stiftungen sind Vermächtnisse von meist privaten Dritten zu Gunsten des Kantons oder seiner Anstalten in Form von Vermögenswerten. Die Verwendung der Mittel wird vom Donator unterschiedlich stark vorgegeben oder eingeschränkt.

Legate und Stiftungen können mit eigener oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebildet werden. Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit verfügen über einen eigenen Stiftungsrat, der auch das Reglement genehmigt, die Rechnung abnimmt und die Oberaufsicht ausübt. Diese Stiftungen werden in der konsolidierten Jahresrechnung

des Kantons nicht ausgewiesen. Bei Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit übt der Regierungsrat die Oberaufsicht aus. Diese Legate und Stiftungen werden in der Bilanz aufgeführt. Ihr Ausweis unter Fremd- und Eigenkapital richtet sich nach der Zweckbindung der Zuwendungen.

Umfassen die Verwendungsbestimmungen eng und präzise umschriebene Tätigkeiten und besteht kein grosser Handlungsspielraum (einschränkende Zweckbindung) so werden die Kapitalien unter den Fonds im Fremdkapital ausgewiesen. Sehen die Zweckbestimmungen eine treuhänderische Verwendung der Mittel für Zwecke ausserhalb des Aufgabenbereichs der bedachten Institution vor, erfolgt der Ausweis des Kapitals ebenfalls unter dem Fremdkapital. Unter dem Fonds im Eigenkapital werden Legate und Stiftungen ausgewiesen, deren Verwendungszweck offen ist und die bedachte Institution einen grossen Entscheidungsspielraum hat, wie die Gelder einzusetzen sind. Der auf der Passivseite aufgeführte Betrag entspricht dem Bruttovermögen der Legate und Stiftungen ohne Rechtspersönlichkeit.

Zweckgebundene Fremdmittel im Fremdkapital

Zweckgebundene Fremdmittel im Fremdkapital sind finanzielle Mittel von Dritten, deren Verwendung durch den Donator vorgegeben ist. Darunter fallen projektbezogene Forschungsbeiträge sowie Schenkungen mit vorbestimmtem Verwendungszweck. Sie stellen wie die Vermögen der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit Sondervermögen dar, die zum Nominalbetrag bewertet werden.

Die zweckbestimmten Aufwände und Erträge werden je Vorhaben in der Erfolgsrechnung erfasst. Der Erfolg je Vorhaben wird durch erfolgswirksame Einlagen in die zweckgebundenen Fremdmittel oder erfolgswirksame Entnahmen ausgeglichen, womit die Ergebnisse dieser Vorhaben sich nicht auf das Gesamtergebnis der konsolidierten Rechnung auswirken.

Übersteigen die zweckgebundenen Aufwände die einbezahlten Fremdmittel, wird dieser Posten unter den Forderungen auf der Aktivseite ausgewiesen.

Übriges Eigenkapital

Die Bilanzposition übriges Eigenkapital beinhaltet folgende Positionen:

- Rücklagen
- Gewinnanteile gemäss § 50 der Finanzcontrollingverordnung (FCV)
- Reserven aus Absicherungsgeschäften
- Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre. Dieses Konto weist die Summe aller Ergebnisse der Vorjahre aus. Die Werte werden zum Nominalwert ausgewiesen.
- Selbstständige Anstalten, welche mit Dotationskapitalien vom Kanton ausgestattet sind, weisen diese im übrigen Eigenkapital aus. Das Dotationskapital wird zum Nominalwert bewertet. In der konsolidierten Rechnung erscheinen die Dotationskapitalien der konsolidierten Einheiten nicht.

Rücklagen

Rücklagen stellen Reserven dar und werden im Eigenkapital bilanziert, wenn sie auf Antrag des Regierungsrates vom Kantonsrat bewilligt werden. Die Verwendung der Rücklagen verändert den ausgewiesenen Bestand gemäss Wert des entsprechenden Mittelabflusses.

Gewinnanteile gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung (FCV)

Gemäss § 50 Finanzcontrollingverordnung können selbständige Anstalten dem Kantonsrat beantragen, den Jahresgewinn einem Reservenkonto für einbehaltene Gewinne zuzuweisen. Das Konto ist dem Eigenkapital zugeordnet.

Reserven aus Absicherungsgeschäften

In die Marktwertreserven werden die Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten, die dem Hedge Accounting dienen, gebucht. Bei dieser Buchungspraxis werden die Wertänderungen direkt im Eigenkapital erfasst und nicht in der Erfolgsrechnung ausgewiesen.

Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel

Das Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres ohne die Ergebnisse der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Folgejahr auf das Konto kumulierte Ergebnisse der Vorjahre umgebucht.

Fonds/ Legate im Eigenkapital

Das Jahresergebnis Fonds/ Legate im Eigenkapital umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Legaten und Stiftungen ohne eigener Rechtspersönlichkeit. Das Jahresergebnis wird im Bestandeskonto der Fonds und Legate im Eigenkapital im Berichtsjahr ausgewiesen.

Fremdwährungsumrechnung

Bankkonten in Fremdwährung werden zum Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Auftretende Umrechnungsdifferenzen können zu unrealisierten Fremdwährungsgewinnen und -verlusten führen, welche erfolgswirksam verbucht werden. Der Ausweis erfolgt über die Position realisierte Kursverluste.

Transaktionen in ausländischen Währungen werden zum festgelegten und laufend, d.h. alle zwei Wochen, aktualisierten Buchkurs in Franken umgerechnet. Realisierte Fremdwährungsgewinne und -verluste ergeben sich aus der Differenz zwischen Buchkurs und dem Zahlungskurs. Diese werden erfolgswirksam unter realisierten Kursverlusten ausgewiesen.

Hinweis zu den im Finanzbericht ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Sind positive oder negative Abweichungen in % grösser als 100.0% wird anstatt des Wertes der Ausdruck „> 100.0“ angegeben.

Risikocontrolling / Finanzielles Risikomanagement

Risikocontrolling

Risikosituation

Der Kanton ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die unmittelbar oder mittelbar mit den ihm übertragenen Aufgaben verbunden sind. Aus diesen Risiken können kurz-, mittel- oder langfristig Mittelabflüsse entstehen. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Risikomanagement

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken werden sowohl organisatorische, personelle als auch technische Massnahmen eingesetzt. Die Risiken werden aktiv bewirtschaftet. Die Wirksamkeit der Massnahmen wird laufend überwacht und die Massnahmen stetig weiterentwickelt, um ein optimales Risikomanagement zu gewährleisten, welches integrierter Bestandteil der Geschäftsprozesse ist.

Berücksichtigung von Risiken in der konsolidierten Rechnung

Der Ausweis von Risiken in der konsolidierten Rechnung beschränkt sich auf die finanziellen Risiken und erfolgt je nach Charakter der Risiken unterschiedlich. Anhand der Eintretenswahrscheinlichkeit können folgende Stufen unterschieden werden:

- Bereits eingetretene Risiken, welche auf Ereignissen in der Vergangenheit basieren, und deren Mittelabfluss wahrscheinlich ist, werden in der konsolidierten Jahresrechnung als Verbindlichkeiten oder Rückstellungen ausgewiesen. Sie wurden bereits in der Erfolgsrechnung erfasst.
- Sachverhalte, für die ein erhebliches, quantifizierbares Risiko besteht, werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung als Eventualverbindlichkeiten offen gelegt. Es wurden noch keine Aufwände verbucht.

Durch die internen Prozesse ist sichergestellt, dass die Risiken vollständig erfasst werden und in die konsolidierte Berichterstattung einfließen.

Finanzielles Risikomanagement

Internes Kontrollsystem

Ein, den Anforderungen der Rechnungslegungsverordnung (RLV) entsprechendes, dokumentiertes internes Kontrollsystem (IKS), das die wesentlichen finanziellen Risiken abdeckt, war bei allen in der konsolidierten Rechnung einbezogenen Einheiten per 1. Januar 2013 gemäss Verfügung der Finanzdirektion vom 13. Oktober 2013 zur Realisierung vorgesehen.

Komponenten des finanziellen Risikomanagements

Das Finanzielle Risikomanagement umfasst die folgenden Komponenten: Preisrisiken, Kreditrisiken und Liquiditätsrisiken. Diese Kategorien finanzieller Risiken sind nachfolgend erläutert.

Preisrisiken

Preisrisiken umfassen Zinsrisiken, Währungsrisiken und Marktwert Risiken. Der Kanton ist in erster Linie den Zinsrisiken ausgesetzt, die Währungsrisiken und Marktwert Risiken können als zweitrangig betrachtet werden.

Zinsrisiken

Das Zinsrisiko des Kantons entsteht aus den variabel verzinslichen Finanzschulden, die Höhe des Aufwands wird somit von der Entwicklung des Marktzinsniveaus beeinflusst. Bei festverzinslichen Finanzverbindlichkeiten können Änderungen der Zinssätze zu Schwankungen des Fair Value von solchen Finanzverbindlichkeiten führen, was jedoch weder auf das Ergebnis noch auf die zukünftigen Cashflows des Kantons Auswirkungen hat.

Die folgende Tabelle zeigt die Auswirkungen von Zinssatzänderungen auf das Ergebnis des Kantons:

Mio. Franken	per	Auswirkung bei Zinssatzänderung um	
	31.12.2013	+/- 0.5 %	+/- 1.0 %
Finanzschulden zu fixen Zinssätzen	5 763	keine Auswirkung	keine Auswirkung
Finanzschulden zu variablen Zinssätzen	75	+/- 0.4	+/- 0.8

Die Zinsrisiken werden mehrheitlich durch das Amt für Tresorerie überwacht und minimiert, indem auf eine ausgewogene Finanzierung mit fixen und variablen Zinssätzen geachtet, das Marktzinsniveau laufend überwacht und unverzüglich auf Änderungen des Marktzinsniveaus reagiert wird. Zur Absicherung von Zinssatzschwankungen werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente (Zinssatzswaps) eingesetzt (siehe auch Ziffer 48 Absicherungsgeschäfte).

Währungsrisiken

Das Währungsrisiko beinhaltet die Abhängigkeit von Veränderungen der Wechselkurse fremder Währungen. Der Kanton sichert sämtliche wesentlichen Fremdwährungsbestände ab. Per 31. Dezember 2013 bestanden keine wesentlichen Fremdwährungsbestände.

Marktwert Risiken

Die Marktwert Risiken zeigen die Wertschwankungen von Finanzanlagen in der Bilanz auf und sind abhängig von der Marktpreisvolatilität der jeweiligen Finanzanlagen. Die wesentlichsten Marktpreisrisiken in der Bilanz per 31. Dezember 2013 setzen sich aus den kurzfristigen verzinslichen Anlagen von 19.5 Mio. Franken (Vorjahr: 22.8 Mio. Franken) sowie den verzinslichen Anlagen im Finanzvermögen von 257.8 Mio. Franken (Vorjahr: 105.8 Mio. Franken) zusammen.

Durch die Strategie, die verzinslichen Anlagen nicht vor dem jeweiligen Ablaufdatum zu verkaufen, wird das Marktwert Risiko auf temporäre Schwankungen reduziert.

Kreditrisiken

Kreditrisiken entstehen durch die finanziellen Vermögenswerte des Kantons, welche die flüssigen Mittel sowie kurzfristige und langfristige Forderungen umfassen. Das Kreditrisiko beinhaltet mögliche Forderungsausfälle, was einen finanziellen Verlust für den Kanton darstellen würde. Alle Einheiten des Kantons überwachen ihre finanziellen Vermögenswerte laufend und erfassen wenn nötig Wertberichtigungen, welche einerseits auf Erfahrungswerten und andererseits auf der bekannten oder erwarteten Kreditfähigkeit der Gegenpartei beruhen.

Das maximale Kreditrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert dieser finanziellen Vermögenswerte und beträgt 6 232 Mio. Franken (Vorjahr: 7 428 Mio. Franken). Per 31. Dezember 2013 setzt sich das Kreditrisiko wie folgt zusammen:

Mio. Franken	per	per	Anhang Ziffer
	31.12.2013	31.12.2012	
Total Kreditrisiko	6 232	7 428	
Flüssige Mittel	1 426	2 337	18
Forderungen	3 049	3 158	19
Kurzfristige Finanzanlagen Finanzvermögen	180	228	22
Langfristige Finanzanlagen Finanzvermögen	284	227	22
Darlehen Verwaltungsvermögen	1 292	1 477	29

Die flüssigen Mittel sowie die kurzfristigen Finanzanlagen werden im Wesentlichen zentral durch das Amt für Tresorerie bewirtschaftet. Die Steuerung des Kreditrisikos erfolgt über die Vergabe von Kreditlimiten und Bonitätsprü-

fungen der Gegenparteien. Die Bonität der Gegenparteien wird laufend überwacht und die Höhe der Kreditlimiten entsprechend angepasst.

Die Forderungen umfassen hauptsächlich Steuerforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen und Forderungen aus Strassenverkehrsabgaben. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Gläubigern verteilt. Dem Kreditausfallrisiko wird mit spezifischen Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten Rechnung getragen.

Die Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im vorliegenden Bericht unter Ziffer 30 einzeln aufgeführt. Bei den wesentlichen Positionen werden die Verlustrisiken als gering eingestuft, da sie teilweise durch Passivpositionen abgedeckt oder grundpfandrechtlich abgesichert sind. Die bedeutenden Schuldner weisen eine erstklassige Bonität auf.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Kanton seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht nachkommen kann. Diese Liquiditätsrisiken werden durch das Amt für Tresorerie laufend aktiv überwacht. Die Gestaltung der Finanzierungsstruktur richtet sich nach der angestrebten Fristenkongruenz. Mit Liquiditätsreserven wird die stete Zahlungsfähigkeit sichergestellt. Das maximale Liquiditätsrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert der finanziellen Verbindlichkeiten und beträgt -7 511 Mio. Franken (Vorjahr: -6 245 Mio. Franken).

Mio. Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2012	Anhang Ziffer
Total Liquiditätsrisiko	- 7 511	- 6 245	
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 684	- 1 722	36
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 440	- 711	37
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 388	- 3 812	39

Erläuterungen zu den laufenden Verbindlichkeiten sind unter Ziffer 36 ersichtlich. Die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten sowie eine Übersicht der Fälligkeitsstruktur der langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind in den Ziffern 37 und 39 erläutert.

Erläuterungen zu Positionen der konsolidierten Rechnung

1. Fiskalertrag

Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Fiskalertrag	6 247	6 462	6 281	- 33	-0.5
Staatssteuern natürliche Personen	4 611	4 740	4 640	- 29	- 0.6
Staatssteuern juristische Personen	1 098	1 204	1 131	- 33	- 2.9
Erbschafts- und Schenkungssteuer	224	210	204	20	9.9
Verkehrsabgaben	311	305	303	8	2.8
Übrige direkte Steuern	3	3	3	0	0.0

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Die Abweichungen bei den Staatssteuern natürliche Personen und den Staatssteuern juristische Personen werden in der nachfolgenden Ziffer 2 Staatssteuern begründet. Die Beträge von Ziffer 1 und 2 differieren leicht, weil der Fiskalertrag in Ziffer 1 den Ertrag aus Bussen nicht enthält.

2. Staatssteuern

Grundlage für den periodengerechten Ausweis des Staatssteuerertrages ist § 19 der Rechnungslegungsverordnung (RLV).

Mio. Franken	§ 19 RLV	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz Abs.	R 12/13 %
Staatssteuern natürliche Personen		4 616	4 745	4 644	- 27	- 0.6
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	3 596	3 651	3 502	93	2.7
- davon Einkommenssteuern		3 067	3 121	2 983	84	2.8
- davon Vermögenssteuern		529	530	520	9	1.8
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	680	650	651	28	4.3
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹⁾	Abs. 2 lit.c	5	42	158	- 153	- 96.9
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²⁾	Abs. 2 lit.d	6	23	12	- 6	- 48.3
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	31	40	32	- 0	- 1.6
Quellensteuern	Abs. 1	279	240	246	33	13.3
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³⁾	Abs. 3	20	99	42	- 22	- 52.5
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge</i>	<i>Abs. 2 lit.b</i>	<i>18.9%</i>	<i>17.8%</i>	<i>18.6%</i>		
Staatssteuern juristische Personen		1 098	1 204	1 131	- 33	- 2.9
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	932	950	912	20	2.2
- davon Gewinnsteuern		783	815	769	14	1.8
- davon Kapitalsteuern		149	135	143	6	4.4
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	208	202	213	- 6	- 2.6
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹⁾	Abs. 2 lit.c	4	13	- 33	38	> 100.0
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²⁾	Abs. 2 lit.d	23	7	25	- 1	- 5.5
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	1	1	1	- 0	- 35.0
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³⁾	Abs. 3	- 70	31	13	- 83	> 100.0
<i>Durchschnitt der erwarteten Nach- und Rückträge</i>	<i>Abs. 2 lit.b</i>	<i>22.3%</i>	<i>21.3%</i>	<i>23.4%</i>		
Staatssteuern natürliche und juristische Personen		5 715	5 949	5 775	- 60	- 1.0
Fakturierter Ertrag für Steuerperiode	Abs. 2 lit.a	4 527	4 601	4 414	113	2.6
Nach- und Rückträge für Steuerperiode	Abs. 2 lit.b	887	852	865	23	2.6
Nach- und Rückträge für abzurechnende Steuerperiode ¹⁾	Abs. 2 lit.c	9	55	124	- 115	- 92.7
Nach- und Rückträge für frühere, abgerechnete Steuerperioden ²⁾	Abs. 2 lit.d	30	30	37	- 7	- 19.7
Nachsteuern und Bussen	Abs. 2 lit.e	32	41	33	- 1	- 2.9
Quellensteuern	Abs. 1	279	240	246	33	13.3
Korrektur von bilanzierten Nach- und Rückträgen ³⁾	Abs. 3	- 50	130	55	- 105	> 100.0

¹⁾ Im Berichtsjahr ist die Steuerperiode 2009 abzurechnen; im Jahr 2012 war die Steuerperiode 2008 abzurechnen (§ 19 Abs. 2 lit. c RLV).

²⁾ Im Berichtsjahr sind die tatsächlichen Nach- und Rückträge für vor 2009 abgerechnete Steuerperioden auszuweisen (§ 19 Abs. 2 lit. d RLV); verglichen werden sie mit den im 2012 verbuchten Nach- und Rückträgen für abgerechnete Steuerperioden vor 2008.

³⁾ In Anwendung von § 19 Abs. 3 RLV wird im Jahr 2013 – vor der ordentlichen Abrechnungsfrist - eine Korrektur der geschätzten Steuererträge der Steuerperiode 2010 und 2011 vorgenommen. In der Rechnung 2012 sind die geschätzten Steuererträge der Steuerperiode 2009 und 2010 korrigiert worden.

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Staatssteuern natürliche Personen -27 Mio. Franken

+84 Höherer fakturierter Ertrag aus Einkommenssteuern für die laufende Steuerperiode.

+33 Höhere Quellensteuererträge.

-153 Tiefere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode.

Staatssteuern juristische Personen -33 Mio. Franken

+38 Höhere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode.

-83 Verschlechterung bei vorzeitigen Korrekturen von geschätzten Nachträgen für zukünftig abzurechnende Steuerperioden.

3. Regalien und Konzessionen

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Regalien und Konzessionen	200 029	196 792	201 025	- 995	- 0.5
Regalien	2 831	2 609	2 789	42	1.5
Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil	116 503	117 100	117 097	- 594	- 0.5
Konzessionen und Patente	3 474	3 083	3 398	76	2.2
Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, Wetten	77 221	74 000	77 740	- 519	- 0.7

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Schweiz. Nationalbank, Gewinnanteil -0.6 Mio. Franken

-0.6 Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an den Bund und die Kantone betrug unverändert zum Vorjahr eine Milliarde Franken in 2013. Die Verteilung an die Kantone richtet sich nach ihrer Wohnbevölkerung und führte aufgrund deren Veränderung zu Gunsten anderer Kantone zu einer Abnahme des Gewinnanteils des Kantons Zürich.

4. Entgelte

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Entgelte	2 641 740	2 717 450	2 723 747	- 82 007	- 3.0
Ersatzabgaben	7 857	4 000	-	7 857	n.a.
Gebühren für Amtshandlungen	311 357	304 174	315 242	- 3 885	- 1.2
Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	1 099 331	1 139 309	1 105 188	- 5 857	- 0.5
Schul- und Kursgelder	143 763	147 773	138 985	4 778	3.4
Benutzungsgebühren und Dienstleistungen	805 404	850 557	884 073	- 78 668	- 8.9
Erlös aus Verkäufen	131 658	114 784	125 779	5 880	4.7
Rückerstattungen	78 917	68 923	73 425	5 492	7.5
Bussen	62 155	64 350	62 120	35	0.1
Übrige Entgelte	1 296	23 581	18 935	- 17 638	- 93.2

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Ersatzabgaben +7.9 Mio. Franken

+7.9 Neu geschaffener Schutzraumfonds: Erstmaliger Eingang von Ersatzabgaben der Gemeinden.

Benützungsgebühren und Dienstleistungen -78.7 Mio. Franken

+20.1 Zürcher Verkehrsverbund: Höhere Verkehrseinnahmen infolge Frequenzzunahmen und Tarifierhöhungen.

-102.8 Universität Zürich: Zweckgebundene Projektbeiträge mit Transfercharakter werden neu als Transfererträge verbucht und nicht mehr als Entgelte. Mit dieser Umstellung per 1. Januar 2013 werden nun alle zweckgebundenen Fremdmittel CRG-konform abgebildet. Weitere Ausführungen dazu finden sich im Kapitel „Grundlagen und Grundsätze“ im Anhang zur Konsolidierten Rechnung der Finanzberichterstattung.

Übrige Entgelte -17.6 Mio. Franken

-19.5 Universität Zürich: Zweckgebundene Projektbeiträge werden neu als Transfererträge verbucht und nicht mehr als Entgelte, vgl. oben Benützungsgebühren und Dienstleistungen.

5. Verschiedene Erträge

Fr. 1000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13	
				Abs.	%
Verschiedene Erträge	330 268	271 445	310 297	19 971	6.4
Verschiedene betriebliche Erträge	254 694	174 422	235 445	19 249	8.2
Aktivierung Eigenleistungen	12 608	10 298	9 582	3 027	31.6
Bestandesveränderungen	- 1 856	-	1 168	- 3 024	> 100.0
Übrige Erträge	64 822	86 725	64 103	720	1.1

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Verschiedene betriebliche Erträge +19.2 Mio. Franken

+7.6 Kantonsspital Winterthur: Höhere Erträge als Folge höherer Fallzahlen im ambulanten Bereich, der Zunahme bei den zusatzversicherten Patienten sowie eines Anstiegs des Case Mix Index (CMI).

+4.4 Universitätsspital Zürich: v.a. Anstieg Honorare aus privatärztlicher Tätigkeit.

+4.4 Zürcher Verkehrsverbund: Höhere Nebenerträge der Verkehrsunternehmen.

6. Entnahmen aus Fonds

Fr. 1000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R12/13	
				Abs.	%
Entnahme aus Fonds	20 113	82 563	110 439	- 90 327	- 81.8
Entnahme aus Fonds des FK	201	82 563	109 528	- 109 327	- 99.8
Entnahme aus Legaten und Stiftungen FK	690	-	911	- 222	- 24.3
Entnahmen aus Verkehrsfonds (EK-Fonds)	-	-	-	-	n.a.
Entnahmen aus zweckgebundenen Fremdmitteln	19 222	-	-	19 222	n.a.

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Entnahme aus Fonds des FK -109.3 Mio. Franken

- 87.3 Ausgleichsfonds: In 2012 wurden dem Ausgleichsfonds 87.3 Mio. Franken entnommen. Mit dem Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes in 2012 wurde der Ausgleichsfonds aufgehoben, damit entfallen ab dem Berichtsjahr auch die Entnahmen aus dem Ausgleichsfonds.
- 22.0 Lotteriefonds des Kantons Zürich: Anstelle der im Vorjahr erforderlichen Entnahme von 22.0 Mio. Franken kam es im Berichtsjahr zu einer Einlage in den Lotteriefondsbestand, weil die Erträge (inkl. kalkulatorische Zinsen) die Beitragszahlungen überstiegen.

Entnahmen aus zweckgebundenen Fremdmitteln +19.2 Mio. Franken

- +13.1 Universität Zürich: Entnahmen aus zweckgebundenen Fremdmitteln, die im Berichtsjahr erstmals separat aufgrund geänderter Rechnungslegungsgrundsätze ausgewiesen werden.
- +6.0 Universitätsspital Zürich.

7. Transferertrag

Fr. 1000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R12/13 Abs.	%
Transferertrag	3 647 672	3 519 723	3 432 659	215 012	6.3
Anteile an Erträgen Dritter	780 470	843 004	805 280	- 24 811	- 3.1
Entschädigungen von Gemeinwesen	363 015	355 546	374 581	- 11 566	- 3.1
Finanz- und Lastenausgleich	800 656	811 297	747 994	52 662	7.0
Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 656 490	1 454 338	1 443 277	213 213	14.8
Bund	988 189	872 201	855 708	132 481	15.5
Kantone und Konkordate	332 193	293 806	293 208	38 985	13.3
Gemeinden und Zweckverbände	264 769	277 700	268 495	- 3 726	- 1.4
Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-	-	n.a.
Öffentliche Unternehmungen	237	-	500	- 263	- 52.5
Private Unternehmungen	37 761	10 079	24 390	13 371	54.8
Private Organisationen o. Erwerbszweck	7 440	2	386	7 054	> 100.0
Private Haushalte	1 102	550	564	538	95.4
Ausland	24 799	-	26	24 773	> 100.0
Auflösung passivierte Investitionsbeiträge	46 151	52 875	59 225	- 13 074	- 22.1
Übrige Transfererträge	890	2 665	2 302	- 1 413	- 61.4

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Anteile an Erträgen Dritter -24.8 Mio. Franken

- 22.6 Steuererträge: Tiefere Erträge aus Anteil an der direkten Bundessteuer (-41.8 Mio. Franken), höhere Erträge aus Anteil an der Verrechnungssteuer (+18.7 Mio. Franken) und aus Anteil an der EU-Zinsbesteuerung (+0.5 Mio. Franken).

Entschädigungen von Gemeinwesen -11.6 Mio. Franken

- 13.2 Sozialamt: Tiefere Erträge im Asylbereich und im Bereich Nothilfe aufgrund einmaliger Sonderzahlungen im Vorjahr.

Finanz- und Lastenausgleich +52.7 Mio. Franken

- +56.6 Kantonaler Finanzausgleich: Höhere Erträge aus Ressourcenabschöpfung.
- 3.9 Interkantonaler Finanzausgleich: Tiefere Erträge aus dem soziodemographischen Lastenausgleich.

Beiträge vom Bund +132.5 Mio. Franken

- +115.6 Universität Zürich: Zweckgebundene Projektbeiträge mit Transfercharakter werden neu als Transfererträge verbucht und nicht mehr als Entgelte. Mit dieser Umstellung per 1. Januar 2013 werden nun alle zweckgebundenen Fremdmittel CRG-konform abgebildet. Weitere Ausführungen dazu finden sich im Kapitel „Grundlagen und Grundsätze“ im Anhang zur Konsolidierten Rechnung der Finanzberichterstattung.
- +3.9 Höhere Beiträge an die Krankenkassenprämien.
- +3.6 Höhere Beiträge an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Beiträge von Kantonen und Konkordaten +39.0 Mio. Franken

- +34.5 Höhere Abgrenzungen für erbrachte Leistungen beim Universitätsspital Zürich.

Beiträge von privaten Unternehmungen +13.4 Mio. Franken

- +17.5 Höhere Beiträge an den Berufsbildungsfonds.
- 4.2 Tiefere Beiträge von Deponiebetreibern an den Deponiefonds, u.a. aufgrund der im Vorjahr getätigten Einmaleinkäufe.

Beiträge vom Ausland +24.8 Mio. Franken

- +24.8 Beiträge an die Universität Zürich aus laufenden EU-Projekten, die neu als Transferertrag und nicht mehr als Entgelt verbucht werden. Mit dieser Umstellung per 1. Januar 2013 werden nun alle zweckgebundenen Fremdmittel CRG-konform abgebildet. Weitere Ausführungen dazu finden sich im Kapitel „Grundlagen und Grundsätze“ im Anhang zur Konsolidierten Rechnung der Finanzberichterstattung.

Auflösung passivierter Investitionsbeiträge -13.1 Mio. Franken

- 7.8 Universität Zürich: Tiefere Auflösung passivierter Investitionsbeiträge wegen Umgliederungen in der Bilanz, weil der zu amortisierende Bestand um 24.2 Mio. Franken vermindert worden ist. Weitere Ausführungen dazu finden sich im Kapitel „Grundlagen und Grundsätze“ im Anhang zur Konsolidierten Rechnung der Finanzberichterstattung.
- 7.0 Tiefere Auflösung passivierter Investitionsbeiträge im Tiefbauamt.

8. Durchlaufende Beiträge

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Total Ertrag	657 873	644 945	653 620	4 253	0.7
Bund	496 821	492 540	494 405	2 416	0.5
Kantone und Konkordate	159 200	151 390	157 368	1 832	1.2
Gemeinden und Zweckverbände	1 195	835	1 225	- 30	- 2.5
Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-	-	n.a.
Öffentliche Unternehmungen	479	150	523	- 44	- 8.4
Private Unternehmungen	-	-	-	-	n.a.
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	175	30	68	107	> 100.0
Private Haushalte	-	-	-	-	n.a.
Ausland	3	-	31	- 28	- 89.4
Total Aufwand	- 657 873	- 644 945	- 653 620	- 4 253	- 0.7
Bund	- 434	- 300	- 402	- 32	- 7.9
Kantone und Konkordate	- 31	-	- 198	168	84.6
Gemeinden und Zweckverbände	- 52 997	- 51 465	- 56 506	3 509	6.2
Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-	-	n.a.
Öffentliche Unternehmungen	- 386 354	- 376 330	- 374 798	- 11 556	- 3.1
Private Unternehmungen	- 198 343	- 203 840	- 202 763	4 421	2.2
Private Organisationen o. Erwerbszweck	- 19 443	- 12 960	- 18 837	- 606	- 3.2
Private Haushalte	- 270	- 50	- 115	- 155	> 100.0
Ausland	-	-	-	-	n.a.

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Aufwand Öffentliche Unternehmungen -11.6 Mio. Franken

-10.1 Höhere Beiträge vom Bund und von anderen Kantonen, die an die Universität und die Fachhochschulen weitergeleitet worden sind.

9. Personalaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Personalaufwand	-4 727 960	-4 827 007	-4 782 409	54 449	1.1
Behörden, Kommissionen, Richter/Innen	- 56 604	- 57 818	- 56 985	381	0.7
Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	-2 539 385	-2 854 117	-2 515 745	- 23 640	- 0.9
Löhne der Lehrkräfte	-1 412 521	-1 185 848	-1 383 693	- 28 828	- 2.1
Temporäre Arbeitskräfte	- 17 130	- 9 144	- 16 568	- 562	- 3.4
Zulagen	- 21 299	- 20 842	- 29 972	8 673	28.9
Arbeitgeberbeiträge	- 616 691	- 622 651	- 681 204	64 512	9.5
Arbeitgeberleistungen	- 21 038	- 27 472	- 55 942	34 903	62.4
Übriger Personalaufwand	- 43 291	- 49 117	- 42 300	- 991	- 2.3

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal -23.6 Mio. Franken

- +3.3 Steueramt: Der Beschäftigungsumfang hat sich gegenüber dem Rechnungsjahr 2012 um 28.8 Stellen vermindert. Der zu hohe Beschäftigungsumfang 2012 wurde mit einem anfänglichen Einstellungsstopp kompensiert. Die budgetierten Stellen konnten dann später wegen Rekrutierungsschwierigkeiten nicht mehr besetzt werden.
- 7.3 Kantonspolizei: Zusätzliche Zivilangestellte, um Korpsangehörige vermehrt für polizeiliche Kernaufgaben einzusetzen, sowie Annäherung an den Sollbestand bei den Korpsangehörigen und Erhöhung Personalaufwand für bewilligte Stellen am Flughafen.
- 7.0 Kantonsspital Winterthur: Höherer Personalaufwand infolge Leistungsentwicklung 2013 sowie tieferer Kostenbasis im Budget 2012.
- 4.0 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Höherer Beschäftigungsumfang als Folge der gegenüber dem Vorjahr steigenden Studierendenzahlen und wegen dem Ausbau bei der angewandten Forschung und Entwicklung sowie bei der Weiterbildung.

Löhne der Lehrkräfte -28.8 Mio. Franken

- 15.0 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften: Höherer Beschäftigungsumfang als Folge der gegenüber dem Vorjahr steigenden Studierendenzahlen und wegen dem Ausbau bei der angewandten Forschung und Entwicklung sowie bei der Weiterbildung.
- 5.4 Pädagogische Hochschule Zürich: Erhöhung des Beschäftigungsumfangs als Folge der gegenüber dem Vorjahr steigenden Studierendenzahlen, v.a. durch die QUEST-Studiengänge.
- 4.4 Universität Zürich: Zunahme der Anzahl Professuren sowie des Mittelbaus.

Zulagen +8.7 Mio. Franken

- +8.7 Volksschulen: Tieferer Aufwand für Verpflegungszulagen, weil die entsprechenden Rückerstattungen der Gemeinden im Berichtsjahr neu als Aufwandminderung separat bei den Zulagen ausgewiesen werden (Vorjahr: Verrechnung mit Löhnen der Lehrkräfte).

Arbeitgeberbeiträge +64.5 Mio. Franken

- +131.3 Teilauflösung von Rückstellungen für Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK (48.7 Mio. Franken) sowie für BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtigte Institutionen (82.6 Mio. Franken) aufgrund der Neuurteilung der Betragshöhe wegen des höheren Deckungsgrads der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich.
- 66.8 Höhere Arbeitgeberbeiträge aufgrund gestiegener Beschäftigung. Ausserdem trat am 1. Januar 2013 der neue Vorsorgeplan der BVK in Kraft. Danach wurde der Umwandlungssatz reduziert und durch eine Erhöhung der ordentlichen Sparbeitragsätze von bisher 11%-21% auf 12%-24% kompensiert. Zudem sind neu seit 1. Januar 2013 auch verschiedene Zulagen rentenversichert.

Arbeitgeberleistungen +34.9 Mio. Franken

- +31.8 Tiefere Rückstellungen für Ruhegehälter von Professorinnen und Professoren, für Mittelschullehrpersonen, Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie für Richterinnen und Richter wegen der sinkenden Zahl Anspruchsberechtigter sowie des tieferen versicherungsmathematischen Zinssatzes.

10. Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand

Fr. 1000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13 Abs. %	
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	-2 856 763	-2 633 519	-2 742 026	- 114 737	- 4.2
Material- und Warenaufwand	- 536 948	- 642 198	- 523 569	- 13 378	- 2.6
Nicht aktivierbare Anlagen	- 87 461	- 78 323	- 84 300	- 3 161	- 3.7
Ver- und Entsorgungen	- 69 645	- 61 527	- 63 593	- 6 052	- 9.5
Dienstleistungen und Honorare	-1 519 766	-1 475 737	-1 467 583	- 52 184	- 3.6
Baulicher Unterhalt (VV)	- 207 717	- 202 593	- 194 592	- 13 125	- 6.7
Unterhalt von Anlagen	- 109 450	- 107 300	- 104 543	- 4 907	- 4.7
Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 171 681	- 159 829	- 162 584	- 9 097	- 5.6
Spesenentschädigungen	- 40 794	- 30 437	- 35 322	- 5 471	- 15.5
Wertberichtigungen auf Forderungen	- 95 002	- 94 266	- 88 218	- 6 783	- 7.7
Verschiedener Betriebsaufwand	- 18 299	218 690	- 17 721	- 578	- 3.3

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Material- und Warenaufwand -13.4 Mio. Franken

- 4.1 Höherer Aufwand beim Amt für Militär und Zivilschutz für Zivilschutzmaterialeinkäufe für andere Kantone (wird durch Mehrerträge vollumfänglich gedeckt).
- 3.4 Kantonsspital Winterthur: Höherer Aufwand für medizinisches Material infolge Leistungszunahme.
- 2.7 Tiefbauamt: Höherer Material- und Warenaufwand.

Dienstleistungen und Honorare -52.2 Mio. Franken

- 27.0 Zürcher Verkehrsverbund: Höherer Aufwand für Leistungsentgelte an die Verkehrsunternehmen.
- 8.4 Universität Zürich: Höherer Dienst- und Honorarleistungsaufwand.
- 4.0 Höhere Planungskosten für somatische Akutversorgung.
- 2.7 Kantonsspital Winterthur: Höhere Arzthonorare bedingt durch mehr zusatzversicherte und ambulante Patienten.

Baulicher Unterhalt (VV) -13.1 Mio. Franken

- 5.9 Kantonspolizei: Bildung von Rückstellungen für Rückbaukosten im Zusammenhang mit dem Umzug ins PJZ Polizei- und Justizzentrum.

Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten -9.1 Mio. Franken

- 5.0 Universität Zürich. Höherer Aufwand für Pacht und Miete.
- 4.3 Pädagogische Hochschule Zürich: Höherer Raumnutzungskosten (Bezug Campus Sihlpost).

11. Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Fr. 1000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13 Abs. %	
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	- 483 320	- 483 042	- 482 421	- 900	- 0.2
Abschreibungen Sachanlagen VV	- 457 455	- 457 276	- 454 104	- 3 352	- 0.7
Planmässige Abschreibungen	- 409 957	- 430 388	- 408 198	- 1 759	- 0.4
Ausserplanmässige Abschreibungen	- 47 498	- 26 888	- 45 905	- 1 593	- 3.5
Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 25 865	- 25 766	- 28 317	2 452	8.7
Planmässige Abschreibungen	- 25 526	- 25 766	- 28 176	2 650	9.4
Ausserplanmässige Abschreibungen	- 339	-	- 141	- 199	> 100.0

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Ausserplanmässige Abschreibungen Sachanlagen VV -1.6 Mio. Franken

- 15.0 Hochschulen: Höhere ausserplanmässige Abschreibungen aus Anlagenabgängen im Zusammenhang mit Ersatzinvestitionen.
- +7.8 Tiefbauamt: Tiefere ausserplanmässige Abschreibungen aus Anlagenabgängen.
- 9.4 Immobilienamt: Höhere ausserplanmässige Abschreibungen aus Anlagenabgängen.
- +5.7 Psychiatrische Universitätsklinik musste weniger ausserplanmässige Abschreibungen vornehmen.

Ausserplanmässige Abschreibungen Immaterielle Anlagen -0.2 Mio. Franken

- 0.2 Sozialamt: Verzicht auf die Weiterentwicklung einer Software.
- 0.1 Kantonspolizei: Verzicht auf die Weiterentwicklung einer Software.
- +0.1 Das Amt für Jugend und Berufsberatung sowie die Universität Zürich weisen im Gegensatz zum Vorjahr keine ausserplanmässigen Abschreibungen auf immateriellen Anlagen auf.

12. Einlagen in Fonds

Fr. 1000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13	
				Abs.	%
Einlagen in Fonds	- 90 893	- 38 320	- 65 757	- 25 137	- 38.2
Einlagen in Fonds des FK	- 29 152	- 6 134	- 20 922	- 8 230	- 39.3
Einlagen in Legaten und Stiftungen FK	- 3 511	-	- 17 183	13 672	79.6
Einlagen in Verkehrsfonds (EK-Fonds)	- 35 368	- 32 186	- 27 451	- 7 917	- 28.8
Einlagen in zweckgebundene Fremdmittel des FK	- 22 861	-	- 200	- 22 661	> 100.0

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Einlagen in Fonds des FK -8.2 Mio. Franken

- +5.9 Berufsbildungsfonds: Tiefere Einlagen in das Bestandeskonto.
- +4.1 Deponiefonds: Tiefere Einlagen in das Bestandeskonto.
- 12.1 Lotteriefonds des Kanton Zürich: Da die Beitragszahlungen im Berichtsjahr geringer ausfielen als die Erträge (inkl. kalkulatorische Zinsen), erfolgte eine Einlage in den Fonds. Im Vorjahr war eine Fondsentnahme von 22.0 Mio. Franken zu verzeichnen.
- 7.7 Schutzraumfonds: Mehraufwand infolge höherer Einlage in das Bestandeskonto.

Einlagen in Legaten und Stiftungen FK +13.7 Mio. Franken

- +14.6 Baurechtszins Kunsthaus: Im 2012 wurde für die Finanzierung der Baurechtszinsen für die Erweiterung des Kunsthauses ein unselbständiger Fonds der Baudirektion eingerichtet und zulasten des Lotteriefonds mit 15 Mio. Franken dotiert. Im Berichtsjahr fiel diese Übertragung aus dem Lotteriefonds weg.
- 2.5 Bertha Meierhofer-Fonds.

Einlagen in Verkehrsfonds (EK-Fonds) -7.9 Mio. Franken

- 7.9 Verkehrsfonds: Höhere Einlagen in das Bestandeskonto als Folge tieferer Passivzinsen, zusätzlicher Erträge sowie leicht tieferer Abschreibungen.

Einlagen in zweckgebundene Fremdmittel des FK -22.7 Mio. Franken

- 12.5 Universitätsspital Zürich: Einlagen in zweckgebundene Fremdmittel, die im Berichtsjahr erstmals separat ausgewiesen werden.
- 10.4 Universität Zürich: Einlagen in zweckgebundene Fremdmittel, die im Berichtsjahr erstmals separat ausgewiesen werden.

13. Transferaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Transferaufwand	-5 246 448	-5 435 768	-5 213 951	- 32 497	- 0.6
Ertragsanteile an Dritte	- 1 561	- 2 085	- 2 463	902	36.6
Entschädigungen an Gemeinwesen	- 94 988	- 89 395	- 91 358	- 3 630	- 4.0
Finanz- und Lastenausgleich	-1 728 666	-1 750 442	-1 677 848	- 50 818	- 3.0
Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-3 267 050	-3 431 868	-3 209 370	- 57 680	- 1.8
Bund	- 29 816	- 30 651	- 29 657	- 159	- 0.5
Kantone und Konkordate	- 53 424	- 44 069	- 56 414	2 990	5.3
Gemeinden und Zweckverbände	- 634 150	- 658 533	- 682 840	48 690	7.1
Öffentliche Sozialversicherungen	- 451	- 593	- 485	35	7.1
Öffentliche Unternehmungen	- 620 336	- 541 380	- 582 913	- 37 424	- 6.4
Private Unternehmungen	- 210 278	- 197 733	- 174 867	- 35 411	- 20.3
Private Organisationen o. Erwerbszweck	- 979 988	-1 139 447	- 948 830	- 31 157	- 3.3
Private Haushalte	- 738 601	- 819 461	- 733 365	- 5 236	- 0.7
Ausland	- 7	-	-	- 7	n.a.
Wertberichtigungen Darlehen VV	- 49	- 100	- 147	98	66.7
Wertberichtigungen Beteiligungen VV	- 50	-	- 8	- 42	> 100.0
Abschreibungen Investitionsbeiträge	- 153 712	- 161 868	- 232 757	79 045	34.0
Verschiedener Transferaufwand	- 372	- 10	- 0	- 372	> 100.0

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Finanz- und Lastenausgleich -50.8 Mio. Franken

- +58.2 Die Zahlung in den interkantonalen Ressourcenausgleich fiel aufgrund der im Vergleich mit anderen Kantonen schlechteren Wirtschaftsentwicklung geringer aus als im Vorjahr (der Ressourcenindex sank von 123.0 im Jahr 2012 auf 119.1 im Jahr 2013).
- 109.4 Mehraufwand für den kantonalen Finanzausgleich, v.a. Ressourcenzuschuss: Das hohe kantonale Mittel der Steuerkraft bewirkte höhere Beiträge.

Beiträge an Gemeinden und Zweckverbände +48.7 Mio. Franken

- +43.3 Volksschule: Tiefere Staatsbeiträge an die Gemeinden, vor allem als Folge des Rückzugs des Kantons aus der Finanzierung des schulpsychologischen Dienstes. Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 27 Mio. Franken aufgrund des Verwaltungsgerichtsurteils zu einer Beschwerde im Zusammenhang mit Staatsbeiträgen aus dem Jahr 2007.
- +16.3 Tiefere Beiträge des Amtes für Verkehr an Städte und Gemeinden: Wegfall der 2012 letztmals ausgerichteten Beiträge an den Unterhalt der Gemeindestrassen in Höhe von 15 Mio. Franken. Seit Inkraftsetzung des neuen Finanzausgleichsgesetzes werden diese Beiträge durch direkt aus dem Strassenfonds in den geographisch-topographischen Sonderlastenausgleich überwiesene Mittel substituiert.
- 8.2 Höhere Beiträge an Gemeinden für die Sicherstellung der Langzeitversorgung von Patientinnen und Patienten.
- 4.2 Höhere Beiträge des Sozialamtes an Gemeinden, v.a. Ergänzungsleistungen zur AHV/IV, wirtschaftliche Hilfe und für Flüchtlinge.

Beiträge an öffentliche Unternehmungen -37.4 Mio. Franken

- +19.8 Zürcher Verkehrsverbund: Tiefere Abgeltungen an die SBB und weitere öffentliche Verkehrsunternehmen.
- 34.0 Höhere Staatsbeiträge an akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken wegen Mehrleistungen, Abgeltung Kantonsanteil 20% bei IV-Patienten und höherer, flächendeckender Abgeltung der ärztlichen Weiterbildung.
- 7.2 Sozialamt: Höhere Beiträge v.a. für wirtschaftliche Hilfe vorläufig Aufgenommener und für Familienzulagen.
- 6.9 Universität Zürich: Zunahme ergibt sich aus höheren Rückzahlungen an den Schweizerischen Nationalfonds infolge abgeschlossener Projekte.
- 4.5 Höhere Staatsbeiträge an psychiatrische Kliniken infolge Mehrleistungen und Subventionen für versorgungsnotwendige Sonderleistungen von Listenspitälern.
- 4.3 Höhere Beiträge an ausserkantonale Hochschulen.

Beiträge an private Unternehmungen -35.4 Mio. Franken

- 20.7 Höhere Staatsbeiträge an akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken wegen Mehrleistungen, Abgeltung Kantonsanteil 20% bei IV-Patienten und höherer, flächendeckender Abgeltung der ärztlichen Weiterbildung.
- 7.9 Berufsbildungsfonds: Erstmals Beiträge aus dem Berufsbildungsfonds an die Aufwendungen von Lehrbetrieben.
- 4.5 Höhere Staatsbeiträge an psychiatrische Kliniken infolge Mehrleistungen und höherer, flächendeckender Abgeltung der ärztlichen Weiterbildung.

Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck -31.2 Mio. Franken

- +20.6 Tiefere Beiträge aus dem Lotteriefonds des Kantons Zürich.
- 14.6 Höhere Staatsbeiträge an Sonderschulen und Schulheime (Volksschule).
- 12.9 Höhere Staatsbeiträge an private Berufs- und Mittelschulen.
- 11.4 Höhere Staatsbeiträge an akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken wegen Mehrleistungen, Abgeltung Kantonsanteil 20% bei IV-Patienten und höherer, flächendeckender Abgeltung der ärztlichen Weiterbildung.
- 5.4 Sozialamt: Höhere Beiträge an Invalideinrichtungen und an Einrichtungen der Sozial- und Suchthilfe.
- 3.0 Höhere Beiträge der Fachstelle Kultur.

Abschreibungen Investitionsbeiträge +79.0 Mio. Franken

- +63.9 Somatische Akutversorgung: Im Vorjahr erfolgte eine Wertberichtigung infolge Umwandlung der altrechtlichen Investitionsbeiträge an Spitäler in Darlehen.
- +5.5 Verkehrsfonds: Da grössere Investitionstranchen in der Rechnung 2012 das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht haben, entfallen die entsprechenden Abschreibungen.
- +5.0 Psychiatrische Versorgung: Im Vorjahr erfolgte eine ausserplanmässige Abschreibung.

14. Finanzertrag (Finanzvermögen)

Fr. 1000	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R12/13	
				Abs.	%
Finanzertrag Finanzvermögen	84 674	81 476	187 782	- 103 108	- 54.9
Zinsertrag	47 169	55 400	54 837	- 7 669	- 14.0
Realisierte Gewinne	4 907	413	8 025	- 3 118	- 38.8
Beteiligungsertrag	519	25	469	51	10.8
Liegenschaftenertrag	24 204	22 638	23 332	871	3.7
Marktwertanpassungen	7 876	3 000	101 119	- 93 244	- 92.2

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Zinsertrag -7.7 Mio. Franken

-4.4 Amt für Tresorerie: Tiefere Zinserträge aus Festgeldanlagen infolge tieferer Zinsen.

-2.3 Steueramt: v.a. tieferer Ertrag aus Verzugszinsen Staatssteuer.

Marktwertanpassungen -93.2 Mio. Franken

+4.9 Strassenfonds: Marktwertanpassungen einer Liegenschaft in Pfäffikon.

-98.8 Liegenschaftenerfolg: Marktwertanpassungen infolge periodischer Neubewertung der Liegenschaften im Finanzvermögen in 2012.

15. Finanzertrag (Verwaltungsvermögen)

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	359 462	345 052	363 139	- 3 676	-1.0
Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen	37 639	40 486	41 990	- 4 351	- 10.4
Finanzerträge von öffentlichen Unternehmungen	274 895	275 529	281 330	- 6 436	- 2.3
Liegenschaftenertrag	31 858	24 836	31 067	792	2.5
Erträge von gemieteten Liegenschaften	3 670	2 764	3 527	143	4.0
Übriger Finanzertrag	11 400	1 437	5 224	6 176	> 100.0

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen -6.4 Mio. Franken

-5.3 Tieferer Ertrag aus Neukonversionen des ZKB-Dotationskapitals infolge tieferer Zinsen.

-1.4 Tiefere Dividende der Axpo Holding AG.

Übriger Finanzertrag +6.2 Mio. Franken

+8.0 Somatische Akutversorgung: Zuschreibung von Darlehen, die aus umgewandelten altrechtlichen Investitionsbeiträgen entstanden waren.

-2.1 Verkehrsfonds: In 2012 erfolgten höhere Zuschreibungen auf ausgerichteten Darlehen.

16. Zinsaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Zinsaufwand	- 134 592	- 144 559	- 138 000	3 408	2.5
Verzinsung laufende Verbindlichkeiten	- 8	- 120	- 4	- 4	- 93.0
Verzinsung Finanzverbindlichkeiten	- 95 238	- 108 118	- 96 965	1 727	1.8
Übrige Passivzinsen	- 39 346	- 36 321	- 41 031	1 685	4.1

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Verzinsung Finanzverbindlichkeiten +1.7 Mio. Franken

+1.7 Rückgang aufgrund des gesunkenen Durchschnittszinssatzes.

Übrige Passivzinsen +1.7 Mio. Franken

+1.7 Rückgang beim Steueramt im Bereich Verzugszinsen auf direkte Steuern.

17. Anderer Finanzaufwand

Fr. 1000	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
Anderer Finanzaufwand	- 28 948	- 10 245	- 79 511	50 563	63.6
Realisierte Kursverluste	- 16 217	- 342	- 4 697	- 11 520	> 100.0
Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	- 609	- 695	- 460	- 149	- 32.5
Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	- 8 651	- 6 905	- 3 871	- 4 780	> 100.0
Wertberichtigungen Finanzanlagen d. Finanzvermögens	- 2 336	-	- 67 743	65 407	96.6
Übriger Finanzaufwand	- 1 134	- 2 303	- 2 740	1 606	58.6

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Realisierte Kursverluste -11.5 Mio. Franken

-6.8 Liegenschaftenerfolg: Höhere realisierte Verluste auf Liegenschaften des Finanzvermögens als im Vorjahr.

-5.0 Strassenfonds: Teilweise durch Umgliederungen bedingte höhere realisierte Verluste auf Liegenschaften des Finanzvermögens als im Vorjahr.

Wertberichtigungen Finanzanlagen des Finanzvermögens +65.4 Mio. Franken

+57.2 Liegenschaftenerfolg: Geringerer Wertberichtigungsbedarf von Liegenschaften des Finanzvermögens, da die periodische Neubewertung in 2012 erfolgte.

+10.5 Strassenfonds: Im Gegensatz zum Vorjahr erfolgten im Berichtsjahr keine Bewertungskorrekturen bei Liegenschaften im Finanzvermögen.

18. Flüssige Mittel

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Flüssige Mittel	1 425 641	2 337 112	- 911 471	- 39.0
Kasse	3 484	3 519	- 35	- 1.0
Post	43 116	84 245	- 41 129	- 48.8
Bank	1 378 750	1 999 106	- 620 356	- 31.0
Kurzfristige Geldmarktanlagen (< 90 Tage)	-	250 000	- 250 000	- 100.0
Debit- und Kreditkarten	192	130	61	47.2
Übrige flüssige Mittel	99	111	- 12	- 11.2

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Post -41.1 Mio. Franken

-41.1 Verminderte Zahlungseingänge Ende Jahr, v.a. im Strassenverkehrsamt aufgrund Umstellung auf neues Verkehrsabgabengesetz (Rechnungsversand erst im Folgejahr). Die Abdisponierung durch das Amt für Tresorerie wurde gegenüber Vorjahr früher vorgenommen.

- Bank -620.3 Mio. Franken
- +440.0 Zunahme der Bankguthaben infolge Kapitalaufnahme zur Liquiditätssicherung 2014.
 - 1 025.0 Infolge tieferer Liquiditätsanforderungen Abnahme der zentral vom Amt für Tresorerie verwalteten Bankguthaben.
 - 69.9 Infolge tieferer Liquiditätsanforderungen Abnahme der übrigen Bankguthaben.
- Kurzfristige Geldmarktanlagen -250.0 Mio. Franken
- 250.0 Abnahme der kurzfristigen Festgeldanlagen infolge tieferer Liquiditätsanforderungen.

Die Veränderung der flüssigen Mittel wird zusätzlich in der Geldflussrechnung nachgewiesen.

19. Forderungen

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Forderungen netto	3 049 351	3 158 380	- 109 029	- 3.5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter	632 432	614 593	17 839	2.9
Wertberichtigung Forderung aus Lieferungen und Leistungen	- 53 369	- 41 645	- 11 724	- 28.2
Kontokorrente mit Dritten	116 428	119 076	- 2 648	- 2.2
Kontokorrente mit selbständigen, nicht konsolid. Einheiten	2 120	980	1 140	> 100.0
Fiskalforderungen	2 350 624	2 494 294	- 143 670	- 5.8
Wertberichtigung Fiskalforderung	- 45 858	- 64 742	18 884	29.2
Anzahlungen an Dritte	455	1 665	- 1 210	- 72.7
Transferforderungen	8 330	13 468	- 5 138	- 38.1
Vorschüsse für Verwaltungsausgaben	218	466	- 248	- 53.2
Forderungen aus zweckgebundenen Fremdmitteln	19 057	-	19 057	n.a.
Übrige Forderungen	18 915	20 226	- 1 311	- 6.5

Erläuterungen Differenz R 12/13:

- Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Dritter +17.8 Mio. Franken
- +7.7 Zunahme der Forderungen Kantonalen Finanzausgleich.
 - 22.4 Abnahme der offenen Forderungen beim Strassenverkehrsamt. Durch die Umstellung auf das neue Verkehrsabgabengesetz wurden die Rechnungen im Jahr 2014 versandt.
 - 8.6 Abnahme der Forderungen bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
 - +58.6 Zunahme der Forderungen beim Universitätsspital Zürich.
 - 5.7 Abnahme der Forderungen beim Kantonsspital Winterthur.
 - 22.5 Abnahme der Forderungen bei den Volksschulen.
 - +7.9 Zunahme der Forderungen beim Zürcher Verkehrsverbund.
- Wertberichtigung Forderung aus Lieferungen und Leistungen -11.7 Mio. Franken
- 7.1 Zunahme der Wertberichtigung beim Universitätsspital Zürich aufgrund höherer überfälliger Forderungen.
- Fiskalforderungen -143.7 Mio. Franken
- 31.0 Abnahme der Steuerguthaben.
 - 9.4 Abnahme der Steuerforderungen Erbschaftssteuern.
 - 104.3 Abnahme der Forderungen Verkehrsabgabe und Schiffssteuer. Durch die Umstellung auf das neue Verkehrsabgabengesetz wurden die Rechnungen im Jahr 2014 versandt.

Wertberichtigung Fiskalforderungen +18.9 Mio. Franken

+19.1 Abnahme der Wertberichtigung Fiskalforderungen im Zusammenhang mit geringerem Fiskalforderungsbestand.

Transferforderungen -5.1 Mio. Franken

-5.0 Abnahme der Transferforderungen aus Vollzug des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung (AVIG).

Forderungen aus zweckgebundenen Fremdmittel +19.1 Mio. Franken

+15.1 Umgliederung aufgrund geänderter Rechnungslegungsgrundsätze aus den aktiven Rechnungsabgrenzungen bei der Universität Zürich.

+4.0 Netto-Zunahme der Forderungen aus zweckgebundenen Fremdmitteln bei der Universität Zürich.

20. Aktive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	571 283	654 890	- 83 607	- 12.8
Personalaufwand	319	383	- 64	- 16.7
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	19 780	17 568	2 212	12.6
Fiskalertrag	-	-	-	n.a.
Transfer der Erfolgsrechnung	223 847	226 085	- 2 239	- 1.0
Finanzaufwand / Finanzertrag	46 231	20 556	25 675	> 100.0
Übriger betrieblicher Ertrag	239 947	343 995	- 104 048	- 30.2
Investitionsrechnung	2 792	9 118	- 6 327	- 69.4
Übrige aktive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	38 368	37 185	1 183	3.2

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand +2.2 Mio. Franken

+2.0 Veränderung der Abgrenzungen des Kantonsspitals Winterthur.

-2.9 Umgliederung Rechnungsabgrenzung aus noch nicht abgerechneten Patientenbehandlungen zu Aktive Rechnungsabgrenzungen Übriger betrieblicher Ertrag bei der Universität Zürich.

Transfer der Erfolgsrechnung -2.2 Mio. Franken

+18.7 Auflösung der Abgrenzungen 2012 und Neubildung von Abgrenzungen für die Kantonsanteile am Verrechnungssteuerertrag und pauschale Steueranrechnung 2013.

-9.8 Veränderung der Beitragsabgrenzungen beim Sozialamt mit Bund, Kantonen und öffentlichen Unternehmen.

-6.9 Veränderung der Abgrenzungen für Betriebsbeiträge an Gemeinden im Bereich des Amtes für Jugend- und Berufsberatung.

-2.9 Veränderung der Rückforderungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck im Bereich des Volksschulamtes.

-2.0 Auflösung von Abgrenzungen des Jahres 2012 im Berufsbildungsfonds.

Finanzaufwand / Finanzertrag +25.7 Mio. Franken

+39.0 Abgrenzung des Zinsertrags auf dem Dotationskapital der ZKB Zürcher Kantonalbank, Zürich. Im Vorjahr waren die Zinsen bereits bezahlt.

-12.5 Geringere Abgrenzung des Zinsertrages auf Darlehen, die sich aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge an Spitäler ergaben.

Übriger betrieblicher Ertrag -104.0 Mio. Franken

- +16.0 Bildung von Abgrenzungen für Beiträge von privaten Unternehmen im Berufsbildungsfonds.
- +2.9 Umgliederung von noch nicht abgerechneten Patientenbehandlungen aus Aktive Rechnungsabgrenzungen Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand bei der Universität Zürich.
- 113.6 Reduzierung der Ertragsabgrenzung für noch nicht fakturierte Leistungen zulasten Garanten und Patienten beim Universitätsspital Zürich und Winterthur.
- 5.4 Unverteilte Quellensteuerablieferung.
- 6.6 Umbuchung in die Forderungen aus zweckgebundenen Fremdmitteln aufgrund geänderter Rechnungslegungsgrundsätze bei der Universität Zürich.

Investitionsrechnung -6.3 Mio. Franken

- 4.7 Auflösung von Abgrenzungen im Zusammenhang mit Nationalstrassen.
- 3.2 Auflösung von Abgrenzungen im Strafvollzug.

Übrige aktive Rechnungsabgrenzung Erfolgsrechnung +1.2 Mio. Franken

- +11.5 Rückerstattungsanspruch aus Übergangsausgleich.
- 11.9 Umgliederung zweckgebundener Fremdmittel in die Forderungen aus zweckgebundenen Fremdmitteln aufgrund geänderter Rechnungslegungsgrundsätze bei der Universität Zürich.

21. Vorräte und angefangene Arbeiten

Fr. 1000	per	per	Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Vorräte und angefangene Arbeiten	61 244	65 493	- 4 249	- 6.5
Roh- und Hilfsmaterial	19 776	22 329	- 2 552	- 11.4
Wertberichtigungen Roh- und Hilfsmaterial	-	-	-	n.a.
Halb- und Fertigfabrikate	3 035	3 929	- 894	- 22.8
Wertberichtigungen Halb- und Fertigfabrikate	-	-	-	n.a.
Handelswaren	37 139	35 957	1 182	3.3
Wertberichtigungen Handelswaren	-	-	-	n.a.
Angefangene Arbeiten	1 151	2 998	- 1 848	- 61.6
Geleistete Anzahlungen	143	280	- 137	- 48.9

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Roh- und Hilfsmaterial -2.6 Mio. Franken

- 2.0 Ausbuchung von Vorräten infolge einer Überprüfung auf CRG-Konformität bei der Universität Zürich.
- 0.7 Ordentliche Abnahme der Lager für Salz, Treibstoff und Leitplanken im laufenden Geschäft beim Tiefbauamt.
- 0.3 Ausbuchung von nicht als Warenvorräte aktivierbaren Beständen im Rahmen einer Überprüfung auf CRG-Konformität der Vorräte beim Natur- und Heimatschutzfonds.
- +0.6 Erhöhung der Vorräte für Erstausrüstung von Aspirantinnen und Aspiranten der Zürcher Polizeischule.

Halb- und Fertigfabrikate -0.9 Mio. Franken

- 0.6 Abnahme der Führerausweisrohlinge beim Strassenverkehrsamt.
- 0.4 Durch den Direkteinkauf von Produkten, den sogenannten Reagenzien, am Universitätsspital Zürich wurde das Sortiment der Kantonsapotheke Zürich verkleinert, was wiederum den Lagerbestand reduziert.
- +0.1 Leichte Zunahme des Holzvorrats im Staatswald.

Handelswaren +1.2 Mio. Franken

- +0.8 Zunahme der Eigenfabrikate um +1.1 Mio. Franken aufgrund von Neupublikationen sowie Abnahme der Fremdfabrikate um -0.3 Mio. Franken beim Lehrmittelverlag Zürich; beide Veränderungen liegen im Rahmen des ordentlichen Geschäftsgangs.
- +0.8 Der zunehmende Einsatz sowie das immer grössere Sortiment von hochinnovativen und sehr teuren Arzneimitteln, mit teilweise mehreren Mio. Franken Umsatz pro Jahr, führt generell zu höheren Lagerwerten. Ausserdem bedingt ein vermehrtes Auftreten von Lieferengpässen eine Erhöhung der Lagermengen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit beziehungsweise des kantonalen Versorgungsauftrages der Kantonsapotheke Zürich.
- +0.1 Zunahme der Lagerbestände von Ersatzteilen im Fahrzeugdienst des Tiefbauamts.
- 0.5 Reduktion des Bestandes an noch nicht ausgeliefertem Zivilschutzmaterial an andere Kantone beim Amt für Militär und Zivilschutz.

Angefangene Arbeiten -1.8 Mio. Franken

- 1.7 Abnahme infolge Verrechnung und Abschluss von Grossaufträgen beim Tiefbauamt.
- 0.1 Niedrigere Anzahl laufende Projekte per Stichtag beim Lehrmittelverlag Zürich.

22. Finanzanlagen (Finanzvermögen)

R 2013 Fr. 1000	Festgelder 90 - 360 Tage	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	Übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanz- anlagen	Buchwert Total
Finanzanlagen per 1.1.	74 200	132 382	9 931	127 032	16 419	95 603	455 568
Zugänge	580 400	1 914	723	180 426	75	729	764 267
Abgänge	- 625 200	- 946	- 184	- 30 631	- 7 042	- 94 122	- 758 126
Verkehrswertanpassungen	-	37	8	- 1 784	6 418	- 3	4 676
Umgliederungen	-	-	330	- 332	- 2 164	2	- 2 164
Finanzanlagen per 31.12.	29 400	133 386	10 809	274 710	13 706	2 209	464 221
davon kurzfristig	29 400	130 753	-	19 528	-	511	180 192
davon langfristig	-	2 633	10 809	255 183	13 706	1 697	284 029
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	1 400	1 202	4 934	73 614	-	1 314	82 464

Die Finanzanlagen des Finanzvermögens werden zu Anlagezwecken und im Rahmen der Liquiditätsplanung gehalten. Eine besondere Stellung nehmen die zweckgebundenen Finanzanlagen der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ein. Sie werden treuhänderisch für diese verwaltet.

Erläuterungen zu den Veränderungen 2013:

Festgelder 90 – 360 Tage -44.8 Mio. Franken

- 45.0 Nettoabnahme aufgrund der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
- +0.2 Nettozunahme der Festgeldanlagen bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Darlehen +1.0 Mio. Franken

- +1.0 Zugang beim Kantonsspital Winterthur.

Beteiligungen +0.9 Mio. Franken

- +0.4 Netto-Zugang beim Kantonsspital Winterthur.
- +0.2 Netto-Zugänge bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- +0.3 Umgliederungen wegen falscher Zuordnung aus der Spalte „Übrige verzinsliche Anlagen“ bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

- Übrige verzinsliche Anlagen +147.7 Mio. Franken
- +148.3 Netto-Zugang bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
 - +1.5 Netto-Zugang bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
 - 0.5 Verkehrswertanpassung bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.
 - 1.1 Verkehrswertanpassung bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
 - 0.3 Umgliederungen wegen falscher Zuordnung bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in die Spalte „Beteiligungen“.

Langfristige Forderungen -2.7 Mio. Franken

- 7.0 Abgang beim Zürcher Verkehrsverbund.
- +7.0 Verkehrswertanpassung beim Zürcher Verkehrsverbund.
- 0.1 Verkehrswertanpassungen bei den Regressforderungen der Fachstelle für Opferhilfe.
- +0.7 Umgliederungen von Regressforderungen bei der Fachstelle für Opferhilfe.
- 2.8 Umgliederungen beim Obergericht.

Übrige Finanzanlagen -93.4 Mio. Franken

- +0.4 Zugang derivativer Finanzinstrumente beim Kantonsspital Winterthur aufgrund positiver Wiederbeschaffungswerte der Zinsabsicherungen.
- +0.3 Zugänge bei den Legaten und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
- 94.0 Abgänge bei der Lärmrechnung des Flughafens Zürich.

R 2012	Festgelder 90 - 360 Tage	Darlehen	Beteiligungen (Aktien/ Anteilscheine)	Übrige verzinsliche Anlagen	Langfristige Forderungen	Übrige Finanz- anlagen	Buchwert Total
Fr. 1000							
Finanzanlagen per 1.1.	146 200	139 878	9 835	129 428	14 797	1 273	441 411
Zugänge	2 324 200	1 217	375	20 600	4 528	94 028	2 444 947
Abgänge	-2 396 200	- 8 712	- 375	- 24 058	- 104	-	-2 429 449
Verkehrswertanpassungen	-	-	- 60	1 242	- 4 673	279	- 3 212
Umgliederungen	-	-	156	- 179	1 871	22	1 871
Finanzanlagen per 31.12.	74 200	132 382	9 931	127 032	16 419	95 603	455 568
davon kurzfristig	74 200	130 867	-	22 763	-	552	228 381
davon langfristig	-	1 516	9 931	104 270	16 419	95 051	227 187
davon zweckgebunden (Leg. + St.)	1 200	1 061	4 384	73 579	-	1 051	81 275

23. Festgelder und Geldmarktanlagen (Finanzvermögen)

R 2013	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Fr. 1000				
Stand per 1.1.	250 000	74 200	94 000	418 200
Zugänge	-	580 400	160 000	740 400
Abgänge	- 250 000	- 625 200	- 94 000	- 969 200
Stand per 31.12.	-	29 400	160 000	189 400
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	1 400	-	1 400

Im Rahmen des Cash-Managements (Zahlungsbereitschaft und kurzfristige Liquiditätsbewirtschaftung) werden Geldmarkt- und Festgeldanlagen mit Dritten abgeschlossen. Die Bonität der Gegenpartei muss im Investment-Grade (AAA bis BBB-) gemäss offiziellem Rating einer internationalen Ratingagentur (Standard & Poor's, Fitch, Moody's) liegen, um das Kreditrisiko zu minimieren (siehe auch Risikocontrolling und Risikomanagement). Fehlt ein solches Rating, kann jenes einer grossen Schweizer Bank (UBS, CS, ZKB) als Grundlage verwendet werden.

R 2012 Fr. 1000	Fälligkeit < 90 Tage	Fälligkeit 90 - 360 Tage	Fälligkeit > 360 Tage	Total
Stand per 1.1.	700 000	146 200	-	846 200
Zugänge	1 850 000	2 324 200	94 000	4 268 200
Abgänge	-2 300 000	-2 396 200	-	-4 696 200
Stand per 31.12.	250 000	74 200	94 000	418 200
- davon zweckgebunden (Leg. + St.)	-	1 200	-	1 200

24. Darlehensliste und Fälligkeiten (Finanzvermögen)

per 31.12.2013 in Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Darlehen Finanzvermögen	131 439 006	894 225	1 053 218	133 386 449
Verkehrsbetriebe Zürich	130 000 000			130 000 000
Aktionärsdarlehen an das Zentrum für Radiotherapie Zürich-Ost-Linth AG (ZRR)			1 000 000	1 000 000
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	140 448	683 907	10 000	834 355
ZFV Unternehmungen Zürich	492 700			492 700
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000			475 000
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	106 736			106 736
Fonds für das Personal der Psych. Universitätsklinik	34 131	57 000	3 600	94 731
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck	23 398	59 640		83 038
Agazzi, Zürich	81 000			81 000
Hilfsfonds für Angehörigen der Kantonspolizei	6 000	30 000	31 118	67 118
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	31 494	7 700	8 500	47 694
Studiendarlehen Fonds der PHZH	5 900	35 000		40 900
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHdK	30 200	9 500		39 700
Briner, Basserdorf	29 000			29 000
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies		11 478		11 478
Wertberichtigungen	- 17 000			- 17 000

Die ausgewiesenen Fälligkeiten beziehen sich auf die Vereinbarungen zur Kündigung der gewährten Darlehen. Die Wertberichtigungen werden nicht auf den Einzelpositionen geführt.

Erläuterungen zu den Veränderungen 2013:

Aktivdarlehen im Finanzvermögen +1.0 Mio. Franken

+1.0 Gewährung eines Darlehens an das Zentrum für Radiotherapie Zürich-Ost-Linth AG, Rüti (ZRR).

+0.2 Weitere Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW.

-0.1 Rückzahlung von an die ZFV Unternehmungen, Zürich, gewährten Darlehen.

per 31.12.2012 in Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Darlehen Finanzvermögen	131 563 127	772 996	46 230	132 382 353
Verkehrsbetriebe Zürich	130 000 000	-	-	130 000 000
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHAW	139 304	531 650	2 500	673 454
ZFV Unternehmungen Zürich	640 000	-	-	640 000
Kaufmännischer Verband, Zürich	475 000	-	-	475 000
Studiendarlehen Härtefallkasse Universität	96 615	-	-	96 615
Darlehen Hilfsfonds für das Staatspersonal	54 373	36 200	-	90 573
Darlehen des Fonds für einen wohltätigen Zweck	20 000	63 915	-	83 915
Agazzi, Zürich	81 000	-	-	81 000
Hilfsfonds für Angehörigen der Kantonspolizei	6 000	36 000	29 730	71 730
Studiendarlehen des Darlehensfonds ZHDK	50 800	8 200	-	59 000
Studiendarlehen Fonds der PHZH	5 800	28 400	2 500	36 700
Briner, Basserdorf	29 000	-	-	29 000
Darlehen der Hilfskasse der Strafanstalt Pöschwies	-	13 200	-	13 200
Fonds für das Personal der Psych. Universitätsklinik	25 235	55 431	11 500	92 166
Wertberichtigungen	- 60 000	-	-	- 60 000

25. Beteiligungsliste (Finanzvermögen)

in Franken	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ ¹⁾	Nominal
	per 31.12.2013	per 31.12.2012	per 31.12.2013	per 31.12.2012				
Beteiligungen Finanzvermögen	10 808 827	9 931 395						
Zentralwäscherei Zürich AG, Zürich	5 100 000	5 100 000	60.00%	60.00%	8 500 000	1 200 000	NA	43
Zentrum für Radiotherapie Zürich-Ost- Linth AG, Rütli (ZRR)	400 000	-	40.00%	-	1 000 000	400 000	NA	1
Hangenmoos AG, Wädenswil	375 000	375 000	8.33%	8.98%	4 500 000	3 750	NA	100
Baugenossenschaft Burgmatte, Zürich ²⁾	-	72 200	-	12.15%	594 000	722	AS	100
Beteiligungen des Alfred Werner Le- gats ³⁾	3 690 505	3 405 162	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Dr. Fritz Bek Fonds ³⁾	672 508	664 046	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Bertha Meierhofer Fonds ³⁾	226 466	-	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen des Issektuz Fonds ³⁾	215 098	193 287	-	-	-	-	-	-
Beteiligungen der Ida de Pottère- Stiftung ³⁾	129 250	121 700	-	-	-	-	-	-

¹⁾ NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine

²⁾ Verkauft in 2013

³⁾ Für Zwecke der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit gebundenes Finanzvermögen. Die Buchwerte der Stiftungen entsprechen den am Abschlussstichtag gültigen Aktienkursen.

26. Sachanlagen (Finanzvermögen)

R 2013 Fr. 1000	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sachan- lagen	Buchwert Total
Buchwert							
Stand per 1.1.	444 858	586 961	53	–	–	–	1 031 872
Zugänge	355	4 839	–	–	–	–	5 194
Übertragungen vom VV	1 776	9 398	48	–	–	–	11 222
Abgänge	– 806	– 34 295	– 56	–	–	–	– 35 157
Übertragungen ins VV	– 82	– 8	–	–	–	–	– 90
Verkehrswertanpassungen	647	5 570	–	–	–	–	6 217
Umgliederungen	9 527	– 9 527	–	–	–	–	–
Stand per 31.12.	456 276	562 937	45	–	–	–	1 019 258
davon Anlagen aus Finanzierungsleasing	–	–	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–	–	–
davon Baurechte	24 773	54 268	–	–	–	–	79 040

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2013:

Grundstücke unbebaut +11.4 Mio. Franken

- +9.5 Umgliederungen von Liegenschaften beim Strassenfonds, die zuvor in der Kategorie „Gebäude inkl. Grundstücke“ geführt wurden.
- +1.8 Übertragungen vom Verwaltungsvermögen im Bereich der Baudirektion und der Hochschulen.
- +0.6 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften des Strassenfonds.
- 0.8 Abgänge bei Liegenschaften im Strassenfonds, bei den Hochschulen und in der Baudirektion.

Gebäude inkl. Grundstücke bebaut -24.0 Mio. Franken

- +3.7 Zugänge verschiedener Liegenschaften bei der Baudirektion.
- +0.9 Zugänge von Liegenschaften aus Erbfällen.
- +8.4 Übertragungen diverser Liegenschaften der Baudirektion und des Strassenfonds vom Verwaltungsvermögen.
- +1.0 Die fälschlicherweise bisher bei der Bildungsdirektion ausgewiesene Liegenschaft wird in den Bertha Meierhofer Fonds aus dem Verwaltungsvermögen übertragen.
- 24.3 Abgang: Verkauf diverser Liegenschaften der Baudirektion.
- 9.4 Abgang: Verkauf diverser Liegenschaften im Strassenfonds.
- +5.9 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften des Strassenfonds aufgrund Neubewertung.
- +0.9 Verkehrswertanpassung von Liegenschaften im Bertha Meierhofer Fonds.
- 1.3 Verkehrswertanpassungen von Liegenschaften im Natur - & Heimatschutzfonds.
- 9.5 Umgliederungen von Liegenschaften beim Strassenfonds in die Kategorie „Grundstücke unbebaut“.

Baurechte +1.0 Mio. Franken

- +1.7 Zunahme der Baurechte für bebaute Grundstücke.
- 0.7 Abnahme der Baurechte für unbebaute Grundstücke.

R 2012	Grundstücke unbebaut	Gebäude inkl. Grundstücke bebaut	Mobilien	Anlagen im Bau	Anzah- lungen	Übrige Sachan- lagen	Buchwert Total
<u>Fr. 1000</u>							
Buchwert							
Stand per 1.1.	452 054	436 873	49	187	-	-	889 162
Zugänge	659	93 140	4	-	-	-	93 804
Übertragungen vom VV	195	69 088	168	-	-	-	69 451
Abgänge	- 25 526	- 14 774	- 171	-	-	-	- 40 471
Übertragungen ins VV	- 574	- 925	-	-	-	-	- 1 499
Verkehrswertanpassungen	17 848	3 574	3	-	-	-	21 424
Umgliederungen	202	- 15	-	- 187	-	-	-
Stand per 31.12.	444 858	586 961	53	-	-	-	1 031 872
davon Anlagen aus Finanzierungslea- sing	-	-	-	-	-	-	-
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-
davon Baurechte	25 468	52 530	-	-	-	-	77 997

27. Sachanlagen (Verwaltungsvermögen)

R 2013	Grundstücke	Strassen	Wasser- bau	Übrige Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobilien	Anlagen in Bau	Übrige Sach- anlagen	Total
Fr. 1.000									
Anschaffungskosten									
Stand per 1.1.	1 237 611	1 519 172	297 212	6 388	9 243 464	1 572 437	418 912	13 645	14 308 841
Zugänge	103 613	85 001	6 446	88	52 822	133 307	239 641	265	621 185
Übertragungen vom FV	0	66	-	-	-	-	-	-	66
Abgänge	- 8 200	- 11 936	-	-	- 61 928	- 87 050	- 10 984	-	- 180 098
Übertragungen ins FV (*)	- 7 358	- 2 208	-	-	- 7 871	- 264	-	-	- 17 701
Umgliederungen	-	-	2 919	-	114 338	28 771	- 133 113	811	13 726
Stand per 31.12.	1 325 666	1 590 096	306 577	6 476	9 340 824	1 647 202	514 456	14 721	14 746 018
Kumulierte Abschreibungen									
Stand per 1.1.	- 21 608	- 572 628	- 63 593	- 4 356	- 5 026 095	- 1 057 088	- 243	75	- 6 745 536
Abschreibungen	- 1 703	- 37 549	- 4 029	- 224	- 234 414	- 133 781	- 247	-	- 411 948
Abgänge	8 086	103	-	-	41 199	84 192	-	-	133 580
Übertragungen ins FV (*)	0	558	-	-	5 705	216	-	-	6 480
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	-	-	- 305	- 12 281	-	-	- 12 586
Stand per 31.12.	- 15 225	- 609 515	- 67 623	- 4 580	- 5 213 910	- 1 118 742	- 490	75	- 7 030 010
Buchwert per 31.12.	1 310 441	980 581	238 954	1 896	4 126 914	528 460	513 966	14 796	7 716 008
davon Anlagen aus Finanzierungsleasing	-	-	-	-	61 328	2 142	-	-	63 470
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon Baurechte	110	-	-	-	-	-	-	-	110
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')	-	- 25 214	- 60 691	-	- 459 923	- 66 118	- 36 583	- 5 164	- 653 694
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	- 7 358	- 1 650	-	-	- 2 166	- 48	-	-	- 11 222

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2013:

Grundstücke – Anschaffungskosten +88.0 Mio. Franken

- +104.3 Zugänge beim Immobilienamt.
- +2.9 Zugänge beim Natur- und Heimatschutzfonds, wovon 1.4 Mio. Franken gleichzeitig durch Abschreibungen wertberichtigt wurden.
- 7.9 Abgänge bei den Religionsgemeinschaften, welche gleichzeitig durch Abschreibungen wertberichtigt wurden.
- 6.0 Abgänge durch Übertragung ins Finanzvermögen bei den Liegenschaften der Mittelschulen.

Grundstücke – Kumulierte Abschreibungen +6.4 Mio. Franken

- 1.5 Abschreibungen beim Natur- und Heimatschutzfonds.
- 0.2 Abschreibungen beim AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- +7.9 Abgänge bei den Religionsgemeinschaften in gleicher Höhe wie die Anschaffungskosten.

Strassen – Anschaffungskosten +70.9 Mio. Franken

- +84.7 Zugang beim Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen.
- 11.9 Abgänge im Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen.
- 2.2 Abgänge durch Übertragung in das Finanzvermögen im Tiefbauamt von Staatsstrassen, Fussgängeranlagen und Radwegen.

Strassen – Kumulierte Abschreibungen -36.9 Mio. Franken

- 37.5 Abschreibungen des Jahres auf dem Anlagenbestand aufgrund der festgelegten Nutzungsdauern und ausserplanmässige Wertberichtigungen aufgrund Anlagenabgänge (11.8 Mio. Franken).

Wasserbau – Anschaffungskosten +9.4 Mio. Franken

- +6.4 Zugang aus Investitionen im Bereich des AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- +2.9 Zugang durch Umgliederung im Bereich des AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Wasserbau – Kumulierte Abschreibungen -4.0 Mio. Franken

- 4.0 Abschreibungen des Jahres im AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- +0.5 Wegfall von aufgelaufenen Abschreibungen durch Abgänge bei den Wasserbauten im AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Übrige Tiefbauten – Kumulierte Abschreibungen -0.2 Mio. Franken

- 0.1 Abschreibungen des Jahres im AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Hochbauten, Gebäude – Anschaffungskosten +97.3 Mio. Franken

- +27.9 Abgang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- +3.0 Zugang beim Kantonsspital Winterthur.
- +2.7 Zugang bei der ipw Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland.
- +2.3 Zugang beim Immobilienamt.
- +2.0 Zugang bei den Hochschulen (Universität und Fachhochschulen).
- +2.0 Zugang im Strafvollzug.
- +1.7 Zugang bei der Zentralbibliothek Zürich.
- +1.5 Zugang bei den Gerichten.
- +1.2 Zugang beim Sozialamt.
- +1.0 Zugang bei den Mittel- und Berufsschulen.

- 41.0 Abgang bei den Hochschulen.
- 11.2 Abgang bei den Religionsgemeinschaften.
- 1.7 Abgang bei den Mittelschulen.
- 7.3 Abgang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- 3.4 Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst.
- 3.1 Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei den Mittelschulen.
- 1.4 Abgang durch Übertragung in das Finanzvermögen bei den Hochschulen.
- +60.6 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Hochschulen.
- +19.7 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- +16.5 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Mittelschulen.
- +4.7 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Immobilienamt.
- +3.5 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Universitätsspital.
- +1.2 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Religionsgemeinschaften.
- +1.1 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Berufsschulen.
- +1.0 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ beim Bezirksgericht Winterthur.

Hochbauten, Gebäude – Kumulierte Abschreibungen -187.8 Mio. Franken

- 234.4 Abschreibungen des Jahres auf dem Anlagenbestand.
- +21.0 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die Abgänge im Hochschulbereich.
- +11.2 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die Abgänge bei den Religionsgemeinschaften.
- +6.8 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die Abgänge der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- +1.7 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die Abgänge bei den Mittelschulen.

Mobilien – Anschaffungskosten +74.8 Mio. Franken

- +33.3 Zugang bei der Universität Zürich.
- +33.3 Zugang beim Universitätsspital Zürich.
- +18.4 Zugang bei der Kantonspolizei.
- +8.6 Zugang beim Kantonsspital Winterthur.
- +8.4 Zugang beim Tiefbauamt.
- +2.9 Zugang bei der ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- +2.7 Zugang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- +2.2 Zugang bei der Hochschule der Künste.
- +2.1 Zugang bei der Zentralbibliothek.
- +2.1 Zugang bei der Kantonsschule Nord.
- +1.5 Zugang beim Obergericht.
- +1.3 Zugang im Generalsekretariat der Gesundheitsdirektion.
- +1.1 Zugang beim AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- 38.0 Abgang beim Universitätsspital.
- 21.6 Abgang bei der ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- 5.7 Abgang bei der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- 3.8 Abgang beim Tiefbauamt.

- 3.4 Abgang beim Strassenverkehrsamt.
- 1.3 Abgang bei der ipw Integrierte Psychiatrie Winterthur - Zürcher Unterland.
- 1.3 Abgang beim Kantonalen Steueramt.
- 1.3 Abgang bei der Kantonspolizei.
- 1.1 Abgang beim Kantonsspital Winterthur.
- 1.1 Abgang bei der Universität Zürich.
- +12.8 Umgliederung beim Universitätsspital Zürich aufgrund Bereinigung der Anlagenwerte in der konsolidierten Rechnung.
- +4.4 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei der Kantonspolizei.
- +1.2 Zugang durch Umgliederung aus der Rubrik „Anlagen im Bau“ bei den Mittelschulen.

Mobilien – Kumulierte Abschreibungen -61.7 Mio. Franken

- 133.8 Abschreibungen des Jahres auf dem Anlagenbestand.
- +84.2 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Abgänge von Mobilien.
- +0.2 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch die oben erwähnten Übertragungen in das Finanzvermögen.
- 12.9 Abnahme der kumulierten Abschreibungen durch Umgliederung beim Universitätsspital Zürich aufgrund Bereinigung der Anlagenwerte in der konsolidierten Rechnung.

Anlagen im Bau – Anschaffungskosten + 95.5 Mio. Franken

- +43.3 Zugang beim Immobilienamt.
- +64.6 Zugang bei den durch das Universitätsspital Zürich genutzten Liegenschaften.
- +54.3 Zugang bei den durch die Universität Zürich genutzten Liegenschaften.
- +10.9 Zugang beim Amt für Militär und Zivilschutz.
- +10.2 Zugang bei den Mittelschulen.
- +9.6 Zugang beim Massnahmenzentrum Uitikon.
- +8.4 Zugang bei der ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- +6.3 Zugang bei Mobilien des Universitätsspitals Zürich.
- +6.0 Zugang bei den Liegenschaften des Kantonsspitals Winterthur.
- +5.0 Zugang beim Tiefbauamt.
- +3.8 Zugang bei Mobilien der Universität Zürich.
- +2.8 Zugang beim AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- +1.8 Zugang bei der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof.
- +1.4 Zugang bei den Berufsschulen.
- +1.3 Zugang bei der Justizvollzugsanstalt Pöschwies.
- +1.2 Zugang bei den Religionsgemeinschaften.
- 9.4 Abgang beim Immobilienamt; ausserplanmässige Abschreibungen aufgrund von Projektanpassungen beim Polizei- und Justizzentrum Zürich.

Anlagen im Bau – Kumulierte Abschreibungen -0.2 Mio. Franken

- 0.2 Verminderung der kumulierten Abschreibungen durch Abgang im AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Übrige Sachanlagen – Anschaffungskosten +1.1 Mio. Franken

+0.8 Zugänge durch Umgliederungen beim AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

+0.3 Zugänge im Amt für Landschaft und Natur.

R 2012	Grundstücke	Strassen	Wasserbau Tiefbauten	Hochbauten, Gebäude	Mobilien	Anlagen in Bau	Übrige Sachanlagen	Total
Anschaffungskosten								
Stand per 1.1.	1 295 794	1 460 181	283 585	6 115	8 994 271	1 522 003	497 715	14 073 215
Zugänge	1 469	79 078	793	58	169 532	133 907	152 478	537 409
Übertragungen vom FV	1 309	1	-	-	189	-	-	1 499
Abgänge	- 56	- 19 759	- 466	-	- 73 857	- 110 600	- 5 039	- 209 777
Übertragungen ins FV (*)	- 60 908	- 586	-	-	- 31 755	- 256	-	- 93 504
Umgliederungen	2	258	13 300	214	185 085	27 383	- 226 242	0
Stand per 31.12.	1 237 611	1 519 172	297 212	6 388	9 243 464	1 572 437	418 912	14 308 841
Kumulierte Abschreibungen								
Stand per 1.1.	- 19 965	- 537 079	- 60 148	- 4 138	- 4 860 191	- 1 041 007	- 244	- 6 522 697
Abschreibungen	- 1 643	- 38 696	- 3 913	- 218	- 240 617	- 128 113	-	- 413 199
Abgänge	0	2 756	467	-	56 375	106 708	1	166 307
Übertragungen ins FV (*)	-	392	-	-	23 574	87	-	24 053
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	0	-	-	-	- 5 236	5 236	- 0	- 0
Stand per 31.12.	- 21 608	- 572 628	- 63 593	- 4 356	- 5 026 095	- 1 057 088	- 243	- 6 745 536
Buchwert per 31.12.	1 216 004	946 545	233 618	2 032	4 217 369	515 349	418 670	7 563 306
davon Anlagen aus Finanzierungsleasing	-	-	-	-	65 616	-	-	65 616
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in übrige langfristige Verbindlichkeiten)	- 169	- 21 702	- 58 911	-	- 515 839	- 61 884	- 23 987	- 687 053
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	60 908	194	-	-	8 182	168	-	69 452

28. Immaterielle Anlagen (Verwaltungsvermögen)

R 2013	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immaterielle Anlagen	Total
Fr. 1000					
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	218 547	11	17 321	37	235 916
Zugänge	13 996	–	11 771	–	25 768
Übertragungen vom FV	–	–	–	–	–
Abgänge	– 13 740	–	– 339	–	– 14 079
Übertragungen ins FV (*)	–	–	– 181	–	– 181
Umgliederungen	14 082	– 11	– 13 607	–	464
Stand per 31.12.	232 886	–	14 965	37	247 888
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	– 159 232	– 11	–	– 37	– 159 280
Abschreibungen	– 25 486	–	–	–	– 25 486
Abgänge	13 656	–	–	–	13 656
Übertragungen ins FV (*)	–	–	–	–	–
Wertaufholungen	–	–	1	–	1
Umgliederungen	– 300	11	– 1	–	– 290
Stand per 31.12.	– 171 361	–	–	– 37	– 171 398
Buchwert per 31.12.	61 525	–	14 965	–	76 489
davon Anlagen aus Finanzierungsleasing	–	–	–	–	–
davon verpfändete Anlagen	–	–	–	–	–
davon selbsterstellte Anlagen	4 198	–	–	–	4 198
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')	– 706	–	–	–	– 706
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	–	–	– 181	–	– 181

Sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr wurden keine Ausgaben für nicht aktivierbare Vorleistungen (Research and Development Expenditure) von selbsterstellten immateriellen Vermögenswerten getätigt.

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2013:

Software - Anschaffungswerte +14.3 Mio. Franken

- +4.4 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Universitätsspital Zürich.
- +2.4 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Sicherheitsdirektion (Kantonspolizei, Strassenverkehrsamt).
- +1.6 Zugänge von diversen Softwareprodukten im Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Inneren.
- +1.2 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Gesundheitsdirektion.
- +1.1 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur.
- +1.0 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der Universität Zürich.
- +0.9 Zugänge von diversen Softwareprodukten bei der ipw Integrierte Psychiatrie Winterthur - Zürcher Unterland.
- +0.8 Zugänge von diversen Softwareprodukten beim Kantonalen Steueramt.
- 4.8 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software beim Strassenverkehrsamt.
- 2.8 Ausbuchung fast vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software beim Universitätsspital Zürich.
- 2.6 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software bei der Psychiatrischen Universitätsklinik und der ipw Integrierten Psychiatrie Winterthur - Zürcher Unterland.

- 2.3 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software bei der ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.
- 1.2 Ausbuchung vollständig abgeschriebener und nicht mehr benötigter Software bei der Finanz-, Gesundheits-, Bau- und Sicherheitsdirektion sowie dem Kantonsspital Winterthur.
- +13.6 Umgliederungen: Inbetriebnahme von Software bei diversen Direktionen.

Anlagen in Realisierung - Anschaffungswerte +2.4 Mio. Franken

- +2.9 Zugang von Softwareprodukten beim Universitätsspital Zürich.
- +1.8 Zugang von Softwareprodukten beim Kantonsspital Winterthur.
- +1.2 Zugang von Softwareprodukten beim Generalsekretariat der Baudirektion.
- +0.9 Zugang von Softwareprodukten beim Generalsekretariat der Bildungsdirektion.
- +0.8 Zugang von Softwareprodukten bei den Gerichten.
- +0.8 Zugang von Softwareprodukten bei der Kantonspolizei.
- 13.6 Umgliederungen: Inbetriebnahme von Software bei diversen Direktionen.

Veränderung der Buchwerte von selbsterstellte Anlagen +1.4 Mio. Franken

- +1.4 Weiterentwicklung und Inbetriebnahme des Rechtsinformationssystems RIS bei der Direktion der Justiz und des Innern.

Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge -0.3 Mio. Franken

- 0.3 Amortisation des Jahres.

R 2012	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Übrige immaterielle Anlagen	Total
Fr. 1000					
Anschaffungskosten					
Stand per 1.1.	229 771	-	9 456	37	239 265
Zugänge	11 217	11	10 705	-	21 933
Übertragungen vom FV	-	-	-	-	-
Abgänge	- 24 806	-	- 477	-	- 25 282
Übertragungen ins FV (*)	-	-	-	-	-
Umgliederungen	2 364	-	- 2 364	-	-
Stand per 31.12.	218 547	11	17 321	37	235 916
Kumulierte Abschreibungen					
Stand per 1.1.	- 155 607	-	-	- 37	- 155 644
Abschreibungen	- 28 048	- 11	-	-	- 28 059
Abgänge	24 423	-	-	-	24 423
Übertragungen ins FV (*)	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	-	-	-
Stand per 31.12.	- 159 232	- 11	-	- 37	- 159 280
Buchwert per 31.12.	59 315	-	17 321	-	76 636
davon Anlagen aus Finanzierungsleasing	-	-	-	-	-
davon verpfändete Anlagen	-	-	-	-	-
davon selbsterstellte Anlagen	-	-	2 787	-	2 787
Erhaltene, noch nicht aufgelöste Investitionsbeiträge (bilanziert in 'übrige langfristige Verbindlichkeiten')	- 1 060	-	-	-	- 1 060
(*) Buchwert von Übertragungen ins FV	-	-	-	-	-

29. Darlehen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2012	Abs.	%
Stand 1.1.	1 476 799	875 766	601 033	68.6
Zugänge	12 106	728 601	- 716 494	
Abgänge	- 211 249	- 138 793	- 72 456	
Wertberichtigungen	8 493	2 536	5 957	
Umgliederungen	6 300	8 690	- 2 389	
Stand 31.12.	1 292 450	1 476 799	- 184 349	- 12.5

Erläuterungen zu den Bewegungen 2013:

Zugänge +12.1 Mio. Franken

- +7.2 Gewährung zusätzlicher Investitionsdarlehen an die Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse. Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe.
- +2.8 Gewährung von Wohnbaudarlehen.
- +0.9 Darlehen an die Leichtathletik EM 2014 in Zürich durch die Sicherheitsdirektion.
- +0.7 Gewährung und Rückforderung von Ausbildungsdarlehen durch das Amt für Jugend- und Berufsberatung.
- +0.5 Darlehen an die Vereinigung Pro Zürcher Berggebiet.

Abgänge -211.2 Mio. Franken

- 110.7 Einnahmen aus Rückzahlung von Darlehen, die aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge durch Spitäler und psychiatrische Kliniken entstanden waren.
- 80.2 Umwandlung von vorzeitigen Zahlungen in ordentliche Staatsbeiträge des Kantons Zürich an die Durchmesserlinie (79.8 Mio. Franken) und Tram Zürich West (0.4 Mio. Franken).
- 9.1 Entschädigungszahlungen Lärmrechnung Flughafen.
- 8.9 Rückzahlungen von gewährten Wohnbaudarlehen.
- 0.9 Rückzahlungen von gewährten Ausbildungsdarlehen des Amtes für Jugend- und Berufsberatung.
- 0.7 Teilrückzahlung der Darlehen an die Forchbahn AG, Sihltal Zürich Uetliberg Bahn AG und Schweiz. Südostbahn AG.
- 0.7 Teilrückzahlung Darlehen Zurich International School Wädenswil.

30. Darlehensliste und Fälligkeiten (Verwaltungsvermögen)

per 31.12.2013 in Franken	Fälligkeit ≤ 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Darlehen Verwaltungsvermögen	73 292 384	243 677 457	975 479 718	1 292 449 559
Flughafen Zürich AG: Regressforderung	-	-	297 802 034	297 802 034
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	-	-	183 356 356	183 356 356
Stadtspital Triemli	13 963 185	41 309 176	113 094 661	168 367 022
Darlehen an Spitäler (Spitalfinanzierung)	19 179 453	26 088 805	59 350 590	104 618 848
Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger	7 608 632	35 888 521	57 532 111	101 029 264
Stadtspital Waid	6 136 180	21 601 356	55 668 682	83 406 218
Kinderspital Zürich	4 548 829	13 699 794	46 691 214	64 939 837
Schweizerische Bundesbahnen: Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-	54 556 000	-	54 556 000
See-Spital	2 836 779	8 158 042	24 122 308	35 117 129
Schulthess Klinik	2 274 143	6 880 163	24 491 382	33 645 688
Zweckverband Spital Uster	-	4 837 220	22 524 269	27 361 489
Schweizerischer Verein Balgrist	2 223 151	7 812 729	13 715 660	23 751 540
Aktiengesellschaft Hallenstadion Zürich	-	-	20 000 000	20 000 000
Spital Männedorf AG	1 371 010	4 585 237	13 794 974	19 751 221
MCH Group AG	-	-	15 000 000	15 000 000
Zweckverband Spital Affoltern	1 384 142	4 415 315	8 488 634	14 288 091
Stiftung Zürcher Kunsthaus	-	10 000 000	-	10 000 000
VBG: Glattalbahn 3. Etappe, Vorfinanzierung	7 906 949	-	-	7 906 949
Stiftung Diakoniewerk Neumünster	-	-	5 893 479	5 893 479
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	681 889	2 261 981	2 630 763	5 574 633
Trägerverein Paracelsus-Spital	91 949	364 970	4 948 769	5 405 688
Zürich Intern. School Wädenswil	-	-	4 125 000	4 125 000
Leichtathletik EM 2014 AG, Zürich	2 475 000	-	-	2 475 000
72 Ausbildungsdarlehen (inkl. Wertberichtigung)	410 364	682 456	122 082	1 214 902
MCH Group AG: Theater 11	-	-	1 000 000	1 000 000
PZB Pro Zürcher Berggebiet	-	-	1 000 000	1 000 000
OdA G ZH: Aufbau Schule Z-INA	50 000	400 000	50 000	500 000
SwissDRG AG	141 806	-	-	141 806
SPICURA: Aufbau Lehrbetriebsverbund	-	100 000	-	100 000
Stadt Zürich: Suchtbehandlung Frankental	8 923	35 692	46 688	91 303
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	-	-	30 000	30 000
Darlehen an verschiedene private Organisationen	-	-	60	60
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	-	-	2	2

Die bedeutendsten Darlehen per 31. Dezember 2013 sind (in Mio. Franken):

- 297.8 Flughafen Zürich AG als Regressforderung für latente Fluglärmentschädigungsverpflichtungen. Es besteht eine Rückstellung für die Bezahlung der Fluglärmentschädigungen in gleicher Höhe (Vorjahr: 306.9 Mio. Franken).
- 183.4 Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse.
4.7 Mio. Franken Betriebshilfedarlehen des Kantons
178.7 Mio. Franken Investitionsdarlehen des Bundes
Diese Mittel werden vom Bund dem Kanton Zürich überwiesen und vom Kanton an die Landwirtschaftliche Kreditkasse weitergeleitet. Es besteht deshalb eine Verpflichtung gegenüber dem Bund in gleicher Höhe (Vorjahr: 176.2 Mio. Franken).
- 168.4 In Darlehen umgewandelte Investitionsbeiträge an das Stadtspital Triemli, Zürich, aufgrund der seit 2012 geltenden Spitalfinanzierung.
- 101.0 Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger zur Förderung des Wohnungsbaus (Vorjahr: 107.2 Mio. Franken).
- 83.4 In Darlehen umgewandelte Investitionsbeiträge an das Stadtspital Waid, Zürich, aufgrund der seit 2012 geltenden Spitalfinanzierung.

per 31.12.2012	Fälligkeit ≤ 1 Jahr	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
in Franken				
Darlehen Verwaltungsvermögen	67 132 386	364 029 719	1 045 636 831	1 476 798 935
Darlehen an Spitäler (Spitalfinanzierung) ¹⁾	55 271 260	180 750 668	451 664 325	687 686 253
Flughafen Zürich AG: Regressforderung	-	-	306 941 379	306 941 379
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	-	-	176 154 339	176 154 339
Schweizerische Bundesbahnen: Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	-	134 400 000	-	134 400 000
Wohnbaudarlehen an verschiedene Empfänger	7 532 862	33 579 759	66 045 345	107 157 966
AG Hallenstadion Zürich	-	-	20 000 000	20 000 000
MCH Group AG: Messe Zürich	-	-	15 000 000	15 000 000
Stiftung Zürcher Kunsthaus	-	10 000 000	-	10 000 000
Darlehen an verschiedene Verkehrsbetriebe	691 638	2 396 047	3 178 586	6 266 271
Zürich Intern. School Wädenswil	-	-	4 812 500	4 812 500
VBG: Glattalbahn 3. Etappe, Vorfinanzierung	2 671 606	-	-	2 671 606
Leichtathletik EM 2014 AG, Zürich	-	1 500 000	-	1 500 000
78 Ausbildungsdarlehen (inkl. Wertberichtigung)	483 148	794 421	160 357	1 437 926
MCH Group AG: Theater 11	-	-	1 000 000	1 000 000
PZB Pro Zürcher Berggebiet	-	-	500 000	500 000
OdA G ZH - Aufbau Schule Z-INA	-	350 000	150 000	500 000
Tram Zürich-West - Vorfinanzierung	413 740	-	-	413 740
SwissDRG AG: Fallpauschalensystems	68 067	158 823	-	226 890
SPICURA: Aufbau Lehrbetriebsverbund	-	100 000	-	100 000
Compass Groupe Schweiz AG, Kloten	-	-	30 000	30 000
Darlehen an verschiedene private Organisationen	62	-	-	62
Darlehen an verschiedene Haushaltungen	3	-	-	3
¹⁾ davon:				-
- an öffentliche Unternehmungen	34 580 824	112 416 707	282 269 277	429 266 808
- an private Organisat. ohne Erwerbszweck	16 018 180	53 691 380	135 551 234	205 260 794
- an Gemeinden, Gemeindezweckverbände	4 672 256	14 642 581	33 843 814	53 158 651

31. Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)

Übersicht

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2012	Abs.	%
Stand 1.1.	2 522 664	2 523 033	- 369	- 0.0
Zugänge	6	14	- 8	
Abgänge	-	- 383	383	
Wertberichtigungen	- 50	-	- 50	
Stand 31.12.	2 522 620	2 522 664	- 44	- 0.0

Erläuterungen zu den Bewegungen 2013 (in Mio. Franken):

Zugänge +0.0 Mio. Franken:

+0.0 Zugang diverse Spin-Off Firmen (Universität Zürich).

Abgänge -0.0 Mio. Franken

-0.0 Verkauf der Beteiligung Genossenschaft Lindenbaum Ausbildung und Wohnen, Pfäffikon.

Wertberichtigungen -0.0 Mio. Franken

-0.0 Wertberichtigung diverse Spin-Off Firmen (Universität Zürich).

32. Beteiligungsliste (Verwaltungsvermögen)

Fr. 1000	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Anschaffungs- wert	Verkehrs- wert ²⁾ per 31.12.2013	Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ ¹⁾	Nomi- nal
	per 31.12.2013	per 31.12.2012	per 31.12.2013	per 31.12.2012						
Beteiligungen	2 522 620	2 522 664			2 533 913					
Verwaltungsvermögen										
ZKB Zürcher Kantonalbank, Zürich	1 925 000	1 925 000	100.0%	100.0%	1 925 000	-	1 925 000	-	-	-
Flughafen Zürich AG, Kloten	511 698	511 698	33.3%	33.3%	511 698	1 067 403	307 019	2 046 793	NA	50
Axpo Holding AG, Baden	67 865	67 865	18.3%	18.3%	67 865	-	370 000	6 786 490	NA	10
Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ), Zürich	-	-	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-	-
GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich, Zürich	-	-	100.0%	100.0%	-	-	-	-	-	-
MCH Group AG, Basel	7 928	7 928	4.0%	4.0%	7 928	14 292	60 066	240 000	NA	10
Abraxas Informatik AG, St. Gallen	5 000	5 000	50.0%	50.0%	5 000	-	10 000	5 000	NA	1 000
Schweizer Rheinsalinen AG, Rheinfelden	1 468	1 468	13.1%	13.1%	1 468	-	11 164	1 468	NA	1 000
SNB Schweizerische Nationalbank, Bern	1 300	1 300	5.2%	5.2%	1 300	5 434	25 000	5 200	NA	500
Technopark Winterthur AG, Winterthur	700	700	6.0%	6.0%	700	-	11 700	7 000	NA	100
ZürichHolz AG, Wetzikon	429	429	20.2%	20.2%	429	-	2 120	858	NA	500
Aktiengesellschaft Hallenstadion Zürich, Zürich	390	390	6.0%	6.0%	390	1 560	6 500	3 900	NA	100
Kantag Liegenschaften AG, Zürich	300	300	100.0%	100.0%	300	-	300	3 000	NA	100
Diverse Spin-Off Firmen (Universität)	146	190	<10%	<10%	196	-	-	974 665	NA	-
Unitecra AG, Zürich	100	100	33.3%	50.0%	100	-	300	1 000	NA	100
Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse Genossenschaft, Lindau	100	100	65.0%	65.0%	100	-	154	1 000	AS	100
Limmattalbahnhof AG, Zürich	75	75	75.0%	75.0%	75	-	100	750	NA	100
BG OST-SÜD Bürgerschaftsgenossenschaft für KMU, St.Gallen	50	50	1.3%	1.3%	50	-	3 844	500	AS	100
Verwaltungsrechenzentrum AG (VRSG), St.Gallen	50	50	0.8%	0.8%	50	-	6 850	50	NA	1 000
Radio- und Fernsehgenossenschaft Zürich Schaffhausen (RFZ), Zürich	10	10	2.2%	2.2%	10	-	446	100	AS	100
Parking Neu-Oerlikon AG, Zürich	4	4	2.1%	2.1%	4	-	200	42	NA	100
Schweizerische bäuerliche Bürgerschaftsgenossenschaft, Brugg	3	3	0.6%	0.6%	3	-	486	10	AS	1 000
Genossenschaft Tarifverbund OSTWIND, St. Gallen	2	2	4.0%	4.0%	2	-	50	1	AS	2 000
Ofac Genossenschaft, Genf	1	1	0.0%	0.0%	1	-	-	2	AS	500
SAir Group AG in Nachlassliquidation, Zürich	0	0	0.0%	-	-	-	-	1	NA	69
Theater am Neumarkt AG, Zürich	0	0	16.1%	16.0%	68	-	420	135	NA	500
SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH AG, Zürich	0	0	13.3%	13.3%	200	355	1 500	400	NA	500
Zoo Zürich AG, Zürich	0	0	12.5%	12.5%	325	975	2 600	6 500	NA	50
Alp Farmer AG, Dübendorf	-	-	0.0%	0.0%	0	-	850	1	NA	200
Alpgenossenschaft Lägerweide, Schleinikon	-	-	10.9%	10.9%	8	-	73	40	AS	200
Genossenschaft Au-Konsortium, Wädenswil	-	-	0.3%	0.3%	5	-	1 500	1	AS	5 000
BDWM Transport AG, Bremgarten	-	-	7.9%	7.9%	815	-	10 300	81 480	IA	10
Forchbahn AG (FB), Zürich	-	-	24.6%	24.6%	3 000	-	12 207	6 000	VZ	500
Forchbahn AG (FB), Zürich	-	-	7.0%	7.0%	852	-	-	1 704	IA	500
Genossenschaft Hoch-Etzel, Feusisberg	-	-	0.6%	0.6%	10	-	1 641	20	AS	500
Genossenschaft Lindenbaum Ausbildung und Wohnen, Pfäffikon ³⁾	-	-	-	40.5%	30	-	74	300	AS	100
Genossenschaft Prosus, Weinfelden	-	-	0.3%	0.3%	2	-	448	1	AS	1 600
Gleis-Genossenschaft Ristel-Bergermoos, Birmensdorf	-	-	22.1%	22.1%	21	-	95	21	AS	1 000
Genossenschaft GVZ Gemüseproduzenten-Vereinigung des Kantons Zürich und benachbarter Gebiete, Otelfingen	-	-	0.3%	0.3%	0	-	68	2	AS	100
Landi Zola AG, Illnau-Effretikon	-	-	0.0%	0.0%	1	-	4 000	1	NA	1 000
Landwirtsch. Maschinen-genossenschaft Wülflingen und Umgebung, Winterthur	-	-	4.9%	4.7%	1	-	10	5	AS	100
Opernhaus Zürich AG, Zürich	-	-	2.0%	2.7%	180	190	8 808	200	NA	900
Schweizer Bibliotheksdienst Genossenschaft, Bern	-	-	15.1%	15.1%	151	-	995	1 510	AS	100
Schweizerische Südostbahn AG, St. Gallen	-	-	3.8%	3.8%	340	-	8 950	340 200	NA	1

Fr. 1000	Buchwert		Anteil Kanton Zürich		Anschaffungs- wert	Verkehrs- wert ²⁾ per 31.12.2013	Dotations-/ Aktienkapital	Anzahl Rechte	Typ ¹⁾	Nomi- nal
	per	per	per	per						
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012						
Sihltal Zürich Uetliberg Bahn SZU AG, Zürich	-	-	23.8%	23.8%	2 312	-	9 716	23 123	IA	100
SKYGUIDE, Schweizerische Aktiengesellschaft für zivile und militärische Flugsicherung, Meyrin	-	-	0.0%	0.0%	13	-	140 000	1 250	NA	10
STARTZENTRUM ZÜRICH Genossenschaft, Zürich	-	-	5.0%	5.0%	20	-	402	10	AS	2 000
Suisag AG für Dienstleistungen in der Schweineproduktion, Sempach	-	-	0.0%	0.0%	0	-	600	1	NA	200
TMF Extraktionswerk AG, Kirchberg	-	-	12.3%	12.3%	148	-	1 200	490	NA	300
Tonhalle-Gesellschaft Zürich, Zürich	-	-	0.0%	0.0%	0	-	535	1	AS	100
VBG Verkehrsbetriebe Glattal AG, Opfikon	-	-	4.3%	4.3%	10	-	230	10	NA	1 000
Verkehrsbetriebe Zürichsee und Oberland (VZO) AG, Grüningen	-	-	37.8%	37.8%	300	-	793	300	NA	1 000
Zürichsee-Schiffahrtsgesellschaft AG (ZSG), Zürich	-	-	22.1%	22.1%	2 433	1 703	11 000	24 330	IA	100

¹⁾ NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine, IA = Inhaberaktien, VZ = Vorzugsaktien

²⁾ Angabe des tatsächlichen Wertes (Verkehrswert) erfolgt nur, wenn für die Beteiligung öffentlich notierte Marktpreise existieren

³⁾ Verkauft in 2013

33. Namhafte Beteiligungen

ZKB Zürcher Kantonalbank		Mio. Franken / %		Erläuterungen
Eckwerte	Bilanz per 31.12.2013	Bilanz per 31.12.2012	Informationen	
Buchwert der Beteiligung	1 925.00	1 925.00	Zweck	Die Bank hat den Zweck, zur Lösung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Kanton beizutragen Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts Zürich Nein Rechnungslegungsvorschriften für Banken Kantonalbankgesetz (LS 951.1) Staatsgarantie für alle Verbindlichkeiten der ZKB, mit Ausnahme der nachrangigen Verbindlichkeiten und Partizipationskapital --- Oberaufsicht Kantonsrat, Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates
Aktien- bzw. Dotationskapital ¹⁾	1 925.00	1 925.00	Rechtsform	
Anteil des Kantons	100%	100%	Sitz	
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Börsenkotierung	
Eigenkapital / Reserven	9 208.00	8 784.00	Rechnungslegung	
Anteiliger Eigenkapitalwert	9 208.00	8 784.00	Veräusserungsbeschränkungen Risiken / Eventualverpflichtungen	
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen	
			Vertretung Kanton Zürich	
¹⁾ Der gegenwärtig vom Kantonsrat bewilligte Dotationskapital-Rahmen beträgt 2.5 Mrd. Franken, davon sind 1.925 Mrd. Franken ausgeschöpft.				
Flughafen Zürich AG		Mio. Franken / %		Erläuterungen
Eckwerte	Bilanz per 31.12.2013	Bilanz per 31.12.2012	Informationen	
Buchwert der Beteiligung	511.70	511.70	Zweck	Betrieb des interkontinentalen Flughafens Zürich Aktiengesellschaft Kloten Ja IFRS Flughafengesetz (mind. 1/3 des Aktienkapitals + 1 Aktie) (LS 748.1) Rückstellung für latente Fluglärmverbindlichkeiten 326 Mio. Franken --- Regierungsrat Ernst Stocker und zwei mandatierte externe Vertreter im Verwaltungsrat
Aktien- bzw. Dotationskapital	307.02	307.02	Rechtsform	
Anteil des Kantons	33.3%	33.3%	Sitz	
Anzahl Beteiligungsrechte	2 046 793	2 046 793	Börsenkotierung	
Eigenkapital / Reserven ¹⁾	1 905.76	1 859.80	Rechnungslegung	
Anteiliger Eigenkapitalwert ¹⁾	635.25	619.93	Veräusserungsbeschränkungen Risiken	
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen	
			Vertretung Kanton Zürich	
¹⁾ Die Angaben basieren auf dem konsolidierten Halbjahresabschluss per 30.6.2013 bzw. auf dem Konzernabschluss per 31.12.2012				

Axpo Holding AG Eckwerte	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2013	Bilanz per 31.12.2012	
Buchwert der Beteiligung	67.86	67.86	Erzeugung, Übertragung, Verwertung, Kauf, elektrischer Energie
Aktien- bzw. Dotationskapital	370.00	370.00	Aktiengesellschaft
Anteil des Kantons ¹⁾	18.3%	18.3%	Baden
Anzahl Beteiligungsrechte	6 786 490	6 786 490	Nein
Eigenkapital / Reserven ²⁾	8 023.80	7 646.90	IFRS
Anteiliger Eigenkapitalwert ²⁾	1 471.61	1 402.48	Ja (LS 732.2)
			Risiken
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich ³⁾
			Regierungsräte Markus Kägi und Martin Graf im Verwaltungsrat

¹⁾ Die vom Kanton Zürich zu 100% gehaltene EKZ ist zusätzlich mit 18.4% an der Axpo Holding AG beteiligt
²⁾ Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Konzernabschluss per 30.09.2013.
³⁾ Die vom Kanton Zürich zu 100% gehaltene EKZ stellt zusätzlich zwei Vertreter im Verwaltungsrat, die ausserdem Mitglieder im Verwaltungsrat des EKZ sind.

Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ)	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2013	Bilanz per 31.12.2012	
Buchwert der Beteiligung ¹⁾	-	-	Die EKZ versorgen den Kanton wirtschaftlich, sicher und umweltgerecht mit elektrischer Energie; ausgenommen ist das Gebiet der Stadt Zürich
Aktien- bzw. Dotationskapital ¹⁾	-	-	Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Anteil des Kantons	100%	100%	Zürich
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Nein
Eigenkapital / Reserven ²⁾	1 576.72	1 526.20	Swiss GAAP FER
Anteiliger Eigenkapitalwert ²⁾	1 576.72	1 526.20	Ja (EKZ-Gesetz, LS 732.1)
			Risiken
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich
			18.4% Beteiligung an der Axpo Holding AG
			Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi im Verwaltungsrat / Oberaufsicht Kantonrat / Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates

¹⁾ Die max. Höhe des Grundkapitals wurde durch den Kantonsrat auf 120 Mio. Franken festgesetzt. Das Grundkapital ist vollständig zurückgezahlt.
²⁾ Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Konzernabschluss per 30.09.2013. Die Vorjahresangaben wurden wegen eines Restatement im Geschäftsbericht des EKZ aufgrund fehlerhafter Berechnung von latenten Steuern bei ausländischen Tochtergesellschaften angepasst.

GVZ Gebäudeversicherung Kanton Zürich	Mio. Franken / %		Erläuterungen
	Bilanz per 31.12.2013	Bilanz per 31.12.2012	
Eckwerte			
Buchwert der Beteiligung	-	-	Die GVZ nimmt Aufgaben der kantonalen Feuerpolizei, der kantonalen Feuerwehr sowie der kantonalen Gebäudeversicherung wahr
Aktien- bzw. Dotationskapital	-	-	Selbstständige Anstalt des kantonalen Rechts
Anteil des Kantons	100%	100%	Zürich
Anzahl Beteiligungsrechte	-	-	Nein
Eigenkapital / Reserven ¹⁾	1 399.60	1 324.97	Schweizerisches Gesetz, namentlich kantonales Gebäudeversicherungsgesetz
Anteiliger Eigenkapitalwert ¹⁾	1 399.60	1 324.97	Ja (Gebäudeversicherungsgesetz, LS 862.1)

			Regierungsrat Mario Fehr im Verwaltungsrat / Oberaufsicht Kantonsrat / Aufgabendelegation an Kommission des Kantonsrates / allgemeine Aufsicht Regierungsrat
			Zusätzliche vertragliche Verbindungen
			Vertretung Kanton Zürich

¹⁾ Die Angaben basieren auf dem letzten publizierten Jahresabschluss per 31.12.2012

Weitere Informationen können den publizierten Geschäftsberichten der jeweiligen Organisationen entnommen werden.

34. Ausgerichtete Investitionsbeiträge

Übersicht

R 2013	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozial- versicherungen	Öffentl. Unter- nehmungen	Private Unter- nehmungen	Private Org. Erwerbszweck ohne	Private Haushalte	an das Ausland	Altbestand	an Anlagen in Bau	Total
F. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.	-	1 118	2 251 499	-	482 071	45 173	147 686	6 787	-	2 975 816	621 964	6 532 112
Zugänge	-	-	50 904	-	9 478	4 534	16 846	1 430	-	-	124 823	208 015
Übertragungen vom FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übertragungen ins FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	-	-	1 948	350	17 633	-	-	-	-	-
Stand per 31.12.	-	1 118	2 284 799	-	493 459	49 968	181 601	8 217	-	2 905 201	720 939	6 645 302
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Übertragungen ins FV	-	-	-	-	3	12	562	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Stand per 31.12.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Buchwert per 31.12.	-	788	949 257	-	406 074	32 377	135 169	-	-	385 549	720 939	2 630 153

Erläuterungen zum Anlagespiegel 2013 (in Mio. Franken):

Zugänge +208.0 Mio. Franken

- +113.1 Investitionsbeiträge aus dem Verkehrsfonds an Anlagen im Bereich des öffentlichen Verkehrs.
- +34.2 Investitionsbeiträge an Bund, Städte und Gemeinden im Bereich Strassen.
- +16.3 Investitionsbeiträge des Kantonalen Sozialamtes.
- +10.4 Investitionsbeiträge im Bereich der Volksschulen.
- +7.7 Investitionsbeiträge für Gesundheitsbetriebe im Bereich der Langzeitversorgung.
- +7.2 Investitionsbeiträge im Bereich des AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- +6.3 Investitionsbeiträge im Bereich Landwirtschaft des ALN Amt für Landschaft und Naturschutz.
- +4.8 Investitionsbeiträge im Bereich Denkmalpflege des ALN Amt für Landschaft und Naturschutz.

Zu- und Abgänge durch Umgliederungen aus der Rubrik „Anlagen im Bau“

- +17.6 Zugänge im Bereich des Kantonalen Sozialamtes.
- +7.6 Zugänge im Bereich des Verkehrsfonds.
- +1.7 Zugänge im Bereich des AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- +1.3 Zugänge im Bereich der Volksschulen.
- 4.7 Abgänge bei Investitionsbeiträgen für Gemeinden des Amtes für Verkehr im Zusammenhang mit der Einhausung Schwamendingen aufgrund noch ausstehender Inbetriebnahme.

Abschreibungen des Jahres -148.5 Mio. Franken

- 61.2 Abschreibungen auf den Altbestand. Dabei handelt es sich um Investitionsbeiträge der Jahre 1982 – 2005, die nicht auf die Kategorien Bund, Gemeinden usw. aufgeteilt werden konnten. Davon betragen die Abschreibungen für Anlagen des öffentlichen Verkehrs -23.0 Mio. Franken, die der Volksschulen -7.5 Mio. Franken, die des ALN Amtes für Landschaft und Natur -8.5 Mio. Franken und die des ehemaligen Investitionsfonds -6.8 Mio. Franken.
- 87.3 Die übrigen Abschreibungen teilen sich im Wesentlichen wie folgt auf: AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (-28.6 Mio. Franken), an Städte und Gemeinden im Bereich Finanzierung Strassen (-19.4 Mio. Franken), an Anlagen des öffentlichen Verkehrs (-18.8 Mio. Franken), auf Investitionsbeiträge für Gesundheitsbetriebe im Bereich der Langzeitversorgung (-2.9 Mio. Franken), für Aufgaben der Denkmalpflege (-4.8 Mio. Franken), für Volksschulen (-3.7 Mio. Franken).

Abgänge - Anschaffungswert -88.1 Mio. Franken (kumulierte Abschreibung +82.0 Mio. Franken)

- 43.9 Ausbuchung von abgeschriebenen Investitionsbeiträgen bei der Landwirtschaft des ALN Amt für Landschaft und Natur.
- +43.1 Die zugehörigen kumulierten Abschreibungen wurden aufgelöst.
- 27.4 Ausbuchung von abgeschriebenen Investitionsbeiträgen des Volksschulamtes.
- +27.4 Im gleichen Umfang werden kumulierte Abschreibungen aufgelöst.
- 15.7 Abgänge und Ausbuchung von abgeschriebenen Investitionsbeiträgen des AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.
- +11.6 Die zugehörigen kumulierten Abschreibungen wurden aufgelöst.

R 2012	Bund	Kantone	Gemeinden	Öffentl. Sozialversicherungen	Öffentl. Unternehmungen	Private Unternehmungen	Private Org. Erwerbszweck	Private Haushalte	an das Ausland	Altbestand	an Anlagen in Bau	Total
Fr. 1000												
Anschaffungskosten												
Stand per 1.1.	-	1 118	2 273 733	-	666 763	112 045	140 196	5 021	-	4 363 400	687 180	8 249 457
Zugänge	-	-	62 255	-	22 275	16 541	16 416	1 765	-	- 192	105 985	225 045
Übertragungen vom FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	- 91 712	-	- 220 783	- 83 414	- 15 128	-	-	- 1 387 393	- 135 140	- 1 933 570
Übertragungen ins FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	7 222	-	13 816	-	6 202	-	-	-	- 36 061	- 8 820
Stand per 31.12.	-	1 118	2 251 499	-	482 071	45 173	147 686	6 787	-	2 975 816	621 964	6 532 112
Kumulierte Abschreibungen												
Stand per 1.1.	-	- 219	-1 299 441	-	- 132 829	- 18 144	- 26 909	- 5 021	-	-3 437 685	- 2	-4 920 251
Abschreibungen	-	- 56	- 54 617	-	- 23 161	- 11 796	- 12 067	- 1 765	-	- 71 778	-	- 175 240
Abgänge	-	-	60 436	-	87 653	14 715	2 287	-	-	981 105	-	1 146 196
Übertragungen ins FV	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Wertaufholungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Umgliederungen	-	-	10	-	131	-	-	-	-	-	- 10	131
Stand per 31.12.	-	- 275	-1 293 612	-	- 68 207	- 15 225	- 36 689	- 6 787	-	-2 528 358	- 12	-3 949 165
Buchwert per 31.12.	-	844	957 887	-	413 864	29 948	110 997	-	-	447 457	621 952	2 582 948

35. Bedeutende ausgerichtete Einzelpositionen im Berichtsjahr

Fr. 1000	per	
	31.12.2013	31.12.2012
Investitionsbeiträge (brutto)	208 015	225 045
SBB: Durchgangsbahnhof Löwenstrasse	79 844	89 100
Stadt Zürich: Baupauschale	25 672	31 861
SBB: 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn, 1.+ 2. Etappe	14 445	12 252
Stadt Winterthur: Baupauschale	7 481	7 354
Limmattalbahn AG	4 518	5 001
VBZ: Tram Zürich West	3 344	5 136
Belvoirpark AG	2 000	-
Stiftung Altried, Zürich: Neu-/Umbau u. Erweiterung Eterna	-	6 875
Übrige Investitionsbeiträge	70 711	67 466

36. Laufende Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Laufende Verbindlichkeiten	-1 683 595	-1 722 017	38 421	2.2
davon verzinslich	- 458	- 758	301	39.6
Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 467 248	- 532 286	65 037	12.2
Kontokorrente mit Dritten	- 305 640	- 380 185	74 545	19.6
Kontokorrente mit selbständ., nicht konsolidierten Einheiten	- 12 420	- 9 494	- 2 926	- 30.8
Fiskalverbindlichkeiten	-	-	-	n.a.
Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 385 779	- 284 745	- 101 035	- 35.5
Transferverbindlichkeiten	- 43 509	- 39 395	- 4 114	- 10.4
Depotgelder und Kautionen	- 251 823	- 266 849	15 025	5.6
Übrige laufende Verbindlichkeiten	- 217 175	- 209 063	- 8 112	- 3.9

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter +65.0 Mio. Franken

+65.0 Abnahme der offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Dritter im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit.

Kontokorrente mit Dritten +74.5 Mio. Franken

+36.4 Geringere Verbindlichkeiten im Bereich Quellensteuer.

+29.1 Geringere Kontokorrent-Verbindlichkeit gegenüber der Eidgenössischen Finanzverwaltung, Bern.

Erhaltene Anzahlungen von Dritten -101.0 Mio. Franken

-95.7 Zunahme der Vorauszahlungen von Steuern im Steueramt.

-8.7 Zugang von Lärmgebühren (-17.8 Mio. Franken) abzüglich geleisteter Entschädigungen (9.1 Mio. Franken).

+2.1 Abnahme der Vorauszahlungen im Sozialamt.

+1.8 Abnahme der Vorauszahlungen im Universitätsspital.

Transferverbindlichkeiten -4.1 Mio. Franken

- 1.3 Zunahme beim Volksschulamt.
- 3.5 Zunahme der Gemeindebeiträge an die Kinder- und Jugendhilfe sowie an die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

Depotgelder und Kautionen +15.0 Mio. Franken

- 1.4 Zunahme der Depotgelder bei der Strafverfolgung Erwachsener.
- 2.3 Zunahme der Kautionen als Sicherheiten für den Personalverleih im Amt für Wirtschaft und Arbeit.
- +19.6 Abnahme der Kautionen bei zivilrechtlichen Prozessen.

Übrige laufende Verbindlichkeiten -8.1 Mio. Franken

- +11.7 Abnahme Guthaben Dritter aus Konkursfällen (Vermögen von laufenden Konkursfällen werden treuhänderisch verwaltet).
- +5.1 Abnahme der ausstehenden Rückerstattungen des Zürcher Verkehrsverbundes an Gemeinden.
- 14.7 Höhere Repartitionsschulden an andere Kantone (kantonaler Anteil an der Bundessteuer).
- 1.4 Zunahme der von der EU erhaltenen, noch nicht weiterverteilten Mittel für Forschungsprojekte, welche durch die Universität Zürich koordiniert werden.
- 2.1 Zunahme beim Natur- und Heimatschutzfonds.
- 1.5 Zunahme der Nachlässe bei der Finanzdirektion.
- 1.1 Zunahme beim Hochschulamt.

37. Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1 439 749	- 710 859	- 728 890	> 100.0
Gegenüber Finanzintermediären	- 435 000	-	- 435 000	n.a.
Gegenüber selbständigen Einheiten	-	-	-	n.a.
Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten	- 999 559	- 699 950	- 299 609	- 42.8
Kurzfristiger Anteil langfristiger Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	- 5 025	- 5 571	547	9.8
Derivative Finanzinstrumente	159	-	159	n.a.
Übrige kurzfrist. Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten	- 326	- 5 338	5 013	93.9

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Gegenüber Finanzintermediären -435.0 Mio. Franken

- 215.0 KfW Bankengruppe Frankfurt, fester Vorschuss bis Januar 2014.
- 220.0 KfW Bankengruppe Frankfurt, fester Vorschuss bis Februar 2014.

Kurzfristiger Anteil langfristiger Finanzverbindlichkeiten -299.6 Mio. Franken

- 999.6 Umgliederung kurzfristiger Anteil der Staatsanleihen (Rückzahlung im Geschäftsjahr 2014).
- +500.0 Rückzahlung Staatsanleihen.
- +100.0 Rückzahlung Kassascheine.
- +100.0 Rückzahlung Darlehen Postfinance.

Übrige kurzfristige Finanzverbindlichkeiten gegenüber Dritten +5.0 Mio. Franken

- +4.9 In 2013 erfolgte eine Nachzahlung im Interkantonalen Finanzausgleich aufgrund einer rückwirkenden Fehlerkorrektur bei der Berechnung der Einzahlungen in den Ressourcenausgleich 2012 (Korrektur des Alpha-Faktors, der für die Ermittlung der im Ressourcenpotential zu berücksichtigenden Vermögenswerte benötigt wird).
- +0.2 Bestandesabnahme der erhaltenen Drittmittelbeiträge für Projekte der Bildungsplanung, welche noch nicht ausgeschöpft wurden.

38. Passive Rechnungsabgrenzungen

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Passive Rechnungsabgrenzungen	-1 589 217	-1 999 379	410 162	20.5
Personalaufwand	- 15 958	- 16 067	109	0.7
Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand	- 40 908	- 30 175	- 10 733	- 35.6
Fiskalertrag	- 73	- 294 996	294 923	100.0
Transfers der Erfolgsrechnung	- 866 617	- 776 784	- 89 833	- 11.6
Finanzaufwand/ Finanzertrag	- 58 710	- 69 769	11 059	15.9
Übriger betrieblicher Ertrag	- 263 320	- 258 556	- 4 764	- 1.8
Investitionsrechnung	- 82 105	- 63 588	- 18 517	- 29.1
Übrige passive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung	- 261 525	- 489 443	227 918	46.6

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Sach-, Dienstleistungs-, übriger Betriebsaufwand -10.7 Mio. Franken

- +3.7 Universität Zürich: Umgliederung in die Forderungen aus zweckgebundenen Fremdmitteln, damit alle zweckgebundenen Fremdmittel CRG-konform abgebildet werden. Weitere Ausführungen dazu finden sich im Kapitel "Grundlagen und Grundsätze" im Anhang zur Konsolidierten Rechnung der Finanzberichterstattung.
- 3.8 Bildung von Abgrenzungen für den Kostenanteil an Honoraren bei diversen Schulen sowie Berufs- und Weiterbildungszentren.
- 3.7 Zunahme im Bereich Beiträge somatische Akutversorgung für ausstehende Honorare für bezogene Planungsleistungen.
- 3.1 Bildung von Abgrenzungen im Bereich Psychiatrischer Versorgung.

Fiskalertrag +294.9 Mio. Franken

- +294.9 Abnahme aufgrund veränderter Rechnungsstellung der Verkehrsabgabe für das folgende Kalenderjahr.

Transferertrag der Erfolgsrechnung -89.8 Mio. Franken

- +7.4 Verminderung der Abgrenzungen für diverse Beiträge im Bereich des Amtes für Jugend- und Berufsberatung.
- 49.4 Bildung von Abgrenzungen für die noch nicht ausbezahlten Staatsbeiträge in der Gesundheitsdirektion.
- 14.1 Zunahme von Abgrenzungen bei den Staatsbeiträgen des Volksschulamtes an Sonderschulen, Sonderschulheimen, Zentrum für Gehör und Sprache sowie Gemeinden für „Durchgangszentren Asylsuchende“.
- 9.7 Bildung von Abgrenzungen für Subventionen und Übernahme von Kostenbeiträgen an Schulen im Bereich der beruflichen Bildung.

Investitionsrechnung -18.5 Mio. Franken

- +8.8 Auflösung von Abgrenzungen für Investitionsbeiträge im Bereich der Akutspitäler.
- 6.2 Erhöhung von Abgrenzungen für Investitionen im Bereich des Immobilienamtes.
- 6.0 Bildung von Abgrenzungen für Investitionen im Bereich des öffentlichen Verkehrs.
- 4.4 Erhöhung von Abgrenzungen für Investitionen im Bereich der Psychiatrischen Universitätsklinik.
- 3.6 Erhöhung von Abgrenzungen für Investitionen im Bereich des AWEL Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

Übrige passive Rechnungsabgrenzungen Erfolgsrechnung +227.9 Mio. Franken

- +233.4 Umgliederung aufgrund geänderter Rechnungslegungsgrundsätze in die Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel bei der Universität Zürich.
- +14.9 Im Rahmen der Überprüfung der zweckgebundenen Fremdmittel der Universität Zürich auf CRG-konforme Darstellung wurden Dienstleistungen und Weiterbildungsangebote eruiert, deren Veränderungen in der Vergangenheit erfolgswirksam darzustellen waren. Es erfolgte eine erfolgsneutrale Umgliederung ins Eigenkapital.
- 23.2 Erhöhung von Abgrenzungen für Anteil an der Bundes- und Verrechnungssteuer.

39. Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Übersicht und Fälligkeiten

per 31.12.2013 Fr. 1000	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-1 530 429	-2 857 493	-4 387 922
Hypotheken	- 100	-	- 100
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	- 47 193	- 406 725	- 453 917
Staatsanleihen	-1 218 213	-2 212 950	-3 431 163
Darlehen	- 250 000	- 193 120	- 443 120
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	- 14 924	- 44 697	- 59 621

Per 31. Dezember des Berichtsjahres beträgt der gewichtete tatsächliche Zinssatz der Kassascheine, Staatsanleihen und Darlehen 1.756% (Vorjahr: 2.222%).

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr weisen die Verbindlichkeiten aus Kassascheinen, Staatsanleihen und Darlehen auf. Diese sind gesamthaft um 578.1 Mio. Franken gestiegen. Die Veränderungen lassen sich wie folgt erklären:

Erläuterungen zu den Veränderungen 2013 (in Mio. Franken):

- +999.6 Verschiebung in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten; davon 999.6 Mio. Franken Staatsanleihen (Rückzahlung im Geschäftsjahr 2014).
- 1 572.8 Neuaufnahmen zwecks Liquiditätssicherung; davon 54.2 Mio. Franken Kassascheine, 1 447.4 Mio. Franken Staatsanleihen, 71.2 Mio. Franken Darlehen.
- 4.9 Effektivzinsanpassung; davon 0.0 Mio. Franken Kassascheine, 4.9 Mio. Franken Staatsanleihen.

Die Veränderung der Finanzierungsleasingverbindlichkeiten wird unter Ziffer 40 Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing beschrieben.

per 31.12.2012 Fr. 1000	Fälligkeit 2 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2 203 978	-1 607 970	-3 811 947
Hypotheken	-	-	-
Schuldscheine	-	-	-
Kassascheine	-	- 399 700	- 399 700
Staatsanleihen	-1 988 833	- 989 653	-2 978 486
Darlehen	- 200 000	- 171 918	- 371 918
Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing	- 15 145	- 46 698	- 61 843

40. Verbindlichkeiten aus Finanzierungsleasing

Fr. 1000	Nominal		Diskont		Barwert	
	per 31.12.2013	per 31.12.2012	per 31.12.2013	per 31.12.2012	per 31.12.2013	per 31.12.2012
Total Finanzierungsleasing	- 90 111	- 94 931	- 25 465	- 27 518	- 64 646	- 67 414
Fälligkeit < 1 Jahr	- 7 814	- 8 767	- 2 789	- 3 196	- 5 025	- 5 571
Fälligkeit 2 - 5 Jahre	- 24 131	- 24 336	- 9 207	- 9 191	- 14 924	- 15 145
Fälligkeit > 5 Jahre	- 58 166	- 61 828	- 13 469	- 15 131	- 44 697	- 46 698

Die Tabelle zeigt die Fälligkeitsstruktur der Finanzierungsleasingverbindlichkeiten per Stichtag bis zum Ablauf der zugrunde liegenden Geschäfte. Die diskontierte und bilanzierte Restschuld (Barwert) beläuft sich per 31. Dezember 2013 auf 64.6 Mio. Franken (Vorjahr: 67.4 Mio. Franken) und setzt sich aus 18 Finanzierungsleasingobjekten zusammen (Vorjahr: 18 Objekte). Ende 2013 betragen die künftigen Annuitätzahlungen (Nominal) für Amortisationen und Zinsen 90.1 Mio. Franken (Vorjahr: 94.9 Mio. Franken).

Erläuterungen zu den Veränderungen 2013 (in Mio. Franken):

Barwert +2.8 Mio. Franken

-2.4 Ein im Berichtsjahr neu in Nutzung gegangenes Objekt beim Universitätsspital Zürich (Vorjahr: zwei neue Objekte über -41.8 Mio. Franken).

+5.1 Verkürzung der Restlaufzeit der bestehenden Finanzierungsleasingverträge (Vorjahr: +4.2 Mio. Franken).

Bei den identifizierten Finanzierungsleasinggeschäften handelt es sich mehrheitlich um Mieterausbauten, die vom Vermieter vorfinanziert wurden.

Die Finanzierungsleasingverbindlichkeiten werden in der Bilanz unter den kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeit < 1 Jahr), respektive den langfristigen Finanzverbindlichkeiten (Fälligkeiten > 1 Jahr) geführt.

41. Übrige langfristige Verbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 682 736	- 720 346	37 610	5.2
Passivierte Investitionsbeiträge	- 672 288	- 705 476	33 187	4.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 10 448	- 14 870	4 423	29.7

Erläuterungen Differenz R 12/13 (in Mio. Franken):

- +33.2 Abnahme der passivierten Investitionsbeiträge, weil die vom Bund und anderen Subventionsgebern erhaltenen Investitionsbeiträge niedriger waren als deren Amortisation.
- +4.4 Abnahme der übrigen langfristigen Verbindlichkeiten des Zürcher Verkehrsverbundes und der Zürcher Hochschule der Künste.

42. Rückstellungen

R 2013	Mehrleistungen des Personals	Andere Ansprüche des Personals	Prozesse (ohne personalrechtliche Prozesse)	Nicht versicherte Schäden	Bürgschaften und Garantieleistungen	Übrige betriebliche Tätigkeiten	Vorsorgeverpflichtungen	Finanzaufwand	Aus erbrachten Investitionsleistungen	Übrige Rückstellungen	Total
Fr., 1000											
Stand per 1.1	- 152 285	- 119 670	- 32 852	- 10 883	- 306 941	- 41 925	- 2 896 778	-	-	- 407 602	- 3 968 937
Bildungen/ Erhöhungen	- 20 558	- 21 559	- 100	- 2 520	-	- 25 457	- 29 887	- 376	-	- 86 368	- 186 824
Verwendungen	16 576	23 679	451	377	9 139	17 225	2 117 978	-	-	36 841	2 222 266
Auflösungen	1 321	8 749	30 704	392	-	1 905	49 962	-	-	96 775	189 808
Umbuchungen	-	2 085	-	-	-	-	- 85	-	-	- 2 000	-
Stand per 31.12.	- 154 946	- 106 715	- 1 797	- 12 635	- 297 802	- 48 253	- 758 810	- 376	-	- 362 354	- 1 743 686
davon kurzfristig	- 154 946	- 16 290	- 459	- 744	-	- 444	- 125 540	- 376	-	- 133 492	- 432 291
davon langfristig	-	- 90 425	- 1 338	- 11 891	- 297 802	- 47 808	- 633 270	-	-	- 228 861	- 1 311 395

Wesentliche Rückstellungen per 31. Dezember 2013:

Mio. Franken	Kategorie	Anhang Ziffer	Rechnung 2013	Rechnung 2012
Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK (konsolidierte Einheiten)	g)	46	- 367.2	- 477.0
Rückstellungen für latente Fluglärmverbindlichkeiten	e)		- 297.8	- 306.9
Vorsorgeverpflichtungen aus Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich ¹⁾	g)	46	- 231.5	- 247.7
Sanierung Sondermülldeponie Kölliken	k)		- 87.8	- 113.4
Staatsanteil für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter ¹⁾	g)	46	- 54.0	- 59.9
Rückstellungen für BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtigte Institutionen	k)		- 46.8	- 140.0
Sonstige Vorsorgevereinbarungen für Professoren/-innen der Universität Zürich	g)		- 36.3	- 35.5
Sanierung Schiessanlagen	k)		- 33.2	- 33.9
Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der Personalvorsorgekasse der Stadt Zürich	g)		- 31.2	- 36.4
Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern	k)		- 35.0	- 35.0
Teuerungszulagen auf Hinterbliebenenrenten an die WWPK ²⁾	g)		- 20.8	- 20.8
Rückstellungen für die Sanierung der städtischen Pensionskasse Winterthur (Anteil Stadtbus Winterthur)	f)		- 17.6	- 1.2
Rückstellungen für Sonderabschreibungen an den Fahrzeugen der Verkehrsunternehmen	f)		- 15.3	- 14.9
Rückbauten im Zusammenhang mit Umzug der Kantonspolizei ins PJZ Polizei- und Justizzentrum	f)		- 13.9	- 8.0
Einmaleinlage: Sanierung der BVK	g)		-	- 2 000.0
Leistungen im Übergangsausgleich infolge der BVK-Sanierung	k)		-	- 16.3
Übrige Rückstellungen für Abfindungen, gesprochene Rückstellungen für Forschung und Lehre beim Universitätsspital Zürich	k)		-	- 14.8

¹⁾ diskontiert mit 3.25% (Vorjahr: 3.25%)

²⁾ Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität Zürich, Genossenschaft

Erläuterungen zu den Bewegungen 2013:

Bildungen / Erhöhungen von Rückstellungen -186.8 Mio. Franken

-16.4	Erhöhung der Rückstellung für Transferaufwendungen zur Sanierung der städtischen Pensionskasse Winterthur (Anteil Stadtbus Winterthur).
-10.3	Bildung von Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen aus Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich (Vorjahr: -36.1 Mio. Franken)
-7.4	Bildung von Rückstellungen für den Einkauf in die BVK für Professoren/-innen der Universität Zürich aufgrund neuer Professuren (Vorjahr: -6.3 Mio. Franken).
-5.9	Erhöhung der Rückstellung für Rückbaukosten im Zusammenhang mit dem Umzug der Kantonspolizei Zürich ins PJZ Polizei- und Justizzentrum.
-2.3	Bildung von Rückstellungen für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter (Vorjahr: -8.3 Mio. Franken)

Verwendungen +2 222.3 Mio. Franken

- +2 000.0 Auszahlung der Einmaleinlage zur Sanierung der BVK von 2 Mrd. Franken.
- +61.1 Verwendung der Rückstellung für Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK erfolgte erstmals in 2013.
- +26.4 Verwendung der Rückstellung für Vorsorgeleistungen aus Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich (Vorjahr: 27.2 Mio. Franken).
- +25.5 Verwendung Rückstellung Sondermülldeponie Kölliken (Vorjahr: 32.0 Mio. Franken).
- +12.8 Verwendung der Rückstellung für Leistungen an Gemeinden im Übergangsausgleich infolge der BVK-Sanierung, die im Vorjahr gebildet wurde.
- +14.1 Verwendung von Rückstellungen für Überzeitenschädigungen an Oberärzte für die Jahre 2007 bis 2011, welche im Vorjahr gebildet wurde.
- +10.6 Erstmalige Verwendung der Rückstellung für BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtigte Institutionen.
- +6.6 Verwendungen für den Einkauf in die BVK für Professoren/-innen der Universität Zürich aufgrund neuer Professuren (Vorjahr: 6.7 Mio. Franken).
- +8.2 Verwendung der Rückstellung für Vorsorgeleistungen für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter (Vorjahr: 8.8 Mio. Franken).
- +5.2 Tilgung der Annuitätenschuld der VBZ gegenüber der Pensionskasse der Stadt Zürich (Vorjahr: 5.2 Mio. Franken).
- +9.1 Reduktion der Rückstellung für latente Fluglärmverbindlichkeiten um die im Jahr 2013 geleisteten Entschädigungszahlungen (Vorjahr: 3.2 Mio. Franken).

Auflösungen +189.8 Mio. Franken

- +48.7 Teilauflösung aufgrund der Neu beurteilung der Betragshöhe der Rückstellung für Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK zum Ende des Berichtsjahres (Vorjahr: keine).
- +82.6 Teilauflösung der Rückstellungen für BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtigte Institutionen aufgrund der Neu beurteilung der Betragshöhe zum Ende des Berichtsjahres (Vorjahr: keine).
- +28.5 Auflösung der Rückstellung des Volksschulamts aufgrund eines Verwaltungsgerichtsurteils zu einer Beschwerde im Zusammenhang mit Staatsbeiträgen aus dem Jahr 2007.
- +12.6 Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen beim Universitätsspital.
- +3.5 Auflösung der Rückstellung für Leistungen an Gemeinden im Übergangsausgleich infolge der BVK-Sanierung.

Erläuterungen zu den einzelnen Rückstellungskategorien:

- a) Mehrleistungen des Personals Ferien-, Überzeit und Gleitzeitguthaben sowie Guthaben aus nicht bezogenen Dienstaltersgeschenken der Mitarbeiter werden per Stichtag zurückgestellt. Die Bewertung erfolgt in der Regel zu einem festgelegten durchschnittlichen Stundensatz, aufgeteilt nach Verwaltungs- und Lehrpersonal. Für anwartschaftliche Dienstaltersgeschenke werden keine Rückstellungen gebildet.
Der Zeitpunkt des Mittelabflusses ist abhängig vom Einzelfall und kann nicht näher bestimmt werden. Ein Teil der Rückstellung wird durch die Kompensation von Zeitguthaben verwendet, die keinen Mittelabfluss bewirkt. Die Unsicherheit bezüglich Betragshöhe ist durch die oben beschriebene Bewertung gering.
- b) Andere Ansprüche des Personals Die Kategorie beinhaltet Rückstellungen für personalrechtliche Ansprüche und Prozessrisiken sowie die Verbindlichkeiten für Lebensarbeitszeitmodelle sowie Stundenkontokorrente im Bildungsbereich. Letztere gelten als überjährig. Sie werden deshalb als langfristige Rückstellung unter dieser Kategorie ausgewiesen.
Der Zeitpunkt des Mittelabflusses bei personalrechtlichen Ansprüchen und Prozessrisiken ist abhängig vom Einzelfall und kann nicht näher bestimmt werden. Die Betragshöhe stellt die bestmögliche Schätzung dar, hängt jedoch zum Teil von Gerichtsentscheiden ab und kann deshalb Änderungen erfahren. Für die Verbindlichkeiten aus Lebensarbeitszeitmodellen und Stundenkontokorrenten im Bildungsbereich sind die Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe gering.
- c) Prozesse (ohne personalrechtliche) Für Prozessrisiken werden Rückstellungen gebildet, wenn die Wahrscheinlichkeit eines für den Kanton negativen Prozessausganges höher als 50% liegt. Um nachteilige Auswirkungen auf den Prozessverlauf zu vermeiden, wird auf eine detaillierte Offenlegung verzichtet.
- d) Nicht versicherte Schäden Für nicht versicherte Schadenfälle oder für den Anteil eines Schadenfalles, der den versicherten Betrag übersteigt, werden Rückstellungen gebildet.
Der Mittelabfluss kann sich in gewissen Fällen über Jahre bis Jahrzehnte erstrecken. Die Betragshöhe wird zum Teil durch die effektive Lebensdauer der geschädigten Personen beeinflusst.
- e) Bürgschaften und Garantieleistungen Staatsgarantien und Bürgschaften, für die ein Mittelabfluss bekannt oder wahrscheinlich ist, werden zurückgestellt.
Der Mittelabfluss der Fluglärmschädigungen erfolgt nach abschliessenden Gerichtsentscheiden. Der Abschluss aller Verfahren wird bis im Jahr 2020 erwartet. Die Betragshöhe kann aufgrund von künftigen Gerichtsentscheiden Veränderungen unterliegen.
- f) Übrige betriebliche Tätigkeiten Die Bildung von Rückstellungen für betriebliche Tätigkeit richtet sich konsequent nach den Passivierungskriterien aus. Für nicht kostendeckende Verwaltungstätigkeiten oder künftige operative Tätigkeiten werden keine Rückstellungen gebildet.
Der Mittelabfluss der Rückstellung für Rückbaukosten im Zusammenhang mit dem Umzug der Kantonspolizei ins PJZ Polizei- und Justizzentrum wird in 2019 erwartet. Der Zeitpunkt des Mittelabflusses ist noch mit Unsicherheiten behaftet und kann sich aufgrund des Baufortschritts verzögern.
Die restlichen Rückstellungen in dieser Kategorie weisen grosse Unterschiede bezüglich Zeitpunkt des Mittelabflusses sowie hohe Unsicherheiten in Bezug auf die Betragshöhe auf.
- g) Vorsorgeverpflichtungen Die Position umfasst im Wesentlichen die Rückstellungen für Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16 sowie die Rückstellungen für Überbrückungszuschüsse. Des Weiteren sind die Vorsorgeverpflichtungen des Kantons aus der Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich sowie der Staatsanteil an Rentenleistungen für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter enthalten.

Die arbeitgeberseitigen Sanierungsbeiträge von 367.2 Mio. Franken verteilen sich wahrscheinlich gleichmässig über sechs Jahre. Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe zum Zeitpunkt des Mittelabflusses sind durch die Entwicklung des Deckungsgrads der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich gegeben.

Bei den übrigen Vorsorgeverpflichtungen wird der Zeitpunkt des Mittelabflusses durch den effektiven Pensionierungszeitpunkt und die effektive Lebensdauer der versicherten Personen beeinflusst. Veränderungen in der Altersstruktur, der Lebenserwartung sowie dem Diskontierungssatz können zu einer Veränderung der Betragshöhe der bereits bestehenden Rückstellungen führen.

k) Übrige Rückstellungen

Kategorie für diverse Positionen wie Rückstellungen für latente Grundstücksteuern, Sanierung von Altlasten, etc.

Der Mittelabfluss in dieser Rubrik wird für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken mehrheitlich bis 2016 erfolgen, wobei die Betragshöhe überdurchschnittliche Unsicherheiten aufweist. Der Mittelabfluss durch Rückbau und Nachsorge wird sich wahrscheinlich noch weitere 10 Jahre hinausziehen. Der Zeitraum der Nachsorge sowie die Betragshöhe sind mit grösseren Unsicherheiten behaftet.

Für die Sanierung von Schiessanlagen wird der Mittelabfluss laufend bis ins Jahr 2030 erwartet. Beim Betrag und Zeitpunkt des Mittelabflusses wird mit einer Unsicherheit von ca. 20% gerechnet.

Die Rückstellung für BVK Sanierungsbeiträge für staatsbeitragsberechtigte Institutionen von 46.8 Mio. Franken verteilen sich wahrscheinlich gleichmässig über sechs Jahre. Unsicherheiten bezüglich Betragshöhe zum Zeitpunkt des Mittelabflusses sind durch die Entwicklung des Deckungsgrads der BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich gegeben.

43. Fonds im Fremdkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2013	Anfangsbestand per 1.1.	Einlagen	Entnahmen	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte, noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Beitragszu- sicherungen
Fr. 1000						
Fonds Fremdkapital	- 474 636	- 29 152	201	- 503 587	28 852	99 359
Sportfonds	- 93 871	- 1 083	-	- 94 954	28 852	19 144
Fonds z. Bekämpfung d. Alkoholismus & d. Lotteriespielsucht	- 7 076	-	201	- 6 874	-	-
Schutzraumfonds	-	- 7 750	-	- 7 750	-	-
Lotteriefonds	- 308 453	- 12 071	-	- 320 523	-	74 547
Berufsbildungsfonds	- 12 689	- 6 893	-	- 19 581	-	-
Deponiefonds	- 23 655	- 634	-	- 24 289	-	-
Kantonaler Waldfonds	- 873	- 22	-	- 895	-	-
Denkmalpflegefonds	- 28 020	- 701	-	- 28 721	-	5 669

Erläuterungen zu den Bewegungen 2013:

Einlagen -29.2 Mio. Franken

- 12.1 Einlagen in den Lotteriefonds, weil die ausgerichteten Beiträge geringer waren als der Erlös aus den Ertragsanteilen von Swisslos und den kalkulatorischen Zinsen.
- 7.8 Einlagen in den 2013 neu gegründeten Schutzraumfonds. Aus diesem Fonds wurden noch keine Beiträge zugesichert oder ausbezahlt.
- 6.9 Einlagen in den Berufsbildungsfonds, weil die von Unternehmen abzuliefernden Beiträge die Beitragsleistungen übersteigen.
- 1.1 Einlagen in den Sportfonds weil die ausgerichteten Beiträge und die Aufwendungen für das Sportzentrum Kerenzberg niedriger waren als der Erlös aus den Ertragsanteilen von Swisslos und kalkulatorischen Zinsen.

Entnahmen +0.2 Mio. Franken

+0.2 Entnahmen aus dem Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht zur Deckung des den Erlös übersteigenden Aufwandes.

44. Fonds im Eigenkapital (ohne Legate und Stiftungen)

R 2013	Anfangsbestand per 1.1.	Einlagen	Entnahmen	Sonstige Transaktionen	Endbestand per 31.12.	Vorfinanzierte noch nicht abgeschriebene Investitionen	bereits erfolgte Beitragszu- sicherungen
Fr. 1000							
Fonds Eigenkapital	-2 038 587	- 137 491	4 898	53 428	-2 117 751	2 707 765	1 614 316
Investitionsfonds ¹⁾	- 53 428	-	-	53 428	-	-	-
Verkehrsfonds	- 881 793	- 35 368	-	-	- 917 162	1 235 690	1 267 783
Strassenfonds	- 675 562	- 94 544	-	-	- 770 106	1 452 733	333 868
Wildschadenfonds	- 2 080	-	20	-	- 2 060	-	-
Flughafenfonds	- 409 779	- 7 579	-	-	- 417 358	-	-
Tierseuchenfonds	- 3 684	-	377	-	- 3 307	-	-
Fonds für die Teilverlegung der Universität	-	-	-	-	-	-	-
Natur- und Heimatschutzfonds	- 8 958	-	4 244	-	- 4 714	19 342	12 664
Sonderabfallfonds	- 3 301	-	257	-	- 3 044	-	-

¹⁾Der Übertrag des Investitionsfonds in das übrige Eigenkapital erfolgte in 2013 (§ 39 Abs. 1 FAG).

Erläuterungen zu den Bewegungen 2013:

Einlagen -137.5 Mio. Franken

- 94.5 Einlage in den Strassenfonds, weil die Erträge des Fonds aus Verkehrsabgaben, zweckgebundenen Anteilen an Bundeseinnahmen und von Liegenschaften die Aufwendungen für die Strassen überstiegen.
- 35.4 Einlage in den Verkehrsfonds, weil die Übertragung aus allgemeinen Staatsmitteln und die Zinserträge auf dem Fondskapital die Abschreibungen für Investitionsbeiträge und Zinsaufwendungen überstiegen.
- 7.6 Einlage in den Flughafenfonds, weil die Zinserträge die vom Fonds zu deckenden Aufwendungen überstiegen.

Entnahmen +4.9 Mio. Franken

- +4.2 Entnahme aus dem Natur- und Heimatschutzfonds, weil die Aufwendungen die Erträge des Fonds überstiegen.

Sonstige Transaktionen +53.4 Mio. Franken

- +53.4 Übertrag des Investitionsfonds in das übrige Eigenkapital.

45. Verbindlichkeiten gegenüber Legaten und Stiftungen sowie zweckgebundenen Fremdmitteln

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Verbindlichkeiten gegenüber Legaten & Stiftungen sowie zweckgebundenen Fremdmitteln	- 344 273	- 75 792	- 268 481	> 100.0
Verbindlichkeiten gegenüber Legaten & Stiftungen (Guthaben)	- 23 238	- 25 108	1 870	7.4
Durch Finanzanlagen gedeckte Verbindlichkeiten für Legate & Stiftungen	- 51 175	- 46 483	- 4 692	- 10.1
Verbindlichkeiten gegenüber zweckgebundenen Fremdmitteln	- 269 860	- 4 201	- 265 659	> 100.0

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Verbindlichkeiten gegenüber Legaten & Stiftungen +1.9 Mio. Franken

- +0.7 Entnahme aus dem Walter-Imhof-Fonds zur Investition in verzinsliche Anlagen.
- +2.3 Entnahme aus verschiedenen Legaten und Stiftungen.
- 1.1 Einlage in verschiedene Legate und Stiftungen.

Durch Finanzanlagen gedeckte Verpflichtungen -4.7 Mio. Franken

- 2.5 Einlage in den Bertha Meierhofer Fonds, davon Liegenschaft in Höhe von 1.9 Mio. Franken, die fälschlicherweise zuvor in der Bildungsdirektion bilanziert war.
- 0.7 Investitionen in verzinsliche Anlagen im Walter-Imhof-Fonds.
- 1.5 Netto-Investitionen durch verschiedene Legate und Stiftungen.

Verpflichtungen gegenüber zweckgebundenen Fremdmitteln -265.7 Mio. Franken

- 257.7 Umgliederung der bisher unter der passiven Rechnungsabgrenzung (233.5 Mio. Franken) bzw. den passivierten Investitionsbeiträgen (24.2 Mio. Franken) ausgewiesenen zweckgebundenen Fremdmittel der Universität Zürich aufgrund Anpassung der Rechnungslegungsgrundsätze für zweckgebundene Fremdmittel in 2013.
- 6.6 Zunahme beim Universitätsspital Zürich.

Weitere Erläuterungen

46. Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16

Gemäss den gültigen Regelungen werden die Vorsorgeverpflichtungen des Kantons nach Swiss GAAP FER 16 berechnet und bilanziert. Der für nicht am Haupttableau börsenkotierte Schweizer Firmen massgebende Rechnungslegungsstandard lehnt sich vollständig an die für Schweizer Vorsorgeeinrichtungen verbindliche statistische Bilanzierung gemäss Swiss GAAP FER 26 an. Dadurch sind für die Darstellung der bilanziellen Auswirkungen keine Neubewertungen notwendig, sondern es werden die Bewertungen der Vorsorgeeinrichtungen übernommen.

Im Unterschied zu IPSAS 25 verlangt Swiss GAAP FER 16 für die Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen keine einheitliche und damit vergleichbare Bewertungsmethode. So werden die versprochenen künftigen Leistungen beispielsweise nicht mit einem einheitlichen Satz diskontiert. Allerdings setzt sich auch Swiss GAAP FER 16 zum Ziel, die tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf den Arbeitgeber darzustellen. Ein Nutzen oder eine Verpflichtung entsteht nur dann, wenn es für den Arbeitgeber einen positiven (wirtschaftlicher Nutzen) oder negativen (wirtschaftliche Verpflichtung) künftigen Geldfluss zur Folge hat, beispielsweise indem sich die künftigen Arbeitgeberbeiträge aufgrund der statutarischen Deckungssituation verändern. Der ermittelte wirtschaftliche Nutzen bzw. die wirtschaftliche Verpflichtung wird bilanziert. Die Differenz zum entsprechenden Wert der Vorperiode wird zusammen mit dem auf die Periode abgegrenzten Aufwand ergebniswirksam erfasst.

Die Statuten der BVK wurden einer Teilrevision unterzogen mit dem Ziel, die Finanzierung der Leistungen langfristig sicher zu stellen. Durch die dadurch eingeleiteten Massnahmen entstehen einerseits jährlich wiederkehrende und andererseits auch einmalige Kosten. Die wiederkehrenden Kosten führen zu einem Mehraufwand in den Folgejahren für Arbeitgeber und –nehmende. Dabei wird ein Teil dieser Mehrkosten zur Erhöhung der Sparbeiträge und ein anderer Teil für einen deckungsgradabhängigen Sanierungsbeitrag verwendet. Die neuen Statuten sind seit 1. Januar 2013 in Kraft.

Die Rückstellung (wirtschaftlicher Anteil des Kantons Zürich) für die BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich, Kantonsanteil konsolidiert, entspricht dem Barwert der erwarteten arbeitgeberseitigen Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK in Höhe von 367.2 Mio. Franken (Vorjahr: 477.0 Mio. Franken).

Die Verpflichtung des Kantons für den Staatsanteil an Rentenleistungen der Mittelschullehrer, der ehemaligen Regierungsräte und Richter in Höhe von 54.0 Mio. Franken (Vorjahr: 59.9 Mio. Franken) sowie aus der Ruhegehaltsordnung der Universitätsprofessoren/-innen in Höhe von 231.5 Mio. Franken (Vorjahr: 247.7 Mio. Franken) sind in der Rechnung als Rückstellungen ausgewiesen.

Folgende Aufstellung zeigt eine Übersicht über die Vorsorgeverpflichtungen gemäss Swiss GAAP FER 16:

Mio. Franken	Über-/ Unterdeckung ¹⁾		Zugehörige Rückstellung (Wirtschaftlicher Anteil des Kantons Zürich)		Veränderung zum Vorjahr bzw. erfolgswirksam im Geschäftsjahr	Auf die Periode abgegrenzte Beiträge	Vorsorgeaufwand im Personalaufwand	
	31.12.2013	per 31.12.2012	31.12.2013	per 31.12.2012			Rechnung 2013	Rechnung 2012
BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich, Kantonsanteil konsolidiert ²⁾	- 598	- 477	- 367	- 477	110	- 473	- 363	- 224
VSAO Vorsorgestiftung ³⁾	18	-	-	-	-	- 30	- 30	- 28
WWPK Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren der Universität ³⁾	34	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanteil Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter	- 54	- 60	- 54	- 60	6	- 8	- 2	-
Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich	- 232	- 248	- 232	- 248	16	- 26	- 10	- 36
Total	- 832	- 785	- 653	- 785	132	- 537	- 405	- 288

¹⁾ Die Über-/ Unterdeckung wird in Höhe des Kantonsanteils²⁾ ausgewiesen.

²⁾ Kantonsanteil: Die Vorsorgeverpflichtungen für Volksschullehrer sind mit 20%, die des Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) mit 50% und die der Zentralbibliothek Zürich mit 80% und die übrigen Bereiche zu 100% berücksichtigt.

³⁾ Über-/ Unterdeckung gemäss letzter verfügbarer Jahresrechnung und geschätztem Deckungsgrad.

47. Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25

Der Kanton Zürich legt die Vorsorgeverpflichtungen seiner in verschiedenen Vorsorgeeinrichtungen versicherten Mitarbeitenden gemäss International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) als Eventualverbindlichkeit (Ziffer 50) offen (RRB Nr. 1001 vom 4. Juli 2007). Dabei lehnt sich IPSAS 25 eng an die für börsenkotierte Unternehmen vorgeschriebene IFRS Norm IAS 19 an. Ziel ist eine höhere Vergleichbarkeit der Staatsrechnungen durch Schaffung einer international einheitlichen Bewertungsmethode für Vorsorgeverpflichtungen. So schreibt IPSAS 25 die "Projected Unit Credit Method" (PUC) vor. Danach ist die Vorsorgeverpflichtung gleich dem Barwert des bis zum Bewertungszeitpunkt erworbenen Vorsorgeanspruchs unter Berücksichtigung der anteiligen Versicherungsdauer, des voraussichtlichen Lohns, der Wahrscheinlichkeit des Eintritts des Vorsorgefalls und der allenfalls vorgesehenen Rentenanpassungen. Entscheidend ist dabei nicht, wie die Leistungen reglementarisch finanziert werden, sondern die Leistungen werden gemäss PUC linear über die ganze Versicherungsdauer erworben. Für die Berechnungen stützt sich der Kanton Zürich auf folgende für die Resultate entscheidenden versicherungstechnischen Annahmen ab:

Versicherungstechnische Annahmen	31.12.2013	31.12.2012
Versicherungstechnische Grundlagen für Sterblichkeit und Invalidität	VZ 2010 GT	VZ 2010 GT
Diskontierungssatz für Barwertermittlung der künftigen Leistungen	2.1%	2.0%
Langfristige Renditeannahme auf dem Vermögen	3.0%	3.0%
Projektionszinssatz zur Hochrechnung der Leistungen	2.1%	2.0%
Angenommene langfristige Lohnentwicklung	2.0%	2.0%
Rentenanpassungen	0.0%	0.0%
Langfristige Inflationserwartung	1.5%	1.5%
Angenommene altersabhängige Austrittswahrscheinlichkeiten	BVK ZH	BVK ZH
Pensionierungsalter und –wahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	100% Alter 63	100% Alter 63
Wahrscheinlichkeit für Kapitalbezug bei Pensionierung	7.0%	7.0%

Erläuterungen zu den Annahmen

Versicherungstechnische Grundlagen für Sterblichkeit und Invalidität	Die biometrischen Statistiken wie Invalidierungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen massgebenden versicherungstechnischen Grundlagen VZ 2010. Um der vermuteten zukünftigen Zunahme der Lebenserwartung besser Rechnung zu tragen, werden Generationentafeln verwendet.
Diskontierungssatz für Barwertermittlung der Leistungen (technischer Zinssatz)	Der Diskontierungssatz von 2.1% repräsentiert die Rendite von Unternehmensanleihen bester Bonität mit Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren.
Langfristige Renditeannahme auf dem Vermögen	Die Anlagestrategie der BVK ist darauf ausgerichtet, langfristig eine Rendite von 3.7% zu erzielen. Aufgrund der Unsicherheiten im aktuellen Marktumfeld und des tiefen Zinsniveaus wurde der Berechnung 3.0% zu Grunde gelegt. Allenfalls davon abweichende Renditeziele der übrigen Vorsorgeeinrichtungen wurden vernachlässigt.
Projektionszinssatz zur Hochrechnung der Leistungen	Mit dem Projektionszinssatz von 2.1% werden in einem Beitragsprimat die Altersleistungen hochgerechnet. Er entspricht dem Diskontierungssatz, damit keine annahmegetriebene künstliche Über- oder Unterdeckung entsteht.
Angenommene langfristige Lohnentwicklung	Es wurde eine langfristige durchschnittliche Gesamtlöhnerhöhung von 2.0% als Annahme berücksichtigt.
Rentenanpassungen	Da keine Teuerungsbeiträge erhoben werden, wurde aufgrund der derzeitigen Unterdeckung (der BVK) eine Rentenerhöhung von 0% angenommen.

Langfristige Inflationserwartung	Für die langfristige Inflation wird 1.5% erwartet.
Angenommene altersabhängige Austrittswahrscheinlichkeiten	Da die BVK eigene Statistiken über die Austritte führt, wurden diese für die Berechnung verwendet. Danach beträgt die Wahrscheinlichkeit im Jahresverlauf auszutreten für eine 24-jährige männliche versicherte Person 18% bzw. 19% für eine Frau. Diese Austrittswahrscheinlichkeiten sinken auf 2% für einen 59-jährigen Mann und auf 4% für eine Frau.
Pensionierungsalter und -wahrscheinlichkeit (Männer und Frauen)	Aufgrund des beobachteten Rücktrittsverhaltens der BVK-Versicherten ergibt sich ein durchschnittliches Rücktrittsalter für Männer und Frauen von 63 Jahren.
Wahrscheinlichkeit für Kapitalbezug bei Pensionierung	Da der Rentenbezug für die BVK nicht kostenneutral ist, wurde die Wahrscheinlichkeit für den Kapitalbezug gemäss BVK Statistiken auf 7% gesetzt.

Für die Ermittlung der Vorsorgeverpflichtungen wurden folgende Vorsorgeeinrichtungen berücksichtigt:

- BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich, davon nur in Höhe des kantonalen Anteils in den „Bruttoverpflichtungen“ enthalten
 - Volksschullehrer: in Höhe von 20%
 - Zürcher Verkehrsverbund: in Höhe von 50% (Vorjahr: 100%)
 - Zentralbibliothek Zürich: in Höhe von 80% (Vorjahr: 100%)
 - Übrige: 100%
- Mittelschullehrer
- AHV-Überbrückungszuschüsse für vorzeitige Pensionierungen
- Vorsorgestiftung VSAO (Vorsorgeplan 101 Universität, Vorsorgeplan 102 Kanton ZH)
- Vorsorgeverpflichtungen aus der bis 1989 geltenden Ruhegehaltsordnung für Universitätsprofessoren/-innen

sowie verschiedene Rückstellungen.

Die Vorsorgeverpflichtungen der Witwen-, Waisen- und Pensionskasse der Professoren/-innen der Universität Zürich (WWPK) sowie die Abegg-Stiftungen werden nicht separat bewertet, der Vollständigkeit halber trotzdem konsolidiert.

Mit den obigen aktuariellen Annahmen ergeben sich gemäss IPSAS 25 für den Kanton die nachfolgenden leistungsorientierten Vorsorgeverpflichtungen:

Mio. Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2012 ²⁾	per 31.12.2011
Barwert der Vorsorgeverpflichtungen ¹⁾	-19 276.2	-19 333.3	-17 795.6
Vorsorgevermögen zu Marktwerten	15 250.9	14 236.5	12 200.0
Unterdeckung	-4 025.3	-5 096.8	-5 595.6
Noch nicht amortisierter versicherungsmathematischer (Gewinn) / Verlust	285.6	1 313.5	465.7
Total "Brutto"-Vorsorgeverpflichtungen	-3 739.7	-3 783.3	-5 129.9
¹⁾ davon Barwert der leistungsorientierten Vorsorgeverpflichtung:			
- Vermögen ausgesondert	-18 960.7	-18 991.0	-17 464.1
- Vermögen nicht ausgesondert	- 315.5	- 342.3	- 331.5

²⁾ Zur besseren Vergleichbarkeit wird die "Brutto"-Vorsorgeverpflichtung per 31. Dezember 2012 so dargestellt, als ob die BVK-Statutenänderung per 1. Januar 2013 bereits wirksam war.

Entwicklung der „Brutto“-Vorsorgeverpflichtung:

Mio. Franken	Rechnung 2013	Rechnung 2012
Stand 1.1.	-3 783.3	-5 129.9
Bereinigung Vorsorgeverpflichtungen ³⁾ :		
- abzüglich Anteil der Gemeinden am Zürcher Verkehrsverbund (50%)	2.4	-
- abzüglich Anteil der Stadt Zürich an Zentralbibliothek Zürich (20%)	2.2	-
Vorsorgeaufwand ⁴⁾	- 497.9	- 205.9
Bezahlte Arbeitgeberbeiträge	536.9	1 552.5
Stand 31.12.	-3 739.7	-3 783.3
⁴⁾ davon Anpassung Vorsorgeverpflichtung aufgrund BVK Vorsorgeplananpassung:		
- Gewinne aus Plankürzung	-	817.2
- Verlust aus Aufwertungsgutschriften und Besitzstandsgarantien	-	- 575.7

³⁾ Berichtigung der Anteile Dritter, um lediglich den wirtschaftlichen Anteil des Kantons analog der Behandlung der Volksschullehrer abzubilden.

Zusatzangaben zum Vorsorgevermögen:

Mio. Franken	Rechnung 2013	Rechnung 2012
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	1 069.9	946.8
Erwartete Arbeitgeber-Beitragszahlungen Folgejahr (Schätzung) ⁵⁾	542.1	517.4

⁵⁾ Die erwarteten Arbeitgeber-Beitragszahlungen Folgejahr (Schätzung) setzen sich zusammen aus den ordentlichen Arbeitgeberbeiträgen und den Sanierungsbeiträgen in Höhe von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK.

Die Vorjahresvergleichsangabe war basierend auf fehlerhaften Werten für den Konsolidierungskreis 3 falsch ausgewiesen worden. Der Wert wurde entsprechend in der Darstellung für 2012 angepasst.

Da der Kanton bereits für einige Anspruchsgruppen in der Staatsrechnung Rückstellungen gebildet hat, reduzieren sich die zu erfassenden Vorsorgeverpflichtungen wie folgt:

Mio. Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2012
"Brutto"-Verpflichtung	-3 739.7	-3 783.3
./. Erfasste Rückstellung Sanierungsbeiträge in Form von erhöhten Arbeitgeberbeiträgen an die BVK (konsolidierte Einheiten)	367.2	477.0
./. Erfasste Rückstellung Vorsorgeverpflichtungen aus Ruhegehaltsordnung für Professoren/-innen der Universität Zürich	231.5	247.7
./. Erfasste Rückstellung des Staatsanteils für Mittelschullehrer, ehemalige Regierungsräte und Richter	54.0	59.9
"Netto"-Verpflichtung	-3 086.9	-2 998.6

Die Netto-Verpflichtung von 3 086.9 Mio. Franken ist als Eventualverbindlichkeit erfasst (Ziffer 50). Die Rentenbeziehenden von Institutionen, die aus der BVK ausgeschieden sind, werden in den ausgewiesenen Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 nicht berücksichtigt.

48. Absicherungsgeschäfte

Typ des Geschäftes	Laufzeit	Zins fix	Zins variabel	Nominal Abschlussbetrag	Bewertung* per 31.12.2013
Fr. 1 000					
Zinssatzswaps (Payer Swaps)					
Payer Swap	2013-28.09.2018	0.6550%	0.0210%	30 000	159
Payer Swap	2013-02.05.2019	0.5100%	0.0190%	7 000	65
Payer Swap	2013-02.05.2025	1.2050%	0.0190%	7 000	318
Total				44 000	543

* Barwert auf Grundlage der Liquidationswerte auf den Stichtag 31. Dezember

Zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen von Grundgeschäften (langfristige Darlehen) werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Als Sicherungsgeschäft gilt ein derivatives Finanzinstrument, dessen Marktwert einen teilweisen oder vollständigen Ausgleich der Marktwert- oder Geldflussänderung eines gesicherten Grundgeschäftes bewirkt. Bewertung und Bilanzierung der Sicherungsinstrumente erfolgen zu Marktwerten (Fair Values). Der Marktwert zeigt den positiven oder negativen Wiederbeschaffungswert (Ziffer 22). Es wird Hedge Accounting gemäss IAS 39 angewendet. Das heisst, die Wertveränderung der Sicherungsinstrumente wird direkt und erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst.

Im Kanton Zürich werden in der Regel folgende Sicherungsinstrumente eingesetzt:

- Langfristige Finanzierungen in Schweizer Franken mit variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Zinssatzswaps (Sicherungsgeschäft) gegen die Veränderung der variablen Zinssätze abgesichert
- Langfristige Finanzierungen mit fixen oder variablen Zinssätzen (gesichertes Grundgeschäft) werden mittels Währungsswaps (Sicherungsgeschäft) gegenüber Kursveränderungen zum Schweizer Franken abgesichert. Zusätzlich werden die variablen Zinssätze abgesichert.

Am 31. Dezember 2012 bestanden keine Swap-Geschäfte.

49. Eventualforderungen

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Eventualforderungen	232 768	209 208	23 560	11.3
Gerichtlichen Verfahren	-	-	-	-
Regressnahme	-	-	-	-
Heimfallrechte	2 288	1 700	588	34.6
Bedingt rückzahlbare Darlehen (VV)	8 931	9 566	- 635	- 6.6
Übrige Eventualforderungen	221 550	197 942	23 608	11.9

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Heimfallrechte +0.5 Mio. Franken

+0.5 Erhöhung des Heimfallrechtes einer Asylliegenschaft des Kantonalen Sozialamtes (auf neu 2.3 Mio. Franken)

Bedingt rückzahlbare Darlehen -0.7 Mio. Franken

- 0.6 Der Bestand der altrechtlichen Ausbildungsdarlehen hat auf 6.0 Mio. Franken abgenommen.
- 0.1 Der Bestand an bedingt rückzahlbaren Wohnbaudarlehen ist gegenüber dem Vorjahr geringfügig tiefer.

Übrige Eventualforderungen +23.7 Mio. Franken

- +4.7 Erhöhung der weiteren gebundenen Kosten gemäss Art. 32d Abs. 3 Umweltschutzgesetz für Ausfallkosten Altlasten bei der Sondermülldeponie Kölliken auf neu 66.9 Mio. Franken.
- +1.3 Erhöhung der Sicherheiten von Personalverleihern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih auf neu 52.3 Mio. Franken.
- 2.0 Reduzierung der als Darlehen gewährten Staatsbeiträge (Stand 31. Dezember 2013: 22.9 Mio. Franken).

50. Eventualverbindlichkeiten

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Eventualverbindlichkeiten	-3 413 735	-3 284 410	- 129 325	- 3.9
Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25	-3 086 900	-2 998 600	- 88 300	- 2.9
Bürgschaften	- 13 483	- 13 663	180	1.3
Garantieverpflichtungen	- 5 000	- 5 000	-	-
Pfandbestellungen für Verpflichtung Dritte	-	-	-	-
Vereinbarte Konventionalstrafen	-	-	-	-
Rechtsfälle	- 54 315	- 9 265	- 45 050	> 100.0
Übrige Eventualverbindlichkeiten	- 254 037	- 257 882	3 845	1.5

Erläuterungen Differenz R 12/13:

Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 -88.3 Mio. Franken

- 88.3 Höhere Eventualverpflichtungen infolge Neubewertung der Vorsorgeverpflichtungen nach IPSAS 25 auf den Bilanzstichtag.

Bürgschaften +0.2 Mio. Franken

- +0.2 Bürgschaft zugunsten der Raststätte A4 AG, Affoltern am Albis konnte reduziert werden.

Rechtsfälle -45.0 Mio. Franken

- +1.3 Diverse Rechtsfälle wurden abgeschlossen.
- 46.3 Zunahme der Eventualverpflichtungen für neue Rechtsfälle.

Übrige Eventualverbindlichkeiten +3.9 Mio. Franken

- 1.3 Die Eventualverpflichtungen für die Rückgabe der von Personalverleihern gemäss Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih hinterlegten Sicherheiten sind auf -52.3 Mio. Franken gestiegen.
- +6.0 Die Eventualverpflichtungen für gebundene Kosten gemäss Art. 32d Abs. 3 Umweltschutzgesetz für Ausfallkosten Altlasten (nicht über Deponiefonds abgedeckt) inkl. Sanierung Sondermülldeponie Kölliken und Sanierung Schiessanlagen wurden auf gesamthaft -138.0 Mio. Franken gesenkt.

Nicht bezifferbare Eventualverbindlichkeiten:

Garantie der Einlagen der Zürcher Kantonalbank gemäss Gesetz über die Zürcher Kantonalbank vom 28. September 1997:

§ 6 Der Staat haftet für alle Verbindlichkeiten der Bank, soweit ihre eigenen Mittel nicht ausreichen. Die Haftung erfasst nicht nachrangige Verbindlichkeiten und das Partizipationskapital.

Bürgschaft gemäss Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (§ 149 Abs. 3):

Bei ausgebrochener oder unmittelbar drohender Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde steht dem Regierungsrat das Recht zu, durch Darlehen oder Bürgschaften des Staates die vorübergehende Zahlungsunfähigkeit einer Gemeinde zu verhüten.

Sind die Voraussetzungen gemäss Quellensteuerverordnung erfüllt, werden quellensteuerpflichtige Personen im nachträglichen ordentlichen Steuerverfahren veranlagt. Die in diesem Verfahren erhobene Steuer wird den ordentlichen Staats- und Gemeindesteuern gutgeschrieben. Bereits verbuchte Quellensteuern werden in diesen Fällen storniert. Dies stellt eine latente Verpflichtung zu Lasten der Quellensteuer dar. Die Höhe dieser latenten Verpflichtung kann derzeit betragsmässig nicht eruiert werden. Spätestens ab Datum Inbetriebnahme der neuen Quellensteuer-Applikation RE07 wird diese latente Verpflichtung in Form eines transitorischen Passivums ausgewiesen.

Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, wird, sofern die Voraussetzungen gemäss Verordnung über die pauschale Steueranrechnung erfüllt sind, den steuerpflichtigen Personen auf Antrag hin eine pauschale Steueranrechnung gutgeschrieben. Diese Anrechnung entspricht einer Rückzahlung von bereits erhobenen Staats- und Gemeindesteuern. Die noch ausstehenden Anrechnungen stellen eine latente Verpflichtung zu Lasten der Staats- und Gemeindesteuern dar. Die Höhe dieser latenten Verpflichtung kann systembedingt betragsmässig nicht eruiert werden.

51. Verpflichtungskredite und Ausgabebewilligungen

Fr. 1000	Ausgabenbewilligung	Zusatzkredit(e)	Teuerung bis Ende 2013	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Erfolgsrechnung	-1 327 579	- 200	- 1 837	-1 329 615	- 816 033	- 513 583
Rahmenkredit für die Jahre 2010 bis 2013 für Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme für Ausgesteuerte	- 20 900	-	-	- 20 900	- 779	- 20 121
Rahmenkredit für das Veloförderungsprogramm	- 20 000	-	- 1 837	- 21 837	- 1 018	- 20 819
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und des Staatsarchivs des Kantons Zürich an das Projekt "Rechtsquellen-Edition Zürich" (Teilprojekt 1)	- 4 400	-	-	- 4 400	- 1 370	- 3 030
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten des Staatsarchivs des Kantons Zürich zur Transkription und Digitalisierung von Kantonsratsprotokollen sowie Regierungsratsbeschlüssen	- 3 759	-	-	- 3 759	- 2 147	- 1 612
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an das Paul Scherrer Institut in Villigen	- 20 000	-	-	- 20 000	- 11 000	- 9 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für den Erweiterungsbau des Schweizerischen Landesmuseums Zürich	- 20 000	-	-	- 20 000	- 20 000	-
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung Zürcher Kunsthaus	- 30 000	-	-	- 30 000	-	- 30 000
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds für den Dampfbahn-Verein Zürcher Oberland (DVZO) zur Erneuerung der Bahnhofshalle Bauma	- 2 600	-	-	- 2 600	- 2 000	- 600

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2013	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Zoo Zürich AG für mehrere Infrastrukturvorhaben im Zusammenhang mit dem Zooausbau 2010 bis 2020	- 9 800	-	-	- 9 800	- 2 994	- 6 806
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich für den Bau eines «StudentHostels» in Zürich-Altstetten	- 3 000	-	-	- 3 000	- 3 000	-
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stiftung Technorama, Winterthur	- 4 500	- 200	-	- 4 700	- 4 700	-
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zu Gunsten der Stadt Zürich für das Projekt «Naturpark Zürich»	- 3 500	-	-	- 3 500	- 3 250	- 250
Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds an den Verein Museum Schloss Kyburg	- 4 450	-	-	- 4 450	- 4 050	- 400
Wiederbelebungsmassnahmen an Fliessgewässern, Rahmenkredit	- 18 000	-	-	- 18 000	- 16 836	- 1 164
Objektkredit für die Ausarbeitung des Ausführungsprojektes mit Umweltverträglichkeitsbericht zum Bau der Zürcher Oberlandautobahn A53, Abschnitt 3, Anschluss Uster-Ost bis Kreisell Betzholz (Hinwil)	- 9 000	-	-	- 9 000	- 7 267	- 1 733
Beiträge für den Erwerb von Wohneigentum	- 2 000	-	-	- 2 000	- 276	- 1 724 7)
Stiftung Kulturama Zürich, jährliche Subvention bis Ende 2014	- 2 400	-	-	- 2 400	- 2 000	- 400
Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing 2012 bis 2015	- 8 240	-	-	- 8 240	- 4 120	- 4 120
Rahmenkredit des Zürcher Verkehrsverbundes für die Fahrplanperiode 2012/2013	- 798 200	-	-	- 798 200	- 716 439	- 81 761
Bewilligung eines Rahmenkredits für die Kostenbeiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften (2014-2019)	- 300 000	-	-	- 300 000	-	- 300 000
Bewilligung eines Rahmenkredits für den Betrieb der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich (Spielzeiten 2012/13-2017/18)	- 11 910	-	-	- 11 910	- 2 812	- 9 098
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Zentralbibliothek Zürich für die Digitalisierung von schätzenswerten Dokumenten	- 9 670	-	-	- 9 670	- 1 085	- 8 585
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten der Stiftung für Studentisches Wohnen, Zürich Aspholz-Süd	- 7 000	-	-	- 7 000	- 6 000	- 1 000
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages aus dem Lotteriefonds zugunsten des Vereins Kunsthalle Zürich	- 1 000	-	-	- 1 000	- 1 000	-
Bewilligung eines Objektkredits für das Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich	- 4 400	-	-	- 4 400	- 835	- 3 565
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrags aus dem Lotteriefonds an den Umbau und die Sanierung der Villa Flora, Winterthur	- 5 000	-	-	- 5 000	-	- 5 000
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrags aus dem Lotteriefonds an die Baurechtszinsen für den Umbau und die Sanierung der Villa Flora, Winterthur	- 1 950	-	-	- 1 950	-	- 1 950
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrags aus dem Lotteriefonds an die Durchführung ausgewählter Teilaktivitäten innerhalb des Anlasses Stadtrechtsjubiläum Winterthur	- 1 000	-	-	- 1 000	- 1 000	-
Reduzierung des Stickstoffverlustes in der Landwirtschaft (Ressourcenprojekt Ammoniak Kanton Zürich)	- 900	-	-	- 900	- 55	- 845

Konsolidierte Rechnung

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2013	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Verpflichtungskredite des Kantonsrates zu Lasten Investitionsrechnung	-7 015 156	- 585 320	- 457 979	-8 058 455	-4 529 542	-3 082 855
Leichtathletik-Europameisterschaften 2014; Unterstützung durch den Kanton Zürich (zinsloses Darlehen)	- 3 300	-	-	- 3 300	- 2 475	- 825
Obergericht, Erweiterung und Umstrukturierung	- 81 900	-	- 9 992	- 91 892	- 89 118	- 2 774
MCH Group AG, zinsvergünstigtes Darlehen	- 20 000	-	-	- 20 000	-	- 20 000
Berufsbildungsschule Winterthur Anton Graff-Haus, Winterthur; Umbau und Erweiterung	- 34 711	-	-	- 34 711	- 24 936	- 9 775
Gesamtkredit für den Neubau der Universität Irchel (Netto)	- 600 000	-	-	- 600 000	- 239 858	- 1)
Teilkredit Projektierungen (Brutto)	- 8 000	-	-	- 8 000	-	- 3)
Teilkredit 1. Bauetappe (Netto)	- 153 000	-	- 22 206	- 175 206	- 145 244	- 2)
Teilkredit Infrastrukturanlagen (Brutto)	- 29 400	- 12 600	- 12 085	- 54 085	- 51 544	- 2)
Teilkredit 2. Bauetappe (Netto)	- 109 200	-	- 25 346	- 134 546	- 126 463	- 2)
Teilkredit 2. Bauetappe, Grünanlage (Brutto)	- 7 000	-	- 2 766	- 9 766	- 9 527	- 2)
Teilkredit 3. Bauetappe (Netto)	- 49 500	- 4 692	- 17 741	- 71 933	- 64 947	- 2)
Teilkredit 4. Bauetappe (Netto)	- 76 000	-	- 4 836	- 80 836	- 75 537	- 2)
Staatsbeitrag an die Stiftung Zentralbibliothek Zürich für die Erstellung eines Erweiterungsbaus	- 46 200	- 1 700	- 14 175	- 62 075	- 57 829	- 2)
Umbau der kleinen Reithalle und der Stallungen an der Sihl (Kulturinsel Gessnerallee) für die Schauspiel-Akademie Zürich	- 18 480	-	-	- 18 480	- 19 093	- 2)
Erweiterungsbau für das Zahnärztliche Institut der Universität und die Kantonale Volkszahnklinik an der Plattenstrasse 17/19	- 41 965	- 1 769	- 925	- 44 659	- 44 578	- 2)
Universität, Rämistrasse 74, Hofeingang und Aufstockung Calatrava (in Verbindung mit RRB 2438/1998)	- 25 890	-	- 2 041	- 27 931	- 25 677	- 2) 5)
Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Winterthur, Mieterausbau Liegenschaft Mäander, Trakt C	- 11 760	-	-	- 11 760	- 10 495	- 1 265 6)
Kantonsschule Küsnacht, Neubau Klassentrakt	- 13 000	-	-	- 13 000	- 11 651	-
Mieterausbau Toni-Areal für die Zürcher Hochschule der Künste sowie Teile der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften; Finanzierungsleasing, Kredit entspricht dem Barwert der Gesamtausgabe von 139 Mio. Franken	- 92 500	-	-	- 92 500	-	- 92 500
Wasserbau, Thurmündung, Hochwasserschutz und Auenlandschaft, Nettokredit 42 Mio. Franken	- 42 482	-	-	- 42 482	- 16 302	- 26 180
Wasserbau, Chämtnerbach, Wetzikon, Ausbau	- 11 310	-	- 2 370	- 13 680	- 6 927	- 6 753
Rahmenkredit 2002-2010 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes	- 23 000	-	-	- 23 000	- 22 374	- 626
Rahmenkredit 2010-2013 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes; ersetzt den Rahmenkredit 2002 - 2010	- 32 000	-	-	- 32 000	- 12 579	- 19 421
Erstellung des Zürichseewegs, Abschnitt Giesen bis Mülönen	- 6 300	-	- 900	- 7 200	- 6 959	- 241
Neubau Polizei- und Justiz-Zentrum; Gesetz vom 7.7.2003	- 490 000	-	- 62 833	- 552 833	- 150 263	- 402 571
Bezirksgebäude Dietikon Neubau	- 52 000	-	- 9 143	- 61 143	- 64 917	-
Rahmenkredit für die Förderung des Wohnungsbaus; Darlehen für den Bau und Sanierung von Wohnungen	- 15 000	-	-	- 15 000	- 10 912	- 4 088 8)
Staatsbeitrag für einen zweiten unterirdischen Bahnhof unter dem Zürcher Hauptbahnhof (Durchgangsbahnhof Löwenstrasse)	- 580 000	- 549 200	- 102 489	-1 231 689	- 682 870	- 548 819
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB- und SZU-Anlagen (3. Teilergänzungen S-Bahn); - SBB-Anlagen	- 74 200	-	- 11 336	- 85 536	- 63 073	-
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattalbahn; - Zusatzverbindung zur Haltestelle Bahnhof Oerlikon Nord	- 18 000	-	- 3 184	- 21 184	- 11 362	- 9 821
Rahmenkredit für Staatsbeiträge an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; VBZ - Haltestellen	- 11 000	-	- 1 123	- 12 123	- 1 689	- 10 434
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an die Anpassung verschiedener S-Bahnstationen und Tramhaltestellen für Mobilitätsbehinderte; Haltestellen SZU, FB, BDWM, SOB	- 21 000	-	- 2 144	- 23 144	- 8 003	- 15 141
Rahmenkredit für einen Staatsbeitrag an den Bau der Glattalbahn; - Stammnetz der Glattalbahn	- 537 000	-	- 94 976	- 631 976	- 314 630	- 317 346
Staatsbeitrag an den Bau einer neuen Tramlinie in Zürich-West zwischen Escher-Wyss-Platz und Bahnhof Altstetten	- 45 000	-	- 6 969	- 51 969	- 38 621	- 13 348

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2013	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässi- ge Ausgaben
Massnahmenzentrum Uitikon, Umbau und Erweiterung geschlossene Abteilung	- 14 504	- 4 251	- 386	- 19 141	- 14 035	- 5 105
Rahmenkredit für die Beteiligung des Staates am Ausbau von SBB-Anlagen (4. Teilergänzung S-Bahn)	- 346 555	3 400	- 19 797	- 362 952	- 30 537	- 332 415
Rahmenkredit für Regionale Verkehrssteuerungen	- 60 500	-	- 7 622	- 68 122	- 2 791	- 65 331
Bezirksgericht Bülach, Erweiterung und Umstrukturierung	- 17 857	-	- 330	- 18 187	- 18 326	-
Ersatzneubau Stampfenbachstr. 28/30 Zürich	- 11 485	-	- 196	- 11 681	- 12 742	-
Hochwasserrückhalteraum Hegmatten, Eulach, Winterthur	- 32 863	-	-	- 32 863	- 2 869	- 29 994
Um- und Neubauten im Übungsdorf des Ausbildungszentrums Andelfingen	- 8 778	-	-	- 8 778	- 4 162	- 4 616
Objektkredit für die Autobahnüberdeckung Katzensee Nationalstrasse A1	- 25 000	-	- 5 000	- 30 000	-	- 30 000
Objektkredit Einhausung der Autobahn Schwamendingen (Nationalstrasse SN 1.4.4-Zürich Nordost)	- 50 600	- 14 508	- 14 932	- 80 040	- 5 417	- 74 623
Bewilligung eines Objektkredites für den Autobahnzubringer A4 Obfelden/Ottenbach	- 39 600	-	-	- 39 600	- 208	- 39 392
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Objektkredites für die Umnutzung der Klosterinsel Rheinau, Teilbereich Stiftung Schweizer Musikinsel Rheinau, und über die Teilrevision des kantonalen Richtplanes (Kapitel Öffentliche Bauten und Anlage, Neunutzung Klosterinsel Rheinau)	- 28 500	-	- 28	- 28 528	- 21 499	- 7 029
Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den Bau der Strasse Uster West zwischen der 339 Winterthurerstrasse und 340 Zürichstrasse	- 21 000	-	-	- 21 000	- 1 917	- 19 083
Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Verpflichtungskredites für die Umsetzung des Projekts Limmat-Auenpark Werdhölzli	- 6 862	-	-	- 6 862	- 6 135	- 727
Beschluss des Kantonsrates über die Erhöhung des Dotationskapital-Rahmens der Zürcher Kantonalbank von 2.0 Milliarden auf 2.5 Milliarden	-2 500 000	-	-	-2 500 000	-1 925 000	- 575 000
Übergang von Liegenschaften von der Stadt Zürich an den Kanton, Kantonalisierung Schule und Museum für Gestaltung Zürich und Überführung in die Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich	- 64 755	-	-	- 64 755	- 60 155	- 4 600
Beschluss des Kantonsrates über die Erhöhung des Grundkapitals der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich	- 120 000	-	-	- 120 000	-	- 120 000
Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG)	- 50 000	-	-	- 50 000	- 8 400	- 41 600
Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG)	- 20 000	-	-	- 20 000	- 3 700	- 16 300
Fünfte Baustufe der Universität Zürich-Irchel (Neubau Laborgebäude)	- 195 000	-	- 109	- 195 109	-	- 195 109
Bewilligung eines Rahmenkredits 2013 und 2014 für Subventionen an Pilotprojekte gestützt auf § 16 des Energiegesetzes	- 20 000	-	-	- 20 000	-	- 20 000
Erstellung des Zürichseewegs, Abschnitt Giesen bis Mülenen, Stadt Wädenswil und Gemeinde Richterswil, sowie einer Personenunterführung bei der Mülenen, Gemeinde Richterswil	- 1 200	-	-	- 1 200	- 1 196	- 4

¹⁾ Die Benutzung des Gesamtkredites berechnet sich durch die bereinigten Ausgaben der einzelnen Teilkredite, abindexiert auf den Indexstand per 1.10.1969 (Index des bewilligten Rahmenkredites). Verpflichtungskredit = 0, da der Rahmenkredit abgeschlossen ist, also keine Ausgaben mehr generiert werden. Der Kredit wird noch geführt, da die Kreditabrechnung noch nicht erstellt wurde.

²⁾ Verpflichtungskredit = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.

³⁾ Der Projektierungskredit wurde auf die einzelnen Teilkredite umgebucht. Verpflichtungskredit = 0, da der Kredit abgeschlossen ist. Die bereinigte Abrechnung ist ausstehend.

⁴⁾ Verpflichtungskredit = 0, da Projekt abgeschlossen ist.

⁵⁾ Wird als Gesamtprojekt (neue und gebundene Ausgaben) geführt. Die Teuerung und die Gesamtausgaben wurden prozentual zur Kreditsumme auf die neuen (Bewilligungsinstanz KR) und die gebundenen (Bewilligungsinstanz RR) Ausgaben aufgeteilt.

- ⁶⁾ Der Mieterausbau wird als Finanzierungsleasing betrachtet. Als getätigte Ausgaben werden die vertraglich geschuldeten Annuitäten (12 Jahre bis März 2017) ausgewiesen.
- ⁷⁾ Die letzte Zusicherung wurde im Berichtsjahr in der Höhe von Franken 1'012 ausbezahlt. Weiter wurde ein Beitrag aufgrund des Liegenschaftenverkaufs in der Höhe von Franken 6'340 zurückbezahlt. Dadurch reduziert sich der Stand des Kredites um diesen Betrag auf Franken 275'676. Weitere Auszahlungen aus der Erfolgsrechnung sind nicht mehr möglich. Die Abrechnung des Verpflichtungskredites erfolgt, sobald der Kredit in der Investitionsrechnung ausbezahlt ist.
- ⁸⁾ Noch nicht ausbezahlte Zusicherungen per 31.12.2013: 2 240 000 Franken (unverändert gegenüber Vorjahr)

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2013	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Erfolgsrechnung	- 2 192 920	- 134 097	97	- 2 326 920	- 1 306 616	- 1 021 961
- Justiz und Inneres	- 1 030	-	-	- 1 030	- 432	- 598
- Sicherheitsdirektion	- 49 095	-	-	- 49 095	- 20 317	- 28 778
- Finanzdirektion	- 63 475	- 31 759	88	- 95 146	- 76 091	- 19 135
- Volkswirtschaftsdirektion	- 10 648	-	-	- 10 648	- 3 851	- 6 797
- Gesundheitsdirektion	- 1 042 088	- 409	-	- 1 042 497	- 541 585	- 500 911
- Bildungsdirektion	- 359 080	-	-	- 359 080	- 218 544	- 140 535
- Baudirektion	- 497 292	- 66 750	8	- 564 034	- 356 893	- 208 717
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	-	-	-	-	-	-
- Universität Zürich	- 142 192	- 35 017	-	- 177 209	- 82 562	- 94 648
- Universitätsspital Zürich	- 21 220	-	-	- 21 220	- 2 326	- 18 894
- Kantonsspital Winterthur	-	-	-	-	-	-
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	- 6 800	- 162	-	- 6 962	- 4 014	- 2 948
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-

Fr. 1000	Ausgaben- bewilligung	Zusatz- kredit(e)	Teuerung bis Ende 2013	Total	getätigte Ausgaben	noch zulässige Ausgaben
Ausgabenbewilligungen des Regierungsrates / Oberste Organe der Behörden und Organisationen zu Lasten Investitionsrechnung	- 1 765 113	- 94 664	- 6 335	- 1 866 111	- 1 081 792	- 784 585
- Justiz und Inneres	- 25 960	- 8 524	- 437	- 34 921	- 20 749	- 14 172
- Sicherheitsdirektion	- 23 905	-	-	- 23 905	- 17 382	- 6 523
- Finanzdirektion	- 24 141	- 33 831	164	- 57 807	- 36 318	- 21 830
- Volkswirtschaftsdirektion	- 37 327	-	-	- 37 327	- 16 554	- 20 459
- Gesundheitsdirektion	- 611 634	- 32 770	-	- 644 404	- 401 307	- 243 097
- Bildungsdirektion	- 298 268	- 1 635	- 5 969	- 305 873	- 165 981	- 140 085
- Baudirektion	- 655 531	- 16 753	- 93	- 672 377	- 389 295	- 282 963
- Behörden (KR, FK, DSB, Ombudsstelle)	-	-	-	-	-	-
- Gerichte und Notariate	- 1 950	- 1 150	-	- 3 100	- 1 234	- 1 866
- Universität Zürich	-	-	-	-	-	-
- Universitätsspital Zürich	- 62 966	-	-	- 62 966	- 11 757	- 51 209
- Kantonsspital Winterthur	- 23 431	-	-	- 23 431	- 21 215	- 2 381
- Fachhochschulen	-	-	-	-	-	-
- Zürcher Verkehrsverbund	-	-	-	-	-	-
- Zentralbibliothek	-	-	-	-	-	-

52. Zahlungsverpflichtungen

In den unten abgebildeten Tabellen werden die vertraglich vereinbarten, unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen für Investitionen und für die Nutzung von Vermögenswerten dargestellt. Als unwiderruflich gelten Zahlungsverpflichtungen, wenn die daraus resultierenden Zahlungen vom Kanton nicht abgewendet werden können, selbst wenn auf die vertragliche Leistung verzichtet wird.

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Zahlungsverpflichtungen für Investitionen	- 177 660	- 609 024	431 364	70.8
Sachanlagen	- 27 666	- 441 181	413 515	93.7
Immaterielle Anlagen	- 4 861	- 1 500	- 3 361	> 100.0
Investitionsbeiträge	- 145 134	- 166 343	21 209	12.8

Fr. 1000	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
Zahlungsverpflichtungen für Nutzung von Vermögenswerten	-1 241 874	-1 112 356	- 129 518	- 11.6
Fälligkeit bis zu 1 Jahr	- 145 731	- 136 974	- 8 757	- 6.4
Fälligkeit mehr als 1 Jahr und bis zu 4 Jahren	- 376 976	- 353 367	- 23 609	- 6.7
Fälligkeit nach mehr als 4 Jahren	- 719 167	- 622 016	- 97 151	- 15.6

Fr. 1000	Rechnung	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2012	Abs.	%
Aufwand des Jahres	- 171 681	- 162 584	- 9 097	- 5.6
Ertrag des Jahres aus Untervermietung	119	5	114	> 100.0
Künftiger Ertrag aus Untervermietung	576	5	571	> 100.0

53. Gewährleistungen

Gemäss § 54 lit. 3 CRG sind wesentliche Beteiligungen und Tatbestände, aus denen sich Verpflichtungen ergeben können (Gewährleistungen), auszuweisen. Mit der Überarbeitung des CRG in 2017 bzw. 2018 ist beabsichtigt, die Offenlegungsanforderungen von Gewährleistungen zu streichen. Aus Kenntnis dieser geplanten Anpassung wurde im vorliegenden Finanzbericht auf eine Offenlegung verzichtet.

54. Segmentberichterstattung

Institutionelle Gliederung

R 2013	Stammhaus	Kantonsrat	Gerichte und Notariate	Übrige Behörden	Universität	Fachhochschulen	Universitäts-spital Zürich	Kantonsspital Winterthur	Zürcher Verkehrsverbund (ZVV)	Zentralbibliothek Zürich	Legate und Stiftungen	Elimination interne Ver.	Konsolidierte Rechnung
Fr. 1000													
ERFOLGSRECHNUNG													
Fiskalertrag	6 247 382	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	- 5	6 247 377
Regalien und Konzessionen	200 029	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	200 029
Entgelte	729 524	5	171 152	353	191 473	105 895	712 612	252 212	478 141	1 406	14	- 1 046	2 641 740
Verschiedene Erträge	163 346	-	2 251	817	85 778	10 373	143 475	56 552	101 401	1 507	3 475	- 238 706	330 268
Entnahmen aus Fonds	201	-	-	-	13 142	-	6 026	53	-	139	550	-	20 113
Transferertrag	2 736 963	-	-	-	1 025 018	587 007	299 314	110 229	383 071	37 135	141	- 1 531 237	3 647 672
Durchlaufende Beiträge	657 602	-	-	-	-	270	-	-	-	-	-	-	657 602
Betrieblicher Ertrag	10 735 048	5	173 432	1 170	1 315 410	703 546	1 161 427	419 046	962 613	40 187	4 181	- 1 770 993	13 745 072
Personalaufwand	-2 293 773	-6 302	-210 752	-7 084	-787 232	-512 579	-654 737	-241 750	-5 919	-21 329	-1 286	14 782	-4 727 960
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	-1 064 941	-2 061	-95 042	-1 340	-473 887	-174 172	-445 098	-136 579	-878 319	-15 175	-887	430 740	-2 856 763
Abschreibungen VV	-367 036	-	-9 892	-60	-42 909	-12 622	-35 269	-12 754	-11	-2 999	-73	305	-483 320
Einlagen in Fonds	-64 559	-	-	-	-10 355	-	-12 469	-	-	-	-3 511	-	-90 893
Transferaufwand	-6 677 544	-864	-	-	-12 154	-5 019	-	-100	-78 806	-	-2 908	1 530 946	-5 246 448
Durchlaufende Beiträge	-657 602	-	-	-	-	-270	-	-	-	-	-	-	-657 602
Betrieblicher Aufwand	-11 125 456	-9 227	-315 686	-8 484	-1 326 536	-704 662	-1 147 573	-391 183	-963 055	-39 503	-8 666	1 976 773	-14 063 258
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	-390 408	-9 222	-142 253	-7 314	-11 126	-1 116	13 853	27 863	-442	684	-4 485	205 780	-318 186
Finanzertrag FV	82 866	0	27	0	384	708	4 118	852	442	230	3 607	-8 560	84 674
Finanzertrag VV	560 359	-	422	9	4 826	2 597	5 983	1 073	-	51	147	-216 003	359 462
Finanzertrag	643 225	0	449	9	5 210	3 304	10 101	1 925	442	281	3 754	-224 563	444 137
Zinsaufwand	-136 205	-	-3 879	-5	-2 269	-1 221	-2 355	-303	-	-	-7	11 651	-134 592
Anderer Finanzaufwand	-27 877	-0	-	-0	-228	-67	-6	-2	-	-149	-618	-	-28 948
Finanzaufwand	-164 082	-0	-3 879	-5	-2 497	-1 289	-2 361	-305	-	-149	-626	11 651	-163 540
FINANZERGEBNIS¹⁾	479 143	0	-3 430	4	2 713	2 016	7 740	1 619	442	132	3 129	-212 911	280 596
INVESTITIONENRECHNUNG	88 735	-9 222	-145 683	-7 310	-8 413	899	21 593	29 483	-	816	-1 356	-7 131	-37 590
Investitionsmaßnahmen	291 121	-	-	-	2 152	-	613	230	-	2 274	-	-2 323	294 067
Investitionsausgaben	-775 738	-16	-5 915	-	-38 860	-13 115	-49 772	-11 864	-	-3 840	-	2 323	-896 798
Nettoinvestitionen	-484 617	-16	-5 915	-	-36 708	-13 115	-49 159	-11 634	-	-1 565	-	-	-602 731
BILANZ													
Umlaufvermögen ²⁾	5 759 652	-87 450	-1 025 278	-60 954	386 015	144 507	386 088	124 422	278 526	8 535	39 205	-665 558	5 287 710
Anlagevermögen FV	1 291 732	-	5 265	-	-	-	3 400	3 483	-	5 304	71 194	-77 091	1 303 286
Anlagevermögen VV	13 662 389	16	154 151	150	138 490	52 452	152 972	55 223	100	70 308	145	-48 676	14 237 720
Total Aktiven	20 713 773	-87 433	-865 862	-60 805	524 504	196 959	542 459	183 128	278 626	84 147	110 545	-791 325	20 828 716
Kurzfristiges Fremdkapital	-4 605 122	-207	-359 254	-285	-142 967	-138 967	-288 040	-40 182	-235 258	-3 041	-179	668 669	-5 144 853
Langfristiges Fremdkapital	-6 594 029	-	-586	-5	-303 840	-3 015	-194 122	-64 035	-43 101	-68 241	-72 710	113 770	-7 229 913
Eigenkapital	-9 514 622	87 640	1 225 702	61 094	-77 697	-54 957	-60 287	-78 911	-268	-12 864	-37 655	8 886	-8 453 950
Total Passiven	-20 713 773	87 433	865 862	60 805	-524 504	-196 959	-542 459	-183 128	-278 626	-84 147	-110 545	791 325	-20 828 716

¹⁾ Abweichung zwischen Summen- und konsolidierten Jahresergebnis aufgrund Abgrenzung von internem Aufwand

²⁾ Die im Umlaufvermögen enthaltenen buchungskreisübergreifenden Kontokorrente werden nicht seitengerecht ausgewiesen

55. Beziehungen zu nahestehenden Personen und Organisationen

Nach IPSAS 20 sind die Beziehungen zu nahestehenden Einheiten und Personen auszuweisen. Als nahestehende Einheiten gelten beim Kanton Zürich die beherrschten Einheiten, inklusive der indirekten Beherrschung durch Intermediäre oder Töchter, assoziierte Organisationen sowie Einheiten, auf welche die nahestehenden Personen einen bedeutenden Einfluss haben. Nahestehende Personen sind die Mitglieder des Regierungsrates, Vertreter der obersten Verwaltungsebene (Universitätsrat, Spitalrat, Fachhochschulrat, Verkehrsrat) sowie die Familienmitglieder der genannten Personenkreise. Sie können die Beschlussfassung in finanzieller oder operativer Hinsicht beherrschen oder bedeutend beeinflussen. Offenzulegen sind sämtliche wesentlichen Transaktionen mit nahestehenden Personen und Einheiten, welche nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden, inklusive der Art der Beziehung und der Transaktionen sowie die diesen Transaktionen zu Grunde gelegten Bedingungen. Transaktionen bestehen aus Transfers von Ressourcen oder Verpflichtungen, unabhängig davon, ob ein Entgelt erhoben wird. Zusätzlich sind die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Personen und Einheiten anzugeben. Transaktionen, für die eine gesetzliche Grundlage besteht oder die für die Grosszahl der kantonalen Mitarbeiter Gültigkeit haben, sind nicht meldepflichtig.

Transaktionen zu Nahestehenden

Die Organisationseinheiten der konsolidierten Rechnung haben bestätigt, dass im Berichtszeitraum keine Transaktionen mit nahestehenden Personen oder Einheiten stattgefunden haben, die nicht marktkonform wären. Auf den Abschlussstichtag hin bestehen auch keine Forderungen oder Verbindlichkeiten mit nahestehenden Personen oder Einheiten.

Offenlegung zu Führungskräften

Die Entlohnung und die Entrichtung anderer personalrechtlicher Entschädigungen sind im Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 27. September 1998, in der Personalverordnung vom 16. Dezember 1998 ab § 8 und in der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz in den §§ 32 ff. geregelt.

56. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Bis zum 18. März 2013 sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die eine Anpassung von Vermögenswerten oder eine Offenlegung erforderlich machen würden. Die Wesentlichkeitsgrenze beträgt 10 Mio. Franken pro Ereignis.

Bericht der Finanzkontrolle zur konsolidierten Rechnung des Kantons Zürich

Basierend auf dem Finanzkontrollgesetz haben wir die auf den Seiten 539 bis 640 publizierte konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Eigenkapitalnachweis, Geldflussrechnung und Anhang, für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrats und der Finanzverwaltung

Gemäss Gesetz über Controlling- und Rechnungslegung (CRG) § 27 legt der Regierungsrat Rechenschaft über die Jahresrechnung ab und ist für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden zuständig. Die Finanzverwaltung ist im Sinne von CRG § 60 und Rechnungslegungsverordnung (RLV) § 41 zuständig für die Erstellung der Jahresrechnung und der konsolidierten Rechnung. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems im Sinne von RLV § 39 mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist.

Verantwortung der Finanzkontrolle

Unsere Verantwortung gemäss Finanzkontrollgesetz ist es, die Jahresrechnung, die konsolidierte Rechnung, die Rechnungen der Leistungsgruppen sowie die separaten Rechnungen von Behörden, Anstalten und Betrieben des Kantons zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfung der Rechnung des Kantons Zürich werden der Finanzkommission und dem Regierungsrat mitgeteilt, die Ergebnisse der Prüfung der Jahresrechnung der selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten auch der Anstalt und der zuständigen Direktion.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem CRG und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Rechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Rechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Rechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Anwendung der massgebenden Rechnungslegungsmethode, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Rechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr dem Gesetz über Controlling und Rechnungslegung sowie den massgebenden Verordnungen und Richtlinien.

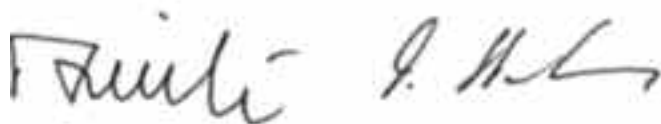
Für die Antragstellung zur Rechnung ist basierend auf dem Geschäftsreglement des Kantonsrats § 58a lit. c die Finanzkommission in Koordination mit den zuständigen Sachkommissionen und der Justizkommission zuständig.

Berichterstattung zum IKS

Wir bestätigen, dass ein gemäss den Vorgaben der Finanzdirektion aufgrund von § 39 Rechnungslegungsverordnung ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Zürich, 2. April 2014

Finanzkontrolle des Kantons Zürich



Martin Billeter
zugelassener Revisionsexperte
Leiter Finanzkontrolle

Daniel Strebel
zugelassener Revisionsexperte
Bereichsleiter Wirtschaftsprüfung



Zürcher Kammerorchester

Jahresrechnung (Stammhaus)

Die Jahres- oder Stammhausrechnung umfasst gemäss § 47 CRG den Regierungsrat und die kantonale Verwaltung; ausgenommen sind insbesondere die unselbständigen Anstalten. Sie zeigt konsolidierte Werte. Dies bedeutet, dass Transaktionen innerhalb des Stammhauses eliminiert sind. Alle übrigen Transaktionen mit Einheiten des Konsolidierungskreises gemäss § 54 CRG ausserhalb des Stammhauses werden wie Geschäftsfälle mit Dritten betrachtet.

Erfolgsrechnung	642
Bilanz	643
Geldflussrechnung	644
Eigenkapitalnachweis	645
Anhang	646

Erfolgsrechnung

Mio. Franken	Rechnung		Differenz R 12/13	
	2013	2012	Abs.	in %
Fiskalertrag	6 247	6 281	- 33	- 0.5
Regalien und Konzessionen	200	201	- 1	- 0.5
Entgelte	730	705	25	3.5
Verschiedene Erträge	163	156	7	4.5
Entnahmen aus Fonds	0	109	- 109	- 99.8
Transferertrag	2 737	2 702	35	1.3
Durchlaufende Beiträge	658	654	4	0.6
Betrieblicher Ertrag	10 735	10 808	- 72	- 0.7
Personalaufwand	- 2 294	- 2 418	124	5.1
Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 1 065	- 1 036	- 29	- 2.8
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	- 367	- 370	3	0.7
Einlagen in Fonds	- 65	- 48	- 16	- 33.3
Transferaufwand	- 6 678	- 6 616	- 61	- 0.9
Durchlaufende Beiträge	- 658	- 654	- 4	- 0.6
Betrieblicher Aufwand	- 11 125	- 11 141	16	0.1
ERGEBNIS AUS BETRIEBLICHER TÄTIGKEIT	- 390	- 334	- 57	- 16.9
Finanzertrag Finanzvermögen	83	192	- 110	- 56.9
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	560	574	- 14	- 2.4
Finanzertrag	643	766	- 123	- 16.1
Zinsaufwand	- 136	- 138	2	1.2
Anderer Finanzaufwand	- 28	- 79	51	64.8
Finanzaufwand	- 164	- 217	53	24.4
FINANZERGEBNIS	479	550	- 70	- 12.8
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	- 8	130	- 139	> 100.0
Jahresergebnis Fonds im Eigenkapital	97	85	12	13.7
JAHRESERGEBNIS ERFOLGSRECHNUNG	89	216	- 127	- 58.9
Total Ertrag	11 378	11 574	- 196	- 1.7
Total Aufwand	- 11 290	- 11 358	69	0.6

Bilanz

Mio. Franken	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
UMLAUFVERMÖGEN	5 760	6 682	- 922	-13.8
Finanzvermögen ¹⁾	5 760	6 682	- 922	- 13.8
Flüssige Mittel	1 138	2 001	- 863	- 43.1
Forderungen	4 182	4 222	- 39	- 0.9
Kurzfristige Finanzanlagen	58	116	- 58	- 50.2
Aktive Rechnungsabgrenzung	328	287	41	14.2
Vorräte und angefangene Arbeiten	54	56	- 2	- 3.7
ANLAGEVERMÖGEN	14 954	15 011	- 57	- 0.4
Finanzvermögen ¹⁾	1 292	1 352	- 60	- 4.4
Finanzanlagen	275	321	- 45	- 14.2
Sachanlagen	1 016	1 031	- 15	- 1.4
Langfristige Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital	-	-	-	n.a.
Verwaltungsvermögen	13 662	13 660	3	0.0
Sachanlagen	7 130	6 986	144	2.1
Immaterielle Anlagen	41	43	- 2	- 4.9
Kurzfristige Darlehen	73	67	6	9.2
Langfristige Darlehen	1 219	1 410	- 191	- 13.5
Beteiligungen	2 534	2 534	-	-
Investitionsbeiträge	2 664	2 619	45	1.7
TOTAL AKTIVEN	20 714	21 693	- 979	- 4.5
FREMDKAPITAL	- 11 199	- 12 301	1 102	9.0
Kurzfristiges Fremdkapital	- 4 605	- 5 977	1 372	23.0
Laufende Verbindlichkeiten	- 1 583	- 1 524	- 58	- 3.8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 440	- 711	- 729	> 100.0
Passive Rechnungsabgrenzung	- 1 290	- 1 405	115	8.2
Kurzfristige Rückstellungen	- 293	- 2 337	2 044	87.5
Langfristiges Fremdkapital	- 6 594	- 6 324	- 270	- 4.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 278	- 3 808	- 470	- 12.3
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	- 619	- 623	4	0.6
Langfristige Rückstellungen	- 1 193	- 1 419	225	15.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	- 504	- 475	- 29	- 6.1
EIGENKAPITAL	- 9 515	- 9 392	- 123	- 1.3
Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	8	- 130	139	> 100.0
Fonds im Eigenkapital	- 2 118	- 2 039	- 79	- 3.9
Übriges Eigenkapital	- 7 405	- 7 222	- 183	- 2.5
TOTAL PASSIVEN	- 20 714	- 21 693	979	4.5
¹⁾ Total Finanzvermögen	7 051	8 033	- 982	- 12.2

Geldflussrechnung

Mio. Franken	Rechnung 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13	
			Abs.	%
Jahresergebnis	89	216	- 127	- 58.9
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	39	- 669	709	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	- 47	- 3	- 44	> 100.0
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte + angefang. Arbeiten	2	- 4	6	> 100.0
+ Abschreibungen und Auflösung pass. Investitionsb.	486	562	- 76	- 13.5
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen und Beteiligungen	0	0	- 0	- 67.3
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisiert)	2	68	- 66	- 97.4
+/- Verlust/Gewinn aus Verkehrswertanp. FV (nicht realisiert)	- 7	- 100	93	93.4
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	58	- 53	111	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	- 134	97	- 231	> 100.0
+/- Bildung/Auflösung, Verwendung Rückstellungen	-2 270	16	-2 286	> 100.0
+/- Einlagen/Entnahmen aus Fonds im Fremdkapital und Eigenkapital	64	- 61	125	> 100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen	- 10	- 2	- 8	> 100.0
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	-1 726	67	-1 793	> 100.0
- Ausgaben Sachanlagen	- 510	- 434	- 76	- 17.5
- Ausgaben auf Rechnungen Dritter	- 0	- 1	1	76.0
- Ausgaben immaterielle Anlagen	- 12	- 8	- 4	- 42.8
- Ausgaben Darlehen	- 12	- 14	2	14.3
- Ausgaben Beteiligungen	-	-	-	-
- Ausgaben eigene Investitionsbeiträge	- 210	- 228	18	7.9
- Ausgaben durchlaufende Investitionsbeiträge	- 31	- 43	11	26.3
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	11	70	- 59	- 84.0
+ Einnahmen Rückerstattungen	0	19	- 19	- 99.3
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	0	0	- 0	- 62.4
+ Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	36	40	- 4	- 10.0
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen	211	139	73	52.3
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen	-	0	- 0	- 100.0
+ Einnahmen Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	1	13	- 12	- 93.5
+ Einnahmen durchlaufende Investitionsbeiträge	31	43	- 11	- 26.3
Saldo Investitionsrechnung	- 485	- 404	- 81	- 20.0
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	- 11	- 70	59	84.0
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen	-	2	- 2	- 100.0
+ Aktivierungen bei Finanzierungsleasing	-	42	- 42	- 100.0
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen der Investitionsrechnung	26	- 25	51	> 100.0
Geldfluss aus der Investitionsrechnung	- 470	- 455	- 15	- 3.2
+/- Abnahme / Zunahme Finanzanlagen FV	109	7	101	> 100.0
+/- Abnahme / Zunahme Sachanlagen FV	26	- 74	100	> 100.0
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 336	- 522	187	35.7
Geldfluss vor Finanzierungstätigkeit	-2 062	- 455	-1 606	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme kurzfr. Finanzverbindlichkeiten	729	657	72	11.0
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	14	- 100	114	> 100.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	453	494	- 42	- 8.4
+/- Zunahme/Abnahme langfr. Finanzverbindlichk.	3	- 109	112	> 100.0
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	1 199	942	257	27.3
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	2 001	1 514	487	32.1
+/- Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	- 863	487	-1 350	> 100.0
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	1 138	2 001	- 863	- 43.1

Eigenkapitalnachweis

Mio. Franken	Gesetzliche Fonds im Eigenkapital ¹⁾	Rücklagen	Reserven aus Absicherungs- geschäften	Jahresergebnis allgemeine Staatsmittel	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	Total Eigenkapital
Stand 1. Januar 2012	1 926.06	32.94	-	- 1 745.33	8 909.83	9 123.50
Verteilung Jahresergebnis	-	-	-	1 745.33	- 1 745.33	-
Veränderung Fonds	27.45	-	-	-	-	27.45
Veränderung Rücklagen	-	- 0.52	-	-	0.52	-
Sonstige Transaktionen	-	-	-	-	24.93	24.93
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	27.45	- 0.52	-	1 745.33	- 1 719.88	52.38
Jahresergebnis	85.48	-	-	130.18	-	215.66
Total Veränderungen im Eigenkapital	112.93	- 0.52	-	1 875.51	- 1 719.88	268.04
Stand 31. Dezember 2012	2 038.99	32.42	-	130.18	7 189.95	9 391.54
Verteilung Jahresergebnis	-	-	-	- 130.18	130.18	-
Veränderung Fonds	34.96	-	-	-	0.41	35.37
Veränderung Rücklagen	-	2.92	-	-	- 2.92	-
Sonstige Transaktionen ²⁾	- 53.43	-	-	-	52.41	- 1.02
Total direkt im Eigenkapital verbuchte Veränderungen	- 18.47	2.92	-	- 130.18	180.08	34.35
Jahresergebnis	97.22	-	-	- 8.49	-	88.74
Total Veränderungen im Eigenkapital	78.76	2.92	-	- 138.67	180.08	123.09
Stand 31. Dezember 2013	2 117.75	35.33	-	- 8.49	7 370.03	9 514.62

¹⁾ Der Übertrag des Investitionsfonds (53.4 Mio. Franken) in das ist übrige Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) erfolgt in 2013 (§ 39 Abs. 1 FAG).

²⁾ Per 1. Januar 2013 erfolgte die Zuweisung eines fälschlicherweise der Bildungsdirektion zugeordneten Grundstücks (1.0 Mio. Franken) aus dem übrigen Eigenkapital (kumulierte Ergebnisse der Vorjahre) in den Konsolidierungskreis 3 (Berta Meierhofer Fonds).

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Für den Abschluss des Stammhauses kommen die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zur Anwendung wie für die konsolidierte Rechnung des Kantons.

Das in der Jahresrechnung des Stammhauses unter den Beteiligungen ausgewiesene Dotationskapital des Universitätsspitals Zürich und des Kantonsspitals Winterthur wird zum Nominalwert bewertet.

Für die Jahresrechnung des Stammhauses wird kein eigenständiger Anhang erstellt.

Hinweis zu den in der Jahresrechnung ausgewiesenen Daten und Tabellen

Die im Zahlenteil aufgeführten Beträge sind gerundet. Totale können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Sind positive oder negative Abweichungen in % grösser als 100.0% wird anstatt des Wertes der Ausdruck „>100.0“ angegeben.



Opernhaus: Junior Ballett (Iris)

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Regierungsrat und Staatskanzlei	648
Direktion der Justiz und des Innern	648
Sicherheitsdirektion	649
Finanzdirektion	649
Volkswirtschaftsdirektion	650
Gesundheitsdirektion	650
Bildungsdirektion	651
Baudirektion	652
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)	653
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)	654
Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)	654

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2013 Kantonsrat (17.12.2012)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2013 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2013	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
1 Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 18 094 400	- 250 000	- 18 344 400	- 16 747 599	1 596 801
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2 Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 643 700	- 190 000	- 6 833 700	- 4 269 510	2 564 190
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 6 500 000	-	- 6 500 000	- 2 018 508	4 481 492
2204 Strafverfolgung Erwachsene					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 65 089 700	-	- 65 089 700	- 67 974 044	- 2 884 344
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 150 000	-	- 150 000	- 88 012	61 988
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 44 323 200	-	- 44 323 200	- 39 073 858	5 249 342
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2206 Amt für Justizvollzug					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 177 422 500	-	- 177 422 500	- 176 338 253	1 084 247
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 19 295 000	- 950 000	- 20 245 000	- 14 083 406	6 161 594
2207 Gemeindeamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 635 900	-	- 5 635 900	- 5 346 331	289 569
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 175 538	- 175 538
2216 Kantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 551 018 800	-	- 551 018 800	- 538 357 491	12 661 309
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2221 Handelsregisteramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 144 100	-	2 144 100	1 103 573	- 1 040 527
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 956 400	-	- 5 956 400	- 4 892 450	1 063 950
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 8 388 300	-	- 8 388 300	- 7 948 221	440 079
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	- 52 931	- 52 931
2232 Fachstelle Opferhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 11 192 700	-	- 11 192 700	- 10 019 963	1 172 737
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 796 800	-	- 796 800	- 837 924	- 41 124
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 89 235 900	-	- 89 235 900	- 87 499 435	1 736 465
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 165 700	-	- 2 165 700	- 1 985 631	180 069
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 794 900	-	- 7 794 900	- 7 796 607	- 1 707
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2261 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 139 100	-	7 139 100	9 588 526	2 449 426
Budgetkredit Investitionsrechnung	-	-	-	-	-
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 51 298 800	- 73 000	- 51 371 800	- 51 053 962	317 838
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 512 000	- 334 000	- 1 846 000	- 109 970	1 736 030

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2013 Kantonsrat (17.12.2012)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2013 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2013	Abweichung + besser, - schlechter
2291 Investitionsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 481 000		- 5 481 000	- 6 563 682	- 1 082 682
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 000 000		- 1 000 000	- 774 300	225 700
3 Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzungsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 421 900		- 5 421 900	- 2 905 816	2 516 084
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 715 000		- 1 715 000	- 1 572 323	142 677
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 388 999 800		- 388 999 800	- 388 578 226	421 574
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 23 109 000	- 2 304 000	- 25 413 000	- 24 836 836	576 164
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	17 087 200		17 087 200	17 732 688	645 488
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 900 000		- 2 900 000	- 2 084 604	815 396
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 12 256 769		- 12 256 769	- 10 461 639	1 795 130
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 500 000		- 500 000	- 545 543	- 45 543
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 13 558 000		- 13 558 000	- 10 468 376	3 089 624
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 10 999 000	- 3 853 000	- 14 852 000	- 13 182 050	1 669 950
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 611 261 300		- 611 261 300	- 607 158 358	4 102 942
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 16 835 000	- 599 000	- 17 434 000	- 19 176 677	- 1 742 677
3700 Sportamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 557 200		- 2 557 200	- 2 341 523	215 677
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 60 000		- 60 000	-	60 000
3910 Sportfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 414 500		- 1 414 500	1 082 673	2 497 173
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 100 000		- 100 000	- 149 795	- 49 795
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	51 617		51 617	- 201 243	- 252 860
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
3930 Schutzraumfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	4 125 000		4 125 000	7 749 600	3 624 600
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 500 000		- 500 000	-	500 000
4 Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat FD					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 378 700		- 2 378 700	- 1 490 333	888 367
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 8 847 726	- 100 000	- 8 947 726	- 8 154 114	793 612
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 457 500	- 600 000	- 1 057 500	- 65 511	991 989
4300 Amt für Tresorerie					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 871 375		- 871 375	- 871 901	- 526
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 161 381 100		- 161 381 100	- 155 351 880	6 029 220
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 11 489 600		- 11 489 600	- 2 004 368	9 485 232
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 17 838 100		- 17 838 100	- 16 637 959	1 200 141
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4600 Direktionsübergreifende Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 875 900		- 6 875 900	- 5 509 356	1 366 544
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2013 Kantonsrat (17.12.2012)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2013 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2013	Abweichung + besser, - schlechter
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	256 000		256 000	225 937	- 30 063
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 200 000		- 1 200 000	-	1 200 000
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	6 792 349 000		6 792 349 000	6 523 822 518	- 268 526 482
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 200 000		- 2 200 000	- 3 655 961	- 1 455 961
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	316 023 000		316 023 000	321 441 476	5 418 476
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 20 000 000		- 20 000 000	- 7 202 017	12 797 983
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	601 037 339		601 037 339	407 266 614	- 193 770 725
Budgetkredit Investitionsrechnung	247 900 000		247 900 000	-	- 247 900 000
4960 Interkantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 377 522 353		- 377 522 353	- 377 936 262	- 413 909
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4970 Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	- 1 342	- 1 342
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 80 559 496		- 80 559 496	12 070 655	92 630 151
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5 Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 3 569 100		- 3 569 100	- 3 395 984	173 116
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5205 Amt für Verkehr (AFV)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 96 299 000		- 96 299 000	- 91 172 131	5 126 869
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 60 362 000		- 60 362 000	- 35 210 702	25 151 298
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 265 377 000		- 265 377 000	- 255 284 531	10 092 469
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 45 682 900	- 290 000	- 45 972 900	- 40 926 038	5 046 862
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 10 900 000		- 10 900 000	- 2 900 206	7 999 794
5920 Verkehrsfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	32 186 000		32 186 000	35 368 328	3 182 328
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 155 100 000		- 155 100 000	- 113 146 372	41 953 628
5921 Flughafenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	4 969 900		4 969 900	7 578 817	2 608 917
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
5925 Strassenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	82 660 700		82 660 700	94 543 534	11 882 834
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6 Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 25 172 100		- 25 172 100	- 21 761 052	3 411 048
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 570 000		- 2 570 000	- 1 549 991	1 020 009
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 16 796 116		- 16 796 116	- 15 958 540	837 576
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 210 000		- 2 210 000	- 1 849 555	360 445

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2013 Kantonsrat (17.12.2012)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2013 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2013	Abweichung + besser, - schlechter
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 6 380 000		- 6 380 000	- 4 914 651	1 465 349
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 199 330 000		-1 199 330 000	-1 144 125 415	55 204 585
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 155 600 000		- 155 600 000	- 76 412 367	79 187 633
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 232 500 000		- 232 500 000	- 200 139 802	32 360 198
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 40 250 000		- 40 250 000	- 35 892 020	4 357 980
6500 Langzeitversorgung Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 12 332 000		- 12 332 000	- 11 264 003	1 067 997
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 10 500 000		- 10 500 000	- 7 678 286	2 821 714
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 319 927 000		- 319 927 000	- 316 294 244	3 632 756
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6900 Tierseuchenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 452 200		- 452 200	- 377 164	75 036
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
6999 Lohnnachzahlungen Berufe im Gesundheitsbereich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	105 113	105 113
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7 Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 71 042 415	- 709 000	- 71 751 415	- 63 762 341	7 989 074
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 820 000	- 200 000	- 5 020 000	- 2 356 895	2 663 105
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 484 100		2 484 100	4 512 890	2 028 790
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 160 000		- 160 000	- 258 997	- 98 997
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 403 917 000		- 403 917 000	- 374 592 228	29 324 772
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 13 950 000		- 13 950 000	- 10 377 177	3 572 823
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 373 738 100	- 1 000 000	- 374 738 100	- 356 672 194	18 065 906
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 47 625 000	- 19 700 000	- 67 325 000	- 13 285 348	54 039 652
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 376 036 000	- 1 748 000	- 377 784 000	- 365 801 598	11 982 402
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 17 213 000	- 4 920 000	- 22 133 000	- 7 347 098	14 785 902
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 605 963 000		- 605 963 000	- 605 804 474	158 526
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 55 748 000		- 55 748 000	- 35 458 099	20 289 901
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 54 376 600		- 54 376 600	- 56 181 601	- 1 805 001
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 912 000		- 1 912 000	- 1 819 580	92 420
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 385 206 500	- 7 511 000	- 392 717 500	- 364 311 856	28 405 644
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 90 885 000		- 90 885 000	- 28 102 087	62 782 913
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 46 795 000		- 46 795 000	- 55 899 313	- 9 104 313
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
7501 Kinder- und Jugendhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 143 390 200		- 143 390 200	- 128 482 912	14 907 288
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 6 680 000		- 6 680 000	- 3 131 880	3 548 120
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 18 916 900		- 18 916 900	- 17 429 061	1 487 839
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 400 000		- 400 000	-	400 000

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2013 Kantonsrat (17.12.2012)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2013 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2013	Abweichung + besser, - schlechter
7930 Berufsbildungsfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	510 100		510 100	6 892 593	6 382 493
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8 Baudirektion					
8000 Generalsekretariat (GS)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 30 619 200		- 30 619 200	- 28 907 858	1 711 342
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 120 000	- 750 000	- 3 870 000	- 1 369 693	2 500 307
8100 Hochbauamt (HBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 22 197 300		- 22 197 300	- 21 504 818	692 482
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8300 Amt für Raumentwicklung (ARE)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 24 968 100	- 426 000	- 25 394 100	- 22 519 365	2 874 735
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 914 000		- 1 914 000	- 2 037 795	- 123 795
8400 Tiefbauamt (TBA)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 221 625 200		- 221 625 200	- 213 904 367	7 720 833
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 118 000 000		- 118 000 000	- 97 810 036	20 189 964
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 101 658 900	- 1 000 000	- 102 658 900	- 92 935 990	9 722 910
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 78 164 700		- 78 164 700	- 42 311 642	35 853 058
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 605 000		- 1 605 000	542 640	2 147 640
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 22 520 670	- 1 390 000	- 23 910 670	- 29 215 445	- 5 304 775
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 66 405 000	- 100 400 000	- 166 805 000	- 147 449 781	19 355 219
8710 Liegenschaftenerfolg					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 616 650		- 4 616 650	- 13 674 498	- 9 057 848
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 63 242 300		- 63 242 300	- 61 081 948	2 160 352
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 18 078 000	- 100 000	- 18 178 000	- 12 283 497	5 894 503
8910 Natur- und Heimatschutzfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 5 851 800		- 5 851 800	- 4 244 004	1 607 796
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 3 650 000		- 3 650 000	- 2 257 673	1 392 327
8940 Denkmalpflegefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 569 500		- 569 500	700 506	1 270 006
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 9 200 000		- 9 200 000	- 5 318 888	3 881 112
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	323 100		323 100	- 256 831	- 579 931
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8960 Deponiefonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 223 300		1 223 300	634 464	- 588 836
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8970 Kantonaler Waldfonds (Fonds im Fremdkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	21 800		21 800	21 820	20
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
8980 Wildschadenfonds (Fonds im Eigenkapital)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 43 300		- 43 300	- 20 441	22 859
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2013 Kantonsrat (17.12.2012)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2013 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2013	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 9 579 700		- 9 579 700	- 9 221 909	357 791
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	- 16 289	- 16 289
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 375 400		- 4 375 400	- 4 172 409	202 991
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 44 276 300		- 44 276 300	- 42 629 600	1 646 700
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 4 700 000		- 4 700 000	- 3 956 334	743 666
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 114 663 800		- 114 663 800	- 105 217 251	9 446 549
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 724 000		- 724 000	215	724 215
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	20 387 400		20 387 400	28 885 480	8 498 080
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 5 861 500		- 5 861 500	- 1 958 451	3 903 049
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 7 424 475		- 7 424 475	- 7 186 603	237 872
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 50 000		- 50 000	-	50 000
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 13 650 600		- 13 650 600	- 13 330 700	319 900
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 200 000		- 200 000	-	200 000
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 4 309 700		- 4 309 700	- 3 934 485	375 215
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 370 700		- 2 370 700	- 2 270 340	100 360
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 1 127 900		- 1 127 900	- 1 136 151	- 8 251
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9071 Datenschutzbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 2 172 700		- 2 172 700	- 2 001 281	171 420
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 60 000		- 60 000	-	60 000

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2013 Kantonsrat (17.12.2012)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2013 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2013	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Anstalten)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 185 777 000		- 185 777 000	- 175 684 531	10 092 469
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9510 Universitätsspital Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 262 364 000		- 262 364 000	- 259 145 070	3 218 930
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 46 600 000	- 8 872 000	- 55 472 000	- 49 772 002	5 699 998
9520 Kantonsspital Winterthur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 108 523 000		- 108 523 000	- 108 571 450	- 48 450
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 23 365 000	- 2 678 000	- 26 043 000	- 11 864 456	14 178 544
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 597 100 000		- 597 100 000	- 609 647 935	- 12 547 935
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 40 100 000		- 40 100 000	- 38 859 989	1 240 011
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 27 567 000		- 27 567 000	- 26 815 063	751 937
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 390 000		- 2 390 000	- 3 839 830	- 1 449 830
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 157 353 000	- 7 511 000	- 164 864 000	- 157 382 800	7 481 200
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 13 200 000	- 1 400 000	- 14 600 000	- 10 560 381	4 039 619
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 91 560 000		- 91 560 000	- 79 051 120	12 508 880
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 2 400 000		- 2 400 000	- 2 407 749	- 7 749
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	- 118 322 000		- 118 322 000	- 114 683 189	3 638 811
Budgetkredit Investitionsrechnung	- 1 000 000		- 1 000 000	- 147 068	852 932
9800 Stiftungen und Legate ohne eigene Rechtspersönlichkeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	- 1 356 369	- 1 356 369
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)					
9100 BVK Personalvorsorge des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	360 400 000		360 400 000	2 115 003 383	1 754 603 383
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-
9200 Arbeitslosenkasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-		-	- 1 604 853	- 1 604 853
Budgetkredit Investitionsrechnung	-		-	-	-

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 6 673 106 zulasten der Rechnung 2013. Für das Jahr 2012 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 5 976 889. Diese hat der Kantonsrat am 8. Juli 2013 mit dem Geschäftsbericht 2012 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe aufgrund effizienter Leistungserbringung besser abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen; Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2012	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
1000 Regierungsrat u. Staatskanzlei	0	486 861	- 25 413	0	461 448	- 25 413
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	49 000	382 784	- 32 742	42 200	392 241	+ 9 458
2204 Strafverfolgung Erwachsene	0	1 814 770	0	0	1 814 770	0
2205 Jugendstrafrechtspflege	0	94 531	0	0	94 531	0
2206 Amt für Justizvollzug	315 000	3 208 090	0	200 000	3 408 090	+ 200 000
2207 Gemeindeamt	0	0	0	100 000	100 000	+ 100 000
2221 Handelsregisteramt	0	323 737	0	0	323 737	0
2223 Statistisches Amt	26 000	148 091	0	0	148 091	0
2224 Staatsarchiv	0	156 982	0	0	156 982	0
2232 Fachstelle Opferhilfe	13 000	32 863	- 4 452	4 000	32 411	- 452
2233 Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau	0	20 920	- 15 000	0	5 920	- 15 000
2234 Fachstelle Kultur	19 000	38 774	0	14 000	52 774	+ 14 000
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	10 000	30 444	- 4 230	10 000	36 213	+ 5 770
2251 Bezirksräte	53 000	294 483	- 65 424	0	229 059	- 65 424
2261 Statthalterämter	100 000	216 843	- 49 856	75 000	241 987	+ 25 144

Leistungsgruppe	Bildung von Rück- lagen 2012	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	20 000	22 202	- 17 970	50 000	54 232	+ 32 031
3100 Kantonspolizei	0	2 047 000	0	0	2 047 000	0
3200 Strassenverkehrsamt	250 000	445 401	- 416 226	300 000	329 175	- 116 226
3300 Migrationsamt	70 000	96 453	- 65 820	60 000	90 633	- 5 820
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	40 000	40 112	- 39 639	0	473	- 39 639
3500 Sozialamt	50 000	268 800	- 19 599	50 000	299 201	+ 30 401
3700 Sportamt	0	0	0	0	0	0
4000 Generalsekretariat FD	9 000	78 858	- 7 780	5 000	76 078	- 2 780
4100 Finanzverwaltung	16 000	237 871	- 13 931	14 000	237 940	+ 69
4300 Amt für Tresorerie	0	11 257	0	0	11 257	0
4400 Steuern Betriebsteil	0	1 873 262	0	0	1 873 262	0
4500 Personalamt	0	286 682	0	0	286 682	0
4600 Direktionsübergreifende Informatik	0	7 297	0	0	7 297	0
4700 Drucksachen und Material	0	410 613	0	0	410 613	0
5000 Generalsekretariat (GS)	0	65 442	- 18 695	30 000	76 748	+ 11 305
5205 Amt für Verkehr (AFV)	0	195 668	- 20 662	0	175 007	- 20 662
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	0	1 783 669	- 71 193	100 000	1 812 476	+ 28 807
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	110 000	588 733	- 171 963	100 000	516 770	- 71 963
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	47 000	673 622	- 35 954	35 000	672 668	- 954
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	50 000	169 124	- 22 923	0	146 201	- 22 923
6400 Psychiatrische Versorgung	3 592 000	3 880 330	- 204 990	3 830 000	7 505 340	+3 625 010
7000 Bildungsverwaltung	0	883 000	0	0	883 000	0
7301 Mittelschulen	0	6 988 556	0	0	6 988 556	0
7306 Berufsbildung	0	1 000 000	0	0	1 000 000	0
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	4 000 000	0	0	4 000 000	0

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2012	Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012	Verwendung 2013	Antrag Bildung 2013 (verbucht 2014)	Bestand 31.12.2013 plus Bildung 2013	Veränderung Bestand (Zunahme+/ Abnahme- gegenüber Vorjahr)
8000 Generalsekretariat	0	415 073	- 14 768	0	400 305	- 14 768
8100 Hochbauamt	0	368 821	- 168 372	0	200 449	- 168 372
8300 Amt für Raumentwicklung	0	359 600	0	0	359 600	0
8400 Tiefbauamt	0	1 220 827	- 232 440	0	988 387	- 232 440
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	0	697 124	- 56 317	0	640 808	- 56 317
8700 Immobilienamt	0	276 387	- 39 408	0	236 979	- 39 408
8800 Amt für Landschaft und Natur	0	614 402	- 86 236	0	528 166	- 86 236
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	0	22 719	0	0	22 719	0
9020 Finanzkontrolle	0	84 200	0	0	84 200	0
9030 Obergericht und angegliederte Gerichte	400 000	626 371	- 254 314	250 000	622 057	- 4 314
9040 Bezirksgerichte	450 000	2 010 021	- 416 739	1 193 952	2 787 234	+ 777 213
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	200 000	826 548	0	50 000	876 548	+ 50 000
9063 Verwaltungsgericht	- 3 379	174 623	- 29 753	112 954	257 824	+ 83 201
9064 Sozialversicherungsgericht	0	269 587	0	0	269 587	0
9065 Baurekursgericht	0	196 710	- 15 113	0	181 597	- 15 113
9066 Steuerrekursgericht	21 000	103 060	- 32 852	34 000	104 208	+ 1 148
9070 Ombudsmann	0	13 039	0	0	13 039	0
9071 Datenschutzbeauftragter	8 000	42 912	- 3 509	13 000	52 403	+ 9 491
Total Verwaltung	5 914 621	41 626 148	-2 674 282	6 673 106	45 624 972	+3 998 824
9300 Zürcher Verkehrsverbund	0	267 707	0	0	267 707	0
Total Verwaltung und unselbständige Anstalten	5 914 621	41 893 854	-2 674 282	6 673 106	45 892 679	+3 998 824

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen. Die Beträge in den Spalten "Bildung von Rücklagen 2012", „Bestand 31.12.2012 plus Bildung 2012“ und "Verwendung 2013" sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

Die Beträge für die Bildung von Rücklagen sind netto abgebildet. Im Jahr 2012 wurde neben den Anträgen zur Rücklagenbildung von Fr. 5 976 889 eine Rücklagenauflösung in der Leistungsgruppe 9063, Verwaltungsgericht, in Höhe von Fr. 62 268 vorgenommen.

Die Leistungsgruppen beantragen für 2013 Rücklagen von 6.7 Mio. Franken. Sie werden erst im 2014 - nach Genehmigung durch den Kantonsrat - verbucht. Zudem wurden von den Leistungsgruppen im Berichtsjahr Rücklagen in Höhe von 2.7 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft stieg der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2013 einschliesslich der beantragten Bildung um rund 4.0 Mio. Franken oder 10% auf 45.9 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus aufgelösten Rücklagen Sachaufwendungen von mehr als Fr. 50 000 vor:

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag Fr.
6400 Psychiatrische Versorgung	Personalanlässe PUK	204 990
8100 Hochbauamt (HBA)	Einrichtung und Ausbau des "HBA-Treffpunkts"	168 372
8400 Tiefbauamt	verschiedene Ausgaben für Personalzwecke	232 440
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	Anlässe und Gesundheitsvorsorge	56 317
8800 Amt für Landschaft und Natur (ALN)	Teamentwicklung	53 508

Gewinnverwendung

Die selbstständigen Anstalten legen dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor (vgl. § 50 Abs. 3 FCV). Die Verwendung der Gewinne 2013 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht. Die folgende Tabelle zeigt die Anträge der selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

Leistungsgruppe	Antrag auf Gewinnverwendung (in Fr.)
9510 Universitätsspital Zürich	21 593 372.22
9520 Kantonsspital Winterthur	29 482 528.72
9740 Pädagogische Hochschule	2 282 053.37
Total Gewinnverwendung	53 357 954.31

Leistungsgruppe	Antrag auf Verlustdeckung (in Fr.)
9600 Universität Zürich	8 412 933.83
9710 Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften	280 946.98
9720 Zürcher Hochschule der Künste	1 101 853.16
Total Verlustdeckung	9 795 733.97



Opernhaus: Der geduldige Sokrates (Oper)

Beilagen zum Finanzbericht

Kreditübertragungen	660
Bewilligte Kreditüberschreitungen	664
Entwicklung der letzten acht Jahre	666
Kennzahlen der Finanzlage des Kantons	669
Tabellen zu 2013	674
Mehrjahresvergleiche	682
Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	691

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskredite im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe "Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung" gilt nicht nur für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.
- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher ist als Fr. 100 000 (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget 2014 (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 103 Kreditübertragungen (Vorjahr: 95) bewilligt, davon 45 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 14.8 Mio. Franken (Vorjahr: 39 Kreditübertragungen über 14.7 Mio. Franken) und 58 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 60.4 Mio. Franken (Vorjahr: 56 Kreditübertragungen über 147.7 Mio. Franken).

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
Erfolgsrechnung		
1000 Staatskanzlei	E-Government Projekte	+250 000
2201 Generalsekretariat JI	Record Management-System	+490 000
	Umsetzung HR-Strategie	+126 000
2234 Fachstelle Kultur	Opernhaus Zürich, Kostenbeitrag Bauvorhaben	+490 000
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	Entwicklung eines kantonalen Integrationsprogramms (KIP)	+150 000
2270 Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Grossmünster, Sanierung Türme	+317 000
4100 Finanzverwaltung	GRC dipsIN / Mammut	+50 000
	Unterstützung Massnahmenumsetzung Providerprüfung Atos	+70 000
	Vorbereitungsarbeiten zur SAP-Systemoptimierung	+140 000
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	Innovationspark	+173 000
	Weltausstellung Mailand 2015	+150 000

Beilagen zum Finanzbericht

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
	Integriertes Standort- und Destinationsmarketing (ISDM)	+125 000
	Cluster-Management	+500 000
	gTLD .ZUERICH	+125 000
7000	Bildungsverwaltung	
	Aus- und Weiterbildung für Schulärztinnen/-ärzte	+60 000
	Weiterbildung Religion und Kultur Primarstufe	+50 000
	Lehrmitteleinführung Blickpunkt - Religion und Kultur	+75 000
	Abschluss Sekundarstufe I, Entwicklungsarbeiten Handbuch (Mathematik und Englisch)	+50 000
	Fachteams Deutschschweizer Lehrplan	+50 000
	Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen	+326 000
	ICT-Guide Einführung	+65 000
	Weiterentwicklung QUIMS 2013-2017	+80 000
	Schulversuch Grundstufe (Verlängerung)	+230 000
7301	Mittelschulen	
	Kantonsschule Zürich Oberland: Grosser Spezialtrakt Zustandsanalyse	+230 000
	Kantonsschule Limmattal: Ersatzbeschaffung von Stühlen	+140 000
	Zweisprachige Matur: sprachliche Weiterbildung von Immersionslehrpersonen	+134 000
7306	Berufsbildung	
	Berufsschule für Gestaltung: Projektentwicklung für Neubau mit Turnhallen	+210 000
	Technische Berufsschule Zürich: Ersatz Fahrzeug	+60 000
	Technische Berufsschule Zürich: Ersatz Laptops	+190 000
	Gewerblich-Industrielle Berufsschule Uster: Ersatz IT-Hardware	+85 000
	Zweisprachiger Unterricht an Berufsfachschulen	+190 000
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	
	ZHAW F&E	+140 000
	ZHAW Lehre	+1 542 000
	ZHAW Strategie / Kunden DL	+989 000
	ZHAW Infrastruktur & Systeme	+4 921 000
8300	Amt für Raumentwicklung	
	Langfristige Raumentwicklungsstrategie	+407 000
	Kantonales Geoinformationsgesetz KGeolG; Umsetzung	+500 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	
	Fachstelle Bodenschutz: Bodenkundliche Kartierung der Wälder mit sauren Böden (RRB Nr. 622/2013)	+173 000
	Abteilung Landwirtschaft: Datenerfassung GIS-Gades	+240 000
	Abteilung Landwirtschaft: Neuorganisation Ackerbaustellenleiter	+70 000
9000	Parlamentdienste	
	Zusätzliches Mobiliar für Rechberg	+50 000
	Software-Projekt Dokument-Management-System	+220 000
9040	Bezirksgerichte	
	Renovation Bezirksgericht Zürich	+96 000
9071	Datenschutzbeauftragter	
	Evaluation § 39 IDG	+60 000
	Kompetenzzentrum Weiterbildung ZHAW	+50 000
Summe Erfolgsrechnung		+14 839 000

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.	
Investitionsrechnung			
2206	Amt für Justizvollzug	Umbau und Erweiterung Geschlossene Abteilung Massnahmenzentrum Uitikon	+1 200 000
		Electronic Monitoring	+1 500 000
2270	Religionsgemeinschaften und kirchliche Liegenschaften	Grossmünster, Sanierung Türme	+536 000
3400	Amt für Militär und Zivilschutz	Umbau/Ausbau Ausbildungszentrum, Andelfingen	+1 196 000
		Waffenplatz Zürich-Reppischtal, Sanierung Trinkwassernetz	+473 000
4100	Finanzverwaltung	SAP-Systemoptimierung	+830 000
4400	Steuern Betriebsteil	ZüriPrimo Realisierungseinheit 04 Ersatz Direkte Bundessteuer	+2 000 000
		ZüriPrimo Realisierungseinheit 07 Ersatz Quellensteuer	+1 500 000
7000	Bildungsverwaltung	Personal- und Lohnadministrationssystem PULS-ZH (RRB Nr. 1087/2012)	+707 000
7301	Mittelschulen	Kantonsschule Hottingen Sanierung Aula / Bühnentechnik	+1 800 000
		Mittelschulen: Schutz vor zielgerichteter Gewalt	+800 000
7306	Berufsbildung	Berufsbildungsschule Winterthur, Rennweg, Sanierung und Aufstockung Turnhallen	+170 000
		Berufsmaturitätsschule Zürich, Ersatz Liftanlagen	+500 000
		Berufsfachschulen: Schutz vor zielgerichteter Gewalt	+900 000
		Staatsbeitrag KV Zürich Business School: Wärmerückgewinnungsanlage	+400 000
		Staatsbeitrag KV Zürich Business School: Heinrichstrasse, Ersatz Steuerung Regulierung Haustechnik	+350 000
8000	Generalsekretariat BD	Dokumentenmanagement System (DMS) / Enterprise-Content-Management-System (ECM) in der BD	+1 062 000
		Weiterentwicklung Uplus im AWEL (Betriebs- u. Anlagendatenbank)	+94 000
8400	Tiefbauamt	84S-10032 Illnau-Effretikon / Kreuzung Rikoner-, Illnauer-, Gerstenrietstr.	+2 200 000
		84S-10054 Bäretswil / Bäretswil-Wetzikon, Radfahr- + Fussgänger-Anlagen	+2 500 000
		84S-80173 Bülach / Grenzstr., Anschluss A51 bis Zürichstr.	+2 500 000
		84S-80256 Dürnten / Dürnten bis Hinwil, Edikerstr.	+1 000 000
		84S-80266 Richterswil / Beichlenstr. Radweg (von Moos-Str. bis Haslen-Weg)	+1 400 000
		84S-80340 Rifferswil / Albisstr. Verkehrskreisel (Kreuzung Albis-/Jonentalstr.)	+1 000 000
		84S-80349 Regensdorf / Wehntalerstr. (Knoten Adlikon)	+1 700 000
		84S-80360 Birmensdorf / Wettswilerstr. (Gemeindegrenze bis Landikon)	+1 000 000
		84S-80367 Zumikon / Forchstrasse Lärmschutzsanierung (ZH-Zumikon, Zumikon-Egg)	+2 200 000

Beilagen zum Finanzbericht

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	85B-61 Rahmenkredit 2013 und 2014 für Subventionen an Pilotprojekte gestützt auf § 16 des Energiegesetzes (KRB vom 9.9.2013 Vorlage 4976/2013)	+11 400 000
8700 Immobilienamt	Kloster Rheinau, Umbau KRB 4881 / 03.09.12	+7 200 000
8800 Amt für Landschaft und Natur	Abt. Dienstleistungen, Sanierung Aufzug Staatskelleri Rheinau, HBA Nr. 13126	+89 000
	Strickhof, Sanierung Dachkonstruktion und Speisetrakt Lindau	+1 640 000
	Strickhof, Sanierung Verpflegungsräume Bäuerinenschule Wülflingen	+489 000
	Strickhof, Sanierung Trottegebäude Wülflingen	+200 000
	Abt. Wald, Sanierung Bleicher, Steg, Wohnhaus mit Scheune	+100 000
	Fischerei- und Jagdverwaltung: Personenwagen für Fischereiaufsichtskreis 5	+60 000
9030 Obergericht	Ersatz von Servern; Interconnect (Ausbau Glasfaser)	+50 000
	Erneuerung RW-Applikation	+693 000
9040 Bezirksgerichte	Fassadenrenovation Bezirksgericht Andelfingen	+250 000
	Bezirksgericht Hinwil Erweiterungsbau Ausbau	+50 000
	Bezirksgericht Hinwil Erweiterungsbau Installation	+100 000
9060 Notariate	Neue Telefonanlage	+750 000
	Elektronisches Grundbuch	+2 728 000
9071 Datenschutzbeauftragter	Ablösung Informationssystem und Geschäftskontrolle	+60 000
9510 Universitätsspital Zürich	Ersatz Serverräume	+660'000
	Anschaffung eines Patienten-Daten-Management-Systems (PDMS)	+3'500'000
	Hochfrequenz-Chirurgiegeräte	+520'000
	Zentrale Sterilisationsanlage - mit dem Geräteersatz verbundene Validierung der Wirksamkeit	+120'000
	Ersatz der Neuroangiografieanlage im Trakt Nord 1, Raum C 204, durch eine biplane Neuroangiografieanlage	+500'000
	Zwischensanierung Pathologie, damit verbundene Ersatzbeschaffung von medizintechnischen Geräten	+400'000
9520 Kantonsspital Winterthur	Ersatzbeschaffung Magnetresonanztomographen (MRI) 1.5T	+2'500'000
	Ersatzbeschaffungen Etagenverteiler KSW-LAN	+800'000
	Microsoft Enterprise Agreement 2014 - 2016	+2'900'000
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	Mobile Lehr- und Versuchsbrauerei	+170 000
	MALDI TOF Massenspektrometer	+278 000
	Kontinuierliche Prozessführung	+170 000
	Elektronenmikroskop FEI	+174 000
	Aufbau Building Information Modeling (BIM)	+132 000
	Test- und Versuchsanlage Solar	+220 000
	Prozessautomatisierung	+150 000

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung in Fr.
	Einzug Toni-Areal	+600 000
	Netzwerk Ausbau	+50 000
	Identity Management	+90 000
	Backup Infrastruktur	+215 000
	Enterprise-Content-Management (ECM)	+275 000
	PM / PPM Cockpit	+50 000
	Virtuelle Desktop Infrastruktur	+250 000
	Erneuerung Aula Departement Wirtschaft	+227 000
Summe Investitionsrechnung		+72 328 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG).

Die Direktionen haben im 2013 vier Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 33.5 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurde eine Kreditüberschreitung von 0.1 Mio. Franken bewilligt.

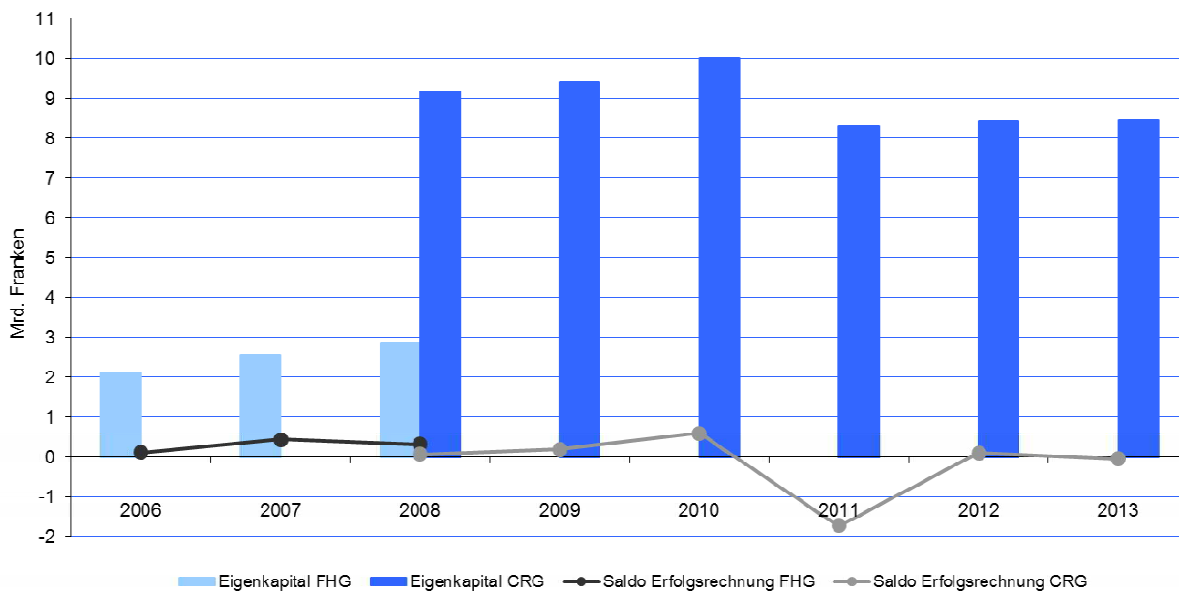
Bewilligte Kreditüberschreitungen
in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter

			Bewilligte Kreditüber- schreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2013
Erfolgsrechnung				
4921	Schadenausgleich	Aus einem Schadenfall des Universitätsspitals Zürich erwächst dem Kanton eine künftig zu erwartende Zahlung von rund 1.5 Mio. Franken. Gemäss den Rechnungslegungsvorschriften ist dafür eine Rückstellung zu bilden, die nur zum Teil innerhalb des Budgets der Leistungsgruppe kompensiert werden konnte.	1 000 000	-1 455 961
		Aus zwei weiteren Schadenfällen erwachsen dem Kanton künftig zu erwartende Zahlungen von insgesamt 1.3 Mio. Franken. Gemäss den Rechnungslegungsvorschriften sind dafür Rückstellungen zu bilden, die nur zum Teil innerhalb des Budgets der Leistungsgruppe kompensiert werden konnten.	441 808	-1 455 961

			Bewilligte Kreditüber- schreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2013
8700	Immobilienamt	Wertberichtigung des Grundstücks PJZ um die nicht wertsteigernden Entschädigungszahlungen an die SBB in den Jahren 2011 und 2012 zur Aufrechterhaltung des Kaufvertrages für das PJZ-Areal (Beschluss des Regierungsrates vom 16. März 2011). Es handelt sich um Zins- und Unterhaltskosten sowie Entschädigungen für entgangene Mieterträge.	23 910 670	-5 304 775
8710	Liegenschaftenerfolg	Buchverlust infolge Verkauf einer Fluglärmliegenschaft.	8 146 464	-9 057 848
Total Erfolgsrechnung			33 498 942	
Investitionsrechnung				
8300	Amt für Raumentwicklung	Höhere durchlaufende Bundesbeiträge an die Vermessungswerke der Gemeinden aufgrund mehr und höheren Operatsabschlüssen im letzten Quartal 2013.	123 795	-123 795
Total Investitionsrechnung			123 795	
Bewilligte Kreditüberschreitungen total			33 622 737	

1. Entwicklung der letzten acht Jahre

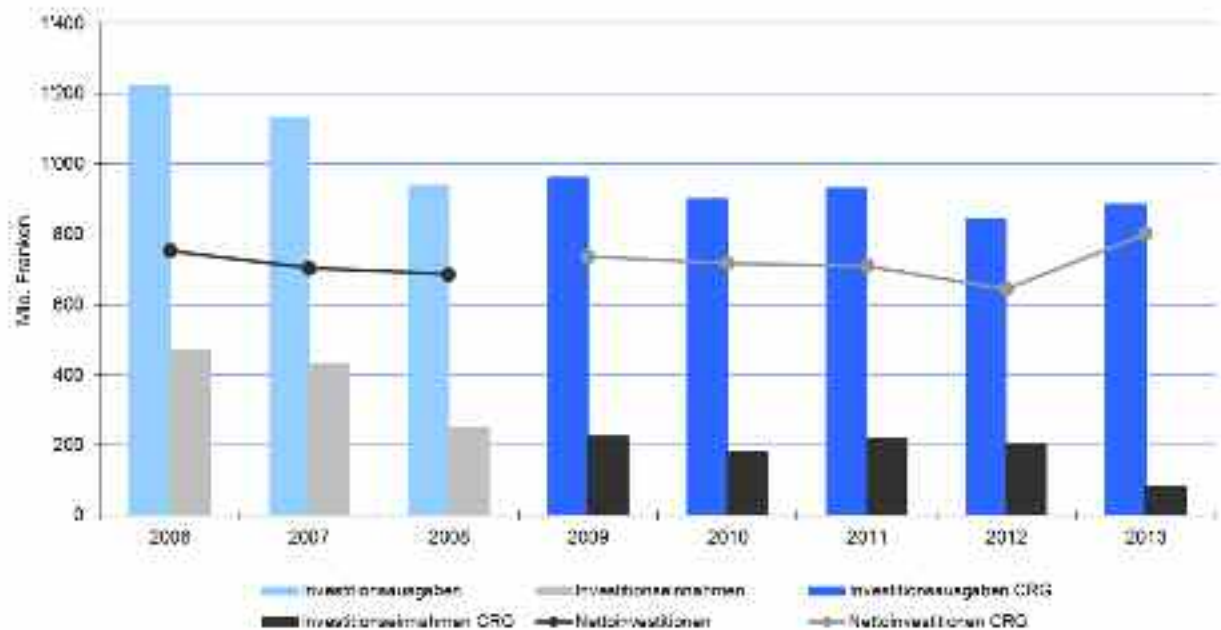
1.1. Saldo Erfolgsrechnung



Der kumulierte Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung 2006 bis 2013 beträgt 6 Mio. Franken. In diesem Wert ist für 2008 die vom Kantonsrat genehmigte Rechnung gemäss FHG (HRM) mit einem Ertragsüberschuss von 315 Mio. Franken berücksichtigt. Aufgrund der mit Vorlage 4851, Sanierung der Versicherungskasse für das Staatspersonal, beschlossenen und in der Volksabstimmung vom 3. März 2013 bestätigten Regelung wird die Rückstellung für die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK im 2011 nicht in den mittelfristigen Ausgleich der Erfolgsrechnung 2006 bis 2013 eingerechnet. Er fällt deshalb um rund 2.4 Mrd. Franken besser aus als der kumulierte Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung.

Der Bestand an Eigenkapital konnte von 2006 bis 2010 fortwährend erhöht werden. Zudem hatte die neue Rechnungslegung gemäss CRG (IPSAS) zur Folge, dass der Eigenkapitalbestand sprunghaft zunahm: Das Restatement der Bilanz 2008 führte zu einem Neubestand des Eigenkapitals von knapp 9.2 Mrd. Franken anstelle von rund 2.9 Mrd. Franken gemäss FHG. Während das Eigenkapital 2009 und 2010 um weitere 850 Mio. Franken zunahm, verringerte es sich im 2011 als Folge der Rückstellung für die Sanierung der BVK deutlich um rund 1.7 Mrd. Franken. Im Berichtsjahr liegt das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr unverändert bei rund 8.5 Mrd. Franken.

1.2. Nettoinvestitionen (ohne Darlehen und Beteiligungen)

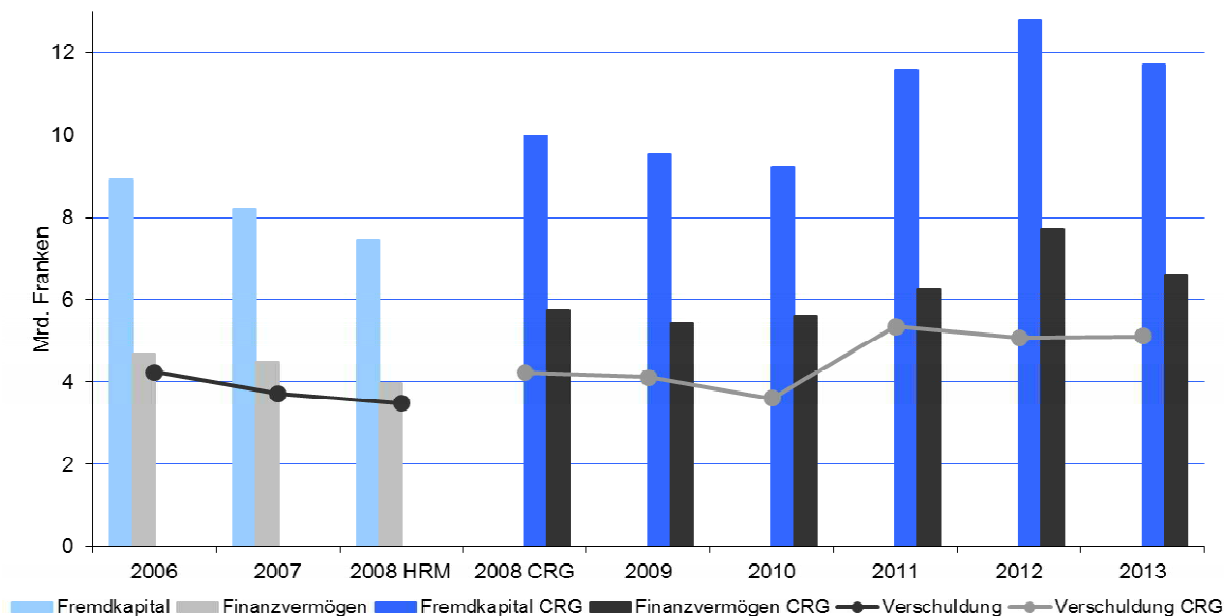


Im Diagramm sind die Investitionsausgaben ohne Darlehen und Beteiligungen, die Investitionseinnahmen ohne Rückzahlung von Darlehen und Übertragung von Beteiligungen dargestellt. Für 2006-2008 sind die Investitionen gemäss FHG, ab 2009 gemäss CRG dargestellt. Im Gegensatz zu den Investitionen gemäss FHG beinhalten die Investitionen gemäss CRG zusätzlich die Nettoinvestitionen der Anstalten von jährlich rund 100 Mio. Franken.

Vergleicht man die letzten acht Jahre, sind im Berichtsjahr sowohl die höchsten Nettoinvestitionen als auch die tiefsten Investitionseinnahmen zu verzeichnen. Die Nettoinvestitionen (ohne Darlehen und Beteiligungen) belaufen sich auf 802 Mio. Franken: Investitionsausgaben von 885 Mio. Franken stehen Investitionseinnahmen von 83 Mio. Franken gegenüber. Durchschnittlich betragen die Nettoinvestitionen zwischen 2006 und 2013 rund 720 Mio. Franken.

Legt man den Nettoinvestitionen sämtliche Investitionsausgaben und -einnahmen zugrunde (also einschliesslich Darlehen und Beteiligungen), ergibt sich aus dem Rechnungsergebnis 2013 bei Nettoinvestitionen von 603 Mio. Franken ein Selbstfinanzierungsgrad von 102%. Das bedeutet, dass die Nettoinvestitionen trotz Aufwandüberschuss vollständig aus Mitteln der Erfolgsrechnung finanziert werden konnten.

1.3. Verschuldung der letzten acht Jahre



Das Fremdkapital umfasst sämtliche Verpflichtungen gegenüber Dritten. Zur Ermittlung der finanzpolitisch relevanten Verschuldung sind vom Fremdkapital die passivierten Investitionsbeiträge und das Finanzvermögen abzuziehen. Das Finanzvermögen setzt sich aus jenen Vermögenswerten zusammen, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

Das Restatement der Bilanz 2008 hatte eine Erhöhung des Fremdkapitals, des Finanzvermögens und der Verschuldung zur Folge. Die Verschuldung erhöhte sich dadurch von 3.5 Mrd. Franken (gemäss FHG) auf 4.2 Mrd. Franken (gemäss CRG). Abgesehen von der Anpassung der Rechnungslegung 2008 verringerte sich die Verschuldung von 2006 bis 2010, stieg aber 2011 wegen der Rückstellungen für die BVK-Sanierung auf 5.3 Mrd. Franken. Nachdem die Verschuldung im Jahr 2012 auf 5.1 Mrd. Franken gesenkt werden konnte, verharrt sie im Berichtsjahr auf diesem Niveau.

Für die Herleitung einer „angemessenen Verschuldung“ kann nicht auf objektive Kriterien abgestellt werden. Während eine tiefe Verschuldung finanzpolitisch wenig Fragen aufwirft, belastet eine hohe Verschuldung die heutigen Steuerzahler, birgt aufgrund der Zinssatzschwankungen ein Risiko und schränkt den Handlungsspielraum kommender Generationen ein. Deshalb darf die Verschuldung unsere Nachkommen nur in dem Mass belasten, in dem ihnen mit Investitionen ein entsprechender Nutzen weiter gegeben wird. Der Kanton lässt seine Qualität als Schuldner regelmässig von Standard & Poor's prüfen, zuletzt mit dem Ratingbericht 2013. Dabei hat der Kanton Zürich stets die Bestnote AAA erhalten.

Kennzahlen der Finanzlage des Kantons Zürich

Im Rahmen der aktuellen Harmonisierung des Rechnungslegungsmodells für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wurde auch die Methodik der Kennzahlenberechnung angepasst. Die im HRM2 empfohlenen Kennzahlen sind auch für den Kanton Zürich berechnet und im Geschäftsbericht dargestellt.

Zur Beurteilung der Finanzlage sollen folgende Finanzkennzahlen (1. Priorität) herangezogen werden (alphabetische Reihenfolge):

- Nettoverschuldungsquotient,
- Selbstfinanzierungsgrad,
- Zinsbelastungsanteil.

In 2. Priorität oder für einzelne Teilbereichs-Analysen sollen auch die folgenden Finanzkennzahlen herangezogen werden (alphabetische Reihenfolge):

- Bruttoverschuldungsanteil,
- Investitionsanteil,
- Kapitaldienstanteil,
- Nettoschuld in Franken pro Einwohner,
- Selbstfinanzierungsanteil.

Nebst diesen im HRM2 empfohlenen Kennzahlen werden wichtige Finanzgrössen des Kantons Zürich als prozentuale Entwicklung zum Startwert 2009 ausgewiesen. Damit können die wesentlichen Entwicklungen über die Zeit verfolgt werden.

In der folgenden Tabelle sind die Kennzahlen des Kantons Zürich dargestellt.

Tabelle: Kennzahlen 2009-2013 des Kantons Zürich

		2009	2010	2011	2012	2013
Entwicklung Aufwand*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	102.7	126.6	114.3	114.9
Entwicklung Ertrag	(in %, 2009 = 100%)	100.0	105.9	110.9	113.4	112.8
Entwicklung Staatssteuern	(in %, 2009 = 100%)	100.0	108.9	116.5	112.6	111.4
Entwicklung Investitionsausgaben	(in %, 2009 = 100%)	100.0	94.4	94.2	82.3	85.9
Entwicklung Konsolidierte Gesamtausgaben*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	101.4	125.8	112.1	113.9
Entwicklung Eigenkapital*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	106.7	88.5	89.9	90.0
Entwicklung Verschuldung*	(in %, 2009 = 100%)	100.0	87.7	129.8	123.3	124.1
Entwicklung BIP CH (nominal), Stand März 2014**	(in %, 2009 = 100%)	100.0	103.3	105.5	106.8	108.8
Entwicklung BIP ZH (nominal, BAK), Stand Januar 2014**	(in %, 2009 = 100%)	100.0	100.4	103.0	104.1	106.4
Entwicklung ständige Wohnbevölkerung**/**	(in %, 2009 = 100%)	100.0	101.9	103.4	104.6	105.7

* Die ausgewiesenen Kennzahlen 2011 werden durch die Rückstellung 2011 für Massnahmen zur Sanierung der BVK im Umfang von 2,617 Mrd. Franken stark beeinflusst.

** Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Geschäftsberichts 2013 liegen die definitiven Daten 2013 zum BIP und zur Wohnbevölkerung noch nicht vor. Diese Zeitreihen können sich deshalb in den Folgejahren noch verändern.

*** kantonale Bevölkerungserhebung des statistischen Amtes des Kantons Zürich, nach zivilrechtlichem Wohnsitzbegriff, am 31. Dezember

In der folgenden Tabelle sind die Kennzahlen gemäss HRM2 ausgewiesen.

Tabelle: Kennzahlen 2009-2013 gemäss Harmonisierte Rechnungslegung HRM2

		2009	2010	2011	2012	2013
Nettoverschuldungsquotient*	(in %)	73.2	59.3	82.6	80.8	81.8
Selbstfinanzierungsgrad*	(in %)	120.4	171.8	-149.0	137.3	101.7
Zinsbelastungsanteil	(in %)	0.8	0.6	0.6	0.6	0.6
Bruttoverschuldungsanteil	(in %)	51.0	45.2	38.4	46.0	55.6
Investitionsanteil	(in %)	8.6	7.9	6.3	6.1	6.3
Kapitaldienstanteil	(in %)	6.5	5.8	5.5	5.4	5.0
Nettoschuld I pro Einwohner**/**	(in Franken)	3 061	2 633	3 844	3 609	3 595
Nettoschuld II pro Einwohner**/**	(in Franken)	555	140	1 407	813	963
Selbstfinanzierungsanteil*	(in %)	7.9	10.4	-7.6	5.2	4.5

* Die ausgewiesenen Kennzahlen 2011 werden durch die Rückstellung 2011 für Massnahmen zur Sanierung der BVK im Umfang von 2,617 Mrd. Franken stark beeinflusst.

** Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Geschäftsberichts 2013 liegen die definitiven Daten 2013 zur Wohnbevölkerung noch nicht vor. Diese Zeitreihen können sich deshalb in den Folgejahren noch verändern.

Die folgenden Definitionen, Bemerkungen, Richtwerte und Aussagen je Kennzahl sind aus dem „Handbuch Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden HRM2“ der FDK, Ausgabe Januar 2013, entnommen. Für die detailliertere Berechnungsmethodik der Kennzahlen wird auf die Internetseite des SRS (www.srs-csppc.ch) verwiesen. Dort ist im Handbuch zum HRM2 die Fachempfehlung 18 „Finanzkennzahlen“ einsehbar.

Kennzahlen 1. Priorität (alphabetische Reihenfolge)

Nettoverschuldungsquotient							
Berechnung	$\frac{\text{Nettoschulden I}}{40 \text{ Fiskalertrag}}$						
Bemerkungen	Als Bezugsgrösse wären auch nur die direkten Steuern der natürlichen Personen (400) und die direkten Steuern der juristischen Personen (401) denkbar. Aussergewöhnliche einmalige Steuererträge (Erbschafts- und Liegenschaftsteuern u.a.) können die Aussagekraft der Kennzahl beeinträchtigen.						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table border="0"> <tr> <td>< 100%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>100% – 150%</td> <td>genügend</td> </tr> <tr> <td>> 150%</td> <td>schlecht</td> </tr> </table>	< 100%	gut	100% – 150%	genügend	> 150%	schlecht
< 100%	gut						
100% – 150%	genügend						
> 150%	schlecht						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber; Finanzstatistik						
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welcher Anteil der Fiskalerträge, bzw. wieviel Jahrest tranchen erforderlich wären, um die Nettoschulden abzutragen.						

Selbstfinanzierungsgrad							
Berechnung	$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Nettoinvestitionen}}$						
Bemerkungen	Je kleiner das Gemeinwesen ist, desto grössere Schwankungen müssen bei dieser Kennzahl hingenommen werden.						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<p>Mittelfristig sollte der Selbstfinanzierungsgrad im Durchschnitt gegen 100% sein, wobei auch der Stand der aktuellen Verschuldung eine Rolle spielt. Je nach Konjunkturlage sollte der Selbstfinanzierungsgrad betragen:</p> <table border="0"> <tr> <td>Hochkonjunktur</td> <td>> 100%</td> </tr> <tr> <td>Normalfall</td> <td>80% – 100%</td> </tr> <tr> <td>Abschwung</td> <td>50% – 80%</td> </tr> </table>	Hochkonjunktur	> 100%	Normalfall	80% – 100%	Abschwung	50% – 80%
Hochkonjunktur	> 100%						
Normalfall	80% – 100%						
Abschwung	50% – 80%						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber						
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihrer Nettoinvestitionen eine öffentliche Körperschaft aus eigenen Mitteln finanzieren kann.						

Zinsbelastungsanteil							
Berechnung	$\frac{\text{Nettozinsaufwand} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$						
Bemerkungen	–						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table border="0"> <tr> <td>0% – 4%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>4% – 9%</td> <td>genügend</td> </tr> <tr> <td>> 9%</td> <td>schlecht</td> </tr> </table>	0% – 4%	gut	4% – 9%	genügend	> 9%	schlecht
0% – 4%	gut						
4% – 9%	genügend						
> 9%	schlecht						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik, Kapitalgeber						
Aussage	Die Kennzahl sagt aus, welcher Anteil des „verfügbaren Einkommens“ durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum.						

Kennzahlen 2. Priorität (alphabetische Reihenfolge)

Bruttoverschuldungsanteil											
Berechnung	$\frac{\text{Bruttoschulden} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$										
Bemerkungen	–										
Einheiten	Prozent										
Richtwerte	<table> <tr> <td>< 50%</td> <td>sehr gut</td> </tr> <tr> <td>50% – 100%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>100% – 150%</td> <td>mittel</td> </tr> <tr> <td>150% – 200%</td> <td>schlecht</td> </tr> <tr> <td>> 200%</td> <td>kritisch</td> </tr> </table>	< 50%	sehr gut	50% – 100%	gut	100% – 150%	mittel	150% – 200%	schlecht	> 200%	kritisch
< 50%	sehr gut										
50% – 100%	gut										
100% – 150%	mittel										
150% – 200%	schlecht										
> 200%	kritisch										
Adressat	Öffentlichkeit und Politik, Kapitalgeber										
Aussage	Grösse zur Beurteilung der Verschuldungssituation bzw. der Frage, ob die Verschuldung in einem angemessenen Verhältnis zu den erwirtschafteten Erträgen steht.										

Investitionsanteil									
Berechnung	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Gesamtausgaben}}$								
Bemerkungen	–								
Einheiten	Prozent								
Richtwerte	<table> <tr> <td>< 10%</td> <td>schwache Investitionstätigkeit,</td> </tr> <tr> <td>10% – 20%</td> <td>mittlere Investitionstätigkeit,</td> </tr> <tr> <td>20% – 30%</td> <td>starke Investitionstätigkeit,</td> </tr> <tr> <td>> 30%</td> <td>sehr starke Investitionstätigkeit</td> </tr> </table>	< 10%	schwache Investitionstätigkeit,	10% – 20%	mittlere Investitionstätigkeit,	20% – 30%	starke Investitionstätigkeit,	> 30%	sehr starke Investitionstätigkeit
< 10%	schwache Investitionstätigkeit,								
10% – 20%	mittlere Investitionstätigkeit,								
20% – 30%	starke Investitionstätigkeit,								
> 30%	sehr starke Investitionstätigkeit								
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber								
Aussage	Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen								

Kapitaldienstanteil							
Berechnung	$\frac{\text{Kapitaldienst} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$						
Bemerkungen	–						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table> <tr> <td>< 5%</td> <td>geringe Belastung,</td> </tr> <tr> <td>5% – 15%</td> <td>tragbare Belastung,</td> </tr> <tr> <td>> 15%</td> <td>hohe Belastung.</td> </tr> </table>	< 5%	geringe Belastung,	5% – 15%	tragbare Belastung,	> 15%	hohe Belastung.
< 5%	geringe Belastung,						
5% – 15%	tragbare Belastung,						
> 15%	hohe Belastung.						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik, Kapitalgeber; Finanzstatistik						
Aussage	Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (=Kapitaldienst) belastet ist. Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.						

Nettoschuld I oder II in Franken pro Einwohner											
Berechnung	I. $\frac{\text{Nettoschulden I}}{\text{Ständige Wohnbevölkerung}}$ Oder II. $\frac{\text{Nettoschulden II}}{\text{Ständige Wohnbevölkerung}}$										
Einheiten	Franken pro Einwohner										
Richtwerte*	<table border="0"> <tr> <td>< 0 CHF</td> <td>Nettovermögen</td> </tr> <tr> <td>0 – 1'000 CHF</td> <td>geringe Verschuldung</td> </tr> <tr> <td>1'001 – 2'500 CHF</td> <td>mittlere Verschuldung</td> </tr> <tr> <td>2'501 – 5'000 CHF</td> <td>hohe Verschuldung</td> </tr> <tr> <td>> 5'000 CHF</td> <td>sehr hohe Verschuldung</td> </tr> </table>	< 0 CHF	Nettovermögen	0 – 1'000 CHF	geringe Verschuldung	1'001 – 2'500 CHF	mittlere Verschuldung	2'501 – 5'000 CHF	hohe Verschuldung	> 5'000 CHF	sehr hohe Verschuldung
< 0 CHF	Nettovermögen										
0 – 1'000 CHF	geringe Verschuldung										
1'001 – 2'500 CHF	mittlere Verschuldung										
2'501 – 5'000 CHF	hohe Verschuldung										
> 5'000 CHF	sehr hohe Verschuldung										
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber; Finanzstatistik										
Aussagekraft	Diese Kennzahl hat nur beschränkte Aussagekraft, da es eher auf die Finanzkraft der Einwohner und nicht auf ihre Anzahl ankommt.										

* Diese Richtwerte gelten für die Nettoschulden I pro Einwohner. Sie gelten sowohl für Kantone wie auch Gemeinden, aber nur dann, wenn die Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden ungefähr im Verhältnis 50% / 50% aufgeteilt sind. Ist die Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden anders, verschieben sich die Richtwerte entsprechend.

Selbstfinanzierungsanteil							
Berechnung	$\frac{\text{Selbstfinanzierung} \times 100}{\text{Laufender Ertrag}}$						
Bemerkungen	–						
Einheiten	Prozent						
Richtwerte	<table border="0"> <tr> <td>> 20%</td> <td>gut</td> </tr> <tr> <td>10% – 20%</td> <td>mittel</td> </tr> <tr> <td>< 10%</td> <td>schlecht</td> </tr> </table>	> 20%	gut	10% – 20%	mittel	< 10%	schlecht
> 20%	gut						
10% – 20%	mittel						
< 10%	schlecht						
Adressat	Öffentlichkeit und Politik; Kapitalgeber						
Aussage	Diese Kennzahl gibt an, welchen Anteil ihres Ertrages die öffentliche Körperschaft zur Finanzierung ihrer Investitionen aufwenden kann.						

Tabellen zu 2013

Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13 Abs.	%
Ertrag	14 189 208 396.76	14 321 697 857.00	14 263 321 639.81	- 74 113 243.05	- 0.52
Aufwand	- 14 226 798 462.68	- 14 217 405 067.40	- 14 157 695 222.10	- 69 103 240.58	- 0.49
Saldo	- 37 590 065.92	104 292 789.60	105 626 417.71	- 143 216 483.63	> 100.00
Erfolgsrechnung					
3 Aufwand	- 14 226 798 462.68	- 14 217 405 067.40	- 14 157 695 222.10	- 69 103 240.58	- 0.49
30 Personalaufwand	- 4 727 960 223.20	- 4 827 007 192.00	- 4 782 409 413.51	54 449 190.31	1.14
300 Behörden, Kommissionen, Richter	- 56 604 088.44	- 57 817 700.00	- 56 985 129.06	381 040.62	0.67
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	- 2 539 384 852.68	- 2 854 117 000.00	- 2 515 745 111.96	- 23 639 740.72	- 0.94
302 Löhne Lehrkräfte	- 1 412 521 008.39	- 1 185 848 100.00	- 1 383 693 479.41	- 28 827 528.98	- 2.08
303 Temporäre Arbeitskräfte	- 17 129 884.47	- 9 143 500.00	- 16 567 858.57	- 562 025.90	- 3.39
304 Zulagen	- 21 299 330.68	- 20 841 960.00	- 29 972 271.75	8 672 941.07	28.94
305 Arbeitgeberbeiträge	- 616 691 429.52	- 622 650 682.00	- 681 203 735.24	64 512 305.72	9.47
306 Arbeitgeberleistungen	- 21 038 461.96	- 27 471 500.00	- 55 941 603.24	34 903 141.28	62.39
309 Übriger Personalaufwand	- 43 291 167.06	- 49 116 750.00	- 42 300 224.28	- 990 942.78	- 2.34
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 856 763 260.85	- 2 633 519 283.00	- 2 742 025 908.30	- 114 737 352.55	- 4.18
310 Material- und Warenaufwand	- 536 947 664.20	- 642 197 500.00	- 523 569 226.00	- 13 378 438.20	- 2.56
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	- 87 460 895.58	- 78 322 800.00	- 84 300 066.01	- 3 160 829.57	- 3.75
312 Ver- und Entsorgung	- 69 645 274.18	- 61 526 900.00	- 63 592 930.69	- 6 052 343.49	- 9.52
313 Dienstleistungen und Honorare	- 1 519 766 484.02	- 1 475 737 433.00	- 1 467 582 624.96	- 52 183 859.06	- 3.56
314 Baulicher Unterhalt (VV)	- 207 716 983.16	- 202 593 450.00	- 194 592 138.58	- 13 124 844.58	- 6.74
315 Unterhalt von Anlagen	- 109 450 475.89	- 107 300 000.00	- 104 543 080.30	- 4 907 395.59	- 4.69
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 171 680 884.63	- 159 829 000.00	- 162 584 070.51	- 9 096 814.12	- 5.60
317 Spesenentschädigung	- 40 793 614.04	- 30 436 900.00	- 35 322 154.56	- 5 471 459.48	- 15.49
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	- 95 001 757.60	- 94 265 500.00	- 88 218 360.92	- 6 783 396.68	- 7.69
319 Übriger Betriebsaufwand	- 18 299 227.55	218 690 200.00	- 17 721 255.77	- 577 971.78	- 3.26
33 Abschreibungen VV	- 483 320 443.62	- 483 042 055.00	- 482 420 591.74	- 899 851.88	- 0.19
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	- 457 455 227.90	- 457 275 688.00	- 454 103 659.02	- 3 351 568.88	- 0.74
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 25 865 215.72	- 25 766 367.00	- 28 316 932.72	2 451 717.00	8.66
34 Finanzaufwand	- 163 540 187.88	- 154 804 001.00	- 217 511 493.26	53 971 305.38	24.81
340 Zinsaufwand	- 134 592 451.51	- 144 558 701.00	- 138 000 285.62	3 407 834.11	2.47
341 Realisierte Kursverluste	- 16 217 326.16	- 342 300.00	- 4 697 351.28	- 11 519 974.88	> 100.00
342 Kapitalbeschaffungskosten	- 609 053.31	- 695 000.00	- 459 588.41	- 149 464.90	- 32.52
343 Liegenschaftsaufwand FV	- 8 651 091.93	- 6 905 000.00	- 3 870 710.10	- 4 780 381.83	> 100.00
344 Wertberichtigungen Finanzanlagen	- 2 335 980.49	-	- 67 743 153.92	65 407 173.43	96.55
349 Übriger Finanzaufwand	- 1 134 284.48	- 2 303 000.00	- 2 740 403.93	1 606 119.45	58.61
35 Einlagen in Fonds	- 90 893 377.21	- 38 319 817.00	- 65 756 731.36	- 25 136 645.85	- 38.23
350 Einlagen in Fonds des FK	- 55 525 049.08	- 6 133 817.00	- 38 305 534.00	- 17 219 515.08	- 44.95
351 Einlagen in Fonds des EK	- 35 368 328.13	- 32 186 000.00	- 27 451 197.36	- 7 917 130.77	- 28.84
36 Transferaufwand	- 5 246 448 092.97	- 5 435 767 719.40	- 5 213 950 725.00	- 32 497 367.97	- 0.62
360 Ertragsanteile an Dritte	- 1 560 899.20	- 2 085 000.00	- 2 462 507.00	901 607.80	36.61
361 Entschädigung an Gemeinwesen	- 94 988 157.82	- 89 395 000.00	- 91 357 724.22	- 3 630 433.60	- 3.97
362 Finanz- und Lastenausgleich	- 1 728 665 803.00	- 1 750 441 991.40	- 1 677 848 055.00	- 50 817 748.00	- 3.03
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	- 3 267 049 996.00	- 3 431 867 845.00	- 3 209 369 576.34	- 57 680 419.66	- 1.80
364 Wertberechtigung Darlehen VV	- 49 059.00	- 100 000.00	- 147 453.15	98 394.15	66.73
365 Wertberichtigung Beteiligungen VV	- 50 000.00	-	- 8 160.00	- 41 840.00	> 100.00
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	- 153 712 415.14	- 161 867 883.00	- 232 757 237.29	79 044 822.15	33.96
369 Verschiedener Transferaufwand	- 371 762.81	- 10 000.00	- 12.00	- 371 750.81	> 100.00
37 Durchlaufende Beiträge	- 657 872 876.95	- 644 945 000.00	- 653 620 358.93	- 4 252 518.02	- 0.65
370 Durchlaufende Beiträge	- 657 872 876.95	- 644 945 000.00	- 653 620 358.93	- 4 252 518.02	- 0.65

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
4 Ertrag	14 189 208 396.76	14 321 697 857.00	14 263 321 639.81	- 74 113 243.05	- 0.52
40 Fiskalertrag	6 247 376 945.33	6 462 250 000.00	6 280 612 883.15	- 33 235 937.82	- 0.53
400 Direkte Steuern natürliche Personen	4 611 178 820.25	4 740 000 000.00	4 640 219 511.44	- 29 040 691.19	- 0.63
401 Direkte Steuern juristische Personen	1 098 122 031.00	1 204 400 000.00	1 130 845 831.57	- 32 723 800.57	- 2.89
402 Übrige direkte Steuern	224 796 317.15	210 600 000.00	204 627 474.20	20 168 842.95	9.86
403 Besitz- und Aufwandssteuern	313 279 776.93	307 250 000.00	304 920 065.94	8 359 710.99	2.74
41 Regalien und Konzessionen	200 029 337.56	196 792 000.00	201 024 725.17	- 995 387.61	- 0.50
410 Regalien	2 831 073.25	2 609 000.00	2 789 491.35	41 581.90	1.49
411 Schweiz, Nationalbank, Gewinnanteil	116 503 408.00	117 100 000.00	117 097 093.00	- 593 685.00	- 0.51
412 Konzessionen und Patente	3 473 720.31	3 083 000.00	3 398 196.82	75 523.49	2.22
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	77 221 136.00	74 000 000.00	77 739 944.00	- 18 808.00	- 0.67
42 Entgelte	2 641 740 386.03	2 717 450 025.00	2 723 747 233.59	- 82 006 847.56	- 3.01
420 Ersatzabgaben	7 857 200.00	4 000 000.00	-	7 857 200.00	n.a.
421 Gebühren für Amtshandlungen	311 357 163.40	304 173 500.00	315 242 291.69	- 3 885 128.29	- 1.23
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	1 099 331 116.54	1 139 308 900.00	1 105 188 006.83	- 5 856 890.29	- 0.53
423 Schul- und Kursgelder	143 763 259.84	147 772 900.00	138 985 044.74	4 778 215.10	3.44
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	805 404 471.99	850 557 125.00	884 072 836.04	- 78 668 364.05	- 8.90
425 Erlös aus Verkäufen	131 658 414.91	114 783 800.00	125 778 645.25	5 879 769.66	4.67
426 Rückerstattungen	78 917 334.20	68 923 100.00	73 425 472.94	5 491 861.26	7.48
427 Bussen	62 155 071.99	64 349 900.00	62 120 282.24	34 789.75	0.06
429 Übrige Entgelte	1 296 353.16	23 580 800.00	18 934 653.86	- 17 638 300.70	- 93.15
43 Verschiedene Erträge	330 268 013.31	271 445 298.00	310 296 770.34	19 971 242.97	6.44
430 Verschiedene betriebliche Erträge	254 693 637.39	174 421 800.00	235 444 643.06	19 248 994.33	8.18
431 Aktivierung Eigenleistung	12 608 366.84	10 298 100.00	9 581 571.45	3 026 795.39	31.59
432 Bestandesveränderung	- 1 856 380.56	-	1 167 943.76	- 3 024 324.32	> 100.00
439 Übrige Erträge	64 822 389.64	86 725 398.00	64 102 612.07	719 777.57	1.12
44 Finanzertrag FV + VV	444 136 563.61	426 528 600.00	550 921 068.34	- 106 784 504.73	- 19.38
440 Zinsertrag FV	47 168 648.13	55 400 400.00	54 837 324.89	- 7 668 676.76	- 13.98
441 Realisierte Gewinne FV	4 907 165.95	413 300.00	8 024 792.44	- 3 117 626.49	- 38.85
442 Beteiligungsertrag FV	519 275.89	25 000.00	468 766.49	50 509.40	10.77
443 Liegenschaftenertrag FV	24 203 587.39	22 637 500.00	23 332 160.67	871 426.72	3.73
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	7 875 685.25	3 000 000.00	101 119 425.30	- 93 243 740.05	- 92.21
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	37 639 009.03	40 486 000.00	41 990 190.52	- 4 351 181.49	- 10.36
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	274 894 617.50	275 529 000.00	281 330 407.20	- 6 435 789.70	- 2.29
447 Liegenschaftenertrag VV	31 858 369.47	24 836 000.00	31 066 513.00	791 856.47	2.55
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	3 669 718.05	2 764 400.00	3 527 004.34	142 713.71	4.05
449 Übriger Finanzertrag	11 400 486.95	1 437 000.00	5 224 483.49	6 176 003.46	> 100.00
45 Entnahmen aus Fonds	20 112 620.86	82 563 496.00	110 439 397.84	- 90 326 776.98	- 81.79
450 Entnahme aus Fonds des FK	20 112 620.86	82 563 496.00	110 439 397.84	- 90 326 776.98	- 81.79
46 Transferertrag	3 647 671 653.11	3 519 723 438.00	3 432 659 202.45	215 012 450.66	6.26
460 Anteile an Erträgen Dritter	780 469 798.01	843 004 000.00	805 280 403.36	- 24 810 605.35	- 3.08
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	363 014 911.18	355 545 600.00	374 580 930.66	- 11 566 019.48	- 3.09
462 Finanz- und Lastenausgleich	800 656 044.00	811 296 838.00	747 993 600.00	52 662 444.00	7.04
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 656 489 988.61	1 454 337 500.00	1 443 276 762.73	213 213 225.88	14.77
466 Auflösung passivierte Invest. Beiträge	46 151 388.96	52 874 500.00	59 225 368.75	- 13 073 979.79	- 22.07
469 Verschiedener Transferertrag	889 522.35	2 665 000.00	2 302 136.95	- 1 412 614.60	- 61.36
47 Durchlaufende Beiträge	657 872 876.95	644 945 000.00	653 620 358.93	4 252 518.02	0.65
470 Durchlaufende Beiträge	657 872 876.95	644 945 000.00	653 620 358.93	4 252 518.02	0.65

Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	Rechnung 2013	Budget 2013	Rechnung 2012	Differenz R 12/13 Abs.	%
Investitionseinnahmen	294 066 834.65	208 288 500.00	340 407 013.35	- 46 340 178.70	- 13.61
Investitionsausgaben	- 896 797 565.05	- 984 577 300.00	- 859 015 890.14	- 37 781 674.91	- 4.40
Saldo	- 602 730 730.40	- 776 288 800.00	- 518 608 876.79	- 84 121 853.61	- 16.22
Investitionsrechnung					
5 Investitionsausgaben	- 896 797 565.05	- 984 577 300.00	- 859 015 890.14	- 37 781 674.91	- 4.40
50 Sachanlagen	- 619 146 244.38	- 518 703 000.00	- 552 905 635.96	- 66 240 608.42	- 11.98
500 Grundstücke	- 101 898 591.20	- 4 300 000.00	- 2 713 476.10	- 99 185 115.10	> 100.00
501 Strassen	- 87 238 987.16	- 105 750 000.00	- 97 709 819.23	10 470 832.07	10.72
502 Wasserbau	- 9 202 134.99	- 24 837 000.00	- 4 657 086.98	- 4 545 048.01	- 97.59
503 Übriger Tiefbau	- 308 258.20	- 300 000.00	- 414 571.14	106 312.94	25.64
504 Hochbauten	- 245 423 384.60	- 412 945 000.00	- 283 831 361.23	38 407 976.63	13.53
505 Waldungen	- 168 074.20	- 233 000.00	-	- 168 074.20	n.a.
506 Mobilien	- 174 821 456.03	- 218 238 000.00	- 163 579 321.28	- 11 242 134.75	- 6.87
509 Übrige Sachanlagen	- 85 358.00	247 900 000.00	-	- 85 358.00	n.a.
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	- 172 788.70	- 400 000.00	- 720 804.20	548 015.50	76.03
512 Wasserbau auf Rechnung Dritter	-	-	- 297 441.00	297 441.00	100.00
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	- 43 642.70	- 200 000.00	- 50 031.60	6 388.90	12.77
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	- 129 146.00	- 200 000.00	- 373 331.60	244 185.60	65.41
52 Immaterielle Anlagen	- 26 002 601.39	- 50 440 600.00	- 22 315 430.58	- 3 687 170.81	- 16.52
520 Software	- 26 002 601.39	- 49 940 600.00	- 22 304 544.18	- 3 698 057.21	- 16.58
521 Lizenzen, Patente, Nutzungs-, Markenrechte	-	- 500 000.00	- 10 886.40	10 886.40	100.00
54 Darlehen	- 12 106 468.80	- 104 775 000.00	- 14 123 734.45	2 017 265.65	14.28
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	-	- 100 000.00	-	-	n.a.
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	- 8 791 016.70	- 50 300 000.00	- 6 977 935.45	- 1 813 081.25	- 25.98
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	- 2 157 060.00	- 28 075 000.00	- 5 938 600.00	3 781 540.00	63.68
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	- 500 000.00	- 25 300 000.00	- 500 000.00	-	-
547 Darlehen an priv. Haushalte	- 658 392.10	- 1 000 000.00	- 707 199.00	48 806.90	6.90
55 Beteiligungen	-	-	- 2 000.00	2 000.00	100.00
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	-	-	- 2 000.00	2 000.00	100.00
56 Eigene Investitionsbeiträge	- 208 015 250.93	- 273 530 700.00	- 226 384 283.10	18 369 032.17	8.11
560 Eigene Invest. Beiträge an den Bund	- 739 000.00	- 862 000.00	- 4 082 795.45	3 343 795.45	81.90
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	- 52 456 589.77	- 92 788 700.00	- 60 641 774.82	8 185 185.05	13.50
563 Invest.-Beiträge öff. Sozialversicherung	-	-	- 4 025.14	4 025.14	100.00
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	- 116 151 454.55	- 133 625 000.00	- 120 841 532.71	4 690 078.16	3.88
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	- 5 827 368.80	- 7 300 000.00	- 5 968 507.31	141 138.51	2.36
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	- 29 896 159.51	- 35 655 000.00	- 31 353 218.72	1 457 059.21	4.65
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	- 2 944 678.30	- 3 300 000.00	- 3 492 428.95	547 750.65	15.68
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 31 354 210.85	- 36 728 000.00	- 42 564 001.85	11 209 791.00	26.34
571 Durchl. I. B. Kantone u. Konkordate	- 168 000.00	-	-	- 168 000.00	n.a.
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	- 3 978 946.65	- 5 928 000.00	- 3 627 857.08	- 351 089.57	- 9.68
573 Durchl. I. B. öff. Sozialversicherung	-	-	- 3 924.86	3 924.86	100.00
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	- 2 267 578.00	- 2 500 000.00	- 6 265 220.79	3 997 642.79	63.81
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	- 1 380 079.20	- 6 500 000.00	- 1 870 222.24	490 143.04	26.21
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	- 1 452 519.00	- 1 800 000.00	- 1 533 909.18	81 390.18	5.31
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	- 22 107 088.00	- 20 000 000.00	- 29 262 867.70	7 155 779.70	24.45

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Differenz R 12/13	
	2013	2013	2012	Abs.	%
6 Investitionseinnahmen	294 066 834.65	208 288 500.00	340 407 013.35	- 46 340 178.70	- 13.61
60 Übertragung von Sachanlagen	11 221 709.09	100 000.00	69 933 899.38	- 58 712 190.29	- 83.95
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	7 920 843.00	–	60 923 240.01	- 53 002 397.01	- 87.00
601 Übertragung VV in FV Strassen	1 649 711.60	–	267 670.00	1 382 041.60	> 100.00
603 Übertragung VV in FV Tiefbau	–	–	356 215.80	- 356 215.80	- 100.00
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	1 603 467.49	–	8 181 747.99	- 6 578 280.50	- 80.40
606 Übertragung VV in FV Mobilien	47 687.00	100 000.00	205 025.58	- 157 338.58	- 76.74
61 Rückerstattungen	129 146.00	6 900 000.00	18 926 439.63	- 18 797 293.63	- 99.32
610 Rückerstattungen Grundstücke	–	–	2 250.00	- 2 250.00	- 100.00
611 Rückerstattungen Strassen	–	6 500 000.00	18 046 422.18	- 18 046 422.18	- 100.00
612 Rückerstattungen Wasserbau	–	–	297 441.00	- 297 441.00	- 100.00
614 Rückerstattungen Hochbau	–	200 000.00	206 994.85	- 206 994.85	- 100.00
616 Rückerstattungen Mobilien	129 146.00	200 000.00	373 331.60	- 244 185.60	- 65.41
62 Abgang immaterielle Anlagen	180 658.85	551 200.00	476 840.00	- 296 181.15	- 62.11
620 Abgang Software	180 658.85	551 200.00	476 840.00	- 296 181.15	- 62.11
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	39 170 721.98	55 011 300.00	56 403 837.33	- 17 233 115.35	- 30.55
630 I.B. vom Bund	27 855 370.57	46 968 300.00	39 594 539.76	- 11 739 169.19	- 29.65
631 I.B. von Kantonen und Konkordaten	72 000.00	–	–	72 000.00	n.a.
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	5 339 328.28	943 000.00	3 737 536.08	1 601 792.20	42.86
634 I.B. von öff. Unternehmungen	348 864.36	1 500 000.00	516 522.54	- 167 658.18	- 32.46
635 I.B. von priv. Unternehmungen	318 770.17	400 000.00	6 471 073.85	- 6 152 303.68	- 95.07
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck	5 097 583.70	4 000 000.00	5 852 783.20	- 755 199.50	- 12.90
637 I.B. von priv. Haushalten	138 804.90	1 200 000.00	231 381.90	- 92 577.00	- 40.01
64 Rückzahlung von Darlehen	211 159 954.54	108 798 000.00	138 641 249.40	72 518 705.14	52.31
640 Rückz. Darl. Bund	413 740.00	–	8 136 260.00	- 7 722 520.00	- 94.91
642 Rückz. Darl. Gemeinden	40 246 471.00	1 900 000.00	1 853 282.00	38 393 189.00	> 100.00
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	139 749 796.00	78 242 000.00	90 604 708.00	49 145 088.00	54.24
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	15 646 355.00	27 650 000.00	12 055 914.00	3 590 441.00	29.78
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	14 258 021.80	–	24 978 598.05	- 10 720 576.25	- 42.92
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	845 570.74	1 006 000.00	1 012 487.35	- 166 916.61	- 16.49
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	–	–	374 700.00	- 374 700.00	- 100.00
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	–	–	374 700.00	- 374 700.00	- 100.00
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	850 433.34	200 000.00	13 086 045.76	- 12 235 612.42	- 93.50
662 Rückzlg. I.B. Gemeinde	–	–	16 656.35	- 16 656.35	- 100.00
664 Rückzlg. I.B. öff. Unternehmungen	41 975.34	–	11 210 336.41	- 11 168 361.07	- 99.63
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	802 215.00	150 000.00	27 991.00	774 224.00	> 100.00
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	6 243.00	50 000.00	1 831 062.00	- 1 824 819.00	- 99.66
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	31 354 210.85	36 728 000.00	42 564 001.85	- 11 209 791.00	- 26.34
670 Durchl. I.B. Bund	30 912 274.85	33 324 000.00	41 748 338.35	- 10 836 063.50	- 25.96
672 Durchl. I.B. Gemeinde	441 936.00	3 404 000.00	815 663.50	- 373 727.50	- 45.82

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Franken	per 31.12.2013	per 31.12.2012	Differenz R 12/13 Abs.	%
Aktiven	20 828 716 384.09	21 925 666 026.18	- 1 096 949 642.09	- 5.00
Passiven	- 20 828 716 384.09	- 21 925 666 026.18	1 096 949 642.09	5.00
Bilanz				
1 Aktiven	20 828 716 384.09	21 925 666 026.18	- 1 096 949 642.09	- 5.00
10 Finanzvermögen	6 590 996 664.20	7 703 314 170.60	- 1 112 317 506.40	- 14.44
100 Flüssige Mittel und Geldanlagen FV	1 425 640 780.40	2 337 111 517.79	- 911 470 737.39	- 39.00
1000 Kasse	3 484 200.41	3 518 722.70	- 34 522.29	- 0.98
1001 Post	43 116 362.42	84 245 169.68	- 41 128 807.26	- 48.82
1002 Bank	1 378 749 919.50	1 999 106 324.50	- 620 356 405.00	- 31.03
1003 Geldmarktanlagen bis 90 Tage	-	250 000 000.00	- 250 000 000.00	- 100.00
1004 Debit- und Kreditkarten-Erlöse	191 650.77	130 183.81	61 466.96	47.22
1009 übrige flüssige Mittel	98 647.30	111 117.10	- 12 469.80	- 11.22
101 Forderungen FV	3 043 351 192.64	3 158 380 016.78	- 109 028 824.14	- 3.45
1010 Ford. aus Lief. und Leist. Dritter	581 182 740.87	573 927 931.95	7 254 808.92	1.26
1011 Kontokorrente mit Dritten	116 427 642.98	119 075 788.15	- 2 648 145.17	- 2.22
1012 Fiskalforderungen	2 304 765 995.78	2 429 552 032.08	- 124 786 036.30	- 5.14
1013 Anzahlungen an Dritte	455 178.19	1 664 795.70	- 1 209 617.51	- 72.66
1014 Transferforderungen	8 329 848.38	13 467 651.34	- 5 137 802.96	- 38.15
1015 Interne Kontokorrente	- 223 180.03	2 126 347.17	- 2 349 527.20	> 100.00
1016 Vorschüsse für vorl. Verwaltungsausgaben	217 914.86	465 561.61	- 247 646.75	- 53.19
1019 Übrige Forderungen	38 195 051.61	18 099 908.78	20 095 142.83	> 100.00
102 Kurzfristige Finanzanlagen FV	180 191 960.60	228 381 044.03	- 48 189 083.43	- 21.10
1020 Kurzfristige Darlehen	130 753 083.10	130 866 718.70	- 113 635.60	- 0.09
1022 Verzinsliche Anlagen	19 527 778.50	22 762 506.33	- 3 234 727.83	- 14.21
1023 Festgelder	29 400 000.00	74 200 000.00	- 44 800 000.00	- 60.38
1029 Übrige kurzfristigen Finanzanlagen	511 099.00	551 819.00	- 40 720.00	- 7.38
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	571 282 706.99	654 889 799.53	- 83 607 092.54	- 12.77
1040 Aktive Abgr. Personalaufwand	319 015.06	383 159.75	- 64 144.69	- 16.74
1041 Aktive Abgr. Sach-, DL-, ü. Btraufw.	19 779 643.80	17 567 734.97	2 211 908.83	12.59
1043 Aktive Abgr. Transfers der ER	223 846 753.70	226 085 309.01	- 2 238 555.31	- 0.99
1044 Aktive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	46 230 585.15	20 555 512.76	25 675 072.39	> 100.00
1045 Aktive Abgr. ü. betriebl. Aufwand/Ertrag	239 947 038.78	343 995 010.61	- 104 047 971.83	- 30.25
1046 Aktive Abgr. Investitionsrechnung	2 791 619.49	9 118 285.47	- 6 326 665.98	- 69.38
1049 Aktive Abgr. Erfolgsrechnung	38 368 051.01	37 184 786.96	1 183 264.05	3.18
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	61 243 693.67	65 493 047.59	- 4 249 353.92	- 6.49
1060 Handelswaren	37 139 056.17	35 956 991.40	1 182 064.77	3.29
1061 Roh- und Hilfsmaterial	19 776 124.50	22 328 500.81	- 2 552 376.31	- 11.43
1062 Halb- und Fertigfabrikate	3 034 734.92	3 929 004.86	- 894 269.94	- 22.76
1063 Angefangene Arbeiten	1 150 645.03	2 998 367.47	- 1 847 722.44	- 61.62
1068 Geleistete Anzahlungen	143 133.05	280 183.05	- 137 050.00	- 48.91
107 Finanzanlagen FV	284 028 639.70	227 186 792.08	56 841 847.62	25.02
1070 Beteiligungen FV	10 808 826.76	9 931 394.60	877 432.16	8.83
1071 Verzinsliche Anlagen	257 815 880.95	105 785 259.45	152 030 621.50	> 100.00
1072 Langfristige Forderungen	13 706 451.13	16 419 309.13	- 2 712 858.00	- 16.52
1079 Übrige langfristige Finanzanlagen	1 697 480.86	95 050 828.90	- 93 353 348.04	- 98.21
108 Sachanlagen FV	1 019 257 690.20	1 031 871 952.80	- 12 614 262.60	- 1.22
1080 Grundstücke FV	456 275 618.93	444 858 103.40	11 417 515.53	2.57
1084 Gebäude FV	562 937 436.27	586 960 658.40	- 24 023 222.13	- 4.09
1086 Mobilien FV	44 635.00	53 191.00	- 8 556.00	- 16.09
14 Verwaltungsvermögen	14 237 719 719.89	14 222 351 855.58	15 367 864.31	0.11
140 Sachanlagen VV	7 716 008 295.66	7 563 305 609.58	152 702 686.08	2.02
1400 Grundstücke VV	1 310 440 917.09	1 216 003 704.10	94 437 212.99	7.77
1401 Strassen	980 580 845.09	946 544 642.20	34 036 202.89	3.60
1402 Wasserbau	238 953 742.12	233 618 198.44	5 335 543.68	2.28
1403 Übrige Tiefbauten	1 896 217.13	2 031 738.63	- 135 521.50	- 6.67
1404 Hochbauten	4 126 914 167.05	4 217 369 093.35	- 90 454 926.30	- 2.14
1405 Waldungen	14 710 833.85	13 720 033.65	990 800.20	7.22
1406 Mobilien	528 459 927.91	515 348 630.69	13 111 297.22	2.54
1407 Anlagen im Bau	513 966 286.42	418 669 567.52	95 296 718.90	22.76
1409 Übrige Sachanlagen	85 359.00	1.00	85 358.00	> 100.00
142 Immaterielle Anlagen VV	76 489 440.70	76 635 632.75	- 146 192.05	- 0.19
1420 Software	61 524 775.58	59 314 825.72	2 209 949.86	3.73
1427 Immaterielle Anlagen in Realisierung	14 964 665.12	17 320 807.03	- 2 356 141.91	- 13.60
143 Kurzfristige Darlehen VV	73 292 384.35	67 132 385.79	6 159 998.56	9.18
1430 Kurzfristige Darlehen VV	73 292 384.35	67 132 385.79	6 159 998.56	9.18
144 Darlehen VV	1 219 157 174.35	1 409 666 549.65	- 190 509 375.30	- 13.51
1440 Darlehen an Bund	7 906 949.00	-	7 906 949.00	n.a.
1442 Darlehen an Gemeinde	55 280 612.95	65 476 972.00	- 10 196 359.05	- 15.57
1444 Darlehen an öffentliche Unternehmen	541 153 515.70	732 325 413.00	- 191 171 897.30	- 26.10
1445 Darlehen an private Unternehmen	404 342 705.15	420 382 770.15	- 16 040 065.00	- 3.82
1446 Darlehen an priv. Organisationen	209 656 883.00	190 501 437.15	19 155 445.85	10.06
1447 Darlehen an private Haushalte	816 508.55	979 957.35	- 163 448.80	- 16.68
145 Beteiligungen	2 522 619 740.71	2 522 663 973.71	- 44 233.00	- 0.00
1454 Beteiligung an öff. Unternehmen	1 926 775 000.00	1 926 775 000.00	-	-
1455 Beteiligung an priv. Unternehmen	595 714 534.30	595 713 767.30	767.00	0.00
1456 Beteiligung an priv. Org. ohne Erwerb	100 000.00	100 000.00	-	-
1458 Beteiligung im Ausland	30 206.41	75 206.41	- 45 000.00	- 59.84

Beilagen zum Finanzbericht

Franken	per		Differenz R 12/13	
	31.12.2013	31.12.2012	Abs.	%
146 Investitionsbeiträge	2 630 152 684.12	2 582 947 704.10	47 204 980.02	1.83
1461 I.B. an Kantone	787 598.00	843 523.00	- 55 925.00	- 6.63
1462 I.B. an Gemeinden	949 257 272.07	957 887 030.35	- 8 629 758.28	- 0.90
1464 I.B. an öff. Unternehmen	406 073 651.30	413 864 316.98	- 7 790 665.68	- 1.88
1465 I.B. an priv. Unternehmen	32 376 935.00	29 947 544.00	2 429 391.00	8.11
1466 I.B. an priv. Organisationen	135 169 343.19	110 996 550.49	24 172 792.70	21.78
1469 I.B. Altbestand und AiB	1 106 487 884.56	1 069 408 739.28	37 079 145.28	3.47
2 Passiven	- 20 828 716 384.09	- 21 925 666 026.18	1 096 949 642.09	5.00
20 Fremdkapital	- 12 374 766 418.64	- 13 483 912 388.19	1 109 145 969.55	8.23
200 Laufende Verbindlichkeiten	- 1 683 595 446.04	- 1 722 016 762.79	38 421 316.75	2.23
2000 Verb. aus Lief. und Leist. von Dritten	- 467 248 098.66	- 532 285 586.40	65 037 487.74	12.22
2001 Kontokorrente mit Dritten	- 207 121 994.91	- 246 888 440.36	39 766 445.45	16.11
2003 Erhaltene Anzahlungen von Dritten	- 385 779 472.23	- 284 744 785.70	- 101 034 686.53	- 35.48
2004 Transfer-Verbindlichkeiten	- 43 509 088.90	- 39 395 347.29	- 4 113 741.61	- 10.44
2005 Interne Kontokorrente	- 110 938 289.55	- 142 790 561.27	31 852 271.72	22.31
2006 Depotgelder und Kautionen	- 251 823 321.91	- 266 848 656.55	15 025 334.64	5.63
2009 Übrige laufende Verpflichtungen	- 217 175 179.88	- 209 063 385.22	- 8 111 794.66	- 3.88
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 1 439 749 494.74	- 710 859 080.63	- 728 890 414.11	> 100.00
2010 Kurzfr. Verb. geg. Finanzintermediären	- 435 000 000.00	-	- 435 000 000.00	n.a.
2014 Kurzfr. Anteil langfr. Verbindlichkeiten	- 999 558 873.00	- 699 949 801.00	- 299 609 072.00	- 42.80
2015 Kurzfr. Anteil langfr. Leasingverb.	- 5 024 503.30	- 5 571 038.67	546 535.37	9.81
2016 Derivative Finanzinstrumente	159 484.36	-	159 484.36	n.a.
2019 Übrige kurzfr. Finanzverb. geg. Dritten	- 325 602.80	- 5 338 240.96	5 012 638.16	93.90
204 Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 589 217 121.00	- 1 999 378 708.97	410 161 587.97	20.51
2040 Passive Abgr. Personalaufwand	- 15 958 363.47	- 16 067 349.95	108 986.48	0.68
2041 Passive Abgr. Sach-, DL-, ü. Btraufw.	- 40 907 649.08	- 30 174 667.96	- 10 732 981.12	- 35.57
2042 Passive Abgr. Fiskalertrag	- 73 392.15	- 294 996 494.50	294 923 102.35	99.98
2043 Passive Abgr. Transfers der ER	- 866 617 228.70	- 776 783 833.05	- 89 833 395.65	- 11.56
2044 Passive Abgr. Finanzaufwand/Finanzertrag	- 58 710 060.19	- 69 768 932.47	11 058 872.28	15.85
2045 Passive Abgr. ü. betrieblicher Ertrag	- 263 320 030.42	- 258 555 701.24	- 4 764 329.18	- 1.84
2046 Passive Abgr. Investitionsrechnung	- 82 105 415.33	- 63 588 339.21	- 18 517 076.12	- 29.12
2049 Passive Abgr. Erfolgsrechnung	- 261 524 981.66	- 489 443 390.59	227 918 408.93	46.57
205 Kurzfristige Rückstellungen	- 432 291 284.27	- 2 461 867 401.10	2 029 576 116.83	82.44
2050 Kurzfr. Rückst. aus Mehrl. des Personals	- 154 946 168.80	- 152 284 987.23	- 2 661 181.57	- 1.75
2051 Kurzfr. Rückst. f.a. Ansp. des Personals	- 16 289 826.50	- 28 555 410.12	12 265 583.62	42.95
2052 Kurzfr. Rückst. für Prozesse	- 459 000.00	- 1 874 000.00	1 415 000.00	75.51
2053 Rückst. für nicht versicherte Schäden	- 744 000.00	- 660 000.00	- 84 000.00	- 12.73
2055 Rückst. ü. betriebliche Tätigkeiten	- 444 397.55	- 16 329 000.00	15 884 602.45	97.28
2056 Kurzfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 125 539 544.55	- 2 156 381 204.85	2 030 841 660.30	94.18
2057 Kurzfr. Rückst. für Finanzaufwand	- 376 000.00	-	- 376 000.00	n.a.
2059 Übrige kurzfr. Rückstellungen	- 133 492 346.87	- 105 782 798.90	- 27 709 547.97	- 26.19
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 5 070 657 664.65	- 4 532 292 988.72	- 538 364 675.93	11.88
2060 Hypotheken	- 100 000.00	-	- 100 000.00	n.a.
2062 Kassaheine	- 453 917 431.00	- 399 700 442.00	- 54 216 989.00	- 13.56
2063 Staatsanleihen	- 3 431 163 007.00	- 2 978 486 024.00	- 452 676 983.00	- 15.20
2064 Darlehen	- 443 120 329.75	- 371 918 313.05	- 71 202 016.70	- 19.14
2067 Leasingverträge	- 59 621 019.97	- 61 842 551.89	2 221 531.92	3.59
2068 Passivierte Investitionsbeiträge	- 672 288 283.29	- 705 475 550.77	33 187 267.48	4.70
2069 Übrige langfr. Finanzverbindlichkeiten	- 10 447 593.64	- 14 870 107.01	4 422 513.37	29.74
208 Langfristige Rückstellungen	- 1 311 395 209.22	- 1 507 069 407.34	195 674 198.12	12.98
2081 Rückst. langfr. Ansprüche des Personals	- 90 424 936.12	- 91 114 397.89	689 461.77	0.76
2082 Langfr. Rückstellungen für Prozesse	- 1 337 848.65	- 30 978 000.00	29 640 151.35	95.68
2083 Langfr. Rückst. n. versicherte Schäden	- 11 890 544.00	- 10 223 000.00	- 1 667 544.00	- 16.31
2084 Langfr. Rückst. Bürgschaften, Garantiel.	- 297 802 034.15	- 306 941 379.15	9 139 345.00	2.98
2085 Langfr. Rückst. ü. btr. Tätigkeiten	- 47 808 272.00	- 25 596 147.00	- 22 212 125.00	- 86.78
2086 Langfr. Rückst. Vorsorgeverpflichtungen	- 633 270 347.00	- 740 396 933.05	107 126 586.05	14.47
2089 ü. langfr. Rückst. der Erfolgsrechnung	- 228 861 227.30	- 301 819 550.25	72 958 322.95	24.17
209 Fonds im Fremdkapital	- 847 860 198.72	- 550 428 038.64	- 297 432 160.08	- 54.04
2091 Verbindlichkeiten gegenüber Fonds im FK	- 503 587 131.60	- 550 228 038.64	46 640 907.04	8.48
2092 Verbindl. gegenüber Legaten u. Stift. FK	- 74 412 697.06	-	- 74 412 697.06	n.a.
2093 Verbindl. gegenüber Drittmitteln im FK	- 269 860 370.06	- 200 000.00	- 269 660 370.06	> 100.00
29 Eigenkapital	- 8 453 949 965.45	- 8 441 753 637.99	- 12 196 327.46	- 0.14
291 Fonds im Eigenkapital	- 2 155 405 497.35	- 2 078 284 501.36	- 77 120 995.99	- 3.71
2910 Fonds im Eigenkapital	- 2 117 750 548.96	- 2 039 273 184.46	- 78 477 364.50	- 3.85
2911 Legate und Stiftungen ohne R.P. EK	- 37 654 948.39	- 39 011 316.90	1 356 368.51	3.48
292 Rücklagen	- 39 219 572.67	- 35 979 233.46	- 3 240 339.21	- 9.01
2920 Rücklagen des Globalbudgetbereiche	- 39 219 572.67	- 35 979 233.46	- 3 240 339.21	- 9.01
296 Neubewertungsreserven	- 542 677.36	-	- 542 677.36	n.a.
2961 Marktwertreserve auf Finanzinstrumente	- 542 677.36	-	- 542 677.36	n.a.
298 Übriges Eigenkapital	- 215 658 152.48	- 175 231 214.05	- 40 426 938.43	- 23.07
2980 Einbehaltene Gewinne gem.§ 50 Abs.3 FCV	- 215 658 152.48	- 173 955 122.44	- 41 703 030.04	- 23.97
2989 Übriges Eigenkapital	-	- 1 276 091.61	1 276 091.61	100.00
299 Bilanzüberschuss-/fehlbetrag	- 6 043 124 065.59	- 6 152 258 689.12	109 134 623.53	1.77
2990 Jahresergebnis	133 457 608.20	- 19 642 081.86	153 099 690.06	> 100.00
2999 Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	- 6 176 581 673.79	- 6 132 616 607.26	- 43 965 066.53	- 0.72

**Funktionale Gliederung
Erfolgsrechnung 2013 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)**

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand Total	Personal- aufwand	Sach- aufwand	Laufende Beiträge		Verrech- nungen und übriger Aufwand	Netto- belastung (-) Netto- ertrag (+)
				öffentliche Haushalte	Private		
Allgemeine Verwaltung	529 556	219 739	159 567	1 490	46 030	102 729	- 308 472
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1 446 358	920 063	331 368	5 241	1 200	188 486	- 513 749
Rechtsprechung	416 637	233 026	130 957	–	–	52 655	- 270 274
Strafvollzug	220 848	102 864	62 831	1 875	1 140	52 138	- 175 978
Allgemeines Rechtswesen	130 846	94 421	22 496	1 863	26	12 039	12 400
Polizei	564 374	434 057	82 207	150	–	47 960	- 395 415
Strassenverkehrsamt	65 334	40 408	16 937	–	–	7 988	329 154
Militärische Verteidigung	26 360	8 668	11 582	20	31	6 058	- 6 833
Zivile Verteidigung	20 182	5 668	3 883	1 332	4	9 296	- 7 389
Übrige Sicherheit	1 777	951	475	–	–	351	585
Bildung	4 241 873	2 200 128	592 980	550 228	277 626	620 910	- 2 266 730
Obligatorische Schule	443 665	271 938	21 641	43 152	74 915	32 019	- 391 446
Berufliche Grundbildung	768 300	254 741	75 490	202 938	164 502	70 629	- 410 458
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	414 010	310 250	39 908	1 320	5 198	57 334	- 361 034
Übriges Bildungswesen	118 312	68 621	17 575	21	9 522	22 573	- 53 107
Universität	1 586 922	784 451	290 603	140 367	9 991	361 510	- 627 702
Fachhochschulen	910 664	510 128	147 763	162 430	13 498	76 845	- 422 982
Kultur und Freizeit	243 494	32 587	23 098	6 302	168 784	12 722	- 199 140
Gesundheit	3 085 254	1 158 619	594 806	535 594	374 418	421 816	- 1 385 391
Soziale Wohlfahrt	2 024 763	176 009	54 051	648 742	1 082 204	63 756	- 1 089 283
Krankheit und Unfall	701 490	–	–	5 804	693 186	2 499	- 316 294
AHV / IV	732 632	37 854	4 635	378 758	302 847	8 538	- 507 595
Übrige	590 640	138 155	49 416	264 179	86 171	52 718	- 265 393
Verkehr	1 462 514	65 738	1 032 448	176 643	6 178	181 506	- 547 899
Kantonsstrassen	316 247	37 878	113 528	67 006	–	97 835	- 271 769
Nationalstrassen	50 062	13 827	32 210	–	–	4 025	- 817
Übrige Strassen	138	–	–	–	138	–	- 138
Öffentlicher Verkehr	1 065 965	5 828	878 139	109 394	6 000	66 603	- 255 724
Übrige Verkehr	30 102	8 205	8 571	242	41	13 044	- 19 452
Umweltschutz und Raumordnung	163 005	46 740	31 506	33 788	14 166	36 805	- 115 588
Volkswirtschaft	264 289	35 359	15 030	24 571	176 532	12 797	- 70 135
Land- und Forstwirtschaft	236 097	24 632	10 338	15 775	175 358	9 994	- 52 077
übrige	28 192	10 727	4 692	8 795	1 175	2 803	- 18 058
Finanzen und Steuern	4 248 087	- 127 023	23 946	3 329 127	261	1 021 776	6 458 795
Steuern und Einnahmenanteile	97 583	–	12 293	85 290	–	–	6 741 593
Finanzausgleich	1 736 603	–	–	1 735 629	–	975	- 934 612
Vermögens- und Schuldenverwaltung	186 616	–	4 145	–	–	182 471	198 729
Nicht aufgeteilte Posten	2 227 284	- 127 023	7 508	1 508 209	261	838 331	453 084
Total	17 709 191	4 727 960	2 858 801	5 311 725	2 147 401	2 663 304	- 37 590

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab. Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.

Funktionale Gliederung

Investitionsrechnung 2013 nach Kontenklassen (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben	Sachgüter	Darlehen, Beteiligungen	Investitionsbeiträge		Nettoinvestitionen(-)
				öffentliche Haushalte	Private	
Allgemeine Verwaltung	151 134	151 134	–	–	–	- 150 178
Öffentliche Ordnung und Sicherheit,						
Verteidigung	64 326	62 322	975	989	40	- 58 549
Rechtsprechung	6 063	6 063	–	–	–	- 6 063
Strafvollzug	14 083	14 083	–	–	–	- 14 074
Allgemeines Rechtswesen	2 504	2 504	–	–	–	- 2 492
Polizei	26 409	25 434	975	–	–	- 26 387
Strassenverkehrsamt	2 085	2 085	–	–	–	- 2 085
Militärische Verteidigung	5 224	5 224	–	–	–	- 4 519
Zivile Verteidigung	7 958	6 929	–	989	40	- 2 929
Übrige Sicherheit	–	–	–	–	–	–
Bildung	152 922	134 626	658	10 634	7 003	- 128 431
Obligatorische Schule	11 535	500	658	6 160	4 217	- 10 703
Berufliche Grundbildung	9 416	6 630	–	–	2 786	- 9 408
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	13 285	13 285	–	–	–	- 6 656
Übriges Bildungswesen	1 330	1 330	–	–	–	- 1 330
Universität	76 138	71 663	–	4 474	–	- 70 144
Fachhochschulen	41 217	41 217	–	–	–	- 30 190
Kultur und Freizeit	10 249	4 696	–	377	5 177	- 7 454
Gesundheit	184 835	175 673	–	9 162	–	- 71 216
Soziale Wohlfahrt	25 336	4 463	2 771	200	17 902	- 16 308
AHV / IV	17 354	1 098	–	200	16 056	- 17 354
Übrige	7 983	3 365	2 771	–	1 846	1 046
Verkehr	246 167	97 810	–	148 357	–	- 136 607
Kantonsstrassen	80 505	80 505	–	–	–	- 71 139
Nationalstrassen	18 044	17 305	–	739	–	- 7 981
Übrige Strassen	34 472	–	–	34 472	–	- 34 472
Öffentlicher Verkehr	113 146	–	–	113 146	–	- 32 155
Übrige Verkehr	–	–	–	–	–	9 139
Umweltschutz und Raumordnung	18 282	12 277	–	6 005	–	- 14 939
Volkswirtschaft	45 094	2 321	7 702	1 586	33 485	- 18 956
Land- und Forstwirtschaft	16 934	1 655	7 702	–	7 577	- 14 860
Übrige	28 161	666	–	1 586	25 908	- 4 096
Finanzen und Steuern	774	–	–	774	–	- 94
Finanzausgleich	774	–	–	774	–	- 774
Vermögens- und Schuldenverwaltung	–	–	–	–	–	688
Nicht aufgeteilte Posten	–	–	–	–	–	- 7
Total	899 120	645 322	12 106	178 084	63 608	- 602 731

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab.

Mehrjahresvergleiche

Verwaltungsrechnung seit 1960

Fr. 1000

Jahr	Erfolgsrechnung			Investitionsrechnung		Nettoinvestitionen
	Aufwand	Ertrag	Saldo ¹⁾	Ausgaben	Einnahmen	
1960	456 640	482 321	25 681	51 850	9 204	42 646
1965	827 001	811 928	- 15 073	135 164	84 827	50 337
1970	1 473 265	1 510 396	37 131	178 027	85 576	92 451
1971	1 749 634	1 635 718	- 113 916	281 492	115 208	166 284
1972	1 956 375	1 919 606	- 36 769	319 359	139 009	180 350
1973	2 413 408	2 413 663	255	376 903	177 851	199 052
1974	2 727 639	2 729 060	1 421	402 556	204 113	198 443
1975	2 888 555	2 890 419	1 864	413 893	199 791	214 102
1976	3 114 276	2 993 865	- 120 411	468 287	254 613	213 674
1977	3 158 761	3 058 808	- 99 953	332 627	188 250	144 377
1978	3 205 977	3 103 824	- 102 153	321 861	176 489	145 372
1979	3 356 002	3 362 377	6 375	312 651	200 606	112 045
1980	3 552 883	3 555 209	2 326	290 712	155 807	134 905
1981	3 769 765	3 812 863	43 098	311 577	154 071	157 506
1982	4 703 932	4 851 806	147 874	840 150	253 918	586 232
1983	5 095 905	5 058 855	- 37 050	914 392	234 606	679 776
1984	5 336 826	5 348 843	12 017	867 260	214 690	652 570
1985	5 637 322	5 645 823	8 501	848 698	193 173	655 525
1986	6 186 455	6 486 192	299 737	898 008	139 130	758 878
1987	6 635 270	6 626 024	- 9 246	907 335	124 528	782 807
1988	6 832 436	6 962 440	130 004	947 701	173 393	774 308
1989	7 331 607	7 395 307	63 700	925 926	152 620	773 306
1990	7 740 315	7 778 175	37 860	1 058 628	145 593	913 035
1991	8 647 518	8 230 936	- 416 582	1 046 246	161 580	884 666
1992	9 150 848	8 632 169	- 518 679	1 006 955	202 775	804 180
1993	9 211 273	8 993 050	- 218 223	1 455 812	204 891	1 250 921
1994	9 265 473	9 174 370	- 91 103	1 433 058	198 395	1 234 663
1995	9 521 673	9 409 510	- 112 163	931 173	296 801	634 372
1996	10 022 494	9 648 417	- 374 077	908 276	232 931	675 345
1997	9 842 900	9 678 850	- 164 050	993 143	232 082	761 060
1998	9 742 584	9 824 375	81 791	1 122 577	481 497	641 080
1999	10 158 053	10 612 472	454 419	901 853	381 029	520 824
2000	10 944 895	11 287 169	342 274	1 158 072	822 940	335 132
2001	11 451 672	11 611 841	160 169	942 898	780 385	162 513
2002	11 603 566	11 845 944	242 378	1 288 332	678 802	609 529
2003	11 648 407	11 029 366	- 619 041	1 015 113	461 058	554 055
2004	11 568 415	11 155 491	- 412 924	1 171 635	517 814	653 821
2005	11 734 479	13 058 347	1 323 868	1 284 845	568 525	716 320
2006	11 791 214	11 906 029	114 815	1 322 955	478 310	844 645
2007	11 140 099	11 578 390	438 292	1 145 772	440 778	704 994
2008	12 224 008	12 538 660	314 652	1 052 917	260 926	791 991
2008 ²⁾	12 033 177	12 104 644	71 467	1 186 284	70 308	1 115 976
2009	12 382 004	12 578 052	196 049	1 043 866	252 642	791 224
2010	12 716 210	13 314 084	597 874	985 825	214 119	771 706
2011	15 673 338	13 950 045	- 1 723 293	983 092	306 082	677 010
2012	14 157 695	14 263 322	105 626	859 016	340 407	518 609
2013	14 226 798	14 189 208	- 37 590	896 798	294 067	602 731

¹⁾ + Ertragsüberschuss/ - Aufwandsüberschuss

²⁾ Rechnung 2008 restated

Bemerkungen:

1982-2008 gemäss Finanzhaushaltsgesetz (FHG, harmonisiertes Rechnungsmodell HRM)

Ab 2009 gemäss Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, IPSAS), konsolidiert

Aufwand der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
3 Aufwand	- 12 382 004	- 12 716 210	- 15 673 338	- 14 157 695	- 14 226 798
30 Personalaufwand	- 4 513 467	- 4 605 152	- 7 369 401	- 4 782 409	- 4 727 960
300 Behörden, Kommissionen, Richter	- 57 893	- 56 528	- 56 041	- 56 985	- 56 604
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	- 2 338 316	- 2 389 678	- 2 452 627	- 2 515 745	- 2 539 385
302 Löhne Lehrkräfte	- 1 367 315	- 1 389 844	- 1 450 905	- 1 383 693	- 1 412 521
303 Temporäre Arbeitskräfte	- 19 432	- 19 774	- 15 769	- 16 568	- 17 130
304 Zulagen	- 19 057	- 18 068	- 19 091	- 29 972	- 21 299
305 Arbeitgeberbeiträge	- 641 037	- 650 005	- 3 300 474	- 681 204	- 616 691
306 Arbeitgeberleistungen	- 32 070	- 42 927	- 33 265	- 55 942	- 21 038
309 Übriger Personalaufwand	- 38 348	- 38 326	- 41 230	- 42 300	- 43 291
31 Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand	- 2 588 440	- 2 608 960	- 2 693 615	- 2 742 026	- 2 856 763
310 Material- und Warenaufwand	- 492 397	- 494 969	- 507 742	- 523 569	- 536 948
311 Nicht Aktivierbare Anlagen	- 84 863	- 91 939	- 85 692	- 84 300	- 87 461
312 Ver- und Entsorgung	- 62 705	- 61 974	- 59 108	- 63 593	- 69 645
313 Dienstleistungen und Honorare	- 1 322 118	- 1 336 523	- 1 426 208	- 1 467 583	- 1 519 766
314 Baulicher Unterhalt (VV)	- 216 444	- 196 644	- 192 707	- 194 592	- 207 717
315 Unterhalt von Anlagen	- 84 486	- 85 774	- 94 437	- 104 543	- 109 450
316 Mieten, Leasing, Pacht, Benützungskosten	- 147 559	- 154 274	- 156 492	- 162 584	- 171 681
317 Spesenentschädigung	- 33 203	- 32 130	- 33 647	- 35 322	- 40 794
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	- 107 558	- 112 333	- 107 274	- 88 218	- 95 002
319 Übriger Betriebsaufwand	- 37 107	- 42 401	- 30 308	- 17 721	- 18 299
33 Abschreibungen VV	- 485 725	- 545 973	- 501 069	- 482 421	- 483 320
330 Abschreibungen Sachanlagen VV	- 467 620	- 527 980	- 477 901	- 454 104	- 457 455
332 Abschreibungen Immaterielle Anlagen	- 18 106	- 17 993	- 23 168	- 28 317	- 25 865
34 Finanzaufwand	- 179 409	- 164 869	- 212 614	- 217 511	- 163 540
340 Zinsaufwand	- 169 924	- 143 947	- 138 921	- 138 000	- 134 592
341 Realisierte Kursverluste	- 355	- 5 656	- 23 736	- 4 697	- 16 217
342 Kapitalbeschaffungskosten	- 591	- 491	- 456	- 460	- 609
343 Liegenschaftsaufwand FV	- 5 605	- 4 528	- 3 797	- 3 871	- 8 651
344 Wertberichtigungen Finanzanlagen	- 9	- 7 072	- 43 192	- 67 743	- 2 336
349 Übriger Finanzaufwand	- 2 926	- 3 175	- 2 512	- 2 740	- 1 134
35 Einlagen in Fonds	- 81 167	- 85 972	- 71 126	- 65 757	- 90 893
350 Einlagen in Fonds des FK	- 64 586	- 66 883	- 55 474	- 38 306	- 55 525
351 Einlagen in Fonds des EK	- 16 582	- 19 090	- 15 652	- 27 451	- 35 368
36 Transferaufwand	- 3 939 821	- 4 099 009	- 4 197 365	- 5 213 951	- 5 246 448
360 Ertragsanteile an Dritte	- 36 875	- 38 081	- 32 432	- 2 463	- 1 561
361 Entschädigung an Gemeinwesen	- 85 729	- 89 669	- 89 435	- 91 358	- 94 988
362 Finanz- und Lastenausgleich	- 1 099 923	- 1 110 160	- 1 053 870	- 1 677 848	- 1 728 666
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	- 2 496 262	- 2 633 885	- 2 786 379	- 3 209 370	- 3 267 050
364 Wertberechtigung Darlehen VV	- 176	60	100	- 147	- 49
365 Wertberichtigung Beteiligungen VV	-	-	-	- 8	- 50
366 Abschreibung Investitionsbeiträge	- 220 856	- 227 275	- 235 350	- 232 757	- 153 712
369 Verschiedener Transferaufwand	-	-	- 0	- 0	- 372
37 Durchlaufende Beiträge	- 593 974	- 606 276	- 628 148	- 653 620	- 657 873
370 Durchlaufende Beiträge	- 593 974	- 606 276	- 628 148	- 653 620	- 657 873

Ertrag der Erfolgsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
4 Ertrag	12 578 052	13 314 084	13 950 045	14 263 322	14 189 208
40 Fiskalertrag	5 626 708	6 090 808	6 471 376	6 280 613	6 247 377
400 Direkte Steuern natürliche Personen	4 172 259	4 557 159	4 714 297	4 640 220	4 611 179
401 Direkte Steuern juristische Personen	954 587	1 023 587	1 256 898	1 130 846	1 098 122
402 Übrige direkte Steuern	204 578	212 026	197 815	204 627	224 796
403 Besitz- und Aufwandssteuern	295 283	298 035	302 366	304 920	313 280
41 Regalien und Konzessionen	371 581	373 622	373 468	201 025	200 029
410 Regalien	2 749	2 736	2 748	2 789	2 831
411 Schweiz, Nationalbank, Gewinnanteil	289 389	291 216	292 008	117 097	116 503
412 Konzessionen und Patente	3 891	3 300	4 346	3 398	3 474
413 Ertragsanteil Lotterie, Sport-Toto, etc.	75 552	76 371	74 367	77 740	77 221
42 Entgelte	2 467 493	2 482 491	2 614 915	2 723 747	2 641 740
420 Ersatzabgaben	-	-	-	-	7 857
421 Gebühren für Amtshandlungen	319 868	303 117	341 599	315 242	311 357
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	910 217	942 769	985 262	1 105 188	1 099 331
423 Schul- und Kursgelder	123 240	129 564	132 477	138 985	143 763
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	868 228	841 617	868 352	884 073	805 404
425 Erlös aus Verkäufen	118 316	124 855	127 155	125 779	131 658
426 Rückerstattungen	70 727	60 303	75 315	73 425	78 917
427 Bussen	53 659	58 186	61 050	62 120	62 155
429 Übrige Entgelte	3 238	22 079	23 706	18 935	1 296
43 Verschiedene Erträge	238 368	266 523	294 132	310 297	330 268
430 Verschiedene betriebliche Erträge	194 720	211 877	220 824	235 445	254 694
431 Aktivierung Eigenleistung	21 859	17 175	12 266	9 582	12 608
432 Bestandesveränderung	- 116	- 361	1 521	1 168	- 1 856
439 Übrige Erträge	21 905	37 832	59 521	64 103	64 822
44 Finanzertrag FV + VV	431 951	480 043	543 185	550 921	444 137
440 Zinsertrag FV	71 850	62 399	58 520	54 837	47 169
441 Realisierte Gewinne FV	10 040	28 156	37 985	8 025	4 907
442 Beteiligungsertrag FV	136	164	218	469	519
443 Liegenschaftenertrag FV	17 988	19 729	20 873	23 332	24 204
444 Wertberichtigungen Anlagen FV	3 267	5 456	77 765	101 119	7 876
445 Finanzertrag Darlehen u. Beteiligungen VV	12 147	17 246	16 288	41 990	37 639
446 Finanzerträge von öff. Unternehmen VV	283 079	303 474	285 483	281 330	274 895
447 Liegenschaftenertrag VV	30 058	30 423	31 397	31 067	31 858
448 Erträge von gemieteten Liegenschaften	2 753	2 874	3 687	3 527	3 670
449 Übriger Finanzertrag	634	10 122	10 969	5 224	11 400
45 Entnahmen aus Fonds	364	417	2 557	110 439	20 113
450 Entnahme aus Fonds des FK	353	417	2 557	110 439	20 113
451 Entnahme aus Fonds des EK	10	-	-	-	-
46 Transferertrag	2 847 614	3 013 904	3 022 312	3 432 659	3 647 672
460 Anteile an Erträgen Dritter	742 702	766 352	801 358	805 280	780 470
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	283 631	309 614	318 212	374 581	363 015
462 Finanz- und Lastenausgleich	483 510	462 401	422 501	747 994	800 656
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	1 307 284	1 350 248	1 395 391	1 443 277	1 656 490
466 Auflösung passivierte Invest. Beiträge	30 465	120 346	81 946	59 225	46 151
469 Verschiedener Transferertrag	22	4 944	2 905	2 302	890
47 Durchlaufende Beiträge	593 974	606 276	628 099	653 620	657 873
470 Durchlaufende Beiträge	593 974	606 276	628 099	653 620	657 873

Ausgaben der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
5 Investitionsausgaben	- 1 043 866	- 985 825	- 983 092	- 859 016	- 896 798
50 Sachanlagen	- 618 352	- 545 624	- 536 578	- 552 906	- 619 146
500 Grundstücke	- 1 963	- 4 432	- 1 731	- 2 713	- 101 899
501 Strassen	- 258 888	- 175 208	- 120 683	- 97 710	- 87 239
502 Wasserbau	- 10 034	- 8 670	- 7 468	- 4 657	- 9 202
503 Übriger Tiefbau	- 711	- 265	- 1 238	- 415	- 308
504 Hochbauten	- 209 735	- 207 247	- 256 941	- 283 831	- 245 423
505 Waldungen	- 1	-	- 2 281	-	- 168
506 Mobilien	- 136 626	- 148 870	- 146 235	- 163 579	- 174 821
509 Übrige Sachanlagen	- 394	- 931	-	-	- 85
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	- 1 514	- 866	- 797	- 721	- 173
512 Wasserbau auf Rechnung Dritter	-	-	-	- 297	-
514 Hochbauten auf Rechnung Dritter	- 304	- 138	- 186	- 50	- 44
516 Mobilien auf Rechnung Dritter	- 1 210	- 728	- 611	- 373	- 129
52 Immaterielle Anlagen	- 23 679	- 36 769	- 36 020	- 22 315	- 26 003
520 Software	- 23 679	- 36 769	- 36 020	- 22 305	- 26 003
521 Lizenzen, Patente, Nutzungs-, Markenrechte	-	-	-	- 11	-
529 Übrige Immaterielle Anlagen	-	-	-	-	-
54 Darlehen	- 76 597	- 80 364	- 51 350	- 14 124	- 12 106
540 Darlehen an den Bund	- 68 300	- 74 600	-	-	-
542 Darlehen Gemeinden und Zweckverbände	-	- 1 942	-	-	-
544 Darlehen an öff. Unternehmungen	- 7 009	- 2 507	- 48 214	- 6 978	- 8 791
545 Darlehen an priv. Unternehmungen	- 559	7	- 2 057	- 5 939	- 2 157
546 Darlehen an priv. Org. ohne Erwerbszweck	- 170	- 557	- 100	- 500	- 500
547 Darlehen an priv. Haushalte	- 559	- 765	- 979	- 707	- 658
55 Beteiligungen	- 6 210	- 5 175	- 1 603	- 2	-
554 Beteiligungen öff. Unternehmungen	-	- 5 175	-	- 2	-
555 Beteiligungen priv. Unternehmungen	- 6 210	-	- 1 603	-	-
56 Eigene Investitionsbeiträge	- 305 553	- 300 049	- 322 048	- 226 384	- 208 015
560 Eigene Invest. Beiträge an den Bund	-	-	- 1 687	- 4 083	- 739
562 Invest.-Beiträge Gemeinden	- 54 241	- 55 954	- 46 326	- 60 642	- 52 457
563 Invest.-Beiträge öff. Sozialversicherung	-	-	-	- 4	-
564 Invest.-Beiträge öff. Unternehmungen	- 194 699	- 186 905	- 201 120	- 120 842	- 116 151
565 Invest.-Beiträge priv. Unternehmungen	- 7 958	- 7 824	- 8 201	- 5 969	- 5 827
566 Invest.-Beiträge priv. Organisationen	- 45 843	- 42 575	- 60 555	- 31 353	- 29 896
567 Invest.-Beiträge priv. Haushalte	- 2 812	- 6 791	- 4 159	- 3 492	- 2 945
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	- 11 962	- 16 977	- 34 695	- 42 564	- 31 354
570 Durchl. I. B. an den Bund	-	-	- 17 756	-	-
571 Durchl. I. B. Kantone u. Konkordate	-	-	-	-	- 168
572 Durchl. I. B. Gemeinden u. Zweckverbände	- 3 187	- 4 034	- 3 904	- 3 628	- 3 979
573 Durchl. I. B. öff. Sozialversicherung	-	-	-	- 4	-
574 Durchl. I. B. öff. Unternehmung	- 5 263	- 6 453	- 4 195	- 6 265	- 2 268
575 Durchl. I. B. priv. Unternehmung	- 425	- 803	- 3 406	- 1 870	- 1 380
576 Durchl. I. B. priv. Org. o. Erwerbszweck	- 1 999	- 1 791	- 3 374	- 1 534	- 1 453
577 Durchl. I. B. priv. Haushalte	- 1 088	- 3 896	- 2 060	- 29 263	- 22 107

Einnahmen der Investitionsrechnung nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013
6 Investitionseinnahmen	252 642	214 119	306 082	340 407	294 067
60 Übertragung von Sachanlagen	17 804	29 817	25 214	69 934	11 222
600 Übertragung VV in FV Grundstücke	7 051	10 690	12 599	60 923	7 921
601 Übertragung VV in FV Strassen	–	1 291	152	268	1 650
603 Übertragung VV in FV Tiefbau	–	–	–	356	–
604 Übertragung VV in FV Hochbauten	10 609	12 199	12 222	8 182	1 603
606 Übertragung VV in FV Mobilien	145	5 637	241	205	48
61 Rückerstattungen	11 244	8 108	9 116	18 926	129
610 Rückerstattungen Grundstücke	–	–	–	2	–
611 Rückerstattungen Strassen	–	–	6 775	18 046	–
612 Rückerstattungen Wasserbau	28	9	45	297	–
613 Rückerstattungen übriger Tiefbau	9 355	6 742	–	–	–
614 Rückerstattungen Hochbau	537	629	232	207	–
615 Rückerstattungen Waldungen	114	–	1 453	–	–
616 Rückerstattungen Mobilien	1 210	728	611	373	129
619 Rückerstattungen übrige Sachanlagen	–	–	–	–	–
62 Abgang immaterielle Anlagen	–	–	–	477	181
620 Abgang Software	–	–	–	477	181
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	183 561	127 231	79 124	56 404	39 171
630 I.B. vom Bund	177 519	115 535	64 082	39 595	27 855
631 I.B. von Kantonen und Konkordaten	–	–	–	–	72
632 I.B. von Gemeinden und Zweckverbänden	452	1 046	2 102	3 738	5 339
634 I.B. von öff. Unternehmungen	1 094	60	–	517	349
635 I.B. von priv. Unternehmungen	3 104	10 415	12 502	6 471	319
636 I.B. von priv. Org. ohne Erwerbszweck	1 291	–	198	5 853	5 098
637 I.B. von priv. Haushalten	101	175	240	231	139
64 Rückzahlung von Darlehen	27 827	31 771	85 932	138 641	211 160
640 Rückz. Darl. Bund	–	–	–	8 136	414
642 Rückz. Darl. Gemeinden	2 310	2 052	1 733	1 853	40 246
644 Rückz. Darl. öff. Unternehmungen	11 560	17 226	71 770	90 605	139 750
645 Rückz. Darl. priv. Unternehmungen	12 383	10 615	10 497	12 056	15 646
646 Rückz. Darl. priv. Organisationen	600	700	702	24 979	14 258
647 Rückz. Darl. priv. Haushalte	974	1 178	1 231	1 012	846
65 Übertragung VV in FV von Beteiligungen	60	100	–	375	–
655 Übertr. Bet. priv. Unternehmungen	60	100	–	375	–
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	186	114	72 000	13 086	850
662 Rückzlg. I.B. Gemeinde	–	–	–	17	–
664 Rückzlg. I.B. öff. Unternehmungen	–	–	71 660	11 210	42
665 Rückzlg. I.B. priv. Unternehmungen	130	101	336	28	802
666 Rückzlg. I.B. priv. Organisationen	56	13	5	1 831	6
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	11 962	16 977	34 695	42 564	31 354
670 Durchl. I.B. Bund	11 907	16 672	34 350	41 748	30 912
672 Durchl. I.B. Gemeinde	55	305	345	816	442

Bilanz nach Kontenklassen (konsolidiert)

Fr. 1000	per 31.12.2009	per 31.12.2010	per 31.12.2011	per 31.12.2012	per 31.12.2013
1 Aktiven	19 635 566	19 950 927	20 604 314	21 925 666	20 828 716
10 Finanzvermögen	5 424 626	5 613 828	6 242 170	7 703 314	6 590 997
100 Flüssige Mittel und Geldanlagen FV	1 457 681	1 463 098	1 676 391	2 337 112	1 425 641
101 Forderungen FV	2 288 676	2 340 888	2 671 667	3 158 380	3 049 351
102 Kurzfristige Finanzanlagen FV	270 410	280 053	296 202	228 381	180 192
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	362 232	472 496	501 761	654 890	571 283
106 Vorräte und angefangene Arbeiten	61 117	52 337	61 778	65 493	61 244
107 Finanzanlagen FV	97 901	131 139	145 209	227 187	284 029
108 Sachanlagen FV	886 609	873 817	889 162	1 031 872	1 019 258
14 Verwaltungsvermögen	14 210 940	14 337 099	14 362 143	14 222 352	14 237 720
140 Sachanlagen VV	7 536 096	7 516 553	7 550 519	7 563 306	7 716 008
142 Immaterielle Anlagen VV	58 749	75 125	83 620	76 636	76 489
143 Kurzfristige Darlehen VV	11 351	13 401	10 734	67 132	73 292
144 Darlehen VV	835 243	896 847	865 032	1 409 667	1 219 157
145 Beteiligungen	2 535 145	2 521 143	2 523 033	2 522 664	2 522 620
146 Investitionsbeiträge	3 234 356	3 314 030	3 329 206	2 582 948	2 630 153
2 Passiven	- 19 635 566	- 19 950 927	- 20 604 314	- 21 925 666	- 20 828 716
20 Fremdkapital	- 10 245 733	- 9 935 836	- 12 295 728	- 13 483 912	- 12 374 766
200 Laufende Verbindlichkeiten	- 2 164 692	- 2 152 905	- 1 558 614	- 1 722 017	- 1 683 595
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	- 585 756	- 55 689	- 54 157	- 710 859	- 1 439 749
204 Passive Rechnungsabgrenzungen	- 1 616 518	- 1 613 834	- 1 922 604	- 1 999 379	- 1 589 217
205 Kurzfristige Rückstellungen	- 243 263	- 253 853	- 272 422	- 2 461 867	- 432 291
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	- 4 072 736	- 4 243 747	- 4 215 775	- 4 532 293	- 5 070 658
208 Langfristige Rückstellungen	- 1 059 547	- 1 046 043	- 3 649 668	- 1 507 069	- 1 311 395
209 Fonds im Fremdkapital	- 503 221	- 569 765	- 622 487	- 550 428	- 847 860
29 Eigenkapital	- 9 389 833	- 10 015 091	- 8 308 586	- 8 441 754	- 8 453 950
291 Fonds im Eigenkapital	- 1 781 190	- 1 845 775	- 1 965 811	- 2 078 285	- 2 155 405
292 Rücklagen	- 37 967	- 41 539	- 37 078	- 35 979	- 39 220
296 Neubewertungsreserven	8 743	-	-	-	- 543
298 Übriges Eigenkapital	- 51 543	- 104 019	- 143 656	- 175 231	- 215 658
299 Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	- 7 527 875	- 8 023 758	- 6 162 042	- 6 152 259	- 6 043 124

**Funktionale Gliederung
Erfolgsrechnung 2009 - 2013 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)**

Aufgaben Fr. 1000	Aufwand				Nettobelastung (-) / Nettoertrag (+)			
	2013	2012	2011	2010	2013	2012	2011	2010
Allgemeine Verwaltung	529 556	515 082	518 286	530 854	- 308 472	- 276 757	- 308 138	- 315 728
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	1 446 358	1 382 289	1 350 681	1 366 864	- 513 749	- 478 396	- 419 170	- 483 791
Rechtsprechung	416 637	404 185	398 566	398 290	- 270 274	- 264 736	- 268 451	- 266 947
Strafvollzug	220 848	216 589	206 949	199 934	- 175 978	- 169 830	- 150 214	- 140 872
Allgemeines Rechtswesen	130 846	125 669	128 556	115 524	12 400	16 210	46 023	21 220
Polizei	564 374	535 469	521 228	511 458	- 395 415	- 366 747	- 353 188	- 347 305
Strassenverkehrsamt	65 334	63 890	62 410	60 379	329 154	322 448	321 126	318 547
Militärische Verteidigung	26 360	22 704	21 635	19 347	- 6 833	- 8 453	- 7 834	- 9 164
Zivile Verteidigung	20 182	12 203	11 336	10 916	- 7 389	- 7 781	- 6 632	- 8 255
Übrige Sicherheit	1 777	1 581	-	51 015	585	493	-	- 51 015
Bildung	4 241 873	4 087 346	4 077 615	3 874 763	- 2 266 730	- 2 198 474	- 2 336 471	- 2 191 340
Obligatorische Schule	443 665	450 459	602 652	573 513	- 391 446	- 417 575	- 569 235	- 541 229
Berufliche Grundbildung	768 300	733 980	705 442	665 827	- 410 458	- 372 887	- 365 284	- 358 999
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	414 010	404 194	394 323	379 979	- 361 034	- 352 102	- 380 352	- 327 452
Übriges Bildungswesen	118 312	119 853	111 950	107 215	- 53 107	- 67 186	- 82 211	- 71 258
Universität	1 586 922	1 529 859	1 452 722	1 389 704	- 627 702	- 605 108	- 575 556	- 555 651
Fachhochschulen	910 664	849 000	810 527	758 525	- 422 982	- 383 616	- 363 833	- 336 751
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	243 494	245 716	236 588	182 177	- 199 140	- 200 884	- 199 389	- 138 735
Gesundheit	3 085 254	3 025 245	2 527 091	2 425 056	- 1 385 391	- 1 379 076	- 1 055 646	- 930 496
Soziale Wohlfahrt	2 024 763	2 032 260	2 005 324	1 921 598	- 1 089 283	- 1 097 811	- 1 142 945	- 1 070 788
Krankheit und Unfall	701 490	694 916	730 180	714 421	- 316 294	- 315 337	- 359 834	- 369 351
AHV / IV	732 632	743 259	696 807	653 304	- 507 595	- 520 407	- 474 696	- 440 408
Übrige	590 640	594 084	578 337	553 873	- 265 393	- 262 067	- 308 415	- 261 029
Verkehr	1 462 514	1 492 270	1 502 559	1 521 783	- 547 899	- 579 319	- 595 953	- 601 444
Kantonsstrassen	316 247	336 068	398 002	434 780	- 271 769	- 280 273	- 313 968	- 314 970
Nationalstrassen	50 062	45 449	39 072	44 705	- 817	- 614	4 324	2 513
Übrige Strassen	138	16 288	15 033	14 616	- 138	- 16 288	- 15 033	- 14 616
Öffentlicher Verkehr	1 065 965	1 060 474	1 019 777	995 308	- 255 724	- 261 022	- 253 150	- 256 534
Übrige Verkehr	30 102	33 992	30 675	32 374	- 19 452	- 21 122	- 18 126	- 17 837
Umweltschutz und Raumordnung	163 005	174 485	173 180	190 857	- 115 588	- 121 002	- 129 715	- 140 440
Volkswirtschaft	264 289	268 020	259 648	255 024	- 70 135	- 73 577	- 60 305	- 66 226
Land- und Forstwirtschaft	236 097	236 011	232 676	230 615	- 52 077	- 51 504	- 43 321	- 50 238
Übrige	28 192	32 009	26 972	24 409	- 18 058	- 22 073	- 16 984	- 15 988
Finanzen und Steuern	4 248 087	4 462 454	6 407 680	3 783 369	6 458 795	6 510 922	4 524 439	6 536 861
Steuern und Einnahmenanteile	97 583	106 976	124 021	124 006	6 741 593	6 797 233	7 145 686	6 719 141
Finanzausgleich	1 736 603	1 686 939	1 095 091	1 152 039	- 934 612	- 850 434	- 551 950	- 688 358
Vermögens- und Schuldenverwaltung	186 616	240 863	228 389	188 058	198 729	251 009	270 087	1 678 729
Nicht aufgeteilte Posten	2 227 284	2 427 676	4 960 178	2 319 266	453 084	313 113	- 2 339 384	- 1 172 651
Total	17 709 191	17 685 165	19 058 651	16 052 345	- 37 590	105 626	- 1 723 293	597 874

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Erfolgsrechnung ab.
Um Doppelzählungen auszuschliessen, wurden interne Übertragungen und Transfers der Position "Nicht aufzuteilende Posten" zugeordnet.
Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Beilagen zum Finanzbericht

Funktionale Gliederung
Investitionsrechnung 2009 - 2013 (Konsolidierungskreise 1 bis 3)

Aufgaben Fr. 1000	Ausgaben				Nettoausgaben (-) / Nettoeinnahmen (+)			
	2013	2012	2011	2010	2013	2012	2011	2010
Allgemeine Verwaltung	151 134	22 687	29 688	56 245	- 150 178	- 20 078	- 29 139	- 56 091
Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	64 326	53 634	98 970	55 879	- 58 549	- 44 756	- 94 960	- 50 963
Rechtsprechung	6 063	10 858	64 988	21 042	- 6 063	- 10 858	- 64 844	- 21 042
Strafvollzug	14 083	13 551	7 686	8 563	- 14 074	- 10 687	- 6 436	- 6 312
Allgemeines Rechtswesen	2 504	2 857	3 474	8 202	- 2 492	- 2 857	- 3 474	- 8 202
Polizei	26 409	17 555	16 828	13 074	- 26 387	- 17 474	- 16 628	- 12 642
Strassenverkehrsamt	2 085	844	460	417	- 2 085	- 844	- 460	- 417
Militärische Verteidigung	5 224	1 441	1 387	983	- 4 519	- 1 373	- 1 387	- 975
Zivile Verteidigung	7 958	6 529	4 148	3 526	- 2 929	- 664	- 1 731	- 1 302
Übrige Sicherheit	-	-	-	71	-	-	-	- 71
Bildung	152 922	220 255	184 897	192 188	- 128 431	- 174 279	- 144 186	- 164 557
Obligatorische Schule	11 535	10 984	12 769	10 733	- 10 703	- 10 954	- 11 919	- 10 698
Berufliche Grundbildung	9 416	4 097	35 596	22 562	- 9 408	- 3 654	- 21 408	- 20 363
Mittelschulen (Allgemeinbildende Schulen)	13 285	16 366	16 472	44 094	- 6 656	- 16 337	- 16 306	- 43 282
Übriges Bildungswesen	1 330	498	639	280	- 1 330	- 498	- 639	- 280
Universität	76 138	89 210	82 598	94 562	- 70 144	- 68 003	- 59 639	- 71 833
Fachhochschulen	41 217	99 099	36 822	19 957	- 30 190	- 74 832	- 34 275	- 18 101
Kultur und Freizeit	10 249	13 501	13 710	12 514	- 7 454	- 11 465	- 11 817	- 11 162
Gesundheit	184 835	186 364	248 236	192 279	- 71 216	- 93 184	- 233 027	- 161 295
Soziale Wohlfahrt	25 336	27 010	26 092	20 122	- 16 308	- 16 444	- 14 510	- 9 729
AHV / IV	17 354	15 617	15 501	10 308	- 17 354	- 15 574	- 15 501	- 10 308
Übrige	7 983	11 393	10 591	9 813	1 046	- 870	991	579
Verkehr	246 167	266 399	316 205	408 144	- 136 607	- 127 138	- 115 812	- 294 345
Kantonsstrassen	80 505	79 320	73 455	67 997	- 71 139	- 55 480	- 57 282	- 40 926
Nationalstrassen	18 044	32 245	58 402	110 773	- 7 981	- 15 138	- 18 263	- 28 397
Übrige Strassen	34 472	40 594	29 951	26 806	- 34 472	- 40 594	- 29 951	- 26 626
Öffentlicher Verkehr	113 146	114 241	154 397	202 568	- 32 155	- 19 153	- 12 065	- 201 643
Übrige Verkehr	-	-	-	-	9 139	3 227	1 748	3 248
Umweltschutz und Raumordnung	18 282	17 356	19 339	21 433	- 14 939	- 12 233	- 13 287	- 18 844
Volkswirtschaft	45 094	52 030	46 898	27 462	- 18 956	- 18 389	- 19 353	- 4 179
Land- und Forstwirtschaft	16 934	15 406	14 869	12 632	- 14 860	- 13 508	- 10 705	- 10 673
Übrige	28 161	36 624	32 029	14 830	- 4 096	- 4 881	- 8 648	6 494
Finanzen und Steuern	774	1 331	918	642	- 94	- 643	- 918	- 542
Finanzausgleich	774	1 331	918	242	- 774	- 1 331	- 918	- 242
Vermögens- und Schuldenverwaltung	-	-	-	-	688	688	-	100
Nicht aufgeteilte Posten	-	-	-	400	- 7	-	-	- 400
Total	899 120	860 569	984 953	986 907	- 602 731	- 518 609	- 677 010	- 771 706

Umfasst alle Konsolidierungskreise, nicht konsolidiert. Daher weichen die Totale der einzelnen Spalten von der konsolidierten Investitionsrechnung ab. Die Statistik ist mit den Vorjahresstatistiken vor 2009 nur bedingt vergleichbar.

Zusammenhang zwischen Erfolgs-, Investitions- und Geldflussrechnung

+ Zunahme, - Abnahme flüssige Mittel Mio. Franken	Rechnung 2013	Rechnung 2012
Fiskalertrag	6 247	6 281
Regalien, Konzessionen, SNB-Ausschüttung	200	201
Entgelte	2 642	2 724
Verschiedene Erträge	330	310
Transferzahlungen (netto)	-1 599	-1 781
Personalaufwand	-4 728	-4 782
Sach- und Betriebsaufwand	-2 857	-2 742
Korrektur Geldflusswirksamkeit	-2 185	- 174
Finanzergebnis	281	333
Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	-1 668	370
Geldfluss aus Investitionstätigkeit	- 566	- 645
Abnahme kurzfristige Verbindlichkeiten	729	657
Zunahme Staatsanleihen	453	494
Veränderung langfristige Finanzverbindlichkeiten	141	- 215
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	1 323	936
Veränderung flüssige Mittel	- 911	661

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

R 2013

Totalisierung aller Legate und Stiftungen

Zuwendungen und betriebliche Erträge	3 630 481
Finanzerträge	3 754 166
Total Erträge	7 384 647
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-5 154 304
Finanzaufwand	-625 641
Total Aufwand	-5 779 945
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 604 702
– davon Finanzerfolg	3 128 525

Bilanz

31.12.2013

31.12.2012

Veränderung

Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	24 491 399	25 618 125	-1 126 727	-4.4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	82 464 318	81 274 663	1 189 655	1.5
Sachanlagen	2 909 700	1 057 400	1 852 300	175.2
Übrige Aktiven	679 385	797 441	-118 056	-14.8
Total Aktiven	110 544 801	108 747 629	1 797 172	1.7
Übrige Passiven	-279 467	-86 997	-192 470	-221.2
Fondsbestand	-110 265 334	-108 660 633	-1 604 702	-1.5
Total Passiven	-110 544 801	-108 747 629	-1 797 172	-1.7

Direktion der Justiz und des Innern

9803 Fonds für einen wohltätigen Zweck

Akten-Nr. 8200 Vermächtnis von Karl Theodor Fierz-Zollinger in Zürich und weitere Zuwendungen zur Hilfe an Straffällige und ihre Familien, welche sich in wirtschaftlicher Not befinden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nrn. 1209/1905 und 3117/1972	Finanzerträge	17 070
	Total Erträge	17 070
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-458
	Finanzaufwand	-10 214
	Total Aufwand	-10 672
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	6 399
	– davon Finanzerfolg	6 857

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	46 701	68 255	-21 554	-31.6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	867 923	839 634	28 290	3.4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	9 102	9 439	-337	-3.6
Total Aktiven	923 726	917 327	6 399	0.7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-923 726	-917 327	-6 399	-0.7
Total Passiven	-923 726	-917 327	-6 399	-0.7

9804 Hilfskasse der Angestellten der kantonalen Strafanstalt

Akten-Nr. 8211 Verordnung über die kantonale Strafanstalt vom 12. Februar 1975, §§ 80 und 81	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	3 276
	Total Erträge	3 276
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-129
	Finanzaufwand	-3 889
	Total Aufwand	-4 018
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-742
	– davon Finanzerfolg	-613

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	66 844	51 477	15 367	29.9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	190 819	206 730	-15 911	-7.7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 761	1 959	-198	-10.1
Total Aktiven	259 424	260 166	-742	-0.3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-259 424	-260 166	742	0.3
Total Passiven	-259 424	-260 166	742	0.3

Sicherheitsdirektion

9805 Hilfsfonds für Angehörige der Kantonspolizei Zürich

Akten-Nr. 8300 Vergabung von ungenannter Seite zur Unterstützung bedürftiger Angehöriger der Kantonspolizei Zürich und ihrer Hinterlassenen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nrn. 5619/1969 und 1901/1977	Finanzerträge	28 158
	Total Erträge	28 158
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-697
	Finanzaufwand	-26 708
	Total Aufwand	-27 405
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	754
	– davon Finanzerfolg	1 451

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	67 500	63 302	4 198	6.6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 325 732	1 327 864	-2 132	-0.2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	10 716	12 028	-1 312	-10.9
Total Aktiven	1 403 949	1 403 195	754	0.1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-1 403 949	-1 403 195	-754	-0.1
Total Passiven	-1 403 949	-1 403 195	-754	-0.1

9806 Fonds zur Unterstützung schweizerischer Wehrmänner

Akten-Nr. 8400 Schenkung des zürcherischen Hilfsvereins schweizerischer Wehrmänner zur Unterstützung der Familien von Wehrmännern, der militärischen Weiterausbildung und der Orientierung der Stellungspflichtigen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nrn. 3673/1920 und 3504/1980	Finanzerträge	3 786
	Total Erträge	3 786
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-107
	Finanzaufwand	-74 791
	Total Aufwand	-74 898
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-71 112
	– davon Finanzerfolg	-71 005

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	31 674	54 233	-22 559	-41.6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	181 835	229 532	-47 697	-20.8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	600	1 456	-856	-58.8
Total Aktiven	214 109	285 222	-71 112	-24.9
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-214 109	-285 222	71 112	24.9
Total Passiven	-214 109	-285 222	71 112	24.9

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %	
9807 Fonds zur Förderung der bewaffneten Kadettenkorps im Kanton Zürich							
Akten-Nr. 8410 Vermögen der am 1. Februar 1962 aufgelösten Stiftung Fonds «des Freiwilligen Militärischen Vorunterrichtes» der Kantonsschule Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	9 846	11 095	-1 249	-11.3
	Finanzerträge	1	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
	Total Erträge	1	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 250	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	9 846	11 095	-1 249	-11.3
	Total Aufwand	-1 250	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 249	Fondsbestand	-9 846	-11 095	1 249	11.3
	- davon Finanzerfolg	1	Total Passiven	-9 846	-11 095	1 249	11.3

Finanzdirektion

9810 Eva Maria Ehrlich-Fonds

Akten-Nr. 8500 Vermächtnis von Frau Maria Ehrlich-Bugl, von Zürich, zur Unterstützung von Institutionen, die bestimmte gemeinnützige und wohltätige Zwecke verfolgen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	103 515	249 110	-145 595	-58.4
RRB Nr. 4681/1972	Finanzerträge	128 457	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	6 127 270	5 979 495	147 775	2.5
	Total Erträge	128 457	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 117	Übrige Aktiven	53 518	59 893	-6 374	-10.6
	Finanzaufwand	-129 534	Total Aktiven	6 284 304	6 288 498	-4 194	-0.1
	Total Aufwand	-132 651	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-4 194	Fondsbestand	-6 284 304	-6 288 498	4 194	0.1
	- davon Finanzerfolg	-1 077	Total Passiven	-6 284 304	-6 288 498	4 194	0.1

9811 Hilfsfonds für das Staatspersonal

Akten-Nr. 8510 Liquidationserlös der Sparkasse für das kriegswirtschaftliche Personal.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	69 420	22 553	46 867	207.8
KRB vom 11. Dezember 1950	Finanzerträge	4 115	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	185 363	230 891	-45 528	-19.7
	Total Erträge	4 115	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-127	Übrige Aktiven	2 146	2 146	0	0.0
	Finanzaufwand	-2 649	Total Aktiven	256 929	255 590	1 339	0.5
	Total Aufwand	-2 776	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 339	Fondsbestand	-256 929	-255 590	-1 339	-0.5
	- davon Finanzerfolg	1 466	Total Passiven	-256 929	-255 590	-1 339	-0.5

9812 Schmid-Wörner-Stiftung

Akten-Nr. 8520 Vermächtnis von Jakob Albert Schmid-Wörner in Zürich zugunsten von Gebrechlichen und Unbemittelten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	40 230	23 640	16 591	70.2
RRB Nr. 238/1919	Finanzerträge	10 307	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	471 281	502 732	-31 451	-6.3
	Total Erträge	10 307	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-13 256	Übrige Aktiven	4 776	5 647	-871	-15.4
	Finanzaufwand	-12 783	Total Aktiven	516 287	532 019	-15 732	-3.0
	Total Aufwand	-26 039	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-15 732	Fondsbestand	-516 287	-532 019	15 732	3.0
	- davon Finanzerfolg	-2 476	Total Passiven	-516 287	-532 019	15 732	3.0

9813 Fonds Zürcher Bildnisse aus sechs Jahrhunderten

Akten-Nr. 8530 Zur Durchführung einer Gemäldeausstellung «Zürcher Bildnisse aus sechs Jahrhunderten» anlässlich der 700-Jahr-Feier des Standes Zürich im Jahre 2051.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	27 793	15 050	12 743	84.7
RRB Nr. 3774/1962	Finanzerträge	2 761	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	114 571	125 556	-10 985	-8.7
	Total Erträge	2 761	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-71	Übrige Aktiven	1 104	1 158	-53	-4.6
	Finanzaufwand	-985	Total Aktiven	143 469	141 764	1 705	1.2
	Total Aufwand	-1 056	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 705	Fondsbestand	-143 469	-141 764	-1 705	-1.2
	- davon Finanzerfolg	1 776	Total Passiven	-143 469	-141 764	-1 705	-1.2

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

R 2013

Gesundheitsdirektion

9816 Fonds zugunsten bedürftiger Kranker

Akten-Nr. 8700 Zusammenlegung der Gollschen Stiftung für unheilbare Kranke und des Lina Aepli-Fonds.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
RRB Nr. 4982/1979	Finanzerträge	17 507	
	Total Erträge	17 507	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-416	
	Finanzaufwand	-14 938	
	Total Aufwand	-15 354	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 153	
	- davon Finanzerfolg	2 569	

Bilanz

31.12.2013 31.12.2012 Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	29 429	62 454	-33 025	-52.9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	802 467	767 664	34 804	4.5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	10 194	9 819	375	3.8
Total Aktiven	842 090	839 937	2 153	0.3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-842 090	-839 937	-2 153	-0.3
Total Passiven	-842 090	-839 937	-2 153	-0.3

9817 Fonds für wissenschaftliche Zwecke im Interesse der Heilung von Geisteskrankheiten

Akten-Nr. 8702 Geschenk eines nicht genannt sein wollenden Spenders und Vermächtnis von Hermann Otto Rücker-Emboden für wissenschaftliche Zwecke im Interesse der Heilung von Geisteskrankheiten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
RRB Nrn. 4131/1962 und 4406/1982	Finanzerträge	12 032	
	Total Erträge	12 032	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-382	
	Finanzaufwand	-17 531	
	Total Aufwand	-17 913	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-5 882	
	- davon Finanzerfolg	-5 500	

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	41 485	59 325	-17 839	-30.1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	721 656	708 436	13 220	1.9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	4 579	5 841	-1 263	-21.6
Total Aktiven	767 720	773 602	-5 882	-0.8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-767 720	-773 602	5 882	0.8
Total Passiven	-767 720	-773 602	5 882	0.8

9818 Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich

Akten-Nr. 8710 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. Zusammenlegung von: - Vereinigte Fonds für Kranke des Universitätsspitals Zürich, RRB Nr. 1211/1932 - Eduard Alexander Schneeli-Stiftung - August Abegg-Fonds für die Unterstützung von Patienten der Universitäts-Augenklinik - Oberrichter Dr. Hans Kem-Fonds für ein Freibett im Universitätsspital Zürich. RRB Nrn. 4982/1979 und 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
	Finanzerträge	90 335	
	Total Erträge	90 335	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-101 979	
	Finanzaufwand	-68 441	
	Total Aufwand	-170 420	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-80 085	
	- davon Finanzerfolg	21 894	

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	69 061	231 097	-162 036	-70.1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	3 905 666	3 815 510	90 156	2.4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	33 668	41 873	-8 205	-19.6
Total Aktiven	4 008 395	4 088 480	-80 085	-2.0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-4 008 395	-4 088 480	80 085	2.0
Total Passiven	-4 008 395	-4 088 480	80 085	2.0

9819 Fonds für das Personal des Universitätsspitals Zürich

Akten-Nr. 8711 Für hilfsbedürftiges, gegenwärtiges und ehemaliges Personal und hilfsbedürftige Familienangehörige solchen Personals; für die Förderung, insbesondere die Fortbildung des Personals, für die Finanzierung von Personalanlässen, für die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. Zusammenlegung des Fonds für das Pflegepersonal des Universitätsspitals Zürich und des Wilhelm Friedrich Weilenmann-Fonds. RRB Nrn. 4982/1979, 3159/1980 und 226/1986	Zuwendungen und betriebliche Erträge		
	Finanzerträge	53 687	
	Total Erträge	53 687	
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 207	
	Finanzaufwand	-48 599	
	Total Aufwand	-49 806	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	3 881	
	- davon Finanzerfolg	5 088	

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	77 738	59 663	18 075	30.3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	2 335 696	2 345 931	-10 235	-0.4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	22 663	26 622	-3 959	-14.9
Total Aktiven	2 436 097	2 432 216	3 881	0.2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-2 436 097	-2 432 216	-3 881	-0.2
Total Passiven	-2 436 097	-2 432 216	-3 881	-0.2

Erfolgsrechnung

	R 2013
9820 Dr. Max und Marie Alpiger-Fonds	
Akten-Nr. 8712 Vermächtnis von Fräulein Marie Alpiger zugunsten des Universitätsspitals Zürich für gemeinnützige Zwecke, unter anderem zur Beschaffung von Büchern für die Patientenbibliothek.	
RRB Nm. 1410/1942 und 3159/1980	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	1 416
Total Erträge	1 416
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-59
Finanzaufwand	-445
Total Aufwand	-504
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	912
- davon Finanzerfolg	971

Bilanz

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	40 739	54 249	-13 510	-24.9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	76 933	62 577	14 356	22.9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	953	887	67	7.5
Total Aktiven	118 625	117 713	912	0.8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-118 625	-117 713	-912	-0.8
Total Passiven	-118 625	-117 713	-912	-0.8

9821 Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur

Akten-Nr. 8720 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. Zusammenlegung von: - Vereinigte Fonds für Kranke des Kantonsspitals Winterthur, RRB Nr. 1211/1932 - Carl Roth-Stiftung. RRB Nm. 4982/1979 und 1359/1980	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	7 416
Finanzerträge	81 864
Total Erträge	89 280
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-71 498
Finanzaufwand	-71 147
Total Aufwand	-142 645
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-53 365
- davon Finanzerfolg	10 717

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	-2 962	121 153	-124 115	-102.4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	3 800 059	3 722 651	77 408	2.1
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	34 072	40 730	-6 658	-16.3
Total Aktiven	3 831 169	3 884 534	-53 365	-1.4
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-3 831 169	-3 884 534	53 365	1.4
Total Passiven	-3 831 169	-3 884 534	53 365	1.4

9822 Fonds für das Pflegepersonal des Kantonsspitals Winterthur (Marta-Weiss-Fonds)

Akten-Nr. 8721 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfsbedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	2 838
Total Erträge	2 838
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-106
Finanzaufwand	-886
Total Aufwand	-992
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 846
- davon Finanzerfolg	1 952

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	38 864	61 061	-22 198	-36.4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	172 568	148 713	23 856	16.0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 757	1 569	188	12.0
Total Aktiven	213 188	211 342	1 846	0.9
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-213 188	-211 342	-1 846	-0.9
Total Passiven	-213 188	-211 342	-1 846	-0.9

9823 Fonds für Kranke der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich

Akten-Nr. 8730 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Patienten sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von anderen zugefügt werden. RRB Nm. 3159/1980, 1265/2011	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	41 712
Total Erträge	41 712
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-45 068
Finanzaufwand	-31 148
Total Aufwand	-76 216
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-34 504
- davon Finanzerfolg	10 565

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	49 889	60 714	-10 825	-17.8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 836 879	1 858 724	-21 845	-1.2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	17 490	19 324	-1 833	-9.5
Total Aktiven	1 904 258	1 938 762	-34 504	-1.8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-1 904 258	-1 938 762	34 504	1.8
Total Passiven	-1 904 258	-1 938 762	34 504	1.8

9824 Fonds für das Personal der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich

Akten-Nr. 8731 Für die Unterstützung von hilfsbedürftigem Personal und hilfsbedürftigen Angehörigen des Personals. Für die Fortbildung des Personals, die Finanzierung von Personalanlässen und die Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die dem Personal von Patienten zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	7 622
Total Erträge	7 622
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-237
Finanzaufwand	-5 969
Total Aufwand	-6 206
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 416
- davon Finanzerfolg	1 653

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	62 485	56 238	6 247	11.1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	411 517	415 376	-3 859	-0.9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	3 615	4 587	-971	-21.2
Total Aktiven	477 617	476 201	1 416	0.3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-477 617	-476 201	-1 416	-0.3
Total Passiven	-477 617	-476 201	-1 416	-0.3

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung			Bilanz		Veränderung		
R 2013			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %	
9826 Fonds für Kranke der IPW Klinik Schlosstal							
Akten-Nr. 8740 Für hilfs- und betreuungsbedürftige stationäre und ambulante Kranke sowie für die Unterstützung von Angehörigen von Kranken. Deckung nicht anderweitig gedeckter Schäden, die Kranken von andern zugefügt werden. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	12 439 12 439 –335 –12 588 –12 923 –485 –150	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	47 765 621 812 4 922 674 498 674 983 –674 498 –674 983	54 609 614 685 5 689 674 983 –674 983 –674 983	–6 844 7 127 –767 –485 485 485 0.1 0.1	–12.5 1.2 –13.5 –0.1 0.1
9828 Fonds für das Kinderheim Brüschalde, Männedorf							
Akten-Nr. 8750 Vermächtnis von Robert Ernst, von Winterthur, für Zwecke des Kinderheims. RRB Nr. 3159/1980	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	3 470 3 470 –124 –1 372 –1 496 1 975 2 099	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	42 928 204 583 1 966 249 476 247 501 –249 476 –249 476	59 406 186 213 1 883 247 501 –247 501 –247 501	–16 478 18 370 83 1 975 1 975 –1 975 –1 975	–27.7 9.9 4.4 0.8 –0.8
9839 Eugen Bleuler-Fonds							
Akten-Nr. 8913 Schenkung von Dr. med. A. A. Brill in New York zur Anschaffung von Büchern und Zeitschriften für die wissenschaftliche Bibliothek der Psychiatrischen Klinik der Universität Zürich. RRB Nr. 1829/1938	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	2 2 –50 –50 –48 2	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	18 271 18 271 18 319 –18 271 –18 271	18 319 18 319 –18 319 –18 319	–48 –48 48 48 48	–0.3 –0.3 0.3 0.3
9898 Stiftung ZInEP							
Akten-Nr. 9898 Schenkung zur Realisierung des Zürcher Impulsprogramms zur nachhaltigen Entwicklung in der Psychiatrie. Annahmeerklärung der Gesundheitsdirektion vom 4. November 2008	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	2 006 100 4 549 2 010 649 –1 805 819 –4 585 –1 810 403 200 245 –36	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	2 350 890 145 400 11 966 2 508 256 –166 898 –2 341 358 –2 508 256	2 000 240 218 100 7 634 2 225 974 –84 860 –2 141 113 –2 225 974	350 650 –72 700 4 332 282 283 –82 037 –200 245 –282 283	17.5 –33.3 56.7 12.7 –96.7 –9.4 –12.7

Erfolgsrechnung

R 2013

Bildungsdirektion**9829 Hochschulstiftung**

Akten-Nr. 8900 Zusammenlegung von drei Fonds:	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
– Hochschulfonds	Finanzerträge	35 063
– Dotationsfonds der Universität	Total Erträge	35 063
– Cari Friedrich Naef-Fonds.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–85 842
RRB Nr. 375/1980; Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons vom 2. September 1979 (GS 611, § 48h)	Finanzaufwand	–10 345
	Total Aufwand	–96 187
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–61 123
	– davon Finanzerfolg	24 718

Bilanz

31.12.2013 31.12.2012

Veränderung
Absolut in %

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	71 842	281 097	–209 255	–74.4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	6 344 455	6 187 335	157 120	2.5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	55 405	64 393	– 8 989	–14.0
Total Aktiven	6 471 702	6 532 825	–61 123	–0.9
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–6 471 702	–6 532 825	61 123	0.9
Total Passiven	–6 471 702	–6 532 825	61 123	0.9

9830 Dr. Hermann Stoll-Fonds zugunsten der Universität Zürich

Akten-Nr. 8902 Vermächtnis von Dr. Hermann Stoll, Zürich, für Zulagen an einzelne als Forscher oder Lehrer besonders hervorragende Professoren.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 1508/1948	Finanzerträge	–10 856
	Total Erträge	–10 856
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–24 592
	Finanzaufwand	–7 454
	Total Aufwand	–32 046
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–42 902
	– davon Finanzerfolg	–18 310

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	23 925	178 019	–154 094	–86.6
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 816 584	1 704 915	111 670	6.5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	10 220	10 725	–505	–4.7
Total Aktiven	1 850 729	1 893 659	–42 930	–2.3
Übrige Passiven	–917	–944	28	2.9
Fondsbestand	–1 849 812	–1 892 714	42 902	2.3
Total Passiven	–1 850 729	–1 893 659	42 930	2.3

9831 Helene Bieber-Fonds

Akten-Nr. 8903 Vermächtnis von Frau Helene Bieber, von Castagnola, zugunsten der Universität Zürich, insbesondere zur Förderung besonderer Forschungen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 2579/1971	Finanzerträge	776
	Total Erträge	776
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–45 329
	Finanzaufwand	–1 356
	Total Aufwand	–46 685
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–45 909
	– davon Finanzerfolg	–580

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	6 412	46 894	–40 482	–86.3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	650 397	655 692	–5 296	–0.8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	5 942	6 074	–132	–2.2
Total Aktiven	662 751	708 660	–45 909	–6.5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–662 751	–708 660	45 909	6.5
Total Passiven	–662 751	–708 660	45 909	6.5

9832 Fonds für ein Dozenten-Gästehaus der Universität Zürich

Akten-Nr. 8904 Vermächtnis von alt Oberstdivisionär Dr. Karl Brunner für Beiträge an Angehörige der Universität oder Institutionen der Studentenschaft in Härtefällen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
RRB Nr. 4220/1974	Finanzerträge	105
	Total Erträge	105
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–10 107
	Finanzaufwand	–189
	Total Aufwand	–10 296
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–10 191
	– davon Finanzerfolg	–84

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	60 694	47 009	13 685	29.1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	153 379	176 917	–23 538	–13.3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 002	1 341	–339	–25.3
Total Aktiven	215 075	225 266	–10 191	–4.5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–215 075	–225 266	10 191	4.5
Total Passiven	–215 075	–225 266	10 191	4.5

9833 Fonds für ein Studentenheim an der Universität Zürich

Akten-Nr. 8905 Vereinigung der für die Gründung eines Studentenheims an der Universität Zürich zur Verfügung stehenden Beträge. Vfg. der Erziehungsdirektion vom 11. Dezember 1922	Zuwendungen und betriebliche Erträge	
	Finanzerträge	590
	Total Erträge	590
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–72
	Finanzaufwand	–460
	Total Aufwand	–532
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	58
	– davon Finanzerfolg	130

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	44 083	52 287	–8 204	–15.7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	99 010	90 672	8 338	9.2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	539	614	–75	–12.3
Total Aktiven	143 632	143 573	58	0.0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–143 632	–143 573	–58	0.0
Total Passiven	–143 632	–143 573	–58	0.0

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2013	Bilanz		Veränderung	
					Absolut	in %
			31.12.2013	31.12.2012		
9834 Frieda Magdalena Cattaruzza-Fonds						
Akten-Nr. 8908 Vermächtnis von Frau Frieda Magdalena Cattaruzza an die Augenklinik des Universitätsspitals Zürich zur Unterstützung von Auszubildenden auf dem Gebiet der Augenheilkunde und Augenchirurgie.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		20 888	41 942	-21 054	-50.2
	Finanzerträge	278	195 470	290 663	-95 193	-32.8
	Total Erträge	278				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-120 640		1 616	-705	-30.4
	Finanzaufwand	3 410		217 974	334 926	-116 952
	Total Aufwand	-117 230				
RRB Nr. 1673/1997	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-116 952	-217 974	-334 926	116 952	34.9
	- davon Finanzerfolg	3 688	-217 974	-334 926	116 952	34.9
9835 Nelly Solz-Legat						
Akten-Nr. 8909 Vermächtnis von Frau Nelly Stob-Nocker für Forschungszwecke der Neurologischen Klinik der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		27 830	39 907	-12 076	-30.3
	Finanzerträge	-1 067	462 234	451 287	10 947	2.4
	Total Erträge	-1 067				
RRB Nr. 3065/1988	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-246		3 857	-846	-18.0
	Finanzaufwand	-662		493 921	495 896	-1 975
	Total Aufwand	-908				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 975	-493 921	-495 896	1 975	0.4
	- davon Finanzerfolg	-1 729	-493 921	-495 896	1 975	0.4
9836 Fonds für medizinische Forschungen						
Akten-Nr. 8910 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nr. 1211/1932:	Zuwendungen und betriebliche Erträge		68 571	168 477	-99 906	-59.3
- Karl Rieser- und Heinrich Paur-Fonds	Finanzerträge	8 722	3 111 636	3 152 109	-40 473	-1.3
	Total Erträge	8 722				
zur Förderung medizinwissenschaftlicher Forschung und Vermächtnisse von Dr. med. H. und Frau D. Hürlimann-Perini, Otto Josef Hirschmann, Martha Klara Grossmann und Hans Otto Schorn-Furrer	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-152 631		23 284	-5 649	-19.5
	Finanzaufwand	-2 119		3 203 490	3 349 518	-146 028
	Total Aufwand	-154 750				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-146 028	-3 203 490	-3 349 518	146 028	4.4
	- davon Finanzerfolg	6 603	-3 203 490	-3 349 518	146 028	4.4
- Fonds für die Krebsforschung an der Universität Zürich, gestiftet durch Daniel Jenny in Ennenda, und Vermächtnisse von A. Hürlimann-Hirzel, Adolf Alexander, Luise Dilger, Emil Otto Berthele, Edith Kusch-Neumann und Renée Weil-Schlesinger						
- Dr. Stierlin-Preis (RRB Nr. 1151/1956)						
- Zuwendung von Edith Kusch-Neumann für die Forschung auf dem Gebiet der Augenheilkunde.						
9837 Fonds für das Pharmakologische Institut der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8911 Schenkung von Prof. Dr. Max Cloetta zur Anschaffung wissenschaftlicher Zeitschriften.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		45 957	64 245	-18 288	-28.5
	Finanzerträge	111	266 493	251 114	15 379	6.1
	Total Erträge	111				
RRB Nr. 1915/1937	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 826		2 504	-172	-6.4
	Finanzaufwand	-517		314 954	318 035	-3 081
	Total Aufwand	-3 343				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-3 232	-314 803	-318 035	3 232	1.0
	- davon Finanzerfolg	-406	-314 954	-318 035	3 081	1.0

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %
9838 Fonds für wissenschaftliche Untersuchungen am Gerichtsmedizinischen Institut (Heinrich Zangger-Legat)						
Akten-Nr. 8912 Schenkung von zwei	Zuwendungen und betriebliche Erträge		14 833	14 882	-49	-0.3
Versicherungsgesellschaften zum Ausbau des	Finanzerträge	2				
Gerichtsmedizinischen Instituts sowie Legat	Total Erträge	2				
von Fräulein Gina Zangger für denselben	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
Zweck.	Finanzaufwand					
RRB Nm. 3408/1936 und 1181/1982	Total Aufwand	-50	14 833	14 882	-49	-0.3
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-49	-14 833	-14 882	49	0.3
	- davon Finanzerfolg	2	-14 833	-14 882	49	0.3
9840 Dr. med. Eugen Schurter-Fonds						
Akten-Nr. 8914 Vermächtnis von Dr. med.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		53 073	46 673	6 400	13.7
Eugen Schurter in Pfäffikon zur Förderung der	Finanzerträge	3 032	248 519	251 951	-3 432	-1.4
Bibliothek des Universitätsspitals.	Total Erträge	3 032				
RRB Nr. 3493/1959	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-151	1 729	2 193	-464	-21.2
	Finanzaufwand	-377				
	Total Aufwand	-528	303 321	300 817	2 504	0.8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 504	-303 321	-300 817	-2 504	-0.8
	- davon Finanzerfolg	2 655	-303 321	-300 817	-2 504	-0.8
9841 Marguerita Edith Bitterlin-Legat						
Akten-Nr. 8915 Vermächtnis von Frau	Zuwendungen und betriebliche Erträge		69 919	121 418	-51 499	-42.4
Marguerita Edith Bitterlin-Wydlar in	Finanzerträge	-3 017	1 690 871	1 642 935	47 936	2.9
Zumikon zugunsten verschiedener	Total Erträge	-3 017				
Institute und Kliniken der Universität	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-883	15 917	16 874	-956	-5.7
Zürich für Forschungen auf dem Gebiet	Finanzaufwand	-620				
der Parkinsonschen Krankheit und der	Total Aufwand	-1 503	1 776 707	1 781 227	-4 520	-0.3
Krebskrankheiten.	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-4 520	-1 776 707	-1 781 227	4 520	0.3
RRB Nr. 3214/1987	- davon Finanzerfolg	-3 637	-1 776 707	-1 781 227	4 520	0.3
9842 Stehr-Boldt-Fonds der Universität Zürich						
Akten-Nr. 8916 Schenkung von Sanitätsrat	Zuwendungen und betriebliche Erträge		43 919	118 687	-74 768	-63.0
Dr. Alfred Stehr zur Veröffentlichung der	Finanzerträge	-1 082	963 040	894 677	68 363	7.6
hinterlassenen wissenschaftlichen Arbeit	Total Erträge	-1 082				
des Donators und zur Durchführung von	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-502	7 188	7 122	66	0.9
Preisausschreiben durch die Universität Zürich	Finanzaufwand	-4 753				
auf dem vom Donator gepflegten	Total Aufwand	-5 255	1 014 147	1 020 487	-6 339	-0.6
Forschungsgebiet.	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-6 337	-1 013 646	-1 019 983	6 337	0.6
	- davon Finanzerfolg	-5 835	-1 014 147	-1 020 487	6 339	0.6
9843 Rosalia-Legat						
Akten-Nr. 8917 Sammlung italienischer	Zuwendungen und betriebliche Erträge		48 830	48 068	762	1.6
Staatsangehöriger für die Behandlung	Finanzerträge	33	60 715	61 611	-897	-1.5
von unbemittelten italienischen	Total Erträge	33				
Staatsangehörigen, vorzugsweise Kindern,	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-55	555	443	112	25.4
in der Abteilung Kieferkrankheiten und	Finanzaufwand					
Kieferchirurgie des Zahnärztlichen Institutes	Total Aufwand	-55	110 100	110 122	-22	0.0
der Universität Zürich.	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-22	-110 100	-110 122	22	0.0
RRB Nr. 3278/1988	- davon Finanzerfolg	33	-110 100	-110 122	22	0.0

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung			Bilanz		Veränderung		
	R 2013		31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %	
9844 Ida de Pottère-Leupold und Dr. jur. Erik de Pottère-Stiftung							
Akten-Nr. 8918 Schenkung von Dr. jur. Erik de Pottère zur Förderung der Krebsforschung an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	110 393	48 570	61 823	127.3
RRB Nr. 244/1964	Finanzerträge	18 409	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	203 920	247 154	-43 234	-17.5
	Total Erträge	18 409	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-157	Übrige Aktiven	447	1 290	-843	-65.4
	Finanzaufwand	-506	Total Aktiven	314 760	297 013	17 746	6.0
	Total Aufwand	-663	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	17 746	Fondsbestand	-314 760	-297 013	-17 746	-6.0
	- davon Finanzerfolg	17 903	Total Passiven	-314 760	-297 013	-17 746	-6.0
9845 Schenkung Artan-Stiftung							
Akten-Nr. 8919 Schenkung der Artan-Stiftung in Vaduz zwecks Ausrichtung von Stipendien an Absolventen der Medizinischen Fakultät.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	48 119	48 435	-316	-0.7
RRB Nr. 2327/1996	Finanzerträge	25	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	43 905	43 727	178	0.4
	Total Erträge	25	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven	140	28	113	409.1
	Finanzaufwand		Total Aktiven	92 164	92 189	-25	0.0
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-25	Fondsbestand	-92 164	-92 189	25	0.0
	- davon Finanzerfolg	25	Total Passiven	-92 164	-92 189	25	0.0
9846 Rousseau-Preis der Universität Zürich							
Akten-Nr. 8920 Gegründet durch Prof. Dr. Ernst Bovet für Semesterpreise an sich besonders auszeichnende ordentliche Mitglieder des Romanischen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	52 051	52 654	-603	-1.1
RRB Nr. 3149/1922	Finanzerträge	-344	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	13 195	12 986	209	1.6
	Total Erträge	-344	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven				
	Finanzaufwand		Total Aktiven	65 246	65 640	-394	-0.6
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-394	Fondsbestand	-65 246	-65 640	394	0.6
	- davon Finanzerfolg	-344	Total Passiven	-65 246	-65 640	394	0.6
9847 Dr. Oscar Reinhart-Fonds							
Akten-Nr. 8921 Schenkung von Dr. h. c. Oscar Reinhart in Winterthur zugunsten des Kunsthistorischen Seminars für Anschaffungen und Beiträge an Exkursionen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	45 335	58 330	-12 995	-22.3
RRB Nrn. 1204/1952 und 4009/1966	Finanzerträge	2 701	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	121 975	106 848	15 128	14.2
	Total Erträge	2 701	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-84	Übrige Aktiven	967	922	45	4.9
	Finanzaufwand	-439	Total Aktiven	168 277	166 099	2 178	1.3
	Total Aufwand	-523	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 178	Fondsbestand	-168 277	-166 099	-2 178	-1.3
	- davon Finanzerfolg	2 262	Total Passiven	-168 277	-166 099	-2 178	-1.3
9848 Hans Süssle-Fonds							
Akten-Nr. 8922 Vermächtnis von Johann Christian Süssle zur Unterstützung parapsychologischer Forschung.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	50 253	65 184	-14 931	-22.9
RRB Nr. 3219/1974	Finanzerträge	-574	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	239 972	225 892	14 080	6.2
	Total Erträge	-574	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-145	Übrige Aktiven	1 565	1 792	-227	-12.7
	Finanzaufwand	-360	Total Aktiven	291 789	292 868	-1 079	-0.4
	Total Aufwand	-505	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 079	Fondsbestand	-291 789	-292 868	1 079	0.4
	- davon Finanzerfolg	-934	Total Passiven	-291 789	-292 868	1 079	0.4

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %
9849 Wettstein-Fonds						
Akten-Nr. 8923 Gesammelt und der Universität geschenkt von alt Regierungsrat Dr. h. c. O. Wettstein zur Förderung des Journalistischen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		45 531	45 117	414	0.9
RRB Nr. 1382/1941	Finanzerträge	-386	59 390	60 356	-966	-1.6
	Total Erträge	-386				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-53		304	113	58.8
	Finanzaufwand			191		
	Total Aufwand	-53	105 225	105 664	-439	-0.4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-439	-105 225	-105 664	439	0.4
	- davon Finanzerfolg	-386	-105 225	-105 664	439	0.4
9850 Legat Dr. h. c. Georges Bloch						
Akten-Nr. 8924 Schenkung von Georges Bloch für Beiträge an Publikationen sowie die Durchführung von Seminaren, Kolloquien und Tagungen, hauptsächlich zugunsten des Kunstgeschichtlichen Seminars der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		26 260	39 334	-13 074	-33.2
RRB Nr. 3554/1984	Finanzerträge	-412	132 409	164 096	-31 688	-19.3
	Total Erträge	-412				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-44 101		381	-147	-27.8
	Finanzaufwand	-395		528		
	Total Aufwand	-44 496	159 050	203 958	-44 908	-22.0
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-44 908	-159 050	-203 958	44 908	22.0
	- davon Finanzerfolg	-807	-159 050	-203 958	44 908	22.0
9851 Meyer-Keyser-Legat						
Akten-Nr. 8925 Vermächtnis von Prof. Dr. Arnold Meyer-Keyser für wissenschaftliche Zwecke an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		49 534	48 590	945	1.9
Regulativ vom 16. November 1916 (ZG 4, S. 397) und RRB Nr. 2720/1916	Finanzerträge	201	70 943	71 859	-917	-1.3
	Total Erträge	201				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-60		524	113	27.3
	Finanzaufwand			412		
	Total Aufwand	-60	121 001	120 860	141	0.1
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	141	-121 001	-120 860	-141	-0.1
	- davon Finanzerfolg	201	-121 001	-120 860	-141	-0.1
9852 Tocquart-Fonds						
Akten-Nr. 8926 Vermächtnis von Frau Redda Marguerite Tocquart in Paris zur Ausrichtung eines Prix Jacques de Bedriaga an Studierende der Zoologie und der Botanik an der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		31 343	64 411	-33 068	-51.3
RRB Nr. 3875/1966	Finanzerträge	3 045	122 771	87 206	35 566	40.8
	Total Erträge	3 045				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-77		1 232	311	33.8
	Finanzaufwand	-160		921		
	Total Aufwand	-237	155 346	152 537	2 808	1.8
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 808	-155 346	-152 537	-2 808	-1.8
	- davon Finanzerfolg	2 885	-155 346	-152 537	-2 808	-1.8
9853 Dr. Carl Fiedler-Stiftung						
Akten-Nr. 8927 Vermächtnis von Dr. Carl Fiedler für Beiträge an junge Gelehrte zur Erleichterung des Besuches zoologischer Meeresstationen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		34 486	39 806	-5 320	-13.4
RRB Nr. 815/1894	Finanzerträge	4				
	Total Erträge	4				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-5 324				
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-5 324	34 486	39 806	-5 320	-13.4
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-5 320	-34 486	-39 806	5 320	13.4
	- davon Finanzerfolg	4	-34 486	-39 806	5 320	13.4

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2013
9854 Karl Hescheler-Stiftung	
Akten-Nr. 8928 Vermächtnis von Prof. Dr. Karl Hescheler. Die Erträge sind zur Hälfte zugunsten des Zoologischen Instituts und je zu einem Viertel zugunsten des Paläontologischen Instituts und Museums sowie des Zoologischen Museums der Universität Zürich zu verwenden.	
RRB Nrn. 3853/1948, 1734/1949 und 496/1986	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	-5 625
Total Erträge	-5 625
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-369
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-369
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-5 994
- davon Finanzerfolg	-5 625

Bilanz

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	45 536	31 301	14 235	45.5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	688 684	708 913	-20 229	-2.9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 837	7 837	0	0.0
Total Aktiven	742 057	748 051	-5 994	-0.8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-742 057	-748 051	5 994	0.8
Total Passiven	-742 057	-748 051	5 994	0.8

9855 Alfred Werner-Legat

Akten-Nr. 8929 Vermächtnis von Fräulein Charlotte Werner zum Andenken an Professor Alfred Werner für chemische Forschungszwecke und Stipendien an schweizerische Chemiestudenten.	
RRB Nr. 3992/1981	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	520 016
Total Erträge	520 016
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-212 856
Finanzaufwand	1 992
Total Aufwand	-210 865
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	309 151
- davon Finanzerfolg	522 007

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	54 381	-139 339	193 720	139.0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	8 593 456	8 461 673	131 784	1.6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	48 182	53 535	-5 353	-10.0
Total Aktiven	8 696 019	8 375 868	320 151	3.8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-8 685 019	-8 375 868	-309 151	-3.7
Total Passiven	-8 696 019	-8 375 868	-320 151	-3.8

9856 Orelli-Stiftung für die Universität

Akten-Nr. 8930 Vermächtnis von Prof. Dr. Alois v. Orelli in Zürich zur Förderung und Ausstattung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät insbesondere des Juristischen Seminars.	
RRB Nr. 313/1892	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	898
Total Erträge	898
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-5 603
Finanzaufwand	-439
Total Aufwand	-6 042
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-5 144
- davon Finanzerfolg	459

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	37 567	65 318	-27 751	-42.5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	366 278	343 605	22 673	6.6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	3 023	3 090	-66	-2.1
Total Aktiven	406 868	412 012	-5 144	-1.2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-406 868	-412 012	5 144	1.2
Total Passiven	-406 868	-412 012	5 144	1.2

9857 Maria Lang-Heussi-Legat

Akten-Nr. 8931 Vermächtnis von Frau Maria Lang-Heussi in Embrach zugunsten des Botanischen Gartens, Institut für systematische Botanik der Universität Zürich, für die botanische Forschung.	
RRB Nr. 2925/1989	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	2 325
Total Erträge	2 325
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-23 265
Finanzaufwand	-1 208
Total Aufwand	-24 473
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-22 148
- davon Finanzerfolg	1 117

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	39 955	95 873	-55 918	-58.3
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	832 587	798 050	34 537	4.3
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 320	8 088	-768	-9.5
Total Aktiven	879 862	902 010	-22 148	-2.5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-879 862	-902 010	22 148	2.5
Total Passiven	-879 862	-902 010	22 148	2.5

9858 Dr. Edwin Frey-Fonds

Akten-Nr. 8932 Vermächtnis von Frau Eugenie Frey-Schäfer in Zürich zum Andenken an ihren Sohn Dr. Edwin Frey zur Förderung betriebswirtschaftlicher Studien des Handelswissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich.	
RRB Nr. 2827/1965	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	-4 474
Total Erträge	-4 474
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-4 240
Finanzaufwand	-422
Total Aufwand	-4 662
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-9 136
- davon Finanzerfolg	-4 896

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	46 492	52 169	-5 676	-10.9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	484 211	487 532	-3 321	-0.7
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 328	2 467	-139	-5.6
Total Aktiven	533 031	542 167	-9 136	-1.7
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-533 031	-542 167	9 136	1.7
Total Passiven	-533 031	-542 167	9 136	1.7

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %	
9859 Karr-Legat							
Akten-Nr. 8933 Schenkung der Firma Karr & Cie. AG, Getreide und Ölsaaten, Zürich, zugunsten der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Volkswirtschaftliche Ausbildung afrikanischer Studenten.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	55 001	54 655	347	0.6
RRB Nr. 2305/1986	Finanzerträge	-152	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	44 708	45 257	-549	-1.2
	Total Erträge	-152	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven	248	248	0	0.0
	Finanzaufwand		Total Aktiven	99 958	100 160	-202	-0.2
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-202	Fondsbestand	-99 958	-100 160	202	0.2
	- davon Finanzerfolg	-152	Total Passiven	-99 958	-100 160	202	0.2
9860 Marie Louise Splinter-Legat							
Akten-Nr. 8934 Vermächtnis von Marie Louise Splinter-Hensel in Greifensee zugunsten der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich für die Ausrichtung von Stipendien an junge Studenten auf dem Gebiet der Botanik.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	48 455	45 214	3 241	7.2
RRB Nr. 737/1989	Finanzerträge	-232	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	200 523	204 100	-3 577	-1.8
	Total Erträge	-232	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-125	Übrige Aktiven	1 244	1 265	-21	-1.7
	Finanzaufwand		Total Aktiven	250 222	250 580	-357	-0.1
	Total Aufwand	-125	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-357	Fondsbestand	-250 222	-250 580	357	0.1
	- davon Finanzerfolg	-232	Total Passiven	-250 222	-250 580	357	0.1
9861 Vereinigte Fonds für die Veterinärchirurgische Klinik (Legate Bühler und Krauer)							
Akten-Nr. 8935 Vereinigung früher selbständiger Fonds zur Förderung von Forschungen an der Veterinärchirurgischen Klinik.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	34 109	73 114	-39 005	-53.3
RRB Nr. 5928/1972	Finanzerträge	675	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	39 380		39 380	0.0
	Total Erträge	675	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	Übrige Aktiven	250		250	0.0
	Finanzaufwand		Total Aktiven	73 739	73 114	625	0.9
	Total Aufwand	-50	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	625	Fondsbestand	-73 739	-73 114	-625	-0.9
	- davon Finanzerfolg	675	Total Passiven	-73 739	-73 114	-625	-0.9
9862 Edith P. Fischer-Walking-Legat							
Akten-Nr. 8936 Vermächtnis von Frau Edith P. Fischer-Walking für die Verbesserung der diagnostischen und therapeutischen Einrichtungen des kantonalen Tierspitals.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	140 841	108 662	32 179	29.6
RRB Nr. 2936/1981	Finanzerträge	2 378	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	462 195	492 453	-30 258	-6.1
	Total Erträge	2 378	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-303	Übrige Aktiven	5 344	5 816	-471	-8.1
	Finanzaufwand	-625	Total Aktiven	608 380	606 930	1 450	0.2
	Total Aufwand	-928	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 450	Fondsbestand	-608 380	-606 930	-1 450	-0.2
	- davon Finanzerfolg	1 753	Total Passiven	-608 380	-606 930	-1 450	-0.2
9863 Betty Sassella-Keller-Legat							
Akten-Nr. 8937 Vermächtnis von Frau Betty Sassella-Keller zugunsten des Organisch-chemischen Institutes für Forschung, Förderung von Mitarbeitern jeder Stufe und Förderung der zwischenmenschlichen Beziehungen innerhalb des OCl.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	67 482	53 372	14 110	26.4
RRB Nr. 4352/1985	Finanzerträge	-523	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	345 818	363 724	-17 907	-4.9
	Total Erträge	-523	Sachanlagen				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-3 099	Übrige Aktiven	4 389	5 149	-760	-14.8
	Finanzaufwand	-936	Total Aktiven	417 688	422 245	-4 557	-1.1
	Total Aufwand	-4 035	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-4 557	Fondsbestand	-417 688	-422 245	4 557	1.1
	- davon Finanzerfolg	-1 459	Total Passiven	-417 688	-422 245	4 557	1.1

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2013
9864 Dr. Wilhelm Jerg-Legat	
Akten-Nr. 8938 Vermächtnis von Frau Ida Jerg zur Förderung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens, der musikwissenschaftlichen Forschung und von interdisziplinären Veranstaltungen an der Universität Zürich.	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	250
Total Erträge	250
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-2 510
Finanzaufwand	-462
Total Aufwand	-2 971
RRB Nr. 930/1986	
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-2 721
- davon Finanzerfolg	-212

Bilanz

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	49 206	25 834	23 372	90.5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	33 055	58 470	-25 415	-43.5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	52	730	-678	-92.9
Total Aktiven	82 312	85 034	-2 721	-3.2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-82 312	-85 034	2 721	3.2
Total Passiven	-82 312	-85 034	2 721	3.2

9865 Fonds zur Förderung der Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich

Akten-Nr. 8940 Schenkung des Schweizerischen Chemie-Syndikates für Forschung und Ausbildung auf dem Gebiet der Chemie und Pharmazie an der Universität Zürich.	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	1 325
Total Erträge	1 325
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-135
Finanzaufwand	-598
Total Aufwand	-733
RRB Nr. 263/1948	
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	592
- davon Finanzerfolg	727

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	58 502	54 235	4 267	7.9
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	211 224	214 711	-3 487	-1.6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 913	2 101	-187	-8.9
Total Aktiven	271 639	271 047	592	0.2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-271 639	-271 047	-592	-0.2
Total Passiven	-271 639	-271 047	-592	-0.2

9866 Walter Imhof-Fonds

Akten-Nr. 9866 Vermächtnis von Walter Imhof zugunsten der Kantonsschule Küsnacht für die Unterstützung von minderbemittelten Schülerinnen und Schülern sowie der Ausstattung des Neubaus.	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	15 835
Total Erträge	15 835
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-89 536
Finanzaufwand	-10 903
Total Aufwand	-100 439
Verfügung der Bildungsdirektion und der Finanzdirektion vom 6. April 2011	
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-84 604
- davon Finanzerfolg	4 932

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	116 681	914 332	-797 651	-87.2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 411 852	703 930	707 922	100.6
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	6 466	1 341	5 125	382.3
Total Aktiven	1 534 999	1 619 603	-84 604	-5.2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-1 534 999	-1 619 603	84 604	5.2
Total Passiven	-1 534 999	-1 619 603	84 604	5.2

9867 Fritz Rohrer-Fonds

Akten-Nr. 8941 Stiftung von Fräulein Alice Rohrer zugunsten der Medizinischen Fakultät sowie des Kunstgeschichtlichen und des Musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Zürich.	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	1 126
Total Erträge	1 126
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-95
Finanzaufwand	-32
Total Aufwand	-127
RRB Nr. 4703/1967	
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	999
- davon Finanzerfolg	1 094

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	60 451	42 285	18 166	43.0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	130 234	147 160	-16 927	-11.5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	766	1 006	-240	-23.8
Total Aktiven	191 451	190 451	999	0.5
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-191 451	-190 451	-999	-0.5
Total Passiven	-191 451	-190 451	-999	-0.5

9868 Anna Feddersen-Wagner-Fonds

Akten-Nr. 8942 Vermächtnis von Frau Dr. Anna Feddersen-Wagner für Forschungen auf dem Gebiet der Medizin und der Chemie an der Universität Zürich.	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	-156
Total Erträge	-156
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-22 443
Finanzaufwand	-438
Total Aufwand	-22 881
RRB Nr. 2093/1952	
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-23 037
- davon Finanzerfolg	-594

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	38 674	66 091	-27 416	-41.5
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	225 944	221 416	4 528	2.0
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	2 053	2 202	-149	-6.8
Total Aktiven	266 671	289 709	-23 037	-8.0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-266 671	-289 709	23 037	8.0
Total Passiven	-266 671	-289 709	23 037	8.0

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %
9869 Dr. Martha Pfister-Legat						
Akten-Nr. 8943 Vermächtnis von Fräulein Dr. Martha Pfister in Zürich für Anschaffungen und zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten von Dozenten und Studierenden der Theologischen und der Philosophischen Fakultät II der Universität Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	5	48 625	48 670	-45	-0.1
	Total Erträge	5			0	0.0
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-50	48 625	48 670	-45	-0.1
RRB Nr. 3788/1967	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-45	-48 625	-48 670	45	0.1
	- davon Finanzerfolg	5	-48 625	-48 670	45	0.1

9870 Schenkung EPA / Neue Warenhaus AG

Akten-Nr. 8944 Schenkung der EPA / Neue Warenhaus AG an das Archäologische Institut der Universität Zürich zum Andenken an Herrn Julius Weber-Locher.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	2	16 741	16 789	-48	-0.3
	Total Erträge	2				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand					
	Total Aufwand	-50	16 741	16 789	-48	-0.3
RRB Nr. 563/1990	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-48	-16 741	-16 789	48	0.3
	- davon Finanzerfolg	2	-16 741	-16 789	48	0.3

9871 Issekutz-Fonds

Akten-Nr. 8945 Schenkung von ungenannt sein wollenden Donatoren zum Andenken an den ungarischen Wirtschaftsrechtler Dr. Stefan Issekutz zwecks Preisvergaben für hervorragende Arbeiten im Bereich des Wirtschaftsrechts.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	48 923	31 749	60 044	-28 295	-47.1
	Total Erträge	48 923	597 597	528 341	69 256	13.1
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-8 315				
	Finanzaufwand	-216	4 025	4 595	-570	-12.4
	Total Aufwand	-8 531	633 371	592 979	40 391	6.8
RRB Nr. 323/1998	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	40 391	-633 371	-592 979	-40 391	-6.8
	- davon Finanzerfolg	48 706	-633 371	-592 979	-40 391	-6.8

9872 Emma Louise Kessler-Fonds

Akten-Nr. 8946 Vermächtnis von Frau Dr. med. Emma Louise Kessler an das Institut für Rechtsmedizin der Universität Zürich. Verwendungszweck: Anschaffung von Betriebseinrichtungen für Lehre und Forschung; Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen zur Förderung von Forschungsprojekten des Institutes für Rechtsmedizin sowie Unterhalt der im Vermächtnis enthaltenen Liegenschaft.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	109 501	409 716	224 092	185 624	82.8
	Total Erträge	109 501	18 753 720	20 076 199	-1 322 479	-6.6
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-1 268 396	839 300	839 300	0	0.0
	Finanzaufwand	-35 677	172 016	229 733	-57 717	-25.1
	Total Aufwand	-1 304 073	20 174 752	21 369 324	-1 194 572	-5.6
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 194 572	-20 174 752	-21 369 324	1 194 572	5.6
	- davon Finanzerfolg	73 824	-20 174 752	-21 369 324	1 194 572	5.6
RRB Nr. 584/1998						

9873 Legat zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II

Akten-Nr. 8948 Schenkung einer liechtensteinischen Stiftung zur Prämierung hervorragender wissenschaftlicher Arbeiten der Phil. Fakultät II.	Zuwendungen und betriebliche Erträge					
	Finanzerträge	-5 013	49 130	86 044	-36 914	-42.9
	Total Erträge	-5 013	690 798	659 914	30 884	4.7
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-372				
	Finanzaufwand	-442	7 292	7 090	202	2.9
	Total Aufwand	-814	747 220	753 047	-5 827	-0.8
RRB Nr. 1215/1996	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-5 827	-747 220	-753 047	5 827	0.8
	- davon Finanzerfolg	-5 455	-747 220	-753 047	5 827	0.8

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2013
9874 Stipendienfonds der höheren Lehranstalten	
Akten-Nr. 8950 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nr. 2725/1920 und ergänzt durch RRB Nrn. 2720/1951 und 552/1956:	
– Stipendienfonds für höhere Lehranstalten	
– Jubiläumsstipendienfonds der Universität	
– Luchsinger-Fonds	
– Reichenbach-Stipendienfonds	
– Unterstützungsfonds für Chemiestudierende	
– Dr. Emil Bindschedler-Fonds zum Andenken an Prof. Dr. Alfred Werner	
– Stipendienkasse der Universität Zürich. Verordnung über die Ausrichtung von Studienbeiträgen an Schüler und Studierende höherer Lehranstalten vom 6. Februar 1974	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	11 333
Total Erträge	11 333
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–1 085
Finanzaufwand	–4 184
Total Aufwand	–5 269
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	6 064
– davon Finanzerfolg	7 149

Bilanz

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	520 700	379 038	141 662	37.4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	1 646 256	1 774 096	–127 840	–7.2
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 804	15 563	–7 758	–49.9
Total Aktiven	2 174 761	2 168 697	6 064	0.3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–2 174 761	–2 168 697	–6 064	–0.3
Total Passiven	–2 174 761	–2 168 697	–6 064	–0.3

9875 Von Schweizer'scher Stipendienfonds

Akten-Nr. 8951 Vermächtnis des russischen Staatsrates G. von Schweizer zur Unterstützung eines hilfsbedürftigen Studierenden aus Stadt und Kanton Zürich. Reglement des Regierungsrates vom 11. Oktober 1873 / 7. Januar 1891	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	7
Total Erträge	7
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	–50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–43
– davon Finanzerfolg	7

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	65 381	65 425	–43	–0.1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	65 381	65 425	–43	–0.1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–65 381	–65 425	43	0.1
Total Passiven	–65 381	–65 425	43	0.1

9876 Jacques Huber-Fonds

Akten-Nr. 8952 Vermächtnis von Frau Edith Margaretha Huber in Zürich für Beiträge an den Druck vorzüglicher Dissertationen von unbemittelten Studierenden der Universität Zürich. RRB Nr. 3063/1950	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	3
Total Erträge	3
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	–50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–47
– davon Finanzerfolg	3

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	26 738	26 785	–47	–0.2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	26 738	26 785	–47	–0.2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–26 738	–26 785	47	0.2
Total Passiven	–26 738	–26 785	47	0.2

9877 Auslandschweizer-Studentenfonds des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte

Akten-Nr. 8953 Schenkung des Vereins Zürcherischer Rechtsanwälte aus Anlass seines hundertjährigen Bestehens für Stipendien an Auslandschweizer, die in Zürich die Rechte studieren. RRB Nr. 2897/1976	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	2
Total Erträge	2
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	–50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–48
– davon Finanzerfolg	2

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	24 610	24 658	–48	–0.2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	24 610	24 658	–48	–0.2
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–24 610	–24 658	48	0.2
Total Passiven	–24 610	–24 658	48	0.2

9878 Sächsische Stiftung Providentiae memor

Akten-Nr. 8954 Gegründet durch Dr. Peter Maximilian Krenkel in Dresden für Studierende der Theologischen Fakultät der Universität Zürich. RRB Nrn. 1416/1899 und 3807/1961	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	6
Total Erträge	6
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	–3 050
Finanzaufwand	
Total Aufwand	–3 050
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	–3 044
– davon Finanzerfolg	6

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	60 614	63 658	–3 044	–4.8
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	60 614	63 658	–3 044	–4.8
Übrige Passiven				
Fondsbestand	–60 614	–63 658	3 044	4.8
Total Passiven	–60 614	–63 658	3 044	4.8

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %
9879 Scheller-Kunz-Stipendienfonds						
Akten-Nr. 8956 Vermächtnis von Frau Anna Christine Scheller-Kunz für Stipendien an Studierende der protestantischen Theologie. Erziehungsratsbeschluss Nr. 716/1932	Zuwendungen und betriebliche Erträge		59 016	59 060	-44	-0.1
	Finanzerträge	6				
	Total Erträge	6				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand		59 016	59 060	-44	-0.1
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-44	-59 016	-59 060	44	0.1
	- davon Finanzerfolg	6	-59 016	-59 060	44	0.1

9880 Dr. Otto Schnabel-Fonds

Akten-Nr. 8957 Schenkung der Erben von Dr. Otto Schnabel in Zürich und von Dr. med. Ilse Berta Maria Schnabel alle Otto Schnabel-Bertha Gassmann-Fonds für Auslandssemester, die Drucklegung von guten Dissertationen oder die Fortsetzung des Studiums nach Abschluss der Doktor-Prüfung zugunsten Studierender der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. RRB Nrn. 1552/1943, 1742/1969 und 2908/1975	Zuwendungen und betriebliche Erträge		50 820	41 544	9 277	22.3
	Finanzerträge	-568	22 860	32 984	-10 124	-30.7
	Total Erträge	-568				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-450	4	188	-184	-98.0
	Finanzaufwand	-13	73 684	74 715	-1 031	-1.4
	Total Aufwand	-463				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 031	-73 684	-74 715	1 031	1.4
	- davon Finanzerfolg	-581	-73 684	-74 715	1 031	1.4

9881 Heini Suter-Fonds

Akten-Nr. 8958 Schenkung der Eheleute K. Suter-Wehrli in Zürich zum Andenken an ihren Sohn Heini Suter zur Unterstützung bedürftiger Studierender der Medizin. RRB Nrn. 1799/1939 und 939/1943	Zuwendungen und betriebliche Erträge		67 569	67 612	-43	-0.1
	Finanzerträge	7				
	Total Erträge	7				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand		67 569	67 612	-43	-0.1
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-43	-67 569	-67 612	43	0.1
	- davon Finanzerfolg	7	-67 569	-67 612	43	0.1

9882 Fonds zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte

Akten-Nr. 8959 Schenkungen zur Förderung von Auslandsstudien in Allgemeiner neuerer Geschichte. RRB Nr. 2635/1968	Zuwendungen und betriebliche Erträge		2 323	2 372	-50	-2.1
	Finanzerträge	0				
	Total Erträge	0				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand		2 323	2 372	-50	-2.1
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-50	-2 323	-2 372	50	2.1
	- davon Finanzerfolg	0	-2 323	-2 372	50	2.1

9883 Dr. Phil Eugen Baumann-Fonds

Akten-Nr. 8960 Legat von Dr. Eugen Baumann zur Unterstützung von unbemittelten tüchtigen Studierenden der Botanik an der Universität Zürich und für botanische Exkursionen. RRB Nrn. 2103/1935 und 471/1943	Zuwendungen und betriebliche Erträge		51 719	51 651	68	0.1
	Finanzerträge	514	20 250	19 966	284	1.4
	Total Erträge	514				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50	127	14	113	782.3
	Finanzaufwand		72 095	71 631	464	0.6
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	464	-72 095	-71 631	-464	-0.6
	- davon Finanzerfolg	514	-72 095	-71 631	-464	-0.6

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung

	R 2013
9884 Ernst Strehler-Fonds	
Akten-Nr. 8961 Gegründet durch Theodor Strehler in Uster zum Andenken an seinen verstorbenen Bruder Ernst Strehler für schweizerische Schüler der kantonalen Handelsschule und Studierende der handelswissenschaftlichen Abteilung an der Universität Zürich. Reglement vom 17. September 1925 (ZG 4, S. 295); RRB Nr. 2762/1924	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	4 105
Total Erträge	4 105
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-228
Finanzaufwand	-958
Total Aufwand	-1 186
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	2 919
- davon Finanzerfolg	3 147

Bilanz

	31.12.2013	31.12.2012	Veränderung	
			Absolut	in %
Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	47 471	58 389	-10 918	-18.7
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	408 650	393 858	14 791	3.8
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	3 489	4 444	-955	-21.5
Total Aktiven	459 610	456 691	2 919	0.6
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-459 610	-456 691	-2 919	-0.6
Total Passiven	-459 610	-456 691	-2 919	-0.6

9885 Fonds für Höheraufenthalte von Kantonsschülern

Akten-Nr. 8962 Beitrag des Fonds für gemeinnützige Zwecke für Beiträge an Höheraufenthalte zürcherischer Kantonsschüler an alpine Mittelschulen. RRB Nr. 1445/1950	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	4 105
Total Erträge	4 105
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-146
Finanzaufwand	-5 726
Total Aufwand	-5 872
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-1 767
- davon Finanzerfolg	-1 621

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	21 378	46 863	-25 484	-54.4
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	269 533	245 228	24 305	9.9
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 981	2 569	-588	-22.9
Total Aktiven	292 892	294 659	-1 767	-0.6
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-292 892	-294 659	1 767	0.6
Total Passiven	-292 892	-294 659	1 767	0.6

9886 Fonds für die Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8965 Vereinigte Fonds gemäss RRB Nrn. 1211/1932 und 3270/1950: - Schulfestfonds - Unfall- und Sachschadenkasse - Wilhelm Fiedler'scher Zeichenfonds - Karl Göhri-Fonds - Fonds für die Oberrealschule Zürich - Max Gröbli-Fonds	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	11 272
Total Erträge	11 272
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-309
Finanzaufwand	-10 877
Total Aufwand	-11 186
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	86
- davon Finanzerfolg	395

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	37 147	44 860	-7 714	-17.2
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	580 300	571 567	8 733	1.5
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	7 305	8 238	-933	-11.3
Total Aktiven	624 751	624 665	86	0.0
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-624 751	-624 665	-86	0.0
Total Passiven	-624 751	-624 665	-86	0.0

9887 Schulreisefonds der Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8966 Gegründet durch ehemalige Angehörige der Gymnasialklasse 1865-71 und geöfnet von ehemaligen Schülern und weiteren Freunden der Kantonsschule für längere Schulreisen der oberen Klassen. RRB Nr. 899/1902	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	3 242
Total Erträge	3 242
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-112
Finanzaufwand	-3 729
Total Aufwand	-3 841
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-599
- davon Finanzerfolg	-487

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	42 558	48 907	-6 348	-13.0
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	180 375	174 362	6 013	3.4
Sachanlagen				
Übrige Aktiven	1 711	1 974	-263	-13.3
Total Aktiven	224 644	225 243	-599	-0.3
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-224 644	-225 243	599	0.3
Total Passiven	-224 644	-225 243	599	0.3

9888 Kari Egli-Fonds für das Chemische Institut der Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8967 Schenkung von Frau Prof. Hedwig Egli-Baumann zum Andenken an Prof. Dr. Karl Egli für Anschaffungen des Chemischen Instituts der Kantonsschule Zürich. Verfügung der Erziehungsdirektion vom 15. Juli 1920	
Zuwendungen und betriebliche Erträge	
Finanzerträge	4
Total Erträge	4
Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50
Finanzaufwand	
Total Aufwand	-50
Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-47
- davon Finanzerfolg	4

Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	35 120	35 166	-47	-0.1
Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Sachanlagen				
Übrige Aktiven				
Total Aktiven	35 120	35 166	-47	-0.1
Übrige Passiven				
Fondsbestand	-35 120	-35 166	47	0.1
Total Passiven	-35 120	-35 166	47	0.1

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung	
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %
9889 Adolf Flunser-Fonds						
Akten-Nr. 8968 Legat von Direktor Adolf Flunser zur Unterstützung von intelligenten bedürftigen Schülern und zur Förderung des Kunsthaus- und Kunstausstellungsbesuches von Klassen der Oberrealschule Zürich.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		42 930	42 975	-46	-0.1
RRB Nr. 1239/1950	Finanzerträge	4				
	Total Erträge	4				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand	-50	42 930	42 975	-46	-0.1
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-46	-42 930	-42 975	46	0.1
	- davon Finanzerfolg	4	-42 930	-42 975	46	0.1

9890 Berta Reiser-Fonds für die Kantonsschule Zürich

Akten-Nr. 8969 Schenkung aus dem Nachlass von Fräulein Berta Reiser für Schüler in Fällen, in denen dem Staate keine oder nicht ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Verfügung der Erziehungsdirektion vom 15. Januar 1935	Zuwendungen und betriebliche Erträge		33 903	33 950	-47	-0.1
	Finanzerträge	3				
	Total Erträge	3				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand	-50	33 903	33 950	-47	-0.1
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-47	-33 903	-33 950	47	0.1
	- davon Finanzerfolg	3	-33 903	-33 950	47	0.1

9891 August Abegg-Fonds zur Förderung des Übungskontors der kantonalen Handelsschule Zürich

Akten-Nr. 8975 Gegründet durch C. Abegg-Stockar und Frau Escher-Abegg zum Andenken an ihren Bruder August Abegg.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		36 646	75 650	-39 004	-51.6
RRB Nr. 2751/1925	Finanzerträge	1 158	39 380		39 380	0.0
	Total Erträge	1 158				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50		250	250	0.0
	Finanzaufwand	-482	76 276	75 650	626	0.8
	Total Aufwand	-532				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	626	-76 276	-75 650	-626	-0.8
	- davon Finanzerfolg	676	-76 276	-75 650	-626	-0.8

9892 Dr. Fritz Bek-Fonds zugunsten der kantonalen Handelsschule Zürich

Akten-Nr. 8976 Schenkung von Dr. Friedrich Bek-Andrae in Bern für kulturelle Veranstaltungen und die Anschaffung von Unterrichtshilfen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		41 613	66 407	-24 793	-37.3	
RRB Nr. 3369/1971	Finanzerträge	43 135	996 967	933 276	63 692	6.8	
	Total Erträge	43 135					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-520		2 024	2 683	-659	-24.6
	Finanzaufwand	-4 375	1 040 605	1 002 366	38 240	3.8	
	Total Aufwand	-4 895					
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	38 240	-1 040 605	-1 002 366	-38 240	-3.8	
	- davon Finanzerfolg	38 760	-1 040 605	-1 002 366	-38 240	-3.8	

9893 Huber-Fonds für die kantonalen Handelsschulen Zürich und Winterthur

Akten-Nr. 8977 Vermächtnis von Johann Heinrich Huber an die beiden Lehranstalten. Die Erträge sind im Interesse der beiden Handelsschulen zu verwenden.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		36 766	36 813	-46	-0.1
RRB Nr. 1211/1932	Finanzerträge	4				
	Total Erträge	4				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-50				
	Finanzaufwand	-50	36 766	36 813	-46	-0.1
	Total Aufwand	-50				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-46	-36 766	-36 813	46	0.1
	- davon Finanzerfolg	4	-36 766	-36 813	46	0.1

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2013	Bilanz		Veränderung		
					Absolut	in %	
			31.12.2013	31.12.2012			
9894 Schulreisefonds der Pädagogischen Hochschule Zürich							
Akten-Nr. 8985 Fonds für Beiträge an bedürftige Schüler, um diesen die Teilnahme an Exkursionen der Lehranstalt zu ermöglichen. RRB Nr. 1524/1923	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	5 5 –50 –50 –45 5	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	41 868 40 900 82 768 82 813 –82 768 –82 768	46 113 36 700 82 813 –82 813 45 45	–4 245 4 200 –45 45 45 45	–9.2 11.4 –0.1 0.1 0.1 0.1
9895 Robert J. F. Schwarzenbach-Fonds							
Akten-Nr. 8991 Vermächtnis von Generalkonsul Robert J. F. Schwarzenbach in New York für Sammlung, Erwerb und Erhaltung von Helvetica. RRB Nr. 297/1930	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	–3 998 –3 998 –32 540 –569 –33 109 –37 107 –4 567	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	1 209 347 900 2 787 351 896 –351 896 –351 896	47 640 337 898 3 465 389 004 –389 004 –389 004	–46 431 10 002 –678 –37 107 37 107 37 107	–97.5 3.0 –19.6 –9.5 9.5 9.5
9897 Ella Ganz-Murkowsky-Fonds							
Akten-Nr. 8993 Legat von Frau Ella Ganz-Murkowsky für Unterstützungs- und Ausbildungsbeiträge an benachteiligte Kinder und Jugendliche. RRB Nr. 2120/1998	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	4 572 4 572 –8 868 –1 900 –10 768 –6 196 2 672	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	18 531 307 600 2 035 328 166 –328 166 –328 166	293 792 40 115 455 334 362 –334 362 –334 362	–275 261 267 485 1 580 –6 196 6 196 6 196	–93.7 666.8 347.1 –1.9 1.9 1.9
9899 Bertha Meierhofer-Fonds							
Akten-Nr. 9899 Schenkung von Frau Bertha Meierhofer-Brauchli zugunsten des Instituts für Hirnforschung zur Förderung von Forschung und Lehre am Zentrum für Neurowissenschaften. Reglement vom 27.11.2003 RRB Nr. 1278/2012	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	1 122 700 2 018 600 3 141 300 –602 592 –13 257 –615 849 2 525 452 2 005 343	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	23 167 674 271 1 925 000 3 013 2 625 452 –100 000 –2 525 452 –2 625 452	23 167 674 271 1 925 000 3 013 2 625 452 –100 000 –2 525 452 –2 625 452	0.0 0.0 0.0 0.0 0.0 0.0 0.0 0.0	
9900 Gina Zangger-Schenkung							
Akten-Nr. 9900 Schenkung von Frau Gina Zangger im Andenken an Heinrich Zangger an das Institut für Rechtsmedizin zur Unterstützung von Gerichtsmedizinerinnen und Gerichtsmedizinern für Reisen zu Ausbildungszwecken und an Kongresse. Reglement vom 23.10.1996	Zuwendungen und betriebliche Erträge Finanzerträge Total Erträge Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung Finanzaufwand Total Aufwand Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand) – davon Finanzerfolg	144 734 3 726 148 461 148 461 3 726	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente Finanzanlagen (kurz- und langfristig) Sachanlagen Übrige Aktiven Total Aktiven Übrige Passiven Fondsbestand Total Passiven	46 790 101 403 267 148 461 –148 461 –148 461	46 790 101 403 267 148 461 –148 461 –148 461	0.0 0.0 0.0 0.0 0.0 0.0	

Erfolgsrechnung

		R 2013	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %	
9901 Fonds ZHAW (ehemals Fonds V)							
Akten-Nr. 9901 Legat des Rektorats und Departements Finanzen & Services der ZHAW; für die finanzielle Unterstützung von Studierenden der ZHAW, von Projekten mit fachlichem Bezug zur ZHAW sowie sozialen und kulturellen Veranstaltungen, die einen Bezug zur ZHAW aufweisen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		1 353 771	1 257 723	96 048	7.6	
	Finanzerträge	1 225	887 362	938 088	-50 726	-5.4	
	Total Erträge	1 225					
Reglement vom 30. September 2011 ersetzt alle vorhergehende Reglemente	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		2 059	4 372	-2 313	-52.9	
	Finanzaufwand	42 472	2 243 192	2 200 183	43 009	2.0	
	Total Aufwand	42 472					
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	43 697	0	-688	688	100.0	
	- davon Finanzerfolg	43 697	-2 243 192	-2 199 495	-43 697	-2.0	
			Total Passiven	-2 243 192	-2 200 183	-43 009	-2.0

9920 Fonds Stipendien Tanz ZHdK

Akten-Nr. 9920 Legat der Tanz Akademie Zürich (taZ) für die Unterstützung von bedürftigen Studierenden an der taZ mit hervorragenden Leistungen und grossem Entwicklungspotential.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	208 061	314 610	280 212	34 398	12.3
Reglement vom 12. Oktober 2010	Finanzerträge	19				
	Total Erträge	208 080				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-173 682				
	Finanzaufwand		314 610	280 212	34 398	12.3
	Total Aufwand	-173 682				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	34 398	-314 610	-280 212	-34 398	-12.3
	- davon Finanzerfolg	19	-314 610	-280 212	-34 398	-12.3
			Total Passiven			

9921 Unterstützungsfonds ZHdK

Akten-Nr. 9921 Gewährung von zinslosen Darlehen für die Diplomstudiengänge und die Vorbildung (Propädeutikum) an der ZHdK.	Zuwendungen und betriebliche Erträge	0	59 687	46 376	13 311	28.7
Reglement vom 9. September 2009, ergänzt am 20. Oktober 2009	Finanzerträge	11	39 700	59 000	-19 300	-32.7
	Total Erträge	11				
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-6 000				
	Finanzaufwand		99 387	105 376	-5 989	-5.7
	Total Aufwand	-6 000				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-5 989	-99 387	-105 376	5 989	5.7
	- davon Finanzerfolg	11	-99 387	-105 376	5 989	5.7
			Total Passiven			

Baudirektion

9801 Fonds zur Förderung des Umweltschutzes

Akten-Nr. 8101 Schenkung von ungenannter Seite zur Unterstützung von Bestrebungen zur Wahrung der natürlichen Ressourcen sowie zum Schutze des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor schädlichen und lästigen Immissionen.	Zuwendungen und betriebliche Erträge		45 156	63 910	-18 754	-29.3	
RRB Nm. 7144/1971, 430/1978 und 213/1985	Finanzerträge	2 851	124 150	103 721	20 429	19.7	
	Total Erträge	2 851					
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-85					
	Finanzaufwand	-1 100	1 024	1 034	-10	-0.9	
	Total Aufwand	-1 185	170 330	168 664	1 666	1.0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	1 666					
	- davon Finanzerfolg	1 751	-170 330	-168 664	-1 666	-1.0	
			Total Passiven	-170 330	-168 664	-1 666	-1.0

9814 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Strickhof, Lindau

Akten-Nr. 8600 Für Stipendien an bedürftige, fleissige, dem Kanton Zürich angehörige Schüler der Lehranstalt. Regulativ des Regierungsrates vom 21. März 1895 (ZG 3, S. 352)	Zuwendungen und betriebliche Erträge		0	44 326	-44 326	-100.0	
	Finanzerträge		0	96 100	-96 100	-100.0	
	Total Erträge						
	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-141 469					
	Finanzaufwand		0	1 043	-1 043	-100.0	
	Total Aufwand	-141 469	0	141 469	-141 469	-100.0	
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	-141 469					
	- davon Finanzerfolg		0	-141 469	141 469	100.0	
			Total Passiven	0	-141 469	141 469	100.0

Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Erfolgsrechnung		R 2013	Bilanz		Veränderung		
			31.12.2013	31.12.2012	Absolut	in %	
9815 Fonds für die Landwirtschaftliche Schule Wetzikon							
Akten-Nr. 8610 Beitrag der Gemeinde	Zuwendungen und betriebliche Erträge	141 469	Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	33 106	50 220	-17 114	-34.1
Wetzikon und der Freunde der Schule zur	Finanzerträge	3 969	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)	238 288	81 349	156 939	192.9
Anschaffung von Lehrmitteln sowie zur	Total Erträge	145 438	Sachanlagen				
Ausrichtung von Stipendien.	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung	-136	Übrige Aktiven	1 870	430	1 439	334.6
RRB Nrn. 1244/1923 und 1887/1926	Finanzaufwand	-4 038	Total Aktiven	273 264	131 999	141 264	107.0
	Total Aufwand	-4 174	Übrige Passiven				
	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	141 264	Fondsbestand	-273 264	-131 999	-141 264	-107.0
	- davon Finanzerfolg	-69	Total Passiven	-273 264	-131 999	-141 264	-107.0
9911 Fonds zur Finanzierung der Baurechtszinsen für die Erweiterung des Kunsthhauses							
Akten-Nr. 9911 Einlage des Barwertes der	Zuwendungen und betriebliche Erträge		Flüssige Mittel, Forderungen, Kontokorrente	15 375 000	15 000 000	375 000	2.5
Baurechtszinsen für die im Baurecht an das	Finanzerträge	375 000	Finanzanlagen (kurz- und langfristig)				
Kunsthhaus Zürich abgetretenen Grundstücke	Total Erträge	375 000	Sachanlagen				
aus dem Lotteriefonds. Der Fonds	Aufwand für Legatszwecke und Verwaltung		Übrige Aktiven				
finanziert während 80 Jahren die jährlichen	Finanzaufwand		Total Aktiven	15 375 000	15 000 000	375 000	2.5
Baurechtszinsen.	Total Aufwand		Übrige Passiven				
RRB Nr. 1224/2011	Jahreserfolg (Änderung Fondsbestand)	375 000	Fondsbestand	-15 375 000	-15 000 000	-375 000	-2.5
Neu ab Geschäftsjahr 2012	- davon Finanzerfolg	375 000	Total Passiven	-15 375 000	-15 000 000	-375 000	-2.5

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalsierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen

Impressum

Herausgeber	Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich	
Ausführung	Staatskanzlei des Kantons Zürich	
Bildthema	Das Bildthema für diesen Geschäftsbericht widmet sich der Kulturvielfalt im Kanton Zürich. Für die Bebilderung wurden neben dem Opernhaus, dem Flaggschiff der kantonalen Kulturförderung, zahlreiche weitere Institutionen aus den beiden Städten Zürich und Winterthur sowie den Gemeinden angefragt, uns Fotos zu senden. Das Ergebnis illustriert auf eindrückliche Weise das reichhaltige und vielfältige Kulturangebot in unserem Kanton – in der Stadt wie auch auf dem Land.	
Fotos Umschlag	André Roth und Marc Schmid, Zürich	
Fotos Inhalt	Die Bilder wurden von folgenden Institutionen zur Verfügung gestellt:	Seiten
	Opernhaus Zürich (Fotos: Dominic Büttner, Stefan Deuber, Hans Jörg Michel, Monika Rittershaus, Judith Schlosser, Bettina Stöss)	4, 5, 122, 166, 167, 214, 244, 284, 285, 346, 539, 647, 659
	Theater Kanton Zürich	50, 51
	Theater Winterthur (Fotos: Peter Knup, Angelo Lucca)	411, 443
	Zürcher Theater Spektakel (Foto: Dominic Büttner)	245, 347
	Internationale Kurzfilmtage Winterthur	123, 346
	Zürcher Kammerorchester (Foto: Thomas Entzeroth)	641
	Sternenkeller Rüti (Fotos: Hilde Eberhard)	42, 244
	Kulturkarussell Rössli, Stäfa (Fotos: Anouck van Oordt)	215, 503
	Musikkollegium Zürcher Oberland	50
	Schweizer Jugend-Sinfonie-Orchester	42
	Zürcher Blasmusikverband	43
Druck	Schellenberg Druck AG	
Auflage	600	
Internet	www.rr.zh.ch -> Geschäftsbericht & Rechnung	
Weitere Informationen	Dr. Thomas Bürgi Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich	
Bezugsquelle	Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale KDMZ Räffelstrasse 32, Postfach, 8090 Zürich, Telefon 043 259 99 99	
ISSN-Nummer	ISSN 1663-2885	